image
not
available

14092
.663

v. 1-2

Library of
Princeton University.

Germanic
Seminary.

Presented by
The Class of 1891.

Digitized by Google

Digitized by Google

Politische Geschichte

der

Neuesten Zeit

1816—1868

mit besonderer Berücksichtigung

Deutschlands

von

Wilhelm Müller

Professor in Tübingen.

Zweite verbesserte und vermehrte Auflage.

Stuttgart

Verlag von Paul Neff

1869.

Digitized by Google

Druck von J. Kreuzer in Stuttgart.

Digitized by Google

Vorrede.

Der rasche Absatz der ersten Auflage dieses Buches, welche im Sommer 1867 ausgegeben worden ist, ist dem Verfasser ein Zeugniß dafür, daß die Veröffentlichung desselben eine Lücke in der historischen Literatur ausgefüllt hat, und daß ein großer Leserkreis mit ihm der Ansicht ist, es sei für die Beurtheilung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse und für die Stellung, welche der Einzelne zu denselben einnehmen will, nichts so wichtig als die Kenntniß der Geschichte der letzten fünfzig Jahre. Um so mehr fühlte sich der Verfasser aufgefordert, bei Veranstaltung dieser zweiten Auflage auf möglichste Verbesserung des Textes zu denken. Die ersten fünf Bogen mußten aus Gründen, welche zu beseitigen nicht in seiner Hand lag, unverändert bleiben. Vom sechsten Bogen an wurde der Text genau revidirt, auf Verbesserung der Form und des Inhalts Bedacht genommen und da und dort Zusätze gemacht. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Textverbesserungen und Zusätze hauptsächlich die Darstellung der Jahre 1864 bis 1866 betrafen. Hier hat der Verfasser all jene interessanten Enthüllungen mitgetheilt, welche in den letzten zwei Jahren über die preußische, österreichische, italienische und französische Politik gemacht und zum Theil noch in keiner einzigen Schrift, nicht einmal in einem Journal veröffentlicht worden sind. Auch glaubte er, nicht mehr mit dem Jahre 1866 abschließen zu dürfen, sondern auch die Jahre 1867 und 1868 in den Rahmen dieser Darstellung aufnehmen zu müssen. (Für das genauere Studium derselben verweist er die Leser auf

513077

die gleichfalls von ihm verfaßte „Politische Geschichte der Gegenwart. I. Das Jahr 1867. II. Das Jahr 1868. Verlag von Julius Springer in Berlin.) Die wichtigsten Begebenheiten dieser zwei Jahre sind in dieser zweiten Auflage in anderthalb Bogen aufgezeichnet. Dabei hat der Verfasser der Entwicklung der neuen Gestaltungen Deutschlands und dem Verhältniß des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Das Inhaltsverzeichniß, welches, die wichtigsten Thatsachen andeutend, eine Uebersicht über den Gang der Ereignisse gibt und das Nachschlagen erleichtert, hat gleichfalls eine Bereicherung erfahren.

Tübingen im Oktober 1869.

W. Müller.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichniß.

Seite

Erster Zeitraum 1816—1830.

Restaurationspolitik. Verfassungskämpfe. Kongresse. S. 1—108.

§. 1.

Deutschland. Oesterreich. Preußen. S. 1—24.

Stiftung der heiligen Allianz (26. Sept. 1815) 2
Kaiser Alexander von Rußland 2
Fürst Metternich 3
Kaiser Franz von Oesterreich . 4
Das österreich. Regierungssystem 5
Die österreichischen Landtage und der ungarische Reichstag . . 7
Patriotische Wünsche in Deutschland, Ruf nach Verfassungen 8
Sachsen-Weimar geht voran . 8
Norddeutschland. Kurfürst von Hessen 9
Süddeutschland (Baiern, Baden, Württemb., Hessen-Darmstadt) 10
König Friedrich Wilhelm III. v. Preußen 10
Denunciation des Geheimraths Schmalz 11
Aufschub des preußischen Verfassungsprojekts 12
Eröffnung der Bundesversammlung zu Frankfurt (5. Nov. 1816) 12
Das Wartburgfest und seine Folgen (18. Okt. 1817) . . 13
Stourdza's Schrift üb. Deutschland 13
August von Kotzebue 14
Karl Sand aus Wunsiedel . . 15
Kotzebue's Ermordung (23. März 1819) 16
Attentat auf Staatsrath Ibell (1. Juli 1819) 17
„Nun ist die Verfassung unmöglich" in Preußen; politische Maßregelungen 17

Seite

Karlsbader Beschlüsse und Wiener Ministerkonferenzen (1819 u. 1820) 18
Uebermacht der Bundesbehörde über die Einzelregierungen . 19
Entschiedene Reaktion in Preußen 19
Preußische Provinzialstände (5. Juni 1823) 20
König Wilhelm v. Württemberg und sein Bundestagsgesandter Wangenheim machen dem Metternich'schen System vergebens Opposition 20
Mainzer Untersuchungskommission 22
König Ludwig von Baiern . . 22
Romantik u. Liberalismus in der Literatur 23

§. 2.

Italien. Revolution in Neapel und Piemont. Kongreß v. Troppau u. Laibach. S. 24—44.

Zustände in Italien nach Napoleons Sturz 25
Carbonari 26
Papst Pius VII. u. seine mittelalterlichen Ansprüche . . . 26
Regierung i. Kirchenstaat, Parma, Modena, Toskana 27
Oesterreichische Verwaltung in Mailand und Venedig . . 28
Ferdinand I., König beider Sicilien 28
Revolution in Neapel (2. Juli 1820), Wilh. Pepe . . 30
Der König muß die Verfassung beschwören (13. Juli) . . . 31
Revolution in Palermo (14. Juli) 31
Sicilien will Personalunion mit Neapel, wird durch neapolitanische Truppen unterworfen . 32
Rüstungen Oesterreichs u. d. Kongreß zu Troppau (Oktober 1820) 33

Digitized by Google

Seite
Eindrücke d. Troppauer Beschlüsse in Neapel 34
Kongreß zu Laibach (Jan. 1821) 35
Einmarsch der Oesterreicher beschlossen 36
Schlechte Kriegsrüstungen in Neapel 36
Treffen bei Rieti (7. März 1821), Auflösung des Heeres . . . 37
Oesterreicher in Neapel, Reaktion 37
Restauration in Sardinien nach 1814 38
Die patriotische Jugend u. Karl Albert 39
Revolution in Alessandria und Turin (10. u. 12. März 1821) 40
Abdankung des Königs Viktor Emanuel 41
Zweideutigkeiten Karl Alberts . 42
Niederlage bei Novara (8. April) 42
Unterdrückung der sardinischen Revolution 43
Oesterreich. Racheakte in Mailand 43
Zustände Italiens im dritten Jahrzehnt 44
Prophezeiung des Kardin. Bernetti 44

§. 3.

Spanien u. seine amerikanischen Kolonien. Portugal u. Brasilien. Der Kongreß zu Verona u. die französische Intervention. S. 45—66.

Verfassung von 1812 u. König Ferdinand VII. 45
Aufhebung der Verfassung (4. Mai 1814) 46
Wirthschaft der Kamarilla . . 46
Aufstände im zweiten Jahrzehnt 47
Mit dem Aufstand Rafael Riego's beginnt die Revolution (1. Januar 1820) 48
Ihr Sieg in Madrid und ganz Spanien 49
Die Verfassung v. 1812 proklamirt 49
Verkauf der Kirchengüter, Herrschaft der Radikalen . . . 50
Ferdinand sucht Hilfe in Frankreich (22. Juli 1822) . . . 51
Kongreß zu Verona (Okt, 1822) 51
Die französische Intervention beschlossen 52

Seite
Abreise der Kortes u. des Königs nach Sevilla u. Cadiz (20. März 1823) 53
Herzog v. Angoulême unterwirft ganz Spanien (1823) . . 53
Das Wüthen der „Dummheit u. des Fanatismus“ 55
Don Karlos u. die Apostolischen 56
Aufhebung des salischen Gesetzes, Marie Christine und Königin Isabella (1830) 56
Die span. Kolonien in Amerika 57
Losreißung derselben von Spanien 58
England erkennt ihre Unabhängigkeit an (1. Jan. 1825) . . 59
Portugal unter Lord Beresford 59
Revolutionen in Portugal und Brasilien (1820) . . . 60
König Johann beschwört in Lissabon die neue Verfassung (1. Okt. 1822) 61
Gegenbestrebungen der Königin Karlotta u. ihres Sohnes Don Miguel 61
Losreißung Brasiliens von Portugal, Pedro Kaiser von Brasilien (15. Nov. 1825) . . 62
Königin Maria da Gloria . . 62
Don Miguel macht sich zum König u. Tyrannen von Portugal (26. Juni 1828) 63
Versuche der Konstitutionellen, ihn zu stürzen 64
Don Pedro landet in Portugal, besiegt und vertreibt Don Miguel (1832—34) 65
Donna Maria als Königin von Portugal 66

§. 4.

Großbritannien. S. 66—74.

Günstige Verhältnisse in England 66
Mißverhältniß zwischen Adel u. Volk, zwischen Reich u. Arm 67
Nothwendigkeit einer Parlamentsreform 68
Lord Castlereagh auswärtiger Minister 68
Blutbad von Manchester (16. Aug. 1819) 69
Die sechs Knebelbills . . . 70

Digitized by Google

Seite

Thistelwood's Verschwörung (23. Febr. 1820) 70
König Georg IV. u. sein Scheidungsprozeß (1820) . . . 70
Castlereagh schneidet sich den Hals ab (12. Aug. 1822) . . . 71
Canning wird auswärtiger Minister (12. Sept. 1822) . . 72
Seine Wirksamkeit u. sein früher Tod (8. Aug. 1827) . . . 73
Das Ministerium Wellington . 73
Irlands Verhältniß zu England 73
O'Connell und die Katholiken-Emancipation (13. Apr. 1829) 74

§. 5.
Griechenland, Türkei, Rußland.
S. 74—96.

Unerträgliche Zustände in Griechenland 75
Die Hetärie 75
Ausbruch der griechischen Revolution (1821) 76
Ypsilanti und Georgios in den Donaufürstenthümern . . . 76
Metzeleien in Konstantinopel . 77
Aufstand in Morea u. d. übrigen Griechenland 77
Erste Nationalversammlung der Griechen (1822) 78
Maurokordatos u. Kolokotronis 78
Blutbad v. Chios (11. April) 78
Kanaris sprengt das türkische Admiralschiff in die Luft (18. Juni) 79
Schlechte Erfolge der türkischen Landtruppen 80
Der Kongreß zu Verona behandelt die Griechen als Rebellen 80
Zwietracht der Griechen . . . 81
Markos Bozzaris' Heldentod (20. Aug. 1823) 81
Blutbad auf Psara (Juli 1824) 81
Theilnahme des Abendlands, Lord Byron (19. April 1824) . . 82
Mehemed Ali von Aegypten . 82
Sein Sohn, Ibrahim Pascha, landet in Kreta (1824) u. Morea (1825) 83
Katastrophe v. Mesolongi (22. April 1826) 84

Seite

Die Akropolis von Athen erobert (5. Juni 1827) 85
Verzweifelte Lage Griechenlands 85
Steigende Theilnahme des Abendlands 85
Kapodistrias zum Präsidenten gewählt (11. April 1827) . . 86
Das Petersburger Protokoll (4. April 1826) u. der Londoner Vertrag (6. Juli 1827) . . 86
Seeschlacht von Navarin (20. Okt. 1827) 87
Der französische General Maison landet in Morea und zwingt Ibrahim z. Einschiffung (1828) 88
Die Präsidentschaft Kapodistrias' (1828) 88
Prinz Leopold von Sachsen-Koburg (1830) 89
Kapodistrias' Ermordung (9. Okt. 1831) u. sein Bruder Augustin 90
König Otto von Griechenland (1832) 90
Rußland unter Kaiser Alexander 91
Militärverschwörung in Petersburg (26. Dec. 1825) . . . 92
Kaiser Nikolaus 93
Kriegserklärung Rußlands an die Türkei (26. Apr. 1828) . . 93
Aufstand u. Vernichtung der Janitscharen (1827) 94
Russisch-türkischer Krieg von 1828 94
Russisch-türkischer Krieg von 1829. Friede von Adrianopel (14. Sept.) 95

§. 6.
Frankreich und die Restauration der Bourbonen. S. 96—108.

Die französ. Charte u. die Parteien 96
Die Ultras' u. die Konstitutionellen 97
Ludwig XVIII. u. der Graf von Artois 97
Die Prinzen von Angoulême u. von Berry 98
Die unfindbare Kammer (1815) 98
Racheakte der Royalisten . . 99
Liberales Wahlgesetz 99
Rücktritt des Ministeriums Richelieu (1818) 99

Digitized by Google

Seite
Die Ministerien Dessolles, Decazes und Richelieu (1818—1820) 100
Ermordung des Herzogs v. Berry (13. Febr. 1820) u. Geburt des Herzogs v. Bordeaux (29. Sept.) 100
Das reaktionäre Ministerium Villèle (13. Dec. 1821) u. d. Intervention in Spanien . . 101
Ludwig XVIII. stirbt (16. Sept. 1824) 102
Karl X. u. seine „Kapuziner-Regierung“ 102
Sturz des Ministeriums Villèle (1827) 103
Das liberale Ministerium Martignac (4. Jan. 1828) . . . 103
Das ultra-royalistische Ministerium Polignac (8. Aug. 1829) 104
Die Opposition setzt alle Hebel an 104
Kammerauflösung (16. Mai 1830) 105
Eroberung Algiers (5. Juli) 106
Niederlage der Regierung bei den neuen Wahlen 106
Die fünf Ordonnanzen . . . 107

Zweiter Zeitraum 1830—1848

Die Julirevolution und ihre Folgen für Europa. S. 108—193.

§. 7.

Frankreich und die „große Woche“. S. 108—119.

Louis Philipp, Herzog v. Orleans 108
Seine Irrfahrten u. s. Popularität 109
Seine Beziehungen z. Oppositon 110
Seine Stellung z. Bourbonen-Hof 110
Die Unruhen in Paris am 26. und 27. Juli 111
Der Straßenkampf am 28. Juli 112
Sieg der Revolution am 29. Juli 113
König Karl will zu spät einlenken 114
Republik oder Monarchie? . . 114
Unterhandlungen mit dem Herzog v. Orleans 115
Louis Philipp und Lafayette auf dem Stadthaus (31. Juli) . 116
Louis Philipp als Generallieutenant v. Frankreich bestellt seine Regierung 116
Abreise des Hofes von St. Cloud 116
Seite
Abdankung Karls zu Gunsten seines Enkels (2. Aug.) . . . 117
Karls Einschiffung nach England (16. Aug.) 118
Louis Philipp König der Franzosen (8. Aug.) 118

§. 8.

Die Folgen der Julirevolution in Belgien, England, Deutschland, Schweiz, Italien und Polen. S. 119—151.

Belgiens Verhältniß zu Holland 119
Konfessioneller und sprachlicher Gegensatz 119
Bund der belgischen Klerikalen und Liberalen 120
Die Aufregung nimmt zu (1829) 121
Ausbruch d. Revolution in Brüssel (25. Aug. 1830) 122
Der Prinz v. Oranien in Brüssel (1. Sept.) 123
Der König sucht die Unterhandlungen hinauszuziehen . . . 123
Prinz Friedrich greift Brüssel an u. wird zurückgeschlagen (23.—26. Sept.) 124
Die Dynastie Oranien ist unmöglich 125
Die Konceſſionen des Königs kommen zu spät 125
Der Feldzug v. Antwerpen (Okt.) 125
Belgien konstituirt sich als selbständiger Staat (10. Nov.) . 126
Leopold v. Sachsen-Koburg zum König gewählt (4. Juni 1831) 127
Die Holländer rücken in Belgien ein (2. Aug.) 127
Ein französ. Heer nimmt die Citadelle v. Antwerpen (23. Dec.) 127
Leopold als konstitutioneller Musterkönig 128
Thronbesteigung des Königs Wilhelm IV. von England (26. Juni 1830) 128
Das Ministerium Wellington macht dem reformfreundlichen Minister. Grey Platz (16. Nov.) 129
In Norddeutschland werden Repräsentativ-Verfassungen verlangt 130
Herzog Karl v. Braunschweig vertrieben (7. Sept. 1830) . 130

Digitized by Google

Seite
Sein Bruder Wilhelm folgt ihm mit Genehmigung des Bundes und gibt eine Verfassung . . 132
Kurfürst Wilhelm II. v. Hessen muß eine Verfassung geben u. macht s. Sohn zum Mitregenten (5. Jan. u. 30. Sept. 1831) . 132
Bauernaufstand in Oberhessen (Sept. 1830) 133
Der König von Sachsen muß eine Verfassung geben (4. Sept. 1831) 133
In Hannover wird Graf Münster gestürzt u. eine Verfassung eingeführt (1833) 134
Patricier-Regier. in d. Schweiz, Verhältniß zwischen Stadt u. Landschaft 135
Verfassungsänderungen in den meisten Kantonen (1830—32) 136
Aufregung im Kirchenstaat . 137
Die Napoleoniden 137
Aufstände in Modena, Parma, Bologna (1831) 138
Papst Gregor XVI. 138
Die Oesterreicher unterdrücken die italienische Revolution (März) 139
Die Franzosen besetzen Ankona (23. Febr. 1832) 140
Stimmung in Polen unter Kaiser Nikolaus 141
Großfürst Konstantin als Gouverneur 142
Verschwörungsplane 142
Das Parteiwesen in Polen . . 143
Ausbruch der Revolution (29. Nov. 1830) 143
Sieg in Warschau, Abzug der Russen 144
General Chlopicki Diktator (5. Dec.) 145
Er legt die Diktatur nieder . . 145
Der Reichstag spricht die Unabhängigkeit Polens u. die Absetzung der Dynastie Romanow aus (25. Jan. 1831) . . . 146
Einmarsch der Russen unter Diebitsch 146
Schlachten von Grochow (25. Febr.) u. Ostrolenka (26. Mai) 146
Die Revolutionirung der altpolnischen Provinzen mißlingt . 147

Seite
Pöbelexcesse in Warschau (15. Aug.) 148
Unfähigkeit der polnischen Oberbefehlshaber 148
Graf Paskewitsch übernimmt den russischen Oberbefehl . . . 148
Einzug der Russen in Warschau (8. Sept.) 149
Der Rest der polnischen Armee verläßt das Vaterland (5. Okt.) 149
Nikolaus sucht die polnische Nationalität zu vernichten . . 150
Die Russen im Kaukasus, in Turan und der Mandschurei . 151

§. 9.

Spanien und Portugal. S. 151—157.
Ausbruch des Bürgerkriegs in Spanien (1833) 151
Der Thronprätendent Don Karlos 152
Die Regentin Marie Christine schließt die Quadrupelallianz (22. April 1834) 152
Espartero besiegt die Karlisten 152
Der Vertrag von Vergara (31. Aug. 1839) 153
Die Regentin bekommt reaktionäre Anwandlungen . . . 153
Sie muß die Verfassung v. 1837 beschwören 154
Sie macht Espartero zum Ministerpräsidenten (16. Sept. 1840) . 154
Vermählung mit Munoz u. Niederlegung der Regentschaft . 154
Espartero als Regent u. Vormund (8. Mai 1841) . . . 155
Er wird durch Christine u. Narvaez gestürzt (1843) 155
Isabella übernimmt die Regierung 155
Die spanische Heirat und Louis Philipp (16. Okt. 1846) . . 155
Zustände in Portugal . . . 156

§. 10.

England. S. 157—163.

Die Parlamentsreform im Unterhaus angenommen, im Oberhaus verworfen (1831) . . 157
Das Oberhaus muß nachgeben (4. Juni 1832) 158
Die Chartisten stellen ihre Volkscharte auf (1839) 159

Digitized by Google

Seite
Aufhebung der Korngesetze (1846) 159
Fortdauer der Mißstände in Irland 159
O'Connell erhebt den Ruf nach Repeal 160
England wird den Irländern nicht gerecht (Fenier) 160
Sklaven-Emancipationsbill(1833) 161
Rothschild im Unterhaus (1857) 161
Die Oranienmänner u. der Herzog von Kumberland (1836) . . 161
Viktoria besteigt den Thron (20. Juni 1837) und vermählt sich mit Prinz Albert v. Koburg (1840) 162
Ausbreitung der englischen Herrschaft in Hinter- u. Vorderindien 162
Krieg mit Afghanen u. Chinesen 162
Englisch-französische Expedition nach China, Handel mit Japan 163

§. 11.
Türkei und Aegypten. S. 163—167.
Mehemed Ali verlangt Damaskus 163
Ibrahim Pascha rückt in Syrien ein und schlägt die türkischen Heere (Konieh 20. Dec. 1832) 164
Rußland bietet der Türkei seine Hilfe an 164
Die Westmächte vermitteln den Frieden von Kutajah (6. Mai 1833) 165
Rußland schließt mit der Türkei den Vertrag v. Unkiar-Skelessi (8. Juli 1833) 165
Die Interessen Mehemed Ali's u. der Engländer durchkreuzen sich 165
Handelsvertrag zwischen England und der Türkei (1838) . . 166
Zweiter türkisch-ägyptischer Krieg (Nisib 24. Juni 1839) . . 166
Sultan Mahmud stirbt (30. Juni), sein Sohn Abdul Medschid . 166
Quadrupelvertrag v. 15. Juli 1840 167
Unterwerfung Mehemed Ali's durch die Großmächte . . . 167

§. 12.
Deutschland, Oesterreich, Preußen. S. 167—176.
Feier des Hambacher Festes (24. Mai 1832) 167
Seite
Frankfurter Attentat(3. Apr. 1833) 168
Metternich weiß dies zu verwerthen 168
Central-Untersuchungskommission in Frankfurt 169
König Ernst August von Hannover hebt die Verfassung auf (3. Juli 1837) 170
Die Göttinger Sieben 170
Der Bundestag weist die Klage der hannöverischen Stände ab 171
Oesterreichisches Stillleben unter Ferdinand I. 171
Neuer Polen-Aufstand, Krakau wird Oesterreich einverleibt (1846) 172
Die Protektors-Rolle des Kaisers Nikolaus in Deutschland . . 172
Gründung des Zollvereins . . 172
Streit wegen der gemischten Ehen in Preußen (1837) . . . 173
Friedrich Wilhelm IV. v. Preußen (7. Juni 1840) . . . 173
Seine Stellung zur Verfassungsfrage 173
Kirchliche Reaktion u. Hegel'sche Philosophie 174
Der heilige Rock in Trier u. der Deutschkatholicismus (1844) . 174
Der Vereinigte Landtag und die Thronrede (11. April 1847) . 175
Der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren 176

§ 13.
Die Schweiz und der Sonderbund. S. 176—179.
Das Siebener-Konkordat u. der Sarner-Bund 176
Die Flüchtlinge in der Schweiz, der Einfall in Savoyen (1834), Louis Napoleon auf Arenenberg (1838) 177
Der Straußen-Putsch in Zürich (1839) 177
Klosteraufhebung in Aargau (1841) 178
Sonderbund und Jesuitenfrage 178
Besiegung des Sonderbundes u. Gründung einer neuen Bundesverfassung (1847 u. 1848) 179

Digitized by Google

Seite

§. 14.
Frankreich unter Louis Philipp.
S. 179—193.

Juste milieu 179
Die Parteien in Frankreich . . 180
Prozeß Polignac's und seiner Kollegen 180
Ministerium Lafitte (2. Nov. 1830) 181
Das republikanische Triumvirat tritt ab 181
Ministerium Périer (31. März 1831) 182
Die Herzogin v. Berry und die Legitimisten 182
Republikanische Aufstände . . 183
Ministerium Soult (11. Okt. 1832) 183
April-Aufstände in Paris u. Lyon (1834) 184
Fieschi's Höllenmaschine (28. Juli 1835) 184
Die Septembergesetze 184
Neue Aufstände u. Mordversuche 185
Verhältniß zu den auswärtigen Mächten 185
Vermählung des Herzogs v. Orleans (1837) 185
Louis Napoleons Attentat von Straßburg (30. Okt. 1836) . 186
Ministerium Thiers (1. März 1840) 187
Die Ueberreste Napoleons werden von St. Helena nach Paris gebracht (15. Dec. 1840) . . 187
Louis Napoleons Attentat von Boulogne (6. Aug. 1840) u. Gefangenschaft in Ham . . 187
Befestigungen von Paris . . 188
Ministerium Soult-Guizot (29. Okt. 1840) 188
Kämpfe der Franzosen in Algier (Abdel Kader) 188
Tod des Herzogs von Orleans (13. Juli 1842) 190
Skandal-Prozesse, wofür die Regierung verantwortlich gemacht wird 190
Minister. Guizot (Sept. 1847) 191
Thiers u. Odilon Barrot machen ihm Oppesition 191

Seite

Reformbankette (1847) . . . 192
Kämpfe in der Kammer . . 192
Verbot des Reformbankets vom 22. Febr. 1848 192
Aufregung unter den Massen . 193

Dritter Zeitraum
1848—1863.

Februar-Revolution und ihre Folgen. Das zweite Kaiserreich u. seine Uebermacht in Europa.
S. 193—312.

§. 15.
Die Februar-Revolution, die französische Republik und das Kaiserreich. S. 193—210.

Die Republikaner rüsten sich . 193
Ministerium Molé (23. Febr.) . 194
Ein verhängnißvoller Schuß . 194
Ministerium Barrot-Thiers (24. Febr.) 194
Revolution vom 24. Febr. 1848 195
Abdankung und Abreise Louis Philipps 195
Die Herzogin v. Orleans in der Deputirtenkammer 195
Louis Philipp flüchtet sich mit seiner Familie nach England 197
Einsetzung einer provisorischen Regierung 198
Proklamirung der Republik . . 199
Errichtung d. Nationalwerkstätten 199
Arbeiter-Parlament 200
Plane der Socialdemokraten . 200
Ihre Niederlage bei den Wahlen zur Nationalversammlung . 201
Einsetzung einer Vollziehungskommission (10. Mai) . . 201
Socialdemokratischer Aufstand v. 15. Mai 201
Louis Napoleon zum Deputirten erwählt 202
Der socialdemokratische Juni-Aufstand v. Cavaignac unterdrückt 202
Cavaignac zum Haupt der Vollziehungsgewalt ernannt (28. Juni) 203
Proklamirung der neuen Verfassung (12. Nov.) . . . 203

Digitized by Google

Seite

Umtriebe Napoleons und seiner Freunde 203
Louis Napoleon Präsident (20. Dec.) 204
Zwiespalt zwischen dem Präsidenten u. der gesetzgebenden Versammlung 204
Napoleonische Agitation für Verfassungs-Revision 205
Die Verschwörung 206
Staatsstreich vom 2. Dec. 1851 207
Napoleon durch 7½ Million. Stimmen zum Präsidenten auf 10 Jahre erwählt (21. Dec.) . 208
Konfiskation der Güter der Orleans (22. Jan. 1852) . . 208
„Das Kaiserthum ist der Friede" 209
Napoleon III. Kaiser der Franzosen (2. Dec. 1852) und seine Vermählung . . 209

§. 16.
Italien. S. 210—220.

Papst Pius IX. tritt als Reformator auf 210
Graf Rossi (15. Nov. 1848) . 211
Pius flieht nach Gaëta (24. Nov.) 212
Rom und Toskana als Republiken proklamirt (5. Febr. 1849) . 212
Der französische General Oudinot nimmt Rom ein (4. Juli) . 213
Rückkehr d. Papstes (4. Apr. 1850) 213
Aufstand in Sicilien (12. Jan. 1848) 213
Ausschluß der Dynastie Bourbon 214
Aufstand in Neapel 215
Neapel von Soldaten u. Lazzaroni geplündert (15. Mai 1848) . 215
Sicilien besiegt und in das alte Verhältniß zurückgeführt . . 215
Mailand u. Venedig erheben sich gegen Oesterreich (18. u. 22. März) 216
Karl Albert von Sardinien rückt in Mailand ein 217
Radetzky siegt bei Custozza (25. Juli) u. schlägt die Sardinier über den Ticino zurück . 218
Karl Albert fängt aufs neue Krieg an (20. März 1849) . 218

Seite

Seine Niederlage bei Novara (23. März), Abdankung, Abreise und Tod (26. Juli) . 219
Victor Emanuel II. schließt Frieden 219
Haynau in Brescia (1. April) . 219
Venedig kapitulirt (22. Aug.) . 219
Hoffnung auf das savoyische Kreuz 220

§. 17.
Revolutionen in Deutschland, Oesterreich und Preußen. S. 220—262.

Allgemeiner Haß gegen das Bundessystem 220
Die schleswig-holsteinische Frage vermehrt die Aufregung . . 221
Forderungen der badischen Radikalen (1847) 222
Abgeordnetentag von Heppenheim (Okt.) 222
Die Forderungen des Volkes in den Mittel- und Kleinstaaten angenommen, Märzministerien (1848) 222
Lola Montez in Baiern (1847) 222
Vorparlament in Frankfurt (31. März 1848) 223
Der Aufstand Heckers u. Struves im badischen Oberland, Treffen bei Kandern (20. April) . . 223
Die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche (18. Mai) 224
Erzherzog Johann als Reichsverweser (12. Juli) 225
Die Nationalversammlung u. die deutschen Regierungen . . . 225
Streit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark . . . 226
Erster Feldzug in Schleswig-Holstein (1848) 227
Waffenstillstand von Malmö (26. Aug.) 227
Aufstand in Frankfurt, Ermordung Auerwalds u. Lichnowsky's (18. Sept.) 228
Zustände in Wien vor der Revolution 228
Revolution vom 13. März, Metternichs Abdankung . . . 229

Digitized by Google

Seite

Aufstand vom 15. Mai . . . 230
Der Kaiser flieht nach Innsbruck (17. Mai) 230
Aufstand vom 26. Mai . . . 230
Die Czechen in Prag . . . 230
Windischgrätz unterdrückt die Prager Revolution (12. Juni) . 231
Ungünstige Stellung des Reichstags in Wien 231
Oktober-Revolution und Latours Ermordung 232
Windischgrätz rückt vor Wien . 232
Wien erstürmt (31. Okt.), Robert Blum 233
Der Reichstag nach Kremsier verlegt (22. Okt.) 233
Ministerium Schwarzenberg (21. Nov.) 234
Abdankung d. Kaisers Ferdinand, Regierungsantritt Franz Josefs (2. Dec.) 234
Auflösung des Reichstags in Kremsier (7. März 1849) . 234
Drohende Kundgebungen in Berlin 234
Revolution vom 18. März . . 235
Der König verkündigt die Freiheit und Einheit Preußens u. Deutschlands (21. März) . . 236
Aufstand in Posen unter Mieroslawski 237
Konstituirende Versammlung in Berlin (22. Mai) 237
Anarchische Zustände 237
Ministerium Brandenburg (2. Nov.) 238
Die Versammlung nach Brandenburg verlegt, aufgelöst u. eine Verfassung oktroyirt (5. Dec) 238
Strnves Freischarenzug nach Baden (24. Sept.) 239
Die Grundrechte sind in Frankfurt durchberathen; jetzt gehts endlich an die Reichsverfassung 239
Großdeutsche und Kleindeutsche . 240
Die Würde eines Kaisers der Deutschen dem König von Preußen übertragen (28. März 1849) 240
Die Kaiserdeputation in Berlin (3. April), der König lehnt ab 240

Seite

Die Reichsversammlung wendet sich an das deutsche Volk (4. Mai) 241
Aufstände in Preußen niedergeschlagen 242
Die Preußen in Dresden (9. Mai) 242
Aufstand in der Pfalz . . . 242
Badischer Aufstand und Landesausschuß . . . . . , 243
Militärmeuterei in Karlsruhe (13. Mai), Flucht des Großherzogs 243
Hessen-Darmstadt will nicht mitthun 244
Die letzten Tage in Frankfurt (30. Mai) 245
Rumpfparlament in Stuttgart (6. u. 18. Juni) 245
Die Preußen in der Pfalz . . 246
Die Preußen in Baden . . . 247
Oesterreich u. Ungarn, Kossuth 248
Das ungarische Ministerium und der Reichstag 249
Ungarn und Kroatien . . . 249
Lambergs Ermordung (27. Sept. 1848) 250
Windischgrätz zieht in Ungarn ein 251
Siege der Ungarn unter Görgei und anderen 251
Haus Habsburg abgesetzt (14. April 1849) 252
Ungarn Republik 252
Die Russen rücken unter Paskewitsch, die Oesterreicher unter Haynau in Ungarn ein . . 253
Görgei streckt bei Vilagos die Waffen (13. Aug.) . . . 253
Unterwerfung Ungarns . . . 254
Zweiter Feldzug in Schleswig-Holstein (1849) 254
Dritter Feldzug in Schleswig-Holstein, Schlacht bei Idstedt (25. Juli 1850) 256
Was soll nun aus Deutschland werden? 256
Dreikönigsbündniß, Gothaer, Erfurter Parlament, Union mit preußischer Spitze (1850) . 257
Dreifürstenbündniß von Bregenz (11. Okt. 1850) 258
Der kurhessische Konflikt . . 258
Preußen macht mobil . . . 259

Digitized by Google

Seite
Bronzell und Olmütz (29. Nov. 1850) 259
Die beiden Großmächte liefern Schleswig den Dänen aus . 260
Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 260
Dresdener Konferenzen . . . 261
Der Bundestag steht wieder auf (30. Mai 1851) 261

§. 18.
Der Krimkrieg. S. 262—280.

Kaiser Nikolaus und der kranke Mann 262
Nikolaus Anerbietungen an England und Frankreich . . . 263
Menzikows Sendung nach Konstantinopel (2. März 1853) . 264
Die Russen rücken in den Donaufürstenthümern ein (2. Juli) . 265
Eine türkische Flotte bei Sinope vernichtet (30. Nov.) . . . 265
Kriegserklärung der Westmächte an Rußland (28. März 1854) 266
Die Christen in der Türkei regen sich nicht 266
Griechenland im Zaum gehalten 267
Die Russen gehen über die Donau zurück (21. Juni) 267
Heldenthaten der Westmächte in der Ostsee 267
Sie schicken Landtruppen nach Varna 268
Expedition nach der Krim (14. Sept. 1854) 269
Schlacht an d. Alma (20. Sept.) 269
Stellung vor Sebastopol (27. Sept.) 269
Ausfälle der Russen 269
Oesterreich thut nicht mit, aber Sardinien (26. Jan. 1855) . 270
Nikolaus stirbt (2. März 1855, sein Sohn Alexander II. . . 271
Pelissier übernimmt d. Oberbefehl 272
In der Ostsee 1855 272
Erstürmung Sebastopols (8. Sept. 1855) 273
Die Festung Kars in Asien (28. Nov.) 273
Der Pariser Friede (30. März 1856) 274
Hattischerif v. Gülhane und Hat Hümayun 275
Sultan Abdul Azis (26. Juni 1861) 275
Rumänien unter Kusa und Karl v. Hohenzollern 275
Absetzung König Otto's v. Griechenland (Okt. 1862) u. Thronbesteigung Georgs I. (Okt. 1863) 276
Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland 277
Die Polen verlangen ihre alten Grenzen 278
Sie erheben sich u. werden überwältigt (1863) 279

§. 19.
Italienischer Krieg. S. 280—300.

Graf Cavour auf dem Friedenskongreß zu Paris (1856) . . 280
Oesterreichs Konkordat (18. Aug. 1855) u. Stellung zu Deutschland 281
Preußen unter Friedrich Wilhelm IV. 282
Der Neuenburger Putsch (2. Sept. 1856) 282
König Wilhelm I. v. Preußen (2. Jan. 1861) u. seine Politik 283
Auf die italienischen Regierungen kann sich Oesterreich nicht verlassen 283
Oesterreichs Stellung in Mailand und Venedig 284
Die sardinische Politik . . . 285
Günstige Beziehungen zu den Großmächten 286
Napoleons Plane in Italien . 287
Orsini's Handgranaten (14. Jan. 1858) und Testament . . . 287
Die „Verschwörung" von Plombières 288
Der Neujahrsgruß in den Tuilerien (1859) 288
Die Oesterreicher gehen über den Ticino (29. Apr.) 289
Ankunft der französischen Armee unter Napoleon 290
Schlacht bei Magenta (4. Juni) 290
Mittelitalien erhebt sich . . . 290

Digitized by Google

Seite
Schlacht bei Solferino (24. Juni) 291
Waffenstillstand von Villafranca (8. Juli) 292
In Italien geht nicht alles nach Napoleons Wunsch . . . 292
In Deutschland noch weniger . 293
Preußen ist Napoleon und den Oesterreichern verdächtig . . 294
Präliminarien von Villafranca (11. Juli) und der Friede von Zürich (10. Nov.) 294
Fast ganz Mittelitalien schließt sich an Sardinien an 295
Frankreich annectirt Savoyen und Nizza 295
Garibaldi landet in Sicilien u. Neapel (1860) 296
Er will auf Rom losgehen . . 297
Lamoricière bei Castelfidardo (18. Sept. 1860) 297
Anschluß Neapels und Siciliens an Sardinien 298
Belagerung von Gaëta (13. Febr. 1861) 298
König von Italien u. italien. Parlament (18. Febr. 1861) 298
Schwierigkeiten im Innern . . 299
Graf Cavour stirbt (6. Juni 1861) 299
Garibaldi bei Aspromonte (28. Aug. 1862) 300
Verlegung d. italienischen Hauptstadt nach Florenz (1865) . 300
Abzug der Franzosen von Rom (1866) 300

§. 20.
Außereuropäische Länder.
S. 300—311.

Ostindien unter der Herrschaft einer engl. Handelskompagnie 300
Aufstand der Sipahi's (9. Mai 1857) 301
Ostindien wird pacificirt u. englische Provinz 302
Die amerikanischen Junker . 303
Langer Streit der Nord- u. Südstaaten über die Sklavenfrage 303
Die konföderirten Staaten von Amerika (4. Febr. 1861) . . 304
Die beiderseitigen Streitkräfte . 304
Seite
Anfangs siegt der Süden, zuletzt der Norden 305
Aufhebung der Sklaverei in der Union (3. Jan. 1865). . . 306
Lincoln ermordet, sein Nachfolger Johnson 307
Intervention Spaniens, Frankreichs u. Englands in Mexiko (31. Okt. 1861) 308
Napoleons Expedition nach Mexiko 309
Maximilian v. Oesterreich Kaiser von Mexiko (12. Juni 1864) 309
Was sagt die Union dazu? . . 309
Napoleon läßt Maximilian im Stich 311

Vierter Zeitraum
1864—1866.
Das Ringen Preußens um die Hegemonie in Deutschland.
S. 312—376.

§. 21.
Schleswig-Holstein. S. 312—334.

Die Anachronismen in Oesterreich 313
Verfassungsänderungen . . . 313
Ungarns Opposition 314
Die Regierung probirt es wieder mit Ungarn 314
Die Februarverfassung sistirt (20. Sept. 1865) 315
In Ungarn geht es nicht vorwärts 315
König Wilhelm I. v. Preußen und die Armee-Reorganisation 316
Herr von Bismarck und seine Politik (1862) 316
Fürstenkongreß in Frankfurt (16. Aug. 1863) 318
Mit d. Thronbesteigung des Protokollprinzen (15. Nov. 1863) taucht die schleswig-holsteinische Frage wieder auf 318
Die deutschen Großmächte und der Bundestag 319
Das Bundesheer besetzt Holstein (Dec.) 320
Der Augustenburger in Kiel (30. Dec. 1863) 320
Die deutschen Vormächte nehmen die Sache selbst in die Hand 321

Digitized by Google

Seite

Ihre Heere rücken in Schleswig ein (1. Febr. 1864) . . . 321
Das Danewerk geräumt (5. Febr.) 322
Die Preußen erstürmen die Düppeler Schanzen (18. April) 323
Kämpfe zur See 323
Londoner Konferenzen (25. April bis 25. Juni 324
Die Preußen erobern die Insel Alsen (29. Juni) 325
Jütland bis zum Kap Skagen in den Händen der Alliirten . . 325
Die Dänen kriechen zum Kreuz; Wiener Friede (30. Okt.) 325
Abtretung der drei Herzogthümer an Preußen und Oesterreich . 326
Preußen wünscht sie allein zu bekommen 326
Preußen u. der französische Handelsvertrag 327
Preußen verdrängt die Bundestruppen aus Holstein (7. Dec. 1864) 328
Die Herzogthümer wollen den Augustenburger 328
Eine „total verfahrene" Sache . 329
Preußens Febr.-Vorschläge (1865) 330
Preußen tritt immer schärfer gegen Oesterreich auf (Karlsbad und Regensburg im Juli . . . 331
Konvention von Gastein (14. August) . . . . . , 331
Die Sache wird dadurch um nichts besser 332
Italienischer Handelsvertrag . . 332
Bismarcks Abmachungen i. Biarritz 333
Bismarck ist zum Krieg entschlossen . . . . . , . 333
Hindernisse und Schwankungen in Berlin 333

§. 22.

Krieg in Deutschland und Italien, Austritt Oesterreichs aus Deutschland, Auflösung des deutschen Bundes, Gründung eines norddeutschen Bundes unter Preußens Suprematie.

S. 334—376.

Seite

Kriegerische Depeschen (Jan. u. Febr. 1866) 334
Alles rüstet sich 334
Preußisch-italienisches Bündniß (10. April) 335
Stimmung in Preußen . . . 336
Die Mittelstaaten u. d. Bundestag 336
Napoleon schlägt eine Friedenskonferenz vor 337
Napoleons Brief vom 11. Juni 337
Geheimer Vertrag zwisch. Oesterreich und Frankreich . . . 338
Oesterreich bietet Italien die Abtretung Venetiens an . . . 339
Attentat auf Graf Bismarck (7. Mai) 339
Oesterreich übergibt die schleswig-holsteinische Frage dem Bundestag (1. Juni) 340
Die Oesterreicher aus Holstein verdrängt (12. Juni) . . . 340
Preußens Grundzüge einer neuen Bundesverfassung (10. Juni) 341
Der Bundesbeschluß vom 14. Juni 341
Preußens Austritt aus dem Bund 342
Die Preußen rücken in Hannover ein (16. Juni) . . . 343
Die süddeutschen Kontingente am Main 343
Vertrag von Olmütz (14. Juni) 343
Die Preußen rücken in Kassel ein (19. Juni) 344
Das Schicksal d. hannöv. Armee 344
Treffen bei Langensalza (27. Juni) 345
Kapitulation der hannöverschen Armee (29. Juni) 345
Lamarmora und der Usedomsche Brief (17. Juni) 346
Sieg der Oesterreicher über die Italiener bei Custozza (24. Juni) 347
Die Preußen rücken in Sachsen ein (16. Juni) 348
Stärke der preußischen und der österreichischen Armee . . . 348
Ritter von Benedek 349
Wodurch zeichnet sich die preußische Armee aus? 349
Benedeks strategische Fehler . . 350
Siege der Elbarmee u. d. ersten Armee beim Einmarsch in Böhmen (23.—29. Juni) . . . 350

Digitized by Google

Seite

Die schlesische (zweite) Armee geht über das Riesengebirge nach Böhmen (27. Juni) . 351
Kämpfe bei Trautenau (27. u. 28. Juni) 351
Steinmetz siegt bei Nachod (27.) und Skaliz (28. Juni) . . 352
Benedek rüstet sich zur Entscheidungsschlacht 353
König Wilhelm v. Preußen im Hauptquartier (2. Juli) . . 353
Schlacht bei Königgrätz (3. Juli) 354
Prag genommen (8. Juli) . . 357
Die Preußen marschiren gegen Wien 357
Franz Josef bietet Napoleon Venetien an (5. Juli) . . . 357
Napoleon möchte wohl, aber er kann nicht 358
Erzherzog Albrecht übernimmt den Oberbefehl (13. Juli) . . . 359
Kämpfe der preußischen Armee auf ihrem Vormarsch . . . 359
Treffen bei Blumenau (22. Juli) 361
Napoleon muß auf die preußischen Vorschläge eingehen . 362
Die Präliminarien von Nikolsburg (26. Juli) und der Prager Friede (23. Aug.) 363
Seetreffen bei Lissa (30. Juli) 364
Die Italiener rücken in Venetien ein 365
Kämpfe in Südtirol 365
Italien erhält Venetien . . . 366
Stellung und Stärke der süddeutschen Kontingente . . . 366
Die Mainarmee unter Vogel v. Falckenstein 367
Die Baiern in mehreren Treffen über die Saale und den Main zurückgedrängt (4.—11. Juli) 367
Das 8. Armeecorps, bei Aschaffenburg geschlagen, zieht sich von Frankfurt nach dem Odenwald (13. u. 14. Juli) 368
Die Bundesversammlung siedelt in die drei Mohren nach Augsburg über (14. Juli) . . . 369
Frankfurt von den Preußen besetzt (16. Juli) 369

Seite

Manteuffel zieht als Oberbefehlshaber der Mainarmee gegen die Tauber 269
Er schlägt in mehreren Gefechten das 7. u. 8. Armeecorps bis Würzburg zurück (23.—26. Juli) 370
Die Preußen in Hof, Baireuth, Nürnberg (31. Juli) . . . 370
Ganz Süddeutschland steht dem Sieger offen 371
Der Waffenstillstand vom 2. Aug. 371
Friedensschlüsse mit Süddeutschland 372
Die Napoleonischen Forderungen abgewiesen 373
Die Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten 373
Friedensschluß mit Sachsen (21. Oktober) 373
Auflösung des deutschen Bundes in den drei Mohren zu Augsburg (24. August) 374
Preußens Annexionen 375
Versammlung des norddeutschen Reichtags 375
Eine deutsche Thronrede (24. Februar 1867) 376
Verfassungsmäßige Gründung d. nordd. Bundes (17. April) . 376
„Die Welt bricht zusammen" . 376
Napoleon will dem König von Holland Luxemburg abkaufen 377
Preußen protestirt 377
Londoner Vertrag (11. Mai 1867) 378
Kriegsrüstungen in Frankreich . 378
Napoleon will sich in den preußisch-dänischen Streit einmischen 379
Napoleon in Salzburg (18. Aug. 1867) 379
Maximilian entschließt sich zum Ausharren in Mexico . . . 379
Maximilian in Queretaro gefangen und erschossen (19. Juni 1867) 380
Streit zwischen dem Kongreß und Johnson über die Wiederaufnahme der Rebellenstaaten . 380
Grant wird Präsident (3. Nov. 1868) 381

Digitized by Google

	Seite
Krieg in Paraguay	381
Das ruſſiſche Amerika an die Union abgetreten	381
Der Alabama-Streit	382
Die iriſche Staatskirche	382
Miniſterium Gladſtone (3. Dec. 1868)	382
Abeſſiniſche Expedition	383
Ermordung des Fürſten v. Serbien (10. Juni 1868)	383
Rumänien und die öſterreichiſche Geſpenſterfurcht	384
Aufſtand der Kandioten (2. Sept. 1866)	384
Griechiſch-türkiſcher Konflikt	385
Konferenz von Paris (9. Januar 1869)	385
Rußlands Fortſchritte in Turan	386
Verfolgung des polniſchen und deutſchen Elements	386
Garibaldi gegen Rom	386
Treffen bei Mentana (3. Nov. 1867)	387
Napoleon bringt keine Konferenz zuſammen	387
Die Franzoſen bleiben wieder in Rom	388
Iſabella's Regierung und Privatleben	388
Der Aufſtand in Cadiz (18. Sept. 1868)	389
Oeſterreich lenkt ein	389
Freiherr v. Beuſt berufen	390
Ausgleich mit Ungarn	390
Die neuen Staatsgrundgeſetze (31. Dec. 1867)	390
Doktorenminiſterium (30. Dec. 1867)	390
Die parlamentariſchen Körper	391
Der Kaiſer unterzeichnet die drei konfeſſionellen Geſetze (25. Mai 1868)	392
Die päpſtliche Allokution (22. Juni)	392
Renitenz der Biſchöfe	392
Die Couponſteuer (6. Juni 1868)	392
Ungarns Verhältniß zu Oeſterreich und Deutſchland	393
Mit dem Anſchluß Süddeutſchlands an den norddeutſchen Bund geht es nicht raſch	393
Bismarck'ſche Depeſche (7. Sept. 1867)	394
Unmöglichkeit eines Südbundes	395
Zollvereinsvertrag (8. Juli 1867)	396
Verhandlungen in den ſüddeutſch. Kammern über den Allianz- u. Zollvereinsvertrag	396
Wie ſteht es in den 4 ſüddeutſch. Staaten mit d. Militärweſen?	397
Zollparlamentswahlen	398
Eröffnung des Zollparlaments (27. April 1868)	398
Das Gebahren der ſüddeutſchen Fraktion	398
Der 18. Mai 1868	399
Verſchmelzungsprozeß in Preußen	399
Welfenlegion	399
Einem König und einem Kurfürſten wird das Handwerk gelegt	400
Deutſchland über alles	400

Digitized by Google

Erſter Zeitraum.

1816—1830.

Reſtaurationspolitik. Verfaſſungskämpfe. Kongreſſe.

§. 1.

Deutſchland. Oeſterreich. Preußen.

Die Schlacht bei Waterloo war geſchlagen. Zum zweitenmal mußten die Pariſer die ſiegreichen Verbündeten in ihren Mauern ſehen, zum zweitenmal den Frieden ſich diktiren laſſen. Und jener Mann, welcher zwei Jahrzehnte mit ſeinem Feldherrngenie und ſeiner Herrſchſucht erfüllte, welcher, nicht zufrieden mit der ruhmvollen Krone von Frankreich, ſogar nach einem Kaiſerthum des Kontinents ſeine unerſättlichen Hände ausſtreckte, lag nun zur Ohnmacht verurtheilt auf dem Felſen von St. Helena, in vulkaniſchen Erinnerungen ſich verzehrend. Aber eben in jenen Tagen, als zum Troſt der Bourbonen das Lebenslicht des großen Korſen auf der welthiſtoriſchen Inſel erloſch, leuchteten wie eine koloſſale Todtenfackel, in der alten wie in der neuen Welt, die Aufſtände der Völker gegen ihre reſtaurirten Fürſten und ihre mittelalterlichen Regierungen. Als ob es eines ſo lauten Zeugniſſes bedurft hätte, daß mit Napoleons Sturz der Tag der Freiheit noch nicht angebrochen ſei, daß man da und dort ſtatt eines übermüthigen Rieſen nur einen aufgeſpreizten Pygmäen eingetauſcht habe! Europa war ſicherlich nach den ungeheuren Aufregungen und Anſtrengungen ſo vieler Kriegsjahre des Friedens ſehr bedürftig; aber die zurückkehrenden Herrſcher beglückten ihre Völker mit einem ſo eiskalten Frieden, daß der ermüdete Erdtheil aufs neue von den gewaltigſten Erſchütterungen durchzuckt wurde. Von der Mündung des Tajo bis zur Newa und zu den Inſeln des

Digitized by Google

Archipels gährte und glühte es, und ein heißer Strom nationaler Erbitterung ergoß sich über jene feudalistischen Dynastien, welche „nichts vergessen und nichts gelernt hatten". Verheißungen der Fürsten, unbefangene Hingabe und Freude der Völker, Ruf nach verfassungsmäßiger Freiheit, offene und geheime Reaktion, Revolutionen, vorzugsweise im Süden, Intervention des Fürsten-Areopags und Zertrümmerung der Volksrechte: dies sind im Großen die Charakterzüge der Jahre von 1816—1830.

Zwar hätte man meinen sollen, die Machthaber haben nichts Geringeres im Sinne, als die Welt mit einem neuen goldenen Zeitalter zu beschenken. Denn am 26. September 1815 erließen Kaiser Alexander von Rußland, Kaiser Franz von Oesterreich und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen von Paris aus eine Erklärung, worin sie „ihren unerschütterlichen Entschluß verkündigten, von nun an nur die christliche Religion zu ihrer Richtschnur zu nehmen, nur nach den Vorschriften der Gerechtigkeit, der christlichen Liebe und des Friedens zu regieren, sowohl im Innern ihrer Staaten als im Verkehr mit anderen Regierungen, einander in allen Fällen Beistand zu leisten, sich selbst nur als Bevollmächtigte der Vorsehung zu betrachten, um drei Zweige einer und derselben Familie zu beherrschen". Dieser „heiligen Allianz" traten in den folgenden Jahren alle europäischen Monarchen bei, mit Ausnahme des Königs von England, des Papstes und des Sultans. Sie war hauptsächlich ein Werk Alexanders, welcher selbst wieder hierin von der religiösen Schwärmerin Frau von Krüdener beeinflußt wurde, die im Sommer des Jahres 1815 in Heilbronn, Heidelberg und Paris in persönlichem Gespräch ihn zu der Stiftung eines solchen Bundes anregte, ihn im Gegensatz zu dem schwarzen Dämon Napoleons den weißen Friedensengel und den Erwählten des Herrn nannte.

Alexander, für solche Einflüsse sehr empfänglich, war unstreitig unter den damaligen Machthabern der bedeutendste und einflußreichste. Doch war seine Natur nicht groß genug angelegt, um die Rolle, zu der er sich berufen glaubte, der Napoleon des Friedens zu sein, mit Glück und zum Nutzen Europas durchführen zu können. Bei seinem weichen Gemüth, seinem reizbaren Temperament war er leicht für das Edle zu entflammen, großartigen Schöpfungen, politischen Reformen sehr zugethan, meist voll guten Willens, aber Energie und Ausdauer waren nicht seine Sache, gewaltige Hindernisse schreckten ihn ab, neue

Digitized by Google

Persönlichkeiten machten ihn seinen Entschlüssen und Grundsätzen untreu, daher er leicht den Eindruck eines unzuverlässigen Mannes machte. Die glänzenden Erfolge der letzten Kriegsjahre, die Vergötterung, die man mit ihm in Paris, London und Wien trieb, hatten sein sonst bescheidenes Wesen zu hohem Selbstgefühl umgewandelt, und mit weiblicher Eitelkeit ließ er sich die Huldigungen von Fürsten und Diplomaten gefallen. Napoleon, die Zeiten von Tilsit und Erfurt mit den späteren Jahren vergleichend, fand in ihm einen „byzantinischen Griechen" und nannte ihn den Talma des Nordens.

Und doch wäre wohl das Urtheil über ihn ein günstigeres, wenn er nicht das Unglück gehabt hätte, daß in allen bedeutenderen Fragen neben seinem Namen auch der eines anderen Mannes genannt werden müßte, der mit ihm und mehr als er Europa beherrschte. Dies ist Fürst Metternich, welcher vom 8. Oktober 1809 bis zum 13. März 1848 das auswärtige Ministerium in Oesterreich leitete, seit 1821, wo er seine italienischen Triumphe feierte, auch die Würde eines Staatskanzlers erhielt und frivol genug war, mitten unter Festlichkeiten und Liebeshändeln das Steuer Europa's in die Hand nehmen zu wollen, nicht bloß das bunt zusammengewürfelte Kaiserthum Oesterreich nach seinem sehr einfachen System zu regieren, sondern auch Deutschland und Italien als seine Domäne anzusehen, das aufstrebende Preußen als seinen Vasallen zu behandeln und überall das erste Wort zu sprechen. Sein mäßiges Wissen wußte er durch große Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck zu verdecken, seine geringe staatsmännische Begabung durch das starreste, geistloseste Festhalten an konservativen Grundsätzen zu bemänteln. In den 38 Jahren seiner ministeriellen Thätigkeit hat er nie und nirgends einen leitenden, schöpferischen Gedanken gezeigt, überall nur für das Gesetz des Stillstands, der Trägheit gewirkt und sich zuletzt so verachtet und verhaßt gemacht, daß im Jahre 1848 ein März-Minister in Süddeutschland unter allgemeinem Beifall ausrufen konnte: „die ganze Schmach der letzten Jahrzehnte fasse ich in dem einen Namen ‚Metternich' zusammen". Vor Fürsten „den unterthänigen Höfling spielend, die Diplomaten durch kavaliermäßiges Auftreten bestechend, die Gesandten der kleinen Staaten durch Herablassung und fürstlichen Glanz betäubend" hatte er sich zu einer Art Orakel aufgeschwungen, von dessen Berechtigung niemand einen ernsthaften Grund angeben konnte.

Digitized by Google

Die Stabilität bis zur Lächerlichkeit und zur grausamen Härte zu treiben, dem Volke alle Theilnahme an der Staatsverwaltung abzusprechen und es zu einer steuerzahlenden Masse herabzudrücken, die Fürsten nicht als die Regenten, sondern als die Privateigenthümer ihrer Staaten anzusehen und walten zu lassen: um diese wenigen Grundsätze bewegte sich die ganze Staatsweisheit eines Mannes, der, wie Napoleon sagte, Ränkesucht für Staatskunst nahm.

Wie gelegen mußten ihm die schönen Phrasen der heiligen Allianz kommen, die wie ein zweites Evangelium zu den Völkern sprach! War hier von den Fürsten als von den „Bevollmächtigten der Vorsehung" die Rede, so war ja ebendamit ihre Unfehlbarkeit ausgesprochen, und sie standen in allen politischen Dingen ihrem Volke mit dem nämlichen Heiligenschein gegenüber, wie der Papst in kirchlichen, was freilich nicht hinderte, daß die englischen Diplomaten über das „dreieinige Ungeheuer" der Ostmächte ihre insulanischen Witze machten.

In diesem Hang, sich sein genußreiches Leben durch Neuerungen in der Politik nicht stören zu lassen, stimmte Metternich mit seinem Herrn, dem „guten" Kaiser Franz sehr zusammen. Derselbe genoß in Oesterreich, besonders in Wien eine große Popularität. Er galt dort für einen sehr gutmüthigen und wohlwollenden Monarchen, der jedem seiner Unterthanen gerne Audienz gab, sich in das Detail seiner Wünsche einließ und die österreichische Mundart auf breitester Grundlage handhabte. Anders freilich lautete die Sprache, wenn er seinen sorgfältig umhegten Staat von Neuerungen bedroht sah. „Es sind jetzt neue Ideen im Schwung, die ich nie billigen kann, nie billigen werde. Halten Sie sich an das Alte; denn dieses ist gut, und unsere Vorfahren haben sich dabei gut befunden, warum sollten wir es nicht? Ich brauche keine Gelehrten, sondern brave Bürger. Die Jugend zu solchen zu bilden, liegt Ihnen ob. Wer mir dient, muß lehren, was ich befehle. Wer das nicht kann oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen." Mit dieser Ansprache an die Professoren des Laibacher Lyceums kündigte er sich offen als einen absoluten Herrscher an, der gebeut, und es geschieht. Er war denn auch so durchdrungen von dem Gedanken seiner unbedingten Herrschergewalt, daß er niemand einen dauernden Einfluß gönnte und denen am wenigsten, welche hiezu am meisten berechtigt waren. Mißtrauisch gegen sich selbst, war er es noch weit mehr gegen andere,

Digitized by Google

gegen jede hervorragende kräftige Persönlichkeit, was die verdientesten seiner Feldherren, Schwarzenberg und Radetzky, die ausgezeichnetsten seiner Brüder, die Erzherzoge Karl und Johann, bitter empfinden mußten. Selbst der Klerus errang unter ihm nicht die Stellung einer selbständigen Macht, sollte bloß der Gehilfe, nicht der Nebenbuhler der kaiserlichen Macht sein. Metternich konnte sich nur dadurch so lange auf seinem Posten halten, daß er, schon vermöge seines Naturells, in das Lieblingsdepartement des Kaisers gar nie eingriff. Hatte dieser nur für das Kleinliche, für das Detail der Regierung Sinn, so zeigte jener eher Scheu davor, kümmerte sich nichts um die eigentliche Administration, und so störten sich beide in ihren Bahnen nicht.

Nicht durch seine militärische Kraft sollte Oesterreich sich Geltung verschaffen, sondern durch die Kunst seiner Diplomatie und durch die Allgegenwart seiner Polizei und seiner Spione. War jene das Feld, auf welchem sich Metternich mit Vorliebe bewegte, so fand am Polizeiwesen der Kaiser großen Gefallen, das sich unter ihm zur unwürdigsten Spionirkunst ausbildete. Dies paßte freilich vortrefflich zu jenem patriarchalischen System, nach welchem die Regierung ihre orientalischen Anschauungen so wenig verleugnete, daß sie ihren Unterthanen sogar einzuschärfen wagte, sie möchten wohl bedenken, daß der Herrscher „alle Macht über ihren Besitz und ihr Leben" habe. Nicht geringere Sorge zeigte sie in der Absperrung Oesterreichs gegen das Ausland. Man verschanzte sich gegen das Einströmen fremder Geistesprodukte und fremden Geistes wie gegen das Einschleppen der Rinderpest. Der Besuch auswärtiger Universitäten war verboten, der Eintritt auswärtiger Lehrer und Schüler, sogar zehnjähriger Knaben in österreichische Lehranstalten war untersagt, und selbst für jüngere Kinder mußte besondere Erlaubniß eingeholt werden. Die Ertheilung von Privatunterricht wurde sehr erschwert, nur unter drückenden Bedingungen von der Polizei widerruflich, je auf sechs Jahre, zugestanden. Mit strenger Censur, mit polizeilichen Verboten wurde gegen alle politische Literatur, gegen neuere Geschichtswerke vorgeschritten. Die Bewegung auf dem Gebiet der deutschen Philosophie und Theologie, die Fortschritte in Geschichte und Naturwissenschaften waren für Oesterreich so gut als gar nicht da. Was man hier duldete und pflegte, war das Studium orientalischer Sprachen und Literatur, einige Poesie und mit Vorliebe Musik, um die aufgeregten Geister in eine

Digitized by Google

weiche Sinnenwelt hineinzuzaubern und den Kaiserstaat in einen langjährigen Schlaf à la Epimenides zu wiegen. Und wie sah es mit dem Volksschulwesen aus! Kaum $^3/_5$ der schulpflichtigen Kinder besuchten die Schule, und die sie besuchten, waren samt den Lehrern an eine mechanische Dressur gebannt, wo das Was und Wie streng vorgeschrieben war. Man wollte ja keine Gelehrten heranziehen, nur blindlings folgende Unterthanen und Beamte. Wer war als Wächter und Aufseher hiefür geschickter als die Geistlichkeit, von deren Religionszeugniß jedes Vorrücken auf Gymnasien und Universitäten abhieng, welche sechsmal im Jahr von Lehrern und Schülern die Beichte abverlangte! Daß auf diese Weise die Stellung der Protestanten eine sehr gedrückte, kaum geduldete war, begreift sich. Mußten sie ja bei jedem Häuserkauf, bei jedem Meisterrecht um Dispensation nachsuchen, mußten sie ja bei dem Eintritt in die Militärakademie in Wiener-Neustadt ihren Glauben abschwören!

Nicht viel besser sah es auf materiellem Gebiet aus. Handel und Industrie lagen fast nirgends so sehr darnieder wie in Oesterreich; für Entfesselung des Bodens, für ein besseres Verhältniß der Gutsbauern zu ihren Grundherren geschah nichts, und das reiche Oesterreich, das bei günstigen landwirthschaftlichen Gesetzen und Betriebsverhältnissen sich eine ungeheure Einnahme aus seiner Getreideausfuhr hätte verschaffen können, erzeugte kaum seinen eigenen Bedarf. Die günstige Lage am adriatischen Meere, die Häfen von Venedig und Triest wurden schlecht genug benützt, von Entwicklung einer blühenden Handelsflotte abgesehen und eine tüchtige Kriegsflotte als ein so unnützes Möbel betrachtet, daß man sich genöthigt sah, seine Handelsschiffe unter den Schutz der türkischen Flotte gegen die Zudringlichkeiten der Barbareskenstaaten zu stellen. Mit zweifelhaftem Stolz konnten die Staatslenker auf ihr Deutsch-Oesterreich als auf das Land hinweisen, wo man trotz Italien und Spanien, trotz Deutschland und Frankreich allein noch „das alte Europa“ finden könne.

Auch im Verfassungsleben wollte man in Oesterreich möglichst zurückbleiben. Um den Vorschriften der Bundesakte auch nur einigermaßen zu genügen, hatte man zwar im Jahre 1816 und in den folgenden Jahren in den deutsch-slavischen Provinzen ständische Vertretungen eingeführt oder wiederhergestellt. Da aber in denselben Adel und Geistlichkeit ein absolutes Uebergewicht hatten und ihre Befugnisse nur sich auf Steuerbewilligung und Rekrutenaushebung er-

Digitized by Google

streckte, so sanken diese Versammlungen, die oft am gleichen Tage eröffnet und geschlossen wurden, zur bloßen Formalität, zu kostspieligen „Possenspielen", wie Stein sagte, herab, welche füglich durch irgend eine Dekretirmaschine hätten ersetzt werden können. Der Adel, welcher ohne Bildung und Patriotismus war und, nach dem Ausdruck eines seiner Standesgenossen, ein Polypenleben führte, konnte und wollte sich nicht zu einer politischen Stellung aufraffen, und das Volk, in Unwissenheit aufwachsend, mit der täglichen Noth ringend oder in ein Sybaritenleben versunken, hatte für öffentliche Angelegenheiten keinen Sinn. Doch ganz ohne ein memento mori sollte es auch in Oesterreich nicht abgehen, und mit bitterem Unwillen empfand Kaiser Franz den ungarischen Pfahl in seinem Fleisch. Wenn er und sein Metternich auch alle deutschen Provinzen einschläfern, auch den widerspenstigen Bundestag bezähmen und das burschikose Süddeutschland in das behagliche Philisterthum zurückführen konnte, so mußten sie doch finden, daß die ungarische Heide wilde, muthige Rosse nähre. Vierzehn Jahre lang wurde der Reichstag, welcher verfassungsmäßig alle drei Jahre sich versammeln sollte, nicht einberufen und trotz aller Einsprache mit Kommissären und Soldaten gewirthschaftet, Rekruten eingefangen, Steuern eingezogen. Aber wenn die Ungarn auch nachgaben und sich der Gewalt fügten, so blieben sie doch bei ihrem Proteste. Auch erreichten zuletzt die Steuerrückstände eine bedenkliche Höhe. Zugleich hatte man gerade damals, es war im Jahr 1825, allen Grund, die Sache nicht aufs äußerste zu treiben. Denn in Folge des griechischen Freiheitskampfes hatte man einen russisch-türkischen Krieg und ebendeßwegen Verwicklungen an der unteren Donau zu befürchten. Man durfte daher, wollte man die Dinge in Ungarn nicht zu offenem Aufruhr treiben, die Unzufriedenheit dort sich nicht noch steigern lassen. So rieth selbst Metternich zum Nachgeben, und im September 1825 wurde der Reichstag in Preßburg eröffnet. Hier kam es bald zu bitteren Klagen über die habsburgische Politik, über ihren Hang zum Absolutismus, ihre Nichtbeachtung verfassungsmäßiger Rechte, und als der Kaiser von den „wahnwitzigen Bestrebungen der Neuerer" und von Bestrafung der Ungehorsamen sprach, mußte er, um die dadurch entstandene Aufregung zu dämpfen, seine „mißverstandenen" Worte dahin deuten, daß er die Rechte des Reichstags vollständig anerkenne. Damit hatte es aber auch sein Bewenden, und nach fast zweijähriger Dauer gieng derselbe auseinander, ohne

Digitized by Google

viel anderes geleistet zu haben, als daß seine Rechte schärfer gefaßt und vom Throne ausdrücklich bestätigt wurden. Vor der Hand hatte auch hier die Politik des Hinhaltens, des Nichtsthuns einen Triumph gefeiert.

Ein anderes Feld der Thätigkeit bot sich der Metternich'schen Staatskunst in Deutschland dar. Hier waren durch die letzten Ereignisse einige hundert selbständige Staaten mediatisirt und ein Bund von 39 souveränen Staaten gegründet worden. Große Hoffnungen knüpften sich an diese Umgestaltung. Die Noth der langen Unterdrückung hatte den Namen des Vaterlandes wieder werth gemacht, der Aufschwung und die Opfer der Freiheitskriege, der durch gemeinschaftliche Anstrengung aller deutschen Stämme errungene Sieg hatte das Nationalgefühl wachgerufen und die Zusammengehörigkeit dieser Stämme zum Bewußtsein gebracht. Was man nach den Aufrufen der Fürsten, nach den Erklärungen der Minister, nach dem Urtheil der bescheidensten Patrioten erwartete, war kurz: ein einheitliches Vaterland, stark nach außen und frei im Innern. Kleine Parlamente in den einzelnen Staaten, ein gemeinsames deutsches Parlament in Frankfurt, die Hegemonie derjenigen der beiden Großmächte, die für die Freiheit am meisten Opfer zu bringen im Stande sei, so lauteten die Wünsche der Männer, welche ihr Deutschland warm im Herzen trugen.

Zunächst gieng es an den Ausbau der Einzelstaaten. Vom Bodensee bis zur Ostsee ertönte der Ruf nach Verfassungen. Selbst die Bundesakte hatte davon Notiz nehmen und in ihrem 13. Artikel aussprechen müssen: „in allen Bundesstaaten wird (ursprünglich hieß es übrigens: soll) eine landständische Verfassung stattfinden". Damit war freilich über das Wann und Wie nichts gesagt und dem üblen Willen einzelner Regenten ein weites Feld gelassen. Den Anfang auf der Bahn des Fortschrittes machte Karl August, Großherzog von Sachsen-Weimar, welcher bisher als Mäcenas unserer größten Dichter seinen Namen berühmt gemacht hatte. In freier Uebereinkunft mit den Ständen des Landes gab er im Mai 1816 eine Verfassung, welche alle wesentlichen Bestimmungen des modernen Staatslebens: Vertretung aller Staatsbürger, Steuerbewilligungsrecht, Preßfreiheit enthielt. Aber er war unter allen norddeutschen Fürsten der einzige. Die Aristokratie war im Norden zu mächtig und begriff zu wenig ihre Zeit, als daß sie von ihren alten Vorrechten etwas nach-

Digitized by Google

gelassen und etwas anderes geduldet hätte als die landständischen Vertretungen, wo von einer eigentlichen Vertretung des Bürgers und Bauern keine Rede war, die einzelnen Stände zum Theil noch abgesondert „als Kämmerchen" beriethen und der Adel weitaus die Uebermacht hatte. Zu einer Repräsentativ-Verfassung, in welcher nicht die einzelnen Stände als solche, sondern das ganze Volk vertreten sein sollte, kam es außer in Weimar in ganz Norddeutschland nicht. In Sachsen, Mecklenburg, Hannover, Braunschweig, Oldenburg herrschte nach wie vor das aristokratische System.

Das komische Element unter diesen mittelalterlichen Gestalten bildete der 70jährige Kurfürst Wilhelm I. von Hessen, welcher von 1806—1813 in der Verbannung gewesen war und sein Land zu einem Königreich Westfalen hatte umschaffen sehen. Bei seiner Rückkehr strich er diese Jahre geradezu als ungiltig aus und setzte alles wieder so gänzlich auf den Standpunkt des Jahres 1806, daß er sogar die im November jenes Jahres beurlaubten Regimenter wieder in ihre damaligen Garnisonen berief und dem Platzmajor von Hanau einen Verweis gab, weil er seither die Vierteljahrsberichte der Festung nicht eingeliefert habe. Die Soldaten erhielten wieder Zöpfe und Puder, die pensionirten Beamten wurden wieder angestellt, die neuen Gesetzbücher abgeschafft und die Käufer der von der westfälischen Regierung veräußerten Kammergüter zur Zurückgabe ohne Entschädigung gezwungen. Und doch bot er seinem Volke eine Verfassung an, die nicht zu den schlimmsten gehörte und eine Repräsentation des ganzen Volkes in sich schloß. Da er aber bei seinem berüchtigten Geize im Finanzwesen durchaus freie Hand haben, eine Trennung der Staatskasse und seiner Privatkasse durchaus nicht zugeben, kein Steuerverwilligungsrecht zugestehen wollte, so zerschlugen sich die Unterhandlungen, die Abgeordneten wurden nach Hause geschickt, und Hessen blieb ohne Verfassung.

Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Süddeutschland, wo die Fürsten, um die alten und die neuen Landestheile zu verschmelzen und den Widerstand des mediatisirten Adels zu brechen, mit Einführung liberaler Verfassungen vorangiengen. Sie hatten dabei den Plan, der Uebermacht der beiden Großstaaten und der Vergewaltigung durch dieselben durch freisinnige Institutionen zu entgehen. Herrschte daher bei jenen das reaktionäre System, so wandelten sie um so entschiedener auf dem Pfad des Liberalismus. So gab König Maximilian

Digitized by Google

von Baiern im Mai 1818 eine Verfassung, welche Stein als bedeutsamen Fortschritt auf der konstitutionellen Bahn begrüßte, im August dieses Jahres Großherzog Karl von Baden eine noch freisinnigere, um das ihm verhaßte Baiern, das ihm zur Abrundung seines Gebiets die Tauber- und Main-Bezirke nehmen wollte, zu überbieten. Im folgenden Jahre, im September 1819, endigten auch in Württemberg die Verfassungskämpfe. Dort hatte schon König Friedrich die Initiative ergriffen, war aber während der daraus entstandenen Streitigkeiten gestorben. Sein freisinniger und thatkräftiger Sohn Wilhelm, welcher im Jahre 1814 sich als Feldherrn, bei den Friedensschlüssen sich als deutschen Patrioten gezeigt hatte, nahm gleich bei seinem Regierungsantritt die Verhandlungen wieder auf und vereinbarte nach dreijährigen Kämpfen mit den Ständen, auf deren Seite nicht immer die Klugheit und das moderne Bewußtsein war, eine Verfassung, über welche man sich um so rascher verständigte, je drohender das Gewitter von der Karlsbader Diplomaten-Versammlung aufstieg. In Folge dieser Vorgänge mußte auch die Regierung von Hessen-Darmstadt dem Drängen des Volkes nachgeben (December 1820), während in Nassau die schon 1814 gegebene Verfassung nach dem Tode des Fürsten durch den büreaukratischen Minister Marschall möglichst zurückgedrängt, der erste Landtag erst 1818 eröffnet und sogar Stein aus demselben zu scheiden genöthigt wurde.

Vor dem Uebelwollen und den Gewaltstreichen des Ostens und Nordens hatten sich die Freiheitsgedanken in die süddeutschen Kammern geflüchtet und sich dort eine Stätte bereitet. Es fragte sich, ob die Position behauptet, ob nicht neue Allianzen geschlossen, ob nicht gar Preußen in das liberale Fahrwasser hereingezogen werden könne. König Friedrich Wilhelm III. hatte in seiner Verordnung vom 22. Mai 1815 ausdrücklich eine allgemeine Repräsentation des Volkes verheißen und bereits den Termin bestimmt, an welchem ein Ausschuß von Provinzialabgeordneten und königlichen Beamten zur Entwerfung der Verfassung zusammentreten sollte. Der Termin verstrich, ohne daß der Ausschuß berufen wurde. Denn bereits war der König nicht mehr in den Händen derer, welche ihn in den drei letzten Jahren zum Sieg geführt hatten. Schwankend und unentschlossen hatte er sich vielfach in der Politik gezeigt, für die Regungen einer neuen Zeit hatte er durchaus kein Verständniß, sah in jeder, auch rein geistigen Bewegung des Volkes die künftige Revolution und vertiefte sich gern in theolo-

Digitized by Google

gische Studien und Manieren. Er besaß alle Tugenden eines schlichten, ehrbaren Hausvaters, war aber nicht reich genug ausgestattet zur Beherrschung eines großen Reiches und fühlte keinen Beruf in sich, sich an die Spitze des neuen Deutschlands zu stellen, die Mittelstaaten in seine Sternenbahn zu zwingen und Oesterreich keine andere Wahl zu lassen, als jetzt schon in Deutschland abzudanken oder mit seiner bisherigen Politik ganz zu brechen. Statt dessen gab er sich immer mehr der schroffsten Reaktionspartei, seinen gefügigsten Höflingen wie dem Fürsten Wittgenstein hin und fand in seinem Staatskanzler von Hardenberg nur einen Minister, aber keinen Charakter. Denn dem konstitutionellen Leben zugethan, ließ sich dieser gleichwohl auf dem Aachener Kongreß von Metternich, welcher kein schrecklicheres Gespenst als ein freisinniges Preußen kannte, zur österreichischen Politik und zur Berliner Adelspartei herüberziehen. Unter solchen Umständen konnte es nicht fehlen, daß der König bei seinem guten Willen und seiner Dankbarkeit gegen sein opferbereites Volk eine Verfassung zwar versprach, aber die Ausführung immer hinhielt und endlich ganz bei Seite legte. Hierüber äußert sich in seiner Vertheidigung des theologischen Landesvaters der Bischof Eylert auf's allernaivste: „der König habe gehandelt wie ein weiser Vater, der gerührt von der anhänglichen Liebe seiner Kinder an seinem Geburts- oder Genesungstage gefällig ist und in ihre Wünsche eingeht, dann aber mit Ruhe dieselben modificirt und seine natürliche Autorität aufrecht hält."

Zwischen die Verordnung vom 22. Mai und den 1. September als den Termin für den Ausschuß fiel die Denunciation des Geheimraths Schmalz, eines Schwagers des edlen Scharnhorst, welcher in einer schlecht geschriebenen Broschüre den deutschen Patrioten revolutionäre Umtriebe und die gewaltsamsten Plane zum Umsturz aller staatlichen Ordnung und zur Herstellung der deutschen Einheit vorwarf und den „Tugendbund" damit in Verbindung brachte, zu welchem in den Zeiten der Noth fast alle großen Männer Preußens gehört hatten. Einen Aufschwung, eine Begeisterung des Volkes, die in den Befreiungskriegen so Großes errungen, leugnete er geradezu und erklärte, nur der Befehl des Königs, nur der gewöhnliche Gehorsam seiner Unterthanen, welche zu den Waffen eilten, „wie man aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst beim Feuerlärm eilt", habe alles dies bewirkt. Und dieser Mensch und Geheimrath, über dessen Auftreten allerdings die ganze Hof- und

Digitized by Google

Adelspartei ein Triumphgeschrei erhob, bekam vom König den rothen Adler-Orden, von dem nämlichen König, welchem Thränen aus den Augen rollten, als ihn im Frühling 1813 Scharnhorst an ein Fenster des Breslauer Schlosses führte, ihm die Scharen der einströmenden Freiwilligen zeigte und ihn fragte, ob er sich nun überzeuge, daß es Ernst sei mit der Begeisterung und Opferfreudigkeit seines Volkes. An die Verleihung dieses Ordens, welche als der Anfang der Reaktion in Preußen zu betrachten ist, hieng sich als bedeutendstes Ergebniß die Nichteinberufung des Verfassungs-Ausschusses, der Aufschub dieses Projekts. Es läßt sich denken, wie den Männern zu Muthe gewesen sein muß, welche Preußen aus seiner tiefen Erniedrigung zu einer ruhmvollen Höhe wieder emporgebracht hatten. Blücher in seiner ungenirten Weise warf mit „Hundsföttern" um sich, Gneisenau drang in den Staatskanzler, hinter dessen Rücken der Orden verliehen worden war, dagegen zu protestiren, so lange es noch Zeit sei.

Wenn ergraute Männer ihre Entrüstung nicht zurückhielten, was war dann von der Jugend zu erwarten! An Preußens Zusage und an die Eröffnung des Bundestags knüpften sich ihre heißesten Hoffnungen, und wie dort, so sahen sie sich auch hier getäuscht. Der österreichische Gesandte, Graf Buol-Schauenstein, eröffnete am 5. November 1816 die Bundes-Versammlung zu Frankfurt mit einer „schönen" Rede, mit einer Fülle von Verheißungen, denen allen auch keine einzige befriedigende That folgte, wohl aber bald solche, welche die stärksten Verwünschungen über eine Einrichtung herabriefen, die immer nur von der erhabenen Stellung und den Rechten der Fürsten, nie von denen der Völker sprach. Gleich das erste Jahr ihrer Thätigkeit zeigte, daß die Bundesversammlung, über ihre Befugnisse selbst noch im Unklaren, für die freisinnige Strömung des zweiten Jahrzehntes ein Damm sei, daß sie jedenfalls in keiner wichtigen Frage, weder auf geistigem noch materiellem Gebiet, weder im Politischen noch im Socialen mit der öffentlichen Meinung gehen werde. Auch erinnerte die Verschleppung der Entscheidungen in Fragen, für welche die Gesandten noch keine Instruktionen hatten, doch gar zu sehr an das Dolce far niente des alten Regensburger Reichstags. Die Kläglichkeit dieser Verhältnisse wurde in den Kreisen der studirenden Jugend, unter der neu gegründeten Burschenschaft besonders lebhaft gefühlt. Bei der Bundesfeier der deutschen Burschenschaft, zu welcher die von Jena ihre Genossinnen auf den anderen Hochschulen einlud, erhielt

Digitized by Google

diese Stimmung einen Ausdruck, der an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig ließ. Die Versammlung fand am 18. Oktober 1817 auf der historisch so berühmten Wartburg bei Eisenach statt und sollte zugleich die Erinnerung an die Schlacht bei Leipzig und das Reformationsjubiläum feiern. Gegen 500 Jünglinge aus allen Gauen Deutschlands fanden sich ein, auch Professoren aus Jena: Kieser, Fries und Oken, nahmen theil. Das Ganze hatte einen ernsten, religiösen Charakter, zu Anfang und Ende hörte man geistlichen Gesang, die Reden sprachen von der Vereitlung der deutschen Hoffnungen, von der politischen Oase Weimars, vom treuen Ausharren in dem Kampfe. Gegen Abend wurde noch ein Nachspiel gefeiert. Einige Studenten blieben zurück und hielten, im Gedanken an Luther's That vom 10. December 1520, zum Zeichen des „grimmigen Hasses wider alle Bösen und Buben im Vaterland" über einige „Schandschriften", worin der Absolutismus vertheidigt und der Ruf nach Konstitutionen verdächtigt war, ein kritisches Autodafé. Außer den Insignien einer sklavischen, unnatürlichen Zeit, einem Zopf, einem Korporalstock und einer Schnürbrust, wurden nach einer einleitenden Rede die Schriften undeutscher Männer, wie die Broschüre von Schmalz, der Gensdarmerie-Codex von Kamptz, die deutsche Geschichte von Kotzebue und andere ins Feuer geworfen.

Schon Schmalz hatte gezeigt, daß sich mit Berliner Geheimräthen nicht gut spassen lasse. Auch der Geheimrath von Kamptz wollte seinen Mann stellen, verfaßte in der Erbitterung über die Schmach, die man seinem Codex angethan habe, eine besondere Beschwerdeschrift und schrieb an den Großherzog von Weimar einen unverschämten Brief voll von Vorwürfen, daß er in seinem Lande keine bessere Ordnung halte. Von allen Seiten wurde auf den freisinnigen Fürsten eingedrungen; nicht bloß Oesterreich und Preußen, sogar Frankreich und Rußland schickten Noten, Gesandte und Spione nach Weimar und Jena, um den Fürsten zum Einschreiten gegen die Presse, gegen Professoren und Studenten zu veranlassen. Die Wirkungen einer solchen Quadrupelallianz konnten nicht ganz ausbleiben: die Regierung mußte sich zu einigen Repressivmaßregeln hergeben.

Neuen Zündstoff warf die Schrift eines walachischen Bojaren, des jungen Stourdza, in die allgemeine Aufregung hinein. Derselbe hatte im Auftrag des Kaisers Alexander ein Memoire über die Zustände Deutschlands abgefaßt und dasselbe im Herbst 1818 den beim

Digitized by Google

Aachener Kongreß versammelten Fürsten und Diplomaten vorgelegt. Die nächste Veranlassung zu diesem Kongreß war zwar das Verhältniß der vier Großmächte zu Frankreich und die Besprechung seines Vorschlags, jetzt schon, nach drei Jahren, nicht erst nach fünf Jahren, der Occupation des Landes ein Ende zu machen und die fremden Truppen aus den französischen Garnisonen zurückzuziehen. Aber eine so geschickte Gelegenheit, die Häupter der heiligen Allianz beisammen zu haben, konnte man nicht vorübergehen lassen, ohne die ganze europäische Politik, namentlich die Verhältnisse in Deutschland, zur Sprache zu bringen, und wir haben ja schon gesehen, wie Metternich die Anwesenheit Hardenbergs benützte, um ihn wegen seiner preußischen Verfassung gründlich in die Beichte zu nehmen. In solchen Kreisen war die Schrift Stourdza's, welche den Fürsten das Gorgohaupt einer deutschen Revolution entgegenhielt, wenn sie nicht die schärfsten Maßregeln gegen die Presse und die Universitäten ergreifen, eine willkommene Novität. Man war bereits entschlossen, den Schlag auszuführen, wollte aber hiezu keinen internationalen, sondern einen rein deutschen Kongreß bestellen, zu welchem auch noch andere deutsche Staaten einzuladen seien, und trennte sich auf Wiedersehen für's nächste Jahr in Karlsbad. Und schon rüsteten sich im folgenden Jahre die Diplomaten zu einer Reise nach der böhmischen Heilquelle, als eine Nachricht einlief, wie sie ihnen für ihre Zwecke nicht erwünschter hätte kommen können.

Die Schrift Stourdza's, das offene Einmischen Rußlands hatte die Aufregung in Deutschland noch gesteigert. Die Jugend in Jena knirschte vor Wuth. Zwei dortige Studenten, die Grafen Bochholz und Keller, forderten den Bojaren als den Feind der deutschen Jugend. Dieser fand nun das Klima in Weimar zu schwül für seine Gesundheit, vertauschte es mit dem zu Dresden und erklärte, daß er eigentlich nicht der Verfasser der Schrift sei, sondern sie auf Alexanders Befehl gedacht, geschrieben und ausgeführt habe. Auf ein so bescheidenes Geständniß erwiderten die Studenten, daß sie von einer „Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine" natürlich keine Genugthuung mehr fordern können. Dagegen trat nun ein anderer Gegner auf den Plan. Die russische Regierung hatte im Sommer 1817 den Staatsrath August von Kotzebue nach Weimar geschickt, um über den Geist und das Treiben der freisinnigen Partei sich regelmäßige Berichte zu verschaffen. Als Verfasser mehrerer frivolen Schriften ohnedies schon übel angeschrieben, zog sich dieser russische Spion, welcher

Digitized by Google

eine Zeitschrift, das politische Wochenblatt, herausgab, durch seine Angriffe auf die Männer und die Grundsätze der nationalen Partei, durch seinen Spott, womit er die politisirende Jugend übergoß, zuletzt durch seine offene Billigung der Stourdza'schen Schrift den allgemeinen Haß zu. Da gelang es dem Professor Luden in Jena, einen dieser Kotzebue'schen Berichte an die russische Regierung in seine Hände zu bekommen, und er säumte nicht, denselben in seiner Zeitschrift „Nemesis" abdrucken zu lassen. Die Folge davon war eine Klage Kotzebue's und eine russische Note gegen die „Frechheit der Presse" in Weimar, zugleich aber auch ein für Kotzebue selbst sehr unwillkommenes Hervortreten seiner Person. Denn auf ihn waren jetzt Aller Augen gerichtet, in ihm haßte man die ganze Reaktion, die Einmischung des Auslandes, den Verrath am Heiligsten. Man fragte sich, ob ein deutscher Regierungsspion so etwas in Frankreich oder Rußland auch nur einen Monat lang wagen dürfte, was dieser Deutsch-Russe schon länger als ein Jahr unter den Augen des großherzoglichen Hofes, in unmittelbarer Nähe der aufgeregten Jenenser Burschenschaft, der ganzen deutschen Nation ungestraft bieten durfte. Von neuem erinnerte man sich an die antike That des achtzehnjährigen Friedrich Staps aus Naumburg, wie er nach Oesterreichs Niederwerfung am 12. Oktober 1809 zu Schönbrunn einen Mordversuch auf Napoleon machte, in welchem er den Attila Deutschlands erblickte. Und meinten es denn die reaktionären Regierungen, diese „Bevollmächtigten der Vorsehung", meinten es denn Menschen, wie Kotzebue, Kamptz, Schmalz und Konsorten auch nur um ein Jota besser mit dem Volke? Gegen die Zeitschrift „Nemesis" hatte Kotzebue seinen Prozeß gewonnen; es fragte sich nun, ob er gegen die andere Nemesis ihn auch gewinne.

Ein besonderer Zweig der Burschenschaft war der Bund der „Unbedingten", welche alles, was sie einmal für wahr und recht erkannt hatten, unbedingt durchzusetzen suchten. Zu ihnen gehörte Karl Sand aus Wunsiedel, ein wackerer, sittlich unbescholtener Jüngling, ein eifriges, jedoch nicht hervorragendes Mitglied der Burschenschaft, zu religiösen Schwärmereien geneigt, ein brütender Kopf. Die beiden Brüder Follenius, von welchen einer als Privatdocent in Jena wirkte und die Seele des Bundes war, übten entschiedenen Einfluß auf ihn. Es wurde in ihm zur fixen Idee, daß etwas Großes geschehen müsse, wenn das Vaterland nicht in Stücke gehen solle; und daß dies durch

Digitized by Google

ihn vollbracht werden, daß er für das Vaterland sich zum Opfer bringen müsse, wurde ihm täglich klarer. Als die hassenswürdigste Person, als derjenige, welcher der aufstrebenden Freiheit Deutschlands am meisten schadete, erschien ihm Kotzebue. Dieser, der Spion, der Verräther, der frivole Spötter, die Personifikation aller Servilität und volksfeindlichen Richtung, schien ihm zunächst reif für die Rachegöttinnen, der Volksfeme verfallen zu sein. Sein Entschluß war gefaßt. Hatte er sich früher stark genug gefühlt, gleichfalls bei Gelegenheit seine Hand an Napoleon zu legen, so wollte er indessen nicht schwächer geworden sein.

Ohne irgend jemand etwas von seinem Plane mitzutheilen, reiste er im März 1819 von Jena nach Mannheim, wo Kotzebue seit Ende des vorigen Jahres lebte, nachdem sein Aufenthalt in Weimar nachgerade unmöglich geworden war. Am 23. März Vormittags 10 Uhr kam Sand in Mannheim an, ließ sich schon um 11 Uhr in Kotzebue's Wohnung anmelden und wurde auf den Abend zwischen 4 und 5 Uhr bestellt. Er fand sich pünktlich wieder ein und wurde in ein Zimmer geführt, in das Kotzebue bald darauf eintrat. Kaum waren die ersten Begrüßungsworte gewechselt, so stieß ihm Sand unter dem Rufe: „Hier, du Verräther des Vaterlands!" einen Dolch ins Herz und brachte ihm gleich darauf noch zwei Stiche bei. Darauf gab er sich selbst einen Stich in die Brust, rannte die Treppe hinunter, rief den die Straße Wandelnden zu: „Hoch lebe mein deutsches Vaterland!" kniete nieder und stieß sich mit den Worten: „Ich danke dir, Gott, für diesen Sieg!" zum zweitenmal das Messer in die Brust. Von der herbeigerufenen Wache festgenommen, wurde er in ein Krankenhaus und bald darauf in das Gefängniß gebracht, wo er von seinen Wunden genas und einem strengen Verhör unterworfen wurde. Aber so sehr man auch auf die Entdeckung einer weitverzweigten Verschwörung, von wenigstens 300 Jünglingen, wie bei Mucius Scävola, hinarbeitete, so kam man doch keinem einzigen Mitwisser oder Mitschuldigen auf die Spur. Man mußte sich mit dem Blute dieses einen theologischen Studenten begnügen. Am 20. Mai 1820 wurde Sand, der bis zum letzten Augenblicke für seine That begeistert war, in Mannheim mit dem Schwert hingerichtet, von vielen bewundert, von noch mehreren bemitleidet, nur von wenigen gehaßt. Er hatte eine That begangen, von welcher der damals noch freisinnige Görres sagte, sie werde von ganz Deutschland mißbilligt, ihre Motive

Digitized by Google

gebilligt. Nach zwei Seiten hin war sie ein politischer Fehler: die Reaktion, welche er zu bekämpfen und zu vernichten wähnte, wurde durch die Ermordung eines einzigen Mannes, wer dies auch war, nicht gehemmt, vielmehr gestärkt und zu ihren heftigsten Angriffen ermuthigt, und selbst wenn sie durch den Stoß auf eine einzelne Persönlichkeit hätte überwältigt werden können, so hieß diese jedenfalls nicht Kotzebue, sondern wäre ganz anderswo zu suchen gewesen. Das gerade Gegentheil von dem, was Sand beabsichtigt hatte, geschah. Und als bald nach seinem Attentat, am 1. Juli 1819, ein junger Apotheker, Karl Löhning, in Schwalbach einen erfolglosen Mordanfall auf den Staatsrath v. Ibell, ein Hauptwerkzeug der nassauischen Reaktion, machte und darauf sich selbst ermordete, so war dies nur noch Oel ins Feuer gegossen.

Eben war Wilhelm v. Humboldt mit einem Verfassungsentwurf für Preußen beschäftigt und verhandelte schriftlich und mündlich darüber mit Stein. Da kam die Nachricht von Kotzebue's Ermordung nach Berlin. „Nun ist die Verfassung unmöglich," war Hardenberg's erstes Wort. Der König ließ dem Ermordeten eine Todtenfeier veranstalten. Nun blühte der Weizen der Berliner Geheimräthe! Metternich ließ, mit Hinweisung auf die zwei Attentate, nicht nach, bis er dem König von Preußen alle Gedanken an eine Konstitution vollends ausgetrieben, ihn zu einem gemeinschaftlichen Feldzug gegen alle konstitutionellen Regierungen bewogen und zu einer wahren Razzia gegen alle hervorragenden Männer der nationalen Partei aufgehetzt hatte. Dabei errang Metternich für Oesterreich noch einen besonderen Vortheil. Denn indem er bei der Verfolgung der „Demagogen" Preußen die erste Rolle zutheilte, während in dem erstarrten Oesterreich niemand zu belästigen war, so mußte ja gerade dadurch das von der öffentlichen Meinung so sehr bevorzugte Preußen seinen Kredit gründlich verlieren.

Nun kamen Schläge auf Schläge. Im Juli 1819 wurden die Turnplätze geschlossen, Jahn von seinem sterbenden Kinde weg nach Spandau, später nach Küstrin abgeführt, die drei Bonner Professoren: Arndt und die beiden Brüder Welker, verhaftet, ihre Papiere mit Beschlag belegt und noch viele andere Verhaftungen gegen Lehrer und Studenten vorgenommen. In Berlin wurde eine Untersuchungskommission niedergesetzt, wozu der reaktionäre Minister des königlichen Hauses, Fürst Wittgenstein, und der Geheimrath Kamptz gehörten.

Digitized by Google

Darauf folgten die Karlsbader Beschlüsse. Am 6. August 1819 wurde der Ministerkongreß in Karlsbad eröffnet, wobei außer Oesterreich und Preußen noch acht Mittelstaaten eingeladen und vertreten waren. Metternich führte den Vorsitz und der österreichische Hofrath v. Gentz das Protokoll. Dieser war ein talentvoller, im Reden und Schreiben sehr gewandter Mann, früher den liberalen Ideen zugethan, später aber, um seiner Genußsucht mehr fröhnen zu können, im Dienste Metternichs, der ihn als Publicist und Protokollführer bei den meisten Kongressen gebrauchte. Was Gentz von seinem und seines Herrn System dachte, wie er ihr eigenes bankrottirendes Treiben wohl erkannte, beweist der Ausspruch, den er kurz vor seinem 1832 erfolgten Tode that: „Mich und Metternich hält es noch aus." Von solchen Leitern konnte man nichts anders erwarten, als was denn wirklich eintrat. Die Beschlüsse betrafen hauptsächlich fünf Punkte: die Freiheit der Presse wurde durch die Censur beschränkt, zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe eine Centralkommission in Mainz aufgestellt, die allgemeine Burschenschaft und ihre Turnanstalten verboten, die Universitäten unter die Aufsicht Regierungsbevollmächtigter (Curatoren) gestellt und endlich ausgesprochen, daß den Beschlüssen des Bundestags alle deutschen Regierungen sich zu unterwerfen haben.

Diese Karlsbader Beschlüsse hatten übrigens nur dann Geltung, wenn sie von der Bundesversammlung in Frankfurt bestätigt wurden. Der sonst so unthätige Bundestag war sehr bereit, in seiner Sitzung vom 20. September 1819 sie zu den seinigen zu machen und vorläufig auf fünf Jahre zu sanktioniren, ein Termin, der später immer wieder erneuert wurde. Und damit noch nicht genug! Um auch vollends das letzte Bollwerk der Freiheit, die süddeutschen Repräsentativ-Verfassungen zu vernichten, sie in altmodische, unschädliche ständische Vertretungen zu verwandeln, die Oeffentlichkeit ihrer Versammlungen aufzuheben, wurden am 25. November neue Ministerkonferenzen in Wien eröffnet und ihre Beschlüsse vom 16. Mai 1820 unter dem Namen der „Wiener Schlußakte" von der Bundesversammlung am 8. Juni bestätigt und unter die Grundgesetze des deutschen Bundes aufgenommen. Zwar konnten die dem süddeutschen Verfassungswesen zugedachten Maßregeln bei dem Widerstand Baierns und Württembergs nicht durchgeführt werden; aber das ganze Verhältniß der Einzelregierungen zum Bund hatte sich doch vollständig verändert. War

Digitized by Google

das Bestreben jener auf dem Wiener Kongreß bei Abfassung der Bundesakte darauf gerichtet gewesen, der Bundesbehörde möglichst wenig, den einzelnen Regierungen möglichst viel Gewalt beizulegen und sie jedenfalls in ihren inneren Angelegenheiten frei und souverän schalten und walten zu lassen, so war durch all die Allianzen, Kongresse und Konferenzen die ganze Sachlage umgekehrt, die Bundesversammlung in allen äußeren und inneren Fragen mit der obersten Gewalt ausgerüstet, die einzelnen Regierungen dagegen gezwungen, der Stimme von Frankfurt unbedingt Folge zu leisten. Und da dort Oesterreich und Preußen den Ton angaben, so sah es schon damals mit der Souveränetät der kleineren Fürsten sehr bedenklich aus, und ein vorsichtiger Hausvater mußte sich mit dem Gedanken an eine Mediatisirung bereits vertraut machen.

Aber auch Preußen stand dem übermüthig und übermächtig auftretenden Oesterreich nicht ebenbürtig zur Seite. Tief empört fühlte sich so manches muthige Herz, als es den Staat Friedrichs des Großen zu einem Vasallen Oesterreichs, zu einem Filial Metternichs herabgesunken sah. Noch befanden sich im Ministerium wackere und einsichtsvolle Männer, welche die Karlsbader Beschlüsse über den Haufen werfen, den Minister des Auswärtigen deßwegen in Anklagestand versetzen und mit einer freisinnigen Fahne gegen das reaktionäre Oesterreich Front machen wollten; aber der König ließ sie im Stich, und so mußten Wilhelm v. Humboldt, der Kriegsminister v. Boyen und der Großkanzler v. Beyme ausscheiden und den Wittgenstein und Kamptz das Feld ganz allein überlassen. Darauf folgten die schärfsten Censurmaßregeln in Preußen, der grenzenlose Hohn, die Karlsbader Beschlüsse gerade am 18. Oktober zu verkündigen, und Maßregelungen der Professoren. De Wette, Professor der Theologie in Berlin, welcher Sands Mutter einen Trostbrief geschrieben und darin die That ihres Sohnes nach ihren subjektiven Motiven ein schönes Zeichen der Zeit genannt hatte, wurde seiner Stelle entsetzt und mußte sich nach Basel wenden; auch Görres, welcher im Jahr 1819 der Verhaftung durch Flucht sich entzogen hatte, wurde entlassen; Arndt blieb suspendirt und erhielt seine Papiere und Briefe erst nach zwanzig Jahren, als im Sommer 1840 Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg, welcher ihn auch wieder in sein Amt als Professor an der Universität Bonn einsetzte. Jahn wurde nach jahrelanger Untersuchungshaft freigesprochen, aber unter polizeiliche Aufsicht gestellt.

Digitized by Google

Zugleich eröffnete man einen Feldzug gegen schwarzrothgoldene Pfeifenköpfe, Quasten und Bänder, beschäftigte sich im Ministerium Wochen lang mit der Form der Studenten-Mützen und -Röcke, machte die Geistlichen vermöge ihres Diensteids zu Polizeidienern und verbot sogar in einer Kabinetsordre vom Jahr 1821 die vieldeutigen, revolutionär klingenden Namen „Protestant" und „Protestantismus". In keiner öffentlichen Schrift durften die Censoren sie mehr passiren lassen, sondern mußten „evangelisch" dafür setzen. Die Verfassungsfrage wurde nun durch einen raschen Zug entschieden. Statt einer Repräsentation des ganzen Landes wurden durch das königliche Patent vom 5. Juni 1823 Provinzialstände eingeführt, welche nur eine berathende Stimme hatten, nur das berathen durften, was ihnen die Minister vorlegten, nur die Verhältnisse ihrer Provinz, nicht die des ganzen Reiches zu besprechen hatten und so zusammengesetzt waren, daß das aristokratische Element bei weitem überwog. Damit, hieß es, sei der Artikel 13 der Bundesakte vollständig erfüllt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Deutschland kein Herd für Revolutionen sei, so konnte man sicherlich den dafür anführen, daß man dem deutschen Volke wie in Preußen so in andern Ländern gleichsam zur Strafe für die That zweier überspannten Menschen einen so unerhörten Wortbruch bieten konnte, und daß das Volk sich dies gefallen ließ.

Hatte sich Preußen dem System Metternichs willenlos in die Arme geworfen, so sollte dieser in Süddeutschland und seinen Repräsentativ-Verfassungen mehr Sprödigkeit finden. König Wilhelm von Württemberg war hier die Seele der Opposition. In der Fülle seiner männlichen Kraft stehend, für das Wohl seines Volkes von ganzem Herzen besorgt, den Einflüssen der modernen Zeitrichtung zugänglich, wollte er sich in der Verwaltung seines Landes nichts dreinreden lassen. Sich zum Präfekten der Bundeskanzlei in Frankfurt herzugeben, dazu hatte er eine viel zu soldatische Natur. Sein Bestreben war daher, die Kleinstaaten zu einer politischen und militärischen Verbindung zu vermögen, um sich dem Uebergewicht der Großstaaten zu entziehen und ihnen das Gleichgewicht zu halten. Allein bei der Stellung Norddeutschlands und den beständigen Eifersüchteleien der Regierungen war dies fast eine Unmöglichkeit. Dennoch wagte er längere Zeit den ungleichen Kampf, worin er besonders von seinem Bundestagsgesandten, dem kritisch-scharfen Frhrn. v. Wangen-

Digitized by Google

heim unterstützt wurde. Beide waren entschiedene Gegner des ganzen Wiener und Karlsbader Kongreßsystems; König Wilhelm wandte sich, um das Verderben abzuwenden, persönlich an seinen Schwager, Kaiser Alexander, wandte sich nach England, das auf den europäischen Kongressen die Sache der Freiheit vertheidigte, galt aber eben darum in den Augen Preußens und Oesterreichs für einen gekrönten Jakobiner, sein Land neben Spanien für einen Hauptherd der Revolution. Als er vollends in Folge der auf dem Kongreß zu Verona gefaßten Beschlüsse den Kongreßmächten vorwarf, daß sie den nämlichen Einfluß ausüben wollen, „den sich Napoleon in Europa angemaßt habe," und als in der Bundesversammlung Wangenheim der Ritterschaft und den Prälaten von Holstein, welche sich über den König von Dänemark wegen Verfassungsverletzung zu beklagen hatten, mit seiner ganzen dialektischen Schärfe beistand und sogar darauf antrug, daß dem König eine bestimmte, aber kurze Frist zur Einführung der versprochenen Verfassung gesetzt werden solle, während Oesterreich die Kläger abgewiesen und auf den guten Willen des dänischen Königs vertröstet sehen wollte, da war die Geduld Metternichs erschöpft. Er erklärte Wangenheim für einen Feind der österreichischen Bundespolitik, ja der heiligen Allianz und verlangte seine Abberufung. Wie nicht sogleich darauf eingegangen wurde, verließ der österreichische Gesandte den Stuttgarter Hof, und der preußische und russische folgten ihm. Der Unterstützung seiner süddeutschen Nachbarn beraubt, blieb Württemberg als einem kleinen Staate nichts übrig als nachzugeben. König Wilhelm schrieb Bußbriefe an seinen Schwager, an Franz und Friedrich Wilhelm, rief Wangenheim von Frankfurt zurück und schickte im folgenden Sommer (1824) seinen Minister Maucler auf den Johannisberg, wo Metternich einen Hof von Fürsten und Diplomaten hielt und in dem Gedanken schwelgte, durch Entfernung aller liberalen Gesandten den Bundestag gesäubert und ihn zu seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgeführt zu haben, wornach er ein „permanenter Ministerialkongreß", ein „völkerrechtlicher Verein der souveränen Fürsten", ein bloßer Fürstenrath sein sollte, „bei dessen rein diplomatischen Verhandlungen die Fürsten allein ihre Unterthanen zu vertreten hätten, da diese ja mit dem Bunde so wenig in einem Staatsverbande stehen sollten wie mit irgend einem auswärtigen Lande". So war der Bundestag eine heilige Allianz im Kleinen, ein reines Werkzeug des Fürsten Metternich, welcher als Grundsatz

Digitized by Google

seiner Regierung offen aufstellte, „daß auf keinem Punkte Europas der Statusquo verrückt werden dürfe, und daß die von Gott herkommende und durch die Religion und das historische Recht beschützte Majestät um jeden Preis gegen die Angriffe der Neuerer zu vertheidigen sei." Damit war das Princip der Intervention in der absolutesten und gehässigsten Weise ausgesprochen, und Metternich'sche Schützlinge, wie Karl von Braunschweig und der Wütherich Miguel von Portugal, sind allerdings saubere Exemplare einer „von Gott herkommenden Majestät".

In Deutschland hatte Metternich vollends leichtes Spiel. Sein Antrag auf Fortdauer der Karlsbader Beschlüsse wurde von der Bundesversammlung genehmigt (1824), und die Mainzer Untersuchungskommission war so glücklich, die Existenz eines revolutionären Jünglings- und Männerbundes zu entdecken, welcher eine deutsche Republik gründen oder das deutsche Kaiserthum unter Wilhelm von Württemberg wieder aufrichten wolle. Die verhaßte Kommission betrieb ihr Schergenhandwerk schwunghafter als je und wurde dabei wieder von Preußen auf eine Art unterstützt, wie es Oesterreich nicht angenehmer sein konnte. Ueberspannte Jünglinge wurden zu 13- bis 15jähriger Festungshaft verurtheilt! Waren solche Verbindungen die sehr natürlichen Folgen der Karlsbader Beschlüsse, so war die Verfolgung und Bestrafung derselben wieder eine neue Drachensaat. Auch in Süddeutschland gab es Störungen, welche den Stempel des neuen Regiments deutlich trugen. In Baden schien der neue Großherzog Ludwig geradezu an der Untergrabung der Verfassung zu arbeiten, wollte sich in dem Militäretat nichts dreinreden lassen und erlaubte sich trotz der Kammern viele Verfassungswidrigkeiten. In Baiern hatte die Regierung unter Maximilian es so weit gebracht, daß das Volk alles über sich ergehen ließ. Eine neue Aera schien nach dessen Tode anzubrechen, als sein Sohn Ludwig den Thron bestieg. Dieser war, wie sein Nachbar in Württemberg, zu den Zeiten des Rheinbunds das gerade Gegentheil seines Vaters gewesen, zeigte überall ächt „teutschen" Sinn, verkehrte in altdeutscher Tracht mit den Künstlern in Italien als einer der ihrigen, trank auf Deutschlands Einheit, sang den aufständischen Griechen (1821) ein fröhliches Glückauf zu, „den Großen der Erde und dem Wüthen der ganzen Hölle zum Trotz." Als kunstsinniger Fürst strebte er darnach, München zu einer Metropole der Kunst und Wissenschaft zu machen, verlegte 1826 die Universität

Digitized by Google

Landshut in die Hauptstadt und berief dahin berühmte Männer wie Schelling, Schubert, Oken, Görres. Aber freilich diese Lust zu Reformen und neuen Instituten erlahmte bald, und neben dem Glanz der Hochschule und Kunstakademien sah man die Volksschulen ungeheuer sinken, und für Herstellung von Straßen und für andere Verkehrsmittel hatte man wenig Geld. Ludwig war zu sehr Romantiker, um an dem eigentlichen Regieren Freude zu finden, und seine Minister, die mit dem Klerus in einem bedenklichen Bunde standen, nahmen ihm die Last gerne ab, um nach altem System den Staatswagen zu leiten.

Wie in der Politik, so machten sich auch in der Literatur die beiden Gegensätze fühlbar. Auf der einen Seite stand die Romantik mit ihren mittelalterlichen Formen und nebelhaften Gebilden, zuerst im Bund mit den Freiheitskämpfern, aber nach Besiegung des äußeren Feindes immer mehr der politischen Reaktion sich nähernd, wie der früher geächtete Görres offen zu ihr übergieng und für Ultramontanismus und Mysticismus unverdauliche Schriften schrieb, während Arndt und Jahn, mit welchen er eine Zeit lang ein Triumvirat gebildet hatte, sich vom öffentlichen Schauplatz zurückzogen. Die extremsten Männer dieser Richtung, zu welchen auch Gentz und Friedrich Schlegel gehörten, vertheidigten die Aristokratie und das Gottesgnadenthum bis zu ihren letzten Konsequenzen, nahmen in Sachen der Religion das Herrische und Salbungsvolle des Ultramontanismus und Pietismus an und halfen dem König von Preußen die Union des Lutherthums und Kalvinismus und die damit zusammenhängende, von ihm selbst in Verbindung mit Bischof Eylert ausgearbeitete Agende (Liturgie) durchführen. Vergeblich war gegen dieses Geistesprodukt die Opposition des zwischen Orthodoxie und Rationalismus sich hindurchwindenden Dogmatikers Schleiermacher. Ihnen gegenüber stand der Liberalismus, wie er in allen Formen des Geisteslebens auftrat, in der Religion als Rationalismus, in der Poesie als das junge Deutschland, beide im Kampfe gegen abgelebte Zustände und Anschauungen. Das Aufgeben des gedankenlosen Franzosenhasses, wie er sich seit der Revolution und Napoleon gebildet hatte, war dieser Richtung eigen. Man wollte nicht mehr blind sein gegen das Gute, das durch sie geschaffen wurde, gegen die Idee der politischen Gleichheit und andere Errungenschaften. Als Geschichtschreiber wirkte im Dienst des Liberalismus Karl Rotteck, Professor der Geschichte und Staatswissenschaften

Digitized by Google

in Freiburg, eines der hervorragendsten Mitglieder der badischen Kammer. Durch seine in vielen tausend Exemplaren verbreitete Weltgeschichte, welche auf jeder Seite den Stempel des freien Mannes trägt, hat er trotz oder vielleicht wegen seiner Einseitigkeit zur Erweckung des politischen Bewußtseins mehr als jeder andere, ihm auch noch so überlegene Historiker (wie Schlosser) beigetragen.

Noch ist zu erwähnen, daß gerade im Brennpunkt der deutschen Romantik, in Berlin, die Hegel'sche Philosophie sich breit niedersetzte. Durch ihren Grundsatz, daß die Vernunft die einzige Quelle der Erkenntniß sei, und daß keine Wissenschaft sich ihrer Kritik entziehen könne, stellte sie sich in offene Opposition gegen den Pietismus, welcher, jeder freien Forschung abhold, wo möglich noch hinter die Reformation zurückgehen und die neue Zeit in hundertjährige Fesseln zu schmieden versuchte. So sehr auch Hegel mit den herrschenden Gewalten sich im Frieden zu erhalten suchte, so war doch sein System von der Art, daß es nothwendig einer freieren politischen Entwicklung Bahn brechen mußte, wie sich dies besonders in den vierziger Jahren zeigte, als seine Jünger die schwerfällige Darstellung des Meisters überwanden, dadurch größeren Einfluß auf die Gesellschaft erhielten und aus den Prämissen ihrer Fundamentalsätze auch in der Politik ihre letzten Konsequenzen zogen.

Metternich hatte eine Zeit lang seine Freude an Heine und las dessen witzige und schlüpfrige Gedichte über die Maßen gern, hoffte auch, daß die Deutschen so in Dichtung und Wissenschaft versunken seien, daß ihnen ihre politischen Spaziergänge und Verirrungen auf lange Zeit entleidet seien. Er sollte sich irren. War es ihm auch gelungen, den Liberalismus in der praktischen Politik, in den Kabinetten und Kongressen aus dem Feld zu schlagen, so war jener doch, im Stillen arbeitend, in stetem Fortschreiten und zählte die bedeutendsten Geister zu den Seinigen.

§. 2.

Italien. Revolution in Neapel und Piemont. Kongreß von Troppau und Laibach.

Wie Deutschland, so betrachtete Metternich auch Italien als sein besonderes Departement. Waren es doch im Wesentlichen ziemlich gleiche Verhältnisse! Hier wie dort ein Konglomerat von mehreren

Digitized by Google

selbständigen, von einander unabhängigen Staaten, deren Fürsten sehr eifersüchtig auf einander waren, mit ihrer Restaurationspolitik ihren Völkern sich entfremdeten und zum Kollegen den Kaiser von Oesterreich hatten. Denn dieser hatte sich durch den Wiedergewinn von Mailand und durch die Besitznahme von Venedig ein hübsches Stück von der Napoleonischen Erbschaft angeeignet und war entschlossen, an die Stelle des französischen Einflusses den seinigen zu setzen und von Oberitalien aus die ganze Halbinsel zu beherrschen. Um diesen Zweck zu erreichen, mußte Oesterreich die Grundsätze der heiligen Allianz auch auf Italien ausdehnen und wie in Deutschland so auch hier einen Krieg gegen alle Freiheitsbestrebungen, gegen Presse und Verfassungen führen, etwaige Einheitsgelüste mit aller Macht niederdrücken und nur diejenige Form der Einheit übrig lassen, bei welcher sich sämtliche italienischen Staaten als die Vasallen Oesterreichs zu betrachten hatten. Aber es war freilich noch die Frage, ob die deutsche Langmuth auch über die Alpen hinüber ihre Ansteckungskraft äußere, ob die Anwohner des Vesuvs mit der nämlichen Resignation in ihre alten Feudalverhältnisse sich fügen wie die Bevölkerung am Königstein und am Brocken. Manches sprach dagegen, nicht bloß das leicht entzündbare Temperament des Südländers. Der Uebergang von der französischen Herrschaft zu der der alten Dynastien war hier ein weit schrofferer als in Deutschland, wo ja in den meisten Staaten die Regierungen sich auch unter Napoleon erhalten hatten, während in Italien keine einzige ihren Thron behielt und inzwischen überall jene Einrichtungen der französischen Revolution, Gleichheit aller Stände vor dem Gesetz, Freiheit des Kultus, des Eigenthums, der Gewerbe und im Gerichtswesen der Code Napoleon eingeführt wurde. Eine Masse von Mißbräuchen, die ganze Kleinlichkeit einer Verwaltung von Miniaturstaaten, der unnatürliche Druck einer allgewaltigen Hierarchie war abgeschafft worden, und die zurückkehrenden Regentenfamilien konnten nichts besseres thun, als das Gute der französischen Einrichtungen, wobei die Mehrzahl des Volkes sich wohl befand, beibehalten und auf dieser Grundlage einen volksthümlichen Bau gründen. Statt dessen machten es die meisten derselben wie der Kurfürst von Hessen, strichen ein paar Jahrzehnte aus ihrer Erinnerung aus, knüpften unmittelbar an die alten Zustände an und ließen höchstens solche Einrichtungen bestehen, durch welche ihre Herrschergewalt mehr

Digitized by Google

Kraft und Glanz erhielt. So mußte die Unzufriedenheit bald einen hohen Grad erreichen.

An einer Organisation der verschiedenen Oppositionselemente fehlte es nicht. Denn die Verbindung der Carbonari (Köhler) war längst über die ganze Halbinsel verbreitet und verfolgte bestimmte politische Ziele. Im 18. Jahrhundert aus dem Freimaurerorden hervorgegangen, hatten sie von diesem die verschiedenen Grade, die Ceremonien und all das Geheimnißvolle, das besonders auf die Jugend so viel Anziehungskraft ausübt, entlehnt, anfangs im Sinn der Aufklärung dem klerikalen Druck entgegengestrebt, bald aber, besonders in Folge der französischen Revolution, der Politik sich bemächtigt und für die Freiheit zu wirken gesucht. Der französischen Herrschaft als einer Fremdherrschaft waren sie abgeneigt und täuschten die Erwartung Murats, als er im Jahr 1815 alle Völker der Halbinsel zum Kampfe für Italiens Unabhängigkeit und Einheit aufrief. Sie thaten nichts für ihn, in der Hoffnung, mit den Bourbonen eher zu ihrem Ziele zu gelangen. Dies war kein anderes als das von Murat verkündigte, und nur über die Verfassungsform, ob konstitutionelle Monarchie oder Republik, gab es sehr verschiedene Ansichten unter ihnen. Im Jahr 1819 zählte man in ganz Italien gegen 60,000 Mitglieder, welche ihren Hauptsitz in Neapel hatten. Sie suchten sich immer mehr zu verstärken und warteten, ob nicht von Frankreich ein Zeichen zum Losschlagen komme.

Ein günstiges Feld hatten die Carbonari im Kirchenstaat, wo mit der Rückkehr des gefangenen Papstes Pius VII. (1814) alles wieder auf den alten Fuß gesetzt und maßlose Ansprüche gemacht wurden. Nicht genug, daß Pius sämtliche Theile des früheren Kirchenstaates zurückverlangte, er glaubte auch, ohne eine komische Wirkung hervorbringen zu müssen, die Forderung aufstellen zu dürfen, daß das alte heilige römische Reich mit all seinem Schnörkelwerk, daß die geistlichen Staaten in Deutschland wiederhergestellt, das eingezogene Kirchengut herausgegeben werden müsse. Man glaubte sich in die Zeiten des Augsburger Interims und des Restitutionsediktes versetzt, als man im 19. Jahrhundert von einem Staate, der ohne Krücken nicht gehen konnte, solche Prätensionen zu hören bekam. Hand in Hand gieng damit die Herstellung eines ganzen Ketzerapparates: die Inquisition wurde wieder eingeführt, die Congregation des Index der zu verbietenden Bücher versammelte sich wieder und verbot vorerst

Digitized by Google

frischweg alle politischen Schriften, die wunderthätigen und augenverdrehenden Madonnen gaben wieder Audienzen und auf einmal wurden 2436 Klöster, deren Unterhalt dem Staate zur Last fiel, wieder ans Tageslicht gerufen. Durch ein Dekret vom 7. August 1815 wurde der Jesuitenorden wieder hergestellt und drang, trotz allen Widerstandes der Bevölkerung, in Spanien, in der Schweiz und in Deutschland aufs neue ein. Diese Eiferer giengen schon so weit, daß der Inquisitor von Ravenna 1816 einen bekehrten, aber wieder abgefallenen Juden geradezu zum Tode verurtheilte. Kardinal Pacca hob die französischen Einrichtungen so radikal und so sinnlos auf, daß selbst die Pockenimpfung und die Straßenbeleuchtung keine Gnade vor ihm fanden. Alle höheren Würden in der Verwaltung wie im Gerichtswesen kamen wieder in die Hände der Prälaten, und diese regierten so, daß das Bettel- und Räuberwesen furchtbar überhand nahm, ganze Gemeinden das Räuberhandwerk trieben und einmal die Namen von 57 Raubmördern zugleich angeschlagen waren. Ackerbau, Handel und Industrie lagen darnieder. Was auch in allen diesen Dingen der freisinnigere Kardinal Consalvi verbessern wollte, er fand an der Partei Pacca's einen unbesiegbaren Widerstand. Trotz dieser Mißerfolge in der Regierung des eigenen Landes suchte die Kurie ihre Herrschaft auch auf andere Länder auszudehnen und schloß zu diesem Zwecke Concordate mit den italienischen und anderen Staaten. In Neapel wurden der Geistlichkeit solche Zugeständnisse gemacht, daß sie förmlich einen Staat im Staate bildete. Nicht viel besser sah es in dem Herzogthum Modena aus, das nebst Parma ganz unter österreichischem Einfluß stand. Aber während in Parma die Erzherzogin Marie Luise, Napoleons hinterlassene Gemahlin, mit einer für jene Umstände möglichsten Milde regierte, den österreichischen General Grafen Neipperg mehr denn als bloßen Rathgeber benützend, fand Herzog Franz von Modena seine Lust an dem abgeschmacktesten, kaum zu ertragenden Despotismus. Den mildesten und gebildetsten Scepter führte Großherzog Ferdinand III. von Toscana, in die Fußstapfen seines Vaters Leopold tretend, darauf bedacht, seine Hauptstadt Florenz zum Mittelpunkt der geistigen, namentlich literarischen Bewegung zu machen, daher er denn auch möglichste Unabhängigkeit von Oesterreich erstrebte und die freie Einfuhr fremder Zeitungen und Bücher zuließ. Zwar wurden auch hier die französischen Einrichtungen, selbst die besten, fast alle abgeschafft; aber wenn man die früheren Leopol-

Digitized by Google

dinischen an ihre Stelle setzte, so hatte man daran doch etwas besseres als im Kirchenstaat, Neapel und Sardinien.

Auf eine andere Art suchte Oesterreich seine Unterhanen in Mailand und Venedig bei guter Laune zu erhalten. Pflege und Förderung der materiellen Interessen und eine geordnete Verwaltung waren die Grundsätze der Regierung; auch duldete sie keine Uebermacht des Klerus und des Adels und verlieh die Beamtenstellen, mit Ausnahme der obersten, an Einheimische. Aber die Central-Congregationen in den beiden abgesondert verwalteten Ländern waren ein schlechter Ersatz für eine Nationalvertretung; denn ihre Wahl war ganz von der Regierung abhängig, und ihr Wirkungskreis gieng kaum über das Abfassen von Bittschriften hinaus. Dem Wunsche der Bevölkerung gemäß wurde ein Erzherzog als Vicekönig aufgestellt, der in Mailand Hof zu halten hatte; aber der eifersüchtige Kaiser Franz sorgte dafür, daß nicht der begabteste seiner Brüder diesen wichtigen Posten erhielt, und daß ihm gar kein politischer Einfluß gegönnt wurde. Vom Jahr 1818 an saß Erzherzog Rainer 30 Jahre seines Lebens dort ab. Dagegen zeigte sich auch hier wie in der ganzen Monarchie die Polizeiwirthschaft ebenso mächtig als gehässig, und sie allein reichte schon hin, alle freieren und gebildeten Geister von der Regierung fern zu zu halten und diese in allen Lokalfragen, bei welchen man die Kenntnisse der Eingeborenen bedurfte, an nichtswürdige Subjekte zu hängen. War auch der niedere Stand, war auch der Bauer mit seinen materiellen Verhältnissen zufrieden: die ganze gebildete Bevölkerung, schon durch die Sprache abgestoßen, fühlte den Druck einer eroberten Provinz und nährte keinen geringeren Haß gegen Oesterreich als einst die Städte des alten Lombardenbundes gegen die Herrschaft der Gibellinen.

Nichts hatte Oesterreich so sehr zu fürchten, als daß die anderen italienischen Staaten dem Drängen der Carbonari nachgeben, eine Repräsentativ-Verfassung und überhaupt freiere Institutionen annehmen. Denn in diesem Falle war es unmöglich, daß das „Gift" der Freiheit nicht auch in Mailand und Venedig eindringe, die Bevölkerung nicht noch weit schwieriger mache, und daß das Metternich'sche System anders als unter Aufbietung der stärksten Militärkräfte sich halten lasse. Um dieser Gefahr vorzubeugen, schloß Oesterreich mit König Ferdinand IV. von Neapel, der sich nach seiner Rückkehr Ferdinand I., König beider Sicilien, nannte, den geheimen Vertrag vom 12. Juni

Digitized by Google

1815, wornach dieser versprach, in seinem Lande keine Verfassung einzuführen und keine Einrichtungen zu treffen, welche freisinniger seien als die lombardischen, sich also diese in allem zum Muster zu nehmen und wo möglich noch ein paar Grade unter dem Mailänder Thermometer sich zu halten. Nichts wurde dem alten König leichter, als ein solches Versprechen, soweit es auf ihn ankam, zu erfüllen. Er war ein unwissender, willenloser Mann, ganz von seiner Umgebung abhängig und schenkte demjenigen am meisten Vertrauen, der ihn in seiner Ueberzeugung von seiner höheren Sendung am meisten bestärkte, in der Ausübung seines Absolutismus am meisten unterstützte. Als er nach dem Sturz des Königs Mürat nach Neapel zurückkehrte, hob er alles, was ihm von der französischen Verwaltung unbequem war, auf, erklärte Neapel und Sicilien unter dem Namen „Königreich beider Sicilien" für ein Reich, und da in demselben nicht die eine Hälfte eine Verfassung, die andere keine haben konnte, so war ihm dies eine erwünschte Veranlassung, die unter dem gebietenden Einfluß des englischen Generals Lord Bentinck verliehene freisinnige sicilianische Verfassung von 1812 wieder aufzuheben und die unumschränkte Monarchie wieder herzustellen. Mit der Annahme des Concordats und der Ueberweisung des ganzen Schulwesens an die Jesuiten wurde dieses in seiner Fortbildung um ein Jahrhundert zurückgeworfen. Dagegen blühte das Räuberwesen so auf, daß 1817 gegen 30,000 Menschen dieses Handwerk trieben und die Regierung sich genöthigt sah, mit einzelnen Brigantenhäuptlingen förmliche Verträge zu schließen, um die Räuber durch ihre Hauptleute, den Teufel durch Beelzebub, auszutreiben. Und was bei der damaligen Zeitlage das unklugste war, man brachte den Geist der Unzufriedenheit auch unter die Soldaten, beleidigte die Müratistischen Officiere durch Zurücksetzung, vernachläßigte überhaupt das Heer und verletzte den nationalen Geist dadurch, daß die Organisation des Kriegswesens dem österreichischen General Graf Nugent übertragen wurde. Und bei allem Bestreben, die freisinnigen Elemente von der Armee fern zu halten, mußte man doch immer wieder zu diesen zurückgreifen, sie in die obersten Stellen einsetzen und einen der begabtesten Köpfe, den republikanisch gesinnten Calabresen Wilhelm Pepe, welcher seiner Lebtag nichts als Verschwörungen angezettelt hatte, in die Provinzen schicken, um die Milizen zu organisiren. Dieser suchte sie nicht bloß zu tüchtigen Soldaten, sondern auch zu eifrigen Carbonari zu machen. Alles sah auf ihn als auf das

Digitized by Google

Haupt der Verschwörung, und dieselbe hatte sich im ganzen Lande so verbreitet, daß es kaum noch eines äußeren Anlasses bedurfte, um sie zum Ausbruch zu bringen. Aber auch dieser fehlte nicht. Die Nachricht lief ein, daß in Spanien eine Revolution ausgebrochen und der König zur Annahme der Verfassung von 1812 gezwungen worden sei.

Am 2. Juli 1820 forderte der Lieutenant Morelli vom Kavallerieregiment Bourbon in der Stadt Nola seine Soldaten auf, die Schmach des Vaterlandes nicht länger zu dulden und das Beispiel der spanischen Armee nachzuahmen. Sie jauchzten ihm Beifall zu, ein Theil der Stadtbewohner schloß sich an, und unter der dreifarbigen Fahne der Carbonaria (schwarz, rosenroth und himmelblau) zog der Haufe von Soldaten, Mönchen und Bürgern nach Avellino. Der dortige Oberst de Conciliis verband sich mit Morelli und ließ unter dem Herzuströmen der Milizen die spanische Konstitution proklamiren. Sofort gieng der Zug nach Neapel. Dort herrschte auf die Kunde von Morelli's Erhebung die größte Kopflosigkeit: man gab Pepe, als dem populärsten Manne, den Auftrag, den Aufstand zu dämpfen, nahm ihn aber aus Mißtrauen gegen jenen gleich wieder zurück, worauf er mit zwei Reiterregimentern, welche sich ihm zur Verfügung gestellt hatten, zu den Aufständischen nach Avellino übergieng und von ihnen an die Spitze des Unternehmens gestellt wurde. Am Abend seines Abzugs erschienen fünf Carbonari im Schlosse und verlangten im Namen der Nation die Verkündigung der Verfassung. König Ferdinand gab zur Antwort, daß er in acht Tagen die Grundlagen einer Verfassung proklamiren werde und einstweilen seinen ältesten Sohn, den Prinzen von Kalabrien, zu seinem Generalstatthalter ernenne. Aber die List half ihn nichts. Am folgenden Tage, am 7. Juli, mußte der Prinz die spanische Konstitution verkündigen und noch am nämlichen Abend der König selbst sie bestätigen. Darauf stellte Pepe seine Bedingungen: er verlangte einen förmlichen Eid des Königs auf die Verfassung, die Errichtung einer Junta von 15 Personen, um die Einführung der Verfassung vorzubereiten und, als Bürgschaft für die Erfüllung des Versprochenen, seine Ernennung zum Generalissimus des ganzen Heeres. Alles mußte gewährt werden. Am 9. Juli hielt Wilhelm Pepe an der Spitze der aufständischen Truppen und einer ungeheuren Menge Volks seinen Einzug in Neapel, wobei der Prinz von Kalabrien, sein Bruder, der Fürst von Salerno, und der ganze Hof, mit den Farben der Carbonari geschmückt, auf dem

Digitized by Google

Balkon des Schlosses erschien. Den König hatte Aerger und Angst in das Bett getrieben, und eine Krankheit vorschützend glaubte er über den Eid hinüberzukommen. Aber am 13. Juli mußte er vor einer großen Versammlung den Verfassungseid auf das Evangelium schwören und fügte nach Ablesung desselben noch die Worte hinzu: „Allmächtiger Gott, der du mit deinem unendlichen Blicke in der Seele und in der Zukunft lieset: wenn ich lüge oder den Eid brechen sollte, so richte in diesem Augenblick die Blitze deiner Rache auf mich!" Freudenthränen flossen da und dort, die Prinzen umarmten sich, Entzücken und lärmender Jubel war in allen Straßen, und man nannte dies einen schönen Tag. Und doch war es nichts anderes als eine Komödie, wie sie 28 Jahre nachher in so mancher Hauptstadt Deutschlands mit nicht weniger Aufwand von Kunst gespielt wurde.

Sofort wurde ein neues Ministerium und die Junta eingesetzt und für beide meist Müratisten gewählt. Am 1. Oktober wurde das National-Parlament eröffnet, welches etwaige Aenderungen der spanischen Konstitution berieth, die Feudalrechte abschaffte, eine gerechtere Steuervertheilung anordnete und in allen Zweigen des Staatslebens Verbesserungen einführte. Schon am 30. Januar 1821 war das Parlament mit seinen Arbeiten fertig, die neue Verfassung wurde von dem Prinzregenten beschworen, und im Namen des aufgelösten Parlaments blieb ein permanenter Ausschuß von 7 Mitgliedern zurück. Inzwischen herrschten freilich in der Hauptstadt und in den Provinzen zuweilen anarchische Zustände, die Zahl der Carbonari stieg auf 300,000, auch Frauen traten ein, in die Loge der „Gärtnerinnen"; doch kehrte bald wieder Ruhe und Mäßigung zurück, da die Häupter der Carbonari Oesterreich jeden Vorwand zur Intervention nehmen wollten und ihre Leute zur Beachtung dieser Rücksicht zu bewegen vermochten. Dieser richtige Takt wurde durch den ungeheuren Mißgriff, der in Sicilien begangen wurde, mehr als aufgewogen. Am 14. Juli kam die Nachricht von der Revolution von Neapel nach Palermo. Man feierte gerade das Fest der heiligen Rosalie, und die Straßen wimmelten von Menschen. Sogleich war man darüber einig, daß man die dortige Verfassung nicht annehmen, dagegen die von 1812 wieder einführen und sich von Neapel möglichst unabhängig machen wolle. „Es lebe die Konstitution von 1812! Es lebe die Unabhängigkeit!" war die Losung, die man aus tausend Kehlen hörte. Dabei blieb es nicht. Der Pöbel stürmte das Fort Molo, bemächtigte sich der dortigen

Digitized by Google

Waffenvorräthe und begieng an Personen und Gebäuden große Ausschweifungen. Sofort wurde das neapolitanische Militär gegen die Tumultuanten abgeschickt. Diese öffneten die Gefängnisse, ließen 3000 Galeerensklaven und sonstige Gefangene los und sprengten die Truppen aus einander. Nun flohen die obersten Behörden auf das Festland, ihre Paläste wurden niedergebrannt, wer nicht fliehen konnte, grausam niedergemacht, im ganzen gegen 4000 Menschen getödtet. Eine provisorische Junta von 20 Mitgliedern, meist Adeligen, wurde errichtet, und von ihr nach allen Seiten hin Leute ausgeschickt, um den Aufstand auf der ganzen Insel zu verbreiten und die ganze waffenfähige Mannschaft unter die Fahnen einzureihen. Freiwillig oder gezwungen schloßen sich die meisten Gemeinden an, die Stadt Caltanisetta, welche Widerstand leistete, wurde in einen Aschenhaufen verwandelt, Männer, Weiber und Kinder gemordet. Nur die Städte Messina, Catania, Syrakus und Trapani hielten ihren Widerstand gegen die Anordnung der Junta aufrecht.

In Neapel erschien eine Deputation der Junta und verlangte ein getrenntes Parlament, besondere Verfassung und einen Bund der zwei Staaten unter einem König, also eine Personalunion. Die Abgeordneten wurden zuerst festgenommen, dann mit der Antwort zurückgeschickt, daß man Sicilien ein besonderes Parlament gewähren werde, falls die Mehrheit der Gemeinden sich dafür ausspreche. Dabei hoffte man, daß letztere aus Eifersucht gegen Palermo der Junta Opposition machen werden. Zugleich schickte man Floristan Pepe, den Bruder des Generalissimus, mit 6000 Mann nach Sicilien, um die Insel zu unterwerfen. Dieser zwang nach mehrtägigem Sturme die Bewohner von Palermo zur Kapitulation gegen das Versprechen, daß den Repräsentanten Siciliens die Entscheidung über Trennung oder Vereinigung beider Königreiche überlassen werden solle. Aber das Parlament von Neapel erklärte den Vertrag für ungiltig und rief Floristan Pepe ab. An seine Stelle trat General Colletta, welcher die schon unter Pepe entwaffneten Palermitaner zum Gehorsam brachte, ihre Junta aufhob, die neapolitanische Verfassung einführte und die Wahlen zu dem gemeinschaftlichen Parlament ausschrieb. Außer den Beamten erschien niemand zu den Wahlen, und die Gewählten nahmen kein Mandat an. Sicilien blieb zwar durch die starke Militärmacht, welche dort aufgestellt war, unterworfen, doch war eben diese Unterwerfung an sich ungerecht und unter den ob-

Digitized by Google

waltenden Umständen der größte politische Fehler. Denn allerdings waren die Neapolitaner längst gewohnt, Sicilien wie ein Unterthanenland, wie eine Vogtei anzusehen; aber begründet war dieses Verhältniß durch nichts, beide Königreiche standen einander gleichberechtigt gegenüber, und den Männern, welche in Neapel im Namen der Freiheit auftraten, stand es am wenigsten an, in Sicilien als Despoten zu regieren. Und wie konnte man vollends zu einer Zeit, wo man sich auf die bewaffnete Intervention der heiligen Allianz gefaßt machen mußte, wegen einer damals jedenfalls sekundären Frage sich in die Nothwendigkeit versetzen, die Truppen, welche man anderswo so gut brauchen konnte, in Sicilien halten zu müssen und von dort, statt eines Zuzugs begeisterter Freiheitskämpfer, auch keinen Mann aufbieten zu können? Hieß das nicht neue Gefahren heraufbeschwören, dem Feinde in die Hände arbeiten, dem Hofe, welcher dieser häuslichen Zwietracht mit vergnügter Miene zusah, zu seiner zweiten Restauration eine Staffel herrichten?

Daß die Revolution in Neapel nicht stehen bleiben, sondern, wenn man sie nicht unterdrücke, die ganze Halbinsel überziehen und an die Thore von Mailand sehr vernehmlich pochen werde, lag auf der Hand. Metternichs Programm war rasch entworfen. Seine Lorbeeren von Karlsbad waren noch nicht verwelkt, und schon dachte er in Neapel sich noch frischere Blätter zu holen. Den italienischen Fürsten kündigte er an, daß Oesterreich die bestehende Ordnung in ganz Italien aufrecht erhalten werde, in Lombardo-Venetien verbot er die Theilnahme an der Carbonaria bei Todesstrafe, führte einen Vernichtungskrieg gegen die junge Literatur, welche die Wiedergeburt Italiens sich als Ziel gesteckt hatte, unterdrückte alle freisinnigen Zeitschriften und schickte den jungen talentvollen Silvio Pellico als Mitarbeiter des „Conciliatore" ins Gefängniß. Die Besatzungen in Ferrara und Comacchio wurden auf den Kriegsfuß gebracht, starke Truppenkörper zusammengezogen und der Bewegung ganz Ober- und Mittelitaliens dadurch ein Damm entgegengesetzt. Alle Anstalten zur Defensive wurden getroffen; aber um zur Offensive überzugehen und die Revolution an ihrem Krater selbst aufzusuchen, dazu hatte er denn doch den Muth nicht, wollte es wenigstens nicht allein auf sich nehmen und trug daher auf einen Monarchen- und Ministerkongreß zu Troppau in österreichisch Schlesien an, um sich dort von den Großmächten Europas die Vollmacht zur Intervention geben zu lassen. In der zweiten

Digitized by Google

Hälfte des Oktobers 1820 erschienen dort die Monarchen der drei Ostmächte, die Väter der heiligen Allianz, und die Gesandten von Frankreich und England. Kaiser Alexander spielte anfangs den Spröden und äußerte die Ansicht, daß man die Neapolitaner wohl auf friedlichem Wege zu einer Veränderung ihrer Verfassung vermögen werde, daß er zu einer bewaffneten Einmischung keinen Grund einsehen könne. England, ohnedies jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Staates abgeneigt, stimmte ihm bei, und Frankreich war zu eifersüchtig auf den steigenden Einfluß Oesterreichs in Italien, als daß es nicht dessen Heere sehr ungern die Grenzen der Lombardei überschreiten sah. Metternich war in großer Verlegenheit; Troppau schien kein Karlsbad zu sein. Nur auf Preußen konnte er sich verlassen; doch so wichtig ihm dessen Allianz für Deutschland war, so wenig ausreichend für Italien. Da erhielt er höchst erwünscht die Nachricht von der Widersetzlichkeit des Garderegiments Semenow in Petersburg und erhielt sie durch seinen Gesandten am russischen Hof früher als Alexander selbst. Dieser Soldatenaufruhr stand zwar nicht im geringsten Zusammenhang mit den Revolutionen in Spanien und Neapel; doch was hatte das zu sagen? Rasch eilte er zu Alexander, meldete ihm den Vorfall und malte ihm das Gespenst einer über ganz Europa verbreiteten Militärverschwörung an die Wand. Der Kaiser, von seinem Aufenthalt in Warschau her ohnedies voll düsterer Ahnungen, ließ sich von dem gewandten Staatskanzler überraschen, und die drei Ostmächte schloßen nun als „das Centrum der Union der europäischen Staaten" eine Coalition gegen die „tyrannische Macht der Rebellion und des Lasters". Nachdem der Vertrag schon unterzeichnet war, wurde er den Gesandten von England und Frankreich vorgelegt, welche über das, was hinter ihrem Rücken geschah, sehr wenig erbaut waren. Zugleich wurde ein neuer Kongreß in Laibach verabredet, wozu auch der König von Neapel eingeladen werden sollte.

Welche Aufregung mußten diese Troppauer Beschlüsse in Neapel hervorbringen! War es nicht ganz deutlich, daß diese Stifter der heiligen Allianz sich als die diktatorischen Triumvirn von Europa ansahen und keine Verfassung duldeten, welche nicht den Stempel des Gottesgnadenthums an sich trug? Ja, Metternich gieng noch weiter und erklärte in Laibach dem russisch-griechischen Diplomaten Kapodistrias geradezu, daß Oesterreich den König von Neapel eher bekriegen

Digitized by Google

als die Einführung einer Verfassung, selbst wenn sie diesem ganz nach Wunsch wäre, dulden werde. Bei der Vorlesung der königlichen Botschaft, welche jene Beschlüsse zum Gegenstand hatte, hörte man in Neapel im Parlamentssaal und auf der Galerie nur den einen Ruf: „Verfassung oder Tod!" und in den Straßen fand er ein tausendfaches Echo. Im Parlament wurde darüber verhandelt, ob man den König nach Laibach reisen lassen, und ob man an der Verfassung eine Veränderung im Sinne des Konservatismus vornehmen solle, wie es Frankreich rieth. Wollte man letzteres nicht, so durfte man den durch und durch heuchlerischen König auch nicht abreisen lassen. Statt dessen aber beschloß man, die Verfassung solle unverändert bleiben und der König abreisen, um, wie er in einer Botschaft ankündigte, die spanische Verfassung in Laibach zu vertreten. Man lehnte sogar das Anerbieten des Königs ab, sich von 4 Parlamentsmitgliedern als Zeugen und Räthen begleiten zu lassen, und motivirte es in der Adresse mit dem mehr als kindlichen Vertrauen, „da das Herz des Sohnes Karls III. natürlicherweise ein Tempel der Treue sei". So reiste der „treue" König ab, besuchte in Modena seinen Kollegen, den despotischen Herzog Franz IV., und wie er in Laibach ankam, wies man seinen Begleiter, den Herzog von Gallo, nach Görz, da man bei so geheimnißvollen Berathungen keinen Fremden brauchen könne. Des Königs erster Brief von Laibach an seinen Sohn sprach mit keiner Silbe von dem Zweck seiner Reise, wohl aber von der Freude, die er darüber empfinde, daß seine Jagdhunde besser seien als die des russischen Kaisers.

Im Januar 1821 war der Kongreß zu Laibach im Herzogthum Krain eröffnet worden, und außer den Kaisern von Oesterreich und Rußland und ihren Diplomaten waren die Gesandten von Preußen, England, Frankreich und den italienischen Staaten anwesend. Die drei Ostmächte waren noch vor der Eröffnung der Sitzungen darüber einig, daß Oesterreich zur Unterdrückung der Revolution ein Heer nach Neapel schicken, und daß nöthigenfalls ein russisches nachrücken solle. Die Gesandten von Sardinien, Rom, Toskana und Modena waren ganz damit einverstanden, und auf die wiederholte Einsprache Englands und Frankreichs wurde nicht gehört. König Ferdinand mit seinem „Tempel der Treue" war, als ihm Metternich die Beschlüsse nachträglich vorlegte, sehr bereit, seinen Verfassungseid zu brechen, ihn als einen erzwungenen darzustellen, und gebrauchte nur noch die

Digitized by Google

Vorsicht, die Strafe für solchen Meineid durch Geschenke an die heilige Annuntiata in Florenz abzukaufen. Sofort ließ man den Herzog von Gallo wieder nach Laibach kommen und erklärte ihm, daß er sogleich nach Neapel reisen und dort melden solle, die revolutionären Behörden haben sich aufzulösen und dem König sich zu unterwerfen, 10,000 Oesterreicher werden das Land bis zur gänzlichen Pacificirung besetzen, bei längerem Widerstande werden 100,000 Russen und Oesterreicher nachrücken und drei Jahre auf Kosten des Landes bleiben. König Ferdinand sagte ihm noch privatim, er sei mit allen Beschlüssen der Großmächte vollständig einverstanden. Sechs Tage nach des Herzogs Abreise, am 5. Februar, überschritt der österreichische General Frimont an der Spitze eines Occupationsheeres den Po und stand am Ende des Monats an der neapolitanischen Grenze.

In Neapel war, auf die Laibacher Nachrichten hin, alles Feuer und Flamme. Jung und Alt, Reich und Arm drängte sich zum Kriegsdienst, und als bei einem großen Verbrüderungsfest gefragt wurde, wer von den Generalen Miltiades sein werde, rief einer der Enthusiasten: „alle werden Miltiadesse sein". Das Parlament erklärte den König nicht, wie Pepe verlangte, für einen meineidigen Verräther, sondern für einen Gefangenen, seinen Brief, welchen er Gallo mitgegeben hatte, für erzwungen und stellte den Prinzen von Kalabrien an die Spitze des Heeres, als ob der Sohn den Krieg gegen den Vater am besten leiten würde. Aber während es an Begeisterung, Reden und Aufzügen nicht fehlte, fehlte es an Geld, an Gewehren, an Magazinen, an tüchtigen Soldaten, kurz an allem, was zum Kriegführen gehört. Längst hatte man Officiere beauftragt, in England 100,000 Gewehre anzukaufen, aber der Regent hatte ihre Abreise stets zu verzögern gewußt. Nun zeigte sich, was für eine Thorheit man in Sicilien begangen hatte. Dort standen die besten Bataillone von Neapel, und in Neapel selbst brachte man trotz allen Kriegsgeschrei's nicht mehr als 25,000 regelmäßige Truppen mit 2000 Pferden zusammen, welche zum Theil schlecht bewaffnet und unzuverläßig waren und der kompakten Masse der 43,000 Oesterreicher gegenüber vollends noch getheilt wurden und zwar unter zwei Generale, die mit einander aufs bitterste verfeindet waren. Pepe sollte mit 12,000 Mann, größtentheils Milizen, die Abruzzengrenze halten und im Nothfall an den Volturno sich zurückziehen, wo sein Parteifeind Carrascosa mit dem zweiten Armeecorps stand. Am 7. März griff Pepe die öster-

Digitized by Google

reichische Vorhut unter Graf Wallmoden bei Rieti an, drängte sie zuerst von seiner vortheilhaften Stellung aus zurück, mußte aber, als die Feinde von Vicenti her Verstärkungen an sich zogen und seine rechte Flanke mit Uebermacht angriffen, den Befehl zum Rückzug geben. Man schrie über Verrath, und aus dem Rückzug entstand schnell eine so vollständige Auflösung und Flucht, daß nirgends mehr ein Standhalten war, die nachrückenden Milizen auch mit fortgerissen wurden und Pepe kaum noch 2000 Mann am folgenden Morgen beisammen hatte, welche vollends hinschmolzen wie frischer Schnee. Auf dies hin mußte Carrascosa hinter den Volturno zurückgehen. Die Bataillone der Garde versagten ihm den Gehorsam, die Milizen lösten sich auf, er selbst kam durch seine eigenen Leute in Lebensgefahr. Er und Pepe langten nur mit einigen Officieren in der Hauptstadt an. Dort wurde vom Parlament eine Adresse an den König beschlossen, der in Florenz den Ausgang der Dinge abwartete. Man äußerte die Bereitwilligkeit, Aenderungen an der Verfassung vorzunehmen, und den Wunsch, daß sich zwischen König und Volk nicht die Fremden stellen möchten, was natürlich alles zu spät war. Mit einer Verwahrung gegen die verletzten Völkerrechte, welche der patriotische Poërio beantragte, schloß am 19. März die letzte Sitzung des Parlaments, welcher nur noch 26 Mitglieder anwohnten. Am 21. März rückten die Oesterreicher in Kapua, am 23. in Neapel ein. Pepe war es gelungen, auf einem spanischen Schiffe zu entkommen, um sich in weitere Abenteuer zu stürzen; auch Carrascosa und mehrere Parlamentsmitglieder hatten sich geflüchtet.

Am 9. Mai kehrte Ferdinand wieder in seine Hauptstadt zurück, von dem niederen Volke mit Jubel empfangen. Daß er den Fürsten Canosa, welchen er wegen seiner tollen Polizeiwirthschaft auf Andrängen der Fremden früher hatte entlassen müssen, wieder zum Polizeiminister ernannte, ließ auf die grausamsten Racheakte schließen. Um dem Freiheitsgeist die Flügel zu beschneiden, wurde die strengste Censur eingeführt, die Werke Voltaires, Rousseaus und anderer öffentlich verbrannt, eine besondere Kommission für Bücherverbote eingesetzt, alle öffentlichen Schulen, auch die Universitäten geschlossen, die Lehrer verabschiedet, das ganze Unterrichtswesen im Sinne der Hierarchie umgeändert, die Jesuiten zurückberufen. Gegen die Carbonari wurde aufs strengste eingeschritten, der ganze Bund in die Acht erklärt, einige Theilnehmer, mit entblößtem Rücken und behängt mit ihren

Digitized by Google

Bändern und sonstigen Zeichen, auf Esel gesetzt, durch die Straßen geführt und auf den öffentlichen Plätzen ausgepeitscht. Solchem Wüthen entzogen sich viele durch die Flucht in die Wälder und Gebirge, fiengen ein Räuberleben an und kamen später auf das Schaffot. Die Müratistischen Officiere wurden großentheils entlassen, hervorragende Generale und Parlamentsmitglieder, wie Colletta, Poërio, Borelli, in die Festungen von Gratz, Prag und Brünn gebracht. Aehnlich gieng es in Sicilien. 10,000 Oesterreicher wurden zu Ende Mai's dahin geschickt und stellten nach einigen blutigen Ausbrüchen der Volkswuth die Ruhe wieder her. Man glaubte auf einem Kirchhof zu wandeln, wenn man ein paar Jahre nach der Revolution durch das vereinigte Königreich beider Sicilien wanderte; der Scharfsichtigere aber bemerkte wohl, daß diese Ruhe nur ein erkünstelter Zustand war.

Ueber einen solchen Ausgang, nachdem die neapolitanischen Freiheitsredner den Mund so voll genommen hatten, war ganz Europa erstaunt und rief Schmach über die Kopflosigkeit der Führer und die Feigheit des Heeres. Und doch waren die Aussichten Neapels, wenn man sich in der Defensive gehalten und länger Widerstand geleistet hätte, bei weitem nicht so schlecht; denn nur drei Tage nach dem Gefecht bei Rieti brach der Soldatenaufstand in Piemont aus, lieferte diesen Staat in die Hände der nationalen Partei und bedrohte Rücken und Flanke der Oesterreicher auf eine bedenkliche Weise.

Dort war nach Napoleons erstem Sturz, im Mai 1814, König Viktor Emanuel nach Turin zurückgekehrt, nachdem er die Zeit der französischen Herrschaft, volle acht Jahre, auf der Insel Sardinien, wo noch gräßliche Feudalzustände sich breit machten, in aller Seelenruhe verschlafen hatte. Er war ein Mann von großer Herzensgüte und Geistesschwäche, in seinem Alter und seinem Unglück so mürbe geworden, daß er sich unter lauter Gelübden und Wallfahrten durch dieses irdische Leben hinschaukeln ließ. Der Wiener Kongreß hatte sein Königreich Sardinien um die Republik Genua vergrößert. Kaum war er in Turin angelangt, so umdrängte ihn der piemontesische Adel, welcher sich vor den Freiheitsideen der französischen Revolution in seine Schlösser zurückgezogen hatte, schilderte ihm die Fremdherrschaft mit den schwärzesten Farben und konnte die Segnungen der alten Zeit nicht hoch genug preisen. Sofort wurden durch ein königliches Edikt sämtliche französischen Gesetze und Einrichtungen, sie

Digitized by Google

mochten heißen wie sie wollten, aufgehoben und dafür die Konstitution von 1770 mit ihrer Intoleranz, mit ihrem Kastenunterschied, mit Rad und Viertheilung wie eine wunderthätige Reliquie hervorgesucht und durch den Wust von steinalten Gesetzen in diese Zeit der italienischen Tricolore ein Chaos ohne Gleichen gebracht. Prozesse, welche von den französischen Appelhöfen entschieden worden waren, wurden noch einmal vorgenommen und dadurch in Handel und Wandel eine drückende Unsicherheit gebracht. Klöster, welche man zu Fabriken eingerichtet hatte, wurden den Kapuzinern zurückgegeben, gegen Hungersnoth mit Processionen und Dornenkronen eingeschritten. Die Jesuiten bemächtigten sich wieder der Schulen, die talentvollsten Professoren der Universität Turin mußten ihre Stellen aufgeben. In der großen Oper duldete die ihren Gemahl beherrschende Königin nur adeliges Publikum, welchem die Plätze nach der Länge des Stammbaums angewiesen waren. Wie in Kassel, so wurden auch in Turin die Soldaten von 1800 einberufen, als ob die Kriegsherren selbst über den Kalender zu verfügen hätten. Wollte man ja selbst die herrliche Brücke niederreißen, welche Napoleon bei Turin über den Po hatte bauen lassen, und gab man ja keine Reisepässe für die Straße über den Mont Cénis, damit dieses Napoleonische Werk verfalle. Die Büreaubeamten warfen in ihrem Franzosenhaß die Geräthschaften ihrer Vorgänger zum Fenster hinaus, und der Hofgärtner war ein zu guter Royalist, als daß er nicht im botanischen Garten alle französischen Pflanzungen ausgerissen und dem Verderben geweiht hätte.

Durch eine Restauration, welche gegen Lebendes und Todtes in dieser Weise vorgieng, wurde eine tiefe Kluft zwischen Regierung und Volk geschaffen. Die Nachbarschaft Frankreichs und der Schweiz hatte in diesem Lande einen frischeren Geist erhalten. Die ersten Männer des jungen Italiens, wie Viktor Alfieri und der unglückliche Silvio Pellico, waren geborene Piemontesen. Die Leute dieses Stammes zeigten mehr Arbeitsamkeit, mehr Energie, mehr Geist, in allem eine festere, strammere Haltung als die übrigen Italiener und hatten Ehrgeiz genug, die erste Stelle in Italien einnehmen zu wollen. Die Jugend, selbst Mitglieder des Adels, wie die Grafen Balbo und Santarosa, schwärmte für ein freies Italien, unterhielt Verbindungen mit den französischen Unabhängigen und den spanischen Kortes und dürstete nach einem Krieg mit Oesterreich. Mit den Unzufriedenen

Digitized by Google

in Mailand waren geheime Verabredungen getroffen und ein Plan entworfen. Die Oesterreicher sollten aus Mailand hinausgeworfen, dieses Land mit Sardinien vereinigt, ein starkes norditalisches Königreich geschaffen und so der Grund zu einem einigen Italien gelegt werden. Die Revolutionen von Spanien und Neapel steigerten die Hoffnungen aufs höchste. Gab es eine geschicktere Gelegenheit zur Ausführung der nationalen Plane als jene Februartage von 1821, als die Oesterreicher nach Neapel zogen? Was bedurfte es weiter als einen kräftigen Stoß in die entblößte Flanke, und Mailand war frei, das Königreich Norditalien fertig! Als der natürliche Führer dieser glühenden Jugend und der Männer der Reform galt Karl Albert, der 22jährige Prinz von Savoyen-Carignan, einer Seitenlinie des regierenden Hauses. Er war bürgerlich erzogen, hatte gute Geistesanlagen, verspottete die Lächerlichkeiten der Reaktion, verkehrte viel mit den Reformern, hatte einen starken Anhang unter dem Militär und haßte Oesterreich so gut als einer. Bei der Kinderlosigkeit des Königs und seines Bruders Karl Felix, Herzogs von Genevois, war er der präsumtive Thronfolger, und daß ihm das Wiener Kabinet dieses Recht nehmen und auf des Königs Tochter, die Herzogin von Modena, übertragen wollte, konnte er diesem nie verzeihen. Nicht bloß Piemonts, die Blicke ganz Italiens waren auf ihn gerichtet. Und als man nun losschlagen, Viktor Emanuel zum König von Oberitalien ausrufen und zum Krieg mit Oesterreich zwingen wollte, war nirgends ein anderer Gedanke, als den Prinzen an die Spitze der Bewegung zu stellen. Nur wenige hatten eine andere Ansicht von ihm und wollten schon damals neben freisinnigen Ideen auch Hang zur Verstellung, zur Unbeständigkeit und zum Mysticismus in ihm bemerken.

Daß sie sich auf ihn nicht verlassen konnten, bemerkten die Häupter der Verschwörung im Augenblicke des Handelns wohl. Er theilte ihre Veranstaltungen dem König mit und betrieb militärische Vorkehrungen. Die Führer verzweifelten an der Möglichkeit des Losschlagens, da der Abfall des Prinzen zu entmuthigend auf die Soldaten wirken mußte, und gaben Befehle, vor der Hand nichts zu unternehmen. Aber die Kugel war bereits im Rollen begriffen und ließ sich nicht mehr aufhalten. In Alessandria, wo sich viele Carbonari befanden, hatte sich der Oberstlieutenant Ansaldi und der Hauptmann Graf Palma am 10. März 1821 Nachts der Citadelle be-

Digitized by Google

mächtigt, am andern Morgen eine provisorische Junta gebildet, die spanische Konstitution verkündigt und im Namen des „Reiches Italien" die Nation unter die Waffen gerufen. Doch fanden sie weder unter ihrem eigenen Regiment Savoyen noch an anderen Orten bei den gut königlich gesinnten Truppen begeisterte Aufnahme. Der König, von Angst erfüllt, wollte mit Amnestie und Solderhöhung beschwichtigen. Der Hauptmann Ferrero stellte sich am 11. März vor den Thoren Turins bei der Kirche St. Salvario mit einer Kompagnie Soldaten auf in der Hoffnung, Volk und Heer auf die Seite der Revolution herüberzuziehen. Die gegen ihn abgesandten Truppen schlugen sich weder gegen ihn noch zu ihm, und das Volk strömte neugierig heraus, um vorerst der Entwicklung der Sache zuzusehen. Nur einige Studenten schloßen sich Ferrero an, und mit diesen zog er sich nach Alessandria zurück. In der Nacht kam der sardinische Gesandte St. Marsan aus Laibach zurück, wo er den Ernst der verbündeten Monarchen kennen gelernt und das Versprechen des Königs, in keine Regierungsveränderung einzuwilligen, betont hatte. Durch seine Berichte ermuthigt ließ der König am 12. März zwei Edikte bekannt machen, worin die Annahme der Konstitution, welche die Oesterreicher ins Land rufen würde, verweigert und die Zusammenziehung eines Truppencorps bei Asti anbefohlen wurde. Aber das Volk, welches über Nacht aus seiner Gleichgiltigkeit erwacht war, riß die Maueranschläge ab, verlangte die spanische Verfassung, die Officiere weigerten sich das Blut ihrer Mitbürger zu vergießen, und Mittags wehte die dreifarbige italienische Fahne auch von der Citadelle in Turin. Nun dankte Viktor Emanuel zu Gunsten seines Bruders Karl Felix ab und gieng nach Nizza. Bis der neue König, ein stolzer, herrischer Mann, der sich damals bei seinem Freund und Berather, dem Herzog Franz von Modena, befand, nach Turin zurückkehrte, sollte Karl Albert die Regentschaft übernehmen.

An ihn trat nun die Versuchung sehr pochend heran. Sollte er sich an die Spitze der Revolution stellen, um, wie ihm die Carbonari vorgaukelten, die Krone von Italien zu erringen? Er kannte die bescheidenen Hilfsmittel des Landes zu gut, als daß er nicht gewußt hätte, daß dies nichts anderes heiße, als die Oesterreicher innerhalb weniger Tage in Turin zu sehen. Und wie stand es dann mit seinem Thronfolgerecht? Hätte wohl die heilige Allianz gezaudert, einen Carbonari für immer vom Throne auszuschließen? Dies waren sehr

Digitized by Google

praktische Erwägungen, welchen sich der Prinz unmöglich verschließen konnte. Das Mittel, sich aus der Schlinge zu ziehen, war, daß er sich mit einem geheimnißvollen Schleier umgab und seine Entscheidung hinauszuziehen suchte. Allein das Volk drängte, die Soldaten wurden schwierig, im Palast Carignan hörte man entschiedene Drohungen. Nun berief er eine Versammlung von 30 Notabeln, nahm auf ihre schriftliche Forderung hin die spanische Verfassung an, errichtete eine provisorische Junta und bildete ein neues Ministerium. Zugleich erklärte er aber, daß er ohne die Genehmigung des Königs diese Verfassung nicht für giltig halte, und verbot den Soldaten, die italienischen Farben zu tragen. Dies erzeugte eine solche Erbitterung unter den Revolutionären, daß sie davon sprachen, ihn als Geisel festzunehmen oder gar zu ermorden. Der österreichische Gesandte wurde zur Abreise gezwungen, und Mailänder Abgeordnete schwindelten den Turinern eine allgemeine Erhebung ihrer Landsleute vor.

Da kam Ritter Costa, welchen er mit einem Briefe an den König nach Modena abgeschickt hatte, zurück und kündigte die schärfsten Maßregeln an. Der Prinz erhielt den Befehl, mit den treuen Truppen nach Novara zum General la Torre sich zu begeben. Während er sich scheinbar zum Widerstand rüstete, entfloh er heimlich nach Novara, protestirte gegen den ihm auferlegten Zwang, legte die Regentschaft nieder und forderte sämtliche Truppen auf, zu den königlichen Fahnen zurückzukehren. Durch seine Flucht bekamen die Revolutionäre alle Gewalt in ihre Hände, Santarosa, eben noch vom Prinzen zum Kriegsminister ernannt, übernahm eine Art Diktatur, hoffte vergeblich auf eine Revolution in Mailand und Frankreich, mußte auf die Nachricht von den Schlägen in Neapel die Desertion seiner Generale sehen und zog mit nur noch 3000 Mann nach Novara, in der Erwartung, daß la Torre's Truppen sich mit ihm vereinigen werden. Mit diesem hatte sich bereits der österreichische General Bubna vereinigt, und das revolutionäre Häuflein wurde am 8. April vor Novara durch einige Kanonenschüsse und einen Angriff der Oesterreicher in wilde Flucht gejagt, die, was den panischen Schrecken und die Schnellfüßigkeit der Geschlagenen betrifft, der Katastrophe von Rieti nichts nachgab. La Torre zog am 10. April in Turin ein, und am 11. mußte sich auch Alessandria, wo der entschlossene Ansaldi von den Soldaten im Stich gelassen wurde, ergeben. Die Insurgenten überschritten die französische Grenze oder schifften sich, wie Santarosa, nach Spanien

Digitized by Google

ein, um für die gleiche Sache auf einem andern Schlachtfeld zu kämpfen. Zugleich besetzten 12,000 Oesterreicher das Land und mußten auf Kosten desselben unterhalten werden. Unter ihrem Schutze kehrte Karl Felix nach Turin zurück, brachte die ganze Regierungsmaschine wieder ins alte Geleise, ließ durch Ausnahmsgerichte und Militärkommissionen viele Verurtheilungen aussprechen, jedoch nur an zwei Officieren die Todesstrafe vollziehen. Die Reaktion war keine so blutige wie in Neapel, weil auch die Ausschreitungen der Revolution nicht so heftig gewesen waren. Der Prinz von Carignan hatte es durch sein unentschiedenes Benehmen mit beiden Parteien verdorben und mußte aufs neue hören, wie Oesterreich gegen seine Thronfolge operire. Von Novara aus hatte er sich nach Modena begeben, und dort weigerte sich Karl Felix, seinen Besuch anzunehmen. Er suchte und fand in Frankreich einen Fürsprecher und machte unter dem Herzog von Angoulême den Feldzug nach Spanien mit, wo er in der Reihe seiner Feinde manche seiner alten piemontesischen Freunde traf.

Wer war nach diesen Erfolgen stolzer als Metternich! Mit triumphirender Miene soll er am Schluß des Laibacher Kongresses zum russischen Kaiser, als ob es sich um eine Schweinshatz handelte, gesagt haben: „Da sehen Sie, was eine Revolution ist, die bei Zeiten gefaßt wird!“ Sofort ließ er auch in Mailand einer Verschwörung nachspüren, viele angesehene Männer ins Gefängniß werfen und die von den Carbonari heftig aufgeregten Legationen theilweise besetzen. Zwei Jahre nachher wurden von den Verhafteten gegen 40 in die Kerker von Spielberg und Laibach geführt, nachdem sie in Mailand auf öffentlicher Bühne an den Pranger gestellt worden waren, ein Schimpf, welcher die Herzen des lombardischen Adels, von welchem viele Mitglieder unter jenen Unglücklichen sich befanden, auf immer von Oesterreich abwandte. Mehrere starben im Gefängniß, andere kamen mit siechem Körper heraus, manche von Wahnsinn befallen, nur ein einziger, Felice Foresti, trat mit ungebrochener körperlichen und geistigen Kraft wieder ans Tageslicht. Das Werk Silvio Pellico's über seine Spielberger Gefangenschaft gab merkwürdige Enthüllungen über ein Kerkersystem, das selbst einen Geist wie diesen zum Sklaven beugte und den Jesuiten in die Arme warf.

Auch in Italien hatte die heilige Allianz gesiegt, der österreichische Einfluß sich so stark gezeigt, daß die ganze Halbinsel einer habsburgi-

Digitized by Google

schen Provinz nicht unähnlich sah. Zwei Gründe waren es hauptsächlich, welche einen so schmählichen Ausgang herbeiführten: der Mangel an planmäßigem Zusammenwirken und die geringe Betheiligung des Volkes, die davon herrührte, daß dasselbe noch auf einer zu geringen Kulturstufe stand. Nur die wenigen Gebildeten hatten die ganze Bewegung gemacht; die Masse folgte dem, welchen sie die größte Macht entfalten sah.

Das ganze dritte Jahrzehnt wucherten diese anachronistischen Zustände fort. Am besten sah es noch in Toskana aus, wo 1824 Leopold II. den Thron bestieg, in materieller Beziehung durch Austrocknung der Maremmen ein großes Werk ausführte, in allen geistigen Regungen aber sich durch die österreichischen Machtsprüche sehr beengt fühlte. In Sardinien wurde ganz im Sinne Metternichs gewirthschaftet, die Regierung dem absolutistischen Adel und der Geistlichkeit überlassen, während Karl Felix in Trägheit und Genußsucht sein Leben hinschleppte und, wenn man ihm von Geschäften sprach, zur Antwort gab: „ich bin nicht König, um mich plagen zu lassen." Schlimmer noch gieng es in Neapel, wo am 4. Januar 1825 der heuchlerische Prinz von Kalabrien als Franz I. den Thron bestiegen hatte und eine Regierung führte, von der Chateaubriand sagte, daß sie auf die unterste Stufe der Verachtung herabgesunken sei. Hier gieng alles unter in üppigen Gastmahlen und schamlosen Bällen, in Stellenverkauf und Verfolgung geheimer Verbindungen. Nicht die eigene Armee, sondern 6000 Mann Schweizergarde, deren Anwerbung und Unterhaltung eine kostspielige Sache war, hatten den Thron zu schützen. Im schönsten Wetteifer mit Neapel machte der römische Hof auch unter Leo XII. (1823—1829) seine Rückschritte. Die Ausschließung aller Laien von allen bürgerlichen Würden, die unbedingte Uebermacht der Priester im Verwaltungs-, Gerichts- und Unterrichtswesen, dieses ganze „theokratisch-türkische System" war ärger als je und erzeugte in der von den Carbonari durchwühlten Bevölkerung nichts als Haß und Verachtung. Schon damals sagte kein Geringerer als der Kardinal Bernetti selbst, daß er, falls er zu Jahren komme, es für möglich halte, den Sturz der weltlichen Herrschaft des Papstes noch zu erleben.

Digitized by Google

§. 3.

Spanien und seine amerikanischen Kolonien. Portugal und Brasilien. Der Kongreß zu Verona und die französische Intervention.

Die spanischen Verhältnisse waren in wesentlichen Punkten denen in Deutschland gleich. Die Spanier hatten einen heldenmüthigen Kampf gegen die Napoleonische Herrschsucht gekämpft und, mit Hilfe des russischen Feldzugs von 1812, endlich gesiegt. Sie wollten nach Abschüttelung des fremden Joches nicht das alte heimische auf sich nehmen; ihre Kraft, ihr Selbstvertrauen war in dem Kampfe gewachsen; sie hielten sich für berechtigt, durch eine Verfassung, durch ein Parlament theil an der Staatsverwaltung zu nehmen und dieser nicht einen einseitig monarchischen, sondern einen volksthümlichen Stempel aufzudrücken. Damit zeigten sie die gleichen Gesinnungen wie die deutschen Krieger, als sie über den Rhein heimzogen. Aber in welchen Kreisen Spaniens herrschten diese freisinnigen Bestrebungen? Die Masse des Volkes verhielt sich gleichgiltig dagegen; sie hatte gegen die Fremdherrschaft gekämpft; nachdem diese beseitigt war, kehrte sie willig wieder in die alten Verhältnisse zurück. Nur eine kleine Partei edler und gebildeter Männer folgte der neuen Fahne, ganz so, wie es auch in Italien der Fall war. Doch mußten sie ihre Verfassung nicht erst erstreiten, sondern hatten sie bereits. Mitten in dem Krieg gegen die Franzosen hatte die Centraljunta die Kortes (Parlament) nach Kadix berufen, und im Jahr 1812 wurde von diesen die neue Verfassung proklamirt und eingeführt, dieselbe, welche in Neapel und in Piemont so großen Anklang gefunden hatte. Sie hatte allerdings einen ausgesprochen demokratischen Charakter, und durch die Bestimmung, daß acht Jahre lang keine Aenderung daran vorgenommen werden dürfe, war jede Verhandlung mit dem König abgeschnitten, welcher erst 1814 aus seiner französischen Gefangenschaft zurückkehrte.

Ferdinand VII. war ein durchaus haltungsloser Mensch, ohne alles höhere Interesse, Meister der Verstellung, mißtrauisch gegen jeden, der gerade einige Macht zeigte, selbst gegen seine Günstlinge, feig bis zur Servilität, wenn man ihm imponirte, grausam bis zur Gefühllosigkeit, wo er den Herrscher spielen konnte. Er gehörte zur schlimmsten Sorte der Bourbonen. Im März 1814 betrat er wieder den spanischen Boden, gieng aber statt nach Madrid, wo er mit den Kortes sich sogleich hätte auseinandersetzen müssen, zuerst nach Valencia.

Digitized by Google

Nicht bloß seine eigene Umgebung, wie der finstere Don Karlos, sein Bruder, und der reaktionäre Elio, Generalkapitän von Valencia, sondern sogar 69 Mitglieder der Kortes riethen ihm in einer von dem Advokaten Rosales (später: Marquis Matasflorida) verfaßten Schrift zu einem Staatsstreich. In einem Manifest vom 4. Mai 1814 erklärte er daher die Verfassung von 1812 für aufgehoben, die Kortes für aufgelöst und versprach dafür rechtmäßig versammelte Kortes nach altem Stile zu berufen, Sicherheit der Person und des Eigenthums und Preßfreiheit. Trotz dieser Verheißungen wurden von General Eguia, der in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai in Madrid eingezogen war, die Mitglieder der Regentschaft, vier Minister, mehrere Kortesmitglieder und andere ausgezeichnete Männer, gegen 70, verhaftet und später zu mehrjährigem Gefängniß oder Verweisung verurtheilt. Die „Atalaya", ein klerikales Blatt, verlangte ungescheut „den Galgen ohne Recht und Spruch" für die Liberalen. Und welche Meinung mußte der König von der Stimmung des Volkes bekommen, als dieses sich in Aranjuez an seinen Wagen drängte und diesen am 13. Mai bis in die Hauptstadt hineinzog! Von wem der Jubel, der ihm hier entgegenscholl, ausgieng, bezeichnete einer seiner Begleiter, zu welchem der König gesagt hatte: „Siehst du, wie das Volk mir zujauchzt? wie die Schnupftücher aus allen Fenstern flattern?" sehr fein mit der Antwort: „Ja, aber wenige von Batist."

Sogar an Herstellung der alten Kortes, welche die Adels- und Prälatenkammern in Norddeutschland an Servilität wohl noch übertroffen hätten, dachte der König nicht. Er war ganz in der Hand der extremsten Geistlichen und einiger Höflinge, die zum Theil von der niedrigsten Herkunft und der geringsten Bildung waren, welche in Verbindung mit einigen Damen die Kamarilla, jene „Kammerdiener-Regierung" ausmachten, unter welcher Spanien vor und nach Ferdinand zu seufzen verdammt war. Aus einer solchen Atmosphäre giengen jene Restaurationsdekrete aus, welche die strengste Censur einführten, die Steuerfreiheit des Adels und des Klerus, die Mönchsorden, die Jesuiten, die Inquisition samt Folter wiederherstellten und die verkauften Kirchengüter ohne Vergütung der Kirche zurückgaben. Selbst Männer wie Calvo de Rosas, der zu den heldenmüthigsten Vertheidigern von Saragossa gehörte, Generale, die in den Befreiungskriegen Wunder der Tapferkeit gethan hatten, wurden in den Kerker geworfen. Wer zu den Konstitutionellen und zu den Jose-

Digitized by Google

fino's (Anhänger des Königs Josef Bonaparte) gehörte, war keine Stunde seines Lebens sicher, während die „Servilen" triumphirten. Sechs Jahre lang dauerte diese ekelhafte Willkürherrschaft, wo Landbau und Gewerbe so herunterkamen, der Staatsschatz so leer wurde, daß Bettelei und Räuberhandwerk aufs schwunghafteste betrieben wurden, barfüßige Officiere um ein Almosen baten und in der Hafenstadt Ferrol drei Marineofficiere Hungers starben. Daneben prahlte dieses sinnlose Pfaffenregiment mit der Ausrüstung neuer Expeditionen, um die abgefallenen südamerikanischen Kolonien in die alte Knechtschaft zurückzuwerfen. Aber die Monarchie, welche im 16. Jahrhundert die Meere beherrschte, hatte nicht einmal mehr eine Flotte und mußte dem Kaiser von Rußland, von welchem Ferdinand alles Heil erwartete, ein paar verfaulte Linienschiffe abkaufen. Schon die elende Finanzwirthschaft, bei welcher in fünf Jahren zwei Milliarden Realen Schulden gemacht wurden, machte nach der Angabe des englischen Gesandten eine Revolution fast zur Nothwendigkeit. Und nun noch dieses Schreckenssystem, bei welchem es schon 1816 mehr als 50,000 politische Gefangene gab!

Diese Schmach und Noth des Vaterlandes konnten die Patrioten von 1812 nicht länger mitansehen, und ihr Ingrimm entlud sich in den Jahren 1814—1819 in neun Aufstandsversuchen, welche, einzeln und ohne Zusammenhang mit einander auftretend, leicht unterdrückt wurden und putschartig verliefen. Der berühmte Guerillaführer Mina erhob schon 1814 die Fahne des Aufstands in Pampelona, mußte aber nach Frankreich entfliehen. Im folgenden Jahre erließ der General Diaz Porlier in dem mönchischen Galicien einen Aufruf zur Freiheit und mußte seine That am Galgen büßen. Der Kriegskommissär Richard entwarf 1816 einen Plan zur Ermordung des Königs, wurde verrathen und nach ausgestandener Folter aufgehängt. General Lacy schlug 1817 in Katalonien los, wurde verhaftet und auf der Insel Mallorka erschossen. Oberst Vidal stiftete zu Ende des Jahres 1818 eine Verschwörung in Valencia und fiel dem Wütherich Elio in die Hände, welcher ihn und zwölf Mitverschworene theils aufhängen, theils niederschießen und eine Frau, welche kaum erst entbunden hatte, zu Tode foltern ließ.

Es war mit diesen Aufständen wie mit den Köpfen der Hydra: so oft sie auch unter Strömen von Blut, unter Kerker und Folter niedergedrückt wurden, erhoben sich immer wieder neue durch die Be-

Digitized by Google

mühungen der über das ganze Land verbreiteten Freimaurergesellschaften. Ein günstiges Terrain schien Kadix darzubieten, wo schon seit Jahren ein Expeditionscorps gesammelt wurde, dazu bestimmt, nach Buenos-Ayres übergeführt zu werden. Der Haß gegen diese amerikanischen Feldzüge und eine Seuche, die unter der Mannschaft ausbrach, leisteten hier den Verschwörern großen Vorschub. Graf Abisbal, der dort kommandirte, zwischen der Rolle eines Rebellen und eines Verräthers hin und herschwankend, ergriff endlich im Juli 1819 die Rolle des Letztern und verhaftete seine eigenen Officiere. Um so rascher glaubte die Regierung so unzuverläßige Truppen einschiffen zu müssen. Der Befehl hiezu kam. Den Soldaten war es, als „seien sie zum Tode bestimmt, mehr um den Hof von der Besorgniß vor dem Heere zu befreien, als um die Eroberung Amerika's zu machen, die bereits unmöglich geworden sei." Man wollte sich nicht zur Schlachtbank führen lassen. Zu den ersten, welche eingeschifft werden sollten, gehörte das Bataillon Asturien, das in dem Dorfe las Cabezas de St. Juan stand.

Der Befehlshaber dieses Bataillons, Rafael Riego, rief hier am Neujahrstag 1820 Morgens acht Uhr in Gegenwart seiner Soldaten die Konstitution von 1812 aus, nahm in raschem Zuge den neuen Kommandanten Graf Calderon mit seinem ganzen Hauptquartier gefangen und zog mit vier Bataillonen gegen Kadix. Durch die Schuld des minder energischen Obersten Quiroga, welcher den Oberbefehl des „Nationalheeres" übernehmen sollte, mißlang eine Ueberrumplung dieser so wichtigen Stadt. Das Insurgentenheer stieg auf 5000 Mann. Auch weitere Versuche, sich Kadix zu bemächtigen, scheiterten an der Umsicht des neuen Kommandanten Freire, und so beschloß der ungeduldige Riego, mit 1500 Mann Andalusien zu revolutioniren. Von dem königlichen General José O'Donnell verfolgt, von der Bevölkerung gleichgiltig aufgenommen, mußte er sich, unter fortwährender Desertion seiner Soldaten, in die Sierra Morena flüchten, wo sich das Häuflein vollends auflöste. In Kadix schien die Sache der Insurgenten ganz verloren zu sein. Durch den schmählichen Verrath des Generals Freire, welcher den Einwohnern die Verkündigung der Verfassung von 1812 zusagte und unter die fröhlich Versammelten seine Soldaten losstürzen und einhauen ließ, waren dort die Hoffnungen der Konstitutionellen tief gesunken und zwar fast in dem nämlichen Augenblick, als in Madrid alles schon gewonnen war.

Digitized by Google

Auf die Nachricht von dem Aufstand Riego's hatte die Erhebung die Runde in den Provinzen gemacht. General Mina kam aus Frankreich nach Navarra zurück und wurde von den Truppen mit Jubel aufgenommen. Nirgends mehr konnten die königlichen Generale auf ihre Truppen zählen. Graf Abisbal rief in Ocanna, drei Stunden von Aranjuez, das Bataillon seines Bruders zur Wiederherstellung der Verfassung auf und stellte sich an die Spitze der Soldaten. Sobald der Aufstand in die Nähe der Hauptstadt kam, verlor die Regierung alle Fassung. Auch unter dem Volk in Madrid gährte es gewaltig. Ferdinand glaubte eine Abschlagszahlung geben zu dürfen und versprach am 6. März die Berufung der alten Kortes, wie er dies am 4. Mai 1814 ebenfalls gethan und nicht gehalten hatte. Sein Thron, vielleicht sein Leben war verloren, wenn er nicht vollständig nachgab. So verkündigte er endlich am 7. März seinen Entschluß, die Verfassung von 1812 zu beschwören, mußte auch schon am 9., wo Mitglieder des Stadtraths und entschlossene Volksführer in den Palast eindrangen, den Eid leisten. Dem verdächtigen König wurde bis zum Zusammentritt der Kortes eine provisorische Junta zur Seite gestellt, welche die Kamarilla und die Inquisition sogleich aufhob, die politischen Gefangenen entließ, die Preßfreiheit herstellte, das Heer auf die Verfassung beeidigen ließ und so ziemlich die ganze Staatsgewalt in ihre Hände nahm. Am 12. März wurde ein Verfassungsfest gefeiert, und die Processionen, Illuminationen und Stiergefechte wollten in dem freudig erregten Spanien kein Ende nehmen. Die Revolution hatte gesiegt. Alle höheren Aemter im Militär und Gerichtswesen, der Staatsrath und das Ministerium wurden mit Anhängern der Konstitution besetzt, zum Theil mit Männern, welche aus der Verbannung und aus den Gefängnissen herbeigeholt werden mußten. Die Kortes wurden am 9. Juli von dem König eröffnet, und öffentlich legte er noch einmal den Eid ab.

Die Kortes hatten in einem Lande, wo die Bildung kaum die obersten Schichten berührte, wo das Volk noch vollständig im Gängelbande der Geistlichkeit sich befand, eine schwierige Stellung. Ihr schlimmstes Geschäft war die Ordnung der Finanzen, zumal da die Bauern, wie drei Jahrhunderte vorher in Deutschland, dem Wahn sich hingaben, daß mit der neuen Aera alle Steuern und Zehnten abgeschafft seien. Kein Finanzminister konnte ohne Eingriff in die Kirchengüter auskommen. Daher wurden mehrere Mönchsorden, auch

Digitized by Google

der der Jesuiten abgeschafft, die Güter der aufgehobenen Klöster für Nationalgüter erklärt und zum Verkauf ausgesetzt. Dies erregte den Unwillen der Geistlichkeit, besonders der Bischöfe, der Papst nahm sich in einem besonderen Briefe an den König der Jesuiten an, und dieser weigerte sich, dem Klostergesetz seine Sanktion zu geben, ohne seine Weigerung durchsetzen zu können. Er mußte vielmehr bald darauf seinen Beichtvater entlassen, die Ernennung des royalistischen Generals Carvajal zum Kommandanten von Madrid für ein Mißverständniß erklären und vom Eskurial nach Madrid zurückkehren, umgeben von wilden Volkshaufen, die ihm, während er auf dem Balkon des Schlosses stand, den Sohn des erschossenen Lacy emporhielten und ausriefen: „Es lebe der Rächer seines Vaters!" Der König, in einer ähnlichen Lage wie Ludwig XVI. nach seiner Fahrt von Versailles nach Paris, war wüthend über seine Beschimpfung und richtete die Blicke nach dem Ausland. Denn was in Spanien für ihn geschah, reichte lange nicht aus, um ihn wieder zu einem absoluten Herrscher zu machen, weder das Auftreten der „Glaubensarmee" unter dem Pfarrer Merino und anderen Bandenführern, noch die Einsetzung einer „Regentschaft während der Gefangenschaft Ferdinands," noch der Aufstand der Garden, welche am 7. Juli 1822 durch einen kühnen Handstreich den absoluten Thron wieder aufrichten wollten, aber vernichtet wurden. Es war den König schon schwer genug angekommen, den Führer der Moderados (Gemäßigten), den beredten, aber mehr schöngeistigen als praktischen Martinez de la Rosa, welchen die Exaltados (Radikalen) die Pastetenbäckerin „Röschen" nannten, an die Spitze eines neuen Ministeriums zu stellen. Nun aber nach dem mißlungenen Attentat seiner Garden mußte er gar ein Exaltados-Ministerium annehmen, den Urheber des ganzen Aufstands, Riego, damals Präsidenten der Kortes, in seinen Palast kommen lassen und eine theatralische Versöhnung aufführen. Jetzt wurde endlich General Elio in Valencia zur Erdrosselung verurtheilt, das einzige blutige Opfer, das sich die Revolution ausersehen hatte. Dem Aufstand an der Pyrenäengrenze, welchen die Glaubensarmee und die Regentschaft, an deren Spitze der Marquis Mataflorida stand, unterhielt und zu einer Gegenrevolution zu entzünden suchte, wurde durch die neuen Minister kräftig zu Leibe gegangen. Der tüchtige General Mina erhielt den Oberbefehl, zog mit der konstitutionellen Armee nach Lerida in Katalonien, trat mit drakonischer Strenge gegen die Königlichen auf, eroberte die Festung

Digitized by Google

Urgel, wo die Regentschaft gethront hatte, und jagte diese und ihre Helfershelfer über die französische Grenze. So entschwand dem König auch dieser matte Hoffnungsstrahl; es mußte sich zeigen, welche Wirkung der Brief äußerte, den er am 22. Juli 1822 an König Ludwig XVIII. von Frankreich geschrieben hatte, um ihn um seinen bewaffneten Schutz anzugehen.

Aber Ludwig und sein Minister Villèle glaubten sich mit der Erfüllung dieser Bitte nicht sehr beeilen zu müssen. Wenn ihnen auch die Gefahr eines so nahen Brandes wegen der revolutionären Gelüste Frankreichs höchst unbequem war und ein Krieg für die Interessen der Legitimität und vollends für einen bourbonischen König sehr für ihr System paßte, so bedachten sie doch auch, welche Verheerungen dieser Krieg in dem französischen Staatsschatz verursachen werde, und wie man durch denselben die Revolution vielleicht in Spanien ersticken und nach Frankreich hereinschleppen könne. Die Treue der Soldaten war noch zweifelhaft, der Ausgang schien im Hinblick auf die Haltung Spaniens im napoleonischen Kriege ungewiß, und für das Beste hielt es daher Villèle, den „Vulkan ruhig ausbrennen zu lassen". Damit waren die Royalisten nicht einverstanden und hoben hervor, daß den Bourbonen nichts erwünschter sein könne als ein Krieg, um das Heer an sich zu fesseln und zu zeigen, daß man auch ohne Napoleon zu siegen verstehe.

Wie schon in Laibach verabredet war, trat im Oktober 1822 der Kongreß von Verona zusammen. Die Monarchen der Ostmächte und Italiens mit Ausnahme des Papstes waren wieder persönlich erschienen, von Seiten Frankreichs der auswärtige Minister Mathieu Montmorency und der als Legitimist und Schriftsteller bekannte Vicomte Chateaubriand. Neben den „babylonischen Festen" in der Weise des Wiener Kongresses giengen die politischen Verhandlungen her, die hauptsächlich Spanien zum Gegenstand hatten. Hier begegneten sich die Wünsche der Ostmächte und Montmorency's. Wie jene Frankreich nicht für sich, sondern im Auftrag der heiligen Allianz interveniren lassen wollten, so wünschte dieser, daß Frankreich zwar unter allen Umständen den Krieg führe, aber nur unter der Firma der heiligen Allianz, auf deren materielle Unterstützung es nöthigenfalls müsse zählen können. Es wurde der Beschluß gefaßt, in gleichlautenden Noten an die spanische Regierung die Forderung zu stellen, daß die Verfassung in konservativem Sinne umzuändern und der

Digitized by Google

König wieder in seine Rechte einzusetzen sei. Falls dies abgeschlagen werde, so sollte Frankreich in Spanien einmarschiren. Der englische Gesandte, Herzog von Wellington, erklärte, daß seine Regierung nie in eine bewaffnete Einmischung willige. Der auswärtige Minister Englands, Canning, drohte sogar mit Anerkennung der Selbständigkeit der südamerikanischen Staaten (der früheren spanischen Colonien); aber alle seine Vorstellungen sah er von dem gebietenden Kongreß wie „Makulatur" behandelt.

Ludwig war von der Kriegslust seines Ministers nicht sehr erbaut, rief den „unseligen Mathieu, der doch nichts als dumme Streiche mache", nach Paris zurück, entließ ihn und machte Chateaubriand zum auswärtigen Minister. Aber auch dieser kam, hauptsächlich von Kaiser Alexander umgestimmt, mit Kriegsideen von Verona zurück und ergieng sich über die welthistorische Führung seines Amtes in Planen und Phantasien, als ob es sich um die Dichtung eines Epos handelte. „In sechs Monaten zu vollbringen, was Napoleon nicht in sieben Jahren vermocht", war freilich ein Ziel und ein Erfolg, dessen sich in Wahrheit nur ein Poet rühmen konnte. Der Krieg wurde beschlossen, die Absendung französischer Noten nach Madrid war nur noch eine Formalität, und in der Thronrede vom 28. Januar 1823 erklärte Ludwig, „100,000 Franzosen stehen bereit, den spanischen Thron einem Enkel Heinrichs IV. zu erhalten."

Die Veroneser Noten der drei Ostmächte waren einstweilen in Madrid eingelaufen und hatten bei den Kortes und unter dem Straßen-Publikum einen ungeheuren Sturm des Unwillens erregt. Ihre anmaßende Sprache wurde mit gleicher Münze beantwortet, jede Einmischung zurückgewiesen und dem russischen Gesandten, welcher nebst den anderen seine Pässe verlangte, bemerkt, daß man freilich von einem „Kalmücken" nicht die Bildung eines civilisirten Europäers erwarten könne. Dabei waren aber die Minister ihrer schlimmen Lage sich wohl bewußt und wandten sich in bittender Sprache an England, in friedlicher an Frankreich. Beides vergebens! Hier war man schon zu weit gegangen, dort wollte man über Worte nicht hinausgehen, wegen Spaniens sich nicht in einen Krieg mit dem ganzen Kontinent einlassen. Von allen Mächten, selbst von seinen früheren Beschützern verlassen, durch trostlose Finanzen beengt, beschloßen die Kortes, gegen die eindringenden Franzosen einen Guerilla-Krieg zu führen, Madrid aufzugeben und die Regierung nach Sevilla zu verlegen. Trotz allen

Digitized by Google

Widerstrebens, trotz vorgeschützter, durch die königlichen Leibärzte beglaubigter Gicht mußte Ferdinand, welchem einige wilde Gesellen schon: „Tod dem Könige!" zuriefen, am 20. März mit den Kortes abreisen.

Am 7. April überschritt der Herzog von Angoulême, welchem Generale aus Napoleons Schule zur Seite standen, den Grenzfluß Bidasoa mit 95,000 Mann, darunter 21,000 Reitern. Er sparte in dem geldarmen Lande sein Gold nicht, gewann Führer und Soldaten durch Bestechung, die Bevölkerung durch wohlbezahlte Lieferungen. Den General Molitor schickte er gegen Ballesteros, welcher Aragonien beschützen sollte, aber nicht hindern konnte, daß Molitor am 26. April in Saragossa, dessen Widerstand gegen Napoleons Soldaten weltberühmt ist, unter dem Jubel der Bevölkerung einzog. General Moncey sollte den entschlossenen Mina aus Katalonien zurückdrängen; der Herzog selbst zog auf Madrid los, in welchem am 23. Mai die ersten Franzosen ihren Einzug hielten. Der bestochene Graf Abisbal, mit dem Schutze der Hauptstadt beauftragt, wollte Heer und Bevölkerung zum Abfall bringen, mußte aber vor dem allgemeinen Haß entfliehen. Eine Regentschaft, an deren Spitze der Herzog von Infantado stand, sollte bis zur Befreiung des Königs das Land in absolutem Sinne regieren, worüber der Pöbel sein Wohlgefallen durch Plünderung der Häuser der Konstitutionellen äußerte. Sofort zogen die Franzosen in Eilmärschen nach Andalusien gegen Sevilla, die wenigen spanischen Truppen vor sich hertreibend. Am 21. Juni erreichten sie Sevilla. Dort hatten die Kortes am 23. April ihre Sitzungen eröffnet und die Zeit bis zum 13. Juni unter nutzlosen Berathungen hingebracht. Bei der Annäherung der Franzosen zogen sie sich nach Kadix zurück, den König gewaltsam mit sich führend. Rasch folgte ihnen der Feind und stand schon am 23. Juni vor der Stadt. In den nördlichen Provinzen hatten sich die Generale Morillo und Ballesteros bereits ergeben. Außer Katalonien und Kadix war bereits alles in den Händen der Franzosen. Bei der Ankunft des Herzogs von Angoulême wurde der Sturm unternommen, Kadix zu Wasser und zu Land angegriffen. Der Kampf war sehr ungleich. Die Besatzung betrug etwa 12,000 Mann, deren Muth und Treue etwas zweifelhaft war, die Festungswerke waren in schlechtem Zustande, und die Flotte zählte nur ein einziges Linienschiff und einige Kanonenboote. Am 31. August wurde die Halbinsel Trocadero, welche die

Digitized by Google

Einfahrt in den inneren Hafen beherrschte, von den Belagerern genommen, wobei der frühere Carbonari-Prinz, Karl Albert von Carignan, seine ganze Vergangenheit über Bord werfend, tüchtig mithalf. Als am 20. September auch das Fort St. Petri und die Insel Leon erobert wurden, drangen Bürger und Soldaten auf Uebergabe. Unterhandlungen fanden statt; aber der Herzog beharrte darauf, nur mit einem freien König abzuschließen. Um die letzte Sprödigkeit zu überwinden, wurden vier Millionen Franks zur Bestechung der hervorragenden Persönlichkeiten aufgewandt. Sofort erklärten sich die Kortes für aufgelöst und den König für frei. Um ihm Gelegenheit zu neuem Treubruch zu geben, ließ man ihn noch eine Erklärung unterschreiben, worin er „aus freiem Willen und unter der Bürgschaft des königlichen Wortes" eine allgemeine Amnestie, eine freie Verfassung und Anerkennung der Staatsschulden verkündigte. Am 1. Oktober begab sich der König ins französische Lager nach Puerto St. Maria. General Valdes und Alava hatten ihn in einer Schaluppe begleitet, waren aber, trotz seiner Bitten, ihm in dieser stürmischen Zeit ihre treuen Dienste nicht zu verweigern, nicht mit ihm ausgestiegen. Aergerlich darüber, daß ihm diese Rache entgangen sei, rief er ihnen vom Lande aus nach: „Ah Schurken! wie glücklich seid ihr, mir zu entrinnen!"

Nach der Uebergabe von Kadix mußten auch die anderen festen Plätze kapituliren. Barcelona in Katalonien war einer der letzten. Dort focht Mina für die Ehre Spaniens mit dem besten Erfolg. Zwei Monate lang beschäftigte er in einem aufreibenden Guerillakrieg mit wenigen Truppen 29,000 Franzosen und Royalisten, warf sich schwerverwundet nach Barcelona, wurde zu Wasser und zu Land eingeschlossen, hielt sich fast noch vier Monate und schloß am 1. November mit dem General Moncey einen Vertrag, wodurch Ehre, Freiheit und Eigenthum der unter seinem Befehle stehenden Truppen und Bürger gesichert war. Darauf begab er sich nach England, wohin sich mehrere Generale und Kortesmitglieder von Kadix und anderen Orten aus bereits geflüchtet hatten.

Kaum ruhmvoller als Neapel hatte die spanische Revolution ihre Feuerprobe bestanden und dem Herzog von Angoulême Gelegenheit gegeben, sich für einen der größten Feldherren, dem Herrn von Chateaubriand, sich für einen ausgezeichneten Staatsmann zu halten, während Canning, um diesem Schwindel einen Dämpfer aufzusetzen, daran erinnerte, daß Spanien jedem, der seine Zustände kenne, als

Digitized by Google

eine „westliche Türkei" vorkomme. Was nun kam, bezeichnete diesen Ausgang als ein Ende mit Schrecken. Adel, Geistlichkeit und Pöbel verbanden sich mit einander, um Tausende von Negros (Konstitutionelle) in den Kerker und aufs Schaffot zu bringen. In Madrid, Saragossa und Sevilla wurde unter den Augen der Franzosen trotz Kapitulation geplündert und eingekerkert. Riego, welcher das Signal zur Revolution gegeben hatte, war eines der ersten Schlachtopfer. Er hatte sich im August mit ein paar tausend Mann aus Kadix entfernt, um die Verbindung zwischen dieser Stadt und Madrid zu durchbrechen und die Franzosen durch Bedrohung ihres Rückens zum Rückzug zu bewegen. Nach manchen Hinundherzügen wurde sein Corps von den Feinden zersprengt, er selbst auf einem Pachthof gefangen genommen und den spanischen Behörden ausgeliefert. Unter schrecklichen Mißhandlungen wurde er nach Madrid geschleppt, dort mit Ketten belastet in einen abscheulichen Kerker geworfen und am 7. November schon halb todt zur Richtstätte geschleift.

Das erste Dekret, welches Ferdinand unterzeichnete, erklärte alle Verordnungen der konstitutionellen Regierung (Aufhebung der Klöster, der Inquisition, des Jesuitenordens, Verkauf der Kirchengüter u. s. w.) für nichtig und bestätigte alle Unthaten der reaktionären Junta. Dies war selbst dem Herzog von Angoulème zu viel, daher er dem König sein Mißfallen hierüber bezeugte und über die Pyrenäen zurückeilte, um am 2. December einen prunkvollen Einzug in Paris zu halten. Doch dauerte die Besetzung Spaniens durch französische Truppen noch fünf Jahre. Es war ein theurer Ruhm. 200 Millionen hatte dieser militärische Spaziergang Frankreich gekostet, und was war damit gewonnen? Alle Rathschläge König Ludwigs blieben unbeachtet, und Chateaubriand, welcher gehofft hatte, den Spaniern eine geeignete Verfassung zu geben, wollte sich bereits nicht mehr zum Mitschuldigen „der Dummheit und des Fanatismus" eines Königs hergeben, den er einen „hassenswürdigen Fürsten" nennt, „der die Verfassung nur beschworen, um sie zu verrathen, der fähig sei, sein Reich in einer Cigarre aufzubrennen", dessen Regierung „blutig, habgierig, fanatisch sei, ein abgeschmackter Despotismus, eine vollständige Anarchie der Verwaltung." Dieser „absolut-absolute" König, wie ihn der Madrider Pöbel nannte, machte seinen verfolgungssüchtigen Beichtvater, Viktor Sanz, zugleich zum ersten Minister, ließ in drei Wochen 112 Menschen als Verschwörer hinrichten und bedrohte mit seinen Blutdekreten das

Digitized by Google

Leben aller, die nicht seinem Absolutismus dienten. Und doch konnte er es den „Apostolischen", welche nur in der vollständigen Herrschaft der Kirche, des Mönchthums, der Inquisition das Heil Spaniens sahen, nicht recht machen und mußte sehen, wie die Gesellschaft des „Würgengels" eine Schrift verbreitete über die „Nothwendigkeit, den Infanten Don Karlos auf den Thron zu erheben", wie 1827 in Katalonien der Ruf: „Es lebe Don Karlos! Es leben die Mönche und die heilige Inquisition!" erscholl und nur durch blutige Strenge der apostolische Aufstand niedergedrückt wurde. Don Karlos, des Königs ältester Bruder, war die Hoffnung dieser apostolischen Junta, welche durch ihren Einfluß das ganze Land beherrschte. Bei der Kinderlosigkeit des Königs war diesem Finsterling der Thron sicher. Da starb 1829 des Königs dritte Gemahlin, und weiberfreundlich wie er war, heirathete er noch im nämlichen Jahr die blühende Marie Christine, Tochter des Königs Franz von Neapel. Ihr zu Lieb hob er das von dem bourbonischen Philipp V. 1713 eingeführte Erbfolgegesetz, wonach die Frauen erst nach dem völligen Aussterben des Mannsstammes thronfähig sind, auf und machte das alte kastilianische Successionsrecht, wonach die Töchter und Enkelinnen des Königs seinen Brüdern und Neffen vorgehen, im März 1830 durch ein Dekret, die pragmatische Sanktion genannt, zum Gesetz. Die Sache wurde bald praktisch; denn am 10. Oktober 1830 schenkte Marie Christine ihrem Gemahl eine Tochter, Isabella, welche alsbald zur Thronerbin und Prinzessin von Asturien erklärt wurde, und am 30. Januar 1832 eine zweite Tochter, Luise. Die Partei des Don Karlos, die Apostolischen und Absolutisten, war sehr bestürzt; was sie schon in den Händen zu haben glaubten, konnten sie jetzt nur durch eine Revolution erringen. Dazu waren sie aber auch entschlossen. König Ferdinand VII. starb am 29. September 1833, die dreijährige Tochter wurde als Isabella II. zur Königin ausgerufen, und ihre Mutter trat die ihr durch das Testament übertragene Regentschaft an. Sie mochte wollen oder nicht wollen, sie mußte sich an die Liberalen im Lande halten, da die Gegenpartei die Rechtmäßigkeit der Aufhebung des „salischen" Gesetzes bestritt, die Thronbesteigung Isabellens als eine Usurpation betrachtete und an ihrem Lieblingskönig Karlos festhielt, welcher schon vor seines Bruders Tod gegen die pragmatische Sanktion protestirt und sich zu seinem Gesinnungsgenossen und Neffen, Don Miguel von Portugal, begeben hatte. Die Zukunft Spaniens war klar vorgezeichnet: ein

Digitized by Google

neuer Bürgerkrieg stand vor der Thüre; hier Karlos, hier Christine! war das Feldgeschrei. Unter den Parteinamen Karlisten und Christinos standen sich aufs neue zwei politische Principien gegenüber und bekämpften sich bis aufs Messer.

Noch ist ein anderes wichtiges Ereigniß, das in die Regierungszeit Ferdinands fällt, mit wenigen Worten nachzuholen, der Scheidungsprozeß der amerikanischen Kolonien von dem Mutterlande Spanien. Zu jenen rechnete man Mexiko und Centralamerika und in Südamerika: Venezuela, Neu-Granada, Ecuador, Peru, Chile, La-Plata-Staaten (Buenos-Ayres, Uruguay und Paraguay), ein Länderkomplex von etwa 250,000 Quadratmeilen mit 17 Millionen Einwohnern. Drei Jahrhunderte an Spanien gekettet, wurden sie auch in der letzten Zeit kaum anders als unter der Regierung Philipps II. und seiner Alba's behandelt. Jesuiten und Inquisition waren hier in Kirche und Schule allmächtig, der Handel, welcher bei den herrlichen Produkten dieser reichen Länder einen ungeheuren Aufschwung hätte nehmen können, war schon dadurch lahm gelegt, daß nur spanische Waaren bei ihnen eingeführt, ihre eigenen Erzeugnisse nur an Spanier abgegeben werden durften. Staats- und Kirchenämter konnten nur solche Spanier, die im Mutterlande geboren waren, erhalten, nicht die in den Kolonien geborenen, die Kreolen, von den Ureinwohnern und den Mischlingen, welche den größten Theil der Bevölkerung ausmachten, gar nicht zu reden. Die Vicekönige und Generalkapitäne, welche von Spanien aus dahin geschickt wurden, erlaubten sich mit ihrem ganzen Schwarm von Ober- und Unterbeamten Gewaltthätigkeiten und Erpressungen, wie man sie in der Zeit der römischen Prokonsuln findet. Die Aufforderung Napoleons, die Regierung seines Bruders Josef anzuerkennen, fand in den Kolonien so wenig Anklang als in Spanien. Ueberall bildeten sich Junten, welche im Namen Ferdinands regierten. Dadurch lernten die Provinzen die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Selbstregierung kennen. Sie in das alte Joch zurückzuführen, war eine Sache der Unmöglichkeit. Entweder mußte Spanien den Kolonien Rechtsgleichheit mit dem Mutterlande, gleiche Vertretung in den Kortes und Handelsfreiheit gewähren, oder mußte es in seiner finanziellen und maritimen Ohnmacht jeden Augenblick ihrer Losreißung vom Mutterlande gewärtig sein. Weder die liberalen Kortes von 1812, noch der

Digitized by Google

wiedereingesetzte Ferdinand giengen auf diese Forderungen der Südamerikaner ein, und so trat der zweite Fall ein.

In Mexiko, wo schon 1810 der Priester Hidalgo und Andere Insurgentenhaufen gegen die Spanier gesammelt hatten, wurde 1821 von einem Abkömmling des alten mexikanischen Kaiserhauses, Iturbide, die Unabhängigkeit des Landes, und da Ferdinand die Kaiserkrone von Mexiko nicht annehmen wollte, 1822 die gänzliche Trennung proklamirt und Iturbide zum Kaiser Augustin I. ausgerufen. Eine republikanische Erhebung stürzte ihn, und General Santa Anna rief 1823 in Vera-Cruz die Republik aus. Iturbide mußte nach Europa flüchten, und als er zurückkehrte, wurde er 1824 erschossen. Auch Guatemala errang 1821 seine Selbständigkeit und gründete die Bundesrepublik von Centralamerika. Die Befreiung des nordwestlichen Südamerika, wo schon 1810 Aufstände vorkamen, knüpft sich hauptsächlich an den Namen eines reichen Kreolen, Bolivar, aus Venezuela, welcher sich durch langjährigen Aufenthalt in Europa gebildet hatte. Nach wechselnden Kriegsereignissen wurde 1819 die Vereinigung Venezuela's und Neugranada's, denen sich 1822 auch Ecuador anschloß, ausgesprochen, und diese drei bildeten die Republik Kolumbia. In Buenos-Ayres wurde schon 1810 der spanische Vicekönig abgesetzt und 1819 die argentinische Republik (vereinigte Staaten am la Plata) gegründet. Auch die Nachbarstaaten Paraguay (lange Zeit ein jesuitischer Musterstaat) und Uruguay machten sich zu selbständigen Republiken, letzterer nach einer Zwischenherrschaft Brasiliens erst 1829. Von Buenos-Ayres aus wurde die Erhebung Chile's, die schon 1810 begonnen hatte, 1817 durch Absendung des Generals San Martin unterstützt und 1818 seine Unabhängigkeit und republikanische Verfassung proklamirt. Die längsten Kämpfe hatte Peru zu bestehen, wo trotz der Hilfe des argentinischen Generals San Martin und des chile'schen Admirals, des Engländers Cochrane, erst mit dem thätigen Eingreifen Bolivars durch den Sieg bei Ayacucho 1824 das Land befreit, die Republik ausgerufen und ebendamit die Losreißung des ganzen spanischen Südamerika entschieden war.

Was in Spanien mißlungen war, war in den Kolonien durchgeführt, und was der heiligen Allianz in Spanien gelungen war, war ihr zu ihrem großen Bedauern jenseits des Oceans unmöglich. Die drei Ostmächte, welche sich für die Revolutionsbändiger der ganzen

Digitized by Google

Welt hielten, wollten nach der Restauration des spanischen Absolutismus auch Südamerika wieder in das alte Geleise zurückführen. Ohne Mitwirkung Englands als der größten europäischen Seemacht war dies kaum möglich. Englands Handel zog aber aus der Unabhängigkeit dieser Staaten sehr große Vortheile; daher war es entschlossen, diesmal seine Proteste nicht als „Makulatur" behandeln zu lassen, und erklärte, daß es sich jeder Intervention in den spanischen Kolonien mit seiner ganzen Macht widersetzen werde. Frankreich hätte gerne bourbonische Königreiche dort geschaffen, wie in unseren Tagen ein Vasallen-Kaiserthum, ein Plan, der an der Eifersucht der anderen Mächte scheiterte. „Um das monarchische Princip aufrecht zu erhalten und einen großen Skandal zu vermeiden", machte die heilige Allianz England die vortheilhaftesten Anträge bezüglich seiner Handelsinteressen, wenn es selbst die Intervention übernehme. Aber Canning setzte als auswärtiger Minister seinen Willen durch, und am 1. Januar 1825 sprach das englische Ministerium die Unabhängigkeit dieser spanischen Kolonien aus.

Dafür wurde die heilige Allianz in einem anderen Lande reichlich entschädigt. Wie in Spanien, so hatten auch in Portugal die Freiheitsbestrebungen einen blutigen Kampf mit dem Absolutismus. Die Königsfamilie war 1807, als der französische Marschall Junot auf Napoleons Befehl das Land besetzte, nach Brasilien entflohen. Bei dem Sturz des Letzteren war der englische General Lord Beresford, welcher sich in dem pyrenäischen Kriege sehr ausgezeichnet hatte, im Besitz aller Macht, obgleich eine Regentschaft eingesetzt war. Als Oberbefehlshaber des portugiesischen Heeres machte er sich sehr verhaßt. Das Militärbudget verschlang zwei Drittheile der Einkünfte, und von den Officiersstellen war ein Drittheil mit Engländern besetzt. Dies und sein stolzes, herrisches Wesen regte die nationalen Gefühle zu sehr auf. England war freilich schon seit dem 18. Jahrhundert gewohnt, Portugal als seine Handelsdomäne anzusehen und das durch die unbedingte Herrschaft der Jesuiten und durch ostindische und brasilianische Reichthümer geistig und industriell heruntergekommene Volk wie eine Provinz auszubeuten. Das Gehässige dieser Fremdherrschaft wurde durch die Militärdiktatur Berefords noch geschärft. Dazu kamen die Beziehungen zur Dynastie. Nach dem Tode der wahnsinnigen Königin Maria 1816 bestieg der Prinzregent, ihr Sohn, als Johann VI. den Thron von Portugal und Brasilien. Während

Digitized by Google

Volk und Heer wünschte, daß die königliche Familie wieder nach Portugal übersiedle und von Lissabon aus die Kolonie Brasilien beherrsche, fanden am Hofe entgegengesetzte Neigungen statt. Der König lud die vornehmsten Mitglieder des Adels und die reichsten Kaufleute zur Auswanderung nach Brasilien ein und wollte Geld und Truppen zur Bezwingung von Uruguay aus dem Mutterlande beziehen. All diese Umstände verursachten 1817 eine Militärverschwörung, welche dem wackeren General Freire und elf seiner Genossen das Leben kostete. Dadurch wuchs der Haß gegen Beresford noch mehr, und dieser entschloß sich, als der Ausbruch der spanischen Revolution seine zündenden Funken in das Nachbarland hinüberwarf, zu einer Reise nach Brasilien, um wegen der zu treffenden Maßregeln persönlich mit dem König zu unterhandeln. Vier Monate nach seiner Abreise, am 24. August 1820, erhob sich die Stadt Oporto, bildete eine provisorische oberste Junta, welche im Namen des Königs bis zum Zusammentritt der Kortes regieren sollte. Die Bewegung theilte sich dem ganzen Lande, das wie Spanien von Freimaurern bearbeitet war, mit, auch Lissabon schloß sich an, die Regentschaft wurde abgesetzt, die beiden Junten von Oporto und Lissabon vereinigt und die Kortes berufen, um auf Grundlage der spanischen Verfassung eine den portugiesischen Verhältnissen entsprechende zu entwerfen. Es war charakteristisch für Portugal, daß unter 100 Kortesmitgliedern ein Fünftel Geistliche gewählt und der Erzbischof von Bahia zum Präsidenten ernannt wurde. Inzwischen war auch Lord Beresford aus Brasilien zurückgekehrt. Als er in den Hafen von Lissabon einlief, wurde ihm trotz all seiner Drohungen von der Junta die Landung nicht erlaubt, und er mußte nach England zurückkehren, wohin auch die englischen Officiere im portugiesischen Heere entlassen worden waren.

König Johann, ein gutmüthiger Mann, fügte sich leicht in diese Wendung der Dinge und versprach, nach Europa zurückzukehren, falls die Beschlüsse der Kortes mit seinen Interessen harmoniren. Aber auch in Brasilien spürte man die Wellenschläge der portugiesischen Bewegung. Auch in Rio Janeiro bildete sich eine Junta, die portugiesische Verfassung, obwohl noch nicht fertig, wurde bereits beschworen, und der König, von seinem ehrgeizigen Sohne Don Pedro und dem Militär gedrängt, mußte jenen als Vicekönig in Brasilien zurücklassen und mit seiner übrigen Familie sich nach Lissabon einschiffen. Dort traf er am 3. Juli 1821 ein, durfte aber nicht eher landen, bis er

Digitized by Google

die Grundzüge zu der stark demokratisch gefärbten Verfassung unterschrieben hatte. Und als die Verfassung vollendet war, beschwor er sie am 1. Oktober 1822, zwang seinen zweiten Sohn Don Miguel dazu, forderte auch Don Pedro hiezu auf, fand aber bei seiner Gemahlin, der Königin Karlotta, den entschiedensten Widerstand. Diese, eine Schwester des Königs von Spanien, ausschweifend und herrschsüchtig, bot allem auf, um das neue konstitutionelle Leben, das ohnedies heftige Feinde in der Geistlichkeit und in dem unwissenden Volke gar keinen Halt hatte, zu untergraben. Ihr Haus war der Sammelpunkt der „Gebückten", wie man dort die Reaktionäre hieß. An ihrem ihr gleichgearteten Sohne Don Miguel, der in all ihre Plane eingeweiht war, hatte sie ein gehorsames Werkzeug. Auf ihre Weigerung, den Eid zu leisten, wurde sie des Landes verwiesen und, weil sie sich krank stellte, in dem Lustschloß Ramalhao unter Aufsicht gestellt. Aber sie ließ ihre Plane nicht fallen, und die französische Intervention in Spanien gab ihr eine erwünschte Gelegenheit zur Ausführung derselben. Zwar gelang die von Graf Amarante in Scene gesetzte Contre-Revolution nicht, aber im Mai 1823 brachte Don Miguel den größten Theil der Garnison von Lissabon auf seine Seite, zwang die Kortes, sich, wenn auch unter Protesten, aufzulösen und nach England zu fliehen, und ließ seinen Vater unter dem Volksgeschrei: „Nieder mit der Konstitution! Es lebe der unumschränkte König!" seinen Einzug in Lissabon halten. Die Verfassung wurde aufgehoben, Königin Karlotta zurückgeführt, Don Miguel Oberbefehlshaber der Armee. Da aber Johann dennoch nicht dem absolutistischen System seiner Gemahlin huldigte und sich mit Personen umgab, die durchaus nicht zu ihrer Coterie gehörten, wie Graf Palmella, Graf Subserra und Marquis von Loulé, so wurde der letztere in einem der königlichen Vorzimmer ermordet, und als auch dieser Wink nicht gehörig beachtet wurde, ein Plan entworfen, um durch eine Palastrevolution Johann zur Thronentsagung zu zwingen und Don Miguel an seine Stelle zu setzen. Am 30. April 1824 stellte sich dieser an die Spitze der Truppen, besetzte den Palast, machte seinen Vater zum Gefangenen und drang ihm vorerst absolutistische Minister auf. Der englische Gesandte und seine Kollegen, sowie einige Militärs protestirten gegen diesen Staatsstreich, Johann entfloh auf ein englisches Schiff und theilte seinem Volk den ganzen Sachverhalt mit. Der Streich war mißlungen. Der ungerathene Sohn Miguel mußte die

Digitized by Google

Verzeihung seines Vaters anflehen und wurde in die Verbannung nach Wien geschickt. Karlotta rettete sich wieder durch einen Krankheitsanfall und wurde unter Staatsaufsicht gestellt.

Bald darauf wurden auch die Verhältnisse zwischen Portugal und Brasilien geregelt. Die englischen Handelsinteressen und die Wünsche der Brasilianer verlangten die Lostrennung Brasiliens von Portugal. Am 15. November 1825 wurde der unter englischer Vermittlung geschlossene Vertrag ratificirt, wonach König Johann Brasilien für unabhängig erklärte, seinen Sohn Don Pedro als Kaiser von Brasilien anerkannte, diesen Titel sich selbst auch auf Lebenszeit vorbehielt und in einem geheimen Zusatz bestimmte, daß die Kronen beider Länder nie auf einem Haupt vereinigt sein sollten.

Der Tod Johanns, welcher am 10. März 1826 erfolgte, veranlaßte neue Stürme. Er hatte über die Thronfolge nichts bestimmt, seine Tochter, die Infantin Isabella Maria zur Regentin ernannt. Diese hielt sich an die konstitutionelle Partei und erkannte mit ihr Don Pedro als König von Portugal an, während die absolutistische Partei Don Miguel durchzusetzen sich bemühte. Pedro konnte obiger Bestimmung gemäß die Krone nicht annehmen, erklärte jedoch seine siebenjährige Tochter Maria da Gloria als Königin von Portugal, gab diesem Lande eine freisinnige Verfassung, ernannte seinen Bruder Don Miguel zum Regenten oder eigentlich zu seinem Statthalter, welcher der Verfassung gemäß zu regieren habe, und bestimmte ihm als künftige Gemahlin die eigene Tochter Maria II. Die neue Konstitution wurde in Lissabon von der Regentin verkündigt und eingeführt und auch von Don Miguel in Wien beschworen, zugleich die Verlobung mit seiner Nichte vollzogen. Alsbald aber erhoben sich die alten Landsknechte der Reaktion, die Amarante und Abrantes, erhielten von der apostolischen Junta in Spanien Unterstützung jeder Art, machten mehrere Einfälle in Portugal, wurden aber von den Generalen Saldanha und Villaflor, zum Theil mit englischer Hilfe zurückgeschlagen. Denn Canning, an welchen sich die bedrängte portugiesische Regierung gewandt hatte, hatte es im englischen Kabinet durchgesetzt, daß zehn Kriegsschiffe mit zwölf Regimentern unter dem General Clinton nach Portugal gesandt und Spanien durch eine drohende Sprache von weiteren Feindseligkeiten abgeschreckt wurde.

Don Pedro hatte seine unbegreifliche Kurzsichtigkeit, welche er gegenüber von seinem Bruder Don Miguel zeigte, schwer zu büßen.

Digitized by Google

Dieser „Lissaboner Gutedel," wie man ihn in Wien nannte, war ein unwissender und heuchlerischer Mensch, hatte sich aber der Protektion Metternichs zu erfreuen, welcher ihn in seinem Vorsatz bestärkte, trotz aller Eide die Verfassung umzustürzen und sich zum absoluten König von Portugal zu machen. Denn Metternich sprach nicht bloß den Völkern, sondern sogar den Königen das Recht ab, eine neue Verfassung zu verleihen. So fand er denn den Prinzen voll „edler Gesinnungen" und versicherte, „die in Wien empfangenen Lehren hätten auf das beste auf ihn gewirkt." Vor seiner Abreise begab sich Don Miguel auf die Pilgerfahrt nach Mariazell, um sich für seine Blutarbeit zu stärken, und spreizte sich als „der Erzengel Michael, der mit seiner Posaune die Liberalen vor das Gericht ziehen werde." Bei seiner Landung in Lissabon, am 22. Februar 1828, wurde er von dem aufgereizten Pöbel als König empfangen. Am 26. Februar schwur er vor den Kortes Treue der Verfassung und den Majestäten Don Pedro und Donna Maria, jedoch so, daß niemand von seinem Eide etwas hörte. Seine Mutter bemächtigte sich seiner wieder vollständig. Man sagt, sie habe ihn durch die Drohung, das Geheimniß auszuplaudern, daß er nicht des Königs, sondern eines ihrer Günstlinge Sohn sei, zu jeder Unthat gebracht, wenn er je hiezu eines Sporns bedurfte. Alle Konstitutionellen wurden aus ihren Aemtern entlassen, ein Ministerium der „Gebückten" berufen, die Kortes aufgelöst, die Anhänger Don Pedro's als Freimaurer bezeichnet, die alten Reichsstände berufen und von diesen am 26. Juni Don Miguel als König von Portugal proklamirt. Ein Militäraufstand, der sich von Oporto aus über das Land verbreitete, scheiterte an dem Mangel eines tüchtigen Führers und der Entschlossenheit des Usurpators. Wer fliehen konnte, floh nach England. Ueber die Zurückgebliebenen kam ein schreckliches Gericht. Im Lauf eines Monats wurden gegen 16,000 Menschen und zwar gerade aus den ersten Ständen verhaftet. Die Güter der Verhafteten und der Entflohenen wurden eingezogen. Die Gefängnisse reichten nicht mehr aus. Man fragte, was zu thun sei. „Tödten, tödten, die Uebrigen nach Afrika schicken; ich brauche Raum für noch viele Verbrecher!" war die Antwort. Und was für Gefängnisse waren dies! Die ungesundesten Kerker, voll von Schmutz und Ungeziefer! An den Qualen der Unglücklichen weidete sich Miguel, von oben herab in diese Todesstätten blickend, weidete sich auch häufig an dem Anblick

Digitized by Google

von Hinrichtungen. Auf seine Schwester, die frühere Regentin Isabella, welche mit Don Pedro noch in Verbindung stand, feuerte er aus Zorn hierüber eine Pistole ab, verwundete aber damit nicht sie, sondern eine andere Person.

Sehr lästig waren ihm die englischen Truppen, um deren längeres Verweilen die Konstitutionellen und die in Portugal befindlichen englischen Kaufleute das englische Ministerium dringend baten. Aber nicht Canning stand damals mehr an dessen Spitze, sondern der Herzog von Wellington, der im ganzen mit den Grundsätzen der heiligen Allianz einverstanden war und so auch das Gesuch abwies. Zum Abschied sagte Don Miguel dem General Clinton, der ihn einlud, vor der Einschiffung seiner Truppen noch einer Revue beizuwohnen: „Sie und Ihre Soldaten können zum Teufel gehen!" Auch sonst zeigte sich die Wendung der englischen Politik. Don Pedro, welcher, von den Brasilianern nicht unterstützt, dieser ganzen Usurpation ruhig hatte zusehen müssen, hatte im Juli 1828 seine Tochter, die junge Königin, nach Europa geschickt. In Gibraltar erfuhr der ihr beigegebene Marquis Barbacena die Thronbesteigung Miguels und führte nun Maria nicht nach Wien, wie ausgemacht war, sondern nach England. Dort wurde sie zwar als Königin aufgenommen, aber nicht behandelt. Denn man nahm weder ihren Gesandten an, noch duldete man, daß die 3000 Flüchtlinge nach der azorischen Insel Terceira gebracht wurden, wo der entschlossene Führer Cabreira befehligte und die Unternehmungen der Miguelisten zurückschlug. Als General Saldanha mit 650 Mann in England sich einschiffte und im Hafen von Terceira einlaufen wollte, wurde er von dem dort stationirten englischen Kapitän mit Kanonenschüssen zurückgewiesen, ein Benehmen, das in ganz Europa mißbilligt wurde und Wellington zu einem Schergen Miguels stempelte. Uebrigens fanden die übrigen Flüchtlinge doch nach und nach den Weg nach Terceira, wo sich nun 3000 Mann unter dem General Villaflor festsetzten und alle Angriffe abschlugen. Terceira wurde der Sammelpunkt der Pedristen und die Operationsbasis für ihre Angriffe auf den Tyrannen, und 1831 wurden auch die übrigen Inseln der Azoren von ihnen besetzt.

Die Königin Maria war 1829 wieder nach Brasilien zurückgekommen. Dort entzweite sich Don Pedro mit der liberalen Partei, legte die Krone zu Gunsten seines sechsjährigen Sohnes, Pedro II., nieder und schiffte sich 1831 mit seiner Gemahlin und seiner Tochter

Digitized by Google

nach Europa ein. Er begab sich nach Paris und London und wurde an beiden Orten gut aufgenommen, da Miguel durch schmähliche Mißhandlung französischer und englischer Unterthanen die Nachsicht und Geduld dieser beiden Regierungen endlich erschöpft hatte, obgleich die preußische Staatszeitung schrieb, daß er „gar nicht so übel" sei. Eine Anleihe wurde abgeschlossen, Schiffe und Truppen ausgerüstet, und am 7. Juli 1832 landete von Terceira aus eine mit 12,000 Mann Landtruppen besetzte Flotte in Oporto, und Don Pedro setzte sich in Besitz der Stadt. Vergeblich waren alle Anstrengungen Miguels, die Stadt wieder zu nehmen; andererseits fand aber auch Pedro im Lande nicht die gehoffte Unterstützung. Da trat der erfahrene englische Kapitän Charles Napier in seine Dienste, und dieser und General Villaflor (jetzt Herzog von Terceira) unternahmen eine Expedition nach dem südlichsten Theil des Landes nach Algarvien, schlugen die Flotte Miguels, riefen das Volk zu den Waffen, giengen, Napier zur See, Villaflor zu Land, auf Lissabon los, zwangen Miguels Truppen zum Abzug und rückten am 24. Juli 1833 unter dem Jubel der Bevölkerung, welche bereits die Gefängnisse geöffnet und Donna Maria als Königin ausgerufen hatte, in der Hauptstadt ein. Auch Don Pedro hielt seinen Einzug in Lissabon und ließ seine Gemahlin und Tochter dahin kommen. Ein Angriff des Miguelistischen Heeres unter dem französischen General Bourmont wurde abgeschlagen. Miguel nahm eine feste Stellung bei Santarem, nördlich von Lissabon, wurde aber, als in Folge der Quadrupelallianz, die zwischen England, Frankreich, Marie Christine von Spanien und Don Pedro zur Vertreibung der beiden Prätendenten, Don Karlos und Don Miguel, geschlossen worden war, der spanische General Rodil in Portugal einrückte, bei Thomar noch einmal geschlagen und unterzeichnete am 26. Mai 1834 den Vertrag von Evora, worin er der portugiesischen Krone entsagte und versprach, das Land sogleich zu verlassen und nie mehr zu betreten. Kaum in Italien angekommen widerrief er den Vertrag und verlor dadurch den ihm ausgesetzten Jahrgehalt von 375,000 Franks. Nach verschiedenen Irrfahrten durch Italien und England ließ er sich in Deutschland nieder, wo zum Staunen Aller die Prinzessin von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg sogar den Muth hatte, sich mit ihm zu vermählen, bei welcher Feierlichkeit er seine Rechte auf den portugiesischen Thron

Digitized by Google

zum Gelächter Europas erneuerte. Er starb am 14. November 1866 in Heubach.

Don Pedro stellte die von ihm verliehene Verfassung wieder her, eröffnete am 15. August 1834 die Kortes und wurde von ihnen bis zur Volljährigkeit seiner Tochter zum Regenten ernannt. Alle Mönchsorden und Klöster wurden aufgehoben, ihre Güter für Staatsgut erklärt, die konfiscirten Güter zurückgegeben, die ihrer Aemter Beraubten wieder eingesetzt. Doch starb er noch im nämlichen Jahre, am 24. September, nachdem er für diesen Fall Donna Maria für volljährig erklärt hatte. Die 15jährige Königin vermählte sich im Januar 1835 mit dem Prinzen August von Leuchtenberg, und als dieser schon im März dieses Jahres starb, nahm sie im April 1836 den Prinzen Ferdinand von Koburg zu ihrem Gemahl, dessen Sohn heute den Thron von Portugal inne hat.

§. 4.

Großbritannien.

Kein Land bot der heiligen Allianz so ungünstige Angriffspunkte dar als England. Hier war keine Dynastie zu retten: denn sie saß behaglich auf ihrem Throne; keine Verfassung zurückzunehmen: denn dies wäre, nachdem das Land seit Jahrhunderten mit Parlament und Verfassung zusammengewachsen war, auch für einen Herkules von Staatsmann ein Ding der Unmöglichkeit; keine Revolution niederzuschmettern: denn es fehlte zwar auch hier nicht an Aufständen aber der Sinn für Gesetzlichkeit war denn doch unter allen Schichten des Volkes zu groß, die Mittel, um auf dem Wege der Reform trotz Adel und Geistlichkeit zu den vorhandenen Freiheiten noch weitere zu erringen, um dieser aristokratischen Republik, welche eine Königskrone in ihrem Wappen führte, immer mehr eine demokratische Färbung zu geben, zu einfach und zu zahlreich, als daß das Volk den zweifelhaften Weg der Revolution hätte betreten wollen. Ohne alle Erschütterung, ja fast ohne Einbuße war England aus einem zwanzigjährigen Kriege hervorgegangen; wie vorher, so sah man auch jetzt noch des großen Oraniers Fahne von 1688 flattern mit der Inschrift: „Die protestantische Religion und die Freiheiten von England." Das Parlament hatte immer noch seine Herrschaft, die Presse war frei, und die Hegemonie zur See wurde nach Vernichtung aller

Digitized by Google

größeren Flotten in einem Grade ausgeübt, wie sie früher nie bestanden hatte. Was ihnen Napoleons Kontinentalsperre geschadet hatte, ersetzten sie durch Wegnahme der französischen Kolonien. Der Wiederbesitz von Hannover, wozu noch Helgoland kam, sicherte ihnen die Herrschaft in der Nordsee; Gibraltar, Malta und die jonischen Inseln waren die Burgen im mittelländischen Meere.

Freilich die Schuldenlast des Landes hatte 1815 die ungeheure Höhe von 814 Millionen Pfund Sterling erreicht, und die jährlichen Staatsausgaben betrugen 114 Millionen. Die Folge solch hoher Summen war eine ungewöhnlich hohe Besteuerung, welche von den Gesetzgebern so vertheilt war, daß die Mittelklassen und die unteren Stände verhältnißmäßig am meisten zu zahlen hatten. Und sie hatten ohnedies schon genug zu bezahlen, da das Allernothwendigste, das Brot, durch die Hartherzigkeit und Habsucht der großen Grundbesitzer, des Adels, sehr vertheuert war. Denn diese hatten ein Gesetz durchgebracht, wonach die Einfuhr von Korn und andern Lebensbedürfnissen entweder geradezu verboten oder mit sehr hohen Zöllen belegt wurde. Dadurch nahm das Mißverhältniß zwischen Reich und Arm immer größere Dimensionen an; sowohl im Landbau, als im Fabrikwesen trat es mit seiner einschneidenden Schärfe auf. Fast alles Grundeigenthum war im Besitz einiger wenigen Familien, welche ihre Latifundien in kleineren Partien verpachteten und dem ganz Unbemittelten keine andere Wahl ließen, als Taglöhner oder Fabrikarbeiter zu werden. Und doch war trotz der Zunahme großartiger Fabriken, welche allmählich das kleinere Gewerbe ganz verdrängten, die Menschenhand nicht so gesucht, nicht so theuer bezahlt, da das auch beim Landbau um sich greifende Maschinenwesen viele Menschenhände entbehrlich machte. Dies waren sehr bedenkliche Schattenseiten, welche dem freien Engländer, der keinen Stammbaum und kein Vermögen hatte, kaum eine bessere Stellung gaben, als sie der römische Plebejer zu Anfang der Republik einnahm.

Diese Vergleichung gewinnt noch mehr Licht und Wahrheit, wenn auch die bedeutendste Triebkraft der Staatsmaschine, das Parlament selbst, mit in Rechnung gezogen wird. Von den beiden Häusern desselben war das eine, das Oberhaus, geradezu ein Domäne der hohen Aristokratie; aber auch im Unterhaus hatte sie einen überwiegenden Einfluß. Dies hatte seinen Grund theils in dem durchaus unhaltbaren Wahlsystem, wonach, dem historischen Recht zu Lieb, alte ver-

Digitized by Google

rottete Burgflecken, die kaum ein Dutzend Wähler hatten, das Recht besaßen, ein Unterhausmitglied aufzustellen, während Fabrikstädte von mehr als 100,000 Einwohnern keine Vertretung hatten, theils in dem hohen Census des Wählenden, der die Kräfte eines gewöhnlichen Mannes überstieg, theils in der schamlosen Bestechung, durch welche der Adel sich hauptsächlich die armen Wähler jener kleinen Flecken dienstbar machte. Auf diese Weise stieß man, man mochte über das Korngesetz oder die hohen Steuern klagen, immer wieder auf die Aristokratie, welche das Parlament beherrschte und hier die Gesetze machte. So lange hier keine Aenderung eintrat, konnte von einer nachhaltigen Besserung der Lage des Volkes keine Rede sein. Zwar trat in jedem Parlament die Opposition in einer respektablen Phalanx auf, aber ihre Fundamentalsätze waren keine anderen, als die der Majorität und des Ministeriums, und der Hauptstreit drehte sich bei ihnen weniger um Ausdehnung des Wahlrechts und ähnliches als um die Anwendung des bekannten Diktums: „Mach Platz und laß mich hin!" Damit war dem Volke wenig gedient. Der Ruf nach Parlamentsreform, nach allgemeinem Stimmrecht, nach geheimer Abstimmung, nach Abschaffung der Sinekuren wurde immer dringender. Diesem Rufe mußte entweder entsprochen werden, oder man fachte eine Revolution an, die mit den Vorrechten des Adels ebenso aufräumte wie 1789 in Frankreich. Zum Glück war die englische Aristokratie nicht blind, von den Freiheitsideen selbst vielfach so sehr beherrscht, für die Größe des Vaterlandes so begeistert, daß sich immer wieder ein Pilot fand, der das bedrohte Staatsschiff mit Hilfe hocharistokratischer Hände in den sicheren Hafen hineinbugsirte.

An der Spitze des Ministeriums stand seit 1812 Lord Liverpool, ein geachteter Name, aber ohne besondere Begabung. Die Seele des Kabinets war Lord Castlereagh, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Englands Metternich, welcher das reaktionäre System des Kontinents, soweit immer möglich, auch in England einzuführen wünschte, hochmüthig, herrschsüchtig, bei dem Volke so unbeliebt, daß sein Leichenbegängniß wie ein Freudenfest gefeiert wurde. Bei dem Prinzregenten, welcher für seinen gemüthskranken Vater, Georg III., schon seit längerer Zeit die Rechte der Krone ausübte, fand er mit seinen unvolksthümlichen Rathschlägen stets ein williges Gehör und dieser an ihm ein sehr dienstfertiges Werkzeug. Da der Prinzregent wie die festländischen Monarchen für Soldatenspielerei eingenommen war, so

Digitized by Google

wurde, was in England ganz unerhört war, auch in Friedenszeiten ein Heer von mehr als 100,000 Mann unterhalten, welche freilich auch gegen Volksaufstände sehr gute Dienste leisten konnten. Weder in diesem noch in irgend einem anderen Zweig des Staatshaushalts wurden Ersparnisse gemacht und die Steuern auf der gleichen drückenden Höhe gehalten. So entstand, zumal da in den Jahren 1815 und 1816 Handelsstockung, Arbeitsmangel und Theurung in furchtbarem Grade zusammentrafen, eine ungeheure Aufregung bis in die untersten Volksschichten. Ueberall wurden Versammlungen gehalten, wo man sich um die Volksführer Hunt und Cobbett scharte und von der Mißregierung und der Parlamentsreform reden hörte. Es fehlte nicht an Aufständen, an Mordthaten, an Einschreiten des Militärs. Die Erbitterung war schon so groß, daß man den Wagen des Prinzregenten, wie er eben am 28. Januar 1817 von der Eröffnung des Parlaments zurückkehrte, mit Koth und Steinen bewarf und ihm zurief: „Nieder mit dem Prinzregenten! Nieder mit den Ministern!“ Statt durch Erkenntniß und Abstellung der vorhandenen Uebel Ruhe zu schaffen, zog das Ministerium die Zügel noch straffer an, suspendirte die Habeas-Corpus-Akte, diese magna charta bürgerlicher Freiheit, auf ein Jahr, wonach jeder Verdächtige ohne weiteres festgenommen und im Gefängniß gehalten werden konnte, beschränkte das Versammlungsrecht und schärfte die Gesetze über die Presse, so daß, wie Cobbett sagte, jedem oppositionellen Schreiber der Strick, wenn nicht um den Hals, so doch um die Hände gelegt war. Aber die Agitation ließ nicht nach. Am 16. August 1819 fand in Manchester eine Versammlung von etwa 80,000 Menschen statt, obgleich eine solche von der Regierung verboten worden war. Mit Fahnen und Inschriften zogen die einzelnen Haufen heran. Hier las man die Worte: „Keine Korngesetze! Freiheit und Brüderlichkeit!“ dort: „Gleiche Vertretung oder Tod!“ Sogar eine Schar weiblicher Reformer sah man mit seidener Fahne. Kaum aber hatte der mit donnerndem Hurrah empfangene Hunt zu reden angefangen, so drangen Husaren mit flacher Klinge ein, hieben blindlings um sich und verursachten ein allgemeines Sauve qui peut. Mehrere blieben todt auf dem Platz, einige Hundert waren verwundet, Hunt wurde gefangen fortgeführt, mußte aber gegen Bürgschaft freigelassen werden. Dieses „Blutbad von Manchester“ verursachte allgemeine Entrüstung, selbst in Kreisen der Aristokratie. Und doch wagte das Ministerium

Digitized by Google

noch weiter zu gehen. Es legte die sechs „Knebelbills" vor und setzte ihre Annahme durch, worin gegen das Versammlungsrecht und die Preßfreiheit ein ähnlicher Schlag geführt wurde, wie gegen die deutsche Presse und Universitäten durch die Karlsbader Beschlüsse. Kein Wunder, daß, wo alles in der höchsten Spannung war, die Exaltirtesten auch vor den extremsten Schritten nicht zurückbebten. Ein alter Revolutionär Arthur Thistelwood, organisirte eine Verschwörung und faßte als ein moderner Catilina den Plan, am 23. Februar 1820 bei einem Kabinetsdiner die Minister zu ermorden, die Kasernen in Brand zu stecken und eine provisorische Regierung einzusetzen. Die Sache wurde verrathen, der Rädelsführer nebst vier Genossen aufgehängt, andere deportirt.

Mitten in diese Aufregung fiel die Thronveränderung und der Skandalproceß des neuen Königs. Der schwachsinnige Georg III. war am 29. Januar 1820 gestorben, und kaum hatte sich der Prinzregent Georg IV. auf dem Throne festgesetzt, so verlangte er von seinen Ministern, daß sie die Scheidung von seiner Gemahlin durchsetzen sollten. Als Prinz von Wales, wo er der „feinste Gentleman Englands" sein wollte, hatte er sein Leben als vollendeter Wüstling, unter Trinken und Spielen und unzüchtigen Weibern zugebracht, als 23jähriger Mensch mit der katholischen Fitzherbert, welche weit älter als er und schon zweimal Witwe war, eine Ehe eingegangen und eine Schuldenlast von 700,000 Pfund Sterling angehäuft. Um den Preis der Schuldentilgung hatte er sich dazu verstanden, 1795 die Prinzessin Karoline von Braunschweig zu heiraten. Bald nachdem sie die Prinzessin Charlotte geboren hatte, erklärte er ihr in einem höflich kalten Brief, daß sie seine Wohnung verlassen und nie mehr zu ihm zurückkehren solle. Von 1796 bis 1814 lebte sie, fortwährenden Beleidigungen und Verfolgungen ausgesetzt, in England, begab sich dann, gegen den Rath ihrer Freunde, dieser Kränkungen müde, nach dem Kontinent, durchzog Italien und den Orient und stand mit einem gewissen Bartolomeo Bergami, der von ihrem Kammerdiener zum Kammerherrn avancirte und ihr steter Begleiter war, in einem Verhältniß, welches die schärfste Anklage fast mit Gewalt hervorrufen mußte. Zum Ueberfluß hatte die Regierung ihr eine geheime Kommission nachgeschickt, sie mit Spionen überall umgeben und durch bestochene Diener die übertriebensten Sachen erfahren. Während ihrer Abwesenheit hatte sich ihre Tochter Charlotte mit dem Prinzen Leo-

Digitized by Google

pold von Sachsen-Koburg, dem nachherigen König von Belgien, verheiratet und war 1817, in Folge der Entbindung von einem todten Kinde, gestorben. Sie erfuhr dies aus den Zeitungen. Nach dem Tode Georgs III. kam sie am 6. Juni 1820 zum Schrecken ihres Herrn Gemahls nach London zurück. Dieser ließ schon am 5. Juli eine Anklage beim Oberhaus gegen sie vorbringen und beantragen, daß sie wegen Ehebruchs vom Könige geschieden und des Titels einer Königin von England verlustig erklärt werden sollte. Der Prozeß, bei welchem eine Menge schmutziger Zeugen vom Festland herbeigeholt wurde und die beredtesten Advokaten, darunter Brougham, für die Königin plädirten, gieng vor sich und enthüllte eine nicht enden wollende Kette von Skandalscenen über König und Königin, wie nur das kräftige Nervensystem Altenglands sie mit anhören konnte. Und trotzdem, und dies war ein Zeichen von der tiefen Verachtung gegen den König, war in ganz England in jenen Tagen kein Name gefeierter als der der Königin. Das Zuströmen von Besuchen und Adressen war bei dem Besuche Blüchers im Sommer 1814 kaum größer als bei dieser verstoßenen Gattin. Und welcher Jubel endlich am 2. November, als, nachdem die dritte Lesung der Bill nur mit einer Majorität von 9 Stimmen durchgegangen war, Lord Liverpool sie gar nicht mehr vor das Unterhaus zu bringen wagte, sondern zurücknahm!

Doch den hartgesottenen Georg rührte all die Schmach nicht. Er ließ sich am 16. Juli 1821 mit allem Prunk des Mittelalters krönen. Die Königin wurde von der Thüre der Westminsterabtei zurückgewiesen und starb in Folge der unnatürlichen Aufregungen am 7. August. Und noch im Tode schien sie dem rohen Gatten keine Ruhe lassen zu wollen. Am Tage ihres Leichenbegängnisses und ihrer Abführung nach Braunschweig gab ihr eine endlose Masse Volks in London das Geleite, es kam zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Gardereiterei; aber der Zug mußte, wie es das Volk wollte, mitten durch die City unter Anführung des Lordmayors sich hindurchdrängen.

Und kaum hatte sich das Königthum von diesem Schlag, worüber man sich in ganz Europa mit einem allgemeinen Pfui! schadenfroh äußerte, erholt, so hieß es am 12. August 1822, Lord Castlereagh habe sich den Hals abgeschnitten. Es war nicht anders. Der Mann, welcher mit dem König durch Dick und Dünn gegangen war, welcher die trostlosen Zustände des Kontinents wie mit Gewalt nach England

Digitized by Google

herübergezogen hatte und auch hier eine Revolution erzwingen zu wollen schien, hatte in einem Anfall von Wahnsinn mit einem Federmesser die Schlagader am Halse durchschnitten. Dieses Ereigniß, welches einen Wendepunkt in der englischen Politik bildet, erregte großen Jubel unter dem Volk, und man konnte es Keinem ausreden, daß nicht Wahnsinn, sondern die Furien des erwachten Gewissens ihm das Federmesser in die Hand gedrückt. Den Posten eines auswärtigen Ministers erhielt George Canning, so sehr ihm auch der König wegen seines Benehmens bei dem Prozeß der Königin grollte, so wenig auch die Mehrheit des Kabinets auf diesen neuen Kollegen sich freute. Aber vermöge seines Charakters und seiner Talente, besonders seiner Beredsamkeit war er allen andern Celebritäten zu sehr überlegen, als daß man ihn hätte umgehen können, die inneren und äußeren Verhältnisse gerade damals zu verwickelt, als daß man nicht für den schwierigsten Posten auch den geeignetsten Mann hätte nehmen wollen oder auch müssen. Sein Programm war: Englands Größe und Freiheit, Lossagung von der heiligen Allianz, welche überall, wo sie auftrat, in Neapel und Spanien, unter der Fahne der Legitimität barbarische Zustände schuf. England, das unter Castlereagh zu einer Präfektur der heiligen Allianz herabgesunken war, sollte wieder eine selbständige Stellung einnehmen, die erste Macht in Europa bilden und, gestützt auf die liberalen Elemente unter den Völkern, der Donquixoterie der Allianzritter mit den ungeheuren Hilfsmitteln seiner Land- und Seemacht und seines Reichthums entgegentreten. Er war der abgesagte Feind dieser europäischen Interventionen, stellte den Grundsatz auf, daß jedes Volk seine inneren Verhältnisse nach seinem eigenen Geschmack ordnen dürfe, und war dabei Engländer genug, um die merkantilen Interessen seines Landes nicht gerade in den Hintergrund zu stellen. Die Anerkennung der südamerikanischen Freistaaten, die Absendung eines Hilfsheeres nach Portugal 1826, die Unterstützung der griechischen Sache sind hinlängliche Beweise seiner allianzfeindlichen Politik.

Auch im Inneren, obgleich dies zunächst nicht zu seiner Aufgabe gehörte, bemerkte man einen frischeren Geist. Die drückenden Korngesetze wurden auf seinen Antrag modificirt, hinsichtlich der Sklaverei in den englischen Kolonien bestimmt, daß die Neger durch intellektuelle und moralische Mittel für ihre gänzliche Befreiung herangebildet und der Sklavenhandel der Seeräuberei gleich zu achten und mit dem

Digitized by Google

Tode zu bestrafen sei. In einer anderen Frage, welche nächst der Parlamentsreform die brennendste dieses Jahrzehnts war und, wenn glücklich gelöst, die Lösung der ersteren bereits in sich schloß, stieß er auf den heftigsten Widerstand des Adels und des Klerus und mußte ihre Durchführung seinen Nachfolgern überlassen. Dies war die Emancipation der Katholiken, die bürgerliche Gleichstellung Irlands, in welcher Frage das freie England mit seiner inneren und äußeren Politik in Widerspruch stand. Auch war Canning nicht vergönnt, noch lange Jahre an diese schwierigen Fragen zu setzen. Nach Liverpools Rücktritt übernahm er im April 1827 die Stelle eines Premier-Ministers und schuf sich ein gleichgesinntes Ministerium, gab durch Unterzeichnung des Vertrags vom 6. Juli der griechischen Sache noch die entscheidende Wendung, erlebte aber die Konsequenz dieses Vertrags, die Seeschlacht von Navarin am 20. Oktober, nicht mehr; denn schon am 8. August war er, zum Schmerze einer halben Welt, verschieden.

Nach kurzdauernden Uebergangszuständen folgte das strengtoristische Ministerium Wellington, das den Sieg bei Navarin bedauerte und sich von dem portugiesischen Wütherich Don Miguel auf die äußerste Geduldsprobe setzen ließ. Und doch mußte gerade dieser „eiserne" Herzog an die Lösung der Katholikenfrage gehen und den Irländern wenigstens einigermaßen gerecht werden. Seit Jahrhunderten war Irland das Stiefkind und hatte alle Folgen der früheren Eroberungen zu büßen. Noch weit mehr als in England war hier Grund und Boden in den Händen weniger Familien, deren Pächter oder Taglöhner die irische Bevölkerung bildete. Die reichen Güter und Rechte der katholischen Kirche kamen durch englischen Machtspruch in den Besitz der dahin verpflanzten anglikanischen Kirche, und so mußte der Irländer einer Kirche, der er nicht angehörte, den Zehnten zahlen und seine eigene noch dazu unterhalten. Diese und ähnliche Mißbräuche, die sich an die Verschiedenheit der Race, der Konfession und des Bildungsstandes knüpften, konnten nicht abgeschafft werden, so lange das Gesetz bestand, das sämtliche Katholiken vom Parlament ausschloß. So war auch hier der Boden für das Wirken geheimer Gesellschaften, welchen protestantischerseits die Oranienmänner entgegenarbeiteten. Brand und Mord kamen vielfach vor, und es war keine Frage, daß es sehr unklug von England war, diese Wunde an seinem Staatskörper stets offen zu erhalten. Endlich wurde 1828 die unter dem Stuart Karl II. eingeführte Testakte, welche die Annahme

Digitized by Google

jedes Staatsamtes von der Begehung des Abendmahls nach anglikanischem Ritus abhängig machte, aufgehoben. Die Bewegung kam erst recht in Fluß, als der irische Advokat Daniel O'Connell, welcher mit seiner volksthümlichen Beredsamkeit die ganze Insel beherrschte, sich an die Spitze stellte, das Land mit einem Netz von katholischen Vereinen bedeckte und, die Frage praktisch auffassend, in Clare, wo ein Parlamentssitz offen war, am 5. Juli 1828 sich in das Unterhaus wählen ließ. Der Freude der Irländer über diesen Sieg entsprach das Aufsehen, das er in England erregte. Wellington sah ein, daß er zwischen einem Bürgerkrieg und Nachgeben zu wählen habe, und als guter Feldherr wählte er das Letztere. Am 13. April 1829 wurde die von ihm eingebrachte, von beiden Häusern angenommene Emancipationsbill vom König trotz allen Sträubens unterzeichnet. Die Katholiken konnten nun mit Ausnahme weniger hohen Aemter jede Stelle im Staatsdienst erhalten und hatten Zutritt zu den beiden Häusern des Parlaments. Der gewaltige Volkstribun O'Connell, bisher trotz seiner Erwählung vor der Thüre des Unterhauses abgewiesen, konnte nun die Klage des „grünen Erin" in eigener Person vor die Ohren der Unterdrücker bringen, trat mit seinem radikalen Antrage auf allgemeines Stimmrecht und geheime Abstimmung auf und sprach schon davon, Irland seine eigene Gesetzgebung, sein eigenes Parlament zu verschaffen, es zu England in eine ähnliche Stellung zu bringen, wie Sicilien es zu Neapel wünschte.

Zunächst aber mußte in England wie in Irland alle Opposition in dem einen Ruf nach Parlamentsreform sich vereinigen. Durch die Katholiken-Emancipation war mit dem bisherigen System, soweit es das konfessionelle Gebiet betraf, gebrochen. Die zweite Bresche mußte vom socialen Standpunkt aus eröffnet werden. Weder König noch Ministerium noch das damalige Parlament zeigte sich günstig; aber es konnten Ereignisse eintreten, in Folge deren über Nacht ganz andere Gesichter auf der Bühne auftraten.

§. 5.

Griechenland, Türkei, Rußland.

Unter allen Aufständen des dritten Jahrzehnts hat der der Griechen die Aufmerksamkeit und die Sympathien Europa's am meisten in Anspruch genommen. Die Reminiscenzen des Alterthums vereinigten

Digitized by Google

sich mit den Heldenthaten der Neuzeit, um den griechischen Befreiungskampf zum populärsten Drama zu machen. Wenn man auch in den Griechen nicht die reinen Abkömmlinge der Helden von Marathon und Salamis sah; wenn man auch zugab, daß slavische Einwanderung und Eroberung große Veränderungen geschaffen habe, so ist doch das slavische Element in Griechenland so wenig als im nordöstlichen Theil Deutschlands Herr geworden, und das hellenische Gepräge hat sich nicht bloß auf den Inseln, wo man noch heute homerische Gebräuche findet, im neuen Griechenland mit unverkennbaren Merkmalen erhalten. Die glänzenden Vorbilder des Alterthums und die politische Aufregung in Folge der Napoleonischen Kriege erregten, nachdem frühere Versuche mißlungen waren, auf's neue den Gedanken, das türkische Joch abzuwerfen und die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Die Jünglinge, welche ihre Studien in Deutschland und Frankreich gemacht hatten, die kühnen Seefahrer, welche mit ihren reichen Handelsflotten sich als Könige der griechischen Gewässer fühlten, fanden es schlechterdings unerträglich, noch ferner türkische Sklaven zu sein. Es war eine reine Willkürherrschaft, welche die Türken ausübten, von Recht nirgends die Rede; vor dem Belieben eines Pascha's war kein Vermögen, kein Leben sicher.

Wie in Deutschland, Italien und Spanien die Vereine der Burschenschaft, der Karbonari und Freimaurer sich bildeten, so in Griechenland zur Zeit des Wiener Kongresses die Hetärie, welcher die angesehensten Namen im Inland und Ausland angehörten und der scheinbare Zweck zum Grunde lag, die wissenschaftliche Ausbildung zu fördern. Der Aufstand des mordlustigen Ali Pascha von Janina, welcher sich zum unabhängigen Fürsten von Epirus, vielleicht auch von Griechenland machen wollte und sich gerne den neuen Pyrrhus nennen hörte, war für den Ausbruch sehr günstig. Denn die Pforte war genöthigt, gegen diesen mächtigen Vasallen von 1820 bis 1822 starke Heere zu entsenden, bis es endlich dem Seraskier Churschid Pascha gelang, am 5. Februar 1822 den „Löwen" von Epirus durch Verrath aus dem Wege zu schaffen.

Während die besten türkischen Truppen vor Janina gebannt lagen, sollten im Frühling 1821 die Flammen des Aufstands zugleich im Norden und Süden auflodern. An der Spitze der Hetärie stand Fürst Alexander Ypsilanti, aus einer alten Phanariotenfamile, russischer General und Adjutant des Kaisers Alexander. Auf Letzteren,

Digitized by Google

welcher, den Traditionen seines Hauses folgend, lüstern nach den Ufern des Bosporus sah und „die Schlüssel zu seinem Reiche" zu erhalten wünschte, war die Hoffnung vieler Griechen als auf ihren Retter gerichtet. Sie bauten dabei zugleich auf ihren Landsmann aus Korfu, den Grafen Kapodistrias, Alexanders Minister und Günstling. Am 6. März 1821 überschritt Ypsilanti mit wenigen Getreuen den Pruth, zog in Jassy, der Hauptstadt der Moldau, ein, kündigte die Erhebung Griechenlands und die Hilfe Rußlands an und hoffte, alle christlichen Elemente in den nördlichen Provinzen der Türkei, Rumänien, Serbien und Bulgarien, unter seiner Fahne zu vereinigen. Hierin getäuscht, von dem Landvolk überall mit Kälte aufgenommen, zog er in die Walachei, rückte in Bukarest ein und stand am 19. Juni den Türken gegenüber. Diese waren von allen Seiten in Rumänien einmarschirt. Der Verrath des Walachen Wladimiresko, der in Stücke gehauen wurde, und ein Brief des Kaisers Alexander, welcher von Laibach aus, wo er in Metternichs Dunstkreis sich befand, Ypsilantis Unternehmen tadelte und ihn aus der Armeeliste streichen ließ, stimmten die Hoffnungen noch weiter herab. Bei dem Dorfe Dragatschan kam es zum Kampf. Trotz ihrer Minderzahl waren die Türken Sieger, die sogenannte heilige Schar wurde niedergehauen, die anderen zersprengt, und Ypsilanti, der mehr Ergeiz und Phantasie, als politische Klugheit und Feldherrnkunst besaß, floh nach Siebenbürgen. Die österreichische Regierung hielt ihn 6½ Jahre in Mungacz und Theresienstadt in Haft, ließ ihn erst 1827 auf Rußlands Verwendung frei, und im Jahr darauf starb er in Wien. Einen Theil seiner Truppen führte der heldenmüthige Georgios der Olympier in die Moldau, besetzte das Kloster Sekka, vertheidigte mit 350 Mann gegen 1500 Türken drei Tage lang den einzigen Zugang, der durch eine Schlucht führte, und als er umgangen wurde, sprengte er sich und seine elf Genossen samt dem hereinstürzenden Feind im Glockenthurm des Klosters in die Luft. Die Uebrigen kapitulirten und wurden trotzdem niedergehauen. Nach dem Sprichwort: „Ein Türke verwüstet in einer Nacht eine Provinz" läßt sich denken, wie nun die Janitscharenhorden in den Donaufürstenthümern hausten.

Auf diese Vorgänge hin und vollends auf die Nachricht von dem Aufstand in Morea erinnerte sich Sultan Mahmud II. und seine Türken ihres tartarischen Ursprungs. Schon waren viele Phanarioten (Mitglieder einer griechischen Geburts- oder Beamten-Aristokratie im

Digitized by Google

Dienste der Pforte) getödtet, auf vorübergehnde Christen muthwillig geschossen, als am Osterfest der alte griechische Patriarch Gregorios beim Austritt aus der Kirche ergriffen und am Thore seines Palastes aufgeknüpft wurde. Drei Erzbischöfe und andere Priester hatten das gleiche Schicksal. Der Sultan selbst weidete sich an dem Anblick der Leiche des Patriarchen und ließ sie durch Juden abnehmen, durch die Straßen schleppen und ins Meer werfen. Dies war das Signal zu Mord und Plünderung in Konstantinopel und anderen Städten und Dörfern, und trotz aller Vorstellungen der Gesandten erneuerten sich die Hinrichtungen von Bischöfen im Monat Mai, was die Beziehungen zu Rußland, das sich als den Beschützer der griechischen Katholiken ansieht, so verschlimmerte, daß der russische Gesandte Stroganow seine Pässe nahm. Das, wenn auch nicht sofortige, Einschreiten Rußlands war durch diese Metzeleien fast nothwendig, der Abscheu Europa's und seine Theilnahme für die Griechen war natürliche Folge, und zwischen diesen und den Türken gab es keine Versöhnung mehr.

Auf Morea war alles schon im besten Zug. Erzbischof Germanos in Patras pflanzte am 4. April 1821 ein Kreuz vor der Kirche auf und ließ die Griechen schwören, für Religion und Vaterland zu kämpfen. Die Mainoten, welche sich der Abstammung von den alten Spartanern rühmten, nahmen unter Petros Mauromichalis (gewöhnlich Petrobei genannt) und Theodor Kolokotronis die Hauptstadt Messeniens, Kalamata, und setzten eine Art provisorische Regierung ein. Von da verbreitete sich der Aufstand über ganz Morea, über Mittel-Griechenland bis zu den Thermopylen und über die Inseln des Archipels, unter welchen besonders Hydra und Spezzia, gegenüber von Argolis, und Psara, nördlich von Chios, sich hervorthaten. Diese drei Inseln brachten 176 Schiffe auf, wovon die Witwe Bobolina aus Spezzia, welche ihren Mann in dem Blutbad von Konstantinopel und einen ihrer Söhne bei der Vertheidigung von Argos verloren hatte, zwei stellte und als neue Artemisia selbst kommandirte. Die türkische Flotte konnte im ersten Kriegsjahr nirgends gegen die griechische Stand halten. Auch in Mittel-Griechenland konnten die Türken nicht vordringen, wurden im Osten von dem schlauen Odysseus, im Westen von den tapferen Sulioten unter Markos Bozzaris zurückgetrieben. In Morea koncentrirte sich fast aller Kampf um Tripolizza, der Residenz des Beziers, einer Stadt von 30,000 Einwohnern,

Digitized by Google

darunter 10,000 Bewaffneten, während die beutelustige Schar der belagernden Griechen gegen 7000 Mann betrug, welche nominell von Petrobei, faktisch von Kolokotronis angeführt wurden. Am 5. Oktober wurde die Stadt erstürmt, drei Tage geplündert, gemordet und niedergebrannt und schreckliche Rache für die Scenen in Konstantinopel, in Smyrna, Kreta und Cypern genommen. Die Türken hatten nur noch 6 feste Plätze in Morea; auch auf Akrokorinth wurde die griechische Fahne aufgepflanzt.

Das Jahr 1822 begann mit der ersten Nationalversammlung der Griechen in Piada bei Epidaurus. Eine Verfassung wurde berathen, eine Regierung von 5 Männern eingesetzt und Alexander Maurokordatos als Präsident an die Spitze gestellt. Durch seine Kenntnisse der abendländischen Verhältnisse, durch seine europäische Bildung und seine Unbescholtenheit allen seinen Landsleuten überlegen, schien dieser zu der Rolle eines Oxenstierna berufen zu sein, wenn nicht Männer wie Kolokotronis jeder Unterordnung, jedem geordneten Staatswesen feind gewesen wären. Dieser athletische Mann, der Typus eines Klephten, haßte die Halbfranken, welche mit Frack und Brille auftraten, und hatte sich schon im vorigen Sommer den Planen des Demetrius Ypsilanti widersetzt, welcher mit der Prätension nach Morea gekommen war, daß schon sein Name ihn zum Präsidenten und Oberfeldherrn machen werde. Schon jetzt war die Uneinigkeit die gefährlichste Feindin der Griechen.

Die glänzendste That dieses Jahres war die Rache für Chios. Diese blühende Insel, reich an Südfrüchten, Seidebau und Mastixharz, von 100,000 Griechen und 6000 Türken bewohnt, war gegen ihren Willen und unter geringer Theilnahme der Bevölkerung von Samos aus in den Aufstand hineingezogen worden. Am 11. April erschien der Kapudan Pascha mit 46 Schiffen und 7000 Landungstruppen. Die Hauptstadt wurde niedergebrannt, alle Einwohner getödtet oder zu Sklaven gemacht. Nach Verkündigung einer Amnestie fielen die Türken über die sicher gemachten Landbewohner her und mordeten so fürchterlich, daß das Meer weithin eine blutrothe Farbe annahm. Selbst die Kranken in den Spitälern wurden niedergehauen. Was nicht in die Häuser der Konsuln oder auf Schiffe flüchten konnte, war verloren. Nur 5000 wurden gerettet, 23,000 waren gemordet, 47,000 auf die Sklavenmärkte von Konstantinopel, Alexandria und Tunis gebracht.

Digitized by Google

Dieser Schlag bedrohte die Existenz der übrigen Inseln. Schnell sammelte sich die griechische Flotte, 56 Schiffe und 8 Brander, unter dem Hydrioten Miaulis, welcher schon als 7jähriger Knabe mit seinem Vater zu Schiffe gewesen war, bei der Insel Psara. Konstantin Kanaris von Psara und Georg Pipinos aus Hydra bestiegen, in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni, mit 32 Genossen, nachdem sie alle vorher das Abendmahl genommen und für den Nothfall Anstalten getroffen hatten, sich selbst in die Luft zu sprengen, zwei Brander und segelten um Mitternacht mitten durch die türkische Flotte gegen die hell erleuchteten Schiffe des Admirals und des Viceadmirals. Denn eben war der Fastenmonat zu Ende, und der Kapudan Pascha feierte den Anbruch des Beiram durch ein prächtiges Fest. Ueber 2000 Menschen waren auf seinem Schiffe. Kanaris hieng seinen Brander an das Vordertheil des Admiralschiffes, das bald in lichten Flammen stand, Pipinos den seinigen an das Viceadmiralschiff, war jedoch minder glücklich damit, da der Brander sich wieder losmachte und brennend unter den entsetzten türkischen Schiffen herumfuhr. Unter dem Rufe: „Sieg dem Kreuze!“ ruderten die Griechen in ihren Schaluppen davon und hörten, wie hinter ihnen die Kanonen des Admiralschiffs losgiengen und dieses unter einer furchtbaren Explosion in die Luft flog. Der Kapudan Pascha, von dem umstürzenden Mastbaum getroffen, wurde an's Ufer gebracht und starb an der nämlichen Stelle, wo er einige Wochen vorher die schuldlosen Geisel von Chios hatte hinschlachten lassen. Die türkische Flotte eilte nach den Dardanellen zurück. Die Besatzung von Chios stürzte sich Rache schnaubend auf die bisher verschonten Mastixdörfer, mordete auf's neue und schleppte in die Sklaverei. Im Monat August war die Bevölkerung von 100,000 auf 1800 herabgesunken. Kanaris und seine Helden waren alle glücklich nach Psara entkommen, wurden dort freudig empfangen und giengen entblößten Hauptes, nach abgelegten Schuhen, in die Kirche, für Sieg und Rettung dankend.

Auch zu Lande hatte die Pforte große Anstrengungen in diesem Jahre gemacht. Nach Vernichtung des Pascha von Janina konnte sie alle ihre Kräfte gegen die Griechen wenden. „Hinfort sei der Ausgang des Kampfes nicht mehr zweifelhaft“, schrieben die scharfsichtigen Diplomaten in Konstantinopel an ihre Höfe. Die größere Armee sollte durch Osthellas über den Isthmus in Morea eindringen, ein Corps von Albanesen Westhellas unterwerfen. Dramali (Mahmud

Digitized by Google

Pascha von Drama) zog mit 30,000 Mann durch die Thermopylen nach Böotien und Attika, rückte in Morea ein, besetzte Nauplia und Argos, mußte aber aus Mangel an Lebensmitteln nach Korinth sich zurückziehen. Der zum Oberfeldherrn ernannte Kolokotronis verlegte ihm den Paß von Dervenaki und brachte ihm einen Verlust von einigen tausend Mann bei. Nauplia mußte sich wieder an Kolokotronis ergeben, und die türkische Flotte, welche, ohne irgend etwas zu leisten, sich auch wieder hervorgewagt hatte, verlor auf dem Heimweg bei Tenedos ihr Viceadmiralschiff, das der unermüdliche Kanaris mit seinem Brander nebst 1600 Mann in die Luft gesprengt hatte. In Osthellas erlitten zwar die Griechen, verstärkt durch Philhellenen unter dem württembergischen General Normann, durch Gogos' Verrath eine Niederlage bei Peta in der Nähe von Arta; als aber die Türken gegen Mesolongi vordrangen und es am Christfest erstürmen wollten, wurden sie zurückgeschlagen und mußten all ihr Geschütz zurücklassen. Sie trösteten sich mit dem fatalistischen Satze: „Gott habe die Tapferkeit den Moslimen entzogen und den Giaurs gegeben." Auch in diesem Jahre zeigte sich das große türkische Reich unfähig, das kleine Griechenland mit eigenen Kräften zu unterwerfen; andererseits dachten die Griechen daran, sich unter den Schutz einer auswärtigen Macht, zunächst Englands zu stellen, und schickten den Grafen Metaxas und den Franzosen Jourdain an den Kongreß von Verona. Sie erwarteten von Kaiser Alexander, dessen Heer und Volk für einen Krieg gegen die Türken war, wenigstens eine Fürsprache. Dieser aber ließ sich durch Metternich, welcher in Diplomatenmanier die griechische Revolution in die gleiche Linie mit der spanischen und neapolitanischen stellte, so gänzlich verblenden, daß er es guthieß, daß man den griechischen Bevollmächtigten befahl, in Ancona zu bleiben, und ihnen zuletzt den Bescheid gab, „die Herrscher seien entschlossen, das Princip der Empörung zurückzustoßen, wie und wo es sich zeige." Da, wo Metternich die erste Violine spielte, hatten die Griechen, die in seinen Augen Rebellen wie andere waren, nichts zu erwarten; anders stand es in England, wo das Federmesser Castlereaghs ebendamals George Canning in das auswärtige Ministerium brachte. Hatte dieser als junger Gefühlspolitiker zarte Elegien auf Griechenlands Knechtschaft gesungen, so konnte er jetzt als gereifter Mann die Rolle eines Tyrtäus übernehmen und wie in Südamerika, so in Griechenland das Gewicht Englands in die Wagschale legen. Es war ein Vorbote hievon, wenn

Digitized by Google

er im März 1823 die von den Griechen verkündigte Seeblokade anerkannte, sie also als kriegführende Macht behandelte.

Türken und Griechen hatten sich bereits ziemlich erschöpft; von entscheidenden Schlägen konnte erst dann die Rede sein, wann die beiderseitigen Bundesgenossen in die Schlachtlinie einrückten. Dazu kam die vollendete Zwietracht der Griechen, welche bereits zwei sich befehdende Regierungen bildeten, wovon die eine auf die Klephten wie Kolokotronis sich stützte, die andere, die konstitutionelle, bürgerliche, die Flotte für sich hatte. Die letztere, an deren Spitze der Präsident der Regierung in Nauplia, Konturiotis, stand, siegte endlich; Kolokotronis und zwölf widerspenstige Häuptlinge mußten sich ergeben und wurden in ein Kloster zu Hydra gesperrt. Auch in Westhellas mußten sich die ungeberdigen Kapitäne unter den von Maurokordatos geleiteten Provincialkongreß beugen, und der schlaue Odysseus, welcher zum Sultan übergegangen war gegen das Versprechen, daß er zum Statthalter von Osthellas ernannt werde, mußte sich an Guras ergeben und wurde in Athen erdrosselt. Nie stand die Ordnungspartei stärker da als zu Ende des Jahres 1824. Es galt freilich damals bei dem drohenden Gewitter alle Kräfte zusammenzuhalten.

Die kriegerischen Ereignisse der beiden Jahre 1823 und 1824 waren nicht bedeutend. In Westhellas drang Omer Vrione, Pascha von Skutari, gegen Mesolongi vor. Der wackere Markos Bozzaris überfiel am 20. August 1823 mit 350 Sulioten Nachts die Vorhut des Paschas, die aus 5000 Mann bestand, bei Karpenisi, brachte Tod und Verwirrung in ihre Reihen und zersprengte sie vollständig. Aber diese Heldenthat, welche an Leonidas erinnert, hatte keine Erfolge und kostete Bozzaris das Leben. Auf der Insel Psara wurde im Juli 1824 ein Seitenstück zu den Schlächtereien von Chios geliefert. Die türkische Flotte unter Chosrew Pascha landete dort, die Stadt wurde erobert und ausgeplündert und nach einem schrecklichen Gemetzel in Brand gesteckt. Gegen 100 Schiffe wurden weggenommen und zum Theil verbrannt; nur 19 entkamen mit Flüchtlingen beladen. Die 600 Mann starke Besatzung des Forts vertheidigte sich zwei Tage und zwei Nächte. Auf 200 herabgeschmolzen, sprengten sie sich am dritten Tage nebst 2000 anstürmenden Türken in die Luft. Die Insel war verödet, 17,000 Einwohner getödtet oder gefangen. Darauf eilte Miaulis mit seinen Schnellseglern nach Psara, überraschte dort 27 türkische Schiffe und schlug sie samt der Besatzung der Stadt in die

Digitized by Google

Flucht. Samos, dem gleichfalls eine Landung zugedacht war, wurde durch Kanaris gerettet.

Um jene Zeit zeigte sich eine regere Theilnahme des Abendlands. Das Blutbad von Konstantinopel und von Chios hatte böses Blut gemacht. Man schauderte bei dem Gedanken, ein so heldenmüthiges Volk durch asiatische Horden, deren Herrschaft in Europa bis auf den heutigen Tag noch ein Schandfleck ist, in Jahre langem Kampfe bei so ungleichen Kräften hinschlachten zu lassen, während das Abendland wie ein Theaterpublikum zusehe und die Monarchen auf das Zeichen ihres Claqueurs Metternich blicken. Auch glaubte man seinen Dank für die von Hellas erhaltene Bildung nicht besser entrichten zu können, als wenn man die späten Epigonen durch Geld- und Truppensendungen in ihren Freiheitskämpfen unterstütze. In ganz Deutschland, der Schweiz, Italien und Frankreich bildeten sich Griechenvereine, Truppen wurden in Marseille eingeschifft, darunter 1822 der schon genannte Graf Normann, welcher im November 1823 in Mesolongi starb. In England kam ein Anleihen von 800,000 Pfund Sterling zu Stande, wovon im März 1824 40,000 Pfund nach Griechenland abgiengen. Der geniale Lord Byron, welcher schon 1809 eine Reise dahin gemacht und sich manche Charaktere für seine Dichtungen dorther geholt hatte, kam im Januar 1824 in Mesolongi an, um mit Geld, Rath und That beizustehen, starb aber schon am 19. April, sein wildes, unruhiges Leben mit einem herrlichen Akte beschließend. Seine Leiche fand neben den Gräbern des Grafen Normann und Markos Bozzaris ihre Stätte.

Doch all diese kleinen Unterstützungen konnten keinen Ausschlag geben. Ganz andere Hebel mußten angesetzt werden, um die gerade damals fast verlorne Sache wieder flott zu machen. Denn die Pforte hatte sich endlich an ihren mächtigsten Vasallen gewandt, an Mehemed Ali von Aegypten. Dieser schlaue und kraftvolle Thracier, ein wahres Gemisch von Barbarenthum und europäischem Schliff, hatte sich, den Reichthum des Nilthales gründlich ausbeutend, einen hübschen Staatsschatz angelegt, seine Armee nach europäischer Weise organisirt, wobei ihm französische Instruktoren, besonders Oberst Sève (Soliman Bei) behilflich waren, und ließ sich, in Großmachtsplanen sich wiegend, selbst an Konstantinopel denkend, gar gerne nach Kreta und Morea rufen. Der erste Stoß galt Kreta, wo schon 1821 die Türken furchtbar gehaust, die tapferen Sphakioten aber von ihren Bergen aus sie

Digitized by Google

tüchtig geschlagen hatten. Gegen das Ende des Jahres 1853 erschien eine ägyptische Flotte, die Truppen durchzogen mordend und brennend die ganze Insel, in der Tropfsteingrotte des Hermes wurden 500 Weiber und Kinder durch angelegte Feuer erstickt, die sphakiotischen Kapitäne zur Unterwerfung aufgefordert und dann ins Gefängniß geworfen. Nach Kretas Unterwerfung sollte die griechische Marine vernichtet und die drei Inseln gezüchtigt werden. Mit Psara war es den Türken unter Chosrew Pascha bereits gelungen. Im Juli 1824 schiffte sich die Hauptmacht Mehemed Ali's in Alexandria ein, gegen 17,000 Mann auf 54 Kriegs- und 400 Transportschiffen, unter Anführung seines Stiefsohnes Ibrahim Pascha, eines rohen, grausamen Menschen, der sich in einem Feldzug nach Arabien zum Heerführer gebildet hatte. Vor keinem, auch nicht dem äußersten Mittel scheute er zurück: in Morea sollte alles niedergehauen oder nach Aegypten verpflanzt werden, Araber die neue Bevölkerung von Morea bilden.

Die ägyptische und türkische Flotte vereinigte sich an der kleinasiatischen Küste, wurde von Miaulis wiederholt angegriffen, an jeder größeren Unternehmung gehindert und Ibrahim genöthigt, mit einem Verlust von 6 größeren und 50 kleineren Schiffen nach Kreta zu segeln und dort zu überwintern. Im Frühjahr 1825 landete er mit 2000 Mann im Westen von Morea, eroberte die Insel Sphakteria und die Festung Navarin, welche ihm einen trefflichen Hafen bot. In dieser Noth verkündigte die griechische Regierung eine allgemeine Amnestie, Kolokotronis und seine Genossen wurden freigelassen, ersterer zum Oberfeldherrn ernannt. Bei seiner Rückkehr nach Nauplia sagte er zu dem Volke, er habe all seinen Groll in's Meer geworfen, sie sollen es ebenso machen. Quer durch Morea ziehend erzwang sich Ibrahim den Weg nach Tripolizza, nahm die Stadt, rückte gegen Nauplia an, wurde aber durch das Auftreten des Commodors Hamilton, welcher ein englisches Stationsgeschwader befehligte, am Angriff gehindert. Bei Tripolizza wurde Kolokotronis zurückgeschlagen, und nun wagten die Griechen, mehr an den Guerillakrieg, als an die offene Feldschlacht gegen reguläre Truppen gewöhnt, nicht mehr, im offenen Feld mit Ibrahim zu kämpfen. Dieser machte verwüstende Streifzüge durch ganz Morea und war nicht hinauszutreiben.

Kaum hatte er in Navarin 10,000 Mann neue Truppen erhalten, so begab er sich mit Heer und Flotte nach Mesolongi, wo er am 7. Ja-

Digitized by Google

nuar 1826 ankam. Dort lag schon seit dem vorigen Sommer Reschid Pascha. Die Stadt hatte 3000 Mann Besatzung und war mit Proviant und Kriegsbedürfnissen schlecht versehen. Aber alle Stürme der Türken wurden abgeschlagen, und den Admiralen Miaulis und Sachturis gelang es dreimal, die feindliche Flotte zu durchbrechen und die Belagerten mit Lebensmitteln und Pulver zu versehen. Reschid Pascha mußte im Oktober die Belagerung aufgeben, blieb aber in seinen äußersten Verschanzungen sitzen, der Drohung des Sultans eingedenk: „Mesolongi oder deinen Kopf!" Bei seiner Ankunft vor der Festung spottete Ibrahim über „diesen Zaun", welchen er in 14 Tagen nehmen werde. Miaulis versorgte die Stadt noch einmal mit Kriegs- und Mundvorräthen auf zwei Monate. Die Aufforderung zur Kapitulation wurde abgewiesen und Ibrahims erster Sturm zurückgeschlagen zur Freude Reschid's, der behaglich zugesehen hatte und nun um seine Mitwirkung angegangen werden mußte. Im April versuchte Miaulis noch einmal mit einer schlecht ausgerüsteten Flotte der Stadt zu Hilfe zu kommen, fand aber alle Zugänge gesperrt und konnte gegen die Uebermacht nichts ausrichten. Und doch wäre Mesolongi, nach Ibrahims eigenem Geständniß gerettet worden, wenn es noch auf drei Wochen Vorräthe gehabt hätte. Denn sein des rauhen Klima's ungewohntes Heer war bereits sehr zusammengeschmolzen.

Was seine Stürme, seine französischen Ingenieure nicht vermochten, sollte der Hunger bewirken. Die Noth stieg auf's höchste. Man nährte sich von Seegras, Mäuse und Ratten waren ein Leckerbissen, die Stadt nur noch ein Schutthaufen, und dabei herrschte empfindliche Kälte. Da wurde beschlossen, sich durchzuschlagen. Am 22. April 1826 Nachts 2 Uhr brachen die 3000 Bewaffneten auf, etwa 5000 Weiber, Kinder und andere nicht waffenfähige Leute in die Mitte nehmend. Sie giengen über den mit Brettern belegten Graben, fanden aber, da Ibrahim der Plan verrathen war, auf allen Seiten Widerstand, und durch den Schreckensruf: „Zurück!" verwirrt, wandten sich die einen wieder nach der Stadt, während die andern dem Zygosberg zueilten und dort statt der verabredeten Hilfe Scharen von Albanesen fanden. Diese hieben Hunderte von Bewaffneten und Unbewaffneten nieder; nur 1300 entkamen nach Salona. Das Los der Zurückkehrenden war noch schlimmer. Zugleich mit ihnen drangen die Feinde in die Stadt, tödteten die Männer und ergriffen Weiber und Kinder, um sie als Sklaven zu verkaufen. Als sie der Plünderung wegen in

Digitized by Google

die Häuser sich zerstreuten, fanden viele von ihnen unter den Trümmern der Gebäude, welche von den Griechen selbst in die Luft gesprengt wurden, den Tod.

Während nun Ibrahim, der bereits die Hälfte seiner Truppen verloren hatte, nach Morea sich wandte und seine Verheerungszüge fortsetzte, aber von den Mainoten, in deren gebirgiges Land er einzudringen suchte, mehreremal zurückgeschlagen wurde und in Modon überwinterte, stand Reschid Pascha in Athen und belagerte die Akropolis. Trotz der tapferen Vertheidigung des Kommandanten Guras und seiner heldenmüthigen Gattin, des wackeren Karaiskakis, der Engländer Cochrane und Church und des Franzosen Fabvier, die zum Entsatz herbeieilten, mußte die berühmte Burg am 5. Juni 1827 kapituliren. Mittelgriechenland war verloren. Ibrahim war eben daran, zwei furchtbare Schläge auszuführen, das widerspenstige Messenien mit Feuer und Schwert zu verwüsten und die Maina zu erobern, zugleich auch durch die vereinigte türkisch-ägyptische Flotte das Bollwerk der griechischen Seemacht, Hydra, zu vernichten und Nauplia von der Seeseite zu fassen. Flotte und Heere waren bedeutend verstärkt; noch diese wenigen Erfolge, und Griechenland lag, von den Thermopylen bis zum Kap Matapan, in Sklavenfesseln zu den Füßen des Großherrn und seines Pascha's.

Sollte aber der Verwirklichung dieser Plane sich gar kein Hinderniß in den Weg stellen? Allerdings nicht, wenn es nach Metternichs Sinn gieng, der vor nichts mehr warnte, als vor „Zwangsmaßregeln außer gegen die Rebellen." Doch gab es noch andere Männer von Gewicht in Europa, welche die gegentheilige Ansicht hatten. Zunächst bewirkte der Fall Mesolongi's ein rasches und nachhaltiges Aufflackern des Philhellenismus. Die Griechenvereine entwickelten in Deutschland und der Schweiz eine größere Thätigkeit als je; hier trat König Ludwig von Baiern, dort Bankier Eynard von Genf an die Spitze; viel Geld wurde abgesandt, um die gefangenen Griechen aus der Sklaverei loszukaufen; in Frankreich stellten sich Männer wie Chateaubriand und Lafitte voran, die königliche Familie betheiligte sich, die Legitimisten sahen in Griechenland nicht einen Revolutionsherd, sondern eine christliche Vendée, und die Minister mußten in der Kammer starke Ausdrücke darüber hören, daß sie die Officiere im Dienste eines Ibrahim ließen. Auch die Griechen selbst, die wieder in ihre alte Zwietracht zurückgefallen waren, lenkten in eine bessere

Digitized by Google

Bahn ein. Auf Betreiben des englischen Admirals Lord Cochrane, der sich in dem Freiheitskampf der südamerikanischen Kolonien Lorbeeren erworben hatte, und des englischen Generals Church beschloß die Nationalversammlung zu Trözen am 11. April 1827, den Korfioten Kapodistrias zum Präsidenten von Griechenland auf 7 Jahre zu ernennen.

Doch die entscheidenden Schritte giengen von England und Rußland aus. Bereits 1825 war der junge Miaulis nach London abgereist und hatte Canning den Wunsch Griechenlands mitgetheilt, sich unter das Protektorat Englands zu stellen. Dieser wagte zwar nicht, diese „englische Schutzakte" anzunehmen, verwies ihn auf eine Anrufung der gemeinsamen Vermittlung sämtlicher Mächte, hatte aber bald Gelegenheit, weiter in der Sache zu handeln. Am 1. December 1825 starb Kaiser Alexander in Taganrog, und sein Nachfolger Nikolaus hatte nicht im Sinne, seine Rathschläge in Wien zu holen. Zu seiner Beglückwünschung schickte Canning den Herzog von Wellington nach Petersburg, wo am 4. April 1826 ein Protokoll unterzeichnet wurde, worin beide Mächte sich verpflichteten, zwischen den Türken und Griechen den Frieden auf der Grundlage zu vermitteln, daß Griechenland zu der Türkei in ein ähnliches Verhältniß trete wie die Donaufürstenthümer. Als aber der englische und russische Gesandte, von dem französischen unterstützt, von der Pforte die Einstellung der Feindseligkeiten verlangten, erwiderte diese, der Sultan sei so gut Herr in *seinem* Lande wie jeder andere Monarch und verbitte sich jede Einmischung. Darauf wurde auf der Basis der Petersburger Vorschläge der Londoner Vertrag vom 6. Juli 1827 zwischen England, Rußland und Frankreich geschlossen und beigefügt, daß die drei Mächte alle weiteren Feindseligkeiten verhindern und den Waffenstillstand nöthigenfalls erzwingen werden. Die Pforte beharrte auf ihrer Abweisung. Die Verbündeten schickten ihre Schiffe in die griechischen Gewässer. Die englischen wurden von Sir Edward Codrington, die russischen von Graf Heyden, die französischen von Herrn von Rigny befehligt.

Im Hafen von Navarin lagen 126 türkisch-ägyptische Schiffe, jeden Augenblick zur Abfahrt bereit, um Hydra das Schicksal von Chios zu bereiten. Am 25. September 1827 hatte Codrington und Rigny mit Ibrahim eine Zusammenkunft und verlangten die Einstellung aller Feindseligkeiten. Er gab ihnen sein Wort, daß er ihr Verlangen erfüllen und die Schiffe im Hafen zurückhalten werde, bis

Digitized by Google

er aus Konstantinopel oder Alexandria Antwort auf seinen Bericht habe. Wie er aber hörte, daß die Griechen, welche sich den Forderungen der Mächte gefügt hatten, dennoch Feindseligkeiten ausüben; daß der englische Kapitän Hastings, welcher den Griechen den ersten Kriegsdampfer gebracht hatte und in ihre Dienste getreten war, am 30. September bei Salona 7 türkische Schiffe zerstört und 3 österreichische weggenommen und dadurch die Herrschaft im Golf von Korinth und die Verbindung zwischen Morea und Westhellas wieder gewonnen hatte, so ließ er in Messenien mehrere Dörfer niederbrennen 60,000 Feigen- und 25,000 Oelbäume umhauen, den Wohlstand des Landes auf viele Jahre hinaus vernichten und zugleich zwei Abtheilungen seiner Flotte nach dem korinthischen Meerbusen auslaufen. Codrington, der vor Zante lag, verwehrte ihnen das Einlaufen in den Meerbusen und trieb sie mit Kanonenschüssen zurück. Darauf vereinigte er sich mit seinen zwei Kollegen, und da sie auch noch von der Verheerung Messeniens Nachricht erhielten, so segelten sie südwärts und fuhren am 20. Oktober im Hafen von Navarin ein, wo sie die feindliche Flotte in Hufeisenform in Schlachtordnung aufgestellt fanden. Ibrahim hatte sich schon 4 Tage zuvor, wahrscheinlich um den Zumuthungen der Admirale auszuweichen, nach Pyrgos begeben. Seine Flotte bestand aus 130 Schiffen, worunter 89 Kriegsschiffe mit 2438 Kanonen, denen die Verbündeten nur 27 Schiffe mit 1276 Kanonen entgegenzustellen hatten. Codrington führte den Oberbefehl über die vereinigte Flotte. Sein Schiff „Asia“ ankerte auf Pistolenschußweite von dem des türkischen Admirals. Befehl war, nicht zu schießen, außer wenn die Türken anfangen. Schon waren von dieser Seite Schüsse gefallen, schon einige Leute auf den englischen Schiffen getödtet, und noch immer hielt Codrington zurück. Da feuerte die Mannschaft des feindlichen Admiralschiffs auf die Asia, und nun gieng es los. Rechts und links bohrte der Engländer seine Gegner in den Grund, die anderen machten es auch nicht schlechter, Kaltblütigkeit und Disciplin war auf ihrer Seite, Verwirrung, Kopflosigkeit und Feigheit auf der anderen, alles war in einen Knäuel zusammengeballt, aus welchem über 3000 Kanonen in einem engen von Bergen umgebenen Bassin losdonnerten, daß es weithin wiederhallte. Vier Stunden, von Nachmittags 2 Uhr bis Abends 6 Uhr dauerte der Kampf, in welchem 5—6000 Feinde getödtet, fast ihre ganze Flotte zerstört wurde. Nur 29 Kriegsschiffe, welche kaum noch segelfähig

Digitized by Google

waren, blieben ihnen übrig. Der Hafen war mit Trümmern bedeckt, und die ganze Nacht hindurch dauerten die Explosionen der von den Türken in die Luft gesprengten kampfunfähigen Schiffe. Ibrahim kam Abends nach Navarin zurück und sah nichts als Zerstörung vor sich. Die Admirale ließen ihm sagen, daß bei der geringsten Feindseligkeit von seiner Seite der Rest seiner Schiffe und die Forts vollends zusammengeschossen werden. Darauf ließ er die weiße Flagge aufziehen und schickte, was von Schiffen noch seetüchtig gemacht werden konnte, nach Alexandria, während auch die Verbündeten sich zurückzogen und ihre Schiffe ausbessern ließen.

In ganz Europa war Jubel über diesen Sieg, nur in der Hofburg zu Wien Entsetzen. Canning hatte diesen Triumph nicht mehr erlebt, und sein Nachfolger Wellington ließ den König in seiner Thronrede den Sieg ein „leidiges Ereigniß" nennen; denn die Zerstörung der türkischen Flotte schien hauptsächlich für die Plane Rußlands günstig zu sein. Die Pforte ließ sich auch jetzt noch in keine Unterhandlung über die Pacifikation Griechenlands ein, und zwischen ihr und den Gesanden der drei Mächte wurde der Streit so heftig, daß letztere abreisten, worauf eine Menge fränkischer Bewohner aus der Türkei ausgewiesen wurde. Der russisch-türkische Krieg war im Anmarsch. Um den Tag von Navarin bis zur letzten Konsequenz auszubeuten, landete, nach einem Beschluß der Londoner Konferenz, der französische General Maison mit 14,000 Mann in Morea, zwang Ibrahim zur Einschiffung nach Aegypten, die Besatzungen zur Kapitulation, so daß im Oktober 1828 wenigstens Morea frei war und den Griechen nichts im Wege stand, zunächst dort eine selbständige Regierung zu gründen.

Der Präsident Kapodistrias befand sich seit dem 18. Januar 1828 auf griechischem Boden, von allen Parteien als Retter empfangen. Er hätte es sein können, wenn er nicht als russischer Minister zu sehr an absolute Herrschaft sich gewöhnt und es darauf angelegt hätte, Griechenland nicht frei zu machen, sondern nur die türkische Herrschaft mit der russischen zu vertauschen. Seine Präsidentschaft war eine Art Diktatur, der ihm zur Seite gestellte Staatsrath bestand aus Kreaturen von ihm, und die Wahlen zur Nationalversammlung wurden von ihm auf eine Art beeinflußt, daß auch Napoleon III. nichts daran auszusetzen gefunden hätte. Die Selbständigkeit der Provincial- und Gemeindebehörden wurde aufgehoben und eine Präfekten-Wirthschaft

Digitized by Google

eingeführt, bei der keine freie Gemeindewahl möglich war. Um seinen Willen allmächtig zu machen, stellte er, wie Metternich, seine Spione an, beschränkte die Preßfreiheit, verletzte das Briefgeheimniß. Schulen wurden zwar eingerichtet, aber dafür gesorgt, daß keine freien Ideen in ihre Räume eindringen. In der Heimat Plato's durfte Plato's Gorgias nicht einmal gelesen werden, weil er sich zu stark gegen die Tyrannen aussprach. Gegen alles, was in der griechischen Revolution groß und stark geworden war, zeigte er keinen geringeren Haß als der spanische Ferdinand gegen die siegreichen Bekämpfer Napoleons. Gegen die Hydrioten mit ihrem Selbstgefühl, gegen die unabhängigen Mainoten, gegen jene stolzen Häuptlinge, welche acht Jahre lang das Schicksal ihres Landes auf ihrer Degenspitze getragen hatten, verfuhr er als russischer Pascha. Wie war doch sogleich der erste Empfang, die erste Anrede an die Kapitäne von Osthellas so bezeichnend: „Ich kenne euch, ihr seid alle Klephten und Lügner!" Und als General Church ihm die Helden von Mesolongi vorstellen wollte, sagte er: „Es ist nicht nöthig, ich kenne diese Herren schon; ihr habt euch neun Jahre mit den Türken gerauft und Ziegen und Schafe gestohlen, das sind eure Heldenthaten!" Eine solche Sprache von einem Manne, der denn doch kein anderes Verdienst hatte, als daß er seiner Lebtag der gehorsame Diener des Kaisers von Rußland gewesen war, der in Petersburg und Genf sich herumtrieb, während seine Landsleute türkische Admischiffe in die Luft sprengten, war gar zu stark.

Am 22. März 1829 wurde von den drei Mächten bestimmt, daß Griechenland eine erbliche Monarchie bilden, im Norden bis zu den Meerbusen von Arta und Volo sich erstrecken, aber der Türkei tributpflichtig sein solle. Diese Bestimmungen wurden am 3. Februar 1830 dahin abgeändert, daß Griechenland ganz unabhängig und tributfrei sein, im Norden seine Grenzen noch ziemlich beschränkt und Prinz Leopold von Sachsen-Koburg zu seinem Fürsten ernannt werden solle. Aber der Prinz, welcher einsah, daß er bei so beengten Grenzen seine Regierung damit anfangen müßte, die übrigen griechischen Provinzen von der Pforte mit den Waffen zurückzufordern, lehnte die dargebotene Krone ab, zumal er damals bei den Gesundheitsumständen des Königs von England die glänzendere Aussicht hatte, für seine minderjährige Nichte Viktoria Regent von England zu werden. Wem war dies lieber als Kapodistrias! Aber seine Tage waren gezählt. Zu denjenigen Familien, gegen welche er eine Art Vernichtungskrieg führte,

Digitized by Google

gehörte die mainotische Familie der Mauromichalis. Das hervorragendste Glied derselben, der alte Pietrobei, war von ihm ins Gefängniß geworfen. Sein Bruder Konstantin und sein Sohn Georgios wollten seine Freilassung erbitten, erhielten aber den Befehl, Nauplia nicht zu verlassen und nur in Begleitung von Soldaten auszugehen. Auch die Bitte der 90jährigen Mutter Pietrobei's, welche 42 Mitglieder ihrer Familie für Griechenlands Freiheit hatte fallen sehen, erwirkte nicht des Sohnes Freiheit. Da packte es jene Beiden. Am Morgen des 9. Oktober 1831 begab sich Kapodistrias mit einem Begleiter zur Kirche. Konstantin und Georgios giengen denselben Weg, jener feuerte eine Pistole nach seinem Haupte, dieser stieß ihm sein Schwert durch den Leib. Konstantin wurde von Kapodistria's Begleiter mit der Pistole getroffen und von einem Volkshaufen vollends getödtet, Georgios am 22. Oktober vor dem Fenster seines Vaters erschossen. Der Senat ernannte sofort den Grafen Augustin Kapodistrias, des Ermordeten Bruder, zum Präsidenten von Griechenland, und dieser brachte es durch seine Regierungskunst so weit, daß Morea und Mittelgriechenland zu einem Bürgerkrieg die Waffen erhoben. Er mußte am 9. April 1832 abdanken. Im folgenden Monat wählte die Londoner Konferenz den Prinzen Otto von Baiern, den Sohn des gekrönten Philhellenen Ludwig, zum König von Griechenland und stellte wieder die Grenzen von Arta und Volo her. Doch eben bei dieser Grenzbestimmung zeigte die Diplomatie wieder einmal wenig Weisheit. Denn wenn irgend ein Gebiet, so mußte Kreta, das vom Beginn des Aufstands alle Leiden desselben durchgemacht hatte, dem türkischen Joche entzogen und dem jungen Königreich zugetheilt werden. Die Eifersucht Englands auf den russischen Einfluß in Griechenland, die Besorgniß, daß die russische Seemacht dadurch gar zu festen Fuß im Mittelmeere fassen möchte, führte jenen Beschluß herbei, welchen die Sphakioten von 1866 aufs bitterste verfluchen.

Am 30. Januar 1833 landete König Otto in Nauplia. Da er noch nicht volljährig war, wurde eine Regentschaft von drei Personen, dem Grafen von Armansperg, dem Staatsrath von Maurer und dem General von Heydeck, eingesetzt. 3500 Mann bairische Truppen sollten die Ordnung aufrecht erhalten, bis eine nationale Armee geschaffen sei. Die Regentschaft entwickelte eine große Thätigkeit, war aber in sich selbst zerfallen und dadurch noch mehr den sich durchkreuzenden

Digitized by Google

Einflüssen der fremden Gesandten preisgegeben. Verschwörungen zum Sturze der Regentschaft wurden angezettelt, an welchem sich auch der alte Kolokotronis betheiligte. Zu 20jähriger Gefangenschaft verurtheilt, wurde er schon nach einem Jahre, bei Otto's Regierungsantritt, freigelassen. Der Regierungssitz wurde am 25. December 1833 von Nauplia nach dem klassischen Athen verlegt, das freilich fast nur noch ein Schutthaufen war, bald aber eine Universität erhielt und in kurzem einer der wichtigsten Posten im Orient wurde. König Otto, welcher am 1. Juli 1835 die Regierung selbst übernahm und im folgenden Jahre sich mit der Prinzessin Amalie von Oldenburg vermählte, hatte zuerst Armansperg, dann Herrn von Rudhardt zum ersten Minister. Als dieser in Folge seiner Konflikte mit dem englischen Gesandten Lyons, der ihn der Russenfreundlichkeit beschuldigte, 1837 entlassen wurde, wurden nur Griechen ins Ministerium aufgenommen, die Eintracht aber dadurch nicht größer. Ein Militäraufstand, an dessen Spitze der zur russischen Partei gehörige Kalergis aus Kreta, ein Gefährte des bereits verstorbenen Kolokotronis, stand, nöthigte den König, der sich übrigens gar nicht dagegen sträubte, am 15. September 1843, Griechenland eine Repräsentativverfassung zu geben. Doch auch diese konnte der Unzufriedenheit des Volkes nicht abhelfen. Denn die Griechen, welche von einem byzantinischen Reich, von Konstantinopel träumen, fühlen sich auf eine unnatürliche Weise eingeschnürt und von jedem Sturm, der am Bosporus tobt, bis in ihre innersten Fasern durchzittert.

Solche Stürme hervorzurufen, war niemand geeigneter als Rußland. Seine natürliche Beschaffenheit und seine Traditionen weisen dasselbe nach der Balkanhalbinsel hin, dessen Besitz ihm einen unvergleichlichen Zuwachs an Macht verleihen würde. Um so eifersüchtiger wacht aber England auf die Pulsschläge des „kranken Mannes". Kaiser Alexander hatte eine Zeitlang die Phantasie gehabt, im Bund mit Napoleon die orientalische Frage im russischen Interesse zu regeln. Nach dessen Sturz haben wir ihn als Begründer der heiligen Allianz und als Bekämpfer der Revolutionen in Südeuropa kennen gelernt. Im Innern seines Landes zeigte er die liberale Seite seines Charakters. Er hob in den Ostseeprovinzen die Leibeigenschaft auf und gab dem Königreich Polen, trotz des Widerstandes der Altrussen, 1818 eine Verfassung und selbständige Verwaltung. Aber den Polen gieng es wie den Griechen: ihre Grenzen waren ihnen im Vergleich mit

Digitized by Google

denen in der guten alten Zeit viel zu klein. Es bildeten sich auch hier geheime Gesellschaften, welche die Selbständigkeit des Reiches bis zur Unabhängigkeit von Rußland treiben wollten. Gefährlicher waren die Freimaurerbünde in Rußland selbst, wo viele Officiere aus den ersten Familien, durch den langen Aufenthalt in Deutschland und Frankreich während der Kriegsjahre und durch ihre Reisen auf freiere Institutionen aufmerksam gemacht, eine Verschwörung bildeten, welche die Ermordung Alexanders und den Sturz des bisherigen Regierungssystems zum Zweck hatte. Ihren Planen kam die große Unzufriedenheit des Volkes, besonders des Heeres und der Geistlichkeit entgegen, welche es Alexander nicht verzeihen konnten, daß er, von der österreichischen Regierung geleitet, in der Sache der glaubensverwandten Griechen eine antinationale Politik verfolgte. Die Kunde von dieser Verschwörung und das vernichtende Bewußtsein davon, wie tief er von jener Höhe von 1814 und 1815 herabgesunken sei, machten ihn immer mißtrauischer und zurückhaltender. Um sich körperlich und geistig zu erholen, trat er eine Reise nach dem Süden an, starb aber an einer Erkältung und hinzutretendem Gallenfieber am 1. December 1825 in Taganrog am Asow'schen Meer.

Von den drei Brüdern des kinderlosen Kaisers hatte der älteste, Konstantin, damals Vicekönig von Polen, dem Throne bereits entsagt. Dieser fiel daher dem zweiten Bruder, Nikolaus, zu, und am 26. December 1825 sollten die hohen Beamten und das Militär den Eid leisten. Da aber Konstantins Thronentsagung bisher ganz geheim gehalten worden war, so benützten dies jene Verschwörer, um jenen als den rechtmäßigen Zaren, Nikolaus als einen Thronräuber hinzustellen. Ihre Plane giengen auf Ermordung des Kaisers, ja der ganzen kaiserlichen Familie, auf Verkündigung einer Verfassung, und einige träumten von einer Republik Rußland. Den Soldaten freilich riefen sie zu: „Es lebe Konstantin und die Konstitution!" und als jene fragten, ob die Konstitution Konstantins Frau sei, so ließen die Verschwörer sie auf ihrem Glauben. Auf dem Isaaksplatz versammelten sich die rebellischen Regimenter, empfiengen den Kaiser mit wüstem Geschrei, schoßen den Gouverneur, Grafen Miloradowitsch, nieder und konnten nicht eher zur Vernunft gebracht werden, bis Nikolaus mit Kartätschen unter sie schießen und seine Küraſſiere unter sie einhauen ließ. Der Aufstand, dem es an einem leitenden Haupte fehlte, war damit in Petersburg unterdrückt; im Süden, wo die Verschwörer in

Digitized by Google

Kiew ihren Sitz hatten, gelang es General Diebitsch, seiner Herr zu werden. Mehrere Hinrichtungen und Verbannungen waren die nächsten Folgen dieses tollen Unternehmens.

Nikolaus war fast in allem das gerade Gegentheil seines Bruders. Er hatte nicht das Weiche, Bewegliche, Kosmopolitische, aber auch nicht das Schwankende und Unentschlossene Alexanders, sondern zeigte sich von Anfang an als eine praktische Natur, als ein energischer Charakter. Unumschränkte Herrschaft im Innern, Niederhaltung jedes fremden Willens, Absperrung des Landes gegen europäische Kultur, Vergrößerung und Vervollkommnung der Militärmacht, Losreißung von dem Bevormundungssystem Metternichs und überwiegende Geltendmachung des russischen Einflusses in allen auswärtigen Fragen: so lautete sein Programm. Europa davon eine Probe zu geben, dazu gab ihm der griechische Aufstand eine erwünschte Gelegenheit. Kaum war der Krieg mit Persien durch den General Paskewitsch, welcher die Festung Eriwan 1827 nahm, glücklich beendigt, so stand der türkische Feldzug schon vor der Thüre. Das ferne Griechenland lag dem Kaiser weit weniger am Herzen als die nahen Donaufürstenthümer, daher er, ohne Griechenland mit einer Silbe zu erwähnen, am 25. September 1826 mit der Pforte den Vertrag von Akjerman schloß, wonach die Hospodare der Moldau und Walachei auf sieben Jahre gewählt werden, dann wieder wählbar sein, von den türkischen Behörden nicht mehr abhängen und ohne Zustimmung des Petersburger Kabinets nicht abgesetzt werden sollten. Damit war der Schwerpunkt dieser Länder nach Petersburg verlegt. Bald aber beklagten sich die Russen über Vertragsbruch, das Londoner Protokoll vom 6. Juli 1827, die Schlacht bei Navarin, die Austreibung der Christen, die Belästigung der russischen Schiffahrt und so manches andere kam hinzu, und so erfolgte am 26. April 1828 die Kriegserklärung.

Rußland wollte nicht länger zögern, weil gerade damals nach Aufhebung der Janitscharen die neue türkische Heeresorganisation noch in der Entwicklung war. Diese türkischen Prätorianer waren nicht mehr, was sie in früheren Jahrhunderten gewesen waren, vielmehr eine feige, unbotmäßige Horde, der es weniger um das Kämpfen als um das Plündern zu thun war. Als der Sultan, neidisch auf die Erfolge der Aegyptier in Morea, den Beschluß ankündigte, ein disciplinirtes Fußvolk, mit Zuziehung von ausgewählten Janitscharen,

Digitized by Google

zu errichten, so griffen diese am 15. Juni 1827 zu den Waffen, plünderten und mordeten. Der Sultan ließ sie, wie Nikolaus die Verschwörer von Petersburg, durch zuverläßige Truppen mit Kartätschen zusammenschießen, ihre Kasernen in Brand stecken, Hunderte von ihnen hinrichten, weit mehr nach Asien schicken und ordnete die Aufhebung der Janitscharen an, die sich durch Anlegung von Feuersbrünsten rächten. Die zu den Waffen gerufene Bevölkerung ließ er mit Hilfe europäischer Officiere mit allem Eifer in den Waffen üben. Auch in den übrigen Zweigen der Staatsverwaltung hatte er großartige Reformplane im Sinne, wie er denn überhaupt eine große Hinneigung zu den europäischen Sitten hatte. Das Selbstgefühl der türkischen Großen hob sich, und ein Pascha fragte geradezu den französischen Dragoman Desgranges, wie lange die Revolution in Frankreich gedauert habe, und auf seine Antwort, „25 bis 30 Jahre", sagte er prahlerisch: „Schreibt sogleich nach Paris, daß wir eine in 23 Minuten vollbracht haben!"

Die Russen überschritten am 7. Mai 1828 den Pruth und drangen in der Moldau und Walachei ein. Trotz langer Rüstungen erschienen sie nur mit 70,000 Mann, daher sie die Garden nachkommen lassen mußten. Oberfeldherr war Graf Wittgenstein, der schon im Jahr 1813 bei Großgörschen sich nicht als militärisches Genie gezeigt hatte. Zum Unglück war Nikolaus selbst beim Heere mit einer Menge von Diplomaten und militärischen Bevollmächtigten. Als ob er den Türken Zeit zur Sammlung geben wollte, gieng Wittgenstein erst nach 4 Wochen über die Donau. Die ersten Operationen, welche den kleinen Donaufestungen galten, waren günstig; in 6 Wochen wurden 6 Festungen: Isaktschi, Matschin, Hirsowa, Basardschik, Tuldscha, Kustendsche, erobert. Aber mit der Belagerung von Silistria und Schumla wollte es nicht vorwärts gehen. Die Russen erlitten hier namhafte Verluste. Der einzige bedeutende Gewinn dieses Feldzugs war die Einnahme von Varna am 10. Oktober, das, auch von der Seeseite eingeschlossen, durch den Verrath des Kommandanten Jussuf Pascha mit 7000 Mann sich ergab. Hier blieb eine russische Besatzung, die Belagerung von Schumla und Silistria wurde aufgegeben, der größte Theil des Heeres gieng über die Donau zurück und bezog dort die Winterquartiere. Bedeutender waren die Erfolge in Asien. Paskewitsch, welcher von dem persischen Feldzug her den Titel Graf Eriwan führte, drang im türkischen Armenien ein, eroberte die Festungen Kars,

Digitized by Google

Achalkalaki und Achalzik, während seine Generale die Festungen am schwarzen Meere Anapa und Poti einnahmen. Im folgenden Jahre rückte er nach Besiegung von 2 türkischen Heeren in Erzerum ein.

Je geringer die Erfolge von 1828 waren, desto nothwendiger war es für Rußland, trotz aller Gegenplane Metternichs, im Jahre 1829 einen zweiten Feldzug gegen die Türkei zu unternehmen. Nikolaus blieb diesmal in Petersburg, und der energische Graf Diebitsch, ein Schlesier, bisher Generalstabschef, übernahm den Oberbefehl. Nachdem er am 11. Juni den Großvezier Reschid Pascha bei Kulewtscha geschlagen und Silistria am 29. Juni, nach siebenwöchiger Vertheidigung, sich ergeben hatte, trat er, vor Schumla ein Beobachtungscorps zurücklassend, seinen Marsch über den Balkan an (woher er den Beinamen Sabalkanski erhielt), erreichte nach 9 Tagen die Ebene und zog am 20. August in Adrianopel ein, dessen Besatzung kapitulirt hatte. Schon streiften seine Truppen bis Tschorlu und Rodosto und bedrohten Konstantinopel, während Admiral Greigh die kleinen Hafenplätze südlich von Varna nahm. Die Stunde des türkischen Reichs schien geschlagen zu haben. Die Diplomatie war in athemloser Spannung. Jeden Augenblick erwartete man die Besetzung Konstantinopels. Aber Diebitsch, welcher kaum noch 20,000 Mann hatte und im Rücken durch Reschid Pascha, in der rechten Flanke durch den mit 40,000 Mann heranziehenden Pascha von Skodra bedroht war, befand sich in weit größerer Verlegenheit als der Sultan. Um sie zu verbergen, führte er eine Sprache, als ob er an der Spitze von 100,000 Mann stände, und schüchterte dadurch die Pforte ein. Die Eifersucht Englands hatte einen solchen Grad erreicht, daß Admiral Gordon den Befehl erhielt, sobald die Russen vor Konstantinopel stehen, mit der englischen Flotte in das Marmorameer einzulaufen. Um dieses Aeußerste abzuwehren, bewogen die Diplomaten, besonders der zur Vermittlung abgesandte preußische General Müffling, die Pforte zum Nachgeben. Die Unterhandlungen begannen, und am 14. September kam der Friede von Adrianopel zu Stande. Rußland gab alle Eroberungen in Europa heraus, ebenso Kars, behielt in Asien Anapa, Poti und Achalzik, wurde dadurch Herr der Ostküste des schwarzen Meeres, errang für die Donaufürstenthümer eine fast völlige Unabhängigkeit, Lebenslänglichkeit der Hospodare, große Handelsfreiheit zu Wasser und zu Land, freien Durchgang durch den Bosporus und die Dardanellenstraße (woran auch die anderen Nationen

Digitized by Google

Theil haben sollten), und die Zustimmung zu dem Londoner Protokoll in Betreff Griechenlands.

Die Türkei war zwar damit noch nicht vernichtet, sie war noch ein selbständiger Staat; aber wenn sie je noch einen Nimbus von Macht um sich verbreitet hatte, so war es damit von jetzt an aus. Dagegen stieg Rußlands Macht und Einfluß ungeheuer, was in den zwei folgenden Jahrzehnten nicht bloß die Türkei, sondern besonders Deutschland sehr zu fühlen hatte.

§. 6.

Frankreich und die Restauration der Bourbonen.

Chauteaubriand sagt von seinen Landsleuten: „Es gibt in Frankreich wunderbar viel Geist, aber Kopf und gesunder Menschenverstand gebricht; zwei Phrasen berauschen uns." Ein solches Volk ist allerdings schwerer zu regieren als ein Volk von denkenden und nüchternen Menschen. Doch war auch den Bourbonen der Weg, auf welchem sie ihrem Throne Dauerhaftigkeit verschaffen konnten, klar vorgezeichnet. Die Verfassung, welche Ludwig XVIII. auf das Andrängen der fremden Mächte schon bei seiner ersten Rückkehr am 4. Juni 1814 gegeben hatte, die charte constitutionelle, enthielt so viele liberale Bestimmungen, daß die Regierung sie bloß aufrichtig zu halten und sie im Einklang mit den Ideen des Jahrhunderts weiter zu bilden brauchte, um den größten Theil des französischen Volkes, und gerade die Gebildeten, für sich zu haben. Denn letztere gehörten größtentheils zu den Konstitutionellen, die sich wieder in zwei Schattirungen abzweigten: die Unabhängigen oder Independenten und die Doktrinärs. Zu jenen waren Männer wie Lafitte, Manuel, Lafayette, Beranger, Benjamin-Constant zu zählen, zu diesen, welche die Doktrin vom konstitutionellen Staatsleben und von der Nothwendigkeit einer starken Regierungsgewalt aufstellten, Guizot und Villemain. Zwei andere Parteien, die Republikaner und Bonapartisten, hatten nach den theuren Erfahrungen der letzten Jahre keinen großen Anhang. Es war somit klar, daß die Regierung nur dann in Wahrheit stark war, wenn sie sich auf die konstitutionelle Partei stützte, die Doktrinärs an sich zog, die Unabhängigen nicht von sich stieß, zeitgemäße Konceſſionen machte. Wer aber meinte, daß man in Frankreich die Jahre von 1789—1815 einfach überspringen und

Digitized by Google

mit der Weltgeschichte etwa ebenso umgehen könne, wie der restaurirte Kurfürst von Kassel, der befand sich in einem großen Irrthum, und darin befand sich die vierte Partei, die Ultra's, welche hauptsächlich in dem Lager des Adels und des Klerus zu finden waren. Wiederherstellung ihrer Privilegien als besonderer, bevorrechteter Stände, Zurückgabe der verkauften Adels- und Kirchengüter, unumschränkte Herrschaft am Hof, im Militär und in allen höheren Stellen des Civils, Beherrschung des Unterrichtswesens und Zurückführung des Volks zu gedankenloser Bigotterie: so lauteten die Forderungen dieser Herren. Damit vertrug sich die Charte nicht; sie hielten es aber auch für eine Schmach des Königthums, daß eine solche bestand. All die 15 Jahre, welche die Regierung der Restauration dauerte, sah man nichts als Kampf zwischen den Konstitutionellen und den Ultra's. Hielt sich die Regierung an jene, so hatte sie im Volk einen starken Halt und brauchte diese nicht zu fürchten; begünstigte sie aber diese, so hatte sie im Volk gar keinen Halt und mußte fürchten, daß jene sie durch eine neue Revolution stürzen. Sie hatte die Wahl.

König Ludwig, welcher zu Lebzeiten seines Bruders, des hingerichteten Ludwigs XVI., Graf von Provence hieß, besaß einige Gutmüthigkeit, aber wenig Verstand und Energie. Die Ultra's waren ihm nicht angenehm, weil er so viel merkte, daß sie ihn seinen Thron kosten könnten. Die Konstitutionellen vertrugen sich nicht mit seiner bourbonischen Gedankenarmut, und so suchte er zwischen beiden möglichst gut hindurchzusteuern. Bei seiner Kinderlosigkeit war sein Bruder der Thronerbe. Dies war der 58jährige Karl, Graf von Artois, welcher, ganz der Jagd, dem Theaterspiel und den Galanterien ergeben, Kenntnisse weder selbst hatte, noch an anderen liebte, nach einem ausschweifenden Leben den Deckmantel der Kirche suchte und von der Majestät eines irdischen Königs wahrhaft himmlische Begriffe hatte. Die Konstitution wollte er nur so lange und so weit bestehen lassen, als die eiserne Nothwendigkeit es verlangte; im übrigen, meinte er, wolle er lieber Holz sägen, als ein König nach englischem Muster sein. Er war der rechte Mann für die Ultra's, die unter seinem Scepter eine förmliche Nebenregierung bildeten, den „Pavillon Marsan", wie man sie nach ihrem Versammlungsort nannte, oder das nach Paris verpflanzte „Koblenz". Sein Einfluß war um so größer, da er den Oberbefehl über die Nationalgarde führte und an der

Digitized by Google

Spitze der Kongregation (einer Genossenschaft strenggläubiger Katholiken) stand. Seine Söhne waren der Herzog von Angoulême und der Herzog von Berry, beide geistig unbedeutende Persönlichkeiten, jener mehr durch seine Gemahlin, dieser durch seinen baldigen Tod bekannt. Angoulême war vermählt mit der unglücklichen Tochter der Marie Antoinette, mit Marie Thérèse, welche durch die Revolution Eltern und Geschwister, alles verloren hatte und nun in ihrem weiblichen Herzen Rachegefühle hegte. Graf Artois hatte an seiner Schwiegertochter meist eine entschiedene Genossin. Auch diese Ehe war kinderlos. Lebhafter und gutmüthiger als der ältere Bruder war Berry, übrigens voll von bourbonischem Stolz und gegen die napoleonischen Officiere bis zur Unverschämtheit taktlos. Er war seit 1816 mit der neapolitanischen Prinzessin Marie Karoline vermählt. Auf dieser Ehe ruhte die Hoffnung der Dynastie.

Ludwig hatte bei seiner Rückkehr, um der Volksstimmung entgegenzukommen, Talleyrand und Fouché, diese beiden großen Verräther, in sein erstes Ministerium aufgenommen. Nach wenigen Monaten wurden sie entlassen und am 24. September 1815 Herzog von Richelieu an die Spitze eines neuen Ministeriums gestellt. Dieser war gut königlich, aber kein Ultra und sah sich einer Kammer gegenüber, die an Servilismus ihn und seine Regierung weit überbot. In Folge des auf ganz Frankreich lastenden Drucks und des schlechten Wahlsystems war am 7. Oktober eine streng aristokratische Kammer zusammengekommen, welche man la chambre introuvable nannte, da Ludwig selbst gesagt hatte, daß ihm unter den gegenwärtigen Umständen eine solche Kammer unfindbar geschienen habe. Von ihr wurden die Sicherheitsgesetze, vielleicht besser Rachegesetze genannt, angenommen, welche die Aufhebung der persönlichen Freiheit, die Bestrafung aufrührerischer Rufe und Handlungen und die Einsetzung von Prevotalgerichtshöfen, einer Art von Kriegsgerichten, bestimmten. Nun wurden die Verhaftungen so massenhaft vorgenommen, daß man deren bald 7000 zählte. Kein Beamter war mehr seiner Stelle sicher. Wie in Piemont wüthete man gegen alle Erinnerungen an die Revolution und an Bonaparte; gieng ja ein Präfekt so weit, daß er ein lebensgroßes Bild Napoleons samt einem lebendigen Adler verbrennen und die Asche des „Menschenfressers Bonaparte" ins Wasser werfen ließ. Hand in Hand gieng damit der Kampf der Geistlichkeit gegen die Ideen des 19. Jahrhunderts, jenes geistliche Versinsterungssystem, das an die

Digitized by Google

Zeiten Gregors und Innocens' erinnerte. Missionäre wurden im Lande herumgeschickt, und durch prunkvolle Aufzüge, bei denen nach bekannten Revolutionsmelodien Missionslieder gesungen wurden, durch sentimentale oder imponirende Prediger suchte man das Volk, besonders die Frauenwelt zu gewinnen. Das Militär wurde durch rücksichtslose Verfolgung und Zurücksetzung der Bonapartisten aufs heftigste gereizt, Oberst Labedoyère und Marschall Ney erschossen, Graf Lavalette nur durch die Aufopferung seiner Gemahlin, einer Nichte der Kaiserin Josephine, vor ähnlichem Schicksal bewahrt, im Jahr 1816 noch zwei weitere Generale erschossen und viele Flüchtige zum Tod verurtheilt. War es da zu verwundern, wenn kaum ein Jahr nach Ludwigs Rückkehr Verschwörungen ausbrachen, in Grenoble, Lyon und Paris die Revolution wieder ihr Spiel begann? Um so lauter schrien die Ultra's nach neuen Opfern und setzten es durch, daß alle Mitglieder der Familie Bonaparte und die sogenannten Königsmörder, welche als Konventsmitglieder für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hatten, verbannt wurden. Als aber die Ultra's in der Kammer noch weiter gehen wollten und dabei verriethen, daß es ihnen weniger um die Stärkung des Throns, als um die Privilegien des Adels und des Klerus zu thun sei, so löste Ludwig am 5. September 1816 diese Kammer auf.

Der neuen Kammer wurde ein neues Wahlgesetz vorgelegt, das, um den Bestrebungen der Ultra's zu begegnen, auch den Industriellen und Kapitalisten, also dem eigentlichen Mittelstand, das Recht des Wählens und der Wählbarkeit verlieh. Das Gesetz gieng trotz des Widerstands der Aristokratie durch und hatte zur Folge, daß, da alle Jahre ein Fünftheil der Abgeordneten austreten und durch neue Wahlen ergänzt werden mußte, immer mehr Konstitutionelle in die Kammer kamen, im Herbst 1818 bei 55 Ersatzwahlen nicht weniger als 23, und zwar die Häupter der Independenten. Richelieu befand sich gerade bei dem Kongreß von Aachen, auf welchem er bei den fremden Monarchen es durchsetzte, daß sie ihre Occupationstruppen jetzt schon, nicht erst nach zwei Jahren, aus Paris zurückzogen. Von Kaiser Alexander, Metternich und Wellington mit guten Rathschlägen versehen, kehrte er nach Paris zurück, entschlossen, sich den Ultra's wieder zu nähern und das Wahlgesetz zu verändern. Aber ein Theil seiner Kollegen und die Mehrheit der Kammer sprach sich entschieden dagegen aus, und so legte Richelieu sein Amt nieder. Das

Digitized by Google

neue Ministerium, dessen Präsident General Dessolles, dessen eigentliches Haupt von Anfang an Decazes, Minister des Innern, war, ein wegen seiner liebenswürdigen Manieren bei Ludwig sehr beliebter Mann, trat sein Amt am 28. December 1818 an. Seine Anfänge waren sehr liberal: ein Pairsschub von 65 neuen Mitgliedern verstärkte in der ersten Kammer die freisinnigeren Elemente, Preßfreiheit wurde gegeben, reaktionäre Präfekten entlassen, mehrere Verbannte, selbst „Königsmörder" (Regiciden) zurückberufen. Die Ergänzungswahlen von 1819 fielen ganz in diesem Sinne aus: von 55 neu zu Wählenden kamen 35 Unabhängige in die Kammer, darunter der Bischof von Blois, Gregoire, welcher als einstiges Konventsmitglied die Hinrichtung Ludwigs schriftlich gebilligt hatte und die Aeußerung gethan haben soll, „die Könige seien in der moralischen Ordnung, was die Ungeheuer in der physischen." Diese Wahl war Ludwig XVIII. zu stark; er verlangte von Dessolles ein Einlenken in monarchische Bahnen, und da Dessolles und zwei andere Minister widerstrebten, so trat Decazes am 19. November 1819 an die Spitze eines neuen Ministeriums. Gregoire wurde von der Kammer ausgeschlossen, und Decazes kündigte eine Veränderung des Wahlgesetzes an.

Da wurde am 13. Februar 1820 der Herzog von Berry, wie er eben aus dem Opernhause kam und seine Gemahlin an den Wagen geleitete, von einem Sattlersgehilfen, Namens Louvel, einem fanatischen Gegner der bourbonischen Herrschaft, erstochen. Diese That wurde von den Ultra's benützt, um das liberal scheinende Ministerium zu sprengen. Sie erklärten Decazes sogar für einen Mitschuldigen Louvels, und Graf von Artois bestand auf seiner Entlassung. Der König mußte nachgeben, und am 20. Februar übernahm Richelieu wieder die Präsidentschaft des Ministeriums. Er legte alsbald der Kammer drei Gesetzesentwürfe vor, welche die Wiedereinführung der Censur bei Journalen, die Beschränkung der persönlichen Freiheit und die Bestimmungen über die Wahlen, die ganz in die Hände der Aristokratie kommen sollten, betrafen, und setzte sie trotz der heftigen Opposition der Unabhängigen, trotz der blutigen Straßenaufläufe durch. Das Glück schien den Bourbonen zu lächeln. Die Herzogin von Berry gebar einen Sohn, den Herzog von Bordeaux, „das Kind Europa's", mit welchem nicht weniger Humbug getrieben wurde, als mit anderen derartigen Wunderkindern. Die Fortsetzung der Dynastie und ihre Erhaltung auf dem Throne von Frankreich schien

Digitized by Google

gesichert zu sein. Und doch wollten Viele an die Aechtheit dieses Thronerben so wenig glauben, als die Engländer 1688 an die Aechtheit des Sohnes Jakobs II. Man sprach sogar von dem „Todtengeläute der Legitimität."

Es war die Zeit der italienischen und spanischen Militäraufstände. Ein Rückschlag nach Frankreich konnte nicht ausbleiben. Neue Verschwörungen tauchten auf. Der am 15. Mai 1821 erfolgte Tod Napoleons erregte die Gemüther aufs neue. Die Ultra's frohlockten. Sie glaubten, jetzt sei ihre Zeit gekommen. Dank den neuen Wahlgesetzen verstärkten sie bei jeder Ergänzungswahl ihre Reihen. Richelieu war ihnen nicht mehr gut genug, ein Mißtrauensvotum der Kammer stürzte ihn und brachte die Freunde des Grafen von Artois ans Ruder. Herr von Villèle, ein Royalist vom reinsten Wasser, bildete am 13. December 1821 ein neues Ministerium. Er war durch parlamentarische Gewandtheit, durch Kenntnisse in Finanz- und Handelsangelegenheiten ausgezeichnet, ebenso aber auch durch seine reaktionäre Gesinnung. Doch scheute er sich anfangs, dem Wunsche des Kongresses von Verona nachzugeben und in Spanien mit einem Heere zu interveniren. Es blieb ihm aber nichts anderes übrig. Die Forderung von 100 Millionen Franks für diese Expedition erregte die lebhafteste Debatte in der Kammer. Die Liberalen fürchteten die Unterdrückung der spanischen Revolution und deren Folgen für Frankreich, die Ultra's hofften die erstere und erwarteten dann eine hierarchisch-aristokratische Regierung Frankreichs. Der Deputirte Manuel, welcher beifällig auf die Hinrichtung Ludwigs XVI. anzuspielen schien, wurde von der Mehrheit der Kammer ausgeschlossen und durch Gensdarmen aus dem Sitzungssaal geschleppt, worauf 62 Mitglieder der Linken aus der Kammer traten. Die Intervention gieng vor sich, der Herzog von Angoulème kam als Sieger zurück, und die Ultra's beuteten seine Trophäen in großsprecherischer und ungeduldiger Weise aus. Die Kammer wurde aufgelöst und durch schamlose Wahlbeherrschung kam am 23. März 1824 ein würdiges Seitenstück zu der unfindbaren Kammer von 1815 zusammen, die man daher die „wiedergefundene" nannte. In dieser zählte die liberale Opposition unter 430 Abgeordneten nur noch 17 Mitglieder. Um diese Kammer möglichst lang in solcher Reinheit beisammen zu haben und sieben Jahre lang mit jeder Wahlagitation verschont zu bleiben, ließ Villèle den Artikel der Charte, der die jährliche Erneuerung eines Fünftheils der Abgeordneten fest-

Digitized by Google

setzte, aufheben und statt dessen bestimmen, daß sämtliche Mitglieder auf sieben Jahre gewählt und dann die ganze Kammer erneuert werden solle. Das neu geschaffene Kultusministerium gab man dem Bischof Frayssinous, welcher das ganze Unterrichtswesen in die Hände der Geistlichkeit brachte und alle freisinnigen Lehrer entfernte. Und wie mußte es noch kommen, wenn Graf von Artois, das Haupt der Ultra's, selbst auf dem Throne saß! Bei dem Hinwelken Ludwigs hatte er bereits faktisch die Zügel in der Hand. Am 16. Sept. 1824 starb der König, nachdem er, von bösen Ahnungen erfüllt, in seinen letzten Tagen warnend zu seinem Bruder gesagt hatte: „Vergessen Sie nicht, daß Sie die Krone für Ihren Sohn und Ihren Enkel zu bewahren haben!"

Der Sitte gemäß eröffnete König Karl X. seine Regierung mit Gnadenakten, mit einer Amnestie politischer Verbrecher und Aufhebung der Censur. Aber die aristokratisch-kirchliche Partei, die Kongregation ließ ihn, wenn er je gewollt hätte, nicht aus den Händen. Sie setzte in der Kammer von 1825 drei Gesetze durch: über die Errichtung weiterer Frauenklöster, was ein Vorbote für Wiederherstellung der Klöster überhaupt war, über die Entschädigung der Emigranten, wodurch die Staatsschuld um eine Milliarde wuchs, und über die Bestrafung der Kirchenfrevel, wonach nicht bloß Diebstahl, sondern schon Entweihung der Hostie und heiligen Gefässe mit dem Tode bestraft wurde. Und man „fühlte sich noch glücklich", äußerte selbst der Justizminister, „einem Gesetz über Gotteslästerung entgangen zu sein." Die wahre Natur Karls enthüllte sich immer mehr. Er versetzte 167 Generale des Kaiserreichs in Ruhestand, suchte die Lächerlichkeit der alten Hoftitel wieder hervor, ließ sich am 29. Mai 1825 in Rheims mit mittelalterlichem Prunk krönen, sang im Jubeljahre 1826 bei den großen Processionen das Miserere durch die Straßen von Paris, in violettem Prälatengewand seinem Hofe voranziehend, machte den finsteren Abbé Tharin, welcher die Jesuiten für die von Gott eingesetzten Stützen der Monarchie erklärt hatte, zum Lehrer des Herzogs von Bordeaux und ließ es geschehen, daß sein Großalmosenier, der Fürst von Croi, in einem Hirtenbrief jede Civilehe für ein Konkubinat, also für nichtig erklärte und die Versäumnisse der Messe und der Beichte mit Kirchenstrafen belegte. Gegen diese „Kapuziner-Regierung", welche dem Volksdichter Béranger vielen Stoff zu satirischen Gedichten gab, erhob sich die öffentliche Meinung immer stärker. Denn der Franzose will zwar katholisch sein, aber nicht bigott. Nicht bloß die Presse

Digitized by Google

regte sich gegen die Uebergriffe der Geistlichkeit und wurde in allen Prozessen, die ihr Villèle an den Hals hieng, von den auf ihre Unabhängigkeit eifersüchtigen Gerichten freigesprochen, sondern auch die Kammer wollte sich nicht mehr zur Dienerin eines solchen Ministeriums hergeben. Die Pairskammer von 1827 verwarf das neue, alle Bildung und Intelligenz erstickende Preßgesetz, welches Frankreich zu einer Maschine des Jesuitismus machen und in die Zeiten der Inquisition zurückschrauben wollte. Wenige Tage nach dieser Niederlage bekam das Ministerium eine noch deutlichere Sprache zu hören. Bei einer Musterung der Nationalgarde, welche Karl am 27. April 1827 vornahm, erscholl zwar der Ruf: „Es lebe der König!" aber daneben auch die anderen: „Es lebe die Charte! Nieder mit den Ministern! Nieder mit den Jesuiten!" und bei dem Rückmarsch in die Stadt rief vor dem Finanzministerium eine Legion: „Nieder mit Villèle!" Dieser antwortete mit Auflösung der Nationalgarde, ließ ihr aber die Waffen, führte die Censur wieder ein, um sie nach einem halben Jahre wieder aufzuheben, ließ in die ungefügige Pairskammer 76 neue Pairs ernennen und löste die Kammer auf. Aber so unbeliebt hatte sich sein klerikales Regierungssystem gemacht, daß trotz all seiner Anstrengungen bei den neuen Wahlen unter 428 Abgeordneten nur 125 Ministerielle waren. Mehrere Quartiere in Paris feierten diesen Volkssieg mit Illumination, Barrikaden wurden errichtet, die Truppen mußten die Straßen durch Gewehrfeuer säubern, und es war klar, daß man, wenn Villèle auf seinem Posten blieb, die Revolution jetzt schon in Paris hatte.

Da ließ Karl seinen Minister fallen und berief am 4. Januar 1828 den Vicomte von Martignac als Präsidenten des Ministeriums. Dies war ein gewandter und erfahrener Geschäftsmann, ein achtbarer Charakter, aber ohne höhere politische Einsicht und Ueberzeugung, ein Mann des Schaukelsystems, das, wie die Ultra's spotteten, sein Programm in die wenigen Worte fasse: „Ich liebe Papa, den lieben Gott, ich liebe auch Mama, die Revolution." Die Thronrede betonte die Seeschlacht bei Navarin und Frankreichs Mitwirkung zur Befreiung Griechenlands. Zur Versöhnung der Opposition brachte Martignac ein liberales Wahl- und Preßgesetz vor die Kammer und bewirkte durch die Verordnung, wonach die acht Jesuitenschulen in Frankreich unter die Aufsicht der Universität gestellt werden sollten und kein ihr untergeordneter Lehrer einer ungesetzlichen religiösen Ge-

Digitized by Google

meinschaft angehören durfte, die Abreise eines großen Theils der Jesuiten. Mit großem Widerwillen genehmigte Karl diese Neuerungen des ihm aufgedrungenen Ministeriums und operirte mit seinen Vertrauten selbst gegen dasselbe. Die volksthümlichen Kundgebungen, die man ihm auf einer Reise nach Lothringen und dem Elsaß bereitete, bestärkten ihn in der Einbildung, daß das eigentliche Volk nur von ihm etwas wolle, aber nichts von der Charte, daß die Kammer und die Presse allein die Verführerin der Pariser Bevölkerung sei. Als nun die Kammer auch mit Martignac sich noch nicht zufrieden zeigte und sich vollends in die Zahl und Besoldung seiner Adjutanten mischte, so entließ er das Ministerium und ernannte am 8. August 1829 ein neues Kabinet, das der ultra-royalistischen Richtung angehörte. An der Spitze desselben stand der Fürst von Polignac, dessen Geistesarmut mit seiner Starrköpfigkeit gleichen Schritt hielt; das Kriegsdepartement leitete Graf Bourmont, der Verräther von Waterloo.

Die Ernennung dieses Ministeriums, welches das königliche Wort: „Keine Zugeständnisse mehr!" zu seinem Programm machte, erschien den Liberalen als eine offene Kriegserklärung, als die Entfaltung der Fahne der Gegenrevolution. Selbst Royalisten tadelten diesen Mißgriff des Königs und sahen darin den Anfang vom Ende. Die Presse wagte die heftigsten Angriffe und erlebte von den Gerichten manche Freisprechung. Geheime Gesellschaften bildeten sich im ganzen Lande, zum Theil mit republikanischem Bekenntniß, und unterhielten Verbindungen mit den Revolutionären der anderen romanischen Länder. Man sprach schon von Steuerverweigerung und bildete Vereine zur Schadloshaltung derer, die durch ihre Weigerung verurtheilt würden. Die Gesellschaft: „aide-toi et le ciel t'aidera", schon früher gestiftet, kam in neue Bewegung. Die ausgesprochene Taktik all dieser Oppositionselemente war, „alle Regierung unmöglich zu machen, um die bestehende zu stürzen." Der alte Volksfreund Lafayette wurde auf einer Reise nach dem südlichen Frankreich, in Grenoble und Lyon, wie ein Monarch empfangen, erhielt Ehrenkränze und Ehrengeleite, Ständchen und Illuminationen, während der Dauphin, Herzog von Angoulême, welcher zu gleicher Zeit die Normandie bereiste, vom Volke nicht die geringste Ehrenbezeigung, auch nicht einen ermunternden Ruf erhielt und noch hören mußte, daß die meisten Frauen von Cherbourg ihre Theilnahme an dem Festball verweigerten. Und wie deutlich und einschneidend war die Sprache des neuen Oppositionsblatts, National, das von den

Digitized by Google

Historikern Thiers und Mignet redigirt wurde! Indem sie von den Stuarts und der englischen Revolution von 1688 sprachen, wie es dort keine socialen Stürme, sondern nur einen Dynastienwechsel gegeben habe, wie man dort einen König, der die Rechte des Volkes nicht achtete und seinen Willen höher stellte als Parlament und Verfassung, nicht mehr als Regenten angesehen, ihm den Gehorsam verweigert habe, ihn unverfolgt habe nach Frankreich entfliehen lassen, um sich einem Manne anzuvertrauen, der mehr Bürgschaften für die Heilighaltung der Verfassung gab, dem großen Oranier, Wilhelm III., wem mußte nicht diese Anspielung auf die unverbesserlichen Bourbonen wie eine Prophezeiung klingen? wem mußte nicht auch zugleich der Name des Mannes einfallen, dem man in Frankreich die Rolle des Oraniers zugedacht hatte?

Die Kammern wurden am 2. März 1830 wieder eröffnet. König Karl machte in seiner Thronrede kein Hehl daraus, daß seine königlichen Rechte über der Charte stehen, daß er den revolutionären Umtrieben mit Kraft zu begegnen wissen werde. Daß ihm am Schluß seiner Rede der Hut aus der Hand fiel, und daß gerade der Herzog von Orleans ihn wieder aufhob, galt für sehr ominös. Die Adresse, welche auf die Thronrede von der Kammer berathen wurde, betonte die Heiligkeit der Charte gegenüber den Thronrechten und enthielt ein entschiedenes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium. Sie wurde mit 221 gegen 181 Stimmen angenommen. Der König erklärte der Deputation, welche ihm die Adresse überreichte, daß er ihren Inhalt bedaure, seine Entschlüsse seien unabänderlich. Zu einer Aenderung des verhaßten Ministeriums war er nicht zu bewegen. „Man werde ihn wie einen Felsen finden," äußerte er zu seinen Vertrauten, „wenn man ihm seine Minister vorschreiben wolle. Er werde kämpfen, er werde lieber zu Pferd als auf den Karren steigen." Sofort wurde die Kammer vertagt und bald darauf, am 16. Mai, aufgelöst, die Wahlkollegien auf Ende Juni und Anfangs Juli einberufen, die Eröffnung der neuen Kammer auf 3. August festgesetzt.

Die Regierung sparte kein Mittel, um die Wahlen zu beherrschen und sich eine Majorität zu verschaffen. Und konnte es ein wirksameres Mittel geben, um die aufgeregten Geister in andere Bahnen zu lenken und die Regierung mit rauschender Popularität zu umgeben, als wenn sie eine militärische Expedition unternahm und vor die für kriegerischen Ruhm so empfängliche Nation mit neuen Trophäen trat? Der Anlaß

Digitized by Google

lag sehr nahe. Man hatte an dem Dei von Algier, welcher im April 1827 dem französischen Konsul bei einem Streit über eine Geldangelegenheit mit dem Fliegenwedel einige Schläge in's Gesicht gegeben hatte, immer noch keine Rache genommen. Nun wurde ihm der Krieg erklärt, eine gewaltige Flotte ausgerüstet und 42,000 Mann eingeschifft. Den Oberbefehl übernahm der Kriegsminister Bourmont, jener so verhaßte Mann, welchem das Volk eher eine Niederlage als einen Sieg wünschte. Am 14. Juni landeten die Truppen fünf Stunden von der Stadt Algier; die Araber, 40—50,000 Mann stark, meist zu Pferd, griffen, bevor die französische Reiterei ausgeschifft war, am 19. Juni an, wurden zurückgeschlagen und mußten ihr Lager samt den Kriegs- und Mundvorräthen in den Händen ihrer Feinde lassen. Darauf rückten die Franzosen gegen Algier vor, besetzten die beherrschenden Höhen und beschoßen die Stadt am 4. Juli von der Land- und Seeseite aus. Der Dei mußte sich ergeben und schiffte sich mit seinen Schätzen nach Neapel ein. Die Franzosen hielten am 5. Juli ihren Einzug in Algier, wo sie 48 Millionen Franks bares Geld und eine Menge werthvoller Waaren und Kriegsvorräthe fanden.

Aber wenn die Minister glaubten, sie können durch diese glänzende That die Nation berauschen, so konnten sie an dem Ausfall der Wahlen sehen, wie sehr sie sich getäuscht hatten. Daß diese Expedition nichts anderes als ein Ableitungskanal für die politische Aufregung sein sollte, lag zu sehr auf der Hand, als daß sie hätte einen Eindruck machen können. Die Aufforderung, welche die Gesellschaft „Aide-toi" erlassen hatte, man solle die 221 Unterzeichner der Adresse wiederwählen, fiel auf einen günstigen Boden. Unter den Neugewählten zählte das Ministerium nur 145 Anhänger, die Opposition 272, darunter 202 von jenen 221. Zum zweitenmal hatte das Land sich hören lassen. Wurde es aber auch gehört? Der König stützte sich auf Artikel 14 der Charte, welcher ihn ermächtigte, „die zum Vollzug der Gesetze und zur Sicherheit des Staates nöthigen Verfügungen und Verordnungen zu erlassen." Wenn er dies so verstand, als ob er dadurch zu verfassungswidrigen Verordnungen berechtigt sei, so war er in einem ähnlichen Falle wie 1688 Jakob II. von England, welcher für sich das Recht in Anspruch nahm, sich und jedermann von jedem Gesetz zu dispensiren, worauf man ihm entgegnete, daß man nicht einsehe, wozu man dann noch ein Parlament, wozu man noch eine Gesetzgebung brauche.

Digitized by Google

Karl war zu einem großen Schlag entschlossen. Fünf „Ordonnanzen" sollten mit einem Mal wie mit einem Feldherrnwort Ruhe schaffen: die noch nicht einmal zusammengetretene Kammer wurde aufgelöst und neue Wahlen auf den September ausgeschrieben; das bisherige Wahlsystem wurde umgestürzt, die Wahlen zu einem Privilegium der reichsten Grundbesitzer gemacht und die Zahl der Abgeordneten von 430 auf 262 herabgesetzt; alle Zeitungen und Bücher unter 20 Bogen bedurften zu ihrem Erscheinen eine königliche Erlaubniß, die bei irgend einem Anlaß wieder entzogen werden konnte.

Dies waren Verfassungsänderungen, welche nur von der Kammer im Einklang mit dem König vorgenommen werden konnten, somit als königliche Ordonnanzen gesetzwidrig und ungiltig. Vorsicht war jedenfalls gut. Im Ministerrath wurde Polignac, welcher in Bourmonts Abwesenheit auch das Kriegsministerium verwaltete, gefragt, was für militärische Vorkehrungen getroffen seien. Er könne in wenigen Stunden 18,000 Mann in Paris versammeln, war seine Antwort. In Wahrheit aber konnte er bloß über 11,000 Mann verfügen, und diese hatten, da sie schon 1½ Monate in Paris lagen, mit der Bevölkerung bereits ziemlich fraternisirt. Zum Befehlshaber dieser Macht wurde Marschall Marmont ernannt, welcher dem Hof grollte, daß ihm nicht die Expedition nach Algier übertragen worden, welchem das Volk grollte, weil er 1814 zu den Bourbonen übergegangen war. Niemand war in das Geheimniß der Ordonnanzen eingeweiht als der König, der Dauphin und die Minister, nicht einmal Marmont, so daß er gar keine Dispositionen treffen konnte, nicht einmal der Polizeipräfekt, der übrigens „mit seinem Kopf dafür einstand, daß, was auch geschehe, Paris sich nicht regen werde."

Am 25. Juli wurden die Ordonnanzen in St. Cloud unterzeichnet. Noch einmal versicherte der vertrauensselige Polignac, daß ein Widerstand des Volkes unmöglich, daß die stärksten Vorsichtsmaßregeln getroffen seien. Der König war in nachdenklicher Stimmung und sagte beim Abschied zu seinen Ministern: „Es sind ernste Maßregeln; Sie können auf mich zählen, wie ich auf Sie zähle; von jetzt an ist es zwischen uns auf Leben und Tod." Nachts 11 Uhr wurde der Redakteur des Moniteur in's Justizministerium beschieden und ihm die Ordonnanzen zum Druck übergeben. „Nun?" fragte der Unterrichtsminister Montbel den hastig lesenden Redakteur, „was sagen Sie dazu?" „Gott erhalte den König und Frankreich!" erwiderte

Digitized by Google

dieſer. „Ich habe alle Kampftage der Revolution geſehen und gehe fort mit einem tiefen Schrecken vor neuen Erſchütterungen.“ Er eilte in die Druckerei, um am Morgen des 26. Juli das wichtige Aktenſtück in den Spalten des Moniteur den Pariſern zum Frühſtück mitzutheilen. Wenn dieſe ſich ebenſo darüber entſetzen, wie Herr Sauvo, der Redakteur, ſo fragte es ſich ſehr, ob Fürſt Polignac mit ſeinem Marmont und ſeinen 11,000 Mann eine Stadt wie Paris im Zaume halten konnte. Der Rubikon war überſchritten. Aber nicht jeder, der ihn überſchreitet, iſt ein Cäſar.

Zweiter Zeitraum.

1830—1848.

Die Julirevolution und ihre Folgen für Europa.

§. 7.

Frankreich und die „große Woche“.

Die konſtitutonelle Partei ſetzte ihre Hoffnung auf Louis Philipp, Herzog von Orleans. Dieſer Prinz, 1773 geboren, war der Sohn jenes berüchtigten Egalité, welcher in der Revolution ſein fleckenvolles Leben unter der Guillotine geendet hat; ſeine Ahnfrau war die edle Pfälzerin Eliſabeth Charlotte, welche das Unglück hatte, die Gattin jenes unmännlichen Philipp von Orleans, des Bruders Ludwigs XIV., zu ſein. Er war Bourbon wie König Karl; allein dieſer orleaniſtiſche Nebenzweig der königlichen Familie machte in mehreren ſeiner Glieder dem regierenden Hauſe Oppoſition und wurde deßwegen wie gar nicht zu demſelben gehörig angeſehen. Von Jugend auf zeigte er viel bürgerlichen Sinn, natürlichen Verſtand und bedeutendes Gedächtniß. Mit jugendlicher Begeiſterung warf er ſich in die Bewegung von 1789, wohnte der Zerſtörung der Baſtille bei und trat in den Jakobinerklub ein. In der Schlacht bei Jemappes diente er mit Auszeichnung als republikaniſcher Officier, verließ aber nach der Hin-

Digitized by Google

richtung des Königs mit General Dümouriez das Heer, begab sich in das österreichische Lager und von da in die Schweiz, wo er im Oktober 1793 in Reichenau bei Chur unter dem Namen Chabaud Latour eine nicht glänzende Stelle als Lehrer an einem Pensionat bekleidete, während seine Schwester Adèle im Kloster Bremgarten ein Asil fand. Nach einjährigem Aufenthalt reiste er, von Dümouriez zum Prätendenten aufgestachelt, von Reichenau ab, durchwanderte Skandinavien, lebte drei Jahre in Amerika, kehrte nach England zurück und wollte sich hier mit der älteren Bourbonenlinie versöhnen, wurde aber stets mit Mißtrauen angesehen. Seine Bemühungen, auf irgend einem Kriegsschauplatz, wie in Spanien, gegen Napoleon zu kämpfen, waren zu seinem Glück vergeblich; denn es wurde während der Julirevolution von seinen Freunden immer nachdrücklich hervorgehoben, daß er nie gegen Frankreich die Waffen getragen habe. Im Jahre 1809 vermählte er sich mit der neapolitanischen Prinzessin Marie Amalie. Bei seiner Rückkehr nach Frankreich bewunderte man seinen Scharfsinn und seine Kenntnisse, wogegen die Unfähigkeit der Bourbonen um so auffallender hervortrat. Er lebte mit seiner Familie sehr zurückgezogen, führte ein musterhaftes Privatleben voll Einfachheit und guter Zucht, schickte, was ihn sehr populär machte, seine Söhne gemeinschaftlich mit den Knaben bürgerlicher Abkunft, in das Collège de France und hielt viel auf geordnete Finanzen. Sein Streben nach Vermehrung seines Vermögens begünstigte König Karl, lehnte sogar das ungeheure Erbe des Herzogs von Condé im Namen seines Enkels, des Herzogs von Bordeaux, ab und wandte es Louis Philipps drittem Sohne, dem Prinzen von Aumale, seinem Pathen zu. Doch machte der Herzog von seinem Vermögen einen guten Gebrauch, unterstützte durch seine Aufträge Künstler und Handwerker und half vielen Unglücklichen.

Solche Tugenden, wozu noch seine natürliche Beredsamkeit, sein freier, offener Ton im Umgang mit Leuten jeden Schlags hinzukam, mußten ihn zu einem Mann des Volkes, besonders der gebildeten Klassen, der bourgeoisie machen. Durch seine Natur und seine Laufbahn war er zum Bürgerkönigthum wie geschaffen, und er war auch schon längst, schon 1814 entschlossen, die Krone anzunehmen, wenn sie ihm angetragen werde; nur wollte er sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß er es sei, der seine Verwandten vom Throne gestoßen habe. Nicht den besetzten, nur den erledigten Thron von Frank-

Digitized by Google

reich einzunehmen, hielt er sich für berechtigt. Von den royalistischen Kreisen heftig gehaßt, war er um so beliebter bei der Opposition; im Palais Royal und in seinem Lustschloß Neuilly sah man die Unzufriedenen ab- und zugehen, besonders den Advokat Dupin und den Bankier Lafitte, welche zu seinen vertrautesten Anhängern gehörten.

Kein Wunder, daß er mit dem Bourbonenhof, der in ihm seinen Seelenwärter sah, schlecht genug stand. Ludwig XVIII. und die Herzogin von Angoulême verhehlten ihm ihre Abneigung nicht. Verweigerte ihm doch jener sogar den Titel „königliche Hoheit". Und wie sehr verrieth er seine innersten Gedanken, als ihn die Herzogin von Berry bat, ihr ein Kabriolet zu geben, wie es der Herzog von Orleans habe! Er widerrieth ihr ein so leichtes, gefährliches Fuhrwerk, und auf die Einwendung der Berry, daß es ja auch für den Herzog gefährlich sei, erwiderte er, ob dieser den Hals breche, sei ihm ziemlich gleichgiltig. Nach der Ermordung der Herzogs von Berry wurde, da nun nach dem Dauphin der Herzog von Orleans der nächste Thronerbe, war, das Verhältniß noch schlechter. Und als bald darauf der Herzog von Bordeaux zur Welt kam und in englischen Blättern eine, freilich unächte, Protestation des Herzogs von Orleans gegen die Legitimität dieses Kindes, das ihm seine Hoffnung auf den Thron wie vom Munde weggenommen hatte, zu lesen war, kam es beinahe zu einem neuen Exil. Selbst König Karl, der sein gleichstarkes Mißtrauen mehr zu verbergen wußte, mußte sich Gewalt anthun, um mit einiger Unbefangenheit seine Gäste, das neapolitanische Königspaar, zu einem Ball bei dem Herzog von Orleans zu begleiten. Es war 1830 in jener politschen Gährung, kurz vor den verhängnißvollen Wahlen. Herr von Salvandy machte sich an den Herzog und flüsterte ihm zu: „Es ist ein wahrhaft neapolitanisches Fest, man tanzt auf einem Vulkan." Dieser gieng auf dieses Thema ein und erwiderte, „auch ihm komme es so vor; die Schuld liege nicht an ihm; er habe dem König vergebens die Augen zu öffnen gesucht; er wisse nicht, wo sie in sechs Monaten sein werden; wo er sein werde, das wisse er; er werde sein Schicksal von dem des Landes nicht trennen; dies sei sein unabänderlicher Entschluß." Nicht sechs Monate, sondern kaum ein paar Wochen darauf kam der Herzog in die Lage, sich etwas deutlicher über seinen Entschluß äußern zu müssen.

Am Montag den 26. Juli waren die Ordonnanzen im Moniteur zu lesen. Die Gebildeten wurden mit Staunen und Unwillen erfüllt,

Digitized by Google

die Masse hatte noch nicht das rechte Verständniß hiefür. Es bildeten sich da und dort Versammlungen von Wählern und von Journalisten. Man sprach von Protesten, die Eifrigsten verlangten Thaten. In dem Bureau des von Thiers redigirten National gieng es sehr lebhaft her. Während einige größere Blätter sich dem Gebot fügten und die Erlaubniß für ihr weiteres Erscheinen einholten, kehrten sich die Oppositionsblätter nicht an die Verordnung. Die Journalisten versammelten sich bei Thiers und entwarfen einen Protest, der 43 Unterschriften erhielt und noch am Abend gedruckt wurde. Im Garten des Palais Royal wurden die Ordonnanzen von jungen Leuten laut vorgelesen. Die Drucker zogen Abends in geschlossenen Reihen durch die Straßen und riefen: „Nieder mit den Ministern!" Polignac fuhr gerade nach seinem Palais. Er wurde mit Steinwürfen empfangen und seine Bureaufenster eingeworfen. Der König kam spät Abends von der Jagd zurück. Marmont theilte ihm mit, daß auf den heutigen Moniteur hin die Papiere fallen. „Sie werden wieder steigen", antwortete der König.

Die Lage wurde am folgenden Tage weit ernster. Der Polizeipräfekt ließ die Pressen des National und des Temps, welche beide den Protest gedruckt hatten, zerstören oder zerlegen. Sie wurden mit leichter Mühe wieder hergestellt. Der Protest wurde in allen Läden und Café's mit Begierde gelesen. Auf den Straßen sah man bereits ein sehr verdächtiges Wogen. Die entlassenen Druckereigehilfen, viele Fabrikarbeiter, Studenten und Handelsgehilfen zogen in Menge nach dem Palais Royal, warfen mit Steinen nach den Gensdarmen, errichteten Barrikaden, Marmont ließ Abends Truppen gegen sie anrücken, mehrere Personen wurden verwundet oder getödtet, die Wuth des Volkes dadurch noch mehr gereizt. Alle Straßenlaternen wurden zertrümmert, dadurch alle Verbindung zwischen den Kasernen und Militärposten unmöglich gemacht, und statt Artillerie aus Vincennes und was von Truppen sonst noch aufzutreiben war, kommen zu lassen, that der verdrossene Marmont für den andern Tag nichts, obgleich alle Anzeichen auf einen Schlachttag hinwiesen. Das Volk hatte bereits die Waffenläden ausgeraubt, und wie wenig geneigt die Truppen waren, auf dasselbe zu schießen, hatte der Marschall bereits bemerken können. Nur die Garde und die Schweizer waren zuverläßig.

Am Mittwoch den 28. Juli war es schon in aller Früh lebendig auf den Straßen. Ueberall sah man Bewaffnete, sogar National-

Digitized by Google

gardisten in Uniform, das Pflaster wurde aufgerissen, Barrikaden errichtet, die Häuser mit Wurfmaterial angefüllt, in den Militärmagazinen Waffen genommen, Pulver und Blei in den Kaufläden geholt, die königlichen Lilien und Wappen weggerissen, die Schilder der Hoflieferanten eingezogen, und „Nieder mit den Bourbonen!" war der Ruf des Tages, nicht mehr: „Nieder mit den Ministern!" Das Stadthaus wurde in einem raschen Anlauf genommen, und von hier und von dem Thurme von Notre-Dame wehte das Abzeichen der Revolution, die Tricolore. Jetzt erst wurde der Befehl nach Paris gebracht, die Stadt in Belagerungszustand zu erklären. Aber welches waren die Mittel, ihn auszuführen? Der Polizeipräfekt und seine Beamten verkrochen sich oder entflohen, und Marmont sollte mit seinen wenigen, meist entmuthigten Truppen einen Kampf gegen die große Stadt beginnen, in welcher alles, was Arme und Fäuste hatte, selbst Frauen und Knaben, zum verzweifelten Widerstand entschlossen war. Es war mehr als ein bloßer „Nachttopfkrieg", wie die Soldaten sich ausdrückten. Marmont hielt seine Soldaten in der Nähe der Tuilerien zusammen und entsandte vier Abtheilungen derselben nach den wichtigsten Straßen und Plätzen. Ueberall fanden sie Barrikaden, die, wenn sie eben genommen waren, hinter ihnen sich wieder schloßen, und auf den Dächern, an allen Fenstern lauerten auf sie die Aufständischen. Zwar gelang es dem General Talon, nach hartnäckigem Kampfe, nach einem Hagel von Kartätschen, das Stadthaus zu erobern; aber hier war er selbst ein Belagerter und mußte froh sein, wenn er Nachts mit heiler Haut zu den Tuilerien zurückkam. Die übrigen Abtheilungen richteten nichts aus, und da für Lebensmittel gar nicht gesorgt war, und die Truppen in der glühenden Juli-Hitze den ganzen Tag ohne Erfrischungen gelassen waren, so befanden sie sich in der kläglichsten Stimmung. Die Barrikadenkämpfer dagegen, zum Theil von Polytechnikern angeführt, wurden von allen Seiten mit Lebensmitteln versehen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als sämtliche Truppen Abends aus der Stadt wieder zurückzuziehen und die alte Stellung einzunehmen. Sie hatten zwar nicht mehr als 400 Kampfunfähige, aber ihr Muth und ihre Kampflust war vollständig dahin. Selbst Officiere der Garde weigerten sich, länger gegen das Volk zu kämpfen, und nahmen ihre Entlassung. Marmont gab bereits alles verloren. Er wollte aus Paris kein zweites Saragossa machen. Somit blieb ihm nur die Rolle des Besiegten übrig.

Digitized by Google

Nachmittags hatten sich mehrere Abgeordnete bei Périer versammelt. Auch Lafayette und Lafitte waren anwesend. Man beschloß fünf Mitglieder zu Marmont zu senden und ihn zur Einstellung des Kampfes aufzufordern. Sein Freund Arago war kurz vorher bei ihm gewesen und hatte ihm zugesprochen, den Oberbefehl geradezu niederzulegen. Aber er konnte dies mit seiner militärischen Ehre nicht vereinigen; denn „in diesem Augenblick seine Entlassung zu geben, sei Verrath." Auch dem Verlangen der fünf Abgeordneten konnte er nur dann entsprechen, wenn auch das Volk die Feindseligkeiten einstellte. Im übrigen erklärte er sich mit ihren Beschwerden gegen die Regierung einverstanden und schickte einen Adjutanten nach St. Cloud mit einem Schreiben, worin er dem Könige rieth, dem Wunsche des Volkes gemäß die Ordonnanzen zurückzunehmen und das Ministerium zu entlassen. Aber Karl sah in der Bewegung nicht eine Revolution, sondern ein von dem Herzog von Orleans angezetteltes Komplot, mit welchem Marmont bald werde fertig werden. Und doch mehrten sich für diesen die Schwierigkeiten in's Ungeheure. Gleich nach Zurückziehung der Truppen wurden Nachts in allen Straßen von 20 zu 20 Schritten Barrikaden errichtet und so die Stadt zu einer für Reiterei und Artillerie undurchdringlichen Festung gemacht.

Marmont hatte am Donnerstag den 29. Juli kaum noch 7000 Mann beisammen. Er versuchte Unterhandlungen und erließ eine Proklamation, worin er die Feindseligkeiten einzustellen versprach, wenn das Volk ebendasselbe thue. Aber es war niemand da, um sie zu drucken, niemand, um sie zu verbreiten. Da kam die Nachricht, daß zwei Regimenter zum Volk übergegangen seien. Rasch erfolgte nun die Entscheidung. Der Louvre wurde erstürmt, in die Tuilerien eingebrochen und dort manches Kostbare geplündert und zerschlagen, die Scenen von 1792 wiederholt, der erzbischöfliche Palast von einer wilden Menge von Männern und Frauen, die auf Jesuiten Jagd machten, durchstreift, Bücher und Meßgewänder zum Fenster hinausgeworfen, alles bis auf die Grundmauern verwüstet. In der Wuth des Kampfes wurden manche vereinzelte Posten unbarmherzig niedergemetzelt. Gegen Abend hörte aller Kampf auf. Das Volk war auf allen Punkten Sieger. Marmont mußte den Befehl zum Rückzug nach St. Cloud ertheilen. Auf beiden Seiten zählte man 951 Todte und 5078 Verwundete.

Nun war es für die Abgeordneten, welche bei Lafitte versammelt

Digitized by Google

waren, Zeit, der bisher negativen Bewegung eine positive Richtung zu geben und den tosenden Strom wieder in sein Bett zurückzuleiten. Als provisorische Regierung wurde ein „städtischer Ausschuß" gewählt, der aus Lafitte, Périer, Lobau, Audry de Puyraveau, Mauguin und Odilon Barrot bestand; Lafayette, der alte Republikaner, wurde wieder Befehlshaber der Nationalgarde; beide Gewalten schlugen ihren Sitz im Stadthaus auf und erledigten die dringendsten Geschäfte.

Jetzt erst, als Marmont mit seinen Adjutanten voll Schweiß und Staub in St. Cloud ankam und das ganze Gemälde des heutigen Paris enthüllte, entschloß sich der König, die Ordonnanzen zurückzunehmen, das Ministerium zu entlassen, die verhaßte Oppositionskammer auf den 3. August einzuberufen, die Nationalgarde wiederherzustellen und ein neues Ministerium unter dem Herzog von Mortemart zu ernennen. Mit dieser Nachricht, welche am 27. Juli die Dynastie noch hätte retten können, eilten drei Unterhändler rasch nach Paris, wurden aber dort von den Abgeordneten und dem Ausschuß unter dem Vorwand, daß sie keine schriftliche Vollmacht hätten, abgewiesen. Von dem Volkshaufen aber bekamen sie den Ruf zu hören: „Zu spät! Keine Bourbonen mehr!" Die nämliche Antwort erhielt auch der Herzog von Mortemart, als er am folgenden Morgen nach Paris kam und für sein neues Ministerium werben wollte.

Doch war es nun Zeit, die Frage über eine definitive Regierung zur Entscheidung zu bringen. Sie hieß ganz einfach! Republik oder Monarchie? Die Männer, welche den Sieg erfochten, die Menge der Arbeiter, die Studenten, die übrige Jugend, die alten Carbonari wollten nichts mehr von einem Königthum wissen, sprachen von der Souveränetät des Volkes, das selbst seine Regierung zu bestimmen habe, und die „Gesellschaft der Volksfreunde", aus lauter entschiedenen Republikanern bestehend, erließ in diesem Sinne eine Proklamation. Um so rascher mußten diejenigen handeln, welche die Monarchie unter einem anderen Haupte erhalten wissen wollten. Dazu gehörte der größere Theil der Abgeordneten, der mittlere Bürgerstand, die Nationalgarde, welche alle zu dem Sieg wenig oder nichts beigetragen hatten, aber die Republik nicht ohne ihre Schrecken sich denken konnten. Ein einziger Mann hatte damals die Entscheidung in seiner Hand. Wenn Lafayette, welcher ein unbegrenztes Vertrauen genoß, das Wort „Republik" aussprach, so wurde sie im Moment von Tausenden ausgerufen und bildete ein unumstößliches fait accompli. Er sprach es

Digitized by Google

am Freitag den 30. Juli nicht aus, und Lafitte und seine Freunde boten alles auf, ihn für den Mann ihrer Partei zu gewinnen.

Schon am 28. Juli hatte Lafitte, welcher als Oppositionsmitglied, als Mann von Charakter und als reicher Bankier einen Namen von gutem Klang hatte, auf den Herzog von Orleans angespielt. Am 29. hatte er zu ihm nach Neuilly geschickt und ihm sagen lassen, er solle schleunigst nach Paris kommen, sonst werde morgen die Republik oder der Herzog von Reichstadt ausgerufen; er habe also zu wählen zwischen einer Krone und einem Paß. Doch der Herzog war sehr auf seiner Hut; er wollte erst den vollständigen Sieg abwarten, um ja nichts von St. Cloud fürchten zu müssen. Er zog sich daher, um von seinen Freunden nicht fortgerissen zu werden, in ein benachbartes Haus zurück. Am Freitag kam Thiers, welcher bereits in einer Proklamation für ihn thätig gewesen war, nach Neuilly, traf ihn dort nicht, fand die Herzogin sehr zurückhaltend, dagegen seine Schwester Adèle entschlossen, ihren Bruder zur Einwilligung zu bewegen. Nach seiner Rückkehr nach Paris wohnte Thiers einer Versammlung von 50 Abgeordneten im Palais Bourbon bei, welche unter Lafitte's Vorsitz vorerst beschloßen, den Herzog von Orleans zum Generallieutenant des Königreichs zu ernennen und ihn einzuladen, nach Paris zu kommen. Zwölf Mitglieder giengen in das Palais Royal und schickten, da sie ihn dort nicht trafen, ein Schreiben nach Neuilly.

Jetzt erst und nachdem ihm auch Fürst Talleyrand zur Annahme gerathen hatte, verließ er sein Versteck und kam, ein dreifarbiges Band um seinen Hut, um Mitternacht im Palais Royal an. Er ließ den Herzog von Mortemart zu sich rufen und sagte ihm: „Melden Sie dem König, daß man mich mit Gewalt hieher geführt hat, aber daß ich mich lieber werde in Stücke hauen lassen als die Krone auf mein Haupt setzen." Bald darauf kam aber die Deputation der 12 Abgeordneten und erklärte ihm, er scheine die Wahrheit nicht zu kennen; von König Karl könne keine Rede mehr sein. Darauf gab er ihnen eine Proklamation mit, welche mit den Worten schloß: „Die Charte wird fortan eine Wahrheit sein." Freudig nahmen die Abgeordneten diese auf, begaben sich auf die Nachricht, daß Louis Philipp persönlich in das Stadthaus sich verfügen wolle, ins Palais Royal, Lafitte las ihm eine Erklärung vor, worin die neuen Freiheiten aufgezeichnet waren, und nun gieng Mittags 3 Uhr am 31. Juli der ganze Zug, ein Trommler voran, der Herzog mit einem Adjutanten

Digitized by Google

zu Pferd, Nationalgardeofficiere und Abgeordnete Arm in Arm hinter ihm, durch die unermeßliche Volksmenge, welche zum Theil mit drohenden Blicken nach dem neuen Thronkandidaten sah, nach dem Stadthaus, wo Lafayette ihm eine dreifarbige Fahne in die Hand gab und mit ihm ans Fenster trat. Der Herzog schwang sie dem Volke zu und umarmte Lafayette. Monarchie und Republik schienen sich hier in den Armen zu liegen. So faßte es die Menge auf und rief unter unendlichem Jubel: „Es lebe der Herzog von Orleans! Es lebe Lafayette!"

Die „Gesellschaft der Volksfreunde", über diesen Ausgang der „großen Woche" nicht sehr erfreut, legte am folgenden Tage Lafayette das „Programm des Stadthauses" vor und beauftragte ihn, die darin enthaltenen Volksrechte sich von dem Herzog durch Unterzeichnung garantiren zu lassen. Die Schrift in der Tasche machte er Louis Philipp seinen Gegenbesuch im Palais Royal und sagte ihm hier unter anderem: „Sie wissen, daß ich Republikaner bin und die amerikanische Verfassung für die vollkommenste halte." „Ich denke ebenso," erwiderte der Herzog, „man kann nicht zwei Jahre in Amerika gewesen sein, ohne diese Ansicht zu theilen. Aber glauben Sie, daß man diese Verfassung in der Lage Frankreichs, nach dem Stande der allgemeinen Meinung annehmen könne?" „Nein!" sagte Lafayette, „was Frankreich braucht, ist ein volksthümlicher Thron umgeben mit republikanischen, völlig republikanischen Einrichtungen." „So verstehe auch ich's," versetzte Louis Philipp. Ueber diese politische Harmonie ganz entzückt, hielt der alte General es für unnöthig, das Programm vorzulegen, und verbürgte sich bei den Republikanern für den Herzog, den Patrioten von 1789. Dieser ernannte nun sein Ministerium, worin der Republikaner Dupont de l'Eure die Justiz, der Doktrinär Guizot das Innere, Gérard das Kriegswesen übernahm und des Herzogs vertrauteste Anhänger: Lafitte, Dupin, Périer, Broglie Minister ohne Portefeuille waren.

Inzwischen hatte sich der Hof von St. Cloud entfernt. Der König hatte Marmont den Oberbefehl abgenommen und dem unfähigen Dauphin übertragen. Die Desertion der Truppen nahm zu, auch Versailles erklärte sich für die Revolution, und ein Gerücht sagte, daß 1500 Bewaffnete unterwegs seien, um das Schloß in der Nacht zu überrumpeln. Sofort floh alles in der Nacht auf den 31. Juli nach Trianon und nach kurzer Rast, auf die Antwort Lafayette's, daß

Digitized by Google

alle Versöhnung unmöglich sei, weiter nach Rambouillet, wo auch die Herzogin von Angoulême, welche die Bäder von Vichy gebraucht hatte, eintraf, keiner günstigen Nachkur entgegensehend. Die Minister machten sich nun aus dem Staub und suchten die Grenze zu erreichen; drei derselben gelang es; Polignac und drei andere wurden ertappt und nach Vincennes gebracht. Die Entmuthigung des Hofes wuchs. Von Rambouillet aus schickte Karl dem Herzog seine Bestallung als Generallieutenant von Frankreich, erhielt aber zur Antwort, daß er dies durch die Wahl des Volkes, nicht durch königliche Gnade sei. Darauf zeigte ihm Karl am 2. August an, daß er und der Dauphin die Krone zu Gunsten seines zehnjährigen Enkels, des Herzogs von Bordeaux, niederlege, und beauftragte ihn, die Thronbesteigung Heinrich V. zu verkündigen. Louis Philipp theilte am 3. August der Kammer die Abdankung mit, aber nicht, zu wessen Gunsten sie ausgesprochen sei, sprach kein Wort von einem Heinrich V. und ließ es sogar zu, daß die alte Protestation gegen die Aechtheit desselben aufs neue veröffentlicht wurde. Er steuerte bereits mit vollen Segeln der Krone von Frankreich zu und konnte es kaum erwarten, bis er den Hof glücklich über das Wasser gebracht habe. Daher schickte er vier Kommissäre an ihn, um ihn im Interesse seiner eigenen Sicherheit zur Entfernung von Rambouillet zu bewegen. Karl nahm die Kommissäre nicht an, worauf es in Paris hieß, er wolle mit seiner Garde gegen die Hauptstadt anrücken, die Vendée aufrufen, neues Blutvergießen veranlassen. Nun erscholl in den Straßen der Ruf: „nach Rambouillet!“ 6000 Nationalgarden unter General Pajol wurden von der Regierung aufgeboten, eine Menge Blusenmänner, die Helden vom 28. Juli, schloßen sich an, Kutschen und Omnibus wurden requirirt, und so brachen 20,000 Mann, „die seltsamste und interessanteste Armee“, wie Lafayette bezeugte, am 3. August auf und lagerten sich Abends drei Stunden von Rambouillet. Die Kommissäre waren ihnen vorausgeeilt, wurden endlich vorgelassen und sprachen dem König von 60,000 anrückenden Parisern. Dieser hatte noch 8000 Mann bei sich, und General Vincent war bereit, mit einigen Kanonenschüssen und einem entschlossenen Angriff das ganze wilde Heer nach Paris zurückzuwerfen. Aber Karl, für seinen Enkel noch hoffend, willigte jetzt in die Abreise und brach in Begleitung der Kommissäre am 4. August nach Cherbourg auf. Auf der ganzen Reise wurde er von der Bevölkerung mit sichtbarem Unmuth empfangen.

Digitized by Google

In Argentan erfuhr er die Erhebung Louis Philipps zum König der Franzosen und äußerte: „es seien dies seine hundert Tage; sie würden nicht so lange dauern wie die seines Bruders; er habe mit keinem Napoleon zu thun.“ In solchen Illusionen sich wiegend erreichte er, nachdem er seine Garde verabschiedet hatte, am 16. August Cherbourg, schiffte sich mit seiner Familie auf einem amerikanischen Schiffe ein und landete am folgenden Tage in England, wo er von der Regierung nicht als König, sondern als Privatmann aufgenommen wurde. Kurze Zeit wohnte er auf dem Schloß Lullworth, begab sich dann nach Edinburg und 1832 nach Oesterreich, wo er am 6. November 1836 in Görz starb. Ebendaselbst starb auch sein Sohn, der Herzog von Angoulême, am 3. Juni 1844. Dessen Gemahlin, die unglückliche Marie Therèse, starb am 19. Oktober 1851 in Frohsdorf, dem Aufenthalt des Herzogs von Bordeaux.

Karl X. hatte seine Abreise hauptsächlich deßwegen nicht sehr beschleunigt, weil er auf eine legitimistische Erhebung im Süden oder Westen Frankreichs rechnete. Aber nirgends zeigte sich davon eine Spur. Die Departements, welche die 272 Oppositionsmänner in die Kammer gewählt hatten, waren mit den neuesten Beschlüssen derselben ganz einverstanden. Ueberall vollzog sich der Umschwung auf eine sehr einfache Weise mit dem Uebergang des Militärs und seinem Anschluß an die Bürger. Nur Lyon hatte die Entscheidung von Paris nicht erst abgewartet, sondern auf die Ordonnanzen hin am 29. Juli Barrikaden errichtet, eine provisorische Regierung eingesetzt, jedoch bei der Neutralität der Truppen einen unblutigen Aufstand gefeiert. Selbst in Algier wurde die dreifarbige Fahne von Flotte und Heer aufgepflanzt, und der zum Marschall ernannte Bourmont mußte die Flucht ergreifen. Was man den Bourbonen geweissagt hatte, war eingetroffen. Ihre Restauration hatte sich als ein politischer Fehlgriff erwiesen.

Am 3. August wurde die Kammer von dem Herzog von Orleans eröffnet, die Abdankung des Königs und des Dauphins mitgetheilt, vom Herzog von Bordeaux nichts erwähnt. Die Frage, ob und wie die Charte zu verändern sei, erregte lebhaften Streit zwischen den Liberalen und Radikalen. Das Vertrauen auf Louis Philipp war so stark, daß man sich mit wenigen Verbesserungen begnügte. Der Thron wurde für erledigt erklärt und Louis Philipp zum König der Franzosen ernannt. Die Abgeordneten begaben sich am 7. August in

Digitized by Google

feierlichem Zuge nach dem Palais Royal und theilten dem Herzog ihre Beschlüsse mit. Nachts kam noch eine Deputation der Pairskammer und überbrachte die Zustimmung derselben zu der Erklärung der Abgeordneten. Am 8. August erschien Louis Philipp im Palais Bourbon, leistete vor den versammelten Kammern den Eid auf die Charte und wurde darauf als König ausgerufen. Die Revolution war — für diesmal wieder — geschlossen. Eine „neue Aera" begann.

§. 8.

Die Folgen der Julirevolution in Belgien, England, Deutschland, Schweiz, Italien und Polen.

Die ersten Wellenschläge der französischen Revolution empfand das benachbarte Belgien. Seit einem Jahrzehnt hatte sich dort Zündstoff genug aufgehäuft, eine Explosion wurde schon längst vorausgesagt. Auch diesen Mißgriff, wie den mit der Restauration der Bourbonen, hatten die Verbündeten von 1814 auf ihrem Gewissen. Um gegen Frankreichs Uebergriffe im Norden ein stärkeres Bollwerk zu haben, bestimmte der Wiener Kongreß, daß das südliche Belgien mit dem nördlichen Holland als ein „Gebietszuwachs" unter dem Hause Oranien vereinigt werde. Damit war zugleich eine Hegemonie Hollands anerkannt, Belgien als eine Art Unterthanenland betrachtet und auch behandelt. Und doch kamen in diesen vereinigten Niederlanden zwei Drittheile der Bevölkerung auf Belgien, ein Drittheil auf Holland. Mehr als zwei Jahrhunderte waren die beiden Länder jedes seine eigenen Wege gegangen. Seit 1579, seit der Trennung Hollands von dem Spanien Philipps II., waren sie, mit Ausnahme weniger Jahre unter der napoleonischer Herrschaft, von einander geschieden: Belgien blieb unter spanischer, später österreichischer Herrschaft, Holland schwang sich als junge Republik zu einer Seemacht ersten Rangs empor und beherrschte ein ungeheures Kolonialgebiet. In den humanistischen Studien und in der Malerei rivalisirte es mit Deutschland und Italien.

Zu dieser Verschiedenheit des Lebensgangs kamen noch tiefer liegende Gegensätze, konfessionelle und sprachliche. Belgien ist katholisch und hatte als Geschäftssprache und als Sprache der gebildeten Gesellschaft die französische, obgleich zwei Drittheile der Bevölkerung,

Digitized by Google

der nördliche Theil, einen dem holländischen verwandten Dialekt, den vlämischen, sprechen. In Holland dagegen hatte sich der Kalvinismus früh festgesetzt, und seine Sprache ist ein germanischer Dialekt. Aus Haß gegen alles Französische suchte König Wilhelm die französische Sprache immer mehr einzuschränken, was sich in den südlichen Provinzen im Gerichtswesen und beim Militär unangenehm bemerklich machte. Die belgische Geistlichkeit, welche sich nur ungern unter einer protestantischen Regierung sah, fühlte sich in ihrer Existenz bedroht, als der König das ganze Unterrichtswesen, diese Domäne der Hierarchie, unter die Aufsicht der Regierung stellen wollte. Die belgischen Schulen, Gymnasien und Universitäten wurden sehr gehoben und 1825 ein philosophisches Kollegium errichtet, welches jeder besuchen mußte, der in ein bischöfliches Seminar eintreten wollte. Durch dieses zeitgemäße Institut sollte den Ausschreitungen des Ultramontanismus ein Damm entgegengesetzt werden. Dieser nahm den Kampf auf. So groß auch sein Einfluß auf das Volk war, so hatte die Regierung doch nichts zu fürchten, wenn sie die liberalen Elemente für sich hatte. Aber auch diese stieß sie von sich durch Aufhebung der Geschwornengerichte, durch Maßreglung der oppositionellen Justizbeamten, durch Beschränkung der Preßfreiheit und durch die bestimmte Weigerung, ein Gesetz über Minister-Verantwortlichkeit vorzulegen. Da weder die Klerikalen noch die Liberalen für sich etwas erreichen konnten, so entstand der unnatürliche Bund dieser beiden großen Parteien. Jene halfen diesen in ihrer Agitation für Preßfreiheit, diese jenen in dem Streben nach Unterrichtsfreiheit, wodurch die Geistlichkeit alle Volkserziehung wieder in ihre Hände zu bekommen hoffte.

Diese Mißstände hätten in den Generalstaaten, dem Parlament, beseitigt werden können. Aber auch hier waren die Belgier im Nachtheil. Denn trotz ihrer bedeutenden Mehrzahl hatten sie nicht mehr Abgeordnete, als die Holländer, beide Staaten je 55. Während die holländischen Mitglieder wie eine geschlossene Phalanx dastanden, waren die belgischen, unter welchen die Regierung manche auf ihre Seite zu ziehen vermochte, nicht in gleichem Grade einig, konnten also nichts durchsetzen.

Auch die materiellen Interessen, so sehr sie der für industrielle Unternehmungen, schon aus Gewinnsucht, begeisterte König unterstützte, entzweiten die beiden Staaten. Belgien sollte in die ungeheure holländische Schuld eintreten und zur Tilgung derselben mit ungewohnten

Digitized by Google

Steuern, mit einer Auflage auf Brot und Fleisch sich belasten lassen. Gerade das Letztere reizte das niedere Volk am meisten auf, und so gelang es im Jahre 1829 der Opposition, fast lauter Liberale in die Generalstaaten zu wählen. Ebendamals ließ sich der König durch die freudige Aufnahme, die er auf seiner Reise in den belgischen Städten fand, über die wahre Stimmung des Landes ebenso täuschen, wie Karl X. im Elsaß. Beim Empfang der Stadtbehörden in Lüttich erklärte er, daß er nun wisse, was er von den angeblichen Beschwerden zu halten habe, daß er darin nur die Absichten einiger Wenigen, die ihre Sonderinteressen hätten, erkenne; ein solches Betragen sei infam. Alsbald that sich in Flandern, dem Herd der Klerikalen, ein Orden zusammen, dessen Mitglieder eine Medaille trugen mit der Aufschrift: „fidèles jusqu' à l'infamie!" mit Anspielung auf jenen Wahlspruch der Geusen von 1566: „Getreu bis zum Bettelsack!" Die Aufregung steigerte sich durch eine den Absolutismus des Königs gar zu sehr verrathende Botschaft an die Generalstaaten vom 11. December 1829 und durch ein Rundschreiben des Justizministers van Maanen und des Ministers des Innern an alle ihre Untergebenen, wonach diese augenblicklich eine förmliche Erklärung über ihre Zustimmung zu den Principien der Botschaft abgeben sollten. Die Holländer jubelten über den Streich, der gegen die Belgier geführt worden war, diese sprachen in ihrer Presse von dem Manifest des Despotismus gegen die Freiheit und setzten van Maanen, die Seele des Ministeriums, auf eine Linie mit Polignac. Man dachte bereits an die Losreißung Belgiens, an eine besondere Verfassung und Verwaltung des Landes. Was half es, daß nun die Regierung auf das Andrängen der belgischen Opposition einige Konzessionen in den Sprachstreitigkeiten und in der Presse machte und das philosophische Kollegium zu Löwen aufhob! Sie hatte ihren wahren Charakter zu deutlich gezeigt und eben erst durch Absetzung von Beamten und Bestrafung von Schriftstellern auf's neue sich verhaßt gemacht. Unter den letzteren befand sich de Potter, welcher den Vorschlag machte, eine Konföderation zu bilden, um sämtliche Mitglieder derselben gegen alle Schläge der Gewalt sicher zu stellen. Er wurde verhaftet und im April 1830 auf acht Jahre des Landes verwiesen. Kaum war er auf seiner Reise nach Lausanne in Aachen angekommen, so hörte er von den Ereignissen der Juliwoche in Paris, begab sich nun nach Frankreich und setzte sich von Paris aus mit seinen Freunden in Brüssel in Verbindung.

Digitized by Google

Der Gedanke lag so nahe, in Belgien sich einer antinationalen Regierung ebenso zu entledigen, wie dies eben in Frankreich geschehen war. Dabei glaubte man auf das Julikönigthum und auf die Begeisterung des französischen Volkes sicher rechnen zu dürfen. De Potter's intimster Freund, Gendebien, reiste nach Paris, um dort die Vereinigung seines Vaterlandes mit Frankreich zu betreiben und ein belgisches Hilfsheer zur Eroberung der Rheingrenzen anzubieten. Aber Louis Philipp hatte keine Lust, den Thron, welchen er soeben bestiegen hatte, durch einen Eroberungskrieg in Frage zu stellen, und wies das Anerbieten ab. Darauf arbeitete Gendebien und seine Freunde auf eine Volksbewegung hin, um, wenn allenfalls Preußen die Holländer unterstütze, Frankreich zur Besetzung Belgiens zu zwingen. Sie giengen so offen zu Werke, daß sie geradezu durch Anschläge bekannt machten: „Montag Feuerwerk, Dienstag Beleuchtung, Mittwoch Revolution!"

Und was thaten die königlichen Beamten, um die Aufregung zu beschwichtigen? Sie ließen am 25. August 1830 im Theater zu Brüssel die Oper: „Die Stumme von Portici" aufführen, in welcher die Erhebung der Neapolitaner gegen die spanische Herrschaft, unter Führung des Fischers Masaniello, gefeiert wird. Jede Anspielung auf die heimischen Zustände wurden aufs lebhafteste beklatscht, und draußen riefen die Haufen des niederen Volkes: „Es lebe de Potter! Nieder mit van Maanen!" Nach Beendigung der Oper stürzte sich das Volk auf die Häuser des ministeriellen Redakteurs Libri und des Justizministers van Maanen!" Das eine wurde gänzlich verwüstet, das andere niedergebrannt. Nachts wurden alle Waffenläden geplündert, das Zerstörungswerk am 26. fortgesetzt, die dreifarbige brabantische Fahne auf dem Stadthaus aufgepflanzt, die königlichen Wappen zerstört. Bei der Zunahme des vom niedersten Volke ausgehenden Skandals erhob sich die Bürgerschaft, bildete eine Bürgergarde, unterdrückte die Anarchie, veranstaltete eine Versammlung der angesehensten Männer am 28. August und beschloß, an den König eine Deputation zu schicken, um ihn um Aenderung seines bisherigen Regierungssystems, um Entlassung seines Ministeriums und um alsbaldige Zusammenrufung der Generalstaaten zu bitten. Der Aufstand verbreitete sich rasch über das ganze Land, überall siegreich, mit Ausnahme weniger Festungen. Aber der König wollte so wenig als Karl und Polignac von Zugeständnissen etwas wissen, bevor Belgien wieder unterworfen sei, und schickte seinen ältesten Sohn, den Prinzen

Digitized by Google

von Oranien, nach Brüssel, um sich zu orientiren, den zweiten, den Prinzen Friedrich, nach Antwerpen, um Truppen zusammenzuziehen. Zugleich berief er die Generalstaaten auf den 13. September zu einer außerordentlichen Sitzung nach dem Haag. Sein Plan war, die Sache dadurch hinauszuziehen und einstweilen Brüssel zu besetzen. Der Deputation erklärte er, er lasse sich nicht die Pistole auf die Brust setzen und zur Entlassung van Maanens nöthigen.

Die Prinzen kamen am 31. August mit den Truppen in Vilvoorden, zwei Stunden von Brüssel, an, ließen den Baron Hoogvorst, den Befehlshaber der Bürgergarde, in ihr Hauptquartier kommen, um mit ihm über die Herstellung der königlichen Gewalt zu berathen. Dieser lud Oranien ein, ohne Truppen nach Brüssel zu kommen; er aber bestand auf dem Einzug der Truppen und der Wiederherstellung der königlichen Abzeichen. Als Hoogvorst diese Antwort nach Brüssel brachte, entstand eine ungeheure Aufregung: alles schrie nach Waffen, Weiber und Kinder machten sich an die Arbeit, Patronen wurden verfertigt, Wurfgeschosse in die Häuser gebracht, über 50 Barrikaden errichtet. Zugleich wurde dem Prinzen durch eine zweite Abordnung mitgetheilt, daß die Annahme seiner Bedingungen unmöglich sei. Endlich gab der Prinz nach und hielt allein durch die dichtbesetzten Straßen seinen Einzug in die Stadt am 1. September, wo der Ruf: „Es lebe die Freiheit! Nieder mit van Maanen!“ an seine Ohren klang. Er bestellte einen Ausschuß, welcher die Mittel zur Herstellung eines guten Einverständnisses zwischen Regierung und Bürgern berathen sollte, und dieser erklärte ihm, das einzige Mittel sei die legislative und administrative Trennung Belgiens von Holland, ein belgisches Ministerium, die Personalunion zwischen beiden Ländern, wie zwischen Schweden und Norwegen. Der Prinz versprach, ihre Wünsche seinem Vater vorzulegen und zu unterstützen, und reiste nach dem Haag. Auch die Besatzung von Brüssel zog ab und stieß zu den Truppen des Prinzen Friedrich. Aber der König, von dem Wahne beseelt, daß die Großmächte ihre eigene Schöpfung nicht über den Haufen werfen lassen, daß namentlich England seine Hilfe ihm nicht versagen werde, gieng auf die Vorstellungen seines Sohnes und einiger seiner Minister nicht ein, entließ zwar van Maanen, vertröstete aber in einer Proklamation die Ungeduldigen auf die Beschlüsse der Generalstaaten und betonte noch einmal die Aufrechthaltung der Realunion und das Einhalten der gesetzmäßigen Wege. Die Sache wurde durch

Digitized by Google

die Haltung des holländischen Volkes noch schlimmer gemacht. Dieses benahm sich königlicher als der König selbst und fachte so den Streit zu einem Kampfe zwischen den beiden Nationalitäten an. In den holländischen Journalen hieß es, Rebellenblut sei kein Bruderblut, die Zeit der Unterhandlungen sei vorbei, „Krieg den Rebellen und Mördern!" Ebenso gieng es in den Generalstaaten her, wo die belgischen Abgeordneten öffentlich mißhandelt wurden, die Thronrede die Unbeugsamkeit des Königs noch besonders hervorhob, und die Holländer kein anderes Mittel als die Anwendung der Waffengewalt anzurathen wußten.

War es in Brüssel vor Eröffnung der Generalstaaten gelungen, am 11. September einen Sicherheitsausschuß „zur Erhaltung der Dynastie und der öffentlichen Ordnung" einzusetzen, so kamen jetzt, auf die Nachrichten aus dem Haag hin, ganz andere Gewalten an's Ruder. Aus den übrigen Städten Belgiens und aus Paris war eine Menge von Revolutionären und brotlosen Arbeitern gekommen, entschlossen, den langen Streit in den Straßen von Brüssel auszukämpfen. Sie bemächtigten sich am 20. September des Stadthauses, entwaffneten die Bürgerwehr, verjagten den Sicherheitsausschuß und brachten die Gewalt, die am 27. August vom Volk auf die Bürger übergegangen war, wieder zurück an das Volk. Gegen diese Herrschaft der Blusenmänner baten sogar belgische Abgeordnete den König um Anwendung von Waffengewalt. Prinz Friedrich erhielt den Befehl, von Vilvoorden aus gegen Brüssel vorzurücken. Er erließ eine Proklamation, worin er Amnestie zusagte, aber die „Haupturheber der allzu verbrecherischen Handlungen" mit strenger Strafe bedrohte. Mit 10,300 Mann und 26 Geschützen rückte er am 23. September vor Brüssel, errang anfangs einige Vortheile, drang in die Stadt ein, fand aber in dem Barrikaden- und Häuserkampf solche Hindernisse, daß er sich nach dem Park zurückzog und am 26., da seine Truppen von allen Seiten eingeschlossen und angegriffen wurden, von den Strapazen erschöpft waren und zuletzt noch die Munition ausgieng, den Rückweg nach Vilvoorden einschlagen mußte. Unter den Männern, welche in diesen Tagen die Vertheidigungsanstalten leiteten, sind der wackere Unterlieutenant Pletinckx und der Spanier Juan van Halen rühmend anzuführen.

Mit diesem Kampfe, nach Vergießung so vielen Blutes, war das Ziel der Revolution entschieden. Jetzt genügte auch die Personalunion nicht mehr, jetzt war die Dynastie Oranien nicht mehr möglich; nur eine gänzliche Losreißung Belgiens, nur die Errichtung eines

Digitized by Google

selbständigen Staates konnte das belgische Volk, höhere und niedere Stände, befriedigen. In diesem Sinne wirkte die provisorische Regierung, in welcher auch de Potter, der am 20. September zurückgekehrt war, Sitz hatte. Mit der Nachricht des Sieges verbreitete sich der Sieg selbst in ganz Belgien, die holländischen Besatzungen und Beamten wurden vertrieben, die belgischen Truppen, von der provisorischen Regierung ihres Eides entbunden, giengen zum Volke über, nur die Städte Luxemburg, Venloo, Mastricht und Antwerpen befanden sich noch in der Gewalt der Holländer.

Jetzt erst gab die holländische Regierung nach. Die Generalstaaten erklärten sich für eine gesonderte Verwaltung Belgiens, der König gab seine Zustimmung und schickte den Prinzen von Oranien nach Antwerpen. Dieser verkündigte die Trennung des Landes, Unterrichtsfreiheit und unbedingte Amnestie, wollte sogar selbst sich an die Spitze der Bewegung stellen und die Beschlüsse des belgischen Kongresses anerkennen. Da aber sein Vater diese eigenmächtigen Schritte mißbilligte und zugleich den Bürgerkrieg in Belgien zu entzünden suchte, so mißtraute man auch dem Sohne, wies seine Anträge ab, worauf er sich nach London begab, wo ebendamals die Gesandten der Großmächte zu einer Konferenz sich versammelten.

Bald darauf zogen 8000 Freiwillige unter dem französischen General Mellinet gegen Antwerpen. Zwei Officiere, welche sich in den Parkkämpfen hervorgethan hatten, waren ihm als Befehlshaber beigegeben, Niellon und Kessels, von welchen jener in der letzten Zeit Direktor eines Kindertheaters gewesen, dieser mit einem Wallfischgerippe herumgereist war. Aber auch auf dem Kriegstheater war ihnen das Glück hold. Die holländischen Truppen wurden aus der Stadt Antwerpen hinausgedrängt, und General Chassé mußte sich in die Citadelle zurückziehen, von wo aus er die Stadt mehrere Stunden lang aus allen Batterien beschießen ließ, über 200 Häuser zerstörte und für mehrere Millionen Waaren verbrannte. Auch Venloo fiel in die Hände der Belgier, so daß jetzt nur noch Mastricht und Luxemburg und die Citadelle von Antwerpen in der Gewalt der Holländer war. Die Unabhängigkeit Belgiens war bereits eine Thatsache. Der Waffenstillstand, welchen die Londoner Konferenz mit der Grenzlinie, wie sie vor der Vereinigung beider Staaten bestanden hatte, vorschlug, wurde von der provisorischen Regierung angenommen, und von dem am 10. November zusammengetretenen Nationalkongreß die ewige Ausschließung des

Digitized by Google

Hauses Oranien-Nassau beschlossen. Die politischen Konstellationen waren den Belgiern günstig. Denn von den sonst so interventionslüsternen Ostmächten war Rußland ganz mit Bezwingung der polnischen Revolution beschäftigt, und Oesterreich mußte in Italien den Hüter machen; unter den Westmächten aber herrschte in England nach dem Sturze Wellingtons eine freiere Richtung, und Louis Philipp konnte so wenig gegen Belgien auftreten, daß er erklärte, er werde dort keine Intervention dulden.

So waren die Belgier Herren im eigenen Hause. Bei der Frage über die künftige Regierungsform trennte sich der republikanisch gesinnte de Potter von der Mehrheit und zog sich ins Privatleben zurück. Der Kongreß entschied sich mit 174 Stimmen für die konstitutionelle Monarchie; nur 13 Mitglieder waren für eine Republik. Am 17. Februar 1831 wurde die Verfassung, welche die Volkssouveränetät zur Grundlage hat und einen Senat und eine Repräsentantenkammer aufstellte, von dem Kongreß einstimmig genehmigt. Schwieriger war die Frage über die Grenzen, worüber die Londoner Konferenz in ihrem Protokoll vom 20. Januar zum Nachtheil Belgiens entschied. Das Großherzogthum Luxemburg, welches König Wilhelm gegen Abtretung seiner Stammländer erhalten hatte, sollte bei Holland verbleiben, wogegen die Belgier protestirten unter dem Vorgeben, daß die Bewohner desselben sich mit ihnen gegen König Wilhelm erhoben hätten und die Vereinigung mit *ihrem* Staate, nicht mit Holland wünschten. Für die Entscheidung dieses Streites hieng viel von der Wahl des neuen Königs ab. Zuerst trug man die Krone dem zweiten Sohne Louis Philipps, dem Herzog von Nemours, an. Da sein Vater, in der richtigen Voraussetzung, daß die übrigen Großmächte in eine solche Vergrößerung des französischen Einflusses nicht einwilligen würden, das Anerbieten ausschlug, so schien der Herzog von Leuchtenberg, ein Sohn des ehemaligen Vicekönigs Eugen, am meisten Aussichten zu haben. Aber dieser Enkel Napoleons war Louis Philipp ein so unwillkommener Nachbar, daß er alles aufbot, seine Wahl zu hintertreiben, und der Erwählung seines Sohnes nicht mehr entgegen war. Am 3. Februar 1831 wurde der Herzog von Nemours mit schwacher Majorität zum König ernannt. Aber zum zweitenmal schlug Louis Philipp die belgische Krone aus. Mit der Nichterwählung des leuchtenbergischen Prinzen hatte er seinen Hauptzweck erreicht, und daß die Londoner Konferenz seinen eigenen Sohn für unmöglich erklärt hatte,

Digitized by Google

wußte er. Somit mußte eine neue Wahl vorgenommen werden, und diese hätte nicht günstiger ausfallen können: sie fiel am 4. Juni auf den Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg, welcher in den Freiheitskriegen sich rühmlich hervorgethan und im Jahr 1816 die Tochter des Prinzregenten von England geheiratet hatte. Schon im folgenden Jahre war er Witwer geworden und hatte sich seitdem in England aufgehalten. Durch die Vermählung seiner Schwester mit dem Herzog von Kent war er der Oheim der zur Königin von England bestimmten Prinzessin Viktoria. Im Jahr 1830 hatte er die griechische Krone ausgeschlagen, nahm nun aber die belgische an, nachdem der Kongreß mit dem neuen Beschluß der Londoner Konferenz (der 18 Artikel) sich einverstanden erklärt hatte, daß in der Luxemburger Frage der Statusquo vor der Hand gelten und die definitive Entscheidung der Zukunft vorbehalten werden solle. Am 21. Juli hielt er seinen Einzug in Brüssel, beschwor die Verfassung und wurde zum König der Belgier ausgerufen.

Eben war der neue König auf einer Rundreise begriffen, da rückten die holländischen Truppen, über 70,000 Mann, am 2. August in Belgien ein, warfen die belgische Armee bei Hasselt und Löwen zurück und bedrohten Brüssel. Leopold rief die Hilfe Frankreichs und Englands an; ein französisches Heer rückte ein, eine englische Flotte nahm an der holländischen Küste Stellung. Die Holländer mußten sich wieder zurückziehen, erreichten aber mit Hilfe der Ostmächte, welche nach Niederwerfung des polnischen Aufstands sich wieder der Grundsätze der heiligen Allianz erinnerten, eine Aenderung des Londoner Protokolls (6. Okt.), nach welcher (in dem Protokoll der 24 Artikel) nicht ganz Luxemburg an Belgien fallen, sondern der westliche Theil desselben mit 165,000 Seelen, meist Wallonen, mit Belgien vereinigt, der östliche deutsche mit 170,000 Seelen dem Könige von Holland zurückgegeben (die Festung Luxemburg hatte dieser immer im Besitz behalten), als Ersatz für jenen auch einige limburgische Landestheile von Belgien abgelöst werden, und dieses jährlich 8,400,000 Gulden als Antheil an der niederländischen Staatsschuld an Holland zahlen sollte. Als König Wilhelm auch damit noch nicht zufrieden war und seine Unterschrift verweigerte, so blokirte eine englisch-französische Flotte die holländische Küste und eine französische Armee unter Marschall Gérard überschritt am 15. November 1832 die belgische Grenze, um die Citadelle von Antwerpen zu erobern. Dort stand noch der tapfere General Chassé mit der holländischen

Digitized by Google

Besatzung. Nachdem er sich über einen Monat gehalten hatte, mußte er am 23. December die Citadelle übergeben, in welche sofort die belgischen Truppen einrückten. Chassé und die Besatzung wurden als Kriegsgefangene nach Frankreich geführt und erst im folgenden Jahre freigegeben, als König Wilhelm wenigstens zu dem Präliminarvertrag vom 21. Mai 1833 sich verstand. Der unerquickliche Streit wurde erst durch den Londoner Vertrag vom 19. April 1839 vollständig beigelegt, worin endlich Wilhelm die 24 Artikel annahm und die freie Schiffahrt auf der Schelde einräumte.

Unter der Regierung Leopolds I., welcher sich im Jahr 1832 mit der ältesten Tochter Louis Philipps, der Prinzessin Luise von Orleans, vermählte, konnte Belgien in materieller und geistiger Beziehung ungestört sich entwickeln. Die Union der Klerikalen und Liberalen löste sich, nachdem sie ihre Dienste gethan hatte, bald in entschiedene Zwietracht und Bekämpfung auf. Beide Parteien suchten die Kammermajorität und dadurch die Bildung des Ministeriums zu erhalten, und König Leopold, der konstitutionelle Musterkönig, unter welchem die Verfassung eher als unter seinem Schwiegervater eine Wahrheit war, ließ sie frei gewähren. Er hat auch in den schwierigsten Zeiten, selbst nach der Februar-Revolution und unter dem annexionslustigen Napoleonismus, mit staatsmännischer Einsicht und Umsicht das Ruder geführt. Bei seinem am 10. December 1865 erfolgten Tode sah man ein freies Volk in Trauer.

Dies konnte man am 26. Juni 1830, als König Georg IV. von England starb, nicht sagen. Man sah den alten reformfeindlichen Herrn gerne scheiden und versprach sich mehr von der Thronbesteigung seines Bruders, des Herzogs von Clarence, welcher als König Wilhelm IV. regierte. Dem Gebrauche gemäß mußte unter einem neuen König auch ein neues Parlament gewählt werden. Am 25. Juli wurde das alte aufgelöst, an jenem unglückseligen Tage, an welchem Karl X. die Ordonnanzen unterzeichnete. Die neuen Wahlen fielen also gerade in eine Zeit hinein, als ein freier, frischer Geist über den Kanal herüberwehte. Der Sieg des französischen Volks wurde vom englischen mit Freuden begrüßt, als ein Triumph der Freiheit angesehen, welcher ganz Europa zu gut kommen werde. Auch konnte die nationale Eifersucht nicht dulden, daß das „freie" England hinter dem monarchischen Frankreich in der Verfassungsreform zurückstehe, daß Wellington noch Premierminister sei, während sein Schoßkind Polignac

Digitized by Google

schon in Vincennes aufgehoben war. So schwer es ihn auch ankommen mochte, so hatte er doch, zuerst unter allen Ministern der fremden Mächte, die Regierung Louis Philipps bereits anerkennen müssen. Als er das Resultat der Parlamentswahlen überblickte, so bemerkte er, daß das Ministerium über 50 Stimmen weniger als früher zu verfügen habe. Um so trotziger lautete die Thronrede, welche er am 2. November den König halten ließ. Von Reformplanen war keine Rede, von Irland nur insofern, als Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung angekündigt wurden, als ob damit die socialen Mißstände von selbst beseitigt würden; dagegen wurde Holland gelobt, die belgische Revolution als unbegründet getadelt und sogar die Anerkennung des Wütherichs von Portugal, des Don Miguel, in Aussicht gestellt. Eine solche Sprache gieng denn doch auch über englische Nerven. In London und in anderen Städten kam es zu Ausbrüchen der Volkswuth; laut wurde in den Versammlungen die Entlassung des Ministeriums gefordert. Die Nichttheilnahme des Königs und der Minister am Lordmayorfest, wegen eines beabsichtigten Attentats auf Wellington, machte die Stimmung nicht besser. Und doch blieb dieser mit soldatischem Stolz auf seinem Posten. Als der liberale Graf Grey im Oberhaus die Parlamentsreform als das einzige Mittel bezeichnete, um England vor der Revolution zu bewahren, erwiderte Wellington mit einer Art Hohn, die gegenwärtige Art der Vertretung sei ein wahres Muster, da sie den großen Grundbesitzern überwiegenden Einfluß einräume; er werde sich daher jedem Antrag auf Parlamentsreform widersetzen. Man wußte nun genau, woran man war, so genau, als Frankreich und Belgien es bei Karl X. und Wilhelm wußten. Bei einer Debatte über die Civilliste blieben die Minister in der Minderheit, gaben ihre Entlassung ein, und Graf Grey wurde am 16. November vom König beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden. Dasselbe bestand aus Männern der Partei der Whigs, der Anhänger der Parlamentsreform; Freunde Cannings, wie Palmerston, saßen hier neben erprobten Volksmännern, wie Brougham. Sofort setzte Grey die Grundsätze seines Ministeriums im Parlament auseinander, verkündigte das Princip der Nichtintervention in der auswärtigen Politik, das der Parlamentsreform in der inneren. Wie es mit allen großen Fragen der Geschichte geht, so auch mit dieser: was zuerst von den Regierungen verfolgt und verlästert wurde, müssen sie zuletzt selbst in die Hand nehmen.

Digitized by Google

Auch Deutschland konnte sich, trotz seiner sprichwörtlichen Geduld, den Einwirkungen der Juli-Revolution nicht entziehen. Nur war auch hier wieder ein großer Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland zu bemerken. In diesem hatte man ja schon seit einem Jahrzehnt eine Vertretung nicht bloß einzelner Stände, sondern des ganzen Volkes, und Verfassungen, welche dem Fürsten Metternich nur gar zu liberal waren, in jenem dagegen höchstens Vertretung der höheren Stände, woran sich ausschweifende Adelsvorrechte und ungerechte Vertheilung der Steuern anschloßen. Daher verspürte man hauptsächlich in dem norddeutschen Tiefland jene scharfe Luft, welche damals in den Straßen von Paris und Brüssel den aristokratischen Naturen so sehr zusetzte. Da und dort kam es zu kleinen Krawallen, zu Konflikten zwischen den niederen Volksklassen und der Polizei; in einigen Städten kam es aber auch zu etwas mehr.

In Braunschweig wurde sogar, wie in Frankreich und Belgien, ein Thron vakant. Der heldenmüthige Herzog Friedrich Wilhelm, der durch seinen Zug nach der Nordsee im Jahre 1809 und durch seinen Tod bei Quatrebras 1815 bekannt ist, hatte zwei unmündige Söhne, Karl und Wilhelm, hinterlassen. Die Vormundschaft war testamentarisch dem König Georg IV. von England, der zugleich König von Hannover war, übertragen. Der hannöversche Minister Graf Münster errichtete für Braunschweig ein Geheimraths-Kollegium, stellte den Herrn von Schmidt-Phiseldeck an dessen Spitze, sorgte für ordentliche Finanzwirthschaft und Gerichtsverfassung, ließ aber in der Ständekammer nur eine Vertretung des Adels und der Prälaten und der Städte durch ihre Bürgermeister zu. Die Regierung war dabei so ziemlich ungehindert. So blieb es auch zunächst, als Herzog Karl im Jahre 1823 die Regierung antrat. Dieser war an verschiedenen Höfen und ebendeßwegen nicht gleichmäßig erzogen worden, erhielt dann in Wien von seinem Gönner Metternich Lektionen über die fürstliche Unverantwortlichkeit und hob, nachdem er 3—4 Jahre das Geheimraths-Kollegium neben sich geduldet hatte, 1827 dieses auf, um von nun an selbständig zu regieren. Schmidt-Phiseldeck entfloh nach Hannover, verweigerte die Auslieferung von Staatsschriften, und darüber kam es zu einem skandalösen Streit zwischen dem Herzog einerseits und dem König Georg und dem Grafen Münster anderseits. Karl gieng so weit, daß er das Bild des Letzteren in seinem Garten aufhängen ließ und beschoß, daß er ihn zum Zweikampf

Digitized by Google

herausforderte nnd die Vormundschaft geradezu anklagte, sie habe ihn absichtlich durch Geisteslähmung zur Unselbständigkeit und Unwissenheit erziehen wollen.

Die Verfassung wollte er als eine zu aristokratische nicht anerkennen, gab aber auch keine volksthümliche und gieng darauf aus, die fürstliche Willkür über alles zu setzen. Dabei war sein Lebenswandel höchst anstößig, seine Beamten zum Theil unfähige und unmoralische Menschen, welche seine Eingriffe in die Justiz und in das Finanzwesen, den Verkauf von Domänen zu Gunsten seiner Privatkasse mit sklavischer Unterthänigkeit geschehen ließen. Nicht bloß das Volk, sondern namentlich den Adel brachte er gegen sich auf. Während der Julirevolution befand er sich in Paris und eilte voll Entsetzen über die dortige Katastrophe nach Hause, entschlossen, vorkommenden Falls ganz anders aufzutreten als Karl X. Gerüchte sagten, daß er den Oberstallmeister von Oyenhausen vergiftet habe und dessen Stelle einem Franzosen, Namens Aloard, den er von seiner Reise mitgebracht hatte, übertragen wolle. Eine Bürgerdeputation schilderte ihm die Stimmung des Volkes, verlangte Abstellung der Beschwerden und Berufung der Stände. Auf dies hin ließ er die Wachen verdoppeln und vor der Kaserne 16 Kanonen auffahren. Da erhob sich das Volk am Abend des 7. Sept. 1830, erstürmte, während der Herzog auf dem Schloßplatz mit den Truppen stand, an einer unbewachten Stelle das Schloß, die unzufriedenen Officiere ließen es geschehen, Karl mußte entfliehen, und hinter ihm brannte sein Schloß bis auf die äußeren Mauern nieder. Der ständische Ausschuß berief die Landstände ein und bat den Bruder des Herzogs, Prinz Wilhelm, welcher in Berlin in Militärdiensten stand, die Regierung zu übernehmen. Dieser kam schon am dritten Tage, übernahm die Regierung „bis auf Weiteres" als Generalgouverneur des Herzogthums, wozu er von Karl ernannt wurde, und ließ den König von England durch die Stände um Vermittlung angehen. Nun reiste Karl von London, wohin er geflohen war, ab, begab sich nach Frankfurt, versprach in seinen Proklamationen an die Braunschweiger beneidenswerthe Zustände, fand aber nur Ungläubige und wurde, als er im November mit etwa 80 erkauften Harzbewohnern das braunschweigische Gebiet betrat, von einem Piket schwarzer Jäger zurückgewiesen. Er flüchtete aufs neue und begab sich nach Paris. Wie ein fahrender Ritter trieb er sich seither herum, überall durch seine Extravaganzen ausgezeichnet.

Digitized by Google

Seine wiederholten Versuche, sich wieder in den Besitz seines Herzogthums zu setzen, waren vergeblich. Nach Deutschland kam er nie wieder.

Es war ein eigenthumliches Schicksal, daß das Los der Entthronung gerade einen besonderen Schützling Metternichs traf, und daß dessen gefügiges Werkzeug, der Bundestag, die Thatsache sogar bestätigen mußte. So wenig auch die Veränderungen in Braunschweig und den anderen norddeutschen Staaten nach dem Geschmack des Bundestags waren, so wagte er doch nicht, im Geiste des vorigen Jahrzehnts mit Bajonetten einzuschreiten, aus Furcht, bei der damaligen Weltlage den Brand nicht zu löschen, sondern zu schüren. Er gab sogar den einzelnen Regierungen den weisen Rath, gerechten Beschwerden abzuhelfen und eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, damit jede Veranlassung zu Aufständen vermieden werde. Ja, der nämliche Bundestag, welcher vorher wie nachher bei allen Verfassungsstreitigkeiten nur dem Fürsten Recht gab und auch für den ungesetzlichsten Schritt desselben ein ermunterndes Wort hatte, stellte sich hier auf Seite der Unterthanen, nahm ihre Klage gegen Karl von Braunschweig an, konstatirte seine absolute Regierungsunfähigkeit und bestätigte den Regierungsantritt seines Bruders Wilhelm. Dieser trat unter Zustimmung sämmtlicher Agnaten die Regierung des Landes am 25. April 1831 an. Der Adel, welcher der Haupturheber dieses Aufstandes war, wünschte, durch diesen Thronwechsel befriedigt, durchaus keine weitere Veränderung; aber das Volk drang auf eine Verbesserung der Verfassung und setzte sie durch. Sie wurde am 12. Oktober 1832 als neues Grundgesetz des Landes proklamirt.

Auch in Kurhessen war hauptsächlich die Person des Fürsten der Stein des Anstoßes. Kurfürst Wilhelm II. war 1821 seinem Vater in der Regierung gefolgt. Er schaffte zwar die restaurirten Soldatenzöpfe wieder ab, mißfiel aber selbst auch durch sein rohes Wesen, durch die offene Zurücksetzung seiner Gemahlin, einer Schwester des Königs von Preußen, durch seinen anstößigen Umgang mit seiner zur Gräfin Reichenbach erhobenen Mätresse und durch die eigenmächtige Erhebung von Steuern, von denen ein großer Theil, statt in die Staatskasse, in die Privatkasse des Fürsten und der Gräfin floß. Um einen Schutz gegen sein Volk zu haben und die Söhne der Reichenbach zu österreichischen Grafen machen zu lassen, hatte er sich, nach einer kurzen Anwandlung von Opposition, ganz dem Metternich'schen System in die Arme geworfen und erlaubte sich von nun

Digitized by Google

an die größten Rücksichtslosigkeiten. Die Ereignisse in Paris und in Brüssel erregten in den Kurhessen, welche mit Unwillen und Verachtung auf ihren Fürsten und seine Regierung blickten, Hoffnungen und Plane. Die Aufregung fieng mit einem Brotkrawall am 16. September an und endigte mit der Nöthigung des Kurfürsten, die Landstände zu berufen und die neue Verfassungsurkunde, für deren Entwerfung Professor Jordan von Marburg besonders thätig war, am 5. Januar 1831 zu unterzeichnen. Da aber die Bürger von Kassel auch auf die Entfernung der Gräfin Reichenbach drangen und den Kurfürsten zweimal dazu nöthigten, so entleidete ihm der Aufenthalt in der Hauptstadt oder auf Wilhelmshöhe, und er begab sich nach Hanau und bald nach Frankfurt am Main, um ungestört mit seiner unsauberen Freundin leben zu können. Doch durfte er der Verfassung gemäß sein Land nicht von einem fremden Gebiet aus regieren; daher ernannte er am 30. September 1831 seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten. Dieser, dessen Charakter mit dem seines Vaters mehr harmonirte, als es für ihn und das Land gut war, führte von nun an allein die Regierungsgeschäfte.

Auch das benachbarte Oberhessen wurde von dem allgemeinen Drang nach Umwälzungen ergriffen. Dort organisirte sich im September 1830 ein Bauernkrieg, der in manchen Zügen an die Jahre 1524 und 1525 erinnerte. Einige tausend Bauern rotteten sich zusammen, wollten mit Sensen und Mistgabeln Gesetze diktiren, sprachen von Gleichheit und Freiheit, schwärmten für Aufhebung der Abgaben und Zölle, zeigten ihren Muth hauptsächlich in Verbrennung von Zollhäusern und standesherrlichen Akten und wurden nach wenigen Tagen von den Truppen des Prinzen Emil von Hessen auseinander gesprengt.

Im Königreich Sachsen war es nicht der Hof-Skandal, der einen Aufstand entzündete und einen Aufschwung herbeiführte, sondern das abgelebte Regierungssystem. In Leipzig und in Dresden kam es im September 1830 zu Straßenkrawallen, in der Hauptstadt wurde das Rathhaus und das Polizeigebäude erstürmt, eine Bürgergarde errichtet und von dem König Entlassung des Ministeriums, Einführung einer Repräsentativverfassung, Umgestaltung des Gemeindewesens, Aufhebung der Censur und Entfernung der Jesuiten verlangt. Die Letzteren übten auf mehrere Mitglieder des katholischen Königshauses einen sehr schädlichen Einfluß aus, und das Land, das einst die Wiege des Protestantismus war, mußte aufs tiefste empört sein,

Digitized by Google

als es die Erzfeinde desselben an seinem Herde sich einnisten sah. Eine Eingabe von 120 Dorfschaften erklärte, daß 80,000 Bauern auf dem Landtag keine Vertretung hätten, diese aber jetzt fordern. Der König mußte nachgeben, ernannte den allgemein beliebten Prinzen Friedrich, seinen Neffen, zum Mitregenten und beschwor am 4. September 1831 die von den Landständen berathene Verfassung. Auch über die sächsischen Herzogthümer erstreckte sich die freiheitliche Bewegung und erreichte ihre nächsten Ziele.

Aus ähnlichen Gründen wie Sachsen wurde das Königreich Hannover in die neue Strömung hineingezogen. Hier blühte das Junkerthum in der üppigsten Fülle. Am 8. Januar 1831 kam es in Göttingen zu einem Aufruhr, woran sich Studenten und Bürger betheiligten. Eine Bürgergarde wurde gebildet, das Verlangen nach einer freien Verfassung ausgesprochen und eine schriftliche „Anklage des Ministeriums Münster vor der öffentlichen Meinung" im Lande verbreitet. Der Generalgouverneur des Landes, Herzog von Cambridge, ließ Militär in Göttingen einrücken, vor welchem die ganze Revolution auseinanderstob, kam übrigens selbst dahin, hörte die Beschwerden an und versprach eine zeitgemäßere Verfassung und Landesvertretung. Durch seine Vermittlung wurde König Wilhelm von England vermocht, den Grafen Münster „als den Repräsentanten alles dessen, was man haßte", zu entlassen. Cambridge wurde zum Vicekönig von Hannover ernannt, die zum Theil neu gewählten Stände traten zusammen, beriethen den Verfassungsentwurf, welchen eine Kommission, darunter der Geschichtschreiber Dahlmann, ausgearbeitet hatte, und trotz des Widerstrebens der Adelspartei wurde 1833 die neue Verfassung eingeführt.

So waren zu den süddeutschen Konstitutionen noch vier neue im Norden hinzugekommen, das Bestreben des Bundestags, jene zu dem alten Ständewesen herabzudrücken, vereitelt und ein Sieg des Konstitutionalismus daraus geworden. Selbst die Fürsten waren weit entfernt, die Hilfe des Bundestags und der Großmächte anzurufen; sie fürchteten die Machtsprüche dieser weit mehr als die Forderungen ihres Volkes. Es fragte sich nur, wie lange diese Strömung anhielt, ob nicht die Ereignisse in Polen und Rußland den Thermometerstand herabdrücken werden.

Wenn selbst die Monarchien der liberalen Richtung huldigten, so konnten die Republiken nicht zurückbleiben. Die einzelnen Kantone

Digitized by Google

der Schweiz und die oberste Regierung derselben waren im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts der nämlichen Reaktion verfallen wie die übrigen Staaten Europa's. Das Mißverhältniß, welches wir in Norddeutschland zwischen den Rechten des Adels und denen des Volks gefunden haben, bestand auch hier. Die Kantone hatten meist eine aristokratische Regierung, in welcher einzelne bevorzugte Geschlechter, die Patricier, ein so entschiedenes Uebergewicht hatten, daß von einer Vertretung des Volks so gut als gar keine Rede war. Wie früher in anderen Ländern ein Unterschied zwischen Stadt und Amt gemacht wurde, so damals noch in der Schweiz zwischen Stadt und Landschaft. Die Bürger der letzteren hatten nur wenige Mitglieder in den „großen Rath" eines Kantons zu senden.

Bei solchen Vorrechten der patricischen Geschlechter war die Staatsverwaltung eine möglichst schlechte. Die Aemter wurden mehr nach dem Grundsatz der Geburt als des Verdienstes verliehen, die Finanzen nicht immer im Staatsinteresse verwaltet, die Justiz fast sprichwörtlich schlecht gehandhabt. An gemeinsame Gesetze für den inneren Verkehr und Handel wurde so wenig als in Deutschland gedacht, und die Tagsatzung, welche sich an einem der drei Vororte, Bern, Zürich und Luzern, zu versammeln hatte, gab dem Bundestag in reaktionärer Gesinnung nichts nach, schloß sich eng an das Metternich'sche System an und schickte ihre Leute als Söldner nach Frankreich und Neapel, um den jungen Patriciern Officierstellen übertragen zu können.

Mit solchen Republiken war dem jüngeren Geschlecht, wie es auf den Universitäten und sonst heranwuchs, nicht gedient. Ueberall regte sich eine liberale Opposition gegen die Herrschaft der Oligarchien, und besonders seit den Aufständen in Norddeutschland hörte man den allgemeinen Ruf nach Verfassungsreformen. Vereine bildeten sich, und die freisinnige Presse wurde nicht müde, die Grundsätze der neuen Zeit: politische Gleichheit, Aufhebung aller Vorrechte, gleiche Vertretung für alle Bürger eines Kantons, Preßfreiheit u. s. w. zu verkündigen und ihre Einführung in der Schweiz zu fordern. Der damalige Vorort Bern, dessen Regierung die am meisten aristokratische war, erließ am 22. September 1830 ein Kreisschreiben an die Kantonsregierungen, worin er zum Einschreiten gegen die Presse und zum Festhalten an den alten Verfassungen aufforderte. Damit wurde die Aufregung erst recht angefacht. In den Monaten Oktober und No-

Digitized by Google

vember wurden fast in allen Kantonen Versammlungen der Notabeln und des Volkes gehalten, die Principien der neuen Verfassungen festgesetzt und in wenigen Wochen die Regierungen zu deren Annahme gezwungen.

Schon vor der Julirevolution, im Mai 1830, wurde die oligarchisch-ultramontane Regierung in Tessin gestürzt und eine andere auf demokratischer Grundlage errichtet. Im Herbst waren dann die Thurgauer die ersten, welche eine konstituirende Versammlung und Verfassungsänderung verlangten. Die neue Verfassung wurde im März 1831 vom Volke angenommen. Aehnlich verlief die Sache in Zürich, wo es sich hauptsächlich um das Verhältniß der Vertretung der Landschaft zu der der übermächtigen Stadt handelte, in Aargau, in St. Gallen, in Luzern, in Solothurn, in Freiburg, wo die hierarchische Aristokratie, durch die aus Frankreich vertriebenen Jesuiten und Kongreganisten unterstützt, Soldaten aufbot, aber samt ihrem ganzen Apparat gestürzt wurde, in Waadt, wo man mit französischer Heißblütigkeit den Großräthen von Lausanne: „Nieder mit den Tyrannen!" zurief und eine radikale Verfassung gründete, in Schaffhausen, in Bern, wo die Regierung eine Zeit lang den tollen Plan hatte, sich mit Hilfe der entlassenen Schweizersoldaten Karls X. zu halten, in Basel, wo es zwischen den Truppen der Stadt und der Landschaft zweimal zu einem blutigen Zusammenstoß kam, wo zur Schlichtung des Streites die Truppen der Tagsatzung einrücken mußten, und wo der große Rath der Stadt lieber in eine Trennung von der Landschaft als in ihre Forderungen willigte. So wurden hier im Jahre 1832 die zwei halben Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (mit der Regierung zu Liestal) gegründet. Aehnliche Trennungsgelüste zeigten sich auch in Schwyz und Wallis, wurden aber nach erbitterten Kämpfen beigelegt. Dagegen blieb in Uri, Unterwalden, Zug, Genf, Glarus, Graubündten, Appenzell die alte Verfassung in Kraft, und in Neuenburg, wo die freisinnige Partei den König von Preußen nicht mehr als ihren Souverän anerkennen wollte, aber durch die Energie des preußischen Generals von Pfuel 1831 geschlagen wurde, endigte die Bewegung mit einem Sieg der bestehenden Regierung.

Verschieden von all den bisher geschilderten Verhältnissen lagen die Dinge in Italien. Diesmal war nicht Neapel und Piemont, wie zehn Jahre vorher, der Schauplatz der Bewegung, sondern der Kirchenstaat. Die dortige Regierung, an deren Spitze lauter Kardi-

Digitized by Google

näle standen, war so verhaßt als nur möglich und wurde immer nur der türkischen an die Seite gestellt. Trotz aller Verfolgungen waren die Carbonari über das ganze Land verbreitet und hatten unter den gebildeten Ständen sehr viele Anhänger. In diese Kreise fiel die Nachricht von der Julirevolution mit erschütternder Gewalt. Mittelpunkt der neuen Verschwörung war Bologna. Ein dortiger Bürger war von der großen Woche in Paris so entzückt, daß er sie „neben die sechs Tage der Weltschöpfung" gestellt wissen wollte. Von hier verpflanzte sich die Gährung nach den übrigen Städten des Kirchenstaates und auch nach Rom. Papst Pius VIII. war am 30. November 1830 gestorben. Das eintretende Interregnum ließ sich zum Losschlagen benützen. Dabei hoffte man auf Frankreich, das auf den dominirenden Einfluß Oesterreichs in Italien längst eifersüchtig war. Das französische Kabinet erklärte zwar auf Befragen, daß es sich in die italienischen Angelegenheiten nicht mischen werde, zugleich aber auch, daß es auch keinem anderen Staate eine solche Einmischung zugestehe. Wurde dieses Nichtinterventions-Princip, das gerade Gegentheil von dem, was früher auf den Kongressen von Troppau, Laibach und Verona ausgemacht und durchgeführt worden war, streng aufrechterhalten, also Oesterreich von der Intervention abgehalten, so waren die Carbonari sicher, mit der heimischen Regierung fertig zu werden und das nationale Programm durchsetzen zu können; und sollte sich Oesterreich nicht abhalten lassen, so war ja Frankreich durch seine Zusage zur bewaffneten Theilnahme genöthigt, und auch aus dem Kampfe dieser beiden Staaten hoffte man die nationalen Farben Weißrothgrün hervorgehen zu sehen.

In diese Bewegung war die napoleonische Familie tief verwickelt. Die Julirevolution hatte sie mit neuen Hoffnungen belebt. Geheime Agenten und Briefe bestürmten den Sohn Napoleons, den unglücklichen Herzog von Reichstadt, sich als Napoleon II. ausrufen zu lassen. Aber der „Gefangene Europa's", wie sein Vater voll Talent und Eifer für militärische Studien, glühte zwar vor Begierde, auf den Ruf Frankreichs sich an dessen Spitze zu stellen, war aber zu der Qual verurtheilt, vor den lauernden Augen seines Großvaters und Metternichs seine heiligsten Gefühle als ihr Gegentheil erscheinen zu lassen und als ein Napoleon den Bourbonen das Wort zu reden. Ungehinderter waren die Schritte der übrigen Napoleoniden. Die beiden Söhne Jerome's erregten ebensosehr die Aufmerksamkeit der Carbonari als

Digitized by Google

der römischen Regierung, und die zwei Söhne des holländischen Exkönigs und der Hortense warfen sich, von dem Modenesen Menotti hiezu aufgefordert, der Revolution in die Arme, unbekümmert darum, ob dies ihrer Frau Tante, der Exkaiserin Marie Luise, ihren Witwensitz kosten könnte.

Das Haupt der modenesischen Verschworenen, Menotti, wollte am 4. Februar 1831 in Modena losbrechen, wurde aber vom Herzog Franz IV., dem alten Despoten, mit 15 seiner Genossen am Abend vorher verhaftet. Da aber fast zu gleicher Zeit das ganze Herzogthum in Aufruhr gerieth, so mußte Franz schon am 5. Februar das Land verlassen und floh, Menotti mit sich schleppend, nach Mantua und Wien. Eine provisorische Regierung wurde errichtet und das modenesische Heer unter General Zucchi, einen Mann aus der napoleonischen Schule, gestellt. Am 13. Februar erhob sich Parma, und Marie Luise mußte nach Piacenza fliehen. Am bedeutendsten waren die Vorgänge in Bologna. Die Nachricht von den Ereignissen in Modena erregten dort eine ungeheure Aufregung. Der päpstliche Kommissär war genöthigt, zur Einsetzung einer Bürgerwehr und einer provisorischen Regierung seine Einwilligung zu geben. Innerhalb drei Wochen stand der ganze Kirchenstaat in Aufruhr, mit Ausnahme von Rom und wenigen Städten in den Marken. Die provisorische Regierung von Bologna erklärte, von den Carbonari gedrängt, schon am 8. Februar, daß „die weltliche Herrschaft, die der römische Hohepriester über diese Stadt und Provinz ausgeübt, thatsächlich und rechtlich für immer aufgehört habe", und berief die Vertreter der Städte und Provinzen nach Bologna. Dieses neue Parlament versammelte sich am 26. Februar in Bologna und berieth eine provisorische Verfassung „der vereinigten italienischen Provinzen". Ein Präsident, ein Ministerrath und eine gesetzgebende Versammlung sollten an der Spitze des Staates stehen. Nach England und Frankreich wurden Diplomaten geschickt und die Welt durch ein Manifest über die Verhältnisse im Kirchenstaat aufgeklärt.

Inzwischen war am 2. Februar ein neuer Papst, Gregor XVI., gewählt worden, der mit seinem entschlossenen Staatssekretär Kardinal Bernetti nicht im Sinne hatte, sich so leicht aus dem Sattel heben zu lassen. Zwar seine Proklamation „an seine vielgeliebten Unterthanen" fand nur wenige andächtige Zuhörer, und die Sendung des Kardinals Benvenuti, welcher in den Provinzen eine Gegenrevolution

Digitized by Google

betreiben sollte, scheiterte schon an seiner Gefangennehmung durch die Aufständischen. Diese drangen, so schlecht sie auch gerüstet waren, unter Oberst Sercognani bis in die Nähe Roms vor und bedrohten die Stadt mit einer Ueberrumpelung, mußten jedoch trotz der phantastischen Plane der beiden Söhne Hortense's, welche den Zug mitmachten, sich zurückziehen. Um so rascher drangen die Oesterreicher vor, getreu ihrem alten Princip, wo sich nur ein Krater in Italien öffne, sogleich mit ihren Löschanstalten herbeizueilen. Die Drohungen des französischen Kabinets kümmerten sie wenig; wußten sie doch, daß Louis Philipp ganz anderen Sinnes war, als seine Minister, über welches Doppelspiel der Ministerpräsident Lafitte gar schlecht erbaut war und seine Entlassung nahm. So wenig als wegen Belgiens wollte Louis Philipp wegen Italiens sich in einen Krieg mit einer anderen Macht stürzen und die revolutionären Leidenschaften Frankreichs entzünden. Mit einem Protest gegen das Einrücken der Oesterreicher, welchen der französische Gesandte am römischen Hofe abgeben mußte, war die Sache abgethan.

Der österreichische General Frimont, welcher 1821 die Intervention in Neapel geleitet hatte, führte auch diesmal den Oberbefehl. Am 25. Februar wurden die Aufständischen bei Firenzuola geschlagen und ganz Parma besetzt. Die Modenesen unter Zucchi wurden trotz tapferer Gegenwehr von General Geppert bei Novi besiegt, und am 9. März betrat der rachsüchtige Herzog Franz wieder seine Hauptstadt. Zucchi zog sich nach Bologna zurück, wo man im Vertrauen auf Frankreich bisher nur geringe Kriegsrüstungen getroffen hatte. Man hatte sogar, um ja nicht bei Louis Philipp anzustoßen, die beiden napoleonischen Prinzen vom Heere entfernt und ihnen nicht einmal erlaubt, als Freiwillige zu dienen. Auf dem Wege nach Ankona erkrankte der ältere, Napoleon Ludwig, und wurde, bevor seine Mutter ihn noch einmal sehen konnte, am 17. März in Forli von den Masern weggerafft; der jüngere, Louis Napoleon, zum französischen Kaiserthron bestimmt, wurde durch die Energie und List seiner Mutter unter mancherlei Abenteuern und Verkleidungen den gierigen Händen der Oesterreicher entrissen.

Die Sache Italiens war bereits verloren. Am 6. März rückte ein drittes österreichisches Corps unter General Bentheim über den Po und besetzte Ferrara und Comachio. Zucchi, zum Oberbefehlshaber des bolognesischen Heeres ernannt, zog sich samt der proviso-

Digitized by Google

rischen Regierung nach Ankona zurück, die Oesterreicher rückten am 21. März in Bologna ein, siegten am 25. in dem blutigen Gefecht bei Rimini und besetzten unter General Geppert am 29. Ankona. Zucchi und die Leiter der Revolution hatten sich bereits nach Korfu eingeschifft, wurden aber von den ihnen nachgeschickten Fahrzeugen eingeholt und nach Venedig gebracht.

Auf die Vorstellungen Louis Philipps, welcher sich vor der Opposition und der Presse in Acht zu nehmen hatte, benahm sich die päpstliche Regierung nach der Besiegung des Aufstandes mäßiger, als man fürchtete. Eine Amnestie, von welcher nur die Häupter der Revolution ausgeschlossen waren, wurde erlassen und einige Verbesserungen in der Verwaltung eingeführt. Weniger zugänglich war der Herzog von Modena, der einzige Fürst in Europa, welcher Louis Philipp nicht anerkannt hatte. Er ließ Menotti und den Advokaten Borelli hinrichten, andere zur Galeere verurtheilen, in Kerker werfen und ihre Güter einziehen. Die Oesterreicher verließen im Juli 1831 den Kirchenstaat, rückten aber im Januar des folgenden Jahres, als Kardinal Albani mit seinem bewaffneten Gesindel die Legationen überschwemmte, wieder in Bologna ein, von den Einwohnern als Befreier aufgenommen. Doch kam dieser zweite Einmarsch dem französischen Kabinet sehr ungeschickt. Um ein Gegengewicht zu bilden, wurden rasch Truppen in Toulon eingeschifft und am 23. Februar, ohne päpstliche Erlaubniß, Ankona besetzt. Doch wurden die heimischen Behörden respektirt, und die Occupation beschränkte sich bald nur auf die Citadelle.

So war diese zweite italienische Revolution aus ähnlichen Gründen wie die erste unterlegen. Ohne Hilfe von außen, auf einen kleinen Theil Italiens beschränkt, war sie den österreichischen Waffen nicht gewachsen. Hatten die Carbonari von 1820 in Neapel vergebens auf eine Revolution im Kirchenstaat gewartet, die in Piemont vergebens auf die Erhebung Mailands, so sahen sich diesmal die Revolutinäre von Mittelitalien auf sich selbst angewiesen. Weder Neapel noch Piemont wollten sich zum zweitenmal verbluten. Zudem bekamen beide Staaten damals neue Regenten, welche sich in den ersten Monaten durch freisinniges Auftreten populär zu machen suchten. In Neapel war König Ferdinand I. 1825 gestorben, sein Sohn, Franz I., welcher 1820 den Revolutionär gespielt und als König es so schlimm wie sein Vater gemacht hatte, starb im November 1830. Ferdinand II.,

Digitized by Google

sein 20jähriger Sohn, schien eine Zeit lang mit Hilfe der liberalen Partei auf eine Hegemonie in Italien loszusteuern, ließ sich aber bald von Metternich wieder umstimmen. In Piemont hatte der starre Karl Felix alle Aufstandsgelüste mit kräftiger Hand niedergehalten. Er starb im April 1831, und sein Nachfolger, war Karl Albert, jener Prinz von Carignan, welcher 1821 sich nach beiden Seiten hin so gründlich kompromittirt hatte. Da er aber mit dem absolutistischen System seines Vorgängers gänzlich zu brechen schien und eine liberale Bahn einschlug, so war er aufs neue der Gegenstand der Hoffnungen.

Die Revolution in Italien hatte es Oesterreich unmöglich gemacht, den Veränderungen in Deutschland und der Schweiz seine patriarchalische Fürsorge zuzuwenden; der Aufstand in Polen verhinderte den Kaiser Nikolaus von Rußland, seinen Grimm über die Revolutionen in Frankreich und Belgien und was sich daran hieng, auf militärische Weise Luft zu machen. Er hatte von seinem Bruder Alexander das Königreich Polen als eine konstitutionelle Monarchie überkommen, welche ihre eigene Armee, ihre eigenen Finanzen, besondere Verwaltung, also eine ziemlich selbständige Existenz hatte. Und doch fühlten die Polen, welche die Größe der früheren Jahrhunderte nicht vergessen konnten, daß sie nur ein ohnmächtiges Anhängsel des russischen Kolosses seien, daß sie samt ihrer Verfassung nur von der Gnade des Kaisers lebten. Das Verhältniß zu Nikolaus war gleich bei seiner Thronbesteigung getrübt worden. In die Militärverschwörung von Petersburg im Jahre 1825 waren auch viele Polen verwickelt, welche diese Gelegenheit zu einer Wiedervereinigung Lithauens mit Polen benützen wollten. Der Senat, welcher das Urtheil zu fällen hatte, sprach sie frei. Nikolaus bestätigte zwar das Urtheil, konnte aber die Aeußerung seines Unwillens nicht zurückhalten. Doch hob sich der Wohlstand des Landes unter der tüchtigen Finanzverwaltung des Fürsten Lubecki sehr, und die besonnenen Polen wollten die materielle und geistige Entwicklung vor der politischen und nationalen gefördert wissen. Die Enthusiasten dagegen glaubten, wie dies immer in Polen der Fall war, auch ohne daß das Volk für höhere Interessen erzogen war, mit einer Handvoll Studenten und Lieutenants eine Revolution machen zu können, blickten nach Frankreich, das seit Jahrhunderten, zumal durch die letzte Waffenbrüderschaft in den napoleonischen Kriegen, eng mit Polen verknüpft war, und hielten alles das, was ihnen Kaiser Alexander gegeben hatte, für nichts gegen das, was sie in ihren kühnen

Digitized by Google

Phantasien erringen zu können hofften. Gefühlspolitiker, wie sie es heute noch sind, hielten sie es für möglich, den drei großen Nachbarstaaten zum Trotz, sich nicht nur gänzlich von Rußland loszureißen, sondern auch alle Provinzen, welche seit der ersten Theilung im Jahre 1772 von Rußland, Oesterreich und Preußen ihnen entrissen worden waren, wieder zu einem großen Polenreiche zu vereinigen.

Wie häufig in solchen Fällen, wurde in der Besetzung des einflußreichsten Amtes ein großer Mißgriff gemacht. Alexander hatte dem älteren seiner Brüder, Konstantin, das Militärkommando in Polen übertragen. Dieser, welcher wegen absoluter Unfähigkeit dem jüngeren Bruder Nikolaus den Kaiserthron überlassen mußte, sollte für Polen gerade noch gut genug sein. Und doch bedurfte es gerade hier einen Mann, der taktvoll auftrat. Statt dessen erlaubte er sich die gröbsten Verletzungen der Verfassung, mischte sich in das Justizwesen, behandelte die Officiere wegen unbedeutender Versehen gegen den Gamaschendienst wie ehrlose Subjekte, hielt, wie sein Freund Metternich, im Inland und Ausland eine Menge Spione, welche ihn selbst betrogen und das Land brandschatzten, und sah in dem polnischen Patriotismus das größte Verbrechen. Kein Wunder, daß, wo man von Haß gegen Rußland sprach, der Name Konstantin zuerst genannt wurde! Und doch affektirte er, der mit einer jungen Polin, welche den Titel Fürstin von Lowicz erhielt, vermählt war, eine besondere Vorliebe für dieses Königreich.

Schon im Jahre 1828, als Rußland mit dem Türkenkrieg beschäftigt war, hatten einige den Plan, die Fahne des Aufstandes aufzupflanzen. Im folgenden Jahre, bei der Krönung zu Warschau, wollten die Ungeduldigsten sogar den Kaiser nebst allen Prinzen ermorden. Man stand beidemal davon ab, weil man bei der Bevölkerung zu wenig Sympathie zu finden glaubte, und beschloß, auf einen Umschwung in Frankreich zu warten. Dieser kam, und sogleich beriethen sich die alten Verschwörer, die zwei Lieutenants Zaliwski und Wysoki mit wenigen Freunden. Da man noch nicht gerüstet war, so wollte man bis zum nächsten Februar warten. Man wandte sich an die alten Generale wegen des Oberbefehls; keiner wollte ihn übernehmen. Auch die anderen Generale und Obersten versagten ihre Mitwirkung, wenn sie auch nicht hinderlich sein wollten. Doch ließen sich die Verschwörer nicht abschrecken, ernannten einen leitenden Ausschuß und schickten Agenten nach Lithauen, Podolien und Volhynien.

Digitized by Google

An der alten Uneinigkeit der Polen schien das Unternehmen gleich im Anfang zu scheitern. Von den verschiedenen Parteien glaubte jede allein im Besitze des richtigen Mittels zu sein, um die Unabhängigkeit Polens erringen zu können. Wollte die aristokratische Partei, an deren Spitze der Fürst Adam Czartoryski stand, einen Bruch mit Rußland vor der Hand vermieden wissen, durch Reformen aller Art das Vaterland stärken und seine Anziehungskraft auf die abgerissenen Provinzen vermehren, so verlangten die Demokraten, unter welchen Joachim Lelewel, früher Universitätsprofessor in Wilna, hervorragte, über die realen Verhältnisse der Politik hinwegsehend, alsbaldiges Losschlagen, Trennung von Rußland, Wiederherstellung des altpolnischen Reichs, Gleichstellung aller Stände in ihren politischen Rechten. Zwischen diesen zwei großen Parteien gab es noch manche Schattirungen, In einem Punkte, in möglichster Freiheit von Rußland, waren alle einig; bei der Erwägung der Mittel und der socialen Ziele giengen die Wege weit auseinander.

Da erschien Ende Oktobers ein Manifest des Kaisers, welches als ein Vorbote der Kriegserklärung und der Coalition gegen Frankreich und Belgien angesehen wurde, und der Befehl, das polnische Heer auf den Kriegsfuß zu setzen. Man fürchtete, daß dasselbe über die Grenze geführt und zu fremden Zwecken verwendet werde. Um so rascher mußte man ans Werk gehen, zumal leicht zu bemerken war, daß das Geheimniß der Verschwörung bereits nicht mehr bewahrt sei. Trieb man es doch auch so unvorsichtig als in den Augusttagen in Brüssel! Am Belvedere, dem Lustschloß des Großfürsten Konstantin, fand man einen Zettel angeheftet: „Von Neujahr an zu vermieten!" Und doch that der Großfürst, als ob nicht die geringste Gefahr im Anzug wäre. Der Ausbruch der Verschwörung wurde auf den Abend des 29. November 1830 festgesetzt, an welchem Tage alle Wachposten nur von Polen besetzt waren. Die Officiere aller polnischen Regimenter wurden versammelt, der Plan ihnen mitgetheilt, ihre Mitwirkung im Namen der Nation verlangt.

Der 29. November kam. Abends 6 Uhr sollte es losgehen. Das Anzünden eines an einem Ende der Stadt gelegenen Brauhauses sollte das Signal sein. Die Flammen waren nicht überall sichtbar, und dadurch entstand für den Beginn einige Verwirrung. Die einen hatten die Ermordung des Großfürsten übernommen, die anderen die Ueberrumpelung und Entwaffnung der russischen Kavallerie und In-

Digitized by Google

fanterie, wieder andere die Einnahme des Zeughauses. Unter dem Rufe: „Tod dem Tyrannen!“ stürzten gegen 20 Mann nach dem Belvedere, tödteten den Vicepräsidenten und einen General, welcher dem Großfürsten ähnlich sah, ihn selbst aber fanden sie nicht, da er sich bei dem ersten Lärmen mit dem preußischen Gesandten Schmidt in eine neben dem Lustschloß gelegene Hütte geflüchtet hatte. Auch die Entwaffnung der russischen Regimenter gelang nicht, da sich diese vor ihren Kasernen in Schlachtordnung aufgestellt hatten und die 160 Fähndriche, mit welchen Wysoki anmarschirt kam, zurückschlugen. Ein Angriff von ihrer Seite hätte der Sache ein rasches Ende machen können. Aber niemand gab einen Befehl dazu; mehrerer ihrer Generale und Obersten waren auf dem Weg nach den Kasernen vom Volke erschossen worden. Denn die Einnahme des Zeughauses war Zaliwski gelungen, worauf 15,000 Gewehre unter das Volk vertheilt wurden. Am andern Morgen sahen sich die russischen Truppen von allen Seiten eingeschlossen, und Konstantin, in der Meinung, es handle sich bloß um einen Pöbelexceß, den er ruhig austoben lassen könne, räumte die Stadt, hielt sich zwei Tage lang in Wierbzna, eine Meile von Warschau, auf, und erst am 3. December, als die polnischen Regimenter, welche mit ihm ausgezogen waren, nach Warschau zurückkehrten und sich der Revolution anschloßen, marschirte er mit seinen russischen Truppen der Grenze zu. Hinter ihm fiel das ganze Land ab, die beiden Festungen mit ihren ungeheuren Kriegsvorräthen ergaben sich. In acht Tagen war alles vollendet, das Land von seinen Bedrängern frei. Auch Polen hatte nun seine „große Woche“. Der Jubel war unbeschreiblich. Nach solchen Erfolgen hielt man nichts mehr für unmöglich. Und doch war die Militärmacht Rußlands ein anderer Gegner als Karl X. und seine Höflinge, auch ein anderer als die Holländer.

Fürst Lubecki, das einflußreichste Mitglied des „Verwaltungsraths“, der obersten Behörde für die inneren Angelegenheiten Polens, glaubte, durch Berufung einiger populären Aristokraten in dieses Kollegium, den Aufstand in ein ruhiges Fahrwasser leiten zu können. Aber damit war den Revolutionären, welche unter Lelewel im Rathhause einen patriotischen Klub gebildet hatten, schlecht gedient. Lubecki mußte den Verwaltungsrath auflösen und eine provisorische Regierung errichten, an deren Spitze Fürst Adam Czartoryski stand, und zu welcher auch Lelewel gehörte. Von ihr wurde am 5. December der 60jährige General Josef Chlopicki zum Oberbefehlshaber und

Digitized by Google

Diktator ernannt. Dieser Mann, welcher noch unter Kosciuszko gedient und unter Napoleon mehrere Feldzüge mitgemacht hatte, besaß den populärsten Namen unter allen polnischen Generalen; aber weder seine strategischen Kenntnisse, noch sein politischer Scharfsinn war von der Art, daß er einem solchen Posten gewachsen gewesen wäre. Nicht durch Kampf hoffte er die Sache durchzuführen, sondern durch Unterhandlungen, welche doch bei dem bekannten Charakter des Kaisers Nikolaus vergeblich waren und den Polen die Möglichkeit benahmen, rasch den Aufstand in die altpolnischen Provinzen überzutragen. Die Bändigung der demokratischen Elemente war ihm weit wichtiger als die Vorbereitungen auf einen unversöhnlichen Krieg. Daher schloß er von der provisorischen Regierung, welche er für die Verwaltung der inneren Geschäfte bestehen ließ, Lelewel aus, löste alle Klubs auf, wies die herbeieilenden Freiwilligen aus Lithauen, Galizien und Posen zurück und schickte den Fürsten Lubecki und den Grafen Jezierski nach Petersburg, damit sie als Gesandte den Kaiser der Treue Polens versichern und ihm die drei Wünsche: „Ausführung der Verfassung, Ausschluß der russischen Besatzung und (wo möglich) Vereinigung Lithauens mit Polen" ans Herz legen sollten.

Der am 18. December versammelte Reichstag sanktionirte den Aufstand vom 29. November als den Ausdruck des Volkswillens, bestätigte Chlopicki's Diktatur und vertagte sich auf seinen Wunsch bis zum 19. Januar. Der Diktator ernannte ein Ministerium, in welchem auch Lelewel saß, und einen Nationalrath unter der Präsidentschaft Czartoryski's, sah sich aber den Angriffen der Klubisten ausgesetzt, die ihm Unthätigkeit, ja Verrath vorwarfen. Sie suchten seine Stellung zu untergraben, das Militär ihm abwendig zu machen, und als er Lelewel und andere verhaften ließ, mußte er sie wieder freigeben. Da erschien die Proklamation des Kaisers vom 19. December, in welcher unbedingte Unterwerfung gefordert und der Einmarsch der russischen Truppen angekündigt wurde, und am 13. Januar kam Graf Jezierski und meldete, daß Nikolaus keine andere Wahl lasse als Unterwerfung auf Gnade und Ungnade oder Krieg. Darauf erklärte Chlopicki dem Nationalrathe, daß er die Diktatur nur unter der Bedingung behalte, wenn ihm unumschränkte Gewalt überlassen würde. Da dies nicht angenommen wurde, legte er Diktatur und Oberbefehl am 17. Januar nieder.

Am 19. Januar kam der Reichstag wieder zusammen und sprach

Digitized by Google

auf den Antrag des Grafen Roman Soltyk am 25. die Unabhängigkeit Polens und die Absetzung der Dynastie Romanow aus. Eine neue Regierung von 5 Männern wurde errichtet, in welcher Czartorysky Präsident und Lelewel der einzige Demokrat war. Das Heer wurde so rasch als möglich vermehrt, und der Oberbefehl dem Fürsten Radziwill übertragen, von dem man annahm, daß ihm sein Freund Chlopicki militärische Rathschläge geben werde.

Der russische Feldmarschall, Graf Diebitsch-Sabalkanski, überschritt in der ersten Woche des Februar mit 118,000 Mann die polnische Grenze und ließ seine Truppen in verschiedenen Abtheilungen die Richtung nach Warschau einschlagen. Nach einigen unbedeutenden Gefechten kam es am 25. Februar zur Schlacht bei Grochow. Die Polen hatten 45,000 Mann, die Russen 70,000 und doppelt so viel Geschütz als jene. Trotz aller Tapferkeit mußten die Polen das Schlachtfeld räumen, auf welchem sie 8000 Todte und Verwundete, die Russen 12,000 zurückließen. Nun legte Radziwill, welchem der schwer verwundete Chlopicki nicht mehr zur Seite stehen konnte, den Oberbefehl nieder und an seine Stelle wurde Skrzynecki gewählt. Dieser, wie all diese polnischen Generale, mehr zum Divisionsgeneral als zum Strategen geeignet, versäumte es, die Blößen Diebitsch's, welcher sein Heer in kleinere Abtheilungen zersplitterte und auf das linke Weichselufer übergehen wollte, zu benützen, die einzelnen Corps anzugreifen und zu vernichten. Und als er endlich mit überlegenem Heere die russischen Garden überfallen wollte, schickte er aus Furcht vor einem Ueberfall Warschaus bedeutende Streitkräfte dahin ab, ließ Diebitsch Zeit, den Garden zu Hilfe zu kommen und führte so am 26. Mai die unglückliche Schlacht bei Ostrolenka herbei, wo alle persönliche Tapferkeit den Mangel einer guten Führung nicht ersetzen konnte. Die Polen verloren hier 7000, die Russen 9000 Mann. Diebitsch, welcher in diesem Feldzug weniger Energie gezeigt hatte als in dem Türkenkrieg von 1829, starb am 10. Juni in Pultusk an der Cholera, und am 27. Juni der Großfürst Konstantin in Witepsk. Jener hatte kein Herz für diesen Krieg und wurde deßwegen von den Nationalrussen scheel angesehen, dieser soll sich über die Tapferkeit der Polen, als ob sie sein Werk wäre, freudig ausgesprochen haben. Daraus bildete sich das Gerücht, daß der rasche Tod beider Männer kein natürlicher gewesen sei, sondern daß Graf Orlow — ein Name, der allerdings in den dunkelsten Partien der russischen Geschichte eine

Digitized by Google

unheimliche Rolle spielt, — vom Kaiser kurz vorher zu beiden abgeschickt, sie vergiftet habe.

Schlimmer noch als der Verlust einer Schlacht waren die Nachrichten, welche aus den altpolnischen Provinzen einliefen. Was Chlopicki in den ersten Wochen seiner Diktatur versäumt hatte, mußte nun schwer gebüßt werden. Der kühne Dwerniki, welcher am 14. Februar über die Russen den ersten Erfolg errungen hatte, wurde mit 6000 Mann nach Volhynien abgeschickt, um diese und die südlicheren Provinzen zu insurgiren. Ihm gegenüber stand General Graf Rüdiger mit 15,000 Mann, und vor dieser Uebermacht mußte Dwerniki am 27. April auf das österreichische Gebiet sich zurückziehen, wo er bis zum Ende des Kriegs in Gefangenschaft gehalten wurde. Seine Truppen wurden entwaffnet, schlichen sich aber größtentheils über die polnische Grenze. Trotz dieses Unfalls erhob sich der polnische Adel in Volhynien, Podolien und der Ukräne, stellte sich an die Spitze seiner Bauern, wurde aber von den überlegenen russischen Streitkräften leicht überwältigt. Nicht besser gieng es im Norden, in Samogitien und in Lithauen. Dorthin war General Gielgud, einer der reichsten lithauischen Grundbesitzer, mit 12,000 Mann abgeschickt worden. Die Generale Chlapowski und Dembinski befehligten unter ihm. Ein rascher Stoß auf das schwach besetzte Wilna konnte das ganze Land in ihre Hände bringen und dieses zu einer Vormauer für Polen machen. Aber Gielgud, mehr für seine Güter als für die große Sache besorgt, vergeudete die beste Zeit mit Nichtsthun, wurde vor Wilna, dessen Besatzung einstweilen verstärkt worden war, zurückgeschlagen und entschloß sich zuletzt, mit Chlapowski am 12. Juli bei Memel über die preußische Grenze zu gehen und die Waffen zu strecken. Im Augenblick des Uebergangs wurde er von einem aus den Reihen vorsprengenden polnischen Officier unter dem Rufe: „Stirb, Verräther!“ erschossen. Heldenmüthiger handelte Dembinski. Die 4000 Mann, welche er von dem Hauptcorps getrennt hatte, führte er von den äußersten Grenzen Samogitiens durch das mit Russen überfüllte Lithauen unter fortwährenden Kämpfen glücklich bis nach Warschau, wo er am 3. August unter dem Jubel der Bevölkerung ankam.

Das Mißlingen aller Unternehmungen, der Verdacht, daß das Volk von der aristokratischen Partei verrathen sei, rief um diese Zeit die heftigsten und grausamsten Scenen in Warschau hervor. Alle Versuche, die auswärtigen Mächte, besonders Frankreich und England,

Digitized by Google

für die polnische Sache zu interessiren, scheiterten. Polen blieb auf sich selbst angewiesen und hatte zudem an Preußen einen sehr feindlichen Nachbar. Die demokratische Partei wollte auch den Bauernstand für die Revolution begeistern und verlangte deßhalb vom Reichstag, daß er die Bauern gegen Ablösung zu Eigenthümern der von ihnen gepachteten Grundstücke machen solle. Die Aristokratie, in ihren finanziellen Verhältnissen bedroht, widersetzte sich diesem Antrag. So kam es endlich zu den Pöbelexcessen vom 15. August, wo die Gefängnisse, in welchen 30—40 Personen, wegen ihrer Verbindungen mit den Russen angeklagt, saßen, erbrochen und alle ohne Unterschied, schuldig und unschuldig, sogar Frauen ermordet wurden. Die Regierung, deren Mitglieder mit dem Tode bedroht waren, löste sich auf; Czartoryski entfloh verkleidet ins polnische Lager; der ränkesüchtige General Krukowiecki ließ sich durch den vom Pöbel eingeschüchterten Reichstag zum Regierungspräsidenten ernennen, um sein Vaterland an Rußland verrathen zu können und den Lohn dafür vom Kaiser sich bezahlen zu lassen.

Auch in der Heerführung waren Veränderungen eingetreten. Der unthätige Skrzynecki wurde am 10. August abgesetzt und Dembinski sein Nachfolger. Aber auch dieser mußte, weil er keine Siege herzaubern konnte, den Oberbefehl niederlegen, welcher nun von dem neuen Präsidenten dem unfähigen Malachowski übertragen wurde. Während hier die Kräfte der Nation durch die Uneinigkeit, Ungeschicklichkeit und Verrätherei der Führer nutzlos verschleudert wurden, war bei den Russen nach Diebitsch's Tode die Gewalt in eine kräftige Hand gelegt. Graf Paskewitsch Eriwanski, durch seine Kriegsleitung gegen Persien und in Kleinasien ausgezeichnet, hatte den Oberbefehl über die russischen Truppen übernommen. Er verlegte den Kriegsschauplatz an die untere Weichsel, gieng auf das linke Ufer und rückte gegen Warschau vor. Statt sämtliche Streitkräfte zur Vertheidigung zusammenzuhalten und vor den Thoren der Hauptstadt seine letzte Karte auszuspielen, schickte Krukowiecki einzelne Corps, angeblich um Lebensmittel zu holen, von Warschau weg, darunter 20,000 Mann unter dem genuesischen Abenteurer Ramorino. In der Stadt blieben noch 34,000, welche von Paskewitsch mit 70,000 Mann angegriffen wurden. Er stürmte am 6. und 7. September und büßte 20,000 Mann ein, da die Polen trotz schlechter Führung aufs tapferste fochten. Zugleich trat er in Unterhandlungen mit Krukowiecki, welcher

Digitized by Google

die unbedingte Unterwerfung zusagte und den Rückzug des polnischen Heeres nach Praga anordnete. Als aber der unterhandelnde General Berg wieder in die Stadt kam, um die letzte Entscheidung zu besprechen, so fand er, daß Krukowiecki von den entschlosseneren Mitgliedern des Reichstags abgesetzt und Niemojewski zum Präsidenten ernannt war. Ein Waffenstillstand von 48 Stunden wurde geschlossen, der Reichstag und die Armee verließen in dieser Zeit Warschau und Praga und wandten sich nach Modlin. Die Russen zogen am 8. September in Warschau ein, woraus sie am 30. November unter den ausschweifendsten Hoffnungen der Polen verdrängt worden waren.

Da übrigens die Russen bei der Erstürmung sehr große Verluste erlitten hatten und sie nicht so schnell ersetzen konnten, so dachten die Generale an die Fortsetzung des Krieges, ja an einen Angriff Warschaus, wo die Russen bei der erbitterten Bevölkerung einen schweren Stand hatten. Daher erhielt Ramorino Befehl, sich mit dem Hauptcorps in Modlin zu vereinigen, gehorchte aber nicht, zog gegen Galizien, überschritt mit 10,000 Mann am 16. September die österreichische Grenze und streckte die Waffen. Der tapfere General Rozycki mußte mit einer geringeren Abtheilung, von überlegener Macht zurückgedrängt, am 25. September nach Krakau flüchten. Auf diese Nachrichten hin nahm Paskewitsch eine andere Sprache an. Er hatte sich mit dem Hauptquartier von Modlin in Unterhandlungen eingelassen und sich den Anschein gegeben, als ob er allgemeine Amnestie und die Beibehaltung der Konstitution von 1815 bewilligen könnte. Nun aber verlangte er unbedingte Unterwerfung. Davon war bei der Armee und den Reichstagsmitgliedern keine Rede. Officiere und Soldaten verlangten sogar, noch einmal gegen den Feind geführt zu werden, um in seinem Blute ihren Rachedurst zu befriedigen. Aber Rybinski, welcher in Modlin den alten Malachowski im Oberbefehl abgelöst hatte, wollte sich nicht in ein so nutzloses Blutvergießen einlassen, und so zog er am 5. Oktober mit dem Rest der Armee, 24,000 Mann mit 95 Kanonen, über die preußische Grenze und übergab die Waffen. Bald darauf ergaben sich auch die Festungen Modlin und Zamosc, und zum zweiten Male ertönte der Ruf: Finis Poloniae!

Kaiser Nikolaus war fest entschlossen, Polen als selbständigen Staat, als besondere Nationalität zu vernichten und es als russische Provinz in dem großen Ganzen aufgehen zu lassen. Die Konstitution von 1815 wurde aufgehoben, ein Staatsrath, dessen Mitglieder der

Digitized by Google

Kaiser ernannte, wurde errichtet, und Paskewitsch, zum Fürsten von Warschau erhoben, als Statthalter an die Spitze der Militär- und Civilgewalt gestellt. Die Polen bildeten kein selbständiges Heer mehr, sondern wurden in russische Regimenter gesteckt und in die entferntesten Gegenden, besonders nach dem Kaukasus geschickt. Das ganze Land wurde entwaffnet, dem Landmann selbst seine Sense genommen, Todesstrafe auf Verheimlichung der Waffen gesetzt. Die Reichstagsmitglieder, welche für die Absetzung des Hauses Romanow gestimmt hatten, wurden nach Sibirien geschickt, gegen die Generale eine Untersuchung angestellt, und der elende Krukowiecki in einer kleinen Stadt des inneren Rußlands internirt. Die meisten Kompromittirten waren ins Ausland gegangen, um in Frankreich, Italien, England, in der Schweiz oder Amerika auf bessere Zeiten zu warten. Ihre Güter wurden eingezogen, was allein bei Czartoryski gegen 20 Millionen polnischer Gulden ausmachte.

Auch gegen die polnische Sprache und die Bildungsanstalten wurde ein Vernichtungskrieg geführt. Die Universitäten von Warschau und Wilna wurden auf einige Zeit aufgehoben, alle Schulen auf russischem Fuß eingerichtet, die Erlernung der russischen Sprache und Geschichte zu einem Hauptpensum gemacht und an die Spitze der höheren Lehranstalten russische Officiere gestellt. Der Ausbreitung der griechischen Religion über das katholische Polen wurde aller Vorschub geleistet und bei gemischten Ehen die Kinder in der griechischen Religion erzogen. Und was war mit diesem Schreckenssystem, das an die schlimmste Willkürherrschaft eines türkischen Pascha erinnert, gewonnen? Das Nationalgefühl ist dort so fest eingewurzelt, daß seither wenigstens alle Jahrzehnt einmal die Polen ihr Joch abzuschütteln suchten, und daß die Russificirung des Landes heute noch keine Thatsache, sondern ein für die russische Regierung höchst schwieriges Problem ist.

Die Stellung Rußlands in Europa war seit der Niederwerfung der polnischen Revolution eine andere als früher. Dies hatte namentlich Deutschland zu fühlen, von dessen Fürstenhäusern viele mit dem russischen Hof verschwägert waren. Selbst Oesterreich und Preußen entwanden sich nur mit Mühe der eisernen Faust des neuen Vormünders. Den kleineren Staaten wurde dies weniger leicht; neben der Staatskanzlei zu Wien war nun auch das geheime Kabinet von Petersburg bereit, den Fürsten und Ministern „gute" Rathschläge zu

Digitized by Google

geben. Man sah es der Reaktion, welche wieder über Deutschland und das übrige Europa hereinbrach, wohl an, welch mächtigen Rückhalt sie habe. Der Name „Nikolaus" bedeutete nicht bloß für Polen, sondern noch für manchen anderen Staat Stagnation, Rückschritt, Grabesruhe.

Aber nicht bloß nach dem westlichen Europa richtete Rußland seine Blicke, sondern auch nach Asien. Wollte es hier gegen Persien und Indien hin vordringen und als Rivale Englands auftreten, so war ihm der Besitz des Kaukasus nothwendig, wo freiheitsliebende und kriegerische Völkerschaften, Tscherkessen, Tschetschenzen, Lesghier und andere wohnten. Auf den Friedensvertrag von Adrianopel vom Jahr 1829 trügerischerweise sich stützend, begann Rußland 1834, den dortigen Krieg ernstlicher zu führen, erlitt aber, besonders durch den unermüdlichen Schamyl, den Führer der Tschetschenzen, bedeutende Verluste, so 1845 unter Fürst Woronzow. Von allen Seiten eingeschlossen mußte sich Schamyl 1859 an den General Bariatynski ergeben und, unter der edelmüthigen Behandlung Kaiser Alexanders II., seinen Aufenthalt in Kaluga nehmen. Erst 1864 wurde die gänzliche Unterwerfung der Kaukasusvölker beendigt. Sofort suchte Rußland seinen Einfluß in Persien gegen England geltend zu machen und in Turan vorzudringen. Aber die Expedition des Generals Perowski mit 20,000 Mann und 10,000 Kameelen gieng in den Steppen zwischen dem kaspischen Meer und dem Aralsee im Schneegestöber des Winters 1840 zu Grunde. Doch gibt die russische Politik einen Plan nicht so bald auf, und sie hat seitdem in Turan wie in der östlichen Mandschurei gegen China hin, am Amu und am Amur bedeutende Fortschritte gemacht.

§. 9.

Spanien und Portugal.

Kaum hatte König Ferdinand VII. am 29. September 1833 die Augen geschlossen, so rief die apostolische Partei im Norden Spaniens, besonders in Navarra und den baskischen Provinzen, Don Karlos, den Bruder des Königs, als König Karl V. aus. Um den Karlisten, welche sich für den Absolutismus und das Pfaffenthum schlugen, erfolgreichen Widerstand zu leisten, blieb der Regentin Marie Christine nichts übrig, als der liberalen Partei sich in die Arme zu werfen.

Digitized by Google

So wurde der siebenjährige Kampf zwischen Karlisten und Christinos aus einem Thronstreit zu einem Bürgerkrieg und Principienstreit. Die Karlisten hatten durch die Tüchtigkeit ihres Generals Zumalacarregny, welchem die Christinos keinen ebenbürtigen Führer entgegenstellen konnten, anfangs die Oberhand im Feld. Von Portugal aus, wo der dahin verwiesene Karlos bei seinem lieben Neffen, Don Miguel, sich aufhielt, bedrohte jener die Grenzen Spaniens. Daher wandte sich Christine an England und Frankreich, und zwischen diesen Staaten und Spanien und Portugal wurde in London die Quadrupelallianz vom 22. April 1834 geschlossen, deren Zweck war, die konstitutionellen Throne Isabella's und Maria da Gloria's aufrecht zu erhalten und die beiden Prätendenten Karlos und Miguel zu vertreiben. Noch in jenem Jahre mußten beide Herren, die sich der Gunst der Ostmächte und des Papstes in hohem Grade zu erfreuen hatten, Portugal verlassen. Karlos begab sich im Juni auf einem englischen Schiffe nach England, entfloh aber im Juli wieder und erschien, nach einer abenteuerlichen Reise durch Frankreich, plötzlich in Navarra, den Muth der Seinigen durch die königliche Gegenwart belebend. Der Krieg wurde von beiden Seiten mit ungeheurer Leidenschaft und fürchterlicher Grausamkeit geführt. Nach dem Tode Zumalacarregny's, welcher bei der Belagerung von Bilbao am 14. Juni 1835 sein Leben verlor, schienen die Christinos, welche an Truppenzahl überlegen waren, im Vortheil zu sein. Aber gegen den rastlosen Cabrera, welcher eben die erste geistliche Weihe empfangen hatte und in das Lager des Prätendenten übergegangen war, konnten die Christinos wenig ausrichten. Er war der gewandteste Guerillaführer. Der Wendepunkt erfolgte erst mit der Uebertragung des Oberbefehls über die christinische Armee an Espartero. Dieser schlug 1836 die Karlisten in der mörderischen Schlacht bei Luchana, eilte, als Karlos 1837 bis in die Nähe von Madrid vordrang, der Hauptstadt zu Hilfe und zwang Karlos zum Rückzug.

Zu diesen Verlusten gesellte sich noch die Uneinigkeit im eigenen Lager. Der gänzlich unfähige, unselbständige Prätendent war das Werkzeug seiner Kamarilla, die bei der Uebertragung des Oberbefehls mehr auf Tüchtigkeit im Katechismus als in der Kriegskunst sah, die fähigsten Generale entsetzte und ihre Kreaturen anstellte. Sagte doch der neue Oberfeldherr Guergué geradezu zu Karlos: „Wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge, haben noch Eure Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Klasse gehört, ist ein Verräther."

Digitized by Google

Dieser apostolische Held wurde 1838 einigemal von Espartero geschlagen, was allmählich die nördlichen Provinzen von ihrer Begeisterung abkühlte. Er wurde abgesetzt und der Oberbefehl dem schlauen Maroto übertragen, welcher, ein Feind der Kamerilla, sich gegen ihre fortwährenden Angriffe nur durch große Siege hätte halten können. Da es ihm nicht gelang, solche gegen den überlegenen Espartero zu erringen, so schloß er mit ihm am 31. August 1839 den Vertrag von Vergara, wonach er mit seinem Heere zu den Christinos übergieng und dafür Amnestie und die Bestätigung der baskischen und navarresischen Freiheiten auswirkte. Damit war die Sache des Don Karlos unrettbar verloren. Er begab sich mit vielen der Seinigen im September nach Frankreich, mußte dort sechs Jahre unter polizeilicher Aufsicht in der Stadt Bourges zubringen und erhielt erst 1845, nachdem er seine Ansprüche an seinen ältesten Sohn, den Grafen von Montemolin, abgetreten hatte, die Erlaubniß zur Abreise, worauf er sich nach Italien begab. Am 10. März 1855 starb er in Triest. Seine Anhänger setzten in Katalonien noch eine Zeit lang den Kampf unter Cabrera fort. Aber auch sie wurden von Espartero überwältigt und mußten im Juli 1840, etwa 8000 Mann stark, nach Frankreich flüchten, wo sie überwacht wurden. Der Bürgerkrieg war nun zu Ende, aber der Streit dauerte fort. Espartero, zum Siegesherzog (Herzog von Vittoria) ernannt, war die größte und populärste Persönlichkeit in Spanien, mit welcher jedermann, selbst die Regentin rechnen mußte.

Diese hatte inzwischen weder durch ihr Privatleben noch durch ihre politische Haltung die Liebe und Achtung der Spanier sich zu verschaffen gewußt. Ihre liberalen Anwandlungen giengen nicht tief und machten, sobald die augenblickliche Noth vorüber war, der entgegengesetzten Richtung Platz. Bei dem Zunehmen des karlistischen Aufstands hatte sie 1834 den früher verfolgten, als Dichter und Schriftsteller bekannten Martinez dela Rosa an die Spitze des Ministeriums gestellt und dem Lande eine Verfassung gegeben, die niemand befriedigte. Die Kortes kamen nach langer Pause wieder zusammen und schieden sich bald in die zwei feindlichen Parteien der Moderados und der Progressisten. Rasch wechselten die Ministerien: Toreno, Mendizabal, Isturiz lösten sich ab. Bei dem trostlosen Zustand der Finanzen und aus Opposition gegen die apostolisch-karlistische Partei verlangten die Progressisten Aufhebung der Mönchsorden und

Digitized by Google

Einziehung ihrer Güter, was auch theilweise ausgeführt wurde. In einzelnen Städten kam es zu blutigen Excessen; Klöster wurden zerstört, Mönche und Nonnen ermordet, Pfaffen und Jesuiten über die Grenze gejagt. Das beständige Schwanken, die häufigen Kortes-Auflösungen vermehrten die Unzufriedenheit; die Progressisten fürchteten 1836 eine Reaktion und wollten zuvorkommen. Aufstände in den größeren Städten wurden organisirt, die Konstitution von 1812 auf das Programm geschrieben. Die Regierung antwortete mit Verhängung des Belagerungszustandes über Madrid, mit Auflösung der Nationalgarde. Da brach der Aufstand in der Sommerresidenz La Granja aus, wohin sich Christine mit dem Hof zurückgezogen hatte. Gardesoldaten drangen in den Palast und zwangen sie zur Einführung der Konstitution von 1812. Eine konstituirende Versammlung berieth eine Revision derselben, und so entstand die neue Verfassung von 1837. Christine beschwor sie, hoffte aber durch Ueberwachung der Wahlen die Moderados in die Kortes und in das Ministerium zu bringen. Als ihr dies 1840 gelang, erließ sie ein Gemeindegesetz, wonach die Wahl der Gemeindebehörden in die Hände der Regierung gelegt wurde. Dies veranlaßte einen Aufstand in Madrid und anderen Städten, und als Christine dem eben als Sieger zurückkehrenden Espartero den Auftrag gab, den Aufstand in Madrid zu unterdrücken, weigerte er sich, sich zum Werkzeug einer unvolksthümlichen Politik herzugeben. Und doch war er der einzige Mann, welcher die überall drohende Revolution zurückhalten konnte. So mußte sie am 16. September 1840 Espartero zum Ministerpräsidenten ernennen. Er wählte lauter Progressisten in sein Ministerium, hielt am 29. September einen triumphirenden Einzug in Madrid und legte am 5. Oktober der Regentin in Valencia sein Programm vor, welches Zurücknahme des Gemeindegesetzes, Auflösung der Kortes und Verabschiedung der Kamarilla verlangte. Unter solchen Verhältnissen hatte für Christine die Regentschaft wenig Reiz mehr. Auch andere Gründe wirkten mit. Sie hatte bald nach dem Tode ihres Gemahls einem schönen Leibgardisten, Namens Munoz, ihre Gunst zugewandt, ihn zum Kammerherrn ernannt und sich heimlich mit ihm trauen lassen. Das Verhältniß äußerte sich bald in einem reichen Kindersegen, aber erst im Jahr 1844 fand die öffentliche Vermählung und die Erhebung Munoz' zum Herzog von Rianzares und zum Granden von Spanien statt. Durch diesen Lebenswandel hatte sie ihre Achtung als Weib verscherzt, und Angriffen jeder Art

Digitized by Google

bloßgestellt, zog sie es vor, das Land zu räumen. Sie dankte am 12. Oktober als Regentin ab und reiste nach Frankreich.

Die neugewählten Kortes ernannten am 8. Mai 1841 Espartero zum Regenten Spaniens und zum Vormund der Königin Isabella und ihrer Schwester, der Infantin Luise Fernanda. Auch zeigte er sich dieser hohen Stellung nicht unwürdig, suchte in allen Zweigen der Staatsverwaltung Ordnung herzustellen und auch gegenüber der Geistlichkeit und dem Papste seine Würde zu wahren. Aber in einem Lande, wo es noch heute Sitte ist, daß ein populärer Officier mit ein paar Regimentern unter einem beliebigen Programm der Regierung den Gehorsam aufkündigt, ist es, zumal für einen Emporkömmling, schwer, sich lange zu halten. Da er wußte, wie sehr Christine, von Louis Philipp unterstützt, durch ihren Einfluß und ihr Geld ihm entgegenarbeitete, so schloß er sich mehr an England an, woraus seine Neider und Nebenbuhler ihm den Vorwurf machten, daß er die spanischen Handelsinteressen an England verkaufe. Daß er 1842 das aufrührerische Barcelona durch ein Bombardement zur Ruhe brachte, wurde ihm als Tyrannei ausgelegt. Neue Aufstände erhoben sich 1843 im Süden; Oberst Prim eilte nach Katalonien und stellte sich an die Spitze der Soldaten, die von den Agenten Christine's durch reichliche Geldspenden gewonnen waren; der heftigste Feind Espartero's, der General Narvaez, landete in Valencia und zog mit den Truppen in Madrid ein. Espartero, gegen welchen sich Moderados und Progressisten verschworen hatten, sah sich verlassen und schiffte sich am 26. Juli 1843 in Kadix nach England ein, von wo er erst 1848 wieder in sein Vaterland zurückkehren durfte.

Im November 1843 wurde die 13jährige Isabella für volljährig erklärt. Sie übernahm die Regierung, machte den zum Herzog von Valencia erhobenen Narvaez zum Ministerpräsidenten und rief ihre Mutter zurück. Damit war dem französischen Einfluß, dem Spiel der Intriguen, der Reaktion Thüre und Thor geöffnet. Die Konstitution von 1837 wurde 1845 zu Gunsten des Absolutismus abgeändert, die Preßfreiheit beschränkt, die Nationalgarde aufgehoben und die Kortes noch mehr als in Frankreich zu einer Scheinexistenz herabgedrückt. Um seinem Hause einen dauernden Einfluß in Spanien zu sichern und demselben Anwartschaft auf den spanischen Thron zu verschaffen, brachte es Louis Philipp, im Einverständniß mit Christine dahin, daß am 16. Oktober 1846 Isabella sich mit ihrem Vetter

Digitized by Google

Franz von Assis, die Infantin Luise mit dem Herzog von Montpensier, dem jüngsten seiner Söhne, vermählte. (Anfangs hatte Louis Philipp den Plan, auch Isabella mit einem seiner Söhne, dem Herzog von Aumale, zu vermählen, gab ihn aber wegen der entschiedenen Protestation des Palmerston'schen Kabinets auf und wählte nun für Isabella in Franz von Assis diejenige Persönlichkeit aus, welche vermöge ihrer geistigen und körperlichen Schwäche seinem Sohne Montpensier am wenigsten im Wege stand.) Diese ganz im geheimen betriebene Heirat kostete Louis Philipp die Freundschaft des englischen Kabinets. Die lebenslustige, in den Fußstapfen ihrer Mutter wandelnde Isabella fand ihren Franz bald zum Sterben langweilig, dagegen den jungen, progressistischen General Serrano so schön und liebenswürdig, daß sie sich im Juli 1847 mit ihm und anderen Officieren in La Granja vergnügte, während Franz auf dem Jagdschloß Pardo sich zum Einsiedlerleben gezwungen sah. Die Ehe war eine sehr unglückliche, die Legitimität der königlichen Kinder wurde stark bezweifelt, und Christine, den bösen Geist Spaniens, sah man bald fliehen, bald kommen. Kriegerische Lorbeeren erwarb sich die spanische Regierung im Winter 1860, wo General O'Donnell (Herzog von Tetuan) einen glücklichen Krieg mit Marokko führte.

Die politischen Verhälnisse Portugals nahmen einen ähnlichen Verlauf wie in Spanien. Auf die Nachricht von den Vorgängen in La Granja ertönte am 9. September 1836 in Lissabon der Ruf: „Es lebe die Konstitution von 1820!" Die Königin Maria da Gloria mußte ein Ministerium von „Septembristen" und eine konstituirende Versammlung berufen, welche 1838 die Verfassung in gemäßigtem Sinn umänderte. Vier Jahre darauf wurde diese wieder umgestoßen, die Charte Don Pedro's vom Jahr 1826 hervorgesucht, unter dem Herzog von Terceira und dem Grafen Thomar (Costa Cabral) ein strenges Regiment geführt, das ausgesogene Land durch Steuerdruck erbittert, und als ein neuer Aufstand das ganze Land ergriff, kam die Königin so in die Enge, daß sie 1847 die Intervention der drei Mächte, mit welchen sie die Quadrupelallianz geschlossen hatte, anrief, und nur mit Hilfe einer englischen Flotte und eines spanischen Landheeres den Aufstand bewältigte. Mehrere Jahre verflossen unter der Rivalität des Grafen Thomar und des Herzogs von Saldanha, welche sich nach ihren spanischen Vorbildern bekämpften und verdrängten. Als unter Saldanha's kräftiger Regierung nach und nach Ruhe in's

Digitized by Google

Land kam, starb die 35jährige Königin am 15. November 1853. Ihr Gemahl, Ferdinand von Koburg, führte die Regenschaft für seinen noch unmündigen Sohn, welcher am 17. September 1855 als Don Pedro V. den Thron von Portugal bestieg. Dieser starb schon 1861, worauf ihm sein Bruder Luiz, der jetzige König folgte.

§. 10.

England.

Die nächste Frage, welche ganz Großbritannien und Irland beschäftigte, war die Parlamentsreform. Der neue Premierminister, Graf Grey, hielt sein Wort, ließ am 1. März 1831 durch Lord Russel die Reformbill vor das Unterhaus bringen und erklärte, mit ihr stehen und fallen zu wollen. Nach dieser Bill sollte den „verrotteten Flecken" ihr Wahlrecht genommen, dasselbe auf die bevölkerteren Städte übertragen und die Wahlberechtigung an einen niedrigeren Census geknüpft werden. Von radikalen Vorschlägen war darin gar keine Rede, die ärmeren Klassen waren nach wie vor nicht wahlberechtigt, die Aristokratie behielt ein Uebergewicht, nur sollte der wohlhabende Mittelstand vom Unterhaus nicht mehr ausgeschlossen sein. Die Sitzungen des Unterhauses waren sehr stürmisch. Für den Antrag sprach der berühmte Geschichtschreiber Macaulay, der irische Agitator O'Connell, dagegen Robert Peel, der Sohn des Baumwollspinners, nebst Wellington eine Säule der Aristokratie. Die Bill gieng nicht durch, das Parlament wurde aufgelöst, die neuen Wahlen fielen überwiegend in reformistischem Sinne aus. Am 21. September 1831 wurde die Reformbill im Unterhause mit einer Mehrheit von 109 Stimmen angenommen. Am folgenden Tage kam sie vor das Oberhaus und hier wurde sie verworfen. Dies erregte eine ungeheure Aufregung in London und anderen Städten. Wellington, welcher sich entschieden gegen die Bill ausgesprochen hatte, entgieng kaum einer persönlichen Mißhandlung. Man sprach, wie zu den Zeiten Cromwells, von der Abschaffung des Oberhauses, sprach von dem Schicksal der Stuarts und Karls X. von Frankreich. Das vertagte Parlament kam im December wieder zusammen, das Unterhaus nahm die Reformbill wieder an, und das Oberhaus verwarf sie auch diesmal. Nun verlangte Graf Grey vom König die Ermächtigung, neue Pairs ernennen zu dürfen, um dadurch dem Ministerium die Mehrheit im

Digitized by Google

Oberhaus zu verschaffen. Aber der König, von der hohen Aristokratie, von den fremden Gesandten, von seiner Gemahlin, einer meiningischen Prinzessin, bestürmt, verweigerte das Ansinnen, nahm die auf dies hin angebotene Entlassung seiner Minister an und beauftragte den Herzog von Wellington mit der Bildung eines neuen Kabinets. Dies hieß Oel ins Feuer gießen. Ein Ministerium Wellington bedeutete Revolution, bedeutete eine „große Woche" in England, bedeutete die Entladung eines furchtbaren Gewitters über die hochadeligen Häupter. Alle Geschäfte stockten, alles rüstete sich zum Kampf. In Birmingham kamen über 100,000 Menschen zusammen, welche schwuren, im Kampfe für ihr gutes Recht auszuharren, und nach London sagen ließen, daß sie auf den ersten Wink mit den Waffen herbeieilen werden. Tausende von Schotten erklärten sich bereit, über die Grenze zu ziehen. Das zürnende Irland wartete nur auf ein Zeichen. Von Wellington hieß es in den Versammlungen nie anders als: „An den Galgen mit ihm!" Ueber die Einmischung der Königin war man empört und sagte: „Weiberröcke taugen nicht für die Politik; sie solle über den Kanal zurückkehren." Solche offene Kundgebungen wirkten. Wellington zwar scheute auch vor einem Bürgerkrieg nicht zurück; aber die bedeutendsten Tories, an die er sich wegen Uebernahme eines Portefeuilles wandte, verweigerten die Uebernahme. Er mußte dem König seine Vollmacht zurückgeben, Graf Grey mußte aufs neue berufen werden, nahm aber das Ministerium bloß unter der Bedingung der Erlaubniß eines neuen Pairsschubs an. So weit wollten es die Tories, welche darin eine „Vernichtung der Unabhängigkeit des Oberhauses" sahen, nicht kommen lassen, die eifrigsten entzogen sich der Abstimmung, und so gieng die Reformbill am 4. Juni 1832 auch im Oberhaus durch und wurde vom König bestätigt. Dies war eine Niederlage der Aristokratie, auf welche noch andere folgen mußten, wenn der Bürger des 19. Jahrhunderts den Aufenthalt in England wohnlich finden sollte. Es war zu hoffen, daß auf dem gleichen Wege der Reform noch manche Bresche in den englischen Feudalismus geschossen werde.

Nicht die Masse des Volkes, sondern nur die Mittelklassen hatten von der Reformbill einen greifbaren Nutzen. Wie vorher diese, so glaubte nun auch jene berechtigt zu sein, politische Gleichstellung mit den oberen Ständen zu fordern. Die von den Reformern sich abzweigende Partei der Radikalen, welche der Parlamentsreform eine noch breitere

Digitized by Google

Unterlage geben wollte, schloß sich an das Volk, an die zahlreichen Arbeitervereine an, und diese neue social-politische Partei stellte in der „Volkscharte", woher ihre Mitglieder den Namen Chartisten bekamen, folgende fünf Artikel als ihre Forderung auf: allgemeines Stimmrecht, geheime Abstimmung, jährliche Parlamente, Abschaffung des Census als Maßstab für die Wahlen, Taggelder für die Unterhausmitglieder. O'Connell, Hume, Attwood, der irische Advokat O'Connor betrieben die Agitation in Volksversammlungen, in der Presse und im Unterhaus. In Manchester sprach sich eine Versammlung von angeblich 300,000 Menschen, in Bath ein Meeting von 4000 Frauen dafür aus. Ein Chartistenausschuß wurde gebildet und übergab 1839 die mit 1,285,000 Unterschriften versehene „Nationalpetition", die auf einem Lastwagen transportirt werden mußte, dem Unterhaus, und Attwood empfahl die „gewichtige" Petition um Gewährung der Volkscharte. Die Ablehnung des Antrags verursachte eine kaum zu beschwichtigende Aufregung unter den arbeitenden Klassen. Auf ihre numerische Ueberlegenheit vertrauend, versuchten die Chartisten nach der Februarrevolution von 1848 einen neuen Druck auf Regierung und Parlament, eine Petition von 5 Millionen ankündigend. Aber der ganze Mittelstand trat ihnen in so imposanter Entschlossenheit und Anzahl entgegen, daß O'Connors Bemühungen auch diesmal umsonst waren. Die Zeit des „vierten" Standes war noch nicht gekommen. Doch ist der Einfluß der chartistischen Bewegung auf den Gang der parlamentarischen Thätigkeit nicht zu verkennen. Dies zeigte sich am meisten bei dem Verlangen nach Aufhebung der Korngesetze, welche, trotz des Widerstandes der als Grundeigenthümerin dabei interessirten Aristokratie, im Jahr 1846 von Robert Peel angekündigt und in beiden Häusern durchgesetzt wurde. Diesen Erfolg hatte die Nation hauptsächlich dem großen Verfechter des Freihandelssystems zu verdanken, Richard Cobden, welcher als Knabe die Schafe gehütet hatte und sich zum ersten Nationalökonomen Englands aufschwang.

Die nächste große Frage, welche dringend eine Lösung erheischte, war die irische. Trotz der Emancipationsbill von 1829, welche den Katholiken den Eintritt in das Unterhaus möglich machte, dauerten noch die schreiendsten Ungerechtigkeiten gegen die Irländer fort. Noch war das reiche katholische Kirchengut im Besitz der protestantischen Kirche, noch mußten die 6 Millionen katholischer Irländer den anglikanischen Geistlichen den Zehnten geben und die Stolgebühren bezahlen, wäh-

Digitized by Google

rend die Geistlichkeit und das Schulwesen der Katholiken, durch Privatbeisteuer unterhalten, ein kümmerliches Dasein fristete; noch waren alle Geschworenengerichte nur aus Protestanten zusammengesetzt. Die erste Forderung der Irländer war die Abschaffung des gehässigen Zehnten. O'Connell, um das Uebel an seiner Wurzel zu fassen, begeisterte seine Landsleute für Repeal, für Widerruf der legislativen Union Irlands und Englands, für Einsetzung eines abgesonderten irischen Parlaments. Das Wort Repeal war in wenigen Monaten das Losungswort aller Irländer, über das ganze Land ein Netz von Repeal-Vereinen ausgebreitet; aber wenngleich O'Connell über seine Landsleute wie ein Feldherr gebieten konnte und in den Riesenversammlungen (Monster-meetings) Hunderttausende sein Wort wie ein Evangelium aufnahmen, so war er doch schlau genug, die Grenzen der Gesetzlichkeit nicht zu überschreiten. Doch wuchs ihm die heraufbeschworene Bewegung nach und nach über den Kopf. Der Zehnte wurde vielfach nicht mehr entrichtet, den Auspfändungen Widerstand geleistet, mit Mord und Brand an den verhaßten „Sachsen" Rache genommen.

Auch hier brauchte es, um das englische „Polen" aus einem künstlichen zu einem natürlichen und gesunden Glied des Staatskörpers zu machen, durchgreifender Reformen auf kirchlichem und politischem Gebiete. Aber an dem Unverstand der anglikanischen Geistlichkeit, die wie in den Stuartischen Zeiten über Papismus schrie, und an der Böswilligkeit der Tories, welche ihre Machtsphäre und ihre Geldsäcke bedroht sahen, scheiterte jede kräftige Maßregel. Nur tropfenweise konnten dem Parlament die Linderungsmittel der irischen Noth ausgepreßt werden. Die irische Zehntbill, welche immer und immer wieder von den whigistischen Ministerien vorgebracht wurde, gieng im Jahr 1838 nur verstümmelt aus den Parlamentsdebatten hervor. Was den Irländern an Zehnten erlassen war, wurde auf die Grundeigenthümer gewälzt, welche sich durch Erhöhung des Pachtgelds wieder schadlos hielten. Und wenn Lord Russel die Ueberschüsse des irischen Kircheneinkommens zur allgemeinen Verbesserung des Erziehungswesens in Irland, also hauptsächlich für Schulzwecke verwenden wollte, so schrien die Hochkirchlichen über Profanation, und der Antrag fiel durch. Kein Wunder, daß der Ruf nach Repeal auf der grünen Insel nie erlosch, auch nicht nach dem 1847 erfolgten Tod des großen Agitators, und daß die Hungersnoth von 1846 und die französische Revolution von 1848 den Brand aufs neue anfachte, wor-

Digitized by Google

auf die Regierung die irischen Mißstände, anstatt sie zu heilen, durch Militär zu überwältigen unternahm. Der neue Agitator O'Brien wurde als Hochverräther nach Australien deportirt, später begnadigt und durfte 1864 in der Heimat sterben. Und wenn in unserer Zeit die Verschwörung der Fenier die Losreißung Irlands bezweckt, was ist dies anders als die Folge eines Systems, das die kirchlichen, politischen und socialen Schäden Irlands mit der aristokratisch-kirchlichen Engherzigkeit Altenglands aufrecht erhält? Rühmender zu erwähnen ist die 1833 unter dem Ministerium Grey eingebrachte Sklaven-Emancipationsbill, wonach die Sklaven in den westindischen Kolonien nach kurzer „Lehrzeit" zu freien Menschen herangebildet und den Eigenthümern derselben eine Entschädigung von 20 Millionen Pfund bewilligt wurde. Auch war es ein ungeheurer Fortschritt, daß die Juden, welche seit 1828 zu den Gemeindeämtern zugelassen wurden, 1857 auch Eintritt in das Unterhaus erhielten, eine Neuerung, welche wohl dem Respekt vor der Geldmacht zuzuschreiben ist. Baron Nathan von Rothschild war der erste Jude, welcher die heiligen Hallen von Westminster betreten durfte.

An der Schroffheit der englisch-irischen Gegensätze hatte der Bund der Oranienmänner viele Schuld. Zur Zeit Wilhelms von Oranien zur Aufrechthaltung der englischen Gesetze und des Protestantismus gegründet, trat er in neuerer Zeit, seitdem die irische Frage wieder auftauchte, wieder hervor. Alle Tories traten ihm bei, es wurden Logen, wie bei den Freimaurern, errichtet, die Mitgliederzahl stieg auf 300,000 und erstreckte sich auch auf die Armee. Das Ideal dieser Partei und das Haupt des Bundes war des Königs Bruder, der Herzog von Cumberland, welcher bald darauf als König von Hannover durch den Verfassungsstreit eine traurige Berühmtheit erlangte. Die Plane des mächtigen Bundes erstreckten sich zuletzt nicht mehr bloß darauf, in Irland das protestantische Uebergewicht zu erhalten, sondern auch auf eine Stärkung und Erhaltung der toristischen Herrschaft in England. Mit Schaudern dachten die Tories an den Tod des kinderlosen und kränklichen Königs Wilhelm IV., welchem nach englischem Gesetze seine Nichte Viktoria, die Tochter seines ältesten Bruders, des verstorbenen Herzogs von Kent, auf dem Throne folgen sollte. Da diese in Whiggrundsätzen auferzogen und als Nichte des Königs Leopold von Belgien mit liberalen Ideen vertraut war, so durften die Tories auf eine Verminderung ihres Einflusses rechnen,

Digitized by Google

während der Herzog von Cumberland ganz der Mann gewesen wäre, als König die extremsten Grundsätze ihrer Partei mit der Starrköpfigkeit eines Karls X. und dem Leichtsinn Polignac's durchzuführen oder wenigstens es zu versuchen. Man schreibt ihnen daher den Plan zu, das Thronfolgegesetz umzustoßen und den Herzog auf den Thron zu setzen. Der radikale Hume brachte die Sache vor das Parlament und beantragte die Aufhebung der sogenannten Orangelogen. Die Gerüchte von den Umtrieben des Bundes erregten solches Aufsehen und so böses Blut, daß der Herzog von Cumberland sich genöthigt sah, seiner Partei die Auflösung des Bundes 1836 selbst zu empfehlen. König Wilhelm starb am 20. Juni 1837, Viktoria bestieg den Thron, und die kontinentalen Prinzen begannen über den Kanal hinüber nach dem St. James-Palast eine fromme Wallfahrt, um sich das kranke Herz von der wunderthätigen Jungfrau heilen zu lassen. Prinz Albert von Sachsen-Koburg, gleichfalls Neffe des belgischen Königs, durch edle Männlichkeit und feine Bildung ausgezeichnet, war der Auserwählte, mit welchem sich Viktoria 1840 vermählte und eine sehr glückliche Ehe führte. Der Prinzgemahl starb am 14. December 1861, eine Witwe in tiefer Trauer zurücklassend.

Unter der Regierung der Königin Viktoria dehnte sich die Herrschaft und die Handelsverbindungen der Engländer in Asien bedeutend aus. Schon 1824 hatten sie angefangen, sich in Hinterindien festzusetzen, im Krieg mit den Birmanen die Landschaften Arakan und Assam und 1852 Pegu samt dem Küstenstrich weggenommen. Das Vordringen Rußlands verwickelte sie in einen Krieg mit den Afghanen, unter denen sie 1839 einen befreundeten Fürsten einsetzten. Aber von Rußland aufgehetzt, erhoben sich die Afghanen 1841, das englische Heer wurde zum Rückzug genöthigt und fast ganz aufgerieben. Die Engländer nahmen zwar im Feldzug von 1842 Rache, verwüsteten das Land, zerstörten die Städte Kandahar und Kabul, räumten aber wieder das entlegene Gebiet. Dagegen unterwarfen sie sich 1843 Sindh, das Mündungsland des Indus, und nach einem mehrjährigen Kriege, 1844—1849, das Land der Sikhs, Pendschab mit der Stadt Lahore, wo sie ungeheure Schätze erbeuteten, darunter den größten Diamant Kohinor (Lichtberg). Ein Streit wegen des Opiumhandels, welchen die Chinesen verboten, brachte die Engländer 1840 in einen Krieg mit China, in welchem sie Kanton eroberten, Nanking bedrohten und dadurch die Chinesen 1842 zum Frieden von

Digitized by Google

Nanking zwangen. Durch dieſen wurde den Engländern die Inſel Hongkong abgetreten, fünf chineſiſche Häfen dem Handel eröffnet, und der Handel mit dem entnervenden Opium mußte fortbeſtehen. Während in China durch den Aufſtand der Taiping ein vernichtender Krieg im Innern ſich erhob, gab das rückſichtsloſe Auftreten des Gouverneurs von Kanton, Yeh, Veranlaſſung zu einem Angriff der Engländer und Franzoſen auf dieſe Stadt, welche 1857 erobert wurde. Das Einlaufen der verbündeten Flotte in den Peihofluß erzwang 1858 den Frieden von Tientſin, und als dieſer nicht eingehalten wurde, gieng 1860 eine neue engliſch-franzöſiſche Expedition ab. Die Peiho-Forts wurden erobert, die Chineſen im offenen Feld geſchlagen, der kaiſerliche Sommerpalaſt von den Franzoſen ausgeplündert, die Hauptſtadt Peking mit einem Bombardement bedroht und dadurch ein neuer Friede hergeſtellt, wodurch neue Häfen dem Handel eröffnet wurden und das früher ſo abgeſchloſſene „himmliſche Reich der Mitte" in einen lebendigeren Verkehr mit den europäiſchen Staaten kam. Auch die in gleicher Abſonderung lebenden Japaneſen eröffneten 1854 den Engländern und darauf anderen Nationen einige Häfen, wozu 1851 die entſchiedene Erklärung des nordamerikaniſchen Präſidenten, „daß keine Nation das Recht habe, ſich gegen jeden Handelsverkehr mit anderen Nationen abzuſchließen," den Anſtoß gab.

§. 11.

Die Türkei und Aegypten.

Bei keiner der europäiſchen Fragen war England ſo intereſſirt wie bei der orientaliſchen, welche durch das kecke Zugreifen eines türkiſchen Vaſallen in eine neue Phaſe trat. Der Friede von Adrianopel (1829) hatte das Anſehen der Pforte tief herabgedrückt, die Aufſtände mehrten ſich, in Bosnien und Albanien mußten türkiſche Heere einmarſchiren. In dieſen und allen andern Händeln, wodurch der Pforte Verlegenheiten erwuchſen, hatte der herrſchſüchtige Mehemed Ali, Paſcha von Aegypten, ſeine Hand. Er hatte als Lohn für ſeine Dienſte gegen die Griechen das Paſchalik von Damaskus verlangt. Sultan Mahmud II. hatte ihm dies abgeſchlagen und nur das verſprochene Kreta (Kandia) gegeben. So ſuchte ſich Mehemed Ali, während die Weſtmächte mit den Folgen der Julirevolution beſchäftigt waren und ganz Europa einem neuen Umſturz entgegenzugehen

Digitized by Google

schien, seine Beute selbst zu holen. In Folge eines von jenem angefangenen Streites mit Abdallah, dem Pascha von Akre, überschritt der durch seine barbarische Kriegführung im Peloponnes berüchtigte Ibrahim Pascha am 29. Oktober 1831 mit einem auf europäischem Fuße eingerichteten Heere die ägyptische Grenze, nahm ohne Widerstand Gaza, Jaffa, Jerusalem und belagerte das von Abdallah entschlossen vertheidigte Akre. Nun verlangte Mehemed Ali vom Sultan, welcher ihm befahl, Syrien zu räumen, die beiden Paschaliks von Damaskus und von Akre, erhielt natürlich eine abschlägige Antwort und wurde samt seinem Sohne Ibrahim in die Acht erklärt. Aber der Letztere machte in seinen Operationen weiter, nahm Akre am 25. Mai 1832 mit Sturm und zog in Damaskus ein. Inzwischen war ein türkisches Heer unter Hussein Pascha in Syrien eingerückt. Zuerst wurde der Unterfeldherr Mehemed Pascha am 9. Juli bei Homs, dann Hussein selbst, der den Schlag wieder gut machen wollte, am 27. Juli bei Beylan von Ibrahim geschlagen, das Heer zersprengt. Auf dies hin schickte der Sultan den Großvezier Reschid Pascha, welcher bei Bezwingung der Bosnier und Albanesen sich sehr tüchtig gezeigt hatte, mit einem neuen Heere gegen Ibrahim. Aber auch Reschid, welcher mit der Eifersucht des Seraskiers Chosrew Pascha zu kämpfen hatte und nicht genug Truppen erhielt, wurde am 20. December bei Konieh gänzlich geschlagen und gerieth selbst in Gefangenschaft. Der Sultan war in einer bedenklichen Lage. Er konnte im Augenblick kein bedeutendes Heer mehr aufbringen. Ibrahim dagegen hatte 100,000 Mann tüchtig geschulter Truppen. Der Weg nach Konstantinopel stand ihm offen. Die kühnsten Wünsche seines Vaters, die sich wohl auf die Besitznahme des Kaiserthrones erstreckten, waren der Erfüllung nahe.

Rußland hatte viele Gründe, dies nicht zu wünschen, wollte aber die Noth des Sultans für sein eigenes Interesse ausbeuten. Es trug ihm seine Hilfe an, und verlassen wie er war, mußte er das Danaergeschenk annehmen. Es war schon alles in Bereitschaft. Eine russische Flotte erschien im Bosporus, landete Truppen bei Skutari, und von der Donau her war ein russisches Heer im Anmarsch, um Konstantinopel zu decken. Was Peter der Große und Katharina II. als russische Politik festgestellt hatten, das griechische Kreuz auf der Sophienkirche in Konstantinopel aufzupflanzen, schien sich hier in den Formen der uneigennützigsten Freundschaft und des großmüthigsten Wohlwollens in Scene zu setzen.

Digitized by Google

Jetzt erst merkten England und Frankreich, wie gefährlich es sei, über dem Studium der belgisch-holländischen Frage den Orient zu vergessen. Ihre Gesandten hatten vollauf zu thun, durch einen raschen Frieden die Hilfe Rußlands unnöthig zu machen. Da ihre Drohungen auf den siegreichen Mehemed Ali keinen Eindruck machten, so erfüllten sie den Sultan mit Mißtrauen gegen Rußland, stellten eine Gebietsabtretung an den Vasallen als das kleinere Uebel dar und bewogen ihn so zu dem Frieden von Kutajah (6. Mai 1833), wodurch Mehemed Ali ganz Syrien und das Gebiet von Adana erhielt. Rußland mußte unverrichteter Sache wieder abziehen, kam aber, kaum zur Vorderthüre hinausgewiesen, zur Hinterthüre wieder herein. Es machte den Sultan aufmerksam, wie sehr England und Frankreich den unersättlichen Pascha von Aegypten beim Friedensschluß begünstigt habe, und schloß mit jenem am 8. Juli 1833 den Vertrag von Unkiar-Skelessi, worin er ein Defensivbündniß auf acht Jahre mit Rußland einging und sich verbindlich machte, keinem fremden Kriegsschiff die Durchfahrt durch die Dardanellen zu erlauben. Damit war die Abhängigkeit der Türkei vollendet, und Rußland Herr bis zum ägeischen Meere.

Die Westmächte nahmen diese Ueberlistung sehr übel auf und hatten seitdem ein scharfes Auge auf Konstantinopel. Der Engländer David Urquhart unterzog in mehreren Schriften, besonders in dem 1835 begonnenen „Portfolio" die russische Politik einer schonungslosen Kritik und hielt dadurch die Wachsamkeit seiner Regierung rege. Dieser wurde Mehemed Ali nachgerade unbequem. Zwar zahlte er nach wie vor seinen Tribut an die Pforte, wühlte aber alles gegen sie auf und wußte sich gegenüber dem ketzerischen Reformer Mahmud als den Beschützer des Islams hinzustellen. Die Westküste Arabiens bis zu der den Engländern gehörigen Stadt Aden war seit 1839 in seinem Besitz. Nun wollte er auch die Ostküste beherrschen, den Sultan von Maskat unterwerfen, nahm die Bahrain-Inseln und bedrohte die wichtige Handelsstadt Basra. Gieng dies so fort, so waren die zwei wichtigsten Straßen nach Ostindien, die über Suez und die über den persischen Meerbusen, in der Gewalt Mehemed Ali's. Und wie trefflich verstand er, durch sein drückendes Monopolsystem solche Handelsvortheile auszubeuten und durch hohe Eingangs- und Ausgangszölle den Handel fremder Nationen zu erschweren! War Aegypten, Syrien und Arabien in seiner Hand, so erlitt die Stellung Englands im Orient einen empfindlichen Stoß. Damit

Digitized by Google

war England vorgezeichnet, welche Partei es zu ergreifen habe. Es schloß 1838 einen Handelsvertrag mit der Pforte, worin ihm die Aufhebung aller Monopole und die freie Ausfuhr aus allen Theilen des türkischen Reiches, also auch aus Aegypten und Syrien, zugesichert wurde. Mehemed Ali zögerte mit der Annahme dieses Vertrags, und Mahmud, voll Haß gegen einen Vasallen, der ihn zu verschlingen drohte, erklärte ihn für einen Hochverräther, entsetzte ihn aller seiner Würden und ließ ein Heer unter Hafiz Pascha in Syrien einrücken. Aber auch diesmal war das Glück den Türken nicht hold. Sie wurden am 24. Juni 1839 bei Nisib am Euphrat geschlagen und zum Rückzug genöthigt. Zum zweitenmal stand Ibrahim die Straße nach Konstantinopel offen. Und Schlag auf Schlag kamen neue Unglücksfälle. Am 30. Juni starb Sultan Mahmud, und das Reich stand nun unter einem 16jährigen Menschen, seinem Sohne Abdul Medschid. Fünf Tage nachher segelte der Kapudan Pascha mit der türkischen Flotte von den Dardanellen aus, mit dem Befehl, die ägyptische anzugreifen; statt dessen gieng er mit seiner ganzen Bemannung zu Mehemed Ali über. Das Glück schien sein ganzes Füllhorn über den Aegyptier auszuschütten. Aber er vergaß den Ring des Polykrates, war taub gegen alle Vermittlungsvorschläge der Pforte und verlangte vor der Hand nicht mehr und nicht weniger als die Erblichkeit in allen seinen Besitzungen, in Aegypten, Syrien und Kreta.

Um zu verhüten, daß die Türkei sich zum zweitenmal Rußland in die Arme werfe, erklärten die vier Großmächte in einer Kollektivnote vom 27. Juli 1839, daß sie die Entscheidung der orientalischen Frage selbst in die Hand nehmen wollen. Rußland mußte, um sich nicht ganz bei Seite geschoben zu sehen, seine Zustimmung geben und als fünfte Macht dem Vertrag beitreten. Aber über die Mittel, wie die Frage gelöst werden sollte, gab es sehr verschiedene Ansichten. Frankreich, das nach der Herrschaft über das Mittelmeer strebte und seit Napoleons Feldzug sein Auge auf Aegypten richtete, wünschte den franzosenfreundlichen Mehemed Ali in seiner vollen Macht zu belassen; England sah sein Interesse durch den Pascha beeinträchtigt, hatte an Frankreichs Niederlassung in Algier gerade genug und fürchtete durch eine zu große Schwächung der Türkei diese vollends zu einer wehrlosen Beute Rußlands zu machen. Dieses selbst wollte den gewaltthätigen Pascha um keinen Preis die Erbschaft, wenn auch nur eines Theils, der Türkei antreten lassen und hatte seine Freude daran, das

Digitized by Google

kordiale Verhältniß zwischen Frankreich und England gelöst zu sehen; Oesterreich und Preußen traten ihm bei, und so stand Frankreich isolirt da. Dies fand seinen officiellen Ausdruck in dem Quadrupelvertrag vom 15. Juli 1840, welchen die Großmächte, mit Ausnahme Frankreichs, zu London abschloßen. Darin war Mehemed Ali die Erblichkeit des Paschaliks von Aegypten und der lebenslängliche Besitz von einem Theile Syriens zugesichert, falls er sich innerhalb zehn Tage den Beschlüssen der Konferenz unterwerfe. Ohne sich um das tolle Geschrei in Frankreich, um die Kriegsrüstungen des Ministers Thiers, um den Ruf nach der Rheingrenze gar sehr zu kümmern, da Louis Philipps Abneigung gegen einen Krieg zu bekannt war, begannen die alliirten Mächte die Feindseligkeiten gegen Mehemed Ali, der seine Unterwerfung im Vertrauen auf Frankreich verweigert hatte. Die englisch-österreichische Flotte segelte nach der syrischen Küste ab, Beirut und Akre wurden genommen, Alexandria von dem englischen Commodore Napier bombardirt. Nun erkannte Mehemed Ali, vollends nach dem Sturze des Ministeriums Thiers, seine Täuschung und mußte froh sein, gegen die Räumung von ganz Syrien, Arabien und Kreta und gegen die Zurückgabe der türkischen Flotte das erbliche Paschalik von Aegypten behalten zu dürfen, eine Vergünstigung, welche er England zu verdanken hatte, das ihn dadurch zum Freunde machen und die Straße von Suez sich sichern wollte. Die Katastrophe des „kranken Mannes" war nun wieder auf ein paar Jahre hinausgeschoben.

§. 12.

Deutschland, Oesterreich, Preußen.

Der Fall Warschaus und die Durchzüge der flüchtigen Polen hatten, wie bei dem Griechenaufstande, die Sympathien für ein unglückliches Volk geweckt und die Unzufriedenheit mit den eigenen Zuständen genährt. Dieselbe wurde noch dadurch gesteigert, daß damals die von Rußland aufgestachelte Reaktion um so kecker hervortrat. Zwei Ereignisse sind es hauptsächlich, in welchen sich die politische Aufregung entlud: das Hambacher Fest vom 24. Mai 1832 und das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833. Aus allen Gegenden Deutschlands strömten von Neustadt (in Rheinbaiern) gegen 30,000 Menschen nach der Hambacher Schloßruine, mit schwarz-roth-goldenen

Digitized by Google

Farben geschmückt, die Frauen mit Gürteln dieser Farben. Das ideale und unpraktische Wesen der Deutschen kam hier wieder recht zum Wort. Die Redner, wie Dr. Wirth, Redakteur der deutschen Tribüne, und Dr. Siebenpfeiffer, Redakteur des Westboten, verlangten nichts weiter als die Republikanisirung des geeinigten Deutschlands, ja eine „Konföderation des republikanischen Europa", und das Publikum rief: „Nieder mit den Fürsten! Waffen! Waffen!" Wie wenig solchen Worten die Mittel und die Thaten dieser Partei entsprachen, sah man daraus, daß es dem bairischen Feldmarschall Fürst Wrede mit wenigen Truppen gelang, ganz Rheinbaiern ohne Widerstand zu unterwerfen. Noch toller gieng es in Frankfurt her. Gegen 70 Verschworene, welche sich und anderen vorgeschwatzt hatten, daß in Süddeutschland über 100,000 Mann zum Losschlagen bereit seien, daß in Lyon, in Italien und Polen zu gleicher Zeit die Flammen des Aufstandes emporlodern, zogen unter Anführung des Dr. Gürth und des schon von den Göttinger Unruhen (1831) her bekannten Dr. Rauschenplatt auf die Hauptwache und Konstablerwache los, warfen die Frankfurter Soldaten über den Haufen, wurden aber, als diese Verstärkung holten, selbst zurückgeschlagen, versuchten einen Straßenkampf und wurden, da das Volk ihren Aufforderungen keine Folge leistete, theils zersprengt, theils gefangen. Sie hatten geglaubt, daß eine Ueberrumpelung Frankfurts, eine Sprengung der Bundesversammlung das ganze südwestliche Deutschland in den Strom der Revolution werfen werde.

Konnte man den reaktionären Gelüsten der deutschen Regierungen einen größeren Dienst erweisen als mit solch gespreizter Ohnmacht? Auf das Hambacher Fest hin schrieb Metternich: „Wenn es gut benützt wird, kann es ein Fest der Guten werden; die Schlechten haben sich mindestens sehr übereilt." Von dem Frankfurter Attentat war man in der Bundesversammlung zum voraus vollständig unterrichtet, ließ es aber absichtlich, wenn auch ein paar Soldaten darüber zu Grunde giengen, mit dem ganzen Apparat eines Liebhabertheaters sich in Scene setzen, um nicht, wie Metternich schrieb, „eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zu verlieren, auf den eigentlichen Grund des Uebels, welches seit Jahren feindselig auf den Fürsten wie auf den Völkern lastete, zu kommen." Metternich und der Bundestag wurden wieder so rührig wie nach der Ermordung Kotzebue's. Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 erschienen in „neuer,

Digitized by Google

durchgesehener und vermehrter Auflage". Die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832 und die Bestimmungen der Wiener Ministerkonferenz von 1834, welchen 1833 Besprechungen der Minister von Oesterreich, Preußen und Rußland in Teplitz und eine Zusammenkunft der Monarchen dieser drei Länder in Münchengrätz vorangegangen war, giengen den Ständeversammlungen aufs entschiedenste zu Leib. Es wurde ihnen das Recht abgesprochen, die Steuern zu verweigern, die Bundesbeschlüsse zu verwerfen, die Censur sogar auf die Veröffentlichung der ständischen Verhandlungen ausgedehnt und zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen ein nur aus Bevollmächtigten der Regierungen bestehendes Schiedsgericht eingesetzt, dessen Unparteilichkeit wenige Jahre darauf bei dem hannöverischen Streit sich erproben konnte. Die Universitäten sollten wieder aufs strengste überwacht, alles Verbindungswesen verboten werden.

Wie in Mainz 1819, so wurde nun in Frankfurt eine Central-Untersuchungskommission gegen demagogische Umtriebe eingesetzt, und die souveräne Republik Frankfurt mußte eine österreichisch-preußische Besatzung sich gefallen lassen. In allen Bundesstaaten gieng eine wahre Hetzjagd gegen Demagogen los; ungefähr 1800 Personen, zum Theil die geachtetsten Männer, wurden ins Gefängniß geworfen, viele derselben geistig und körperlich aufs grausamste mißhandelt, im Darmstädtischen der Pfarrer Weidig durch die brutale Behandlung seines Untersuchungsrichters Georgi zum Selbstmord, zwei der Aprilgefangenen in Frankfurt zum Wahnsinn und ins Irrenhaus getrieben. Manche der Geächteten waren entflohen und warteten in der Schweiz oder in Paris auf bessere Tage, oder suchten in Amerika sich eine neue Existenz zu gründen. Einige Ständeversammlungen versuchten den Bundesbeschlüssen zu opponiren, am meisten die badische. Aber gerade Baden, wo seit 1830 der bürgerfreundliche Großherzog Leopold auf dem Throne saß, wo unbeschränkte Preßfreiheit herrschte, wo der Abgeordnete Welcker schon damals auf ein deutsches Parlament antrug, wurde aufs schärfste gemaßregelt. In Folge eines besonderen Bundesbeschlusses mußte das freisinnige Preßgesetz aufgehoben und die Censur wieder eingeführt werden. Die Professoren Rotteck und Welcker wurden ihrer Lehrämter an der Universität Freiburg entsetzt und diese auf einige Zeit geschlossen. Selbst Fürsten, denen das liberale Deutschland früher den deutschen Kaiserthron zugedacht

Digitized by Google

hatte, Wilhelm von Württemberg und Ludwig von Baiern, ließen sich von der Reaktion fortreißen, und der Letztere, welcher sich immer mehr den ultramontanen Einflüssen hingab, befahl sogar, die Zeiten Geßler's und Tell's heraufbeschwörend, daß politische Gefangene vor seinem Bildniß Abbitte thun sollten.

Kaum sah es auf der Oberfläche von Deutschland etwas ruhiger auf, so regte ein englischer Ultratory die Leidenschaften aufs neue auf. Durch den Tod des englischen Königs Wilhelm IV. war die Personalunion zwischen Hannover und England, welche seit 1714 bestanden hatte, gelöst. Denn in Hannover galt das salische Gesetz, also die Ausschließung der weiblichen Nachfolge. Während also durch den Todesfall vom 20. Juni 1837 in England Viktoria Königin wurde, erhielt ihr Oheim Ernst August, Herzog von Cumberland, den hannöverischen Thron. Dieser schien es darauf abgesehen zu haben, die Unpopularität, ja den Haß, welchen er sich in England zugezogen hatte, auch in Hannover zu verdienen. Am 28. Juni hielt er seinen Einzug in der Residenzstadt, und am 3. Juli erklärte er, daß er die Verfassung von 1833, welche ohne seine Zustimmung zu Stande gekommen sei und ihm für das Wohl seiner Unterthanen nicht zweckmäßig erscheine, nicht anerkenne. Und doch war sie ein zwischen Krone und Ständen vereinbartes Grundgesetz, also einseitig so wenig wie irgend ein anderes Gesetz aufzuheben. Die alte ständische Verfassung von 1819 wurde aus dem Staub hervorgesucht und sollte, ein wenig modernisirt, für die Hannoveraner hergerichtet werden. Der wahre Grund dieses Staatsstreichs lag in der Ueberschuldung des englischen Prinzen. Denn nach der Verfassung von 1833 waren die Domänen für Staatsgut erklärt und dem Könige eine Civilliste angewiesen. Aber gerade die reichen Einkünfte dieser Domänen, die er auch sogleich an sich zog, konnte Ernst August zur Beschwichtigung seiner englischen Gläubiger so gut brauchen. Und da dies in der Ständeversammlung voraussichtlich nicht durchzusetzen war, so mußte die ganze Verfassung fallen.

Die Beamten, von welchen der Huldigungseid verlangt wurde, kamen zum Theil mit ihrem Gewissen in Konflikt. Sieben Professoren der Universität in Göttingen: Albrecht, Dahlmann, Ewald, Gervinus, Jakob und Wilhelm Grimm und Weber, verweigerten mit Hinweisung auf die Rechtsgiltigkeit der aufgehobenen Verfassung den Eid. Sie wurden ihrer Stellen entsetzt und drei von ihnen,

Digitized by Google

Dahlmann, Gervinus und Jakob Grimm, welche ihre Protestation veröffentlicht hatten, erhielten den Befehl, innerhalb drei Tage das Land zu verlassen. Ihrer Charakterfestigkeit wurde von ganz Deutschland Beifall gezollt, und Wilhelm von Württemberg, welcher den Verfassungsbruch seines neuen Kollegen offen mißbilligte, war einer der ersten, welche durch Wiederanstellung der Göttinger „Sieben" ein Unrecht wieder gut zu machen suchten. Er berief Ewald nach Tübingen. Ernst August ließ sich dadurch nicht irre machen. Er legte der Ständeversammlung von 1838 einen Verfassungsentwurf vor. Sie erklärte sich für inkompetent, ihr Votum in der Verfassungsfrage abzugeben, da sie nicht nach dem Grundgesetz von 1833 gewählt sei, und beschloß, eine Eingabe an den Bundestag abgehen zu lassen, um seinen Schutz für Erhaltung dieses Grundgesetzes anzurufen. Darauf wurde sie vertagt, und erst die Versammlung von 1840 nahm mit einigen Abänderungen den Regierungsentwurf, der in aristokratischem Sinne abgefaßt war, an. Der angerufene Bundestag benahm sich wahrhaft klassisch. Mit neun gegen sieben (worunter ganz Süddeutschland) Stimmen wies er die Klage der hannöverischen Stände ab, „da bei obwaltender Sachlage eine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einmischung in diese innere Landesangelegenheit nicht bestehe". Der König hatte gesiegt; aber der Ausdruck der tiefsten Entrüstung und Verachtung aller Männer von Ehre bildete seine Siegeshymne.

In Oesterreich war, so lange der Staatskanzler Fürst Metternich das Steuerruder leitete, an eine Aenderung des absoluten Systems nicht zu denken. Der Tod des Kaisers Franz II. änderte hierin nichts. Denn sein ältester Sohn und Nachfolger, Ferdinand I., welcher körperlich und geistig schwach und noch dazu mit epileptischen Anfällen behaftet war, überließ Metternich die Regierung in noch unbeschränkterer Weise als sein Vater. Zwar zeigte sich in den ersten Jahren eine mildere Praxis, eine größere Sorgfalt für das Handelswesen, für die materiellen Interessen überhaupt, aber die ständische Vertretung sank diesseits der Leitha bis zu einem Schatten herab, das Volksschulwesen wurde gänzlich vernachläßigt, an den höheren Anstalten wurden die exakten Wissenschaften vorzugsweise gepflegt, und die Regierung schien es darauf anzulegen, besonders die Bewohner der Hauptstadt in einem üppigen Phäakenleben alle Ideale vergessen zu lassen. Nur Ungarn hielt seine Repräsentativverfassung aufrecht und

Digitized by Google

bildete mit der Zeit eine gefährliche Opposition; in Italien war der nationale Geist nur schwer niederzuhalten, und auch die Polen regten sich wieder. Zu einer Zeit, wo nirgends eine Aussicht auf Gelingen sich zeigte, wurde 1846 in dem Freistaat Krakau eine provisorische Regierung niedergesetzt und das Aufflackern des Aufstandes nach allen Seiten hin erwartet. In Posen wurde Mieroslawski und viele andere Verschwörer verhaftet, in Galizien riefen die kaiserlichen Beamten die Bauern gegen ihre Grundherren, den polnischen Adel, auf, und es erfolgte nun eine Art Vernichtungskrieg der Bauern gegen ihre bisherigen Bedränger; Krakau selbst wurde von den Ostmächten besetzt und dem Kaiserstaat Oesterreich einverleibt.

Doch war Metternichs Macht bereits im Abnehmen. Die liberalen Ideen waren zu stark, als daß er in dem ungeheuren Gebiet, das er einst das seinige nannte (außer Oesterreich zum wenigsten noch Preußen, ganz Deutschland und Italien), sie niederzudrücken im Stande war. Preußen wollte sich immer weniger am Gängelbande halten lassen und lehnte sich mehr an Rußland an. Seit der Bezwingung des polnischen Aufstands spielte Kaiser Nikolaus entschieden die erste Rolle in dem östlichen Europa, vom Ural bis zum Rhein. Während er Oesterreichs und Preußens Eifersucht zu unterhalten suchte, um ihre vollständige Einheit nicht fürchten zu müssen, förderte er wiederum ihr Zusammenhalten, um gegen das revolutionäre Westeuropa stets eine Coalition bereit zu haben. Daneben warnte er die mittleren und kleineren Höfe Deutschlands vor den Mediatisirungsgelüsten Oesterreichs und Preußens und gab ihnen deutlich zu verstehen, daß ihre Souveränetät nur dadurch zu retten sei, daß sie den Zaren als ihren Protektor ansehen.

Das Streben Preußens, in Deutschland festeren Fuß zu fassen, zeigte sich, nachdem es verschmäht hatte, in der Weise des großen Oraniers von 1688 „die protestantische Religion und die Freiheit von Deutschland" auf seine Fahne zu schreiben, in der Gründung des Zollvereins. In den zwanziger Jahren gab es so viele Zollschranken als Staaten. Dabei konnte keine Industrie aufkommen. Im Jahre 1828 kam zwischen Württemberg und Baiern, und kaum einen Monat darauf zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt ein Zollverein zu Stande. Um den Wohlstand des eigenen Landes zu heben und die merkantilen Interessen des übrigen Deutschlands an sich zu fesseln, gab sich die preußische Regierung alle Mühe, die Grenzen des Zoll-

Digitized by Google

vereins zu erweitern. Es gelang ihm, 1831 Kurhessen, 1833 Baiern, Württemberg, Sachsen, Thüringen, 1835 Baden und Nassau, 1836 die freie Stadt Frankfurt für den Beitritt zu gewinnen. Unvermerkt geriethen die Zollvereinsstaaten, welche gegen 27 Millionen Menschen umfaßten, in eine gewisse Abhängigkeit von Preußen, welche auch auf dem politischen Gebiet ausgebeutet werden konnte.

Auch in Preußen gieng in diesem Zeitraum ein Regentenwechsel vor. Friedrich Wilhelm III. starb nach einer 42jährigen wechselvollen Regierung am 7. Juni 1840 und hinterließ seinem älteren Sohne das Land in äußerlich geordnetem Zustande, aber voll Sehnsucht nach freieren Formen. Der Streit wegen der gemischten Ehen war noch ungelöst. Schon im Jahr 1825 hatte Friedrich Wilhelm III. die in den östlichen Provinzen des Königreichs bestehende Verordnung, wonach bei gemischten Ehen die konfessionelle Erziehung der Kinder von dem Willen des Vaters abhängen sollte, auch auf Westfalen und die Rheinprovinz ausgedehnt. Der Erzbischof von Köln, Droste von Vischering, verbot die Einsegnung einer solchen Ehe, wenn nicht vorher das Versprechen der katholischen Kindererziehung abgelegt sei. Als er sich der Regierung nicht fügen wollte, wurde er am 20. November 1837 verhaftet und nach der Festung Minden abgeführt, und aus dem gleichen Grunde der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, am 6. Oktober 1839 nach Kolberg gebracht. Beide wurden von dem neuen Regenten freigegeben und der katholischen Kirche eine freiere Bewegung gestattet.

Der neue König, Friedrich Wilhelm IV., war ein geistvoller Mann, auf den Alles voll Hoffnung sah. Seine ersten Regierungshandlungen zeigten den Wunsch, zu versöhnen und zu heilen. Vollständige Amnestie für politische Vergehen wurde erlassen, Arndt wieder in seine Professur zu Bonn eingesetzt, Jahn der Internirung in Freiburg an der Unstrut enthoben, Jakob und Wilhelm Grimm nach Berlin berufen. Aber die Hauptfrage, der Prüfstein für seine Befähigung zu einem großen Regenten des 19. Jahrhunderts, war die Verfassungsfrage. Der Landtag der Provinz Preußen stellte bei der Huldigungsfeier zu Königsberg in einer Eingabe die Bitte an den König, eine allgemeine Landesvertretung einzuführen. So viel Sinn dieser auch für freiere Institutionen hatte, so hatte er doch einen zu hohen Begriff von der Macht eines Königs, von dem Gottesgnadenthum, als daß er seine Gewalt mit einem Parlament hätte theilen

Digitized by Google

wollen. Auch war sein Blick mehr den früheren Jahrhunderten, dem Mittelalter zugewandt als der Neuzeit. Nur das historisch Begründete zog ihn an, hatte für ihn Geltung, und diesem suchte er einen frischen Geist einzuhauchen. Aber die alten Schläuche passen bekanntlich nicht für den neuen Most, und wenn niemand sich daran macht, selbst Geschichte zu machen, so ist es mit der Geschichte bald aus. Der preußische Landtag erhielt zur Antwort, daß die Provinzialstände erhalten, Reichsstände aber nicht eingeführt werden sollten. Die Aufmerksamkeit des Volkes wandte sich nun den Provinzialständen zu; in Petitionen und Adressen wurden sie angegangen, auf Verleihung weiterer Freiheiten anzutragen. Die Censur für Bücher über 20 Bogen wurde abgeschafft, ein Obercensurkollegium errichtet, 1842 die „ständischen Ausschüsse" nach Berlin berufen, um die „ständischen Institutionen durch ein Element der Einheit zu ergänzen" und über gemeinsame Staatsangelegenheiten zu berathen. Es war eine geringe Abschlagszahlung für ein Parlament; aber dieses schimmerte durch. Der Mordversuch des Bürgermeisters Tschech am 26. Juli 1844 wirkte, wie meist solche Attentate, im Interesse der Reaktionspartei.

Neben den politischen Fragen giengen die religiösen her, in jene überspielend. Der König war streng orthodox, und sein Unterrichts-Minister Eichhorn erlaubte sich eine Bevormundung und Ueberwachung der religiösen Lehre und Schrift, welche an die schönsten Zeiten des Ministeriums Villèle unter Louis XVIII. und Karl X. erinnerten. Und doch halfen alle Verordnungen und Synoden nichts gegen die Gewalt des Stromes, der von der philosophischen Richtung des Jahrzehnts ausgieng. Die Philosophie war in jenen Jahren die gebietende Macht; Männer wie David Friedrich Strauß, Friedrich Vischer, Bruno Bauer waren mächtiger als Eichhorn. Freie Gemeinden, die sogenannten Lichtfreunde, bildeten sich unter dem sächsischen Prediger Uhlich, unter Wislicenus in Halle und Rupp in Königsberg. Ihnen gegenüber eiferte Professor Hengstenberg in Berlin in seiner „evangelischen Kirchenzeitung" und entwickelte seine ungesalzene Dogmatik. Und selbst im Schoß des Katholicismus begann der Abfall. Die rheinische Geistlichkeit konnte sich die öffentliche Feier eines Triumphes über den Ausgang des Kirchenstreits nicht versagen und stellte 1844 den ungenähten heiligen Rock in Trier aus. Ueber eine Million Pilger wallfahrtete zu der Reliquie, welche unerhörte Wunder verrichtet haben soll. Da erschien von einem suspendirten Priester in Schlesien, Johannes Ronge, ein offenes

Digitized by Google

Schreiben „gegen das Götzenfest zu Trier an den dasigen Bischof als den Tetzel des 19. Jahrhunderts". Dies war der Anfang zur Gründung der deutsch-katholischen Kirche in Breslau, welche sich bald in allen Theilen Deutschlands Anhänger verschaffte. Zugleich entstand in Schneidemühl in Posen unter dem katholischen Pfarrer Czerski eine christkatholische Gemeinde. All diese religiösen Richtungen hatten eine politische Färbung. Die Anhänger der Berliner Hof- und Staatstheologie waren Absolutisten vom reinsten Wasser, während die Rationalisten für eine parlamentarische Regierung nach dem Beispiele Englands, das vielfach angeführt wurde, sich begeisterten.

Es war die Zeit, wo ganz Deutschland auf Preußen sah, wo man jeden Tag erwartete, daß dort etwas „losgehen" werde. Am 3. Februar 1847 erschien ein königliches Patent, durch welches auf der Grundlage der bisherigen Provinzialstände, der „Vereinigte Landtag" einberufen wurde. Seine Befugnisse waren nicht allzu sehr ausgedehnt: bei Einführung neuer oder Erhöhung der bestehenden Steuern und bei Abschließung von Staatsanleihen sollte seine Zustimmung erforderlich sein, bei der Gesetzgebung sollte er wie die Provinzialstände nur eine begutachtende Stimme haben. Dieser Landtag bestand aus zwei Kurien, wovon die erste, die Herrenkurie, die Prinzen, reichsunmittelbare Fürsten und Standesherren, die zweite, die Dreiständekurie, die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden in sich begriff. Es war eine zweite Abschlagszahlung und wurde als solche von dem Breslauer Juristen, Heinrich Simon, in seiner Flugschrift: „Annehmen oder Ablehnen?" nach allen Seiten beleuchtet.

Am 11. April wurde der Vereinigte Landtag vom König mit einer glänzenden Rede eröffnet. Er hatte sein ganzes, politisches Glaubensbekenntniß darin niedergelegt und erklärte feierlich: „Keiner Macht der Erde soll es je gelingen, mich zu bewegen, das natürliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles umzuwandeln; und nun und nimmermehr werde ich es zugeben, daß sich zwischen unsern Herrn Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um die alte heilige Treue zu ersetzen." „Die Krone kann und darf nur nach den Gesetzen Gottes und des Landes und nach eigener freier Bestimmung herrschen, nicht aber nach dem Willen von Majoritäten. Preußen kann diese Zustände nicht ertragen! Werfen Sie einen Blick auf die Karte von Europa, auf die Lage unsres

Digitized by Google

Landes, vor allem thun Sie einen geistigen Blick in unsre Geschichte!" Die Mißstimmung über diese Rede war so groß, daß die Abgeordneten der Provinz Preußen auf der Stelle wieder abreisen wollten. Doch ließen sie sich von ihren rheinischen Gesinnungsgenossen bereden, auf dieser neuen Grundlage weiter bauen zu helfen. Glänzende Rednertalente zeigten sich auf diesem Landtag, ein frischer, freier Geist durchwehte die Versammlung, die Opposition behielt die Oberhand und sprach gegen den König die Erwartung aus, daß das „Patent vom 3. Februar der Anfang, nicht das Ziel der ständischen Entwicklung des Königreichs sein werde". Im Juni wurde der Landtag ohne weiteres Resultat als das, daß er die Geister mächtig aufgeregt hatte, geschlossen, und im December begannen wieder in alter gemüthlicher Weise die Berathungen der vereinigten ständischen Ausschüsse in Berlin. Es war klar, daß es so nicht mehr fortgehen konnte, aber ebenso klar, daß der König ohne den Druck einer äußeren Nothwendigkeit dieses „Blatt Papier, diese zweite Vorsehung" nicht unterzeichnen werde. Und doch! was war das Patent vom 3. Februar? War es nicht auch so ein beschriebenes Blatt? Freilich nicht von dem Werthe einer zweiten Vorsehung! Eine von David Friedrich Strauß verfaßte Broschüre erregte damals großes Aufsehen; sie führte den Titel: „Der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren".

§. 13.

Die Schweiz und der Sonderbund.

Diejenige Partei, welche 1831 in der Mehrzahl der Kantone eine freiere Verfassung durchgesetzt hatte, strebte nach einer Bundesreform und setzte auf der Tagsatzung von 1832 die Niedersetzung einer Kommission durch, welche die Bundesakte revidiren und der außerordentlichen Tagsatzung von 1833 ihre Vorschläge vorlegen sollte. Die liberalen Kantone Bern, Aargau, Thurgau, St. Gallen, Solothurn, Zürich und Luzern schloßen zur Bewahrung und Durchführung der Volkssouveränetät das Siebener-Konkordat, wogegen die konservative Partei: Uri, Schwyz, Unterwalden, Wallis, Neuenburg und Basel-Stadt sich zum Sarner-Bund vereinigte. In Verbindung mit der neutralen Partei gelang es diesen, die Bundesrevision 1833 scheitern zu machen. Dadurch wuchsen ihre Ansprüche und Hoffnungen. Bewaffnete Haufen drangen am 30. Juli 1833 von Schwyz und Basel-

Digitized by Google

Stadt aus in die sich absondernden Landschaften Außer-Schwyz und Basel-Land ein, um ihre Unterwerfung zu erzwingen. Die Folge war, daß Schwyz und Basel-Stadt von eidgenössischen Truppen besetzt und der Sarner-Bund für aufgelöst erklärt wurde. Die Trennung Basels in zwei unabhängige Kantone wurde anerkannt, die Wiedervereinigung von Alt- und Außer-Schwyz, aber mit vollständiger Gleichberechtigung, ausgesprochen.

Die Anhäufung der vielen Flüchtlinge, welche aus Deutschland, Polen und Italien in der republikanischen Schweiz ein Asyl fanden, aber zum Theil die Gastfreundschaft mißbrauchten, zog Verwicklungen mit den auswärtigen Mächten nach sich. Der rührigste unter allen diesen Revolutionären war Josef Mazzini aus Genua, welcher auch bei gänzlicher Aussichtslosigkeit fortwährend neue Aufstandsversuche veranlaßte, um seine italienischen Landsleute immer in der Uebung zu erhalten. Das „junge Italien", das er damals stiftete, veranstaltete am 1. Februar 1834 mit etwa 400 Mann unter dem schon in Polen verdächtigen General Romarino einen Einfall in Savoyen, um von da aus Piemont und das übrige Italien zu revolutioniren. Nach Besetzung weniger Dörfer scheiterte das Unternehmen an der Theilnahmlosigkeit des Volkes. Von nun an galt die Schweiz dem Ausland als der Herd des Radikalismus, zumal Mazzini seine Thätigkeit auf ganz Europa ausdehnen wollte, und zur Republikanisirung des Erdtheils das „junge Europa" stiftete. Nun regnete es Noten. Die benachbarten Mächte beschwerten sich über den Mißbrauch des Asylrechts und stellten die feindseligsten Maßregeln in Aussicht, wenn die Schweiz nicht die Theilnehmer an jenem Einfall ausweise und die anderen besser überwache. Am schärfsten trat Louis Philipp gegen die Schweiz auf und bedrohte sie 1838 sogar mit Krieg, wenn sie nicht den aus Amerika zurückkehrenden und auf Arenenberg als Thurgauischer Bürger lebenden Louis Napoleon ausweise. Um die gastfreundliche Republik dieser Verlegenheit zu entheben, verließ dieser freiwillig sein Asyl und begab sich nach England.

Die religiösen Kämpfe waren noch folgenreicher. Die Berufung des Dr. Strauß aus Württemberg an die Universität in Zürich brachte 1839 das Landvolk unter die Waffen und veranlaßte den Sturz des liberalen Regiments in Zürich, das erst 1845 wieder emporkam. Bedeutender war die Klosterfrage. Sieben Kantone hatten in einer Konferenz zu Baden 1834 Unterwerfung der Kirche unter die Staatsgewalt und Benützung der Klöster zu gemeinnützigen Zwecken beschlossen.

Digitized by Google

Am heftigsten äußerte sich der Streit hierüber im Kanton Aargau, dessen radikale Regierung endlich 1841 sämtliche Klöster, darunter das reiche Muri, aufhob und das Vermögen für „Zwecke des Unterrichts und der Wohlthätigkeit" in Beschlag nahm. Die Aufregung hierüber war unter den bigotten Katholiken groß und führte in Luzern und Wallis 1844 den Sieg der ultramontanen Partei herbei. Diese berief zur Leitung des Jugendunterrichts die Jesuiten nach Luzern, wobei sich besonders der wohlhabende Bauer Josef Leu und Sigwart-Müller thätig zeigten. Auch in Freiburg und Schwyz hatten sich die Jesuiten niedergelassen. Ihre Vertreibung aus der Schweiz war das Ziel aller liberalen Kantone. Der Freischarenzug von 1845 unter Anführung Ochsenbeins aus Bern mißglückte. Die Regierung von Luzern, durch die Ermordung Leu's noch mehr erbittert, trat in terroristischer Weise auf, verlangte Bestrafung der Freischärler, Wiederherstellung der Aargauer Klöster und stiftete, als man ihr kein Gehör gab, mit Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis einen „Sonderbund" zu gegenseitigem Schutz gegen äußere und innere Feinde. Dieser Bund im Bunde konnte nicht geduldet werden, und da die liberalen Kantone die Mehrheit ausmachten, so beschloßen sie auf der Tagsatzung zu Bern im Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes als unverträglich mit dem Bundesvertrag und die Ausweisung der Jesuiten. Da die Fanatiker von Luzern der Tagsatzung keinen Gehorsam leisteten, so wurde Bundesexekution gegen die Sonderbundskantone angeordnet, das eidgenössische Heer aufgeboten und der erprobte General Dufour aus Genf an die Spitze gestellt.

Die Kabinette von Wien, Berlin und Paris thaten alles, um den Kampf zu hintertreiben. Da sie aber den Sonderbund zu sehr begünstigten, sogar mit Geld und Waffen unterstützten, so ließ dieser, in der Hoffnung auf ihre Intervention, es auf einen Krieg ankommen. Die Liberalen suchten in einem raschen Feldzug ein fait accompli zu schaffen. Der Kurrier des französischen Ministers Guizot mit Depeschen an die Häupter des Sonderbundes war noch unterwegs, als diese schwarzen Vögel schon über die Alpen flohen, daher er ihnen nacheilen mußte. Vielleicht wäre einige Monate später eine Intervention eingetreten; aber ehe diese verflossen waren, war Herr Guizot, Herr Metternich und so manches andere hohe Haupt selbst auf der Flucht und froh, daß es noch Staaten gab, welche politischen Flüchtlingen ein Asyl gewährten.

Digitized by Google

General Dufour hielt eine schnelle und runde Abrechnung. Er nahm Freiburg durch Kapitulation, besiegte am 23. November das Hauptheer des Sonderbunds bei Gislikon und zog in Luzern ein. Sämtliche Kantone mußten sich ergeben und die Friedensbedingungen sich diktiren lassen. Dazu gehörte die Uebernahme der Kriegskosten, die Veränderung der Kantonsregierungen, die Auflösung des Sonderbundes und die Ausweisung der Jesuiten. In wenigen Wochen war die Sache abgethan. Nun gieng es an die Reform der eidgenössischen Verfassung, und im Jahre 1848 wurde der neue Bundesstaat gegründet. Eine Art erste Kammer bildet der Ständerath, welcher die einzelnen Kantonsregierungen zu vertreten hat, die zweite Kammer der Nationalrath, welcher vom Volke nach Maßgabe der Kopfzahl gewählt wird. Von dieser vereinigten Bundesversammlung wird die oberste Behörde der Schweiz, der Bundesrath, gewählt, an dessen Spitze ein Präsident steht.

§. 14.

Frankreich unter Louis Philipp.

Keiner der größeren Monarchen hatte eine so schwierige Aufgabe wie Louis Philipp. Schloß er sich an die Mehrheit seines Volkes an und machte er mit den „republikanischen Institutionen, welche den Thron umgeben sollten", Ernst, so hatte er alle Kontinentalmächte gegen sich; näherte er sich mehr dem absoluten System der letzteren, so erhoben sich gegen ihn nicht nur die extremen Parteien, sondern auch die Männer der constitutionellen Monarchie, welche sich an das königliche Wort hielten, daß von nun an „die Charte eine Wahrheit" sein solle. Jene Gefahr war die kleinere; denn die auswärtigen Mächte hatten mit dem revolutionären Geiste ihrer eigenen Völker genug zu thun und hätten durch den Einfluß eines liberalen Frankreichs immer noch mehr zu thun bekommen; der schlimmste Feind Louis Philipps war die Unzufriedenheit im eigenen Land, welche, wenn gar zu sehr herausgefordert, ihn den nämlichen Weg gehen ließ, welchen Karl X. 1830 gegangen war. Es kam nicht sowohl auf ein geschicktes Balancirsystem als auf freisinnige Principien an, bei deren Durchführung er immer gleichen Schritt mit dem Geist und dem Willen seines Volkes zu halten hatte. Sein System, welches er selbst die richtige Mitte (juste milieu) nannte, wäre richtig gewesen, wenn er

Digitized by Google

die richtige Mitte getroffen und eingehalten hätte; aber er schwankte allmählich so sehr nach rechts, daß ihm die richtige Mitte schon links war.

Er hatte von Anfang an drei Parteien gegen sich: die Legitimisten, die Bonapartisten und die Republikaner. Die zwei ersteren hatten an und für sich wenig zu bedeuten; mit den letzteren mußte er rechnen. Denn sie waren es, welche die Revolution gemacht hatten und sich begreiflicherweise nicht um die Früchte derselben gebracht sehen wollten. So lange drei Mitglieder dieser Partei die wichtigsten Posten inne hatten, Odilon Barrot Seinepräfekt, Dupont de l'Eure Justizminister, Lafayette Befehlshaber sämtlicher Nationalgarden von Frankreich war und ebendadurch an der Spitze von anderthalb Millionen Bajonetten stand, mußte freilich noch mehr im Sinne des Stadthauses regiert werden. Aber wie lange mochte dieses republikanische Triumvirat im Rathe des Königs sitzen! Die Stütze seines Thrones, so wie er ihn auffaßte, war die Bourgeoisie, der wohlhabende Bürgerstand, welcher sich nach dem Sturze der Bourbonen, unter welchen ihm der Adel die Herrschaft streitig machte, rasch der Gewalt bemächtigt, den Herzog von Orleans auf den Thron gebracht hatte und nun mit ihm Frieden um jeden Preis haben, den Wohlstand vermehren, seinen Reichthum in Ruhe und Behaglichkeit genießen wollte. Nur dieser Stand hatte durch die Julirevolution, für welche er selbst gar wenig Blut vergossen hatte, gewonnen, die arbeitenden Klassen, die „schwieligen" Hände so wenig als die römischen Plebejer nach dem Sturz des Königthums. Vermöge des Wahlgesetzes und vermöge der Bestimmung, daß der Nationalgardist seine kostspielige Ausrüstung selbst zu bezahlen hatte, bekam Louis Philipp auch die Kammer und die Nationalgarde auf seine Seite. Auch die auswärtigen Mächte zeigten sich willfährig und erkannten die Julimonarchie an, doch der Kaiser von Rußland nicht, ohne von den „beklagenswerthen Ereignissen" zu sprechen, welche diese Thronveränderung herbeigeführt, und ihm den gewöhnlichen Titel in der Anrede „mein Bruder!" zu versagen.

Die erste Bewegung veranlaßte der Prozeß der Exminister Karls X., von welchen, zum Leidwesen der neuen Regierung, außer Polignac noch drei andere auf ihrer Flucht verhaftet worden waren. Das Volk verlangte den Tod derjenigen, welche durch die Unterzeichnung der Ordonnanzen die Revolution veranlaßt hatten und dadurch an dem Tod so vieler Menschen schuld waren. Aber selbst Lafayette

Digitized by Google

war dagegen; er besaß Edelmuth genug, sie retten zu wollen, gerade weil sie seine Feinde waren. Auch im Schoß des Ministeriums verursachte diese Frage eine Spaltung; fünf Mitglieder, darunter Guizot, traten aus, und am 2. November 1830 übernahm Lafitte als Ministerpräsident die Bildung eines neuen Ministeriums, welches der liberalen Richtung angehörte. Die Pairskammer verurtheilte die Exminister zu lebenslänglichem Gefängniß und Polignac außerdem noch zum Verlust der bürgerlichen Rechte. Zwei Tage lang war in Folge dieses milden Ausspruchs eine ungeheure Bewegung in Paris; die kaum niedergelegten Waffen schienen sich wieder erheben zu wollen; aber der Umstand, daß das republikanische Triumvirat auf Seiten der Regierung und der Kammer stand, hielt die Aufregung von einem offenen Ausbruch ab. Doch verlor Lafayette so viel von seiner Popularität, daß der König es wagen konnte, in der Kammer den Vorschlag machen zu lassen, daß die Stelle eines Oberbefehlshabers aller Nationalgarden von Frankreich aufgehoben werde. Darauf gab Lafayette seine Entlassung ein, und Louis Philipp nahm sie nach einigem heuchlerischen Zögern an. Bald darauf trat Dupont aus dem Ministerium; Odilon Barrot bekleidete noch auf kurze Zeit seinen vereinsamten Posten. Das neue Gemeindegesetz, das die Wahl der Maires ganz in die Hand des Ministers und der Präfekten legte, war ein Rückschritt. Es wurde durch ein verbessertes Wahlgesetz wieder gut gemacht, wodurch der Census erniedrigt und die Zahl der Wähler von 80,000 auf 200,000 erhöht wurde, was bei einer Bevölkerung von 30 Millionen freilich noch eine geringe Zahl war.

Indessen hatte die Revolution ihren Zug durch Europa angetreten. Ueberall, wo sie in Noth kam, wurde Frankreich als Helfer angesehen und erbeten. Das Ministerium Lafitte wollte keine auswärtigen Verwicklungen heraufbeschwören und stellte daher das Princip der Nichtintervention auf. Aber was ihm in Belgien gelungen war, mißlang in Italien. Auf die Erklärung des österreichischen Gesandten, daß seine Regierung im Kirchenstaat interveniren werde, drohte Lafitte mit Krieg. Metternich erwiderte: „Wenn diese Intervention den Krieg herbeiführen soll, so mag der Krieg kommen. Wir wollen lieber den Gefahren des Kriegs uns aussetzen, als mitten unter Aufständen untergehen.“ Er konnte wohl so reden; denn während Lafitte die Nichtintervention forderte, hatte Louis Philipp hinter seinem Rücken die Intervention gestattet. Als jener dies merkte, gab er seine Ent-

Digitized by Google

lassung ein, worauf am 31. März 1831 Casimir Périer ein neues Ministerium bildete. Dieser war der eigentliche Repräsentant der Bourgeoisie, Bankier wie Lafitte, besaß aber mehr Energie und staatsmännisches Talent. Er war herrisch genug, um selbst Louis Philipp unter seinen Willen zu beugen, wollte als Ministerpräsident nicht bloß die Verantwortung, sondern auch die Leitung haben. Friede nach Außen, Ruhe und Ordnung im Innern waren seine Ziele.

Die Legitimisten wie die Republikaner fanden in ihm ihren Mann. Jene waren so thöricht zu glauben, daß ihre Zeit wieder gekommen sei. Am 13. Februar 1831, dem Jahrestag der Ermordung des Herzogs von Berry, hatten sie in der Kirche St. Germain l'Auxerrois, welche von der Bartholomäusnacht her in üblem Andenken steht, einen prunkvollen Trauergottesdienst veranstaltet. Das erbitterte Volk, darin eine Herausforderung sehend, drang in die Kirche ein und zertrümmerte die Heiligthümer. Am andern Tag stürmte es den Palast des Erzbischofs und warf alle Geräthschaften auf die Straße. Trotz dieser verständlichen Lektion reiste die Herzogin von Berry, Marie Karoline, von dem ultralegitimistischen Herzog von Modena und von Karl Albert von Sardinien unterstützt, mit wenigen Getreuen nach Frankreich, landete in Marseille, durchzog, da sie dort keinen Anklang fand, unter verschiedenen Abenteuern ganz Frankreich und trat in der Vendée im Namen ihres Sohnes, des legitimen Königs Heinrich V., als Regentin von Frankreich auf. Ihre Anhänger wurden bei aller Tapferkeit von der Uebermacht der gegen sie ausgeschickten Truppen erdrückt, die Herzogin floh nach Nantes, hielt sich dort vier Monate lang bei einer ihr treu ergebenen Familie verborgen und wurde durch den Verrath eines getauften Juden, Namens Deuz, welcher 500,000 Franks dafür erhielt, am 2. November 1832 entdeckt und verhaftet. Aus der Verlegenheit, was er mit ihr anfangen solle, zog sie ihren Vetter Louis Philipp durch ihre Entbindung von einer Tochter, über deren Vater sie die Welt nicht aufzuklären vermochte. Bei solch interessanten Umständen blieb nichts anderes übrig, als die Frau Herzogin im Sommer 1833 nach Palermo überzuschiffen. Den Legitimisten vergieng nun auf eine Weile die Lust, ihre Helden und Heldinnen auf den schlüpfrigen Boden Frankreichs zu führen, und sie setzten ihre Hoffnungen nur noch auf einen allgemeinen Umschwung.

Schwieriger war für die Regierung der Kampf mit den Republikanern. Der Fall von Warschau regte alle Leidenschaften auf.

Digitized by Google

In Paris wurden Barrikaden errichtet, Waffenläden geplündert, die Minister verwünscht, welche trotz aller Versprechungen den bittenden und hoffenden Polen keine Hilfe geleistet hätten. Doch blieb die bewaffnete Macht Herr. Auch in anderen Städten gab es Aufstände, in Lyon einen sehr blutigen im November 1831 in Folge der Streitigkeiten zwischen den Seidefabrikanten und ihren Arbeitern. Périer trat überall mit Strenge und Energie auf, vermochte aber die Unzufriedenheit kaum zum Schweigen zu bringen, geschweige ihr zu steuern: Denn die Abgaben wurden immer erhöht und der Handel stockte. Zu einer so ungelegenen Zeit verlangte Louis Philipp von der Kammer eine Erhöhung seiner Civilliste auf 18 Millionen, während er bei seiner Thronbesteigung zu Dupont gesagt hatte: „Ein Bürgerkönig hat an 6 Millionen Civilliste übrig genug." Die Kammer wählte für den König des juste milieu zwischen beiden Summen die richtige Mitte und bewilligte ihm 12 Millionen. Bei dem Leichenbegängniß des republikanischen Generals Lamarque am 5. Juni 1832 kam es zu einem erbitterten Straßenkampf, und der Ruf ertönte: „Es lebe die Republik!"

Glücklicherweise konnte die Regierung einige Thatsachen zu ihren Gunsten aufweisen. Die Erblichkeit der Pairs wurde aufgehoben, freilich später ihre Ernennung auf Lebenszeit durch den König zugegeben, wodurch diese Kammer vollends den Rest ihrer Unabhängigkeit verlor. Bei der zweiten Intervention der Oesterreicher in Italien ließ Périer Ankona besetzen und erklärte in der Kammer, daß er damit den Unterthanen des Papstes eine Bürgschaft für dessen Versprechungen geben wolle. „Bleiben die Oesterreicher, so bleiben auch wir; gehen sie, so werden auch wir gehen." Die Besatzung dauerte sieben Jahre, gerade so lange als die Oesterreicher in der Romagna blieben.

Am 16. Mai starb der Premierminister Périer an der Cholera, und die übrigen Minister traten bei Eröffnung der Kammern ab. Der unwandelbare Gedanke (la pensée immuable) des Königs machte sich immer mehr bei allem Wechsel der Minister geltend. Am 11. Oktober 1832 trat Marschall Soult, zugleich Kriegsminister, an die Spitze eines neuen Ministeriums, in welchem Guizot, der frühere Geschichtsprofessor, den öffentlichen Unterricht, der frühere Redakteur des National, Thiers, die inneren Angelegenheiten übernahm. Es war ein großentheils doktrinäres Ministerium, welches eine starke Regierungsgewalt, aber auch ein festeres Auftreten in den auswärtigen Angelegen-

Digitized by Google

heiten, die von dem Herzog von Broglie geleitet wurden, zu seinem Programm machte. Große Unzufriedenheit erregten die neuen Gesetze, welche gegen die Presse, die Vereine und die Geschworenen gerichtet waren. Das Feilbieten der Journale an öffentlichen Orten wurde verboten, das Bestehen und die Gründung der Vereine von der Erlaubniß der Regierung abhängig gemacht und die Zuwiderhandelnden nicht vor die Geschworenen, sondern vor das Zuchtpolizeigericht, bei einem Angriff auf den König und die Verfassung vor die Pairskammer verwiesen. Die Republikaner, welche darin ihre vollständige Unterdrückung sahen, wagten im April 1834 in Lyon und Paris einen neuen Kampf. Sie wurden überwältigt, und die Regierung benützte den Aufruhr, um bei der Kammer ein Gesetz durchzubringen, das den Besitz von Waffen ohne polizeiliche Ermächtigung bei schwerer Strafe verbot. Zugleich wurde das stehende Heer auf 360,000 Mann erhöht und die Theilnehmer an dem Aprilaufstand vor den Pairshof gebracht. Die bedeutendsten Angeklagten, Cavaignac und Marrast, entkamen nach England, die übrigen wurden zu Freiheitsstrafen, keiner zum Tode verurtheilt. Dieser Prozeß, welcher von tumultuarischen Scenen begleitet war, brachte der Regierung mehr Schaden als Nutzen.

Günstiger wirkte die Höllenmaschine des Korsen Fieschi. Der König ritt am 28. Juli 1835, umgeben von seinen Söhnen und einem glänzenden Generalstab, nach den Boulevards, um die Nationalgarde und die Besatzung von Paris zu mustern. Bei seiner Ankunft auf dem Boulevard du Temple erfolgte eine furchtbare Explosion, und aus den Fenstern eines gegenüberliegenden Hauses flog ein Hagel von Kugeln auf die Menge. Im Nu lagen gegen 60 Personen todt oder verwundet auf der Straße. Der Marschall Mortier und mehrere andere Personen aus der Umgebung des Königs waren getödtet, dieser selbst, auf den es abgesehen war, ganz unverletzt. Fieschi und zwei Pariser Bürger, welche er als Mitschuldige angab, wurden hingerichtet, ungerechterweise aber die ganze republikanische Partei für das Attentat verantwortlich gemacht und neue Schläge gegen die Geschworenen und gegen die Presse geführt. Jedes Preßvergehen, worin eine Beleidigung des Königs und der Regierung lag, wurde von nun an von dem Pairshof gerichtet, und die Verurtheilung war bei dessen Zusammensetzung sicher. Mit diesen „Septembergesetzen" war die innere Reaktion vollendet, die Macht der Republikaner gebrochen. Ihre Thätigkeit freilich hörte nicht auf, ihre vielen Vereine bestanden im geheimen fort,

Digitized by Google

und zu den politischen gesellten sich noch die socialen, welche in kommunistischer Weise, nach den Schriften des Grafen St. Simon, die Aufhebung des Privateigenthums und der Ehe verlangten. Gerade diese schlimmen Auswüchse brachten den Republikanismus um allen Kredit, so daß Aufstände, wie der vom 12. Mai 1839, wo einige hundert Mitglieder der „Gesellschaft der Jahreszeiten", Barbès und Blanqui an der Spitze, militärische Posten entwaffneten und die Republik ausriefen, nicht den geringsten Anklang fanden. Auch die weiteren Mordversuche, welche auf den König gemacht wurden, hatten keinen Erfolg. Im Jahre 1836 versuchte Alibaud ein Attentat, bald darauf Meunier, 1840 Darmès, 1846 Lecomte und nach ihm Henri.

Louis Philipp fühlte sich so sicher auf seinem Throne, daß er 1837 eine Amnestie erlassen konnte, wodurch Polignac und seine Genossen wieder die Freiheit und ihre bürgerliche Stellung erlangten. Sein Verhältniß zu den auswärtigen Mächten wurde um so besser, je mehr er sich ihrem System näherte, das Vereinswesen, die Presse, die Geschworenen beschränkte und die Volksaufstände mit aller Energie niederschmetterte. Freilich entfremdete er sich eben dadurch die Masse des Volkes immer mehr. Man sah es als eine Demüthigung der Nation an, daß er um jeden Preis mit den Großmächten im Frieden leben wollte, Italien, Polen, Mehemed Ali preisgab und nur gegen schwächere Staaten, wie gegen Portugal unter Don Miguel, gegen die Schweiz, Marokko u. s. w., eine drohende Haltung oder gar Feindseligkeiten wagte. Seine beiden ältesten Söhne, die Herzoge von Orleans und von Nemours, machten 1836 eine Reise nach Deutschland und wurden an den Höfen von Berlin und Wien aufs beste aufgenommen. Jener vermählte sich 1837 mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg-Schwerin und erhielt von ihr einen Sohn, den Grafen von Paris, welcher seit dem unglücklichen Sohne Ludwigs XVI. das vierte Königskind sein sollte, das mit goldenen Hoffnungen und glänzenden Ansprüchen in die Welt eintrat und wenig davon in Erfüllung gehen sah. Die Kammer bewilligte bereitwillig für den Herzog von Orleans eine Erhöhung seiner Apanage auf 3 Millionen und für die Königin der Belgier eine Million Brautgeschenk, legte es aber dem König als schmutzige Habsucht aus, daß er, trotz seines Reichthums, für seine Kinder immer neue Apanagen verlangte.

Was die Legitimisten und Republikaner nicht vermocht hatten,

Digitized by Google

eine Regierungsveränderung herbeizuführen, wollten nun die Napoleoniden in die Hand nehmen. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt (1832) hielt sich Ludwig Napoleon Bonaparte, Sohn des Exkönigs Ludwig von Holland und der Hortense Beauharnais, Stieftochter des Kaisers Napoleon, für den rechtmäßigen Erben des kaiserlichen Thrones. Am 20. April 1808 geboren, lebte er seit seinem siebenten Jahre mit seiner Mutter in der Verbannung, zuerst in Augsburg, später auf dem Schlosse Arenenberg im Kanton Thurgau, trat in die Reihen des schweizerischen Militärs ein und studirte unter Anleitung des Generals Dufour die Artilleriewissenschaft. Der Aufstand des Kirchenstaats 1831 führte ihn und seinen älteren Bruder in die Reihen der Carbonari. Dieser fand dort seinen Tod, jener entkam nach England. Von da kehrte er wieder nach Arenenberg zurück und beschäftigte sich mit literarischen Arbeiten, besonders den rêveries politiques, worin er für Frankreich die Unmöglichkeit jeder anderen als der Napoleonischen Dynastie zu beweisen suchte. Als er die Unpopularität der Julimonarchie sah, glaubte er, seine Zeit sei gekommen. Er hatte mit einigen Officieren der Garnison Straßburg geheime Verbindungen und hoffte, durch sein bloßes Erscheinen, durch den Zauber seines Namens die ganze Besatzung für sich zu gewinnen und so in einem lawinenartigen Siegeszug, wie sein Oheim im März 1815, an der Spitze der bewaffneten Macht in Paris einzuziehen. Am 30. Oktober 1836 erschien er plötzlich mit seinen Vertrauten im Hof der Artilleriekaserne in Straßburg, wurde von den Soldaten mit „Vive l'empereur!" empfangen, fand aber in der Infanteriekaserne, nach welcher die Verschworenen zogen, nicht die gleiche Aufnahme. Der Gouverneur Voirol wußte die Soldaten in der Treue zu erhalten, Louis Napoleon wurde mit mehreren seiner Theilnehmer gefangen. Er wurde nach Paris geschickt und Louis Philipp war großmüthig genug, ihn ohne weitere Untersuchung auf einem französischen Kriegsschiff nach Nordamerika überzusiedeln. Dieses milde Urtheil hatte aber die für den König unangenehme Folge, daß die sieben Mitschuldigen, welche vor das Geschworenengericht in Straßburg gestellt wurden, selbst die aktiven Officiere, freigesprochen und von der Bevölkerung mit Jubel empfangen wurden. Das Volk hatte es nicht für billig gehalten, den hochgeborenen Urheber entschlüpfen zu lassen und die niedrigeren Kreaturen zu bestrafen.

Als Thiers, der Geschichtschreiber des französischen Kaiserreichs,

Digitized by Google

Ministerpräsident war (vom 1. März bis 21. Oktober 1840), so wurde, um die öffentliche Meinung zu gewinnen, beschlossen, die Gebeine Napoleons von der Insel St. Helena nach Frankreich zu bringen. Die englische Regierung gab ihre Zustimmung; die Ehre der Heimführung wurde dem dritten Sohne des Königs, dem Prinzen von Joinville, überlassen. Dieser landete mit seiner kostbaren Ladung in Cherbourg, und am 15. December 1840 wurden die Ueberreste des großen Kaisers in einem prachtvollen Sarkophag, unter dem Zuströmen einer ungeheuren Menschenmenge, nach dem Dom der Invaliden gebracht, wo sie später ein besonderes Denkmal erhielten.

Die Begeisterung, welche schon die Vorbereitungen zu dieser Reliquienfahrt in Frankreich erregt hatten, veranlaßte den Prinzen Louis Napoleon zu einem zweiten Versuch, sich als Neffen und Erben des Kaisers der Nation vorzustellen. Er war von Nordamerika wieder nach der Schweiz zurückgekehrt, hatte diese, als Louis Philipp auf seine Ausweisung drang und mit Krieg drohte, freiwillig verlassen und sich nach England begeben. Dort schiffte er sich mit etwa 60 Personen, welche in die Uniform der ehemaligen kaiserlichen Garde gekleidet waren, ein und landete am 6. August 1840 in der Nähe von Boulogne. Um mehr Effekt zu machen, hatte er einen lebendigen Adler mitgebracht. In seiner Proklamation erklärte er, daß die Bourbons-Orleans aufgehört hätten zu regieren, und versprach Frankreich die Herstellung seiner alten Größe. Ein Dekret setzte einstweilen eine provisorische Regierung ein, stellte Thiers, den damaligen Premierminister, an deren Spitze und machte den Marschall Clauzel zum Oberbefehlshaber des Heers. Aber auch dieser Versuch scheiterte. Zwar das Linienregiment in Boulogne verhielt sich sehr passiv, dagegen drangen die Zollsoldaten auf ihn ein, er mußte sich mit seinen Begleitern in ein Boot werfen, um das Dampfschiff, welches ihn herübergeführt hatte, zu erreichen, das Boot schlug um, und triefend wurde er aus dem Wasser gezogen und ins Gefängniß gebracht. Vor den Pairshof gestellt, entwickelte er mit der ihm eigenthümlichen Glaubensstärke und Beharrlichkeit seine napoleonischen Grundsätze und Ansprüche. Er wurde zu lebenslänglichem Gefängniß verurtheilt und in das Schloß Ham gebracht, von wo er am 25. Mai 1846, als Maurer verkleidet, entfloh und nach England entkam. Alle Welt lachte damals über die tollen Streiche des excentrischen Prinzen; aber ohne die Scenen von Straßburg und Boulogne und ohne das Mar-

Digitized by Google

tyrium einer sechsjährigen Gefangenschaft hätte sein Name sicherlich im Jahre 1848 nicht solche Wirkung hervorgebracht.

Die Isolirung, in welche Frankreich durch seine orientalische Politik gerathen war, hatte, wie dies bei dem Streit zwischen der Türkei und Aegypten erzählt worden ist, die Entlassung Thiers' veranlaßt. Nachdem er große Kriegsrüstungen gemacht und die Kammer zur Genehmigung der Befestigung von Paris bewogen hatte, mußte er abdanken, da Louis Philipp keine Lust hatte, die Coalition Europa's gegen sich heraufzubeschwören. Die Rüstungen wurden eingestellt, die Befestigung aber mit Ernst betrieben. Sie war weniger gegen einen äußeren Feind als gegen die revolutionslustigen Pariser gerichtet und sollte sich in wenigen Jahren als nutzlos erweisen. Das neue Ministerium, in welchem am 29. Oktober 1840 Soult den Vorsitz und das Kriegsdepartement, Guizot das Auswärtige, Graf Düchatel das Innere, Villemain das Unterrichtswesen übernahm, erhielt sich in seinen Hauptpersonen (Guizot und Düchatel) bis zur Februarrevolution und verstand es bald, sich wieder in ein gutes Vernehmen mit den vier Großmächten zu setzen. Beim Volke war es übrigens als „das Ministerium des Auslands" sehr unbeliebt, wozu die heftige Opposition Thiers' gegen seinen glücklicheren Nebenbuhler Guizot viel beitrug. Jener hatte als Minister sich eine selbständige Stellung zu bewahren gewußt und den Satz aufgestellt: le roi règne, mais il ne gouverne pas; Guizot gieng auf das verknöcherte System des alternden Königs mit der ganzen Zähigkeit eines zwar ehrenwerthen Charakters, aber unverbesserlichen Büreaukraten ein.

Ein günstiges Feld kriegerischer Thätigkeit gewährte der Julimonarchie die Eroberung Algiers, eine Erbschaft, welche sie von den Bourbonen angetreten hatte. Wenn auch diese neue Provinz den Franzosen, welche im Koloniſiren keine großen Meister sind, wenig eintrug, vielmehr Geld und Leute in Menge verschlang, so war doch der Kampf mit den fanatischen Beduinen- und Kabylenstämmen für die Soldaten eine treffliche Kriegsschule und zugleich der Regierung ein willkommener Ableitungskanal für die aufgeregte und raufluſtige Pariser Jugend. Hier bildeten sich die berühmten Generale des zweiten Kaiserreichs, das kaum einen Mann von Bedeutung aufzuweisen hat, der nicht in Algerien seine Sporen verdient hätte. Unter den Arabern ragte der Emir Abdel Kader, ein zweiter Jugurtha, weit über alle hervor. Priester und Heerführer zugleich, genoß er

Digitized by Google

unter seinen Landsleuten ein unbegrenztes Vertrauen und wußte bei seiner Schlauheit und Ortskenntniß mehrere Jahre lang gegen die französischen Generale sich zu behaupten. Kaum war er geschlagen, kaum hieß es, er sei vernichtet, so rückte er wieder mit neuen Streitkräften heran und ergriff eine respectable Offensive. Unter Marschall Clauzel wurde 1835 Mascara, Abdel Kaders Residenz, erobert, aber die Unternehmung auf Konstantine, das alte Cirta, mißlang. Erst bei der zweiten Expedition, 1837, wurde die Stadt, nachdem General Damrémont am ersten Tage des Sturmes gefallen war, am 13. Oktober von General Valée erstürmt. Zur Zeit des orientalischen Krieges knüpften sich für Frankreich an diese neue Besitzung in Nordafrika weit aussehende Plane. Um so heftiger entzündete sich auch die Eifersucht Englands, dessen Umtrieben man es auch zuschrieb, daß 1839 die Araber in großen Massen zum heiligen Krieg gegen die Franzosen auszogen und bis vor die Thore Algiers streiften. Da erhielt 1841 General Bügeaud den Oberbefehl, und unterstützt von tüchtigen Officieren, wie Oberst Lamoricière, Changarnier, gab er dem Kriege eine überraschende Wendung. Abdel Kader wurde, nachdem der Herzog von Aumale, des Königs vierter Sohn, seine Smalah (wanderndes Hoflager) erbeutet hatte, und mehrere Stämme von ihm abgefallen waren, aus Algerien verdrängt und mußte bei Kaiser Abderrhaman von Marokko Schutz suchen. Dieser ließ sich zum Kriege verleiten und schickte seinen Sohn mit einem Heere ab. Aber während der Prinz von Joinville mit der französischen Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador beschoß und zerstörte, erfocht Bügeaud bei dem Flusse Isly am 14. August 1844 einen glänzenden Sieg und zwang den Kaiser zum Frieden. Der Krieg wurde von dem unermüdlichen Abdel Kader fortgeführt und auf beiden Seiten abscheuliche Grausamkeiten begangen. Es erregte einen Sturm des Unwillens in Europa, als bekannt wurde, daß der Oberst Pelissier (im Krimkrieg Herzog von Malakow) eine große Anzahl von Arabern mit Weib und Kind in einer Höhle, in welche sie sich geflüchtet hatten, ersticken ließ, ein Verfahren, das freilich der Kriegsminister Soult, der an napoleonische Blutdekrete gewöhnt war, sehr in der Ordnung fand. Und als endlich 1847 Abdel Kader, von allen verlassen und von allen Seiten bedrängt, sich an Lamoricière ergab, unter der Bedingung freien Abzugs nach Syrien oder Aegypten, welche Bedingung der Herzog von Aumale, Bügeauds Nachfolger in

Digitized by Google

der Statthalterschaft, eingieng, so bestätigte der königliche Vater den Vertrag seines Sohnes nicht, sondern ließ Abdel Kader nach Frankreich führen, wo er mehrere Jahre lang zu Amboise in strenger Haft gehalten wurde. Der Kaiser Napoleon ließ ihn 1852 frei, gegen das Versprechen, in der Stadt Brussa in Kleinasien sein Leben zuzubringen, und wies ihm einen Jahrgehalt an. Dort lebte er in Zurückgezogenheit bis zum Jahr 1855, wo die Stadt durch ein Erdbeben zerstört wurde. Darauf wählte er Damaskus zu seinem Aufenthaltsort, wo er sich im Jahre 1860 bei den Greuelthaten der Drusen und Türken gegen die Christen mit aller Energie der letzteren annahm, daher ihm Napoleon das Großkreuz der Ehrenlegion überschickte.

Der Tod des allgemein geachteten und beliebten Herzogs von Orleans war das erste Memento mori für die Julidynastie. Er fuhr am 13. Juli 1842 nach dem Schloß Neuilly, um sich vor seiner Abreise nach dem Lager in St. Omer von seiner Familie zu verabschieden. Die Pferde wurden scheu, er sprang aus dem Wagen, wurde auf das Pflaster geschleudert und war nach 4 Stunden todt. Von seinen zwei Söhnen war der ältere, der Graf von Paris, erst vier Jahre alt, und man machte sich daher, da Louis Philipp schon 69 Jahre alt war, auf eine lange Vormundschaft gefaßt. Auf den Vorschlag der Regierung wurde für den Fall des Ablebens des Königs nicht der beliebten Herzogin Helene von Orleans (angeblich wegen ihres Protestantismus), sondern dem wegen seiner aristokratischen Neigungen unpopulären Herzog von Nemours von der Kammer die Regentschaft übertragen. Einigen Ersatz für den Verlust des ältesten Sohnes schien dem König die Vermählung seines jüngsten Sohnes, des Herzogs von Montpensier, mit der Infantin Luise Fernanda zu gewähren (1846). Aber dieses Bündniß, welches den Orleans den spanischen Thron in Aussicht stellte, lockerte das nach der orientalischen Frage wiederhergestellte gute Einvernehmen mit dem englischen Kabinet, das dem König diplomatische Unehrlichkeit vorwarf. Auch bei anderen Gelegenheiten fielen dunkle Schatten auf die Julimonarchie. Zwei frühere Minister, der Präsident des Kassationshofs Teste, vorher Minister der öffentlichen Arbeiten, und der ehemalige Kriegsminister Cübières wurden 1847 wegen groben Unterschleifs und Bestechlichkeit angeklagt und verurtheilt. Einen noch schlimmeren Eindruck machte die Ermordung der Tochter des Marschalls Sebastiani durch ihren eigenen Gatten, den Herzog von Praslin. Und wie sich dieser im

Digitized by Google

Gefängniß der Verurtheilung durch Gift entzog, ſo hieß es, die Regierung habe ihm dazu verholfen, um dem Volke nicht das Schauſpiel der Enthauptung eines Herzogs geben zu müſſen. Es war ſchwer, den Beweis herzuſtellen, daß der König und ſein Regierungsſyſtem für dieſe Verbrechen verantwortlich ſei; aber das Volk, welches ſeine Geld- und Beſtechungskünſte kannte, wies auf einen inneren Zuſammenhang zwiſchen dieſen und jenen hin. Alle Schichten der Geſellſchaft waren durchdrungen von dem Gedanken der Verkommenheit eines Syſtems, das ſolche Verbrecher in ſeiner Mitte habe, das ſeinen Willen allerdings nur durch die Kammer durchſetzte, dabei ſich aber dem Wahne hingab, als ſei dieſe Kammermajorität der Ausdruck des Volkswillens. Wo die Wahlbezirke durch Ausſichten auf Anlegung von Straßen und Eiſenbahnen zur Erwählung der miniſteriellen Kandidaten und dieſe ſelbſt durch Anhäufung von einträglichen Stellen und Würden für ſich und ihre Familie zur unbedingten Folgſamkeit, zu einem Mitgehen durch Dick und Dünn verleitet werden, da ſind, zumal wenn nur die wohlhabende Klaſſe das Wahlrecht hat, die Volksrepräſentanten nicht mehr Repräſentanten des Volks, und wer als König auf ihre Stimme hört, hört nicht mehr des Volkes Stimme, ſondern ſeine eigene.

In dieſer Lage war Louis Philipp und das Miniſterium, in welchem ſeit September 1847, ſeit Soults Rücktritt, Guizot das Präſidium führte. Sein Gegner und Rivale Thiers verſäumte nicht, ihn in der Kammer ſchonungslos anzugreifen, die von oben ausgehende zunehmende Korruption aufzudecken und auf die Schmach hinzuweiſen, mit welcher er durch ſeine Parteinahme für den Sonderbund und die Jeſuiten in der Schweiz das Land bedeckt habe. Weder er noch Odilon Barrot, welcher die Errungenſchaften von 1789 bewahrt wiſſen wollte, war für den Sturz der Dynaſtie, nicht einmal für allgemeines Stimmrecht. Im Gegenſatz zu dem Advokaten Ledru-Rollin, welcher die Fahne der rothen Demokratie aufpflanzen wollte, und dem Dichter Lamartine, welcher mit verſchwommenen Gleichheitsphraſen um ſich warf, vereinigten ſich jene beiden zur Oppoſition gegen das Miniſterium und den Radikalismus zugleich. Sie wollten die Monarchie halten und einer neuen Revolution vorbeugen, was nur durch eine Wahlreform möglich war. Daher ſtellten ſie einigemal einen Antrag in der Kammer, wonach der Cenſus für die Wahlbefähigung herabgeſetzt, die Zahl der Abgeordneten vermehrt und alle abhängigen, abſetzbaren Beamten aus der Deputirtenkammer ausge-

Digitized by Google

ſchloſſen werden ſollten. Jedesmal widerſetzten ſich die Miniſter dem Antrag, und die Mehrheit der Kammer verwarf ihn. So glaubten ſie ſich unmittelbar an das Volk wenden und durch dieſes auf Kammer und Miniſter einen Druck ausüben zu müſſen. Dies gab Veranlaſſung zu den „Reformbanketten", wo Oppoſitionsmitglieder und Journaliſten ſich mit Leuten aller Stände bei einem Feſtmahle vereinigten, um in der Erinnerung an die Revolutionen von 1789 und 1830 von Volksſouveränetät, von Bekämpfung des Regierungsſyſtems, von der Sorge für die arbeitenden Klaſſen zu ſprechen und eine Petition für Wahlreform zu unterzeichnen. Dieſe Bankette, deren erſtes am 9. Juli 1847 in der Nähe von Paris abgehalten wurde, fanden im ganzen Lande Anklang und ſteigerten die Aufregung.

In der Kammer, welche am 28. December 1847 eröffnet wurde, gieng es ſehr ſtürmiſch her. Die Thronrede ſprach von den „feindſeligen und blinden Leidenſchaften" der Oppoſition und ließ ſich ſo wenig als die Kammermajorität auf eine Wahlreform ein. Daher entſchloß ſich die Oppoſition, am 22. Februar in Paris ſelbſt ein Reformbankett zu halten, machte Vorbereitungen im größten Stil, lud die Nationalgarde ein, unbewaffnet, aber in Uniform von der Place Madeleine bis zu dem Feſtort in den elyſäiſchen Feldern Spalier zu bilden, ſcheinbar zur Aufrechterhaltung der Ordnung, eher aber um auch die Nationalgarde für die Reform zu gewinnen und durch die Oeffentlichkeit der Sache einen Blitz unter die Maſſen zu werfen. Aber der Miniſter des Innern, Graf Düchatel, verbot dieſe Schauſtellung der Nationalgarde und drohte mit militäriſchem Einſchreiten, worauf die Oppoſition, deren gemäßigter Theil keinen bewaffneten Zuſammenſtoß wollte, den Plan eines Reformbankets ganz aufgab und dem Präſidenten der Deputirtenkammer eine Schrift überreichte, wonach das Miniſterium wegen Verraths an den Grundſätzen von 1830 in Anklageſtand verſetzt werden ſollte.

Damit war dem Volke, welches ſich auf ein großes Spektakelſtück gefaßt gemacht hatte, ſchlecht gedient. Zum Theil von dem Abſtellen des Bankets gar nicht unterrichtet, verſammelte es ſich am 22. Februar in Maſſe auf den Straßen, ſang die Marſeillaiſe und rief wiederholt: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot!" Wenn der König an dieſem Tage das Miniſterium entließ, den Reformer Odilon Barrot berief und die Wahlreform zu ſeinem Programm machte, ſo war ſeine Dynaſtie gerettet. Er that nichts von all dem,

Digitized by Google

ließ die Bewegung anwachsen und war erst dann zum Nachgeben bereit, als es schon zu spät war. „Keine Konceſſionen mehr!“ hatte Karl X. geſagt. Auch Louis Philipp dachte ſo, und als er ſie endlich nothgedrungen tropfenweiſe machte, wurden ihm keine mehr gemacht. Es iſt merkwürdig, wie wenig Verſtändniß der ſonſt ſo unterrichtete König in dieſen Februartagen zeigte, wie wenig Gedächtniß er für die Lehren der Geſchichte, für die Ereigniſſe von 1830, zu welchen er nun eben ein Seitenſtück liefern ſollte. Auf ſeine korrumpirte Kammermajorität geſtützt, glaubte er, durchaus auf legalem Boden zu ſtehen, die Charte immer noch eine Wahrheit nennen und ſeine Lage von der Karls ſehr unterſcheiden zu dürfen. Es war allerdings ein Unterſchied. Ordonnanzen und Kammerbeſchlüſſe ſind nicht einerlei. Für das Volk aber war es ganz gleichgültig, ob ſeine eingebildete Souveränetät durch Ordonnanzen oder durch Kammerbeſchlüſſe beſchränkt wurde. Darin lag die Kurzſichtigkeit des alten Königs.

Dritter Zeitraum.

1848—1863.

Februarrevolution und ihre Folgen. Das zweite Kaiſerreich und ſeine Uebermacht in Europa.

§. 15.

Die Februarrevolution, die franzöſiſche Republik und das Kaiſerreich.

Die Führer der geheimen Geſellſchaften waren zum Losſchlagen bereit. Sie wollten nur zuvor ſehen, wie weit ſich die Maſſe des Volks dafür begeiſtern laſſe, und welche Partei die Nationalgarde ergreife. Natürlich ließen ſie es an Hetzen und Schüren nicht fehlen. Einer ihrer Leute, Charles Lagrange, welcher ſich ſchon bei dem Lyoner Aufſtand von 1834 als gewandter Revolutions-Regiſſeur gezeigt hatte, hatte für ſein Nachecorps die Rollen bereits gehörig einſtudirt. Schon am 22. Februar wurden einige Barrikaden errichtet, und es fanden Straßenkämpfe ſtatt. Sie nahmen am 23. ſchon eine

Digitized by Google

bedenklichere Gestalt an, besonders da die Nationalgarde nicht nur die Linientruppen nicht unterstützte, sondern selbst auch in die Rufe: „Nieder mit Guizot!“ einstimmte. Dies bewog den König, das Ministerium Guizot zu entlassen und den Grafen Molé mit einigen Mitgliedern des linken Centrums zu berufen. Obgleich die Ernennung Molé's, der sich in seinen Regierungsprincipien von Guizot nicht sehr unterschied, ein Mißgriff war und nur Odilon Barrot, der Führer der Reformpartei, damals noch der andrängenden Fluth gewachsen war, so bewirkte doch schon die am Nachmittag des 23. bekannt gewordene Entlassung Guizots eine augenblickliche Einstellung der Feindseligkeiten und Abends die freiwillige Beleuchtung eines Theils der Stadt. Die Ruhe schien wieder hergestellt.

Nachts zehn Uhr wogte die Menge auf den erleuchteten Boulevards lärmend und singend hin und her. Lagrange mit seiner wilden Rotte war dabei. Eine rothe Fahne und Fackeln wurden vorausgetragen, Weiber und Kinder folgten. Dem Justizminister Hebert warfen sie die Fenster ein. Dann gieng es nach dem Ministerium des Auswärtigen, um auch Herrn Guizot eine Aufmerksamkeit zu erweisen. Dort stand ein Wachposten von etwa 50 Mann. Plötzlich fiel aus der Volksmenge (man sagt, von Lagrange mit voller Berechnung des Erfolgs) ein Schuß, der Posten hielt dies für einen Angriff und gab eine volle Salve auf den dichtgedrängten Haufen. Bestürzt stob alles auseinander; aber gegen 50 Todte und Verwundete blieben auf dem Platz, wurden von den Beherzteren geholt, auf Karren geladen und unter dem Geschrei: „Mord! Verrath! zu den Waffen!“ durch die Straßen geführt. Die Sturmglocke ertönte, in allen Theilen der Stadt wurden Barrikaden errichtet, Tausende von Bewaffneten hielten sie besetzt.

Am Morgen des 24. erschien eine von Odilon Barrot und Thiers, als den neuen Ministern, unterzeichnete Proklamation, welche die Auflösung der Kammer und die Ernennung des beliebten Generals Lamoricière zum Befehlshaber der Nationalgarde verkündigte. Es war umsonst. Ein Aufruf des radikalen Blattes „Réforme“ sagte: „Louis Philipp läßt das Volk zusammenschießen wie Karl X. Schicken wir ihn seinem Vorgänger nach!“ Die Linientruppen, welche schon 36 Stunden im Dienst waren, mit Lebensmitteln nicht gehörig versorgt wurden, als ihren Oberbefehlshaber bald den einem solchen Aufstand allein gewachsenen Marschall Bügeaud, Herzog von Isly, nennen

Digitized by Google

hörten, bald den altersschwachen Marschall Gérard, blieben größtentheils unthätig, sahen der Wuth des Vulkans zu, zumal da der Proklamation zufolge der Befehl zum Einstellen des Feuers gegeben war. So gelang es der Menge, Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr das Palais Royal, ein Privateigenthum der Familie Orleans, zu nehmen und alle Kostbarkeiten desselben zu zertrümmern. Der gegenüberstehende Wachposten, welcher seine Gewehre nicht abliefern wollte, wurde niedergemetzelt. Darauf gieng es gegen die Tuilerien.

Dort war schon alles in Auflösung begriffen. Der Redakteur der Presse, Emil Girardin, trat unangemeldet ein und verlangte zur Rettung des Thrones die augenblickliche Abdankung des Königs. Seine Gemahlin widersetzte sich aufs entschiedenste, Andere, besonders auf eine sehr unangenehme Weise der Herzog von Montpensier, sprachen zu, Bügeaud drang noch im letzten Moment auf einen Kampf auf Leben und Tod, endlich schrieb Louis Philipp die Abdankungsurkunde zu Gunsten seines Enkels, des Grafen von Paris. Die Nachricht wurde schnell überallhin verbreitet, konnte aber das Austoben der Leidenschaften nicht mehr hindern. Als der König in bürgerlicher Kleidung, den runden Hut auf dem Kopf, seiner Gemahlin den Arm reichte, um in seinem Alter aus der Fülle des Glücks in das Land der Verbannung zu wandern, war alles, selbst mancher Soldat, erschüttert. „Das ist Ihr Werk, mein Herr! Sie haben es so weit gebracht! Sie verdienten nicht einen so guten König zu haben," sagte zu Thiers die Königin, mit richtigem Instinkt erfassend, daß sein Antrag auf Wahlreform den ersten Anstoß zur Revolution gegeben habe. Zu Fuß gieng das Königspaar mit der Herzogin von Nemours und ihren Kindern durch den Tuileriengarten nach der Place de la Concorde, bestieg dort zwei bereitstehende Fiaker und fuhr im Galop nach St. Cloud, traf dort bald darauf seine zwei Kinder, den Herzog von Montpensier und die Herzogin Clementine von Koburg, und diese alle fuhren noch am nämlichen Tage über Trianon nach dem Schlosse Dreux, wo der König einige Tage ausruhen zu können hoffte.

Die Herzogin von Orleans war auf seinen Befehl zurückgeblieben, um das Interesse ihres Sohnes zu wahren. Auf den Rath Düpins begab sie sich, in Begleitung ihrer beiden Söhne und des Herzogs von Nemours, zu Fuß in die Deputirtenkammer. Kaum hatte sie die Tuilerien verlassen, so drangen die Barrikadenkämpfer unter dem

Digitized by Google

Rufe: „Es lebe die Republik!“ ein und ließen ihrer Zerstörungswuth freien Lauf. Von den Deputirten wurde die Herzogin achtungsvoll empfangen, und Düpin forderte mit zaghafter Stimme die Versammlung auf, den Grafen von Paris als König und die Herzogin als Regentin auszurufen. Aber aus Furcht vor dem in immer größeren Haufen eindringenden Volke wagte die Kammer nicht, für das Königthum ihre Stimme zu erheben, und selbst die auf Rührung berechneten Worte Odilon Barrots: „Das Julikönigthum beruht jetzt auf dem Haupte einer Frau und eines Kindes“ hatten keine Wirkung. Und um es ja zu keinem Beschlusse kommen zu lassen und unter den Anhängern der Monarchie eine Spaltung hervorzurufen, erklärte der republikanische Abgeordnete Marie, daß nach dem von den Kammern beschlossenen Gesetz nicht die Herzogin von Orleans, sondern der Herzog von Nemours zur Regentschaft berufen sei, stellte aber dennoch, als ob dies konsequent wäre, einen Antrag auf Einsetzung einer provisorischen Regierung. Die Galerieen klatschten Beifall. Neue Haufen drangen ein. Betrunkene Blusenmänner, die sich in die Keller der Tuilerien verirrt hatten, brachen mit der Gewalt eines austretenden Stromes in den Saal und schrieen: „Nieder mit der Regentschaft! Nieder mit den Bourbons, den neuen wie den alten! Nieder mit der bestochenen Kammer! Nieder mit allen Verräthern!“

Dies war die Todesstunde der Julimonarchie, in diesem Moment war alles verloren. Nachdem Guizot gestürzt, der König zur Abdankung genöthigt war, hätte die Kammer durch ihr Votum die Monarchie retten können, wie dies 1830 der Fall war. Aber damals war die Mehrheit der Kammer und das Volk eins, diesmal uneins; jene wurde diesmal als Mitschuldige des verhaßten Regierungssystems angesehen, durfte in ihrem Schuldbewußtsein selbst nichts wagen; somit wurde sie von der nämlichen Volksgewalt, welche den Thron in den Tuilerien in Stücke brach, widerstandslos weggefegt und hatte so gut als das Königthum zu regieren aufgehört. Wie jene von Pulverdampf geschwärzten Arbeitergestalten, trunken von den köstlichen Schloßkellerweinen, in den Sitzungssaal hereinbrachen, gab es keine Monarchie und keine Kammer mehr, die Ansprüche des Grafen von Paris standen nicht höher im Kurs als in den letzten Julitagen von 1830 die des Herzogs von Bordeaux. Die meisten Abgeordneten flohen eilends, die Herzogin mit ihren Kindern mußte sich durch das ungeheure Gedränge Bahn brechen, wurde einigemal

Digitized by Google

fast erdrückt, ihre Kinder von ihr gerissen, sie selbst nur durch die Aufopferung ihrer Begleiter in den Garten und von da in das nahe Haus des Präsidenten Sauzet gerettet. Sie war in Verzweiflung über ihre Kinder. Der Graf von Paris fand sich bald wieder ein, nachdem man ihn mit Mühe der fürchterlichen Umarmung eines mordlustigen Kerls entrissen hatte. Die Auffindung des jüngeren Sohnes, des 7jährigen Herzogs von Chartres, kostete die unglückliche Witwe eine bange Nacht und einen bangen Tag. Das arme Kind war nahe daran, in dem Gedränge zerdrückt und zertreten zu werden, wurde durch einen Thürsteher der Kammer gerettet und am folgenden Tage der Mutter in das Schloß Ligny, wohin sie sich begeben hatte, gebracht. Bald darauf reiste sie mit ihren Kindern über Belgien nach Deutschland. Der Herzog von Nemours hatte sich in ein Hintergebäude gerettet, und, seiner Unpopularität sich bewußt, suchte er in der Kleidung eines Nationalgardisten zu entkommen.

Als Louis Philipp am Morgen des 25. Februar erfuhr, daß in Paris die Republik ausgerufen worden sei, hielt er es nicht mehr für sicher, im Schlosse zu Dreux länger zu verweilen. Während die übrige Familie auf anderen Wegen ihrem künftigen Asyl zusteuerte, begab sich der König mit seiner Gemahlin, mit erborgtem Geld und falschem Paß, nach der Küste der Normandie, um auf einem Fischerboot nach England überzuschiffen. Das stürmische Wetter erlaubte dies nicht, und so mußte er sich zur Reise nach Havre entschließen trotz der Gefahr, erkannt zu werden. Aber man legte seiner Abreise so wenig Hindernisse in den Weg als früher der Karls X. In Havre schiffte er sich auf dem englischen Postschiff ein und kam glücklich nach England, wo nach und nach auch die übrigen Mitglieder seiner Familie anlangten, am spätesten der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale. Jener befehligte damals die Flotte im Mittelmeer, dieser stand als Statthalter von Algerien an der Spitze von 100,000 Mann. Der provisorischen Regierung war es anfangs beim Gedanken an die große Macht der beiden Prinzen nicht ganz wohl; als aber ganz Frankreich dem Beispiele der Hauptstadt folgte und für die Republik sich entschied, so war an eine militärische Restauration von Algerien aus nicht mehr zu denken. Die Prinzen legten ihr Kommando nieder und reisten über Gibraltar nach England. Dort nahm die königliche Familie ihren Aufenthalt zu Claremont, welches dem Schwiegersohn des Königs, dem König Leopold

Digitized by Google

von Belgien gehörte. Louis Philipp starb dort am 26. August 1850 in einem Alter von 77 Jahren. Auch Guizot und den übrigen Ministern war es gelungen, sich ins Ausland zu flüchten.

Die Republikaner und Socialisten waren es, welche durch einen kecken Handstreich die Julimonarchie stürzten, während die intelligentesten Gegner des Guizot'schen Systems sie zu erhalten wünschten. Da aber die Intelligenz sich selten auf die Barrikaden wirft, so giengen diesmal die Barrikadenmänner über sie hinweg und setzten auf einige Zeit ihren Willen durch. Die Sache enschied sich bei jener Ueberrumpelung der Deputirtenkammer. Dort gieng es nach der Flucht der Herzogin von Orleans aufs tollste her. Ein Metzgergeselle schritt mit blutiger Schürze und einem Schlächtermesser in der Hand gravitätisch in der Mitte des Saales auf und ab. Ein Blusenmann legte sein Gewehr auf den Präsidenten, ein anderer auf Lamartine an. Es war lebensgefährlich, höher als die Menge stehen zu wollen. Der alte Republikaner Düpont de l'Eure verschaffte sich endlich auf dem Präsidentenstuhle einiges Gehör. Die schwierige Aufgabe, eine provisorische Regierung zu bilden, wurde von Lamartine gelöst. Er ließ sämtliche Anwesende: Abgeordnete, Nationalgardisten, Studenten und Blusenmänner die Personen ihres Vertrauens niederschreiben, nahm diese Stimmzettel in Empfang, stellte aus ihnen nach eigenem Ermessen eine Liste zusammen und überreichte diese Düpont, welcher sie unter allgemeinem Beifall vorlas. Es waren die Namen: Düpont de l'Eure, Lamartine, Arago, Marie, Garnier-Pagès, Ledrü-Rollin und Crémieux. Diese provisorische Regierung beeilte sich, nach dem Stadthaus sich zu begeben und durch dessen Besitznahme den Antritt ihrer Regierung anzukündigen. Es war hohe Zeit. Denn als sich die sieben Regierungsherren in Begleitung einiger hundert Bewaffneten durch die unermeßliche Volksmenge, welche das Stadthaus und dessen Umgebung anfüllte, hindurchdrängten und in einem kleinen Zimmer ein Unterkommen fanden, so zeigte es sich, daß in den Redaktionszimmern der beiden Journale „Réforme" und „National" ebenfalls eine provisorische Regierung eingesetzt worden war. Es befanden sich darunter die nämlichen Namen wie auf der Liste Lamartines, aber auch noch fünf andere. Man half sich damit, daß man diese fünf als Sekretäre der provisorischen Regierung annahm. Aber nur einer von ihnen, Pagnerre der Hauptverleger republikanischer Schriften, begnügte sich mit dieser

Digitized by Google

untergeordneten Rolle, die anderen: Flocon und Armand Marrast, die Redakteure der obengenannten Journale, Louis Blanc, der Wortführer des Socialismus, und Albert, als Schlossergeselle der Repräsentant des Arbeiterstandes, stiegen bald von bloß berathenden Mitgliedern zu beschließenden auf.

Kaum war die neue Regierung unter der Präsidentschaft Dupont's eingesetzt, so drohte ihr am 25. Februar, wo gegen 30,000 Bewaffnete das Stadthaus umgaben, die Gefahr, von der rothen Republik überflutet zu werden. Wie 1789 der dritte Stand sich die Herrschaft errang, so wollte jetzt der vierte Stand des Steuerruders sich bemächtigen. Diese von socialistischem und kommunistischem Wirrwarr ergriffene Volksmenge schrie: „Es lebe die demokratische und socialistische Republik!" und einer aus ihrer Mitte, ein Fabrikarbeiter, drang in das Sitzungszimmer der provisorischen Regierung ein, schlug mit dem Kolben seines geladenen Gewehrs auf den Boden, daß das ganze Zimmer erzitterte, und verlangte im Namen des Volkes „Einführung der Gütergemeinschaft, Errichtung einer Proletarierregierung und Annahme der rothen Fahne und Kokarde anstatt der dreifarbigen." Es ist hauptsächlich das Verdienst Lamartines, welcher in diesen Tagen neben einer volksthümlichen, hinreißenden Beredsamkeit bewundernswerthe Geistesgegenwart und Todesverachtung zeigte, daß aus der Februarrevolution nicht eine Pöbelherrschaft hervorgieng. Das erste Dekret der Regierung enthielt eine Bestätigung der Republik, welche am 27. Februar auf dem Bastilleplatz in Gegenwart von Hunderttausenden feierlich verkündigt wurde. Die Straßen von Paris nahmen allmählich wieder ein menschlicheres Ansehen an, während die Trümmer des geplünderten und angezündeten königlichen Schlosses von Neuilly noch rauchten, bei welchem Autodafé einige Plünderer in den Kellern sich selbst allzusehr vergaßen und mitverbrannten.

Bei solch zudringlichen Elementen war die Aufgabe der Regierung eine ungeheure. Mit ihrer Anerkennung des sogenannten „Rechts auf Arbeit" hatte sie sich die Pflicht auferlegt, „den Unterhalt des Arbeitsmannes durch Arbeit zu gewährleisten," und jeder, der keine Arbeit hatte oder auch keine wollte, verlangte nun von der Regierung ebenso seinen Unterhalt wie ein Beamter. Natürlich stockte in diesen unruhigen Zeiten aller Handel, alles Gewerbe, der Zuzug nach Paris vermehrte sich und ebendamit die Zahl der brotlosen Arbeiter. Dies führte zur Errichtung von „Nationalwerkstätten", in welchen jeder-

Digitized by Google

mann Arbeit und Lohn vom Staate geboten wurde. Diese Arbeiten, an welchen sich bald gegen 100,000 Menschen, selbst Gelehrte und Künstler, betheiligten, beschränkten sich auf nutzlose Erdarbeiten in Paris und einigen anderen großen Städten, wie sie sonst von den „Spitälern" verrichtet werden, und liefen zuletzt auf vollständigen Müßiggang hinaus. Wenn diese Wirthschaft ein paar Monate fortdauerte, so war der finanzielle und moralische Bankerott nicht erst vor der Thüre, sondern schon da. Es sah ohnedies in der Staatskasse trostlos genug aus, so daß der Finanzminister sich genöthigt sah, die direkten Steuern um 45 Procent zu erhöhen, eine Maßregel, wodurch die Begeisterung des Landvolks für die Republik bedeutend abgekühlt wurde. Und doch glaubte der vierte Stand, der Staat sei nichts anderes als eine Experimentirmaschine für die verschrobenen und hirnverbrannten Köpfe der Kommunisten. Im Palast Luxemburg, wo früher die Pairskammer der um sich greifenden Monarchie ihren Weihrauch streute, tagte nun unter dem Vorsitz des „Apostels" Louis Blanc ein „Arbeiter-Parlament", das meist aus Handwerksgesellen und Taglöhnern bestand und über die nationalökonomische Frage debattirte, wie man bei weniger Arbeit einen größeren Unterhalt sich verschaffen könne. Die Schlagwörter: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit waren hier an der Tagesordnung, und jeden Augenblick mußte man sich darauf gefaßt machen, den offensten und rohesten Kommunismus durch dieses Parlament von der Theorie in die Praxis übergetragen zu sehen. Zu diesem Zwecke hetzten die demokratische Presse und die politischen Klubs das Volk täglich mehr auf. Eine Menge von neuen Zeitungen war entstanden, mehrere hundert Klubs hatten sich in Paris gebildet, da nicht bloß die alten Revolutionäre wie Barbès, Blanqui, Cabet, Raspail u. s. w., sondern auch unbekanntere Namen ihr kleines Parlament um sich versammeln wollten. Sie waren die geschworenen Gegner jeder staatlichen Ordnung und machten daher mehrere Versuche, die provisorische Regierung zu stürzen und die Wahl der Nationalversammlung, die auf den Monat April ausgeschrieben war, hinauszuschieben. Denn das merkten sie wohl, daß sie in dieser nicht die Mehrheit haben werden, und daß sie diese als den Ausdruck des Nationalwillens weit schwieriger bei Seite werfen könnten. Aber weder am 16. März noch am 16. April gelang es den Socialdemokraten, wie sich die vereinigten Ultrarepublikaner und Socialisten nannten, trotz der Entfaltung ihrer ungeheuren

Digitized by Google

Massen, ihren Willen durchzusetzen. Die neugeschaffene Mobilgarde und die Nationalgarde und die Festigkeit Lamartines trugen den Sieg davon.

Die verhängnißvollen Wahlen zur Nationalversammlung rückten heran. Durch ein Dekret der provisorischen Regierung war jeder Franzose mit dem 21. Jahre wahlberechtigt, mit dem 25. wählbar. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 900 festgesetzt, je auf 40,000 Einwohner einer. Das Ergebniß der Wahlen beurkundete eine glänzende Niederlage der Socialdemokraten. Die Sitzungen wurden am 4. Mai eröffnet, die am 24. Februar ausgerufene Republik noch einmal als die bleibende Staatsform Frankreichs proklamirt, die Abdankung der provisorischen Regierung und der Bericht über ihre Wirksamkeit entgegengenommen. Der Vorschlag, die Regierungsgewalt vorläufig einem einzigen Manne, und zwar dem so populären Lamartine zu übertragen, welcher in 10 Wahlbezirken gewählt worden war und im ganzen über 2 Millionen Stimmen erhalten hatte, wurde von diesem selbst abgelehnt, da er sich vor den drastischen Mitteln, um die sich erhebende Opposition niederzuwerfen, fürchtete. Daher wählte die Nationalversammlung am 10. Mai eine aus fünf Mitgliedern bestehende „Vollziehungskommission". Ihre Wahl fiel auf Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine, Ledrü-Rollin. Sie hatten bis zur Vollendung der zu berathenden Verfassung durch ein verantwortliches Ministerium die Regierung zu führen. Arago hatte als Erstgewählter den Vorsitz in der Vollziehungskommission; die folgenreichste Ernennung war die Cavaignacs zum Kriegsminister.

Diesem sich wieder ordnenden Staatswesen gegenüber beschloßen die Klubs, die Nationalversammlung samt der Vollziehungscommission zu sprengen und eine socialdemokratische Diktatur einzusetzen. Die Ueberreichung einer Monsterpetition um Wiederherstellung eines freien, selbständigen Polens bildete den Vorwand, unter welchem am 15. Mai eine Masse von 100,000 Köpfen, unter ihren Führern Blanqui, Raspail, Sobrier und Huber sich auf dem Bastilleplatz versammelte und gegen den Palast der Nationalversammlung anmarschirte. Betrunkene Menschen mit wilden Mordgesichtern drangen in den Sitzungssaal, alles schrie hin und her, Huber erklärte „im Namen des von seinen eigenen Vertretern betrogenen Volkes" die Versammlung für aufgelöst, diese räumte den Platz, und die siegreiche Revolte setzte eine neue Regierung ein. Die Nachricht von dem Anmarsch von Truppen störte

Digitized by Google

sie in ihrem Geschäft, daher sie sich eiligst nach dem Stadthause begaben, dort eine Regierung unter Louis Blanc, Blanqui, Ledrü-Rollin, Raspail, Proudhon, Albert, Barbès und 4 anderen bildeten und eine Kriegserklärung an Rußland, Oesterreich und Preußen abfaßten, falls diese sich der Wiederherstellung Polens widersetzen würden. Aber das Stadthaus wurde durch die Energie Lamartines von den rasch aufgebotenen Nationalgardisten wieder genommen und Raspail, Blanqui und ihre Mitverschworenen als Gefangene nach Vincennes geschickt. Um ähnlichen Aufständen gewachsen zu sein, erhöhte die Regierung die Besatzung von Paris auf 55,000 Mann, welche unter den Befehl des aus Algier zurückberufenen neuen Kriegsministers Cavaignac gestellt wurden.

Die Ergänzungswahlen, welche in den ersten Tagen des Juni stattfanden, brachten neue, bedeutende Persönlichkeiten in die Nationalversammlung, wie Thiers, Changarnier, Viktor Hugo. Doch all diese Namen überragte ein einziger, welcher schon damals ganz Frankreich in Aufregung versetzte, und dies war der Name Louis Napoleons. In Paris und drei anderen Wahlbezirken zum Abgeordneten gewählt, war er bereit, dem Rufe Frankreichs zu folgen. Die Vollziehungskommission aber erinnerte sich, daß seine Attentate von Straßburg und Boulogne ihn weniger zu einem Deputirten, als zu einem Prätendenten qualificirten, und beantragte daher, daß das 1832 gegen die Napoleoniden erlassene Verbannungsdekret gegen Louis Napoleon aufrecht erhalten werden sollte. Die Nationalversammlung, welche bereits die Zulassung seiner Vettern, der Söhne Jeromes und Lucians, genehmigt hatte, erklärte jedoch die Wahl Louis Napoleons für giltig. Dieser blieb vorerst noch in England, die Entwicklung der Verhältnisse aus der Ferne beobachtend.

Zunächst mußte sich die Frage der Nationalwerkstätten entscheiden. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeiter war im Juni bis auf 117,000 gestiegen, von welchen jeder täglich 2 Franks erhielt. Der gänzlichen Aufhebung sollten einige vorbereitende Maßregeln vorhergehen wie die Bestimmung, daß die Arbeit nur noch nach dem Stück bezahlt, und daß ein Theil der Arbeiter aus Paris entfernt und in entlegenen Provinzen beschäftigt werden sollte. Die Socialdemokraten wußten nun schon, woran sie waren, und rüsteten sich zu einem Kampf auf Leben und Tod. Aber auch die Regierung war gerüstet. Der Kriegsminister Cavaignac hatte für diese Straßenkämpfe einen förmlichen

Digitized by Google

Feldzugsplan ausgearbeitet. Der Kampf, zu welchem die Aufständischen 40,000 Mann stellten, begann am 23. Juni am Thore St. Denis mit einem Angriff auf die Nationalgarde und nahm am 24. einen so bedenklichen Charakter an, daß die Nationalversammlung beschloß, Paris in Belagerungszustand zu erklären und die ganze vollziehende Gewalt dem General Cavaignac zu übertragen. Bis zum 26. dauerte der wüthende Kampf, in welchem mehr als 10,000 Menschen getödtet wurden, der General Brea trotz seiner Eigenschaft als Unterhändler von den Aufständischen schändlich ermordet, der Erzbischof Affre, welcher Worte der Versöhnung an sie richtete, tödtlich verwundet wurde. Mit der Beschießung der Vorstadt St. Antoine war der Sieg der Ordnungspartei entschieden. Es war der heftigste Straßenkampf, welchen Paris je gesehen hatte. 12—14,000 Empörer wurden gefangen genommen, und von diesen die der Theilnahme Ueberwiesenen zur Deportation nach einer transatlantischen Kolonie verurtheilt, die Anstifter an das Kriegsgericht verwiesen.

Zum Dank für die Rettung des Vaterlandes ernannte die Nationalversammlung am 28. Juni den General Cavaignac zum Haupt der Vollziehungsgewalt und Kabinets-Präsidenten. Sofort bildete er ein neues Ministerium und ernannte den General Changarnier zum Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde. Daß gegen die wilden Auswüchse der Republik nach diesen blutigen Junitagen eine Reaktion eintreten mußte, war natürlich. Die Nationalwerkstätten wurden geschlossen, die zügellosesten Klubs und Zeitungen unterdrückt, der Belagerungszustand verlängert. Die Nationalversammlung war in ihrer Mehrheit für eine kräftige Regierung und unterstützte Cavaignac. Die Debatten über die neue Verfassung kamen im November zum Abschluß. Der letzte Punkt derselben betraf die Frage, ob die Wahl des Präsidenten von der Nationalversammlung oder unmittelbar vom Volke ausgehen sollte. Das Letztere wurde beschlossen, so treffend auch der Dichter Felix Pyat die Folgen einer solchen Wahl vorausgesagt hatte. Am 12. November wurde die neue Verfassung feierlich auf dem Eintrachtsplatze verkündigt, und am 10. December sollte die Präsidentenwahl stattfinden. Louis Napoleon war am 26. Sept. zum erstenmal in der Nationalversammlung erschienen und hatte weder durch sein Aeußeres noch durch seine abgelesene Erklärung einen besonderen Eindruck hervorgebracht. Seine Freunde betrieben seine Kandidatur für die Präsidentenstelle mit aller Macht und schwatzten

Digitized by Google

dem Landvolk vor, daß der Neffe des Kaisers als Präsident die auf die Grundsteuer geschlagenen 45 Procent aus seiner eigenen Tasche zurückbezahlen werde. Dieses Mittel wirkte ungemein, obgleich die Tasche des Neffen nur voll von Schuldbriefen war. Das Landvolk, welches die Februarrevolution, die Republik und was damit zusammenhieng, haßte, gab den Ausschlag, und so gieng aus dem Wahlkampf zwischen Cavaignac und Louis Napoleon der letztere als Sieger hervor. Er erhielt von 7,300,000 Stimmen, welche abgegeben wurden, 5,430,000, Cavaignac nur 1,448,000, und den Rest drei andere Männer. So mächtig war noch bei der Menge das Zauberwort „Napoleon". Manche waren auch deßwegen für ihn und gegen Cavaignac, weil dieser durch seine kraftvolle Bekämpfung des Juniaufstandes ein zu straffes Regiment in Aussicht stellte, während sie Napoleon für schwach und unfähig hielten und ihn für ihre Parteizwecke ausbeuten zu können hofften. Dieses seltsame Urtheil, wozu einige Excentricitäten den Anlaß gegeben haben mochten, konnte man damals fast überall in Frankreich und in der Schweiz hören. Die Enttäuschung sollte bald eintreten.

Am 20. December legte Cavaignac seine Stelle nieder und Louis Napoleon wurde als Präsident der Republik ausgerufen und beeidigt. Er schwur, der einen und untheilbaren demokratischen Republik treu zu bleiben, und erklärte darauf: „Meine Pflichten sind mir vorgeschrieben, und ich werde sie als Ehrenmann erfüllen." Nach seiner Anrede gieng er auf Cavaignac zu, der wieder seinen Sitz als Abgeordneter eingenommen hatte, ergriff seine Hand und sagte: „General, ich bin stolz darauf, der Nachfolger eines Mannes zu sein wie Sie." Cavaignac dankte mit einer stummen Verbeugung. Der neue Präsident begab sich in Begleitung mehrerer Beamten der Nationalversammlung und vieler Militärpersonen nach dem ihm angewiesenen Palast Elysée Bourbon, wo ihn seine Verwandten und Anhänger empfiengen und in ihm bereits ihren Souverän sahen.

Die konstituirende Nationalversammlung löste sich am 26. Mai 1849 auf, und die „gesetzgebende" eröffnete am 28. Mai ihre Sitzungen. Die Legitimisten und Orleanisten hatten hier die Mehrheit; die Republik war schon fast ein überwundener Standpunkt, was dem Präsidenten am meisten zu gut kam. Der tiefe Gegensatz zwischen ihm und der Volksvertretung wurde täglich unversöhnlicher. Die Socialdemokraten waren kaum mehr zu fürchten. Ihr Aufstand vom 13. Juni bei Gelegenheit des Antrags Ledrü-Rollins, den Präsi-

Digitized by Google

denten und seine Minister wegen der Expedition gegen die römische Republik in Anklagestand zu versetzen, welcher Antrag in der Versammlung durchfiel, wurde von General Changarnier, dem Befehlshaber der Nationalgarde und Linientruppen in Paris, rasch und ohne viele Mühe unterdrückt. Ledrü-Rollin mußte fliehen. Paris wurde in Belagerungszustand erklärt, die socialdemokratischen Blätter verboten, alle politischen Vereine, außer den Wahlversammlungen, aufgelöst. Durch diese fortwährenden Beschränkungen der Volksrechte und durch das unerquickliche Parteigezänke der einzelnen Coterien, welche so verschiedenen Zielen zusteuerten, verlor die Nationalvertretung an Beliebtheit und Achtung bei dem Volke. Der „Prinz-Präsident" benützte diese Stimmung und stellte sich bei jeder Gelegenheit als denjenigen hin, von welchem das Land, wenn es nur ihn allein regieren ließe, ein ganzes Füllhorn von Glück zu erwarten hätte. Von den Juni-Gefangenen wurden die meisten von ihm begnadigt, öfters Rundreisen im Lande gemacht und dabei immer viel von dem großen Oheim, von dem Glanz des alten Kaiserthums gesprochen. Gelegenheitlich ließ der verschlossene Mann auch seine geheimsten Wünsche durchblicken wie im Herbst 1851 in Lyon, wo er auf die Huldigungen der wohlhabenden Klassen sich zu der Erklärung herbeiließ, „er sei bereit, den Volkswillen zu vollziehen, möge derselbe Entsagung von ihm verlangen oder Beharrlichkeit." In der Normandie drückte er sich noch bestimmter aus und wies auf die großen Fehler der Verfassung hin. Für den größten derselben hielt er den Artikel 45, wonach die Dauer der Präsidentschaft auf 4 Jahre beschränkt war und der abgehende Präsident erst nach einem Zeitraum von 4 Jahren wieder gewählt werden durfte.

Diese Bestimmung durchkreuzte die ehrgeizigen Bestrebungen Napoleons. Er veranlaßte daher einen Sturm von Petitionen um Revision der Verfassung. Zu einer solchen war gesetzmäßig ein von einer Mehrheit von drei Viertheilen gefaßter Beschluß der Nationalversammlung nöthig, und diese Mehrheit ließ sich nicht zusammenbringen. Nun wurde die Sache vor die Generalräthe der Departements gebracht, von welchen 80 unter 85 für die Revision sich aussprachen. Der Riß wurde immer bedenklicher. Eine Diktatur stand vor der Thüre; dies ahnte jedermann. Wer war der Auserkorene? Da die Volksvertretung und ihr Anhang zu sehr gespalten war, die einen an den Grafen Chambord (Herzog von Bordeaux),

Digitized by Google

die andern an den Prinzen von Joinville oder an Changarnier, die Socialisten an Carnot dachten, so hatte Napoleon leichtes Spiel, sobald er von extremen Schritten nicht zurückschreckte, was eben nicht seine schwache Seite war. Er handelte nach dem Göthe'schen Wort: „Und folgst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt." Die Soldaten und Officiere suchte er durch Bankette, wo Wein und Cigarren aufs reichlichste gespendet wurden, für sich zu gewinnen; dem unbeugsamen Changarnier hatte er das Kommando über die Pariser Armee genommen, durch häufigen Wechsel der Ministerien die berühmtesten Namen abgenützt, mit Odilon Barrot als Kabinetspräsidenten angefangen und mit seinem getreuen St. Arnaud als Kriegsminister geendigt. Der Plan gieng zunächst dahin, trotz des Artikels 45 Napoleon die Verlängerung seiner Präsidentschaft durch eine neue Volkswahl zu sichern. Der ausgesprochene Nationalwille, dachte man, habe doch mehr Kraft als ein papierner Paragraph. Zu diesem Zwecke ließ der Präsident die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, das durch ein Gesetz vom 31. Mai 1850 etwas beschränkt worden war, beantragen. Die Nationalversammlung lehnte den Vorschlag ab und wollte, in Erwartung eines Bruches, die Verfügung über die bewaffnete Macht nicht dem Kriegsminister, wie dieser von den kommandirenden Generalen verlangte, sondern der Versammlung überlassen. Aber auch dieser Vorschlag fiel bei dem Widerstand der wegen Beschränkung des Wahlrechts grollenden Bergpartei durch, und die Nationalversammlung war so eine wehrlose Beute des nächsten besten Kasernenstreichs. Zwar fehlte es nicht an einsichtsvollen und kühnen Männern, welche den einzig richtigen Rath gaben, man solle, statt sich selbst vom Prinz-Präsidenten nach Vincennes schicken zu lassen, diesen im Palast Elysée aufheben und in Vincennes hinter Schloß und Riegel setzen. Aber die Ausführung erforderte mehr Muth und mehr Militärkräfte, als die Partei der Orleanisten besaß. So blieb nur noch eins übrig, und damit wurde auch nicht gezögert.

Nur wenige Personen waren in das Geheimniß eingeweiht: der Kriegsminister St. Arnaud, der Abgeordnete Graf Morny, ein natürlicher Bruder Napoleons (Sohn der Exkönigin Hortense und des schönen kaiserlichen Adjutanten, Grafen Flahaut), der Polizeipräfekt Maupas und, soweit es nöthig war, General Magnan, Befehlshaber der ersten Militärdivision. Den ganzen Plan hatte Napoleon mit dem ehemaligen Unterofficier Persigny, welcher sich schon in Straßburg

Digitized by Google

und Boulogne als seinen entschiedensten Anhänger bewiesen hatte, ausgearbeitet. Die Ausführung des Staatsstreichs wurde auf den 2. December 1851, den Jahrestag der Krönung Napoleons und der Schlacht bei Austerlitz, festgesetzt. Den Abend vorher war im Elysée eine glänzende Versammlung, der Präsident zeigte sich sehr heiter und bat beim Abschied seine Base, die Prinzessin Mathilde, welche die Tochter des Exkönigs Jerome und die Gemahlin des russischen Grafen Demidow ist, um ein freundliches Andenken, „besonders für den Fall, daß sie einander nicht wiedersehen sollten". Uebrigens soll bei diesem Staatsstreich Morny weit mehr Muth und Entschlossenheit gezeigt haben als Napoleon und geradezu das drängende Element gewesen sein.

Nachdem sich die Gesellschaft um Mitternacht getrennt hatte, ließ der Polizeipräfekt, unter dem Vorwand einer socialdemokratischen Verschwörung, gegen 100 Personen, Mitglieder der Nationalversammlung, Chefs der geheimen Verbindungen und Volksmänner aus den Vorstädten verhaften. Es befanden sich darunter die Generale Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, Oberst Charras, Thiers, Lagrange. Zu gleicher Zeit wurden die wichtigsten Punkte der Stadt vom Militär besetzt und mehrere Dekrete angeschlagen, worin dem Volke die Auflösung des Staatsraths und der Nationalversammlung, die ein Herd von Verschwörungen geworden sei und Waffen für den Bürgerkrieg schmiede, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, die Verhängung des Belagerungszustandes über Paris und zehn benachbarte Departements und die Berufung von Urversammlungen des französischen Volkes, um über die Grundlagen der künftigen Verfassung abzustimmen, angekündigt wurde. Solche Grundzüge sollten sein: die zehnjährige Dauer der Präsidentenstelle, die ausschließliche Abhängigkeit der Minister vom Staatsoberhaupt, die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe durch den Staatsrath, die Einsetzung eines Senats und eines gesetzgebenden Körpers. Es war eine getreue Kopie der Konsularverfassung von 1799.

Am Morgen des 2. Decembers lasen die Pariser diese von Morny, als dem neuen Minister des Innern, unterzeichneten Dekrete und merkten, daß sie über Nacht eine andere Regierung bekommen hatten und dem Kaiserreiche näher stehen als der Republik. Der Eindruck war mehr Erstaunen als Entrüstung. Anders war es bei einem großen Theil der Abgeordneten. Da der Sitzungspalast durch Truppen abgesperrt war, so versammelten sich gegen 200 in der Mairie des zehnten

Digitized by Google

Stadtbezirks, erklärten, daß der Präsident abgesetzt und die vollziehende Gewalt an die Nationalversammlung übergegangen sei, und ernannten den General Oudinot zum Befehlshaber der Militärmacht zu Paris. Wie wirkungslos ihre Dekrete waren, konnten sie gleich darauf sehen, als die Polizei ihnen befahl, auseinanderzugehen, und sie auf die Erklärung, daß sie nur der Gewalt weichen, gepackt und in den Zellenwägen der Galeerensträflinge nach verschiedenen Gefängnissen und Forts abgeführt wurden. Alle Zeitungen wurden unter Censur gestellt, mehrere ganz unterdrückt, die Barrikadenkämpfer vom 3. und 4. December durch eine Truppenmacht von 80,000 Mann schonungslos niedergeschmettert, die Kasematten der Pariser Forts mit mehreren hundert Gefangenen angefüllt. Die meisten derselben wurden „kraft einer allgemeinen Sicherheitsmaßregel" nach Cayenne oder Algier deportirt, von den am 2. December verhafteten Abgeordneten die Mehrzahl entlassen, gegen 80, darunter Thiers, Viktor Hugo, Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, Bedeau, des Landes verwiesen. Wie das Land den Staatsstreich aufnahm, zeigte sich bei der Abstimmung am 20. und 21. December, wo 7½ Millionen Stimmen gegen 650,000 die Regierungsgewalt des Präsidenten auf zehn Jahre verlängerten. Dieser verließ nun das Elysée Bourbon und siedelte in die Tuilerien über, ließ am 14. Januar die neue Verfassung bekannt machen und verkündigte in einem Dekrete vom 22. Januar die Konfiskation aller derjenigen Besitzungen der Familie Orleans, welche Louis Philipp den Tag vor seiner Thronbesteigung, statt sie nach altem Brauch mit den Staatsdomänen zu vereinigen, als Privateigenthum auf seine Kinder hatte übertragen lassen. Diese Maßregel wurde selbst von Morny mißbilligt, daher er das Ministerium des Innern niederlegte und Persigny zum Nachfolger erhielt. Am 29. März wurde der Senat und der gesetzgebende Körper, in welchen fast nur bonapartistische Kandidaten gewählt worden waren, eröffnet und der Staatsstreich durch die Nothwendigkeit einer „rettenden That" gerechtfertigt. Die einzige Lebensthätigkeit des Senats war die Erhöhung des Gehalts des Prinz-Präsidenten auf 12 Millionen Franks; der gesetzgebende Körper hatte das Budget zu regeln und die Vorlagen der Regierung in aller Unterthänigkeit zu genehmigen. Um die Arbeiterbevölkerung zu gewinnen, wurden 80 Millionen für öffentliche Bauwerke bestimmt und schon im Jahre 1852 mit Aufführung jener großen und prächtigen Bauten begonnen, welche Paris zur schönsten

Digitized by Google

Stadt der Welt machen, den arbeitenden Klassen reichlichen Verdienst geben und die Möglichkeit von Barrikadenkämpfen vermindern sollten.

Auf einer neuen Rundreise durch Frankreich fand Napoleon überall einen begeisterten Empfang und besonders bei dem Landvolke offene Aufforderung, noch einen Schritt weiter zu gehen. „Es lebe der Kaiser!" war der Ruf, welcher, heiß ersehnt von ihm, häufig gehört wurde. Er gab sich den Anschein, als ob er nicht nach dieser neuen Würde strebe, aber, wenn Frankreich es ernstlich wolle, sich seinem Willen nicht entziehen könne. Die Sache hatte nur das eine Bedenken, daß sowohl das Inland als besonders das Ausland das Kaiserreich ohne Krieg und Eroberungen sich nicht denken konnte. Um diesen Befürchtungen zu begegnen, sagte Napoleon bei einem Banket in Bordeaux: „Frankreich scheint zum Kaiserthum zurückkehren zu wollen. Das Kaiserthum, meinen manche, sei der Krieg. Nein, meine Herren, das Kaiserthum ist der Friede." Sofort erhielten die Generalräthe wieder einen Wink, Petitionen um Proklamirung des Kaiserthums an den Senat einzuschicken; einige Maires waren ungeduldig genug, dasselbe in ihren Gemeinden vor der Hand für sich zu verkündigen. Der am 4. November einberufene Senat genehmigte die vorgeschlagene Verfassungsveränderung und beschloß am 7. November die Wiederherstellung des Kaiserthums. Das Volk bestätigte dieses „Senatskonsult" am 21. November mit 7,800,000 Stimmen gegen 253,000, worauf am 2. December 1852, am Jahrestag des Staatsstreichs, „Napoleon III. durch die Gnade Gottes und durch den Nationalwillen als Kaiser der Franzosen" ausgerufen wurde. Die auswärtigen Mächte, welchen der Staatsstreich als die Errettung von der Revolution so willkommen gewesen war, konnten sich in das neue Kaiserthum nicht ebenso leicht finden. Doch blieb ihnen auch beim besten Willen nichts anderes übrig, als dasselbe anzuerkennen. Die drei Ostmächte zögerten damit am längsten, und wie bei Louis Philipp, so konnte auch bei Napoleon Kaiser Nikolaus es nicht übers Herz bringen, ihm den üblichen Titel „Bruder" zu geben, und nannte ihn daher seinen „guten Freund". Als dieser sich aber, nach dem Beispiele seines Oheims bei seiner zweiten Verheiratung, nach einer Gemahlin aus einem der alten fürstlichen Häuser umsah, brachten es die ahnenstolzen Ostmächte dahin, daß die Bewerbung des Parvenü um die Prinzessin Karlota von Wasa erfolglos war, worauf er sich am 30. Januar 1853 mit der schönen Spanierin Eugenia Montijo, Herzogin von

Digitized by Google

Theba, vermählte, welche ihm am 16. März 1856 einen Thronfolger, den Prinzen Napoleon Eugen, gebar.

§. 16.

Italien.

Die Revolution von 1831, welche den Kirchenstaat, Modena und Parma ergriffen hatte, war, wie früher die Aufstände in Neapel und Piemont, durch die österreichische Intervention überwältigt worden. Ließ man der Revolution in Italien den Lauf, so war auch ihr Sieg entschieden. Nur die Fremdherrschaft war es, welcher sie noch nicht gewachsen war. Aller Haß der Italiener war daher auf diese, als auf das einzige Hinderniß der Einheit und Freiheit der Halbinsel, gerichtet. Wie in den Zeiten Barbarossa's und seines Enkels, so war auch in den vierziger Jahren „Tod den Deutschen!" (womit Oesterreich gemeint war) das Feldgeschrei. Die geheimen Gesellschaften und die mit ihnen in Verbindung stehenden Verbannten, besonders Josef Mazzini, der von London aus seine Befehle ertheilte, sorgten dafür, daß der nationale Gedanke nicht unter den materiellen Inter ssen sich begraben ließ, sondern immer wach blieb.

Und seltsamerweise gieugen die ersten Frühlingsregungen gerade von derjenigen Seite aus, auf welcher man sonst nur Hang für chinesische Zustände zu erblicken gewohnt war. Papst Gregor XVI., ein Mann der alten Zeit, dem nichts über die geistliche Herrschaft und über die österreichischen Bajonette gieng, war am 1. Juni 1846 gestorben, und sein Nachfolger wurde der 54jährige Kardinal Mastai Ferretti, welcher den Namen Pius IX. annahm. War die fromme Welt, welche ihn besuchte, entzückt von der Liebenswürdigkeit und Milde des neuen Oberhauptes, so staunten die Kardinäle über die Reformen, welche er im Kirchenstaat, ja in ganz Italien einführen wollte. Er erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen, gestattete den Verbannten straflose Rückkehr, gewährte der Presse eine freiere Bewegung, eröffnete den Laien Zutritt zu den höchsten Staatsämtern, berief aus den Notabeln der Provinzen einen Staatsrath, welcher Vorschläge zu Reformen machen sollte, verlieh der Stadt Rom eine freisinnige Gemeindeverfassung, arbeitete an einer italienischen Konföderation, an welcher sämtliche italienischen Staaten theilnehmen sollten, um in der Bundesstadt Rom über Krieg und Frieden, über

Digitized by Google

Zölle, Handelsverträge und andere gemeinschaftliche Angelegenheiten zu berathen, und gab, nach der französischen Revolution von 1848, eine Konstitution mit einer vom Papste zu ernennenden ersten und einer vom Volke zu wählenden zweiten Kammer, neben welchen das unverantwortliche Kardinalskollegium eine Art Geheimrath bildete. Eine neue Zeit schien anzubrechen. Die alte Welthauptstadt Rom, einst die Beherrscherin der Völker, damals noch der katholischen Herzen, sollte der politische Mittelpunkt Italiens werden, dem Jahrhundert die Bahn brechen, die nationale Fahne erheben und von den Alpen bis zum Kap Passaro alle Kräfte des jungen Italiens zu einem unzerbrechlichen Ruthenbündel zusammenfassen. War es nicht, als ob der Papst selbst ein Carbonaro geworden wäre? Noch ehe die Februarrevolution die europäischen Monarchen zur Rettung ihrer Throne in das freisinnige Lager trieb, war ganz Rom voll von dem neuen Reformator, voll von Evviva auf Pio nono, voll von Hoffnungen auf endliche Befreiung. Und was in Jahrhunderten nicht vorgekommen war, ein Evviva auf Pius galt in Mailand und Modena für politische Ketzerei, für einen revolutionären Ruf.

Als aber der Kampf in Oberitalien entbrannte, als zwischen Sardinien und Oesterreich auf den alten Schlachtfeldern der Lombardei das Los Italiens sich entscheiden sollte, da verlangten die Römer vom Papste eine Kriegserklärung an Oesterreich, die Absendung der römischen Truppen zur Armee Karl Alberts. Pius wies das Ansinnen als unverträglich mit seiner päpstlichen Stellung ab und entzweite sich dadurch mit den extremen Parteien, welche, eben noch von ihm amnestirt und zurückberufen, bereits im Begriff waren, über ihn hinwegzuschreiten. In dieser bewegten Zeit glaubte Pius an dem Grafen Pellegrino Rossi aus Carrara, welcher Louis Philipps Gesandter in Rom gewesen war, den rechten Mann zur Durchführung eines gemäßigten Liberalismus gefunden zu haben. Er berief ihn am 17. Sept. 1848 an die Spitze eines neuen Ministeriums. Daß Rossi die Zügel mit fester Hand ergriff, Ruhe und Ordnung herstellen wollte, all den Schwätzern und Schreiern der Hauptstadt an Geist weit überlegen war, konnte ihm von den Anarchisten, die in Rom wie in Paris nur bei einem allgemeinen Umsturz ihren Stern erblickten, nicht verziehen werden. Und nicht bloß die radikale, sondern auch die extrem hierarchische Partei hatte er zur Feindin. Am 15. November fuhr er, trotz aller Warnungen, nach dem Sitzungssaal der

Digitized by Google

Kammern, welche er nach ihrer Vertagung mit einer Rede eröffnen wollte, in der er Aufhebung der Kardinalsregierung, Einführung eines Laienregiments verhieß und an der Unabhängigkeit und Einheit Italiens festhielt. Kaum war er aus dem Wagen gestiegen, so traf ihn aus einem Haufen Gesindels ein Dolchstoß in den Hals, und lautlos sank er zu Boden. Am folgenden Tage zog ein bewaffneter Volkshaufe vor den Quirinal, griff die aus Schweizersöldnern bestehende Wache an, die Kugeln drangen ins Vorzimmer des Papstes, und dieser wurde genöthigt, ein radikales Ministerium anzunehmen und die Schweizertruppen zu entlassen. Schutzlos, wie er nun war, dem Zwang der Umsturzpartei, wozu Fürst Karl von Canino, ein Sohn Lucian Bonaparte's, gehörte, preisgegeben, entfloh Pius am 24. November verkleidet aus Rom nach Gaëta, bei dem König von Neapel Schutz suchend.

Mazzini und seine Partei hatten nun freies Feld. Eine konstituirende Versammlung wurde berufen, erklärte am 5. Februar 1849 die weltliche Macht des Papstthums für aufgehoben und Rom für eine Republik. An sie schloß sich Toskana an, wo der Großherzog Leopold II. schon am 17. Febr. 1848 eine Verfassung gegeben hatte, aber durch das republikanisch gesinnte Ministerium Guerazzi gleichfalls zur Flucht nach Gaëta genöthigt wurde (21. Febr. 1849). Darauf wurde auch in Toskana die Republik proklamirt und ihre Vereinigung mit Rom beschlossen. Aber hier liefen die Sachen nicht so gemüthlich ab, als sich manche nach der Flucht des Papstes dachten. Denn dieser hatte die katholischen Mächte um ihre Hilfe angegangen, und der Präsident der französischen Republik, Louis Napoleon, hatte mehr als einen Grund, die Truppen Frankreichs gegen die römische Republik marschiren zu lassen. Der Widerspruch, in welchen er gerieth, wenn er die eine Republik durch die andere bekämpfen ließ, machte ihm wenig Gewissensskrupel. Die Hauptsache war ihm, daß er durch die Unterstützung des Papstes die französische Geistlichkeit, deren Einfluß auf das Volk er für seine weiteren Plane zu benützen gedachte, für sich gewann, und daß er, nachdem man der Regierung Louis Philipps lange genug schmachvolle Nachgiebigkeit und Unterwürfigkeit unter das Ausland vorgeworfen hatte, die französischen Fahnen wieder in den fremden Hauptstädten wehen ließ und der österreichischen Hegemonie in Italien Schach bot. Er schickte daher den Marschall Oudinot mit 8000 Mann ab. Dieser landete am 26. April 1849 in

Digitized by Google

Civita-Vecchia und erschien am 30. vor den Mauern Roms, das er ohne Mühe einnehmen zu können hoffte. Aber hier hatte sich nach Besiegung des sardinischen Heeres eine Menge verzweifelter Köpfe aus allen Ländern Europa's gesammelt. Josef Garibaldi, der kühne Freischarenführer von Nizza, war nach langjährigen Kämpfen im Dienst der südamerikanischen Republiken zurückgekehrt und auf Mazzini's Aufforderung an die Spitze der Vertheidiger Roms getreten, und diese empfiengen den französischen Marschall mit so wohlgezielten Schüssen, daß er sich nach mehrstündigem Kampfe mit einem Verlust von 700 Mann nach Civita-Vecchia zurückziehen mußte. Wenige Tage darauf wurde das neapolitanische Heer, das von Süden her angreifen sollte, bei Velletri zurückgeschlagen, während die spanischen Truppen, die dritten im Bunde gegen die rothe Republik, einem Kampfe vorsichtig auswichen. Doch erhielt Oudinot bedeutende Verstärkung und rückte am 3. Juni mit 35,000 Mann zum zweitenmal vor Rom, wo etwa 19,000 Mann, meist Freiwillige und Nationalgarden, standen. Trotz aller Kühnheit und Tapferkeit Garibaldi's und der von ihm und für ihn begeisterten Freischaren mußte nach längeren blutigen Kämpfen bei der Ueberlegenheit der französischen Artillerie Rom kapituliren. Am 4. Juli zog Oudinot in die schweigende Hauptstadt ein. Garibaldi, Mazzini und ihr Anhang entflohen, die Fremdherrschaft, gegen welche man aufgestanden war, wurde in anderer Form wieder eingesetzt, und Pius, welchem die Atmosphäre von Rom noch schwer auf den Nerven lag, kehrte erst am 4. April 1850 dahin zurück. Sein Eifer für Reformen war erkaltet, er so wenig als der König von Neapel ließ sich zur Wiederherstellung der Verfassung bewegen, und wenn er auch den Laien im Staatsrath und den Gemeinden noch einige Freiheit ließ, so waren doch alle höheren Aemter, die ganze Regierungsmaschine wieder in den Händen der Kardinäle, deren pfauenmäßige Machtentfaltung sich um so seltsamer ausnahm, je mehr ihre Ohnmacht am Tage lag, da sie sich in den Legationen durch die österreichischen, in Rom und Civita-Vecchia durch die französischen Bajonette, dort bis 1859, hier bis 1866, beschützen lassen mußten.

Gleichzeitig mit Rom war auch der Süden Italiens in die dem Jahre 1848 so eigenthümliche Gährung gekommen. Die Scenen von 1820 und 1821 wiederholten sich hier. Sicilien, das sich zu Neapel in einem ähnlichen Verhältniß wie Irland zu England befand, wollte aufs neue aus einer Provinz zu einem selbständigen Königreich sich

Digitized by Google

erheben und schwärmte mehr für ein Verhältniß wie das Norwegens zu Schweden. Am 12. Januar 1848 brach der Aufstand in Palermo aus, die Stadt wurde von der Citadelle aus bombardirt, aber zuletzt mußte die ringsum eingeschlossene neapolitanische Besatzung auf englischen und französischen Kriegsschiffen nach Neapel zurückkehren. König Ferdinand II. glaubte den Sturm, der sich auch in Neapel ankündigte, nicht anders beschwichtigen zu können, als wenn er eine Verfassung nach dem französischen Muster von 1830 einzuführen versprach, dieselbe am 24. Februar, dem Tag der Pariser Revolution, beschwor und ein liberales Ministerium ernannte. Da aber diese Verfassung für Neapel und Sicilien ein vereinigtes Parlament schuf, so wurde sie von der provisorischen Regierung in Sicilien, an deren Spitze der ehrwürdige Contreadmiral Ruggiero Settimo stand, nicht angenommen und ein besonderes sicilisches Parlament und die sicilische Verfassung von 1812 verlangt. Unter dem Schrecken der Pariser Februarrevolution gieng König Ferdinand darauf ein, berief das sicilische Parlament und ernannte Settimo zu seinem Generalstatthalter. Allein die Sicilianer, gleichfalls von Pariser Eindrücken erfüllt, giengen nun noch weiter und verlangten, daß zwischen Neapel und Sicilien eine Personalunion bestehen und letzteres außer dem Parlament auch ein eigenes Ministerium, besonderes Heer und besondere Finanzen haben solle. Diese Forderungen schienen Ferdinand doch gar zu rund, und er verwarf sie, hierin im Einverständniß mit den Neapolitanern handelnd. Darauf erklärte das sicilische Parlament den König der Krone Siciliens für verlustig, die Dynastie Bourbon für immer ausgeschlossen und wählte am 11. Juli den Sohn Karl Alberts, den Herzog von Genua, zu ihrem König. Aber Karl Albert, welcher im Kampfe mit den Oesterreichern kaum seine eigene Krone retten konnte, wagte nicht, für seine Familie eine zweite anzunehmen, und England, welches die Trennung begünstigte, gieng in seiner eigennützigen Theilnahme für die Insel nicht über fromme Wünsche und salbungsvolle Reden hinaus. Wollte Sicilien frei sein, so mußte es mit seinen eigenen Armen die Freiheit erkämpfen.

Auch in Neapel befand sich das Königthum auf einer schiefen Fläche und schien rasch hinabzurollen. Am 7. April wurde Ferdinand gezwungen, Oesterreich den Krieg zu erklären und 13,000 Neapolitaner unter dem alten Revolutionär Wilhelm Pepe zu Karl Alberts Heer in Oberitalien stoßen zu lassen. Die Radikalen, auf Paris hinweisend,

Digitized by Google

sprachen schon von Einsetzung einer Republik, von einer konstituirenden Versammlung, und als am 15. Mai die Kammern eröffnet werden sollten, wurden Barrikaden in der Stadt errichtet. Ferdinand ließ seine Schweizertruppen anrücken, und diese bewältigten in einer Stunde den Aufstand. Die Stadt wurde der Rache der Soldaten und der Plünderungslust der Lazzaroni preisgegeben. Sofort wurde die Nationalgarde entwaffnet, die Kammern aufgelöst, ein neues Ministerium nach dem Geschmack des Königs gebildet und das neapolitanische Hilfsheer aus Oberitalien zurückgerufen. Nur etwa 1500 Mann zogen, den Gehorsam verweigernd, mit Pepe nach Venedig, um bei dessen Vertheidigung Lorbeeren zu erwerben; mehr als 11,000 kehrten heim und wurden auf den Schlachtfeldern der Lombardei von Karl Albert schmerzlich vermißt. Damit war die Demokratie in Neapel vernichtet und der Bourbon Ferdinand zuerst unter den Monarchen Herr über die Revolution geworden. Doch blieb ihm noch die Unterwerfung des abtrünnigen Siciliens übrig.

Eben hatten die Oesterreicher Karl Albert über den Ticino zurückgetrieben und die Lombardei wieder besetzt, da schickte König Ferdinand eine Flotte unter General Filangieri, Fürsten von Satriano, mit 8000 Mann Landungstruppen nach Sicilien. Die Stadt Messina wurde von der Flotte und von der in den Händen der Neapolitaner befindlichen Citadelle mehrere Tage unausgesetzt beschossen, zum Theil in einen Schutthaufen verwandelt und am 7. September 1848 erstürmt und geplündert. Die Flüchtigen fanden Schutz auf den englischen und französischen Kriegsschiffen. Die Admirale derselben machten Vermittlungsvorschläge und Ferdinand ließ sich herbei, eine Verfassung, besonderes Parlament und Verwaltung und ausgedehnte Amnestie anzubieten, verweigerte aber ein besonderes Ministerium für Krieg und auswärtige Angelegenheiten. Die Sicilier, damit nicht zufrieden, begannen, gleichzeitig mit Karl Alberts zweitem Feldzug, den Krieg aufs neue, beriefen den Polen Mieroslawski als Oberbefehlshaber, und dieser warf sich nach Catania. Filangieri griff ihn dort an. Die Neapolitaner wurden zurückgeschlagen, aber die nachrückenden Schweizer-Truppen erstürmten nach hartnäckigem Kampfe die Stadt (6. April 1849). Darauf zog Filangieri gegen Palermo, die dortige Regierung löste sich auf und floh nach Malta, das Volk wollte nichts von Kapitulation wissen, wurde aber durch das Artilleriefeuer des Landheers und der Flotte dazu genöthigt. Am 17. Mai zog Filangieri in Pa-

Digitized by Google

lermo ein, befahl eine allgemeine Entwaffnung, richtete auf der ganzen Insel eine drückende Militärherrschaft ein, und von Parlament und Entwaffnung war keine Rede mehr.

All diese Kämpfe in Mittel- und Unteritalien standen in engem Zusammenhang mit dem, was 1848 und 1849 in Oberitalien vorgieng. Wenn hier die Würfel günstig fielen und die nationale Sache siegte, so mußte sowohl Pius als Ferdinand in sanftere Bahnen einlenken; umgekehrt hatte eine Niederlage am Po das Scheitern der Revolutionen im Süden zur Folge. Es handelte sich im Norden um die Abschüttlung der österreichischen Herrschaft. Dieser war es seither nicht gelungen, die Herzen der Italiener zu versöhnen oder auch nur die gringste Partei für sich zu gewinnen. Die Reformen des Papstes 1847 riefen auch in Lombardo-Venetien die nationalen Wünsche und Hoffnungen wieder wach. Aehnliche Forderungen wie in Sicilien wurden an Oesterreich gestellt: ein Vicekönigthum mit besonderem Parlament, italienischen Ministern und nur italienischen Truppen. Der Kaiserstaat war damals noch in der Lage, dies abschlagen zu können. Um die österreichischen Einkünfte zu schmälern, enthielten sich die Italiener des Tabaks und Lotteriespiels, mit welchen der Staat ein Monopol trieb. In Mailand, in den Universitätsstädten Pavia und Padua kam es im Januar 1848 zu fortwährenden Reibungen zwischen Civil und Militär. Schon stand Sicilien in Flammen, schon war Ferdinand in Neapel zur Verleihung einer Constitution gezwungen, Toskana und Rom mit fortgerissen, auch Karl Albert in Turin am 8. Februar zu verfassungsmäßigen Zuständen bekehrt, und immer noch glaubte Oesterreich, die politischen Leidenschaften in der Lombardei nicht besser als durch Einführung des Kriegszustandes (22. Februar 1848) dämpfen zu können. Der Bogen war zum Brechen angespannt. Zwei Tage darauf erhob sich Paris, am 13. März sogar das gemüthliche Wien, und nun war keine Fessel stark genug, um einen Aufstand niederzuhalten. Am 18. März erhob sich ganz Mailand, alle Stände nahmen am Kampfe theil, und der 82jährige Feldmarschall Graf Josef Radetzky, ein ruhmgekrönter Veteran aus den Befreiungskriegen, sah sich nach zweitägigem Straßenkampf genöthigt, seine Truppen aus der Stadt zu führen, die in den anderen Städten liegenden Besatzungen möglichst schnell an sich zu ziehen und in dem berühmten Festungsviereck, zwischen Peschiera, Verona, Legnago, Mantua, Stellung zu nehmen. Auch Venedig, wo Graf Zichy kommandirte, gieng am 22. März für

Digitized by Google

Oesterreich verloren, die übrigen Städte folgten, und der Advokat trat in der Lagunenstadt an die Spitze einer provisorischen Regierung. Die kleinen Herzogthümer Modena und Parma konnten sich nun nicht mehr halten, die Herzoge Franz und Karl flohen nach Oesterreich, hinter ihnen erhoben sich provisorische Regierungen, und wie Neapel, so schickten auch die Herzogthümer und Toskana ihre Truppen über den Po, um im Bunde mit Sardinien den entscheidenden Waffengang zu machen.

Die Hoffnungen ganz Italiens standen auf Sardinien und dessen König. Der Charakter des Volkes hatte etwas Straffes, Militärisches, dabei fand man dort nicht geringe Bildung; der Philosoph und Jesuitenfeind Gioberti und der Historiker Cäsar Balbo hatten dort ihre Heimat; die literarische Tüchtigkeit verband sich mit dem Patriotismus und übte großen Einfluß aus. Das Heer war schlagfertig, und wenn schon die früheren Regenten der österreichischen Vormundschaft sich möglichst zu entziehen suchten, so hatte Karl Albert, welchem Metternich die Thronfolge streitig gemacht hatte, noch besondere Gründe zur Abneigung. Das Haus Savoyen, von welchem der König ein Abkömmling war, ist wie das Haus Hohenzollern durch das Verhängniß von Jahrhunderten instinktmäßig auf Ausdehnung seiner Macht, auf friedliche oder kriegerische Eroberungen hingewiesen, und so rückte Karl Albert, von den Lombarden zu Hilfe gerufen, in Mailand ein, um das lombardisch-venetianische Königreich und damit die Hegemonie in Italien sich zu erkämpfen. Er trat als Befreier der Halbinsel auf, war aber nach seinen Antecedentien für diese Rolle nicht ganz geeignet. Wer wie er zuerst Carbonaro war, dann unter dem Herzog von Angoulême die spanische Revolution bekämpfte und dem bigottesten Absolutismus sich hingab, taugte eher in das Lager der Oesterreicher als für die italienische Tricolore. Sein Haß gegen Oesterreich war nicht national, nur dynastisch. Auch war er zwar ein tapferer Soldat, aber ein schlechter Feldherr, voll Mißtrauen und Eifersucht gegen die militärischen Größen seines Vaterlandes, daher er lieber zweifelhafte Fremde als zuverläßige und erprobte Landsleute an die Spitze des Heeres stellte. Sein Gegner Radetzky war alt, aber noch frischen, jungen Geistes, hatte einen geübten Blick, viel Energie und Entschlossenheit, tüchtige Generale und ein wohl disciplinirtes Heer. Die Verstärkungen, welche Neapel und die Herzogthümer dem sardinischen Heere brachten, waren nicht hoch anzuschlagen. Die Neapolitaner

Digitized by Google

wurden zeitig zurückgerufen, aus den Herzogthümern kamen ungeübte Truppen, und selbst Mailand, das mit Reden und Demonstrationen so schlagfertig war, brachte kaum 8000 Mann zusammen.

Auch Radetzky bekam von Oesterreich Verstärkungen und schlug am 6. Mai den Angriff des sardinischen Königs bei Santa Lucia, südwestlich von Verona, ab. Am 29. Mai erstürmte er die Verschanzungen am Curtatone, mußte aber, da die Sardinier am 30. bei Goito siegten und Peschiera nahmen, und Garibaldi mit seinen Alpenjägern ihn im Rücken bedrohte, von weiterem Vorrücken abstehen und auf die Wiedereroberung Vicenza's und der übrigen Städte des venetianischen Festlands sich beschränken. Der österreichische Hof hatte inzwischen, besonders auf Betreiben des englischen Gesandten, Unterhandlungen mit den Lombarden angeknüpft und ihnen ihre Unabhängigkeit angeboten, falls sie einen bedeutenden Theil der Staatsschuld übernehmen und mit Oesterreich einen günstigen Handelsvertrag abschließen würden. Da die Lombarden sicher zu sein glaubten, ihre Freiheit wohlfeiler zu bekommen, so nahmen sie den Vorschlag nicht an. Radetzky war nun in der Lage, eine kräftige Offensive zu übernehmen. Er erfocht am 25. Juli bei Custozza einen glänzenden Sieg, trieb die wieder Stand haltenden Sardinier bei Goito und Volta zurück und drang gegen Mailand vor. Karl Albert mußte die Stadt, in welcher er, aufs neue des Verraths beschuldigt, kaum den Ausbrüchen der Volkswuth entgieng, räumen, und Radetzky hatte die Genugthuung, daß eine städtische Deputation ihn, den kurz zuvor Vertriebenen, bat, schleunigst in der Stadt einzurücken und dem Wüthen des losgelassenen Pöbels Einhalt zu thun. Am 6. August zog er in Mailand ein und schloß am 9. einen Waffenstillstand mit Karl Albert, welcher seine Truppen aus der Lombardei und aus den Herzogthümern zurückziehen mußte.

Diese Demüthigung des Königs, welcher so große Hoffnungen gehegt und erregt hatte, war zu groß, als daß er nicht gerne dem Drängen der radikalen Partei in Turin, noch einmal das Kriegsglück zu versuchen, nachgegeben hätte. Er übertrug dem polnischen General Chrzanowski, welcher noch unter Napoleon und später 1831 in Polen mit Auszeichnung gefochten hatte, den Oberbefehl, ohne an ihm mehr als einen tüchtigen Divisionsführer zu haben, und betraute auch den von den Radikalen begünstigten General Ramorino mit einem Kommando. Am 20. März 1849 kündigte er den Waffenstillstand auf, in dem Gedanken, in die Lombardei einzurücken, dessen Bewohner ihm

Digitized by Google

viel Schönes über ihre Freiheitsbegeisterung und über den schlimmen Zustand der österreichischen Armee berichteten. Aber die Enttäuschung folgte rasch. Radetzky gieng über den Ticino und schlug auf sardinischem Gebiet in einem viertägigen Feldzuge, am 21. März bei Mortara, am 23. bei Novara, den Feind so gänzlich, daß von einer Erneuerung des Kampfes keine Rede sein konnte. Der Genuese Ramorino, welcher den ihm angewiesenen Posten am Po nicht besetzte und dadurch dem Eindringen der Oesterreicher Vorschub leistete, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt. Dasselbe verurtheilte ihn, ohne die Anklage auf Verrath für ganz begründet zu erklären, zum Tode. Am 22. Mai wurde er bei Turin erschossen. Karl Albert, welcher vergebens den Tod auf dem Schlachtfelde gesucht hatte, war des Regierens und des Lebens satt, legte noch in der Nacht des 23. in Novara die Krone nieder und erklärte seinen ältesten Sohn als Viktor Emanuel II. zum König von Sardinien. Er hoffte, daß dieser von den Oesterreichern einen günstigeren Frieden bekommen werde als er, der jenen so verhaßt war. Darauf reiste er, seiner Gemahlin ein schriftliches Lebewohl sagend, nur von zwei Dienern begleitet, über Frankreich und Spanien nach Portugal, wo er am 26. Juli 1849 in der Stadt Oporto an wiederholten Schlaganfällen starb. Der neue König hatte am 24. März in einem Gehöfte bei Novara eine Zusammenkunft mit Radetzky und schloß einen Waffenstillstand ab. Die in Mailand geführten Friedensunterhandlungen wollten wegen der hohen Forderungen Oesterreichs nicht recht vorwärts gehen und führten erst am 6. August, als Oesterreich auf Frankreichs und Englands Zureden seine Ansprüche ermäßigte, zum Ziele: Sardinien behielt seine Grenzen und zahlte 75 Millionen Lire Kriegsentschädigung.

Die falsche Nachricht von einem sardinischen Siege bei Novara hatte die Bevölkerung von Brescia veranlaßt, über die österreichische Besatzung herzufallen und sie in die Citadelle zurückzutreiben. General Haynau eilte mit 4000 Mann und zahlreicher Artillerie herbei, bombardirte die Stadt und setzte sich nach einem furchtbaren Straßenkampf, an welchem selbst Frauen theilnahmen, am 1. April wieder in Besitz derselben, befleckte aber seinen Namen durch unmenschliche Grausamkeit, namentlich gegen die Frauen. Auch Venedig konnte sich nicht mehr lange halten. Dort war zuerst der Anschluß an Sardinien, nach dessen Niederlage die Republik proklamirt worden. Im Lager Haynau's vor Venedig wütheten die Sumpffieber, in der Stadt

Digitized by Google

Hunger und Cholera. Auf die Nachricht von der Unterwerfung Ungarns kapitulirte Venedig am 22. August, und die Häupter der Revolution, Manin und Pepe, wanderten in die Verbannung.

Ganz Italien war wieder unter seine alten Herren gebracht. Die vertriebenen Fürsten kehrten zurück, die Oesterreicher besetzten im Kirchenstaat Bologna und Ankona, ihre Herrschaft schien bei der Tapferkeit ihrer Heere und der Tüchtigkeit ihrer Feldherren unbezwingbar zu sein. Der Sturm, welcher die ganze Halbinsel durchtobte, war verbraust, aufs neue lachte die italienische Sonne, aber finster und immer finsterer wurde der Haß der Italiener gegen die Fremdherrschaft. Man glaubte jetzt den Staat zu kennen, welcher unter günstigeren Konstellationen den Kampf mit Oesterreich wieder aufnehmen werde. Trotz Custozza und Novara blieb das savoyische Kreuz die Hoffnung Italiens.

§. 17.

Revolutionen in Deutschland, Oesterreich und Preußen.

In keinem Lande lag so viel Zündstoff aufgehäuft als in Deutschland. Die Fülle von Geist und Patriotismus, welche man hier fand, stand in keinem Verhältniß zu dem Maß von Freiheit und Macht, welches die Kabinette dem Volke boten, daher diese auch überall Opposition fanden. Alles, was von den Regierungen ausgieng, wurde einer schonungslosen Kritik unterworfen, worin sich in den vierziger Jahren namentlich einige junge philosophische Köpfe auszeichneten. Auch die damals auftauchenden „politischen Lieder" verschiedener talentvollen Dichter trugen zur Entzündung und Erhaltung des patriotischen Feuers nicht wenig bei. Schon im Jahre 1847 war jedermann überzeugt, daß es so nicht fortgehen könne, daß es in kurzem zu einem Bruch kommen müsse. Selbst populäre Fürsten, wie Wilhelm von Württemberg, waren in jenem durch Theurung ausgezeichneten Jahre bei Gelegenheit eines Brodkrawalls persönlichen Beleidigungen ausgesetzt. Man fühlte sich zu sehr eingeengt, seinen Vormündern sich überlegen und traute sich die Kraft zu, im Innern und nach Außen die Nation zu einer höhern Stellung zu erheben, als diejenigen Herren es vermochten und wollten, welche bisher die grünen Sessel inne hatten. Die Schmach des Bundestages, die Verwerflichkeit des

Digitized by Google

Metternich'schen Systems wurde nie so lebhaft empfunden, nie so ungescheut besprochen wie eben damals. Man hatte es satt, immer nur als das Volk der Denker in den englischen Blättern bewundert und bespöttelt zu werden. Ein Volk, das eine vielhundertjährige, zum Theil glorreiche Geschichte hatte, das seine zerstreuten und zwieträchtigen Theile nur unter einem einzigen Willen zusammenzufassen brauchte, um das erste Wort in Europa zu führen, wollte aus der Kleinlichkeit und Ohmacht der Vielstaaterei heraustreten, aus dem Staatenbund einen Bundesstaat machen, eine kräftige Centralgewalt an die Spitze stellen und dieser durch ein Nationalparlament eine feste Stütze geben. Der Bundestag, welcher sich meist nur als einen Bund von Polizeidirektoren erwiesen hatte, galt als ein überwundenes Institut, das vom nächsten Windstoß über den Haufen geworfen werde. Die bescheidensten Wünsche sprachen sich wenigstens dahin aus, daß dem Bundestag als einer Vertretung der Fürsten ein vom Volke gewähltes Parlament als Vertretung des Volkes zur Seite stehen müsse.

Die rasche Beendigung und die Erfolge des Sonderbundskriegs, wodurch die Schweiz ein auf Volkssouveränetät beruhendes Gemeinwesen mit fester Koncentration schuf, fanden in Deutschland die innigste Theilnahme; man sah ja hier im Kleinen, was man im eigenen Hause im Großen auszuführen gedachte. Dazu kam die Aufregung und Agitation wegen Schleswig-Holsteins, das durch den „offenen Brief" des Königs Christian VIII. vom 8. Juli 1846 zu einem deutschen Schmerzenskind gemacht wurde. Man wollte sich von dem kleinen und anmaßenden Dänemark eine so eklatante Rechtsverletzung nicht gefallen, nicht aufs neue Stücke vom Körper Deutschlands losreißen lassen, wackere Landsleute, deren Herz der Rückkehr ins Vaterhaus so sehnsüchtig entgegenschlug, den Mißhandlungen und der Brutalität eines schamlosen Matrosenvolkes nicht länger preisgeben. Die Sympathie für Schleswig-Holsteins Recht und Wünsche durchdrang alle Schichten des deutschen Volkes, so daß es kaum eine Stadt geben mochte, in der man nicht das „Schleswig-Holstein, stammverwandt" mit großer Begeisterung sang.

Es wäre vielleicht noch einige Zeit beim Singen geblieben, wenn nicht durch die Februarrevolution der äußere Anstoß zu energischer Durchführung alles dessen gegeben worden wäre, was als Forderung des deutschen Volkes aufgestellt worden war. Das Großherzogthum

Digitized by Google

Baden, dessen Kammer eine Zierde ganz Deutschlands war, war nicht nur vermöge der räumlichen Nähe, sondern noch mehr wegen der politischen Richtung und Bildung des lebhaften, beweglichen Volksstammes für die Einflüsse der Revolution am empfänglichsten. Der Advokat Hecker und der Journalist Struve sprachen schon im September 1847 in einer Versammlung zu Offenburg von Selbstregierung des Volkes, von allgemeiner Bewaffnung, von Garantie der Arbeit durch den Staat und zeigten sich als Gesinnungsgenossen der Pariser Socialdemokraten. Im Oktober verhandelte eine aus Oppositionsmitgliedern verschiedener Kammern bestehende Versammlung zu Heppenheim über eine Volksvertretung am Bundestag. Und noch am 12. Februar 1848 stellte Bassermann aus Mannheim in der badischen Kammer einen Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments, um die durch den Bundestag entstandene tiefe Kluft zwischen Fürsten und Völkern auszufüllen.

Die Fürsten waren durch die Pariser Ereignisse sehr überrascht. Sie glaubten in gewohnter Weise mit einigen unschuldigen Reformen, mit Anlegung einiger Heftpflaster, dem Uebel abhelfen zu können. Die Höfe von Berlin und Wien kamen mit einander überein, am 15. März einen Fürstenkongreß zu Dresden zu halten und das Wohl Deutschlands, in des Wortes doppelter Bedeutung, zu verhandeln. Aber die unerbittliche Logik der Thatsachen nahm der Diplomatie ihre Mühe ab. In Baden wurde die Regierung durch eine Volksversammlung in Mannheim und einen Massenzug nach Karlsruhe am 27. Februar aufgefordert, Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung herzustellen und auf ein deutsches Parlament hinzuwirken. Sie bewilligte alles. Auch die anderen Regierungen konnten dem Andrang nicht widerstehen. Ueberall wurden ähnliche Forderungen aufgestellt und bewilligt, und die Häupter der früheren Opposition in die Ministerien berufen, so Römer in Württemberg, Wippermann in Kurhessen, Stüve von Osnabrück in Hannover, Heinrich von Gagern in Hessen-Darmstadt. In Baiern gab es sogar einen Thronwechsel. Dort hatte sich König Ludwig, welcher aus einem Philhellenen und einem Gegner der Metternich'schen Politik zu einem Werkzeug der ultramontanen Partei geworden war und durch sein Kniebeugungsedikt viel Aergerniß verursacht hatte, von einer abenteuernden Tänzerin Lola Montez seinen alten Kopf so verrücken lassen, daß er sie im Februar 1847 zur Gräfin von Landsfeld erhob und ihr einen Einfluß auf die

Digitized by Google

Regierung gestattete, der eine Vergleichung mit der Marquise von Pompadour oder der Gräfin Dübarry unter Ludwig XV. fast herausforderte. Dadurch kam er mit seinem ultramontanen Ministerium Abel in Konflikt, berief das sogenannte Lola-Ministerium, fand aber in der Kammer, bei den Studenten und im Volke eine solche Entrüstung über die Mätressenwirthschaft, daß er die Gräfin aus Baiern verbannen und, der Achtung und des Vertrauens beraubt, am 20. März 1848 abdanken mußte, worauf sein ältester Sohn, Maximilian II. (1848—1861), den Thron bestieg.

Im südwestlichen Deutschland stellte sich die liberale Partei, wie in Paris bei der Julirevolution von 1830, an die Spitze der Bewegung. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März, aus den Führern der bisherigen Kammeroppositionen bestehend, erließ einen Aufruf an die deutsche Nation und wählte eine Kommission von sieben Männern, welche Vorschläge hinsichtlich des Parlaments machen und ein Vorparlament nach Frankfurt einberufen sollten. Dieses versammelte sich am 31. März in der Paulskirche unter dem Vorsitz des Heidelberger Professors Mittermaier. Die konstitutionell-monarchische Mehrheit beschloß, daß eine aus direkten Wahlen, welche von Vermögen, Stand und Glaubensbekenntniß unabhängig seien, hervorgehende Nationalversammlung im Monat Mai zusammenkommen und über die künftige Reichsverfassung mit souveräner Machtvollkommenheit entscheiden, und daß ein Ausschuß von 50 Männern über die genaue Vollziehung dieser Beschlüsse von Seiten der Regierungen wachen sollte. Diese Beschlüsse genügten der radikalen Partei, an deren Spitze Hecker und Struve standen, nicht. Da ihre Anträge, welche auf Einsetzung eines Konvents und Republikanisirung Deutschlands hinausliefen, verworfen wurden, so verließen sie Frankfurt und forderten in Volksversammlungen, welche sie im badischen Oberland hielten, zur Verkündigung der Republik auf. Ein hessen-darmstädtisches Corps unter Friedrich von Gagern, der früher in holländischen Diensten gestanden hatte, sollte die Freischaren auseinandersprengen. Bei Kandern kam es zu einem Gefecht, in welchem Gagern erschossen, Hecker und seine Leute in die Flucht geschlagen wurden. Die deutschen Arbeiter aus Frankreich, welche unter dem Dichter Herwegh ins Badische einrückten, wurden von württembergischem Militär bei Dossenbach auseinandergetrieben und damit vorläufig die republikanische Partei unterdrückt. Anderer Art waren die Unruhen im Odenwald,

Digitized by Google

den Main- und Taubergegenden, der alten Heimat des Bauernkriegs, wo das Landvolk sich gegen die Grundherrschaften erhob, die Archive mit den fatalen Grund- und Zehntbüchern vernichtete und einige Schlösser zerstörte.

Der Bundestag setzte indessen sein Scheinleben fort und glaubte mit einigen Konzessionen noch davon zu kommen. Er nahm das Wappen und die einst so verpönten Farben des Reichs, den Adler und das Schwarzrothgold, an und lud die Regierungen ein, Vertrauensmänner abzusenden, um gemeinschaftlich mit diesen eine Revision der Bundesverfassung zu besprechen. Für die 17 Stimmen des engeren Rathes der Bundesversammlung wurde je einer abgeschickt, und diese 17 Vertrauensmänner, darunter der Dichter Uhland für Württemberg, begannen am 30. März ihre Thätigkeit. Die Wahlen für die Nationalversammlung regten das deutsche Volk, das in Träumen einstiger Größe sich wiegte, bis in seine innersten Fasern auf.

Am 18. Mai versammelten sich etwa 320 Abgeordnete des deutschen Volkes im Kaisersaale des Römers zu Frankfurt, zogen in feierlichem Zuge in die Paulskirche und erklärten die Nationalversammlung für konstituirt. Heinrich von Gagern, eine imponirende Persönlichkeit, wurde am folgenden Tage zum Präsidenten gewählt. Niemals hat eine politische Versammlung eine größere Fülle von geistvollen und unterrichteten Männern, von charakterfesten und aufopferungsfähigen Persönlichkeiten gezeigt. Die gemäßigte Partei war entschieden in der Mehrheit, die Republikaner und Reaktionäre hatten über wenige Kräfte zu disponiren. Die nächsten Fragen, welche die Geltung der Beschlüsse und die Errichtung einer neuen Centralgewalt betrafen, wurden im Sinne der Volkssouveränetät entschieden. Der Beschluß gieng dahin, daß diejenigen Bestimmungen der Einzelverfassungen, welche mit der zu berathenden Gesamtverfassung im Widerspruch stehen, ungiltig seien, und daß an die Stelle des Bundestags eine provisorische Centralgewalt geschaffen werden solle und zwar nicht von der Nationalversammlung im Einverständniß mit den Fürsten, sondern ausschließlich von jener. Am 27. Juni entschied sich die Versammlung, durch den „kühnen Griff" ihres Präsidenten, Heinrich von Gagern, fortgerissen, für die Einsetzung eines unverantwortlichen Reichsverwesers mit einem verantwortlichen Ministerium, und am 29. Juni wählte sie mit 436 Stimmen unter 546 den Erzherzog

Digitized by Google

Johann von Oesterreich zum Reichsverweser, welcher am 11. Juli seinen Einzug in Frankfurt hielt und am folgenden Tage sein Amt antrat. Die Stunde des Bundestags, anscheinend die letzte, hatte nun geschlagen: er legte seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers und trat nach 32jähriger Existenz unbetrauert vom Schauplatz ab.

Erzherzog Johann war ein volksthümlicher Fürst, welchem die Bergluft in Tirol und Steiermark besser zusagte als die parfümirte Atmosphäre am Wiener Hof. Aber welche Macht wollte er aufbieten, wenn die deutschen Regierungen den Dekreten, welche er im Namen der Nationalversammlung erließ, keinen Gehorsam leisteten? Dieser Punkt war die Achillesferse der deutschen Revolution. Zuallererst mußte man sich darüber ins Klare setzen, auf welche Weise man den Regierungen der 35 souveränen Bundesstaaten, worunter 31 Monarchien und sogar 2 Großmächte waren, den durch die Nationalversammlung ausgesprochenen Volkswillen oktroyiren könne. Wie war es möglich, die Militärstaaten Oesterreich und Preußen an die Befehle von Frankfurt zu gewöhnen? Und wenn diese nicht parirten, was war dann von den mittleren und kleinen Staaten zu erwarten, welche in Wien und Berlin Hilfe zu suchen und zu finden pflegten? Nichts war sicherer, als daß all diese Fürsten die Nationalversammlung sich so lange gefallen ließen, als sie, am eigenen Herde bedroht, mußten, aber auch keine Stunde länger. Die Bundestruppen erhielten zwar vom Reichskriegsministerium Befehl, sämtlich am 6. August dem Reichsverweser zu huldigen; aber nur die kleineren Staaten befolgten die Weisung; Preußen und Oesterreich (mit Ausnahme der Wiener Besatzung) thaten, als ob sie dies gar nichts angehe, und selbst Ernst August in Hannover setzte seinen harten Kopf durch. Und selbst wo die Huldigung vor sich gegangen war, war es in diesen altmonarchischen Staaten kaum denkbar, daß die Heerführer auf die Befehle der ihnen fernstehenden Reichsregierung eher hörten als auf ihren Landesfürsten und „Kriegsherrn". Hier war schlechterdings nicht anders zu helfen als durch Aufstellung eines Parlamentsheeres, wie die englische Revolution ein solches geschaffen und zum Siege geführt hat. Die Nationalversammlung mußte dann entschlossen sein, die erste widerspenstige Regierung mit allen Mitteln der Gewalt zu Boden zu schlagen, es auf einen Kampf auf Leben und Tod ankommen zu lassen. Mit bloßen Beschlüssen und Voraussetzungen, mit langen Reden und

Digitized by Google

Sentimentalitäten kam man in der Hauptsache keinen Schritt weiter. Entweder mußte man noch ganz andere „kühne Griffe" thun, oder man war bald das wehrlose Objekt derselben. Statt diesen Gefahren mit entschlossenem und praktischem Sinn entgegenzutreten, ließ die Versammlung die Dinge außerhalb Frankfurt ihren Weg gehen, ließ sich eine Demüthigung um die andere gefallen und beschäftigte sich Monate lang mit einer Gründlichkeit, als ob eine juridische Fakultät beisammen säße, mit der ins Einzelnste gehenden Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes.

Die erste bedeutende Veranlassung, den Zwiespalt zwischen der Reichsgewalt und den Einzelregierungen bloß zu legen und in die Versammlung selbst einen klaffenden Riß zu sprengen, bildete die schleswig-holsteinische Frage, die eben damals in ein neues Stadium getreten war. Es handelte sich in dieser Frage um einen Erbfolgestreit. Nach dänischem Gesetz war bei dem Aussterben des oldenburgischen Mannsstammes auch die weibliche Linie successionsfähig, nach schleswig-holsteinischem nur der Mannsstamm. Da Christian VIII. und sein Sohn kinderlos waren, so rückte die Gefahr nahe, daß Dänemark die beiden Herzogthümer mit ihren herrlichen Küstenländern und dem Kieler Hafen verlieren und auf sich selbst angewiesen sein solle. In Dänemark war für diesen Fall die an den Prinzen Wilhelm von Hessen verheiratete Schwester des Königs und ihr Sohn Friedrich, in Schleswig-Holstein der Herzog Christian August von Augustenburg zur Nachfolge bestimmt. Gegen die Verkleinerung des Königreichs sträubte sich der Uebermuth des längst an die Mißhandlung und Aussaugung der Herzogthümer gewöhnten Dänenvolkes, daher der König 1846 den schon erwähnten „offenen Brief" erließ, worin er das dänische Erbfolgerecht auch auf Schleswig-Holstein ausdehnte und an der Union beider Länder festhielt. Um diese bittere Pille zu versüßen, verkündigte König Friedrich VII., der am 20. Januar 1848 seinem Vater auf dem Throne gefolgt war, eine freisinnige Verfassung für sämtliche Theile der Monarchie. Aber die Herzogthümer protestirten gegen die Gesamtstaatsverfassung und beharrten auf ihrem Recht der besonderen Erbfolge, der besonderen Verfassung und ihrer Untheilbarkeit. Die Februarrevolution brachte auch diese Verhältnisse in rascheren Fluß. Die Stände der Herzogthümer errichteten eine provisorische Regierung, wandten sich nach Frankfurt um Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund und baten hier und in Berlin

Digitized by Google

um bewaffnete Hilfe. Das Vorparlament bewilligte das Aufnahmegesuch und beauftragte Preußen, in Verbindung mit den Truppen des zehnten Bundesarmeecorps Holstein und Schleswig zu besetzen. General Wrangel überschritt am 21. April als Bundesfeldherr die Eider, trieb im Verein mit den schleswig-holsteinischen Truppen am 23. die Dänen aus dem Danewerk, am folgenden Tage wurden sie von dem 10. Armeecorps bei Oeversee geschlagen, nach der Insel Alsen verjagt, und ganz Schleswig war frei. Wrangel drang in Jütland ein, schrieb eine Kriegssteuer von 3 Millionen Thalern aus und wollte diese Provinz besetzt halten, bis die Dänen, welche bei der unverantwortlich geringen Seemacht Preußens zur See freie Hand hatten und den Ostseehandel beeinträchtigten, den Preußen für ihre Verluste Entschädigung gegeben hätten. Aber Preußen, theils durch die Störung seines Seehandels empfindlich berührt, theils durch die drohende Haltung Rußlands, Schwedens und Englands eingeschüchtert, rief seine Truppen ab und schloß am 26. August zu Malmö in Schweden einen Waffenstillstand mit Dänemark, wonach alle Beschlüsse der provisorischen Regierung für ungiltig erklärt, für die Herzogthümer eine gemeinschaftliche Regierung, zur Hälfte von Dänemark, zur Hälfte von Preußen, ernannt, die schleswigschen Truppen von den holsteinischen getrennt, der Krieg vor dem 1. April 1849, also in der für die Dänen ungünstigen Winterzeit, nicht wieder angefangen werden sollte.

Es war keine Frage, dieser Vertrag war gerade kein diplomatisches Meisterstück von Preußen. Alle Vortheile waren auf Seiten der besiegten Dänen, Schleswigs Einverleibung so gut als zugegeben. Die Nachricht hievon erregte in Frankfurt allgemeine Entrüstung. Nicht bloß die Radikalen, sondern vor allen der konservativ gesinnte Historiker Dahlmann, ein alter Freund und Vertheidiger der Rechte des verlassenen Bruderstammes, drang, wenn auch nicht auf sofortige Verwerfung, so doch auf vorläufige Sistirung des Waffenstillstands und Zurücknahme der Rückzugsbefehle. Kaum war dieser von der Ehre Deutschlands gebotene Antrag am 5. Sept. von der Mehrheit genehmigt, so überlegte die gemäßigte Partei, daß ein solcher Beschluß einen Bruch mit Preußen bedeute, und daß hiedurch der Bürgerkrieg, die Revolution, die wildesten Leidenschaften des ohnehin schon aufgeregten Volkes entzündet werden. In Folge dessen wurde nach den heftigsten Debatten am 16. Sept. der Waffenstillstand von Malmö von der Mehrheit genehmigt, somit der frühere Beschluß zu-

Digitized by Google

rückgenommen. Dies gab den Radikalen einen willkommenen Anlaß, an die Fäuste der unteren Volksschichten zu appelliren und zu dem Juniaufstand der Pariser Socialdemokraten ein Seitenstück zu liefern. Am 17. Sept. wurde auf der Pfingstweide eine Volksversammlung gehalten, bei welcher die Mitglieder der demokratischen Vereine aus der ganzen Umgegend zusammenkamen. Unter dem Deckmantel des Gefühls für Nationalehre wurden hier wahre Donnerkeile gegen die Monarchien und die Nationalversammlung geschleudert, die Mehrheit der letzteren für Verräther am deutschen Volke erklärt und eine Sturmpetition beschlossen, welche am folgenden Morgen von der ganzen Masse des Volkes in der Paulskirche überreicht werden sollte. Das Ziel der Häupter war offenbar Sprengung des Parlaments, Ausrufung der Republik, Einsetzung eines Konvents. Der radikale Abgeordnete Zitz aus Mainz hatte offen erklärt: „jetzt wollen wir Fraktur schreiben!“ Wirklich versuchte die Menge am 18. Sept. in die Paulskirche einzudringen. Aber das Reichsministerium, von der Gefahr unterrichtet, hatte einige Bataillone Oesterreicher und Preußen aus Mainz herbeigerufen und alle Zugänge zur Paulskirche besetzt. Es kam hier zu einem Zusammenstoß, Barrikaden wurden errichtet, aber von den Truppen ohne viel Blutvergießen genommen. So wenig kriegerisch und ausdauernd sich hier die Aufständischen gezeigt hatten, so blutgierig stürzten sie sich auf die beiden Abgeordneten, General Auerswald und Fürst Lichnowsky, welche bei einem Spazierritt vor der Stadt von einem Pöbelhaufen verfolgt wurden, in einer Gärtnerwohnung auf der Bornheimer Heide Schutz suchten, aber herausgeschleppt und unter den schändlichsten Mißhandlungen ermordet wurden. Auf dies hin wurde die Stadt in Belagerungszustand erklärt, die Vereine aufgehoben und strengere Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung getroffen. Die Blütenträume der Märzrevolution waren nach diesen Septembertagen vorüber; jetzt blühte wieder der Weizen der Reaktion, welche mit Hinweisung auf die Verbrechen der rothen Republik die Gemäßigten auf ihre Seite zog, um bald auch über sie hinwegzuschreiten. Die Ereignisse an der Donau und an der Spree arbeiteten dieser Wendung vor.

Selbst dem Staate Metternichs sollte eine Katastrophe nicht erspart werden. Durch Absperrung von dem politischen Leben des Auslands, durch Niederhaltung aller Verfassungswünsche und durch geflissentliche Pflege der sinnlichen Natur des Menschen glaubte er

Digitized by Google

Oesterreich in einem paradiesischen Zustande zu erhalten, wo es außer ihm und dem Kaiser gar wenige Menschen gebe. Aber je unreifer und ungebildeter dadurch die Bevölkerung blieb, desto leichter war sie, wenn einmal die Wogen der Revolution kamen, von den neuen Steuermännern zu verführen, desto mehr mußte sie die Fülle von neuen Freiheiten eher mißbrauchen als gebrauchen, desto wilder, desto naturwüchsiger tobten die Leidenschaften. An ein Entgegenkommen dachte Metternich nicht; vielmehr wollte er nach der Februarrevolution durchaus den Schein meiden, als ob er bloß aus Furcht sich zu Konzessionen herbeilasse. Die Gefährlichkeit einer solchen Deutung betonte er in der Staatskonferenz, welche anstatt des körperlich und geistig unfähigen Kaisers Ferdinand eine Art Regentschaft führte, die aus dem Erzherzog Ludwig, Fürst Metternich und Graf Kolowrat bestand. Je länger die Regierung zögerte, desto mehr Petitionen und Adressen wurden an sie abgeschickt, von den Wiener Studenten geradezu Preß-, Rede-, Lehr-, Lern- und Glaubensfreiheit und allgemeine Volksvertretung gefordert. Am 13. März veranlaßte die Eröffnung des niederösterreichischen Landtags die Ansammlung vieler tausend Menschen vor dem „Landhause", welche, durch die von einem Studenten vorgelesene Rede des ungarischen Volksführers Kossuth aufgereizt, die Stände nöthigten, sich in die Hofburg zu begeben und die Wünsche des Volkes vorzubringen. Der vornehme Bescheid, welchen sie von der Staatskonferenz erhielten, steigerte die Erbitterung; Volk und Militär kamen hinter einander, und nun wurde ein Zugeständniß nach dem andern, Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände, abgerungen. Metternich mußte seine Stelle niederlegen und wie Louis Philipp nach England flüchten. Die Gewalt war nun in den Händen der Wiener Studenten und der Bürgerwehr. Diese erhielten die Revolution permanent und brachten jede mißliebige Persönlichkeit und Maßregel durch ihre bewaffneten Aufzüge zum Rückzug. Kossuth, welcher am 15. März Nachts in Wien eintraf, wurde mit Fackeln und Musik wie ein Triumphator empfangen.

Das neue Ministerium wollte die Versammlung eines konstituirenden Parlaments vermeiden, erließ daher am 25. April ein Staatsgrundgesetz, das schon deßwegen, weil die Wahl der Abgeordneten an einen bestimmten Census geknüpft war, niemand befriedigte. Als daher die Minister das Centralcomité der Studenten und National-

Digitized by Google

garde, welches eine förmliche Nebenregierung, mächtiger als die eigentliche, bildete, auflösen wollten, so wurden sie durch eine Sturmpetition von 15,000 Menschen, welche die Hofburg umlagert hielten, am 15. Mai genöthigt, nicht nur das Comité bestehen zu lassen, sondern auch einen konstituirenden Reichstag mit einer einzigen Kammer einzuberufen, dessen Wahl aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehe. Diese fortwährenden Tumulte und die Angst vor noch drohenderen Scenen bestimmten die Umgebung des Kaisers, diesen am 17. Mai zur Flucht nach Innsbruck zu veranlassen. Auf kurze Zeit erfolgte nun ein Umschlag in der öffentlichen Stimmung. Die Entfernung des Kaisers war dem loyalen Wiener doch gar zu hart, und er bestürmte ihn mit Bitten, wieder in die Hauptstadt zurückzukehren. Statt aber diese günstigere Strömung rasch zu energischen Maßregeln zu benützen, ließen sich die Minister, welche als Bedingung der Rückkehr des Kaisers die Auflösung der Studentenlegion gestellt und das Auflösungsdekret schon verkündigt hatten, am 26. Mai durch einen dritten Aufstand, durch neue Barrikaden zu dem Zugeständniß herbei, das Dekret zurückzunehmen und die Linientruppen in die Kasernen zurückzuziehen. Ja, der Minister des Innern, Freiherr von Pillersdorff, überließ die Herstellung der Ordnung den bisherigen Störern derselben und duldete die Einsetzung eines Sicherheitsausschusses, welcher aus Gemeinderäthen, Nationalgarden und Studenten gebildet wurde. Dies war nichts anderes als eine Volksdiktatur, wodurch nicht nur die Thätigkeit des Ministeriums bei Seite geschoben, sondern auch der gebildete und gemäßigte Theil der Bevölkerung aus dem unsicheren Fahrwasser der Bewegung hinausgetrieben wurde.

Um das Maß der Verlegenheiten voll zu machen, als ob es an dem Aufstand in Italien, an dem Unabhängigkeitssinn der sporenklirrenden Magyaren, an dem Sicherheitsausschuß in Wien noch nicht genug wäre, trat auch Prag in die Reihe der Revolutionsstädte. Dort kündigten die Czechen der deutschen Bevölkerung die Feindschaft an, wollten gar nicht mehr ein Glied Deutschlands ausmachen, sondern mit Mähren und österreichisch Schlesien ein besonderes slavisches Königreich bilden, das seine selbständige Verfassung habe. Um sich als mächtige Partei zu konstituiren, veranstalteten sie am 2. Juni einen allgemeinen Slavenkongreß zu Prag unter Palackys Vorsitz, setzten, im Gegensatz zu dem unfreien Ministerium in Wien, eine provisorische Regierung ein und ließen durch Rieger eine czechische

Digitized by Google

Konstitution ausarbeiten. Auch hier trieben die Studenten hohe Politik. Es fehlte nicht an Konflikten mit den Deutschen und dem Militär, das an dem Fürsten Alfred Windischgrätz einen entschlossenen, aber sehr aristokratischen Kommandanten hatte. Man legte ihm die kulturhistorische Naivetät in den Mund: „Der Mensch fängt erst bei dem Baron an.“ Dieser schlug das Begehren der czechischen Studenten, ihnen eine Batterie und 60,000 Patronen zu überlassen, rundweg ab. Denn es war leicht zu merken, daß diese Patronen niemand anders als dem Fürsten und seinen Soldaten gelten, und daß wie in Wien so auch hier eine Volksregierung und zwar eine czechische gebildet werden sollte. Am 12. Juni kam es vor dem Palast des Fürsten zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Czechen und dem Militär, wobei die am Fenster lauschende Gemahlin des Fürsten von einer Kugel tödtlich getroffen wurde. Mit einigen Kanonenschüssen wurde an diesem und dem folgenden Tage der Aufstand bezwungen, den sich aufblähenden Czechen „der Standpunkt klar gemacht“, der Slavenkongreß gesprengt und nach langer Pause wieder einmal die Thatsache konstatirt, daß Oesterreichs Militärmacht noch keine Lust, abzudanken, habe.

Bald darauf trat der konstituirende Reichstag in Wien zusammen und wurde am 22. Juli von Erzherzog Johann, dem Reichsverweser, eröffnet. Es war ein babylonisches Sprachgewirr, wobei wenig Konstitutionelles herauskommen konnte, zumal da die äußeren Verhältnisse fortwährend Stoff zu den lebhaftesten Debatten gaben. Die Rückkehr des Kaisers, welche auf das besondere Verlangen des Reichstags am 12. August erfolgte, trug zur Beruhigung der Gemüther nichts bei. Ein Antrag auf Aufhebung aller Robot- und Unterthänigkeitsverhältnisse, das heißt, auf Abschüttlung aller Feudallasten, wie sie in der französischen Revolution von 1789 in der berühmten Nacht vom 4. August durchgeführt wurde, gieng mit der Bestimmung durch, daß den Berechtigten eine billige Entschädigung vom Staate geleistet werden sollte. Der Reichstag kam bald in eine unhaltbare Stellung zwischen dem Ministerium und den Arbeitervereinen und verlor täglich an Einfluß, da er bei dem allgemeinen Ausreißen der slavischen Mitglieder bereits zu einem Rumpfparlament zusammengeschmolzen war. Ein offener Kampf konnte nicht ausbleiben. Die Verhältnisse gestalteten sich immer mehr zu einer Kopie des Pariser Arbeiterthums. Handel und Wandel stockte. Die reichen Familien suchten idyllischere

Digitized by Google

Wohnsitze. Das Proletariat wurde täglich zahlreicher und steigerte seine Ansprüche. Oeffentliche Arbeiten, Pariser Nationalwerkstätten, mußten von der Regierung angewiesen werden, und die ohnedies schon schwindsüchtige Staatskasse sollte der Gesellschaft der Müßiggänger noch einen hübschen Taglohn bezahlen. Das Ministerium Wessenberg, das auf Pillersdorff gefolgt war, ermannte sich endlich, setzte vorerst den Arbeitslohn um 5 Kreuzer herab und unterdrückte den Aufstand der widerspenstigen Arbeiter durch die Hilfe der Nationalgarde (23. August). Da kam eine neue Verwicklung. Der Bruch mit Ungarn war entschieden. Ein Theil der Wiener Besatzung sollte am 6. Oktober gegen Ungarn abmarschiren. Ein Grenadierbataillon verweigerte den Gehorsam, und als es durch Reiterei zum Abmarsch gezwungen werden sollte, kam es zum Kampf, in welchem die Grenadiere von den Studenten, der Nationalgarde und den Arbeitern unterstützt wurden. General Bredy wurde erschossen, mehrere Kanonen vom Volke erbeutet. Ueberall wurden Barrikaden errichtet, auf dem Stephansthurm heulte die Sturmglocke, ein wüthender Pöbelhaufe eilte nach dem Kriegsministerium, um den Minister Latour aufzusuchen, dessen Maßregeln gegen die Ungarn nicht im Sinne der Wiener Demokratie waren. Aus seinem Versteck hervorgeholt, wurde er in den Hof geschleppt, mit Hammerschlägen und Säbelhieben aufs grausamste gemordet und, aus 43 Wunden blutend, an einem Gaskandelaber aufgeknüpft. Darauf wurde das Zeughaus erstürmt und die reichen Vorräthe zum Theil seltener und kostbarer Waffen unter die Menge vertheilt. Der Reichstag erklärte sich für permanent und verlangte in einer Adresse an den Kaiser die Bildung eines neuen Ministeriums, die Absetzung Jellachichs und ähnliches. Die Wiener Demokratie hatte an diesem Tage gesiegt, aber sie war nun verloren.

Unter solchen Umständen konnte der Kaiser nicht mehr länger in Schönbrunn verweilen. Er flüchtete am 7. Oktober unter starker Bedeckung nach Olmütz in Mähren und gab dem Fürsten Windischgrätz den Befehl, Wien zu unterwerfen. Dieser, welcher zum Oberbefehlshaber aller kaiserlichen Truppen, mit Ausnahme der italienischen, ernannt war, marschirte mit seinem Heere von Prag ab, kam am 20. Oktober vor Wien an, vereinigte sich mit den Truppen des Bans Jellachich von Kroatien und mit der Wiener Besatzung, welche der Kommandant Graf Auersperg aus der Stadt geführt hatte, und forderte am 23. unbedingte Unterwerfung. Von einer solchen ver-

Digitized by Google

sprachen sich die Revolutionsmänner, welche eine Schreckensherrschaft in Wien ausübten, wenig Gutes für ihre Personen und wollten es lieber auf einen Kampf ankommen lassen, wobei sie sich auf die Hilfe der Ungarn verließen. An der Spitze der Nationalgarde stand der ehemalige Lieutenant Messenhauser, die akademische Legion und die aus bezahlten Proletariern bestehende Mobilgarde wurde von dem polnischen General Bem befehligt, die zwei Reichstagsabgeordneten von Frankfurt, Julius Fröbel und Robert Blum, traten unter die Freischaren ein. Tag und Nacht wurde auf beiden Seiten eine ganze Woche lang mit der größten Erbitterung gekämpft. Endlich waren die Vorstädte erobert, und Messenhauser selbst rieth zur Uebergabe, weil es ihm an tüchtiger Mannschaft und an Munition fehlte. Am 30. Oktober unterhandelte eine Deputation des Gemeinderaths in dem Hauptquartier des Fürsten Windischgräz über die Unterwerfung, als Nachmittags vom Stephansthurm aus die Annäherung der ungarischen Hilfsarmee bemerkt wurde. Nun drangen die Freischaren und das Proletariat auf Erneuerung des Kampfes, Messenhauser wurde gezwungen, das Kommando zu behalten und es mit Jenner von Fenneberg zu theilen. Aber die Ungarn wurden durch eine Truppenabtheilung, welche Windischgräz gegen sie schickte, zurückgetrieben, und Wien am 31. Oktober im Sturm genommen. Die kaiserlichen Truppen besetzten am Abend alle Plätze. Der Kandelaber, an welchem Latour aufgehängt worden war, wurde von ihnen zertrümmert. Mord, Plünderung, Feuersbrünste wütheten da und dort; wer fliehen konnte, floh. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt, ein schrankenloser Militärdespotismus begann, die standrechtlichen Hinrichtungen mit Pulver und Blei wollten kein Ende nehmen. Bem und Fenneberg waren entflohen, Fröbel wurde aus dem Gefängniß entlassen, aber Robert Blum, welcher sich zu sehr auf seine Eigenschaft als Mitglied der Reichsversammlung verlassen hatte, am 9. November in der Brigittenau erschossen. Auch Messenhauser, obgleich vom Reichstag und Ministerium als Kommandant anerkannt, erlitt den Tod. Man wollte den Revolutionsmännern von Pesth und von Frankfurt zeigen, daß die Armee, in deren Lager jetzt Oesterreich sei, nicht länger mit sich spassen lasse.

Schon vor dieser Katastrophe, am 22. Oktober, war der Reichstag von Wien nach dem mährischen Städtchen Kremsier berufen, wo er fern von demokratischen Einflüssen ungestört der Berathung einer

Digitized by Google

Konstitution obliegen konnte. Am 22. November wurde er dort eröffnet, nachdem am Tage vorher Fürst Felix Schwarzenberg, als General und Diplomat bekannt, ein neues Ministerium gebildet hatte, in welchem Graf Franz Stadion das Innere, der ehemalige Bonner Buchhändler und Gründer des Triester Lloyd, Baron Bruck das Handelsministerium übernahm. Diesem Wechsel, welcher auf ein strafferes Regiment hindeutete, folgte rasch noch ein anderer. Am 2. December legte Kaiser Ferdinand die Krone nieder, sein Bruder Erzherzog Franz Karl, dessen Gemahlin Sophie sehr unbeliebt war, verzichtete auf die Thronfolge, und der Sohn des Letzteren, Franz Josef, bestieg den habsburgischen Thron. Für die neuen Verhältnisse sollte eine neue, junge Kraft gewonnen werden und zugleich eine solche, welche nach keiner Seite hin durch irgend welche Zusagen an die Revolution, besonders in Ungarn, gebunden war. Ebendies fürchtete die liberale Partei und glaubte deßhalb, die Reaktion bereits in vollem Anmarsch zu sehen. Der Reichstag in Kremsier, welcher, in die Fußstapfen des Frankfurter tretend, in lange Debatten über die Grundrechte sich verirrte, stand bald dem Ministerium schroff gegenüber. Dem Gottesgnadenthum, welches von diesem wieder betont wurde, stellte jener die Volkssouveränetät gegenüber. Um rasch zu Ende zu kommen und den in den Straßen Wiens besiegten Revolutionsgeist nicht wieder emporkommen zu lassen, lösten die Minister am 7. März 1849 den konstituirenden Reichstag auf und oktroyirten eine Verfassung für Gesamt-Oesterreich, welche nie ins Leben trat und nach der Unterwerfung Ungarns 1851 auch formell zurückgenommen wurde.

Einen ähnlichen Gang wie in Wien nahm die Revolution in Berlin. Hier hielt der König immer noch an seinem „Vereinigten Landtag" fest und glaubte mit dieser ohnmächtigen Schöpfung das Aeußerste gethan zu haben. Anderer Ansicht war das Volk, welches, obgleich nicht blind für manches Ausgezeichnete in der Civil- und Militär-Verwaltung, es doch für beschämend hielt, daß ein Staat, welcher auf solcher Höhe von Intelligenz stehen wolle, hinsichtlich des politischen Lebens zu den hintersten Gruppen gehören solle. Die Februarrevolution mußte sich auch hier als zündender Blitz erproben. Vom 6. März an wurden Versammlungen vor den Zelten gehalten, beim Nachhausegehen gab es Konflikte mit dem Militär, das am 15. und 16. von der Schußwaffe Gebrauch machte, und Deputationen des Magistrats

Digitized by Google

wurden an den König geschickt. Die Nachricht von der Wiener Revolution vom 13. März ließ die Berliner nicht mehr schlafen. Am 17. kam eine Deputation aus Köln, welche von der drohenden Stimmung der Rheinprovinz sprach und sogar eine Losreißung von der preußischen Monarchie durchblicken ließ, falls nicht im Geiste der Freiheit reformirt werde. Eine neue Abordnung aus Berlin am 18. März verlangte vom König hauptsächlich Entlassung des Ministeriums, Einführung einer freisinnigen Verfassung und Bürgerbewaffnung. Sie wurde wohlwollend empfangen, und schon Nachmittags zwei Uhr hieß es, daß zwei königliche Patente gedruckt seien, welche die Gewährung der Volkswünsche bereits enthalten: Aufhebung der Censur, Verbesserung der Verfassung Preußens und des deutschen Bundes im Einverständniß mit den übrigen deutschen Regierungen. Das Volk war freudig gestimmt, stand in Masse auf dem Schloßplatz und empfieng mit großem Jubel den König. Daß aber alle Eingänge des Schlosses mit Militär besetzt waren, erzeugte, in der Erinnerung an die Todten und Verwundeten der letzten Tage, allgemeine Erbitterung. Der Ruf: „Militär fort!“ wurde immer heftiger und gebieterischer. Infanterie rückte mit gezogener Waffe vorwärts, um das Volk zu zerstreuen. Zwei Schüsse fielen, wie das Volk glaubte, aus den Reihen der Soldaten, wie andere behaupten, aus der Reihe der Umsturzpartei, um einen ähnlichen Erfolg wie am 23. Februar vor dem Guizot'schen Hotel zu erzielen. Das Volk glaubte zunächst an einen grausamen Betrug, als ob man all das Schöne nur versprochen habe, um das Volk hier in Masse niedermetzeln zu lassen. „Wir sind verrathen! Man mordet uns! zu den Waffen!“ war das allgemeine Geschrei. Alles floh mit wüthendem Grimm aus einander, und in ein paar Stunden waren gegen 200 Barrikaden errichtet, auf welchen die schwarzrothgoldene Fahne wehte. Um drei Uhr griffen die Truppen an und räumten durch Kartätschenschüsse bis gegen sieben Uhr den größten Theil der Königsstraße. Aber der Kampf dauerte die ganze Nacht unter schrecklichem Sturmläuten fort, und am Morgen des 19. fühlten sich die Truppen nach dem strengen Dienst der letzten Woche und den Anstrengungen des verflossenen Tages zu sehr erschöpft, als daß auf einen Sieg über das erbitterte Volk mit Sicherheit zu rechnen gewesen wäre. Daher gab endlich der König dem Andrängen der Bürgerschaft nach, befahl dem Militär, die Stadt zu verlassen, willigte in eine Bürgerwehr zum Schutze der Stadt und

Digitized by Google

des Schlosses und berief ein neues Ministerium, an dessen Spitze Graf Arnim-Boytzenburg stand. Darauf wurden die 216 Leichen der Barrikadenkämpfer auf Bahren oder offenen Wagen, die Häupter mit Blumen und grünen Zweigen geschmückt, in den Schloßhof gebracht und der König gezwungen, in Begleitung der Königin ihnen mit entblößtem Haupte seine Achtung zu bezeugen. In Folge der Amnestie, welche für alle politischen Vergehen erlassen wurde, öffneten sich auch die Kerker der wegen des Aufstands von 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen, und Mieroslawski zog am 20. mit seinen Leidensgefährten wie im Triumph durch die Stadt, von der Verbrüderung Deutschlands und Polens, von der Herstellung eines freien großen Polens als einer Vormauer gegen Rußland sprechend.

Friedrich Wilhelm IV. schien wie umgewandelt. Er, der stolze Hohenzoller, der seine königliche Gewalt nie anders als im Strahlenglanz überirdischer Majestät erblickte, stieg auf den Posaunenschall des großen Leichenfelds auf seinem Schloßplatz von seiner Himmelsleiter herab und wurde „wie unser einer". Am 21. März erließ er eine Proklamation „An die deutsche Nation", worin er erklärte, daß er sich „zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlands" stelle, und Nachmittags hielt er, von den Prinzen, mehreren Ministern und Generalen umgeben, einen Umritt durch die Stadt, wobei er und sein Gefolge schwarzrothgoldne Schleifen trugen und eine deutsche Fahne vorausgetragen wurde. Vor dem Universitätsgebäude hielt er still und sprach in begeisterten Worten von Deutschlands Freiheit und Einheit. Eine Proklamation vom nämlichen Tage, welche „An mein Volk und an die deutsche Nation" gerichtet war, verkündigte den berühmten Satz: „Preußen geht fortan in Deutschland auf". Die Beerdigung der Barrikadenleichen in dem Riesengrab des Friedrichshains am 22. März, wobei der König auf dem Balkon des Schlosses mit entblößtem Haupte den 20,000 Mann starken Zug an sich vorbeigehen ließ, bildete den Schluß der Berliner Revolutionstage. Der Bruder des Königs, der Prinz von Preußen, welchen man fälschlich beschuldigte, das Widerstreben des Hofes veranlaßt und den Befehl zum Einschreiten des Militärs gegeben zu haben, reiste schnell nach England ab, um nicht durch seine Anwesenheit eine Versöhnung zu verhindern. Der Vereinigte Landtag trat am 2. April noch einmal auf acht Tage zusammen, um das von dem Ministerium Camphausen, welches bereits am 29. März an die Stelle

Digitized by Google

des Arnim'schen getreten war, vorgelegte Wahlgesetz für eine konstituirende Versammlung zu prüfen und zu genehmigen.

Nachdem ein Aufstand im Großherzogthum Posen, wo die Polen mit der ihnen angebotenen Abtrennung und besonderen Verwaltung des östlichen Theiles nicht zufrieden waren, sondern das Ganze wollten und daher unter Mieroslawski sich erhoben hatten, durch die preußischen Truppen in mehreren Gefechten in den Monaten April und Mai unterdrückt war, wurde die konstituirende Versammlung in Berlin am 22. Mai eröffnet. Abgesehen davon, daß ihr durch die Reichsversammlung in Frankfurt die besten politischen Kräfte entzogen waren, stand sie auch noch ganz unter dem Einfluß und dem Druck des Berliner Demagogenthums, das nach dem Abzug des Militärs sich ganz als Herrn der Stadt und des Landes fühlte und zur Abwechslung auch einmal selbst Souverän spielen wollte. Der vom Ministerium vorgelegte Verfassungsentwurf wurde von der Versammlung bei Seite gelegt und die Berathung eines neuen begonnen. Aber bei den vielen Interpellationen an die Minister und der Erledigung der brennenden Tagesfragen gieng es auch hier, wie in Wien und in Frankfurt, nicht vorwärts. Bei jeder wichtigen Debatte war das Sitzungsgebäude, das Schauspielhaus, von der Menge dicht umstellt, welche jeden, der nicht in ihrem Sinne gesprochen oder abgestimmt hatte, mit Thätlichkeiten bedrohte. Das Zeughaus wurde am 15. Juni von dem Pöbel gestürmt und geplündert. Der üble Wille und die Ohnmacht der Behörden und der Bürgerwehr lag klar am Tag. Als aber die Versammlung den Beschluß faßte, daß der Kriegsminister die Officiere vor reaktionären Tendenzen warnen und es ihnen zur Ehrenpflicht machen sollte, aus dem Dienst zu treten, falls sie mit den neuen politischen Principien nicht harmoniren, bei welcher Gelegenheit die Minister ihre Entlassung nahmen und das Ministerium Pfuel gebildet wurde (7. Sept.); als die Abschaffung des Adels, die Aufhebung der Orden und adeligen Titel votirt wurde; als am 31. Oktober, nach dem Einlaufen der Wiener Neuigkeiten, Waldeck, das Haupt der linken Partei, den Antrag stellte, das Reichsministerium aufzufordern, „zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle Mittel und Kräfte aufzubieten", und als die zahlreichen Volkshaufen gegen die gemäßigten Abgeordneten die Messer zückten und Stricke emporhielten, da sah jedermann, daß man von den Wiener Oktoberzuständen nicht mehr ferne sei. Aber gerade die Ueberwältigung derselben

Digitized by Google

durch den Fürsten Windischgräz ermuthigte auch in Berlin zu rettenden Thaten. Pfuel reichte seine Entlassung ein, und Graf Brandenburg, ein natürlicher Sohn des Königs Friedrich Wilhelm II., kündigte am 2. November der konstituirenden Versammlung an, daß er mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt sei. Diese sandte eine Deputation an den König nach Potsdam, um gegen die Erwählung einer so aristokratischen Persönlichkeit zu protestiren und ein volksthümliches Ministerium zu verlangen. Der König war nicht umzustimmen, und Jakobi, der Abgeordnete von Königsberg, rief ihm im Weggehen nach: „Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nie hören wollen", ein Wort, das, an dieser Stelle gesprochen, mehr Schaden als Nutzen stiftete. Das Kabinet, welches thatsächlich unter der Leitung des Ministers des Innern, von Manteuffel, stand, war am 9. November gebildet und schickte der Versammlung als ersten Gruß eine königliche Botschaft zu, worin sie, „um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren", von Berlin nach Brandenburg verlegt und vom 9. bis zum 27. November vertagt wurde. Zugleich erhielt General Wrangel den Befehl, mit bedeutender Truppenmacht in Berlin einzurücken. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst, eine allgemeine Entwaffnung angeordnet und die politischen Vereine geschlossen. Die Versuche der radikalen Mehrheit der Versammlung, nach Schließung des Schauspielhauses ihre Sitzungen unter ihrem Präsidenten von Unruh in anderen Lokalen fortzusetzen, scheiterten an den militärischen Maßregeln, und kaum gelang es ihr noch, zu beschließen, daß dem Ministerium Brandenburg die Steuern zu verweigern seien. Woher wollte sie aber die Mittel nehmen, um einem solchen Beschlusse, welcher die Brandfackel der Revolution durch alle Gauen des Reiches schleudern wollte, Geltung zu verschaffen? Die Mitglieder der Rechten fanden sich am 27. November in Brandenburg ein; am 1. December erschienen auch gegen 100 Abgeordnete von der Opposition, aber nur, um ihren Protest gegen die Verlegung zu wiederholen. Mit ihrem Ausscheiden war die beschlußfähige Zahl nicht mehr vorhanden. So geschah, was einige Monate nachher auch in Kremsier erfolgte: die Versammlung wurde am 5. December aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt, welche, mit dem altpreußischen Ständewesen vollständig brechend, auf demokratischer Grundlage ruhte und den beiden neu zu wählenden Kammern zur Prüfung und Annahme vor-

Digitized by Google

gelegt werden sollte. Damit war Preußen in die Reihe der modern-konstitutionellen Staaten eingetreten.

Je rascher die beiden großen Militärstaaten Deutschlands aus den Trümmern der Revolution sich wieder emporarbeiteten und auf der Grundlage des Belagerungszustandes in ihren Hauptstädten wieder festen Fuß faßten, desto mehr schienen die Märzministerien der übrigen Staaten in der Luft zu schweben, desto schneller neigten sich die Tage von Frankfurt ihrem Ende zu. Der Freischarenzug des revolutionslustigen Struve, welcher am 21. September 1848 von Basel aus in Baden einfiel und die deutsche Republik ausrief, wurde am 24. September in dem Gefecht bei Stauffen durch den badischen General Hoffmann zersprengt, Struve gefangen und nach Bruchsal ins Gefängniß geführt. Sein Kampfgenosse Hecker hatte kurz vorher, aus Verzweiflung an dem Gelingen seiner Plane, dem Vaterlande den Rücken gekehrt und nach Nordamerika sich eingeschifft. Auch in Frankfurt klärte sich allmählich die Situation. Mit dem Ende des Jahres waren endlich die Grundrechte des deutschen Volkes durchberathen. Die vielen Freiheiten, welche der deutsche Bürger genießen sollte, nahmen sich alle so schön aus; aber wer garantirte ihre Benützung? Oesterreich, Preußen, Baiern, Hannover und Sachsen lehnten vorläufig ihre Annahme ab. Wenn die mächtigsten Staaten sich schon bei den Grundrechten renitent zeigten, wie mochte es erst bei der Reichsverfassung sein! Denn hier mußten ganz andere, in die Souveränetät der einzelnen Fürsten weit einschneidendere Fragen vorkommen. Handelte es sich ja hier nicht bloß um die Gründung eines Staatenhauses und Volkshauses und ihre speciellen Befugnisse, sondern um die nothwendige Beschränkung der Selbständigkeit der Souveräne und Staaten, um das Verhältniß der beiden Großmächte theils zu einander theils zu den übrigen Bundesstaaten und um die Lösung der Oberhauptsfrage. Gerade hierin zeigte es sich, wie übel man daran gethan hatte, während der Revolutionsstürme mit den Grundrechten anzufangen und während der Erstarkung der Reaktion an die Reichsverfassung zu gehen. Nur in der Leidenschaft der ersten drei Monate, wo die Volkskraft unwiderstehlich, die Macht der Dynastien gebrochen war, ließ sich ein neues Deutschland, mit oder ohne Oesterreich, konstruiren, und selbst König Friedrich Wilhelm IV. hätte damals die Kaiserkrone aus den Händen des Volkes genommen. Wie anders aber stellte sich die Frage im Jahre 1849, als nicht die

Digitized by Google

Ohnmacht der Dynastien, sondern die der Revolution hervortrat, als Oesterreich in Italien, in Prag und in Wien seine Siegestrophäen errichtete und eben daran war, auch die Magyaren, wenn auch mit fremder Hilfe, zu bändigen!

Nachdem Fürst Schwarzenberg die ungetrennte Einheit sämtlicher österreichischen Länder in seinem Programm verkündigt hatte, mußte die Frankfurter Reichsversammlung entweder, um die deutschen Provinzen Oesterreichs im Bund zu behalten, auf die angestrebte Einheit Deutschlands verzichten oder, um letztere zu erreichen, jene sich selbst überlassen. Die Frage, ob Oesterreich in den neuen Bundesstaat eintreten oder ausgeschlossen werden solle, verursachte einen tiefen Riß in die bisherige Mehrheit. Die Großdeutschen wollten das erste, die Kleindeutschen das zweite. Jene hielten eine Verkleinerung Deutschlands für eine Schmach und für ein Unglück, diese sagten, ein kompaktes Kleindeutschland sei mächtiger als ein lose verbundenes Großdeutschland. Heinrich von Gagern, welcher am 16. December an die Spitze des Reichsministeriums getreten war, stellte den Antrag auf einen engeren Bundesstaat, auf den Nichteintritt Oesterreichs in denselben, auf ein bloßes Unionsverhältniß zwischen beiden, und dieser Antrag wurde zu großem Verdruß des Reichsverwesers und der österreichischen Abgeordneten zum Beschluß erhoben. Darauf säumte Schwarzenberg nicht, zu erklären, daß Oesterreich weder sich aus dem deutschen Bunde hinausstoßen, noch seine deutschen Provinzen von der ungetheilten Monarchie lostrennen lasse. Und als die Oberhauptsfrage dahin entschieden wurde, daß ein regierender Fürst an die Spitze von Deutschland zu stellen sei, und am 28. März 1849 mit 290 gegen 248 Stimmen die erbliche Würde eines „Kaisers der Deutschen" dem König von Preußen übertragen wurde, so sprach sich nicht nur der Kaiser von Oesterreich, sondern auch andere Fürsten dahin aus, daß sie sich dem neuen Kaiser nicht unterordnen werden, der König von Württemberg mit dem speciellen Beisatz: „Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht; dem Kaiser von Oesterreich, wenn er gewählt worden wäre, würde ich mich unterworfen haben."

Eine Deputation von 34 Mitgliedern brachte die wichtige Botschaft nach Berlin. Der König empfieng sie am 3. April im Rittersaal seines Schlosses. Auf die Rede des Präsidenten Simson gab er zuerst eine unbestimmte, dann eine entschieden ablehnende Antwort.

Digitized by Google

Eine Krone, welcher nur ein suspensives Veto zustand, welche die geheime Abstimmung bei den Wahlen in den Kauf nehmen mußte, hatte an sich schon wenig Reiz für ihn. Ihr Werth sank aber noch mehr, da er sie bloß durch einen Krieg mit Oesterreich, mit den vier Königreichen, vielleicht auch mit einem auswärtigen Staate hätte behaupten können, wobei er um der neuen Krone willen seine preußische aufs Spiel gesetzt hätte. Ein Friedrich der Große hätte sie vielleicht trotz all dieser Hindernisse angenommen und dadurch Preußen in Deutschland aufgehen lassen; Friedrich Wilhelm IV. konnte sie bloß annehmen, wenn die deutschen Fürsten damit einverstanden waren. Auch die preußische Kammer, welche am 26. Februar zusammengetreten war, wollte einen Druck auf den König ausüben und beschloß, nachdem bereits 28 Regierungen ihre Zustimmung zu der Reichsverfassung und zum Erbkaiserthum Friedrich Wilhelms ausgesprochen hatten, die Annahme der Kaiserwürde und der Reichsverfassung ihrer Regierung zu empfehlen. Allein das Ministerium Brandenburg löste die Kammern am 27. April wieder auf und suchte unter der Hand die deutschen Regierungen zur Uebertragung der provisorischen Centralgewalt an Preußen zu bewegen.

Das Frankfurter Parlament war durch die abschlägige Antwort des Königs von Preußen und durch die schroffe Haltung seiner Regierung an seinem Lebensnerv getroffen. Sein weiteres Leben war nur noch eine Scheinexistenz. Die Verlegenheiten mehrten sich mit jedem Tage. Hatte man auch den König von Württemberg durch einen Adressensturm zur Annahme der Reichsverfassung gedrängt, so war doch von Oesterreich nichts als Feindseligkeit zu erwarten, und nach dem Beispiele Preußens lösten Hannover und Sachsen ihre Kammern, welche auf Annahme drangen, auf, und Baiern berief sie nicht ein. Die Reichsversammlung antwortete darauf mit dem Beschlusse vom 4. Mai, worin die deutschen Regierungen, die Ständekammern, die Gemeinden, kurz das ganze deutsche Volk aufgefordert wurde, daß, „wenn Preußen auf diesem Reichstage nicht vertreten sein sollte, der Regent desjenigen Staates, welcher unter den im Reichstag vertretenen Staaten die größte Seelenzahl habe, unter dem Titel eines Reichsstatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes eintreten sollte". Mit diesem Beschluß war Preußen der Fehdehandschuh hingeworfen und das Volk in denjenigen Staaten, wo

Digitized by Google

die Reichsverfassung nicht anerkannt wurde, zum Aufstand wenigstens gereizt. Die Folgen sollten sich bald zeigen.

In ganz Deutschland war eine große Aufregung sichtbar, als immer klarer an den Tag trat, daß die Errungenschaften der Märzrevolutionen und die Hoffnung auf eine endliche glückliche Gestaltung des Vaterlandes durch den Widerstand einiger Regierungen vernichtet werden sollten. Die demokratische Partei raffte sich noch einmal zu verzweiflungsvollen Schritten auf. Auch in Preußen kam es zu aufständischen Bewegungen (im Mai 1849) in den Städten Crefeld, Elberfeld, Düsseldorf, Iserlohn. Doch war die preußische Regierung stark genug, nicht nur im eigenen Lande jede Bewegung niederzuschlagen, sondern auch anderen Fürsten mit ihren Bajonetten auszuhelfen. In Dresden sollte der König, welcher die Annahme der Reichsverfassung beharrlich verweigerte, durch Waffengewalt dazu gezwungen werden. Freischaren und Bürgerwehr griffen am 3. Mai das Militär an, der König floh in der Nacht mit seiner Familie und den Ministern auf die Festung Königstein und bat den König von Preußen um Hilfe. Eine provisorische Regierung unter Tzschirner, Heubner und Todt wurde in Dresden gebildet, der russische Flüchtling Bakunin leitete die Vertheidigungsanstalten, vom Lande her trafen Zuzüge ein; aber auch die preußischen Truppen kamen und eroberten nach den hartnäckigen Kämpfen vom 6. bis 9. Mai die Hauptstadt. Einige der Führer entkamen in die Pfalz und nach Baden; Heubner und Bakunin wurden gefangen; Belagerungszustand, Kriegsgerichte und Ausnahmsgesetze traten an die Stelle der vorigen Freiheit, und das Gefängniß von Waldheim war viele Jahre lang mit den Maigefangenen bevölkert.

Zu gleicher Zeit brach in der Pfalz ein Aufstand los. Hier lebt ein lebhafter, für politische Eindrücke sehr empfänglicher Volksstamm, dem die verfassungsfeindliche Haltung der bairischen Regierung, mit der er ohnedies nicht sehr sympathisirte, ein Gegenstand des Hasses wurde. Auf einer großen Volksversammlung vom 1. Mai wurde die Lostrennung von Baiern und die Errichtung einer provisorischen Regierung beschlossen und eine Volkswehr errichtet, wozu aus aller Herren Ländern Freiwillige, aus den Festungen Landau und Germersheim viele Deserteure herbeiströmten. An die Spitze derselben wurde zuerst Fenner von Fenneberg, ein ehemaliger österreichischer Officier, der sich an der Oktoberrevolution in Wien betheiligt

Digitized by Google

hatte, dann der frühere Weinreisende Blenker gestellt. Von der Pfalz sprang der Aufstand nach Baden über, obgleich die dortige Regierung die Reichsverfassung angenommen hatte und ein liberales Regiment führte. Aber das Land war durch Hecker, Struve und solche Leute viel zu sehr unterwühlt, als daß es durch eine geregelte Freiheit sich befriedigt gefunden hätte. Eine „gemüthliche Anarchie" kam vielen als das Ideal ihrer politischen Wünsche vor. Zudem war die Disciplin der badischen Truppen vollständig gelockert, und offen wurde ausgesprochen, daß man bei einer Revolution nicht mehr auf die „Brüder", sondern auf die Officiere schießen werde. Die Besatzung von Rastadt empörte sich am 11. Mai. Der Kriegsminister Hoffmann, welcher mit treuen Truppen von Karlsruhe herbeieilte, entkam mit Mühe mit der Mehrzahl der Officiere den Mißhandlungen der betrunkenen und tobenden Soldaten; Bürgerwehr und Militär fraternisirte. Aehnliche Vorgänge fanden in Lörrach, Freiburg und Bruchsal statt, wo Struve aus dem Gefängnisse befreit wurde. Nun verlangte die Volksversammlung von Offenburg am 13. Mai die Auflösung der Kammern, Einberufung einer konstituirenden Landesversammlung, Entlassung des Ministeriums Bekk und eine allgemeine Amnestie. Kaum konnte der Advokat Brentano, welcher an der Spitze der zahlreichen Volksvereine stand, die Ausrufung der Republik verhindern. Doch waren die übrigen Beschlüsse extrem genug. Die Revolution wurde für permanent erklärt, ein „Landesausschuß" eingesetzt und, damit auch die kommunistischen Ideen zu ihrem Rechte kommen, ein „Landespensionsfond für arbeitsunfähig gewordene Bürger" in Aussicht gestellt.

Am Abend des nämlichen Tages entstand in Karlsruhe eine Militärmeuterei. Zwei Kompagnien kamen in betrunkenem Zustande von Bruchsal zurück, zerstörten das Innere einer Kaserne, demolirten die Wohnung eines unbeliebten Oberst, tödteten den Rittmeister Laroche, welcher ihrem Treiben entgegentrat, nebst einem Unterofficier und einem Gemeinen und stürmten gegen das Zeughaus, das von der Bürgerwehr tapfer vertheidigt wurde. In der Nacht entfloh der Großherzog mit seiner Familie unter dem Geleite von Dragonern und Artilleristen nach Germersheim, dann nach dem elsäßischen Städtchen Lauterburg. Von da begab er sich nach Frankfurt, und da die Centralgewalt ihn nicht gehörig mit Truppen unterstützen konnte, wandte er sich an die preußische Regierung. Unter der Bedingung, daß

Digitized by Google

er dem „Dreikönigsbunde" beitrat und ein preußisch-gesinntes Ministerium annahm, erhielt er die Hilfstruppen, welche in der Nähe von Kreuznach bereit standen und sogleich Befehl zum Vorrücken erhielten. Nach des Großherzogs Abreise zog am Abend des 14. Mai Brentano mit dem Landesausschuß in Karlsruhe ein und stellte sich an die Spitze der Regierung. Die Kammern wurden aufgelöst und eine konstituirende Versammlung auf den 10. Juni einberufen, die freilich auf eine Art zusammengesetzt war, daß sich Brentano ihrer zu schämen hatte. Und wie in den Kriegen der ersten französischen Revolution, wurde ein allgemeines Aufgebot der wehrfähigen Jugend von 18—30 Jahren erlassen, die Zeughäuser geöffnet, Kriegs- und Civilkommissäre angestellt und der Mangel an großen Ideen und an Nationalgefühl durch den unmäßigen Genuß geistiger Getränke zu ersetzen gesucht. Aus allen Gegenden Deutschlands, aus Frankreich, Ungarn, Polen kamen Abenteurer, die Revolution von ganz Europa gab sich in Baden ein Rendez-vous. Mit der Pfalz wurde ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen, das badische Militär unter den Befehl des früheren Lieutenants Sigel, später unter den des Polen Mieroslawski gestellt, welcher in den letzten Monaten in Posen und Sicilien einen unglücklichen Oberbefehl geführt hatte. Die Pfälzer beriefen den ehemaligen polnischen General Sznayde, der in Polen geboren war, aber von deutschen Eltern, welche Schneider hießen, abstammte. Es kam nun darauf an, ob man den Brand auch in die Nachbarländer, zunächst nach Hessen-Darmstadt und Württemberg tragen konnte. Gelang dies nicht, so mußte diese neue Revolution sich selbst verzehren. Im Darmstädtischen empörte die Ermordung des Kreisraths Prinz, welcher die Volksversammlung in Oberlaudenbach am 24. Mai zum friedlichen Auseinandergehen hatte bewegen wollen, die Soldaten so sehr, daß sie keine Lust bezeugten, mit den Badenern gemeinschaftliche Sache zu machen, vielmehr dieselben am 30. Mai bei Heppenheim bis nach Heidelberg zurückschlugen. Anders stand die Sache in Württemberg, wo zu der politischen Exaltation und zu der Unverläßigkeit der Truppen noch ein weiteres, unerwartetes Element hinzukam.

Die Reichsversammlung in Frankfurt war inzwischen mit raschen Schritten ihrer Auflösung zugeeilt. Ihre Machtlosigkeit nach Außen hatte sich neuerdings auch darin gezeigt, daß sie es geschehen lassen mußte, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder von ihren Regierungen ab-

Digitized by Google

berufen wurde. Auf den Beschluß über die Kaiserwahl und die Verbindlichkeit der Reichsverfassung antwortete die österreichische Regierung mit einer Abberufung all ihrer Landesangehörigen. Das nämliche that die preußische Regierung, als die Reichsversammlung am 10. Mai die preußische Intervention in Dresden für einen schweren Reichsfriedensbruch erklärte. Auch mit dem Reichsverweser gab es Verwicklungen. Dieser wurde seines undankbaren Amtes müde und zog sich nach und nach auf seinen partikularistischen Standpunkt zurück. Mit gänzlicher Aufgebung der Ideen von 1848 ernannte er das Ministerium Grävell, Jochmus, Detmold, welche Wahl für eine „Beleidigung der Nationalrepräsentation" angesehen wurde. An seiner Stelle sollte ein Reichsstatthalter gewählt werden, welcher der Verfassung gemäß den Reichstag zu berufen habe. Den Regierungen wurde das Recht bestritten, den vom Volke gewählten Abgeordneten ihr Mandat zu entziehen. Mochten aber diese Rechtsanschauungen auch richtig sein, so fragte es sich doch, ob denn auf die realen Verhältnisse gar keine Rücksicht genommen werden solle. Der abstrakte Rechtsboden und die Gefühlspolitik mochten ihren Vertheidigern einen Glorienschein geben; aber der Nutzen, den das Land davon hatte, war meist sehr gering. Dies bedachten Gagern und seine Anhänger. Die Gegensätze waren auf ihrer Spitze angekommen. Eine mittlere Stellung zwischen Revolution und Reaktion gab es nicht mehr. Wer obige Beschlüsse herbeiführen und durchsetzen wollte, mußte sich auch parat halten, sie sogar mit den Waffen zu vertheidigen. Unter solchen Umständen legten am 21. und 23. Mai über 100 Mitglieder, darunter Gagern, Dahlmann, Arndt, Welcker, ihr Mandat nieder.

Durch ihren Austritt erlangte die linke Partei die Oberhand in der Versammlung. Aber die Reihen waren so stark gelichtet, daß die beschlußfähige Anzahl auf 100 herabgesetzt werden mußte. Auch Baiern und mehrere andere Regierungen riefen die Mitglieder ihrer Staaten zurück, und so lag der Vorschlag einer Vertagung nahe. Aber nicht diese, sondern die Verlegung wurde beschlossen. In der Hoffnung, das süddeutsche Volk zu einem allgemeinen Sturm für die Reichsverfassung fortzureißen, verließ das „Rumpfparlament" Frankfurt, das zu sehr in der Machtsphäre der preußischen Truppen lag, und siedelte, hundert und etliche Mitglieder stark, nach Stuttgart über. Am 30. Mai sagten sie der Paulskirche Lebewohl, und am 6. Juni hielten sie ihre erste Sitzung in Stuttgart. Eine Reichsregentschaft von fünf Mit-

Digitized by Google

gliedern: Raveaux, Vogt, Heinrich Simon aus Breslau, Schüler und Becher, wurde ernannt, die Absetzung des Reichsverwesers ausgesprochen, die badische und pfälzische Erhebung gutgeheißen und von der württembergischen Regierung Geld und Mannschaft verlangt. Nur wenige Tage Zögerung, und man hatte auch in Württemberg badische Zustände. Die Volksvereine drängten dazu, die Reutlinger Volksversammlung vom 27. Mai wollte die Rolle der Offenburger nachahmen, und der republikanische Fickler, Heckers Freund, wurde von Karlsruhe nach Stuttgart mit ziemlichen Geldmitteln abgeschickt, um sie unter dem Militär flüssig zu machen. Um das Land nicht durch die Beschlüsse einer Versammlung, welche thatsächlich den Volkswillen Deutschlands nicht mehr repräsentirte, sondern nur noch eine Partei war, der äußersten Gefahr preiszugeben, wurde vom württembergischen Ministerium dem Rumpfparlament das Gastrecht gekündigt und das Verlangen ausgedrückt, daß es seinen Sitz anderswohin verlegen möchte. Da diesem nicht entsprochen und immer noch auf die Majestät der Volkssouveränetät gepocht wurde, so that Römer, die Seele des Ministeriums, „ein Mann mit fester Hand und hartem Kopf", einen kühnen Griff, ließ am 18. Juni das Sitzungslokal im Reithaus sperren und die im gemeinschaftlichem Zuge sich dahin begebenden Abgeordneten, worunter sein Schwiegervater Schott und sein Freund Uhland sich befanden, durch Fußvolk und Reiterei auseinander treiben. Es war ein tragisches Verhängniß, daß ein Mann, welcher zur Berufung des Parlaments so viel beigetragen hatte, welcher im Siebener-Ausschuß und im Vorparlament gesessen war, seinem eigenen Werk den Todesstoß geben und sich von den Anhängern seiner alten Partei sein ganzes Leben lang den Vorwurf machen lassen mußte, daß er das Parlament gesprengt habe. Die auswärtigen Mitglieder erhielten den Befehl zur alsbaldigen Abreise und begaben sich theils nach Baden, theils in die Schweiz; der freigebige Fickler wurde auf die Festung Asberg gebracht, das Militär in der Treue erhalten.

So fand der badisch-pfälzische Aufstand in den Nachbarstaaten keine Unterstützung und hatte den Angriff der herbeigerufenen Preußen allein auszuhalten. Während die Reichstruppen unter General Peuker, dem früheren Reichskriegsminister, durch eine preußische Heeresabtheilung unter General Gröben verstärkt, auf der Bergstraße vordrangen, rückte der Prinz von Preußen, welcher den Oberbefehl über die

Digitized by Google

Hauptmacht führte, von der Nahe aus in der Pfalz ein, drängte die Freischaren mit leichter Mühe über den Rhein zurück und entsetzte die von Truppen fast entblößten Festungen Landau und Germersheim. Nach der Einnahme der Pfalz, welche sofort von bairischen Truppen unter dem Fürsten Taxis wieder besetzt wurde, giengen die Preußen bei Philippsburg über den Rhein und schlugen am 20. Juni das etwa 15,000 Mann starke badische Heer unter Mieroslawski zuerst bei Waghäusel, dann bei Durlach und zuletzt am 29. und 30. Juni an der Murg. Trotz aller Tapferkeit blieb den Aufständischen keine Aussicht mehr, und sie mußten sich, 10,000 Mann stark, auf Schweizergebiet zurückziehen. Die Festung Rastadt, vergebens auf die rothe Republik in Frankreich und auf einen Sieg der Ungarn hoffend, ergab sich am 29. Juli auf Gnade und Ungnade. Das ganze Land war in der Gewalt der Sieger. Die Kriegsgerichte, welche über die gefangenen Führer gehalten wurden, fielen nicht milder aus als in Wien. Mehrere Personen wurden erschossen, darunter der Reichstagsabgeordnete von Trützschler, Tiedemann, der Gouverneur von Rastadt, Elsenhans, der Redakteur des „Festungsboten", Böning, ein Veteran aus den griechischen Befreiungskämpfen. Auch der Dichter Gottfried Kinkel, welcher den Zeughaussturm in Siegburg mitgemacht hatte, wurde im Badischen ergriffen, zu lebenslänglicher Zuchthausarbeit verurtheilt, entkam aber, nach einjähriger leiblicher und geistiger Tortur, durch die muthige Hilfe seines Freundes Karl Schurz glücklich nach England. Hecker war auf die Einladung der provisorischen Regierung aus Amerika zurückgekehrt, um durch den Zauber seines Namens das Volk zu großen Thaten zu begeistern. Er kam am 16. Juli in Straßburg an, um zu hören, daß alles verloren sei, worauf er wieder die Rückreise nach seiner transatlantischen Farm antrat. Den nämlichen Weg betrat Brentano, Struve, Sigel und viele Andere, während die Unterofficiere und Soldaten nach einiger Zeit aus der Schweiz in die Heimat zurückkehrten. Bis das badische Heer wieder organisirt war, blieb das Land von den Preußen besetzt und erholte sich erst langsam wieder von den Wunden, welche ihm diese Revolution geschlagen hatte. Auch der Großherzog Leopold war durch die letzten Erfahrungen aufs tiefste erschüttert, erkrankte bald und starb am 24. April 1852.

Mit Eifersucht sah Oesterreich, wie Preußen seinen Adler siegreich den Rhein aufwärts bis nach Konstanz trug und durch Er-

Digitized by Google

werbung der hohenzollerſchen Lande und der Stammburg, welche die verwandten Fürſten von Hohenzollern-Sigmaringen und Hechingen gegen einen Jahrgehalt abtraten, feſten Fuß in Süddeutſchland faßte. Allein der Prinz von Preußen ließ ſich von dem durchgreifenden Schwarzenberg nicht verdrängen und dieſer hatte ebendamals noch in Ungarn die letzten Kämpfe zu beſtehen. Die Mißhelligkeiten zwiſchen den Ungarn und dem Wiener Kabinet waren von altem Datum. Jene ſtrebten nach möglichſter Unabhängigkeit von Oeſterreich, nach einer bloßen Perſonalunion, wobei ſelbſt das Heer und die Finanzen von dem guten Willen des Reichstags abhängig gemacht werden ſollten; dieſes, darin den Anfang zur Zerbröckelung des polyglotten Kaiſerſtaates ſehend, ſuchte die Konſequenzen der ungariſchen Verfaſſung möglichſt zu umgehen. Als die Seele der neuen Oppoſition galt Ludwig Koſſuth, ein Advokat und Journaliſt, welcher weder durch eine Fülle von poſitiven Kenntniſſen, noch durch ſtaatsmänniſche Begabung glänzte, aber, was in aufgeregten Zeiten am ſchwerſten wiegt, eine hinreißende Beredſamkeit beſaß. Schon bei dem ungariſchen „Schutzverein", wobei der Gebrauch der öſterreichiſchen Fabrikate zu Gunſten der heimiſchen Induſtrie verpönt war, ſo daß ſelbſt die reichſten Familien ſich in rauhe Zeuge kleideten, war Koſſuth hauptſächlich der Agitator. Seine Bedeutung ſtieg, als er 1846 in den Reichstag gewählt wurde, wo er bald wie ein gebietender Feldherr auftrat. Am 12. November 1847 eröffnete Kaiſer Ferdinand den letzten Reichstag in Presburg mit einer ungariſchen Thronrede, indem er damit dem Beſchluß desſelben, ſtatt der lateiniſchen Sprache die ungariſche als die officielle zu gebrauchen, eine Konceſſion machte. Zum Dank hiefür wurde Erzherzog Stefan, an der Stelle ſeines kurz vorher verſtorbenen Vaters Joſef, vom Reichstag zum Palatinus von Ungarn erwählt. Seit der Februarrevolution wurde die Sprache des Reichstags immer kühner. Koſſuths Rede vom 3. März, in welcher er eine Verfaſſung für alle Länder Oeſterreichs verlangte, hatte der Wiener Revolution vom 13. März ihr nächſtes Ziel gezeigt, und als am 15. eine ungariſche Deputation nach Wien kam, um dem Kaiſer in einer Adreſſe die Forderungen des Reichstags vorzulegen, war, wie ſchon bemerkt wurde, Koſſuth der Löwe des Tages. In der Noth des Augenblickes gewährte der Kaiſer, wie dies auch andere gethan haben, alles. Er ſchloß am 10. April perſönlich den Reichstag und beſtätigte ſeine Beſchlüſſe, welche ein unabhängiges Miniſterium, allgemeines

Digitized by Google

Stimmrecht bei den Deputirtenwahlen, Vereinigung Ungarns und Siebenbürgens, Abschaffung der Steuerfreiheit des Adels, Aufhebung aller Feudallasten und anderes betrafen.

Das neue ungarische Ministerium, in welchem Graf Ludwig Batthyani den Vorsitz führte und Kossuth das Finanzwesen übernahm, richtete sich in Pesth ein, wo von nun an auch die Reichstage gehalten wurden. Der erste wurde am 5. Juli 1848 von Erzherzog Stefan als souveränem Stellvertreter des Kaisers eröffnet. Er bestand aus der Magnatentafel, die nun Oberhaus hieß, und der Ständetafel, dem Unterhaus. Es lag im Zeitgeist, daß jene, einst von entscheidender Bedeutung, alle Geltung verlor, und daß auch diese weniger selbst schob, als von den Pesther Studenten und der übrigen Jugend, welche wie die Wiener die Politik diktirten, geschoben wurde. Diese Herren thaten bereits, als ob es für sie kein Oesterreich mehr gebe, lehnten die Uebernahme eines Theils der österreichischen Staatsschuld ab und behandelten die sogenannten ungarischen Nebenländer, Kroatien, Slavonien, Militärgrenze nebst Siebenbürgen, mit der nämlichen Rücksichtslosigkeit, über welche sie seither, als sie von Wien aus gegen sie geübt wurde, so entrüstet sich beklagt hatten. Dies trug seine Früchte. Während die Magyaren in Wien die Vereinigung dieser Länder mit Ungarn zu einem großen Königreiche verlangten und durchsetzten, bestürmte eine kroatische Deputation das kaiserliche Kabinet um Abwendung dieses Uebels und bat um gänzliche Lostrennung von Ungarn und Errichtung des dreieinigen Königreichs: Kroatien, Slavonien, Dalmatien und der Militärgrenze, was diesen Ländern zugleich eine größere Selbständigkeit Oesterreich gegenüber gegeben hätte. Diese Eifersucht der Nationalitäten wurde von der österreichischen Regierung dazu benützt, die eine durch die andere im Schach zu halten, zu bekriegen, zu unterdrücken. Sie ernannte den Magyarenfeind Baron Jellachich, welcher bei Hof sehr beliebt war, zum Banus von Kroatien, unterstützte ihn in seinen Rüstungen gegen Ungarn, entsetzte ihn auf die Beschwerde der ungarischen Minister, ließ ihn aber, als der Hof sich seiner annahm, wieder im Amt. Nun stellte sich Jellachich an die Spitze seiner Truppen und rückte als Vertheidiger des „einigen" Oesterreichs in Ungarn ein, während im südöstlichen Theile desselben, im Banat, die Serben und Grenzer sich mit den ungarischen Truppen herumschlugen. Um den offenen und den noch drohenden Gefahren die Stirne bieten zu können, setzte Kossuth beim Reichstag eine Aushebung von 200,000 Mann

Digitized by Google

Nationaltruppen (Honveds) und die Ausgabe von 42 Millionen Gulden Papiergeld (Kossuthnoten) durch. Die Verhältnisse waren nach allen Seiten hin so verwickelt, daß nur das Schwert den Knoten lösen konnte. Die Vermittlungsversuche des Erzherzogs Stefan scheiterten, er legte seine Palatinuswürde nieder und begab sich in eine Art freiwillige Verbannung auf sein Erbgut Schaumburg an der Lahn. Auch Batthyani trat aus dem Ministerium, wo nur Kossuth und die Kriegspartei etwas galten. Zur Vermeidung der Feindseligkeiten übertrug der Hof dem mit Batthyani befreundeten General Graf Lamberg den Oberbefehl über sämtliche ungarischen und kroatischen Truppen, wodurch Jellachich vorläufig wieder beseitigt war. Als aber Lamberg nach Pesth kam, hörte er von der Protestation des Reichstags gegen seine Ernennung; die Menge schrie über Verrath und schlug ihn am 27. Sept. auf der Donau-Schiffbrücke mit Aexten und Knütteln todt.

Dieser abscheuliche Mord und die schwache Verfolgung der Mörder riefen das kaiserliche Manifest vom 3. Oktober hervor, in welchem die Auflösung des Reichstags, die Ungiltigkeit seiner vom Kaiser nicht bestätigten Beschlüsse, die Verhängung des Kriegszustandes über ganz Ungarn und die Uebertragung des Oberbefehls und der Statthalterwürde in Ungarn an Jellachich ausgesprochen wurde. Umgekehrt erklärte der ungarische Reichstag das Manifest für ungesetzlich und ungiltig und Jellachich für einen Hochverräther. Der seit dem 22. September errichtete Landesvertheidigungs-Ausschuß verwandelte sich in eine provisorische Regierung, in welcher Kossuth als Diktator schaltete. Jellachich wurde mit seinen Truppen nach der österreichischen Grenze gedrängt, das Bestreben Latours, ihm von Wien aus neue Truppen zuzuschicken, verursachte die Oktober-Revolution in Wien und Latours Ermordung, und Jellachich wurde zur Unterwerfung Wiens von Ungarn abberufen und unter den Fürsten Windischgräz gestellt. Dieser, der Besieger Prags und Wiens, schien der rechte Mann für die Ungarn zu sein. Sein Programm lautete: die untheilbare österreichische Monarchie mit der Centralgewalt in Wien. Da aber damit die von Kaiser Ferdinand den Ungarn aufs feierlichste bewilligten Zugeständnisse nicht übereinstimmten, so fand, wie schon erwähnt, am 2. December seine Abdankung und Franz Josefs Thronbesteigung statt. Auch dagegen protestirte der Reichstag und verweigerte die Anerkennung des neuen Kaisers, so lange er

Digitized by Google

nicht als König von Ungarn gekrönt sei und die Verfassung beschworen habe.

Windischgräz erhielt den Oberbefehl über die mehr als 100,000 Mann starken Truppen und rückte mit der Hauptarmee am 15. December an der oberen Donau vor, während kleinere Abtheilungen von Mähren aus unter General Simonich, von Galizien unter Schlick, von Siebenbürgen unter Puchner, von Steiermark unter Nugent eindringen sollten. Der Kriegsplan, welcher eine gänzliche Umzinglung der Ungarn, ein gemeinsames Vorrücken gegen Pesth zum Ziel hatte, bedurfte zu seiner Ausführung ein entschlossenes Vorgehen der Hauptarmee und ein präcises Ineinandergreifen sämtlicher Aktionen. An beidem fehlte es vollständig. Windischgräz trieb zwar die ungarischen Heerhaufen zurück, nahm die Städte Oedenburg, Presburg, Raab, ließ eine Deputation des Reichstags gar nicht vor, unbedingte Unterwerfung verlangend, und zog am 5. Januar 1849 in Ofen und Pesth ein, nachdem kurz vorher der Sitz der Regierung und des Reichstags nach Debreczin verlegt worden war und die Armee nach dem Süden sich zurückgezogen hatte. Aber auf dem Schlosse von Ofen blieb Windischgräz drei kostbare Monate unthätig sitzen, als ob mit der Einnahme der Hauptstadt der Feldzug schon so gut als gewonnen sei. Und von den anderen Heerführern kam eine Hiobsbotschaft um die andere. Schlick wurde durch die tüchtigen ungarischen Generale Görgei und Klapka zurückgedrängt, Puchner samt den zu Hilfe gerufenen 10,000 Russen von dem polnischen General Bem, der sich mit den siebenbürgischen Szeklern verband, aus Siebenbürgen nach der Walachei gejagt, auch im Banat waren von dem Ungarn Perczel Erfolge errungen. Zum Glück für die Oesterreicher machte Kossuth mit der Ernennung des Polen Dembinski zum Oberbefehlshaber einen militärischen und politischen Fehler. Denn dieser war seiner Stellung nicht gewachsen, fand bei den eifersüchtigen ungarischen Generalen als Ausländer wenig Gehorsam und gab dem Kriege neue Zielpunkte in Polen, wodurch Rußland auf den Kampfplatz gerufen werden konnte. Als er gegen Pesth vordrang und am 26. Februar bei Kapolna geschlagen wurde, verlangte das Heer seine Absetzung, und Kossuth mußte nachgeben.

Dagegen drang Görgei, welcher an Feldherrnkunst alle anderen Generale in Schatten stellte und außer Kossuth den populärsten Namen hatte, mit 50,000 Mann in der Richtung gegen Pesth vor

Digitized by Google

und schlug zwischen Gödöllö und Jaszeg am 6. April die Truppen des Fürsten Windischgräz. Das Olmützer Kabinet sah nun ein, daß Städte zu bombardiren und eine streitbare Nation zu besiegen, zwei sehr verschiedene Sachen seien, rief Windischgräz ab und übertrug das Kommando dem nicht gerade fähigeren General Welden. Dieser räumte Pesth und ließ in Ofen eine Besatzung unter dem tapferen General Henzi, einem Schweizer. Görgei erhielt Befehl, Ofen zu erstürmen, was ihm auch trotz der muthigsten Gegenwehr Henzi's, der dabei umkam, am 21. Mai gelang. Aber schon hatte das Zerwürfniß unter den Leitern der Revolution einen hohen Grad erreicht. Denn gegen den Rath und den Willen Görgei's hatte Kossuth, als das Ministerium Schwarzenberg eine Verfassung für Gesamt-Oesterreich oktroyirte und ebendamit Ungarn auf das Niveau aller übrigen Provinzen herabdrückte, am 14. April in dem Reichstag zu Debreczin „das Haus Habsburg der Herrschaft verlustig, aus Ungarn für ewige Zeiten verbannt" erklärt. Ungarn war nun ein selbständiger Staat, mitten unter den alten Monarchien eine Republik, von welcher jedenfalls das sicher war, daß ihre Existenz allen ihren Nachbarn gefahrdrohend erschien. Kossuth wurde zum Oberhaupt der Republik als der verantwortliche „Gouverneur-Präsident" von Ungarn ernannt und umgab sich mit einem neuen Ministerium, in welchem der eifersüchtige Görgei neben dem Oberkommando das Kriegswesen leitete. Der Reichstag wurde wieder nach Pesth zurückverlegt.

Es waren kurze Flitterwochen, welche die siegreichen Ungarn in der wiedergewonnenen Hauptstadt feierten. Oesterreich, für welches der Besitz Ungarns eine Lebensfrage war, bot zu dessen Wiedereroberung all seine Kräfte auf, übertrug den Oberbefehl dem durch seine rücksichtslose Kriegführung von Brescia her bekannten Baron Haynau und wandte sich mit einem Hilfegesuch an Rußland. Zweierlei hatte der Gefühlspolitiker Kossuth, welcher als echter Magyar sich stets einer optimistischen Anschauung hingab, nicht in Rechnung gebracht: daß Oesterreich so rasch in Italien Herr werde, und daß eine zweite Macht interveniren könnte. Und doch lag das Letztere bei der Theilnahme der Polen an dem ungarischen Befreiungskrieg und bei der Nachbarschaft ihres Landes so nahe. Daß nach der vollzogenen Losreißung Ungarns Polen nicht mehr zu halten sei, konnte niemand zweifelhaft sein. Daher besann sich Kaiser Nikolaus keinen Augenblick, den Wunsch Franz Josefs zu erfüllen, zumal er diesen jugendlichen

Digitized by Google

Monarchen durch einen solchen Dienst dauernd an seine Politik fesseln und bei Gelegenheit einen Gegendienst fordern zu können hoffte.

Mit dem Eingreifen Rußlands war die Sache so gut als entschieden, der Kampf Ungarns nur noch ein heldenmüthiger Todeskampf. Während Paskewitsch mit 80,000 Russen über die Karpathen zog und gegen die obere Donau vorrückte, andere russische Abtheilungen von der Bukowina und Walachei aus in Siebenbürgen eindrangen, trat Jellachich mit einem serbisch-kroatischen Heere wieder im südlichen Ungarn auf, und Haynau gieng von Westen her über Raab geradezu auf Komorn los, drängte nach mehrtägigen Kämpfen Görgei, der in Komorn den General Klapka zurückließ, gegen die Theiß zurück und hielt am 12. Juli seinen Einzug in den Schwesterstädten Ofen und Pesth. Zum zweitenmal hatte Kossuth die Hauptstadt verlassen müssen, hatte Reichstag und Banknotenpresse, welche indessen tüchtig gearbeitet hatte, nach Szegedin an der Theiß und zuletzt nach Arad an der Maros verlegt. Zwar gelang es Görgei, auf seinem Rückzug die Russen unter Rüdiger bei Waizen zu schlagen und durch meisterhafte Manöver sein Heer mitten durch die Russen hindurch unversehrt bis nach Arad zu bringen. Aber weder Bem noch Dembinski vermochten ihren Gegnern Stand zu halten: jener wurde von dem russischen General Lüders bei Schäßburg (31. Juli) und an anderen Orten geschlagen und aus Siebenbürgen verdrängt, dieser von dem rasch vordringenden Haynau bei Szöreg und Temeswar (5. und 9. August) besiegt. Die ungarischen Truppen waren um Arad koncentrirt, große Rathlosigkeit herrschte im Hauptquartier; nur eine militärische Diktatur schien noch einen obgleich schwachen Halt zu geben. Kossuth mußte am 10. August seine Gouverneursstelle niederlegen, Görgei übernahm die Diktatur und streckte, von Russen und Oesterreichern eingeschlossen, am 30. August bei Vilagos mit 23,000 Mann und 130 Kanonen vor dem russischen General Rüdiger die Waffen, übrigens mit Wissen und Willen Kossuths und der Regierung. Zu gewinnen war allerdings nichts mehr; aber die Nation hatte einen anderen Ausgang verlangt. Die Hoffnung, für sein Vaterland günstigere Bedingungen zu erhalten, der Wunsch, nachdem für die Waffenehre schon so viel gethan war, ein nutzloses Blutvergießen zu vermeiden, die Abneigung gegen die polnischen Generale und die republikanische Regierung, die mehrmals daran war, ihm den Oberbefehl zu entziehen, hatten Görgei, der schon einige

Digitized by Google

Zeit mit Paskewitsch in Unterhandlungen stand, zu diesem auffallenden Schritte bewogen. Der Groll Haynau's, daß Görgei sich nicht ihm, sondern den Russen ergeben habe, wurde durch die stolze Meldung des Fürsten Paskewitsch an Kaiser Nikolaus: „Ungarn liegt besiegt zu den Füßen Eurer Majestät!" nicht geschwächt. Mit Recht konnte jener erwidern, daß die österreichische Armee „den Feind in sechs Schlachten bis zur Vernichtung besiegt und auch die Unterwerfung des Görgei'schen Corps bewirkt habe." Görgei erhielt übrigens nur für seine eigene Person Begnadigung und lebte von da an in der Zurückgezogenheit in Klagenfurt, aus welcher er erst nach dem neuesten Umschwung in Ungarn wieder hervortrat.

Nach der Katastrophe von Vilagos kapitulirten alle Festungen, Komorn, wo Klapka befehligte, erst am 27. Sept. Die kleineren Truppenabtheilungen ergaben sich, die Honvéds eilten der Heimat zu. Nur etwa 5000 Mann mit Kossuth, Bem, Dembinski und anderen retteten sich auf türkisches Gebiet, welches ihnen trotz der Drohungen Oesterreichs und Rußlands ein Asyl gewährte. Ueber die Zurückgebliebenen und Gefangenen hielt Haynau ein strenges Strafgericht. In Pesth und Arad wurden Kriegsgerichte eingesetzt. Viele der ersten Männer Ungarns wurden zu Pulver und Blei und zum Galgen verurtheilt, darunter der frühere Premierminister Graf Batthyani. Die Güter der Hingerichteten und Flüchtlinge wurden konfiscirt. Viele schmachteten im Gefängniß, mehrere tausend wurden unter die österreichische Armee eingereiht. Die Verfassung wurde aufgehoben, Ungarn als ein neu erobertes Land betrachtet, das alle früheren Rechte verwirkt habe. Ob diese Racheakte, welche an das Blutgericht von Eperies im Jahr 1687 erinnern, von politischer Klugheit zeugten, war freilich eine andere Frage.

Während Ungarn mit dem Tode rang, hatte im Norden noch ein anderes Land zu bluten, Schleswig-Holstein. Die Herzogthümer hatten sich mit bewundernswerther Ergebung in den Waffenstillstand von Malmö gefügt, welcher in Frankfurt die Septembergreuel veranlaßt hatte, und stellten nach Ablauf desselben ein Heer von 14,000 Mann unter dem tüchtigen preußischen General Bonin auf. Von der Frankfurter Centralgewalt wurde an die Stelle der von Dänemark und Preußen errichteten „gemeinschaftlichen Regierung" eine Statthalterschaft eingesetzt und dieser Posten den beiden wackeren Männern, Graf Reventlow-Preetz und Wilhelm Beseler, übertragen. Zugleich

Digitized by Google

rückten die Reichstruppen, Baiern und Württemberger, Preußen und Hannoveraner, ein, um die deutschen Stammländer vor dem unerträglichen Dänenthum zu beschützen. Am 26. März 1849 wurde von den Dänen der Waffenstillstand gekündigt, und am 5. April im Hafen von Eckernförde von den Strandbatterien der Schleswig-Holsteiner das dänische Linienschiff „Christian VIII." in Brand geschossen und die Fregatte „Gefion" so übel zugerichtet, daß sie sich ergeben mußte. Die Düppeler Schanzen wurden am 13. April von den Reichstruppen erstürmt und die Dänen auf die Insel Alsen zurückgeschlagen. Auch die Schleswig-Holsteiner unter Bonin drangen siegreich vor. Sie erstürmten die jütische Grenzstadt Kolding (20. Mai), verloren sie zwar wieder, eroberten sie aber in einem neuen Kampfe und zwangen die Dänen zum Rückzug nach der Festung Fridericia. Während der Befehlshaber der Reichstruppen, General Prittwitz, in Folge höherer Weisungen, sich unthätig verhielt, wurde die schleswig-holsteinische Armee in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli von dem überlegenen dänischen Heere unter General Rye in einem Ausfall vor Fridericia geschlagen, und als jene, nicht entmuthigt, aufs neue den Kampf aufnehmen wollte, kam die Nachricht von dem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Dänemark und Preußen (10. Juli), welchem geraume Zeit nachher, am 2. Juli 1850, der definitive Friede zwischen beiden Staaten folgte, wobei Preußen zugleich im Namen des deutschen Bundes auftrat. In Folge des Waffenstillstandes mußten die deutschen Truppen Schleswig räumen; der nördliche Theil desselben wurde von schwedischen, der südliche von preußischen Soldaten besetzt. Das Land erhielt eine besondere Landesverwaltung, die aus einem preußischen und einem dänischen Kommissär bestand. Die schleswig-holsteinische Armee mußte sich hinter die Eider zurückziehen.

Alles dies geschah in Folge einer diplomatischen Intervention Englands und Rußlands, welche die meerumschlungenen Herzogthümer lieber in den Händen des kleinen Dänemarks als Deutschlands oder vielmehr Preußens sahen, und deßwegen in dem Londoner Protokoll vom 2. Juni den kühnen Satz aufstellten, die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Dänemark sei im Interesse des europäischen Gleichgewichts. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und seine Armee hatten zwar ihre Ehre für das Recht der Herzogthümer verpfändet; aber des Königs Charakter war zu friedliebend, seine Scheu vor neuen Volksbewegungen noch zu reizbar, als daß er nicht vor einem Kampf von

Digitized by Google

möglicherweise europäischen Dimensionen zurückgeschreckt wäre. Er unterschrieb den Frieden und lieferte Schleswig an die Dänen aus. Denn dieses sollte von Holstein getrennt werden, von Dänemark zwar durch eine besondere Verfassung geschieden, aber politisch doch verbunden sein, welche unklare Bezeichnung die Dänen natürlich so sehr als möglich benützten, wie dies ihr Kommissär, der Herr von Tillich, während des Waffenstillstands bereits bewiesen hatte.

Die Statthalterschaft erkannte den Berliner Frieden nicht an, verstärkte das schleswig-holsteinische Heer und berief an die Stelle des abberufenen Bonin den preußischen General Willisen, zum Oberkommando, entschlossen, den Kampf auf eigene Faust zu unternehmen. Die Wahl war insofern keine glückliche, als Willisen zwar als militärischer Schriftsteller, aber nicht als praktischer Stratege einen Namen hatte, und zu fürchten war, daß ihm Entschlossenheit und der rasche Ueberblick fehle. Nach dem Abzug der preußischen Truppen rückten die Dänen von Jütland und Alsen aus in Schleswig ein und trafen zwischen Flensburg und Schleswig auf Willisen, der von Süden aus vorgedrungen war. Bei Idstedt kam es am 25. Juli 1850 zwischen 37,000 Dänen und 26,000 Schleswig-Holsteinern zur Schlacht, und letztere, welche den Sieg schon in den Händen hatten, wurden zuletzt geschlagen, mußten sich nach der Festung Rendsburg zurückziehen und ganz Schleswig den Dänen preisgeben. Ein Angriff bei Missunde (12. Sept.) und ein Sturm auf Friedrichsstadt (4. Okt.) wurde von den Dänen zurückgeschlagen. Die Statthalterschaft glaubte durch einen Wechsel im Oberkommando die Verluste wieder zu ersetzen, entließ Willisen und berief den General von der Horst, welcher bei Idstedt rühmlich gekämpft hatte. Aber es war schon zu spät. Auf der Olmützer Konferenz wurde der schleswig-holsteinische Kampf auf eine Linie mit dem badischen und pfälzischen Aufstand gestellt und von den deutschen Großmächten die Erstickung dieser nationalen Flamme beschlossen.

Der letzte Akt der deutschen Revolution war damit beendigt. Wo nur irgend dieselbe aufgetreten war, war sie niedergeschmettert, überall hatten die Märzminister ihren Abschied erhalten, und Männer, wie man sie vor 1848 dem Volke zu bieten nicht gewagt hätte, rückten an deren Stelle. Was sollte aber nun aus Deutschland werden? Unter welcher Form sollten die auseinandergerissenen Glieder wieder zusammenkommen? Sollte auf den Ruf des deutschen Volkes nach

Digitized by Google

Einheit, nach Parlament, nach freiheitlicher Gestaltung gar keine Rücksicht genommen werden? Sollten die beiden letzten Jahre aus dem politischen Kalender der Monarchien ebenso gestrichen werden, wie der Kurfürst von Hessen im Jahre 1814 die französische Herrschaft ausstrich und die alten Zöpfe einführte? Sollten immer wieder die alten Fehler gemacht, die Revolutionen mit Pulver und Blei unterdrückt, nie durch vernunftgemäße Zustände geschlossen werden? Wenn man Fürst Schwarzenberg fragte, so erklärte er rund heraus, daß von einem Parlament und dergleichen keine Rede mehr sei, daß Deutschland wieder zum alten Bundestag unter Oesterreichs Vorsitz zurückkehren müsse. Gegen diese Schmach sträubte sich Preußen lange. Es wollte den Forderungen des deutschen Volkes theilweise nachgeben, auf Grund der Reichsverfassung ein neues Deutschland aufbauen, die Hegemonie, welche es von dem souveränen Volke nicht angenommen, durch Vereinbarung mit den deutschen Fürsten erringen. So entstand das sogenannte Dreikönigsbündniß vom 28. Mai 1849 zwischen Preußen, Hannover und Sachsen, worin dem ersteren die militärische und diplomatische Leitung des Bundes übertragen wurde. Dies sollte der Anfang zu einem engeren Bundesstaat, der Union, sein, von dem sich freilich Oesterreich, schon was die Berathungen betraf, ganz fern hielt und, auf seinen Vorgang hin, auch Baiern. Dagegen interessirte sich die Frankfurter Kaiserpartei für den Plan, veranstaltete am 26. Juni eine Zusammenkunft der Gesinnungsgenossen in Gotha und sprach sich für das preußische Projekt aus. Um aber einstweilen etwas Gemeinsames zu haben, übernahmen Oesterreich und Preußen in dem sogenannten „Interim", welcher Namen schon von der Reformation her in einem schlechten Andenken steht, „die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund", bis etwas Definitives geschaffen war. In die Hände dieser Interimskommissäre legte am 20. December 1849 der Reichsverweser Erzherzog Johann sein Amt nieder.

Preußen gieng auf der betretenen Bahn weiter. Dadurch daß bei dem Landtag in Berlin, der nach einem neuen, oktroyirten Wahlgesetz zusammengekommen war, auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Volk und Regierung eine Verfassung hergestellt und am 6. Februar 1850 vom König beschworen wurde, hatte der preußische Staat an Vertrauen bei dem deutschen Volke gewonnen. Um so hartnäckiger widersetzten sich die Fürsten. Baiern, Sachsen und Württem-

Digitized by Google

berg stellten dem preußischen Plane einen neuen Verfassungsentwurf entgegen, wonach Oesterreich, die 5 Königreiche und beide Hessen eine Bundesregierung von 7 Mitgliedern bilden sollten. Doch kam das Erfurter Parlament, wozu Preußen die Staaten des engeren Bundes eingeladen hatte, am 20. März 1850 zu Stande. Der Entwurf der Unionsverfassung, wie er schon dem Dreikönigsbündniß zu Grunde gelegen hatte, wurde von dem Erfurter Parlament angenommen und dem Fürstenkongreß in Berlin, wozu sämtliche Unionsfürsten im Mai eingeladen wurden, zur Annahme vorgelegt. Hier herrschte nicht die größte Einmüthigkeit, und man vereinigte sich mit Mühe zu einem provisorischen Fürstenkollegium als der Centralgewalt der Union. Der größere Theil der deutschen Fürsten, fast alle Kleinstaaten, nahm an der Union theil, einige aber nur noch äußerlich; die Mittelstaaten steuerten mit vollen Segeln der österreichischen Fahne zu, welche nach den Triumphen in Italien und Ungarn auch in Frankfurt sich wieder entfalten sollte. Schon saßen dort die Gesandten von 13 Regierungen und bildeten eine „außerordentliche Plenarversammlung". Durch eine Cirkulardepesche vom 14. August wurden alle früheren Bundestagsglieder von Oesterreich eingeladen, auf den 1. September den alten Bundestag wieder zu beschicken. Preußen lehnte seine Betheiligung ab und sprach sich in einer besonderen Denkschrift gegen die Wiederherstellung des 1848 einstimmig aufgehobenen Bundestags aus. Die Gegensätze, welche im Frankfurter Parlament so hart zusammengestoßen waren, hatten sich in die Kabinette verpflanzt. Deutschland war in zwei Lager gespalten: Preußen nebst dem Fürstenkollegium und Oesterreich nebst dem Bundestag schienen sich so unversöhnlich gegenüberzustehen wie die Republikaner und die Reaktionäre der Paulskirche. Aufs neue hörte man Säbelgerassel und Sporengeklirr. Und wie kriegerisch lauteten die Nachrichten aus Bregenz, wo am 11. Oktober Kaiser Franz Josef mit den Königen von Baiern und von Württemberg zusammenkam, und König Wilhelm mit jugendlichem Feuer, als ob es noch einmal gegen die Franzosen gienge, ausrief: „Wenn der Kaiser befiehlt, so werde ich folgen, wohin er mich ruft!"

In Bregenz wurde der Einmarsch eines aus Oesterreichern und Baiern bestehenden Bundesexekutionsheeres in Kurhessen beschlossen. Dort hatte sich wieder einmal der Kurfürst in seiner ganzen Liebenswürdigkeit gezeigt. Nachdem er sein liberales Ministerium entlassen, hatte er den in Hessen schon längst verhaßten, in Preußen wegen

Digitized by Google

Fälschung sogar gerichtlich verfolgten Hassenpflug an die Spitze eines neuen Ministeriums berufen. Das Volk, welches ihn „Hessenfluch" nannte, hatte eben damit das kürzeste Urtheil über ihn gefällt. Nach Auflösung von zwei Ständeversammlungen, welche seine ungesetzlichen Finanzvorschläge nicht genehmigten, wollte er ohne Landstände regieren und willkürlich die Steuern forterheben. Da dies bei den Gerichten Anstand fand, verhängte er am 7. September 1850 über das ganze Land den Kriegszustand, und als das ganze Beamtenthum, sogar Polizei und Militär ihm den Gehorsam versagte, so beredete er den Kurfürsten zur Flucht nach Frankfurt, wo er persönlich die Bundesversammlung um Hilfe angieng. Hier herrschte wieder die alte Metternich'sche Ansicht, daß man einen Fürsten nie stecken lassen dürfe, daß ihm gegenüber das Volk stets im Unrecht sei. Somit wurde durch Beschluß vom 17. September dem Kurfürsten bereitwillig Bundeshilfe zugesagt. Aber Preußen protestirte. Noch hielt es an seiner Union fest, noch hatte es seinen Gegenfüßler, den Bundestag, nicht anerkannt und konnte daher auch nicht dulden, daß letzterer in einem ihm befreundeten Gebiete ohne seine Zustimmung mit Exekutionstruppen auftrete. Der feingebildete und dem König Friedrich Wilhelm IV. sehr befreundete General von Radowitz, ein entschiedener Anhänger der Union, wurde ins Ministerium berufen und übernahm die auswärtigen Angelegenheiten. Das Heer wurde auf den Kriegsfuß gestellt, die Landwehr einberufen, die in Baden stehenden Truppen, als ein zu weit vorgeschobener Posten, zurückgezogen, die bundesgemäß Preußen zustehenden Militärstraßen besetzt. Das bairisch-österreichische Corps rückte in Hessen ein und marschirte gegen Kassel, das von den Preußen besetzt war, daher hier ein Zusammenstoß unvermeidlich schien. Aber am 2. November hatte die Friedenspartei in Berlin gesiegt, Radowitz seine Stelle niedergelegt, Manteuffel das Ministerium des Auswärtigen übernommen. Dieser sah, wie der Bundestag, in Kurhessen nichts als Revolution und verabscheute einen Krieg, der nur mit Hilfe der konstitutionellen und demokratischen Partei durchzuführen war. Daher erhielt der preußische Befehlshaber in Kassel, Graf von der Gröben, Befehl zum Rückzug; bei Bronzell kam es am 8. November mit den Baiern zu einem kleinen Vorpostengefecht, dem man die unschuldige Deutung eines „militärischen Mißverständnisses" gab, und Manteuffel selbst reiste nach Olmütz, um dort mit dem Fürsten Schwarzenberg Frieden um jeden Preis zu

Digitized by Google

machen. Es war für Preußen ein hoher Preis. Der an Kühnheit und diplomatischer Gewandtheit dem preußischen Minister weit überlegene Schwarzenberg trug einen vollständigen Sieg davon. In dem Olmützer Vertrag vom 29. November 1850 wurde ausgemacht, daß Preußen der Besetzung Kurhessens sich nicht widersetzen dürfe, daß in Schleswig-Holstein von beiden Großmächten der Friede im Sinn des dänischen Gesamtstaates diktirt werde, und daß zur endlichen Erledigung der deutschen Bundesverhältnisse Konferenzen sämtlicher Regierungen in Dresden stattfinden sollten.

In Kurhessen begann nun unter dem Schutz der fremden Bajonette und unter den Augen eines österreichischen und preußischen Bundeskommissärs die reine Willkürherrschaft: massenhafte Einquartierung, Beamtenentsetzung, Einkerkerung. Das ohnedies schon arme Land wurde immer ärmer, und die Auswanderung nahm überhand.

In Schleswig-Holstein handelte Schwarzenberg wie einst Metternich, welcher keinem Volke, nicht einmal dem griechischen, ein Recht zur Erhebung eingeräumt hatte. Nach dem Katechismus dieser hochgeborenen Herren hatten immer nur die Fürsten Recht. Ein österreichischer und preußischer Kommissär erschienen am 6. Januar 1851 in Holstein, übernahmen die Regierung des Landes, und ein österreichisches Armeecorps unter Feldmarschall Legeditsch besetzte nebst einer Abtheilung Preußen die wichtigsten Orte. Die Statthalterschaft legte ihr Amt nieder, die Armee wurde aufgelöst, die rechtmäßige Verbindung der beiden Herzogthümer aufgehoben, die Idee des dänischen Gesamtstaates nicht mehr bloß, wie die Eiderdänen gewollt hatten, auf Schleswig, sondern auch auf das deutsche Bundesland Holstein ausgedehnt, in ähnlicher Weise wie Schwarzenberg von einem Gesamt-Oesterreich sprach. Die deutschen Truppen zogen wieder ab, die Regierung wurde dem dänischen Könige übergeben, das ganze Kriegsmaterial der schleswig-holsteinischen Armee ausgeliefert, und damit die Erbfolge keinen Anlaß zu Zwistigkeiten mehr gebe, wurde in dem neuen Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, mit Umgehung der weiblichen (hessischen) und der Augustenburgischen Linie, von sämtlichen Großmächten Prinz Christian von Glücksburg und seine männliche Nachkommenschaft als Thronfolger der ungetheilten Monarchie anerkannt. Daß aber weder der deutsche Bundestag noch die Stände in Schleswig und in Holstein dem Protokoll ihre Zustimmung gaben, konnte größere Folgen haben, als die Weisheit der Kabinette sich träumen ließ.

Digitized by Google

Von einem Volke wie die Dänen konnte niemand eine anständige Behandlung erwarten. Daß aber allen Friedensbestimmungen in solchem Grade Hohn gesprochen, Schamlosigkeiten und Brutalitäten gegen Leute jeden Standes und Geschlechts ausgeübt, das Deutschthum in Schleswig durch empörende Mittel ausgerottet werden dürfe, das hatte doch kaum jemand geglaubt. Kein Land in ganz Europa wurde mit solchem Cynismus ausgesogen und gemaßregelt wie Schleswig, und jeder ehrenhafte Deutsche fluchte einer Diplomatie, welche im 19. Jahrhundert die Völker noch wie Schafherden behandelte, fluchte einer Regierung, die gegen ein deutsches Stammland das Banditenthum im Großen trieb, und erröthete vor Scham und Wuth, wenn er den Namen „Schleswig-Holstein" hörte. Solch unnatürliche Zustände mußten ihre Früchte tragen. Die Zeit der Rache konnte nicht ausbleiben.

Die Dresdener Konferenzen, welche vom 23. December 1850 bis zum 15. Mai 1851 dauerten, blieben vollständig resultatlos. Eine Menge von Vorschlägen wurde gemacht: Oesterreich und Preußen wollten ein Direktorium mit der unumschränkten Entscheidung über Krieg und Frieden bilden; Oesterreich wollte mit seiner ganzen Ländermasse in den deutschen Bund eintreten; Baiern beantragte ein dreiköpfiges Direktorium, die sogenannte Trias, Württemberg ein deutsches Parlament. Unter lebhafter Betheiligung Rußlands, das besonders gegen die zwei ersten Vorschläge sein damals noch entscheidendes Veto einlegte, wurden alle Neuerungen beseitigt und einfach zum alten Regiment zurückgegriffen. Preußen löste seine Union auf, und am 30. Mai 1851 war der Bundestag als Vertreter des deutschen Fürstenbundes ganz in der alten Weise wiederhergestellt. Reichsverfassung und Grundrechte wurden in den Einzelstaaten, von denen sie anerkannt worden waren, in den Papierkorb geworfen, Verfassungsveränderungen in reaktionärem Sinne vorgenommen, gegen die Presse und Vereine eingeschritten, die ultramontane Partei wieder gehätschelt, Konkordate von unglaublichem Kaliber sei's geschlossen, sei's erstrebt, und dem Volke gegenüber von den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten in ihrem Verhältniß zum Bundestag jene Taktik befolgt, welche einst der Minister Römer als Abgeordneter der württembergischen Kammer eine „Fickmühle" genannt hatte.

Von allen deutschen Staaten gieng keiner so unbefriedigt aus dieser Krisis hervor als Preußen. Eine Gelegenheit, wie nie vorher

Digitized by Google

eine, war ihm geboten worden. Es brauchte nur „Ja“ zu sagen, um endlich aus dieser Zwitterstellung zwischen Mittelstaat und Großstaat herauszukommen und als gebietende europäische Macht dazustehen. Aber es fehlten ihm damals die geeigneten Persönlichkeiten, die großen Charaktere, die Männer von Entschlossenheit und politischem Scharfblick. Unter lauter Bedenklichkeiten und Rücksichten gieng ihm das, was es beanspruchte, die militärische und diplomatische Führung Norddeutschlands, verloren. Es mußte unter das alte Joch zurück; aber die Wunde von Olmütz brannte. Gesehen hatte es nun, wie es nicht zum Ziele gelangen könne; wollte es dasselbe doch noch erringen, so mußte es einen anderen Weg einschlagen.

§. 18.

Der Krimkrieg.

Die größten Staaten des Kontinents waren von der Revolution aufs heftigste erschüttert worden; nur Rußland blieb unberührt. Sogar die Polen hatten, eingedenk der blutigen Erfahrungen von 1831, keinen Aufstand gewagt, nur hoffnungsvoll und theilnehmend nach Ungarn hinübergeschaut. Die Katastrophe von Vilagos legte ihnen weiteres Zuwarten auf. Um so stolzer stand Kaiser Nikolaus da. Sein Ansehen als Autokrator hatte nicht die geringste Einbuße erlitten, vielmehr hatte es durch seine Hilfeleistung in Ungarn bedeutend gewonnen. Oesterreich glaubte er wie eines Vasallen sicher zu sein, und mit dem Könige von Preußen stand er in so intimen Beziehungen, daß dieser den Kriegsminister General Bonin entließ, weil derselbe beim Beginn des orientalischen Krieges geäußert hatte, eine Allianz mit Rußland in dieser Frage wäre für Preußen ein Selbstmord, und den Ritter von Bunsen des Gesandtschaftspostens in London enthob, weil derselbe zu sehr in die englischen Anschauungen eingieng. Frankreich, wo kurz vorher Louis Napoleon auf dem Kaiserthron sich niedergesetzt hatte, schien ihm zu erschöpft und zu zerrissen, als daß es auf große, entfernte Unternehmungen sich einlassen könnte, und in England, das bei allen orientalischen Streitigkeiten das größte Interesse an den Tag gelegt hatte, hatte er ebendamals an dem Premierminister Lord Aberdeen einen so vieljährigen Freund, daß er nicht zweifelte, auch mit dieser gefürchteten Seemacht leicht ins Reine zu kommen. Einzeln war von diesen beiden Mächten, wenn es sich um einen An-

Digitized by Google

griffskrieg gegen Rußland handelte, keine dem nordischen Kaiserreich gewachsen, und daß zwischen den Westmächten eine Allianz zu Stande komme, schien Nikolaus bei dem tiefen Mißtrauen der englischen Staatsmänner gegen Napoleon undenkbar. Welch günstige Konstellationen, die Plane Katharina's II. wieder aufzunehmen und „die Schlüssel zu seinem Hause zu holen!" Geflissentlich verbreitete man, es sei eine alte Prophezeiung, daß im Jahre 1853, nach dem vierhundertjährigen Bestehen der türkischen Herrschaft in Europa, dieser ein Ziel gesetzt sei. In den Gesprächen mit dem englischen Gesandten in Petersburg, Sir Hamilton Seymour, nannte Nikolaus die Türkei einen „kranken Mann", dem kein Doktor mehr helfen könne, daher es an der Zeit sei, jetzt schon über seine Hinterlassenschaft Bestimmungen zu treffen. Dazu gehöre, daß Bulgarien, Serbien und Bosnien zu selbständigen Staaten erhoben und nebst der Moldau und Walachei unter das russische Protektorat gestellt werden. Wenn England dafür Aegypten und die Insel Kandia sich aneignen wolle, so habe er nichts einzuwenden. Nur auf sie beide, England und Rußland, komme es an; sie allein haben in der Türkei ein greifbares Interesse; seien sie in dieser Sache handelseinig, so habe man nach den anderen Mächten nichts zu fragen.

Das englische Kabinet war von dem Krankenbericht seines Gesandten nicht sehr erbaut. Es wußte recht wohl, daß ein russisches Protektorat nur ein diplomatischer Name für eine russische Herrschaft sei, die sich, wenn sie einmal Bulgarien habe, rasch über den Balkan nach Konstantinopel ausdehnen und nicht ruhen werde, bis die ganze olympische Halbinsel, von der Donau bis zum Kap Matapan, sich unter ihr Scepter beuge. Die Gründung einer solchen Macht zu dulden, erlaubten weder Englands Interessen im Mittelmeere, noch seine asiatischen Besitzungen. Die Besitznahme Aegyptens aber war für England ein Anerbieten von sehr zweifelhaftem Werth, da es darüber nothwendig mit Frankreich in einen Krieg verwickelt worden wäre. Daher wies England das Projekt entschieden von sich und erklärte, daß der kranke Mann weit mehr Lebensfähigkeit besitze, als manchem lieb sei. Darauf soll sich Nikolaus an Napoleon gewandt, aber auch bei diesem, trotz des lockend hingestellten linken Rheinufers, keine günstige Aufnahme gefunden haben. Doch ließ er sich dadurch nicht abschrecken und benützte zur Aufstellung seiner Forderungen einen langjährigen Streit wegen des heiligen Grabes zwischen Griechen

Digitized by Google

und Lateinern. Der Sultan hatte 1852 durch einen Ferman die Rechte der griechischen Kirche auf den Besitz des heiligen Grabes anerkannt, den Römisch-Katholischen (Lateinern) aber zugleich erlaubt, in der Kapelle des Oelbergs Messe zu lesen. Um seine bevorrechtete Stellung aufrecht zu erhalten, forderte Rußland förmliche Bürgschaft für die Rechte der griechischen Kirche durch einen Vertrag. Im Vertrauen auf die unbedingte Ergebenheit Oesterreichs und Preußens rüstete Nikolaus im Süden seines Reiches Flotte und Heer und schickte, in der Hoffnung, durch ein gebieterisches Auftreten die Pforte einzuschüchtern, den Admiral Fürst Menzikow als außerordentlichen Gesandten nach Konstantinopel, um für Rußland ein religiöses Protektorat über alle griechischen Christen zu verlangen. Menzikow erschien am 2. März 1853 im Paletot und mit bestaubten Stiefeln in der feierlichen Sitzung des Divans und setzte durch diese übermüthige Mißachtung der Etikette das türkische Kabinet ebensosehr in Erstaunen als durch den Inhalt seiner Aufträge. An ein Eingehen auf seine Vorschläge war nicht zu denken; denn damit wäre der russische Kaiser Mitregent der Türkei geworden und hätte bald Gelegenheit gefunden, diesen Titel um eine Silbe zu verkürzen. Menzikow erhielt also eine abschlägige Antwort und reiste am 21. Mai unter lauten Drohungen von Konstantinopel ab.

Um bei dem bevorstehenden Kriege nicht eine wehrlose Beute des Mächtigen zu sein, ergriff Sultan Abdul Medschid, welchem der europäisch gebildete Großvezier Redschid Pascha zur Seite stand, hauptsächlich zwei Maßregeln: er suchte die Christen seines Reiches bei guter Laune zu erhalten, indem er ihnen in einem besonderen Ferman ihre Rechte feierlich bestätigte, und wandte sich mit einem Hilfegesuch an die Westmächte. Napoleon, welcher sich berufen glaubte, den Sturz des großen Oheims zu rächen und die Verträge von 1815 zu zerreißen, war der türkische Schmerzensschrei eine sehr willkommene Gelegenheit, das feindselige Rußland zu demüthigen und seinen neuen Kaiserthron mit glänzenden Trophäen zu umgeben. Er zog das englische Kabinet trotz der Bedenklichkeiten des Lord Aberdeen nach sich, die Flotten wurden gerüstet und legten sich am 14. Juni in der Besikabai, am Eingang der Dardanellen, vor Anker. Auf dies hin gab Nikolaus, welcher sich in den Augen seines Volkes als den Vertheidiger der griechisch-katholischen Kirche hinstellte, dem Fürsten Michael Gortschakow den Befehl, mit zwei Armeecorps, welche je aus 40,000 Mann be-

Digitized by Google

standen und von den Generalen Lüders und Danneberg befehligt wurden, in die Donaufürstenthümer einzurücken und dieselben als „materielles Pfand" in Besitz zu nehmen, bis die Pforte seine Forderungen erfüllt habe. Der Einmarsch erfolgte am 2. Juli. Die öffentlichen Kassen wurden in Beschlag genommen, Steuern ausgeschrieben, Soldaten ausgehoben, die beiden Länder, Moldau und Walachei, wie 1789 unter Potemkin dem Taurier, als russische Provinzen angesehen. Um so eifriger waren die Anstrengungen der Diplomatie, noch in der letzten Stunde das Losbrechen des Kriegsgottes aufzuhalten. Die Gesandten der Großmächte hielten in Wien Konferenzen und vereinigten sich zu einer Vermittlungsnote, wonach die Pforte die Forderungen Rußlands bewilligen sollte mit Ausnahme des Protektorats, das übrigens nicht verweigert, sondern nur mit Stillschweigen übergangen wurde. Indem man aber so die Hauptfrage umgieng, wurde sie doch sicherlich nicht gelöst. Nikolaus nahm die Note an, gab ihr aber die Auslegung, daß sie alle seine Ansprüche, auch das Protektorat gutheiße. Darüber entstand in London und in Konstantinopel großer Lärm. Dort griff Layard, welcher die orientalischen Verhältnisse genau kannte, im Unterhaus das russenfreundliche Ministerium heftig an und verlangte entschiedene Theilnahme für die Türkei; hier ließ die alttürkische Partei dem Sultan keine andere Wahl als Abdankung oder Verwerfung der Note.

Sofort wurde in der Türkei aufs eifrigste gerüstet, Freiwillige aufgerufen, die Kontingente der Vasallenstaaten Aegypten und Tunis aufgeboten, die Steuern auf mehrere Jahre zum voraus erhoben und auch hier der religiöse Haß aufgestachelt. Am 4. Oktober wurde an Rußland der Krieg erklärt, falls nicht die Donaufürstenthümer sogleich geräumt würden. Darauf erwiderte Rußland mit einem Kriegsmanifest vom 1. November. Die ersten Kämpfe begannen. Die Hauptmacht der Türken stand auf dem rechten Donauufer unter dem Oberbefehl Omer Pascha's. Er gieng bei Widdin auf das linke Ufer, befestigte Kalafat und schlug am 4. November in verschanzter Stellung bei Oltenizza die Angriffe der an Zahl überlegenen Russen zurück. Freilich wurde dieser Glücksfall durch ein anderes Ereigniß mehr als aufgewogen. Der russische Admiral Nachimow überfiel an einem nebeligen Tage, am 30. November, von Sebastopol aus ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha bei Sinope und vernichtete es fast vollständig. Nun war der englische Leopard, welcher ein maritimes

Digitized by Google

Aufsichtsrecht zu besitzen glaubte, nicht mehr zu halten. Lord Aberdeen mußte abtreten, und Lord Palmerston, welcher mit Napoleon in engen Beziehungen stand und vor kriegerischen Verwicklungen nicht zurückschreckte, trat an die Spitze des Ministeriums. Noch einmal sandte die Wiener Konferenz eine Note vom 5. December an Rußland, worin einige Zugeständnisse gemacht, aber zugleich die Räumung der Donaufürstenthümer gefordert wurde. Als Nikolaus sich weigerte, darauf einzugehen, so schloßen die Westmächte am 12. März 1854 mit der Türkei ein Offensiv- und Defensivbündniß und erklärten am 28. März an Rußland den Krieg. Wenn Oesterreich und Preußen das Gleiche thaten, so mußte Nikolaus nachgeben. Es lag ihm alles daran, sie wenigstens in der Neutralität zu erhalten. Eine Zusammenkunft mit Franz Josef in Olmütz und eine Reise nach Berlin (1853) dienten diesem Zwecke. Die Interessen der zwei deutschen Großmächte waren bei dieser Frage nicht gleich betheiligt. Was „hinten in der Türkei" vorgieng, berührte Preußen nicht unmittelbar, um so mehr aber Oesterreich. Es ließ sich daher das Versprechen geben, daß die russischen Heere die Donau nicht überschreiten. Als dies nun doch geschah, schloß Oesterreich mit Preußen ein Schutz- und Trutzbündniß, worin sich beide verbindlich machten, Rußland zu bekriegen, wenn es die Donaufürstenthümer sich einverleibe oder über den Balkan gehe. Auch schickten sie eine Note nach Petersburg und verlangten die sofortige Räumung der Donaufürstenthümer. Dies machte auf Nikolaus wenig Eindruck, da er Preußens sicher zu sein glaubte und immer noch auf Oesterreichs Dankbarkeit rechnete. Die Sache wurde aber verdächtiger, als Oesterreich am 14. Juni einen Vertrag mit der Pforte schloß, worin diese jenem erlaubte, mit seinem bereits hart an der Grenze stehenden Heere in den Donaufürstenthümern einzurücken und diese zu besetzen. Wurde dieser Vertrag ausgeführt, so war die Rückzugslinie der Russen bedroht, und sie standen zwischen zwei Feuern.

Auch andere Hoffnungen wollten sich nicht erfüllen. Nikolaus hatte darauf gerechnet, daß auf sein Vorrücken alle christlichen Unterthanen des Sultans nebst den Bewohnern Griechenlands zu einem Kreuzzug gegen den Halbmond sich erheben werden. Allein die Bosnier, Serben und Bulgaren waren theils durch Omer Pascha niedergehalten und durch Oesterreich bedroht, theils wollten sie, um sicher zu gehen, entschiedene Siege der russischen Heere abwarten. In Griechenland dagegen entstand eine große Bewegung. Der Haß gegen

Digitized by Google

den alten Dränger regte sich, die Enge der Nordgrenzen wurde fühlbarer, die Gelegenheit zu ihrer Ausdehnung schien gekommen, ja man sprach schon von der Erneuerung eines byzantinischen Reiches. Zur Dämpfung dieser kriegerischen Gelüste schickten die Westmächte einige Schiffe in den Piräus, französische Truppen landeten und zwangen die Regierung, in Gemeinschaft mit ihnen die unruhigen Köpfe im Zaume zu halten. Außer einigen Einfällen raublustiger Klephten in Thessalien und Epirus kam hier nichts von Bedeutung vor. Doch wurde König Otto seine Energielosigkeit in dieser Sache von dem hellenischen Volke sehr übel genommen und schon damals an eine Aenderung in der Person des Monarchen gedacht.

So war Rußland auf seine eigene Macht angewiesen und mußte sich mit dem alten Satze trösten: „viel Feind', viel Ehr'!" Mit der letzteren gieng es aber nicht so rasch. Die Expedition gegen Kalafat, wo Achmet Pascha mit 16,000 Mann stand, mißlang; die Russen wurden sogar bei Cetate von Iskender Bey, dem ehemaligen polnischen Grafen Jelinski, einem kühnen Reiterführer, überfallen und geschlagen. Nun übernahm Fürst Paskewitsch den Oberbefehl, gieng über die Donau und belagerte Silistria, während Omer Pascha sich nach der Festung Schumla zurückzog. Aber alle Angriffe der Russe auf Silistria, alle Geschicklichkeit des im Ingenieurwesen ausgezeichneten Generals Schilder scheiterten an der tapferen und umsichtigen Vertheidigung des Kommandanten Mussa Pascha und des preußischen Artillerieofficiers Grach. Beide wurden tödtlich verwundet, auch Schilder. Paskewitsch erhielt einen Streifschuß, zog, an der Eroberung der Stadt verzweifelnd, am 21. Juni ab und führte sein geschwächtes Heer über die Donau, ja selbst über den Pruth zurück. Denn bereits war eine Truppenabtheilung der Westmächte in Varna gelandet, und ein österreichisches Heer rückte von Siebenbürgen aus gegen die Donaufürstenthümer an und besetzte dieselben nach dem Abzug der Russen.

Zu gleicher Zeit war eine englische Flotte unter dem Admiral Charles Napier, an welche sich französische Schiffe unter Baraguay d'Hilliers anschloßen, in die Ostsee eingelaufen, um Schweden zum Anschluß an die Westmächte zu veranlassen und den Kriegsschrecken in den finnischen Meerbusen bis nach Kronstadt und Petersburg zu tragen. Aber Schweden blieb neutral, und das in der letzten Zeit zur uneinnehmbaren Festung gemachte Kronstadt spottete der englischen

Digitized by Google

Schiffskanonen. Napier mußte gegen den Herbst unverrichteter Sache wieder umkehren und hatte außer der Wegnahme einiger Handelsschiffe, dem Bombardement friedlicher finnischen Dörfer, der Anzündung von Theer- und Holzmagazinen keine Heldenthat aufzuweisen. Auch die Franzosen mußten sich mit der Eroberung der Festung Bomarsund (16. August), welche auf einer der Alandinseln lag, begnügen.

Doch die Entscheidung lag im Süden. Wenn die Westmächte der Türkei wirksame Hilfe leisten wollten, so mußten sie mit einer starken Landmacht kommen. England schiffte ein Heer von 20,000 Mann unter dem Oberbefehl Lord Raglans ein, welcher ein Waffengefährte Wellingtons war und bei Waterloo einen Arm verloren hatte. Das französische Landungsheer bestand aus etwa 50,000 Mann, die meist in Algier gedient hatten, und wurden von Marschall St. Arnaud kommandirt, der, wegen seiner Verdienste um den Staatsstreich vom 2. December, bei Napoleon in hoher Gunst stand. Auch der Herzog von Cambridge und der Prinz Napoleon, ein Vetter des Kaisers, schloßen sich den Heeren an; doch machte sich der Letztere mehr durch seinen Mangel an Muth als durch große Thaten bemerklich. Der Truppentransport dauerte mehrere Wochen, während welcher Zeit die verbündete Flotte Odessa bombardirte, ohne jedoch die wehrlose Handelsstadt, wo auch viele englischen Güter lagen, gar zu stark mitzunehmen. Endlich kamen die Landtruppen an, landeten in Galipoli und wurden von da theils zur See theils zu Land nach Varna geführt. Dort machten sie bald Bekanntschaft mit der Cholera; ein Brand legte fast die ganze Stadt in Asche, kaum konnte das große Pulvermagazin gerettet werden, und der nutzlose Marsch in die Dobrutscha während der glühenden Augusthitze kostete 2000 Mann. Nach dem Abzug der Russen hatte Varna keine Bedeutung mehr, und man berieth sich in einem Kriegsrath darüber, an welchem Punkte man der russischen Herrschaft einen empfindlichen Schlag beifügen könne. Die türkischen Befehlshaber wünschten eine Landung in Asien, um die Russen aus den Kaukasusländern zu vertreiben; aber St. Arnaud, welcher die Wirkungen des Fiebers, das er schon von Marseille aus mitgebracht hatte, immer heftiger spürte und die letzten Tage seines Lebens mit einer glänzenden Waffenthat beleuchten wollte, drang auf einen Angriff auf Sebastopol, den bedeutendsten Kriegshafen in der Krim. Da hiedurch die russische Seemacht in

Digitized by Google

der Krim vernichtet werden sollte, war Lord Raglan auch von der Partie.

Rasch gieng es an die Ausführung der Krim-Expedition. 55,000 Franzosen und Engländer nebst 6000 Türken landeten am 14. September 1854 bei Eupatoria auf der Westseite der Halbinsel und schlugen am 20. September an dem Flusse Alma den Fürsten Menzikow, Gouverneur von der Krim. Die Tapferkeit des Generals Bosquet, welcher mit seinen Zuaven die von den Russen besetzten Höhen erstieg, entschied hauptsächlich diesen Tag. Als aber die Verbündeten am 27. September vor Sebastopol erschienen, fanden sie, daß die nördlichen Festungswerke der Stadt zu stark seien, als daß sie ohne Belagerungsgeschütz, das erst geholt werden mußte, einzunehmen waren. Das Eindringen in den Hafen war von den Russen durch Versenkung sieben großer Kriegsschiffe unmöglich gemacht, die Vertheidigungswerke wurden durch die rastlose Thätigkeit des genialen Artillerieofficiers Todtleben von Woche zu Woche fester, und aus dem inneren Rußland rückten über die Landenge von Perekop bedeutende Verstärkungen an. Die Verbündeten entschloßen sich daher zu einer regelmäßigen Belagerung und lagerten sich im Süden der Stadt, die Franzosen an der Bucht von Kamiesch, die Engländer an der von Balaklawa. Vielleicht hätte ein rascher Angriff auf die Nordseite der Stadt zu einem raschen Ziele geführt; aber der sich verschlimmernde Zustand St. Arnauds war für energische Operationen nicht günstig. Er übergab den Oberbefehl an den General Canrobert, schiffte sich nach Konstantinopel ein, starb aber schon am 29. September an der Cholera auf dem Schiffe.

Die Belagerungskämpfe, welche nun begannen, gehören zu den hartnäckigsten und blutigsten, welche die Geschichte kennt. Um vor dem Eintritt des Winters Herren der Festung zu werden, unternahmen die Verbündeten am 17. Oktober von den Landbatterien und von der Flotte aus ein Bombardement, erlitten aber, namentlich auf den Schiffen, mehr Schaden, als sie zufügten. Darauf giengen die Russen zur Offensive über. Der General Liprandi griff am 25. Oktober die Engländer bei Balaklawa an und brachte ihrer Reiterei große Verluste bei; noch heftiger war der Angriff vom 5. November, wo die Engländer bei Inkermann nur durch die rasche Hilfe Canroberts und Bosquets einer Niederlage entgiengen. Die Russen wurden geschlagen und zu eiligem Rückzug nach der Festung genöthigt.

Digitized by Google

Damit waren für das Jahr 1854 die Kämpfe beendigt. Denn das Eintreten des Winters, besonders der strömende Regen machte die Thätigkeit im Freien unmöglich. Und doch waren die Truppen für einen Winterfeldzug gar nicht eingerichtet. Die Engländer und Türken, bei denen das Verpflegungswesen sehr schlecht bestellt war, litten ungeheuer; Cholera und Ruhr rafften Tausende weg. Die Franzosen waren theils von Hause aus besser versorgt, theils wußten sie bei ihrer angeborenen Beweglichkeit und Munterkeit sich eher zu helfen, und sie hatten noch Humor genug, in ihrem Lager ein Theater zu improvisiren.

Auch die Diplomatie benützte die Winterzeit. Die Wiener Konferenz trat aufs neue zusammen. Aber Rußland, dem es bloß darum zu thun war, die Verbündeten zu trennen, verwarf die ihm gestellten Bedingungen, so daß Oesterreich am 2. December mit den Westmächten ein förmliches Schutz- und Trutzbündniß eingieng und seine Heere in Siebenbürgen und Galizien verstärkte. Da aber Preußen durchaus nicht zum Kampfe gegen Rußland zu bringen war und die deutschen Mittelstaaten über eine Kriegsbereitschaft nicht hinausgiengen, so wagte auch Oesterreich nicht, wenn es überhaupt je daran dachte, bei ungedecktem Rücken seine Heere gegen Osten zu führen. Während es auf diese Weise auf keiner Seite Dank einerntete, seinem Ansehen als Großmacht viel vergab und durch seine Truppenaufstellungen finanziell sich verblutete, trat das kleine Sardinien durch den Vertrag vom 26. Januar 1855 in die Reihe der kriegführenden Mächte und schickte 15,000 Mann unter dem General Lamarmora nach der Krim. Graf Cavour mit seinem politischen Scharfblick hatte sogleich erkannt, welch günstige Chancen der damalige Augenblick Sardinien darbiete. Das Bündniß der drei Ostmächte, die heilige Allianz, war durch Oesterreichs „Undankbarkeit" vernichtet; Frankreich und England war dem König von Sardinien für die Hilfe seiner tapferen Soldaten zum Dank verbunden; es war also vorauszusehen und durch eine geschickte italienische Politik, wozu Graf Cavour ganz der Mann war, leicht einzuleiten, daß, wenn noch einmal in der Po-Ebene gekämpft werde, Sardinien einen mächtigen Bundesgenossen zur Seite habe und Oesterreich vollständig isolirt stehe.

Kaiser Nikolaus strengte die Wehrkraft seines Volkes aufs äußerste an und sandte beträchtliche Truppenmassen nach der Krim, von denen viele das Ziel nicht erreichten und in den Schneefeldern Südrußlands

Digitized by Google

zu Grunde giengen. Von Petersburg aus ergieng der Befehl, die unter Omer Pascha bei Eupatoria stehenden Türken zu überfallen. General Chruleff unternahm am 17. Februar 1855 den Angriff und wurde von den wachsamen Türken zurückgeschlagen. Diese vielen Hiobsbotschaften erschütterten die Gesundheit des stolzen Zaren, und am 2. März 1855 starb er. Sein Nachfolger war sein ältester Sohn, Alexander II., ein milder, friedliebender Monarch. Aber die Ehre Rußlands und die Manen des zürnenden Vaters forderten gebieterisch die Fortsetzung des Kampfes, obgleich Rußland in diesem Kriege bereits 250,000 Mann, größtentheils durch Krankheiten, verloren hatte. Doch rief Alexander den Fürsten Menzikow ab und übertrug den Oberbefehl dem Fürsten Gortschakow. Umgekehrt konnten auch die Westmächte vor der Eroberung Sebastopols keinen Frieden schließen, zumal nicht Napoleon, dessen erste größere Unternehmung ihm nothwendig den Sieg bringen mußte, wenn nicht sein Kaiserthron gefährdet werden sollte. Er schickte daher seinen tüchtigsten Kriegsingenieur, den Artilleriegeneral Niel, nach der Krim, um an Ort und Stelle seine Rathschläge zu ertheilen. Dieser erkannte bald die richtige Stelle für einen Hauptangriff und ließ daher die Laufgräben und Verschanzungen immer näher gegen die südliche Vorstadt Karabelnaja vorschieben. Sein Gegner Tottleben kam ihm wo möglich auf halbem Weg entgegen, legte auf dieser neuen Angriffsseite neue Verschanzungen an und machte den sogenannten Malakowthurm zu einem fast unbezwinglichen Fort. Ueber und unter der Erde wüthete Tag und Nacht der Krieg. Die Armee der Verbündeten war auf 174,000, die der Russen auf 150,000 Mann verstärkt worden. Am 6. April wurde die Stadt aus 500 Geschützen beschossen und das Bombardement 14 Tage nacheinander fortgesetzt. Aber die russischen Kanonen blieben keine Antwort schuldig, und was von Befestigungen zerstört wurde, ließ Tottleben auf der Stelle wiederherstellen. Inzwischen machte die verbündete Flotte einen Abstecher nach dem asow'schen Meere, um die Städte Kertsch, Jenikale, Mariopol, Taganrog und Anapa mit ihren reichen Vorräthen zu vernichten. Dies gelang ihnen zwar, doch war dabei so wenig als in der Ostsee Ruhm zu holen, und es wurde nicht gebilligt, daß Kertsch, das ehemalige Panticapäum, wo der alte Mithridates sich den Tod gegeben hatte, mit seiner werthvollen Sammlung von Alterthümern von den Soldaten des „civilisirtesten" Volkes nicht geschont wurde.

Digitized by Google

In Paris, wo man sehnsüchtig einer Siegesbotschaft entgegensah, war man mit Canroberts Erfolgen nicht zufrieden. Sein Verhältniß zu Lord Raglan war ein sehr gespanntes. Dadurch litt das Ineinandergreifen der Operationen Noth. Daher schien ein Wechsel im Obercommando am Platz, worauf Canrobert selbst antrug. General Pelissier, der Höhlenräucherer von Algier, schien bei seiner rücksichtslosen Energie der rechte Mann zu sein, und Canrobert besaß Selbstverleugnung genug, um als Divisionsgeneral unter seinem Nachfolger zu dienen. Die Folgen des Wechsels zeigten sich sogleich. So viele Menschen auch zu Grunde giengen, Pelissier rückte mit seinen Verschanzungen immer vor und ließ am 7. Juni den „grünen Mamelon" erstürmen. Doch mißlang der allgemeine Sturm, welcher am 18. Juni, dem Waterlootag, unternommen wurde, und kostete die Verbündeten 7000 Mann. Lord Raglan, welcher den von ihm gehegten Erwartungen nicht entsprochen hatte, starb am 28. Juni an der Cholera, und an seiner Stelle übernahm der gleichfalls schon bejahrte General Simpson den Oberbefehl über die englischen Truppen. Auch die Russen verloren um jene Zeit einen Führer. Admiral Nachimow, der Sieger von Sinope, wurde am 11. Juli, wie er mit gewohnter Unerschrockenheit die Festungswerke besichtigte, von einer Kugel tödtlich getroffen.

Auch in der Ostsee machten die verbündeten Flotten wieder einen Besuch, konnten aber der Festung Kronstadt so wenig als im vorigen Sommer beikommen. Das Bombardement der finnischen Stadt Sweaborg am 7. August war die einzige bemerkenswerthe That dieser Seeexpedition.

Vor Sebastopol wurde den Russen die Nähe der feindlichen Arbeiten sehr bedenklich. Wenn sie in diesem Tempo vorschritten, so waren die Tage Sebastopols gezählt. Daher unternahm General Read am 16. August einen Ausfall. Die Belagerungsarbeiten sollten zerstört, die dichte Kette der Feinde zersprengt werden. Vom Nebel begünstigt überraschte er den Feind, wurde aber von den Franzosen und Sardiniern, die sich rasch wieder sammelten, mit Verlust von mehreren tausend Mann zurückgeschlagen. Pelissier verfolgte seinen Plan mit mathematischer Unerbittlichkeit. Der Kugelregen war vom 19. August an so fürchterlich, daß in 3 Tagen 5000 Russen auf den Wällen und in den Straßen verwundet oder getödtet wurden. 800 Feuerschlünde waren gegen die Stadt gerichtet, die Erde erbebte, die

Digitized by Google

Einwohner wurden wie betäubt; an ein Ausbessern der zusammengeschossenen Werke war nicht mehr zu denken; gegen ein solches Höllenfeuer vermochte auch Tottlebens Kunst nichts mehr. Es war ein fortwährendes Donnern, das von den Russen nicht in solchem Grade erwidert werden konnte. Auf den 8. September wurde der Sturm beschlossen. Mittags Punkt 12 Uhr schwieg auf der ganzen Linie der Verbündeten plötzlich die Kanonade, und im nämlichen Augenblick giengen die Franzosen auf den Malakowthurm, die Engländer auf den Redan (Sägewerk) los. Die französischen Sturmkolonnen unter Mac Mahon erstiegen rasch die Außenwerke des Malakow, fanden aber im Innern einen furchtbaren Widerstand, und als sie auch diesen überwältigt hatten, drohte ihnen die Gefahr, samt dem Thurm in die Luft geschleudert zu werden; denn von dem Pulvermagazin führten unterirdische Drähte nach der Stadt. Diese wurden rasch durchschnitten und ein Graben gezogen. Auch den kleinen Redan und die Centralbastion erstürmten die Franzosen, verloren aber bei diesen Angriffen in wenigen Stunden 7300 Mann. Weniger glücklich waren die Engländer. Sie drangen zwar trotz des schrecklichen Kartätschenfeuers der Russen in den großen Redan ein, wurden aber mit einem Verlust von 2400 Mann wieder hinausgetrieben. Doch war nach Einnahme des Malakows Sebastopol nicht mehr zu halten. Fürst Gortschakow, welcher durch den Sturm 13,000 Mann verloren hatte, ließ die noch übrigen Festungswerke der südlichen Stadt in die Luft sprengen, den Rest seiner Schiffe versenken, zog sich, die Schiffbrücke hinter sich zerstörend, nach der Nordseite des Meerbusens und nahm in dem östlich gelegenen Gebirge eine feste Stellung. Hier war er mit Perekop und dem übrigen Rußland in Verbindung und hatte von den Verbündeten, die über ihre eigenen Verluste nachzudenken hatten, zunächst nichts zu fürchten. Diese fanden in der Stadt noch ungeheure Vorräthe an Kriegsmaterial und Schiffsbauholz. Die Belagerung hatte elf Monate gedauert und die Kräfte aller Betheiligten sehr erschöpft. Jedermann wünschte Frieden, und es kam Rußland sehr zu Statten, daß der General Murawiew in Kleinasien am 28. November die Festung Kars zur Uebergabe zwang, nachdem sie von dem Kommandanten Wassif Pascha, unter Beihilfe des Engländers Williams und des Ungarn Kmety, einige Monate lang tapfer vertheidigt worden war.

Diesen Sieg in die Friedens-Wagschale werfend, schickte es den

Digitized by Google

Grafen Orlow zum Friedenskongreß nach Paris, an welchem, außer Rußland, Frankreich, England, Oesterreich und der Türkei, auch Sardinien in der Person des Grafen Cavour und des Marquis von Villamarina theilnahm. Zuletzt wurde auch noch Preußen wegen etwaiger Abänderungen der Wiener Verträge zugelassen. Am 30. März 1856 wurde der Pariser Friede unterschrieben. Rußland bekam nach demselben Sebastopol, und was es sonst verloren hatte, zurück, mußte Kars herausgeben, einen kleinen Landstrich an der Donaumündung an die Türkei abtreten und dem Protektorat über die Donaufürstenthümer und die griechischen Christen in der Türkei entsagen. Es sollte am schwarzen Meere keine Arsenale mehr errichten und nicht mehr Kriegsschiffe halten als die Türkei. Die Donauschiffahrt wurde für frei erklärt, die Integrität der Pforte bestätigt und das Schicksal der dortigen Christen, deren Gleichberechtigung mit den Türken bereits verkündigt war, unter den Schutz sämtlicher Großmächte gestellt.

Durch diese Friedensbestimmungen sollte Rußland die Macht und die Gelegenheit, in die inneren Angelegenheiten der Türkei sich einzumischen, benommen werden. Es brauchte wieder längere Zeit, um seine Kräfte zu einem neuen Schlage zu sammeln, welchen es, so oft er auch mißglückt, immer wieder erneuern wird, bis es sein Kreuz auf der Sophienkirche zu Konstantinopel aufgepflanzt hat. Der Glaube an seine unerschöpflichen Hilfsquellen, an seine Unüberwindlichkeit, wie ihn Nikolaus zu verbreiten wußte, war freilich dahin. Deutschland war von einem Druck erlöst. Die erste Rolle, welche in der europäischen Politik längere Zeit Rußland gespielt hatte, gieng jetzt auf Napoleon über, der aus einem geringgeschätzten Parvenü auf einmal eine sehr höflich behandelte Majestät wurde, zu deren Palast die Fürsten wallfahrteten. Frankreich strahlte wieder in altem Kriegsruhm, war die erste Großmacht, während Oesterreich und Preußen durch ihre ewigen Rivalitäten zur Ohnmacht verurtheilt, das übrige Deutschland als kaum den Kinderschuhen entwachsen behandelt und England, das weder zur See noch zu Land etwas Großes geleistet hatte, als im Niedergang begriffen angesehen wurde.

Der „kranke Mann" befand sich nach der Aussage seiner Leibärzte wieder in durchaus normalem Zustande. Daß freilich ein Theil seines Vermögens, seine christlichen Unterthanen, unter die Kuratel der Großmächte gestellt war, zeugte von einiger Abnormität. Schon im Hattischerif von Gülhane (3. Nov. 1839) hatte Sultan Abdul

Digitized by Google

Medschid allen seinen Unterthanen Gleichheit vor dem Gesetz zugesichert. Nach dem Krimkrieg erließ er, auf das Andrängen des englischen Gesandten, Lord Redcliffe, den sogenannten Hat Hümayun vom 18. Februar 1856, worin den Christen in allen Stücken die gleichen bürgerlichen Rechte wie den Türken zugesichert waren, aller Unterschied zwischen beiden im staatlichen Leben aufgehoben sein sollte. Aber, wenn es schon den christlichen Regierungen nicht selten begegnet, daß ihre Versprechungen und ihre Handlungen in einem merkwürdigen Mißverhältniß zu einander stehen, was kann man dann von einem unter Vormundschaft gestellten Muhamedaner erwarten? Der vielgerühmte Hat Hümayun war und blieb ein Blatt Papier. Von dem Christenhaß der türkischen Race zeugten jene entsetzlichen Greuel, welche die türkische Bevölkerung 1860 in Syrien, besonders in Damaskus, an den Christen verübte, was den Franzosen Anlaß zu einer zehnmonatlichen Occupation Syriens gab. Zu Ende derselben, am 26. Juni 1861 starb Abdul Medschid, nachdem er all seine Kraft in den Genüssen des Harems vergeudet hatte. Sein Bruder Abdul Azis folgte ihm und wandelte, nach einigen schüchternen Versuchen zur Herstellung kräftigerer Zustände, bald die nämlichen Wege. Er konnte es nicht hindern, daß die Moldau und Walachei, welche beide 1859 den Oberst Alexander Kusa zu ihrem Hospodaren erwählt hatten, am 23. December 1861 ihre Vereinigung unter dem Namen Rumänien proklamirten, wodurch die Oberhoheit der Pforte vollends ganz zu einem Schatten wurde. Die Willkürlichkeiten und Verschwendungen des Fürsten veranlaßten zuletzt eine Verschwörung, und in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar 1866 wurde Kusa in seinem Palast überfallen und zur Abdankung genöthigt. An seine Stelle wurde Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen gewählt und von der Pforte als erblicher Fürst von Rumänien bestätigt.

Mit dem Pariser Frieden, welcher der Türkei ihre Grenzen garantirte, war Griechenland sehr unzufrieden. Seit jener Zeit hatte König Otto einen schweren Stand. Die Nation konnte es ihm nicht verzeihen, daß er während des Krimkriegs keinen kriegerischen Ehrgeiz, keinen Unternehmungsgeist gezeigt habe, und hielt ihn von da an für ganz untauglich, die „große Idee" eines Großgriechenthums durchzuführen und seine Residenz nach Konstantinopel zu verlegen. Als dann der italienische Feldzug von 1859 im Sinne des Nationalitätsprincips entschieden wurde, Garibaldi 1860 seinen Zug nach Sicilien und

Digitized by Google

Neapel antrat und 1862 zur Eroberung Venetiens den ganzen östlichen Theil der adriatischen Küste in Aufruhr setzen wollte, da fragten sich die Hellenen, ob ihnen denn verwehrt sein solle, was den Italienern eben erlaubt und größtentheils gelungen war, ob sie nicht das nämliche Recht haben sollten, den Schmerzensschrei ihrer griechischen Brüder, die unter der Herrschaft eines Barbarenvolkes seufzen, zu vernehmen und alle griechischen Provinzen der olympischen Halbinsel zu einem Einheitsstaat zu vereinigen. Italienische Agenten und wohl selbst der italienische Gesandte in Athen schürten das Feuer, und so brach im Februar 1862 ein Militäraufstand in Nauplia aus, welcher unterdrückt wurde und an König Otto einen milden Richter fand. Aber während der König mit seiner Gemahlin Amalie von Oldenburg im Oktober den Peloponnes besuchte, erhoben sich gegen ihn die Städte Vonizza, Patras und Athen; eine provisorische Regierung bildete sich und sprach die Thronentsetzung Otto's aus. Auf die Nachricht von dieser Militärverschwörung kehrte das Königspaar am 23. Oktober in den Piräus zurück, durfte jedoch nicht mehr landen, fuhr nach Salamis zurück und bestieg dort ein englisches Schiff, mit welchem es nach Triest fuhr, um sich von da in die Heimat zu begeben. Darauf wählten die Griechen den zweiten Sohn der Königin von England, den Prinzen Alfred, zu ihrem König, und als das englische Kabinet diese Ehre ablehnte, so ernannten sie hiezu am 30. März 1863 den Prinzen Georg von Glücksburg, dessen Vater durch das Londoner Protokoll zum König von Dänemark bestimmt war. Der junge Georg I. landete am 30. Oktober im Piräus. Zur Bedingung der Annahme hatte er die Vereinigung der jonischen Inseln mit Griechenland gemacht. England willigte ein, und die griechische Nation sah es als ein günstiges Prognostikon an, daß der neue König diese Erwerbung als Morgengabe mitbringe, und hoffte, daß er auch der Türkei gegenüber den nationalen Wünschen entsprechen werde. Diese Hoffnung fand 1866 einige Bestätigung, als König Georg bei dem Aufstand der Kandioten gegen die Türken sich offen auf die Seite der ersteren stellte und die Freischarenzüge nach Kandia nicht hinderte.

Dieses feindselige Auftreten Griechenlands und die Aufstände griechisch-türkischer Provinzen werden von Rußland sehr begünstigt, so lange es sich um eine Bekämpfung, nicht um eine Theilung der Türkei handelt. Sollte es zu der letzteren kommen, so würde Grie-

Digitized by Google

chenland an Rußland sicherlich einen sehr eigennützigen Miterben finden, der eher geneigt wäre, nicht bloß die Rechte eines Universalerben für sich in Anspruch zu nehmen, sondern Griechenland selbst noch zu verschlingen, wie ja auch Nikolaus in seinen Unterredungen mit Seymour von einer Vergrößerung Griechenlands, vollends von der Wiederherstellung eines byzantinischen Reiches durchaus nichts wissen wollte. Sein Sohn Alexander II. kündigte sich zunächst als den Förderer der Civilisation an. Eine Zusammenkunft mit Napoleon, welche er im September 1857 in Stuttgart am Hofe des Königs Wilhelm von Württemberg hatte, begründete freundliche Beziehungen im persönlichen Verkehr der beiden Kaiser. In den inneren Beziehungen des Landes suchte Alexander durch den Bau von Eisenbahnen, durch Handelsverträge, durch Verbesserung des Unterrichtswesens die geschlagenen Wunden zu heilen und Rußland seiner asiatischen Formen immer mehr zu entkleiden. Seine bedeutendste That, zu der nicht weniger Muth als Einsicht und guter Wille gehörte, ist die Aufhebung der Leibeigenschaft, in welcher 23 Millionen Menschen lebten. Die leibeigenen Bauern sollten von den Grundherren ein bestimmtes Gehöfte erhalten und in einer bestimmten Frist von Jahren durch eine Art Ablösung, die in Geld oder anderen Leistungen bestehe, dieses als Eigenthum bekommen, während solche Leibeigene, welche Gewerbe treiben und häusliche Dienste besorgen, innerhalb zwei Jahre ihrer Verpflichtungen gegen die bisherigen Herren entledigt sein sollten. Alexander gieng mit einem guten Beispiel voran, erklärte alle Leibeigenen des kaiserlichen Hauses für frei und überließ ihnen die von ihnen bebauten Güter unentgeltlich. Weder der Widerstand des in seiner Macht bedrohten Adels, noch Aufstände von Bauern, welche es noch praktischer fanden, die Güter ohne Ablösung zu erhalten, konnten den Kaiser in der Ausübung seines civilisatorischen Berufes aufhalten. Sein Manifest vom 17. März 1861 legte nach allen Seiten hin sein Verfahren klar dar, und die Ausführung desselben wird die socialen und politischen Verhältnisse Rußlands ganz umgestalten.

Mitten in diese Reformbewegungen fiel ein neuer Aufstand der Polen. Obgleich ihnen Alexander auf materiellem und geistigem Gebiet bedeutende Erleichterungen gewährte und andere in Aussicht stellte, so entstand doch nach dem italienischen Krieg von 1859, wo die Frage der Nationalitäten zu ihrem Rechte gekommen war, eine

Digitized by Google

große Aufregung unter den Polen, welche sich auch diesmal wieder auf Frankreichs Hilfe verließen. Die Herstellung eines selbständigen Königreichs, sogar in seiner alten Ausdehnung, wie es vor der ersten Theilung 1772 bestanden hatte, war das Ziel der Bewegung. Großartige Trauerfestlichkeiten zu Ehren des Beginns der Revolution von 1830, der Schlacht bei Grochow und des in Paris verstorbenen Fürsten Czartoryski erhielten vom November 1860 an die politischen Leidenschaften in Athem. Die bürgerlichen Kreise der Städte, die studirende Jugend, die katholische Priesterschaft waren die hauptsächlichsten Stützen der Bewegung. Der Kaiser stellte dem Fürsten Gortschakow, dem Vertheidiger von Sebastopol, welcher dem verstorbenen Fürsten Paskewitsch als Statthalter von Polen gefolgt war, den polnischen Markgrafen Wielopolski, einen gemäßigten Patrioten, für die Verwaltung des Kultus und des Unterrichts zur Seite. Aber weder diese, noch andere Konzessionen befriedigten das Volk, das die Trauerfarbe zur Nationalfarbe machte und in den Kirchen revolutionäre Lieder sang, während der Adel den „landwirthschaftlichen Verein" für seine politischen Zwecke ausbeutete. Bald gab es in Warschau blutige Konflikte zwischen Volk und Militär; Graf Lambert, der Nachfolger Gortschakows, erklärte am 14. Oktober 1861 ganz Polen in Belagerungszustand, und General Lüders, welcher ihn ablöste, ließ mehrere angesehene Männer verhaften. Doch ließ es die Regierung an versöhnlichen Schritten nicht fehlen: der Priester Felinski wurde zum Erzbischof von Warschau, der Großfürst Konstantin, des Kaisers Bruder, zum Statthalter von Polen ernannt und Wielopolski ihm für die Civilverwaltung beigegeben. Eine Reihe nationaler Reformen begann. Aber die Bevölkerung Warschau's stand unter dem Bann einer geheimen Verschwörung. Mordversuche auf General Lüders, auf den Großfürsten, auf Wielopolski zeigten den Abgrund, an welchem man stand. Um mit der revolutionären Bevölkerung aufzuräumen, veranstaltete die Regierung, nachdem mehrere Jahre keine Rekrutenaushebung stattgefunden hatte, in der Nacht des 14. Januar 1863 eine gewaltsame Militäraushebung, bei welcher alle jungen Leute in Warschau, welche verdächtig schienen, ergriffen und unter das Militär gesteckt wurden. Dies gab den Ausschlag zur Entzündung des Volkskriegs. Eine provisorische Nationalregierung konstituirte sich, rief das Volk zur Freiheit auf, suchte die bisher zurückhaltenden Bauern durch die Erklärung, daß sie die freien und

Digitized by Google

erblichen Eigenthümer der von ihnen bebauten Grundstücke sein sollten, für den nationalen Kampf zu gewinnen, und ernannte den aus den Jahren 1848 und 1849 bekannten General Mieroslawski zum Diktator. Aber nach wenigen Tagen wurde er von den Russen geschlagen und floh nach Preußen, worauf der aus Posen stammende Langiewicz als Diktator auftrat. Nur wenige Tage bekleidete er diese Würde; auch er mußte am 19. März flüchten, wandte sich nach Oesterreich und erhielt nach längerer Haft die Erlaubniß zur Auswanderung nach der Schweiz. Darauf übernahm die Nationalregierung wieder die Leitung und stellte sich, wie ein Femgericht, Befehle ertheilend, Steuern ausschreibend, Mord aussendend, neben die officielle russische Regierung. Auf die Länge konnte dieser Bandenkrieg in den polnischen Wäldern, diese Revolutionstribunale in Warschau nicht bestehen, besonders, seitdem der energische General Berg, nach Entlassung Wielopolski's an die Spitze der Verwaltung gestellt wurde (31. Oktober 1863). Das ganze Land war voll von russischen Soldaten; der Adel in Polen, in Podolien und der Ukräne wurde durch Einkerkerungen unschädlich gemacht; der katholischen Geistlichkeit eine außerordentliche Einkommenssteuer auferlegt, die Bauern durch Verleihung des Eigenthumsrechts auf ihre Pachtgüter gewonnen, in Lithauen dem polnischen Element durch General Murawiew ein Vernichtungskrieg angekündigt.

Mit dem Ende des Jahres 1863 erlosch der Aufstand, und der russische Minister des Auswärtigen, Fürst Alexander Gortschakow, ein Bruder des Generals und Statthalters, konnte dem französischen Kabinet mittheilen, daß zu diplomatischen Noten durchaus kein Anlaß mehr vorliege. Denn auch diese Gelegenheit hatte Napoleon benützen wollen, um als Schiedsrichter Europa's aufzutreten. Allein er hatte es nicht weiter gebracht als zu gleichlautenden Noten Frankreichs, Englands und Oesterreichs, auf welche Gortschakow erwiderte, daß der Aufstand um so rascher erlöschen werde, je energischer diese Mächte der Revolutionspartei ihrer eigenen Länder das Handwerk und das Schüreisen niederlegen. England und Oesterreich wollten sich in keinen Krieg mit Rußland wegen Polens einlassen, der ja für Oesterreich die Bedeutung einer Abtretung Galiziens gehabt hätte, daher Napoleon durch den Vorschlag eines allgemeinen Kongresses, als eines obersten Areopags in allen europäischen Angelegenheiten, aus der Verlegenheit sich zu ziehen suchte. Der Kongreß kam nicht zu Stande,

Digitized by Google

und der Tod des Königs von Dänemark rief ganz andere Verwicklungen in den Vordergrund der politischen Bühne. Preußen hatte auch diesmal seine russischen Sympathien gezeigt. Am 8. Februar 1863 hatte es mit Rußland einen geheimen Vertrag zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes geschlossen, der sowohl in der preußischen Kammer als bei den auswärtigen Kabinetten entschiedene Proteste veranlaßte und nicht zur Ausführung kam.

§. 19.

Italienischer Krieg.

Auf dem Friedenskongreß zu Paris hatte Graf Camillo Cavour, welcher seit 1852 Ministerpräsident in Sardinien war, eine Denkschrift vorgelegt, worin er erklärte, daß Europa nicht zu einem dauernden Frieden kommen werde, bevor die nationalen Forderungen der Italiener erfüllt seien. Diese präcisirte er dahin, daß die Großmächte die nationale Einheit Italiens anerkennen, daß Oesterreich im lombardisch-venetianischen Königreiche eine liberale Verfassung geben, daß die fremden Truppen aus dem Kirchenstaat entfernt werden und ein weltlicher Statthalter unter der Oberhoheit des Papstes dort regieren, und daß der willkürlichen Regierung in Neapel und Sicilien durch eine Intervention ein Ende gemacht werden solle. Dieses Programm konnte und wollte nicht den Anspruch machen, in Paris zur Berathung zu kommen; aber die bloße Erwähnung desselben, die sichtbare Billigung Frankreichs und Englands, die kaum verhehlte Schadenfreude Rußlands, bedeutete so viel, daß gleich nach der orientalischen Frage die italienische in Scene gesetzt werde. Der Augenblick war nicht schlecht gewählt.

Oesterreich, um dessen Bekämpfung es sich hier allein handelte, war vollständig isolirt. Es gebot scheinbar über eine ungeheure Macht. Seine vielen Provinzen hatten eine Bevölkerung von 38 Millionen Einwohnern und unerschöpfliche Hilfsquellen, am Bundestag führte es immer noch das erste Wort, und in Italien folgten, außer Sardinien, alle Staaten seiner Stimme. Aber im Innern des eigenen Reiches befolgte es, die Erfahrungen der letzten Revolutionen bei Seite werfend, ein abgelebtes Regierungssystem, hatte am 31. December 1851 die oktroyirte Verfassung vom 4. März 1849 wieder

Digitized by Google

aufgehoben, kehrte zum vormärzlichen Absolutismus zurück, gab durch sein Konkordat vom 18. August 1855 der katholischen Geistlichkeit einen unbeschränkten Einfluß auf das Unterrichtswesen und auf die Presse und opferte wesentliche Thron- und Staatsrechte dem päpstlichen Stuhle. Religöse Intoleranz, Beeinträchtigung der Rechte der „Akatholiken", unbefugte Einmischung in die konfessionelle Erziehung der Kinder waren an der Tagesordnung. In Folge dessen fehlte es dem Staate an den nothwendigsten Bedingungen eines gesunden Lebens: an Luft und Licht. Woher sollte unter solchen Verhältnissen Intelligenz, patriotische Begeisterung, Opferwilligkeit kommen, wie sie bei heftigen Erschütterungen des Staates so nothwendig sind? Auch das Uebergewicht am Bundestag mochte ihm in einem auswärtigen Kriege, welcher die Grenzen Deutschlands nicht berührte, nicht gar viel helfen. Allerdings bargen sich die meisten deutschen Regierungen unter dem Schutze des Doppeladlers und wirthschafteten in diesem Sinne. Die kurhessische Verfassung von 1831 wurde vom Bundestag, als unvereinbar mit den Bundesgesetzen, am 27. März 1852 aufgehoben und von Hassenpflug eine andere oktroyirt, die alle Volksrechte zur Illusion machte. Dieses Unwesen dauerte fort, bis endlich 1862 Preußen für die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 in die Schranken trat. In Mecklenburg griff man, nach Beseitigung des Staatsgrundgesetzes von 1849, sogar bis zum Grundgesetz von 1755 zurück, um die Ansprüche der ritterschaftlichen Pascha's zu befriedigen. Allein diese Nachbildungen und Sympathien der Mittel- und Kleinstaaten brachten Oesterreich keinen greifbaren Nutzen, da sie sich, wie dies die Bamberger Konferenzen während des Krimkrieges gezeigt hatten, nicht zu einem gemeinsamen und energischen Entschlusse aufraffen konnten, und wenn je, so war von da an bis zur That noch ein weiter Weg. Alles kam hier auf die Haltung Preußens an. Nur wenn Oesterreich dessen sicher war, konnte es über die Kräfte von ganz Deutschland gebieten; sonst kaum über ein einziges Bataillon. Zwar verfolgte auch Preußen reaktionäre Ziele, suchte durch eine gefügige Kammer die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu verschlechtern und brachte sich unter dem geistlosen und kleinmüthigen Ministerium Manteuffel im Inland und Ausland um alle Achtung. Aber an Licht fehlte es diesem Staate nicht. Die Wissenschaften wurden trotz dem Kultminister Raumer und seinen Schulregulativen kaum irgendwo so sehr gefördert. Namen

Digitized by Google

wie Alexander von Humboldt, Karl Ritter, Jakob und Wilhelm Grimm, Ranke, gehören zu den bedeutendsten in ganz Europa. So lange Friedrich Wilhelm IV. lebte, welcher nur in friedlichen Bahnen sich wohl fühlte, war keine Systemsänderung zur erwarten. Nur auf dem Gebiet des deutschen Zollvereins erfocht Preußen einen Sieg über Oesterreich. Dieses sah neidisch auf die glückliche Leitung des Vereins durch Preußen und verlangte, in denselben aufgenommen zu werden. Von den Regierungen, besonders den süddeutschen, angefeindet, aber von den Gewerbtreibenden unterstützt, gab Preußen nicht nach und setzte es durch, daß sich Oesterreich mit dem Abschluß eines Handelsvertrags vom 19. Februar 1853 begnügte. Zu jener Zeit erwarb Preußen von Oldenburg das Hafengebiet am Jahdebusen und damit für die Anfänge seiner Seemacht einen festen Punkt an der Nordsee.

Nur einmal noch schien der König Friedrich Wilhelm in eine kriegerische Verwicklung zu kommen. Am 2. Sept. 1856 stellte sich Graf Friedrich von Pourtalès in Neuenburg an die Spitze einer kleinen königlichen Partei, sprengte die republikanische Regierung, welche 1848 den Kanton von der preußischen Oberhoheit losgerissen und das Fürstenthum zu einer Republik gemacht hatte, und pflanzte auf dem Schlosse Neuenburg die hohenzollernsche Fahne auf. Aber schon nach zwei Tagen war dieser royalistische Putsch unterdrückt und die Führer ins Gefängniß geführt. Preußen verlangte ihre Freilassung. Unter Frankreichs Vermittlung kam zwischen den zwei sich bereits rüstenden Parteien ein Vergleich zu Stande, wonach die Royalisten entlassen wurden, und der König von Preußen seinen Rechten auf Neuenburg entsagte (26. Mai 1857). Aber die Tage Friedrich Wilhelms waren von nun an gezählt. Er fiel noch im nämlichen Jahre in eine unheilbare Gehirnkrankheit und mußte am 24. Oktober 1857 seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, zu seinem Stellvertreter ernennen. Das Leiden nahm solche Dimensionen an, daß eine bloße Stellvertretung keinen Sinn mehr hatte, daher der Prinz von Preußen am 8. Oktober 1858 unter dem Titel eines Regenten die volle Regierungsgewalt übernahm, ein Verhältniß, das bis zum 2. Januar 1861 fortdauerte, an welchem Tage Friedrich Wilhelm im Schlosse zu Sanssouci starb, und der Prinz von Preußen als König Wilhelm I. die Regierung antrat. Von ihm hatte Oesterreich weniger Nachgiebigkeit zu erwarten als von dem verstorbenen

Digitized by Google

Bruder. Schon an den Antritt der Regentschaft knüpfte sich die „neue Aera" in Preußen, welche sich unter dem liberalen Ministerium Hohenzollern-Sigmaringen in einer selbständigeren Haltung in der auswärtigen Politik ankündigte. Die Schmach von Bronzell und Olmütz, die Gewaltthätigkeiten des Fürsten Schwarzenberg, welcher die Großmacht Preußen zu einem deutschen Mittelstaat herabdrücken wollte, empfand man in diesen Kreisen tief. Es zeigte sich in allen Dingen ein lebhaftes Gefühl für Preußens Größe. War es unter der vorigen Regierung Oesterreich gelungen, die preußischen Vergrößerungsplane in dem Unionsprojekt, in Kurhessen und in Schleswig-Holstein aus dem Feld zu schlagen und den lästigen Rivalen in alte, brandenburgische Bahnen zurückzuwerfen, so war jetzt eher das umgekehrte Verhältniß zu fürchten. Auf seinen Bruder hinweisend, hätte Friedrich Wilhelm, wie einst der Vater Friedrichs des Großen, sagen können: „Da steht einer, der mich rächen wird." Schwarzenberg war übrigens schon 1852 gestorben und sein Nachfolger, Graf Buol-Schauenstein, huldigte einer milderen Praxis. Dazu zwang ihn besonders die italienische Frage. Je mehr es den Anschein hatte, daß Sardinien an Frankreich einen Alliirten haben werde, desto mehr bemühte sich Oesterreich um Preußens Allianz. Sie war unter der neuen Aera nur gegen Konzessionen in der Leitung der deutschen Angelegenheiten zu gewinnen.

Nicht besser stand es mit Oesterreichs Macht in Italien. Allerdings erstreckte sich dort seine unmittelbare Herrschaft gerade über die fruchtbarsten Landstriche mit etwa ein Fünftheil der Gesamtbevölkerung Italiens, und in Toskana und Modena herrschten Prinzen seines Hauses, gewohnt, ihr Losungswort aus Wien zu erhalten. In den wichtigen Festungen Ferrara und Piacenza hatte Oesterreich das Garnisonsrecht, in Parma, Rom und Neapel war sein Einfluß der überwiegende. Aber alle diese Vasallenstaaten waren in einem Kriege, wo es sich um die Unabhängigkeit Italiens handelte, für Oesterreich mehr eine Last als eine Stütze; denn das Mißverhältniß zwischen Regierung und Volk war dort noch weit schlimmer als in den deutschen Kleinstaaten, als selbst in Kurhessen. Mit dem Sturze der österreichischen Herrschaft in Italien mußten alle diese Throne nicht bloß wanken, sondern fallen. Waren doch in einigen derselben die Verhältnisse von der Art, daß man nicht im neunzehnten Jahrhundert, sondern noch in der dicksten Barbarei des Mittelalters zu stehen

Digitized by Google

glaubte. Der Herzog von Modena, der alte Schildknappe Oesterreichs, trieb nach Besiegung der Revolution sein jesuitisch-absolutistisches Handwerk so schwunghaft wie zuvor. Unter dem Herzog Karl III. von Parma, einem spanischen Bourbon, wüthete gegen alle patriotisch Gesinnten das Prügelsystem, und sein englischer Stallmeister Ward wurde zum Minister erhoben. Der Herzog wurde 1854 auf offener Straße ermordet, und sein Günstling, der Gensdarmerieoberst Graf Anviti, fiel 1859 unter den Dolchen des empörten Volkes. In Toskana herrschte Großherzog Leopold, wie früher, nicht ohne Milde; aber die Aufhebung der Verfassung und den Einfluß des Wiener Kabinets verzieh man ihm nicht. Papst Pius IX. hatte bei seiner Rückkehr von Gaëta die Einführung von Reformen in der Staatsverwaltung zugesagt; aber die Schrecken der Revolution hielten ihn so gelähmt, daß er sich nicht entschließen konnte, sein Versprechen zu halten. Er zog sich immer mehr in die Falten seiner geistlichen Würde zurück und überließ das Steuerruder am Schifflein Petri dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli. Die Verfolgung der Republikaner wurde aufs äußerste ausgedehnt; man zählte 1854 im Kirchenstaat 13,000 politische Gefangene und 19,000 politische Flüchtlinge. In Neapel füllte König Ferdinand II., vom Volke König Bomba genannt, die Gefängnisse und Galeeren mit den Gegnern seiner Despotie, politische Verurtheilte vornehmer Abkunft mit den gemeinsten Verbrechern zusammensperrend, stützte sich auf seine schweizerischen Söldner, war taub gegen die Mahnungen des Erdbebens von 1857, das 20,000 Häuser zerstörte und 10,000 Menschen verschüttete, taub gegen die Aufstände des Barons Ventivenga in Sicilien und des Obersten Pisacane und gegen den Mordversuch des Soldaten Milano und zog sich aus Scheu vor den Menschen meist in sein wohlverwahrtes Schloß Caserta oder nach Gaëta zurück. Während des Krimkriegs war er unpolitisch genug, seine Sympathie für Rußland an die große Glocke zu hängen und durch ein Ausfuhrverbot die Westmächte zu reizen. Die Briefe des englischen Staatsmannes Gladstone stellten sein Schreckenssystem an den Pranger von Europa und machten seine Dynastie in England zu einem Gegenstand des Abscheus.

Oesterreich war, wenn es um seine italienische Herrschaft kämpfen mußte, auf sich selbst angewiesen. Die Bevölkerung der Lombardei und Venedigs wurde durch Militärdruck niedergehalten, die wohl-

Digitized by Google

habenden Städter und der reiche Adel durch Polizeimaßregeln und Steueraufschlag aufgereizt, die Güter der Ausgewanderten mit Beschlag belegt und dadurch Konflikte mit Sardinien hervorgerufen, welches, wenn jene in seinem Gebiet naturalisirt waren, gegen die Sequestrationen protestirte und dabei von den Westmächten unterstützt wurde. Die Reise des Kaisers Franz Josef und seiner Gemahlin, Elisabeth von Baiern, und ihr längerer Aufenthalt in Mailand, im Winter 1856 änderte trotz der Aufhebung der Güter-Sequestration und trotz der Amnestie in dem Verhältniß zwischen Regierung und Volk nicht das Geringste. Eine Versöhnung war schlechterdings unmöglich; diese ewigen Reibungen, diese fortwährenden Scharmützel, dieser geheime Krieg konnte nur mit der Vernichtung des einen Theiles enden. Daran arbeitete Sardinien aus allen Kräften und wurde dabei von einer kriegslustigen Presse, von den Agitationen Mazzinis und Garibaldis und von dem über ganz Italien verbreiteten Nationalverein unterstützt.

Unter den trostlosen Zuständen einer rachsüchtigen Reaktion und gehaßten Fremdherrschaft bildete die sardinische Regierung eine Oase. König Viktor Emanuel hatte ein Herz für Italiens Größe, und seine Politik war der österreichischen in allem schnurstraks entgegengesetzt. Er führte die Verfassung in freiheitlichem Sinne fort, nahm alle flüchtigen Patrioten Italiens in seinem Staate auf und brach vollständig mit den ultramontanen Ideen, unbekümmert um das Grollen Roms und seiner Bischöfe. Seine Regierung, von Cavour mit Einsicht und Kühnheit geleitet, galt als der Hort aller liberalen Bestrebungen, seine Dynastie, obgleich aus dem französischen Savoyen abstammend, durch hundertjährige Einbürgerung als die einzige nationale auf der ganzen Halbinsel. Obgleich ein Staat von kaum 5 Millionen Einwohnern, war Sardinien doch mächtig; denn ganz Italien stand hinter ihm. Nicht zum erstenmal hegte es Vergrößerungs- und Nationalitätsplane. Schon im Anfang dieses Jahrhunderts vertheidigten die sardinischen Staatsmänner in London und Petersburg den Satz von der Nothwendigkeit des Ausschlusses Oesterreichs aus Oberitalien und der Errichtung eines starken norditalienischen Königreichs. Der sardinische Gesandte am russischen Hof, Josef de Maistre, schrieb schon 1814: „Es gibt für das Haus Savoyen kein höheres Interesse — und dasselbe hat ganz Italien — als daß Oesterreich auf der Halbinsel nicht eine Handbreit Landes besitze.

Digitized by Google

Der König muß sich zum Haupt der Italiener machen, er muß in alle Civil- und Militärposten selbst seiner Residenz sogar Revolutionäre berufen." Er kannte keine andere Wahl für Sardinien, als entweder von Oesterreich sich verschlingen zu lassen oder Oesterreich aus Italien hinauszujagen und sich an seine Stelle zu setzen. Wenn die Erreichung dieses Zieles bisher mißlang, so hatte es seinen Grund darin, daß Sardinien mit dem nämlichen Regierungsprincip, welches Oesterreich hatte, dieses überwältigen zu können wähnte. Und doch war ein Gelingen nur möglich, wenn Sardinien sein Staatswesen von Grund aus reformirte, dem Stabilitätsprincip Oesterreichs das der freiesten Volksentwicklung entgegensetzte und ganz Italien zum klaren Bewußtsein brachte, daß der neue Krieg kein sardinischer, sondern ein italienischer, kein Kabinetskrieg, sondern ein Nationalitätskrieg, daß das Interesse des Hauses Savoyen und Italiens eins und dasselbe sei. Erst Cavour schlug diese Richtung in der Politik ein; ohne ein Mann wie ihn wäre das Ziel unerreichbar gewesen. Für die Unabhängigkeit und Größe Italiens begeistert, besaß er ungemeinen Scharfsinn, die feinsten Plane zu entwerfen, auf mehrere Jahre hinaus die Wege vorzubereiten, und was die Mittel betraf, so war er zu sehr Italiener und Nachkomme Macchiavelli's, als daß er sich so leicht von Gewissensskrupeln beunruhigen ließ.

Aber bei all' dem wäre es selbst einem Cavour nicht möglich gewesen, auf die Kräfte Sardiniens allein angewiesen, den Kampf gegen Oesterreich siegreich zu bestehen. Nur die damalige Isolirtheit Oesterreichs und die Hilfe einer Großmacht konnte ihm den Sieg in Aussicht stellen. Die Früchte des Krimkriegs kamen nun zur Reife; die sardinische Hilfe konnte nun verwerthet werden. Der Sympathien Englands, das einen fast krankhaften Haß gegen den König „Bomba", gegen die päpstliche Regierung, gegen das ganze katholisch-absolute System in Italien zeigte, konnte man auch unter dem Toryministerium des Grafen Derby sicher sein. Rußland gerieth bei dem Gedanken an den ungarischen und den Krimkrieg in eine solche Wuth, daß es den Augenblick kaum erwarten konnte, wo auch Oestereich der Friede diktirt wurde. Obgleich sardinische Truppen vor Sebastopol standen, so kokettirte doch Rußland förmlich mit seiner sentimentalen Freundschaft für Sardinien. Die russische Großmacht und der sardinische Kleinstaat drückten einander bei einem Besuche der Kaiserin-Mutter

Digitized by Google

in Nizza 1856 aufs zärtlichste die Hände, und der russischen Flotte wurde sogar der Hafen von Villafranca überlassen.

Doch wichtiger als dieser Gefühlsaustausch waren die Beziehungen zu Frankreich. Napoleon, in der Rolle des Siegers sich gefallend, seit dem Pariser Frieden der anerkannte Schiedsrichter Europa's, fand den österreichischen Einfluß in Italien unerträglich. Dieses Land, wo seit dem König Franz I. von Frankreich der habsburgische und der französische Einfluß sich bekämpften, wo der große Oheim seine ersten und herrlichsten Triumphe errungen hatte, betrachtete er vorzugsweise als eine Staatsdomäne von Frankreich. Den Verträgen von 1815 auch auf diesem Gebiet sein neues Staatsrecht entgegenzusetzen, war sein erklärter Wunsch, und mit der Besetzung Roms 1849 war ein Anfang schon gemacht. Was konnte ihm gelegener sein als eine Allianz mit Sardinien, das durch die Eroberung Mailands und Venedigs groß genug werden sollte, um einen Damm gegen Oesterreich zu bilden, und doch noch so klein bleiben sollte, daß es der Hilfe Frankreichs stets bedurfte! Dieses norditalische Königreich dachte er dann mit den übrigen Staaten der Halbinsel zu einem italienischen Bund, ähnlich dem ohnmächtigen deutschen Bund, zu vereinigen, und durch die Stimme seines Schützlings in demselben die Rolle eines Protektors zu spielen.

Ein unerwartetes Ereigniß beschleunigte die Zeitigung dieser Plane. Als Napoleon am Abend des 14. Januars 1858 mit seiner Gemahlin in die Oper fuhr, wurden Handgranaten gegen seinen Wagen geschleudert, wodurch eine Menge von Personen getödtet oder verwundet, das Kaiserpaar nur leicht verletzt wurde. Es war die verzweifelte That Felix Orsini's, welcher Mitglied der konstituirenden Versammlung in Rom, dann Gefangener in Mantua gewesen war, und nach seiner Flucht von dort in England sich mit drei anderen Flüchtlingen, Pieri, Rudio und Gomez, verbunden hatte, um Napoleon zu ermorden. An diesem sollte Rache genommen werden dafür, daß er, der 1831 in den Carbonaribund aufgenommen war, die römische Republik gestürzt habe und die Schatten seines napoleonischen Despotismus über den ganzen Erdtheil werfen wolle. Seine Person schien der Mazzinischen Partei das Haupthinderniß der italienischen Unabhängigkeit, und darum sollte er fallen. Beim Verhör erklärte Orsini, daß er früher Napoleon für den künftigen Retter Italiens gehalten habe, und richtete zwei Schreiben an ihn, worin er ihn erinnerte, daß „Italiens Söhne ihr Blut für seinen Oheim vergossen",

Digitized by Google

und mit den Worten schloß: „Befreien Sie mein Vaterland, und der Segen von 25 Millionen Bürgern wird Ihnen auf die Nachwelt folgen!“ Orsini und Pieri wurden hingerichtet, die andern deportirt. Wegen eines fünften Verschworenen, des Franzosen Bernard, welcher in England zurückgeblieben war, kam es beinahe zum Bruch zwischen Frankreich und England, als jener vom englischen Schwurgericht freigesprochen wurde. Da aber England in Ostindien beschäftigt war und Napoleon seinen italienischen Krieg vorhatte, so war eine Aussöhnung im Interesse der beiden Staaten. Dieselbe wurde durch die persönliche Theilnahme der Königin Viktoria an der Hafeneinweihung zu Cherbourg (5. August 1858), äußerlich wenigstens, besiegelt. Nun gieng es rasch an die Ausführung des Orsini'schen „Testaments“. Im Herbst 1858 fand die Zusammenkunft Napoleons und Cavours im Badeort Plombières statt, wobei die Plane hinsichtlich Italiens festgestellt und die Vertragsbestimmungen verabredet wurden. Die Vermählung der ältesten Tochter Victor Emanuels, der Prinzessin Klotilde, mit dem Prinzen Napoleon Bonaparte, dem Sohne Jerome's, sollte das neue Bündniß durch ein verwandtschaftliches Band noch enger knüpfen.

Wenige Wochen darauf äußerte Napoleon am Neujahrstag 1859 bei der Gratulationscour in den Tuilerien zu dem österreichischen Gesandten, Baron Hübner: „Ich bedaure, daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, als ich sie zu sehen wünsche; aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu melden, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer die nämlichen sind.“ Viktor Emanuel drückte sich bei Eröffnung der sardinischen Kammern am 10. Januar noch deutlicher aus, indem er sagte, daß er „trotz aller Achtung vor den Verträgen nicht unempfindlich sein könne für den Schmerzensschrei, der aus so vielen Theilen Italiens zu ihm töne“. In der Presse der beiden Staaten wurde viel von der „Berechtigung der Nationalitäten“ und von der „Revision der Verträge“ gesprochen. Oesterreich verstand diese Sprache und rüstete sich zum Krieg. Erzherzog Maximilian, der Bruder des Kaisers, welcher als General-Gouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs die Härte der Fremdherrschaft möglichst zu mildern suchte, wurde abberufen, das Land unter das Kriegsgesetz gestellt, Truppen über Truppen nach Oberitalien geschickt. Auch Sardinien ließ es an Rüstungen nicht fehlen, und Frankreich hielt seine kriegstüchtigsten Truppen in Algerien zur Einschiffung

Digitized by Google

bereit. Die Diplomatie suchte die Schwerter noch in der Scheide zu halten. Aber vergebens reiste der englische Gesandte in Paris, Lord Cowley, nach Wien und sprach von Konceſſionen; vergebens schlug Rußland einen Kongreß der Großmächte vor, auf welchem die italienische Frage entschieden werden sollte. Oesterreich wußte recht wohl, zu wessen Gunsten die Sache entschieden würde, und zog eine rasche Entscheidung durch die Waffen einem Friedenszustande vor, bei dem es finanziell zu Grunde gehen mußte, und nur seine Gegner, die noch nicht vollständig gerüstet waren, gewannen. Daher übergab es am 23. April in Turin in einem Ultimatum die Erklärung, daß es den Krieg beginnen werde, wenn die sardinische Armee nicht innerhalb drei Tage entwaffnet sei. Am 25. April kam eine ablehnende Antwort, und am folgenden Tage ließ Napoleon durch seinen Gesandten in Wien eröffnen, daß er den Uebergang der Oesterreicher über den Ticino als eine Kriegserklärung an Frankreich ansehe.

Die Oesterreicher giengen am 29. April über den Ticino, und damit war der Krieg eröffnet. Aber es wurden auf ihrer Seite gleich anfangs Fehler um Fehler gemacht. Radetzky, der Sieger von Novara, war seit dem vorigen Jahre todt. An seine Stelle wurde Graf Franz Gyulai zum Oberfeldherrn ernannt, der außer seinem alten, ungarischen Adel nichts aufzuweisen hatte, was ihn vor gewöhnlichen Menschenkindern auszeichnete. Man konnte es im Interesse Oesterreichs schon tadeln, daß es nicht die Strategie Friedrichs des Großen vom Jahr 1756 nachahmte und, sobald es von der „Verschwörung von Plombières" Kunde hatte, mitten im Winter in Sardinien einbrach und den Feind vernichtete, bevor auch nur ein einziger Franzose im Lande war. Nachdem es sich zu solcher Kühnheit nicht hatte aufschwingen können, war es Sache des Oberfeldherrn, rasch auf Turin loszugehen, an Truppen und Kriegsmaterial zu vernichten, was ihm in die Hände fiel, die Straßen nach Savoyen und Genua zu besetzen und die französischen Heeresabtheilungen, wie sie einzeln ankamen, zu schlagen und ins Gebirge und auf ihre Schiffe zurückzuwerfen. Statt dessen besetzte Gyulai den zwischen Ticino und Sesia gelegenen fruchtbaren Landstrich, die Lomellina, und glaubte damit ein Pfand in der Hand zu haben, bei dessen Besitz er, wie bei einem gerichtlichen Prozeß, dem weiteren Verlauf der Dinge ruhig zusehen könne. Inzwischen marschirten die Franzosen über den Mont Cénis und Mont Genèvre, der größere Theil kam zur See in Genua

Digitized by Google

an, darunter Napoleon selbst mit seinen berühmtesten Generalen, Canrobert, Mac Mahon, Niel. Obgleich mehr Theoretiker im Kriegswesen, übernahm Napoleon den Oberbefehl über die französisch-sardinische Armee. Um endlich über die Stellung des Feindes sich zu orientiren, ordnete Gyulai eine größere Recognoscirung an, welche zu dem Gefecht bei Montebello (20. Mai) Anlaß gab, das zum Nachtheil der Oesterreicher ausschlug. Auf dies hin lenkte er seine Aufmerksamkeit auf seinen linken Flügel, während die Verbündeten am 30. und 31. Mai über seinen rechten Flügel bei Palestro siegten und Garibaldi mit seinen Alpenjägern im Norden der Lombardei vordrang, Como besetzte und Mailand bedrohte.

Nun konnte sich Gyulai nicht mehr halten, mußte sein Pfand zurückgeben und am 1. Juni bei Pavia über den Ticino zurückgehen. Die Verbündeten folgten ihm rasch, eine Zeitlang war Napoleon mit seiner Garde an der Brücke von Buffalora in großer Gefahr, aber das wenn auch verspätete Eintreffen Mac Mahons entschied die Schlacht bei Magenta (4. Juni) zu Gunsten der Verbündeten. (In Folge dessen erhielt der General den Titel eines Herzogs von Magenta.) Heldenmüthig kämpften die österreichischen Soldaten; aber in der Oberleitung war keine Einheit; niemand wußte, wer Feldherr war; die einzelnen Corpsführer waren sich selbst überlassen. Mit dieser Niederlage war der Verlust der Lombardei entschieden. Gyulai gab Mailand und die anderen Städte auf, ließ die Festungswerke von Pavia und Piacenza sprengen, rief die österreichischen Besatzungen aus allen Städten des Kirchenstaats ab und zog sich mit seinem ganzen Heere über den Mincio zurück, um durch das Festungsviereck gedeckt zu sein. Napoleon und Viktor Emanuel hielten am 8. Juni unter dem Jubel der Bevölkerung ihren Einzug in Mailand, und jener erklärte in einer Proklamation an die Italiener, daß er nicht aus selbstsüchtigen Gründen, sondern nur zur Befreiung Italiens gekommen sei. Mit dem Abzug der Oesterreicher erhob sich in Mittelitalien die Revolution. Der Herzog Franz von Modena, die Herzogin Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohne Robert und der Großherzog Leopold von Toskana mußten ihre Staaten verlassen, in Oesterreich und in der Schweiz Schutz suchen, und hinter ihnen wurden provisorische Regierungen errichtet und der Anschluß an Sardinien verkündigt. In Bologna mußte der päpstliche Legat zugleich mit den Oesterreichern abziehen, und die Bevölkerung proklamirte die Diktatur Viktor Ema-

Digitized by Google

nuels. Auch andere Städte des Kirchenstaats fielen ab; nur die blutige Erstürmung Perugia's durch die Schweizertruppen hielt noch einige im Zaum.

Um den Muth der Truppen zu beleben und die Einheit des Oberbefehls herzustellen, begab sich Kaiser Franz Josef selbst zur Armee und übernahm das Kommando. Alles brannte vor Ungeduld, die Niederlage von Magenta zu rächen. Daher beschloß der Kaiser, sich nicht in der Defensive zu halten und es auf einen langwierigen Festungskrieg ankommen zu lassen, sondern selbst den Feind anzugreifen. Zwischen den Flüssen Mincio und Chiese war das österreichische Heer in einem Halbkreis aufgestellt, um von drei Seiten concentrisch gegen den Feind anzurücken. Die Linie war zu lang, gegen vier Stunden ausgedehnt und das Centrum dadurch zu schwach, nicht gehörig mit Reservetruppen versehen. Eine Anhöhe bei dem Dorfe Solferino bildete den Mittelpunkt des Centrums. Napoleon, von allen Anordnungen des Gegners vollständig unterrichtet, ließ sich nicht überraschen und richtete am 24. Juni seinen Hauptangriff gegen das schwache Centrum der Oesterreicher. Die Franzosen, welche durch ihre gezogenen, auf weite Entfernung hin treffenden Kanonen im Vortheil waren, erstürmten mehrmals die Höhe von Solferino, wurden jedesmal wieder zurückgeschlagen, blieben aber gegen vier Uhr Abends Herren derselben, als eben ein furchtbares Gewitter ausbrach, welches dem Kampfe auf den meisten Punkten ein Ende machte. Die Oesterreicher zogen sich in guter Ordnung über den Mincio zurück, während General Benedek auf ihrem rechten Flügel, nachdem er bei San Martino zweimal die Sardinier zurückgeschlagen hatte, den Kampf noch bis gegen acht Uhr Abends fortsetzte. Auf Seiten der Verbündeten hatte sich General Niel, welcher dem linken Flügel der Oesterreicher gegenüberstand, am meisten ausgezeichnet und hätte die Verluste derselben noch bedeutend vermehrt, wenn er von General Canrobert rechtzeitig unterstützt worden wäre. Die Oesterreicher verloren an Todten, Verwundeten und Gefangenen gegen 22,000 Mann, die Verbündeten gegen 20,000, darunter an Todten und Verwundeten weit mehr als jene. Einen Theil der Schuld an dieser Katastrophe hatte die schlechte Armeeverwaltung, bei welcher schändliche Beispiele von Nachlässigkeit und Unterschleif vorkamen. Ungeheure Vorräthe an Schlachtvieh, Brot und Wein waren in Anrechnung gebracht, aber nie abgeliefert, so daß die armen Sol-

Digitized by Google

daten Tage lang hungern mußten und erschöpft in die Schlacht giengen.

Die Verbündeten zogen den Oesterreichern nach, giengen am 28. Juni über den Mincio und verstärkten sich durch das Corps des Prinzen Napoleon, das dieser, nach seiner Landung in Livorno, in Toskana gesammelt hatte, zunächst zu dem Zwecke, in diesem schönen Lande für einen französischen Prinzen Sympathien hervorzurufen. Da sich aber für diesen Prinzen durchaus keine zeigen wollten, so gieng er über den Po. Eine französische Flotte erschien vor Venedig, und so erwartete ganz Europa die weitere Entwicklung des Krieges, in welchem die Oesterreicher von zwei Seiten, von Westen und von Süden, angegriffen würden. Um so mehr wurde es durch die Nachricht überrascht, daß in Villafranca am 8. Juli ein Waffenstillstand geschlossen und am 11. Juli bei einer persönlichen Zusammenkunft Franz Josefs und Napoleons die Friedenspräliminarien bereits verabredet seien. Man wußte nicht, über wen man sich mehr wundern solle, über Franz Josef, daß er nach einer Niederlage, die den Feind ebensosehr als ihn selbst geschwächt hatte, schon den Kampfpreis bezahlte, oder über Napoleon, daß er seinem Programm: „Italien frei bis zur Adria!" untreu wurde und nach zwei glänzenden Siegen anstatt nur mit dem Ganzen, auch mit der Hälfte sich begnügte. Und doch lagen die Gründe für das Verhalten beider Monarchen ziemlich klar vor. Napoleon brauchte für seinen militärischen Ruhm keine weiteren Kämpfe, dagegen hatten die bisherigen die Reihen seiner besten Truppen furchtbar gelichtet, und während für ihn die Verstärkung und Versorgung des Heeres immer schwieriger wurde, wurde sie für das österreichische Heer, das sich seinen Reserven näherte, immer leichter. Zudem begann jetzt eine ganz andere Art von Krieg, bei welcher das ungestüme Losstürzen und Dreinschlagen der Zuaven nicht von so großem Gewicht war. Die Belagerung des Festungsvierecks wäre, was Schwierigkeit und Hartnäckigkeit des Unternehmens betrifft, sicherlich ein würdiges Seitenstück zu der von Sebastopol gewesen. Zu gewinnen war da nimmer viel, jedenfalls nicht schnell, wohl aber zu verlieren. Auch war die Entwicklung der italienischen Sache nicht ganz nach Napoleons Geschmack. Daß Sardinien die ganze Halbinsel an sich reiße und zu einem Staate anwachse, der weder einen Protektor noch einen Mentor brauche, war in Plombières nicht ausgemacht worden, und doch lief schon damals alles darauf hinaus. Eher lag es in

Digitized by Google

seinem Plan, die vakant gewordenen und werdenden Throne mit seinen Vettern Mürat und Napoleon zu besetzen, was freilich für Italien ein Tausch von sehr zweifelhaftem Werth gewesen wäre. Somit schien ihm Sardinien durch den Besitz der Lombardei, voraussichtlich auch der Herzogthümer schon mächtig genug zu sein, und das französische Interesse verlangte nach seiner Ansicht, der Cavour'schen Lawine vorerst Halt zu gebieten. Freilich ist es auch für Kaiser eine schwierige Sache, mit Lawinen wie mit Bataillonen reden zu wollen.

Andere beachtenswerthe Gründe lagen in Deutschland. Hier hatte das Vorgehen Frankreichs und die Bedrängniß des deutschen Kaiserstaates große Aufregung verursacht. In Süddeutschland verlangte man eine offene Unterstützung Oesterreichs, sprach sogar von einem Heereszug nach Paris. In Berlin herrschte eine ziemlich kühlere Temperatur. Dort hatte Franz Josef schon einigemal bei dem Prinzregenten angeklopft, die Allianz Preußens gefordert und den Satz aufgestellt, daß es sich Napoleon gegenüber nicht bloß um den Po, sondern in noch weit höherem Grade um den Rhein handle, daß also Preußen keine andere Wahl habe, als entweder mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland vereint unter günstigen Aussichten über Frankreich herzufallen oder nach einer etwaigen Besiegung Oesterreichs das nächste Objekt eines napoleonischen Krieges zu bilden und gerade so isolirt wie jetzt Oesterreich dazustehen. Auch bei dem Neffen gelte der Grundsatz des Oheims: l'un après l'autre. Zuerst habe Rußland herhalten müssen, dann Oesterreich, und nach diesem werde es an Preußen und wohl auch noch an England kommen. Dies sei so gewiß, als daß auf ein Jahr 1805 (Austerlitz) das Jahr 1806 (Jena) gekommen sei. Dann erst sei Leipzig und Waterloo gerächt und der neue Cäsar befriedigt. Bei der Undurchdringlichkeit seiner Plane, der Offenkundigkeit seines Ehrgeizes und dem schon mehrmals bethätigten Bestreben, seinen Oheim zu kopiren, hatten diese politischen Sätze und Prophezeiungen einiges Bestechende. Die Antwort Preußens fiel nicht geradezu ablehnend aus, aber die Politik der „freien Hand", welche so sehr betont wurde, war auch keine Zusage und gab den schlimmsten Hintergedanken Raum. Jedenfalls war es für Deutschland gut, sich zu rüsten. Preußen machte sein ganzes Heer mobil, beantragte am Bund die Aufstellung des 7. und 8. Armeecorps am Oberrhein und verlangte den Oberbefehl über die sämtlichen Streitkräfte Deutschlands. Es schien entschlossen, für Oesterreichs italie-

Digitized by Google

nischen Besitzstand unter gewissen Bedingungen eintreten zu wollen, aber nicht als mittelalterlicher Vasall, sondern als europäische und deutsche Großmacht. Die Bedingungen waren in Deutschland zu suchen, wo das Berliner Kabinet, das sich aus der Schmach von Olmütz mit einem kräftigen Schlage herausarbeiten wollte, eine erhöhte Machtstellung und eine straffere Bundeskriegsverfassung forderte. Oesterreich handelte nach dem Grundsatz, den ein österreichischer Minister im ersten schlesischen Kriege 1741 ausgesprochen hatte: „man müsse lieber alle italienischen Besitzungen dem Könige von Sardinien abtreten als einen Fuß breit Land an Preußen." Die preußischen Hegemoniegelüste, welche Schwarzenbergs hochfahrende Politik unterdrückt hatte, schienen mit so frischer Naturgewalt wieder hervorzubrechen, daß Oesterreich, um den Rivalen in die alten Grenzen der Bescheidenheit zurückzuwerfen, in Italien zu Konzessionen sich bereit zeigte. Hatte es ja schon den Oberbefehl beanstandet und dem Prinzregenten zugemuthet, das Amt eines Bundesfeldherrn, der vom Bundeskriegsrath in Frankfurt abhängig sei, zu übernehmen, statt daß er als Regent von Preußen die oberste Leitung des Krieges allein in seiner Hand habe. Die Schroffheit der Gegensätze trat aufs entschiedenste hervor.

Um so leichteres Spiel hatte Napoleon, als er in Villafranca den Kaiser Franz Josef für einen raschen Frieden gewinnen wollte. Indem er auf die preußischen Plane hinwies und ihn, für den Fall, daß er den Krieg in Italien fortsetzen wolle, auf die Gefahr aufmerksam machte, daß Preußen seine Verlegenheiten benützen, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten unterwerfen, sich selbst an die Spitze Deutschlands stellen und Oesterreich aus demselben hinausdrücken werde, hatte er, zumal er die französischen Farben sehr stark auftrug, seinen Gegner matt gemacht und das Schachspiel gewonnen. Franz Josef willigte ein, die Lombardei, mit Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera, an Frankreich abzutreten, das sie dann an Sardinien übergeben wollte, aus Italien einen Staatenbund unter dem Ehrenvorsitz des Papstes, welcher um Einführung von Reformen im Kirchenstaat zu ersuchen sei, zu bilden und die Wiedereinsetzung der Fürsten von Toskana und Modena an die Bedingung ihrer förmlichen Zurückberufung durch ihre Unterthanen und der Nichtintervention einer fremden Macht zu knüpfen. Was vorläufig in diesen Präliminarien von Villafranca ausgemacht war, wurde am 10. November 1859

Digitized by Google

durch den Züricher Frieden bestätigt und dadurch der österreichische Einfluß in Italien beseitigt. Wenn es auch Venedig und einen kleinen Theil der Lombardei noch behielt, so machte doch das übrige Italien so rasche Fortschritte in der Einigung, daß es bei der nächsten Gelegenheit auch jene Gebiete als sein Eigenthum zurückfordern konnte.

Mit der Ausführung derjenigen Bestimmungen des Züricher Friedens, welche mehr im Sinne Oesterreichs waren, beeilten sich die Italiener nicht. Sie wollten von der Kleinstaaterei nichts mehr wissen, wollten keinen Bundesstaat, geschweige einen Staatenbund, sondern einen Einheitsstaat, und versprachen sich wenig Gutes von dem Präsidium des Papstes, dessen Regierung ja im eigenen Lande eine wahre Monstrosität war. Sie grollten Napoleon, daß er sie nicht bis zur Adria geführt habe. Um so begieriger griffen sie nun in Mittel- und Unteritalien zu. Die Nationalversammlung in Bologna erklärte am 6. Sept. 1859, daß der ganze nördliche Theil des Kirchenstaates, die sogenannte Emilia, nicht mehr unter die Herrschaft des Papstes zurückkehre, sondern an Sardinien sich anschließe. Viktor Emanuel nahm das Anerbieten an, und Napoleon forderte den Papst auf, freiwillig auf diese Provinzen zu verzichten. Dieser wies die Zumuthung zurück. Die französische Schrift: „Der Papst und der Kongreß", bei deren Redaktion Napoleon selbst betheiligt war, stellte noch weitere Abtretungen in Aussicht; denn sie stellte den Satz auf, daß der Papst um so mehr Papst sein könne, je weniger Land er zu regieren habe. Durch die Volksabstimmung im März 1860 sprach sich auch Toskana, Modena und Parma für den Anschluß an Sardinien aus, und um das Wort Napoleons, daß er nicht wegen einer Gebietsvergrößerung, sondern für eine „Idee" das Schwert ziehe, Lügen zu strafen, wurde auch in Savoyen, dem Stammland der Dynastie Viktor Emanuels, und in Nizza eine Volksabstimmung in Scene gesetzt, deren Resultat die Welt glauben machen wollte, daß die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung den Anschluß an Frankreich wünsche. Die Annectirung dieser beiden Provinzen war wohl eine der Bedingungen Napoleons in Plombières.

Bei diesen Fortschritten der nationalen Partei konnte Neapel und Sicilien nicht ruhig bleiben. Ferdinand II. war dort am 22. Mai 1859 gestorben und hinterließ die Regierung seinem unerfahrenen, von der Königin Mutter und der Kamarilla am Gängelband geleiteten Sohne Franz II. Zu einer Zeit, wo ganz Italien einem Vesuv

Digitized by Google

glich, wurde in Neapel der Absolutismus als das Völker beglückende System beibehalten und alle Rathschläge und Warnungen des englischen und französischen Gesandten verworfen. Um so günstiger war der Boden für die Wühlereien der Mazzinisten, welche es auch dahin brachten, daß gerade diejenigen Truppen, auf welche allein der König sich verlassen konnte, die Schweizersöldner, damals, wo er sie am nothwendigsten brauchte, entlassen wurden. Im April 1860 fanden Aufstände in Palermo und Messina statt, die schnell wieder unterdrückt wurden. Aber am 6. Mai schiffte sich Garibaldi mit mehr als 1000 Freiwilligen in Genua unter den Augen der Behörden ein. Gelang sein Unternehmen, so wurde das Resultat desselben von der sardinischen Regierung angenommen; mißlang es, so wurde es desavouirt. Am 11. Mai landete er unter dem Schutz zweier englischen Korvetten bei Marsala an der Westküste Siciliens, brachte seine Mannschaft durch die Zuzüge von der Insel schnell auf 4000 Mann, erließ eine Proklamation, in welcher er die Diktatur über Sicilien im Namen Viktor Emanuels, des „Königs von Italien", übernahm, und stand am 27. Mai vor den Thoren von Palermo. In wenigen Stunden war die eine Hälfte der Stadt genommen; doch wurde sie von dem neapolitanischen General Lanza, der 25,000 Mann unter sich hatte, bombardirt und zum Theil in einen Trümmerhaufen verwandelt. Zuletzt mußte Lanza, der die ganze Bevölkerung gegen sich hatte, kapituliren und nach Neapel sich einschiffen (6. Juni). Wenige Wochen darauf ergab sich auch Messina, und die ganze Insel war frei. Sofort segelte Garibaldi mit 5000 Mann über die Meerenge, in welcher die neapolitanische Flotte kreuzte, und landete glücklich auf dem Festlande. Nirgends fand er Widerstand. Alle Besatzungen ergaben sich; die alten Behörden lösten sich auf; alles gieng zu ihm über; sein Zug über Reggio, Cosenza und Salerno war ein Triumphzug, und am 7. September langte er mit einem Extrazug, fast ohne militärisches Gefolge, mit der rothen Bluse und dem Filzhut, in Neapel an, von dem Volke mit ungeheurer Begeisterung empfangen. Den Tag vorher hatte Franz II. seine Hauptstadt verlassen und sich nach Gaëta eingeschifft. Seine Armee, etwa 40,000 Mann stark, verlegte er hinter den Volturno in die Gegend von Kapua. Er hatte sich zu spät zum Nachgeben entschlossen, nach der Uebergabe Palermo's die Verfassung von 1848 wiederhergestellt, ein liberales Ministerium berufen und Sardinien seine Allianz angetragen. Diese Nothbehelfe hatten sich gerade

Digitized by Google

in Neapel ſchon zu oft wiederholt, als daß ſie irgend welchen Glauben gefunden hätten, und ſo war ihm nichts anderes übrig geblieben, als vor der Revolution ſich in ſeine Feſtungen zurückzuziehen.

Garibaldi übernahm nun auch die Diktatur von Neapel und hegte den Plan, nach Beſiegung der königlichen Truppen im Kirchenſtaat einzurücken und in Rom auf dem Kapitolium zum zweitenmal ſeine Fahne aufzupflanzen. Er proklamirte daher die Annexion Neapels und Siciliens an Sardinien noch nicht, ſondern hatte ſich, wie er erklärte, in den Kopf geſetzt, „vom Quirinal aus" das Königreich Italien zu verkündigen. Dadurch kam nicht bloß der Papſt und die katholiſche Welt, ſondern auch Napoleon in Aufregung. Im Kirchenſtaat war alles zum Abfall reif; wo nicht franzöſiſche Truppen ſtanden, hörte das päpſtliche Regiment auf, und doch wollte dieſes von einer Vermittlung nichts wiſſen und vertraute auf die Wirkung ſeines Bannſtrahls gegen die Räuber der Kirche Petri, als ob man in dem Zeitalter der Gregor und Innocens lebte, nicht in einem Jahrhundert, das ſolche Dinge nur mit dem Auge eines Antiquitätenſammlers anſieht. In allen Ländern wurde der Klerus aufgefordert, für den „Peterspfennig" zu agitiren und junge Leute zum Eintritt in die neu zu organiſirende päpſtliche Armee zu bewegen. An die Spitze derſelben wurde der Freund des Kriegsminiſters Merode, der franzöſiſche General Lamoricière geſtellt. Aber das Unmögliche zu leiſten war auch ihm nicht möglich. Napoleon wollte um jeden Preis Garibaldi die Gewalt entwinden, da er hinter ihm Mazzini und die republikaniſche Partei vermuthete, welcher er, wenn ſie in den Beſitz von Rom kam, das Schlimmſte zutraute. Daher ließ er auf ſeiner Reiſe durch Savoyen Viktor Emanuel ſagen, „er ſolle freie Hand haben, die Marken und Umbrien mit ſeinem Reiche zu vereinen und mit ſeiner Armee in Neapel einzurücken, um daſelbſt ſtatt der revolutionären Diktatur Garibaldi's ein geordnetes monarchiſches Regiment einzurichten, wenn er nur Rom ſelbſt und das ſogenannte Patrimonium Petri, das die Franzoſen beſetzt halten würden, unangetaſtet laſſe." Darauf beſetzte der ſardiniſche Kriegsminiſter Fanti Umbrien, und General Cialdini rückte in den Marken ein. Ihm ſtellte ſich Lamoricière trotz ſeiner Minderzahl am 18. September bei Caſtelfidardo entgegen, mußte aber nach kurzem Gefecht der Uebermacht weichen, warf ſich mit wenigen Begleitern nach Ankona und gab ſich, zu Land und zur See angegriffen, am 29. September mit der ganzen Beſatzung kriegsgefangen.

Digitized by Google

Darauf erklärte sich eine Volksabstimmung in den Marken und Umbrien für den Anschluß an Viktor Emanuel.

Dieser traf am 9. Oktober in Ankona ein, übernahm den Oberbefehl über seine Truppen und zog nach Neapel. Dort stand noch Garibaldi, und es war diesem, obgleich er gegen 25,000 Mann unter sich hatte, noch nicht gelungen, die Volturnolinie zu sprengen oder die neapolitanische Armee zum Abfall zu bringen. Nach der Ankunft Viktor Emanuels hielt er mit ihm einen feierlichen Einzug in Neapel, legte, nachdem auch dort der Anschluß an Viktor Emanuel verkündigt war, seine Diktatur in dessen Hände und kehrte, jede Auszeichnung verschmähend, nach der Insel Kaprera zurück. Viktor Emanuel drängte nun die neapolitanische Armee hinter den Garigliano in die Festung Gaëta. Dort hielt sich König Franz mit seiner muthigen Gemahlin, Maria von Baiern, drei Monate, den Untergang seines Hauses mit dem Abendroth einer ruhmvollen Vertheidigung umsäumend. Als aber die französische Flotte, welche den Hafen besetzt gehalten hatte, abgerufen wurde, die dem König Viktor Emanuel jetzt gehorchende neapolitanische an ihre Stelle trat, Mangel an Lebensmitteln und Munition in der Festung eintrat, der Typhus wüthete und nirgends sich ein Hoffnungsstern zeigte, da kapitulirte am 13. Februar 1861 König Franz, schiffte sich mit seiner Gemahlin auf einem französischen Schiffe nach Terracina ein und begab sich nach Rom, wo er vergebens kleinere Banden organisirte, um in Neapel die bourbonische Fahne zu erheben. Diese royalistischen Räuber kosteten ihn viel Geld, und die Schandthaten, welche sie ausübten, ließen bald die Glorie von Gaëta vergessen.

Am 18. Februar 1861 wurde das erste „italienische Parlament" von Viktor Emanuel in Turin eröffnet, und dieser nahm mit Zustimmung desselben den Titel „König von Italien" an. Wie gering erschien nun das, was Cavour bei dem Pariser Friedenskongreß gefordert, was Napoleon in Plombières zugegeben, was der Züricher Friede bestimmt hatte, gegen diese Resultate einer zweijährigen Anstrengung! Mit Ausnahme Venedigs und der zu Rom gehörigen Gebietstheile waren alle Provinzen Italiens, so verschiedenartig sie auch waren, zu einem Einheitsstaate vereinigt. Aber diese Einheit war denn doch mehr äußerlich, und es galt nun, sie auch innerlich herzustellen, sämtliche Theile zu einem unauflöslichen Ganzen zu verschmelzen. Dazu gehörte, daß man sich in den nächsten Jahren von allen weiteren

Digitized by Google

Unternehmungen fern hielt und einige Friedensjahre mit Energie und Glück ausbeutete, um im Heerwesen, in den Finanzen, in der Civilverwaltung den alten bourbonischen Stall zu säubern und ein wohnliches Gebäude herzurichten. Auch diese Aufgabe, welche noch schwieriger war als die der Eroberung, griff Cavour mit Geschick an. Er hatte hier die tobenden Republikaner, dort den grollenden Napoleon zu versöhnen, welcher übel dazu sah, daß seine Lehre von dem Nationalitätsprincip und von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen gegen seinen Willen durchgeführt war, und zuletzt noch blitzte und donnerte es in der Rüstkammer des Papstes, welcher für den Cavour'schen Satz von der „freien Kirche im freien Staate" wenig Verständniß zeigte. Mitten in diesen zum Theil noch chaotischen Zuständen starb Graf Cavour am 6. Juni 1861, durch die Riesenarbeit aufgerieben. Sein Nachfolger Ricasoli, welcher Frankreich gegenüber eine reservirte Stellung annahm, folgte in der inneren Politik den Fußstapfen des großen Staatsmanns. Gegen das Brigantenwesen in Neapel schickte er den General Cialdini, welcher mit rücksichtsloser Energie einschritt und durch massenhafte Erschießungen Ruhe herstellte. Dieses selbständige Auftreten war nicht nach Napoleons Geschmack. Ricasoli, welcher sich nicht zu einem französischen Präfekten hergeben wollte, mußte abtreten und Ratazzi Platz machen. Unter ihm sollten alle Parteien, die sich mitunter wieder scharf bekämpften, vereinigt und besonders die sogenannte Actionspartei, an deren Spitze Garibaldi stand, versöhnt werden. Er nahm die Reste der Freischaren, welche, nachdem sie ihre Schuldigkeit gethan hatten, mit auffallender Zurücksetzung behandelt wurden, in die Armee auf und erklärte den Beschluß des Parlaments vom 27. März 1861, daß Rom die künftige Hauptstadt des Königreichs Italien sein sollte, als noch zu Recht bestehend. Dadurch wurde die Actionspartei und ganz Italien aufs neue in Flammen gesetzt. „Rom und Venedig!" riefen die Italianissimi, und nicht zufrieden damit, sprachen sie von der Eroberung des südlichen Tirols, Istriens und der dalmatinischen Küste. Garibaldi wollte sein Werk vollenden und zuerst mit der Lösung der für seine patriotische Ungeduld viel zu verwickelten römischen Frage anfangen. Er segelte nach Sicilien, sammelte gegen 3000 Freiwillige und landete in Kalabrien unter dem Rufe: „Rom oder den Tod!" Aber die Regierung, welcher von Napoleon ein absolutes Halt geboten war, erklärte in einer Proklamation sein Beginnen für strafbar und schickte

Digitized by Google

den General Cialdini gegen ihn. Bei Aspromonte traf der Oberst Pallavicino am 28. August 1862 mit Garibaldi und seinen Freischaren zusammen, es entspann sich ein Gefecht; mehrere Freiwillige fielen, Garibaldi wurde am rechten Fußgelenk gefährlich verwundet und mußte sich mit seinen Leuten ergeben. Sie wurden bald darauf entlassen; Garibaldi, welcher eine Zeit lang in Todesgefahr schwebte, wurde von einem französischen Arzt in Pisa die Kugel aus der Wunde gezogen, und im December schiffte er wieder nach seiner Einsamkeit in Caprera, von der Theilnahme einer halben Welt begleitet.

Die Regierung hatte gezeigt, daß sie Herr im eigenen Hause sei und sich von niemand, auch nicht von ihren edelsten Söhnen zu Unbesonnenheiten drängen lasse. Es war daher Zeit, daß Frankreich einen Stein des Anstoßes entferne und das Nichtinterventionsprincip, welches es anderen Mächten so gerne predigte, selbst auch befolgte. Die französische Besatzung in Rom war eine beständige Bedrohung und Bevormundung Italiens, und damit mußte es ein Ende nehmen. Der am 15. September 1864 zwischen Frankreich und Italien geschlossene Vertrag bestimmte, daß die französischen Truppen längstens innerhalb zwei Jahre abziehen, Italien das dem Papst gehörige Gebiet nicht angreifen, gegen jeden Angriff von außen beschützen, einen Theil der römischen Staatsschuld übernehmen, auf Rom als Hauptstadt verzichten und seine Hauptstadt von Turin nach Florenz verlegen sollte. Diese Bestimmungen wurden eingehalten. Der König und das Parlament siedelten 1865 nach Florenz über, und am Schluß des Jahres 1866 befand sich kein französischer Soldat mehr in dem Gebiet des Patrimoniums Petri.

§. 20.

Außereuropäische Länder.

Nicht bloß in Italien, auch in Ostindien gab es eine Frage der Nationalitäten, und eine „Revision der Verträge" wäre auch dort sehr willkommen gewesen. Nur gezwungen ertrugen die Hindu's die Herrschaft eines so fremden Volksstammes, welcher eine andere Religion hatte und die ihrige so sehr verachtete. Daß eine Gesellschaft von Kaufleuten, die ostindische Kompagnie, ein Reich von 180 Millionen beherrschte und für ihre Handelsinteressen ausbeutete, war etwas in der Geschichte noch nie Vorgekommenes. Die englische Regierung

Digitized by Google

hatte nur den Generalgouverneur und den Oberbefehlshaber zu erwählen; alle Verwaltungsbeamten wurden von den zwölf Direktoren der ostindischen Kompagnie eingesetzt und von dem Gouverneur bestätigt; die Verwaltung selbst unterlag nur in den wichtigsten Angelegenheiten der Kontrole einer königlichen Kommission. Wo die Regierung als ein kaufmännisches Geschäft betrieben wurde, konnte sie nicht anders als eine habsüchtige sein, welche durch Steuerdruck empörte, die mit den einheimischen Fürsten geschlossenen Verträge nicht respektirte, die Wage der Themis nach Willkür lenkte und in den Genüssen des orientalischen Reichthums sich wohl sein ließ. Was uns die Geschichte von den Erpressungen der römischen Prokonsuln und ihrem Schwarm von Beamten erzählt, wiederholte sich hier. Die Bewohner Ostindiens gehören theils dem Brahmaismus theils dem Islam an; beide sahen in den Engländern und ihren Missionären ihren gemeinschaftlichen Feind, von welchem sie ebendamals mit großer Verachtung behandelt wurden, und verschworen sich miteinander zum Sturze desselben. Bald war auch die Armee dafür gewonnen, von welcher der bei weitem größere Theil aus Eingeborenen, den Sipahi's, bestand, die jedoch höchstens bis zum Hauptmannsrang aufsteigen konnten. Unter einer Armee von 250,000 Mann waren nur 30,000 Engländer, die übrigen alle Sipahi's und größtentheils für den Aufstand gewonnen. Die Tage der britischen Herrschaft schienen sich zu neigen; der Machtstellung Englands drohte ein ungeheurer Stoß. Eine alte Prophezeiung wurde in Umlauf gesetzt, daß die Fremdherrschaft, welche gerade vor einem Jahrhundert durch die Siege Lord Clive's begründet worden war, nicht länger als ein Jahrhundert dauern werde.

Ein für abendländische Anschauung unbedeutender Umstand warf den Funken in die Pulverkammer. Bei den neuen Patronen, welche ausgetheilt wurden, waren die Kugeln mit Ochsen- oder Schweinefett eingerieben. Die Eingeborenen hielten dies für eine Mißachtung ihrer Religion, welche den Hindus dieses, den Muhamedanern jenes zu berühren verbot. In Mirot, in der Nähe von Delhi, weigerten sich am 9. Mai 1857 einige Sipahi's, diese Fettkugeln anzunehmen. Sie wurden verhaftet, von ihren Kameraden befreit, die englischen Officiere mit ihren Frauen und Kindern niedergehauen. Zwei Tage darauf erhob sich die bedeutende Stadt Delhi. 150 Kanonen, ungeheure Kriegsvorräthe, 2 Millionen Pfund Sterling fielen in die Hände der Sipahi's. Der Aufstand ergriff ganz Nordindien, alle

Digitized by Google

Garnisonsstädte des oberen Ganges. In der Person des 92jährigen ehemaligen Großmoguls Akbar wurde ein Schattenkaiser aufgestellt. Fürchterlich waren die Mißhandlungen, welchen die Engländer und ihre Familien ausgesetzt waren. Die bloße Ermordung genügte nicht; unter den ausgesuchtesten Martern wurden sie hingeschlachtet; „nicht eine Seele der verruchten Frengibrut sollte am Leben bleiben." Die Schreckensscenen von Cawnpore, wo Nana Sahib wüthete, gehören zu den gräßlichsten Bildern eines erbitterten Racenkampfes.

Zum Glück für die Engländer brach der Aufstand nicht überall zu gleicher Zeit aus, sondern beschränkte sich zunächst auf das Gebiet von Delhi und Audh. So gelang es ihnen, wie Napoleon in Italien, den Krieg zu „lokalisiren", keimende Aufstände zu ersticken und durch ein furchtbares Rachesystem Schrecken zu verbreiten und die Zaghaften im Gehorsam zu erhalten. England schickte einen Truppentransport um den anderen nach Ostindien, über 100,000 Mann, und von den eingeborenen Regimentern blieben ihnen die kriegerischen Sikhs, welche das Pendschab, und die Ghorka's, welche Theile des Himalajagebirges bewohnten, treu. General Wilson eroberte nach dreimonatlicher Belagerung Delhi, General Havelock brachte dem in der Citadelle von Lucknow, der Hauptstadt von Audh, mit 400 Frauen und Kindern eingeschlossenen Lawrence Hilfe. Beide wurden von dem neuen Oberbefehlshaber Campbell, der von Kalkutta herbeieilte, zu einer Zeit, wo die Lebensmittel auszugehen anfiengen, entsetzt. Zur Erstürmung der Stadt, welche von 50,000 Sipahi's vertheidigt wurde, hatte Campbell zu wenige Truppen, und erst nachdem er andere Siege errungen und aus Kalkutta Verstärkung erhalten hatte, eroberte er am 13. März 1858 nach dreitägigem Sturm Lucknow und ließ der Rache seiner Soldaten freien Lauf. Ueber die Aufständischen wurde strenges Gericht gehalten, viele Hunderte gehenkt oder an die Kanonen gebunden und „weggeblasen". Nana Sahib gelang es, zu entkommen; sein Gefährte Tantia Topi, einer der tüchtigsten Rebellenführer, wurde gefangen und starb am Galgen. Mit dem Jahre 1858 erlosch der Aufstand, bei welchem beide Theile in blutiger Grausamkeit mit einander wetteiferten. Die Mäßigung des Generalgouverneurs Lord Canning, eines Sohnes des berühmten Staatsmannes, konnte wieder zu ihrem Rechte kommen. In England sah man ein, daß die Aufgabe, ein so großes Reich zu regieren, über die Kräfte einer Privatgesellschaft gehe, daher das Parlament,

Digitized by Google

das Privilegium der ostindischen Kompagnie aufhob und beschloß, daß die englische Regierung die Herrschaft über Ostindien selbst in die Hand nehmen, einen besonderen Staatssekretär hiefür aufstellen und einen „Vicekönig" als Stellvertreter der Krone dahin schicken solle. Dadurch wurde Ostindien aus einer Handelsniederlassung zu einer englischen Provinz, womit aber noch nicht gesagt ist, daß die Bevölkerung durch den Tausch namhaft gewonnen habe.

Anderer Natur waren die Kämpfe in Nordamerika, wo die in stetem Fortschreiten begriffene Union (die Vereinigten Staaten) in zwei feindselige Lager sich spaltete und der Schauplatz eines mehrjährigen blutigen Bürgerkrieges wurde. Seit mehreren Jahrzehnten waren die Südstaaten gewohnt, der Union einen Präsidenten aus ihrer Mitte zu geben, alle bedeutenden Aemter mit ihren Leuten zu besetzen, im Kongreß die Gesetze zu diktiren. Denn diese Männer des Südens bildeten eine „kleine, aber mächtige Partei", wie wir eine solche noch heute in einigen monarchischen Staaten Europa's an der Spitze sehen. Diese amerikanischen Junker waren, wie einst die römischen Großen, im Besitze von ausgedehnten Ländereien, welche sie zum Anbau von Tabak und Baumwolle, von Mais und Reis, zu Kaffee- und Zuckerplantagen benützten. Und damit die Aehnlichkeit mit den Römern vollkommen werde, wurden auch hier alle Dienste von Sklaven verrichtet. Zur Herrschaft geboren, im Reichthum aufwachsend, in traditioneller Staatskunst sich ausbildend, durch gesellschaftliche Tugenden glänzend, waren diese Südstaatenmänner ein Geschlecht voll Selbstgefühl, voll Prätensionen, dünkten sich um einige Stufen höher als andere Sterbliche, welche durch ihre Geisteskraft sich erst Bahn brechen mußten, und hatten einen entschiedenen Corpsgeist. Ist der kalte, nackte Egoismus eine der unliebenswürdigsten Eigenschaften des amerikanischen Volkes, so trat er hier im Süden in seiner widerwärtigsten Gestalt auf, woran das Sklavenhalten nicht wenig Schuld war. An diesem Princip der Sklaverei hielten sie mit wahrem Fanatismus fest, da sie wohl erkannten, daß auf diesen 4 Millionen Sklaven, welche in ihrem Gebiete lebten, ihr Wohlstand und ihre Macht beruhe. Aber gerade deßwegen, um mit der Sklaverei dieses südliche Junkerregiment zu sprengen, kündigten die „Republikaner" des Nordens, welche durch die dem Sklavenwesen abgeneigten europäischen Einwanderer an Zahl von Jahr zu Jahr verstärkt wurden, den Sklavenhaltern den Krieg an, suchten sie von Posten zu

Digitized by Google

Posten zu verdrängen, im Kongreß die Mehrheit zu erhalten und mit der Präsidentenstelle das ganze Regierungssystem in ihre Hand zu bringen. Uebrigens bildete nicht die Sklavenfrage die ursprüngliche Differenz, sondern die volkswirthschaftliche: der Norden huldigte dem Schutzzoll-, der Süden dem Freihandelssystem. Erst nachdem der Norden, welchem in Folge der massenhaften Einwanderung aus Europa und bei der Beschaffenheit seiner Agrikultur die Arbeitskräfte der Neger nach und nach entbehrlich geworden waren, den größten Theil seiner Sklaven an den Süden verkauft hatte, gab jener die Frage der Abschaffung der Sklaverei als Losung aus. Lange dauerten die Vorpostengefechte, und die Sklavenhalter trugen in diesen manchen Sieg davon. Sie machten mit den „Demokraten" (Gemäßigten) des Nordens gemeinschaftliche Sache, setzten das berüchtigte Sklaven-Auslieferungsgesetz durch, widersetzten sich der bedingungslosen Verleihung des amerikanischen Bürgerrechts an Einwanderer, da diese sich immer nur im Norden ansiedelten, erhoben 1854 zum Beschluß, daß die sogenannten freien Territorien nach eigener Willkür Sklaven halten konnten oder nicht, woraus sie sich für die Zukunft, wenn diese Territorien zu Staaten heranwuchsen, eine kompakte Bundesgenossenschaft heranzubilden gedachten, und überwältigten 1856 die Freibodenmänner oder Abolitionisten von Arkansas durch Waffengewalt, den Staat wieder in die Sklaverei zurückwerfend.

Aber auch die Republikaner strengten ihre äußersten Kräfte an, um das verhaßte Joch abzuschütteln und den Schandfleck der Menschheit, das Sklavenwesen, auszulöschen. Es glückte ihnen, 1860 ihren Kandidaten Abraham Lincoln, einen Advokaten, auf den Präsidentenstuhl zu bringen. Alle Folgen dieser Niederlage mit schnellem Blicke übersehend, beschloßen die Sklavenhalter, sich von der Union loszusagen. Am 4. Februar 1861 konstituirten sich sieben Sklavenstaaten, denen bald noch vier weitere beitraten (Virginien, Nord- und Süd-Karolina, Tennessee, Arkansas, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas), als einen besonderen Bundesstaat unter dem Namen die „konföderirten Staaten von Amerika", verkündigten eine provisorische Verfassung und machten den früheren Kriegsminister Jefferson Davis zu ihrem Präsidenten und Richmond in Virginien zur Bundeshauptstadt. Ihr Gebiet umfaßte 5½ Millionen Weiße und 4 Millionen Sklaven, während die Nordstaaten samt den Territorien 22½ Millionen Weiße und ½ Million Sklaven hatten. Im

Digitized by Google

April 1861 nahm mit Wegnahme des Fort Sumter bei Charleston in Südkarolina der Krieg seinen Anfang. Denn dazu mußte es kommen, da die Nordstaaten, die Unauflösbarkeit der Union betonend, in dem Auseinanderreißen derselben in zwei Republiken eine Schmälerung ihrer Macht von nicht zu übersehenden Folgen erblickten und daher diese Konföderation gerade so als Rebellion behandelten wie die Schweiz 1847 den Sonderbund. Doch so sehr auch der Zahlen-Unterschied zu Gunsten der Nordstaaten war, so waren sie doch in den ersten Kriegsjahren sehr im Nachtheil. Es gieng ihnen wie den alten Römern, welche in ihren gefährlichsten Kämpfen, den Kriegen gegen Pyrrhus und Hannibal, zuerst Niederlage um Niederlage erlitten, weil sie mit zu geringen Streitkräften und minder begabten Generalen auftraten, und erst am Ende, wo sie alle Kräfte aufboten und die tüchtigsten Männer hervorsuchten, das Schlachtfeld behaupteten. Der Norden unterschätzte die Macht des Gegners, zersplitterte die eigenen Streitkräfte in vielerlei kleinen Expeditionen, fand durch die Schuld seiner früheren Herren das ganze Heerwesen völlig vernachläßigt und war in zwei unversöhnliche Parteien, Republikaner und Demokraten, gespalten, von denen die letzteren selbst den Verrath nicht scheuten. Dagegen hatten die Konföderirten eine reiche Kriegsrüstung, koncentrirten ihre Kräfte zu Hauptschlägen, verfügten mit diktatorischer Gewalt über alles öffentliche und Privateigenthum und hatten das Glück, von Anfang an gute Generale zu besitzen. Von Parteiwesen war bei ihnen kaum eine Rede, alles bildete einen kompakten, geschlossenen Haufen. Nur massenhafte Sklavenaufstände hätten ihnen gleich anfangs Gefahr bereiten können. Durch schrankenlosen Terrorismus wurden die Sklaven von ihren Herren in thierischer Unterwürfigkeit erhalten. Unter den europäischen Kabinetten hatten die Südstaaten das französische und englische für sich, da diese in der Schwächung der Union ihren Vortheil fanden, England zur See, Napoleon in Mexiko; es fehlte nicht an Konflikten zwischen ihnen und der Union, und nur der klugen Mäßigung des Präsidenten Lincoln ist es zuzuschreiben, daß Europa von diesem Kriege ferngehalten und die Union nicht in mehrere Kämpfe zugleich verwickelt wurde.

Die bedeutendsten Schlachten fanden in Maryland und Virginien statt, und hier mußte die Entscheidung fallen. Die südstaatlichen Generale Beauregard, Lee und Jackson erfochten die Siege bei Bull-Run 1861, bei Fredericksburg und Chancellorsville 1863. Auf

Digitized by Google

Seiten der Union lösten sich die Generale Mac Clellan, Burnside, Hooker ab, und erst Meade gelang es, bei Gettysburg 1863 einen Sieg über Lee zu erkämpfen. Doch der ganze Kriegsplan wurde ein anderer, als Grant den Oberbefehl über sämtliche Streitkräfte des Nordens erhielt, mit der Potomacarmee gegen Richmond vorrückte und den General Sherman in die Uferstaaten des Golfs von Mexiko schickte, damit er durch Zerstörung der dortigen militärischen Etablissements dem Süden seine Hilfsquellen entziehe, von Georgia und Südkarolina aus wieder gegen Norden sich wende und in Verbindung mit Grant die zusammenschmelzende Armee der Konföderirten erdrücke. Sherman führte seinen Auftrag meisterhaft aus, Grant siegte in der fünftägigen Schlacht bei Petersburg über Lee, und am folgenden Tage, am 3. April 1865, wurde Richmond geräumt, und der Kapitulation Lee's vom 9. April folgte die der übrigen Heeresabtheilungen und Städte. Im Mai 1865 konnte der Krieg nach einer vierjährigen Dauer als beendigt angesehen werden. Kaum in irgend einem anderen Kriege waren dem Schlachtengotte solche Hekatomben geweiht worden. Ueber eine halbe Million Menschen, 325,000 Mann Unionstruppen und 200,000 Konföderirte, hatte der Bürgerkrieg gekostet.

Es lag nun in der Hand des Nordens, die Friedensbedingungen vorzuschreiben. Sie waren zum Theil schon seit ein paar Jahren diktirt. Denn am Neujahrstag 1863 proklamirte der Präsident Lincoln die Befreiung sämtlicher Sklaven in den konföderirten Staaten, um diesen im Innern ihres eigenen Hauses einen Schlag zu versetzen. Derselbe hatte aber nicht die beabsichtigte Wirkung. Selbst die Organisation von Neger-Regimentern stieß auf Schwierigkeiten. Die Unionstruppen verschmähten die Waffenbrüderschaft mit ihnen. Als aber bei der längeren Dauer des Krieges die Begeisterung erlahmte und bei den mörderischen Schlachten kräftige Arme seltener wurden, die Werbegelder über 600 Dollars betrugen, so ließ man sich die schwarzen Kameraden eher gefallen, und man zählte 1865 über 100,000 derselben. Auf jene erste Proklamation schafften inige Nordstaaten freiwillig die Sklaverei ab, und am 3. Januar 1865 wurde sie vom Kongreß in der ganzen Union aufgehoben. Für diese Frage war die Wahl des Präsidenten, welche auf den 8. November 1864 bestimmt war, sehr wichtig. Siegte der Kandidat der demokratischen Partei, General Mac Clellan, so durfte man sich auf einen

Digitized by Google

faulen Frieden gefaßt machen; siegten die Republikaner, welche die Wiedererwählung Lincolns betrieben, so war von einem Frieden mit den Rebellen keine Rede, außer nach vollständiger Unterwerfung und gegen Freilassung der Sklaven. Lincoln ging als Sieger aus der Urne hervor und setzte nach Niederwerfung des Südens alles daran, sein politisch-sociales Programm auszuführen, ohne durch übermäßige Strenge die Besiegten abzustoßen. Da raffte sich die Rebellion noch einmal zu einer verzweifelten That auf. Lincoln und alle hervorragenden Staatsmänner sollten an einem Tage ermordet und in der Verwirrung des Augenblicks katilinarische Theorien ins Werk gesetzt werden. Der Streich mißlang nur theilweise; Grant und andere wurden in ihren Wohnungen nicht angetroffen; der Staatssekretär Seward wurde gefährlich, jedoch nicht tödtlich verwundet; Lincoln aber wurde im Theater zu Washington von dem Schauspieler Wilkes Booth am 14. April 1865 durch einen Schuß in den Hinterkopf verwundet, so daß er am folgenden Morgen starb. Der Mörder wurde bald darauf entdeckt und nach hartnäckigem Kampfe halbtodt gefangen. Viele Mitverschworene wurden verhaftet, einige gehenkt; die Fäden der Verschwörung schienen bis zum Gegenpräsidenten Jefferson Davis, welcher nach seiner Flucht aus Richmond gefangen worden war, hinaufzureichen. Dies verlängerte seine Gefangenschaft. Die öffentliche Meinung forderte seine Hinrichtung; aber die Leiter der Unionsregierung wollten ihn nicht wie einen gewöhnlichen Verbrecher behandeln, vertagten seinen Prozeß und ließen ihn frei unter der Bedingung, daß er sich jederzeit auf geschehene Aufforderung vor Gericht zu stellen habe.

An Lincolns Stelle übernahm, wie es die Verfassung vorschreibt, der Vicepräsident, Andrew Johnson, welcher zuerst Schneidermeister, dann Gouverneur von Tennessee gewesen war, die Stelle des Präsidenten. Er schien zuerst in der Bahn seines Vorgängers wandeln zu wollen und mit politischer Unerbittlichkeit individuelle Nachsicht zu verbinden. Eine ausgedehnte Amnestie gewährte die Rückkehr in die Union. Wer davon ausgeschlossen war, erhielt Begnadigung, sobald er darum einkam und die Gesetze der Union anerkannte. Bald aber kam Johnson wegen der Frage über die Reconstruction der Südstaaten, wobei es sich hauptsächlich um die Vertretung derselben im Kongreß und um die politische Stellung der Sklaven handelte, in einen tiefen Konflikt mit dem Kongreß.

Digitized by Google

Während die Union in Folge des Bürgerkriegs an tausend Wunden blutete und ihr Einfluß nach außen gelähmt war, wurde im Nachbarstaat ein ächt napoleonisches Stück aufgeführt. In so manchen Dingen war der „große Oheim" bisher nachgeahmt worden; nur eins fehlte noch: es war zwar mancher Thron durch die napoleonischen „Ideen" zertrümmert, aber noch keiner errichtet, und dieses süße Vatergefühl wollte sich Napoleon III., nach seinem Fiasko in Italien, doch nicht ganz versagen. Sehr gelegen kam ihm daher die Aufforderung Spaniens, sich an einer Intervention in Mexiko zu betheiligen. Auch England wurde ins Interesse gezogen, und so kam die Konvention von London vom 31. Oktober 1861 zu Stande, welche zur Wahrung der verletzten europäischen Interessen militärische Maßregeln ankündigte, aber Plane einer Wegnahme von Ländereien oder Einmischung in die Regierungsform von sich wies. Das Kabinet von Washington lehnte die Theilnahme an der Konvention ab. Allerdings hatte Benito Juarez, der Präsident der Republik Mexiko, ein Advokat von indianischer Race, sich manche Rechtsverletzungen gegen Europäer erlaubt, sie zum Kriegsdienst ausgehoben, ihre Konsuln verhaftet und alle Zahlungen an das Ausland auf zwei Jahre eingestellt. Dabei stützte er sich auf die Partei der Liberalen und Radikalen und hatte wegen Veräußerung der Kirchengüter die katholische Geistlichkeit und die anderen Konservativen gegen sich. Er gab auch nicht nach, als eine Flotte der drei europäischen Mächte vor Veracruz erschien und diese und andere Städte besetzte. Unter Vermittlung des spanischen Generals Prim wurde mit Juarez die Konvention von Soledad (19. Februar 1862) abgeschlossen, wonach die Unabhängigkeit der mexikanischen Republik unangetastet bleiben und Konferenzen in Orizaba eröffnet werden sollten, um die streitigen Ansprüche auszugleichen.

Als aber bald darauf der von Juarez verbannte mexikanische General Almonte, der Vertrauensmann Napoleons, in dem Lager der Verbündeten eintraf, seine Auslieferung dem Präsidenten Juarez verweigert wurde und die Plane Napoleons, welcher bereits mit Erzherzog Maximilian unterhandelte, sich immer mehr enthüllten, so trat die Verschiedenheit der Ansichten und Absichten der Verbündeten aufs entschiedenste hervor, und die Konferenz von Orizaba löste sich auf. Die Bevollmächtigten erließen eine Erklärung an die mexicanische Regie-

Digitized by Google

rung, die englischen und spanischen Truppen schifften sich im April ein, die Londoner Konvention war thatsächlich aufgehoben.

So blieben die Franzosen allein zurück. Napoleon, auf den Sieg der konföderirten Staaten in Nordamerika sicher rechnend, glaubte auch allein das Spiel zu gewinnen. Freilich mit den 5000 Mann, welche General Lorencez aus Frankreich nachführte, war in einem Lande von so ungeheurer Ausdehnung wenig geholfen. Und was Almonte dem Kaiser vorgeschwatzt hatte, daß die Bevölkerung in Masse sich gegen Juarez erheben und an die Franzosen als ihre Befreier sich anschließen werde, erwies sich als das Produkt einer ultramontanen Phantasie. Das Volk beeilte sich mit seiner Theilnahme an der kaiserlichen Politik um so weniger, je sicherer verlautete, daß Napoleon und Almonte in ihren Zwiegesprächen ausgemacht haben, die Republik in eine Monarchie zu verwandeln. Wollte Napoleon seinen Willen durchsetzen, so mußte er Geld und Truppen genug aufwenden, weit mehr, als selbst die gefügigen Kammern ertragen konnten. Lorencez führte, nach einem vergeblichen Sturm auf Puebla, seine Truppen nach Orizaba und wartete dort die Ankunft eines größeren Heeres unter General Forey ab. Dieser übernahm den Oberbefehl über die nun etwa 45,000 Mann starke Armee, rückte gegen das von General Ortega muthig vertheidigte Puebla an und eroberte es nach dreimonatlicher Belagerung am 17. Mai 1863. Gegen 12,000 Mann mußten sich mit Ortega ergeben. Nun konnte sich Juarez in der Hauptstadt Mexiko, wo sich die konservative Partei mächtig regte, nicht mehr halten und zog sich nördlich nach San Luis Potosi zurück. Am 10. Juni hielt Forey mit Almonte an der Spitze von 15,000 Mann seinen Einzug in Mexiko und berief dahin eine Notabelnversammlung, welche, nur aus Gegnern des Präsidenten Juarez bestehend, am 12. Juli den Beschluß faßte, eine konstitutionelle Erbmonarchie einzuführen und dem Erzherzog Ferdinand Maximilian von Oesterreich, mit welchem sich Napoleon bereits verständigt hatte, die Kaiserkrone von Mexiko anzutragen. Eine Gesandtschaft eilte über den Ocean nach dem Schloß Miramar am adriatischen Meer und theilte dem Erzherzog den Beschluß mit. Dieser war bereit, die Krone anzunehmen, sobald die ganze Nation durch freie Abstimmung sich dafür ausspreche. Auf die Nachricht, daß 2000 Gemeinden, also die große Mehrheit des Volkes, für seine Berufung gestimmt haben (auf die Leitung solcher Abstimmungen verstehen sich die Franzosen

Digitized by Google

bekanntlich sehr gut), schiffte er sich mit seiner Gemahlin Marie Charlotte, einer Tochter des belgischen Königs Leopold I., ein und hielt am 12. Juni 1864 seinen Einzug in Mexiko. Zuvor hatte er mit Napoleon den Vertrag von Miramar geschlossen, wonach dieser sich verpflichtete, 25,000 Mann in Mexiko zu lassen und sie erst dann zurückzuziehen, wann Maximilian aus Fremden und Einheimischen eine Armee zu organisiren vermöge. Dagegen hatte der neue Kaiser versprochen, die Kosten der französischen Expedition mit 270 Millionen Francs in bestimmten Raten zu bezahlen und vom 1. Juli 1864 an die französische Armee ganz aus den Mitteln der mexikanischen Staatskasse zu unterhalten, und hatte noch andere die damaligen Kräfte Mexikos weit übersteigende pekuniäre Verpflichtungen übernommen. Es war einer jener Verträge, die geschlossen wurden, um nicht gehalten zu werden.

Jedermann wunderte sich, als es hieß, daß ein Habsburger von Napoleon eine Krone angenommen habe. Niemand hätte Maximilian für so kurzsichtig gehalten, um nicht zu wissen, daß diese Krone im Sommer 1864 eigentlich bereits eine Unmöglichkeit war. Denn die Vernichtung der konföderirten Staaten war damals so viel als entschieden, und sobald sich die Union wieder zu ihrer alten Stärke emporhob, galt sicherlich einer ihrer ersten Schläge der Zertrümmerung dieses mexikanischen Kaiserthrones. Denn diesen Faustschlag, welchen Napoleon der „Monroe-Doctrin" vom Jahr 1823 versetzt hatte, ließ Nordamerika nicht auf sich sitzen. Nach dieser Doktrin sollte keine europäische Macht sich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten amerikanischer Staaten erlauben. Und nun gieng die Einmischung vollends bis zur Errichtung eines Thrones hart an der Grenze der Union. Diejenigen hatten Recht, welche schon damals behaupteten, daß dieser Thron gerade so lange bestehen werde, als der amerikanische Bürgerkrieg, und daß das Siegesgeläute der Union das Grabgeläute des mexikanischen Kaiserthrones sei. Juarez war zwar von dem französischen General Bazaine, der dem zum Marschall ernannten Forey im Kommando gefolgt war, zur Flucht nach Texas gezwungen worden. Aber nach den Siegen der Union kam er wieder, von ihr unterstützt, und der Norden von Mexiko blieb seinem Präsidenten treu, der auch im Süden noch viele Anhänger hatte. Je mehr sein und seiner „Beschützer" Einfluß wuchs, desto schwieriger wurde die Lage Maximilians. Hatte sich dieser zuerst auf die liberale Partei

Digitized by Google

gestützt und sich darüber mit den Klerikalen und dem Papste, welcher durch seinen Nuntius Meglia unbedingte Unterwerfung unter den Willen der Kurie verlangte, zerworfen, so schloß er sich später, da ihn jene mehr und mehr verließ, an diese an, konnte sie aber nie ganz für sich gewinnen, da die Zurückgabe der verkauften Kirchengüter, welche von ihnen gefordert wurde, nicht mehr durchzusetzen war. Das Schlimmste kam von Washington und Paris. Die Regierung der Union gab Napoleon ziemlich unverblümt zu verstehen, daß er keine andere Wahl habe, als seine Truppen aus Mexiko zurückzurufen oder mit Nordamerika Krieg zu führen. Napoleon hatte sich in seinen Berechnungen über die amerikanischen Verhältnisse getäuscht und sah immer klarer, wie verhaßt die kostspielige mexikanische Expedition in ganz Frankreich sei; daher fürchtete er für seinen eigenen Thron und überließ lieber Maximilian seinem Schicksal, als daß er um seinetwillen einen so gewagten Krieg anfieng. Er drang Maximilian einen neuen Vertrag (30. Juli 1866) auf, wonach er den größten Theil seiner Revenüen an die Franzosen abtreten mußte, des Schutzes ihrer Truppen in kurzer Frist beraubt wurde und den tief gegen Süden vorgedrungenen republikanischen Truppen fast hilflos preisgegeben wurde. Da eilte die Kaiserin Charlotte aus Mexiko nach Paris und erinnerte Napoleon an den Vertrag von Miramar. Aber er blieb unerbittlich; denn die Amerikaner wurden mit ihrem „Entweder — oder" immer zudringlicher, die Verhältnisse in Deutschland immer bedenklicher. Verzweifelnd eilte Charlotte nach Rom und Miramar, dem Wahnsinn verfallen. Anstatt unter solchen Umständen abzudanken und nach Europa zurückzukehren, ließ sich Maximilian von den Ultramontanen, denen er sich ganz in die Arme geworfen hatte, bereden, daß sie ihm eine nationale Armee und die nöthigen Geldmittel verschaffen werden, und daß man die Hilfe der Franzosen nicht mehr brauche. Maximilian, an seinem Kaiserthron festhaltend, war kurzsichtig genug, nicht einzusehen, daß diese Leute sowohl sich selbst als ihn täuschten, und kündigte in einem Manifest vom 1. December 1866 den Mexikanern an, daß er seine Entschlüsse von der Entscheidung eines Nationalkongresses abhängig machen werde. Aber die Berufung eines Nationalkongresses war, da der größte Theil des Landes sich bereits in den Händen der Republikaner befand, eine Unmöglichkeit.

Digitized by Google

Vierter Zeitraum.

1864—1866.

Das Ringen Preußens um die Hegemonie in Deutschland.

§. 21.

Schleswig-Holstein.

Noch bevor sich diese amerikanischen Verhältnisse ganz abgewickelt hatten, traten in Europa sehr bedeutsame Ereignisse in den Vordergrund der Geschichte. Und zum Erstaunen der französischen Nation war es diesmal nicht Frankreich, das die Welt von sich reden machte, sondern Deutschland, freilich nicht dasjenige Deutschland, das in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt die Politik der Lächerlichkeit trieb, sondern das mächtigste Glied desselben. Der Drang Deutschlands nach einem Einheitsstaat, nach politischer Geltung, nach einer den äußeren und inneren Hilfsmitteln entsprechenden Machtentfaltung war nicht ausgetrieben worden, trotz all der vielen Mixturen, welche österreichische und preußische Staatskünstler und die Doktoren zweiten und dritten Ranges ihm seit 1849 zu verschlucken gegeben hatten. War die damalige Bewegung hauptsächlich daran gescheitert, daß man in aller Behaglichkeit die Fresko der Freiheit ausmalte, ehe der Bau der Einheit hergestellt war, so wurde jetzt das entgegengesetzte Princip befolgt, die Einheit mit Kanonen erzwungen, auch auf die Gefahr hin, daß man sich über Beeinträchtigung der Freiheit beklagen werde. Und wiederum waren es, wie am Schluß jener Bewegung, die zwei deutschen Großmächte, welche als gigantische Gladiatoren in die Arena traten. Jenes Wort der Maria Theresia, welches sie von Friedrich dem Großen, „dem bösen Mann", gebrauchte, daß er „in Deutschland den Rang einzunehmen trachte, den das Haus Oesterreich behaupte", bekam erst in diesen letzten Jahren seine farbenreichen Illustrationen. Allerdings seit dem zweiten hohenzoller'schen Friedrich war die Suprematie Oesterreichs in Deutschland aufs ernstlichste bedroht: sie wurde es um so mehr, je gründlicher sich das habsburgische Haus in das

Digitized by Google

Blau des italienischen Himmels und in die mittelalterlichen Studien des päpstlichen Kirchenrechts vertiefte. Nichts hat Oesterreich in neuerer Zeit so sehr geschadet, hat es auf eine Linie mit Spanien und der Türkei herabgedrückt, als sein Konkordat mit Rom. Man sehe sich in Europa um und frage, welche Staaten am meisten Jugendkraft zeigen, so sind es sicherlich diejenigen nicht, welche dem Papste auch heute noch den Steigbügel halten.

Schon nach dem Frieden von Villafranca hoffte man, daß in Oesterreich eine totale Umänderung des Systems eintreten werde. Denn was bei Solferino geschlagen war, das waren denn doch weit weniger die tapferen Soldaten des Kaiserreichs, als jenes theokratisch-absolutistische System, das drei Jahrhunderte nach der Reformation ein unseliger Anachronismus ist. Somit mußte man nach Solferino jene altväterische Regierungsweise beseitigen; wo nicht, so wurde man eben wieder geschlagen. Nur wenn hierin ein vollständig neuer Boden geschaffen wurde, konnte Oesterreich geholfen werden; so nützlich auch andere Maßregeln sein mochten, von Entscheidung sind sie nicht.

Die Zerrüttung der Finanzen und der nicht endende Streit mit Ungarn erheischten freilich einige Reformen. Der schwache Anfang hiezu war die Berufung des „verstärkten Reichsraths" 1860, in welchem Adel und Geistlichkeit eine überwiegende Stimme hatten. Als Feinde der Centralisation sprachen diese für die historischen Rechte und Zustände der einzelnen Kronländer, und so erschien am 20. Oktober 1860 das sogenannte „Oktoberdiplom", welches den zur ungarischen Krone gehörigen Ländern eine modernisirte Verfassung und den übrigen Ländern besondere Landtage gab, in welchen wiederum die Feudalstände das Uebergewicht hatten. Gemeinsame Reichsinteressen sollten von einem gemeinsamen Reichsrath berathen werden. Niemand außer den Rittern der Vorzeit war von einem solchen Diplom entzückt: die Ungarn sehnten sich nach ihrer alten Verfassung von 1848 und verwünschten die neue Mode; die übrigen Länder hätten gern einen neuen Schnitt angenommen, wenn sie nur die langen Talare und die Ritterspuren losgeworden wären. Die allgemeine Unzufriedenheit veranlaßte eine neue Schwenkung. Der Kaiser ernannte den Ritter von Schmerling zum Staatsminister, und nun probirte man es wieder mit der Centralisation. Am 26. Februar 1861 erfolgte das sogenannte „Februarpatent", welches neben dem allgemeinen oder weiteren Reichsrath noch einen engeren schuf. In diesem sollten die gemeinschaftlichen

Digitized by Google

Interessen der deutsch-slavischen Länder berathen werden, in jenem, das zu einem vollständigen, aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus bestehenden Parlament erweitert wurde, die Angelegenheiten des Gesamtreiches, daher auch der ungarische Landtag seine Vertreter dahin zu senden hatte. Wenn dieser aber den Beitritt verweigerte, was dann? Er verweigerte ihn nicht nur und protestirte gegen die Giltigkeit der Beschlüsse des Reichsraths in ungarischen Angelegenheiten, sondern forderte auch absolut als erste Bedingung seiner Mitwirkung die Anerkennung der Gesetze von 1848. Da dies die Personalunion bedeutete und Oesterreich dann von der Gnade des ungarischen Landtags abhieng, so wurde die Forderung in Wien abgeschlagen und die Erklärung gegeben, daß die von den Ungarn verlangte „Reichskontinuität" durch die Revolution verwirkt, daß in einem neu eroberten Lande auch ein neues Recht einzuführen sei. Gerade so hatte schon Herzog Ulrich von Württemberg gesprochen, als er am 15. August 1519 kurz nach seiner Vertreibung Stuttgart überrumpelte und den Tübinger Vertrag aufhob. Der ungarische Landtag wurde aufgelöst, und der Ritter von Schmerling sagte: „Wir können warten."

Dieses resignirende Wort war nur dann mehr als eine bloße Phrase, wenn Regierung und Reichsrath die Bahn der Freiheit wandelten, wenn es der Wiener Hofburg mit dem neuen konstitutionellen System Ernst war und nach Aufhebung des Feudalstaates die Principien des neunzehnten Jahrhunderts Raum fanden, wodurch die westliche Hälfte des Reichs auf die östliche eine Anziehungskraft hätte ausüben können. Nichts von all dem geschah. Die Regierung benützte den Reichsrath hauptsächlich als Helfer in der Noth des Finanzwesens und hatte durchaus keine Lust, ihre eigentliche Gewalt mit demselben zu theilen und das schöpferische Wort: „Es werde Licht!" in das Dunkel der kirchlichen und politischen Zustände Alt-Oesterreichs mit Posaunenstimme zu verkündigen. Der Zwiespalt mit Ungarn blieb; man kam hier keinen Schritt weiter; von Anerkennung der Februarverfassung und Beschickung des Reichsraths war von Seiten Ungarns keine Rede. Und selbst in der westlichen Hälfte erhob sich ein Widerspruch gegen den Reichsrath, da die Slaven, welche separatistische Tendenzen hegten, das Uebergewicht des deutschen Elements in demselben unbequem fanden. Die Finanzvorlagen des Jahres 1865 ließen in einen tiefen Abgrund blicken. Um so entschiedener drang das Abgeordnetenhaus auf Ersparnisse und zwar da,

Digitized by Google

wo die Hofkreise am empfindlichsten waren, im Etat des Militärs und der Marine. Dies wurde von der altadeligen Partei, wozu namentlich Graf Moriz Esterhazy gehörte, benützt, um die Februarverfassung samt Schmerling zu beseitigen und es wieder einmal mit den Ungarn zu probiren. Der Kaiser machte Anfangs Juni eine Reise nach Pesth, wurde glänzend empfangen, verkehrte mit den hervorragenden Männern, wie mit Franz Deak, verabschiedete den ungarischen Hofkanzler Graf Zichy und berief an dessen Stelle den in Ungarn beliebten Grafen Mailath. Das Ministerium Schmerling gab seine Entlassung ein, und nach vierwöchiger Krisis hatte man ein „Drei-Grafen-Ministerium", in welchem Graf Belcredi Staatsminister war, Graf Larisch die Finanzen, Graf Mensdorff-Pouilly (übrigens schon seit dem 21. Oktober 1864) die auswärtigen Angelegenheiten verwaltete. Die neuen Zielpunkte traten bald an den Tag. Die Länder der Stefanskrone Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien u. s. w. sollten wieder ein Ganzes ausmachen, der weitere Reichsrath mußte wegfallen, der engere konnte bleiben und das Band für die deutsch-slavischen Provinzen bilden. Aber auch dieser blieb nicht. Durch das Patent vom 20. Sept. 1865 wurde die ganze Februarverfassung, engerer und weiterer Reichsrath suspendirt, die Landtage sämtlicher Kronländer einberufen und das Versprechen gegeben, die Resultate des ungarischen Ausgleichs ihnen vorzulegen. Mit diesem neuen Staatsstreich war man wieder so ziemlich beim alten Absolutismus angekommen. Auf allen deutschen Landtagen wurde daher gegen die „Sistirung" der Verfassung protestirt und der Kaiser um ihre Wiederherstellung gebeten. Nur in Böhmen, Mähren und Krain jubelten die Slaven. Die böhmischen Czechen, welche den Ungarn nicht nachstehen wollten, träumten von einer heiligen Wenzelskrone und führten gegen die deutsche Bevölkerung eine Sprache, welche an die dänische Brutalität in Schleswig erinnerte. Die Tendenzen, welche 1848 den Kanonen Windischgräz' hatten weichen müssen, wurden wieder laut, und Schmerlings Nachfolger, Belcredi, war sinnlos genug, solche slavische Sonderbünde zu begünstigen und den „historisch-politischen Individualitäten" das Wort zu reden. Wenn aber er und Mailath meinte, daß bei den Unterhandlungen mit Ungarn die Regierung so leichten Kaufs wegkomme, so täuschten sie sich. Die Ungarn wollten entweder alles oder nichts. Sie bestanden auf vollständiger Selbständigkeit, auf ihren Gesetzen von 1848, auf Einsetzung eines

Digitized by Google

besonderen ungarischen Ministeriums und wollten höchstens das Auswärtige, das Kriegs- und Finanzwesen als das mit der Regierung der übrigen Länder Gemeinsame, in diesen Departements also Reichsministerien gelten lassen. Zu einer solchen Theilung seiner Gewalt konnte sich das Wiener Kabinet im Jahre 1865 nicht verstehen. Möglich, daß die Ereignisse des folgenden Jahres es willfähriger machten.

Anderer Art waren die Verhältnisse in Preußen, wenngleich es auch hier an Konflikten zwischen Regierung und Volk nicht fehlte. Zwar wurde die Verfassung nicht „sistirt", aber sie zeigte eine bedenkliche, für die Regierung nicht gerade unangenehme Lücke. König Wilhelm I. schenkte von seinem Regierungsantritt an seine Hauptaufmerksamkeit dem Militärwesen. Soldat durch und durch, setzte er die Macht und den Stolz Preußens in ein schlagfertiges Heer. Er wollte nicht wie sein Bruder ein Olmütz erleben, trachtete vielmehr seit Beginn seiner Regierung darnach, diese Schmach zu tilgen, und Preußen diejenige Stellung in Deutschland zu erringen, welche demselben, wenn die realen Machtverhältnisse in die Wagschale gelegt wurden, von Rechtswegen gebührten. Da ihm aber zu einer raschen Mobilmachung das bisherige Landwehrinstitut nicht ganz zweckmäßig zu sein schien, so wünschte er einige Veränderungen an demselben vorzunehmen und das Linienmilitär durch eine Präsenzzeit von drei Jahren zu verstärken. Diese „Reorganisation" des Heeres war sein Lieblingswerk, erwies sich im Kriege als vorzüglich, kostete aber das Land mehr Geld und entzog ihm viele Arbeitskräfte. Das Abgeordnetenhaus war daher nicht zu bewegen, die Mittel hiefür zu verwilligen. Vertagungen und Auflösungen erfolgten, das liberale Ministerium wurde am 18. März 1862 entlassen, das konservative Ministerium Hohenlohe zog sich am 23. September 1862 zurück, und nun übernahm Herr von Bismarck-Schönhausen das Auswärtige und wurde Ministerpräsident. Dies war der Mann, wie ihn König Wilhelm für seine Plane brauchte. Auf dem „Vereinigten Landtag" 1847 war er Führer der äußersten Rechten, zeigte sich als entschiedenen Feind der Nationalversammlung und Reichsverfassung und nannte 1849 den Kampf in Schleswig-Holstein „eine Revolution gegen den rechtmäßigen Landesherrn, einen Streit um des Kaisers Bart, eine echte querelle allemande." Die Benennung „Junker" ließ er sich gerne gefallen und rief seinen Gegnern zu: „Seien Sie

Digitized by Google

versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkerthums noch zu Ehren und Ansehen bringen." Als Bundestagsgesandter nach Frankfurt geschickt (1851), hatte er Gelegenheit, den Einfluß Oesterreichs auf die Mittel- und Kleinstaaten und die schiefe Stellung Preußens kennen zu lernen. „Wie Schuppen fiel es mir von den Augen," äußerte er selbst und trat nun als offener und geheimer Gegner Oesterreichs auf, nachdem er bisher in junkerlicher Manier sich in Lobeserhebungen über diesen Staat ergossen hatte. Um den Zwiespalt nicht gar zu stark werden zu lassen, versetzte ihn der König 1859 als Gesandten nach Petersburg. Im Frühjahr 1862 übernahm er den Gesandtschaftsposten in Paris und machte bei seinem späteren Rivalen Napoleon politische Studien. Hier wurde Preußens Zukunftspolitik besprochen, und voll von diesen Eindrücken übernahm er im Herbst das Ministerium, um mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit auf sein Ziel loszusteuern. Welcher Art dies sei, ließ sich aus jenen allgemeines Aufsehen erregenden Worten des neuen Premierministers ableiten: „Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — dies ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Blut und Eisen." Die Opposition des Abgeordnetenhauses kümmerte ihn wenig. Da es jedes Jahr die Gelder für die bereits eingeführte Reorganisation verweigerte und das vorgelegte Budget verwarf, das Herrenhaus aber dasselbe genehmigte, so erklärte Bismarck, daß ein solcher Zwiespalt zwischen beiden Häusern nicht vorgesehen, und bei dieser „Lücke in der Verfassung" die Regierung berechtigt sei, den Staatshaushalt auch ohne Finanzgesetz zu führen. Auch die Verweigerung einer Anleihe beunruhigte ihn nicht; mit einer Offenheit, die nichts zu wünschen übrig ließ, sagte er, er werde in diesem Falle „die Mittel, welche er bedürfe, nehmen, wo er sie bekomme."

Solchem Vorgehen entsprach die äußere Politik. In der deutschen Frage sollte energisch vorgegangen werden, die Unterordnung Preußens unter den Bund und das österreichische Präsidium sollte aufhören. Auf „moralische Eroberungen in Deutschland" und auf dessen Sympathien hielt man nichts mehr; ein starkes Kriegsheer war ein weit sichereres Mittel, Preußens Wünsche am Bunde durchzu-

Digitized by Google

setzen und seine Beziehungen zu den deutschen Bundesstaaten auf die wirklichen Machtverhältnisse zu gründen. Oesterreich wurde der Rath gegeben, seinen Schwerpunkt dahin, wo er sei, außerhalb Deutschland, nach Ofen zu verlegen. Um so fester suchte sich der Kaiser an seine deutschen Bundesgenossen anzuklammern und legte auf der Fürstenversammlung zu Frankfurt am 16. August 1863 sein Reformprojekt vor. Da aber dasselbe den Einfluß Oesterreichs am Bund eher stärkte als schwächte, so nahm König Wilhelm an dem Kongreß keinen Theil und lehnte seinen Beitritt zu den Beschlüssen ab. Daran mußte das ganze Projekt, das auch auf die Wünsche des deutschen Volkes zu wenig Rücksicht nahm, scheitern. Der Bundestag, welchem diesmal auch von Oesterreich der Tod geschworen war, blieb in seiner alten Form bestehen und sollte sich nun gleich in seiner ganzen Zerfahrenheit zeigen.

Am 15. November 1863 starb König Friedrich VII. von Dänemark. Sein Nachfolger war der durch das Londoner Protokoll von 1852 oktoyirte Christian IX. Daß er im eigentlichen Dänemark König wurde, bestritt ihm niemand; ob aber in den Herzogthümern, war eine andere Frage. Weder die Stände derselben noch der deutsche Bund hatte das Protokoll anerkannt, und wenn auch Christian von den Herzogthümern bereits Besitz genommen hatte, so hielten diese doch an dem Prinzen Friedrich von Augustenburg fest, welcher auch nicht säumte, gegen die Usurpation Christians zu protestiren und sich den Titel „Herzog von Schleswig-Holstein" beizulegen. Und selbst diejenigen Staaten, welche das Protokoll unterzeichnet hatten, wie Oesterreich und Preußen, unter den Mittelstaaten Hannover, Sachsen und Württemberg, waren nicht gehalten, dasselbe auszuführen, da Dänemark die daran geknüpften Bedingungen nicht hielt. Dieses hatte sich verpflichtet, die Provinzialverfassungen der Herzogthümer wiederherzustellen und Schleswig niemals dem eigentlichen Dänemark einzuverleiben. Aber am 30. März 1863 wurde von der eiderdänischen Partei, welche allenfalls das zum deutschen Bunde gehörige Holstein fahren lassen wollte, um Schleswig desto fester an sich zu ziehen, das sogenannte Märzpatent durchgesetzt, wonach Holstein, ohne Zustimmung der Stände, aus der Gesamtmonarchie zwar ausgeschieden, aber zur tributpflichtigen Provinz gemacht wurde, deren Soldaten in den dänischen Garnisonen von dänischen Officieren befehligt wurden. Zugleich wurde das Parlament für Dänemark und Schles-

Digitized by Google

wig nach Kopenhagen berufen und eine für beide gemeinsame Verfassung vorgelegt und berathen, wodurch die Einverleibung Schleswigs förmlich ausgesprochen war. Der Entwurf war am 14. November vom Parlament angenommen, und am 15. starb König Friedrich. Der Protokollkönig hatte die Wahl, entweder diese Verfassung zu unterzeichnen und dadurch aufs neue Deutschland in Flammen zu setzen, oder seine Unterschrift zu verweigern und sich seine Krone vom Kopenhagener Pöbel, der drohend seinen Palast umlagerte, wieder herunterreißen zu lassen. Das erstere hielt er für die kleinere Gefahr und unterzeichnete am 18. November. Dabei hoffte er auf die Hilfe Schwedens und Englands. Mit jenem war schon unter seinem Vorgänger eine Offensiv- und Defensiv-Allianz besprochen, aber nach seinem Tode unterblieb Schwedens Ratifikation. England gab sich allerdings unter allen Großmächten die meiste Mühe, die Gefahr von Dänemark abzuwenden; aber auch hier gieng es, wie kurz vorher für Polen, über diplomatische Verwendung nicht hinaus, und als es in Frankfurt gegen eine Bundesexekution in Holstein protestirte, wurde ihm entgegnet, daß dies das Ausland gar nichts angehe, da es eine rein innere Angelegenheit Deutschlands sei.

Seit 1848 hatte man in Deutschland keine solche Aufregung gesehen wie im Winter von 1863 auf 1864. Jedermann fühlte, daß es sich hier nicht bloß um die Vertheidignng eines unglücklichen, verlassenen Bruderstammes handle, sondern um Deutschlands Zukunft, um eine rasche Entwicklung jenes endlosen Drama's, das in seinem Schlußakt Deutschland als kräftigen Einheitsstaat ebenbürtig neben den ersten Großmächten auftreten lassen sollte. Das Recht Schleswig-Holsteins wurde in der Presse, in den Volks- und Ständeversammlungen mit einer Begeisterung verfochten, daß man sich nicht scheute, ganz Europa in die Schranken zu fordern. Je höher die Fluten der Volksbewegung stiegen, desto kühler und zugeknöpfter zeigten sich die Minister der deutschen Großmächte, Bismarck und Rechberg. Beide fingirten einen gewaltigen Respekt vor der Bedeutung des Londoner Protokolls, durch das sie gebunden seien, und thaten, als ob dasselbe seine Giltigkeit bis ans Ende der Welt haben müßte. In Wien wurde die Agitation für die Herzogthümer sehr ungnädig aufgenommen und möglichst unterdrückt. Mit Bismarck ließ sich eher etwas machen; nicht als ob er sich an die Spitze der deutschen Freischaren hätte stellen wollen; aber wenn sich die Sache im

Digitized by Google

Interesse einer preußischen Macht- oder gar Gebietserweiterung und als Ableiter für die Kammeropposition verwerthen ließ, so war er trotz des Londoner Protokolls dabei. Somit mußte, wenn etwas geschehen sollte, zunächst der Bundestag seine Stimme erheben. Er that einen Schritt vorwärts und einen halben rückwärts. Nachdem er den dänischen Bundestagsgesandten von den Sitzungen ausgeschlossen hatte, beschloß er am 7. December, einem Drucke der beiden Großmächte nachgebend, daß nicht, wie das deutsche Volk wollte, die Occupation Holsteins, sondern nur die Exekution stattfinden solle. Zugleich trafen aus Holstein von den Ständemitgliedern, der Ritterschaft, den Prälaten und der Universität Kiel Eingaben an den Bundestag ein, welche um Anerkennung und Einsetzung ihres „rechtmäßigen Herzogs Friedrich VIII." baten. Fast alle Beamten Holsteins hatten König Christian den Huldigungseid verweigert.

Doch gleichviel, ob Occupation oder Exekution, wenn es nur einmal vorwärts gieng! Die Ausführung der Exekution wurde Hannover und Sachsen übertragen, welche je 6000 Mann aufstellen und diese unter dem Oberbefehl des sächsischen Generallieutenants Hacke in Holstein einmarschiren lassen sollten. Oesterreich und Preußen sollten je 5000 Mann als Reserven an der Grenze bereit halten und nöthigenfalls mit größeren Truppenmassen eingreifen. Am 23. December überschritten die Bundestruppen die holsteinische Grenze und besetzten bis zum Ende des Monats das ganze Herzogthum bis Kiel und Rendsburg, nachdem die Dänen sich über die Eider in ihr festes Danewerk zurückgezogen hatten. Gleich nach ihrem Abzug wurde in allen Gemeinden Herzog Friedrich proklamirt, und obgleich die Civilkommissäre des Bundes eine öffentliche Kundgebung verhindern wollten, so lange Friedrich nicht vom Bunde anerkannt sei, so traten doch am 27. December gegen 20,000 Holsteiner in Elmshorn unter freiem Himmel zu einer Landsgemeinde zusammen, erklärten Herzog Friedrich für ihren rechtmäßigen Landesherrn und luden ihn ein, sich in ihre Mitte zu begeben. Und wirklich langte er, der bisher in Gotha seinen Sitz gehabt hatte, am 30. December, zur größten Freude der Holsteiner, in Kiel an.

Der korrekte Weg war nun, daß der deutsche Bund Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannte und ihm als Bundesfürsten bewaffnete Hilfe zur Eroberung Schleswigs leistete. Aber obgleich sein Erbfolgerecht in den letzten fünfzehn Jahren von allen

Digitized by Google

Staatsrechtslehrern aufs gründlichste bewiesen war, so glaubte doch der deutsche Bund, die Sache noch einmal aufs gründlichste untersuchen lassen zu müssen. Bis aber der bairische Gesandte, von der Pfordten, sein Referat zur Hälfte fertig hatte, hatten Oesterreich und Preußen dem Bunde das Heft entwunden und in die eigene Hand genommen. Preußen, dem das Vorgehen der Mittelstaaten sehr unangenehm war, beredete seinen Rivalen Oesterreich, im Verein mit ihm den deutsch-dänischen Streit selbst auszukämpfen. Für den Fall, daß es darüber zu einem Kampfe mit den anderen Großmächten käme, war Bismarck die Bundesgenossenschaft Oesterreichs angenehm, diesem dagegen das Gesuch willkommen, weil es dadurch Preußens Annexionsgelüste zügeln zu können hoffte. Sie erklärten am Bund, daß sie die „Geltendmachung der Rechte desselben in Bezug auf Schleswig nunmehr in ihre eigenen Hände nehmen werden", und kümmerten sich um den Protest Baierns und der übrigen Mittelstaaten nichts. Wollten diese nicht einen Bürgerkrieg heraufbeschwören, so blieb ihnen nichts übrig, als sich in ihr Schicksal zu ergeben. Die beiden „Vormächte" ließen am 16. Januar 1864 in Kopenhagen erklären, daß sie, wenn nicht innerhalb 48 Stunden die dänisch-schleswig'sche Verfassung vom 18. November 1863 aufgehoben sei, Schleswig mit ihren Truppen besetzen und ihre Gesandten abberufen werden. Die eiderdänischen Führer glaubten, daß auch diesmal, wie im Jahre 1848, die auswärtigen Mächte Deutschland nicht erlauben würden, in eigenen Angelegenheiten Krieg zu führen, und zwangen daher den König, am 18. Januar eine abschlägige Antwort zu geben.

Schon standen die neuen Alliirten an der Grenze. Die Preußen, welche 43,500 Mann und 110 Kanonen hatten, standen unter dem Prinzen Friedrich Karl, die Oesterreicher mit 28,500 Mann und 48 Kanonen unter dem Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn von Gablenz. Den Oberbefehl über beide Corps führte der 80jährige preußische Feldmarschall Wrangel. Die entscheidende Stimme in diesem Feldzug hatte somit Preußen. Den rechten Flügel der Armee bildete Friedrich Karl, das Centrum Gablenz, den linken Flügel die preußische Gardedivision unter General von der Mülbe. In dieser Aufstellung rückten die Alliirten gegen das berühmte Danewerk vor, von dem man in Kopenhagen glaubte, daß die „tapperen Landsoldaten" sich darin so sicher befinden wie in Abrahams Schoß. Aber diese elf Meilen lange Verschanzungslinie, deren Gründung uns bis ins Jahr

Digitized by Google

808, in die Zeiten Karls des Großen, zurückführt, erforderte zur Vertheidigung zum mindesten eine Armee von 60,000 Mann, und der dänische Oberbefehlshaber de Meza hatte nur etwa 30,000. Am 1. Februar giengen die Alliirten über die Eider, Friedrich Karl besetzte Eckernförde, bestürmte unter dreistündiger Kanonade, wenn auch ohne Erfolg, am 2. die Schanzen von Missunde, schlug weiter abwärts bei Arnis eine Brücke über die Schlei und richtete seinen Marsch nach Flensburg, um dem Feinde den Rückzug abzuschneiden. Inzwischen schlugen sich die Oesterreicher, welche den Feind in der Front anzugreifen hatten, am 3. bei Jagel, Oberselk und am Königsberg und drangen bis zum eigentlichen Danewerk vor. Als sie sich aber zum Sturm anschickten, erfuhren sie, daß das Danewerk geräumt und der Feind im vollen Rückzug nach den Düppeler Schanzen sei. Da nämlich General Meza einsah, daß er gegen die tüchtigen und überlegenen Truppen der Alliirten weder das Danewerk halten, noch eine offene Feldschlacht bestehen könne, so zog er sich, nach einem fast einstimmigen Beschluß des Kriegsraths, um wenigstens die Armee dem Staate zu retten, in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar, nach der zweiten Verschanzungslinie, den Düppeler Höhen, zurück. Rasch folgten ihm die Alliirten. Bei Oeversee holte die österreichische Vorhut den dänischen Nachtrab ein und schlug ihn in einem blutigen Gefecht zurück (6. Februar. Unaufhaltsam gieng es nun auf der ganzen Linie der Alliirten vorwärts nach Norden. Prinz Friedrich Karl wandte sich gegen Düppel, Gablenz und Mülbe gegen Nordschleswig und Jütland. Der letztere besetzte am 19. Februar Kolding, eine jütische Grenzstadt. Mit Ausnahme der Inseln und der auf der Halbinsel Sundewitt liegenden Düppeler Verschanzungen war ganz Schleswig in der Gewalt der Alliirten. Die preußische Garde und die Oesterreicher trieben den Feind, nachdem er noch einmal bei Veile von Gablenz geworfen war, bis hinter den Lymfiord im Norden Jütlands zurück, wandten sich dann wieder südlich, und ein Theil der Garde zog nach Düppel, um an dem Sturm theilzunehmen; der Rest rückte mit den Oesterreichern vor die Festung Fridericia, welche von den Dänen am 29. April, zehn Tage nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen, in aller Stille geräumt wurde.

Die Düppeler Stellung erforderte, wenn man nicht gar zu viele Menschen opfern wollte, eine regelmäßige Belagerung. Dazu aber mußte erst aus Preußen schweres Geschütz herbeigeschafft werden. So

Digitized by Google

hatte man hier ein kleines Sebastopol, bei welchem die unterirdische Arbeit mehrere Wochen in Anspruch nahm. Am 18. April erfolgte der Sturm unter der Leitung des Prinzen Friedrich Karl. Die Tapferkeit und Aufopferungsfähigkeit der Preußen überwand alle Schwierigkeiten, so hartnäckig auch die Vertheidigung war. Bis Nachmittags zwei Uhr waren die Düppeler Schanzen erobert und ebendamit das Festland von Schleswig seiner dänischen Bedrücker ganz los. Die Preußen hatten an Todten und Verwundeten 1188 Mann, darunter 70 Officiere, die Dänen verloren gegen 5400 Mann, worunter 4000 Gefangene; der Rest wurde über die Brücke von Sonderburg nach der Insel Alsen zurückgetrieben. Die Sieger wandten sich nördlich, besetzten ganz Jütland bis zum Lymfiord und legten zum Ersatz für die Blokade der deutschen Seehäfen und die Wegnahme deutscher Handelsschiffe der Bevölkerung Jütlands eine entsprechende Kontribution auf. Auch zur See wurde gekämpft, wenn gleich gerade hier die Unterlassungssünden der deutschen Vormächte am meisten sich bemerklich machten. Die preußische Marine hatte am 17. März unter Contreadmiral Jachmann an der Ostseite von Rügen ein rühmliches Gefecht mit einer überlegenen dänischen Flottenabtheilung, und am 9. Mai griffen die zwei österreichischen Fregatten „Schwarzenberg" und „Radetzky" unter Contreadmiral Tegetthoff nebst drei preußischen Schiffen ein dänisches Geschwader bei Helgoland an, mußten sich aber, weil der „Schwarzenberg" in Brand gerieth, nach der Elbemündung zurückziehen, über welchen „glänzenden Sieg" der dänischen Flotte das englische Parlament in einen cynischen Jubel ausbrach.

Das englische Kabinet hatte seither alles gethan, um das Heiligthum des Protokolls nicht antasten zu lassen. Hatte es doch sogar Napoleon aufgefordert, zur Erleichterung Dänemarks eine kriegerische Demonstration am Rhein zu machen. Aber so populär wohl in Frankreich ein Rheinfeldzug gewesen wäre, so hatte Napoleon, das Ende des Oheims bedenkend, doch nicht Lust, einen solchen allein auf sich zu nehmen oder gar mit einer bloßen Demonstration sich zu begnügen. Er gab daher zur Antwort, daß er zu einem Kriege gegen Deutschland bereit sei, wenn England sich verpflichte, ihm dabei „bis zu den äußersten Konsequenzen" zur Seite zu stehen. Da dies die Eroberung des linken Rheinufers bedeutete, so brachen die englischen Minister, welche es auf einen bloßen Schreckschuß gegen Deutschland abgesehen hatten, die Verhandlungen mit Napoleon ab. Von Rußland

Digitized by Google

vollends, wo man in dieser neuen Verwicklung einen sehr willkommenen Ableiter für die polnischen Koketterien sah, hatten die deutschen Mächte nichts zu besorgen. Endlich brachte es England, wo die Tochter des dänischen Königs, die Prinzessin Alexandra von Wales, all ihre Liebenswürdigkeit aufbot, um die alten, steifen Herren des Kabinets zu einem lustigen Turnier für ihren Herrn Papa zu entflammen, wenigstens zu einer Konferenz der Unterzeichner des Londoner Protokolls, an welcher als Stellvertreter des deutschen Bundes der sächsische Minister von Beust theilnahm. Dieselbe wurde am 25. April in London eröffnet und zunächst ein Waffenstillstand vom 12. Mai bis 12. Juni, später mit einer Verlängerung bis zum 26. Juni beschlossen. Das deutsche Volk und die Herzogthümer protestirten übrigens gegen die Anmaßung der Konferenz, über eine Sache, die sie gar nicht angehe, entscheiden zu wollen. Zum Glück hatte Deutschland an der Hartnäckigkeit des dänischen Gesandten einen Bundesgenossen, wie es ihn nicht besser wünschen konnte. Noch am 17. Mai schlugen Oesterreich und Preußen die Personalunion zwischen Dänemark und den Herzogthümern vor. Die Dänen schauderten vor einem solchen Resultat und giengen in gar keine Berathung darüber ein. Andererseits war dies von Preußen die äußerste Konzession. Wurde sie nicht angenommen, so blieb Preußen nichts anderes übrig, als weniger zu bieten. Ohnedies hatte in Berlin die Militärpartei die Oberhand am Hofe bekommen. Diese rechnete nach dem sehr einfachen Calcul des Eroberungsrechts und nicht nach den verwickelten Sätzen des Londoner Protokolls. Preußen und Oesterreich sagten sich offen von demselben los und verlangten in der Sitzung vom 28. Mai die „vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark und ihre staatliche Vereinigung unter der Souveränetät des Erbprinzen von Augustenburg." Nun suchte England von Schleswig noch möglichst viel für Dänemark herauszuschlagen, und es entstand ein langes Markten über eine mehr südliche oder nördliche Theilungslinie. Die deutschen Mächte wollten sich höchstens herbeilassen, als Ersatz für Lauenburg den nördlichsten, großentheils dänischen Theil von Schleswig an Dänemark zurückzugeben. Die dänischen Gesandten verwarfen diesen Antrag, verwarfen auch den Vorschlag des Herrn von Beust, die Bevölkerung Schleswigs selbst hierüber abstimmen zu lassen, und verwarfen zuletzt den Antrag Englands, einen Schiedsrichter zu erwählen, welcher die Theilungslinie zu be-

Digitized by Google

stimmen habe. Damit war aber auch aller englische Witz erschöpft, und es gieng nach dem Sprichwort: „Wem nicht zu rathen ist, dem ist auch nicht zu helfen.“ Die Konferenz gieng am 25. Juni resultatlos aus einander. Das Schwert mußte den dänischen Knoten zerhauen.

Wie die Polen, so täuschten sich auch die Dänen in England. Dieses wollte nur eine diplomatische, nicht eine bewaffnete Einmischung, und Kabinet und Parlament waren hierin einig. Auch Deutschland war mit der Erklärung seiner Vormächte am 28. Mai einverstanden und jubelte, daß nun wieder die Kanonen zum Wort kamen. Prinz Friedrich Karl, der für den alten Wrangel den Oberbefehl übernommen hatte, ließ am 29. Juni vor Tagesanbruch auf 160 Kähnen seine Bataillone über den Alsensund setzen und unter dem Feuer der dänischen Batterien landen. General Herwarth von Bittenfeld kommandirte die preußischen Truppen. Die Dänen wurden auf allen Seiten zurückgeworfen, nach dem äußersten Winkel der Insel Alsen, der Halbinsel Kekenis, gedrängt, von wo sie am folgenden Tage nach der Insel Fünen sich retteten. Aber gegen 3000 Gefangene und viel Kriegsmaterial fiel den Siegern in die Hände. Das Städtchen Sonderburg war von den Dänen selbst in Flammen gesetzt worden. Fast zu gleicher Zeit rückten die Alliirten in Jütland vor, überschritten den Lymfiord, zwangen das 5000 Mann starke dänische Heer zur Einschiffung nach Seeland und pflanzten ihre Fahnen an der Nordspitze Jütlands, dem Kap Skagen und am Ottensund auf, wo einst Kaiser Otto I. seinen Speer weit hinaus in die Wogen geschleudert hatte. Die österreichischen Kriegsschiffe erlösten endlich auch die westfriesischen Inseln Sylt, Föhr u. s. w. von ihrem Tyrannen, dem dänischen Seekapitän Hammer, welcher samt Fahrzeugen und Mannschaft den Befreiern in die Hände fiel.

So heftig die Bevölkerung Kopenhagens nach der Räumung des Danewerks getobt und die Absetzung Meza's durchgesetzt hatte, so kleinmüthig war sie jetzt, da die ganze dänische Monarchie nur noch auf einigen Inseln zu suchen war. Man hielt sich selbst in Kopenhagen nicht mehr für sicher vor den Preußen und verlangte nach dem Schutz des Heeres und der Flotte. Diese niedergeschlagene Stimmung benützte König Christian, entließ das eiderdänische Ministerium Monrad, suchte um Waffenstillstand nach und schickte zu Friedensunterhandlungen einen Gesandten nach Wien. Dort wurden, mit gänzlicher Ausschließung des deutschen Bundes, zwischen Preußen, Oester-

Digitized by Google

reich und Dänemark am 1. August die Präliminarien verabredet und am 30. Oktober der Friede geschlossen. In diesem Wiener Frieden verzichtete der König von Dänemark auf alle seine Rechte an Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Gunsten des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen. Das langjährige Unrecht war endlich gerächt, das freche, übermüthige Dänenthum in seine Froschteiche zurückgeworfen, das arme Schleswig durfte wieder seine Muttersprache reden, drei deutsche Herzogthümer waren wieder Deutschland zurückgegeben. Doch durfte man fragen: wem in Deutschland? Die Herzogthümer, das übrige Deutschland, selbst Oesterreich glaubten, daß nun der Einsetzung des Augustenburgers als Herzogs von Schleswig-Holstein nichts mehr im Wege stehe. Wer aber den Wortlaut des Wiener Friedens näher ansah, konnte kaum daran zweifeln, daß Preußens Entschluß, sich in den Herzogthümern festzusetzen, unwiderruflich feststehe. Denn in demselben war ja ausdrücklich von den Rechten des Königs Christian die Rede; und doch hatte sich Preußen während der Konferenz von dem Londoner Protokoll losgesagt, ebendamit Christian die Anerkennung seiner Rechte versagt. Wenn es nun wieder zu dem alten Standpunkte zurückkehrte, so geschah es offenbar bloß, um durch diesen Widerspruch die Rechte des Augustenburgers, die es am 28. Mai so feierlich verkündigt hatte, bei Seite setzen und alle Besitzrechte auf sich selbst und auf Oesterreich übertragen lassen zu können. Diese allein, und niemand sonst, sollten ein Recht auf die Herzogthümer haben. Der Mitbesitz Oesterreichs war zwar immerhin lästig; aber Bismarck, die Seele der neuen Annexionspolitik, glaubte, bei den fortwährenden Verlegenheiten dieses Staates, leicht mit ihm fertig zu werden. Hatte doch Oesterreich durchaus kein greifbares Interesse an der Nordsee! Konnte es doch für sich selbst unmöglich dieses entlegene Besitzthum begehren oder behalten! Hatte es doch von Anfang an gezeigt, daß es eher für Dänemark als für den Augustenburger begeistert war! Warum sollte es also nicht seinem Alliirten von 1864 durch die Finger sehen, wenn dieser die hauptsächlich mit preußischem Blute befreiten Provinzen entweder sich vollständig einverleibte oder in militärischer und maritimer Beziehung ganz von sich abhängig machte? Und wenn es je in seiner Eifersucht auf das Emporkommen des jüngeren Nebenbuhlers dessen fieberhaftem Appetit eine Tantalusqual bereiten wollte, so gab es ja für Oesterreich ein Ungarn und Italien und damit einen

Digitized by Google

Berg von Verlegenheiten, die ihm, wenn es nicht kameradschaftlich gesinnt war, in den Weg geworfen werden konnten. Und dann konnte man, schloß Bismarck weiter, erst recht mit Oesterreich abrechnen, die deutsche Frage aufs Tapet bringen, mit der reorganisirten Armee und den Zündnadelgewehren Oesterreich aus Deutschland hinaustreiben und einen neuen deutschen Bund gründen, in welchem Preußen das große Wort führte. Dann erst war Preußen eine wirkliche Großmacht, dann auch mit der Erwerbung der Herzogthümer eine Seemacht, dann erst war der Staat Friedrichs des Großen fertig.

Gleich beim Friedensschluß prophezeiten klügere Politiker, daß die siegreichen Alliirten wegen Theilung der Beute einander selbst in die Haare kommen werden. Hundertjähriger Groll hatte sich angesammelt. Bei den Unionsbestrebungen Preußens in den Jahren 1849 und 1850 war der Krieg nur durch die Nachgiebigkeit Friedrich Wilhelms IV. verhindert worden. Aber der Stachel war stecken geblieben, und König Wilhelm und sein Minister Bismarck scheuten auch vor einem Krieg nicht zurück, wenn das, was sie die preußische Machtstellung nannten, gefährdet war. So blieb also Oesterreich wohl keine andere Wahl übrig, als entweder Preußen die Elbherzogthümer zu überlassen oder einen Krieg auf Tod und Leben mit ihm anzufangen. Denn dazu war Bismarck fest entschlossen, und je mehr er sich als den Mann zeigte, der allein im Stande sei, die Armee-Reorganisation durchzusetzen, desto mehr stieg sein Einfluß auf den König. Nach dem Landtag fragte er nichts; die deutschen Mittel- und Kleinstaaten behandelte er samt dem Bundestag als ohnmächtige Geschöpfe, die wohl gerne ein Geschrei erheben, aber, wenn sie den Ernst sehen, wieder ruhig zu ihrer Bürgerpflicht zurückkehren. Dies zeigte sich ebendamals auch auf dem Gebiet des Zollvereins. Preußen hatte im Namen desselben 1862 einen Handelsvertrag mit Frankreich geschlossen, welchem mehrere Mittelstaaten aus Vorliebe für Oesterreich, das seine handelspolitischen Interessen dadurch gefährdet sah, die Zustimmung verweigerten. Darauf antwortete Preußen mit eventueller Kündigung des Zollvereins, und eben jene Staaten, mit dem Ruin ihrer Industrie bedroht, von ihren Gewerbetreibenden gedrängt, im schleswig-holsteinischen Krieg durch Oesterreichs Zurückschiebung des Bundes verletzt, gaben ihre Zollverhandlungen mit Oesterreich auf, traten dem Handelsvertrag bei und schickten auf den 30. September 1864 ihre Bevollmächtigten zur Zollkonferenz nach Berlin. Dies war

Digitized by Google

zugleich eine Schlappe für Oesterreich, das sich nun von jedem engeren Verhältniß zum Zollverein ausgeschlossen sah und wie jeder andere fremde Staat mit demselben zu unterhandeln hatte.

Nicht glimpflicher verfuhr Preußen mit den Bundes-Kommissären und Generalen in Holstein. Schon während des Krieges kümmerte es sich um die Anordnungen derselben nicht im geringsten, besetzte „zur Sicherheit und Freiheit der Kriegsoperationen" die holsteinischen Städte Altona, Kiel und Neumünster und am 21. Juli auch die Festung Rendsburg. Nach dem Abschluß des Friedens erklärte es, daß nun Holstein an Preußen und Oesterreich zu übergeben, somit eine weitere Besetzung des Landes durch Bundestruppen „gegenstandslos" sei. Da Hannover und Sachsen nicht darauf eingehen wollten, so besetzte Preußen, als die österreichischen Truppen größtentheils Holstein bereits verlassen hatten und die preußischen von Schleswig aus langsam nachrückten, mit diesen für die Heimkehr bestimmten Heeresabtheilungen plötzlich alle wichtigen Punkte in Holstein, forderte Hannover und Sachsen auf, ihre Truppen und Kommissäre zurückzuziehen und stellte, um ein rascheres Verständniß zu erzielen, zur Drohung für diese zwei Staaten eine Division bei Minden und eine südlich von Berlin auf. Hannover begriff rasch, Sachsen dagegen rüstete sich und brachte die Sache vor den Bund. Hier half Oesterreich seinem Alliirten; der Bund beschloß die Zurückziehung der Truppen, da die Exekution nun zu Ende sei; am 7. December 1864 übergaben die Bundeskommissäre den österreichisch-preußischen Civilkommissären Holstein und Lauenburg, und sofort begann der Rückmarsch der Hannoveraner und Sachsen. Preußen richtete sich nun in den Herzogthümern auf eine Art ein, daß man wohl sah, es werde freiwillig nie mehr herausgehen. Bei der Bevölkerung fand es übrigens wenige Sympathien. Nur der lauenburgische Adel wünschte das Ländchen durch Personalunion mit Preußen verbunden zu sehen; in Schleswig war man schon kühler und fügte sich höchstens in das Unvermeidliche; in Holstein dagegen hielt man fest an dem Recht des Augustenburgers und erklärte, daß dieser zunächst als Herzog einzusetzen sei, und daß er dann mit der Landesvertretung zu bestimmen habe, welche Konzessionen Preußen zu machen seien. Dies war allerdings der einzige korrekte Weg; aber er war Bismarck für seine Plane nicht sicher genug, zumal da der Prinz von Augustenburg bei seiner Anwesenheit zu Berlin zu keinen namhaften Konceſſionen sich hatte ver-

Digitized by Google

stehen wollen. Der umgekehrte Weg gefiel ihm besser, die Anerkennung des Herzogs davon abhängig zu machen, daß Fürst und Land zum allerwenigsten vorher dem König von Preußen die unbedingte Verfügung über die Militärkräfte der Herzogthümer zu Wasser und zu Land überlassen. Geschah dies nicht, so sollte auch von einem selbständigen Schleswig-Holstein und einem Herzog Friedrich keine Rede sein, und die Preußen blieben einstweilen faktisch die Herren des Landes. Um die Sache noch verworrener zu machen, stellte Bismarck die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg auf Holstein als sehr bedeutend dar und führte zuletzt, zur Belustigung Europa's, die preußischen Kronjuristen ins Vordertreffen, welche auch richtig durch ihren juridischen und staatsrechtlichen Scharfsinn herausbrachten, daß das Erbfolgerecht des Augustenburgers auf sehr schwachen Füßen stehe, Preußen dagegen ein zweifelloses Erbrecht auf die Herzogthümer besitze.

Nun gieng Bismarck frisch auf die Annexion los und machte einen hierauf bezüglichen Antrag an das Wiener Kabinet. Hier war indessen eine Aenderung vorgegangen. Graf Rechberg, welcher sich von Bismarck so willenlos am Gängelband hatte leiten lassen, in der Frage der Herzogthümer das Vertrauen der Mittelstaaten verscherzt hatte, um Preußen gefällig zu sein und zum Lohn dafür Oesterreich in handelspolitischer Beziehung ganz aus Deutschland hinausdrängen zu lassen, war am 21. Oktober 1864 abgetreten. Er zeigte so wenig Verständniß der preußischen Plane, daß er nach dem Wiener Frieden den Sinn desselben darin zu erkennen glaubte, daß Oesterreich und Preußen nun ihre Rechte alsbald dem Augustenburger übertragen, wie er denn auch diesen Vorschlag machte. Sein Nachfolger war der schon erwähnte Graf Mensdorff-Pouilly, welcher wegen dieser, nach Schmerlings Ausdruck, „total verfahrenen" Sache mit Preußen zwar keinen Krieg anfangen, aber dasselbe doch an der Erreichung seines Zieles möglichst hindern wollte. Und dazu hatte er alle Mittel in der Hand; denn Oesterreich war ja vollständiger Mitbesitzer und hatte gleich viel oder gleich wenig Rechte wie Preußen. Wie dieses die Konstituirung der Herzogthümer als eines selbständigen Staates dadurch hinderte, daß es nichts dafür und alles dagegen that, so verhielt sich Graf Mensdorff zu den Annexionsentwürfen seines preußischen Kollegen und schickte als Civilkommissär den Herrn von Halbhuber ab, der es besser als seine Vorgänger verstand, dem preußischen

Digitized by Google

Kommissär, Freiherrn von Zedlitz, die Wage zu halten. Der Annexionsvorschlag wurde rund abgewiesen. Es war aber nur eine andere Form für den nämlichen Inhalt, wenn nun Bismarck in seiner Depesche vom 22. Februar 1865 die Forderungen Preußens bezeichnete, ohne deren Erfüllung es nie ein selbständiges Schleswig-Holstein zugeben könne. Denn diese Forderungen, welche dem König von Preußen die unbedingte Verfügung über die ganze See- und Landmacht der Herzogthümer vindicirten, wollten doch offenbar keinen selbständigen, sondern einen abhängigen Staat gründen. Daher verwarf Oesterreich auch die Februar-Vorschläge, soweit sie mit dem Bundesrecht nicht im Einklang waren, und stimmte am 6. April einem Antrag der süddeutschen Staaten am Bundestag bei, wonach die bedingungslose Einsetzung des Augustenburgers sofort erfolgen sollte. Der Antrag wurde zwar angenommen, hatte aber bei dem Widerstande Preußens keine weiteren Folgen. Eine Versammlung von Vertrauensmännern der Herzogthümer bezeichnete diejenigen Concessionen, welchen sie ihre Zustimmung geben könnten. Allein Bismarck, der nun einmal in seiner Verachtung und seinem Haß gegen die ganze Bundestagspolitik durchaus keinen neuen Mittelstaat und vollends so hart an Preußens Grenzen aufkommen lassen wollte, gieng auf keine Abschlagszahlungen ein und sprang, da auch dieses „Minimum" noch zu hoch gefunden wurde, wieder zu den Träumen eines Annexionisten über. Aber hier stand der wachsame Herr von Halbhuber, ohne dessen Einwilligung Herr von Zedlitz keinen Schritt thun konnte, sehr hindernd im Weg. Allerhand wurde probirt. Die schleswig-holsteinische Ständeversammlung sollte berufen werden, was Oesterreich nicht wollte, und als Oesterreich später sich bereit zeigte, wollte Preußen nicht mehr und verlangte vor allen Dingen die Ausweisung des „Prätendenten", da unter dem Einfluß dieser „Augustenburgischen Nebenregierung" an eine freie Meinungsäußerung der Stände nicht zu denken sei. Einen so gehässigen Auftrag wollte Oesterreich nicht übernehmen, fand sich durch diese „Nebenregierung" durchaus nicht genirt und hatte nichts dagegen, als der 6. Juli, der Geburtstag des Augustenburgers, im ganzen Lande festlich begangen wurde und zahlreiche Deputationen aus Holstein und Schleswig nach Nienstädten, dem Wohnsitz des Herzogs, pilgerten, während bei der Geburtstagsfeier des Königs von Preußen auffallend wenige Personen sich einfanden.

Digitized by Google

Die Lage verschlimmerte sich von Woche zu Woche. König und Bismarck befanden sich im Juli 1865 in Karlsbad. Eine Depesche gelangte an das Wiener Kabinet voll bitterer Vorwürfe über die holsteinische Opposition, ein einseitiges, gewaltsames Vorgehen Preußens in Aussicht stellend. Mit seiner bekannten Offenheit äußerte Bismarck gegen den Herzog von Grammont, den französischen Gesandten in Wien, er fürchte einen Krieg mit Oesterreich so wenig, daß er ihn vielmehr wünsche; Preußen werde die Herzogthümer und die Suprematie in Deutschland, sei es auf dem Wege der Güte oder der Gewalt, bekommen. Wichtige Ereignisse waren im Anzug. Dahin deuteten die Ministersitzungen, welche sogar unterwegs, auf der Reise des Königs von Karlsbad nach Gastein, gehalten wurden. Sämtliche Minister und die Gesandten von Wien und Paris wurden vom König auf den 21. Juli nach Regensburg beordert, und gleich darauf hatte Bismarck in Salzburg mit dem bairischen Minister von der Pfordten eine Unterredung, worin er den Mittelstaaten in dem nahe bevorstehenden Krieg zwischen Preußen und Oesterreich die Einhaltung strenger Neutralität sehr ans Herz legte. Ueber den Ausgang des Krieges sprach er sich sehr unbesorgt aus, da Oesterreich weder gerüstet sei, noch Geld zum Kriegführen habe. Zu gleicher Zeit erfüllte er auch seine Drohung, in den Herzogthümern einseitig vorzugehen. Ohne den österreichischen Civilkommissär zu fragen, ließ er am 26. Juli den Redakteur May in Altona verhaften und auf die Festung Rendsburg bringen und den preußischen Abgeordneten Frese, welcher zum Zwecke preußenfeindlicher Agitation in Kiel verweilte, aus Holstein ausweisen. Oesterreich ließ es an Protesten nicht fehlen, aber zum Kriege war es allerdings nicht entschlossen, da gerade damals die Sistirung der Verfassung erfolgt war, der Ausgleich mit Ungarn versucht wurde und die Finanzkalamitäten einen üblen Eindruck im Volke zurückgelassen hatten. Gerade diese Zeit der Krisis hatte Bismarck ausersehen, um aus dem erschütterten Oesterreich neue Zugeständnisse auszupressen. Nach einigen Unterhandlungen, bei welchen Oesterreich sich zuerst für das Bundesrecht, Preußen für die Annexion aussprach, kam am 14. August die Gasteiner Konvention zu Stande, durch welche, unbeschadet der Rechte beider Großmächte auf beide Herzogthümer, die Regierung Schleswigs an Preußen, Holsteins an Oesterreich überlassen und Lauenburg gegen die Summe von 2,500,000 dänischen Reichsthalern von Oesterreich an Preußen voll-

Digitized by Google

ständig abgetreten wurde. Außerdem erhielt Preußen den Hafen von Kiel, das Besatzungsrecht in Rendsburg und die Oberaufsicht über den zu erbauenden Nordostseekanal.

Dadurch war Preußen seinem Ziele etwas näher gerückt, daher auch Bismarck zum Dank für seine Bemühungen von seinem König in den Grafenstand erhoben wurde. Die gemeinschaftliche Regierung der Herzogthümer wurde am 15. September aufgelöst und an ihre Stelle trat in Kiel als österreichischer Statthalter von Holstein Freiherr von Gablenz, in Flensburg als preußischer Gouverneur von Schleswig Freiherr von Manteuffel. Aber von definitiven Zuständen war immer noch keine Rede; von der eigentlichen Annexion war Bismarck nach der Gasteiner Konvention noch so ferne wie vor derselben; für das bisherige Provisorium hatte man jetzt ein neues erhalten. Preußens Verhältniß zu Oesterreich war in Folge dieser Vorgänge so schlecht, als es ohne Krieg möglich war, und dieser mußte nothwendig ausbrechen, wenn nicht einer von beiden Theilen sich ganz in den Willen des anderen fügte. Dazu war bei der Eifersucht Oesterreichs auf Preußens Machtvergrößerung, bei Preußens entschiedenem Willen, diese Machtvergrößerung zu erringen und aus seinen knappen Verhältnissen zu einem mächtigen, achtunggebietenden Großstaat sich aufzuschwingen, auch nicht die geringste Aussicht vorhanden. Hätte Preußen seinem „Alliirten" irgend ein Stück Land als Ausgleichungsobjekt bieten können, so hätte Oesterreich sicherlich gerne seinen schon halb verlorenen Posten in Holstein geräumt und ihm abgetreten, wie es dies bei Lauenburg gethan hat. Preußen soll dafür die Garantie Venetiens angeboten, Graf Mensdorff aber dieses Offert „zu leicht" gefunden haben. Zu einer anderen Gegenleistung aber, zu der Abtretung eines Theiles von Schlesien mit der Festung Glatz, was wohl ganz im Sinne des Wiener Kabinets gewesen wäre, konnte sich Preußen nicht verstehen. Doch wenn Oesterreich mit Venetien, das es freilich damals noch hatte, sich nicht begnügen wollte, so war vielleicht Italien mit dem Besitz dieser schönen Provinz eher zufrieden. Schon damals fiengen diese beiden Staaten, Preußen und Italien, an, sich gegenseitig zu verstehen. Hiezu hatte der Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem deutschen Zollverein und Italien viel beigetragen. Preußen war auch hier, wie bei den Verhandlungen über einen französischen Handelsvertrag, energisch vorgegangen, und den deutschen Mittelstaaten blieb nichts anderes übrig, als (am Ende des

Digitized by Google

Jahres 1865 und zu Anfang des Jahres 1866) den Vertrag zu unterzeichnen und ebendamit ihre förmliche Anerkennung des Königreichs Italien auszusprechen. Italien war in Folge dessen einer Allianz mit Preußen zugänglicher, und auch Frankreich, das sich für diese Anerkennung interessirte, ein Dienst geleistet.

Von dieser letzten Macht glaubte Bismarck bei einem preußisch-österreichischen Kriege nichts fürchten zu müssen. Bei seiner letzten Zusammenkunft mit Napoleon in Biarritz hatte er diesem unverhohlen gesagt, daß Preußen in seiner jetzigen Lage nicht verharren könne, sondern sein Gebiet arrondiren müsse. Als Napoleon die Nothwendigkeit hievon nicht sogleich begriff, erinnerte er ihn daran, daß er im Jahre 1859, im italienischen Kriege, Preußen für den Fall der Neutralität Schleswig-Holstein angeboten habe, und fügte hinzu, daß, falls Napoleon seine Neutralität nicht zusichere, Preußen eine Allianz mit Rußland eingehen werde. Auf dies hin ließ sich Napoleon zum Versprechen der Neutralität herbei, was Preußen in den Stand setzte, bei einem Kriege die Rheinlande von Truppen zu entblößen und seine ganze Armee nach dem Osten und Süden zu werfen Von Gebietsabtretungen, von den vielgenannten „Kompensationen" war in diesem Gespräche keine Rede. Zum Kriege war Bismarck schon vor der Gasteiner Konvention fest entschlossen, da er nur durch einen solchen seine preußischen und deutschen Ziele mit einem Schlage zu erringen hoffen konnte. Denn so sehr ihm auch an dem Besitz von Schleswig-Holstein lag, der für die Weltstellung Preußens eine absolute Nothwendigkeit war, so war doch damit noch nicht alles abgemacht. Die schiefe Stellung, in welcher Preußen zu Oesterreich und zu den Mittelstaaten im deutschen Bunde war, blieb nach wie vor eben dieselbe, wenn nicht die schleswig-holsteinische Frage nur als ein Glied eines Ganzen, als ein Theil der deutschen Frage angesehen wurde. Mit der Lösung der ersteren war diese noch nicht entschieden, aber mit der Lösung der letzteren auch jene. Die deutsche Frage endlich einmal zum Austrag zu bringen, Preußen an die Spitze von Deutschland zu stellen und in Deutschland aufgehen zu lassen, das verachtete Deutschland auf diesem Wege zum ersten Staate von Europa zu machen, war die kühne, aber große und nationale Politik des Grafen Bismarck. Aber er hatte mit großen Schwierigkeiten am eigenen Herde zu kämpfen. Die Königin und das kronprinzliche Paar waren entschieden gegen einen Krieg, das letztere sprach sogar energisch für

Digitized by Google

die Rechte des Auguſtenburgers und machte keinen Hehl aus ſeiner Abneigung gegen den Miniſterpräſidenten. Doch gewann dieſer den König immer mehr für ſeine Plane, brachte ihm immer mehr ſeine eigene Zuverſicht auf den glücklichen Erfolg des Krieges bei. An Schwankungen fehlte es natürlich nicht. Sie führten zur Gaſteiner Konvention. Dem Plane, Oeſterreich durch die Garantie Venetiens zur Nachgiebigkeit in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage zu bringen, war Bismarck nicht zugethan, weil dadurch nur dieſe, nicht die deutſche Frage gelöst werde, und weil man durch eine ſolche Garantie in ſeinen Wegen und Zielen gebunden ſei. Und als es wiederum ſchien, daß der König zu dem Wagniß eines Krieges ſich nicht bewegen laſſe, ſo rieth Bismarck, die deutſche Reichsverfaſſung zu proklamiren, das Feld der moraliſchen Eroberungen zu betreten und unter der ſchwarz-roth-goldenen Fahne die deutſchen Stämme zu vereinigen. Dann aber, erklärte er, müſſe er, wenn auch nur temporär, abtreten, da er vermöge ſeiner Antecedentien für eine ſolche Aufgabe nicht der rechte Mann ſei. Die Männer der liberalen Aera müßten in dieſem Falle wieder in die Schranken treten. Es war dies der Weg, welchen Tauſende von patriotiſchen Deutſchen in den letzten Jahren von Preußen gefordert hatten. Ob er zu einem raſchen Ziele, ob er überhaupt zu einem Ziele führe, war ſehr fraglich.

§. 22.

Krieg in Deutſchland und Italien, Austritt Oeſterreichs aus Deutſchland, Auflöſung des deutſchen Bundes, Gründung eines norddeutſchen Bundes unter Preußens Suprematie.

Das Jahr 1866 begann unter ſchlimmen Auſpicien. Am 23. Januar richteten 19 Mitglieder der holſteiniſchen Ritterſchaft eine Adreſſe an den Grafen Bismarck, worin ſie um Perſonalunion der Herzogthümer mit Preußen baten. Aber an dem gleichen Tage ſprach ſich eine Verſammlung von 3—4000 Männern aus beiden Herzogthümern, ohne gerade förmliche Beſchlüſſe zu faſſen, in Altona für Einberufung einer ſchleswig-holſteiniſchen Ständeverſammlung aus und brachte „dem rechtmäßigen, geliebten Fürſten Herzog Friedrich" ein Hoch. Dies gab dem Grafen Bismarck Veranlaſſung zu ſeiner Depeſche vom 26. Januar, worin er das ganze politiſche Regierungsſyſtem

Digitized by Google

Oesterreichs in Holstein angriff, es für eine Schädigung der konservativen Interessen erklärte, sein Bedauern aussprach, daß „revolutionäre und jedem Thron feindliche Tendenzen unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers sich entfalten" dürfen und einen Bruch der bisherigen Allianz in Aussicht stellte. Graf Mensdorff blieb die Antwort nicht schuldig, wies am 7. Februar die Anklage der österreichischen Politik in Holstein entschieden zurück und schloß mit der Bemerkung, daß der Kaiser, selbst auf die Gefahr eines Bruches der Allianz mit Preußen, bei jener zu verharren entschlossen sei. Nun mußte die Möglichkeit eines Kriegs scharf ins Auge gefaßt werden, daher vom 7. bis 13. März in Wien die Sitzungen des Marschallraths unter dem Vorsitz des Kaisers stattfanden, Truppen aus Ungarn und anderen Provinzen nach Böhmen geschickt wurden, wofür die in einigen böhmischen Städten ausgebrochenen Judenverfolgungen unmöglich einen genügenden Vorwand darbieten konnten. Dagegen ließ Preußen seine schlesischen und sächsischen Festungen armiren und unterhandelte mit dem am 10. März in Berlin angekommenen italienischen General Govone über eine preußisch-italienische Allianz gegen Oesterreich, welche auch in dem Vertrag vom 10. April zu Stande kam. In demselben verpflichtete sich Italien, Preußen zur Seite zu stehen, falls dieses wegen Aufrechthaltung seiner Reformvorschläge binnen drei Monate in einen Krieg verwickelt werden sollte; Preußen dagegen sicherte in diesem Falle dem Königreich Italien seine Unterstützung in der Gewinnung Venetiens zu. Auf die weitere Forderung des italienischen Ministerpräsidenten Lamarmora, daß auch das Trentino mit Italien vereinigt werde, gieng Bismarck nicht ein, da es sich dabei um deutsches Bundesgebiet handelte. In diese Allianzverhandlungen war Napoleon vollständig eingeweiht, da sowohl Viktor Emanuel als Lamarmora keinen Schritt hierin thaten, ohne vorher die Zustimmung Napoleons eingeholt zu haben. Nach Abschluß dieses Vertrags wurden die Rüstungen in Italien und ganz Deutschland sehr lebhaft betrieben. Auch die Mittelstaaten, welche sich meist auf die Seite Oesterreichs stellten, trafen Vorbereitungen für den Krieg, besonders Sachsen, dessen Königsfamilie mit Kaiser Franz Josef eng befreundet, dessen Ministerpräsident, von Beust, ein erbitterter Feind des Grafen Bismarck war. Der Letztere hatte sich der unbequemen Kammeropposition längst entledigt. Die erst am 15. Januar eröffnete Session für 1866 wurde

Digitized by Google

schon am 23. Februar geschlossen. Und doch hatte die so heimgeschickte Opposition so viel nationales Bewußtsein, daß an dem Abgeordnetentag in Frankfurt (20. Mai) nur 8 preußische Abgeordnete sich betheiligten und Twesten, ein Führer der Opposition, in seinem Absagebrief der Versammlung erklärte, „daß er nicht allein das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und seine Rechte den Regierungen gegenüber, sondern auch die Machtstellung Preußens ins Auge zu fassen habe, und daß er sich nie an Schritten betheiligen werde, welche darauf abzielten, Preußen eine Niederlage beizubringen. Es gebe keine Macht in Deutschland, die für Deutschland etwas leisten könne, außer Preußen." Dies war die Gesinnung der überwiegenden Mehrheit des preußischen Volkes. Daher kam es auch, daß, obgleich dasselbe dem Kriege im allgemeinen abgeneigt war, doch alle unverdrossen zu den Fahnen eilten und selbst bei der Einberufung der Landwehr nur sehr wenige Ruhestörungen vorkamen, was für den Geist und die Disciplin des Volkes ein günstiges Zeugniß war.

Beide Großmächte suchten sich für den bevorstehenden Krieg die Gunst der Mittelstaaten zu verschaffen: Oesterreich zu thätiger Mithilfe, Preußen wenn nicht zu dieser, so doch zur Neutralität. In einer „ganz vertraulichen" Circulardepesche vom 16. März theilte Oesterreich den ihm befreundeten deutschen Regierungen mit, welchen Operationsplan es Preußen gegenüber einzuhalten gedenke. Von seiner Verpflichtung, die schleswig-holsteinische Frage nur im Einverständniß mit Preußen zu lösen, werde es sich lossagen und die Entscheidung derselben dem Bunde übertragen. Greife dann Preußen zu den Waffen, so solle das 7., 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps und die mit diesen vereinigte österreichische Armee ihm entgegentreten. Die sofortige Mobilisirung dieser Armee sei also dringend nothwendig. Andererseits stellte Bismarck in einer Circulardepesche an die deutschen Regierungen vom 24. März die Frage an sie, „ob und in welchem Maße Preußen auf ihre Unterstützung für den Fall des Kriegs mit Oesterreich zu rechnen habe", wobei er zugleich die Nothwendigkeit einer den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Reform des Bundes betonte und für den Fall einer kriegerischen Niederlage Preußens Deutschland das Schicksal Polens in Aussicht stellte. Von den meisten Regierungen an den Bund verwiesen, stellte Preußen am 9. April am Bundestag den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments auf Grund direkter Wahlen und des allgemeinen Stimm-

Digitized by Google

rechts, welches nach den Vorlagen der Regierungen die Neugestaltung der Bundesverfassung zu berathen habe. Fragte man nach den Absichten Preußens bei dieser Reform, so gab das officielle Organ desselben an, daß Preußen wünsche, „die militärischen Kräfte Nord- und Mitteldeutschlands zu wirksamer That um sich vereinigen zu können." Dies klang den Fürsten wie Mediatisirung. Weder Volk noch Fürsten ließen sich für ein Bismarckisches Parlament begeistern; jenes nicht, weil es nach der Behandlung, welche Bismarck dem preußischen Abgeordnetenhaus angedeihen ließ, der ganzen Sache kein Vertrauen schenkte, diese nicht, weil ihnen ein deutsches Parlament noch von 1848 her schwer auf dem Magen lag. Daher besprachen sich Bevollmächtigte von neun Mittelstaaten in Augsburg und Bamberg über ihre gemeinsamen Interessen und stellten am 9. Mai am Bundestag den Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämtlicher Bundesglieder, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde, während Oesterreich und Preußen sich die Erklärung, unter welchen Voraussetzungen sie abrüsten wollten, vorbehielten. Dadurch wurde der Beschluß wieder erfolglos.

Auch Napoleon wollte sich als Friedensfürst aufwerfen und ließ in Verbindung mit den Kabinetten von London und Petersburg am 28. Mai in Wien, Berlin, Florenz und am Bundestag eine Einladung zu einer Friedenskonferenz in Paris übergeben. Dieselbe sollte über die drei brennendsten Fragen, die der Elbherzogthümer, des italienischen Streits und der Bundesreform, so weit sie das europäische Gleichgewicht berühren könnte, zu berathen haben. Preußen, Italien und der Bundestag nahmen die Einladung an, Oesterreich nur unter dem Vorbehalt, „daß von den Berathungen jede Kombination ausgeschlossen bleiben werde, die darauf abzielen würde, einem der eingeladenen Staaten eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen. Durch diesen Vorbehalt wurden, nach der Erklärung Frankreichs und Englands, die Konferenzen unmöglich. Inwieweit Napoleon die ihm zum Theil bekannten Plane Bismarcks billigte, erhellt aus dem Schreiben vom 11. Juni, welches er an seinen Minister des Auswärtigen, Drouin de Lhuys, gerichtet hat. Darin sagte er: „Der entstandene Konflikt hat drei Ursachen: die schlecht abgegrenzte geographische Lage Preußens, den Wunsch Deutschlands nach einer seinen allgemeinen Bedürfnissen mehr entsprechenden politischen Gestaltung und die Nothwendigkeit für Italien, seine nationale

Digitized by Google

Unabhängigkeit zu sichern. Wir hätten, was uns betrifft, für die Nebenstaaten des deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine mächtigere Organisation, eine bedeutsamere Rolle gewünscht; für Preußen mehr Abrundung und Kraft im Norden, für Oesterreich die Aufrechthaltung seiner einflußreichen Stellung in Deutschland. Wir hätten ferner gewünscht, daß Oesterreich gegen eine angemessene Entschädigung Venetien an Italien abtreten könnte; denn wenn Oesterreich in Gemeinschaft mit Preußen, ohne sich um den Vertrag von 1852 zu kümmern, im Namen der deutschen Nationalität einen Krieg gegen Dänemark geführt hat, so schien es mir gerecht, daß es ebendasselbe Princip in Italien anerkannte, indem es die Unabhängigkeit der Halbinsel vervollständigte." Dieses Schreiben enthält die Umrisse des Prager Friedens, aber freilich in einer für Oesterreich höchst günstigen Redaktion.

Welche Bewandtniß es mit Venetien und einer Entschädigung Oesterreichs habe, erfuhr man in Berlin schon in den ersten Tagen des Mai. Der Herzog von Koburg war dort angekommen, um im Interesse des Friedens zu wirken. Er warnte vor der Zweideutigkeit Napoleons, bezeichnete die Freundschaft Italiens als eine sehr unzuverläßige. Da seine Worte wenig Glauben fanden, so zeigte er einen Brief, welchen er von dem österreichischen Minister Graf Mensdorff erhalten hatte. Darin äußerte der Minister seine Siegeszuversicht und bemerkte, daß Preußen, wenn es Krieg anfange, nicht bloß mit Oesterreich, sondern auch mit Frankreich es zu thun haben werde. Franz Josef habe sich mit Napoleon vollständig geeinigt, habe an diesen Venetien zu freier Disposition abgetreten und von ihm die Zusage erhalten, daß er gegen eine Entschädigung Oesterreichs durch Schlesien nichts einzuwenden habe. Sollte Italien den Krieg gegen Oesterreich eröffnen wollen, so werde es durch Napoleon, der ihm das Ziel des Krieges, Venetien, überlasse, davon abgehalten werden. Dadurch zerfalle die preußisch-italienische Allianz, und Oesterreich und seine Bundesgenossen könnten all ihre Streitkräfte gegen das isolirte Preußen richten. Was für Kompensationen Napoleon für sich verlangte, ob Oesterreich ihm Rheinbaiern, Rheinhessen und Luxemburg angewiesen habe, darüber war in dem Schreiben begreiflicherweise nichts enthalten. Es ist aber aus diesen Enthüllungen ersichtlich, daß bei einer etwaigen Aenderung der Karte Deutschlands Oesterreich der Löwenantheil, Preußen gegen den Verlust Schlesiens

Digitized by Google

höchstens der Besitz Schleswig-Holsteins zugedacht war. Auch mit Italien suchte sich Oesterreich, wenige Tage nach seiner Verständigung mit Frankreich, unmittelbar zu verständigen. Nachdem es im November 1865 einem italienischen Unterhändler, der nach Wien geschickt war, um für die Abtretung Venetiens sehr bedeutende finanzielle, wirthschaftliche und politische Vortheile anzubieten, eine abschlägige Antwort ertheilt und erklärt hatte, daß das militärische Ehrgefühl ihm eine solche Lösung nicht erlaube, bot es am 5. Mai 1866 dem italienischen Kabinet freiwillig die Abtretung Venetiens an und zwar ohne alle Entschädigung, unter der einzigen Bedingung der Neutralität in dem preußisch-österreichischen Kriege. Die italienischen Staatsmänner widerstanden der Versuchung, hauptsächlich in der Erwägung, daß Oesterreich dadurch der Sieg sehr erleichtert werde und dasselbe zu einer solchen Macht gelangen könnte, daß es aufs neue eine Gefahr für das Königreich Italien würde. Somit war die Allianz gesichert. Wie es aber in Folge dieser Machinationen mit der Ausführung derselben stand, sollte sich in wenigen Wochen zeigen.

Was alle Verhandlungen und Vermittlungen nicht vermocht hatten, den Frieden aufrecht zu erhalten, wollte der Stiefsohn des badischen Flüchtlings Blind, Karl Cohen, erreichen. Bismarck erschien ihm als der hauptsächlichste Friedensstörer, und darum reiste der exaltirte, sonst wackere junge Mann, welcher sich in der letzten Zeit in Hohenheim und auf dem Bläsiberg bei Tübingen zum Zweck des Studiums der Landwirthschaft aufgehalten hatte, nach Berlin, um Bismarck zu ermorden. Sein Attentat vom 7. Mai mißlang, Bismarck blieb unverwundet, Cohen ermordete sich während der Untersuchungshaft.

Um diese Zeit hatten Oesterreich, Preußen und Italien ihre Rüstungen so ziemlich vollendet. Die zwei letzteren klagten Oesterreich an, durch seine Rüstungen die ihrigen hervorgerufen zu haben, und wollten, wenn es sich um das Abrüsten handelte, ihm auch hierin die Initiative überlassen; Oesterreich dagegen versicherte feierlich, daß es Preußen nie angreifen werde, und hob hervor, daß es gegen Italien, welches Venetien erobern wolle, seine Armee auf dem Kriegsfuß halten müsse. Noch einmal hatte es am 26. April einen Versuch gemacht, sich mit Preußen über die schleswig-holsteinische Frage innerhalb des bestehenden Bundesrechts zu verständigen, ohne ihm auf die Februar-

Digitized by Google

forderungen auch nur irgend eine Konceſſion zu machen. Da Preußen nicht darauf eingieng und, wenn es ſich nicht ein zweites Olmütz bereiten wollte, auch nicht darauf eingehen konnte, ſo ſtellte Oeſterreich, wie es bereits angekündigt hatte, in der Bundestagsſitzung vom 1. Juni die Entſcheidung der ſchleswig-holſteiniſchen Frage den „Entſchließungen des Bundes anheim, welchen von ſeiner Seite die bereitwilligſte Anerkennung geſichert ſei.“ Zugleich erklärte es, daß „der kaiſerliche Statthalter in Holſtein die erforderliche Spezialvollmacht zur Einberufung der holſteiniſchen Ständeverſammlung erhalten habe, da die Wünſche und Rechtsanſchauungen des Landes einen berechtigten Faktor der Entſcheidung bilden.“ Den Tag darauf berief Gablenz die Ständeverſammlung von Holſtein auf den 11. Juni nach Itzehoe. Dieſe Uebertragung des Streites an den Bund erklärte Preußen für einen Bruch der Gaſteiner Konvention, und Manteuffel erhielt Befehl, mit ſeinen Truppen in Holſtein einzurücken und wieder wie früher mit dem öſterreichiſchen Statthalter eine gemeinſame Regierung für beide Herzogthümer zu bilden. Gablenz lehnte das Anerbieten Manteuffels ab und zog ſich, als am 7. Juni gegen 20,000 Preußen die Eider überſchritten und Rendsburg, Kiel und Itzehoe beſetzten, mit der Brigade Kalik (nur etwa 3000 Mann), der Landesregierung und dem Prinzen Friedrich nach Altona zurück. Manteuffel löste am 16. Juni die bisherige holſteiniſche Regierung auf, ernannte den Freiherrn von Scheel-Pleſſen zum Oberpräſidenten beider Herzogthümer und ließ den Zuſammentritt der Stände in Itzehoe am 11. Juni gewaltſam verhindern. Darauf verließ Gablenz, welcher gegen die ſechsfache Uebermacht auf einem ſo weit vorgeſchobenen Poſten keinen Kampf verſuchen konnte, am 12. Juni Holſtein, gieng mit ſeinen Truppen über die Elbe ins Hannöverſche und begab ſich über Kaſſel und Frankfurt zur Nordarmee nach Böhmen, in der Hoffnung, dort auf dem eigentlichen Kriegsſchauplatz die Fahne Oeſterreichs wieder zu Ehren zu bringen. Wenige Wochen vorher hatte Oeſterreich den Plan gehabt, ſeine Truppen in Holſtein zu verſtärken, dieſelben vereint mit den hannöveriſchen bei Stade aufzuſtellen und unter Gablenz' Befehl im Rücken der preußiſchen Hauptarmee als ein Parteigängercorps zu verwenden. Der Plan ſcheiterte an der Unſchlüſſigkeit Hannovers. Zugleich mit Gablenz entfernte ſich aus Holſtein auch der Prinz von Auguſtenburg, nachdem er 2½ Jahre vergebens auf ſeine Einſetzung als Herzog gewartet hatte.

Digitized by Google

Soweit war es mit der Allianz von 1864 gekommen, daß die Heere, welche als Waffengenossen Schleswig-Holstein erobert hatten, nun in Holstein als Feinde von einander schieden. Der Kampf, welcher zur Befreiung der Herzogthümer unternommen war, schlug in einen Kampf um die Leitung Deutschlands um. Beide Fragen, die der Herzogthümer und die der Bundesreform sollten mit einem Schlage gelöst werden und als dritte zugleich noch die italienische. Was der deutsche Nationalverein seit 1859 erstrebt hatte, Preußen die militärische und diplomatische Führung Deutschlands zu übertragen, nahm nun Graf Bismarck selbst in die Hand. Denn nichts anderes bedeuteten die „Grundzüge einer neuen Bundesverfassung", welche Preußen am 10. Juni den einzelnen deutschen Regierungen, mit Ausnahme Oesterreichs, hatte übergeben lassen. Es wurde die Frage an sie gestellt, ob sie für den Fall einer Auflösung des alten Bundes geneigt seien, auf der Grundlage dieser Grundzüge einem neuen Bunde mit Preußen beizutreten, von dem die österreichischen und niederländischen Landestheile ausgeschlossen sein sollen. Dieses neue Reformprojekt legte die Kraft des ganzen Deutschlands in die Hand des militärischen Preußens, muthete den deutschen Fürsten nur solche Opfer zu, welche im Interesse der Gesamtheit nothwendig waren, und theilte die ganze Landmacht des Bundes in eine Nord- und Südarmee, jene unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, diese unter dem des Königs von Baiern. Diejenigen mittelstaatlichen Fürsten, welche, wie Hannover und Kurhessen, noch schwankten, wurden, von nichts als Souveränetät und Selbständigkeit träumend, durch dieses Reformprojekt vollends auf die Seite Oesterreichs gezogen, unter dessen Doppeladler sie sich eine behaglichere Existenz versprachen.

Schon am 11. Juni stellte Oesterreich am Bundestag einen Antrag auf schleunige Mobilisirung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme des preußischen Kontingents, weil Preußen durch sein Einrücken in Holstein einen Akt gewaltsamer Selbsthilfe begangen habe, welchen die Bundesversammlung gemäß den Artikeln 18, 19 und 20 der Wiener Schlußakte zu verhindern verpflichtet sei. Dies hieß, Preußen den Bundeskrieg ansagen, wogegen der preußische Gesandte Savigny mit Recht bemerkte, daß das Bundesrecht keine Kriegserklärung, sondern nur ein an bestimmte Normen geknüpftes Exekutionsverfahren kenne. Ohne sich an diese formellen Bestimmungen zu kehren, beschloß die Bundesversammlung am 14. Juni mit 9 gegen

Digitized by Google

6 Stimmen die Mobilmachung der Bundestruppen gegen Preußen. Unter diesen 9 Stimmen wurde eine (die der 16. Kurie) mit Recht angefochten. Auf diese Abstimmung hin erklärte der preußische Gesandte, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und erloschen ansehe, und legte die den einzelnen Regierungen bereits mitgetheilten Grundzüge eines neuen Bundes, welche mit einem deutschen Parlament zu vereinbaren seien, vor. Darauf verließ er die Versammlung. Die Staaten, welche mit Preußen gestimmt hatten, Nielande, Mecklenburg, Oldenburg, die sächsischen Herzogthümer und die freien Städte, außer Frankfurt, folgten in den nächsten Wochen dem Beispiele Preußens und riefen ihre Gesandten von Frankfurt ab. Die Vertreter der zurückgebliebenen Staaten erklärten Preußens Austritt für ungesetzlich und betrachteten sich nach wie vor als die deutsche Bundesversammlung, welche die abtrünnigen Glieder wieder zu ihrer Pflicht zurückzuführen berufen sei. Man verglich das Verhältniß der Bundesmajorität zur Minorität vielfach mit dem Verhältniß der Nordstaaten der amerikanischen Union zu den Konföderirten oder mit dem der schweizerischen Tagsatzung zum Sonderbund. Die Vergleichung enthielt einiges Richtige. Nur handelt es sich, wenn einmal der Krieg beginnt, nimmer um Rechtsfragen, sondern um die Macht. Diese war, wenn man auf die Kopfzahl sah, entschieden auf Seiten der Majorität; sprach man doch von 6—800,000 Mann, welche allein Oesterreich aufgeboten habe; eine Zahl, welche seine glaubensstarken Alliirten sehr beruhigte, den Preußen aber, welche sie um die Hälfte zu groß fanden, wenig imponirte. Doch abgesehen von der Kopfzahl, fragte es sich, auf wessen Seite Geist und Energie war. Oesterreich war so voll Siegeszuversicht, daß der Präsidialgesandte in der Bundessitzung vom 16. Juni erklärte, die kaiserliche Regierung garantire allen bundesgetreuen Regierungen ausdrücklich ihren Besitzstand, und dabei ganz vergaß zu fragen, welche dieser Regierungen dem österreichischen Kaiserstaate seinen eigenen Besitzstand garantire.

An Energie ließ es Preußen gleich in den folgenden Tagen nicht fehlen. Um den Kriegsschauplatz von Brandenburg und Berlin möglichst fern zu halten und die Verbindung zwischen der östlichen Monarchie und der Rheinprovinz nicht gefährden zu lassen, mußte es einerseits Sachsens, andererseits Hannovers und Kurhessens sicher sein. Diese drei Staaten hatten am 14. Juni in Frankfurt gegen Preußen gestimmt. Daher ergieng an sie, sowie auch an Nassau am

Digitized by Google

15. Juni eine preußische Sommation, worin sie zur Neutralität, zur Demobilisirung und zur Zustimmung zur Bundesreform gegen Garantie ihres Besitzstandes und ihrer Souveränetätsrechte aufgefordert wurden. Die Antworten lauteten noch am nämlichen Tage abschlägig, und nun rückten, da eine ablehnende Antwort zum voraus als eine Kriegserklärung bezeichnet worden war, am 16. Juni die Preußen ein. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz befehligte General Vogel von Falckenstein, welchem die Divisionen Göben und Beyer, zusammen gegen 36,000 Mann, untergeordnet waren. Die Division Manteuffel, etwa 14,000 Mann, sollte von Holstein aus gegen Hannover vorrücken und zu Falckenstein stoßen. Während Manteuffel von Norden her eindrang, rückte Falckenstein mit der Division Göben von Minden aus vor und hielt am 17. Juni seinen Einzug in der Hauptstadt Hannovers, aus welcher der König und der Kronprinz mit der Armee eilends gegen Süden abgezogen waren. Am 18. Juni wurde die kleine Festung Stade überrumpelt, und am 22. war ganz Hannover besetzt mit Ausschluß von Göttingen, wohin sich die hannöversche Armee zurückgezogen hatte. Bedeutende Kriegsvorräthe fielen in die Hände der Preußen.

Inzwischen hatten sich die süddeutschen Kontingente, das 7. (Baiern) und das 8. (Württemberger, Badener, Hessen-Darmstädter) Armeecorps, am 17. Juni am Main, im unteren Franken und bei Frankfurt, gesammelt. Zum Kommandanten des achten Armeecorps war Prinz Alexander von Hessen ernannt, der von den italienischen Feldzügen her, welche er als österreichischer General mitgemacht hatte, einigen militärischen Ruf genoß. Das siebente Armeecorps stand unter dem alten Prinzen Karl von Baiern, welchem zugleich der Oberbefehl über sämtliche süddeutschen Bundestruppen in der Weise übertragen wurde, daß er sich nach dem mit dem österreichischen Oberfeldherrn Benedek vereinbarten Operationsplan zu richten habe. (So war es in dem zwischen Oesterreich und Baiern abgeschlossenen Olmützer Vertrag vom 14. Juni ausgemacht, worin sich Oesterreich zugleich verpflichtete, nur unter Theilnahme und im Einverständniß mit Baiern Friedensverhandlungen mit Preußen zu führen, und bei der Nothwendigkeit von Territorialveränderungen aus allen Kräften dahin zu wirken, daß Baiern keine Verluste erleide und für etwaige Abtretungen entschädigt werde. Wo diese Entschädigungen zu holen seien, ob etwa in dem preußenfreundlichen Baden, war in der officiellen

Digitized by Google

Vertragsurkunde nicht ausgesprochen. Andererseits hatte in jener Zeit auch Preußen Unterhandlungen mit Baiern eröffnet und demselben eine hervorragende Stellung in dem neuen Deutschland gesichert, falls es neutral bleibe. An der österreichischen Gesinnung des Herrn von der Pfordten scheiterten diese Verhandlungen.) Von einer so komplicirten Maschine, welche immerhin ein paar Wochen brauchte, bis sie aufgestellt und in Gang gebracht wurde, ließ sich wenig erwarten. Darauf rechneten die Preußen und setzten, wichtige Punkte vorderhand entblößend, ihre Occupationen fort. Von Wetzlar brach General Beyer mit 17,000 Mann am 16. Juni auf, zog über Gießen und Marburg und rückte am 19. in Kassel ein. Die kurhessische Armee war schon am 16. Juni mit der Eisenbahn nach Fulda abgefahren und zum achten Armeecorps gestoßen, mit welchem sich auch die Nassauer vereinigten. Der Kurfürst selbst war auf seinem Schloß Wilhelmshöhe geblieben, und da er in seiner Opposition gegen Preußens Forderungen verharrte, so wurde er am 24. Juni als preußischer Staatsgefangener nach Stettin abgeführt.

Bald entschied sich auch das Schicksal der hannöverschen Armee, welche 18—19,000 Mann stark war, eine zahlreiche und gute Reiterei und 52 Geschütze hatte. Durch die Besetzung Kassels war ihr der Weg nach Frankfurt verlegt, daher sie sich, nachdem sie sich zu lange, bis zum 20. Juni, bei Göttingen aufgehalten hatte, südöstlich wandte, um sich über Gotha nach Baiern durchzuschlagen. Sie überschritt am 21. Juni, mit einem endlosen Troß von Küchenwagen, Silberzeug und Staatskarossen belastet, die preußische Grenze, zog über Heiligenstadt, Mühlhausen und Langensalza und kam am 24. Juni zwischen Eisenach und Gotha an. Nachts wurde der Archivrath Onno Klopp ins bairische Hauptquartier nach Bamberg geschickt, um dieses zu einem raschen Vorgehen und zu schleuniger Hilfeleistung zu veranlassen. Aber Prinz Karl war nicht aus seiner Defensivstellung herauszubringen und meinte, eine Armee von 19,000 Mann müsse sich selbst durchschlagen können. Zu gleicher Zeit wurden durch Vermittlung des Herzogs von Koburg und direkt Unterhandlungen mit dem König von Preußen angeknüpft. Dieser bot am 25. Juni dem König Georg noch einmal Allianz mit Preußen an und stellte die Bedingungen vom 15. Juni. Georg wies auch diesmal das Anerbieten zurück und bestand auf ungehindertem Durchzug nach Baiern. Diesen unmöglich zu machen, waren die Preußen, mit welchen die

Digitized by Google

koburgischen Truppen sich vereinigt hatten, am 26. stark genug. Daher zogen sich die Hannoveraner an diesem Tage wieder nach Langensalza zurück, planlos dem Norden zu marschirend. General Falckenstein, welcher von Hannover aus mit den Divisionen Göben und Manteuffel ihnen nachgerückt war, während Beyer von Kassel aus gegen Eisenach vordrang, hatte von Berlin Befehl erhalten, in Gotha stehen zu bleiben und dort die Baiern zu erwarten. Aber von diesen war noch nichts zu sehen; sie hatten am 26. nur eine Reiterbrigade bis Meiningen vorgeschoben. So schickte also Falckenstein nur 9000 Mann von der Manteuffel'schen Division unter General Flies ab, um die Hannoveraner bei Langensalza festzuhalten und an weiterem Rückmarsch zu verhindern.*) Flies unternahm seinen Angriff, mit 9000 gegen 18,000 Mann und mit wenig Artillerie, etwas zu früh, um auf Unterstützung rechnen zu können, warf am 27. Juni die Vortruppen der Hannoveraner nach heftigem Kampfe über Langensalza hinaus zurück, suchte die Höhen von Merxleben, wo sie eine starke Stellung eingenommen hatten, zu erstürmen, wurde aber mit einem heftigen Granatenfeuer empfangen und mußte, da sich die ganze feindliche Armee gegen ihn wandte, sich zurückziehen, wobei die Carré's seiner Infanterie die Angriffe der hannöver'schen Reiter muthvoll zurückwiesen. Der Verlust der Preußen betrug etwa 1300 Mann, der der Hannoveraner 1400; doch hatten jene den Vortheil errungen, den Feind bei Langensalza festgebannt zu haben. Er blieb am 28. dort stehen, das Netz schloß sich immer enger, gegen 40,000 Preußen und Koburger machten ihm jeden Schritt streitig, es blieb ihm nichts mehr übrig als einen Kampf bis zum letzten Mann zu wagen oder zu kapituliren. König Georg wählte am 29. Juni das Letztere. Die Mannschaft wurde entwaffnet und in die Heimat entlassen, die Officiere gaben ihr Ehrenwort, in diesem Kriege nicht gegen Preußen zu

*) Sein Plan war übrigens, den König Georg mit seiner Armee nach Hannover marschiren und durch militärische und politische Thorheiten aufs gründlichste sich diskreditiren zu lassen, selbst aber sogleich auf Frankfurt loszugehen und in raschem Ueberfall Bundestag und Bundeskasse aufzuheben. Dieser Plan wurde durch eine Depesche aus Berlin, welche, in zufälliger Abwesenheit Falckensteins, am 26. Juni Abends in seinem Hauptquartier eintraf und sofortigen Angriff befahl, durchkreuzt. Auf dies hin griff Flies an, ohne von Falckenstein hiezu einen Befehl zu haben.

Digitized by Google

dienen, sämtliches Kriegsmaterial, darunter 5000 treffliche Pferde, blieb den Preußen, der König und der Kronprinz erhielten, unter Garantie ihres Privatvermögens, die Erlaubniß, ihren Wohnsitz zu nehmen, wo sie wollen, nur nicht in Hannover, und reisten mit ihrem Gefolge nach Wien. Damit war von der Nordsee bis zum Main aller Widerstand gebrochen, von einem Hereingreifen der österreichischen Alliirten in die Operationen in Böhmen war keine Rede mehr, und Preußen konnte seine volle Kraft gegen Oesterreich und die süddeutschen Staaten richten.

Geringere Erfolge hatte Preußens Alliirter, der König von Italien, aufzuweisen. Auf seine Kriegführung äußerten die Anerbietungen in Betreff der Abtretung Venetiens einen lähmenden Einfluß. Frankreich wurde nicht müde, Italien begreiflich zu machen, daß eine energische militärische Aktion von seiner Seite ganz überflüssig sei, daß es sich bei ihm mehr um ein militärisches Duell mit Oesterreich als um einen ernsthaften Krieg handle. Daher sagte auch Lamarmora, er rücke in's Feld, Venetien in der Tasche. Die Veranstaltung eines bloßen Duells entsprach aber den Interessen Preußens und den Pflichten eines Alliirten durchaus nicht. Daher übersandte der preußische Gesandte, Graf Usedom, dem Ministerpräsidenten General Lamarmora ein Schreiben vom 17. Juni, welches der als Militärschriftsteller bekannte Herr von Bernhardi abgefaßt hatte. Darin legte der Gesandte dem Minister an's Herz, daß es sich bei dem nächsten Feldzug um einen gründlichen Krieg (guerra a fondo) handle. Es genüge nicht, daß Italien bis zu den nördlichen Grenzen Venetiens vordringe; es müsse sich vielmehr den Weg gegen die Donau frei machen, sich mit Preußen im Mittelpunkt der österreichischen Monarchie begegnen, mit einem Wort, auf Wien marschiren. Um sich den dauernden Besitz Venetiens zu sichern, müsse vor allem die österreichische Macht in's Herz getroffen sein. Und während die Hauptarmee gegen Wien marschire, sollen die Freiwilligen unter Garibaldi ihre rechte Flanke bilden, in Ungarn eindringen und dort dem von Schlesien her einrückenden preußisch-ungarischen Corps die Hand bieten. Allen Mittheilungen zufolge würden diese Streifcorps bei den Ungarn und Slaven den herzlichsten Empfang finden. Mit diesem kühnen und großartigen Kriegsplan, welcher der preußischen und der italienischen Armee Wien als Vereinigunspunkt bezeichnete, die Revolutionirung Ungarns als Hilfsmittel zu einer gänzlichen Nieder-

Digitized by Google

werfung Oesterreichs in Aussicht stellte, war der Mentor des italienischen Kabinets, Napoleon, durchaus nicht einverstanden und stellte dem König und Lamarmora vor, daß die Erhaltung eines starken Oesterreichs innerhalb seiner natürlichen Grenzen dem Vortheile Italiens weit mehr entspreche als die Herstellung eines deutschen Reiches, das unter Preußens Führung von der Ostsee bis Triest gebiete. Die gelehrigen Schüler giengen auf diese französische Lektion ein. Lamarmora nahm von dem Usedom'schen Schreiben nicht die geringste Notiz, theilte es keinem seiner Kollegen mit und publicirte es erst am 21. Juli 1868, als er, längst nicht mehr Minister, in der Abgeordnetenkammer klagend gegen den Bericht des preußischen Generalstabs auftrat. Statt des von diesem anempfohlenen Kriegsplanes führte er nun seinen eigenen durch, um, nicht eine kombinirte, sondern eine isolirte Aktion im alten Militärstil zu beginnen und an den Wällen der Festungen die Hörner sich einzustoßen. Viktor Emanuel hatte am 20. Juni Oesterreich den Krieg erklärt und überschrit am 22. mit 2 Armeecorps den Mincio, ein 3. zwecklos bei Goito zurücklassend, während Cialdini mit einem 4. stärkeren Armeecorps über den unteren Po gegen die Etsch vordringen und Garibaldi mit seinen Freischaren in Tirol einbrechen sollte. Die Italiener hatten eine Feldarmee von 218,000 Mann, die Oesterreicher von 85,000, konnten sich aber auf das gewaltige Festungsviereck stützen. Den Oberbefehl führte Erzherzog Albrecht, ein Sohn des durch Aspern berühmten Erzherzogs Karl. Sein Hauptquartier und der größte Theil des Heeres war in und um Verona. Kaum bemerkte der Erzherzog, welcher an dem General John einen tüchtigen Generalstabschef hatte, daß die italienische Armee bei ihrem Vordringen den nordwestlich gelegenen Hügelsaum von Custozza nicht besetzt habe, wie denn überhaupt in unbegreiflich leichtsinniger Weise vorgegangen wurde, so nahm er am 23. Juni diese wichtige Position und lieferte am 24. Juni, dem Jahrestag von Solferino, den Italienern die Schlacht bei Custozza, wo achtzehn Jahre früher der alte Radetzky einen glorreichen Sieg über die Piemontesen erfochten hatte. Der Kampf dauerte in glühender Sonnenhitze den ganzen Tag. Abends sieben Uhr war das italienische Heer trotz aller Tapferkeit geschlagen, wurde über den Mincio zurückgeworfen und sammelte sich erst wieder hinter dem Oglio Der Verlust der Italiener betrug 8250 Mann, darunter 4350 Gefangene, der der Oesterreicher 7850 Mann, darunter 2000 Gefangene. Der rechte

Digitized by Google

Flügel unter Cialdini konnte nun seine Unternehmung am Po nicht ausführen und zog sich gegen Bologna zurück. Erzherzog Albrecht beutete den Sieg nicht weiter aus. Er durfte den geschlagenen Gegner nicht verfolgen; denn Oesterreich hatte sich in dem obenerwähnten Vertrag gegenüber dem französischen Kabinet verpflichtet, daß es, im Fall des Sieges, den Mincio nicht überschreiten und die Lombardei unberührt lassen werde. Daher wartete er in Verona ab, bis Viktor Emanuel zu einem zweiten Stoß aushole. Es trat hier thatsächlich ein vierzehntägiger Stillstand ein, während welcher Zeit die preußische Armee in Böhmen von Sieg zu Sieg flog und dort für Italien die Provinz eroberte, für welche dessen eigene Kräfte nicht ausreichten.

Wie in Hannover und Kurhessen, so waren die Preußen auch in Sachsen am 16. Juni eingerückt. Sie hatten dort gewaltige Heeresmassen versammelt, um den Streit mit Oesterreich rasch und gründlich auszukämpfen. Eine eigentliche Kriegserklärung war zwar noch nicht erfolgt. Da aber auf das Hilfegesuch der von Preußen bedrohten Staaten Oesterreich in der Bundestagssitzung vom 16. Juni erklärt hatte, daß es Preußen mit all seinen militärischen Kräften entgegentreten werde, so glaubte man in Berlin kein weiteres Aktenstück abwarten zu müssen. Drei große Heereshaufen waren aufgestellt: auf dem rechten Flügel die Elbarmee, 40,000 Mann unter General Herwarth von Bittenfeld, welcher am 29. Juni 1864 den Uebergang über den Alsensund geleitet hatte; im Centrum die erste Armee, 100,000 Mann unter Prinz Friedrich Karl; auf dem linken Flügel, in Schlesien, die zweite Armee, 116,000 Mann unter dem Kronprinzen von Preußen. Dazu kam noch ein Reservecorps von 24,000 Landwehrmännern, so daß die ganze Armee 280,000 Mann betrug, welche 800 Kanonen mit sich führten. Davon wurde das Reservecorps in Sachsen und 10,000 Mann in Schlesien zurückgelassen, nach deren Abzug für den Einmarsch in Böhmen 246,000 Mann übrig blieben. Am 16. Juni drang die Elbarmee und die erste Armee in Sachsen ein, Herwarth besetzte am 18. Juni Dresden, am 19. Leipzig, Friedrich Karl zu gleicher Zeit Bautzen und Zittau, und am 20. war, außer der Festung Königstein, ganz Sachsen in der Gewalt der Preußen.

Gegen alles Erwarten hatte Oesterreich nichts gethan, um ihnen in der Besetzung dieses strategisch so wichtigen Gebietes zuvorzukommen. Vielmehr hatten die Sachsen, 23,000 Mann mit 60 Kanonen,

Digitized by Google

beim Einmarsch der Preußen nebst dem König ihr Vaterland verlassen und waren unter dem Befehl des Kronprinzen nach Böhmen gezogen, um sich hier mit der österreichischen Armee zu vereinigen. Diese bestand aus 245,000 Mann und hatte 750 Kanonen und 7 Raketen-Batterien. Die österreichisch-sächsische Nord-Armee war also ungefähr 270,000 Mann stark. Sie hatte sieben Armeecorps, welche von den Erzherzogen Ernst und Leopold, den Grafen Clam-Gallas, Thun, Festetics und den Feldmarschall-Lieutenants von Gablenz und von Ramming befehligt wurden. Den Oberbefehl führte Feldzeugmeister Ritter von Benedek, welcher am Tag von Solferino auf dem rechten Flügel sich so rühmlich gehalten hatte. Armee und Volk wünschten ihn an der Spitze der Truppen zu sehen, und der Kaiser betraute ihn mit dem Kommando, alles in seine Hände legend. Aber theils fragte es sich, ob Benedek, ein so tüchtiger Corpsführer er auch war, auch den genialen Blick des Feldherrn, intelligente und kühne Strategie besitze, theils kam es darauf an, ob seine Corpsführer nicht nur ihren Platz auszufüllen vermögen, sondern auch den Befehlen des Feldherrn Gehorsam leisten. Benedek gehörte nicht zum hohen österreichischen Adel und war Protestant. Dies waren zwei Punkte, welche in Oesterreich schwer wiegen. Die Erzherzoge und Grafen sollen in diesem Feldzug nicht durch prompten Gehorsam sich ausgezeichnet haben. Und doch durfte Benedek seine äußerste Kraft anspannen, um dem Gegner, der so ziemlich in gleicher Stärke gegen ihn vorbrach, die Spitze bieten zu können. Hatten die Preußen auch keine neuen Feldzüge als den in Schleswig und 1849 den gegen die badischen Freischaren aufzuweisen, so hatten sie doch in allen Zweigen des Kriegswesens das Beste sich angeeignet, an dem Kriegsminister von Roon einen trefflichen Organisator, an General von Moltke einen ausgezeichneten Generalstabschef, einen kühnen und zugleich besonnenen Strategen, in ihren Truppenkörpern vermöge der allgemeinen Wehrpflicht eine Masse von Intelligenz, in ihrem Officiersstand durchschnittlich weit mehr Bildung als andere Heere. Das Zündnadelgewehr, mit welchem sie etwa sechsmal schneller schoßen als die Oesterreicher, gab ihnen einen ungeheuren Vortheil, wogegen das ungestüme Dreinschlagen, welches sich jene seit Solferino angewöhnt hatten, wenig Nutzen gewährte; denn ehe ein Bataillon zum Handgemenge kam, waren seine Reihen durch das Zündnadelgewehr furchtbar gelichtet. Außerdem war die österreichische Armee darin im

Digitized by Google

Nachtheil, daß der größte Theil der Infanterie nur eine einjährige Dienstzeit hinter sich hatte und keinen Sinn für persönliche Ehre besaß, und daß sich bei dem Officierscorps ein erstaunlicher Mangel an kriegswissenschaftlicher Bildung und an moralischem Einfluß bemerklich machte. Zu diesen Zuständen und Thatsachen bieten die Zeiten der zwei schlesischen Kriege und des siebenjährigen manch interessantes Seitenstück, wie die Erfindung der eisernen Ladstöcke statt der hölzernen, die geniale Strategie, die Besetzung Sachsens, die Vereinigung des sächsischen Heeres mit dem österreichischen, das wiederholte Einbrechen durch die Pässe des Erzgebirges und der Sudeten nach Böhmen. Wer all diese Verhältnisse nicht kannte, gab sich freilich ganz sonderbaren Erwartungen hin. So kam es, daß man in Süddeutschland mit der nämlichen Zuversicht auf einen Sieg der Oesterreicher rechnete, wie in Norddeutschland auf einen preußischen.

Benedek, dessen Armee einen weiten Bogen von Krakau bis zum linken Elbufer bildete, hielt sich zur Offensive für zu schwach. Er mußte den Einfall seines Gegners in Mähren oder Böhmen geschehen lassen und verlegte, als er die Absichten desselben erkannte, sein Hauptquartier von Olmütz nach Josefsstadt, in dessen Umgebung die meisten Corps concentrirt wurden. Mußte er sich aber auch zunächst in der Defensive halten, so hinderte ihn nichts, jeden Augenblick in die kräftigste Offensive überzugehen, sich mit Uebermacht den getrennten Heeren entgegenzuwerfen, eines nach dem andern anzugreifen und zurückzuschlagen, ihre Vereinigung um jeden Preis unmöglich zu machen. Statt dessen schickte er gegen die Elbarmee und die erste Armee, zusammen 140,000 Mann, den Grafen Clam-Gallas mit nur 60,000 Mann, darunter die sächsischen Truppen, und glaubte der schlesischen Armee, wenn sie aus den Gebirgspässen hervorkam, je ein österreichisches Corps gegen ein preußisches entgegenstellen zu müssen, als ob es sich um einen Kampf auf der Mensur, nicht um das Ringen einer halben Million Menschen handelte. So mußte denn kommen, was rasch genug kam.

In der Frühe des 23. Juni gieng die Elbarmee und die erste Armee jubelnd über die sächsisch-böhmische Grenze, jene auf der Straße nach Rumburg, diese auf Reichenberg zu. Letztere Stadt wurde am 24. besetzt und die Zittau-Reichenberger Eisenbahn, so weit sie unfahrbar gemacht worden war, von den eigens hiezu mitgenommenen Technikern rasch wiederhergestellt. Die Truppen des Grafen

Digitized by Google

Clam-Gallas wurden am 26. Juni von der Avantgarde Herwarths bei Hünerwasser zurückgeschlagen, am 26. und in der Nacht auf den 27. Juni von der Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl bei Liebenau und bei Podol. Dadurch war Clam-Gallas genöthigt, das rechte Iser-Ufer gänzlich zu räumen und die Elbarmee mit der ersten Armee sich vereinigen zu lassen, welche denn auch am 28. Juni gemeinschaftlich vorgiengen, unter bedeutenden Gefechten den Uebergang über die Iser bei Münchengrätz forcirten und Clam-Gallas zwangen, nach einem Verlust von etwa 1800 Mann ihnen die ganze Iser-Linie zu überlassen und vier Meilen rückwärts bei Gitschin in dem gebirgigen Terrain eine festere Position zu nehmen. Allein auch hier wurde er am 29. durch zwei Divisionen des Prinzen Karl zurückgeschlagen und das von den Sachsen besetzte Gitschin in einem nächtlichen Angriff erstürmt. Dieser Tag kostete die Preußen 1020 Todte und Verwundete, die Oesterreicher und Sachsen 5000 Mann, darunter 2000 Gefangene. Clam-Gallas zog sich mit seinen entmuthigten und erschöpften Truppen nach Königgrätz zurück; Friedrich Karl ließ seine Armee bei Gitschin ausruhen und erwartete die Vereinigung mit der schlesischen Armee, wofür eben die Stadt Gitschin zum voraus bestimmt war.

Um seinen Marsch durch die Pässe des Riesengebirges zu maskiren, schickte der Kronprinz, Befehlshaber der zweiten Armee, in der Zeit vom 20. bis 23. Juni Streifcorps von Neiße gegen die Grenze, um glauben zu machen, daß die ganze Armee durch Oesterreichisch-Schlesien in Mähren einzurücken beabsichtige. Es kam zu unbedeutenden Reitergefechten, und Benedek ließ sich insofern täuschen, als ihn das plötzliche Erscheinen dieser Armee in Böhmen sehr überraschte. Die schlesische Armee zog, zur Deckung Schlesiens nur 9100 Mann zurücklassend, am Morgen des 27. Juni in drei Kolonnen über die Grenze nach Böhmen: das erste Armeecorps unter General Bonin von Landshut über Trautenau, das Gardecorps unter dem Prinzen August von Württemberg von Braunau über Eipel, das fünfte Armeecorps unter General Steinmetz, den linken Flügel bildend, von Reinerz über Nachod und Skalitz; das sechste Armeecorps unter General Mutius sollte diesem nachrücken. Benedek hatte gegen diesen neuen Feind die vier Armeecorps Gablenz, Ramming, Festetics und Leopold zur Hand und schickte die beiden ersten gegen Trautenau und Nachod vor, die zwei letzten als Reserve behaltend. So mußte Gab-

Digitized by Google

lenz dem Stoß Bonin's, möglicherweise auch noch dem des Gardecorps gewachsen sein, Ramming mit Steinmetz sich messen.

Bonin vertrieb mit dem ersten Armeecorps am 27. Juni die Oesterreicher aus Trautenau und drängte sie bis zum Kapellenberg zurück. Aber gegen Abend erhielt Gablenz eine Verstärkung von zwei Brigaden und drang nun gegen die von Marsch, Hitze und Kampf erschöpften Preußen mit solcher Gewalt vor, daß sich diese über Trautenau und den Fluß Aupa bis nach Schömberg, von wo sie am Morgen aufgebrochen waren, zurückziehen mußten. Sie hatten 1208 Todte, Verwundete und Vermißte, aber keine Kanonen verloren, während die Oesterreicher einen Verlust von 5730 Mann, darunter die Hälfte Gefangene, hatten. Das Gardecorps, welches Bonin seine Unterstützung angeboten, aber bei dem zuerst günstigen Stand des Gefechts eine abschlägige Antwort erhalten hatte, griff nun am 28. Juni die durch den Kampf des vorigen Tages ermatteten Oesterreicher bei Burgersdorf und Soor, in der Nähe von Trautenau, mit solchem Erfolg an, daß Gablenz gegen 4000 Todte und Verwundete hatte, 4500 Gefangene und 10 Kanonen einbüßte und sich nach Königinhof zurückziehen mußte. Aber auch Königinhof wurde am 29. Juni von der Garde erstürmt, die dortige Elbbrücke besetzt, worauf jene auf dem linken Elbufer ungehindert die Richtung zu der Armee des Prinzen Friedrich Karl einschlagen konnte.

Die schwierigste Aufgabe hatte das fünfte Armeecorps unter Steinmetz, das auf einer engen Straße in einem wenigstens zwei Meilen langen Zuge gegen Nachod vorbrach und dort am 27. Juni das sechste österreichische Corps unter Ramming antraf. Dieser hatte anfangs einige günstige Gefechtsmomente, setzte aber nicht alles daran, die Entwicklung größerer Massen auf feindlicher Seite zu verhindern, und wurde von Steinmetz so zurückgeschlagen, daß er am andern Tag nicht mehr kampffähig war und das Corps des Erzherzogs Leopold ihn ablösen mußte. Er hatte 2500 Gefangene und 6 Kanonen verloren und einen Gesamtverlust von etwa 5000 Mann, die Preußen hatten 1200 Todte und Verwundete. Am 28. Juni pflückte sich Steinmetz neue Lorbeeren bei Skalitz, wo er den Erzherzog Leopold zurückschlug und ihm 2500 Gefangene und 5 Kanonen abnahm. Auf seinem Weitermarsch gegen Königinhof traf er am 29. Juni bei Schweinschädel und Jaromirz das vierte österreichische Corps unter Graf Festetics, schlug auch dieses, verfolgte es bis unter die

Digitized by Google

Kanonen von Josefstadt und vereinigte sich am 30. Juni bei Gradlitz mit der übrigen Armee des Kronprinzen, welche, nachdem auch das Corps des Generals Mutius angekommen war, nun vollständig beisammen war und die Elblinie von Arnau bis Josefstadt besetzt hielt. Sie hatte in den letzten Tagen mehr als 10,000 Gefangene, 20 Kanonen, 5 Fahnen und 2 Standarten erbeutet und gieng dem Entscheidungskampfe mit großer Zuversicht entgegen.

Benedek hatte gegen die drei preußischen Armeen in wenigen Tagen gegen 35,000 Mann verloren; von seinen 7 Armeecorps waren 5 geschlagen; nur eines von diesen hatte an dem ersten Tage einen Vortheil erfochten. Statt auf diese Weise sein Heer in lauter Einzelgefechten sich zerbröckeln zu lassen, koncentrirte er nun die 7 Corps, noch etwa 200,000 Mann, bei Königgrätz und bereitete sich zu einer Hauptschlacht vor. Er selbst hatte wenig Vertrauen und Lust zu einer solchen. Aber auf seine Meldung, daß die Armee nach so vielen Unfällen nicht in der für eine Entscheidungsschlacht nöthigen Stimmung und Verfassung sei, erhielt aber vom Kaiser den direkten Befehl, sofort eine Schlacht zu liefern. Hiezu wählte er nicht die für ihn günstigste Stellung auf dem linken Elbufer zwischen den Festungen Königgrätz und Josefstadt aus, sondern gieng auf das rechte Elbufer und besetzte das zwischen der Elbe und dem Flüßchen Bistritz in der Breite einer Stunde liegende Terrain, die günstigsten Höhenpunkte für seine 500 gezogenen Geschütze aufsuchend. Seine Flanken waren hier freilich nicht gesichert, wenn sie es nicht durch seine Truppen waren, und ein etwaiger Rückzug über die Elbe mit solchen Truppenmassen war auch keine Kleinigkeit. Der Muth seiner Soldaten hatte sich wieder ein wenig gehoben; man wünschte die Scharten auszuwetzen.

Sobald Prinz Friedrich Karl, welcher bei Horitz, gegen 5 Stunden von Königgrätz, stand, von dieser Bewegung Nachricht erhielt, machte er am Abend des 2. Juli dem preußischen Hauptquartier zu Gitschin Meldung hievon. Dort war König Wilhelm, welcher am 29. Juni Berlin verlassen hatte, so eben mit Graf Bismarck, Roon und Moltke eingetroffen und hatte den Oberbefehl über seine sämtliche Truppen übernommen. Als er kurz vor Mitternacht die Meldung erhielt, beschloß er auf den Rath Moltke's, auf den Vorschlag des Prinzen, gleich am folgenden Tage mit der ganzen Armee anzugreifen, einzugehen, und schickte sogleich Adjutanten an den Kron-

Digitized by Google

prinzen nach Königinhof und an Herwarth. Dieser bekam Nachts 1 Uhr, jener Morgens 4 Uhr den Befehl zum Vormarsch, und beide brachen nun so rasch als möglich gegen Königgrätz auf. Aber die Truppen des Kronprinzen waren weit vom Schlachtfeld entfernt, 2½ Armeecorps sogar 5 Stunden. der Plan war: Prinz Friedrich Karl, welcher dem Feinde am nächsten stand, sollte im Centrum den Feind festhalten, bis Herwarth, welcher sich auf dem rechten Flügel, 1¾ Ml. davon entfernt, bei Smidar befand, und die den rechten Flügel bildende schlesische Armee den Feind in beiden Flanken fasse. Wenn alles hübsch in einander griff, wie man es im Hauptquartier berechnet und festgesetzt hatte, so hoffte man am 3. Juli in der Schlacht bei Königgrätz Benedeks Armee nicht bloß zu schlagen, sondern zu vernichten.

Die preußische Armee mochte noch 200,000 Mann stark sein, wovon übrigens, da von der schlesischen Armee mehrere Truppentheile nicht rechtzeitig eintrafen, nur 150,000 an der Schlacht theilnahmen. Um acht Uhr traf der König mit dem Herzog von Koburg, Roon, Moltke und Bismarck bei der Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl, welche schon im Gefecht war, bei dem Dorfe Dub ein und übernahm den Oberbefehl. Die 1. Armee hatte den schweren Kampf um Sadowa und die Bistritz-Uebergänge den ganzen Vormittag allein zu bestehen, hatte 4 bis 5 Stunden lang mit 3 Armeecorps gegen 6 allein zu kämpfen; einzelne Divisionen wurden von der österreichischen Artillerie und den Jägern furchtbar mitgenommen; Herwarth fand auf dem feindlichen linken Flügel, wo die Sachsen das Dorf Ober-Prim und die Höhen von Problus hartnäckig vertheidigten, größeren Widerstand, als er vermuthete, wurde erst gegen 3 Uhr Herr über seinen Gegner und konnte sich nun an die Armee des Prinzen Friedrich Karl anschließen. Bei dieser war volle 4 Stunden, von 9—1 Uhr, die Division Franseky im Walde von Maslowed vor den Höhen von Chlum, einem schrecklichen Kartätschenfeuer und dem ungestümen Angriff der numerisch weit überlegenen Oesterreicher ausgesetzt, kämpfte mit unbeschreiblichem Heldenmuth und deckte den linken Flügel der preußischen Schlachtlinie trotz des Verlustes eines vollen Viertheils ihrer Infanterie so lange, bis mit den Spitzen der kronprinzlichen Armee die ersehnte Hilfe herbeikam. Es waren für die Preußen bange Augenblicke; besorgt schauten die Generale nach Osten, ob die Armee des Kronprinzen noch nicht anrücke; wenn sie sich verspätete, so war die

Digitized by Google

Schlacht verloren. Rückzug oder Durchbrechung des preußischen Centrums war die trostlose Alternative. König Wilhelm mochte an Wellington denken, wie dieser in der Schlacht bei Waterloo so sehnsüchtig nach Blücher ausschaute. Man sprach schon davon, die Infanterie zurückzuziehen. „Was dann?" fragte der besorgte König. Aber wie damals Blücher, so erschien jetzt der Kronprinz noch zu rechter Zeit, und damit war die Schlacht gewonnen.

Der durch den Regen aufgeweichte Lehmboden und das hügelige Terrain hatte die Armee des Kronprinzen, besonders die Artillerie auf dem Marsch sehr aufgehalten, so daß erst kurz vor 1 Uhr eine Gardedivision, dann das 6. und 1. Armeecorps und endlich die zweite Gardedivision auf dem Schlachtfeld eintraf. Aber was ankam, griff auch gleich in den Kampf ein und nöthigte den österreichischen rechten Flügel, welcher mit seiner Artillerie den linken Flügel der Armee des Prinzen Friedrich Karl furchtbar beschoß, von diesem abzulassen und mit der Garde und dem 6. Armeecorps einen neuen Kampf aufzunehmen. Die erste Gardedivision und die beiden Divisionen des 6. Armeecorps (Mutius) nahmen im ersten Anlauf die Dörfer Horeniowes und Ratschitz. Der Raum zwischen Maslowed, Cistowes und Chlum, neben welchem die Reste der Division Franseky kämpften, war von Vertheidigern fast ganz entblößt. In diese Lücke drang General Hiller mit der ersten Gardedivision ein und nahm trotz des mörderischen Geschützfeuers die Höhen von Chlum, welche den Schlüssel der ganzen österreichischen Stellung bildeten, und das Dorf Rozberitz, wodurch die Position von Lipa, von deren Höhen aus in die Armee des Prinzen Friedrich Karl den ganzen Vormittag Tod und Verderben geschleudert worden war, im Rücken gefaßt wurde. Eben dort stand Benedek und erfuhr kurz vor 3 Uhr, was sich in der letzten halben Stunde in seinem Rücken zugetragen hatte. Er wollte es kaum glauben, bis er es selbst sah. Von der Aufstellung bei Olmütz her war es sein Fehler und sein Verhängniß, daß er sich um die Armee des Kronprinzen fast gar nicht kümmerte, ihr gar keine Bedeutung beilegte, auch in den Dispositionen von Königgrätz gerade so verfuhr, wie wenn eine solche Armee gar nicht existirte, nicht auf einmal auftauchen, auf seinen rechten Flügel sich werfen, in der Flanke und im Rücken ihn mit Vernichtung bedrohen könnte. Rasch warf er der Hiller'schen Division seine Reserve entgegen, um die verlorenen Positionen um jeden Preis wieder zu nehmen. Rozberitz wurde von den Oesterreichern wieder

Digitized by Google

erobert. Auf den Höhen von Chlum erhielt Hiller Verstärkung an Artillerie und Infanterie. Die Avantgarde der zweiten Gardedivision und des ersten Armeecorps (Bonin) rückte an. Eine volle Stunde tobte hier der Kampf mit fürchterlicher Heftigkeit. Es war 4½ Uhr. Der wackere General Hiller wurde durch eine Granate niedergestreckt, die Bataillone des ersten Armeecorps, welche so eben die Höhen von Chlum besetzt hatten, schlugen den letzten Angriff der Oesterreicher zurück, stürmten, alles vor sich niederwerfend, bis Rozberitz, und zu gleicher Zeit hatte die Avantgarde der zweiten Gardedivision auch die Höhen von Lipa erstürmt. Damit waren die Hauptpositionen in den Händen der Preußen; die Schlacht war gewonnen.

Benedek gab den Befehl zum Rückzug; das 3. preußische Armeecorps folgte dem Feind auf dem Fuß, die ganze Kavalerie des Prinzen Friedrich Karl machte sich, den König an der Spitze, zur Verfolgung auf, die elfte Division des Corps Mutius nahm die zur Deckung der Rückzugsstraße bei Swietj aufgestellten Reservegeschütze, überschüttete von den dortigen Höhen die abziehenden Truppen mit Geschossen, drang bis zur Königgrätzer Straße vor und zwang dadurch den Feind, gegen Südwesten hin auszuweichen. Um der Infanterie und Artillerie den Abzug zu erleichtern, stellte sich die österreichische Reserve-Kavalerie bei Streselitz, südlich von Chlum, auf, konnte aber dem Anprall der preußischen Reiterei nicht widerstehen. Der Rückzug artete immer mehr in wilde Flucht aus. Die einen retteten sich unter die Kanonen von Königgrätz, die anderen nach Pardubitz. Die österreichischen Verluste waren ungeheuer, gegen 42,000 Mann, darunter 4600 Todte, 14,000 Verwundete, 20,000 Gefangene und gegen 4000 Vermißte, zudem 174 Kanonen und 11 Fahnen. Daß aber Benedeks Soldaten sich zum Theil wacker geschlagen hatten, konnte man daraus sehen, daß die Preußen 1840 Todte und 6688 Verwundete hatten, wozu noch 278 Vermißte kamen, was in runder Summe einen Verlust von 8800 Mann ausmacht. Von Geschützen hatten sie keines verloren. „Unsere Nordarmee existirt nicht mehr", meldeten die österreichischen Zeitungen vom 4. Juli, nachdem noch am 3. Juli Nachmittags 2½ Uhr der Kommandant von Josefstadt ein Siegestelegramm nach Wien gesandt hatte.

Mit dem Tag von Königgrätz war der Feldzug entschieden. Die Nordarmee, welche in diesem achttägigen Kriege, vom 26. Juni bis 3. Juli, fast nichts als Unfälle erlitten hatte, war so tief erschüttert,

Digitized by Google

daß der Kaiser von Oesterreich keine Schlacht mehr mit ihr wagen konnte, zumal einem Feinde gegenüber, der außer anderen Vorzügen nun auch den der Siegeszuversicht hatte und nach solchen Erfolgen jeder Aufgabe sich für gewachsen hielt. Durch Herbeiziehung eines Theils des in Sachsen zurückgelassenen Mülbe'schen Reservecorps wurden der preußischen Armee frische Kräfte zugeführt und dadurch die Lücken wieder ausgefüllt. Da man durch Aufhebung einer österreichischen Feldpost erfahren hatte, daß Benedek seine ganze Armee nach dem festen Olmütz zurückgezogen (wohl in der Voraussetzung, daß die Preußen den Marsch nach Wien nicht wagen würden, wenn sie in der linken Flanke und im Rücken von einer zahlreichen Armee bedroht würden) und nur das Corps Gablenz und den größten Theil der Kavalerie über Brünn direkt nach Wien geschickt habe, so beschloß König Wilhelm, daß der linke Flügel, die Armee des Kronprinzen, gegen Olmütz marschiren und den Feind dort festhalten, daß die Armee des Prinzen Friedrich Karl die mittlere Straße über Brünn, die Elbarmee den direkten Weg über Iglau nach Wien einschlagen solle. Der Waffenstillstand, um welchen Gablenz, der im Auftrag Benedeks am 4. Juli und wieder am 10. Juli im Hauptquartier eintraf, bat, wurde begreiflicherweise nicht gewährt. Hatte doch der Mangel an Verfolgung am 4. und 5. Juli der militärischen und politischen Ausbeutung des großen Sieges bereits Eintrag gethan. Am 6. Juli brach die ganze preußische Armee von Pardubitz gegen Süden auf, zur Beobachtung der Festungen Königgrätz und Josefstadt eine Division zurücklassend. Die böhmische Hauptstadt Prag wurde von den Oesterreichern geräumt, und am 8. Juli rückte General Rosenberg-Gruszinsky mit einer Division der Gardelandwehr dort ein.

In Wien erkannte man die Gefahr. Die Barvorräthe der Bank wurden nach der ungarischen Festung Komorn geschafft. Trotz der Verschanzungen von Florisdorf, an welchen man nördlich von Wien mit angestrengtestem Eifer arbeitete, machte man sich auf eine Einnahme der Stadt gefaßt. Um den Siegeszug der Feinde aufzuhalten, glaubte der Kaiser keinen geschickteren Schachzug thun zu können, als wenn er, wie dies am 5. Juli geschah, das im geheimen bereits abgetretene Venetien nun vor aller Welt an Napoleon abtrat und zur Herbeiführung des Friedens seine Vermittlung annahm. Wurde dadurch Venetien eine französische Provinz, so sollte Viktor Emanuel

Digitized by Google

nur durch Eingehen in die Napoleonischen Plane sie für sich gewinnen können. Kaiser Franz Josef dagegen konnte dann die ganze Südarmee, die Sieger von Custozza, zur Vertheidigung seiner Monarchie den Preußen entgegenwerfen. Zugleich wurde im Stillen auch darauf gerechnet, daß Napoleon aus Eifersucht über die Trophäen der Preußen diesen ein donnerndes Halt, ein Entweder-Oder zurufen und ihnen als Friedensvermittler keine andere Wahl lassen werde als die von ihm diktirten Bedingungen anzunehmen oder neben dem Krieg an der Donau auch einen Kampf am Rhein zu haben. Wie 1859 die Lombardei, so wurde 1866 Venetien aufgegeben, um Oesterreichs Stellung in Deutschland aufrecht zu erhalten und Preußen Schach zu bieten. Napoleon und seine Staatsmänner waren, wie Staatsminister Rouher am 16. März 1867 im gesetzgebenden Körper versicherte, „durch das unwahrscheinliche und unerwartete Ereigniß des Sieges von Königgrätz mit patriotischer Angst erfüllt." Sie hatten der Eröffnung des Krieges ruhig zugesehen in der Erwartung, Preußen und Oesterreich werden sich aufs hartnäckigste bekämpfen und beide Staaten werden aus diesem Kampfe so geschwächt hervorgehen, daß Napoleon, so bald es ihm beliebe, als der diktatorische Schiedsrichter in ihre Mitte treten, die Gestaltung Europa's nach den Grundzügen seines Schreibens vom 11. Juni vornehmen und die ersehnten Kompensationen auf dem linken Rheinufer erzwingen könne. Auch er hatte, wie Oesterreich und die deutschen Mittelstaaten, die Leistungsfähigkeit der preußischen Armee bedeutend unterschätzt und der Sicherheit und Präcision, mit welcher diese im dänischen Kriege operirte, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Um so größer war seine Bestürzung über den Sieg von Königgrätz, seine Furcht vor den Folgen desselben. Sein Programm war bereits überholt. Denn es war klar, daß nicht Oesterreichs, sondern Preußens Stellung in Deutschland von nun an eine „einflußreiche" sein, und daß Preußens „Abrundung und Kraft im Norden" über die Wünsche und vermeintlichen Interessen Frankreichs weit hinausgehen werden. Sein Bestreben war daher, den Siegeslauf Preußens möglichst zu zügeln, von den Früchten eines solchen Sieges ihm möglichst viele zu entziehen.

Dies wäre freilich durch ein militärisches Eingreifen am leichtesten zu erreichen gewesen. Aber eben dieses war Napoleon zu seinem größten Schmerze damals durchaus unmöglich. Denn mit der Wehrfähigkeit Frankreichs sah es in Folge der mexikanischen Expedition

Digitized by Google

sehr schlecht aus. Der damalige Kriegsminister Randon, welcher sich scheute, für Mexiko immer neue Kredite von der mit dieser Expedition so unzufriedenen Kammer zu verlangen, hatte nicht nur die Armee, sondern auch alle Reserven, Arsenale, Zeughäuser, Magazine so vollständig herunterkommen lassen, daß am 3. Juli 1866 Frankreich unfähig war, auch nur 50,000 Mann kriegsmäßig auszurüsten. Ein solcher Zustand war zur Uebernahme einer bewaffneten Mediation nicht angethan. Wäre obengenannte Alternative gestellt worden, so wäre Preußen damals stark genug gewesen, den Kampf mit Oesterreich und Frankreich zugleich aufzunehmen, kühn genug, um zu den radikalsten Mitteln zu greifen. Somit blieb Napoleon nur die bescheidenere und weniger lukrative Rolle eines zudringlichen Mahners und Rathgebers übrig. Er suchte Italien durch die Anerbietung Venetiens von aller weiteren Kriegführung abzuziehen und jedenfalls, so wie auch Preußen, zu einem sofortigen Waffenstillstand zu bewegen. Aber weder Italien noch Preußen gieng auf seine Vorschläge ein, und König Wilhelm erklärte bestimmt, daß er den Bemühungen Napoleons, wenigstens einen Waffenstillstand herbeizuführen, gerne entgegenkommen werde, sobald Franz Josef sich zur Annahme der Hauptbedingungen herbeilasse. Inzwischen werde er sich in seiner militärischen Aktion nicht stören lassen. Dadurch war das österreichische Projekt der Hauptsache nach vereitelt, Venetien verloren und in Deutschland damit nichts gewonnen. Denn die 80,000 Mann, welche Franz Josef aus Italien, wo man sich nun in der strengsten Defensive hielt, nach der Donau zog, waren im Verein mit den Trümmern der Nordarmee dem preußischen Heere nicht gewachsen, trafen auch erst zwischen dem 22. und 26. Juli sämtlich in der Nähe von Wien ein, und bis dahin konnte die Hauptstadt erobert sein. Den Oberbefehl über alle österreichischen Heere übernahm am 13. Juli der aus Italien berufene Erzherzog Albrecht. Benedek war des Oberbefehls entsetzt, blieb aber vorläufig als dessen Untergebener im Dienst. Die Generale Clam Gallas, Henikstein (Chef des Generalstabs) und Krismanic (Generalquartiermeister) waren schon am 3. Juli, vor Anbruch der Schlacht, ihrer Funktionen enthoben worden. Später wurden sie vor ein Kriegsgericht gestellt, aber freigesprochen.

König Wilhelm blieb bei der Armee des Prinzen Friedrich Karl. Dieser hatte am 10. Juli bei Saar ein kleines Reitergefecht zu bestehen, rückte am 13. in Brünn ein, besetzte am 16. Lundenburg an

Digitized by Google

der Thaya und machte sich dadurch zum Herrn der Eisenbahn zwischen Olmütz und Wien. Das königliche Hauptquartier war am 18. Juli in Nikolsburg, 10 Meilen von Wien, und die Vorposten wurden bis auf 4 Meilen von der Hauptstadt vorgeschoben. General Herwarth, welcher mit der Elbarmee den rechten Flügel bildete, war indessen über Iglau und Znaym marschirt, hatte am 14. Juli bei Jetzelsdorf eine Kavalerie-Brigade zurückgeworfen, am 16. Hollabrunn besetzt, und seine Vorposten standen noch drei Meilen von Wien. Zur Deckung der bedrohten Hauptstadt hielt Erzherzog Albrecht das Heranziehen der Nordarmee für unumgänglich nöthig. Benedek hatte gleich nach seiner Ankunft bei Olmütz das 3. Armeecorps und den größten Theil der sächsischen Truppen vermittelst der Eisenbahn nach Wien abgehen lassen und behielt in seinem verschanzten Lager noch 5 Infanteriecorps und die Reiterdivision Taxis. Mit diesen wollte er die Armee des Kronprinzen angreifen und an der Vereinigung mit den beiden anderen Heeren hindern. Aber er erhielt am 12. und 13. Juli den dringendsten Befehl von Albrecht, mit sämtlichen Truppen sogleich nach Wien aufzubrechen. Da die direkte Linie über Brünn und Nikolsburg bereits verlegt war, so mußte er die Eisenbahnlinie Olmütz-Presburg benützen. Aber auch diese war schon am 16. Juli von der Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl bei Lundenburg besetzt, daher Benedek die Eisenbahn nur zum Theil benützen konnte, das Marchthal verlassen, die kleinen Karpaten übersteigen und vom Waagthal aus nach Presburg ziehen mußte, wo er mit dem größten Theil seiner Truppen am 26. Juli, das 2. Corps (Thun) schon am 22., anlangte. Um seinen Abmarsch von Olmütz zu recognosciren und ihm möglichst viel Abbruch zu thun, schickte der Kronprinz am 15. Juli das Kavaleriecorps Hartmann und eine Brigade Bonin ab. Diese drängten bei Tobitschau einen Theil des 8. Armeecorps zurück, machten über 600 Gefangene und nahmen 18 Geschütze; als aber die leichte Reiterei noch weiter gegen den Bahnhof von Prerau vorrückte, mußte sie sich nach kurzem Kampfe vor der bedeutenden Uebermacht zurückziehen. Nun ließ der Kronprinz zur Beobachtung der Festung Olmütz das Corps Bonin, bald nur eine Division desselben stehen, rückte gleichfalls gegen Süden vor und vereinigte sich am 19. Juli bei Nikolsburg und Lundenburg mit der Armee des Prinzen Friedrich Karl, die Reserve derselben bildend.

Die ganze preußische Armee war nun wieder beisammen; ihr

Digitized by Google

äußerster linker Flügel stand noch einen halben Tagmarsch von Presburg, der äußerste rechte bei Krems, wo die Oesterreicher die Donaubrücke gesprengt hatten. Durch Heranziehen von Reservetruppen war sie auf 240,000 Mann gebracht. Der Spiegel der Donau, die Thürme von Wien und Presburg lagen vor ihnen, ihre vordersten Truppen sahen Nachts die erleuchteten Fenster der Häuser Wiens; trotz Cholera und Strapazen brannten alle vor Begierde, Wien zu erstürmen, in Wien einzuziehen. Am 20. Juli stand die Avantgarde noch $1^1/_2$ Meilen von den Florisdorfer Schanzen. Noch ein rascher Stoß in den nächsten 2 Tagen, und Wien war gefallen. Vor der Hauptstadt standen höchstens 130,000 Mann zu ihrer Deckung bereit; weitere 110,000 Mann, von der Nordarmee, vereinigten sich zwischen dem 22. und 26. Juli bei Presburg. Dahin schickte Prinz Friedrich Karl den General Franseky am 21. Juli mit 2 Divisionen Infanterie und einer Reiterdivision. Franseky stieß am 22. Juli auf das eben angelangte Corps Thun und die bei Blumenau aufgestellte Brigade Mondl, ließ dieselbe durch die Brigade Bose, welche links ab die Ausläufer der kleinen Karpaten überstieg, umgehen, hielt in der Front, besonders durch Artillerie, das Gefecht eine Zeit lang hin, gieng gegen elf Uhr zum Angriff über und brachte den feindlichen linken Flügel zum Weichen. Es war zwölf Uhr, als er von Bose die Meldung erhielt, daß die Umgehung vollkommen geglückt sei, daß er einige Bataillone des Thun'schen Corps geworfen habe und bereits bei der Jägermühle, an der Straße zwischen Presburg und Blumenau stehe. Die Vernichtung der Brigade Mondl und der zerstreuten und ermatteten Truppen des Thun'schen Corps und ebendamit die Einnahme Presburgs waren die sichere Beute dieses Tages. Aber um die nämliche Stunde kam auch ein feindlicher Parlamentär zu Franseky und theilte ihm mit, daß zwischen Oesterreich und Preußen eine fünftägige Waffenruhe ausgemacht sei, daß diese am 22. Juli Mittags 12 Uhr zu beginnen habe, also alle Feindseligkeiten von dieser Stunde an einzustellen seien. General Bose nahm sich nur die Genugthuung, daß er in seiner Stellung 24 Stunden lang bivuakirte und die nach Presburg zurückziehenden Truppen Mondls alle an seiner Front vorbei marschiren ließ, um ihnen damit zu zeigen, wie sehr er den Sieg schon in seinen Händen gehabt habe. Mit diesem Gefecht bei Blumenau war der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich zu Ende. Es begannen die Tage der Diplomatie.

Digitized by Google

Napoleon lag alles daran, den Einmarsch der Preußen in Wien zu verhindern und den Ruhm des „großen Oheims" nicht verdunkeln zu lassen. Seine Diplomatie war in athemloser Thätigkeit. Der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, traf auf seinen Befehl am 14. Juli im preußischen Hauptquartier ein, der Herzog von Gramont war in Wien thätig; jener sollte von zu großen Forderungen abmahnen, dieser zu weiteren Concessionen zureden. Am 14. Juli legte Napoleon beiden Kabinetten sechs Propositionen vor, welche zwar die Grundlage der späteren Friedenspräliminarien bildeten, aber durch den Grafen Bismarck eine für Preußen weit günstigere Redaktion erfuhren. Es lag im Interesse Preußens, die Verhandlungen hinzuziehen, um die militärischen Erfolge der nächsten Tage noch in die Wagschale werfen zu können. Der König von Preußen forderte als erste Bedingung den Austritt Oesterreichs aus dem deutschen Bund, sodann freie Disposition im nördlichen Deutschland, um eine für Preußen günstigere Länder-Arrondirung vorzunehmen und einen neuen Bund zu konstituiren, endlich die Annexion von Schleswig-Holstein. Dem König lag der Gebietszuwachs, dem Grafen Bismarck die Konstituirung des neuen Bundes mehr am Herzen. Die Standpunkte Beider ließen sich verschmelzen. Napoleon blieb, wenn er nicht Krieg mit Preußen, beziehungsweise mit Deutschland anfangen wollte, nichts anderes übrig als seine Zustimmung zu dem preußischen Programm zu geben, zumal auch Frankfurt von den Preußen schon besetzt war. In einer Depesche vom 19. Juli kündigte er in auffallend bescheidener Weise seine Zustimmung an. Eine Gebietsabtretung wurde Oesterreich nicht zugemuthet, nur daß es, wozu es sich ja schon längst entschlossen hatte, Venetien an Italien abtreten sollte. Das Ausscheiden aus Deutschland war für Oesterreich ein schweres Opfer, besonders für die habsburgische Dynastie. Nur unter dem Druck der eisernen Nothwendigkeit fügte sich Franz Josef dieser Forderung. Am 20. und 21. Juli begannen Unterhandlungen, um nach Vereinbarung der wichtigsten Punkte wenigstens eine vorläufige Waffenruhe herbeizuführen. Dieselbe begann, wie schon angeführt, am 22. Juli Mittags 12 Uhr und sollte 5 Tage dauern. In dieser Zeit wurde in dem Hauptquartier des Königs von Preußen, in Nikolsburg, über die Friedenspräliminarien und den Waffenstillstand unterhandelt. Die österreichischen Grafen Karolyi und Degenfeld und der italienische Graf Barral versammelten sich mit den preußischen

Digitized by Google

Bevollmächtigten um den greisen König. Auch der bairische Minister von der Pfordten erschien, uneingeladen, um im Namen der süddeutschen Staaten zu unterhandeln. Da er aber von Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, welche nicht selbst vertreten waren, keine Vollmacht hiezu vorzuweisen hatte, so konnte ihm kein Gehör geschenkt werden. Am 27. Juli wurde von Preußen und Oesterreich der Waffenstillstandsvertrag und die Friedenspräliminarien unterzeichnet. Wegen der Verständigung mit Italien wurde die Waffenruhe bis zum 2. August verlängert, von welchem Tag an der vierwöchige Waffenstillstand eintreten sollte. Auch mit Baiern wurde am 28. Juli ein dreiwöchiger Waffenstillstand abgeschlossen, der am 2. August beginnen sollte. Der weiteren Bitte, daß die Feindseligkeiten am Main jetzt schon, am 28. Juli, eingestellt werden sollten, wurde nicht entsprochen. Hinsichtlich der drei anderen süddeutschen Staaten wurde die Zusage ertheilt, daß sie, falls sie eine ausdrückliche Bitte in dieser Richtung stellen würden, ebenso wie Baiern behandelt werden sollten.

In den Präliminarien von Nikolsburg erkannte Franz Josef die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gab seine Zustimmung zu einer Neugestaltung Deutschlands ohne Betheiligung Oesterreichs. Ebenso versprach er in Artikel 4 „das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt.“ Seine Rechte auf die Elbherzogthümer trat er an den König von Preußen ab (die nördlichen Distrikte von Schleswig sollten nach Artikel 5 durch freie Abstimmung sich entscheiden dürfen, ob sie wieder mit Dänemark vereinigt werden wollen), zahlte 20 Millionen Thaler Kriegskosten, erkannte die Territorialveränderungen in Norddeutschland an, wogegen Preußen den Territorialbestand Sachsens unangefochten ließ und dessen Stellung im norddeutschen Bund durch einen Friedensvertrag zu ordnen versprach. Auch nahm Preußen es auf sich, den König von Italien zur Anerkennung des Waffenstillstands und der Präliminarien zu bestimmen, sobald Venetien durch eine Erklärung Napoleons diesem übergeben sei. Bis zum definitiven Frieden hielten die preußischen Truppen, wie gleich-

Digitized by Google

falls bestimmt war, fast ganz Böhmen und Mähren besetzt. Am 23. August endlich wurde der Friede zu Prag geschlossen, welcher die Nikolsburger Bestimmungen bestätigte. Auf den Wunsch Napoleons, welcher die südlich vom Main gelegenen Staaten (Baiern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt) nicht gleichfalls Preußen unterworfen sehen, sondern die Neugestaltung Deutschlands gleich mit einer Spaltung beginnen lassen wollte, wurden dem Artikel 4, welcher von dem Verein der süddeutschen Staaten handelt, noch die Schlußworte hinzugefügt: „und der eine internationale, unabhängige Existenz haben wird."

Indessen hatten die Italiener wieder die Offensive ergriffen. Aber auch jetzt gieng es nicht vorwärts, auch jetzt wurden keine wesentlichen militärischen Erfolge errungen. Sie hielten viel auf ihre in den letzten Jahren ziemlich vermehrte Flotte und nahmen es als gewiß an, daß beim nächsten Zusammentreffen die österreichische von ihr vernichtet werde. Am 17. Juli segelte Admiral Persano mit 23 Schiffen, darunter 10 Panzerschiffen, und 2200 Landungstruppen aus dem Hafen von Ancona, um sich der für jene Gewässer so wichtigen Insel Lissa zu bemächtigen. Die Beschießung der Forts begann am 19., und Persano war am 20. eben im Begriff, seine Truppen landen zu lassen, als der durch das Treffen bei Helgoland bekannte österreichische Contreadmiral Tegetthoff mit 22 Schiffen, darunter nur 7 Panzerfregatten, herbeieilte und in dem Seetreffen bei Lissa am 20. Juli in einem heftigen vierstündigen Kampfe die größere Manövrirfähigkeit der österreichischen Marine aufs glänzendste zeigte. Das größte italienische Panzerschiff „König von Italien" wurde von dem gepanzerten Widderschiff „Erzherzog Max" in den Grund gebohrt, und das Panzerkanonenboot „Palestro" in Brand geschossen und in die Luft gesprengt, während das österreichische ungepanzerte Linienschiff „Kaiser" durch sein treffliches Feuern alle Angriffe der italienischen Panzerschiffe zurückschlug. Persano mußte sich nach Ancona zurückziehen und wurde später vor ein Kriegsgericht gestellt, in welchem er die Schuld auf die Marineverwaltung schob, welche die Flotte schlecht ausgerüstet und ihn wider seinen Willen zum Kampfe gedrängt habe. Er wurde jedoch für schuldig erkannt.

Der Landkrieg bot Italien, nachdem Oesterreich 80,000 Mann an die Donau gezogen hatte, keine großen Schwierigkeiten mehr dar. Viktor Emanuel erkannte die Abtretung Venetiens an Napoleon nicht

Digitized by Google

an, und dieser, welcher wegen des preußisch-italienischen Bündnisses das österreichische Geschenk nicht nach Wunsch verwerthen konnte, ließ den Dingen ihren Lauf. Die Oesterreicher hielten sich in ihrem Festungsviereck, welches Lamarmora mit 6 bis 7 Divisionen unnützerweise beobachtete, und räumten das ebene Land, und so war der Marsch Cialdini's mit 8 Divisionen vom unteren Po über die Etsch, Brenta, Tagliamento nichts weiter als ein militärischer Spaziergang. Die einzige Waffenthat war die Einnahme des wichtigen Brückenkopfes am Po, Borgoforte, dessen Werke von der italienischen Artillerie so zugerichtet wurden, daß die Besatzung am 17. Juli den Ort räumte und sich nach Mantua zurückzog. Auch Garibaldi leistete mit seinen Freiwilligen weniger, als man erwartet hatte. Er drang in das westlich vom Gardasee gelegene Judicarienthal in Tirol ein, konnte aber, zumal ihn auch seine Wunde, die er in einem Gefecht am 3. Juli erhalten hatte, hinderte, gegen die geübten Tiroler Schützen nichts ausrichten. Der Kampf hielt sich hier Wochen lang in kleineren Gefechten hin. Er schien für Garibaldi eine günstigere Wendung zu nehmen, als der von Cialdini mit einer Division gegen Trient abgeschickte General Medici nach einigen glücklichen Gefechten am 24. Juli bis auf 2 Meilen von dieser Stadt vordrang. Aber die in Nikolsburg vereinbarte Waffenruhe machte auch hier den Feindseligkeiten ein Ende. Sie wurde in Italien am 25. Juli verkündigt. Als aber Viktor Emanuel erklärte, daß er während des Waffenstillstandes die von ihm eingenommenen Theile Tirols besetzt halten werde und außer Venetien auch das italienisch redende Südtirol beanspruche, schien der Krieg hier aufs neue auflodern zu wollen. Oesterreich erklärte, daß es von Südtirol kein Dorf hergebe; auch Preußen, welches in dem Bündniß nur für Venetien eingetreten war, wollte seinem Alliirten nicht zu diesem neuen Besitzthum verhelfen; Napoleon wünschte ohnedies das junge Königreich in einiger Bescheidenheit zu erhalten. Die Sache wurde bedenklich, als Oesterreich, an der Donau nun frei, umgekehrt wieder starke Truppenmassen nach Italien sandte, eine starke Armee am Isonzo, eine Reserve bei Villach versammelte. Viktor Emanuel riskirte, allein den Kampf mit ganz Oesterreich aufnehmen zu müssen. Was dies für ihn bedeute, wußte er. So zog er, den Rathschlägen Napoleons und König Wilhelms nachgebend, das Gewisse dem Ungewissen vor, gab seine Ansprüche auf und schloß am 11. August einen vierwöchigen Waffenstillstand mit Oesterreich,

Digitized by Google

welchem sofort die Räumung von ganz Südtirol folgte. Am 3. Okt. wurde zwischen Oesterreich und Italien der Friede in Wien unterzeichnet. Oesterreich lieferte jetzt erst die eiserne Krone der Lombardei an Italien aus. Doch mußte sich Italien gefallen lassen, daß es Venetien aus der Hand Frankreichs und erst nach erfolgtem Plebiscit erhalte. Vom 9. Oktober an verließen die österreichischen Truppen das Festungsviereck, räumten am 16. Venedig, am 18. übergab der von Napoleon hiezu abgesandte General Leboeuf die Stadt im Namen des Kaisers einer Kommission des Gemeinderaths, und die italienischen Truppen hielten ihren Einzug.

Die Volksabstimmung über die Vereinigung Venetiens mit dem Königreich Italien fand am 21. und 22. Oktober statt und lieferte das Ergebniß, daß 651,758 mit Ja, nur 69 mit Nein stimmten. Dieses Resultat wurde von einer venetianischen Deputation am 4. November dem König in Turin mitgetheilt, worauf er unter anderem erwiderte: „Heute hat die Fremdherrschaft aufgehört. Italien ist gemacht, aber noch nicht vollendet. Die Italiener müssen es vertheidigen und groß machen." Darauf unterzeichnete er das Annexionsdekret, und am 7. November hielt er unter dem unendlichen Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in Venedig. Der Traum der alten Karbonari von einem einheitlichen Italien war damit größtentheils in Erfüllung gegangen. Das isolirte Rom wird trotz aller Konventionen dem Zuge des Jahrhunderts, welches die Zusammenfassung gleichartiger Bestandtheile fordert, nicht mehr lange widerstehen können. Italien aber mag sich bei den Siegern von Königgrätz bedanken, daß es, ohne eine Schlacht gewonnen zu haben, nach zwei vollständigen Niederlagen, bei Custozza und bei Lissa, eine Provinz gewonnen hat. Die Geschichte weiß kein zweites Beispiel für ein solches Kriegsglück im Unglück.

In Böhmen und in Italien hatte der Krieg bereits ein Ende genommen, als er am Main erst recht anfieng. Dort stand rechts bei Bamberg die bairische Armee, anfangs 42,000, später gegen 50,000 Mann, unter dem 71jährigen Prinz Karl, welcher noch nie ein Feldherrnamt bekleidet hatte, links das achte Bundesarmeecorps unter Prinz Alexander von Hessen bei Frankfurt, welcher bei seinen unter 6 Kriegsherren stehenden Truppen, deren Führer theils ihm, theils gegenseitig sich selbst ganz unbekannt waren, eine sehr schwierige Aufgabe hatte. Dieses Corps bestand aus 14,000 Württem-

Digitized by Google

bergern unter General Hardegg, 10,000 Badenern unter Prinz Wilhelm und 9000 Hessen-Darmstädtern, wozu noch 8000 Kurhessen, 4000 Nassauer und 12,000 Oesterreicher unter General Neipperg kamen, von welchen übrigens die Kurhessen sich meist in und bei der Festung Mainz aufhielten, so daß diese Armee, so weit sie sich am offenen Kampf betheiligte, auf etwas über 50,000 Mann zu schätzen ist. Sie standen zunächst nördlich von Frankfurt, um diese Stadt und die Bundesversammlung gegen jeden Ueberfall zu decken, machten viele Hinundhermärsche und besetzten auf ein paar Tage Gießen und die preußische Stadt Wetzlar. Als Ersatz für die von Preußen besetzten Bundesländer nahm, nach einem Bundesbeschluß vom 25. Juni, ein Bataillon Württemberger, welches am 26. Juni in Hohenzollern einrückte, das Land in Bundesverwaltung.

Beiden Armeen gegenüber stand der früher genannte General Vogel von Falckenstein mit den 3 Divisionen Göben, Beyer und Manteuffel, anfangs gegen 45,000 Mann, worunter 3000 Sachsen-Koburger und Lippe-Detmolder. Obgleich diese „Main-Armee" nicht stärker war als jede der zwei süddeutschen Armeen, so beschloß doch ihr energischer Anführer, wie seine Kollegen in Böhmen, die Offensive zu ergreifen. Sein nächster Plan war, die Vereinigung der beiden Armeen zu hindern und eine nach der andern über den Main zurückzudrängen. Bei Eisenach hatte er nach der Kapitulation der Hannoveraner seine Armee koncentrirt und marschirte am 2. Juli auf der Straße, die von Fulda über Hanau nach Frankfurt führt. Die Baiern waren in den letzten Tagen bis Koburg und Meiningen, ihre äußersten Vortruppen bis Suhl und Schmalkalden vorgerückt, um den Hannoveranern Hilfe zu bieten, wandten sich aber, da sie am 30. Juni ihre Kapitulation erfuhren, westlich und suchten sich mit dem 8. Armeecorps zu vereinigen. Auf diesem Marsche mußten sie auf die Mainarmee stoßen und wurden von dieser am 4. Juli in mehreren Gefechten, bei Dermbach, Neidhardhausen, Zella, Wiesenthal, Roßdorf, zurückgedrängt, ohne daß das nur ein paar Meilen davon entfernte 8. Armeecorps davon Notiz nahm. Nur bei Diedorf und Fischbach hielten die bairischen Truppen Stand. Bei Hünfeld suchte ihre Reiterei nach ein paar Kanonenschüssen in wilder Flucht sich zu retten. Als nun die Baiern sich an die fränkische Saale zurückzogen, folgte ihnen Falckenstein, überschritt am 9. Juli bei Brückenau die bairische Grenze und erzwang am 10. in mehreren Gefechten den Uebergang über die Saale.

Digitized by Google

Die Division Göben hatte bei Kissingen einen harten Kampf zu bestehen, Manteuffel griff nördlich bei Hausen und Waldaschach, Beyer südlich bei Hammelburg an. Auf allen Punkten wurden die Baiern zurückgeworfen, mußten die Saal-Linie den Preußen überlassen und zogen sich am 11. Juli bei Schweinfurt über den Main zurück. Rasch wandte sich nun Falckenstein westlich gegen das 8. Armeecorps, schickte die Division Beyer nördlich nach dem Paß von Gelnhausen, welchen dieser bereits von den württembergischen Truppen verlassen fand, zog am 12. Juli mit der Division Göben, welcher Manteuffel als Reserve folgte, die Saale abwärts und marschirte am 13. über den Spessart, um Aschaffenburg zu besetzen und dem Gegner in die rechte Flanke zu fallen. Gelang dies, so war die Mainlinie und Frankfurt verloren. Die Gefahr erkennend, schickte Prinz Alexander am 12. die hessen-darmstädtischen Truppen vermittelst der Eisenbahn von Frankfurt nach Aschaffenburg mit dem Befehl, vor dem Eintreffen von Verstärkungen kein Gefecht anzunehmen. Aber der hessische General Perglas wollte die günstige Gelegenheit, die Preußen gleich bei ihrem Austritt aus dem Spessart anzugreifen, nicht vorübergehen lassen, griff mit der hessischen Division am 13. an, wurde bei Laufach und Frohnhofen von Göben zurückgeworfen und zog sich nach Aschaffenburg zurück. Hier waren die versprochenen Verstärkungen, österreichische und kurhessische Truppen unter dem Befehl des Grafen Neipperg, am Abend des 13. eingetroffen. Göben griff sie am 14. dort an, schlug sie bis dicht vor Aschaffenburg zurück, erstürmte den Eisenbahnhof, nahm die Stadt nach einem unbedeutenden Straßenkampf und besetzte die Mainbrücke. 1500 Gefangene, meist Oesterreicher, fielen in seine Hände. Prinz Alexander gab nun seine Stellung bei Frankfurt preis, räumte Hanau und Frankfurt und gieng am 14. Juli mit seiner ganzen Armee über den Main nach dem Odenwald, um über Miltenberg nach Würzburg zu gelangen und sich dort mit dem Prinzen Karl zu vereinigen.

Die Bundesversammlung und die ihr beigegebene Militärkommission hatte indessen 180,000 fl. auf Errichtung von Schanzen in der Nähe von Frankfurt verwandt, die deutschen Farben hervorgeholt, eine schwarzrothgoldene Fahne auf dem Bundespalais aufgepflanzt, Landwehren und Freischaren aufgeboten und in den Stunden der Gefahr mit staunenswerther Ungeduld Armeen aus dem Boden zu stampfen gesucht. Es war zu spät. Sie mußte, wie am 16. Juni 1849 das

Digitized by Google

Rumpfparlament, im Vorgefühl ihrer Todesstunde am 14. Juli Frankfurt verlassen und siedelte nach Augsburg in den durch seine feinen Weine bekannten Gasthof „zu den drei Mohren" über.

Sofort marschirte Falckenstein am 16. Juli mit der Division Göben nach Hanau, rückte Abends in Frankfurt ein, nahm von dieser Stadt, von Oberhessen und Nassau im Namen seines Königs Besitz und konnte diesem melden: „Die Länder nördlich des Mains liegen jetzt zu Ew. Königlichen Majestät Füßen." Nassau war bereits von preußischen Landwehrtruppen unter dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen genommen. Frankfurt erhielt wegen allzustarker Sympathie für Oesterreich eine Kontribution von 6 Millionen Gulden auferlegt, und weitere 19, welche übrigens nicht eingetrieben und zu deren Abwendung Könige und Kaiser um Hilfe angegangen wurden, wurden am 19. Juli von Manteuffel verlangt. Falckenstein, welcher in 14 Tagen von Eisenach bis Frankfurt sein Heer von Sieg zu Sieg geführt hatte, erhielt nämlich bei seiner Ankunft in Frankfurt, am 17. Juli, den vom 12. Juli datirten Befehl, das Kommando über die Mainarmee an Manteuffel zu übergeben und die Stelle eines Gouverneurs von Böhmen zu übernehmen. Dabei soll ihm der Oberbefehl über eine neue Armee, welche Baiern von Osten aus angreifen sollte, zugedacht gewesen sein. Doch blieb es hier bei kleineren Operationen, welche der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin mit einem Reservecorps von etwa 21,000 Mann, von Leipzig gegen Hof marschirend, leitete.

Manteuffel ließ nach der Besetzung Frankfurts seine Truppen fünf Tage lang rasten, verstärkte sich durch die oldenburg-hanseatische Brigade (Oldenburger, Hamburger, Lübecker, Bremenser, Waldecker, Sondershauser) und neu formirte preußische Bataillone und brachte so seine Armee auf 66,000 Mann, wovon er gegen 6000 in und bei Frankfurt zurückließ, mit 60,000 die Operationen gegen die süddeutschen Heere wieder aufnahm. General Göben besetzte am 20. Juli Darmstadt und marschirte von hier über den Odenwald gegen die Tauber; General Flies, welcher, nachdem Manteuffel den Oberbefehl übernommen hatte, dessen bisherige Division befehligte, zog von Aschaffenburg auf dem linken Mainufer bis Miltenberg, während die Division Beyer ihm als Reserve folgte. Auf die Nachricht, daß die süddeutschen Truppen hinter die Tauber zurückgegangen seien und auf dem linken Ufer derselben nur einzelne Posten zurückgelassen haben,

Digitized by Google

wandte sich Manteuffel von Miltenberg aus links und lieferte vom 23. bis 26. Juli dem Feinde mehrere Gefechte. General Flies schlug am 23. die Badener bei Hundheim, westlich von der Tauber, zurück, worauf Prinz Alexander am Vormittag des 24. Juli seine sämtlichen Truppen hinter die Tauber zurückzog. Daher beschloß Manteuffel, sich am nämlichen Tage der Uebergänge über den Fluß bei Wertheim, Werbach und Bischofsheim zu bemächtigen. General Flies fand bei Wertheim, das von den Hessen besetzt gewesen war, keinen Feind mehr; während Göben die Badener bei Werbach und die Württemberger bei Tauberbischofsheim zurückdrängte. Die letzteren griffen zwar Nachmittags wieder an; aber fünf Angriffe wurden von den Preußen zurückgewiesen. Das achte Armeecorps zog darauf gegen Würzburg, nahm in der Mitte des Weges auf der Höhe von Gerchsheim Stellung und hatte als rechten Flügel bei Helmstadt und Uettingen die bairische Armee. Endlich, nachdem man fast fünf Wochen Versteckens gespielt hatte, fand noch in den letzten Auftritten dieses militärischen Drama's die längst vermißte Vereinigung des 7. und 8. Bundesarmeecorps statt. Aber zu helfen war nicht mehr viel. Die Führung hatte sich von Anfang an zu schwach gezeigt, das pünktliche und gehorsame Ineinandergreifen der einzelnen Truppentheile fehlte vollständig, das Kommando dreier Prinzen machte die Sache nicht besser, und so wurde aus dem Feldzug nach dem Volkswitz ein „Fehlzug." Manteuffel rückte nach, schlug am 25. Juli das 8. Armeecorps bei Gerchsheim durch die Division Göben und den linken Flügel der bairischen Armee bei Helmstadt durch die Division Beyer, zu welcher Abends auch die Division Flies stieß. Letztere, durch die Division Beyer unterstützt, warf am 26. nach hartnäckigem und blutigem Kampfe die Baiern bei Uettingen und Roßbrunn, worauf das 7. und 8. Armeecorps bei Würzburg über den Main gieng, sich auf dem rechten Ufer bei Rottendorff und Kitzingen aufstellte, Würzburg und die auf dem linken Mainufer gelegene Festung Marienberg besetzt hielt. Am 27. Juli stand die Mainarmee vor Würzburg und beschoß die Festung. Unterhandlungen wegen ihrer Uebergabe wurden angeknüpft. Da kam die Nachricht von dem Abschluß eines Waffenstillstandes.

Inzwischen war das Reservecorps des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin noch tiefer in Baiern eingedrungen. Er hatte am 20. Juli Leipzig verlassen und am 23. die bairische Stadt Hof er-

Digitized by Google

reicht. Seinem 21,000 Mann starken Heere konnte Baiern nur 4 schlecht ausgerüstete Reservebataillone entgegenstellen. So machte der Großherzog, wie Cialdini in Venetien, einen Spaziergang, rückte am 28. Juli in Baireuth ein, zersprengte am 29. bei Seybottenreuth ein unvorsichtig postirtes Bataillon und zog am 31. in Nürnberg ein.

Die Lage der süddeutschen Staaten war eine verzweifelte. Von Böhmen rückte General Mülbe mit einer preußischen Division gegen Amberg heran, von Sachsen zogen anhaltische und braunschweigische Truppen zur Verstärkung des Reservecorps nach, und dieses und die Mainarmee standen im Herzen Baierns. Das 7. und 8. Armeecorps, welche auf dem rechten Mainufer standen, waren abgeschnitten und konnten nur durch einen glänzenden Sieg, wozu sie mehr Lust als Anlage hatten, den Weg in die Heimat sich bahnen. Die Hauptstädte lagen dem Feinde offen, bereits wurden Kostbarkeiten, Kassen und Werthpapiere über den Bodensee geschafft, und manch kühnes Haupt, das eine zu spitzige Feder geführt hatte, fand eine Luftkur am See oder in den Alpen für seine angegriffene Gesundheit absolut nothwendig. Nach dem Abschluß der Präliminarien von Nikolsburg war weiterer Widerstand ganz unmöglich. Alles rief nach Frieden, nach Abberufung der Truppen. Von Nikolsburg traf beim Prinzen Karl am 27. Juli ein Telegramm des Hrn. v. d. Pordten ein, das von Waffenruhe bis zum Beginn des Waffenstillstands sprach. Sogleich wurden Verhandlungen mit Manteuffel eingeleitet, welche, da dieser ohne Instruktion war, noch zu keinem definitiven Resultat führen konnten. Thatsache war, daß von einer Waffenruhe bis zum 2. August gar keine Rede war, sondern, wie schon erwähnt, am 28. Juli zwischen dem Grafen Bismarck und von der Pfordten eine Konvention abgeschlossen wurde, wonach vom 2. August an zwischen Preußen und Baiern und, falls darum nachgesucht werde, auch zwischen Preußen und den drei Staaten des 8. Armeecorps ein dreiwöchiger Waffenstillstand stattfand, welchem Friedensverhandlungen in Berlin nachfolgen sollten. Dennoch bewilligte Manteuffel vorläufige Waffenruhe auf der ganzen Mainlinie und schloß am 1. August mit dem Prinzen Karl von Baiern eine Waffenstillstands-Konvention ab, wonach die Preußen am folgenden Tage Würzburg besetzten, die Baiern in Marienberg blieben. Am 2. August begann der Waffenstillstand für

Digitized by Google

Baiern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, nachdem jeder einzelne Staat für sich in dem Hauptquartier Manteuffels hatte unterhandeln lassen, und Baden, wo bereits ein vollständiger Systemwechsel vorgegangen war, seine Truppen schon am 29. Juli heimberufen hatte. Bis zum Friedensschluß blieb Hessen-Darmstadt ganz, von den drei anderen Staaten die nördlichen Gebietstheile von den Preußen besetzt, was auf Kosten des Landes gieng. Um dieser Quartierkosten möglichst bald enthoben zu sein, beeilten sich die süddeutschen Staaten, ihren definitiven Frieden mit Preußen zu schließen. Sie hatten bei demselben die Bestimmungen des Nikolsburger Vertrags anzuerkennen und für ihr kriegerisches Auftreten noch besondere Leistungen zu übernehmen. Württemberg und Baden, welche am 13. und 17. August ihren Frieden in Berlin schloßen, verloren nichts von ihrem Gebiet; jenes hatte 8, dieses 6 Millionen Kriegskosten zu bezahlen. Hessen-Darmstadt, das am 3. September Frieden schloß, hatte 3 Millionen Gulden zu zahlen, Hessen-Homburg, Meisenheim und einige Theile Oberhessens an Preußen abzutreten, das Besatzungsrecht in der früheren Bundesfestung Mainz ausschließlich Preußen zu überlassen und zuzugeben, daß die Provinz Oberhessen, welchem die Annexion zugedacht war, dem norddeutschen Bunde beitrete. Baiern war anfangs eine starke Rechnung zugedacht, gegen welche die Olmützer Konvention nicht schützte. Denn trotz derselben sah es sich bei den Verhandlungen in Nikolsburg von Oesterreich vollständig verlassen, und es mußte sogar von Oesterreich den Vorwurf hören, daß es dasselbe im Stich gelassen habe. Graf Bismarck sprach in Nikolsburg von 20 Millionen Thalern und von Abtretung eines Gebiets von wenigstens 500,000 Seelen in der nördlichen Pfalz und in Franken, wofür Baiern in Württemberg und Baden einige Entschädigung hätte finden sollen, und erinnerte Herrn von der Pfordten, daß Ansbach und Baireuth noch zu Anfang dieses Jahrhunderts preußische Besitzungen gewesen seien. Darüber erschrack dieser so sehr, daß er, wie auch die anderen süddeutschen Kabinette, mit Ausnahme des Karlsruhers, sich an Napoleon wandte, um ihn für die zu eröffnenden Unterhandlungen um seine Unterstützung anzugehen.

Diesem kam eine solche Aufforderung zur Fürsprache sehr gelegen, und er wies Benedetti an, in Berlin für die 3 Südstaaten Schritte zu thun. Bereits hatte er aber vom Berliner Kabinet als „Kompensation" für die preußischen Annexionen die Abtretung deutschen Gebietes verlangt

Digitized by Google

und die Herstellung der französischen Grenzen von 1814 in Anregung bringen lassen. Dadurch wäre ein schönes Stück der Rheinpfalz nebst Landau an Frankreich gekommen. Graf Bismarck wies, auch auf die Gefahr hin, die sprichwörtliche Empfindlichkeit Frankreichs zu reizen und in Napoleon kriegerische Gedanken zu erregen, die Abtretung auch nur des kleinsten Theiles von deutschem Gebiet als eine nationale Unmöglichkeit von sich und versäumte bei den Friedensunterhandlungen nicht, Herrn von der Pfordten darauf aufmerksam zu machen, daß sein französischer Fürsprecher, ohne mit Baiern im Kriege gewesen zu sein, bairisches Gebiet beansprucht habe. Um die Beziehungen, in welchen unseligerweise Baiern seit Jahrhunderten zu Frankreich stand, zu lockern und durch Bande der Dankbarkeit Baiern an Preußen zu fesseln, stand nun Bismark von seinen hohen Forderungen ab. Daher durfte Baiern im Friedensschluß vom 22. August nur zwei kleine Bezirke im Spessart und Rhöngebirge, Orb und Gersfeld, mit 33,900 Einwohnern, an Preußen abtreten und 30 Millionen Gulden bezahlen. Ein weiterer Grund dafür, daß die Friedensbedingungen für die Südstaaten weit glimpflicher ausfielen, als sie bei ihrer Feindseligkeit gegen Preußen und dem Resultate des Krieges hatten erwarten können, lag darin, daß sie bei den Friedensunterhandlungen Preußen den Abschluß eines Trutz- und Schutzbündnisses antrugen. Dasselbe wurde von Preußen mit Baiern, Württemberg und Baden, je am Tage des Friedensschlusses, abgeschlossen und enthält die Bestimmung, daß die Kontrahenten sich gegenseitig die Integrität ihres Gebiets garantiren, im Fall eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung stellen und für den Kriegsfall der Oberbefehl über die süddeutschen Truppen dem König von Preußen übertragen wird. Dieser Vertrag wurde vorläufig geheim gehalten und erst aus Anlaß der französischen Machinationen am 19. März 1867 veröffentlicht. Mit Hessen-Darmstadt fand der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses erst am 11. April 1867 statt, nachdem es am 7. April eine Militärkonvention mit Preußen eingegangen hatte, wonach alle hessischen Truppen als eine geschlossene Division dem elften preußischen Armeecorps zugetheilt, nach preußischem Muster umgestaltet und, auch im Frieden, unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt wurden. Mit Sachsen kam erst am 21. Oktober ein Friede zu Stande. Diesem Staate vor allen hatte Preußen Einverleibung zugedacht, um das Werk von

Digitized by Google

1815 zu vollenden und seine hier so offene Grenze bis an das Erzgebirge vorschieben zu können. Aber Oesterreich, welches in dem ganzen Feldzuge an Sachsen einen so treuen Alliirten hatte, hielt es für seine Pflicht, für dessen Integrität ebenso wie für seine eigene einzustehen, und sprach sich demgemäß im Nikolsburger Vertrag aus. Napoleon, immer gleich bei der Hand, wenn es galt, Preußen nicht zu viel bekommen zu lassen, zugleich auch in dankbarer Erinnerung an Sachsens treue Dienste im Jahre 1813, legte auch ein gewichtiges Wort für dasselbe ein. So unterblieb zwar die Annexion; aber Sachsen mußte dem norddeutschen Bunde beitreten, Königstein und Dresden blieben eine Zeit lang von preußischen Truppen besetzt, sein ganzes Militärwesen kam unter die Leitung und den Oberbefehl des Königs von Preußen. Dadurch hat Preußen im Wesentlichen, was es gewollt hat.

Die Bundesversammlung in den „drei Mohren" zu Augsburg war nach den vernichtenden Schlägen in Böhmen und am Main zu einer fast lächerlichen Kleinheit zusammengeschrumpft. Ein Staat um den anderen schickte ihr seinen Absagebrief, und von den 9 Stimmen, welche am 14. Juni durch ihre Abstimmung den Kampf mit Preußen herbeigeführt hatten, fanden sich am 24. August nur noch 4 zusammen. Durch den Nikolsburger Vertrag und die anderen Ereignisse war der Bund bereits faktisch aufgelöst. Es handelte sich nur noch darum, ihn unter einer anständigen Form zu Grabe zu tragen. Zu dieser Feierlichkeit reiste der Präsidialgesandte Freiherr von Kübeck von Wien nach Augsburg und hielt im Beisein des bairischen, württembergischen und nassauischen Gesandten die Leichenrede. Am 8. Juni 1815 war der deutsche Bund von den Diplomaten auf dem Wiener Kongreß gegründet, am 5. November 1816 die Bundesversammlung in Frankfurt von dem Grafen von Buol-Schauenstein eröffnet worden, und am 24. August 1866 wurde sie in den „drei Mohren" zu Augsburg durch den Mund des österreichischen Gesandten für aufgelöst erklärt. Fragt man, was er während seiner fünfzigjährigen Existenz Großes geleistet hat, so ist sehr wenig anzuführen, und nicht die kleinste Schuld davon hat die Präsidialmacht, welche die alte Metternich'sche Anschauung, den Bund nur zu dynastischen und zu Polizeizwecken zu benützen, nicht aufgeben konnte.

An seine Stelle trat nun der norddeutsche Bund unter der Führung Preußens. Die Annexionen giengen voran. Der preußische

Digitized by Google

Landtag wurde am 5. August eröffnet und die Thronrede des Königs kündigte die Gründung eines neuen Bundes, die Einberufung einer Volksvertretung der Bundesstaaten und das Verlangen der Indemnität für die seitherige budgetlose Verwaltung an, damit der bisherige Konflikt für alle Zeit zum Abschluß gebracht werde. Am 17. August verlas Graf Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause eine königliche Botschaft, nach welcher Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt der preußischen Monarchie einverleibt wurden, und durch das Patent vom 12. Januar 1867 wurde auch Schleswig-Holstein, mit Ausschluß eines kleinen an Oldenburg abgetretenen Bezirks, einverleibt. Dadurch erhielt Preußen, die Gebietsabtretungen Baierns und Hessen-Darmstadts, sowie Lauenburg dazu gerechnet, einen Zuwachs von 1308 Quadratmeilen mit 4,815,700 Seelen und hat nun ein Gesamtgebiet von 6395 Quadratmeilen mit 23,590,000 Einwohnern. Und abgesehen von dieser Vergrößerung durch rein deutsches, größtentheils protestantisches Gebiet hat Preußen noch den großen Vortheil errungen, daß sein Gebiet nicht mehr in zwei Theile getrennt, im Westen durch selbständige, meist feindselige Mittelstaaten wie durch einen Keil auseinander gehalten ist, sondern nun ein zusammenhängendes, wohl arrondirtes Ganzes ausmacht.

Dazu kommt noch die Macht der norddeutschen Bundesgenossen, welche ihr Militärwesen ganz der Leitung des Königs von Preußen anheimstellen. Alle Fürsten und freien Städte von der Nordsee bis zum Main vereinigten sich mit Preußen zu dem norddeutschen Bund und geben jenem einen Zuwachs von 6 bis 7 Millionen Einwohnern, so daß jetzt schon das Gebiet, über welches Preußen zu verfügen hat, eine Bevölkerung von etwa 30 Millionen Einwohnern umfaßt. Schon am 4. August hatte Preußen an sämtliche norddeutsche Staaten die Aufforderung zum Abschluß eines Bündnißvertrags gerichtet und auf der Basis der „Grundzüge" vom 10. Juni einen Entwurf mitgetheilt, welchem, außer Meiningen und Reuß (ältere Linie), alle zustimmten. Am 15. December traten die Bevollmächtigten sämtlicher norddeutschen Staaten in Berlin zusammen, um den von der preußischen Regierung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf des Nordbundes zu berathen und festzustellen. Nachdem es am 9. Februar 1867 zu einer Vereinbarung gekommen war, wurde der Entwurf dem norddeutschen Reichstag zu weiterer Berathung vorgelegt. Derselbe war am 12. Februar 1867 auf der Grundlage des allgemeinen Stimm-

Digitized by Google

rechts unter geheimer Abstimmung gewählt worden und wurde am 24. Februar vom König von Preußen im Schloß zu Berlin mit einer Rede voll deutschen Patriotismus und Selbstgefühls eröffnet, welche in ganz Europa ungeheure Aufmerksamkeit erregte und als die Proklamation eines großen Deutschlands angesehen wurde. Nach einer Berathung von nicht ganz 2 Monaten war der Entwurf mit einigen Abänderungen vom Reichstag festgestellt und damit ein Werk gegründet, wodurch der Volksvertretung im Finanzwesen und der Gesetzgebung die wichtigsten Rechte überlassen, der Centralgewalt eine straffe, einheitliche Leitung des Militär- und Marinewesens und aller Verkehrsverhältnisse möglich gemacht wurde. Am 17. April erklärte Graf Bismarck „die Verfassung des norddeutschen Bundes durch den Reichstag und die Regierungen für angenommen", und der König entließ die Versammlung. Damit sah Preußen einen alten Traum erfüllt: was Friedrich der Große durch den Fürstenbund von 1785, Friedrich Wilhelm III. 1806 durch das Projekt eines norddeutschen Reichsbundes im Gegensatz zum napoleonischen Rheinbund, Friedrich Wilhelm IV. 1850 durch die Gründung der deutschen „Union" erstrebte, eine wenigstens theilweise Einigung Deutschlands zu schaffen, das ist, während jene Versuche mißlangen, König Wilhelm I. im Jahre 1866 gelungen.

Diese ungeheuren Erfolge Preußens, durch welche es sich mit einem Schlage aus seiner geringgeschätzten Stellung emporgeschwungen und in die vorderste Reihe der Großmächte, wenn nicht an ihre Spitze gestellt hat, haben das Staunen der ganzen Welt erregt. Während einige Staaten unverhohlen ihre Freude und Bewunderung darüber äußerten, konnten andere ihren Neid und ihren Aerger nicht verbergen. Zu jenen gehörten vor allen die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England, zu diesen Frankreich, Holland, Dänemark, der Kirchenstaat. „Die Welt bricht zusammen!" soll Kardinal Antonelli bei der Nachricht von der Schlacht bei Königgrätz ausgerufen haben. Napoleon, dessen Politik in den letzten Jahren, in Mexiko und in Italien, nichts als Niederlagen erlitten hatte, fühlte sich sehr unbehaglich bei dem Gedanken, daß die Uneinigkeit und Ohnmacht Deutschlands nun größtentheils beseitigt und ihm in dem norddeutschen Bund und dessen kräftig organisirter Präsidialmacht ein Rivale an die Seite gesetzt sei. Mit der französischen Suprematie war es nun Gottlob zu Ende. Auch mit dem deutschen Gegenstück zu „Savoyen und Nizza" wollte

Digitized by Google

es Napoleon nicht gelingen. Das besiegte Oesterreich konnte ihm die versprochenen „Kompensationen" nicht geben, und das siegreiche Preußen schlug ihm auch die „unschuldigste" Forderung rundweg ab. Und doch hätte er so gerne seinen eifersüchtigen Franzosen irgend ein Stück Land gezeigt, daß er bei der neuen Ländertheilung als Beutestück errungen und Frankreich einverleibt habe. Sehr gelegen kam ihm daher der Antrag des Königs von Holland, welcher ihm am 20. Februar 1867 den Ankauf des Großherzogthums Luxemburg offerirte. Derselbe soll zu diesem Entschluß gekommen sein, theils weil er sehr viele Schulden hatte und daher Geld brauchte, theils weil er die seltsame Furcht hegte, Preußen möchte alle zerstreuten Glieder des alten deutschen Reiches an sich ziehen und Luxemburg, ja ganz Holland wegnehmen. Lieber wollte er Luxemburg verkaufen und dadurch zugleich den Schutz Frankreichs sich erwerben. In unterrichteten Kreisen Berlins schrieb man die Urheberschaft dieses Handels den entschieden preußenfeindlichen Gesinnungen der Gemahlin des Königs zu. Napoleon gieng mit Freuden darauf ein und instruirte demgemäß seinen Gesandten im Haag. Am 21. März war der Abtretungsvertrag bereits aufgesetzt mit der Bestimmung, daß er bis zum 5. April von Frankreich und Holland ratificirt sein solle. Aber gegen den Wunsch Napoleons, welcher dringend verlangt hatte, daß der preußischen Regierung von Holland keine Mittheilung gemacht und die Unterhandlungen mit derselben ihm allein überlassen werden, bewahrte der König, wohl aus Furcht vor der preußischen Rache, das Geheimniß nicht und theilte dem preußischen Gesandten das mit Frankreich getroffene Arrangement mit. Dieser erwiderte schon am 25. März im Auftrag seiner Regierung, daß Preußen zu einer Abtretung oder zu einem Verkauf Luxemburgs niemals seine Zustimmung geben werde. Denn wenn Luxemburg mit seiner starken Festung, in welcher kraft der Verträge von 1815, 1816 und 1817 Preußen eine Besatzung hatte, in französischen Händen war, so war die Selbständigkeit Belgiens und die Sicherheit der Rheinlande aufs empfindlichste bedroht und bei dem Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges die militärische Position Preußens eine weit ungünstigere. Preußen wandte sich daher am 3. April zunächst an die Unterzeichner der Verträge von 1839, in welchen von den Großmächten der belgische und der holländische Antheil an Luxemburg festgestellt worden war. Sobald Napoleon sah, daß er Luxemburg nicht so leichten Kaufs bekommen könne, so erklärte

Digitized by Google

er in einer Cirkulardepesche vom 15. April, daß er auf die Abtretung des Landes für den Fall verzichte, wenn Preußen auf das Besatzungsrecht verzichte. Dasselbe sei, nachdem durch die Ereignisse von 1866 der deutsche Bund aufgelöst und dadurch Luxemburg von Deutschland getrennt sei, hinfällig geworden. Gegen diese Behauptung ließen sich vom staatsrechtlichen und nationalen Standpunkt sehr gewichtige Einwendungen erheben. In Berlin war die Stimmung getheilt. Die eine Partei, an deren Spitze Moltke stand, wollte von Nachgeben nichts wissen, wollte den ungerüsteten Zustand des händelsüchtigen Frankreichs benützen und ihm keine andere Wahl lassen als seine sämtlichen Forderungen aufzugeben oder mit dem wohlgerüsteten Preußen einen furchtbaren Krieg zu beginnen; die andere Partei, welche den Grafen Bismarck zum Führer hatte, wollte die Errungenschaften von 1866 nicht jetzt schon, bevor sie sich gehörig konsolidirt hatten, den Wechselfällen eines neuen Krieges preisgeben, nicht aufs neue alles auf eine Karte setzen, sondern eine friedliche Lösung herbeiführen, sofern die Modalitäten derselben mit der Ehre Preußens vereinbar waren. Diese Ansicht erlangte die Zustimmung des Königs. Auf dies hin versammelten sich auf den Vorschlag Rußlands am 7. Mai in London die Gesandten derjenigen Mächte, welche den Vertrag von 1839 unterzeichnet hatten (nebst dem von Italien), und unterzeichneten schon am 11. Mai einen neuen Londoner Vertrag, worin bestimmt wurde, daß Luxemburg bei dem Hause Nassau-Oranien verbleiben und für immer einen neutralen Staat bilden, daß seine Neutralität unter die Garantie der Unterzeichner dieses Vertrags gestellt, die Festung von den preußischen Truppen geräumt, von dem König von Holland geschleift und nie wiederhergestellt werden, und daß Limburg, von Deutschland abgetrennt, einen integrirenden Theil des Königreichs Holland bilden solle.

Zu diesem Rückzug hätte sich Napoleon sicherlich nicht verstanden, wenn er eine große, schlagfertige Armee gehabt hätte. Um so mehr war es daher sein Bestreben, in der kürzesten Zeit eine solche zu schaffen. Der neue Kriegsminister, Marschall Niel, war für ein solches Projekt der rechte Mann. Mit fieberhafter Ungeduld wurde an der Verbesserung des Militärwesens gearbeitet und kolossale Rüstungen gemacht. Den Kammern wurde ein Entwurf zur Reorganisation der Armee vorgelegt, ein neues, dem preußischen nachgeahmtes Hinterladungsgewehr, das Chassepotgewehr, eingeführt, Re-

Digitized by Google

volverkanonen verfertigt, Pferdeaufkäufe gemacht, die Arsenale und Montirungsmagazine gefüllt. An Großsprechereien und Hetzereien ließ es die officiöse Presse nicht fehlen, und selbst die Regierung konnte ihre Interventionsgelüste nicht zurückhalten. Wegen des fünften Artikels des Prager Friedensvertrags hatte Preußen mit Dänemark Unterhandlungen angeknüpft und dabei erklärt, daß vor allen weiteren Verhandlungen Dänemark die nöthigen Garantien für den Schutz der in dem abzutretenden Territorium wohnenden Deutschen zu geben habe. Eine Depesche des französischen Kabinets, welche am 23. Juli 1867 im auswärtigen Ministerium zu Berlin vorgelesen wurde, nahm sich Dänemarks an und machte darauf aufmerksam, daß dasselbe die verlangten Garantien nicht geben könne, da hiedurch Preußen Gelegenheit zu fortwährender Einmischung in die inneren Angelegenheiten Dänemarks bekäme. Die Antwort war, daß Preußen die Einmischung Frankreichs, beziehungsweise seine Theilnahme bei den Verhandlungen über die Ausführung des Artikels V des Prager Friedens sich allen Ernstes verbitten müsse. Auch diese Schlappe mußte Napoleon hinnehmen und sich vorderhand mit dem Glanz der Pariser Weltindustrieausstellung begnügen, zu deren Besuch fast alle Monarchen Europas nach Paris kamen. Das Attentat des Polen Berezowski, welcher bei der großen Revue im Boulogner Wald am 6. Juni den Kaiser von Rußland erschießen wollte, brachte einige Störung in diese Festlichkeiten. Auffallend und als das Vorspiel einer französisch-österreichischen Allianz erschien die Zusammenkunft, welche Napoleon und seine Gemahlin vom 18. bis 23. August 1867 mit dem habsburgischen Kaiserpaar in Salzburg hatten. Der ostensible Grund war der Wunsch Napoleons, im Gefühl der Mitschuld an dem Schicksal des Kaisers Maximilian, dessen Bruder, Franz Josef, einen Kondolationsbesuch zu machen. Denn die Geschicke des mexikanischen Kaiserthums hatten sich bereits erfüllt.

Maximilian berief, nachdem er von seinem Ausflug nach Orizaba wieder in die Hauptstadt zurückgekehrt war, auf den 14. Jan. 1867 eine Junta in das Schloß von Mexiko, um ihr die Frage über Abdankung oder Ausharren vorzulegen. Die überwiegende Mehrheit derselben äußerte die Ansicht, daß die Monarchie den Entscheidungskampf mit der Republik aufnehmen solle, täuschte aber sich selbst und den Kaiser über die Möglichkeit desselben. Maximilian glaubte, seine Ehre erfordere es, seine Anhänger nicht im Stich zu lassen, sondern

Digitized by Google

mit ihnen und für sie den Kampf gegen Juarez auszufechten. Noch ehe die letzten Franzosen, welche die Hauptstadt Mexiko unter dem Jubel der Bevölkerung (6. Febr.) verließen, (11. März) in Veracruz sich eingeschifft hatten, hatte er sich (am 19. Febr.) mit ein paar tausend Mann nach Queretaro begeben. Dort wurde er von dem republikanischen General Escobedo eingeschlossen und fiel am 15. Mai durch den Verrath des Oberst Lopez in dessen Hände. Am 13. und 14. Juni wurde Kriegsgericht über ihn gehalten. Dabei wurde ihm hauptsächlich der Erlaß des Dekrets vom 3. Oktober 1865, wonach alle Republikaner, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, binnen 24 Stunden erschossen werden sollten, zum Vorwurf gemacht. Er wurde zum Tode verurtheilt und am 19. Juni 1867 nebst den zugleich mit ihm gefangenen Generalen Miramon und Mejia in Queretaro erschossen. Die Hauptstadt ergab sich den Juaristen am 21. Juni, Veracruz am 27., und am 15. Juli hielt der vertriebene Präsident Juarez seinen Einzug in Mexiko und übernahm wieder die Regierung des Landes. Die Leiche Maximilians wurde vom Contreadmiral Tegetthof abgeholt und am 18. Januar 1868 in der Kaisergruft der Kapuzinerkirche in Wien feierlich beigesetzt.

Zu diesem Ausgang des mexikanischen Kaisertraums hatte die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten am meisten beigetragen. In ihren inneren Angelegenheiten hatten sie der Zerwürfnisse genug. Der Streit zwischen dem Kongreß und dem Präsidenten nahm erst mit dem Aufhören seiner Präsidentschaft ein Ende. Trotzdem daß im Laufe des Jahres 1865 acht Südstaaten das Gesetz vom 3. Januar 1865, wonach die Sklaverei in dem ganzen Gebiet der Union aufgehoben sein solle, annahmen und demselben dadurch die zu seiner Rechtsgiltigkeit nöthige Dreiviertelmajorität verschafften, in Folge dessen das Antisklavereigesetz am 18. December 1865 vom Präsidenten als Theil der Verfassung publicirt wurde, nahm der Kongreß diese Staaten doch nicht in den Unionsverband auf und stellte sie aufs neue unter die Unionsverwaltung und Militärgouverneure. Um der politischen Macht der südstaatlichen Pflanzer ein Gegengewicht entgegenzustellen, forderte die republikanische Partei die sofortige Gleichstellung der Neger in sämtlichen politischen Rechten, besonders die Erklärung, daß sie zu allen Aemtern befähigt sein, das aktive und passive Wahlrecht haben sollten. Präsident Johnson dagegen verlangte, man solle den Negern nur allmählich das Wahlrecht geben, zuerst

Digitized by Google

denen, die für die Union gekämpft haben, dann denen, die lesen und schreiben können, und endlich solchen, die durch den Besitz eines Vermögens von 200 bis 300 Dollars beweisen, daß sie sich durch ihre eigene Arbeit ernähren können. Der Kongreß war entschlossen, nur denjenigen Staaten die Rückkehr in die Union zu gestatten, welche die Grundsätze der republikanischen Partei in dieser Sache zu den ihrigen machen. Daher verwarf er in einer Bill vom 16. März 1866 die Wiederaufnahme der Südstaaten und schloß damit elf Staaten von der politischen Vertretung aus, während er allen Bewohnern der Union ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe und ihren bisherigen Sklavenstand volles Bürgerrecht verlieh. Darauf antwortete Johnson in scharfer Weise und machte seinen Gegnern den Vorwurf, sie gehen darauf aus, den Süden zu afrikanisiren. Kongreßbeschlüsse, Präsidenten-Veto und Kassation des Veto durch Zweidrittelmajorität des Kongresses wechselten Jahre lang in ermüdender Einförmigkeit. Im Repräsentantenhaus kam es endlich (24. Februar 1868) zu dem Beschlusse, den Präsidenten in Anklagestand zu versetzen. Der Prozeß wurde vor dem Senat als dem obersten Gerichtshof geführt und endigte am 16. Mai mit der Freisprechung des Präsidenten. Uebrigens sind im Laufe dieses Jahres die meisten der Südstaaten wieder vollberechtigt in die Union aufgenommen worden, nachdem sie die ihnen gestellten Forderungen erfüllt haben. An der Präsidentenwahl vom 3. November 1868 haben nur drei derselben nicht theilgenommen. Von den übrigen 33 Staaten stimmten 25 für General Grant, den Besieger der Konföderation, als Präsidenten und für Colfax als Vicepräsidenten. Die Gewählten haben am 4. März 1869 ihr auf 4 Jahre berechnetes Amt angetreten.

In Südamerika, wo die Republik Paraguay ihre Selbständigkeit durch die Nachbarstaaten Brasilien, Laplata und Uruguay bedroht sah, herrschte seit 1865 ein erbitterter Kampf. So energisch sich auch der Präsident von Paraguay, Lopez, gegen die 3 alliirten Staaten wehrte, so mußte er doch vor der ungeheuren Uebermacht derselben allmählich zurückweichen und scheint mit dem Ende des Jahres 1869 die Partie zu verlieren.

Die Beziehungen der Union zu den Staaten Europa's waren im ganzen günstig. Bei ihrer Ansicht, daß jede europäische Herrschaft auf dem amerikanischen Kontinent auszuschließen sei, fühlte sie sich befriedigt, daß Rußland sich bereit zeigte, seine amerikanischen

Digitized by Google

Besitzungen gegen Bezahlung von 7 Millionen Dollars abzutreten. Der Kongreß genehmigte den Kauf, obgleich dieses russische Nordamerika eine ziemlich werthlose Besitzung war. Am günstigsten waren die Beziehungen der Union zu dem neuen Deutschland. Der Grund hievon liegt theils darin, daß kein anderes Land in Europa durch seine Auswanderung in dem Grad von Wechselwirkung mit den Nordstaaten steht wie Deutschland, theils darin, daß Deutschland in dem amerikanischen Bürgerkrieg am entschiedensten Partei für den Norden genommen und dessen Werthpapiere vertrauensvoll angenommen hat. Anders stand es mit England. Der Streit wegen des südstaatlichen Kaperschiffes „Alabama", welches in England unter den Augen der Behörden erbaut und armirt worden war und binnen 8 Wochen 22 nordstaatliche Handelsfahrzeuge weggenommen hat, ist bis auf den heutigen Tag noch nicht geschlichtet. Umgekehrt beklagten sich die Engländer über die ungehinderten Einfälle der amerikanischen Fenier in Kanada. Die letzteren haben es auf Losreißung Kanada's, ja Irlands von dem Königreich Großbritannien abgesehen. Um den Irländern eher gerecht zu werden und sie einigermaßen zu versöhnen, schlug Gladstone, als Führer der liberalen Partei des Unterhauses, die Aufhebung der irischen Staatskirche vor. Unter dieser Staatskirche versteht man sonderbarerweise in England nicht die katholische Kirche, welcher die Mehrzahl der Einwohner Irlands, 4½ Millionen, angehören, sondern die anglikanische, welche in Irland bloß 700,000 Bekenner zählt. Diese Staatskirche ist vom Staat ungemein reich dotirt, und die Katholiken, welche für ihre Kirche vom Staat fast nichts erhalten und sie durch freiwillige Beiträge unterhalten müssen, haben an die anglikanische Kirche sogar noch den Zehnten zu entrichten. Um solch abnorme Zustände zu beseitigen, beantragte Gladstone, sämtliche Einkünfte der Staatskirche einzuziehen und sie ausschließlich für Irland, jedoch nicht für kirchliche, sondern für andere Bildungszwecke (Schulen) zu verwenden. Seine Anträge giengen im Jahre 1868 im Unterhause durch und wurden im Oberhaus verworfen. Im November fand die Auflösung des Parlaments statt und begannen die Wahlen nach dem durch die Reformbill von 1867 ausgedehnten Wahlrecht. Die Partei Gladstone's erhielt eine Mehrheit von über 100 Stimmen, worauf das Ministerium Disraeli abtrat und am 3. December Gladstone mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wurde. Als Premierminister setzte er im Jahre

Digitized by Google

1869 seine irische Bill durch einen Kompromiß mit dem Oberhaus durch.

Noch unter das vorige Ministerium Derby und Disraeli fällt die englische Expedition nach Abessinien. Sie war gegen den dortigen König Theodor gerichtet, welcher schon seit Jahren den englischen Konsul Cameron und andere englische Beamte und Missionäre gefangen gehalten und trotz aller Vorstellungen und Drohungen nicht ausgeliefert hatte. Um sein Ansehen, namentlich im Orient aufrecht zu erhalten, beschloß England die Freilassung der Gefangenen durch Waffengewalt zu erzwingen. Die Ausrüstung der Truppen stach sehr vortheilhaft gegen die bei der Krim-Expedition ab. Der Oberbefehlshaber Sir Charles Napier landete mit seinem in Bombay gebildeten Corps von 12,000 Mann am 3. Jan. 1868 im Hafen von Zulla, zog unter ungeheuren Terrain-Schwierigkeiten gegen die Felsenfestung Magdala und schlug vor derselben einen Angriff Theodors am 10. April zurück. Darauf lieferte dieser die Gefangenen aus. Da er sich aber nicht auf Gnade und Ungnade ergeben wollte, so wurde die Festung am 13. April von den Engländern erstürmt. Um nicht in ihre Hände zu fallen, erschoß sich Theodor. Die Engländer zogen sofort wieder ab und schifften sich am 1. Juni wieder in Zulla ein, was besonders in Frankreich große Verwunderung erregte und Vergleichungen mit der mexikanischen Expedition hervorrief, die für die Napoleonische Politik nicht sehr schmeichelhaft waren.

Sehr interessirt war England bei der Entwicklung der orientalischen Verhältnisse, welche es aus maritimen Gründen für eine Domäne seiner Politik hält. Es fehlte hier nicht an Verwicklungen. Zuerst fürchtete man, daß die Ermordung des Fürsten Michael Obrenowitsch von Serbien, welche im Park von Topschider, in der Nähe von Belgrad, am 10. Juni 1868 erfolgte, schlimme Folgen nach sich ziehen werde. Die Fäden dieses Verbrechens liefen bis zu dem Rivalen Michaels, dem im Jahre 1858 vertriebenen Fürsten Alexander Karageorgiewitsch, welcher denn auch verhaftet wurde. Die sogleich einberufene Skuptschina (Nationalversammlung) wählte einen Vetter des Ermordeten, den 13jährigen Milan Obrenowitsch IV. zum Fürsten von Serbien, setzte auf 3 Jahre eine Regentschaft von 3 Mitgliedern ein, und so wurde die Ruhe nicht weiter gestört. Auch das Nachbarland Rumänien erregte eine Zeit lang Besorgnisse. Der dortige Fürst, Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, suchte die

Digitized by Google

schlecht ausgerüstete rumänische Armee nach preußischem Muster zu organisiren und wurde dabei von Preußen, das ihm Officiere zu Instruktoren, Kanonen und Zündnadelgewehre schickte, unterstützt. Oesterreichische Gespensterfurcht sah darin eine Bedrohung Oesterreichs und der Türkei und traute dem Fürsten Karl und seinem Minister Bratiano das Gelüste zu, die Lunte an das orientalische Pulverfaß zu legen. Die Entlassung des Ministeriums Bratiano (28. November 1868), welche auf preußische Einwirkung erfolgte, machte dieser geisterhaften Unsicherheit ein Ende. Gefährlicher war der Streit Griechenlands mit der Türkei wegen der Insel Kandia. Diese Insel, welche in dem 9jährigen Unabhängigkeitskampf, von 1821—1830, so treu zu Griechenland gestanden war, war durch die Weisheit der Londoner Konferenzen von 1832, hauptsächlich auf Englands Veranlassung, nicht mit Griechenland vereinigt, sondern der Türkei zurückgegeben und von dieser unter ägyptische Verwaltung gestellt. Als Mehemed Ali sich gegen die Pforte auflehnte und durch die Quadrupelallianz von 1840 unterworfen wurde, wurde ihm Kandia genommen und wieder unmittelbar unter türkische Hoheit, ebendadurch aber vom Regen unter die Traufe gebracht. Dagegen halfen alle die humanen, auf Englands Betreiben gegebenen türkischen Gesetze, der Hattischerif von Gülhane (3. Nov. 1839) und der Hat Humayun (18. Febr. 1856), wodurch den Christen die gleichen bürgerlichen Rechte mit den Türken versprochen wurden, durchaus nichts. Denn diese Gesetze kamen nie zur Ausführung. Es sammelten sich endlich so viele Klagen und Beschwerden an, daß die Kandioten zur Beseitigung derselben im April 1866 sich mit einer Bittschrift an die Pforte wandten. Da diese abschlägig beschieden wurde, so erfolgte die allgemeine Erhebung der Insel und der Beschluß der Generalversammlung vom 2. Sept., daß die türkische Herrschaft auf Kandia abgeschafft sei und die Insel mit Griechenland sich vereinige. Darauf landeten türkische Truppen, und es entspann sich ein verzweifelter Kampf, welcher sich drei Jahre lang hinzog. So oft auch das Erlöschen desselben gemeldet wurde, brachen die Bewohner des Gebirgslandes, die tapferen Sphakioten, immer wieder aufs neue gegen die Türken hervor. Schon gaben die Gesandten von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien, aus Furcht, daß ein orientalischer Krieg daraus entstehe und ganz Europa darein verwickelt werde, im März 1867 der Pforte den Rath, Kandia an Griechenland abzutreten.

Digitized by Google

Aber England, welches die Besorgniß hegte, daß dadurch der russische Einfluß im Orient zunehme, munterte die Pforte auf, nicht nachzugeben. Die Kandioten hätten sich schon damals unterwerfen müssen, wenn sie nicht von Griechenland mit Freiwilligen, Waffen und Geld unterstützt worden wären. Wollte König Georgios nicht wie sein Vorgänger Otto vom Throne gestoßen werden, so mußte er für die großgriechische Bewegung, welche Thessalien, Epirus und den Archipel als Etappen, Konstantinopel als Zielpunkt ansieht, mehr Verständniß zeigen als dieser. Die türkischen Kriegsdrohungen schreckten die griechische Regierung nicht. Als aber im November 1868 der griechische Minister des Auswärtigen in der Kammer offen erklärte, daß die Politik der Regierung mit Bezug auf Kandia die der Annexion sei, und als neue Scharen von Freiwilligen mit fliegenden Fahnen an den Fenstern des türkischen Gesandten in Athen vorbeizogen, da gieng endlich dem Türken die Geduld aus. Er schickte am 10. December ein Ultimatum nach Athen, und als dieses verworfen wurde, wurden dem griechischen Gesandten in Konstantinopel seine Pässe zugestellt. Beide Mächte rüsteten sich zum Krieg. Die Diplomatie kam fast außer Athem. Graf Bismarck schlug dem auswärtigen Minister Frankreichs die Berufung der Unterzeichner des Pariser Friedens von 1856 zu einer Specialkonferenz vor. Dieser Vorschlag fand allgemeinen Anklang, worauf unter dem Vorsitz des französischen Ministers Lavalette die Konferenz am 9. Januar 1869 in Paris begann. Die Forderung der Türkei, daß Griechenland die Bildung neuer Freiwilligenscharen verhindern, die Korsarenschiffe entwaffnen oder aus seinen Häfen ausschließen und den nach Griechenland ausgewanderten kandiotischen Familien die Rückkehr nach Kandia gestatten solle, wurde als berechtigt anerkannt und durch einen Abgesandten der Konferenz Griechenland zur Annahme derselben eingeladen. Durch einen Wechsel des Ministeriums wurde dies möglich gemacht und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Pforte und Griechenland wiederhergestellt. Die Insel Kandia mußte sich unterwerfen und wird wohl so lange ruhig bleiben, bis sie für einen neuen Aufstand günstigere Chancen findet. Auch diese werden kommen, und Griechenland und die unter türkischer Herrschaft stehenden griechischen Provinzen werden es dann gerade so machen wie Italien im Jahre 1859.

Dieser Ausgang war nicht nach den Wünschen Rußlands, obgleich Kaiser Alexander selbst dem König Georgios, welcher die Tochter

Digitized by Google

des Großfürsten Konstantin zur Gemahlin hat, die Annahme des Konferenzprotokolls anempfahl. Denn das russische Interesse verlangt die Loslösung der christlichen Provinzen aus der Gesamt-Türkei und ihre Umbildung zu halb oder ganz selbständigen Staaten, um dann den Rest desto leichter überwältigen zu können. So lange übrigens Rußland nicht seine Armee organisirt, mit Hinterladern versehen und sein Eisenbahnnetz nach und in dem Süden hergestellt hat, wird es aus der Zurückhaltung, die es sich seit dem Krimkrieg auferlegt, nicht freiwillig heraustreten. Einstweilen rücken seine Grenzsteine in Asien von Jahr zu Jahr vor, Samarkand (das alte Marakanda) und Buchara in Turan sind seit dem Frühling des Jahres 1868 in seiner Gewalt, und die russische Nivellirungswuth umklammert alle polnischen und deutschen Elemente mit unerbittlichem Fanatismus. Russische Sprache und griechisch-katholischer Gottesdienst sollen überall im „heiligen" russischen Reich eingeführt, andere Sprachen und Konfessionen nach und nach vollständig ausgerottet werden. Ein Königreich Polen gibt es nicht mehr; Polen ist eine russische Provinz wie jede andere. Die polnische Sprache ist in Polen und Lithauen auf die engsten häuslichen Cirkel beschränkt, für den Unterricht, den Gottesdienst und die öffentlichen Geschäfte die russische Sprache anbefohlen. Auch in den deutschen Ostseeprovinzen ist sie die Geschäftssprache und soll bald die Unterrichtssprache werden, trotzdem daß die bestimmtesten Verträge den Rechten der Einwohner zur Seite stehen. Den polnischen Bischöfen und Geistlichen ist jede Verbindung mit Rom untersagt und in Petersburg eine römisch-katholische Synode errichtet, von welcher jene allein ihre Weisungen einzuholen haben.

Dieses Vorgehen der moskowitischen Partei unterscheidet sich in nichts von dem der Jesuiten in Rom. Beide erstreben unbedingte geistige Herrschaft, und diese ist nur bei dem System des Despotismus und der geistigen Versumpfung möglich. Gegen solche Mächte hilft die Entrüstung Europa's nichts; gegen kanonische Gesetze und Ueberschreitungen können nur Kanonen helfen. So dachte Garibaldi, als er seinen Ruf von 1862 „Rom oder den Tod!" im Okt. 1867 erneuerte. Er hatte anfangs den damaligen Ministerpräsidenten Ratazzi für sich. Obgleich die italienische Regierung in der mit Frankreich geschlossenen Septemberkonvention versprochen hatte, weder selbst einen Angriff auf das päpstliche Gebiet zu machen, noch von anderen

Digitized by Google

einen solchen zu dulden, gieng doch Ratazzi auf die Garibaldischen Plane ein', wollte Hand in Hand mit der Aktionspartei Rom nehmen und dem zürnenden Napoleon ein unumstößliches fait accompli entgegensetzen. Aber Ratazzi war kein Cavour. Als es darauf ankam, den König zu ernstlichen Maßregeln zu bewegen, schreckte dieser zurück, Ratazzi mußte am 19. Okt. seine Entlassung einreichen, und am 27. Okt. bildete General Menabrea ein neues Ministerium, welches in einer Proklamation den Freischarenzug verdammte und Achtung der Verträge forderte. In der Zwischenzeit zog Garibaldi gegen Rom, wo das Nationalcomité die Einwohner zum Aufstand aufrief, aber wenig Anklang fand. Kleine Ueberfälle durch die Freischaren mißlangen. Dagegen ließ Napoleon, um seinerseits die Septemberkonvention aufrecht zu erhalten, eine Flotte von Toulon absegeln, und am 30. Okt. landeten zwei Brigaden in Civitavecchia, von welchen noch am Abend dieses Tages die ersten Bataillone zum Schutze der päpstlichen Regierung in Rom einzogen. Auch jetzt nicht ließ sich Garibaldi zur Niederlegung der Waffen und zur Umkehr bewegen, obgleich ein Bote um den andern aus Florenz kam. Er hatte gegen 8000 Mann bei sich, darunter viele Leute, die kaum dem Knabenalter entwachsen waren. Bei Mentana stieß er am 3. November auf den Feind. Es waren 3000 Mann päpstlicher Truppen unter dem Befehl des Kriegsministers General Kanzler und eine Reserve von 2000 Mann von der französischen Brigade Polhès. Schon waren die päpstlichen Truppen geschlagen und zurückgedrängt, da rückten die Franzosen in die vordere Linie und schoßen mit ihren Chassepot die Garibaldiner zu Hunderten nieder. 1000 lagen todt oder verwundet auf dem Schlachtfeld, 1400 wurden gefangen; die Päpstlichen sollen 30 Todte und 103 Verwundete, die Franzosen sogar nur 2 Todte und 36 Verwundete gehabt haben. Garibaldi zog sich auf das italienische Gebiet zurück, wurde verhaftet und in das Fort Varignano in La Spezzia gebracht, bald aber (26. Nov.) wieder nach Caprera entlassen.

Rom war gerettet, aber Napoleon in großer Verlegenheit. Denn nachdem er das Recht der Nationalitäten und das Princip der Nichtintervention als das moderne Staatsrecht aufgestellt hatte, war diese neue römische Expedition eine sonderbare Illustration hiezu. Um diesen Verlegenheiten zu entgehen, wollte er eine Konferenz der europäischen Mächte berufen, damit diese die weiteren Geschicke Ita-

Digitized by Google

liens berathen und für ihre Aufrechthaltung eine Art Garantie übernehmen. Da aber Napoleon keine praktische Grundlage für die Konferenz vorlegen konnte und Italien und der Papst die Beschlüsse derselben nicht zum voraus als bindend anerkannten, so erklärten, außer Oesterreich, Spanien und Hessendarmstadt, alle anderen Mächte, daß sie sich an der Konferenz nicht betheiligen werden. So unterblieb dieselbe, und Napoleon mußte die Verantwortung und die Folgen der neuen Besetzung Roms allein auf sich nehmen. Denn die Franzosen, welche im December 1866 aus Rom abgezogen waren, blieben nun, wohl auf Jahre hinein, wieder dort stehen. Italien sah deßhalb in Napoleon seinen schlimmsten Gegner, in Frankreich selbst fand die Occupation bitteren Tadel, und die Klerikalen, welche gewonnen werden sollten, waren nur dann mit Napoleon ganz zufrieden, wenn er den Kirchenstaat in der Ausdehnung vor 1859 wiederherstellte. Zu einem solchen Rückschritt waren aber die Zeiten nicht mehr angethan.

Nicht viel besser als in Italien stand es mit Napoleons Einfluß in Spanien. Königin Isabella trat immer mehr in die Fußstapfen ihres Vaters Ferdinand und befolgte ein Regierungssystem, bei welchem militärischer Despotismus mit klerikalem Absolutismus gepaart war, Beichtväter und Nonnen eine politische Rolle spielten, ja das Ruder des Staats in der Hand hatten. Stieß sie dadurch alle liberalen Elemente von sich, so begab sie sich durch die Frivolität ihres Privatlebens aller Ansprüche auf Achtung. Sie brachte es so weit, daß man die Legitimität ihrer sämtlichen Kinder anzweifelte. Kein Wunder, daß von Zeit zu Zeit Aufstände entstanden, welche, wie dies in Spanien üblich ist, von Officieren angezettelt und geleitet wurden. Die Regierung half sich mit Erschießungen und Deportationen. Zu solch drastischen Mitteln war der Ministerpräsident Marschall Narvaez, welcher den Titel „Herzog von Valencia" führte, stets bereit. Dieser starb am 23. April 1868. Sein Nachfolger, Gonzalez Bravo, hatte bald die ganze Armee gegen sich. Im Juli sollte ein großer Militäraufstand ausbrechen. Der Minister ließ die bedeutendsten Generale, darunter Serrano und Dulce, nach den kanarischen Inseln deportiren und sogar den Schwager der Königin, den Herzog von Montpensier, dessen Name der Revolution als Losungswort zu dienen schien, aus Spanien ausweisen. Die Aufregung des Landes stieg. Isabella glaubte sich an ihren Freund und Verbündeten, wie sie Napoleon

Digitized by Google

nannte, noch inniger als bisher anlehnen zu müssen und verabredete mit ihm eine Zusammenkunft auf den 18. und 19. September in den beiden Grenzorten Biarritz und San Sebastian. Man schrieb damals Napoleon den Plan zu, für den Fall, daß er den von seinen Leibjournalen längst angedrohten Krieg mit Deutschland beginne, seine Truppen von Rom abzuberufen und durch spanische ablösen zu lassen. Isabella, eben noch vom Papst durch Uebersendung der goldenen Glaubens- und Tugendrose beehrt, war einem solchen Projekte sehr zugethan. Aber in dem Moment, wo die französisch-spanische Allianz geschlossen werden sollte, und die Majestäten schon auf den bezeichneten Posten standen, brach der Aufstand in Cadiz aus. Es war der 18. September. Die verbannten Generale Serrano und Prim kamen in die Heimat zurück, der Gegenadmiral Topete schloß sich mit der ganzen Flotte an sie an, die wenigen treuen Truppen wurden von Serrano am 28. September bei Alcolea zurückgeschlagen, alle größeren Städte, auch Madrid erklärten sich für die Revolution unter dem Rufe: „nieder mit den Bourbonen! nieder mit den Jesuiten!" und so blieb Isabella nichts anderes übrig, als am 30. September San Sebastian zu verlassen und sich auf das französische Gebiet zu flüchten. Sie nahm sofort ihren Aufenthalt in Paris. Den Führern der Revolution wurde die Leitung des Staates übertragen. Marschall Serrano übernahm die Stelle eines Ministerpräsidenten, Prim das Kriegswesen, Topete die Marine. Der Jesuitenorden und eine Menge von Klöstern wurden aufgehoben, Glaubensfreiheit proklamirt und in Barcelona und Madrid sogar ein protestantischer Gottesdienst gehalten. Die auf den 18. Februar 1869 einberufenen neugewählten Cortes beriethen eine neue Verfassung, erklärten sich für eine konstitutionelle Monarchie und ernannten, bis der passende Thronkandidat gefunden würde, Serrano zum Regenten. Die politischen Aussichten sind übrigens für Spanien nicht günstig. Es existirt dort eine sehr starke republikanische Partei, welche der Errichtung eines neuen Thrones mit den Waffen sich zu widersetzen droht, und die Insel Kuba, diese Perle der Antillen, ist in vollem Aufstand und bereit, von Spanien sich loszureißen und eine selbständige Republik zu gründen.

Bevor es zu einer ähnlichen Katastrophe komme, fand Haus Habsburg es für gut, ein wenig einzulenken. Denn so viel war klar, daß, wenn in Oesterreich noch länger mit Verfassungssistirung und

Digitized by Google

Konkordatsherrschaft fortregiert werde, es für die sogenannten Staatsmänner Oesterreichs bald nimmer viel zu regieren geben werde. War man durch Solferino noch nicht zur Einsicht gekommen, so war der Schlag von Königgrätz sicherlich stark genug, um auch die harthörigsten Schläfer aus ihren Träumen zu wecken. Die Schäden des Reiches lagen offen vor aller Welt. „Mehr Licht!" riefen, das letzte Wort des großen Dichters wiederholend, die meisten Denkenden unter den Oesterreichern. Damit vertrug sich der kirchlich-politische Absolutismus der Regierung schlechterdings nicht. Es mußten andere Bahnen eingeschlagen werden. Der Kaiser Franz Josef berief im Oktober 1866 den frühern sächsischen Minister Freiherrn von Beust, das Orakel der kleinstaatlichen Bamberger Politik, den Antipoden des Grafen Bismarck, ins auswärtige Ministerium nach Wien an die Stelle des Grafen Mensdorff. Der czechische Staatsminister Graf Belcredi, welcher für die „historisch-politischen Individualitäten" schwärmte und den Kaiserstaat in eine Konföderation mehrerer von einander unabhängigen Königreiche umbilden wollte, erhielt am 7. Februar 1867 seinen Abschied, und Beust wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Am folgenden Tage wurde der Ausgleich mit Ungarn in Wien mit Franz Deak definitiv abgeschlossen, die Verfassung von 1848 wiederhergestellt, und Graf Julius Andrassy beauftragt, ein ungarisches Ministerium zu bilden. Dasselbe wurde aus den Männern der Partei Deak gewählt und legte am 15. März 1867 im Schloß zu Ofen seinen Eid in die Hände des Kaisers, welcher am 8. Juni als König von Ungarn gekrönt wurde. Damit war der Dualismus des Reiches eine vollendete Thatsache. Mit Ungarn wurde Siebenbürgen und im Jahre 1868 auch Kroatien vereinigt. Darauf wurden auch in den deutsch-slavischen Provinzen oder Cisleithanien verfassungsmäßige Zustände hergestellt. Der Reichsrath wurde berufen, der Ausgleich mit Ungarn als bereits vollzogen ihm mitgetheilt, die Februarverfassung von 1861 revidirt und am 31. December 1867 die neuen Staatsgrundgesetze veröffentlicht. Dieselben enthielten für das Volk und seine Vertreter die wichtigsten Rechte: Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, unbeschränktes Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht der Volksvertretung u. s. w. Zugleich wurde auch für die westliche Reichshälfte am 30. December ein verantwortliches Ministerium, das sogenannte

Digitized by Google

Doktorenministerium, ernannt, an dessen Spitze Fürst Carlos Auersperg stand. Wie das ungarische Ministerium mit dem „Reichstag" zu verhandeln hat, so das cisleithanische mit dem „Reichsrath" (Herrenhaus und Abgeordnetenhaus). Für die den beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten, das Auswärtige, die Finanzen und das Kriegswesen, wurde am 21. December ein besonderes Reichsministerium ernannt. Reichskanzler von Beust übernahm das Auswärtige, Beke die Finanzen, Feldmarschallieutenant Kuhn das Heerwesen. Diese drei Reichsminister sollten mit den vom Reichsrath und Reichstag zu wählenden „Delegationen" von je 60 Mitgliedern, welche abwechselnd in Wien und in Pesth sich zu versammeln haben, die gemeinsamen Angelegenheiten berathen. Die Staatsmaschine war zwar etwas komplicirt eingerichtet; denn man hatte drei Ministerien, drei Parlamente und außerdem noch die 17 Landtage Cisleithaniens; aber es gab kaum ein anderes Mittel, um bei dem Dualismus die Einheit des Reiches noch aufrecht zu erhalten.

Damit war aber der Friede noch nicht hergestellt. Noch war das Konkordat vom 18. August 1855 in Kraft, übte in Kirche und Schule einen unerträglichen Druck und empörte alle Nichtkatholiken durch seine in die heiligsten Familienrechte eingreifende Intoleranz. So lange das Konkordat noch in voller Kraft bestand, hatte die Verfassung nicht den geringsten Werth. Man konnte sagen, es sei durch die Staatsgrundgesetze bereits aufgehoben. Denn Glaubens- und Gewissensfreiheit vertrugen sich ja mit Konkordat nicht. Aber die Regierung und die Volksvertretung mußten nun eben den Muth haben, aus jenen Gesetzen die Konsequenzen zu ziehen und ihren Bruch mit dem Konkordat offen auszusprechen. Schon im Jahre 1867 äußerte sich das Abgeordnetenhaus in diesem Sinne und war nur über das Erreichbare nicht ganz einig. Die einen verlangten geradezu die Aufhebung des Konkordats, die anderen begnügten sich vorläufig mit der Durchführung der drei konfessionellen Gesetze, welche den Kern des Konkordats modificirten. Die Mehrheit entschied sich für das Letztere, und so wurden drei Gesetzentwürfe eingebracht, wovon das Ehegesetz das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuchs wiederherstellte, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den Geistlichen abnahm und den weltlichen Gerichten zurückgab und die fakultative Civilehe einführte; das Schulgesetz die Leitung des Unterrichtswesens (mit Ausnahme des Religionsunterrichts) der Geistlichkeit entzog und dem Staate übergab;

Digitized by Google

das interkonfessionelle Gesetz das Religionsbekenntniß der Kinder bei gemischten Ehen, den Uebertritt zu einer anderen Konfession, die Begräbnisse u. s. w. regelte.

Diese drei Entwürfe giengen im Abgeordnetenhaus und nach heftigen Kämpfen auch im Herrenhaus durch, und am 25. Mai 1868 wurden sie vom Kaiser, wenn auch mit Widerstreben, unterzeichnet. Inzwischen hatte Letzterer mit der Kurie wegen Revision des Konkordats vergebens unterhandeln lassen. Papst Pius IX., immer mehr den jesuitischen Einflüsterungen sich hingebend, blieb im persönlichen Verkehr liebenswürdig wie immer, sonst aber starr auf seinem Non possumus. In einer Versammlung des geheimen Konsistoriums am 22. Juni erklärte er in seiner „Allokution", daß er „kraft seiner apostolischen Autorität diese Gesetze verwerfe und verdamme und sie samt ihren Folgerungen als durchaus nichtig und immerdar ungiltig" bezeichne. In Folge dessen forderten die meisten Bischöfe in ihren Hirtenbriefen und Instruktionen die Geistlichkeit und alle guten Katholiken auf, um diese Gesetze sich nichts zu kümmern und sich lediglich an die Bestimmungen des Konkordats zu halten. Jetzt erst wurde manchem klar, was es heiße, mitten im weltlichen Staat einen kirchlichen Staat zu besitzen und den anmaßenden und rohen Uebergriffen des letzteren ausgesetzt zu sein. Die Regierung, wenn gleich durch Kundgebungen von Gemeindevertretungen und Volksversammlungen aufs entschiedenste unterstützt, zeigte dennoch gegen diese offene Renitenz und Aufreizung zum Ungehorsam eine Langmuth und Schwäche, wie sie es bei anderen renitenten Christenkindern nicht im Brauch hatte, und rief dadurch gerechtes Mißtrauen gegen den guten Willen hoher Personen hervor.

Auch an die Besserung des Finanzwesens, mit dem es in Oesterreich seit Jahren sprichwörtlich schlecht stand, legte man Hand an. Dasselbe drückte die deutsch-slavischen Provinzen um so härter, weil die Ungarn bei ihrem Ausgleich es durchgesetzt hatten, daß sie von den gemeinsamen Reichslasten nur 30 Procent, jene dagegen volle 70 übernahmen. Ein Bankerott schien unvermeidlich und wurde von mehreren Seiten mit cynischer Offenheit als das bequemste Hilfsmittel vorgeschlagen. Statt dessen wurde auf Andrängen der Regierung am 6. Juni 1868 eine Couponsteuer beschlossen. Daß trotzdem die Regierung in ihrem neuen Wehrgesetzentwurf für die nächsten 10 Jahre ein jährliches Budget von 80 Millionen Gulden und eine

Digitized by Google

Kriegsstärke von 800,000 Mann forderte, konnte man, wenn auch politisch, so doch nicht finanziell begreifen. Die drei Parlamente nahmen den Entwurf mit unbedeutenden Veränderungen an, und Beust, welcher sich für denselben sehr eifrig als Redner verwendet hatte, wurde vom Kaiser in den Grafenstand erhoben, was ihn seinem preußischen Rivalen wenigstens äußerlich gleichstellte. Diese 800,000 Mann, welche der Stimme Oesterreichs in der politischen Arena der europäischen Staaten Metall und Nachdruck geben sollten, könnten, wenn man die Neigung hochadeliger Kreise, Revanche für Königgrätz zu nehmen, bedenkt und das Liebäugeln Beusts mit Frankreich und sein unstetes, wichtigthuendes Wesen damit zusammenhält, als eine Bedrohung Deutschlands angesehen werden. Aber abgesehen davon, daß dieselben vorderhand nur erst auf dem Papier stehen, sprechen sich alle Parteien in Ungarn ganz entschieden dahin aus, daß sie der Wiener Regierung zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland keinen Kreuzer und keinen Soldaten verwilligen. Denn die Ungarn sehen recht wohl ein, daß sie nur der Niederlage bei Königgrätz ihren Ausgleich mit Oesterreich zu verdanken haben, und daß dasselbe, wenn es wieder eine mächtige Stellung in Deutschland erringen würde, bald wieder zu neuen Verfassungssistirungen griffe. Sie finden es daher in ihrem Interesse, daß die österreichisch-ungarische Monarchie, wie jetzt der officielle Titel lautet, in ihrem jetzigen Bestand erhalten bleibt, da sie an Oesterreich immerhin auch einen Rückhalt haben, aber von Wiedergewinnung der alten habsburgischen Stellung, von Einmischung in die Verhältnisse zwischen Nord- und Süddeutschland, von Verhinderung des Anschlusses des Südens an den norddeutschen Bund wollen sie nichts wissen. Ebendadurch aber ist die Wiener Hofburg außer Stand gesetzt, durch eine aggressive Politik der Konstituirung des neuen Deutschlands sich zu widersetzen.

Mit der letzteren scheint es nicht so rasch vorwärts zu gehen, als nach der Strömung der ersten Monate von mancher Seite vermuthet wurde. Preußen hat im Jahre 1866 am Main Halt gemacht, nicht aus Furcht vor dem Ausland, das durchaus nicht geeignet war, irgend welche Furcht einzuflößen, sondern aus Furcht vor den widerstrebenden Elementen des Südens, mit welchen eine Verfassung, im Sinne einer starken Centralgewalt, vereinbaren zu können es nicht hoffen durfte. Es hatte daher vorgezogen, vorerst die gleichartigen und leicht zu verschmelzenden Elemente heranzuziehen und zuerst einen

Digitized by Google

norddeutschen Bund zu schaffen. Den vier süddeutschen Staaten, welche nach der Sprengung des deutschen Bundes eine weit souveränere Stellung einnahmen, als sie bisher gehabt hatten, sollte die Entscheidung der Frage, ob und wann sie in den norddeutschen Bund eintreten und denselben dadurch zum deutschen ausdehnen wollten, selbst überlassen bleiben. Dies ist in der berühmten Depesche des Grafen Bismarck vom 7. September 1867 auf's deutlichste ausgedrückt, wenn es in derselben heißt: „Der norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen; aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen." Es trat also an die süddeutschen Staaten die Frage heran, welche Position sie zu dem übrigen Deutschland einnehmen sollen. Eine nähere Verbindung mit Oesterreich, auf welche anfangs einige ultramontane Kreise spekulirten, war, abgesehen davon, daß Oesterreich eben jetzt einen höchst gefährlichen Entwicklungsprozeß durchzumachen hat, schon deßwegen nicht möglich, weil nach Artikel IV. des Prager Friedens „die neue Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaates" vor sich gehen soll. Es bleibt also diesen Staaten nichts anderes übrig, als entweder dem norddeutschen Bund sich anzuschließen oder, wie es in dem eben erwähnten Friedensartikel heißt, in einen Verein, das heißt in einen Südbund zusammenzutreten, „dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bund der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt," oder endlich ihre Selbstständigkeit, jeder einzelne für sich, möglichst zu wahren, eine Art europäische Stellung einzunehmen und nur zum Zweck ihrer militärischen und wirthschaftlichen Interessen theils mit dem norddeutschen Bund, theils unter sich in nähere Verbindung zu treten.

Zum Anschluß an den norddeutschen Bund ist nur in Baden die Regierung und die Volksvertretung bereit; in den drei übrigen Südstaaten ist der Haß der demokratischen und ultramontanen Elemente, wovon jene in Württemberg, diese in Baiern ihr Heerlager haben, und die Antipathie des Hofes, wie dies in Hessen trotz des im norddeutschen Bund befindlichen Oberhessens der Fall ist, zu stark, als daß einem Anschluß, der ohne äußere Nöthigung erfolgte, in der

Digitized by Google

nächsten Zeit entgegenzusehen wäre. Keine bessere, ja noch geringere Aussichten auf Verwirklichung hat die Idee eines Südbundes. Derselbe würde acht bis neun Millionen umfassen, wäre also nicht stark genug, um, in die Mitte zwischen die großen Militärmächte, Frankreich, norddeutscher Bund und Oesterreich, gestellt, auf eigenen Füßen zu stehen und eine selbständige Politik zu verfolgen. Er wäre vielmehr nur der Spielball auswärtiger Intriguen, würde bald in Paris, bald in Wien, bald in Berlin um Gnadenspendungen anklopfen, und der nächste Sturm, welcher über Mitteleuropa hinbraust, würde ihn zum Vasallen des Mächtigeren machen, wenn nicht ganz wegfegen. Was ihn in der öffentlichen Meinung am meisten in Mißkredit brachte, war die Thatsache, daß Napoleon für seine Bildung sich so sehr interessirte. Dadurch wurde die Erinnerung an die Schmach des Rheinbundes wach gerufen, und das Urtheil über ihn war hiemit gefällt. Selbst die Kabinette hatten nicht die geringste Lust zu einer solchen Verbrüderung. Denn in einem Südbund müßte dem mächtigsten Staat, also Baiern, die Hegemonie übertragen werden. Wenn aber die drei anderen Staaten sich durchaus eine Hegemonie gefallen lassen müssen, so wollen sie sich lieber dem mächtigen Preußen als dem ihnen nicht gerade viel überlegenen Baiern unterordnen, was auch Freiherr v. Varnbüler in der württembergischen Abgeordnetenkammer offen ausgesprochen hat.

Somit bleibt nur die dritte Möglichkeit übrig, daß jeder der vier süddeutschen Staaten seine selbständige Existenz aufrecht erhält und an den norddeutschen Bund sich soweit anschließt, als die Sicherheit und Behaglichkeit seiner Existenz es durchaus erfordert, und eben dies ist der faktische Zustand, in welchem sich Süddeutschland seit den Friedensschlüssen mit Preußen bewegt. Das erste Band, wodurch es an den norddeutschen Bund geknüpft wurde, ist das mit Preußen geschlossene Schutz- und Trutzbündniß, wonach es im Kriegsfall seine Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen hat. Dazu kam bald ein zweites, ebenso wichtiges Verbindungsmittel. Durch eine Erklärung vom 24. August 1866 hatte Preußen denjenigen Regierungen, welche sich mit ihm in Krieg befunden hatten, die weitere Theilnahme am Zollverein nur auf sechsmonatliche Kündigungsfrist zugesichert. Ein solches Verhältniß konnte nur ein vorübergehendes sein. Es fand daher am 3. und 4. Juni 1867 in Berlin eine Konferenz des Grafen Bismarck mit den süddeutschen Ministern

Digitized by Google

der auswärtigen Angelegenheiten statt. In derselben beantragte Bismarck, daß von nun an die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks, und über die Maßregeln, welche zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich seien, durch die Mehrheitsbeschlüsse des norddeutschen Bundesraths und Reichsraths, in welche für diesen Fall die Vertreter Süddeutschlands einzutreten hätten, festgestellt werden solle. Preußen werde bei dieser neuen Organisation die Stellung der leitenden Präsidialmacht einnehmen und nur für den Fall, daß es sich für Aufrechthaltung bestehender Einrichtungen erkläre, ein Veto beanspruchen, in allen übrigen Fällen sich wie jede andere Regierung den Mehrheitsbeschlüssen der beiden berathenden Körper unterwerfen. Der Vertrag solle bis zum letzten December des Jahres 1877 gelten. Durch diese Einrichtung sollte jenes unsinnige liberum Veto, wonach bisher jedes einzelne Zollvereinsglied, wie einst die Edelleute im polnischen Reichstag, gegen die Beschlüsse der Mehrheit protestiren und sie dadurch ungiltig machen konnte, aufgehoben und das Recht der Majorität gewahrt werden. Die süddeutschen Minister zeigten sich mit dem Vorschlage eines „Zollparlaments" einverstanden, und am 8. Juli wurde, nach einer Berathung bevollmächtigter Fachmänner, der neue Zollvertrag in Berlin geschlossen.

Es handelte sich nun darum, daß diese beiden Verträge, der Allianz- und Zollvereinsvertrag, von den süddeutschen Landtagen genehmigt werden. Dies hatte in Baden und Hessen (in letzterem war nur den Zollvereinsvertag vorzulegen), nicht den geringsten Anstand. In Baiern aber schien der zweite von der Reichsrathskammer, in Württemberg der erste von der Abgeordnetenkammer nicht genehmigt zu werden. Daher erklärte die preußische Regierung, daß der Zollverein augenblicklich gekündigt werde und Baiern und Württemberg nach Ablauf von sechs Monaten vom Zollverein ausgeschlossen seien, falls Baiern den neuen Zollvereinsvertrag, Württemberg den Allianzvertrag nicht genehmige. Es war bitterer Ernst. Eine Menge von Kundgebungen von Gemeindevertretungen und industriellen Vereinen sprach sich für die preußischen Vorschläge aus. Auch die bairische Abgeordnetenkammer zeigte sich ihnen günstig und genehmigte den Zollvereinsvertrag mit großer Majorität, die Reichsrathskammer erst dann, nachdem der Führer der Widerspenstigen, Freiherr von Thüngen, sich durch eine Unterredung mit Graf Bismarck selbst überzeugt

Digitized by Google

hatte, daß Preußen keine leere Drohung ausgesprochen habe. In Württemberg wurde der Allianzvertrag nur nach den heftigsten Debatten, der Zollvereinsvertrag unter dem Einfluß der Münchener Verhandlungen von der Abgeordnetenkammer genehmigt.

Doch war mit der bloßen Annahme dieser Verträge noch nicht alles abgemacht. Der Allianzvertrag hatte seine Konsequenzen. Wollte sich Süddeutschland durch die militärische Macht Preußens beschützen lassen, so mußte es derselben selbst auch durch seine Truppen einen entsprechenden Zuwachs an Kräften verleihen. Sollten seine Truppen in Verbindung mit den norddeutschen unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen kämpfen, so mußten sie auf die nämliche Weise wie diese organisirt sein. In derjenigen Verfassung, in welcher die süddeutschen Heere im Jahre 1866 aufgetreten waren, durften sie sich, nach dem Urtheil ihrer eigenen Officiere, ohne die schmählichste Einbuße an militärischer Ehre nicht mehr sehen lassen. Die Anforderungen an die Officiere, die Arbeit der Mannschaft mußte eine weit strengere sein als bisher, und vor allem mußte die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden. Schon am 5. Februar 1867 hatten die Kriegsminister der vier süddeutschen Staaten auf den Stuttgarter Konferenzen den Versuch gemacht, sich über eine gleichartige Organisation ihrer Heeresabtheilungen zu vereinigen. Die Stimmung war sehr partikularistisch. Jeder Staat zeigte für die „berechtigten Stammeseigenthümlichkeiten" große Vorliebe. Man überzeugte sich aber bald, daß es so nicht vorwärts gehe, und daß man zu einem Bundesgenossen und unter den Oberbefehl Preußens nur dann tauge, wenn man die bewährten preußischen Einrichtungen bei sich einführe. Dieselben wurden daher nach ihren wesentlichen Zügen (Aufhebung der Stellvertretung, allgemeine Wehrpflicht, Institut der einjährigen Freiwilligen, Kriegsdienstpflicht im aktiven Heer mit 3 Dienstjahren, in der Kriegsreserve mit 4, in der Landwehr mit 4—5) in Süddeutschland eingeführt, nicht ohne heftige Kämpfe mit den Preußenhassern in den Kammern. Das letztere fand namentlich in Württemberg statt, wo nur eine zweijährige Präsenz verwilligt wurde, während Baden sich so vollständig an die preußischen Einrichtungen anschloß, daß seine Division jeden Augenblick als gleichartiges Glied in den norddeutschen Heereskörper eingefügt werden kann. Beide Staaten führten das preußische Zündnadelgewehr ein; bei Hessen versteht sich dies nach der schon erwähnten Militärkonvention mit Preußen ohne-

Digitized by Google

dies von selbst; nur Baiern, dessen Kriegsminister von Prandy für einen entschiedenen Partikularisten gilt, glaubte es seiner Selbständigkeit schuldig zu sein, daß es noch bis auf den heutigen Tag mit dem Werderschen Gewehr experimentirte.

Nicht minder wichtig waren die Wahlen für das Zollparlament. In Baden war Regierung und Volksvertretung, in den anderen drei süddeutschen Staaten die nationale Partei für eine Erweiterung seiner etwas gar zu beschränkten Kompetenz, wenn nicht geradezu für die Umwandlung des Zollparlaments in ein „Vollparlament", während in den anderen Kreisen theils streng konservativ auf die loyale Haltung der Verträge hingewiesen, theils, vorerst in Presse und Versammlungen, ziemlich destruktiv mit ihnen verfahren wurde. Damit war die Parole für die einzelnen Parteien ausgetheilt. Die Wahlen fanden im Februar und März 1868 statt. Das Zollparlament sollte neben den 297 Mitgliedern des norddeutschen Reichstags aus 85 Mitgliedern der süddeutschen Staaten bestehen, wovon Baiern 48, Württemberg 17, Baden 14, Südhessen 6 Abgeordnete zu wählen hatte. Aehnlich ist das Verhältniß im Zollbundesrath, in welchem die Bevollmächtigten von 25 Regierungen mit zusammen 58 Stimmen ihren Sitz haben. Von diesen Stimmen hat die Präsidialmacht Preußen 17, Baiern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3. Im ganzen genommen, fielen die Wahlen größtentheils partikularistisch aus, in Baden und Hessen zwar nicht, aber in Baiern der Mehrheit nach, in Württemberg durchgängig, nicht einmal mit einer einzigen Ausnahme. Mit einer Aufregung, wie man sie seit den Wahlen zur Nationalversammlung von 1848 nicht mehr gesehen hat, wurden die Zollparlamentswahlen vorgenommen und leider dabei ein Bodensatz von Roheit und Haß an die Oberfläche aufgerüttelt, welcher die Geschichte Deutschlands nicht um ein schönes Blatt bereichert. Hiemit war zugleich das Programm des Zollparlaments festgestellt; es hieß: Festhalten an der Kompetenz, energische Zurückweisung jeder Debatte über Politik, jedes nationalen Gedankens. Dies hat denn auch, nachdem am 27. April 1868 das Zollparlament vom König von Preußen eröffnet worden war, die „süddeutsche Fraktion", welche sich hauptsächlich aus den bairischen Ultramontanen und den württembergischen Demokraten rekrutirte, von der ersten bis zur letzten Sitzung (23. Mai) treulich beobachtet. Und da die preußischen Feudalen und Fortschrittsmänner aus Haß gegen die National-

Digitized by Google

liberalen jener Fraktion ihre Unterstützung angedeihen ließen, so setzte sie ihren Willen durch, nur nicht am 18. Mai, wo eine Hinweisung des württembergischen Abgeordneten Probst auf die drohende französische Lawine den Grafen Bismarck zu einer kurzen Darlegung des Verhältnisses von Norden und Süden und zu dem stolzen Wort veranlaßte, daß „ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo finde". Auch noch am Schluß des Zollparlaments ließ diese Fraktion ihr Veto vernehmen. In dem von 31 ihrer Mitglieder unterschriebenen „Rechenschaftsbericht an ihre Wähler" vom 22. Mai verlangten sie „die Sammlung der staatlichen Kräfte Süddeutschlands, welche zwischen den Großmächten vermittelnd wirken, dem europäischen Frieden und den materiellen Interessen dienen und den süddeutschen Staaten die kräftige Erfüllung ihrer vertragsmäßigen Pflichten gegen Norddeutschland ermöglichen werde, ohne sie der Gefahr des Aufgehens in Preußen auszusetzen." Damit war dem unmöglichen Südbund, denn nichts anderes war ja gemeint, eine große Rolle zugedacht. Je schlechter er sie spielte, desto besser würde es für Deutschland sein.

Wenn es sich hier zeigte, daß einer nationalen Vereinigung des Nordens und Südens noch bedeutende Hindernisse im Wege stehen, so gieng der Verschmelzungsprozeß der neuen, annektirten Provinzen Preußens mit den alten, der 22 Mitglieder des norddeutschen Bundes unter einander um so günstiger vor sich. In der freien Entwicklung des wirthschaftlichen Lebens hat Norddeutschland, Dank der Energie seines Reichstags, den Süden bereits weit überholt. Selbst das früher so verzärtelte und gehätschelte Frankfurt findet sich allmählich in seine neue Stellung, und kaum irgendwo hat König Wilhelm auf seinen Reisen eine begeistertere Aufnahme gefunden als in der Welfenstadt Hannover. Seit der bezahlten Wallfahrt zu der silbernen Hochzeit des in Hietzing bei Wien verweilenden hannöverischen Königspaares (18. Febr. 1868) hat sich die Stimmung der Hannoveraner für ihren exilirten König sehr abgekühlt. That doch dieser selbst alles, um sich bei Freund und Feind aufs gründlichste zu diskreditiren. Oder ist es nicht das Aeußerste von politischem Wahnsinn und Verrath an Deutschland, wenn die zuerst in Holland, dann in der Schweiz stationirten Welfenlegionäre, gegen 800 Mann, im Febr. 1868 von König Georg nach Frankreich geschickt wurden, damit sie von dort aus, bei dem ersehnten Ausbruch des deutsch-französischen

Digitized by Google

Krieges, Hand in Hand mit den Franzosen einen Einfall in Deutschland machen und das Werk von 1866 zertrümmern helfen sollten? Auch der Kurfürst von Hessen, welcher seinen Aufenthalt in Prag nahm, rechnete auf einen europäischen Krieg und sandte an alle Höfe eine politische Denkschrift, worin er gegen die ihm widerfahrene Vergewaltigung protestirte. Und doch hatten beide Fürsten mit der Krone Preußen einen Vertrag abgeschlossen, worin sie zwar nicht auf ihre Thronrechte verzichteten, aber ein finanzielles Arrangement eingiengen. Preußen war aber nicht gemeint, ihnen das Geld zu ihren feindseligen Agitationen selbst noch auszubezahlen, und ließ das Vermögen der beiden Fürsten mit Beschlag belegen, wozu in den ersten Wochen des Jahres 1869 das preußische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus seine Genehmigung ertheilte. Das ganze nationale Deutschland jauchzte den Worten des Grafen Bismarck zu, als er, bei den Debatten im Abgeordnetenhaus, von den „Reptilien" sprach, die man in ihre Höhlen verfolgen müsse, von den depossedirten Fürsten, „welche sich nichts kümmern um die rauchenden Trümmer ihres Vaterlandes, wenn nur sie obendrauf stehen", und mit den Worten endigte: „Wir müssen diesem frevelhaften Spiel mit den heiligsten Interessen der Nation, mit der Ruhe und Ehre des Vaterlandes, diesem frevelhaften erbärmlichen Spiel, dem die Ruhe Europas nichts gilt gegenüber einem kleinlichen dynastischen Interesse, ein Ziel setzen. Das ist unsere Schuldigkeit, uns, Deutschland, Europa gegenüber."

Digitized by Google

Politiſche Geſchichte

der

Gegenwart

von

Wilhelm Müller,
Profeſſor.

I

Das Jahr 1867.

Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1868.

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorrede.

Von den politiſchen Neuigkeiten, welche die Zeitungen Tag für Tag bringen, entſchwinden im Laufe eines Jahres gar viele, und nicht bloß die unintereſſanten, dem Gedächtniß des Leſers, die Bilder hervorragender Geſtalten verblaſſen, der hiſtoriſche Zuſammenhang der einzelnen Thatſachen verliert ſich. Und doch enthält ein ganzes Jahr des Merkwürdigen ſo viel, daß es ſich lohnte, dasſelbe wie in einem Blumenſtrauß zuſammenzufaſſen, zumal in einer Zeit, welche mit allem Scharfſinn und aller Energie an die Löſung der ſchwierigſten europäiſchen Fragen geht und mit einer gewiſſen Ungeduld und Haſt in kaum einem Jahrzehnt vollenden möchte, was ſonſt die Arbeit von Jahrhunderten war. Gerade das Jahr 1867 bietet manches, was auch in einer allgemeinen Geſchichte ſeinen Platz behaupten wird. Die Gründung des norddeutſchen Bundes, die Kataſtrophe von Mexiko, die Gefahr des Papſtthums vor dem Tage von Mentana ſind Ereigniſſe von bleibender Bedeutung. An dieſe reihen ſich andere an, welche unſere ganze Aufmerkſamkeit in Anſpruch genommen haben und dieſelbe in kommenden Jahren vielleicht in noch erhöhtem Grade fordern: der Luxemburger Handel, die Aufſtände in Kandia und an der unteren Donau, die öſtreichiſchen Verfaſſungs- und Konkordatskämpfe und, was für uns bei weitem das Wichtigſte iſt, die immer enger werdenden Beziehungen Süddeutſchlands zum norddeutſchen Bund.

All dieſe und noch manche andere, hier nicht anzuführende, Ereigniſſe in ihrem geſchichtlichen Zuſammenhang in fortlaufender

Digitized by Google

Erzählung zur Darstellung zu bringen, war die Aufgabe dieser Arbeit. Der Verfasser wollte derselben nicht die Form einer Chronik oder eines Tagbuchs geben, sondern wählte die Form einer politischen Revüe, welche es ihm erlaubte, das Unwesentliche gar nicht oder nur flüchtig zu berühren, das Wesentliche durch Darlegung seines historischen Ursprungs und seiner Verwandtschaft mit früheren Thatsachen in das rechte Licht zu setzen und den deutschnationalen Geist, von welchem das Ganze getragen sein soll, durchleuchten zu lassen. Dadurch hoffte er, zumal auch Ton und Diktion bei solcher Fassung einen anderen Charakter anzunehmen haben, die gebildeten Kreise für seine Arbeit zu interessiren und ihnen die Lektüre einer solchen „politischen Geschichte der Gegenwart" zu einer Art Bedürfniß zu machen.

Um das Buch auch zum Nachschlagen, zum raschen und bequemen Auffinden der darin angeführten Ereignisse, diplomatischen Aktenstücke, Kammerverhandlungen, Journalartikel u. s. w. brauchbar zu machen, hat der Verfasser, außer den fortlaufenden Ueberschriften des Textes, noch zwei besondere Verzeichnisse demselben beigefügt. Das eine ist ein genau an den Text sich anschließendes detailirtes Inhaltsverzeichniß mit Angabe der Daten und Verweisung auf die Seitenzahl des Textes; das andere ist eine Chronik sämtlicher Ereignisse des Jahres 1867, in der Weise eines Kalenders geordnet und gleichfalls mit Verweisung auf die Seitenzahl des Textes versehen.

Durch eine solche Anordnung soll dieser Schrift der Charakter einer politischen Revüe gewahrt bleiben, dieselbe aber doch die praktischen Vortheile einer Chronik oder eines Tagbuchs in sich aufnehmen, ohne dadurch an Bogenzahl bedeutend vermehrt zu werden.

Tübingen den 20. März 1868.

W. Müller.

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichniß.

(Wo dem Datum keine Jahreszahl beigefügt ist, ist das Jahr 1867 gemeint.)

	Seite
Die Konsequenzen von Königgrätz	1
Der rothe Faden des Jahres 1867	1
Preußens und Italiens Beziehungen zu Frankreich	2
Die frühere Stellung Preußens zu Deutschland	3
Die preußischen Annexionen	3
Das provisorische Bündniß der norddeutschen Staaten (4. Aug. 1866)	4
Die Konferenzen der Bevollmächtigten in Berlin eröffnet (17. Dec. 1866)	4
Rede des Grafen Bismarck über den alten und den neuen Bund	4
Der Verfassungsentwurf ist von den Bevollmächtigten durchberathen (9. Febr. 1867)	5
Thronrede der Königs von Preußen zur Eröffnung des norddeutschen Reichstags (24. Febr.)	5
„Im Namen Deutschlands"	7
Englische Urtheile über preußische Politik	8
Süddeutschland und ein Südbund	9
Fürst von Hohenlohe wird Ministerpräsident in Baiern (29. Dec. 1866)	10
Die Linke der bairischen Kammer stellt einen Antrag auf engen Anschluß an Preußen (14. Jan.)	10
Programm des Fürsten von Hohenlohe (19. Jan.)	10
Es macht großes Aufsehen im Ausland	11
Die Stuttgarter Militärkonferenzen (5. Febr.)	11
Napoleon sieht sich getäuscht	12
Napoleon schreitet zur Krönung des Gebäudes, schafft die Adreßdebatte ab, gibt das Interpellationsrecht u. ein neues Preßgesetz (19. Jan.)	13
Napoleon eröffnet die Kammer mit einer Thronrede (14. Februar)	15
Wahrheit u. Dichtung in der Thronrede	17
Graf Bismarck übergibt dem Reichstag den Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes (4. März)	17
Beginn der Generaldiskussion über den Verfassungsentwurf im Reichstag (9. März)	18
Das Parteiwesen im Reichstag	18
Die Stellung des Grafen Bismarck im Reichstag	19
Die Haupteinwände gegen den Verfassungsentwurf	20
Die Abgeordneten Miquel und Braun	21
Die Katholiken und Partikularisten	22
Graf Bismarcks Rede über Hannover und Langensalza als Antwort auf den Angriff des Freiherrn von Münchhausen	23
Graf Bismarcks Rede zur Vertheidigung des Verfassungsentwurfs, über Süddeutschland und den Zollverein	25

Digitized by Google

	Seite
Die Anachronismen des Herrn Thiers	27
Thiers' Rede im gesetzgebenden Körper über das Verhältniß Frankreichs zu Deutschland (14. März)	27
Die Reden Garnier-Pagès' u. Emil Olliviers (15. März)	29
Die Rede des Grafen Latour (16. März)	29
Die Rede des Staatsministers Rouher (16. März)	30
Die Reden Jüles Favre's und Graniers von Cassagnac (18. März)	31
Beginn der Specialdebatte im norddeutschen Reichstag (18. März)	31
Graf Bismarck über Polen	32
Graf Bismarck über die nördlichen Distrikte Schleswigs	32
Graf Bismarck über die süddeutschen Allianzverträge	33
Ihre Veröffentlichung im Interesse des Fürsten von Hohenlohe	34
Die französischen Kompensationsforderungen haben Süddeutschland zum Abschluß der Allianzverträge veranlaßt	35
Urtheile des Auslands über diese Verträge	36
Das Militärwesen in Süddeutschland	37
Mit seiner Verbesserung geht es langsam vorwärts	38
Die Interpellation des Herrn von Bennigsen über die Luxemburger Frage im Reichstag (1. April)	39
Die Antwort des Grafen Bismarck	39
Böswillige Gerüchte	40
Das Haus Oranien einst und jetzt	41
Warum will der König von Holland das Großherzogthum Luxemburg verkaufen?	42
Napoleon ist sicher, bei einer Abstimmung der Bevölkerung recht viele „Oui" zu bekommen	43
Französische Agenten in Luxemburg	43
Wie lauten die Stimmen aus dem luxemburgischen Volke?	44
Napoleon zweifelt nicht an Preußens Zustimmung	44
Der König von Holland theilt dem preußischen Gesandten das Geheimniß mit	45
Preußen protestirt gegen den Verkauf Luxemburgs (25. März)	45
Der luxemburgische Kurier dementirt die Abtretung (30. März)	45
Frankreich verlangt nun von Preußen die Räumung der Festung Luxemburg	45
Die Luxemburger Frage wird zur Kriegsfrage	46
Soll Preußen losschlagen?	46
Erklärung der 118 bairischen Abgeordneten	46
Militärkonvention Preußens mit Hessen (7. April)	47
Allianzvertrag Preußens mit Hessen (11. April)	47
Mit den Militärreformen in Süddeutschland geht es endlich besser	48
Kolossale Rüstungen Frankreichs	48
Preußens ruhige Haltung	48
Welches Recht hat Deutschland auf Luxemburg?	49
Geschichtliches über die alte Grafschaft (später Herzogthum) Luxemburg (von 963 bis 1814)	49
Der Wiener Kongreß übergibt das Großherzogthum Luxemburg dem Hause Oranien (31. Mai 1815)	51
Worauf gründet sich Preußens Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg?	52
Die Verträge Preußens mit Holland und den anderen Mächten (1815, 1816, 1817)	52
In der belgischen Revolution schließen sich die Luxemburger an Belgien an	54

Digitized by Google

Seite

Der Londoner Vertrag (19. April 1839) bestimmt d. Theilung Luxemburgs unter Holland und Belgien 54
Der König von Holland verlangt die Ausscheidung Limburgs aus dem deutschen Bund (19. Mai 1866) 54
Ist Luxemburg nach Auflösung des deutschen Bundes auch von Deutschland gelöst? 55
Die Unterzeichner des Londoner Vertrages von 1839 sollen über den preußisch-französischen Streit entscheiden 55
Oestreichische Vermittlungsvorschläge 56
Beginn der Londoner Konferenz (7. Mai) 56
Luxemburg bleibt im Zollverein . 57
Der Londoner Vertrag wird unterzeichnet (11. Mai) 57
Wer hat bei diesem Handel etwas gewonnen? 58
Eine Enthüllung der Schlesischen Zeitung 59
Lord Stanley's Auslegung einer Kollektivgarantie (14. Juni) . . 59
Graf Derby unterscheidet zwischen Separat- und Kollektivgarantie (5. Juli) 59
Was sagt die Kreuzzeitung dazu? . 60
Verlauf der Specialdebatte über den Verfassungsentwurf im norddeutschen Reichstag 60
Die Schlußberathung (15. u. 16. April) 61
Der Reichstag nimmt seinen früheren Beschluß hinsichtlich der Diäten zurück und beschließt, daß die Abgeordneten keine Diäten erhalten sollen (15. April) 62
Der Reichstag gibt bei Festsetzung des Militärwesens nicht nach (16. April) 63
Annahme des Verfassungsentwurfes (16. April) 63
Der Reichstag wird vom König mit einer Thronrede geschlossen (17. April) 63
Die Bedeutung der Bundesverfassung 64
Eröffnung der Weltindustrieausstellung in Paris (1. April) . . . 64
Sollen der Kaiser von Rußland und der König von Preußen mit oder nach einander nach Paris reisen? 65
Ankunft des Kaisers von Rußland in Paris (1. Juni) 66
Vive la Pologne! 67
Die orientalische Frage . . . 67
Die Insel Kandia 67
Was ist von den türkischen Reformen zu halten? 68
Der Beginn des Aufstandes der Kandioten (1866) 68
Kann sich Griechenland dem Schmerzensschrei der Kandioten entziehen? 69
Die Türken werden von den Kandioten zurückgeschlagen (11. bis 12. Febr. und 23. April) . . . 70
Vier Mächte erlassen an die Pforte eine Kollektivnote (15. Juni) . . 70
Die Pforte will keine Einmischung dulden 71
Ist eine russisch-französische Allianz zu fürchten? 71
Preußisch-russische Intimität . . . 72
Wodurch könnte diese gestört werden? 73
Konferenzen des Grafen Bismarck mit den süddeutschen Ministern in Zollvereinsangelegenheiten (3. und 4. Juni) 74
Die Gesetzgebung in Zollvereinssachen soll einem gemeinschaftlichen Parlament übertragen werden . 74
Aufhebung des liberum Veto . . 75
Die bairischen Ultramontanen und Reichsräthe finden die Sache sehr bedenklich 75
Graf Taufkirchen zu neuen Unterhandlungen nach Berlin geschickt (17. Juni) 78

Digitized by Google

	Seite
Baiern geht endlich auf ein Zollparlament ein (18. Juni) . .	78
Abschluß des neuen Zollvertrags (8. Juli)	79
Ankunft des Königs von Preußen in Paris (5. Juni)	79
Das Attentat des Polen Berezowski auf den Kaiser von Rußland (6. Juni)	80
Das Journal „Pays" bespricht die „natürlichen Grenzen"	81
Das östreichische Kaiserpaar wird in Paris sehnlich erwartet	82
Das Verhältniß Frankreichs zu Oestreich ist ein ganz anderes geworden	83
Kann Oestreich mit Frankreich gegen Deutschland marschiren? . . .	84
Oestreichs neue Physiognomie . .	84
Freiherr von Beust wird auswärtiger Minister	85
Seine Differenzen mit Graf Belcredi hinsichtlich d. Ausgleichs mit Ungarn	86
Belcredi entlassen, Beust Ministerpräsident (7. Febr)	86
Das ungarische Ministerium mit dem Grafen Andrassy an der Spitze (15. März)	86
Franz Josef als König von Ungarn gekrönt (8. Juni)	86
Wegen der ungarischen Nebenländer gibt es Streit	87
Was ist von dem ungarischen Ausgleich zu halten?	88
Eröffnung d. deutsch-slavischen Reichsraths (22. Mai)	89
Die Adresse des Abgeordnetenhauses fordert die Revision d. Konkordats	89
Die czechischen Führer in Böhmen pilgern zu der ethnographischen Ausstellung in Moskau	90
Der Panslavismus	91
Franz Josef erhält in München die Nachricht v. d. Erschießung Maximilians (30. Juni)	92
Napoleons Rede bei der Austheilung der Ausstellungspreise (1. Juli) .	93
Sultan Abdul-Aziz trifft in Paris ein (30. Juni)	93
Der Moniteur über Maximilian und Juarez (5. Juli)	93
Man vergleicht Napoleon u. Juarez	94
Eine östreichische Stimme über Maximilian	94
Das mexikanische Kaiserthum und die Monroe-Doktrin	95
Die „große Idee" des Napoleonischen Kaiserreichs	96
Die Vereinigten Staaten verlangen den Abzug d. französischen Truppen aus Mexiko (12. Febr. 1866) .	96
Frankreich beschließt den Rückzug u. drängt Maximilian einen neuen Vertrag auf (30. Juli 1866) .	97
Was war der Zweck der Sendung des Generals Castelnau (21. Okt. 1866)?	98
Brief des belgischen Staatsraths Eloin (17. Sept. 1866)	99
Maximilian und eine Konferenz der Minister und des Staatsraths entscheiden sich für Ausharren . .	100
Napoleon will Maximilian das Ausharren unmöglich machen . . .	100
Die Vereinigten Staaten verlangen sofortigen Abzug der Franzosen (23. Nov. 1866)	101
Marschall Bazaine spricht in der Junta vergebens für Maximilians Thronentsagung (14. Januar) . . .	102
Abzug der Franzosen aus Mexiko u. Veracruz (8. Febr. und 11. März)	103
Maximilian marschirt v. Mexiko nach Queretaro (19. Febr.)	104
Von Escobedo eingeschlossen, v. Lopez verrathen, ergibt sich Maximilian (15. Mai)	104

Digitized by Google

Seite

Maximilian vor dem Kriegsgericht (13. Juni) 105
Maximilian u. die Generale Miramon und Mejia erschossen (19. Juni) . 105
Präsident Juarez hält seinen Einzug in Mexiko (15. Juli) 106
Viceadmiral Tegetthoff holt den Leichnam Maximilians ab (26. Nov.) 106
Beisetzung des Leichnams in Wien (18. Jan. 1868) 106
Kaiserin Charlotte in Tervuren (31. Juli) 106
Napoleon interessirt sich sehr für die in England deponirten Papiere Maximilians 106
Reichskanzler von Beust und das Konkordat 107
Das östreichische Abgeordnetenhaus will zunächst neue Gesetzentwürfe über Ehe und Schule (20. Juli) 108
Die Regierung will zunächst Unterhandlungen mit Rom anknüpfen 108
Der östreichische Lehrertag spricht sich für die Trennung der Schule von der Kirche aus 109
Die Adresse der 25 Bischöfe an den Kaiser (2. Oktober) 109
Lehrerbildungsanstalt in Wien . . 110
Die Adresse des Wiener Gemeinderaths an den Kaiser (4. Oktober) 110
Handschreiben des Kaisers an Kardinal Rauscher (16. Okt.) . . . 111
Presse u. Gemeindekollegien halten zum Abgeordnetenhaus gegen das Konkordat 111
Eine Stimme aus Mähren über die klerikale Unterrichtsmethode . . 112
Das Abgeordnetenhaus nimmt die Gesetzentwürfe über Ehe und Schule an (22. und 29. Okt.) 112
Die Gesetzentwürfe im Herrenhaus 112
Graf Crivelli soll mit Rom unterhandeln 113
Die Gründung einer Lehrerbildungsanstalt in Wien endlich genehmigt (3. November) 113
Frankreich mischt sich in den dänischen Streit 113
Hetzereien der französischen Presse . 114
Unverschämtheiten d. dänischen Presse 114
Die Linie Flensburg 115
Unter welchen Bedingungen könnte die Abtretung nördlicher Distrikte Schleswigs stattfinden? 115
Unterhandlungen zwischen Preußen und Dänemark 115
Preußen verlangt Garantien, Dänemark will keine geben 115
Eine französische Depesche wird in Berlin vorgelesen (23. Juli) . . 116
Die Lage wird sehr ernst 117
Frankreich wird bei seiner Einmischung von den anderen Mächten nicht unterstützt 118
Die französische Einmischung wird von der preußischen Regierung zurückgewiesen 118
Der kleine Moniteur weiß nichts von einer „Note" (27. Juli) . . . 118
Ein geheimer Artikel beim Prager Friedensvertrag 119
Der französische Handelsminister Behic reist nach Dänemark . . . 119
Französische Journalisten in Kopenhagen (12. August) 119
Das französische Kaiserpaar reist nach Salzburg (17. u. 18. August) 120
Französisches Rundschreiben über die Salzburger Zusammenkunft (25. August) 120
Oestreichisches Rothbuch über die Salzburger Zusammenkunft . . 121
Besprechungen in Salzburg . . . 121
Die östreichische Presse spricht sich gegen ein östreichisch-französisches Bündniß aus 122
Die Kreuzzeitung läßt sich v. Paris keine Recepte verschreiben . . . 122

Digitized by Google

Seite

Die Haltung Süddeutschlands bei der Reise Napoleons nach Salzburg . 123
Abreise des französischen Kaiserpaars von Salzburg (23. August) . . 124
Napoleons Reden in Arras u. Lille (26. August) 124
Kriegsgeschrei d. französischen „Pays“ 124
Die Kreuzzeitung bleibt die Antwort nicht schuldig (1. Oktober) . . . 125
Wie lautet der Artikel IV. des Prager Friedens über Süddeutschland? 125
Gibt er Oestreich ein Recht der Einmischung in die Verhältnisse zwischen Nord- und Süddeutschland? 126
Worauf beruht Frankreichs angebliches Recht der Einmischung? . 127
Die badische Thronrede (5. Sept.) . 127
Die französische „Liberté“ über diese Rede 127
Die Antwortsadresse der badischen zweiten Kammer (16. Sept.) . . 128
Die Mehrheit der hessischen zweiten Kammer verlangt Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund (3. Juni) . . . 128
Die hessische Regierung stimmt aus „Rücksichten für Preußen“ nicht bei 128
Rundschreiben des Grafen Bismarck über das Verhältniß von Nord- zu Süddeutschland gegenüber vom Ausland (7. Sept.) 129
Urtheile der französischen, englischen und italienischen Presse 130
Preußen übernimmt das Thurn und Taxis'sche Postwesen in den norddeutschen Staaten (1. Juli) . . 131
Preußen schließt Militärkonventionen mit den kleineren norddeutschen Staaten 131
Die Verwaltung des Fürstenthums Waldeck geht an Preußen über (18. Juli) 132
Wahlsieg in Schleswig (31. August) 132

Seite

Eröffnung des norddeutschen Reichstags mit einer Thronrede (10. Sept.) 132
Antwortsadr. d. Reichstags (24. Sept.) 133
Graf Bismarck Bundeskanzler (1. Juli) 133
Graf Bismarck über das Besatzungsrecht in Luxemburg, über Nordschleswig und Süddeutschland . 134
Der König von Preußen auf der Burg Hohenzollern (3. Oktober) . 134
Zusammenkunft d. Königs v. Preußen mit den süddeutschen Fürsten . . 135
Die Stuttgarter Versammlung nationaldeutscher Männer aus den 4 süddeutschen Staaten (4. Aug.) 136
Die Landesversammlung der deutschen Partei in Württemberg (27. Sept.) 136
Annahme des Zollvereinsvertrags in der hessischen zweiten Kammer (17. August) 136
Rede des Dr. Völk in Augsburg über die norddeutsche Bundesverfassung (6. Okt.) 136
Hohenlohe's Stellung in Baiern . 137
Enthüllungen des östreichischen Rothbuchs über die Mission des Grafen Tauffkirchen (19. April) . . . 137
Fürst Hohenlohe in der bairischen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß von Süddeutschland zu Norddeutschland (8. Okt.) . . . 138
Bedenkliche Nachrichten aus München und Stuttgart 139
Der Abgeordnete Braun im norddeutschen Reichstag über die Verträge in Württemberg (8. Okt.) 139
Der Beschluß des norddeutschen Reichstags über die süddeutschen Allianz- und Zollvereinsverträge (26. Okt.) 140
Interpellation des badischen Abgeordneten Wundt an die Regierung (14. Okt.) 140
Antwort des Ministers von Freydorf 141
Annahme des Allianzvertrags in

Digitized by Google

Seite

der badischen zweiten Kammer (18. Okt.) 141
Annahme des Zollvereinsvertrags in der badischen zweiten Kammer (19. Okt.) 142
Debatte über den Zollvereinsvertrag in der bairischen Abgeordnetenkammer und Annahme desselben (21. u. 22. Okt.) 142
Debatte über den Zollvereinsvertrag in der bairischen Reichsrathskammer (26. Okt.) 143
Der Löwenstein'sche Vermittlungsantrag 144
Fürst Hohenlohe u. Frhr. v. Thüngen reisen nach Berlin (26. Okt.) . . 144
Der Erfolg ihrer Reise 144
Das Abgeordnetenhaus beharrt auf seinem Beschluß (30. Okt.) . . 145
Die Reichsrathskammer nimmt den Zollvereinsvertrag an (31. Okt.) 145
Was ist von diesen ersten Kammern zu halten? 146
Der König von Württemberg hält fest am Allianzvertrag 146
Der Allianzvertrag in der württembergischen Abgeordnetenkammer (29. Okt.) 147
Die Mehrheit der Kommission beantragt seine Verwerfung . . . 148
Heftige Opposition des Abgeordneten Mohl 148
Vertheidigung durch die Minister . 149
Annahme d. Allianzvertrags (30. Okt.) 149
Annahme des Zollvereinsvertrags (31. Okt.) 150
Ankunft des Kaisers Franz Josef in Paris (23. Okt.) 150
Reise des Freiherrn von Beust nach London (1. Nov.) 151
Gemeinschaftliches Auftreten Englands, Frankreichs und Oestreichs in der orientalischen Politik . . 151
Fortdauer des Kampfes in Kandia 151

Seite

Serbien will sich zu einem Großserbien aufschwingen 152
Rußland ist noch nicht gerüstet . . 152
Rundschreiben des Freiherrn von Beust (1. Nov.) 152
Italien macht geringe Fortschritte 153
Sturz des Ministeriums Ricasoli (4. April) 154
Das Ministerium Ratazzi (10. April) 154
Einziehung der Kirchen- u. Klostergüter von der Abgeordnetenkammer beschlossen (28. Juli) 154
Beginn des Verkaufs der Kirchengüter (1. Sept.) 154
Protest des Papstes gegen dieses Verfahren (20. Sept.) 155
General Dümont inspicirt die Antibeslegion in Rom (17. Juli) . . . 155
Schreiben des Kriegsministers Niel (21. Juni) 155
Garibaldis Rundreisen in Oberitalien 156
Garibaldi auf dem Friedenskongreß zu Genf (9.—12. Sept.) . . . 156
Tendenz und Ende des Friedenskongresses 156
Garibaldi an der päpstlichen Grenze gefangen genommen (24. Sept.) 157
Ratazzi erklärt sich gegen den Freischarenzug (21. Sept.) 157
Garibaldi freigelassen, reist nach Kaprera (27. Sept.) 157
Rüstungen Frankreichs zur Beschützung Roms 157
Welche Wege führen Italien nach Rom? 158
Die Freischaren überschreiten die päpstliche Grenze (30. Sept.) . . 158
Aufregung in Rom 159
Die Freischaren räumen das päpstliche Gebiet (19. Okt.) 159
Ratazzi verbindet sich mit der Aktionspartei 159
Minister. Ratazzi entlassen (19. Okt.) 160
Cialdini bringt kein neues Ministerium zu Stande 160

Digitized by Google

Seite

Ministerium Menabrea (27. Okt.) . 160
Garibaldi wieder in Italien (19. Okt.) 160
Der Anschlag auf Rom mißlingt (23. Okt.) 160
Garibaldi stellt sich an die Spitze der Freischaren im Kirchenstaat (23. Okt) 160
Erfolge der Garibaldiner 161
Die französischen Hilfstruppen ziehen in Rom ein (30. Okt.) 161
Treffen bei Mentana (3. Nov.) . 162
Garibaldi gefangen genommen und wieder nach Kaprera geschickt (4. u. 26. Nov.) 162
Die italienischen Truppen räumen den Kirchenstaat (4. Nov.) . . 163
Die französische Regierung befindet sich in Verlegenheit 163
Eine europäische Konferenz soll sie davon befreien (9. Nov.) . . . 164
Graf Derby über die Konferenz (20. Nov.) 164
Auch die deutschen Mittelstaaten erhalten Einladungen zur Konferenz 164
Hessen-Darmstadt greift rasch zu und erhält einen Verweis (24. Nov.) 165
Die Haltung Italiens und des Papstes geben schlechte Aussichten für die Konferenz 165
Die französische Thronrede (18. Nov.) 165
Im gesetzgebenden Körper sprechen Favre und Simon gegen die französische Intervention (2. u. 3. Dec.) 166
Mouftier und Thiers behaupten ihre Nothwendigkeit (4. Dec.) . . . 167
Rouher ruft aus: Jamais! (5. Dec.) 168
Thiers und Rouhers Phrasen über Deutschland (9. Dec.) 168
Debatte über das Militärgesetz (19. Dec.) 198
Berichterstatter Greffier über die Störung d. „Gleichgewichts“ (21. Dec.) 168
Rede des Kriegsminist. Niel (23. Dec.) 169
Entgegnung Jüles Favre's . . . 170

Seite

Graf Menabrea in d. italienischen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß Italiens zu Rom (5. Dec.) 171
Graf Menabrea über den Septembervertrag (17. Dec.) 171
Mari und Crispi greifen die päpstliche Herrschaft u. die französische Regierung heftig an (13. u. 16. Dec.) 172
Die italienische Abgeordnetenkammer gibt ihre Antwort auf Rouhers Jamais (22. Dec.) 173
Menabrea's Entlassung und Wiederberufung (23. Dec.) 173
Gegensätze zwischen Frankreich und Italien 173
Braucht Italien die Hauptstadt Rom? 173
Braucht der „souveräne“ Papst Rom und den Kirchenstaat? 174
Napoleon I. über den Kirchenstaat . 174
Italien soll sich Preußen zum Muster nehmen 175
Was ist der Preis einer französisch-italienischen Allianz? 175
Für diesen Fall ist Deutschland ebensogut gerüstet als Frankreich . . 176
Wird Italien der Versuchung widerstehen? 177
Die Instruktion des Grafen Bismarck über das Verhältniß Deutschlands zu Italien (Okt.) 177
Die preuß. Thronrede (15. Nov.) 177
Bennigsens Antrag über das Gesandtschaftswesen (9. Dec.) . . 177
Graf Bismarck über die Gesandtschaften der kleineren Staaten, über Bundeskonsulate und Bundesgesandte 178
Errichtung von Bundeskonsulaten u. Bundesgesandtschaften 179
Der neue Postvertrag und das Groschenporto (27. Nov.) 179
Die Unterhandlungen mit Dänemark gehen nicht vorwärts 179

Digitized by Google

Seite

Englands Verhältniß zu Irland 180
Die Fenier und die Pulverexplosion von Clerkenwell (13. Dec.) . . 180
Die Thronrede kündigt die Expedition nach Abessinien an (19. Nov.) . 181
Militäraufstand in Spanien (31. Aug.) 181
Präsident Johnson und der Kongreß in den Vereinigten Staaten 181
Die Vereinigten Staaten kaufen Rußland seine amerikanischen Besitzungen ab (1. April) 182
Brasilien und Paraguay 182
Jahresbilanz 183
Italien und Frankreich . . . 183

Seite

Die Pariser Polizei auf dem Montmartrekirchhof (2. Nov.) . . . 183
Parlamentar. Fortschritte in Oestreich 183
Rückschritte in der Einheit des Reiches 184
Die Ungarn wollen möglichst wenig zahlen 184
Warum fürchten die Ungarn Preußen und Deutschland? 184
Große Fortschritte Preußens und Deutschlands in der Konsolidirung 185
Beginnende Umwandlung Preußens in Deutschland 186
Graf Bismarck über Deutschland u. den Partikularismus (11. Dec.) . 186
„Ich bin ein Deutscher“ . . 186

Digitized by Google

Digitized by Google

Das Jahr 1867 hat ein reiches Erbe angetreten. Der Tag von Königgrätz, welcher so viele Herzen erzittern und erbeben machte, sei es aus Angst und Neid, sei es aus Hoffnung und Freude, bildet einen jener historischen Denksteine, welche den Abschluß einer hundertjährigen Geschichte und den Beginn einer neuen großen Zeit bezeichnen. Die Konsequenzen dieses Tages sind noch nicht vollständig gezogen; sie sind es erst, wenn keine Mainlinie mehr existirt, wenn nicht bloß Kriegs- und Zollparlamentsherren, sondern auch Reichstagsabgeordnete diese Linie passiren, um in der neuen Bundesstadt den norddeutschen Bund zu einem deutschen zu machen; sie sind es erst, wenn das stolze Wort der Hohenzollern: „Vom Fels zum Meere!“ auch in der umgekehrten Stellung: „Vom Meer zum Felsen!“ seine Bedeutung hat.

Neben Preußen ist es Italien, welches an den Spolien von 1866 sich eifrig betheiligt hat. Das Erworbene zu befestigen, das Neue mit dem Alten zu verschmelzen, das noch Fernerliegende mit materiellen und ideellen Banden zu umschlingen, um es im günstigen Augenblick mit einem raschen Zug zu seinem Eigenthum zu machen, dies war die Aufgabe des einen wie des anderen Staates im verflossenen Jahre. Wie ein rother Faden zieht sich dieses Streben durch alle zwölf Monate hin, und dazwischen hinein erblickt man jeden Augenblick die täppische Hand des westlichen Nachbarn, welche den Faden zu zerreißen, den Knoten zu zerhauen sucht. Damit ist schon dasjenige angeführt, was das Jahr 1867 neben seinem glorreichen Vorgänger zu einem bedeutenden macht. Die Consolidirung des norddeutschen Bundes und Italiens, die Beziehungen des einen zu Süddeutschland, des anderen zum Kirchenstaat, das daraus entstehende mehr oder minder gespannte Verhältniß beider Staaten zu Frankreich sind weitaus die wichtigsten Momente in der Geschichte dieses Jahres.

Digitized by Google

Aber wenn Italien neben Preußen genannt wird, wenn Vergleichungspunkte in der Entwicklung beider Staaten schon angedeutet sind, wie gewaltig sind doch auch, zum Troste Deutschlands, die Unterschiede! Es ist zwar wahr: Kirchenstaat und Süddeutschland, Septemberkonvention und Artikel IV. des Prager Friedens haben einige Aehnlichkeit; es ist nicht minder wahr, daß die Einheit Italiens und Deutschlands ohne den Hinzutritt der ebengenannten Staaten keine wirkliche ist, und daß endlich die „intellektuellen" Urheber jener Konventionen sich auffallend gleich sehen; aber mehr läßt sich auch mit dem besten Willen nicht sagen, und aus der Aehnlichkeit sieht die Unähnlichkeit schon heraus. Während Italien 1859 nur durch die Hilfe Frankreichs seine Unabhängigkeit gewann und diesen Dienst mit Preisgebung Savoyens und Nizza's bezahlen mußte, hat Preußen durch eigene Kraft, ohne irgend welche Unterstützung des Auslandes seine heutige Machtstellung errungen, und als Frankreich für sein bloßes Zusehen Kompensationen verlangte, hatte Preußen den Muth, sie ihm zu verweigern und zu erwidern, es könne die Herstellung deutscher Einheit nicht damit beginnen, daß es wenn auch nur ein Dorf des großen Vaterlandes an das Ausland verschenke. Mit eigenen Händen und mit reinen Händen ist der Neubund Deutschlands errichtet worden: dies ist unser Stolz, und das Ausland weiß, zu welchem Riesenkampf wir fähig sind, wenn irgend jemand den wahnsinnigen Versuch machen sollte, uns in der Einrichtung unseres neuen Hauswesens zu stören. Auch ist der Prager Frieden, dessen vierter Artikel freilich den auswärtigen Einfluß unschwer errathen läßt, nicht mit Napoleon geschlossen worden. Sollte er in die Beziehungen des Nordbundes zu Süddeutschland in der nämlichen Weise sich einmischen wollen, wie er dies vermöge der Septemberkonvention in Italien konnte, so wäre er sicher, die nämliche Antwort zu bekommen, welche er bei der Aeußerung seiner lebhaften Sympathie für den fünften Artikel dieses Friedensvertrages, der von den nördlichen Distrikten Schleswigs handelt, bereits erhalten hat. Man muß sagen, daß er diese Antwort recht wohl verstand. Und wer wollte behaupten, daß die süddeutschen Regierungen, welche so bereitwillig die Allianz- und Zollvereinsverträge abgeschlossen und sie trotz aller Reichsräthe, trotz aller Demokratie in ihren kleinen Parlamenten durchgesetzt haben, jedem weiteren Schritt zur nationalen Einheit sich entziehen und

Digitized by Google

die Glorie ihrer vollen Souveränetät mit der nämlichen Eifersucht bewahren werden, wie das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Erbe einer mehr als zwölfhundertjährigen Weltmacht? Das „Niemals" eines mittelstaatlichen Ministers ist denn doch etwas anderes als das erbarmungslose Non possumus eines vaterlandslosen Kardinals.

Durch die ausgezeichnete Leitung seiner auswärtigen Politik, durch seine treffliche Armee und durch die intelligente Führung derselben hat Preußen in seinem siebentägigen Feldzug den Platz errungen, welcher ihm schon längst gebührte. Das patriotische Auftreten des großen Kurfürsten in den schmachvollen Zeiten Ludwigs XIV., die Heldenkraft Friedrichs des Großen und die beispiellosen Anstrengungen des ganzen preußischen Volkes im Jahre 1813, wodurch es allein möglich war, daß die Verbündeten von der Katzbach bis auf die Höhen des Montmartre kamen, stehen noch in zu gutem Andenken, als daß Deutschland die Wahl zwischen Hohenzollern und Habsburg auf die Länge hätte schwer werden können. Einiger Mangel an Energie und Scharfsichtigkeit von Seiten seiner leitenden Staatsmänner hat Preußen Gelegenheiten, wie sie ihm 1849 und 1850, vielleicht auch 1813 nach dem Vertrag von Kalisch und später am Wiener Kongreß geboten waren, verpassen lassen. Es läßt sich denken, mit welch' fieberhafter Spannung die großen Männer der neuen preußischen Politik den günstigen Augenblick herankommen sahen, in welchem das Versäumte wieder gut gemacht werden konnte. Er kam und wurde auf eine Art benützt, daß selbst der alte Blücher mit seinem bekannten Toast: „Mögen die Federn der Diplomaten nicht wieder verderben, was durch die Schwerter der Heere mit so vieler Anstrengung gewonnen worden!" sich gern damit zufrieden gegeben hätte. Und man kann nicht einmal sagen, daß der Sieger herrisch und ungroßmüthig verfahren sei. Zeuge hiefür ist vor allem das Königreich Sachsen, welches seine Dynastie behalten hat. Aber nachdem es nun schon zweimal zu den Füßen des siegreichen Preußens gelegen ist, wird es sich wohl hüten, diesen Staat zum drittenmal in Versuchung zu bringen. Die Annexion der übrigen Staaten, Hannovers, Kurhessens, Nassau's, Frankfurts, Schleswig-Holsteins, war, wie die königliche Botschaft vom 17. August 1866 sagt, für Preußen eine „politische Nothwendigkeit." „Die genannten Länder würden, falls sie ihre Selbständigkeit bewahrten, vermöge ihrer geographischen Lage bei einer feind-

Digitized by Google

seligen oder auch nur zweifelhaften Stellung ihrer Regierungen der preußischen Politik und militärischen Aktion Schwierigkeiten und Hemmnisse bereiten können, welche weit über das Maß ihrer thatsächlichen Macht und Bedeutung hinausgiengen. Nicht im Verlangen nach Ländererwerb, sondern in der Pflicht, unsere ererbten Staaten vor wiederkehrender Gefahr zu schützen, der nationalen Neugestaltung Deutschlands eine breitere und festere Grundlage zu geben, liegt für uns die Nöthigung, diese Staaten auf immer mit unserer Monarchie zu vereinigen."

Durch diese Annexionen hat sich Preußen, das bisher 18 Millionen Einwohner hatte, rasch zu einem Staate von nahezu 24 Millionen emporgeschwungen, und indem es sich nun anschickte, durch Bündnisse und Verträge die militärischen Kräfte von ganz Deutschland in seiner starken Hand zusammenzufassen, sollte es über eine kompakte Masse von 38 Millionen gebieten und dadurch Deutschland zu einer Macht erheben, wie wir sie seit den Zeiten der sächsischen Kaiser nicht mehr gesehen haben. Wurde es eben noch unter den fünf Großmächten wie das fünfte Rad am Wagen angesehen, so stand es jetzt in der vordersten Reihe derselben, wenn nicht an der Spitze. Und bereits war, ehe das Jahr 1866 ablief, Einleitung zur Gründung eines norddeutschen Bundes getroffen. Die preußische Regierung hatte schon am 4. August 1866 den mit ihm verbündeten Staaten einen Vorschlag zu einem Bündnißvertrag gemacht und derselbe war von ihnen angenommen worden. Das neue Bündniß war vorläufig auf ein Jahr berechnet. In dieser Zeit sollte, auf der Basis jener preußischen Grundzüge vom 10. Juni 1866, welche in der verhängnißvollen Sitzung des Bundestages am 14. Juni der preußische Gesandte zugleich mit seiner Austrittserklärung vorgelegt hatte, eine neue Bundesverfassung vereinbart werden. Zu diesem Zwecke wurden sämtliche norddeutsche Staaten eingeladen, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden. 22 Staaten (Preußen miteingeschlossen) waren auf diesen Konferenzen vertreten. Sie wurden von dem Ministerpräsidenten Graf Bismarck am 17. December 1866 eröffnet. Die Rede, welche dieser ausgezeichnete Staatsmann bei dieser Gelegenheit hielt, war wie alles, was er spricht, ein Muster von Klarheit und Offenheit. „Der frühere deutsche Bund erfüllte in zwei Richtungen die Zwecke nicht, für welche er geschaffen war: er gewährte seinen Mitgliedern die versprochene Sicherheit

Digitized by Google

nicht, und er befreite die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt des deutschen Volkes nicht von den Fesseln, welche die historische Gestaltung der innern Grenzen Deutschlands ihr anlegte. Soll die neue Verfassung diese Mängel und die Gefahren, welche sie mit sich bringen, vermeiden, so ist es nöthig, die verbündeten Staaten durch Herstellung einer einheitlichen Leitung ihres Kriegswesens und ihrer auswärtigen Politik fester zusammenzuschließen und gemeinsame Organe der Gesetzgebung auf dem Gebiete der gemeinsamen Interessen der Nation zu schaffen. Diesem allseitig empfundenen Bedürfniß hat die königliche Regierung in dem vorliegenden Entwurf abzuhelfen versucht. Daß derselbe den einzelnen Regierungen wesentliche Beschränkungen ihrer partikularen Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesamtheit zumuthet, ist selbstverständlich und bereits in den allgemeinen Grundzügen dieses Jahres vorgesehen. Die unbeschränkte Selbständigkeit, zu welcher im Laufe der Geschichte Deutschlands die einzelnen Stämme und dynastischen Gebiete ihre Sonderstellung entwickelt haben, bildet den wesentlichen Grund der politischen Ohnmacht, zu welcher eine große Nation bisher verurtheilt war, weil ihr wirksame Organe zur Herstellung einheitlicher Entschließungen fehlten. Die gegenseitige Abgeschlossenheit, in welcher jeder der Bruchtheile des gemeinsamen Vaterlandes ausschließlich seine lokalen Bedürfnisse ohne Rücksicht für die des Nachbarn im Auge behält, bildete ein wirksames Hinderniß der Pflege derjenigen Interessen, welche nur in größeren nationalen Kreisen ihre legislative Förderung finden können."

Mit diesen Worten sind die Mängel des alten Bundestagswesens scharf gezeichnet und die Zielpunkte der neuen Verfassung angegeben. Sie lauten: Beschränkung der einzelnen Souveränetäten und Aufgeben des kleinstaatlichen Partikularismus zu Gunsten und zum Nutzen einer deutsch-nationalen Politik, Unterordnung der einzelnen Theile nach ihren materiellen und geistigen Kräften unter eine starke Centralgewalt und einen aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehenden Reichstag. Die Bevollmächtigten waren am 9. Februar 1867 mit der Berathung des Entwurfes fertig und unterzeichneten ihn, worauf König Wilhelm von Preußen am 24. Februar das norddeutsche Parlament, dessen 296 Mitglieder unter großer Betheiligung Norddeutschlands am 12. Februar gewählt worden waren, mit einer Rede eröffnete, welche in ganz Europa un-

Digitized by Google

geheure Aufmerksamkeit erregte. „Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es Mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Führung werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche Uns und Unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblicke auf die Geschichte Deutschlands erkennen. Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen. Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern." „Als Erbe der preußischen Krone fühle Ich mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind." „Die Ordnung der nationalen Beziehungen des norddeutschen Bundes zu unsren Landsleuten im Süden des Mains ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand den süddeutschen Ländern offen und entgegenkommend dargereicht werden, sobald der norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung

Digitized by Google

weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein. Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen angestrebt werden.“ „Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es in diesem Augenblick ab, dem gesamten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt zu pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag. Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf die gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden. Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden! Im Namen aller verbündeten Regierungen, im Namen Deutschlands fordere ich Sie vertrauensvoll auf: Helfen Sie uns, die große nationale Arbeit rasch und sicher durchführen!“

Niemals, so weit man auch in der deutschen Geschichte zurückgreifen mag, wurden von königlichem Munde solche Worte gesprochen, Worte, welche neben dem Siegesbewußtsein und der Zuversicht des Gelingens ernste Mahnungen und mildes Entgegenkommen verrathen. Es waren die rechten Saiten angeschlagen, um die Freunde zu fesseln, die Spröden zu gewinnen, den Feinden zu imponiren. Gefunden war das Zauberwort, wodurch die schlummernden Kräfte der Nation geweckt, der vielhundertjährige Bann gelöst und der Tummelplatz unedler Leidenschaften in eine Arena umgewandelt wurde, in welcher nur derjenige Stamm, nur derjenige Heros die Palme erringt, welcher dem großen Ganzen sein Sonderinteresse zum Opfer gebracht, in ernster Arbeit dem Kampfe für deutsche Größe und Einheit zum Sieg verholfen hat. „Im Namen Deutschlands“ sprach König Wilhelm und vergaß damit und wollte die Anderen damit vergessen machen, daß der Name „Preußen“ hier

Digitized by Google

vorwiege. So ruhmvoll dieser auch ist, so ist er doch, wie der der Anderen, dem Namen „Deutschland" unterzuordnen. Kein berühmterer, kein klangvollerer, keiner, der eine größere Zukunft für sich hätte! Es konnte daher auch nicht anders sein, als daß die Rede vom 24. Februar als ein Ereigniß von der größten Bedeutung angesehen wurde. Besonders die englischen Blätter waren voll Lob über diese Politik und stellten ihr das günstigste Prognostikon. Daily News äußerte: „Der Kaiser Napoleon verlangte in Nikolsburg, daß der neue Bund sich nicht über die Mainlinie hinaus erstrecke, der König von Preußen aber erklärte am Sonntag in Berlin, daß eine Pflicht des neuen Parlaments die Wiederherstellung und Einigung Deutschlands sei. Mit des Königs Worten vor uns können wir über die Bahn, welche Preußen als das Haupt des norddeutschen Bundes verfolgen wird, nicht im Unklaren sein. Was Preußen verlangt, ist unbestreitbar zum Vortheil Deutschlands. Wir oder unsere Kinder werden als Resultat dieser Politik nicht einen Staatenbund, nicht ein vergrößertes Preußen, sondern ein großes und mächtiges deutsches Reich erschauen." Aehnlich drückte sich der Daily Telegraph aus: „Es ist nicht minder der Vortheil als der Wunsch Englands, daß Deutschland einig, mächtig und frei dastehe, und ob Freiheit durch Einheit oder Einheit durch Freiheit errungen werde, so haben wir Engländer doch kein Recht, über die eingeschlagene Bahn mit denjenigen zu streiten, welche selbst am besten ihre Mittel und ihre Zwecke kennen." Die Times, welche in ihrer Jahreschronik den Grafen Bismarck den „größten lebenden Deutschen" nannte, sprach auch bei dieser Gelegenheit hauptsächlich über ihn sich aus: „Ein Deutschland konnte nur durch Preußen geschaffen werden; Preußen mußte so gestärkt werden, daß es jeden Widerstand überwältigen konnte. Bismarcks nationale Wünsche mögen schrankenlos sein, aber vorsichtig und allmählich sind nothwendigerweise die Schritte, die er zu ihrer Verwirklichung thut. Er bindet sich an keinen Plan, ist keines Systems Sklave, beschwert sich nicht mit Skrupeln oder Grundsätzen. Er weiß sehr wohl, was er will, sieht ganz klar, worauf er hinarbeitet, und er hat nichts dagegen, daß die ganze Welt es sehe und wisse."

Kaum irgendwo zeigte sich eine größere Erregtheit als in Süddeutschland. Hier hatte sich Napoleon gründlich verrechnet. Dieses Süddeutschland schien ihm der rechte Punkt zu sein, wo die alten

Digitized by Google

französischen Intriguen fortgespielt, wo die Verschiedenheit und Eifersucht deutscher Stämme ausgebeutet und eine vornehme Protektormiene angenommen werden konnte. Nicht geeinigt sollte Deutschland aus dem Jahre 1866 hervorgehen, sondern zerrissen, getheilt in drei Staatengruppen, welche keine Macht auf Erden mehr zusammenschweißen könne. Preußen mit seinem Nordbund sollte im Süden Deutsch-Oestreich und ein Bund der vier südwestlichen Staaten gegenüberstehen. Zwischen Frankreich und Oestreich eingekeilt, sollte dieser Südbund die Operationsbasis abgeben, um dem erstarkenden Nordbund ein zweites Jena beizubringen. An dieser französischen Rechnung war gerade die Hauptsache eine bloße Phantasie: ein Südbund war ein Ding der Unmöglichkeit. Von den vier Staaten, um die es sich hier handelte, Baiern, Württemberg, Baden, Hessen, waren die beiden letzteren so gut als schon versagt. Denn in Baden hielt Fürst und Volk die Richtung der Magnetnadel ein, und Hessen, dessen nördliche Provinz schon in den Nordbund aufgenommen war, konnte doch unmöglich mit seinen südlichen Landschaften, in welchen kraft eines neuen Vertrags Preußen das Besatzungsrecht von Mainz erworben hatte, eine diesem entgegengesetzte Politik verfolgen. Es gliche ja einem Wagen, an welchem sowohl vorn als hinten zwei Pferde angespannt sind, ein Schauspiel, welches die Mainzer Besatzung kaum eine Woche aushalten könnte. Aber abgesehen davon, daß diese beiden Staaten in keinem Falle mitthun würden oder könnten, so war leicht vorauszusehen, daß, da in einem Südbund irgend ein Staat eine gewisse Hegemonie übernehmen und diese Heldenrolle Baiern als dem mächtigsten übertragen werden müßte, jeder der drei anderen lieber Preußen als Baiern sich unterordnen würde. Denn wenn durchaus eine Hegemonie sein muß, so erträgt jedermann lieber die eines Uebermächtigen als die eines bisher Coordinirten, wozu denn bei Baiern noch ganz besondere Gründe hinzukommen, welche das Projekt trotz seiner Neuheit zur Aufbewahrung im germanischen Museum zu Nürnberg verurtheilten.

Somit waren diese vier Staaten jeder auf sich selbst angewiesen und befanden sich in der glücklichen Lage, von allen Seiten umworben zu werden. Mit Ausnahme Badens, wo noch während des Feldzugs 1866 ein preußisch gesinntes Ministerium die Geschäfte übernahm, hatten die süddeutschen Staaten ihre früheren Minister

Digitized by Google

behalten. Während man diesen Regierungen wiederholt vorwarf, daß bei ihnen ein Ministerwechsel bloß einen Personen-, keinen Systemswechsel bedeute, sah man diesmal diesen ohne jenen. In Darmstadt residirte fortwährend Herr von Dalwigk, der ausgesprochene Gegner Preußens; in München schien der Ministerpräsident von der Pfordten allmählich mit der neuen Aera sich versöhnen zu wollen. Doch mußte er den heftigen Angriffen der bairischen Presse endlich weichen, worauf am 29. December 1866 Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst die Leitung des Ministeriums übernahm. Dieser hatte schon bei den Verhandlungen der Reichsräthe über den Friedensvertrag vom 22. August für einen engen Anschluß an Preußen gestimmt, und man erwartete daher mit Recht, daß es nun rasch vorwärts gehen werde. Am 14. Januar 1867 stellte die Linke der bairischen Kammer den Antrag, in einer Adresse an den König die Nothwendigkeit eines engen Anschlusses an Preußen hervorzuheben, und erklärte, ihr Ziel sei „ein unter Parlament und einheitlicher Centralgewalt geeinigtes Vaterland mit Autonomie seiner Glieder in ihren besonderen Angelegenheiten und mit gesicherten Freiheiten des Volkes, und zur Erreichung dieses Zieles sei der Beitritt der südwestdeutschen Staaten zum norddeutschen Bund wünschenswerth, noch ehe die Verfassung desselben endgiltig festgestellt sei." Bei der Debatte über diesen Antrag mußte Fürst Hohenlohe Farbe bekennen und legte am 19. Januar der Kammer sein Programm vor. Dasselbe war in dem, was es nicht wollte, klarer abgefaßt als in dem, was es wollte. Für unmöglich erklärte der Minister einen Anschluß an Oestreich, ebenso einen Südbund oder gar die Anlehnung an eine auswärtige Schutzmacht, erklärte aber auch, daß das Ziel der bairischen Politik, nationale Einigung mit dem Norden, vorerst unerreichbar sei, weil Preußen vermöge des Prager Friedens einen darauf hinzielenden Antrag der süddeutschen Staaten zurückweisen müßte, und weil bei der in Norddeutschland wahrnehmbaren Hinneigung zum Einheitsstaat für Baiern der bedingungslose Eintritt nicht wünschenswerth sei. Unter Wahrung der bairischen Souveränetätsrechte und der Unabhängigkeit des Landes bezeichnete er Preußen als denjenigen Großstaat, an welchen sich Baiern anzuschließen und als dessen Bundesgenossen es im Fall eines Krieges gegen das Ausland sich offen zu erklären habe. Daraus folge, daß Baiern für den Fall

Digitized by Google

eines Krieges sich der Führung Preußens unterstelle und daher sein Heer in einer Weise organisire, die eine gemeinschaftliche Kriegführung ermögliche, wie auch die übrigen südwestdeutschen Staaten zur Einrichtung einer gleichmäßigen und kräftigen Heeresorganisation aufzufordern seien.

Also kein Eintritt in den norddeutschen Bund, nur Allianz mit Preußen, Unterordnung unter seinen Oberbefehl „gegen bestimmte Garantie der Souveränetät des Königs" waren die Zielpunkte des Hohenlohe'schen Programms. Dies war weniger, als die nationale Partei in Süddeutschland gehofft hatte, mehr, als die Gegner erwarteten. Im Ausland machte dieses Programm den Eindruck, als ob dadurch die erste Brücke über den Main geschlagen sei. Wehmüthig rief ein Pariser Journal, der Temps, aus: „Wo ist die Konföderation der Südstaaten, diese Erfindung der französischen Diplomatie? Wo die Stipulationen des Prager Friedens? Zerflossen, zerflossen wie der Schnee der letzten Woche. Nikolsburg hat Villafranca um nichts mehr zu beneiden. Die Mainlinie ist, wie das Organ Bismarck's zur Beruhigung des Fürsten Hohenlohe erklärt, nichts als eine „Fiktion". Die Einführung des preußischen Militärsystems südlich vom Main, dies ist der nächste Zweck des Berliner Kabinets. Aber möge man sich in Frankreich keiner Täuschung darüber hingeben! Die Prussificirung der bairischen, württembergischen, badischen und hessischen Waffen ist nur der erste, aber entscheidende Schritt auf dem Weg der Prussificirung Süddeutschlands."

Das nächste Ziel, weil Bedingung seiner Allianz mit Preußen, war somit für Baiern eine bessere Heeresorganisation. Dies that aber auch den drei anderen Südstaaten noth. Ein einfacher Hinweis auf die Kriegführung des vorigen Jahres genügte, um dies jedermann zum Bewußtsein zu bringen. In Folge dieser allseitigen Erkenntniß kamen auf die Einladung Baierns die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und die Kriegsminister der vier Staaten in den ersten Tagen des Februar in Stuttgart zusammen, um sich über die Art und Weise einer neuen Heeresorganisation zu berathen. Die Beschlüsse vom 5. Februar verlangten „Erhöhung der Militärkräfte unter einer den Principien der preußischen nachgebildeten Wehrverfassung, demgemäß Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Aufhebung der Stellvertretung, Eintheilung in aktives Heer, Reserve

Digitized by Google

und Landwehr." Die Heere der vier Staaten sollten so „gleichartig eingetheilt und ausgerüstet werden, als zu ihrer gemeinschaftlichen Aktion unter sich und mit dem übrigen Deutschland nothwendig sei." Um dies zu bewerkstelligen, war nichts einfacher, als daß man in Beziehung auf Eintheilung, Reglements, Feuerwaffen und Munition sich ganz an das schon bewährte preußische System anschloß, wodurch es allein möglich war, die militärische Allianz mit Preußen, im Sinne des Hohenlohe'schen Programms, praktisch durchzuführen. Allein nicht nur geschah dies nicht, sondern sie brachten es auch unter sich selbst zu keiner Einheit, verlangten nicht eine völlige, sondern nur die möglichste Uebereinstimmung der Reglements, der Feuerwaffen und Munition und überließen es dem guten Willen der einzelnen Regierungen, für gemeinschaftliche größere Uebungen und gleichmäßige Ausbildung der Officiere zu sorgen. Auf diesen Grundlagen hin sollte spätestens bis 1. Oktober eine Militärkonferenz in München zusammentreten. Man fragte sich, wo denn, bei der ängstlichen Berücksichtigung der Eigenthümlichkeiten der einzelnen Länder, noch die erstrebte Einheit Platz habe, wie denn von einer gemeinsamen Aktion die Rede sein könne, wenn die Gleichmäßigkeit nur gewünscht, die Ungleichmäßigkeit aber eingeführt sei. Nur Baden handelte schon damals korrekt: es wies auf die preußischen Einrichtungen als die einzige Möglichkeit einer Einheit hin und machte sogleich Anstalt, sie, wenn auch vorerst allein, in's Leben zu rufen. An dieser Konferenz konnte man sehen, daß Hohenlohe Recht hatte, wenn er einen Südbund für unmöglich hielt.

Ein gleichmäßiges und rasches Vorgehen der Südstaaten wäre umsomehr am Platz gewesen, als der Unwille der französischen Heißsporne über die Lösung der deutschen Frage sich sehr deutlich zu erkennen gab. Auch Napoleon, welcher doch ein kälterer Beurtheiler war, welcher um das Geheimniß der preußisch-italienischen Allianz wußte und die preußischen Plane einigermaßen kannte, konnte hinter den geschraubten Wendungen seiner Rede seine Verblüfftheit nicht verbergen. Wenn wir das, was er in seinem Brief vom 12. Juni 1866 geschrieben hat, als seines Herzens Wünsche ansehen dürfen, so sollen die „sekundären Staaten des deutschen Bundes eine engere Vereinigung, eine kräftigere Organisation, eine bedeutendere Rolle, Preußen eine größere Gleichartigkeit und Macht im Norden bekommen, Oestreich seine bedeutende Stellung in Deutschland aufrecht

Digitized by Google

erhalten." Ins Deutsche übersetzt heißt dies: „Preußen darf nicht zu stark, Oestreich nicht zu schwach werden, damit jenes nicht ein gefürchteter Gegner, dieses nicht ein werthloser Bundesgenosse Frankreichs werde, und die kleinen Staaten müssen von beiden sich ziemlich losschälen, damit sie für einen Rheinbund reif sind." Von diesem ganzen „Wunschzettel" hat auch gar nichts Gnade und Erhörung gefunden: Preußen hat wie eine Lawine den ganzen Norden aufgerollt, Oestreich auf die Seite geworfen und die kleinen Staaten, welche für eine engere Vereinigung wenig Verständniß haben, gleichfalls in seinen Zauberkreis gezogen. Man erinnert sich dabei unwillkürlich an das Jahr 1859 und dessen Folgen. Nicht dazu war Napoleon mit seinen Marschällen auf die Schlachtfelder Italiens geeilt, um seinem Vetter Viktor Emanuel ein Königreich zu gründen, das von den Alpen bis zur Südspitze Neapels und Siciliens reichte, sondern um ihm Mailand und Venedig erobern zu helfen und eine Konföderation der italienischen Staaten herzustellen, welche zur Aufrechthaltung des häuslichen Friedens ihn als ihren Protektor brauche und anerkenne. Mit dem französischen Protektorat hat es zwar auch heute noch seine besonderen Bewandtnisse, aber wo ist die Konföderation geblieben? Die Einheit Italiens ist vollzogen bis auf den kleinen Rest des Kirchenstaates, und selbst dieser war in den letzten Monaten nicht durch päpstliche Allokutionen und Encykliken, sondern nur durch die vernichtende Handhabung des kanonischen Rechts und durch die Machtsprüche des neuen Papstes Chassepot zu retten. Ein so gewiegter Politiker Napoleon auch sein mag: sowohl Cavour als Bismarck haben ihn überlistet und sind ihm über den Kopf gewachsen.

Nach solchen Mißerfolgen in seiner auswärtigen Politik wünschte Napoleon, daß in dem gesetzgebenden Körper, welcher am 14. Februar eröffnet werden sollte, möglichst wenig davon gesprochen werde. Hält ja doch jede ehrbare Familie darauf, daß ihre Wäsche in den unsichtbaren Räumen des Hauses gereinigt werde; warum sollte denn er ganz Frankreich, ganz Europa zum Zuschauer haben und die Sache nicht ebenfalls en famille abmachen? In einem Briefe an den Staatsminister Rouher vom 19. Januar kündigte er daher an, daß er sich schon längst gefragt habe, ob die französischen Staatseinrichtungen bereits den höchsten Grad von Vollkommenheit erreicht haben, oder ob neue Verbesserungen ins Leben gerufen

Digitized by Google

werden sollen. Er halte es heute für möglich, zur Krönung des Gebäudes zu schreiten und der öffentlichen Freiheit eine neue Ausdehnung zu geben. Demgemäß hebe er die so sehr aufregende Adreßdebatte auf und lasse das Interpellationsrecht an ihre Stelle treten. Auch halte er es für einen Fortschritt, wenn die Presse nicht mehr unter dem Damoklesschwert der administrativen Verwarnungen stehe, sondern mit ihren Vergehen einfach vor das Zuchtpolizeigericht gestellt werde. Sollten die Minister damit nicht einverstanden sein, so nehme er es ihnen nicht übel, wenn sie gehen. Alle nahmen ihre Entlassung; aber diejenigen, welche in das Spiel eingeweiht waren, wurden wieder berufen, wie Rouher und Moustier, und für die unbequemen andere gewählt, so für den Kriegsminister Randon der Marschall Niel. Die List wurde natürlich durchschaut, und Randon sagte: „Wir sind alle hinausgegangen, aber einige haben Contremarken genommen."

Wenn Napoleon diese neuen Maßregeln „Krönung des Gebäudes und Fortschritt" nannte, was bedeutete dann bei ihm Rückschritt? Denn nach dem Reglement des Interpellationsrechts konnte eine Interpellation an die Minister nur dann stattfinden, wenn dieselbe von zwei Kommissionen des Senats oder von vier Kommissionen des gesetzgebenden Körpers gebilligt wurde. Für Preßvergehen sollten keine Arreststrafen mehr stattfinden, sondern nur Geldstrafen. Aber diese stiegen von 4000 auf 40000 Franks. Die Concession für die Herausgabe eines Journals wurde erhöht, und nach zweimaliger Verurtheilung sollte es unterdrückt werden. Erinnert diese ganze Procedur nicht an die sechs „Knebelbills," welche Lord Castlereagh im Jahr 1819 der englischen Preßfreiheit und dem Versammlungsrecht entgegenschleuderte? War es nicht eine wahre Ironie, wenn die Regierung in dem nämlichen Augenblick, wo sie der Redefreiheit den Mund verstopfte, eine Rednerbühne in dem Sitzungslokal des gesetzgebenden Körpers aufrichten ließ? Was nützt es einem Abgeordneten, fragte man, wenn er die Rede, welche von dort herab so schön zu aller Ohren gedrungen wäre, in der Tasche zurückbehalten muß? Der Abgeordnete Jules Favre sagte mit Recht, daß durch dieses Reglement die Möglichkeit, von dem Interpellationsrecht Gebrauch zu machen, ganz in den Händen der *Majorität*, das heißt, der Regierungspartei oder der Regierung selbst liege. Die Minderheit stehe auf diese Weise rechtlos und wehrlos da.

Digitized by Google

„Morgen kann die Regierung," rief er aus, „vor dem Gebrüll der Mehrheit die Interpellationen uns nehmen, wie heute die Adresse. Morgen kann sie diese Rednerbühne vernichten und uns dann, Dank der Theorie, daß der Kaiser das Recht habe, die Kammern zu reglementiren, den Mund verstopfen, so daß wir nur noch den Monolog der Regierung vernehmen werden."

Nachdem so der Rede- und Preßfreiheit ein Zaum angelegt war, eröffnete Napoleon am 14. Februar die Kammern mit einer Rede. In der Ueberzeugung, daß auf die skeptischen Franzosen nichts einen so gewaltigen Eindruck machen werde, wie ein Citat des großen Oheims, stellte er die neuesten Veränderungen der Weltlage als etwas hin, das mit Nothwendigkeit habe so kommen müssen und ebendeßwegen auch von großen Geistern mit mathematischer Sicherheit vorausgesehen worden sei. Dabei versäumte er aber nicht, die Autorität Frankreichs als eine gebietende hinzustellen. Er begann damit, daß diese ernsten Ereignisse die Welt durch ihre Schnelligkeit und durch die Bedeutsamkeit ihrer Erfolge in Erstaunen gesetzt haben, und fuhr dann fort: „Doch scheint es, daß nach der Voraussicht des Kaisers sie sich unabweisbar vollziehen mußten. Napoleon sagte zu St. Helena: „„Einer meiner größten Gedanken war die Zusammenschließung (agglomération) und die Concentrirung der nämlichen geographischen Völker, die durch die Revolutionen und die Politik aufgelöst und zerstückelt worden sind. Diese Zusammenschließung wird früher oder später durch die Macht der Dinge zu Stande kommen; der Anstoß ist gegeben, und ich denke nicht, daß nach meinem Fall und dem Verschwinden meines Systems ein anderes großes Gleichgewicht in Europa möglich sein wird, als das der Zusammenschließung und des Bundes der großen Völker."" Die Umgestaltungen, welche in Italien und in Deutschland vor sich gegangen sind, bereiten die Verwirklichung des umfassenden Programms der Einigung der europäischen Staaten in einer einzigen Konföderation vor. Das Schauspiel der Anstrengungen der benachbarten Völker, um ihre seit so vielen Jahrhunderten zerstreuten Glieder zu sammeln, kann ein Land wie das unsrige, dessen sämtliche Theile unwiderruflich unter einander verbunden sind und einen gleichartigen, unzerstörbaren Körper bilden, nicht beunruhigen. Wir haben mit Unparteilichkeit dem Kampfe beigewohnt, der sich jenseits des Rheins entsponnen hat. Angesichts dieses Zusammenstoßes hatte

Digitized by Google

das Land laut seinen Wunsch kundgegeben, demselben fremd zu bleiben. Ich bin diesem Wunsche nicht allein nachgekommen, sondern habe alle meine Bemühungen aufgeboten, um den Abschluß des Friedens zu beschleunigen. Ich habe nicht einen Soldaten mehr unter die Waffen gestellt, kein Regiment vorrücken lassen, und doch besaß die Stimme Frankreichs Einfluß genug, um den Sieger vor den Thoren Wiens aufzuhalten. Unsere Vermittlung hat zwischen den kriegführenden Theilen eine Einigung herbeigeführt, die, indem sie Preußen das Ergebniß seiner Erfolge beließ, Oestreich die Integrität seines Gebietes, mit Ausnahme einer Provinz, erhielt und durch die Abtretung von Venetien die italienische Unabhängigkeit vervollständigte. Unsere Thätigkeit machte sich also im Sinne der Gerechtigkeit und der Versöhnung geltend. Frankreich hat nicht das Schwert gezogen, weil seine Ehre nicht auf dem Spiele stand, und weil es versprochen hatte, eine strenge Neutralität zu halten." In Bezug auf das fatale Mexiko bemerkte der Kaiser, ein großer Gedanke habe die Expedition nach diesem Lande veranlaßt. „Allein an dem Tage, an welchem mir das Maß unsrer Opfer die Interessen, welche uns jenseits des Oceans geführt hatten, zu übersteigen schien, habe ich mich aus freiem Antrieb dazu entschlossen, unser Armeecorps zurückzurufen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat begriffen, daß eine wenig versöhnliche Haltung die Besetzung nur verlängern und die Beziehungen verbittern könnte, welche zum Wohl der beiden Völker freundschaftlicher Natur bleiben sollen." „Preußen", fuhr er fort, „sucht alles zu vermeiden, was unsre nationalen Empfindlichkeiten wecken könnte, und ist in den europäischen Hauptfragen mit uns einverstanden." Unter den Gesetzen, welche den Kammern in Vorschlag gebracht werden sollten, erwähnte er die Militärorganisation und sagte: „Der Einfluß einer Nation hängt von der Zahl der Menschen ab, die sie unter die Waffen rufen kann. Vergessen Sie nicht, daß die Nachbarstaaten sich sehr schwere Opfer auferlegen für eine gute Heerverfassung! Halten wir unsre nationale Fahne stets in derselben Höhe! Dies ist das sicherste Mittel, den Frieden zu bewahren."

Welcher Abstand zwischen dieser und der preußischen Thronrede, die nur zehn Tage nachher gehalten wurde! Haben wir gesehen, wie diese voll Zuversicht und Patriotismus an die deutsche Nation sich wendet und, unbekümmert um das Ausland, welches nicht stören,

Digitized by Google

aber auch nicht gestört werden soll, zur wetteifernden Thätigkeit für des Vaterlandes Größe auffordert, so finden wir die französische Rede voll von geschraubten Wendungen und althergebrachten Phrasen; da und dort gibt es etwas zu vertuschen, eine kleine Unwahrheit anzubringen, mitunter wird auch die Farbe gar zu stark aufgetragen. Gleich das Wort des alten Napoleon ist insofern sehr ungeschickt, als gerade er von einer Zusammenfassung nationaler Kräfte am wenigsten wissen wollte und in seinem ungeheuren Kaiserreich allerdings eine seltsame Agglomeration, aber nicht gleichartiger, sondern höchst ungleichartiger Bestandtheile mit der Gewaltthätigkeit einer Sündflut aufhäufte. Sprach er doch ganz offen davon, daß er nichts von einer deutschen Nation wisse, daß er nur Badener, Württemberger, Baiern u. s. w. kenne, worauf bekanntlich die bairische Regierung von einer bairischen Nation sprach und eine bairische „Nationalkokarde" einführte. In St. Helena freilich scheint der alte Kaiser gar sonderbare Sachen gesprochen zu haben, und der junge greift es auf und träumt schon, wie einst der Bourbon Heinrich IV., von einer europäischen Konföderation. Daß Frankreichs Einfluß Oestreich gerettet und den Sieger vor den Thoren Wiens aufgehalten hat, ohne daß auch nur ein einziges französisches Regiment in Marsch gesetzt wurde, ist zwar wahr, aber verschwiegen ist, wie weiter unten gezeigt werden wird, daß Frankreich trotz der verweigerten „Kompensationen" keinen Krieg mit Preußen damals anzufangen gewagt hat. Und wie durch und durch unwahr wird es uns später vorkommen, daß er „aus freiem Antrieb" seine Truppen aus Mexiko zurückgezogen habe! Wie mag Staatssekretär Seward in Washington über diese Worte gelächelt haben!

Zu vertuschen gab es in Berlin nicht viel; dagegen wurde in dem Reichstag, welcher sich unter seinem Präsidenten Simson konstituirte, manches enthüllt, wodurch Vergangenes und Gegenwärtiges in deutlicheren Umrissen sich zeigte. Als Präsident der Bundeskommissäre legte Graf Bismarck am 4. März dem Reichstag den Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes vor und bat um schleunige Berathung, damit die Verfassung, welche noch die Landtage der verbündeten Staaten durchlaufen müsse, zum Abschluß gebracht sei, bevor das am 4. August 1866 auf ein Jahr geschlossene vorläufige Bündniß ablaufe. Durch eine rasche Beschlußfassung im Norden werden die Beziehungen zu Süddeutschland gefördert werden.

Digitized by Google

Das Vertrauen im Süden und die Mahnung zum Anschluß an die norddeutschen Bundesstaaten werde gefördert, wenn man sehe, daß der Norden seinem Ziele näher rücke. Es liege ein gewisser Ueberschuß an männlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeitsgefühl in den Deutschen, der seit den Zeiten der alten Kaiser ihrer Vereinigung hinderlich gewesen sei und die einzelnen Stämme veranlaßt habe, sich am liebsten auf ihre eigene Kraft zu stützen. In der Ueberwindung dieses partikularistischen Standpunkts seien die verbündeten Regierungen mit gutem Beispiel vorangegangen; es sei keine, die bei dem Entwurf nicht besondere Wünsche beseitigt, nicht Opfer gebracht habe. Auch der Reichstag möge den Beweis liefern, daß er sich die Erfahrungen einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Deutschlands zu Nutzen mache und die Lehren, welche aus den verfehlten Unternehmungen von Frankfurt und Erfurt zu ziehen seien, beherzige. Das Mißlingen dieser Versuche habe in Deutschland einen Zustand der Unsicherheit und Unzufriedenheit hervorgerufen, der sechzehn Jahre lang gedauert und schließlich durch eine Katastrophe, wie die des vorigen Jahres, nach der einen oder der anderen Seite, seinen Abschluß habe finden müssen.

Bei der Generaldiskussion über den Verfassungsentwurf, welche am 9. März begann und vier Tage dauerte, wollten einige Redner, besonders die preußischen Demokraten, den ganzen Entwurf über den Haufen werfen, andere, als Regierungsmänner bekannt, ihn en bloc annehmen, während eine dritte Partei, welche sich nachher als „National-Liberale" zusammenscharte, dem Entwurfe gerne zustimmen wollte, sobald nur einige Verbesserungen angebracht würden. Da Graf Bismarck selbst das Werk für verbesserungsfähig erklärte und sich bereit zeigte, in mehreren heftig angefochtenen Punkten einen Kompromiß zu schließen, so war ein gutes Vernehmen schnell hergestellt und volle Aussicht da, daß das angefangene Werk einen günstigen Abschluß finden werde. Auf den unparteiischen Zuschauer machte die Debatte den Eindruck, daß das Verhältniß, welches früher zwischen dem Grafen Bismarck und dem preußischen Abgeordnetenhaus bestand, der Sache nicht sehr günstig gewesen sei. Wer sich vier Jahre lange mit dem Ministerpräsidenten über das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses herumgezankt hatte, wer alljährlich zur Sitzung einberufen wurde, um alljährlich unverrichteter Sache heimgeschickt zu werden, von dem ließ sich mit einiger Wahrschein-

Digitized by Google

lichkeit annehmen, daß er seinen früheren Standpunkt, trotz der total veränderten Verhältnisse, auch in den Reichstag mithinübernehmen werde. Nicht bloß den Reden der Herren Waldeck und Duncker, auch denen der Herren Twesten und Schulze merkte man eine Vergangenheit voll Mißtrauen und Kampf, merkte man das, was man „Persönlichkeiten" nennt, recht wohl an. Diese Wahrnehmung drängte sich um so mehr auf, als einige Reichstagsabgeordnete aus den annectirten Provinzen, unter welchen besonders Miquel aus Osnabrück und Braun aus Wiesbaden anzuführen sind, eine ganz andere Sprache führten. Denn diese, herzlich froh, aus ihren engen, kleinlichen Verhältnissen herausgerissen und in eine Versammlung versetzt zu sein, welche für weitere Gesichtskreise Raum habe, kamen mit unbefangenem Sinn den Personen und den Sachen entgegen und begrüßten das neue Werk schon deßwegen mit Freuden, weil es zu dem führte, wofür sie schon in ihrer Jugend geschwärmt, zur Einheit. Es ist dabei nicht zu vergessen, daß es eine sehr natürliche Sache ist, wenn auf die Einheit Deutschlands in den kleineren Staaten mehr Gewicht gelegt wird als in Preußen. Denn hier genügt schon Manchem die Einheit des preußischen Staates, und was diese vermag, hat sich aufs glänzendste gezeigt. Wem kann aber eine Einheit Sachsens, eine Einheit Badens genügen? Solche deminutive Einheiten haben nur Sicherheit und Werth, wenn noch einige respektable Nullen hinzukommen und ein Ganzes daraus entsteht, in welchem sie, wenngleich selbst Ganze, fast verschwinden.

Das parteisüchtige Festhalten an den widerwärtigen Reminiscenzen aus dem preußischen Abgeordnetenhaus kann dem Grafen Bismarck nicht zum Vorwurf gemacht werden. Vielmehr stand er und hielt er sich völlig auf der Höhe der Situation, wie sie durch die Thronrede vom 24. Februar geschaffen war. Er war kaum irgend einmal bitter oder aufbrausend, nahm die Widersprüche der Gegner ruhig, zum Theil entgegenkommend hin, wählte zur Widerlegung statt einer wegwerfenden Rede lieber ein erheiterndes Wort, die feine Satire, und wußte, wenn die Debatte in unfruchtbaren Einzelheiten sich verirrte, wenn aus den gegebenen Thatsachen falsche Schlüsse gezogen wurden, immer wieder die rechten Gesichtspunkte hervorzuheben, die großen Ziele vorzuhalten, die Verhältnisse

Digitized by Google

des Ganzen zu den Theilen und der letzteren unter sich in das rechte Licht zu setzen. Mit seiner klassischen Ruhe, mit seiner historischen Kritik, mit seinem scharfen, die Blößen des Feindes erspähenden Auge machte Graf Bismarck den Eindruck eines gebietenden Feldherrn, etwa eines Wellington, wie er auf den Höhen von St. Jean im dichtesten Kugelregen auch keinen Augenblick die Besonnenheit verliert und mit seiner englischen Zähigkeit, die „guten Dienste" des Waffenbruders Blücher freilich nicht zu vergessen, den Sieg erringt. Seit diesem nicht bloß imponirenden sondern auch versöhnlichen Auftreten des Ministers, seitdem man erkannt hat, daß der Mann, welcher mit Blut und Eisen um sich warf und den Beruf Preußens für höher hielt als jedes formale Recht, auch ein Herz für Deutschland habe und die ganze Kraft seines Lebens einsetzen wolle, um die Träume des schlafenden Barbarossa zu verwirklichen und den deutschen Namen wieder in Achtung zu bringen, ist auch das Urtheil der Süddeutschen über ihn ein ganz anderes geworden. Männer, welche früher seine grundsätzlichen Gegner waren, welche ihn zum bestgeschmähten Minister machten, bekennen heute offen, daß sie sich in ihm getäuscht haben, daß auch ihnen der Beruf Preußens, wie er sich jetzt mit dem Berufe Deutschlands identificire, höher stehe als das formale Recht, daß, um jenem Bahn zu brechen, kein anderer Ausweg möglich gewesen sei als Blut und Eisen, und daß sie ihm daher ebenso Indemnität ertheilen wie der preußische Landtag. Die Luftströmung konnte in Süddeutschland so gänzlich umschlagen, daß Graf Bismarck in einzelnen Kreisen in Toasten gefeiert und als der größte Staatsmann bezeichnet wurde, welchen Deutschland seit Stein habe. Solche Urtheile gehörten vor zwei Jahren zu den Unmöglichkeiten; sie sind zwar noch nicht durch alle Schichten der gebildeten Kreise durchgedrungen, haben aber so feste Wurzel gefaßt, daß sie an Ausdehnung nur zunehmen, nicht mehr abnehmen können. Für die Entwicklung des Verhältnisses von Süd zu Nord ist gerade dieser Punkt nicht ohne Wichtigkeit.

Die Haupteinwände gegen den Verfassungsentwurf waren, daß er nichts von einem verantwortlichen Ministerium enthalte, nichts von einem Ausgabebewilligungsrecht beim Militäretat, dessen Höhe ein für allemal festgesetzt sei, so daß auch den Einzellandtagen dadurch ihre bisherigen Rechte geschmälert seien, während man mit

Digitized by Google

Recht fordern könne, daß die Rechte der Einzellandtage auch für den Reichstag gesichert sein sollen. Nur dann, wenn der Reichstag mit möglichst vielen Freiheiten ausgestattet, wenn neben der Centralgewalt ein verantwortliches Ministerium und ein wirklicher Bundesstaat mit dem ganzen Apparat des Konstitutionalismus hergestellt sei, würden die in solchen Sachen heiklen und verwöhnten Süddeutschen Eintrittsgelüste bekommen. Aber während aus diesen und anderen Gründen Waldeck und Duncker den Entwurf für unannehmbar erklärten, Schulze-Delitzsch, Michaelis, Lasker, Twesten auf einen Kompromiß hindeuteten, der letztere freilich mit dem Beisatze, daß sonst der Entwurf von dem preußischen Abgeordnetenhaus sicher verworfen werde, warfen sich die Neupreußen, Miquel und Braun, mit voller Lebenslust in den breiten Strom des Einheitsstaates, überzeugt, daß, wenn nur erst dieser geschaffen sei, alles übrige sich von selbst ergeben werde. „Die Mainlinie," rief Miquel aus, „sei nur ein Gespenst; wir stehen jetzt dort und wissen, daß es nur eine Haltstation für uns sei, wo wir Wasser und Kohlen einnehmen, um, nachdem wir Athem geschöpft, weiter zu gehen. Wenn die Italiener, um sich als Nation zu konstituiren, über den Frieden von Villafranca sich hinweggesetzt haben, so werden wir, die wir uns nicht mit Hilfe des Auslandes frei gemacht, auch über Nikolsburg uns wegsetzen können. Die vorliegende Verfassung begründe einen ungeheuren Fortschritt, und er und seine politischen Freunde seien bereit, zur Begründung des Bundes jedes Opfer, sogar das der Freiheit zu bringen. Er sei aber überzeugt, daß es einer so weiten Beschneidung der Volksrechte nicht bedürfen werde, als es in dem Entwurf geschehe. Vor den Freiheitsphrasen, welche man gegen den Entwurf gebrauche, warne er; hinter diesen Phrasen stecke nichts als der Partikularismus. Ihm und seinen Freunden, die aus den neuen Provinzen hieher gekommen, sei der Blick nicht getrübt aus der Vergangenheit, wie manchem der Herren aus den alten Provinzen; sie fassen eben nur die Hauptsache ins Auge, die Einheit." Aehnlich äußerte sich Braun: „Der Entwurf möge den idealen Anforderungen nicht genügen; aber dafür sei er um so praktischer. Die Mainlinie rufe bei ihm gar keine Bedenken hervor. Haben wir nicht 30 und noch mehr Mainlinien gehabt? Ein Südbund sei nicht zu fürchten. Den Agitatoren in Süddeutschland sei z. B. Württemberg noch viel zu groß; am liebsten zerschlügen sie

Digitized by Google

den Staat in einzelne „Kantönli," um sich in denselben zu Diktatoren aufzuwerfen. Es herrsche dort in staatlicher Beziehung eine centrifugale Kraft. Man brauche übrigens den Süddeutschen nicht nachzulaufen; sie werden schon zur Einsicht gelangen und ganz von selbst kommen."

Von der katholischen Fraktion berief sich Michelis auf sein jungfräuliches Gewissen, das ihm nicht erlaube, den auf die preußische Verfassung geleisteten Eid dadurch zu verletzen, daß er irgend ein Recht aus derselben zu Gunsten der Bundesverfassung entfernen lasse, und Mallinkrodt lobte zwar die preußische Regierung, daß sie der katholischen Kirche, d. h. den Jesuiten freie Bewegung gestatte, was in Süddeutschland nicht der Fall sei, und ließ zwar dem Gott der Schlachten seine guten Gründe dafür, daß er Preußen habe siegen lassen, erklärte aber dennoch, daß dieses Preußen in Schleswig-Holstein und im übrigen Deutschland im Unrecht, Oestreich nur in der Abwehr gewesen sei. Einen ähnlichen Ton schlug der schleswig-holsteinsche Abgeordnete Dr. Schleiden an, sprach von der Unsittlichkeit der Annexionen und erklärte, das monarchische Prinzip sei noch nie durch eine Regierung von Gottes Gnaden so tief erschüttert worden wie im verflossenen Jahr durch die preußische. Auch der ehemalige hannöversche Minister Freiherr von Münchhausen hielt es für passend, alte Wunden aufzureißen und warf sich zum Vertheidiger der Königin Marie auf, als wollte er die Zeiten eines Prinzen Christian von Braunschweig-Halberstadt zurückrufen, welcher im dreißigjährigen Kriege den Handschuh der Böhmenkönigin Elisabeth an seinem Hute trug und auf seine Fahnen die Worte sticken ließ: tout pour Dieu et pour elle. Und damit noch nicht genug, äußerte er sich mit Entrüstung darüber, daß die preußische Regierung die Kapitulation von Langensalza nicht gehalten und das Privatvermögen des Königs Georg mit Beschlag belegt habe. Hinsichtlich der unglücklichen Lage Hannovers, von der er ein düsteres Bild entworfen hatte, belehrten ihn die Hannoveraner Bennigsen und Grumbrecht, daß die Annexion des Landes kein Unglück, sondern eine nur zu lange versäumte nationale Pflicht gewesen sei. Der ganze hannöversche Mittelstand sehe die Annexion als eine Wohlthat an, und es werde nicht lange dauern, so werden die Hannoveraner eben so gute Preußen sein wie die Westfalen und Rheinländer.

Digitized by Google

Den Vorwurf, als habe Preußen die Kapitulation von Langensalza nicht gehalten, wies Graf Bismarck als eine unwürdige Verleumdung mit Entrüstung zurück. Es habe sich in der Kapitulation nur um dasjenige Privatvermögen gehandelt, welches der König mit sich geführt habe; darüber sei der Militärvertrag abgeschlossen worden; über das übrige Privateigenthum haben Staatsverträge zu bestimmen. Auf die hannöversche Katastrophe übergehend fuhr der Minister fort: „Jahrhunderte lange Erinnerungen und Traditionen haben die hannöversche Politik und Armee mit der preußischen verknüpft. Die Gruppirung des siebenjährigen Krieges war eine vollkommen natürliche. Aber seit einigen Jahren hat sich Hannover von dieser natürlichen Verbindung losgerissen. Ich habe seine Minister mit den Worten gewarnt: „„Wenn Sie Preußens Ehrgeiz fürchten, können Sie ihn nicht wirksamer entwaffnen als dadurch, daß Sie seine treuen Bundesgenossen sind.““ Einem Bundesgenossen nach dem siegreichsten Kriege ist kein Fürst des Hauses Hohenzollern im Stande, ein Haar zu krümmen. Wenn Sie sich aber mit unseren Feinden alliiren, obschon Sie dieselben Interessen mit uns haben, wenn Sie zwischen Hamburg, Minden und Köln einen Staat schaffen, von dem wir befürchten müssen, daß er jede Verlegenheit Preußens nach außen, jede Front, die wir nach Süden machen, benützen, um uns, ich will nicht sagen, den Dolch, aber die Waffe in den Rücken zu rennen, ein solcher Staat kann mit unserem Willen nicht bestehen, seine Fortexistenz wäre unverträglich mit der Preußens, und derjenige Minister, welcher die erste Gelegenheit, die sich zur Beseitigung eines solchen Hannovers darbietet, versäumt hätte, verräth sein Land, verräth Deutschland. Wir haben lange unterhandelt, vielleicht zu lange über ein Bündniß mit Hannover; wir haben noch bei Langensalza unterhandelt. Woran scheiterten diese Unterhandlungen? An der Abneigung des Königs Georg, Garantien dafür zu geben, daß die hannöversche Armee nur ein Jahr lang sich der Feindseligkeiten gegen uns enthalten möge. Wir haben das Bündniß angeboten von dem Augenblick an, wo wir die Möglichkeit eines Krieges voraussahen, sind aber mit Tergiversationen hingehalten worden. Man hat uns in amtlich mitgetheilten Noten einen Neutralitätsvertrag versprochen, inzwischen aber fortgefahren, heimlich zu waffnen. Man ließ Waffen und Munition nach Stade schleppen, um dort eine feste Position zu nehmen, um

Digitized by Google

dort mit dem Corps des östreichischen Generals Gablenz, mit den Streitkräften, welche das Haus Augustenburg in Holstein würde mobil machen können, und deren Waffen wir dann in Hamburg gefunden haben, eine Diversion gegen uns im Rücken gemeinschaftlich mit Oestreich zu machen. Einer solchen Gefahr kann sich Preußen nicht zum zweitenmal aussetzen. Wir haben die Verhandlungen hinausgezogen in der Hoffnung, Hannover werde sich besinnen; es hat uns widerstrebt, gegen diesen befreundeten und benachbarten Stamm den Degen zu ziehen. Um dies zu vermeiden, haben wir rechtzeitig (am 12. Juni 1866) in Hannover amtlich folgendes kundgegeben: „„Stimmt Hannover für den östreichischen Antrag (vom 11. Juni auf Mobilmachung der Bundesarmee), worüber am 14. Juni in der Bundesversammlung votirt werden soll, so werden wir dies als eine Kriegserklärung betrachten und darnach verfahren.““ Die Regierung von Hannover war also vollständig gewarnt, verließ sich aber auf die 800,000 Mann östreichischer Truppen; in dieser Höhe war nämlich die Stärke der östreichischen Armee durch den Prinzen Solms angegeben, der seinem hohen Verwandten, welcher zwischen Preußen und Oestreich schwankte, einen schlechten Dienst damit erwiesen hat. Man hat Krieg gewollt mit offenen Augen, man war entschlossen, im Fall des Sieges preußische Provinzen zu nehmen. Daher hat man kein Recht, sich zu wundern, daß der Krieg die ernsten Folgen gehabt hat, und jetzt uns gegenüber einen Ton der Klage über diese Folgen anzustimmen. Wenn das Blut, wenn die Freiheit von Preußen aufs Spiel gesetzt wird, wenn das ganze Königreich, wie es war, mit seiner glorreichen Krone als Einsatz stand, wenn die Kroaten unser Land mit ihren Plünderungen bedrohten, wenn die Fremdherrschaft, ich weiß nicht auf wie lange, uns bevorstand, wenn man uns in der Gefahr einen Stich in die Seite gibt, dann soll man sich hernach nicht auf den Standpunkt der Sentimentalität stellen und über schlechte Behandlung klagen. Ich rathe Ihnen und Ihren politischen Freunden auf das dringendste ab, daß Sie uns nicht herausfordern. Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind.“ Diese Rede enthielt ein vernichtendes Urtheil über die welfische Politik. Sie war zugleich eine runde Herausforderung an alle Anhänger derselben, mit ihren Vertheidigungswaffen sich bereit zu halten. Aber

Digitized by Google

niemand wagte es, auch nur mit einem Buchstaben diese Herausforderung anzunehmen.

Nicht minder schlagend erwiderte der Minister den Angriffen auf den Entwurf, welche von zwei Seiten kamen, von der unitarischen und partikularistischen. Von ersterer Seite verlange man die Herstellung eines verantwortlichen Ministeriums. Wer denn von den 22 Regierungen dieses ernennen solle? Ein verantwortliches Ministerium sei undenkbar ohne einheitliche Spitze, diese aber bedeute die Mediatisirung, und von einem Bundesverhältniß könne dann keine Rede mehr sein. Die Süddeutschen würde man durch ein konstitutionelles einheitliches Ministerium nicht gewinnen, sondern zurückschrecken. Bedenklicher seien die Einwendungen von partikularistischer Seite. Man spreche davon, wenn dies und jenes nicht verwilligt werde, so werde der preußische Landtag den Verfassungsentwurf verwerfen. Sonst habe man nur von partikularistischen Dynastien gesprochen; jetzt sei eine neue Species hinzugekommen, die parlamentarischen Partikularisten. Hie Reichstag, hie Landtag! sei die Losung. Abgesehen davon, daß der betreffende Herr zu dieser Drohung keine Legitimation habe, so könnten mit dem nämlichen Recht die mecklenburgischen Ritter sagen: „Wenn ihr uns unsere Vorrechte nicht garantirt, so spielen wir nicht mit.“ Ob denn jemand glaube, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker zum Kampfe führte, zu einem eisernen Würfelspiel, bei welchem um Kaiser- und Königskronen gespielt wurde, daß die vielen Tausende der dafür in den Tod geschickten Menschen, daß dies alles mit einer bloßen Landtagsresolution ad acta gelegt werden könnte? Er habe die sichere Ueberzeugung, daß, wenn man sich hier geeinigt habe, kein deutscher Landtag einen Beschluß gegen den Entwurf fassen werde. Man sollte doch nicht die Regierung im Verdacht haben, daß sie von der historischen konstitutionellen Entwicklung Deutschlands sich lossagen und mit dem Parlamentarismus aufräumen wolle. Man könne von der preußischen Dynastie nicht erwarten, daß sie an ein nationales Werk mit dieser Heuchelei herantrete. Die Regierung wolle in der Verfassung denjenigen Grad von Freiheit gewahrt wissen, der mit der Sicherheit des Ganzen irgend verträglich sei. Das Militärbudget solle so wenig als das Budget für die übrigen Ausgaben dem Reichstag völlig entzogen werden. Andererseits dürfe aber auch, zumal für die nächste Zukunft, die

Digitized by Google

Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Majoritäten abhängen. Die Regierung sei daher bereit, für den Militäretat ein Uebergangsstadium anzunehmen, in der Weise, daß das Budgetrecht des definitiven Reichstags gewahrt und der Militäretat als Pauschquantum für die Dauer des mit dem Parlament deßwegen gleichsam abzuschließenden Vertrags festgestellt werde. Mit Süddeutschland habe man zunächst die Gemeinschaft des, freilich auf sechs Monate kündbaren, Zollvereins. Sobald die norddeutsche Verfassung fertig sei, werde er die süddeutschen Regierungen zu Berathungen über einen unkündbaren Zollverein einladen. Es müssen für denselben organische Einrichtungen geschaffen werden, vermöge deren Süddeutschland an der Gesetzgebung über Zollsachen theilnehme. Solche gemeinsame Organe der Gesetzgebung, wenn sie einmal geschaffen, werden sich der Aufgabe nicht entziehen können, auch andere Gegenstände der materiellen Wohlfahrt sowie die Civilprozeßgesetzgebung u. s. w. allmählich sich anzueignen und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen. Was die Machtfrage betreffe, so halte er die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland jedem Angriff gegenüber, in allen Fragen, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handle, für gesichert. „Für den Augenblick," schloß der Minister, „kann ich nichts hinzufügen als die Aufforderung: arbeiten Sie rasch! Helfen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon selbst können."

Wenn hier der Minister von Mitteln und Maßregeln sprach, welche zur Verbindung von Nord- und Süddeutschland dienen und dienen sollen, so waren diese greifbarer und praktischer als das von demokratischer Seite verlangte verantwortliche Ministerium, das überall, wo es solche gibt, in dringenden Fällen ebenso unverantwortlich handelt wie ein unverantwortliches. Aus dem Zollverein schien bereits ein ganz Deutschland umfassendes Zollparlament hervorzuwinken, und die Erklärung über gegenseitige Unterstützung in Kriegsfällen war ganz dazu gemacht, den Appetit nach weiteren Enthüllungen in hohem Grade zu reizen. Blieb auch die Mainlinie vorerst stehen; so viel war sicher: es gab Brücken. Der Anstoß, diese der Oeffentlichkeit zu übergeben, sollte von anderer Seite kommen.

Wie einst den jungen Themistokles die Trophäen des alten Miltiades nicht schlafen ließen, so fühlte sich das alte Frankreich sehr unbehaglich bei dem siegreichen, selbstbewußten Auftreten des jungen

Digitized by Google

Preußens. Es ging ihm, wie dem guten Gretchen im Faust, wenn es singt: „Meine Ruh' ist hin, mein Herz ist schwer, ich finde sie nimmer und nimmermehr." Und der kleine Thiers hatte in seinen alten Tagen noch den tollen Einfall, die Rolle des Gretchens übernehmen und in einem dreistündigen Monolog Bekenntnisse einer schönen Seele ablegen zu wollen. Als Geschichtschreiber des Napoleonischen Konsulats und Kaiserreichs hatte er sich ganz in jene Zeiten der französischen Glorie hineingelebt, dachte sich sein Frankreich wie eine Sonne, um welche die übrigen Staaten herumhüpfen und den Jungfernkranz mit veilchenblauer Seide winden, und wie er nun auf einmal sah, daß das Planetensystem zu Ungunsten Frankreichs verrückt worden sei, so hielt er sich für berufen, der heruntergekommenen Napoleonischen Politik den Text zu lesen und ihr eine Vorlesung über das alte Staatsrecht zu halten. Der gute Mann war offenbar um zwei Jahrhunderte zu spät auf die Welt gekommen, woran freilich er selbst am wenigsten Schuld ist. Die Zeiten Richelieus und Mazarins, wo von den 300 bis 400 Staaten Deutschlands immer ein Theil von Frankreich bestochen und mit demselben gegen den andern Theil verschworen war und im offenen Feld stand, wären freilich das rechte Lebenselement für den ehemaligen Minister Louis Philipps gewesen. Wie er aber auf einmal rechts vom Main einen starken Nordbund sich entwickeln sah und links davon keinen Südbund, da schrie er wie ein eigensinniges Kind über die Störung des europäischen Gleichgewichts, als ob nicht vielmehr jetzt erst durch Aufhebung des französischen Uebergewichts das europäische Gleichgewicht hergestellt wäre. Aber in seinem Dünkel und in seiner Unredlichkeit verwechselt er und mit ihm Tausende von Franzosen diese zwei Begriffe fortwährend mit unausstehlicher Naivetät.

Um seine Schlagwörter zur Vertheidigung eines abgelebten Princips und zur Uebertünchung einer grenzenlosen Heuchelei auf offener Bühne zu proklamiren, kündigte er, der neuen Geschäftsordnung gemäß, seine Interpellation über die von der Regierung in den deutschen Verhältnissen eingehaltene Politik an. Die Kammer war, obgleich sich für die Regierung nicht lauter Komplimente erwarten ließen, so begierig, den alten Parlamentskämpfer zu hören, daß seine Interpellation die chinesische Mauer der vier Kommissionen glücklich passirte und er am 14. März die Rednerbühne besteigen konnte, während die Galerien zum Erdrücken voll

Digitized by Google

waren. Als letzte Ursache der Störung des europäischen Gleichgewichts bezeichnete er die allgemeine Verbreitung der sogenannten Nationalitätsidee. Früher sei Frankreich von einer Menge von kleinen Staaten umgeben gewesen, deren Selbständigkeit von ihm geachtet worden sei; nun aber haben einige derselben (Italien und Preußen) vermöge der Idee der Massengestaltung derjenigen Völker, welche den gleichen Ursprung und die gleiche Sprache haben, zu Großstaaten sich emporgeschwungen und dadurch sei alles außer Rand und Band gebracht. Auf dieser alten Politik der kleinen Staaten habe Frankreichs Größe beruht. Seitdem man sie nicht mehr respektire, sei die Lage eine ganz andere. Durch die Politik der Nationalitäten sei Italiens Einheit geschaffen, durch sie habe Preußen die deutsche Einheit fast zu drei Viertheilen hergestellt. In Folge dessen herrsche nur eine Leidenschaft in Deutschland: man wolle nicht mehr einen Zoll deutschen Landes angreifen lassen. Nur durch die Einheit Italiens, welche Oestreich zwang, 150,000 Mann bei Custozza aufzustellen, habe die Schlacht von Sadowa gewonnen werden können, und so sei Frankreich, welches die Einheit Italiens herbeigeführt habe, Schuld an Preußens jetziger Größe. Dieses habe jetzt mit dem Nordbund 31 Millionen und werde nach Konstituirung des Nordbundes seine militärische Allianz mit Süddeutschland machen, was eine Macht von 40 Millionen an den Grenzen Frankreichs herstelle. Durch dieses verhaßte Nationalitätsprincip werde auch noch der Orient auseinandergehen. Rußland sei um so mehr zu fürchten, als dieses offenbar mit Preußen verbunden sei. Im Gegensatze gegen sie müsse sich Frankreich an die Spitze der bedrohten Interessen stellen, um neue Gewaltthätigkeiten zu verhindern, Hand in Hand mit England gehen, damit kleinere Staaten wie Holland, Belgien, Dänemark, Schweden, Portugal sich an sie anschließen und Oestreich ihrem Beispiele folge. Auf diese Weise werde der Friede gesichert werden. Aber es sei die höchste Zeit. Nicht einen einzigen Fehler mehr dürfe man begehen." „Es ist wahr", äußerte jemand nach der Sitzung, „Herr Thiers weiß alle Interessen zu sichern, aber er macht aus Frankreich den Gensdarmen Europa's."

Am folgenden Tage, am 15. März, ergriff Garnier-Pagès das Wort und sagte von Thiers, daß er „die Traditionen der alten Monarchie vertrete, dabei aber übersehe, daß, nachdem drei große

Digitized by Google

Revolutionen zwischen Sonst und Jetzt liegen, diese Traditionen für die heutigen Zeiten und Völkerbestrebungen nicht mehr maßgebend sein können. Der Einfluß, welchen heutzutag eine große Regierung nach außen ausübe, dürfe nur ein moralischer, nicht ein materieller sein, daher er mit dem Ausspruch der Thronrede nicht einverstanden sei, daß der Einfluß einer Nation von der Zahl der Soldaten abhänge, welche sie ins Feld stellen könne; vielmehr hänge er von den Staatseinrichtungen und Principien ab. Bismarck habe übrigens ein unmögliches Werk unternommen, elf (?) Millionen Deutschöstreicher ausgeschlossen, das übrige Deutschland in zwei Theile geschnitten und aus dem einen ein Großpreußen gemacht, die Nationalitätsgefühle mißachtet, eine Verfassung oktroyirt und alles in seinem Militärismus absorbirt."

Mit dieser Prophezeiung eines baldigen Auseinanderfallens Deutschlands war der nächste Redner, Emil Ollivier, nicht einverstanden. „Die Annexionen Preußens verdamme er zwar entschieden als eine Verletzung des Rechts, aber den Nordbund halte er für etwas Rechtmäßiges und Unangreifbares; denn er beruhe zunächst auf frei eingegangenen Verträgen der Fürsten und auf der demnächst erfolgenden Zustimmung eines aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlaments, und es bleibe völlig gleichgiltig, ob das Zustandekommen dieses Bundes den Franzosen angenehm oder unangenehm sei. Das Werk des Grafen Bismarck werde nicht wieder zerfallen, sondern werde dauern und sich ausbreiten, und eines Tages werde der militärisch organisirte Süden trotz des Prager Friedens dem Norden über den Main hinüber die Hand zum Bunde reichen. Was dann Frankreich thun solle? Mit Vertrauen ein Werk hinnehmen, das, nach seiner Ueberzeugung, nicht gegen Frankreich gerichtet sei. Nur dadurch könne man Preußen und Deutschland von Rußland abziehen, durch welche Trennung der russischen Besitzergreifung Konstantinopels der stärkste Riegel vorgeschoben würde."

Der Redner des 16. März, Graf Latour, forderte die Verbindung Frankreichs mit Oestreich zur Wahrung der drei großen Interessen, welche beiden Kaiserstaaten gemein seien: Verhinderung der Eroberung Konstantinopels durch die Russen, Verhinderung der Herstellung eines deutschen Reiches durch Preußen und Aufrechthaltung der weltlichen Macht des Papstes. Der Krieg mit Preußen

Digitized by Google

sei unvermeidlich und nur noch eine Frage der Zeit. Daher müsse Frankreich die Integrität Oestreichs mit Festigkeit aufrecht halten, mit den süddeutschen Staaten eine Allianz eingehen und Preußen nebst seinem Nordbund ein „Bis hieher und nicht weiter!“ zurufen.

Diesen brennenden Kriegseifer suchte Staatsminister Rouher zu dämpfen und zugleich die kaiserliche Politik gegen Herrn Thiers zu vertheidigen. Der vierte Juli (an welchem die Nachricht von dem Siege der Preußen bei Königgrätz einlief) war nach dem Geständniß des Ministers ein gewichtiger Tag. „Diesem unwahrscheinlichen und unerwarteten Ereigniß gegenüber waren die Herzen aller Männer der Regierung mit patriotischer Angst erfüllt. Die Entscheidungen, die wir ins Auge zu fassen hatten, waren von denen, welche auf Jahrhunderte hinaus die Zukunft bestimmen, und wir hatten nur Minuten, um uns zu entscheiden. Wir glaubten uns weder in schmollende Thatlosigkeit versenken, noch zur Kriegsdrohung greifen zu sollen. Wir hielten an dem Gedanken fest, den Frieden zu erhalten oder doch so bald als möglich wiederherzustellen, und entschieden uns daher für Vermittlung. Dadurch haben wir den Sieger vor den Thoren Wiens aufgehalten, ihn aufgehalten, als er Baiern 900,000 Seelen wegnehmen wollte, die Abfindung mit Sachsen, Württemberg und den anderen Mächten gemildert und den Krieg auf 20 Tage beschränkt. Der Phrase: „es ist kein Fehler mehr zu begehen,“ stelle er die Wahrheit entgegen, und diese laute: „es ist nicht ein einziger Fehler begangen worden.“ Die jetzige Hegemonie Preußens sei aus seiner Hegemonie im Zollverein entstanden. Doch sei die jetzige Lage Deutschlands für Frankreich günstiger als die unter dem deutschen Bund mit seinen 75 Millionen Einwohnern, der eine beständige Bedrohung Frankreichs gewesen sei. Thiers habe zwar gesagt, der deutsche Bund sei eine bloße Defensivmacht gewesen. Aber 1859 haben die 300,000 Mann, welche Preußen mobilisirte, den Kaiser vor dem Festungsviereck aufgehalten. Er habe den Frieden von Villafranca nur unterzeichnet, weil er Frankreich um Italiens willen nicht weiter gefährden wollte. Jetzt habe Preußen mit dem Nordbund 29 Millionen und könne sich durch eine Allianz mit dem Südbund auf 32 (?) vermehren. Oestreich werde sich mit seinen 33 Millionen Einwohnern bald wieder lebenskräftig erweisen. In dieser Dreitheilung Deutschlands sehe er keine Gefahr. Wollte aber Preußen, wie man sage, bis zur Zuyderzee

Digitized by Google

vordringen, so würden Frankreich und England eine Sprache vernehmen lassen, die es Preußen begreiflich machen müßte, daß die Zeit toller Anmaßungen vorüber ist."

Darauf entgegnete am folgenden Tage Jules Favre, wenn alles so ruhig aussehe, wie der Minister angebe, warum er denn die Ruhe des Landes durch Vorlage eines neuen Militärgesetzes störe? Der deutsche Bund sei keine Drohung für Frankreich gewesen, das damals eine zehnmal geringere Streitmacht zu seiner Sicherheit gebraucht habe. Das einzige Mittel, die deutsche Einheit zu verhindern, sei, der unterdrückten deutschen Völker und der vertriebenen Fürsten sich anzunehmen.

Zeigte Jules Favre, dieser Vorkämpfer der Freiheit, daß er über andere Völker ebenso kleinlich denke wie Thiers und sich nichts daraus machen würde, Arm in Arm mit dem Kurfürsten von Hessen und dem Herzog von Nassau gegen das norddeutsche Parlament Sturm zu laufen, so gieng Granier von Cassagnac, welcher zu den intimsten Bekannten der Tuilerien gehört, auf das Lieblingsthema der Franzosen ein. „Er glaube mit Ollivier, daß die deutschen Verhältnisse sich konsolidiren, mit Thiers, daß sie für Frankreich eine große Gefahr werden können. Aber sein Patriotismus habe seine besonderen Vorurtheile. Er glaube an die natürlichen Grenzen und halte sich für sicherer hinter einem Berg oder einem breiten Fluß als hinter einem Grenzpfahl mit dem preußischen Wappen. Frankreich habe das Recht, an allen Punkten und in allen Fragen, wo seine Sicherheit ins Spiel komme, sich einzumischen und selbst seine Interessen zu definiren und abzugrenzen. Zunächst verlange er den Frieden, wenn man ihn wolle, und den Krieg, wenn man dazu nöthige."

Die Menge von Unwahrheiten und Fälschungen, welche in diesen französischen Reden sich kundgab, mußte von Seiten Deutschlands Entgegnungen und Berichtigungen hervorrufen. Bei weitem die beste Antwort für die Herren Thiers, Latour und alle diejenigen, welche auf Süddeutschland spekulirten, war die Mittheilung, daß eine Allianz mit Süddeutschland nicht erst zu schließen, sondern schon geschlossen sei. Es war am 18. März, als der Reichstag in Berlin die einzelnen Artikel des Entwurfs zu berathen anfieng und über das „Bundesgebiet" debattirte. Bei dieser Gelegenheit erhoben sich zuerst zwei Gegner Deutschlands, der Pole

Digitized by Google

Kantak und der Däne Kryger. Jener protestirte gegen die Aufnahme Posens in den deutschen Bund, dieser wünschte, daß die Rechte derjenigen Nordschleswiger vorbehalten werden, welchen nach dem Prager Frieden die Entscheidung durch freie Abstimmung, ob sie zu Deutschland oder zu Dänemark gehören wollen, anheim gegeben sei. Graf Bismarck entgegnete dem Polen Kantak, daß die Bewohner des zu Preußen gekommenen Theils der ehemaligen Republik Polen mit der preußischen Regierung, unter welcher sie einen früher nie gekannten Wohlstand und Rechtssicherheit genießen, vollkommen zufrieden seien. Nur der Adel, die Geistlichkeit und die gutsherrlichen Arbeiter seien für eine Revolution und setzen alle 15 Jahre „zur Auffrischung der Gefühle" eine solche in Scene; gerade an dem Widerstand der Bauern seien bis jetzt alle Revolutionen gescheitert. Es gebe überhaupt nicht so viele Polen, als man gewöhnlich glaube. Von den 24 Millionen Menschen, welche die ehemalige Republik Polen bewohnten, seien nur 7 Millionen Polen, die übrigen seien Russen. Mit welchem Recht denn diese 7 Millionen die Herrschaft über 17 Millionen ansprechen könnten? Die Preußen haben sich durch schwere Kriege und durch die Verträge von 1815 in den Besitz von Posen gesetzt, in welchem neben 800,000 Polen 700,000 Deutsche wohnen. Der Gedanke an die Herstellung der polnischen Republik sei daher ein phantastischer.

Nicht besser kam der Däne Kryger weg. Ihm erwiderte Graf Bismarck, nicht den Nordschleswigern, sondern nur dem Kaiser von Oestreich stehe das Recht zu, eine Abstimmung zu verlangen. Ob einige dänisch redende Schleswiger zu Preußen gehören oder nicht, daran liege gar wenig. Wo aber die Grenze gesteckt werden solle, werde Preußen nach seinem Interesse bestimmen. Jedenfalls werde es nicht so weit zurückgehen, um später Düppel noch einmal erstürmen zu müssen. Im Vertrage heiße es nicht „der nördliche Distrikt," sondern „die nördlichen Distrikte Schleswigs." Man könne sich diese Distrikte groß und klein denken, wie man wolle; so groß, wie man sie sich in Kopenhagen denke, werden sie aber wohl nicht ausfallen. Wann die Abstimmung stattfinden solle, darüber habe der Friedensvertrag nichts festgesetzt; Preußen habe hierin eine gewisse Freiheit. Jedenfalls müssen vorher Verhandlungen mit dem dänischen Kabinet gepflogen werden, theils zum Schutz der in jenen Distrikten wohnen-

Digitized by Google

den Deutschen, theils wegen Uebernahme des schleswig-holsteinischen Staatsschulden-Antheils.

Aber auch Süddeutschland kam bei der Berathung dieses Artikels zur Sprache, und ein Mitglied des Reichstags äußerte das Bedenken, daß das in der französischen Kammer angerathene Bündniß zwischen Süddeutschland einerseits, Frankreich und Oestreich andererseits wirklich geschlossen werden möchte. Graf Bismarck antwortete darauf, „er wolle seiner neulichen Bemerkung noch hinzufügen, daß die militärische Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland bereits seit dem Friedensschlusse vertragsmäßig festgestellt sei." Die Versammlung begrüßte diese Erklärung mit der freudigsten Aufregung, und manches deutsche Herz, im Nord und Süd, fühlte sich einer Last entledigt. Schon am folgenden Tage, am 19. März, veröffentlichte der preußische Staatsanzeiger und die officielle bairische Zeitung einen Zusatzartikel zum preußisch-bairischen Frieden vom 22. August 1866, wonach an diesem Tage die Könige von Preußen und von Baiern ein Schutz- und Trutzbündniß mit einander abschloßen, sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes garantirten, im Fall des Kriegs ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung stellten und für diesen Fall der König von Baiern den Oberbefehl über seine Truppen dem Könige von Preußen übertrug. In den nächsten Tagen machten auch die badischen und württembergischen Blätter den dem bairischen gleichlautenden Allianzvertrag bekannt, welchen Baden am 17., Württemberg am 13. August 1866 als Zusatz zu den Friedensverträgen mit Preußen abgeschlossen hatte. Daß aber sieben Monate lang von der Existenz dieser so wichtigen Verträge nichts in's Publikum drang, beruhte auf einem besonderen Artikel derselben, welcher ihre vorläufige Geheimhaltung festsetzte. Doch drängten sich unwillkürlich zwei Fragen auf: Was hat den Grafen Bismarck veranlaßt, gerade jetzt sein Geheimniß zu veröffentlichen? Und was hat die süddeutschen Regierungen im vorigen Jahre bewogen, mit dem Sieger ein Bündniß zu schließen? Eine Flut von Gerüchten und Vermuthungen überschwemmte die inländischen und ausländischen Zeitungen. Alle Zeichen aber wiesen nach Paris und nach München als diejenigen Orte, wo eine Antwort am besten am Platz sei. Es ließ sich zunächst keine wirksamere Demonstration gegen die französische Anmaßung, welche sich bei der Thiers'schen Interpellation so breit ge-

Digitized by Google

macht hatte, denken als eben die Publikation dieser Verträge. Freilich wird auch behauptet, der Inhalt dieser Verträge sei dem Tuilerienkabinet schon im September 1866, als der östreichisch gesinnte Minister Drouyn de Lhuys das auswärtige Ministerium an Moustier abgab, mit der Bitte um Geheimhaltung mitgetheilt worden. Warum man aber ein Geheimniß, welches dem Wiener Kabinet ein solches bleiben sollte, gerade dem französischen beichtete, da es doch auf der Hand lag, daß dieses in einer sie beide gleich unangenehm berührenden Sache die diplomatische Verschwiegenheit nicht übertreiben werde, bleibt noch unaufgeklärt. Ja man sagt sogar, daß Preußen und Baiern, um die Verlegenheiten der französischen Regierung nicht zu vermehren, absichtlich erst n a ch den Interpellationsdebatten die Verträge veröffentlicht haben.

Wie dem auch sei, Thatsache ist, daß Fürst Hohenlohe sehr auf Veröffentlichung drang. Die östreichische und klerikale Partei in Baiern griff ihn wegen seiner in dem oben angeführten Programm ausgesprochenen Hinneigung zu Preußen heftig an und erschwerte ihm die Durchführung dessen, was als Konsequenz des Vertrages angesehen werden muß, eines neuen Militärgesetzes. Die Stellung des Fürsten war dieser Partei gegenüber eine günstigere, wenn er nachweisen konnte, daß er diese Lage nicht geschaffen, sondern angetreten, daß sein Vorgänger, der antipreußische Minister von der Pfordten, schon längst einen Allianzvertrag abgeschlossen und er selbst nichts weiter zu thun habe, als demselben getreulich nachzukommen. Auch war nicht zu verkennen, daß durch die Publikation dieser Verträge das Vertrauen des Reichstags und des ganzen Nordbunds zu den leitenden Persönlichkeiten, die Hoffnung auf den Bestand des eben erst zu gründenden Werkes ungemein gestärkt und daß auch in Süddeutschland durch ein solches fait accompli ein weit günstigerer Boden hergestellt wurde.

Auch über die Gründe, welche die süddeutschen Staaten aus Gegnern zu Bundesgenossen Preußens gemacht haben, sind einige Enthüllungen mitgetheilt worden. Preußen hatte zunächst die Absicht, mit der Mainlinie vollen Ernst zu machen und seine süddeutschen Gegner nicht viel glimpflicher zu behandeln als die norddeutschen Fürsten, welche ihre östreichische Freundschaft mit ihrem Throne bezahlen mußten. Es beabsichtigte daher, ganz Oberhessen und den rechts vom Main gelegenen Theil von Baiern zu annectiren. Damit

Digitized by Google

aber Württemberg und Baden nicht allein ungestraft davon kommen, sollte hinwiederum durch diese Baiern und Hessen entschädigt werden. Um diese höchst unerwünschten Gebietsabtretungen abzuwälzen oder doch auf ein bescheideneres Maß zurückzuführen, wandten sich die Minister der Südstaaten, mit Ausnahme des badischen, an das französische Kabinet und baten dasselbe um seine Fürsprache in Berlin. Was konnte in Paris willkommener sein, als bei einem solchen Anlaß Preußen entgegenzuarbeiten, die Südstaaten durch Bande der Dankbarkeit an sich zu fesseln und dann vor Europa sich mit der Behauptung groß zu machen, „Frankreich habe den Sieger aufgehalten, als er Baiern 900,000 Seelen wegnehmen wollte, und die Abfindung mit Württemberg und anderen Mächten gemildert," wie dies Rouher am 16. März verkündigte! Herr Drouyn de Lhuys gab also dem Gesandten in Berlin, Benedetti, die Anweisung, im Namen Frankreichs bei der preußischen Regierung ein gutes Wort für die Südstaaten einzulegen. Graf Bismarck hörte die Fürsprache des Gesandten an und machte bei den Friedensverhandlungen mit den süddeutschen Ministern diese darauf aufmerksam, wie Unrecht sie daran thun, lieber der französischen Gnade als der preußischen sich in die Arme zu werfen; denn das nämliche Frankreich, welches jetzt für die Integrität ihres Gebietes einzutreten vorgebe, habe von ihm die Abtretung deutscher Provinzen und zwar Luxemburg, Rheinhessen und Rheinbaiern mit den Festungen Mainz und Landau verlangt. Dies sollte der Kaufpreis sein, um welchen Frankreich in die preußischen Annexionen und in die Gründung des Nordbundes einwillige. Nun erst merkten die Minister, daß sie mit ihrem Hilfegesuch an eine falsche Adresse sich gewandt haben, und daß es besser, vielleicht auch nationaler sei, mit einer deutschen als mit einer welschen Macht zu verkehren. Sie trugen daher dem Grafen Bismarck ein Schutz- und Trutzbündniß an. Diesem kam ein so rascher Temperaturwechsel anfangs etwas verdächtig vor; er fürchtete, die Sache sei durchaus nicht nachhaltig und werde bald wieder in's Gegentheil umspringen. Doch ließ er sich endlich von dem Ernst und der Ehrlichkeit ihres Anerbietens überzeugen, erkannte aber auch zugleich, daß jetzt, wo es sich um Bundesgenossen handle, von größeren Gebietsabtretungen keine Rede sein könne, da durch solche die Gemüther entfremdet, nicht gewonnen würden.

Digitized by Google

Die Friedens- und Allianz-Verträge wurden geschlossen, und damit war bereits die erste Brücke über den Main geschlagen.

Dies war einer der feinsten Schachzüge der Bismarck'schen Politik. In dem nämlichen Augenblick, in welchem das französische Kabinet die süddeutschen Staaten in seinem Netz zu haben glaubte, fieng sie ihm der preußische Minister vom Munde weg, und jenes hatte das Nachsehen. Wenn nun Frankreich in trostloser Verzweiflung darüber, daß jetzt das europäische Gleichgewicht ein wirkliches ist, zum Schwert greift und den wahnsinnigen Versuch machen will, den neuen Bau wieder zu zerstören und sich, nach dem Thiers'schen Recept, mit einem Gürtel von kleinen Staaten zu umgeben, so hat es vorher in Rechnung zu ziehen, daß alle deutschen Volksstämme vom Bodensee bis zur Nord- und Ostsee wie eine eherne Mauer sich erheben und unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen und unter der Leitung seiner kriegsgeübten und sieggewohnten Generale zeigen werden, wie schwer ein einiges Deutschland in die Wagschale des Krieges fällt.

Auch das Ausland maß diesem Bündnisse zwischen Nord und Süd die größte Wichtigkeit bei. Von den englischen Blättern sagte Daily News: „Die Nachricht von dem Abschluß dieser Verträge wird die Eitelkeit der französischen Staatsmänner noch tiefer kränken. Es ist natürlich, daß diejenigen, welche so lange Zeit die Gönner und Schirmherren des Menschengeschlechts zu sein wähnten, sich ärgern, wenn sie die Entdeckung machen, daß die Welt für sich selbst sorgen will." Der Globe schrieb: „Das Erwachen des schlummernden Riesen Deutschland fühlt man in ganz Europa. Graf Bismarck siegt auf allen Punkten." Der Advertiser meinte sogar, „die Niederlage der Napoleonischen Diplomatie sei so groß, daß der französische Nationalstolz dies nicht ertragen werde; man müsse sich auf den Sturz des Kaisers und auf eine große Katastrophe gefaßt machen." Und die Neue freie Presse in Wien rief aus: „Oestreich darf sich durch keine falsche Sentimentalität abhalten lassen, seine Stellung in Europa durch die einzig mögliche Verbindung zu retten, durch den ernsten Versuch, sich an Deutschland mit Aufrichtigkeit einen Bundesgenossen zu gewinnen. Einen anderen Alliirten gibt es für Oestreich nicht, und ohne Alliirten wird es die Krisis, die jetzt im Orient reift, nicht überstehen."

Aber an Süddeutschland trat nun die Aufgabe heran, dafür

Digitized by Google

zu sorgen, daß die Folge dieser Allianzverträge nicht bloß in der Beschützung des Südens durch den Norden sich zeige, sondern auch in der Unterstützung des Nordens durch den Süden. Denn so, wie es unter dem alten Bund üblich war, konnte es schlechterdings nicht mehr fortgehen. Trotz der bedeutenden Summen, welche schon damals die Mittel- und Kleinstaaten das Militärwesen kostete, kam doch bekanntlich nicht viel mehr dabei heraus, als wenn sie gar kein Militär gehabt hätten. War auch das Material gut, so fehlte es doch vollständig an der Führung, die im Jahre 1866 ein Fiasko gemacht hat, das fast an den Tag von Roßbach erinnert. Von einer Gleichmäßigkeit, von einem Zusammenwirken mehrerer Staaten war ja nirgends die Rede. Wie selten kamen, um nur eins anzuführen, vom Jahre 1816—1866 gemeinschaftliche Manövrirübungen der württembergischen, badischen und hessischen Truppen vor, welche doch mit einander das achte Bundesarmeecorps bilden sollten! Es fragt sich, ob in diesen fünfzig Jahren solche Uebungen mehr als einmal stattfanden. Und wie zweckmäßig wäre es gewesen, wenn diese drei Staaten zur Ausbildung ihrer Officiere eine gemeinschaftliche Anstalt gegründet und unterhalten hätten! Aber dazu brachte es die traditionelle deutsche Eifersüchtelei nicht. Was halfen dann die Militärinspektionen, welche von Bundes wegen vorgenommen wurden! Es ist Thatsache, daß an den militärischen Einrichtungen der Mittelstaaten von den inspicirenden preußischen Generalen stets viel gerügt und auf Verbesserungen angetragen wurde. Da aber jeder Landesherr und jeder Kriegsminister das Militär nach seinem Geschmack eingerichtet wissen wollte, so wurde auf diese Ausstellungen nicht gehört, dieselben vielmehr als Eingriffe in die Souveränetätsrechte angesehen. Schon damals konnte man Preußen klagen hören, daß, im Fall eines Bundeskrieges, alle Last auf dem preußischen und östreichischen Heere liege, daß die Mittelstaaten ein solches Militär freilich um verhältnißmäßig geringere Kosten unterhalten können, daß aber auch auf eine so bunte Musterkarte gar nicht zu rechnen, geschweige darauf zu bauen sei.

Sollten die Allianzverträge nicht rein illusorisch sein und ein einseitiges Resultat haben, so mußten die süddeutschen Staaten schlechterdings ihr Militärwesen auf preußischem Fuß einrichten. Denn nur so bekam man eine Armee, welche in Verbindung mit der norddeutschen unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen

Digitized by Google

operiren konnte. Das künftige deutsche Heer muß aus einem Guß sein; wenn irgendwo, so ist hier aller Partikularismus vom Uebel. Die Stuttgarter Konferenzen vom 5. Februar entsprachen daher den Erwartungen nicht, und daß ihre Fortsetzung erst am 1. Oktober stattfinden sollte, fand man sehr auffallend. Dieses langsame und behagliche Berathen und Herumtasten reizte den Spott des Nordens, welcher sich dahin äußerte, „die militärische Einheit des Südens habe damit angefangen, daß für jedes Kontingent Waffen von besonderem, der Stammeseigenthümlichkeit entsprechendem Kaliber angeschafft werden, und während das württembergische Kriegsministerium bei der Geburt des klassischen Dioskurenpaares Albini-Brändle sich abmühe, experimentire Baiern mit seinen Podewilsgewehren, um sie nach einem halben Jahr in einer Antiquitätenkammer aufstellen zu müssen." Noch im Monat April, also volle 8 Monate nach Abschluß des Allianzvertrags, stand man in Süddeutschland noch auf dem nämlichen Fleck wie im August vorigen Jahres. Wie viel kostbare Zeit gieng dadurch für die Schaffung einer nationalen Armee verloren, zumal man in einer gewitterschwülen Atmosphäre lebte und jeden Augenblick gewärtig sein mußte, daß ein Bote hereinstürzte und ausrief: Hannibal ante portas! (Hannibal steht vor den Thoren Roms!). Denn laut und immer lauter hörte man damals den Namen „Luxemburg."

Schon das ganze Jahr über hörte man dieses Wort in geheimnißvoller Weise flüstern. Die Sache zog sich langsam hin wie ein gelindes Katarrhfieber. Plötzlich aber, gegen das Ende März, nahm die Krankheit einen akuten Charakter an. Die französische Presse gerieth in heftiges Fieber und hatte viel mit Schwindel, ja sogar mit Anfällen von Delirium zu schaffen. Die deutschen Demokraten und die Superklugen sprachen mit Schadenfreude von diesen vernachläßigten Zuständen, und mit besorgten Blicken schaute die national-liberale Partei von ganz Deutschland nach der Miene des Generalstabsarztes in Berlin, wie er eben dem Patienten den Puls fühlte. Die Besorgniß steigerte sich von Woche zu Woche, und auch hier stellten sich, wie bei den französischen Staatsmännern am 4. Juli, „patriotische Beklemmungen" ein. Aber über die Verschwiegenheit der Aerzte geht nichts, außer wenn der rechte Mann zu geschickter Stunde kommt. Herr von Bennigsen brachte am 1. April

Digitized by Google

eine auf die Luxemburgische Frage bezügliche Interpellation ein, und Graf Bismarck erklärte, er sei bereit, dieselbe sogleich zu beantworten. Darauf erklärte jener, daß sich die Gerüchte von einem Vertrag zwischen Holland und Frankreich über die Abtretung Luxemburgs an letzteres von Tag zu Tag mehren. Luxemburg sei ein altdeutsches Land, die Festung, aus französischen Entschädigungsgeldern und aus deutschen Mitteln zum Schutze Deutschlands (und Belgiens) gegen Frankreich gebaut; es handle sich darum, diese wichtige Position zu behalten und zu zeigen, daß wir auch den Krieg nicht scheuen, wenn es gelte, den französischen Leidenschaften entgegenzutreten. Das Wort des Königs von Preußen, daß kein deutsches Dorf an das Ausland verloren gehen dürfe, habe im deutschen Volke einen lauten Wiederhall gefunden; der König möge, wenn Deutschland in Gefahr sei, das Volk aufrufen, und er werde die ganze Nation entschlossen an seiner Seite finden. Er frage also bei der preußischen Regierung an, ob sie von dem Vertrag Kenntniß habe, und ob sie entschlossen sei, die Verbindung des Großherzogthums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen.

Graf Bismarck erwiderte, daß er den zweiten Theil der Interpellation aus diplomatischen Gründen nicht beantworten könne, wohl aber den ersten, so weit er die thatsächlichen Verhältnisse kenne. Durch die Auflösung des deutschen Bundes habe Luxemburg, wie alle anderen Glieder desselben, seine volle Souveränetät wieder zurückerhalten, und der Großherzog, zugleich König von Holland, habe aus Mißstimmung gegen Preußen und seine Erfolge, die Bevölkerung aus Abneigung gegen die Uebernahme der Militärlasten nicht die geringste Lust bezeugt, dem norddeutschen Bunde beizutreten. Ja im Oktober 1866 sei eine Depesche aus dem Haag in Berlin eingetroffen, welche nachzuweisen suchte, daß Preußen kein Recht mehr habe, in Luxemburg eine Besatzung zu halten. Es habe sich gefragt, ob es angemessen sei, unter diesen Umständen eine Einwirkung oder gar einen Druck dahin zu üben, daß das Großherzogthum Luxemburg, welches dem Zollverein angehöre, dennoch dem Nordbund beitrete. Nach den Erfahrungen, welche man in dieser Beziehung in früheren Jahren gemacht habe, habe die Regierung es für unvortheilhaft gehalten, in einem Bunde von solcher In-

Digitized by Google

timität dieses einem fremden Souverän zugehörige Land als Mitglied zu haben. Was nun den Verkauf des Landes an Frankreich betreffe, so habe die Regierung keinen Anlaß anzunehmen, daß ein Beschluß über das künftige Schicksal desselben erfolgt sei; freilich könne sie auch das Gegentheil nicht mit Bestimmtheit versichern. Sie wisse nur so viel, daß vor wenigen Tagen der König Wilhelm von Holland den preußischen Gesandten in Haag gefragt habe, wie die preußische Regierung es auffassen würde, wenn der König sich der Souveränetät über das Großherzogthum Luxemburg entäußerte. Der Gesandte, Graf Perponcher, sei angewiesen worden, darauf zu antworten, daß die preußische Regierung im Augenblick keinen Beruf fühle, sich über diese Frage zu äußern, und daß sie, bevor dies geschehen könne, jedenfalls sich darüber unterrichten müsse, wie diese Frage von ihren deutschen Bundesgenossen, wie von den Mitunterzeichnern der Verträge von 1839, wie von der öffentlichen Meinung in Deutschland, welche gegenwärtig im norddeutschen Parlament ein angemessenes Organ besitze, aufgefaßt werde. Bald darauf habe die holländische Regierung durch ihren Gesandten in Berlin ihre guten Dienste Behufs der von ihr vorausgesetzten Verhandlungen Preußens mit Frankreich über das Großherzogthum Luxemburg angeboten. Die preußische Regierung habe auf dies geantwortet, sie sei nicht in der Lage, von diesen guten Diensten Gebrauch zu machen, da mit Frankreich gar keine derartigen Verhandlungen stattfinden. Zum Schluß drückte Graf Bismarck die Hoffnung aus, das Ausland werde zweifellose Rechte Deutschlands auf deutsches Gebiet anerkennen, und es werde der Regierung möglich sein, diese Rechte zu schützen, ohne daß die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich gestört würden.

Der nächste Eindruck, welchen diese Enthüllungen machten, äußerte sich in der allgemeinen Entrüstung Deutschlands über das Benehmen des Königs von Holland. Freilich die Demokraten und die anderen Preußenfeinde riefen jubelnd aus, jetzt komme endlich der „schwarze Verrath" an den Tag, jetzt werden endlich die Geheimnisse von Biarritz veröffentlicht; Graf Bismarck sei um kein Haar besser als Graf Cavour; habe dieser in Plombières Savoyen und Nizza verhandelt, so habe es sich in Biarritz um Luxemburg gehandelt, und dies sei nur der Anfang, das Saarbecken, Stücke von Belgien und anderes werde nachkommen; wo unter den Fittigen des

Digitized by Google

deutschen Bundes je so etwas vorgekommen sei? Die Abtretung deutschen Gebietes, auch wenn dasselbe nicht mehr durch ein Bundesverhältniß mit Deutschland vereinigt war, wäre freilich ein schlimmer Hochzeitsstrauß für die nahe bevorstehende Verbindung Norddeutschlands mit Preußen gewesen. Aber man war im Reichstag und in anderen Kreisen fest überzeugt, daß Preußen, welches im August vorigen Jahres die Entschädigungsforderungen Frankreichs abgelehnt habe, auch diesmal seine Hand nicht im Spiel habe und wenn auch in eine Räumung der Festung, so doch nie in eine Abtretung des Landes an Frankreich willigen werde. Ganz abgesehen vom nationalen Standpunkt, der doch hier sehr ins Gewicht fiel, durfte man ja nur eine Karte ansehen, um sogleich zu bemerken, daß, außer Belgien, gerade Preußen am meisten einer Besitznahme Luxemburgs durch Frankreich sich widersetzen müsse. Oder wäre dieses Luxemburg, in französischen Händen, nicht ganz dazu gemacht, um rechts und links Schläge auszutheilen? nicht ganz dazu gemacht, um das preußische Gebiet von Saarbrück bis Trier halb in der Luft schweben zu lassen und die Einverleibung Belgiens, wovon die Franzosen jedes Jahr wenigstens einmal träumen, zur Wahrheit zu machen? Wäre es denn etwas anderes als die erste Etappe an den Rhein, an die „natürliche Grenze" Frankreichs, welchen Herr Granier von Cassagnac so gern statt der „preußischen Grenzpfähle" sehen würde?

Wie tief war doch dieses Haus Oranien, von dem der König von Holland ein Sprößling ist, gesunken, wenn es, Deutschland und Frankreich gegenübergestellt, eine solche Wahl traf! Jener Wilhelm von Oranien, welcher in den drei letzten Jahrzehnten des siebzehnten Jahrhunderts Holland, Deutschland, ganz Europa gegen die Suprematie Ludwigs XIV vertheidigte, welcher, gleich stark im Kabinet wie im Feld, es zu seiner Lebensaufgabe machte, Frankreichs Diktatur zu vernichten, welcher durch die Erwerbung des englischen Thrones in den Stand gesetzt wurde, mit dem besten Erfolg der französischen Uebermacht entgegenzutreten, mußte er nicht über diese Entartung seines Enkels im Grabe sich umdrehen? Und warum denn dies alles? Warum denn diesen glänzenden historischen Namen, warum denn die natürliche Bundesgenossenschaft des stammverwandten Deutschlands, warum denn diese herrlichen Erinnerungen an die Befreiung Hollands durch den General Bülow und an an-

Digitized by Google

dere Hilfleistungen und Waffenbrüderschaft auf einmal über Bord werfen und mit einem Herrscher sich verbinden, dessen Bund in Mexiko und in Italien solche Akte der Verzweiflung hervorgerufen hat? Die einfache Antwort darauf ist: der König von Holland hat ungeheure Schulden, braucht sehr viel Geld und fürchtet (oder stellt sich wenigstens, als ob er fürchte), daß Preußen, um seine militärische Stellung noch mehr zu befestigen und rasch zu einer Seemacht ersten Ranges sich emporzuschwingen, auch Holland noch zu Norddeutschland rechnen, neben der Mainlinie auch noch eine Maas- oder gar Scheldelinie aufstellen und Holland zum Eintritt in den Nordbund zwingen werde. Und nicht bloß der König war von dieser Gespensterfurcht gequält, auch die holländische Presse phantasirte davon, daß Preußen bereits nach Mastricht und Venloo und nach der Zuyderfee die Hände ausstrecke, woraus es sehr erklärlich wurde, daß Rouher in seiner Rede von der Zuyderfee sprechen konnte. Um den Umschlingungen des „preußischen Ehrgeizes" zu entrinnen, wandte sich der König an Frankreich, bot ihm Luxemburg für Geld an und verlangte dafür den Schutz der französischen Waffen. Ob Preußen und Belgien dadurch in Nachtheil kommen, kümmerte ihn sehr wenig, im Gegentheil konnte es ihn ja bloß freuen, eine Gelegenheit zu haben, bei welcher er seinem Aerger über das „zudringliche und stolze" Preußen und seinem Haß gegen das abgefallene Belgien auf eine für diese empfindliche Weise Luft machen konnte. Und wenn er Preußen den Gedanken zutraute, Holland zu verschlingen und Belgien mit Frankreich zu theilen, so konnte er ja der Ausführung solch kühner Plane dadurch zuvorkommen, daß er diesen Gedanken selbst insofern acceptirte, daß er neben dem Verkauf Luxemburgs Frankreich eine Theilung Belgiens vorschlug, so daß Frankreich den südlichen, wallonischen Theil erhielt, Holland den nördlichen, vlämischen.

Napoleon war dieser Antrag natürlich höchst willkommen. (Nach anderen Nachrichten war er es, der denselben zuerst gemacht hat.) So konnte er doch seinen Franzosen irgend etwas von dem großen Inventar Deutschlands als Beutestück vorhalten. So mußte er sich denn doch nicht immer nachsagen lassen, daß er viel gefordert und nichts bekommen habe und nun eine Faust im Sack mache. Wenn ihn der Spaß auch 100 Millionen Franks kostete, was lag ihm daran? Er zahlte es ja doch nicht, die Finanzen seines Landes

Digitized by Google

standen ja doch schlecht, die Hauptsache aber war, daß die kleinen Franzosen im Geschichtsunterricht einen neuen Paragraphen auswendig lernen mußten, der mit den Worten anfieng: „Napoleon III hat Luxembnrg erworben." Die Pariser hatten freilich ihre eigene Ansicht von der Sache. Sobald sie hinter diesen Handel kamen, sagten sie in ihrer plastischen Manier, der Kaiser komme ihnen vor wie ein Jäger, welcher den ganzen Tag fehlgeschossen habe und nun, um nicht mit leeren Taschen heimzukehren, bei dem Wildprethändler einen Hasen kaufe. Vorerst aber wollte Napoleon den ganzen Handel als tiefes Geheimniß behandelt wissen, damit er, falls das Projekt mißlinge, nicht noch einmal als der Abgewiesene dastehe. Die zwei Bedingungen, unter welchen der Verkauf stattfinden sollte, Abstimmung der Bevölkerung und Einwilligung der Großmächte, speciell Preußens, machten ihm wenig Sorge. Zwar war die Einwohnerschaft Luxemburgs, besonders die Industriellen, für die Verbindung mit Deutschland, weil sie darin die einzige Bürgschaft der Wahrung ihrer materiellen Interessen erblickte, für die Beibehaltung der preußischen Besatzung, welche eine hübsche Summe in der Stadt verbrauchte, und jedenfalls für das Verbleiben im Zollverein. Nur in der höheren Gesellschaft, wo vielfache, besonders auch verwandtschaftliche Verbindungen mit Frankreich stattfanden, zeigte sich der Wunsch des Anschlusses an Frankreich. Allein wenn auch auf diese Weise die überwiegende Majorität den französischen Bestrebungen entgegen war, so waren doch, wenn es sich einmal um eine Abstimmung handelte, die Napoleonischen Präfekten seit vielen Jahren so gut eindressirt, hatten sich besonders bei der Annexion des italienischen Nizza so meisterhaft bewährt, daß sie sicher waren, überall, in Luxemburg wie in Moskau, mehr „Oui" als „Non" in der Urne zu finden. Auch wurden bereits gründliche und umfassende Vorstudien hiefür gemacht. Der luxemburgische Regierungspräsident, Baron von Tornaco, ein Franzose, wurde schleunigst nach dem Haag berufen und ihm die Weisung gegeben, bei seiner Rückkehr die Bevölkerung für die kommende Abstimmung vorzubereiten und wo möglich eine Manifestation zu Gunsten Frankreichs hervorzurufen. Zu dem gleichen Zwecke durchzogen französische Agenten das Land. Ein Unterpräfekt, welcher eine Luxemburgerin zur Frau hatte und eine Erholungsreise machen wollte, bekam den gewünschten Urlaub nur unter der Bedingung, daß er

Digitized by Google

ihn in Luxemburg zubringe, Berichte von dort erstatte und französische Sympathien wecke und kräftige. Ein anderer Herr trat bereits wie ein officieller Unterhändler auf, erklärte die Abtretung Luxemburgs als eine vollendete und unwiderrufliche Thatsache und wollte nur noch Berathungen über die Wahrung der materiellen Interessen veranstalten. An den Häusern sah man sogar schon Plakate mit den Worten: „Vive Napoléon! Vive la France!“ und Aufforderungen zu Gewaltthätigkeiten gegen die preußische Garnison. Dagegen lauteten Stimmen aus dem Volke ganz anders. „Es sei einleuchtend, daß sie Luxemburger eigenthümlich über einen Fürsten urtheilen und für ihn fühlen müssen, welcher nicht in Abrede stellen könne, daß er sie wie eine Herde loszuschlagen suche. Er solle seinen Großherzogstitel, der ihm so feil sei, einem Verwandten übertragen, könne auch seinen Rechtstitel dem norddeutschen oder besser dem deutschen Bunde gegenüber verwerthen. Von einem Verkauf, gegen den Willen der Landesvertretung, sei keine Rede, da Artikel 37 der Verfassung ausdrücklich sage: Keine Abtretung, kein Tausch, kein Ausschluß von Gebiet kann anders stattfinden als kraft des Gesetzes.“

An der Einwilligung Preußens glaubte Napoleon nicht zweifeln zu dürfen, da dieser Staat zur Beschwichtigung der Aufregung der „großen Nation“ gewiß gern ein kleines Opfer bringe, zumal wenn dasselbe nicht aus eigenem, sondern aus fremdem Vermögen gebracht werden müsse. Doch um diese Unterscheidung von Fremdem und Eigenem handelte es sich eben. Der Abtretungsvertrag war am 22. März aufgesetzt und sollte bis zum 5. April von Holland und Frankreich ratificirt sein. War dies geschehen, so wollte Napoleon mit diesem fait accompli in der Hand Preußen um seine Zustimmung, beziehungsweise um die Räumung der Festung ersuchen. Falls Preußen je Schwierigkeiten machte, so wurde der Handel wieder rückgängig, und Napoleon brauchte sich, da das Geheimniß gewahrt blieb, weder von der Presse noch von den Herren Thiers und Jules Favre irgend welche Anzüglichkeiten sagen zu lassen.

Aber Wilhelm der Oranier hatte nicht wie sein Ahnherr den Beinamen „der Schweigsame.“ Hatte er aus Furcht vor dem preußischen Ehrgeiz den Handel abgeschlossen, so verrieth er ihn nun aus Furcht vor der preußischen Rache. Jetzt erst schien ihm die Zuyderzee, Maastricht, Venloo, Amsterdam, ganz Holland bedroht,

Digitized by Google

und er sah den gewaltigen preußischen Adler schon in den Kaffeepflanzungen auf Java umherstolziren. In seiner Herzensangst ließ er, wie Graf Bismarck dies im Reichstag mitgetheilt hat, den preußischen Gesandten kommen und legte eine vollständige Beichte ab. Dieser konnte ihm schon am 25. März als Antwort seiner Regierung mittheilen, daß sie zu einem solchen Handel niemals ihre Zustimmung geben könne. Daher blieb der Abtretungsvertrag Entwurf; zu einer Ratifikation kam es nicht. Dagegen verkündigte am Abend des 30. März eine Extrabeilage des Luxemburgischen „Kuriers," daß „der Prinzstatthalter die Regierung ermächtige, die Gerüchte, welche in Betreff der Abtretung des Großherzogthums umgelaufen seien, auf das formellste zu dementiren." Für Napoleon aber war es unangenehm, daß die Sache doch veröffentlicht war, daß er vor ganz Europa zum zweitenmal eine Abweisung erfahren hatte, die er entweder wie die erste hinnehmen oder mit einer Kriegserklärung beantworten mußte. Ein einziger Ausweg blieb ihm noch übrig, um seinen Rückzug etwas zu maskiren. Wenn er Luxemburg nicht bekommen sollte, so sollten auch die Preußen nicht mehr in der Festung bleiben. Nun sollte keiner von beiden etwas davon haben. Wie der Protest Preußens den Verkauf verhindert hatte, so sollte der Protest Frankreichs die Fortdauer einer preußischen Besatzung verhindern. Eine hierauf bezügliche Note gieng von Paris nach Berlin ab, und man mußte sich sagen, daß die Lage sehr ernst sei. Frankreich erklärte, die preußische Besatzung in Luxemburg sei eine fortwährende Bedrohung seiner Grenzen, das Garnisonsrecht sei durch die Auflösung des deutschen Bundes hinfällig geworden, die Aufregung sei zu groß, als daß sie anders als durch die Räumung beschwichtigt werden könnte. Diesem entgegnete Preußen, Frankreich sei selbst schuld an dieser seiner mißlichen Lage; warum es sich in diesen Handel eingelassen habe? So könnte es jedes Halbjahr kommen und dann sagen, es könne jetzt nimmer zurück, die französische Ehre sei dabei betheiligt; von einer Bedrohung sei bei den friedlichen Tendenzen Preußens und des Nordbunds keine Rede, sein Garnisonsrecht sei aber nicht bloß auf den deutschen Bund, sondern auf internationale Verträge gegründet. Auch Deutschland habe seine empfindliche Seite, die eben jetzt, wo es sich zu einer einheitlichen Nation zusammenschließe, sehr zu schonen sei. Frankreich möge nicht immer bloß von seiner eigenen

Digitized by Google

Ehre sprechen, sondern auch das Ehrgefühl anderer Nationen respektiren.

Die Sache hatte sich zu einem Entweder — Oder zugespitzt. Es bedurfte der ganzen Gewandtheit und Mäßigung des Grafen Bismarck, um sie auf dem diplomatischen Wege festzuhalten und nicht auf die Kriegsstraße überführen zu lassen. Denn es war doch eine starke Zumuthung, daß Preußen, das so eben einen der glänzendsten Feldzüge der Weltgeschichte beendigt hatte, der französischen Eitelkeit zu Lieb eine Festung, welche es vertragsmäßig schon 50 Jahre lang besetzt gehalten hatte, räumen solle. Kein Wunder, daß eine starke Partei, hervorragende Generale, man sagt, selbst der berechnende Moltke, lieber Krieg als Räumung wollte und darauf hinwies, daß gerade jetzt zu einem Krieg mit Frankreich, das seine Armee noch nicht reorganisirt und in seinen Arsenalen noch bedeutende Lücken habe, die günstigste Zeit sei. Schon nach einem Jahr werden die Würfel nicht mehr so günstig liegen. Sobald Frankreich gerüstet sei, werde es, auch wenn man ihm jetzt nachgebe oder vielmehr gerade weil man ihm nachgebe, eine ganz andere Sprache führen, werde dann von Saarlouis, von Landau, von Mainz, von Süddeutschland reden und, wenn man ihm nicht willfahre, zum Schwert greifen. Nur aus militärischer Schwäche habe es dies nicht bereits gethan, daher solle Preußen seine Stärke benützen, ganz Deutschland, Nord und Süd, zum Kriege aufrufen und mit einem raschen Zug in das Herz des Feindes eindringen.

Daß man nicht bloß in Berlin, daß man auch in Süddeutschland so dachte, die Sache als eine nationale ansah, bei welcher die Ehre ganz Deutschlands auf dem Spiele stehe, bewiesen verschiedene öffentliche Kundgebungen. 118 Mitglieder der bairischen Abgeordnetenkammer unterschrieben eine Erklärung an den Fürsten Hohenlohe, worin sie es „als eine erste Frucht des Allianzvertrages vom 22. August 1866 freudig begrüßten, wenn Baiern keinen Zweifel darüber bestehen lasse, daß es mit allen seinen Kräften für das bedrohte deutsche Land einstehen werde." Andererseits waren aber auch französische Agenten und östreichisch gesinnte Minister sehr geschäftig, für den Fall des Krieges die süddeutschen Höfe in der Neutralität zu halten, ihren Territorialbesitz ihnen zu garantiren und ihnen für alle Fälle den Schutz des mächtigen Frankreichs anzubieten. Aber sie widerstanden den Verlockungen und verstanden

Digitized by Google

sich endlich dazu, in der Verbesserung ihrer Heereseinrichtungen etwas rascher vorzugehen. Die hessische Regierung, deren nördliche Provinz (Oberhessen) dem norddeutschen Bund zugetheilt war, zog daraus, um nicht zweierlei Militär zu bekommen, die einfache Konsequenz, daß sie am 7. April eine Militärkonvention mit Preußen abschloß, wonach alle hessischen Truppen als eine geschlossene Division dem elften preußischen Armeecorps zugetheilt, nach preußischem Muster umgestaltet und unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt wurden. Zugleich wurde zwischen Preußen und Hessen am 11. April ein Schutz- und Trutzbündniß, wie früher mit den drei anderen süddeutschen Staaten, geschlossen. Von den letzteren war Baden in der Reorganisation seines Heerwesens am eifrigsten, und man sprach bereits davon, daß, sobald diese vollendet sei, die badischen und hessischen Truppen zusammen das 13. deutsche Armeecorps bilden würden. Dagegen fand man in Berlin das langsame Vorgehen der Heereseinrichtungen in Baiern und Württemberg unbegreiflich. Selbst bairische Blätter wunderten sich darüber, daß die sächsische Armee, fünf Monate nach dem Friedensschluß, bereits in bundesmäßiger Formation sich befinde, während in Baiern, volle sieben Monate nach dem Allianzvertrag, die Reform noch gar keine Aussicht auf eine endgiltige Festsetzung habe. Ein Militärorganisationsgesetz sei ausgearbeitet worden, aber die Kammer habe es als unbrauchbar zurückweisen müssen. Jetzt fange man endlich an, die Podewilsgewehre in Hinterlader umzuändern, aber dies sei eine provisorische, keine definitive Waffe. Es scheine, als ob das gewohnte Alte und jener vielgeschäftige Schlendrian der Büreaukratie, welcher nirgends schädlicher sei als in der Heeresverwaltung, sich wieder festsetzen wolle. Eine Hauptursache hievon sei der alte Grundsatz der bairischen Politik, immer selbständig zu sein, während das Land nicht groß genug sei, um den nöthigen Stoff und die erforderliche Kraft zu liefern. Daher zeige sich hier überall eine gewisse Herrschaft der Mittelmäßigkeit, die zu schwach sei, Bedeutendes zu leisten, und doch zu stolz, von anderen zu lernen. Wenn Baiern in eine so gewaltige Krisis, wie die möglicherweise aus der Luxemburger Frage bevorstehende, nicht besser gerüstet eintrete und nichts Ergiebigeres leiste als im verflossenen Jahre, so müsse es sich schließlich gefallen lassen, wenn ihm ein Vormund gesetzt und ein Theil seiner Sorgen abgenommen werde, damit es

Digitized by Google

nicht zum drittenmal in den Fall komme, Pflichten zu versäumen, die es nicht bloß sich, sondern dem Ganzen gegenüber zu erfüllen habe.

Eben diese drohende Krisis brachte auch hier die Dinge in rascheren Fluß. Preußische Militärbevollmächtigte wurden an die süddeutschen Höfe geschickt, um für die Militärreform ihre Rathschläge zu geben, das preußische Exercierreglement wurde in Baden und Württemberg eingeführt, und letzteres entschloß sich, seiner Begeisterung für Albini-Brändle durch die Annahme des preußischen Zündnadelgewehrs ein Ziel zu setzen. Neue Militärreformentwürfe wurden ausgearbeitet, um den Kammern zur Annahme vorgelegt zu werden. Je rascher man hier vorgieng, desto besser. Denn Frankreich machte, in Erwartung eines Krieges, kolossale Rüstungen. An der Verfertigung von Chassepotgewehren wurde mit fieberhafter Geschwindigkeit gearbeitet, Revolverkanonen, welche in ununterbrochener Folge mehrere Schüsse abfeuern und einen gegebenen Punkt mit einem Hagel von Geschossen überschütten sollten, wurden eingeführt, Pferdeaufkäufe gemacht, die Magazine mit Proviant und Montirungsgegenständen angefüllt, die östlich und nördlich gelegenen Festungen vollständig ausgerüstet und mit neuen Vertheidigungsmitteln versehen und eine Heeresreorganisation vorbereitet, welche die Armee auf 1,200,000 Mann bringen und dem Kaiser es möglich machen sollte, innerhalb weniger Wochen 5—600,000 Mann über die Grenzen zu werfen. Doch stand diese Reform vor der Hand noch auf dem Papier und mußte von den Kammern erst genehmigt werden. So unfertig alles dies auch aussah, so unwillkommen damals auch für Frankreich ein Krieg war, so hatte doch alles das Ansehen, als ob schon am nächsten Tage der Rhein überschritten werden sollte. Alle Officiere und Unterofficiere, welche sich im Urlaub befanden, wurden auf den 30. April zurückberufen, und die Presse ergieng sich in Wuthausbrüchen gegen Preußen, welche deutlich verriethen, daß es sich weniger um Luxemburg handle, als um die entsetzliche Wahrnehmung, daß es mit der französischen Suprematie in Mitteleuropa zu Ende sei.

Gegenüber diesen Auslassungen einer zügellosen Presse und diesen fortdauernden Rüstungen der Land- und Seemacht beobachtete Preußen eine stolze, sichere Haltung. Es hatte zwei unzweifelhaft gute Bundesgenossen für sich, seine treffliche Armee und das

Digitized by Google

Recht. Was die Organisation des Heeres, die Raschheit der Mobilisirung, die Güte der Bewaffnung, die Ausbildung der größeren Truppenkörper und der einzelnen Mannschaft, die intelligente Leitung und den nationalen Geist betrifft, so war die preußische Armee die erste in ganz Europa. Wären die süddeutschen Heereseinrichtungen von der gleichen Beschaffenheit gewesen und dadurch zu der norddeutschen Armee ein Zuwachs von etwa 200,000 Mann gekommen, so fragt es sich, ob die Kriegspartei in Berlin nicht Siegerin geworden wäre. Aber diese altbundestäglichen Zustände und vielleicht auch die Erwägung, daß auch in Norddeutschland noch nicht alles fest zusammengewachsen sei, daß auch hier ein Aufschub nicht bloß Frankreich, sondern auch Preußen zu gut komme, gab der Diplomatie so lange die Oberhand, als es möglich war, die nationale Fahne unbefleckt zu erhalten. Auch die Rechtsfrage, über welche die französische Regierung so leicht hinweggieng, gab der preußischen einen guten Halt. Zwei Momente sind hier zu unterscheiden: das Recht Deutschlands auf Luxemburg als einen deutschen Staat und das Recht Preußens, in der Festung eine Besatzung zu halten.

Das Großherzogthum Luxemburg hat nur 47 Quadratmeilen mit 200,000 Einwohnern. Diese sind meist katholisch, von deutscher Abstammung, nur wenige Wallonen. Im zehnten Jahrhundert, zur Zeit des Kaisers Heinrich I, machte die Grafschaft Luxemburg einen Theil des Herzogthums Lothringen aus. Als Gründer der Grafschaft wird ein in jenen Gegenden begüterter Siegfried genannt, welcher im Jahr 963 von der Abtei St. Maximin bei Trier das Schloß Lucilinburg d. h. Lützelburg (lützel = klein), welches der altdeutsche Name statt Luxemburg war, nebst dem umliegenden Gebiet durch Tausch erwarb. Aus seinem Geschlechte giengen mehrere deutsche Kaiser hervor. Graf Hermann von Luxemburg, 1081 zum Gegenkönig Heinrichs IV erwählt, spottweise der Knoblauchkönig genannt; der thatkräftige Heinrich VII 1308—1313, welcher durch Vermählung seines Sohnes Johann mit Elisabeth von Böhmen die Krone dieses Landes an sein Haus brachte; sein Enkel Karl IV und dessen Söhne Wenzel und Sigismund 1346—1437. Kaiser Karl IV erhob sein Stammland 1354 zu einem Herzogthum. Nach dem Aussterben seiner männlichen Nachkommenschaft kam dasselbe, wie fast ganz Holland und Belgien, 1444 an den Herzog Philipp von Burgund, unter dessen Nachkommen die Verbindung des Landes mit

Digitized by Google

dem deutschen Reich nahezu aufgehoben war. Durch die Vermählung Maximilians mit Maria von Burgund (1477) wurden die Habsburger Besitzer des Landes, und als Kaiser brachte Maximilian 1512 die burgundischen Länder durch ihre Aufnahme in die neue Kreiseintheilung wieder in nähere Verbindung mit Deutschland. Durch seinen Sohn Philipp, welcher eine spanische Prinzessin heiratete, kam die ganze burgundische Erbschaft an den spanischen Zweig des habsburgischen Hauses, in dessen Besitz sie bis zu dem Jahre 1714 blieb, der Begehrlichkeit des französischen Königs Ludwig XIV ausgesetzt, welcher zweimal, 1684—1697 und 1701—1714 die Festung mit seinen Truppen besetzt hielt und durch seinen Festungsbauer Vauban zu einem fast uneinnehmbaren Bollwerk machte. In den Friedensschlüssen von Utrecht und Rastadt (1713 und 1714), welche dem spanischen Erbfolgekrieg ein Ende machten, wurde das Herzogthum Luxemburg nebst den spanischen Niederlanden (dem heutigen Belgien) dem Hause Oestreich zugesprochen, welches seine Herrschaft über dasselbe bis zur Zeit der französischen Revolution behauptete. Nach der Ueberschwemmung Belgiens durch die Revolutionsheere wurde auch das Herzogthum, dessen Bewohner einen blutigen Guerillakrieg mit den Jakobinern führten, von den Franzosen besetzt (1794), die Festung aber ergab sich erst im folgenden Jahre in Folge der darin ausgebrochenen Hungersnoth. Diesem Raub gaben die Friedensschlüsse von Campo Formio (1797) und von Lüneville (1801) die Form der Abtretung. Von 1795—1814 war ganz Luxemburg mit dem französischen Kaiserreich vereinigt. Wenn diese vorübergehende Herrschaft ein besserer Rechtstitel sein sollte als die fast achthundertjährige Verbindung mit Deutschland, so müßten folgerichtig die französischen Grenzpfähle bis Hamburg vorgerückt werden, um die lieblichen Zeiten des Wütherichs Davoust wieder zurückzurufen.

Durch den ersten Pariser Frieden (30. Mai 1814) wurde die Festung Luxemburg von französischer Besatzung befreit. Der von England und Rußland sehr begünstigte Prinz von Oranien, welchem Holland und Belgien als Königreich der Niederlande zugesichert war, zeigte gleich anfangs starken Appetit nach Luxemburg und begründete denselben durch dessen frühere Verbindung mit Belgien. Diesem Herrn war somit nicht gut etwas abzutreten, da er auf eine ähnliche Art handelte wie einst Ludwig XIV mit seinen Reünions-

Digitized by Google

kammern. Wenn er als weiteren Grund für die Vereinigung Luxemburgs mit seinem Königreiche den Umstand angab, daß er seine nassau-oranischen Stammlande, die Fürstenthümer Dietz, Siegen, Dillenburg und Hadamar, an Preußen abgetreten habe und als Ersatz hiefür, zugleich um mit dem deutschen Reiche in Verbindung zu bleiben, Luxemburg beanspruche, so hätte ihm füglich gesagt werden können, daß Belgien ein mehr als hinlänglicher Ersatz sei, und daß man von einer besonderen Sentimentalität Hollands und seines Statthalters für Deutschland zu wenig wisse, um daraus für die Zukunft günstige Schlüsse ziehen zu können. Jedenfalls aber hätten die politischen und strategischen Gründe alles Andere überwiegen sollen. Aber die Schöpfungen des Pariser Friedens und des Wiener Kongresses waren bekanntlich keine Meisterstücke. Man debütirte mit der Verweisung Napoleons auf die in der Nähe von Italien und Frankreich gelegene Insel Elba und schloß mit dem kolossalsten Ländermarkt, den die Geschichte kennt. Da machte sich denn auch die große Weisheit geltend, daß man im Norden Frankreichs, zum Schutz gegen neue Eroberungsgelüste, einen starken Mittelstaat schaffen müsse, der mächtig genug sei, um den ersten Stoß auszuhalten, d. h. um gleich bei dem ersten Stoß über den Haufen geworfen zu werden. Als ob nicht auch Preußen im Norden Frankreichs läge! als ob nicht Preußen für seine unverhältnißmäßig großen Anstrengungen in den zwei letzten Feldzügen eine weit größere Belohnung verdient hätte als ihm gewährt wurde, zum mindesten eine größere als der Prinz von Oranien, welcher seit seiner Vertreibung durch die Franzosen, 1795—1813, sich hinter den englischen Oefen gewärmt hatte! als ob nicht Preußen der einzige Staat wäre, welcher die französische Grenze überwachen und das Interesse Deutschlands wahren könnte. Aber das aufstrebende Preußen hatte im Grunde nirgends, selbst nicht an Rußland, einen wohlwollenden Freund, und Fürst Hardenberg war kein Graf Bismarck. So drang der Unverstand und der Neid durch, und Luxemburg kam, statt an Preußen, an Holland. Durch den Vertrag vom 31. Mai 1815 zwischen dem König der Niederlande und Rußland, Oestreich, Preußen, England wurde Luxemburg als ein selbständiger Staat, als ein besonderes „Großherzogthum" dem König der Niederlande übergeben, das vom übrigen Königreich ganz abgesondert verwaltet werden und ein Glied des zu schließenden deutschen

Digitized by Google

Bundes sein sollte. Die Stadt Luxemburg war zur deutschen Bundesfestung ausersehen.

Wenige Tage darauf, als Napoleon nach seiner Rückkehr von Elba mit seinem Heere bis in das Herz von Belgien eindrang, konnte man die Widerstandsfähigkeit des neuen Königreichs erproben. Wäre nicht Blücher und Wellington dort gestanden, so hätte der Oranier zum zweitenmal Muße gefunden, eine Spazierfahrt nach England zu machen. Aber man war auch jetzt noch nicht gewitzigt. Zwar fanden neue Verhandlungen statt, bei welchen Preußen, nachdem ihm die sächsische Beute zur Hälfte entgangen war, das Großherzogthum Luxemburg, sei es das ganze oder einen Theil desselben, ernstlich ins Auge faßte. Wenn es die Blöße seiner westlichen Grenze betrachtete, so mußte es schon aus militärischen Gründen den Besitz Luxemburgs mit aller Macht erstreben. Selbst Metternich, der doch gewiß Preußens Vergrößerung nicht wollte, unterstützte einen Augenblick dessen Wünsche, freilich nur in der Hoffnung, daß es sich, wie er sagte, „durch die vielfachen Berührungspunkte Frankreich gegenüber gründlich kompromittire." Aber auch diesmal siegte die Zähigkeit des Holländers. In dem Protokoll vom 3. November 1815 wurde ihm aufs neue Luxemburg von den Mächten zugesprochen, zugleich aber der Beschluß gefaßt, daß der König von Preußen gemeinschaftlich mit ihm die Besetzung der Festung übernehmen und das Recht, den Gouverneur zu ernennen, haben solle. Es war dies eine vermittelnde Maßregel, welche beide Theile befriedigen und dem obersten Zweck, dem Schutze der deutschen Grenzen, genügen sollte. Mit welchem Erfolg alles dies erreicht wurde, hat man im Jahre 1867 deutlich gesehen. Wohl zu beachten aber ist, daß dieses Protokoll nicht vom deutschen Bunde ausgieng, sondern von den vier alliirten Mächten und Holland, also ein rein internationaler Vertrag war, an dessen Giltigkeit seine nachherige Annahme oder Nichtannahme durch den deutschen Bund durchaus nichts änderte. Auch wenn der deutsche Bund, welcher erst am 5. November 1816 eröffnet wurde, gar nicht zu Stande gekommen wäre, wäre jener Vertrag doch geschlossen und ausgeführt worden, da es sich hier um eine Festung handelte, deren Besetzung durch die preußische Großmacht nicht bloß im holländischen, auch nicht bloß im preußischen und deutschen, sondern im europäischen Interesse lag. Auf dieses Protokoll hin, welches am 20. November unterzeichnet

Digitized by Google

wurde, schloß Holland am 8. November 1816 mit Preußen einen Separatvertrag, wonach die Besatzung zu drei Viertheilen aus preußischen und zu einem Viertheil aus niederländischen Truppen bestehen und Preußen den Gouverneur und den Kommandanten ernennen sollte. Die beiden Staaten wollten dadurch „für die vereinigte Vertheidigung ihrer respektiven Staaten auf die wirksamste Art und Weise Sorge tragen." Auch dieser Vertrag ist ein internationaler, welcher auch ohne den deutschen Bund, Preußen und Holland für sich allein gedacht, nach dem Willen der vier Mächte geschlossen werden mußte. Diese Bestimmungen wurden dann in den Separatverträgen von 1817 zwischen den Niederlanden einerseits, Oestreich, Rußland, England andererseits und in dem Frankfurter Territorialreceß vom 20. Juli 1819 wiederholt. Erst nachdem das preußische Besatzungsrecht seine europäische und private Begründung hatte, beschloß der deutsche Bundestag am 5. Oktober 1820, Luxemburg als Bundesfestung zu übernehmen, kam aber in seiner gewohnten Schneckenmanier erst nach fünf Jahren dazu, die demnächstige förmliche Uebernahme der Bundesfestung zu beschließen (28. Juli 1825). So war also bei der Uebernahme der Festung durch den Bund das preußische Besatzungsrecht längst festgestellt und in Ausübung und hatte, wie oben angeführt, neben dem europäischen noch den besondern Zweck, Preußen und den Niederlanden die gemeinschaftliche Vertheidigung ihrer Grenzen zu erleichtern. Dieses Recht blieb somit in Kraft, so lange Frankreich der gefährliche Gegner beider Staaten war, so lange es ein Deutschland gab, das von der schmachvollen Hingabe des Elsaß und Lothringens nicht eine neue Auflage veranstalten wollte. Ob dieses Deutschland deutscher Bund oder norddeutscher Bund hieß, von Frankfurt oder von Berlin aus geleitet wurde, that nichts zur Sache.

König Wilhelm von den Niederlanden regierte in den nächsten fünfzehn Jahren Belgien und Luxemburg mit gleich „väterlicher Liebe," so daß im August 1830 die Belgier eine Revolution anfiengen, von Holland sich lossagten und ein besonderes Königreich gründeten und die Luxemburger sich an sie anschloßen mit Ausnahme der Festung, deren Einwohner durch die preußische Besatzung zurückgehalten wurden. Die Londoner Konferenz, welche dieses Familienzerwürfniß vor ihre Gerichtsbarkeit zog, entschied in den 24 Artikeln ihres Protokolls vom 15. November 1831, daß der west-

Digitized by Google

liche Theil von Luxemburg mit 165,000 Seelen, meist Wallonen, mit Belgien vereinigt, der östliche deutsche mit 170,000 Seelen dem Könige von Holland zurückgegeben und als Ersatz für jenen auch einige limburgische Landestheile von Belgien abgelöst werden sollten. Auch diesmal bewies König Wilhelm seine angeborene Zähigkeit. Acht Jahre lang setzte er der Aufforderung der Großmächte sein holländisches Non possumus entgegen, bis er endlich zu der Einsicht kam, daß es immerhin besser sei, etwas als nichts zu bekommen. So kam der Londoner Vertrag vom 19. April 1839 zu Stande, worin Holland und Belgien den Theilungsvertrag unterschrieben, welcher sodann durch weitere Verträge unter die Garantie der fünf Großmächte gestellt und von dem Bundestag noch besonders ratificirt wurde. Sehr unangenehm war es dem König von Holland, daß der deutsche Bund es durchgesetzt hatte, daß als Ersatz für den abgetretenen wallonischen Theil von Luxemburg das jenem zugetheilte Herzogthum Limburg in den deutschen Bund aufgenommen wurde. Der König hatte vielmehr beabsichtigt, es vollständig dem Königreich Holland einzuverleiben. Indem er aber die Festungen Mastricht und Venloo von dem Bundesverhältniß ausschloß und dem Herzogthum die nämliche Verfassung und Verwaltung wie dem Königreich Holland gab, so war die Einverleibung faktisch vollzogen und der Bundestag war gutmüthig genug, eine solche Zwitterstellung, wobei neben der holländischen die Bundesverfassung und neben dieser jene bestehen sollte, zu sanktioniren (5. Sept. 1839) und diese Kuriosität in seinem Reliquienkasten aufzuheben. Aber auch diese bloß nominelle Verbindung Limburgs mit dem deutschen Bund war dem Könige noch zu viel, daher er am 19. Mai 1866 durch seinen Gesandten in Frankfurt die Ausscheidung Limburgs aus dem deutschen Bund beantragte, weil es nicht, wie Luxemburg, eine eigene Verfassung habe, sondern nach Verfassung, Sprache und Sitten zu Holland gehöre. Dies mochte wahr sein; zu was aber gehörte im Jahre 1867 Luxemburg nach Verfassung, Sprache und Sitten? Zu Frankreich oder zu Deutschland? Zu Deutschland oder zu Holland?

Auf jenen Antrag bekam der König von Holland keine mündliche Antwort, wohl aber eine weit erwünschtere thatsächliche. Kaum vier Wochen darauf erschien der 14. Juni, Preußen erklärte den Bund für erloschen, und er blieb es. Damit war nicht bloß Limburg, sondern auch Luxemburg von deutschen Bundesverhältnissen

Digitized by Google

abgelöst. War es aber auch von Deutschland gelöst? Limburg ohne Zweifel, das ja auch früher nicht dazu gehörte, wie dies auch Graf Bismarck am 4. April 1867 dem holländischen Gesandten mittheilte, Luxemburg aber nie und nimmermehr, so wenig als die süddeutschen Staaten. Ist auch der norddeutsche Bund nicht der Rechtsnachfolger des deutschen Bundes, so repräsentirt er doch nebst den süddeutschen Staaten das, was man Deutschland heißt, und repräsentirt es in ganz anderer Weise als der alte Bundestag, und dieses neue Deutschland wird nie vergessen, daß an dem Flüßchen Eltz das alte Lützelburg liegt, daß die dortige Bevölkerung, mit Ausnahme weniger Renegaten aus der höheren Gesellschaft, deutsch spricht und denkt, und daß der Holländer das Land entweder zu behalten oder an Deutschland zurückzugeben hat. Findet hier nicht derselbe Fall wie mit Baden, Württemberg und den anderen süddeutschen Staaten statt? Auch diese sind durch die Folgen des 14. Juni 1866 frei und ledig geworden, sind in den norddeutschen Bund noch nicht eingetreten, und doch, wenn der Großherzog von Baden sein Land an Frankreich verkaufte, wenn Rastadt und Ulm einer französischen Besatzung geöffnet würde, sollte wirklich der norddeutsche Bund und das übrige Süddeutschland mit verschränkten Armen diesem Schauspiele zusehen? Würden sie nicht mit Worten und Thaten dagegen protestiren und erklären, daß die Souveränetät von Fürst und Volk in den Beziehungen zur ganzen deutschen Nation eine Einschränkung erleide?

Dies sind die historischen, rechtlichen und militärischen Verhältnisse, auf welche bei Lösung der Luxemburger Frage Rücksicht zu nehmen war. Indem Graf Bismarck von Anfang an erklärte, daß die Sache nicht zwischen Preußen und Frankreich allein abzumachen sei, sondern daß die Unterzeichner des Londoner Vertrags von 1839 befragt werden müssen, gab er denjenigen Weg an, auf dem es allein noch möglich war, den Streit ohne Krieg beizulegen. Hatte Preußen im Jahre 1815 von Europa den Auftrag erhalten, die Festung zu besetzen, so konnte es im Jahr 1867 das nämliche Europa fragen, ob diese Besetzung fortdauern oder unter Garantie gegen irgend welchen Schaden für Deutschland aufhören solle. Und wenn Napoleon meinte, daß die französische Eitelkeit vor einer einfachen Abweisung Preußens sich nicht zurückziehen könne, so konnte sie es ungekränkt vor einem europäischen Areopag. Der östreichische

Digitized by Google

Minister Freiherr von Beust, bot alles auf, um bei dieser Gelegenheit den gedemüthigten Kaiserstaat eine wichtige Vermittlerrolle, vielleicht gar wie im Juni 1813, spielen zu lassen. Ja schon damals sprach man von einer französisch-östreichischen Allianz als von einer ausgemachten Sache. Als ob die Finanzen und Ungarn nicht auch ein Wort mitzusprechen hätten! Zuerst machte Herr von Beust den Vorschlag, daß ganz Luxemburg, wie dies ja im Jahr 1830 gewünscht und erstrebt wurde, in Belgien einverleibt werde und dieses dafür einige belgische Gebietstheile, welche im zweiten Pariser Frieden 1815 Frankreich genommen worden waren, an dasselbe zurückgeben solle. Dieser Antrag, über welchen sich Frankreich jedenfalls nicht zu beklagen hatte, scheiterte, auch wenn ihm die anderen Großmächte zugestimmt hätten, an dem edlen Worte des Königs Leopold II. von Belgien: „Ich kann nicht einen meiner Landsleute austauschen." Nun machte Herr von Beust einen zweiten Vorschlag, welcher dahin gieng, daß Luxemburg für neutral erklärt werde, in welcher Bestimmung die Räumung und Beseitigung der Festung schon inbegriffen war. Auf dieser Grundlage beantragte Rußland eine Konferenz der Unterzeichner des Londoner Vertrags von 1839, und der König von Holland hatte nun die Ehre, die auswärtigen Mächte zu einer Konferenz in London einzuladen. Auch Preußen stimmte bei, erklärte jedoch in den Vorverhandlungen, daß es sein gutes Recht nur gegen eine europäische Garantie der Neutralität Luxemburgs aufgeben könne, und daß daher Mittel und Maßregeln ausfindig zu machen seien, damit diese Garantie nicht illusorisch sei und eines schönen Morgens die rothen Hosen in der Festung Luxemburg einziehen. Wenn Preußen diesen offenkundigen Beweis von Versöhnlichkeit und Friedensliebe gebe, daß es auf sein vertragsmäßiges Recht verzichte, so könne es dies nur unter der Bedingung thun, daß Europa künftig auf irgend eine Weise denselben Schutz für das Grenzland leiste, welchen bisher Preußen im Auftrag Europas geleistet habe.

Der Anfang der Konferenz wurde auf den 7. Mai bestimmt. Die Augen von ganz Europa waren auf die diplomatischen Größen gerichtet, welche in London Krieg und Frieden in ihrer Toga hatten. Es waren die Gesandten oder Minister von England, Preußen, Frankreich, Oestreich, Rußland, Italien (welches als sechste Großmacht zugezogen wurde), Holland, Belgien, Luxemburg. Die Kon-

Digitized by Google

ferenz tagte in demselben Lokal wie die von 1864 während des deutsch-dänischen Krieges. Dies war, da diese letztere resultatlos verlief, ein schlimmes Omen. Den Vorsitz führte Lord Stanley, Staatssekretär des Auswärtigen im englischen Ministerium. Die Konferenz dauerte nur fünf Tage und einigte sich über alle Punkte. England machte eine Zeit lang Schwierigkeiten, eine Garantie für die Neutralität Luxemburgs zu übernehmen, wodurch es sich verbindlich machen würde, denjenigen Staat, welcher diese Neutralität verletze, in Gemeinschaft mit den anderen Garanten mit den Waffen zu bekämpfen. Da aber der preußische Gesandte auf der Garantie sämtlicher Mächte bestand als der einzigen Bedingung, unter welcher Preußen sein Besatzungsrecht aufgebe, so gab England nach. Auch das Verbleiben Luxemburgs im Zollverein, mit welchem es am 20. Oktober 1865 einen Vertrag auf 12 Jahre abgeschlossen hatte, kam zur Sprache. Es wurde von dem luxemburgischen Minister Tornaco die Frage aufgeworfen, ob die Neutralität Luxemburg es zulasse, nach Ablauf jener Frist einen neuen Vertrag mit dem Zollverein zu schließen. So sehr Tornaco anfangs für die Abtretung an Frankreich war, so mußte er doch, nachdem davon keine Rede mehr sein konnte, für das Verbleiben Luxemburgs im Zollverein sich interessiren, da sein Ausscheiden den Ruin des Landes nach sich zöge. Zum großen Mißvergnügen des französischen Gesandten, welcher auch dieses letzte Band, wodurch Luxemburg an Deutschland geknüpft ist, abgeschnitten wissen wollte, wurde Herrn Tornaco geantwortet, daß zur Neutralität nur die militärische Unabhängigkeit von einem anderen Staat gehöre, daß daher den Verträgen mit dem Zollverein auch ferner nichts im Wege stehe. Dieser Sache hatte sich der preußische Gesandte hauptsächlich angenommen, aus dem nämlichen Grunde, aus welchem Preußen den östreichischen Vorschlag, Luxemburg mit Belgien zu vereinigen, abgewiesen hatte, weil dadurch das Land von Deutschland für immer abgelöst worden wäre.

Endlich waren alle Schwierigkeiten geebnet und der Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867 wurde von sämtlichen Theilnehmern unterzeichnet. In demselben wurde bestimmt, daß Luxemburg bei dem Hause Nassau-Oranien, dessen Haupt der König von Holland ist, verbleiben, daß es für immer einen neutralen Staat bilden und seine Neutralität unter die Garantie der Unterzeichner dieses Vertrags (mit Ausnahme des gleichfalls neutralen Belgiens) gestellt,

Digitized by Google

daß die Festung von den preußischen Truppen geräumt und von dem Könige von Holland geschleift und nie wiederhergestellt werden, und daß Limburg, von Deutschland abgetrennt, einen integrirenden Theil des Königreichs Holland bilden solle. Die Ratifikationen des Vertrags sollten innerhalb 4 Wochen erfolgen, worauf Preußen mit der Räumung zu beginnen versprach.

Wer hatte nun bei diesem so muthwillig heraufbeschworenen Luxemburger Handel etwas gewonnen? Von allen Staaten, welche darein verwickelt waren, auch kein einziger. Frankreich nicht, welches ja ursprünglich nicht bloß die Räumung, sondern die Abtretung gewünscht, also, was die Kompensationsforderungen betrifft, jedenfalls eine zweite Abweisung, eine neue Niederlage von Preußen erlitten hatte, wofür man es auch in Frankreich ansah; König Wilhelm von Holland nicht, welcher durch den Verkauf ein gutes Geschäft zu machen gedacht und nun statt dessen die Kosten der Schleifung selbst zu tragen hatte; Luxemburg nicht, welches offenbar in der ganzen Sache entschiedener für sein Deutschthum hätte eintreten sollen, aber größtentheils nur Sinn zeigte für die hübsche Summe von Thalern und Silbergroschen, welche die preußische Garnison ihm einbrachte, und eben diese verlor es; auch Preußen nicht, denn man mag über die Kollektivgarantie der Mächte noch so sehr erbaut sein, so muß man doch zugeben, daß eine preußische Besatzung in der durch Natur und Kunst so starken Festung ein sichererer Hort war. Um so mehr muß ganz Europa der preußischen Regierung Dank wissen, daß es durch seine Mäßigung dem Erdtheil die Leiden eines Krieges von unberechenbarer Größe und Ausdehnung erspart hat. Es hat in Wahrheit ein ungeheures Opfer gebracht, und diejenigen waren nun sehr kleinlaut, welche immer von dem „tollen, verzweifelten Spieler" Bismarck sprachen, der immer nur Krieg haben wolle und müsse. Was Preußen zu diesem Opfer veranlaßt hat, ob der unfertige militärische Zustand Süddeutschlands und die noch nicht vollzogene Verschmelzung der neuen Provinzen mit dem Königreich eine genügende Erklärung abgeben oder noch weitere Motive vorliegen, ist bis jetzt noch nicht aufgehellt. Eins aber scheint sicher zu sein, daß Preußen entschlossen war, einmal und dann nie mehr auch nur ein Titelchen von seinen Rechten Frankreich gegenüber aufzugeben. Die Gelegenheit, dies zu bethätigen, kam bald.

Digitized by Google

Merkwürdig ist die Enthüllung, welche die „Schlesische Zeitung" nach einem Brief aus Berlin gab. Man sieht daraus, theils warum die Konferenz so rasch verlief, theils warum England und alle anderen Mächte vom 8. auf den 9. Mai zur Uebernahme der Garantie sich entschloßen. Das Schreiben lautet: „Am 8. Mai in später Abendstunde ließ sich der französische Gesandte Benedetti bei Graf Bismarck melden und ergieng sich bei diesem in ziemlich hochfahrenden Phrasen über die Situation. Nachdem ihn der Graf lange ruhig angehört, erwiderte dieser, daß, wenn die Konferenz für die Erhaltung des Friedens nicht günstig ausfallen sollte, Preußen an Frankreich sofort ein Ultimatum richten würde, und daß, wenn Frankreich nicht genügende Zusicherungen wegen der Abrüstung geben sollte, eine allerhöchste Kabinetsordre sofort 900,000 Mann und zwar von Preußen 650,000, Norddeutsche 150,000, Süddeutsche 100,000 ins Feld rufen würde. Hierauf schlug Herr Benedetti einen anderen Ton an. Erst nach Mitternacht verließ er den Grafen Bismarck. Der Telegraph arbeitete die ganze Nacht nach Paris und nach London, und der gestrige Ausfall der Konferenz ergab sich von selbst. Auch erzählt man, daß Baiern aus freien Stücken allein zwei vollständige Armeecorps zu unserer Disposition gestellt habe."

Einen häßlichen Mißton in das Finale dieses Friedenskoncerts schleuderte Lord Stanley, welcher von den englischen Musikern die erste Violine zu spielen hatte. Im Unterhaus darüber interpellirt, warum er, trotz der Politik der Nichtintervention, durch die Garantie der Neutralität Luxemburgs Verpflichtungen für England übernommen habe, erwiderte er am 14. Juni, „eine Kollektivgarantie fasse er so auf, daß für den Fall einer Verletzung der Neutralität sämtliche Traktatmächte zur Kollektivaktion aufgefordert werden könnten, ohne daß eine derselben allein einzuschreiten verpflichtet wäre. Eine derartige Garantie besitze mehr den Charakter einer moralischen Sanktion des Vereinbarten, als den einer eventuellen Verbindlichkeit zur bewaffneten Einmischung. Aus ihr entspringe für jeden Einzelnen das Recht, aber nicht die Verpflichtung zum Kriegführen. Schließlich habe ja das Parlament, welches die erforderlichen Geldmittel bewilligen oder verweigern könne, es ganz in der Hand, über Krieg und Frieden in letzter Instanz zu entscheiden." Im Oberhaus pflichtete am 20. Juni und am 5. Juli Graf Derby der Ansicht

Digitized by Google

seines „edlen Anverwandten" (Lord Stanley ist sein Sohn) vollständig bei, brachte den Unterschied zwischen einer Kollektiv- und Separatgarantie auf und erklärte unumwunden, „daß, wenn Frankreich, mit Verletzung des Vertrags, Besitz von Luxemburg ergreifen sollte, England, wenn gleich von Preußen zum Beistand aufgefordert, nicht verpflichtet wäre, diesen zu gewähren." Weder im Unterhaus noch im Oberhaus und nur in wenigen englischen Blättern fand diese schamlose Schaustellung einer selbstsüchtigen Krämerpolitik erheblichen Widerspruch. In Berlin aber erregten diese advokatischen Unterscheidungen der Firma „Vater und Sohn" den entschiedensten Unwillen. „So weit also," rief die Kreuzzeitung aus, „ist das England Chathams und Pitts heruntergekommen! Die Erklärungen Lord Stanleys stehen im internationalen Verkehr vielleicht einzig da. Zu allen Zeiten sind Verträge gemacht und gebrochen worden, und wir sehen die Luxemburger Kollektivgarantie nicht als eine Schöpfung an, die sich von anderen Schöpfungen derart unterscheiden wird. Aber im Moment einer feierlich eingegangenen Zusage unbefangen zu erklären, diese Zusage bedeutet nichts und ist mit Hilfe des landesüblichen Parlamentarismus jeden Augenblick zu umgehen: dies zeigt einen politischen Bankerott, eine Kleinheit der Gesinnung, die nur noch von der dahinter steckenden, wie es scheint völlig naiven Flausenmacherei und gleichzeitigen diplomatischen Rücksichtslosigkeit übertroffen wird. Bindet euch Besen vom Ginsterbusch der Plantagenets und verkaufet euren Shakespeare an den Käsekrämer, wenn ihr die Enkel eurer Ahnen zu sein nicht mehr gewillt seid."

Während diese luxemburgische Frage ihre verschiedenen Phasen durchlief, wurden in den einander so schroff gegenüberstehenden Staaten, in Frankreich und Preußen, Werke des Friedens begonnen und vollendet. Am 1. April wurde die Weltindustrieausstellung in Paris eröffnet, und am 17. April das norddeutsche Parlament in Berlin geschlossen. Die Specialdebatte über den Verfassungsentwurf begann im norddeutschen Reichstag am 18. März und dauerte bis zum 10. April. Es liegt in der Natur einer solchen Vorlage, daß die Regierungen dabei nicht zu kurz kommen wollen, daß sie sich bemühen, in einem von ihnen paragraphirten Vertrag ihre Befugnisse möglichst weit auszudehnen und dadurch eine starke Centralgewalt zu schaffen; andererseits wird jedes Parlament den Namen eines

Digitized by Google

unabhängigen, selbständigen Körpers zu tragen und sein Recht der Prüfung und Verwilligung eher zu weit als zu wenig auszudehnen suchen. Kommen beide Theile nicht mit versöhnlichem Sinn und ächtem Patriotismus einander entgegen, sind sie nicht beide überzeugt, daß höher als dieser oder jener Paragraph der zu schließende Bund stehe, daß lieber zehn Paragraphen als dieser selbst in Frage gestellt werden dürfe, und daß Verfassungsparagraphen so wenig unsterblich sind als diejenigen, welche sie machen, so erlebt man das widerwärtige Schauspiel, daß vor lauter Liebe zum Vaterland das Vaterland selbst nicht zu Athem kommt. In solchen Fällen hilft nichts als ein anständiger Kompromiß. Man muß es beiden Theilen zum Ruhme nachsagen, daß sie diesen Weg mit aller Loyalität betreten und in unglaublich kurzer Zeit ein Werk gegründet haben, das, eben weil es praktisch angelegt und durchgeführt wurde, auf lange Zeit hin die Grundlage unserer politischen Entwicklung, der Grundstein der deutschen Einheit sein wird. Wenn auch eine unbedeutende Minderheit, die unverbesserlichen Partikularisten und Radikalen, an welchen die Erfahrungen des Jahres 1848 und die Erschütterungen des Jahres 1866 spurlos vorübergegangen sind, von Anfang bis zu Ende den Entwurf bekämpfte und lieber ohnmächtige Splitter, „Kantönli," mit Freiheitsphrasen überschrieben, gesehen hätte als die stolze deutsche Eiche, so hat man doch hinwiederum auch Männer, welche mit ihrer Ueberzeugung fürwahr nicht spielen und nicht spielen lassen, Minister wie Abgeordnete, lieber auf die Konsequenzen derselben als auf den Ruhm verzichten sehen, zum Bau deutscher Größe einen Stein herbeigetragen zu haben.

Unter den verschiedenen Veränderungen, welche der Reichstag an dem Entwurf vornahm und der Bundesrath zuließ, möge nur die „Wählbarkeit" der Beamten, die „geheime Abstimmung" neben allgemeinen und direkten Wahlen, die „Straflosigkeit wahrheitsgetreuer Parlamentsberichte" hervorgehoben werden. Vor der Schlußberathung, welche am 15. und 16. April stattfand, erklärte Graf Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen, daß sie in den vom Reichstag beschlossenen Abänderungen, deren es gegen 40 seien, zum Theil zweifellose Verbesserungen ihres Entwurfes gefunden, einige aber als solche erkannt haben, deren Annahme ihnen nicht leicht geworden sei. Dennoch werden sie, dem Reichstage mit

Digitized by Google

gutem Beispiele vorangehend, diesen Abänderungen ihre Zustimmung nicht versagen, wenn der Reichstag in zwei Punkten, welche die Sicherstellung der Heereseinrichtungen und die Frage über die Bewilligung von Diäten betreffe, von seinem früheren Votum abgehe. Nach dem Regierungsentwurf sollten nämlich die „Reichstagsabgeordneten als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen." Der Reichstag aber verwarf am 30. März diesen Antrag und beschloß mit 136 gegen 130 Stimmen, daß sie „aus der Bundeskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes" erhalten sollten. Es ist keine Frage, daß mancher tüchtigen Kraft, manchem intelligenten Kopf die Thüren des Reichstages auf immer verschlossen sind, wenn keine Diäten bezahlt werden; es ist aber ebenso wahr, daß in dem großen und gebildeten Deutschland es, auch ohne Diäten, nie an brauchbaren Reichstagsmitgliedern fehlen wird. Und wenn die Regierung sagte, daß sie die Diätenlosigkeit als das einzige Korrektiv des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts ansehe, ohne welches Korrektiv sie diese demokratische Institution für äußerst gefährlich und gewagt erachte, wer wollte ihr, zumal wenn er an Zeiten dachte, wo die Wogen der Volksaufregung alle staatliche Ordnung umzustürzen drohten, wo gewandte Volksführer mit wenigen Schlagwörtern eine Revolution entzündeten, zu widersprechen vermögen? Und kann sich die Regierung nicht auf England, wo man sich doch auch ein bischen auf Freiheit versteht, und auf Italien berufen, wo die Parlamentsmitglieder gleichfalls keine Diäten erhalten? Fragt man, welche Kammer in der Achtung nach oben und nach unten höher stehe, eine besoldete, wie die französische, oder eine unbesoldete, so kann die Antwort nicht zweifelhaft sein. All diese Gründe würdigend beschloß der Reichstag am 15. April mit 178 gegen 80 Stimmen, seinen früheren, zum Theil noch jetzigen, Standpunkt zu verleugnen und die Frage über die Diäten im Sinn der Regierung zu entscheiden.

Hatte der Reichstag auf diese Weise dafür gesorgt, daß eine Terrorisirung dieser Versammlung durch „katilinarische Existenzen" nicht zu befürchten war, so glaubte er in dem zweiten Punkt, welcher die Friedenspräsenzstärke der Armee und die hiefür ausgesetzte Aversalsumme betraf, nicht nachgeben zu dürfen, da es sich hier um die Wahrung des verfassungsmäßigen Budgetrechts handelte. Während der Entwurf verlangte, daß „jeder wehrfähige Norddeutsche sieben

Digitized by Google

Jahre lang dem stehenden Heere und die folgenden fünf Lebensjahre hindurch der Landwehr angehören, daß die Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres auf ein Procent der Bevölkerung von 1867 normirt und bei wachsender Bevölkerung je nach zehn Jahren ein anderweitiger Procentsatz festgesetzt werden, daß endlich zur Bestreitung des Aufwandes für das gesamte Bundesheer dem Bundesfeldherrn jährlich so viel mal 225 Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke beträgt, zur Verfügung gestellt werden sollen," gieng der Reichstag von der Ansicht aus, daß diese Bestimmung über die Heeresstärke nur als Uebergangsstadium zu betrachten und später neu festzustellen sei. Er gieng daher von seinem früheren Beschluß nicht ab und präcisirte ihn bei der nochmaligen Berathung am 16. April dahin, daß von den „sieben Dienstjahren der Soldat drei Jahre bei den Fahnen, vier in der Reserve zu dienen habe, daß sowohl die Friedenspräsenzstärke von einem Procent der Bevölkerung als die hiefür bestimmte Summe nur „bis zum 31. December 1871" gelten und dann im Wege der Bundesgesetzgebung neu festgestellt werden solle. Es half nichts, daß Graf Bismarck statt „des 31. Decembers 1871" gesetzt wissen wollte: „bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes." Die Kammer blieb, nachdem sie in der Diätenfrage sich konservativ und nachgiebig gezeigt hatte, bei Festsetzung des Militärwesens unerbittlich und nahm obige Bestimmungen mit 202 gegen 80 Stimmen, den ganzen Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53 Stimmen an. Da selbst Prinz Friedrich Karl und die Generale dafür stimmten, so hoffte man auf eine nachgiebige Haltung der Regierung. So war es auch. Am 17. April erklärte Graf Bismarck, daß die Bundesregierungen der Verfassung des norddeutschen Bundes, wie sie aus der Berathung des Reichstages schließlich hervorgegangen sei, ihre Zustimmung ertheilen. Am Nachmittag des nämlichen Tages wurde der Reichstag vom König mit einer Thronrede geschlossen, welche sich mit Befriedigung über das gelungene Werk, über die Grundlage der Einigung Norddeutschlands aussprach. Der Ton, in welchem sie gehalten war, geht aus dem einen Satze hervor: „Die Zeit ist herbeigekommen, wo unser deutsches Vaterland durch seine Gesamtkraft seinen Frieden, sein Recht und seine Würde zu vertreten im Stande ist." Sofort wurde die Verfassung den Einzellandtagen der verbündeten Staaten vorgelegt und mit großen Majoritäten angenommen, so von dem preußischen Landtag

Digitized by Google

mit 226 gegen 91 Stimmen am 8. Mai, von dem sächsischen mit 67 gegen 6 Stimmen am 3. Mai.

Die Annahme dieser Verfassung bezeichnet einen der merkwürdigsten Denksteine der deutschen Geschichte. Niemals waren so viele Zweige des staatlichen Lebens, wie Militär und Marine, Eisenbahnen und Kanäle, Posten und Telegraphen, Zoll- und andere Verkehrsverhältnisse unter eine Leitung gestellt, niemals einer Centralgewalt so wichtige Befugnisse nach innen und außen mit einem so imposanten Hintergrund von Bajonetten übertragen, niemals einer so zahlreichen Volksvertretung so wichtige Rechte in der Gesetzgebung, in Bewilligung und Kontrole des Finanzwesens zugestanden. Die Reichsverfassung von 1849, welche nicht ins Leben übergieng, kann ebendeßwegen hier auch nicht berücksichtigt werden. Daß der Reichstag sich nicht in ein Ober- und Unterhaus spaltete, daß von dem ersteren kaum die Rede war, ist für die Einfachheit der Geschäfte als ein Gewinn anzusehen. Ist doch der Bundesrath mit seinen 43 Stimmen, welche, wenn die Bundesmitglieder wollen, von ebensovielen Bevollmächtigten abgegeben werden können, schon Oberhaus genug. Die günstigen Folgen dieser so nothwendigen Centralisation sind besonders im Verkehrsleben jetzt schon ungemein fühlbar, und sie werden es, da die Bundesgesetzgebung immer mehr Gegenstände in den Kreis ihrer Thätigkeit zieht, immer mehr werden. Von Verkehrshemmungen, wie sie die bisherige Kleinstaaterei im Eisenbahnwesen künstlich gezogen hat, wird bald nur noch in alten Geschichten etwas zu lesen sein.

Während dieses deutsche Friedenswerk ungestört seiner Vollendung entgegengieng, schien das französische gleich beim Beginn dem Ruin verfallen zu sein. Die Weltindustrieausstellung zu Paris sollte am 1. April eröffnet werden; aber gerade damals gestaltete sich die Luxemburger Frage so sehr zu einer Kriegsfrage, daß sich volle 6 Wochen nicht sagen ließ, ob nicht all diese Herrlichkeiten der Welt nur dazu ausgestellt worden seien, um sogleich wieder eingepackt und in ihre Heimat zurückgeschickt zu werden. Mit ungeheurem Aufwande war das Marsfeld für das Ausstellungsgebäude und die noch dazu gehörigen Nebenbauten und Parks hergerichtet worden, die einzelnen Staaten und Aussteller hatten schon bedeutende Summen ausgegeben, und die Pariser versprachen sich einen höchst erfrischenden goldenen Regen von den Tausenden der aus-

Digitized by Google

wärtigen Besucher. Sie waren daher von dem unglücklichen Länderhandel ihres Kaisers nicht sehr entzückt und sahen sich verwundert an, wie am 1. April, wo die Eröffnung wirklich stattfand, durchaus keine Feierlichkeiten erfolgten und auch das bekannte Orakel an der Seine sich nicht hören ließ, sondern der Kaiser mit der Frau Kaiserin und ihrem Gefolge durch die Säle der einzelnen Nationen gieng, die Mitglieder der Kommissionen sich vorstellen ließ, in einem Pavillon einige Erfrischungen einnahm und unter den Klängen der Militärmusik seinen Wagen bestieg und in die Tuilerien zurückfuhr. Diesem prosaischen Anfang entsprach der Fortgang bis zum Schluß der Londoner Konferenz. Die Zahl der auswärtigen Besucher war eine kaum nennenswerthe; von fremden Fürsten hatten sich nur wenige eingefunden. Kaum aber war das Protokoll vom 11. Mai unterzeichnet, so begann aus allen Weltgegenden und nicht zum mindesten aus Deutschland, eine industrielle Wallfahrt nach Paris, und Kaiser Napoleon beeilte sich, die fremden Herrscher einzuladen. Er hoffte durch den Besuch der fremden Souveräne, welcher freilich nicht ihm, sondern der Ausstellung galt, seine eigene Person mit einem neuen Glorienschein zu umgeben und die vorlauten Pariser durch die mit diesen Besuchen verbundenen Festlichkeiten und interessanten Schauspiele und durch das viele Geld, das sie in der Hauptstadt zurückließen, in eine gelinde Betäubung zu versetzen, bei der sie Mexiko und Luxemburg, Königgrätz und die Rheingrenze vergäßen und nichts als russische Uniformen und Goldstücke, Münchner Bier und östreichische Kellnermädchen in einem Zauberspiegel sähen.

Unter allen Monarchen war der Kaiser von Rußland am schwersten zur Reise nach Paris zu bewegen. Die moralische Unterstützung, welche dem polnischen Aufstand im Jahre 1863 von Seiten der französischen Regierung zu Theil geworden war, die gleichlautenden Noten, welche damals nicht bloß Frankreich, sondern auf dessen Betreiben auch England und Oestreich nach Petersburg geschickt und dadurch das kolossale Rußland auf das gleiche Niveau wie Dänemark gestellt hatten, hatten in dem Herzen des Zaren einen bitteren Stachel zurückgelassen. Doch überwand er endlich seine Mißstimmung und beschloß, zugleich mit seinem Oheim, dem Könige von Preußen, die Reise anzutreten. Dieser Plan mißfiel in den Tuilerien ungemein. Schon längst ärgerte man sich ja in

Digitized by Google

Frankreich darüber, daß Preußen und Rußland so innig befreundet, um nicht zu sagen, so eng verbündet seien; sollte man durch den gleichzeitigen Besuch der beiden Fürsten dieses Bündniß gleichsam leibhaftig auf den Boulevards spazieren gehen sehen? Hinderte nicht die Furcht vor dieser preußisch-russischen Allianz jede Aktion des isolirt stehenden Frankreichs gegen Deutschland? War es nicht weit angenehmer, wenn diese Fürsten nach, statt mit einander kamen, damit man auch ein vertrauliches Stündchen haben konnte, wo der alte Napoleonische Grundsatz l'un après l'autre zu seiner Geltung kam? War denn diese nordische Allianz schlechterdings nicht zu brechen? Gab es nicht ein Zauberwort, das auf diese Eiskrystallisation mit der Kraft eines Sirocco einwirkte? Wie jeder Mensch seine Schwäche hat, so auch jeder Staat, und die Schwäche Rußlands ist Konstantinopel. Wenn Napoleon mit dem Zaren und seinem Minister die orientalische Frage besprach, längst ersehnte Concessionen machte und die Revision des für Rußland so demüthigenden Pariser Friedens von 1856 in Aussicht stellte, konnte da Alexander widerstehen? Mußte er da nicht Preußen fahren lassen und dafür mit Frankreich eine Allianz schließen? Und dann gute Nacht Deutschland! gute Nacht Nordbund! Und was sollte dann vollends aus Süddeutschland werden!

Napoleon eröffnete also dem preußischen Gesandten, daß es ihm lieber wäre, wenn sein König erst nach der Abreise des Kaisers von Rußland nach Paris käme, da er jenem besondere Ehre erweisen möchte, bei einem gleichzeitigen Besuch aber doch dem Kaiser den Vortritt lassen müßte. Diese gesuchte Höflichkeit und ceremonielle Aengstlichkeit, welcher man in Berlin und St. Petersburg leicht auf den Grund schaute, brachte eine sehr unerwünschte Wirkung hervor. Kaiser Alexander wollte von der ganzen Reise nichts mehr wissen, wenn er nicht einmal über die Zeit derselben selbst sollte verfügen konnen. Nun lenkte Napoleon wieder ein und sagte, so sei es ja gar nicht gemeint gewesen; er habe nur jedem der beiden Fürsten möglichst viel Ehre anthun wollen; sie möchten doch reisen, wie es ihnen am angenehmsten sei. Auf dies hin wurde ausgemacht, daß der König von Preußen ein paar Tage nach seinem kaiserlichen Neffen in Paris eintreffen solle, so daß Beide doch einige Tage mit einander zubringen konnten.

Kaiser Alexander kam mit zwei seiner Söhne am 1. Juni in

Digitized by Google

Paris an und hatte schon bei der Fahrt durch die Straßen an mehreren Punkten der Boulevards den Ruf zu hören: vive la Pologne! Dieser Ruf, welcher offenbar auf einer malitiösen Verabredung beruhte, verfolgte den hohen Gast, wohin er nur zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten sich wandte, besonders im Justizpalast und in der Ausstellung. Aber auch die Gelegenheit zu Verhandlungen über die orientalische Frage wurde nicht versäumt. Nicht bloß um die Revision des Pariser Friedens, dessen drückendste, die Seearsenale und die Kriegsschiffe betreffende Bestimmungen Rußland thatsächlich schon umgangen hatte, handelte es sich hier, sondern darum, daß die Pforte allen ihren christlichen Unterthanen möglichst viel Selbständigkeit verleihen, all ihre christlichen Provinzen etwa in die Stellung der heutigen Donaufürstenthümer bringen solle, die bekanntlich, abgesehen von der Entrichtung eines Tributs, vollständig souverän sind. War dies erreicht, so war für Rußland die Zeit der Ernte da. Denn diese Bevölkerungen, welche fast alle mit Rußland den griechisch-katholischen Glauben, zum großen Theil auch die slavische Nationalität gemein haben, sehen in Rußland ihren Befreier und wollen mit diesem lieber ein großes Slavenreich bilden als beständig zu helotenmäßiger Unterthänigkeit unter ein asiatisches Barbarenvolk verurtheilt sein. Diese Schmach und dieser Druck waren es auch, welche den Aufstand auf der Insel Kandia entzündet hatten, deren Verhältniß zur Türkei eben damals die Kabinette sehr beschäftigte, keines mehr als die von Rußland und von Griechenland. Wie der Wiener Kongreß bei Luxemburg, so hatten die Londoner Konferenzen von 1832 bei Kandia wenig Staatskunst bewiesen. Diese Insel war in dem neunjährigen Unabhängigkeitskampf von 1821—1830 immer treu zu Griechenland gestanden, hatte alle Leiden jenes mit so blutigen Unthaten dicht besäten Kampfes durchgemacht, und die sphakiotischen Häuptlinge zeigten sich damals so heldenmüthig wie heute. Trotz all dem wurde Kandia nicht mit Griechenland vereinigt, sondern der Türkei zurückgegeben und unter ägyptische Verwaltung gestellt. Die Motive waren damals die nämlichen wie heutzutag, wo es sich um Abtretung der Insel von Seiten der Türkei an Griechenland handelt. Alle Großmächte haben im März 1867 der Türkei zu diesem Schritte gerathen, nur nicht England. Auch 1832 war es England, dessen maritime Eifersucht fürchtete, das mit Griechenland vereinigte Kandia möchte ein

Digitized by Google

russischer Vasallenstaat werden und Rußland dadurch im östlichen Mittelmeer eine den englischen Interessen gefährliche Position erhalten, und dieser fremden Politik zu Lieb wurde das arme Kandia, mit 200,000 hellenischen Einwohnern gegen kaum 10,000 türkische, in widernatürliche und unerträgliche Bande geschmiedet. Die Auflehnung Mehemed Alis von Aegypten und dessen Unterwerfung durch die Quadrupelallianz im Jahre 1840 brachte Kandia von der ägyptischen Hoheit wieder unmittelbar unter die türkische, das heißt, vom Regen unter die Traufe.

Zwar gibt sich die türkische Regierung zuweilen das Ansehen, als ob sie zeitgemäßen Reformen durchaus nicht abgeneigt sei, wie dies aus der Depesche des englischen Gesandten in Konstantinopel vom 6. März 1867 hervorgeht. Die sonst so skeptische englische Regierung erheuchelt dann jedesmal, wie dies Graf Derby in seiner Rede im Oberhaus am 8. März bewiesen hat, eine blinde Gläubigkeit und kann keinen Grund für Abtretungen finden. Als ob die türkischen Pascha's glimpflicher mit den Christen umgiengen als der einst von der englischen Presse so angefeindete König Bomba von Neapel! Als ob das Nationalitätsprincip nur in Italien zur Geltung kommen dürfte, nicht auch in Griechenland! Was haben denn jene hauptsächlich auf englische Veranlassung gegebenen türkischen Gesetze, der Hattischerif von Gülhane (3. Nov. 1839) und der Hat Humayun (18. Febr. 1856) genützt? Versprochen wurde darin, daß die Christen künftig die gleichen bürgerlichen Rechte wie die Türken haben sollen; aber bis auf den heutigen Tag sind diese Erlasse nicht mehr werth als das Papier, auf dem sie verzeichnet sind. Noch heute dürfen die Fremden in der Türkei keinen Grundbesitz erwerben, die Christen nicht überall, noch heute ist das Zeugniß eines Christen gegen einen Moslem ungiltig. Dies sind barbarische Zustände, und eben nur durch solche kann sich die Türkenherrschaft halten, da bei vollständiger Gleichheit schon die numerische Ueberlegenheit der türkischen Christen das Verhältniß zwischen ihnen und den Muhamedanern bald umkehren würde.

Der Aufstand der Kandioten begann im April 1866 mit einer Bittschrift an die Pforte um Abhilfe ihrer Beschwerden. Da diese abschlägig beschieden wurde, so erfolgte die allgemeine Erhebung der Insel und der Beschluß der Generalversammlung vom 2. Sept., daß die osmanische Herrschaft auf der Insel abgeschafft sei und

Digitized by Google

Kandia mit Griechenland sich vereinige. Sofort langte Mustapha Pascha mit türkischen und ägyptischen Truppen an, es entspann sich ein verzweifelter Kampf, in welchem die Kandioten von Griechenland aus mit Freiwilligen, Waffen und Geld unterstützt wurden, das Jahr näherte sich seinem Ende, und noch war Kandia nicht unterworfen. In einer Depesche, welche die Pforte am 26. Dec. 1866 an die drei Schutzmächte Griechenlands (Rußland, England, Frankreich) richtete, beklagte sie sich bitter über Griechenland, das allein die Pacifikation Kandias verhindere, auch nach Thessalien und Epirus die Fackel des Aufstandes schleudere, und stellte, wofern diesem Treiben nicht abgeholfen würde, einen offenen Bruch mit Griechenland in Aussicht. Die Antwort Griechenlands auf diese Drohung war die am 29. Januar 1867 auf den Antrag des Kriegsministers Botzaris beschlossene Vermehrung der Armee. Und kann Griechenland anders handeln? Niemand, weder König noch Ministerium, kann sich der nationalen Strömung entziehen, welche dahin geht, alle hellenischen Stämme in der nämlichen Weise mit dem Königreich Griechenland zu vereinigen wie im Jahre 1859 die italienischen mit dem Königreich Sardinien, und so die Fehler der Londoner Konferenzen, welche die hellenischen Stämme von einander trennten und das junge Königreich zu groß zum Sterben und zu klein zum Leben schufen, wieder gut zu machen. Will König Georgios nicht den Ausgang seines Vorgängers haben, so muß er sich an die Spitze dieser großgriechischen Bewegung stellen; denn eben dies hauptsächlich hat König Otto seinen Thron gekostet, daß er weder während des Krimkrieges noch nach dem italienischen Krieg für diese Lieblingsidee seiner neuen Heimat Verständniß und guten Willen zeigte. Daher kehrte sich die griechische Regierung so wenig als möglich an die Vorstellungen Englands und schloß sich hauptsächlich an Rußland an, in dessen Interesse es liegt, daß Kandia, später auch Thessalien und Epirus, von der Türkei sich losreiße und mit Griechenland sich vereinige. Denn die Türkei wird dadurch schwächer, den anderen christlichen Provinzen, welche gleichfalls Trennungsgelüste haben, wird ein ermunterndes Beispiel gegeben, und Griechenland wird doch nicht so stark, daß es nicht den Beistand Rußlands stets bedürfte. So könnte der russische Plan, die Türkei mit lauter ganz oder halb selbständigen Staaten zu umgeben, verwirklicht werden. Ist dies geschehen, so braucht es wenig

Digitized by Google

Sprengpulver mehr, um die türkische Herrschaft selbst an die Luft zu setzen.

Im Jahr 1866 war es den Türken nicht gelungen, den Aufstand auf der Insel Kandia zu unterdrücken. Nicht glücklicher waren sie im folgenden Jahre; vielmehr zeigte es sich, daß, so oft sie erklärten, der Aufstand sei erloschen, er um so heftiger entbrannte. Vom 11. bis zum 14. Februar fanden neue Kämpfe statt, welche ein Zurückgehen der türkischen Truppen zur Folge hatten. Die lange Dauer dieses Streites war für diejenigen europäischen Mächte sehr unbequem, welche ein Interesse daran hatten, daß die Lösung der orientalischen Frage immer und immer wieder verschoben werde. Denn es war zu fürchten, daß durch diesen kandiotischen Aufstand ein Krieg entstehe, in welchen alle Großmächte verwickelt würden. Daher gaben zu Anfang des März die Gesandten von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien der Pforte den Rath, die Sache dadurch beizulegen, daß sie Kandia an Griechenland abtrete. Da aber England, welches vermöge seiner Ueberlegenheit zur See in dieser Sache ein kräftiges Wort zu sprechen vermag, der Türkei den entgegengesetzten Rath gab, so lehnte diese, der englischen Hilfe vertrauend, den Vorschlag der anderen Großmächte ab. Um ihnen die Gelegenheit zu weiteren Zudringlichkeiten abzuschneiden, schickte sie statt Mustapha den berühmten General Omer Pascha nach der Insel, welcher die Kandioten in wenigen Wochen unterwerfen und dem theilnehmenden Europa berichten sollte, daß die Ruhe vollkommen wieder hergestellt sei. Aber am 23. April bei Kalikrati zurückgeschlagen, mußte er sich nach Rethymno zurückziehen, und seine erbitterten Soldaten begiengen auf dem Rückzug Greuelthaten aller Art. Dies hatte neue Erbitterung und neuen Zuzug von griechischen Freiwilligen, gegen 3000, zur Folge.

So standen die Verhältnisse, als Kaiser Alexander nach Paris kam. Die türkische Abweisung hatte sicherlich den schlimmsten Eindruck auf ihn gemacht. Es fragte sich, ob Napoleon ebenso gesinnt und bereit war, von nun an den Kandioten durch mittelbare oder unmittelbare Unterstützung mehr Theilnahme zu schenken. Die Verhandlungen scheinen nicht am besten gegangen zu sein; denn die einzige Maßregel, welche daraus hervorgieng, war eine am 15. Juni von Frankreich, Rußland, Preußen und Italien in Konstantinopel überreichte Kollektivnote, an welche sich am 16. eine Separatnote Oestreichs,

Digitized by Google

so ziemlich von gleichem Inhalt, anschloß. Jene Kollektivnote war ein unverkennbarer Rückschritt gegen den früheren Rath, die Insel abzutreten; denn sie enthielt nur den Vorschlag, daß die Pforte die Notabeln von Kandia berufen und diese über die Wünsche der Bevölkerung, so weit sie die Herstellung eines besseren Einvernehmens zwischen der türkischen Regierung und den Kandioten betreffen, befragen sollte. Aber auch diesen Kollektivvorschlag wagte die Pforte, da England sich wiederum nicht dabei betheiligte, zurückzuweisen und zur Antwort zu geben, daß sie vorerst abwarten wolle, was Omer Pascha durch seine aufs neue aufgenommenen kriegerischen Operationen ausrichte. Derselbe habe die Zusicherung gegeben, binnen eines Monats den Aufstand zu bewältigen. Erst wenn nach Ablauf dieser Frist, bis zum 24. Juli, Omer nicht zum Ziele gelangt sei, werde die Pforte Einleitung zur Berufung der christlichen Notabeln treffen.

Wenn diese Kollektivnote und die nochmalige Abweisung von Seiten der Pforte das einzige positive Resultat der Monarchen-Zusammenkunft in Paris war, so mag es sehr frostig dabei zugegangen sein, und es hat sehr viel Wahrscheinlichkeit, wenn behauptet wird, Kaiser Alexander sei über das Tuilerienkabinet erbitterter als je. Was dieses von ihm als Gegenleistung für etwaige Konzessionen in der orientalischen Frage verlangte, das Aufgeben des engen Verhältnisses zu Preußen, konnte er durchaus nicht gewähren. Auch ohne hierüber besonders beruhigt worden zu sein, konnte der König von Preußen seinen Neffen nach der Seine vorausreisen lassen. Denn die Intimität, welche zwischen beiden Fürsten besteht, beruht nicht bloß auf verwandtschaftlichen oder überhaupt persönlichen Gründen, sondern noch mehr auf dem Charakter ihrer Politik, welcher es ihren Staaten erlaubt, trotz vielfacher Berührung ruhig ihren verschiedenen Zielen nachzugehen, ohne daß der eine jeden Augenblick gewärtig sein muß, dem anderen das Wort des syrakusischen Archimedes zuzurufen: „bringe mir meine Kreise nicht in Unordnung!“ Eine russisch-französische Allianz, soviel man auch schon davon gesprochen hat, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Polen und Italien sind zwei Punkte, über welche die Regierungen Rußlands und Frankreichs sich nicht so bald verständigen werden. Frankreich wird nie aufhören, mit den Polen zu kokettiren, nie aufhören, den Papst zu unterstützen, wie wenigstens Staatsminister Rouher ver-

Digitized by Google

sichert; Rußland wird Polen zu einer russischen Provinz machen und Italien in der Untergrabung der päpstlichen Herrschaft unterstützen. Im Orient freilich, sollte man glauben, berühren sich die Interessen beider Staaten nicht; Frankreich, von der Aufmerksamkeit auf Deutschland und Italien ganz hingenommen, habe an der Donau und am schwarzen Meere gar wenig greifbare Interessen. So richtig diese Ansicht an sich ist, so unrichtig, so bald sie sich politisch geltend machen will. Abgesehen davon, daß das heutige Frankreich, wie das Napoleonenthum und sein Geschichtschreiber Thiers mit Stolz verkündigen, in der Rolle des europäischen Naseweis sich gefällt und in allem seine Hände haben will, handelt es sich in dieser Frage auch darum, wie sie von anderen Großmächten aufgefaßt wird, und da zeigt es sich, daß gerade diejenigen, mit welchen es Frankreich am wenigsten verderben will, England und Oestreich, den russischen Planen schnurstracks entgegenarbeiten. Die Motive Englands wurden schon besprochen; von Oestreich wird weiter unten die Rede sein. Wollte Frankreich die orientalische Politik Rußlands unterstützen, so würde es sich England und Oestreich zu Gegnern machen. Und was könnte Rußland der französischen Regierung als Ersatz für diese Gegnerschaft, welche sich in deutschen und italienischen Fragen bald bemerklich machen würde, nennenswerthes bieten?

Preußen dagegen, welches nicht die Anmaßung eines europäischen Schiedsrichters, aber den Ehrgeiz und das praktische Geschick hat, sich in seinem deutschen Hause wohnlich einzurichten und darin eine gute Ordnung zu halten, interessirt sich nicht stark für orientalische Bilder und kann Rußland in diesem Genre weit größere Konzessionen machen als jeder andere Staat. Auch im westlichen Europa laufen die preußischen und russischen Interessen friedlich neben einander her, und in Polen sind sie so eng mit einander verflochten, daß im Jahr 1863, während Frankreich, England und Oestreich zudringliche Noten nach Rußland schickten, Preußen den geheimen Vertrag vom 8. Februar mit ihm schloß, welcher die gemeinschaftliche Unterdrückung des polnischen Aufstandes zum Zweck hatte. Es ist daher sehr richtig, wenn gesagt wird, daß Rußland Preußens mehr bedürfe als Preußen Rußlands. Diesen Satz kann keine Pariser Reise, keine Liebenswürdigkeit der französischen Kaiserfamilie, keine Gefälligkeiten ihrer Diplomatie umstoßen. Nur eine Frage könnte

Digitized by Google

mit der Zeit das freundschaftliche Verhältniß Preußens und Rußlands lockern, und das ist eine deutsche. Je mehr Preußen in Deutschland aufgeht, sich mit diesem identificirt, desto mehr wird es ihm auch zur Pflicht gemacht, die deutschen Interessen überall, an der Ostsee wie an der Königsau, zu wahren und für jeden Schmerzensschrei eines unterdrückten deutschen Volksstammes ein empfängliches Ohr zu haben. Wenn Rußland fortfährt, in den deutschen Ostseeprovinzen Sprache und Religion unserer Stammesbrüder so zu beeinträchtigen, wie die fanatische altrussische Partei, welche auf die Vernichtung aller fremdartigen Elemente und auf vollständige Russificirung aller fremden Nationalitäten ausgeht, bereits begonnen hat, so wird die Kameradschaft nimmer lange eine herzliche sein. Andererseits haben auch die panslavistischen Tendenzen Rußlands etwas Bedenkliches für Deutschland. Hält Rußland sich für berufen, alle slavischen Stämme unter seiner Herrschaft zu vereinigen, so würde es in denjenigen östreichischen Provinzen, wo Deutsche und Slaven gemischt sind, an Preußen einen Nebenbuhler finden. Ob diese Befürchtung früher oder später praktisch wird, hängt mit der Frage von der Lebensfähigkeit des auf neuen Principien gegründeten östreichischen Kaiserstaates zusammen.

Vorerst hat es mit solchen Besorgnissen noch seine guten Wege. Davon konnten sich die Pariser bei der gleichzeitigen Anwesenheit der beiden Monarchen in ihrer schönen Hauptstadt überzeugen. Doch bevor der König von Preußen, welchem das kronprinzliche Paar vorausgereist war, Berlin verließ, war noch ein kleines Geschäft abzumachen. Da die Pariser sehr neugierig sind und neuerdings namentlich für deutsche Verhältnisse ungemein viel Interesse an den Tag legen, so glaubte Graf Bismarck, durch nichts sich besser bei ihnen zu empfehlen und eine günstige Aufnahme sich bei ihnen zu verschaffen, als wenn er ihnen eine politische Neuigkeit ganz frisch aus seinem geheimen Kabinet mitbringe und zwar ihnen zu allererst, schon aus schuldiger Revanche dafür, daß auch sie ihm das Luxemburger Geheimniß, wenn auch nicht zuerst anvertraut, doch auch nicht lange vorenthalten haben. Er schrieb daher am 28. Mai sogleich an seine Kollegen in Süddeutschland und that ihnen zu wissen, daß er etwas auf dem Herzen habe. Diese ließen sich so etwas nicht zweimal sagen. Am 3. Juni waren sie schon in Berlin und klopften bei dem Herrn Minister an. Es war

Digitized by Google

der Fürst von Hohenlohe, welcher zum Schrecken der bairischen Reichsräthe und der Ultramontanen den weiten Weg nicht gescheut hatte, Herr von Varnbüler, über dessen Abreise die württembergischen Demokraten die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, Herr von Freydorf, welchen die besten Wünsche des badischen Volkes, nur nicht des erzbischöflichen Palastes in Freiburg begleiteten, und Herr von Dalwigk, immer bereit, in Berlin sich angenehm zu machen, wenn er schlechterdings nicht anders konnte.

Als diese vier Minister mit dem Grafen Bismarck beisammen waren, erklärte ihnen der Letztere, daß bekanntlich der auf zwölf Jahre geschlossene Zollvereinsvertrag vom 16. Mai 1865 durch die Bestimmung vom 24. August 1866 denjenigen Regierungen gegenüber, welche sich mit Preußen im Krieg befanden, nur unter der Bedingung einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist fortbestehe. Es werde aber im Interesse des Südens wie des Nordens liegen, wenn ein für das wirthschaftliche Leben ganz Deutschlands so nothwendiges Institut eine gesichertere Existenz habe. Aber mehr noch als diese den Bestand des Vereins betreffenden Bestimmungen zeigen sich andere Verhältnisse, durch welche die Entwicklung und der Fortschritt desselben bedingt sei, schlechterdings unerträglich. Nachdem der norddeutsche Bund gegründet und in Artikel IV seiner Verfassung die Zoll- und Handelsgesetzgebung vor das Forum des Bundesraths und Reichstags verwiesen sei, könne man doch die Beschlüsse dieser eine Bevölkerung von 30 Millionen repräsentirenden Körperschaften nicht von der Zustimmung der Regierungen und Landtage der vier süddeutschen Staaten abhängig machen. Andererseits könne man aber auch den süddeutschen Regierungen nicht zumuthen, die Beschlüsse des norddeutschen Bundesrathes und Reichstags ohne weiteres zu den ihrigen zu machen. Es bleibe daher nichts anders übrig, als daß die Gesetzgebung in Zollvereinsangelegenheiten einem gemeinschaftlichen Organe der betheiligten Regierungen und einer Vertretung der Bevölkerungen übertragen werde. Darauf legte er einen Entwurf vor, wonach der obengenannte Vertrag dahin abzuändern sei, daß von nun an die Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen, über die Besteurung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks und über die Maßregeln, welche zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze erforderlich seien, durch die Mehrheitsbeschlüsse des verstärkten Bundesraths und des ver-

Digitized by Google

stärkten Reichsraths festgestellt werden solle, Preußen die Stellung der leitenden Präsidialmacht einnehme und nur für den Fall, daß es sich für Aufrechthaltung bestehender Einrichtungen erkläre, ein Veto beanspruche, in allen übrigen Fällen sich wie jede andere Regierung den Mehrheitsbeschlüssen der beiden berathenden Körper zu unterwerfen habe. Der Vertrag solle bis zum letzten December des Jahres 1877 gelten.

Diese Ministerkonferenz, welche am 3. und 4. Juni stattfand, hatte besonders durch das entgegenkommende Verhalten des württembergischen und des badischen Ministers einen sehr günstigen Verlauf. Beide erklärten sich sogleich einverstanden mit der beabsichtigten Uebereinkunft, während Hessen-Darmstadt am 7., Baiern erst am 18. Juni seine Zustimmung gab. Ja die Stellung des Fürsten Hohenlohe schien eine Zeit lang der Festigkeit sehr zu ermangeln. Auch hier zeigte es sich wieder, wie schwer es Baiern fiel, seine Großmachtspolitik aufzugeben und von einer nationalen Gesamtheit, von der es selbst ein Glied ausmachte, sich etwas vorschreiben zu lassen. Man hielt es dort für einen gewaltigen Eingriff in die Souveränetätsrechte, für einen weiteren Schritt (den Allianzvertrag als den ersten angesehen) zur Mediatisirung des Hauses Wittelsbach, wenn das alte Recht der Zollvereinsglieder, daß jedes einzelne derselben gegen die Beschlüsse der Mehrheit protestiren und sie dadurch ungiltig machen könne, aufgegeben werde. Als ob dieses liberum Veto nicht überall, wo es in staatlichen Konföderationen stattgefunden, aufs übelste gewirkt und zum Ruin derselben ausgeschlagen hätte! Als ob nicht dadurch bei jeder Neuerung eine gefährliche Krisis entstehen und die Existenz der Konföderation in Frage gestellt werden müßte! Dies hatte sich bei dem Handelsvertrag gezeigt, welchen Preußen im Namen des Zollvereins 1862 mit Frankreich abgeschlossen hat. Da einzelne Bestimmungen desselben nicht allen Regierungen genehm waren, so wurde von dem Recht des Veto vielfach Gebrauch gemacht, worauf Preußen erklärte, daß es an dem Handelsvertrag festhalte, denjenigen Staaten, welche denselben verwerfen, den Zollverein kündigen und mit den anderen einen neuen schließen werde. Wie stand es nun mit dem liberum Veto? Es blieb bestehen, aber es half nichts. Sämtliche Zollvereinsstaaten, wenn sie nicht industriell ruinirt sein wollten, mußten im Jahre 1864 dem französischen Handelsvertrag beitreten. Mit

Digitized by Google

Recht hat daher Preußen in der Uebereinkunft vom 4. Juni an die Stelle dieses Veto den Mehrheitsbeschluß des Bundesraths und Reichstags gesetzt. Da für alle Berathungen über Zoll- und Handelsangelegenheiten eine bestimmte Anzahl Bevollmächtigter der süddeutschen Regierungen in den norddeutschen Bundesrath eintritt und ebenso süddeutsche Abgeordnete, welche aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgehen und keine Diäten erhalten, an den Sitzungen des norddeutschen Reichstags theilnehmen, so ist ja eben hiemit Regierung und Volk Gelegenheit genug gegeben, ihre Stimme zu erheben, und gerade so viel Einfluß gegönnt, als ihnen vermöge ihrer realen Machtverhältnisse zukommt. Es ist immer wohl zu beachten, daß nicht bloß über Preußen, wie man neuerdings so vielfach betont hat, sondern auch über Baiern das ganze Deutschland steht, und daß nur der seinem Deutschland im wahren Sinne dient, welcher auch in Fragen, die nicht nach seinem Geschmack beantwortet werden, den Mehrheitsbeschlüssen einer Versammlung sich unterwirft, welche der gesetzliche und natürliche Repräsentant Deutschlands ist.

Die Partei der Ultramontanen und der Reichsräthe in Baiern fand diese Uebereinkunft sehr bedenklich, weniger wegen dessen, was darin stand, als wegen dessen, was nicht darin stand. Dieses neue Verbindungsmittel mit dem Norden war ihnen natürlich an sich schon äußerst zuwider. Nun sollten sie sich auch noch der Gefahr aussetzen, von den preußischen Bundesräthen und Reichstagsabgeordneten nebst deren Kollegen sich überstimmen zu lassen, und solche aufgedrungene Beschlüsse gerade so bereitwillig annehmen, wie wenn ihre Abgeordneten und Reichsräthe in München die Sache unter sich abgemacht hätten, die doch kein Wort hiezu sprechen durften. Wo bleibe da eine Souveränetät? wo bleibe die Selbständigkeit des Staates? wo Baiern und seine Nation? Doch alles dies wäre noch angegangen, wenn nur nicht das Bedenklichste erst noch zu fürchten gewesen wäre. Oder konnte jemand glauben, daß die 48 Abgeordneten, welche von Baiern nach Berlin in den Reichstag geschickt werden, zehn volle Jahre lang, bis zum 31. December 1877, sich mit der Aufgabe begnügen werden, über Zollangelegenheiten und über Zucker, Salz und Tabak zu debattiren, dann wie fremde Gäste sich zu entfernen, während die näheren Bekannten des Hauses sich jetzt erst zusammensetzen und Dinge zur Sprache brin-

Digitized by Google

gen, auf deren Besprechung man in allen Theilen Europas und an den Gestaden der Union mit Begierde lauscht? War nicht zu fürchten, daß diese neu eintretenden Reichstagsmitglieder, wie aus Scham vor ihren norddeutschen Kollegen über ihre beschränkte Stellung, selbst darauf dringen werden, daß ihre Wirksamkeit erweitert, zum mindesten auf alle diejenigen Gegenstände ausgedehnt werde, welche nach dem 4. Artikel der norddeutschen Verfassung der Bundesgesetzgebung vorbehalten sind, um auf diese Weise das ganze wirthschaftliche Leben des deutschen Volkes in den Kreis ihrer Thätigkeit hereinzuziehen? Wenn ihnen zunächst bloß obengenannte Punkte zur Mitberathung zugewiesen werden, ist es nicht ein sehr natürlicher Gedanke, den man bei jeder größeren öffentlichen Versammlung wiederkehren sieht, daß sie vom Theil auf das Ganze übergehen und auch an den Berathungen über Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Maß-, Münz- und Gewichtssystem, Papiergeld und Bankwesen, Erfindungspatente und Schutz des geistigen Eigenthums, Eisenbahnen, Post- und Telegraphenwesen, Handels- und Wechselrecht, Civilproceß und dergleichen theilnehmen wollen, welche Gegenstände größtentheils ebensogut unter die Rubrik „Verkehrswesen" gehören, wie die in die Uebereinkunft vom 4. Juni aufgenommenen Punkte? Ueberhaupt, mußte man nicht fürchten, daß diese Abgeordneten aus Berlin als vollendete „Preußen" zurückkommen und in der alten Heimat Propaganda für den Norden machen, so daß endlich die Erweiterung ihres Wirkungskreises nicht einmal mehr genüge, sondern auch die letzte Konsequenz gezogen werden müsse, der Eintritt in den norddeutschen Bund, wodurch allein die Konsolidirung Deutschlands eine Wahrheit ist?

Wem all diese Konsequenzen als „schwarze Punkte" am Horizont aufstiegen, wie dies bei den bairischen Ultramontanen der Fall ist, der mußte allerdings mit ängstlichem Gefühl dem Abschluß einer Uebereinkunft entgegensehen, welche so Großes in ihrem Schoße barg. Es gab aber auch andere, welche die naturgemäße Entwicklung der Sache ruhig abwarteten, noch andere, welche diesem Ziele mit der Fahne der Hoffnung freudig zusteuerten. Aber schon bei jenen Verhandlungen in den ersten Tagen des Juni zeigte sich eine gewisse Aengstlichkeit. Wenigstens wird erzählt, Graf Bismarck habe den süddeutschen Ministern vorgeschlagen, neben der Gesetzgebung über das gesamte Zollwesen noch andere Punkte in die Kompetenz

Digitized by Google

des gemeinsamen Reichstags aufzunehmen. Aber darauf seien die Minister nicht eingegangen und haben, um ganz sicher zu gehen, darauf gedrungen, daß in den Wortlaut der Uebereinkunft die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen werde, die Zuständigkeit des gemeinsamen Parlaments habe sich auf andere als die im § 2 bezeichneten Punkte nicht zu erstrecken. Eine Berliner Korrespondenz äußerte sich hierüber: „Diesen Akt der Vorsicht kann man in der That nur belächeln. Die Konsequenzen werden schon ganz von selbst kommen und den Herren über den Kopf wachsen. Ganz gewiß wird, bevor die jetzt abgeschlossenen Verträge (bis 1877) ablaufen, das deutsche Volk in einem Parlament, nicht bloß für Zollsachen, sondern für alle seine Angelegenheiten vertreten sein."

Damit diese Prophetenstimme zu den falschen gerechnet werde, glaubte die bairische Regierung noch besondere Mittelchen anwenden zu müssen. Die klerikalen Einflüsse, welche aus verwandtschaftlichen und anderen Kreisen auf den jungen König eindrangen, konnten denn doch ihre Plane nicht durchsetzen. Bei einem Fürsten, welcher nicht durch die Traditionen einer langjährigen Regierung mit Vorurtheilen befangen war und sich nicht schon sein bestimmtes, unabänderliches Regierungsprincip zurechtgeschnitten hatte, war es am ehesten möglich, daß er mit der ganzen neuen Generation sich in das Neue hineinlebte, was auch den Nachbarstaaten zu gut kam. Doch wollte es mit der Annahme der Uebereinkunft so wenig vorwärts gehen, daß Fürst Hohenlohe für den Fall, daß sie die königliche Ratifikation nicht erhalte,. seine Entlassung anbot. Wenn auch Aenderungen in einigen Punkten wünschenswerth seien, habe er in seinem Bericht an den König gesagt, so nöthige doch die Unmöglichkeit einer Zolleinigung mit Oestreich Baiern zur Annahme der preußischen Vorschläge. Darauf wurde Graf Taufkirchen nach Berlin geschickt, welcher am 17. und 18. Juni aufs neue unterhandelte. Er äußerte unter anderem den Wunsch, daß die Vertreter der süddeutschen Staaten im Reichstag nicht bloß als Anhängsel desselben aufgefaßt werden, sondern daß sämtliche Vertreter in Zollsachen als besonderes Zollparlament sich konstituiren sollten, welches seinen Geschäftsgang und seine Disciplin selbständig durch eine Geschäftsordnung zu regeln und seinen Präsidenten, seine Vicepräsidenten und Schriftführer selbständig zu wählen habe. Zu dieser Umwandlung des Namens „Reichstag" in den Namen „Zollparlament" und

Digitized by Google

zu dem übrigen Formalismus, hinter dem sich die Furcht vor den Konsequenzen einer, wenn auch nur temporären, Reichstagsgemeinschaft nicht gut verbergen konnte, gab Graf Bismarck, im Vertrauen auf das Wesen der Sache, am 18. Juni seine Zustimmung. Es blieb nun noch übrig, daß auf der Basis dieser Uebereinkunft vom 4. Juni als eines bloßen Entwurfs ein detaillirter förmlicher Zollvertrag neu abgeschlossen wurde. Zu diesem Behufe wurden am 26. Juni im Finanzministerium in Berlin Zollkonferenzen, zu welchen als die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten Fachmänner eingetroffen waren, eröffnet, und schon am 8. Juli war, jener Uebereinkunft entsprechend, der neue Zollvertrag fertig. Es war ein neuer Sieg, dessen sich Graf Bismarck rühmen konnte. Denn diese Zollübereinkunft mit dem nachherigen Vertrag bedeutet weit mehr als die Allianzverträge vom August 1866. Diese sind, wie alle politischen Verträge, dem Wechsel der politischen Konstellationen nur zu sehr unterworfen und könnten, ohne eine fühlbare Lücke im Volksleben zurückzulassen, leicht wieder zerrissen werden; jener wirthschaftliche Vertrag aber, welcher den Eintritt des Südens in den Organismus des norddeutschen Bundes für die Angelegenheiten des Zollvereins festsetzt, macht eben dadurch das Band zwischen Nord- und Süddeutschland unzerreißbar und gibt die festeste Bürgschaft eines immer innigeren Zusammenwachsens von Süd und Nord. Diese Jahre, in welchen die Vertreter von Nord- und Süddeutschland gemeinschaftlich im Zollparlament zu berathen haben werden, sind geradezu als die Lehrjahre zu bezeichnen, in welchen Nord und Süd einander kennen zu lernen, zu achten und zu lieben haben, in welchen Gegensätze auszugleichen, Vorurtheile abzustreifen, Eifersüchteleien abzulegen sind. Sind nur erst diese Lehrjahre vorüber, an den Meisterjahren wird es dann nicht fehlen.

Kaum war die Uebereinkunft vom 4. Juni unterzeichnet, so trat der König von Preußen die Reise nach Paris an. Unter seinem Gefolge befanden sich als die Repräsentanten der preußischen Staats- und Kriegskunst Graf Bismarck und General von Moltke. Die Ankunft in Paris erfolgte am 5. Juni Nachmittags vier Uhr, und der Empfang des Königs von Seiten des Publikums war weit wohlwollender als der des russischen Kaisers. Das heitere, freundliche Wesen des durch seine hohe, männliche Gestalt imponirenden 70jährigen Herrschers trug nicht wenig dazu bei. Die Sympathie

Digitized by Google

für ihn wuchs von Tag zu Tag und äußerte sich in vielfachen Rufen. Von feindseligen Kundgebungen, wie sie dem Zaren zu Theil wurden, war keine Rede. Einen fast komischen Eindruck machte es, als am 5. Juni in den Ruf eines kräftigen Deutschen: „Vive l'empereur d'Allemagne!“ einige Pariser Gamins aus Leibeskräften einstimmten, wohl weniger von der Regierung oder von Herrn Thiers hiezu aufgestellt, als von sinnloser Schreiwuth erfüllt. Mit dem Grafen Bismarck, welcher eine mehr zugeknöpfte Haltung annahm, war man weniger zufrieden. Man äußerte, nach Pariser Weise spöttelnd, den Wunsch, „la tête de Bismarck“ zu sehen, suchte ihn aber gewöhnlich da nicht, wo er sich befand, nämlich in der weißen Uniform eines Küraſſier-Generals.

Gleich am folgenden Tage, am 6. Juni, war große Revue im Boulogner Wald. Die Sache lief gut ab. Napoleon und seine Gäste stiegen von den Pferden und fuhren in den bereitgehaltenen Wagen nach Paris zurück. Im ersten Wagen saß jener mit Kaiser Alexander und dessen beiden Söhnen, im zweiten der König und der Kronprinz von Preußen, der Prinz von Hessen und Graf Bismarck. Die Wagen waren gerade am großen Wasserfall vorübergekommen und lenkten in die große Allee von Longchamps ein, wegen des Gedränges im Schritt fahrend. Man hörte ganz in der Nähe mehrere Personen „vive la Pologne!“ rufen und zugleich den Knall einer Feuerwaffe. Die Uniformen Napoleons und des Großfürsten Wladimir waren mit Blut bespritzt, aber niemand verwundet. Der Thäter war ein Pole aus Volhynien, welcher die Absicht hatte, den Kaiser Alexander zu erschießen. Bei der Biegung der Straße war er aus der Menschenmenge hervorgetreten und hatte mit einem doppelläufigen Terzerol nach dem ersten Wagen gezielt. Dies bemerkte der kaiserliche Stallmeister, Herr Raimbeaux, welcher hinter dem Wagen ritt, warf sich mit einem mächtigen Satz seines Pferdes zwischen den Wagen und das Terzerol, und die zwei Kugeln, welche für den Zaren bestimmt waren, drangen in die Nüstern des Pferdes ein, welches sich bäumte und die Fürsten mit seinem Blute bespritzte. Diese erhoben sich in dem Wagen, um dem Volke zu zeigen, daß sie unverwundet seien, und fuhren dann nach den Tuilerien zurück. Die Menge aber stürzte sich auf den Thäter, um Lynchjustiz an ihm zu üben, bis es endlich der Gensdarmerie gelang, ihn den Wüthenden zu entreißen, in einen Wagen zu bringen und unter

Digitized by Google

ſtarker Bedeckung nach der Polizeipräfektur zu geleiten. Hier wurde der Thäter, deſſen linke Hand durch das Zerſprengen eines der Läufe verwundet worden war, ſofort verhört. Man erfuhr, daß derſelbe Berezowski heiße, 22 Jahre alt ſei, im Jahre 1863 unter den Freiſcharen in Polen gekämpft und ſeit 2 Jahren in Paris in verſchiedenen Fabriken ſich herumgetrieben und theils von ſolchem Verdienſt, theils von einer Geldunterſtützung der franzöſiſchen Regierung gelebt habe. Wegen des Attentats wurde er vor das Schwurgericht des Seinedepartements geſtellt und von demſelben am 17. Juli für ſchuldig mit mildernden Umſtänden erklärt, worauf der Gerichtshof ihn zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilte, um das nachſichtige Urtheil der Geſchworenen, worin man eine Verdammung der ruſſiſchen Politik in Polen ſah, wieder gut zu machen. Er wurde am 11. September nach Toulon gebracht und ihm dort die Kette der Bagnoſträflinge angeſchmiedet.

Niemand war entrüſteter über dieſes Attentat als Kaiſer Napoleon. Wie konnte er künftig fürſtlichen Perſonen ſeine Gaſtfreundſchaft anbieten, wenn dieſelben bei jeder Biegung einer Straße auf eine Kugel gefaßt ſein mußten! Sagte er auch halb ſcherzend zu dem Zaren: „So ſind wir denn mit einander im Feuer geſtanden!“ ſo rief er auch wieder, wenn er unter den Seinigen war, voll Erbitterung einmal ums anderemal aus: „Das iſt eine Schmach!“ Und doch durfte man nicht zu viel Weſen aus der Sache machen, änderte daher auch nichts an dem Programm der weiteren Feſtlichkeiten. Doch machten dieſe glänzenden Ballgeſtalten bei ſo düſterer Stimmung einen unheimlichen Eindruck. Am 11. Juni reiste Kaiſer Alexander von Paris ab, um am 16. Juni noch einmal mit dem König von Preußen in Berlin zuſammenzukommen und ſeine Reiſeeindrücke mit ihm auszutauſchen. Er mochte beim Abſchied von Fontainebleau an die Worte Napoleons denken, wie er im Oktober 1809, nach dem Attentat des Friedrich Staps in Schönbrunn, ſeiner Umgebung zurief: „Fort aus dieſem unheimlichen Lande!“

Der König von Preußen reiste erſt am 14. Juni ab und mußte es erleben, daß während ſeiner Anweſenheit in der franzöſiſchen Hauptſtadt ein officiöſer Journaliſt, der bekannte Granier von Caſſagnac, in einem Artikel, deſſen Unverſchämtheit mit ſeiner Schülerhaftigkeit wetteiferte, die „natürlichen Grenzen“ zur Sprache brachte. Das Journal „Pays“ war unanſtändig genug, in dieſem

Digitized by Google

Artikel, bis auf Tiberius und Cäsar zurückgreifend, beweisen zu wollen, daß auf das linke Rheinufer keine Deutsche gehören oder nur solche, welche es sich zur Ehre anrechnen, als Franzosen angesehen zu werden und mit diesen die Rheingrenze gegen die Einfälle der deutschen Völkerschaften zu beschützen. Auch dieses Attentat, für welches die allmächtige kaiserliche Regierung eher verantwortlich gemacht werden konnte als für die Kugel Berezowskis, war ganz dazu angethan, in den auswärtigen Monarchen den Gedanken zu erwecken, daß Kaiser Napoleon entweder in seiner gerühmten Disciplin nachlasse oder mit zweierlei Karten spiele.

Mit solchen Preß- und Polen-Attentaten seinen unschuldigen Namen in Verbindung gebracht zu sehen, durfte Kaiser Napoleon bei der Ankunft eines dritten Gastes, wohl des ersehntesten, nicht befürchten. Schon traf die Fürstin Metternich die glänzendsten Vorbereitungen zu einem Feste, welches bei der Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin von Oestreich gefeiert werden und alles, was den früheren Gästen geboten worden war, hinter sich lassen sollte. Zugleich wurde hervorgehoben, daß, während die Monarchen von Preußen und Rußland mit ausgesuchter Höflichkeit in den Tuilerien empfangen worden seien, die Aufnahme der östreichischen Majestäten den Charakter der Intimität und Herzlichkeit haben werde, was in allen Schichten der Gesellschaft sich bemerklich machen werde. Dies setzte freilich eine Raschheit des Temperaturwechsels voraus, wie er nur in diesen höheren Kreisen, wo neben dem Gletscher die Alpenrose blüht, vor sich gehen kann, und erinnert an ein ähnliches Phänomen aus den Jahren 1809 und 1810. Kaum hatte damals der „große Oheim" in seinem vierten östreichischen Feldzug den Kaiserstaat bei Wagram auf's neue niedergeworfen und im Wiener Frieden (14. Okt. 1809) um 2000 Quadratmeilen leichter gemacht, so fühlte er, noch ehe die ersten Veilchen kamen, sich unwiderstehlich zu dem Besiegten hingezogen und erklärte schon am 7. Febr. 1810 dem östreichischen Gesandten, Fürsten von Schwarzenberg, daß er sich mit der Erzherzogin Marie Luise zu vermählen wünsche. Wie man damals fast unmittelbar vom Krieg zur Verwandtschaft und bald darauf zur Allianz übergieng, so sollte auch jetzt der Begegnung auf den Schlachtfeldern der warme Händedruck folgen. Oder hat nicht Oestreich alle die schweren Schläge, die es seit einem Jahrzehnt erlitten hat, zunächst allerdings der Unfähigkeit seiner eigenen Staatsmänner und

Digitized by Google

Feldherren, sodann aber in erster Linie dem Napoleonischen Neujahrsgruß von 1859 zu verdanken? Napoleon wollte, hierin den Bahnen des Oheims und der früheren Könige bis hinauf zu Franz I. folgend, Oestreich all seine italienischen Provinzen entreißen, seinen Einfluß auf der Halbinsel vernichten, um dafür sich selbst zum unvermeidlichen Hausfreund Italiens zu machen. Nachdem dies erreicht und Oestreich gegen Napoleons Hoffnung und Wunsch sogar aus Deutschland hinaus gedrängt ist, hat sich auf einmal das Verhältniß beider Staaten zu einander geändert, und Frankreich spielt Oestreich gegenüber den zärtlichen Liebhaber. Das Wohl dieses Staates ist ihm nun Herzenssache geworden, wenn gleich diese Empfindung aus einer sehr eigennützigen Berechnung hervorgieng.

Der Schlüssel hiezu liegt einfach darin, daß Oestreich und Frankreich von nun an für gegenseitige Eifersucht keinen Gegenstand mehr haben, daß es aber auf dem europäischen Theater zwei Punkte gibt, wo auch in tiefster Nacht ihre Blicke sich verstehen. Diese Punkte sind Deutschland und der Orient. Nur verhalten sich jene Staaten gegen jeden dieser Punkte nicht auf gleiche Weise sympathisch oder antipathisch. Oestreich, das seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegt hat, sind die Dinge an der unteren Donau von größter Wichtigkeit. Wenn Rußland dort zugreifen will, so wird jenes eine weit energischere Politik gegen dasselbe verfolgen als 1854 während des Krimkrieges, und wird hierin Frankreich, natürlich auch England zu seinen Bundesgenossen haben. Frankreich dagegen liegt der Rhein näher als die Donau, und wenn es auf das Hetzen seiner chauvinistischen Presse hören will, so muß es, sobald seine Armeeorganisation vollendet, alle Soldaten mit Chassepot, alle Regimenter mit tragbaren Kanonen versehen sind und der Kriegsminister Marschall Niel sein zuversichtliches „Je suis prêt" ausspricht, an Preußen die Alternative stellen, entweder seine alte Suprematie in allen europäischen Angelegenheiten anzuerkennen und die Mainlinie als einen ehernen Schlagbaum anzusehen oder mit ihm einen Gang auf Leben und Tod zu machen. Da aber in diesem Fall Preußen nicht allein stände, sondern über sämtliche Streitkräfte Nord- und Süddeutschlands zu gebieten hätte, es also ein Kampf zwischen Deutschland und Frankreich wäre, so fragt es sich, ob dieses dann an Oestreich einen Bundesgenossen hätte. Etwa zur Revanche für Königgrätz? Auch dies wäre möglich, wenn es gleich Oestreichs

Digitized by Google

tollster Streich, wenn es gleich das Signal zu seiner Zertrümmerung wäre, nichts anders hieße, als für das habgierige und herrschsüchtige Frankreich die Kastanien aus der Asche holen. Daß es aber nicht möglich wird, dafür werden die 8 Millionen Deutsche in Oestreich, die Selbständigkeit des ungarischen Königreichs und die trostlosen Zustände der Staatskasse sorgen. Und selbst wenn all diese Hindernisse nicht beachtet oder beseitigt würden, so könnte dennoch Oestreich auch mit keinem einzigen Bataillon gegen Preußen marschiren, da es durch Rußland vollständig gelähmt wäre. Denn dieses, seit dem Krimkrieg und den polnischen Noten von 1863 mit Oestreich tief verfeindet, wäre bei einer solchen Kombination der natürliche Bundesgenosse Preußens, würde die slavischen Elemente Oestreichs, die ohnedies schon rebellisch sind, durch das Wunderbild des Panslavismus zu offener Empörung reizen und zur Lösung der orientalischen Frage an der unteren Donau ein Feuer anzünden, an welchem sich Oestreich mehr als bloß die Finger verbrennen könnte. Für Frankreich stände in einem Kriege mit Deutschland nicht gerade so viel auf dem Spiele, wenn gleich auch von deutscher Seite die Wünsche von 1815 wiederholt und Arndt's Buch: „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" neu studirt werden könnte, für Oestreich aber nicht weiter als alles. Es wird sich daher zehn und zwanzigmal besinnen, ehe es der Sirenenstimme von der Seine folgt, und jedenfalls besser daran thun, wenn es die nächsten Jahre dazu benützt, um seine neue, etwas komplicirte Staatsmaschine immer in gehörigem Gang zu erhalten, durch Vereinfachung seines Militärwesens seinen Finanzen aufzuhelfen und nach Abstreifung der mittelalterlichen Fesseln sich in das neunzehnte Jahrhundert hineinzuleben.

Es läßt sich nicht verkennen, daß das heutige Oestreich, wenn wir seine staatlichen Einrichtungen betrachten, eine ganz neue Physiognomie hat. Ob es mit derselben mehr Glück hat als mit den Schmerling'schen Experimenten, läßt sich noch nicht sagen. Vor der Hand ist alles noch zu sehr auf dem Papier, noch zu wenig in Fleisch und Blut des Volkes eingedrungen. Erst bei der nächsten Krisis wird man sich ein Urtheil darüber bilden können. Jedenfalls darf als Prüfstein für eine aufrichtige Reform die Behandlung der Konkordatsfrage angesehen werden, und diese ist bis zum Schluß

Digitized by Google

des Jahres von den leitenden Kreisen nur sehr zart berührt, geschweige denn gelöst worden.

Was neuerdings in Oestreich vorgegangen ist, ist Folge seines Verhältnisses zu den Ungarn, und wenn diese endlich ihre Forderungen alle durchgesetzt haben, so können sie sich dafür am meisten bei den Siegern von Königgrätz bedanken, welche den Kaiserstaat in eine Lage versetzten, aus welcher er schlechterdings nicht mehr zu retten war, wenn er nicht mit Ungarn Frieden machte und dadurch seine gefährlichste Wunde schloß. Freilich benützten die Ungarn diese Verlegenheit Habsburgs, um ihm möglichst viel auszupressen und den lange gesuchten Ausgleich mehr nach ihren Interessen als nach denen der westlichen Reichshälfte zu gestalten. Der Mann, welcher diesen langwierigen Proceß in rascheren Fluß brachte, war Freiherr von Beust, bis zur Katastrophe von 1866 sächsischer Minister, als Reaktionär verschrieen, in der Kunst, Gegenminen anzulegen, dem Grafen Bismarck wohl bekannt. In den letzten Tagen des Oktobers 1866 übernahm er, als Nachfolger des Grafen Mensdorff, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Oestreich. Als solcher hatte er den Grafen Belcredi, einen geborenen Czechen, seit 1865 Staatsminister, zum Kollegen. Dieser Mann förderte die Sonderbundsgelüste seiner Landsleute in hohem Grade, schwärmte für die „historisch-politischen Individualitäten" und wollte demgemäß den Kaiserstaat in fünf neben einander stehende, von einander ganz unabhängige Königreiche zerlegen, welche nur durch die Person des Kaisers mit einander verbunden seien, damit zu dem konfessionellen Mittelalter auch noch ein politisches hinzukomme und die Einheit des Staates kaum noch dem Namen nach bestehe. Für Oestreich, das dadurch zu politischer Ohnmacht verurtheilt worden wäre, wäre dies der Anfang vom Ende gewesen. In konsequenter Weise verlangte nun Graf Belcredi, daß der Ausgleich mit Ungarn einem außerordentlichen Reichsrath der deutsch-slavischen Länder zur Prüfung vorgelegt werden solle, auf welchem die Slaven Gelegenheit gehabt hätten, ihre Zustimmung nur unter der Bedingung zu geben, daß ihnen die gleichen Rechte, die nämliche Selbständigkeit wie den Ungarn zugestanden, daß der heiligen Wenzelskrone von Böhmen und Mähren der nämliche Apparat von Krönung, eigenem Ministerium und Verfassung zugestanden werde, wie dies den Ländern der Stephanskrone bereits versprochen war.

Digitized by Google

Die Frage über die Berufung eines außerordentlichen Reichsraths war zwar officiell schon entschieden. Denn der Kaiser Franz Josef hatte in seinem Patent vom 3. Januar 1867 die bisherigen Landtage der deutsch-slavischen Länder aufgelöst, neue Landtagswahlen angeordnet und befohlen, daß diese neuen Landtage die Mitglieder zu jenem Reichsrath wählen sollten. Da es sich aber zeigte, daß die Deutsch-Oestreicher diesen Reichsrath gar nicht beschicken, die Slaven ihn nur zu ihren Sonderbundsgelüsten benützen wollten, und daß, wenn die unter dem vorwiegenden Einfluß des ungarischen Parteiführers Franz Deak getroffenen Vereinbarungen nicht samt und sonders, wie ein Ultimatum, angenommen würden, die radikale Partei im ungarischen Reichstag, deren Programm auf eine einfache Personalunion hinauslief, die Oberhand bekommen werde, so sanken im kaiserlichen Rathe die Aktien des Reichsraths und des Grafen Belcredi. Der Kaiser stimmte der Ansicht des Herrn von Beust bei, welcher vorschlug, das ungarische Ministerium sofort zu ernennen, durch dasselbe die Zustimmung des ungarischen Reichstags zu dem Entwurf einzuholen, von einem außerordentlichen Reichsrath für die Länder diesseits der Leitha (Cisleithanien) ganz abzusehen, dagegen der Februarverfassung von 1861 gemäß den engeren Reichsrath einzuberufen, demselben den Vertrag mit Ungarn als schon vollendete Thatsache einfach zu notificiren und ihm die Abänderung der Februarverfassung mit Rücksicht auf die Zugeständnisse an Ungarn vorzuschlagen. Nun merkte der czechische Graf Belcredi, daß er selbst nur noch eine „historisch-politische Individualität" sei, gab seine Entlassung ein und erhielt sie.

Am 7. Februar wurde Herr von Beust zum Ministerpräsidenten ernannt und zugleich Graf Julius Andrassy beauftragt, ein ungarisches Ministerium zu bilden. Dasselbe wurde aus den Männern der Partei Deak gewählt und legte am 15. März in dem Schlosse zu Ofen seinen Eid in die Hände des Kaisers ab. Den Schluß des Einigungswerks bildete die mit allem Pomp des reich kostümirten Magnatenthums und mit aller Begeisterung des leicht entzündbaren Volkes gefeierte Königskrönung vom 8. Juni, wobei Franz Josef selbst jene mehr asiatische als europäische Scene nicht erlassen wurde, wonach er den Krönungshügel, welcher aus der Erde von verschiedenen merkwürdigen Orten gebildet war, hinansprengen und das Schwert des heiligen Stephan nach den vier Weltgegenden

Digitized by Google

schwingen mußte. Dieses Fest der Versöhnung zwischen Fürst und Volk erhielt dadurch noch eine besondere Illustration, daß Franz Josef und seine Gemahlin die Summe von 100,000 Dukaten, welche ihnen vom ungarischen Landtage der Sitte gemäß als Krönungsgeschenk dargebracht worden war, den Witwen und Waisen der in den Jahren 1848 und 1849 gefallenen, sowie den verkrüppelten Honveds schenkten, eben jenen, welche selbst oder deren Angehörige damals gegen die Heere Habsburgs im Felde gestanden waren. Ein zweites Aktenstück enthielt eine Amnestie für alle politisch Verurtheilten und Kompromittirten Ungarns, denen ihre konfiscirten Güter zurückgegeben wurden und, falls sie sich im Exil befanden, die Rückkehr freistand, sobald sie dem gekrönten König und den Gesetzen Treue schwuren, eine Einschränkung, welche lediglich auf Ludwig Kossuth, den ehemaligen Präsidenten der ungarischen Republik, gemünzt war, welcher denn auch von der Amnestie keinen Gebrauch machte.

Hinsichtlich der ungarischen Nebenländer, Siebenbürgen und Kroatien, verordnete die kaiserliche Regierung, daß beide mit Ungarn verbunden und dem ungarischen Ministerium untergeordnet werden sollten. Der südliche Theil Siebenbürgens, wo Sachsen und Walachen wohnen, widerstrebte dieser Einverleibung; der kroatische Landtag schickte einen Protest an den Kaiser ein und sprach, den Czechen in Böhmen und Mähren nacheifernd, von der Selbständigkeit des dreieinigen Königreichs Kroatien, Dalmatien und Slavonien. Aber die Regierung bestand auf der Einverleibung und löste den kroatischen Landtag auf, womit freilich noch keine Lösung dieser Frage erzielt war.

So waren die Wünsche der östlichen Reichshälfte erfüllt. Durch Wiederherstellung der Verfassung von 1848 und Ernennung eines selbständigen Ministeriums hatte sich der Kaiser mit den Ungarn vollständig versöhnt. Eben dies bezeichnete Beust als die erste Bedingung für die Hebung der Macht und des Kredits Oestreichs. Damit war gegenüber den früheren Experimenten eines Gesamtöstreichs und einer Gesamtstaatsverfassung der entschiedene Dualismus eingeführt, und es fragte sich, inwieweit dieses selbständige Ungarn Lust habe, Hand in Hand mit Cisleithanien zu gehen und dem Rufe des Kaisers zu folgen. Das Verlangen einer Truppenaushebung von 48,000 Mann gieng zwar im ungarischen Abgeord-

Digitized by Google

netenhaus durch. Wenn aber diese Versammlung irgend einen Krieg, welchen das Haus Habsburg beabsichtigt, für einen dem ungarischen Interesse widerstreitenden erklärt, was dann? Dann wird sie Truppen und Geld verweigern, und der Kaiser kann sehen, ob er mit seinen Slaven gegen Rußland oder mit seinen Deutschen gegen Deutschland marschiren kann. Zeigte es sich ja schon im März dieses Jahres, daß, als das kaiserliche Militärkommando in Pesth den Truppen die Einheit der Armee einzuschärfen suchte, ganz Ungarn darin einig war, daß die ungarischen Regimenter zu keinem nicht im Interesse Ungarns liegenden Zwecke verwendet werden dürfen. Und bald darauf wurde im Abgeordnetenhause von dem früheren Honvedgeneral Perczel der Antrag auf Errichtung einer selbständigen nationalen Armee gestellt. Daß mit einer solchen bloß ungarische Nationalkriege, keine habsburgische Hauskriege geführt werden können, liegt auf der Hand. Daher haben Manche in diesem Ausgleich eine Schwächung, keine Stärkung der östreichischen Macht gefunden und denselben für keine schwierige Aufgabe erklärt, da es sich ja bloß darum gehandelt habe, der einen von zwei streitenden Parteien ihren Willen ganz zu erfüllen.

Nach dem Grundsatz: „Was dem einen recht ist, ist dem andern billig", mußten nun auch in Cisleithanien verfassungsmäßige Zustände und ein besonderes Ministerium hergestellt werden. War dies geschehen, so blieb als die Krönung des Gebäudes die Einsetzung eines Reichsministeriums übrig, welches die den beiden Reichshälften gemeinsamen Reichsangelegenheiten zu verwalten hatten. Als solche wurden das Auswärtige, das Heerwesen und die Finanzen bezeichnet. Nicht weniger als dreierlei Ministerien sollte künftig (und diese Organisation trat mit Beginn des Jahres 1868 in's Leben) der östreichische Kaiserstaat haben: ein aus drei Mitgliedern bestehendes Reichsministerium für die gemeinsamen Angelegenheiten, ein vollständiges Ministerium für die deutsch-slavischen und ein drittes für die ungarischen Länder. Es kam nun alles darauf an, ob die zwei untergeordneten Ministerien mit einander in der Förderung des Ganzen oder bloß darin wetteifern, welches von ihnen die meisten Rechte und die wenigsten Lasten erhalte. In letzterem Falle war das Reichsministerium nicht auf Rosen gebettet. Und da auf der einen Seite hartnäckige, begehrliche Ungarn, auf der anderen geduldige Deutsche sind, so läßt sich die Art und das Ende des

Digitized by Google

Wettstreits recht wohl voraussehen. Er muß sich bei dem Zusammentreten der auf den Januar 1868 berufenen Delegationen, einer Art Ausschüsse des cisleithanischen und ungarischen Parlaments, entscheiden. Denn erst diese Delegationen haben den Auftrag, mit dem Reichsministerium über die Ordnung und Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen, wobei es sich namentlich auch darum handelt, wie viel Ungarn von den Staatsschulden Gesamtöstreichs übernimmt. In solchen Sachen hört aber bekanntlich die Gemütlichkeit auf.

Der deutsch-slavische Reichsrath wurde am 22. Mai von dem Kaiser eröffnet. Die Adresse des Abgeordnetenhauses nahm die Thatsache des ungarischen Ausgleichs als eine Sache der politischen Nothwendigkeit auf, begrüßte mit Freuden die Zusage der Gesetzesvorlage über die Ministerverantwortlichkeit, wies auf die Reform der gesamten Gesetzgebung und Verwaltung im Sinne der Freiheit und des Fortschritts als auf ein dringendes Bedürfniß hin und bezeichnete es als eine unabweisbare Nothwendigkeit, „daß im Wege der verfassungsmäßigen Gesetzgebung an die Revision des Konkordats in jenen Beziehungen geschritten werde, welche in den Bereich der Staatsgesetzgebung fallen." Schon die Adreßdebatte konnte der Regierung zeigen, daß das Volk nicht mehr Willens sei, das am 25. Sept. 1853 abgeschlossene Konkordat als giltiges Staatsgesetz anzuerkennen und sich fernerhin noch wie eine Herde Schafe von den Trägern des Krummstabs leiten zu lassen. Der protestantische Generalsuperintendent Schneider hielt diesem Brutsystem aller Unduldsamkeit sein ganzes Sündenregister vor, zählte auf, wie das Recht, Volksschulen zu gründen, durch büreaukratische Mittel illusorisch gemacht sei, wie der Errichtung eines zeitentsprechenden Lehrerseminars immer noch Hindernisse in den Weg gelegt, die armen protestantischen Gemeinden nach wie vor zu Beitragleistungen für katholische Kultuszwecke beigezogen, in den aus den öffentlichen Fonds erhaltenen Mittelschulen evangelische Lehrer nicht zugelassen, die Vorlagen der Generalsynode entweder gar nicht oder abschlägig oder dem Geiste der protestantischen Kirche ganz entgegen erledigt, das Protestantenpatent der Willkür der Landtage (Tirol) untergeordnet, in Beziehung auf das Reverswesen der gemischten Ehen eine Praxis beliebt werde, die an die schlimmsten Tage der sogenannten Toleranzepoche erinnere, und schloß damit, daß er verlangte, die

Digitized by Google

Protestanten in Oestreich sollen nicht auf den Aussterbe-Etat gesetzt werden. Die Worte Mühlfelds: „Das Konkordat muß aufgehoben werden! so hallt es in ganz Oestreich wieder, im ganzen Volke. Es muß diese Fessel fallen, sonst gibt es kein Heil" riefen einen außerordentlichen Beifallssturm hervor. Wie in Ungarn der Verfassungskampf in der Forderung eines selbständigen ungarischen Ministeriums gipfelte, so drehte sich in Deutsch-Oestreich alles um die Vernichtung des Konkordats. Das Protestantenpatent, welches der hierarchischen Willkürherrschaft steuern sollte, war, so weit es sich um die Praxis handelt, nichts anderes als eine kolossale Heuchelei, und mit diesem geduldigen Blatt Papier wagte die Regierung sechs Jahre lang den Versuch, ihr eigenes Gewissen und den Scharfblick des entrüsteten Europa zu täuschen. Der einfachste Weg, welchen das Abgeordnetenhaus einschlagen konnte, war der, sich um die Kurie und den mit ihr geschlossenen Vertrag, der vom Reichsrath nicht genehmigt war, nicht im geringsten zu kümmern und all diese konfessionellen und interkonfessionellen Verhältnisse von sich aus zu regeln. Ließ man sich dagegen auf Unterhandlungen ein, so kam nach langer, langer Zeit nichts oder etwas Schlechtes heraus.

Wenn hier die Regierung nur dadurch, daß sie sich rückhaltslos an die Vertreter des Volkes anschloß, ihren Kredit verbessern konnte, so gab ihr die czechische Partei Gelegenheit, über den bekannten Satz: principiis obsta! sich ihre Gedanken zu machen. Die altrussische Partei hatte unter dem unschuldigen Namen einer „ethnographischen Ausstellung" einen Slavenkongreß nach Moskau berufen, um für etwaige Eventualitäten die Mannschaft, auf die sie sich verlassen könne, zu überzählen und im Stillen schon die Grenzpfähle des großen Slavenreiches auszustecken. Mehrere czechische Führer in Böhmen entsprachen der Einladung und pilgerten im Wonnemonat nach Moskau. Da sie keine Aussicht hatten, in Oestreich unter der neuen Aera für etwas Größeres als für aufgeblasene Frösche angesehen zu werden, so that es ihnen so wohl, wenn der russische Koloß sie als seine kleinen Geschwisterchen liebkoste. Auch Kroaten, wegen der Einverleibung in Ungarn grollend, fanden sich in Verbindung mit Serben ein, von einem südslavischen Reiche träumend, das Kroatien, Slavonien, Serbien, Bosnien, Herzegowina und Montenegro umfasse und seine Befehle in Petersburg hole. Weder in Moskau noch in Petersburg fehlte es an geheimen

Digitized by Google

und offenen Verschwörungen, an Aufmunterungen und Hätscheleien, an den aufrichtigsten Herzensergießungen. Die Slavendeputation wurde sogar von dem Kaiser, der Kaiserin und den Großfürsten, sowie von dem Fürsten Gortschakow und anderen Ministern empfangen. In Banketten und begeisterten Trinksprüchen wurde das Möglichste geleistet. Herr Rieger aus Prag rief aus, „die Slaven seien die zerstreuten Glieder eines Körpers, welche mit geschworenen Feinden, den Deutschen, Magyaren, Italienern und Tataren, kämpfen. Die Sonne der slavischen Gemeinschaftlichkeit sei nun aufgegangen; die Slaven werden bei gegenseitiger Unterstützung ein großes Volk, nicht nur an Zahlen, sondern auch an Thaten sein." Was würde wohl in Frankreich denjenigen Elsäßern geschehen, welche, ihres germanischen Ursprungs sich erinnernd, in Berlin von den Franzosen als ihren geschworenen Feinden sprächen?

Das äußerste in Aufrichtigkeit leistete ein Mitglied des serbischen Landtags, welches unter anderem äußerte: „Die Befreiung des europäischen Ostens ist die große Aufgabe Rußlands. Man muß endlich der Herrschaft einer Nationalität über die andere ein Ende machen, gleichviel ob diese Herrschaft sich eine türkische, magyarische oder östreichisch-deutsche nennt. Die Schlacht bei Sadowa hat das Schicksal des europäischen Ostens entschieden. Die germanische Welt hat sich von der slavischen getrennt. Die Frage über das Schicksal des Slaventhums können jetzt wir allein, die Slaven, entscheiden, und in diesem Falle fällt die erste Rolle Rußland zu. Rußland ist nicht nur eine russische, sondern eine slavische, eine panslavistische Macht. Es bereitet in Europa die Verbrüderung der slavischen Familie vor. Der erste Schritt zu dieser großen That ist die Lösung der orientalischen Frage." Klarer und offener als dieses serbische enfant terrible konnte man die großen Ziele der russischen Politik nicht aussprechen. Es wird zwar noch viel Wasser die Donau hinablaufen, bis auch nur die Hälfte dieser Großsprechereien in Wirklichkeit umgesetzt ist; die östreichische Regierung aber konnte sehen, daß sie nach Erledigung der ungarischen Frage mit einer slavischen zu rechnen habe. Ihre Wahl kann nicht zweifelhaft sein. Sie muß sich in dem Hauptherd dieser Bewegung, in Böhmen, auf Seiten der Deutschen stellen und den Czechen die Worte des Grafen Bismarck zurufen: „Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind." Denn diese czechischen

Digitized by Google

Wallfahrer kamen wie besessen in die Heimat zurück und hatten bei dem Volke, das auf einer sehr niedrigen Stufe der Bildung steht und gar kein politisches Urtheil besitzt, leichtes Spiel, wenn sie ihm von der Glückseligkeit eines großen Slavenreiches, wo die Bäume bis in den Himmel hineinwachsen, in allen Tonarten vorsangen. Russische Sprache und russische Volkslieder wurden auf einmal beliebte und gangbare Artikel. Der russische Buchhandel hob sich rasch durch massenhafte Verbreitung von russischen Grammatiken und Konversationsbüchern. Denn man hatte auf dem Moskauer Kongreß die unangenehme Erfahrung gemacht, daß man sich nur dann verstand, wenn man das verhaßte Deutsch sprach, und daher beschlossen, daß die russische Sprache die Schriftsprache aller Slaven sein solle.

Bis zu diesem Punkte waren die Verhältnisse in Oestreich gediehen, als von Paris aus der Wunsch immer dringender kund gegeben wurde, die habsburgischen Majestäten möchten doch, nachdem die Monarchen von Preußen und Rußland abgereist seien und einem intimen tête à tête nichts mehr im Wege stehe, ihren Besuch in der französischen Hauptstadt nicht länger hinausschieben. Die Neigung hiezu war vorhanden, aber jedesmal wenn Franz Josef den Termin seiner Abreise bestimmen wollte, war es ihm, als sehe er aus den Wellen des atlantischen Oceans eine bekannte Gestalt emportauchen, welche ihn mit der vorgehaltenen Hand vor dieser Reise warnte. Sie wurde von Woche zu Woche hinausgeschoben. Die Unruhe wurde immer heftiger, die Luft immer schwüler. Herrschte in der Wiener Hofburg peinliche Beklommenheit, so regte sich in den Tuilerien etwas wie ein Gewissen. Fast ganz Europa nahm an dieser transatlantischen Tragödie theil und überflog neugierig die Telegramme der Tagesblätter. Franz Josef reiste mit seiner Gemahlin nach München, kam am Nachmittag des 30. Juni auf dem dortigen Bahnhof an und beabsichtigte, der herzoglichen Familie im Schloß Possenhofen einen kurzen Besuch zu machen. Noch auf dem Bahnhof wurden ihm zwei Telegramme übergeben. Tief erschüttert vergoß er bittere Thränen, ließ die Kaiserin Elisabeth allein zu ihren Eltern weiter reisen und kehrte Abends 5 Uhr mit einem Extrazug nach Wien zurück, um seinen Schmerz über den neuen furchtbaren Schlag, der sein Haus betroffen, in der Einsamkeit seines Schlosses zu verbergen.

Digitized by Google

Die beiden Telegramme waren von dem kaiserlichen Generalkonsul in New-York und von dem kaiserlichen Gesandten bei den Vereinigten Staaten, Freiherrn von Wydenbruck, am 29. Juni in New-York aufgegeben und von Wien aus nach München dem Kaiser nachgeschickt worden. Sie enthielten beide die Nachricht, daß Kaiser Maximilian von Mexiko am 19. Juni, Morgens 7 Uhr, in Queretaro erschossen worden sei. Auf eine telegraphische Erkundigung, ob die nordamerikanische Regierung officielle Kenntniß davon habe, lief am 4. Juli die Antwort ein, daß Staatssekretär Seward von den Konsuln in Veracruz und Matamoros die officielle Anzeige von der Erschießung erhalten habe. Es konnte kein Zweifel mehr obwalten. Auch in Paris hatte man ein Telegramm aus Washington erhalten, und unter dem frischen Eindruck desselben hielt Napoleon, von hohen Gästen umgeben, am 1. Juli bei der Austheilung der Ausstellungspreise eine friedlich klingende Rede. Der Sultan der Türkei, Abdul-Aziz war am 30. Juni in Paris eingetroffen. Keiner seiner Vorgänger hatte je den Occident bereist, und er verfehlte nicht, von Paris aus seinen besten Verbündeten, England, zu besuchen, worauf die Heimreise über Koblenz, Nürnberg und Wien erfolgte. Sein Pariser Aufenthalt wurde durch die Nachrichten aus Mexiko getrübt, da Napoleon auf diese hin alle weiteren Festlichkeiten abbestellen mußte. Man war allgemein sehr besorgt um das Schicksal der französischen Staatsangehörigen, welche nebst dem Gesandten Dano sich noch in Mexiko befanden, und fürchtete mit dem nächsten Telegramm die Nachricht von einer mexikanischen Vesper zu erhalten, was Frankreich zu einer zweiten Expedition in dieses unheilvolle Land gezwungen hätte. Sehr verwundert war man über das Schreiben des Moniteur vom 5. Juli, welcher, über die Erschießung Maximilians sich aussprechend, sagte: „Die Ermordung des Kaisers Maximilian wird die ganze Welt mit Entsetzen erfüllen. Diese niederträchtige, durch Juarez angeordnete Maßregel drückt der Stirn jener Männer, welche sich als die Vertreter der mexikanischen Republik ausgeben, ein unauslöschliches Mal der Schande auf. Der Abscheu aller Nationen wird die erste Züchtigung dafür sein."

Man fand diese Sprache theils zu stark gegenüber den Republikanern von Mexiko, welche besonders durch das von Maximilian unterzeichnete Dekret vom 3. Oktober 1865 und durch die in Folge desselben vollzogene Erschießung der wackeren Generale Arsnaga

Digitized by Google

und Salazar und vieler Anderer aufs höchste erbittert waren, theils sehr unangemessen für eine Regierung, welche nach dem Staatsstreich vom 2. December 1851 sich Grausamkeiten hatte zu Schulden kommen lassen, neben welchen der Racheakt des Präsidenten Juarez im Licht der Mäßigung erscheinen muß, zumal er Männer traf, welche als Fremde in sein Vaterland eindrangen und es mit fremden Truppen wie eine eroberte Provinz besetzten. So sehr man auch das Schicksal des unglücklichen Fürsten bedauerte, so sehr man auch seine Erschießung vom Standpunkt der Moral und der Politik verdammte, so erinnerte man doch auch daran, daß weder Moral noch Politik es verlangten, daß Maximilian jene zwei Generale, welche kein anderes Verbrechen begangen, als daß sie ihr republikanisches Vaterland vertheidigt hatten, als vogelfreie Banditen behandelte. Und wenn man von dem „niederträchtigen" Juarez sprach, welchen Namen sollte man demjenigen geben, der dem Kaiser Maximilian versprochen hatte, ihn unter keiner Bedingung im Stich zu lassen, ihm den Schutz der französischen Fahnen zu gewähren, so lange er derselben benöthigt sei, und der diesen Vertrag von Miramar, ohne welchen Maximilian die Reise nach Mexiko niemals angetreten hätte, in Folge von veränderten Umständen plötzlich brach und seinem Schützling keine andere Wahl ließ, als entweder die Ehre oder das Leben aufs Spiel zu setzen? Auch in Frankreich brachte man die Namen Napoleons und Juarez' vielfach mit einander in Verbindung und nicht immer zum Vortheil des ersteren.

Selbst in Wien, wo man doch sicherlich dem Prinzen nicht übelwollte, äußerte sich ein mit den Verhältnissen wohl vertrauter Mann folgendermaßen: „Die allem Recht hohnsprechende Intervention Louis Napoleons in Mexiko und seine offenbare Absicht mit Hilfe der Sklavenbarone auf den Trümmern der Union eine Monarchie zu gründen, vermochten die Sympathien für europäische Herrscher unmöglich zu steigern, und waren daher wenig dazu angethan, um, selbst bei einer Verwendung aller Potentaten unseres Welttheils, bei den indignirten Mexikanern, die hierin von der gewaltigen nordamerikanischen Republik unterstützt wurden, irgend einen Erfolg zu erzielen. Man wollte den europäischen Fürsten ein für allemal jede weitere Lust verleiden, sich mit bewaffneter Faust in die Angelegenheiten des amerikanischen Erdtheils zu mischen. Der edle, ehrgeizige, von einem ans Abenteuerliche grenzenden Tha-

Digitized by Google

tendrang erfüllte Prinz, büßte in furchtbarer Weise für die doppelte Verblendung, daß er mit Hilfe der sogenannten schwarzen oder klerikalen Partei und unter dem Protektorat eines Louis Napoleon in Mexiko einen Thron aufrichten wollte und dadurch das Reich einer glücklicheren Zukunft entgegen führen zu können wähnte. Von beiden, den Ultramontanen und dem Franzosenkaiser, wurde er verrathen und im Stich gelassen, und sein tragisches Ende ist um so trostloser, als er bei den glänzenden Eigenschaften seines Geistes und Herzens seinem Vaterlande unvergängliche Dienste zu leisten berufen war. Für Oestreich aber ist das grauenvolle Geschick eines seiner begabtesten Fürsten eine neue Warnung, wohin eine vertrauensselige Verbindung mit der ultramontanen Partei und mit dem Beherrscher der Franzosen zu führen vermag."

Diese Stimme eines patriotischen Oestreichers hat das Richtige getroffen. So viel man auch von den Bemühungen des Staatssekretärs Seward, Maximilian zu retten, so viel man auch von der eigenthümlichen Lage Juarez' gesprochen hat, welcher, wie man sagt, durch die Begnadigung Maximilians dessen Leben bei der Wuth des Volkes doch nicht hätte retten können, sein eigenes aber dabei verloren hätte, so entspricht doch weder das eine noch das andere den thatsächlichen Verhältnissen. Sowohl Seward als Juarez wollten durch die Erschießung Maximilians der bekannten „Monroe-Doctrin", wonach jede Einmischung der europäischen Mächte in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents als eine unrechtmäßige betrachtet wird, eine blutige Weihe geben. Die Kugeln, welche von dem Soldatenpiquet in Queretaro am 19. Juni abgefeuert wurden, sollten nicht bloß das Herz Maximilians treffen, sie waren vielmehr an die Adresse von ganz Europa gerichtet. Ist es nicht, als ob man die befriedigte Miene der beiden amerikanischen Herren sähe und sie zu einander sagen hörte: „So! jetzt wird so bald kein europäischer Prinz mehr zu uns kommen"?

Niemand fühlte den Schlag, so weit es sich um seine politische Bedeutung handelte, so sehr als Kaiser Napoleon. Es war nicht das erstemal, daß man in diesem Jahrhundert in Frankreich amerikanische Geschäfte machen wollte. Als Napoleon I. seinem Bruder Josef die Krone von Spanien schenkte, glaubte er auch das ungeheure Gebiet der spanisch-amerikanischen Kolonien an sein Haus fesseln zu können, und erließ daher an dieselben die Aufforderung, sich der

Digitized by Google

Napoleonischen Herrschaft in Madrid zu unterwerfen. Allein diese dachten an ganz andere Sachen und hielten, Mexiko voran, dies für eine sehr gute Gelegenheit, sich von Spanien loszumachen und unabhängige Staaten zu gründen. Einige Jahre später, als Ludwig XVIII. im Jahre 1823 im Auftrag der heiligen Allianz die spanische Revolution niederwarf und den Absolutismus Ferdinands wieder einsetzte, glaubten die Väter der Allianz, ihr Polizeireglement auch auf Amerika ausdehnen zu müssen, und die französische Regierung zeigte sich bereit, ein paar bourbonische Königreiche in der anderen Hemisphäre zu gründen. Damals war es England und sein großer Minister George Canning, welche die Freiheit Amerikas retteten und die englischen Handelsinteressen dabei nicht vergaßen. Diesen Plan griff Napoleon III. wieder auf. Man sprach in den Tuilerien von Wiederbelebung der lateinischen Race, von einem Damm gegenüber dem Umsichgreifen der Angelsachsen, von der Erstarkung des Katholicismus, was besonders die Kaiserin betonte, und nannte die mexikanische Expedition „die große Idee des Kaiserreichs". Nachdem Napoleon für diese Idee über 600 Millionen Franks ausgegegeben hatte, konnte er nicht einmal wie König Franz I. nach der Schlacht bei Pavia sagen: „Madame, alles ist verloren, nur die Ehre nicht!" Denn gerade diese hatte bedeutend Schiffbruch gelitten. Nichts hat in den beiden letzten Jahrzehnten dem viel citirten Prestige des Kaiserreichs so sehr geschadet wie diese mexikanische Schlappe, dieser Rückzug des kaiserlichen Adlers vor dem Sternenbanner der Union.

Schon 1864 schrieb der Präsident Abraham Lincoln an Juarez: „Wir befinden uns nicht im offenen Krieg mit Frankreich, aber rechnen Sie auf Geld, Kanonen und Freiwillige, deren Absendung wir begünstigen werden." Und nach Paris ließ er schreiben, daß „die Stimme des amerikanischen Volkes einmüthig der Anerkennung einer Monarchie in Mexiko sich widersetze." Lautete die Sprache so, während die Union noch im Kampf mit den Konföderirten war, so mochte sie einen stark hinterwäldlerischen Accent annehmen, wenn diese besiegt waren. Die amerikanischen Noten vom 6. December 1865 und noch mehr vom 12. Februar 1866 ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Dem französischen Kabinet wurde erklärt, daß diese sogenannte Volksabstimmung, durch welche aus Mexiko ein Kaiserreich gemacht worden sei, nicht für die wahre

Digitized by Google

Willensäußerung des mexikanischen Volkes angesehen werden können, da sie unter dem Druck der französischen Invasionsarmee erfolgt sei. „Die Union erkennt in Mexiko nur die ehemalige Republik an und wird dieselbe fernerhin anerkennen, und sie kann in keinem Falle einwilligen, direkt oder indirekt in Verbindung mit dem Prinzen Maximilian zu treten oder diesen Prinzen anzuerkennen. Nach der Ansicht des Präsidenten darf Frankreich die versprochene Abberufung seiner Truppen aus Mexiko keinen Augenblick verzögern. Wir werden uns höchlich freuen, wenn der Kaiser uns definitiv die Zeit angibt, in welcher die militärischen Operationen Frankreichs in Mexiko enden werden."

Drei Gründe waren es, welche die französische Regierung bewogen, vor einer so zudringlichen Sprache die Segel zu streichen: die Unmöglichkeit, sich mit den Vereinigten Staaten in einen Krieg einzulassen, die ungeheuren Summen, welche der mexikanische Schlund verschlang, der Wunsch, die 30,000 Mann kriegsgewohnter Truppen, welche im fernen Westen für eine bereits verlorene Sache kämpften, für die Eventualitäten des deutschen Konflikts bereit zu haben. Man konnte ihr, da einmal der Fehler gemacht war, nicht zumuthen, eigensinnig in demselben zu beharren und in unabsehbare Gefahren sich zu stürzen; nur durfte man erwarten, daß sie durch eine wohlwollende und offene Auseinandersetzung mit Maximilian diesem einen ehrenvollen Ausweg eröffne und ihn nicht zwinge, „in den Gepäckwagen der französischen Armee nach Europa zurückzukehren." Sagte sie doch selbst in einem Schreiben vom 31. December 1866: „Es ist für Maximilian nicht leicht, einen Rückzug zu machen, der nicht ein Makel für sein politisches Leben ist." Statt dessen ließ die französische Regierung Maximilian in gänzlicher Unkenntniß über ihre Beziehungen zu der Union, wollte ihrer Verpflichtungen von Miramar los sein und benützte dazu die durch die finanzielle Noth herbeigeführte Nichtausführung eines Vertragsartikels von Seiten Mexikos. Eine neue Konvention, der Vertrag vom 30. Juli 1866, sollte geschlossen werden, wonach Maximilian von seinen letzten Revenüen, den Zolleinnahmen der Hafenstädte Veracruz und Tampico, nur noch die eine Hälfte behalten, die andere an Frankreich überlassen sollte. Eben dadurch aber wurde er wehrlos seinen Feinden überliefert; denn mit welchem Gelde sollte er eine eigene Armee unterhalten? Falls er den neuen Vertrag annehme, so soll-

Digitized by Google

ten die französischen Truppen in drei Terminen, vom November 1866 bis Herbst 1867, Mexiko räumen, wodurch Maximilian noch über ein Jahr Frist bekam. Wenn er ihn aber nicht annehme, so sollte Marschall Bazaine sogleich abziehen und Maximilian seinem Schicksal überlassen.

Bei Ankunft dieser Botschaft, welche vom 21. Mai 1866 datirt war, soll Maximilian ausgerufen haben: „Ich bin betrogen. Es bestand ein förmlicher Vertrag zwischen dem Kaiser Napoleon und mir, ohne welchen ich den Thron nie angenommen haben würde, und der mir die Unterstützung der französischen Truppen bis zu Ende des Jahres 1868 absolut verbürgte." Die in England hinterlegten Papiere Maximilians werden über die Existenz eines solchen Abkommens mit der Zeit Aufschluß geben. Schon damals wollte Maximilian, die Konsequenzen eines solchen Verfahrens voraussehend, abdanken. Seine Gemahlin hielt ihn zurück, eilte nach Paris und Rom, sprach von Verträgen und Konkordaten, fand aber nirgends Gehör und fiel in Wahnsinn. Daß Maximilian den neuen Vertrag annahm, statt denselben samt dem von Miramar dem Kaiser Napoleon vor die Füße zu werfen, dem Throne zu entsagen und seiner Gemahlin zu folgen, war ein politischer Fehler, der sich nur aus seinem Hang zum Abenteuerlichen und aus seiner Leidenschaft für einen Kaiserthron erklären läßt. Napoleon aber, welcher so eben die alten Verträge zerrissen hatte, respectirte, nach der sehr gereizten Unterredung zwischen ihm und der Kaiserin Charlotte in St. Cloud, nicht einmal den frisch geschlossenen und beschloß, seine Truppen in kürzester Frist und auf einmal zurückzuziehen. Um den Wortbruch zu bemänteln, sollte Maximilian, sei's durch Güte, sei's durch Gewalt, zur Abdankung gebracht und zur Einschiffung nach Europa veranlaßt werden. War dies erreicht, so wollte man einen Kongreß versammeln, mit den Generalen der republikanischen Armee unterhandeln und demjenigen die Präsidentschaft der Republik übertragen, welcher Frankreich am meisten Genugthuung und Entschädigung anbieten würde.

Die Lösung dieser weder leichten noch ehrenvollen Aufgabe wurde dem General Castelnau, einem Adjutanten Napoleons, anvertraut. Dieser kam am 21. Oktober 1866 in der Stadt Mexiko an und bildete mit dem Marschall Bazaine und dem Gesandten Dano eine Art Triumvirat. Am nämlichen Tage reiste Maximi-

Digitized by Google

lian, vom Fieber geplagt, von dem Schicksal seiner Gemahlin in Kenntniß gesetzt, schon Morgens 2 Uhr von Mexiko ab, begegnete in einem Dorfe dem Zuge des Generals Castelnau, gewährte diesem aber keine Audienz, hielt sich eine Woche in Orizaba auf und zog sich dann auf die unter Kaffee- und Zuckerplantagen versteckte Villa Jalapilla zurück, in seinen Entschlüssen, ob abdanken oder ausharren, schwankend. Aber die Partei, mit welcher er sich seit dem 26. Juli umgeben hatte, war nicht für das Erstere. Nach Entlassung seines liberalen Ministeriums hatte er sich den Ultramontanen in die Arme geworfen, aus diesen Kreisen seine Minister genommen, den Abbé Augustin Fischer, einen von protestantischen Eltern geborenen Württemberger, zum Chef des kaiserlichen Kabinets gemacht. Diesen Leuten war der Abzug der Franzosen nicht unerwünscht, weil sie dann die Herren im Lande zu sein und die durch das Gesetz vom Jahre 1859 eingezogenen Kirchengüter, im Werthe von 900 Millionen Franks, wieder an sich zu ziehen hofften. Aber die Abdankung war nicht in ihrem Interesse, weil auf sie die Republik und die gänzliche Niederlage des Klerus folgte. Wie aber die Monarchie, nur durch mexikanische Streitkräfte vertheidigt, nachdem die von der Union unterstützten Republikaner bereits bis in das Innere des Reiches vorgedrungen waren, sich auch nur einige Monate lang halten könne, darüber täuschten sie sich selbst und ihren Kaiser. Zu allem Unglück kam noch ein Brief des belgischen Staatsraths Eloin, welcher früher dem Dienst der Kaiserin Charlotte beigegeben war, aus Brüssel vom 17. September 1866 datirt, in Jalapilla an. Darin klärte Eloin den Kaiser über den wahren Zweck der Sendung Castelnaus auf und gab ihm den Rath, er solle „die Partie nicht vor Rückkehr der französischen Armee aufgeben, da ihm dies als Schwäche ausgelegt würde, sondern an das vom Druck fremder Intervention erlöste mexikanische Volk von neuem Berufung einlegen. Bleibe dieser Aufruf ungehört, dann erst solle er mit demselben Glanze zurückkehren, mit welchem er gekommen sei, um inmitten der wichtigen Ereignisse, welche sicher nicht ausbleiben werden, die Stelle einzunehmen, welche ihm in jeder Hinsicht zukomme. Denn in Oestreich herrsche seit dem Tage von Königgrätz allgemeines Mißvergnügen, der Kaiser sei entmuthigt, das Volk werde ungeduldig und fordere öffentlich seine Abdankung, während alle Blicke nur auf Maximilian gerichtet seien."

Digitized by Google

Diese Zeilen eines Mannes, welcher die Lage Oestreichs sehr schlecht beurtheilte und in Folge dessen Maximilian einen schlimmen Rath gab, wirkten sehr belebend auf die ritterliche Gesinnung und den ehrgeizigen Charakter des Prinzen. Er beschloß, von einer sofortigen Abdankung und Abreise ganz abzusehen und so lange als möglich auszuhalten, ließ sich aber über die Möglichkeit täuschen. Die beiden Generale Miramon und Marquez, welche eben damals aus Europa, wohin sie vor zwei Jahren verbannt worden waren, zurückkehrten, sagten ihre Mitwirkung zu. Die Minister und der Staatsrath wurden aus der Hauptstadt nach Jalapilla beschieden, um über die Monarchie zu entscheiden. Sie beschworen Maximilian, auf dem Thron auszuharren, und sicherten ihm eine schlagfertige Armee und 20 Millionen Franks zu. Der Kriegsplan wurde besprochen. Marquez sollte die Hauptstadt besetzen und gegen Porfirio Diaz schützen, Miramon, von dem tapferen Mejia unterstützt, in die nördlichen Provinzen sich begeben und den Truppen Escobedo's sich entgegenstellen. Maximilian war mit allem einverstanden, schloß sich damit unbedingt an die klerikale Partei an und hatte ihr natürlich für den Fall des Gelingens bedeutende Konzessionen zu machen. Als Hauptbedingung, unter welcher er die Regierung fortführe, stellte er die Einberufung eines Nationalkongresses auf, welcher entscheiden solle, ob das Kaiserreich fortbestehen oder durch eine andere Regierungsform ersetzt werden solle. Von den 22 Mitgliedern der Konferenz, welche drei Tage verhandelte, stimmten 20 dem Kaiser bei. Sofort erließ dieser am 1. December 1866 ein Manifest an die Mexikaner und kündigte ihnen den Kongreß und den Zweck seiner Berufung an. Eine Note des Ministerpräsidenten Lares, vom 3. December, theilte dem französischen Triumvirat, Dano, Bazaine und Castelnau, die Entschließung des Kaisers mit, sich von nun an nur auf seine eigenen Streitkräfte zu stützen.

Dies war freilich nicht Wasser auf die Mühle der Tuilerienpolitik, und ihr einziges Bestreben war nun darauf gerichtet, dem Throne Maximilians den Boden zu entziehen. Nachdem Bazaine bereits Befehl erhalten hatte, die Räumung Mexiko's im Frühjahr 1867 zu veranstalten, und dieser Vertragsbruch damit begründet war, daß eine der Bedingungen des Vertrages vom 30. Juli, welche die französischen Zolleinnahmen von Tampico betrifft, durch Wegnahme dieses Hafens nicht erfüllt sei, so verlangte ein Brief Napoleons

Digitized by Google

vom 13. December, „die Fremdenlegion, die östreichische und belgische Legion, wenn sie es verlangen, seien in die Heimat zurückzuschicken." Und doch setzte der Vertrag von Miramar fest, daß diese „8000 Mann starke Fremdenlegion noch sechs Jahre nach dem Abzug der französischen Armee in Mexiko, im Dienst und Sold der dortigen Regierung bleiben solle." Während Frankreich so den Vertrag zerriß, verlangte es von Maximilian, daß er die Konvention vom 30. Juli aufrecht halte und die Zolleinnahmen von Veracruz, seine einzige Revenue, zur Hälfte ihm zur Verfügung stelle. Die dortige Zollstätte wurde mit Beschlag belegt und die Ausbezahlung von Geldern an die mexikanische Regierung verweigert. Es sollte damit ein Versuch gemacht werden, ob Maximilian nicht zur Abdankung zu zwingen sei.

Andererseits wurden auch dem Tuilerienkabinet Schrauben angesetzt. Die Regierung der Vereinigten Staaten konnte es kaum erwarten, bis sie die erste Ladung Franzosen von Veracruz aus nach Europa absegeln sah. Sie traute den Zusagen Napoleons so lange nicht, bis sie sich durch den Augenschein davon überzeugte. Schon im November hatte sie als ihren Gesandten bei dem Präsidenten Juarez Herrn Campbell nach Mexiko abgesandt und ihm den General Sherman beigegeben, welcher das Oberkommando über die an der mexikanischen Grenze befindlichen amerikanischen Truppen hatte und ermächtigt war, den Republikanern seine Unterstützung zukommen zu lassen. Diese Bevollmächtigten waren sehr erstaunt, bei ihrer Ankunft im Hafen von Veracruz hören zu müssen, daß Maximilian noch nicht abgereist sei, daß das Kaiserreich sich auf seine eigenen Füße stellen wolle, und daß die Franzosen noch alle da seien. Ueber den letzten Punkt verbreitete sich eine Note Sewards vom 23. November, welche, weil sie gar zu entschieden lautete, vom französischen Kabinet abgeleugnet wurde. Darin zeigt sich die Regierung von Washington „erstaunt und gekränkt, daß die auf den November 1866 zugesagte Zurückführung einer Abtheilung der französischen Truppen von dem Kaiser aufgeschoben worden sei, ohne Rücksprache mit den Vereinigten Staaten, ja sogar ohne irgend welche Mittheilung. Der Präsident wünsche und erwarte ernstlich, daß die Räumung Mexiko's gemäß der bestehenden Uebereinkunft, so weit dies jetzt noch geschehen könne, ausgeführt werde". Je schärfer Herr Seward dem Kaiser Napoleon zusetzte, desto heftigere Schläge brachte dieser in seinem

Digitized by Google

üblen Humor seinem Schützling Maximilian bei, nahm ihm Truppen und Geld und wartete ruhig ab, durch welche Mittel jener eine nationale Armee aufbringen oder auch nur den Kongreß zusammenberufen wolle.

Auf seiner Rückreise nach Mexiko hatte Maximilian am 25. December in Puebla eine Unterredung mit Castelnau und Dano, kam unter dem Geläute aller Glocken am 5. Januar in der Hauptstadt an und nahm in einem nahen Landhaus, la Teja, seine Wohnung. Am 10. Januar 1867 hatte er noch eine Zusammenkunft mit Bazaine. Als dieser ihn, mit Hinweisung auf die Haltung der Vereinigten Staaten, aufs neue zur Abdankung drängte, so erwiderte er ihm: „Ich werde auf den 14. Januar eine Junta in das Schloß von Mexiko berufen und bitte Sie, derselben anzuwohnen und dort Ihre Ansichten zu wiederholen. Wenn die Majorität Ihnen zustimmt, so werde ich abreisen; wenn sie verlangen, daß ich bleibe, so wird darüber kein Wort weiter zu verlieren sein; ich werde bleiben, weil ich nicht einem Soldaten gleichen will, der sein Gewehr wegwirft, um rascher vom Schlachtfeld entfliehen zu können." In dieser Junta, an welcher 40 Personen theilnahmen, Maximilian selbst nicht, stellte der Kriegs- und der Finanzminister die Lage der kaiserlichen Regierung weit rosiger dar, als sie anderen vorkam. Sie ließen gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß man zur Beendigung des Krieges Geld und Mannschaft genug habe. Und doch war die Wahrheit die, daß es ihnen schlechterdings nicht gelungen war, die versprochenen 20 Millionen Franks aufzubringen, daß die republikanischen Truppen schon bis Potosi vorgedrungen waren, daß täglich neue Scharen ihnen zuströmten, daß die Anführer der kaiserlichen Heerestheile die ihnen von den abziehenden Franzosen übergebenen Plätze oft kaum einen Tag gegen die Republikaner zu halten vermochten, zuweilen auch, bei dem allgemeinen Verrath, nicht halten wollten, und daß es daher für die Vertreter des mexikanischen Volkes eine physische Unmöglichkeit war, durch die feindlichen Linien hindurch zu einem Nationalkongreß den Weg nach der Hauptstadt zu finden. Es war dem Marschall Bazaine leicht, den klerikalen Schwindel aufzudecken und der Junta durch Darlegung der militärischen, finanziellen und politischen Verhältnisse zu beweisen, daß Maximilian, wenn er nicht „zum Parteigänger herabsinken" und sein Leben aufs Spiel setzen wolle, nichts anderes als die so-

Digitized by Google

fortige Thronentsagung übrig bleibe. Da aber jene Leute durch eine Fortsetzung des Kampfes nur gewinnen, nichts mehr verlieren konnten, und das Interesse ihrer Partei ihnen weit mehr am Herzen lag als das Wohl Maximilians, so beschloß eine Mehrheit von 36 gegen 4 Stimmen, daß die Monarchie den Entscheidungskampf mit der Republik aufnehmen solle. Von einem Nationalkongreß war keine Rede mehr. Das Urtheil dieser Junta konnte dafür gelten.

Das französische Triumvirat bedachte nun, daß seine Mission zu Ende sei, daß es, von Maximilian verachtet, von den republikanischen Führern, mit welchen es sich in Unterhandlungen eingelassen hatte, theils zurückgestoßen, theils hingehalten, gut daran thun werde, auf seinen Rückzug zu denken. Statt aber das überflüssige Kriegsmaterial der Regierung Maximilians übergeben zu lassen, hatte Napoleon befohlen, sämtliche Kanonen und die besseren Pferde mitzunehmen, die minder brauchbaren um jeden Preis zu verkaufen. Um kaum 100 Franks wurden diese Thiere verkauft und trugen, was die Verkäufer recht wohl wußten, wenige Tage darauf die republikanischen Reiter zum Angriff auf Maximilians Truppen. Vor der Räumung der Hauptstadt, welche zu Ende Januars begann und am 8. Februar vollendet war, wurden die Geschosse zerschlagen und das Pulver in die Sequia geworfen. Die Auswechslung der Gefangenen hatte keinen Anstand, da die Republikaner froh waren, dadurch die Franzosen schneller vom Hals zu bekommen. Alles jubelte, als die Truppen abzogen, und Castelnau war naiv genug, seinem Herrn zu berichten, daß die Räumung der Hauptstadt nur sympathische Aeußerungen hervorgerufen habe. Als Bazaine mit den letzten Truppen abzog und auf dem Weg nach Veracruz erfuhr, daß Miramon von Escobedo gänzlich geschlagen worden sei, schrieb er an Maximilian und bat ihn noch einmal, im Geleite des französischen Heeres nach Europa zurückzukehren. Aber dieser hatte als Mann von Ehre sehr Recht, wenn er sich nicht von den Truppen eines Monarchen beschützen lassen wollte, welcher alle Verträge zerrissen hatte und bis zum letzten Augenblick der Occupation von dem Zollschatz von Veracruz noch den letzten Piaster herauspreßte. Die Franzosen mußten abziehen, ohne sagen zu können, daß durch die Abdankung Maximilians ihre Anwesenheit nicht mehr nöthig sei; sie mußten sich vielmehr sagen lassen, daß sie den Mann im Stiche gelassen haben, der ohne die Garantie ihres Schutzes gar nicht nach

Digitized by Google

Mexiko gekommen wäre. Am 11. März 1867 wurde Veracruz dem kaiserlichen General Gomez von den Franzosen übergeben, und die letzten Regimenter schifften sich ein. Die französische Expedition war zu Ende. Wie stand es nun mit der Wiederbelebung der lateinischen Race? mit dem Damm gegen das Vordringen der Anglosachsen? mit der Erstarkung des Katholicismus? mit der großen Idee des Kaiserreichs? Nichts von all diesem war Wirklichkeit geworden; alles war in's Gegentheil umgeschlagen; Napoleon hatte einen Rechnungsfehler gemacht, den er schwerlich wieder gut machen kann.

Maximilian hatte sich einstweilen am 19. Februar an der Spitze von 3000 Mann, welche kaum nothdürftig bekleidet waren, nach Queretaro begeben und wurde dort von Escobedo eingeschlossen. General Marquez blieb in der Hauptstadt zurück, wurde, als er zum Entsatz Puebla's auszog, von Porfirio Diaz geschlagen, diese Stadt am 2. April von Diaz erstürmt, darauf Mexiko selbst von ihm belagert. Am 15. Mai fiel Queretaro durch den Verrath des Oberst Lopez, welcher gegen eine Geldsumme das Fort und Kloster La Cruz dem Feinde überlieferte, in Escobedo's Hände, und Maximilian mußte sich ergeben. Mehrere Generale wurden mit ihm gefangen, darunter Miramon und Mejia. Die Belagerung hatte 70 Tage gedauert, in welcher Zeit sich Maximilian durch seine persönliche Tapferkeit und sein edles Benehmen die allgemeine Achtung erwarb. Da man allen Grund hatte zu fürchten, daß die Republikaner sein Leben nicht schonen werden, so verwandten sich die Gesandten aller europäischen Mächte für ihn und erboten sich, die Garantie dafür zu übernehmen, daß er, wenn er freigelassen werde, nie mehr den Fuß auf mexikanischen Boden setzen werde. Selbst das Washingtoner Kabinet that, von Oestreich darum angegangen, vermittelnde Schritte. Wenn irgend jemand Maximilian retten konnte, so waren es die Staatsmänner der Union. Man hat aber, wie bereits bemerkt, allen Grund zu der Annahme, daß zwischen ihren officiellen Schreiben und ihren privaten Gedanken eine kleine Verschiedenheit stattfand. Die Dinge nahmen, unbekümmert um die Mahnungen und Warnungen der Diplomatie, in Queretaro ihren raschen Lauf. Die Unterredung, welche Maximilian mit dem „Präsidenten" Juarez zu haben wünschte, wurde von letzterem nicht zugegeben, die Zulassung von Advokaten zu seinem Prozesse gestattet. Das Kriegsgericht begann am

Digitized by Google

13. Juni seine Thätigkeit. Unter den vier Anklagepunkten, welche gegen Maximilian vorgebracht wurden, spielte der Erlaß des Dekrets vom 3. Oktober 1865, wonach alle Republikaner, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, binnen 24 Stunden erschossen werden sollten, eine Hauptrolle. Sein Vertheidiger hob dagegen hervor, daß Maximilian dieses Dekret nur auf Andrängen Bazaines unterzeichnet habe, als dieser ihm fälschlicher Weise die Meinung beibrachte, Juarez habe sich nach den Vereinigten Staaten geflüchtet, und die bewaffneten Scharen seien nur noch eine Art Räuberbande. Auch habe er vor seiner Abreise nach Jalapilla in einem an Bazaine gerichteten Schreiben vom 21. Oktober 1866 jenes Dekret aufgehoben. Allein weder dieser Vertheidigung wurde Gehör geschenkt noch dem Protest Maximilians, welcher erklärte, daß er als ein von allen Nationen der civilisirten Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, anerkannter Souverän nicht von einem Kriegsgericht, nur von einem Nationalkongreß gerichtet werden könne.

Der ganze Prozeß war eine reine Komödie. Juarez und Escobedo verfuhren dabei geradeso, wie Napoleon I. bei dem Herzog von Enghien, dem Buchhändler Palm und anderen. Das Todesurtheil war zum voraus gefällt; das Gericht sollte der Sache nur noch einen legalen Anstrich geben. Zugleich mit Maximilian wurden auch die Generale Miramon und Mejia abgeurtheilt. Am Abend des 14. Juni war die Untersuchung zu Ende, das Kriegsgericht sprach das Todesurtheil aus, und Escobedo bestätigte es am folgenden Tage. Maximilian hatte zur Ordnung seiner Privatangelegenheiten noch drei volle Tage Zeit. Erst am 19. Juni Morgens 7 Uhr wurde er nebst Miramon und Mejia aus dem Gefängnisse abgeholt und zur Richtstätte geführt. Alle drei wurden zu gleicher Zeit erschossen. Maximilian hatte sich von dem Unterofficier, welcher die Wache befehligte, die Gunst erbeten, daß die Soldaten nicht nach seinem Haupt, sondern nach seinem Herzen zielen. Fünf Kugeln trafen ihn in die Brust, tödteten ihn aber nicht sogleich; zwei Soldaten mußten aus der Reihe treten und ihn in die Seite schießen, um ihn vollends zu tödten. Seine letzten Worte waren: „Arme Charlotte!“ Der Leichnam wurde sofort einbalsamirt und in einer Kapelle aufbewahrt. Zwei Tage darauf, am 21. Juni, ergab sich die Hauptstadt dem General Diaz, nachdem Marquez mit seinen Anhängern am 19. daraus entflohen war.

Digitized by Google

Am 27. Juni wurde auch Veracruz von den Republikanern besetzt, und am 15. Juli hielt Juarez seinen Einzug in Mexiko und übernahm wieder die Regierung des ganzen Landes. Daß er, obgleich Indianer von Geburt, nicht so „niederträchtig" war, als man in Paris aussagte, geht daraus hervor, daß viele hervorragende Personen der Gegenpartei wenn auch gefangen genommen, doch wieder frei gelassen wurden, darunter auch der Abbé Fischer, welcher als Fremder und als Ultramontaner den Republikanern gewiß sehr verhaßt war.

Nach dieser Katastrophe von Queretaro blieb nur noch eines zu erledigen übrig, soweit es sich um „Maximilian von Habsburg" handelte. Der Kaiser Franz Josef schickte den Viceadmiral Tegetthoff, den Sieger von Lissa, nach Mexiko ab, um sich von der dortigen Regierung den Leichnam seines Bruders zu erbitten. Juarez empfieng ihn gut und versprach ihm die Auslieferung des Leichnams, sobald der Kaiser von Oestreich ein förmliches Gesuch an die Regierung der mexikanischen Republik stelle. Als auch diese Förmlichkeit abgemacht war, wurde die Leiche Maximilians am 26. November in einem dreifachen Sarg nach Veracruz geführt und Tegetthoff übergeben. Am andern Tage wurde sie auf die Fregatte Novara, welche im Jahre 1864 das Kaiserpaar nach Mexiko gebracht hatte, übergeschafft, und fort gieng es über den atlantischen Ocean, durch das mittelländische und adriatische Meer nach dem Hafen von Triest, wo am 15. Januar 1868 gelandet wurde. Am Abend des 17. Januar kam die Leiche in Wien an und wurde am folgenden Tage unter Betheiligung einer ungeheuren Volksmenge in der Kaisergruft der Kapuzinerkirche feierlich beigesetzt. Noch beklagenswerther ist das Schicksal der Kaiserin Charlotte, welche sich von ihrem Irrsinn nicht mehr erholte. Sie wurde von ihrer Schwägerin, der Königin von Belgien, in Miramar abgeholt und am 31. Juli 1867 nach dem Schlosse Tervuren, in der Nähe von Brüssel, gebracht. Daß die Nachricht von dem Tode ihres Gemahls, welche ihr erst im Januar 1868 mitgetheilt wurde, keine größere Aufregung in ihr bewirkte, als es der Fall war, läßt für ihre Genesung wenig Hoffnung übrig.

Sehr unangenehm war es für Napoleon, daß er gewisse, ihn und seine Regierung kompromittirende, Papiere von Maximilian nicht hatte herausbekommen und unter dem Gepäck der Kaiserin Charlotte nicht hatte finden können. Sie sind von der letzteren bei

Digitized by Google

dem Herzog von Aumale, welcher bekanntlich kein Freund Napoleons ist, niedergelegt und ihm für gewisse Eventualitäten sehr bestimmte Weisungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichung gegeben worden. Die Kaiserin Eugenie mußte Ende Juli's eigens nach der Insel Wight reisen und der Königin Viktoria in Osborne einen zweitägigen Besuch machen, um mit ihrer feinen, zarten Hand zu sondiren. Sollte nicht Königin Viktoria etwas davon wissen? den Inhalt der Papiere kennen? oder gar Mittel und Wege angeben können, wie dem unbeugsamen Aumale beizukommen wäre? Aber die „fragliche Dame", wie der amerikanische Geschäftsträger in Paris in seiner Depesche vom 10. August 1866 von der Kaiserin Charlotte gesprochen hatte, kam mit leeren Taschen und ohne irgend welchen Erfolg ihrer Weiberlist nach den Tuilerien zurück. Ihr Herr Gemahl, dessen Neugier so wenig befriedigt war, war nun boshaft genug, auch den Anderen ihre Freude verderben zu wollen, und ließ daher officiell erklären, daß die Papiere des Kaisers Max sehr unschuldiger Natur seien und für Frankreich durchaus nichts Kompromittirendes enthalten. Zum Unglück für ihn erinnerte man sich dabei an die Fabel vom Fuchs und den sauren Trauben und hofft steif und fest, daß der wackere Orleans bald etwas Pikantes zum Besten geben werde.

Während in Folge der Schlußscene der mexikanischen Tragödie ein schwerer Druck auf der kaiserlichen Hofburg lag, suchten die Männer des Abgeordnetenhauses eines anderen, vielleicht noch schwereren Druckes sich zu entledigen. Noch lastete der Alp des Konkordats auf dem Kaiserstaat. Mit Recht sagte eine freie Stimme aus Wien: „Wir haben Verfassung und Amnestie, aber wir haben auch das Konkordat, und darum haben wir noch nichts. Die Behandlung desselben wird der Probirstein des heutigen Konstitutionalismus sein, und bevor das Ministerium nicht eine Probe davon abgelegt hat, daß die Umgestaltung auch diese Sphäre ergreift, darf es sich des Erfolges seiner Politik nicht sicher wähnen." Gerade in dieser Frage verhielt sich der am 30. Juni zum Reichskanzler ernannte Freiherr von Beust so passiv als möglich. Als Protestant, meinte er, könne er in dieser Sache am wenigsten thun und müsse die Initiative dem Reichsrath anheimstellen. Wenn dieser durch seine Gesetzgebung das Konkordat umgehe, so werde man am leichtesten zum Ziele kommen. An Gelegenheit, zu zeigen, daß er sich wenigstens schieben lasse, sollte es dem Reichskanzler nicht fehlen.

Digitized by Google

Der Abgeordnete Dr. Mühlfeld stellte den Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses, welcher den Entwurf eines Religionsedikts auszuarbeiten habe, und hob in der Begründung seines Antrags am 10. Juli hervor, daß die Entfremdung Deutschlands von Oestreich, welche nicht erst von heute, sondern von älterem Datum sei und bis zur Reformation zurückreiche, hauptsächlich die Folge jener religiösen Intoleranz sei, wonach man immer nur der einen Konfession Rechte gewährte, der anderen nicht. Der Abgeordnete Professor Herbst und 70 Genossen brachten am 11. Juli einen Antrag auf Abfassung und Berathung von drei Gesetzentwürfen ein, wonach das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuches wiederhergestellt und die Jurisdiktion in Ehesachen wieder den weltlichen Gerichten überlassen, die Emancipation der Schule von der Kirche durchgeführt und die interkonfessionellen Verhältnisse, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichstellung der verschiedenen Konfessionen, geregelt werden sollten.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 20. Juli mit einer Mehrheit von 134 gegen 22 Stimmen genehmigt und damit dem Konkordat der offene Krieg erklärt. Das Abgeordnetenhaus hielt dasselbe für ein Gesetz wie jedes andere. Was die absolutistische Gesetzgebung geschaffen habe, sei durch die konstitutionelle abzuändern oder zu beseitigen. Dagegen erklärte der provisorische Leiter des Kultministeriums, Herr von Hye, im Namen der Regierung, daß diese zwar die „Nothwendigkeit einer Regelung der Konfessionsverhältnisse anerkenne, daß sie aber, um selbst den Schein einer Mißachtung bestehender Rechtsverhältnisse zu vermeiden, den Weg conciliatorischer Verhandlungen mit Rom einschlagen werde und daher an das Haus die angelegentliche Aufforderung richte, nicht auf einer sofortigen Lösung der angeregten Fragen zu bestehen." Wenn darin alle Weisheit und aller guter Wille der Regierung bestand, so war dies fürwahr nicht viel. In der allerwichtigsten Frage sollte das Abgeordnetenhaus, wie die alten Metternich'schen Landtage, schweigen und alles Heil von der östreichischen Diplomatie, welche in den letzten Jahren ihre Unfähigkeit auf's glänzendste beurkundet hatte, und von der römischen Kurie erwarten, deren Unduldsamkeit und Herrschsucht doch hinlänglich bekannt war. Immer noch hielt man in den leitenden Kreisen an der Anschauung fest, daß das Konkordat ein Staatsvertrag zwischen den Souveränen von

Digitized by Google

Oestreich und dem Kirchenstaat sei, der nur in Uebereinstimmung beider Paciscenten abgeändert werden dürfe. Allein abgesehen davon, daß eher ein zweites Königgrätz als diese Uebereinstimmung zu erwarten ist, muß noch hervorgehoben werden, daß das Konkordat sich nur mit den Verhältnissen der Katholiken beschäftigt, daß es aber genug Punkte gibt, wie die gemischten Ehen, Schulen und Friedhöfe, wo beide Konfessionen an einander streifen. In solchen Fällen war bisher die Entscheidung ganz den katholischen geistlichen Gerichten anheimgestellt. Wie lange aber sollten sich die östreichischen Protestanten eine solche Vergewaltigung gefallen lassen? Die drei Gesetzentwürfe des Abgeordnetenhauses sollten dieser helotenmäßigen Ungleichheit auf legalem Wege abhelfen. Der Wiener Gemeinderath drückte in einer Adresse an das Abgeordnetenhaus seine volle Uebereinstimmung damit aus. In der hierüber sich entspinnenden Debatte citirte ein Gemeinderathsmitglied die Worte des früheren Erzbischofs Milde, welcher, als ihm das Konkordat vorgelegt wurde, gesagt habe: „Diesen Vertrag empfehle ich nicht; das wäre ein Verrath an Kaiser und Vaterland."

Selbst der erste östreichische Lehrertag, welcher gegen 2000 Lehrer aus allen Theilen der Monarchie in Wien vereinigte, sprach sich in den ersten Tagen des Septembers mit aller Entschiedenheit gegen das Konkordat und für die Trennung der Schule von der Kirche aus, obgleich diese Lehrer alle von der Gnade des Klerus abhängen.

Da kam, wie ein Blitzstrahl aus der mittelalterlichen Rüstkammer des Vatikans, die Adresse der 25 Bischöfe vom 2. Oktober, worin sie sich unmittelbar an den Kaiser wandten und diesem zuriefen, daß die „Angriffe auf das Konkordat nicht diesem, sondern der katholischen Religion und nicht ihr allein, sondern dem ganzen Christenthum gelten. Man wolle eine Ehe ohne Festigkeit und Heiligung, eine Schule ohne Religion und sittlichen Ernst, in welcher neben dem Geistlichen ein gesinnungstüchtiger Lehrer stehe, eingeschult in die Grundsätze jener Wissenschaft, welche die Verbrüderung der Menschen mit den Thieren lehre. Um solche Werkzeuge in hinreichender Anzahl zur Verfügung zu haben, sollen Lehrerbildungsanstalten gegründet und darauf berechnet werden, ihre Zöglinge zur Geringschätzung alles Heiligen und Hohen einzuschulen. Man müsse entweder den Rechten der katholischen Kirche die gebührende Achtung schenken oder sich zu den Grundsätzen der Re-

Digitized by Google

volution bekennen. Sie, die für das Seelenheil von 17 Millionen Erlöster Rechenschaft ablegen müssen, erfüllen eine Pflicht gegen Seine Majestät und das Vaterland, wenn sie hier ihre Stimme erheben."

Wenn diese 25 Kirchenfürsten in das Feuer der Agitation gegen das Konkordat noch einige Tonnen Oel hätten hineingießen wollen, so hätten sie es nicht praktischer anfangen können, als indem sie diese Adresse unterzeichneten. Gegen diese Verwechslung von Konkordat und Religion, von geistiger Freiheit und Revolution, gegen diese Anmaßung, als ob sie im Namen von 17 Millionen zu sprechen hätten, erhob sich in Oestreich alles, was nicht, um das Wort Steins von Gentz zu gebrauchen, ein vertrocknetes Gehirn und ein verfaultes Herz hatte. Zunächst aber hob den Fehdehandschuh der Wiener Gemeinderath auf, gegen welchen die Bischöfe wegen der „Lehrerbildungsanstalt" zu Felde gezogen waren. Es war dies eine Sache, welche schon ein ganzes Jahr beim Ministerium anhängig war. Schon im Jahre 1866 hatte der Gemeinderath beschlossen, zur Hebung des Volksunterrichtes eine Lehrerbildungsanstalt (Schullehrerseminar) ohne Rücksicht auf die Konfession in Wien zu errichten. Auf die Einsprache des päpstlichen Nuntius verbot die Regierung die Gründung derselben. Ein Jahr darauf, am 4. Oktober 1867, wurde dem Gemeinderath die Antwort mitgetheilt, welche der Unterrichtsminister, Ritter von Hye, der an ihn abgeschickten Deputation gegeben hatte. Dieser Ritter einer alten Zeit hatte erklärt, das Ministerium werde die Verhandlungen mit dem Gemeinderath wieder aufnehmen, wenn es Zeit dazu finde. Dies wurde für eine „Demonstration" gegen den Gemeinderath angesehen, die man nur durch eine andere Demonstration beantworten könne. Man beschloß, das Lehrerseminar, das man in Wien nicht gründen durfte, in Deutschland zu suchen und dorthin sechs Wiener Lehrer zu ihrer weiteren Ausbildung zu schicken. Dieser Sache kam nun die bischöfliche Adresse sehr zu Statten. In gerechter Erregtheit erklärte ein Mitglied des Gemeinderaths in der Sitzung vom 4. Oktober, daß auf diesen Angriff nichts übrig bleibe, als dem Kaiser offen zu sagen, daß das, was die Bischöfe ihm über den Gemeinderath mitgetheilt hätten, eine „dreiste Unwahrheit, eine Verleumdung" sei. Sofort wurde eine Adresse an den Kaiser berathen und beschlossen, worin gesagt war, ob denn jemand glauben könne,

Digitized by Google

daß die Bürger Wiens „ihre Kinder Lehrern übergeben wollen, welche, der Religion und Sittlichkeit bar, dieselben entarten ließen. Eine solche Anklage vermöge nur der verblendete Haß familienloser, in dem Ideenkreise des eigenen Ich erstarrter Männer zu ersinnen."

Der Kaiser nahm beide Adressen, die der Bischöfe und des Gemeinderaths, an, drückte dem letzteren sein volles Vertrauen aus, schickte die Adressen dem Ministerium zur Beantwortung zu und richtete am 16. Oktober ein Handschreiben an den Kardinal Rauscher, worin er bemerkte, er müsse es beklagen, daß die Bischöfe „durch Vorlage und Veröffentlichung einer die Gemüther tief erregenden Adresse die Aufgabe der Regierung erschweren, in einem Zeitpunkt, in welchem, wie die Bischöfe treffend bemerken, Eintracht so sehr noth thue. Er werde die Kirche zu schirmen und zu schützen wissen, sie selbst aber sollten der Pflichten eingedenk sein, welche er als konstitutioneller Regent zu erfüllen habe." Und auch andere, Presse und Gemeinden, waren ihrer Pflichten eingedenk. Es wurde in der Presse mehrfach hervorgehoben, daß, so wichtig auch für Oestreich der Ausgleich mit Ungarn sei, doch die Aufhebung des Konkordats sich noch weit dringender erweise. Ob es sich denn bei einem Priesterregiment, das jede freie geistige Entwicklung im Keime zu ersticken drohe, überhaupt lohne, den Staat zu reorganisiren? Die Regierung habe geglaubt, mit dem Konkordat einen Kitt erfunden zu haben, durch den sie die verschiedenen Nationalitäten zu einem unauflöslichen Ganzen verbinden könne. Aber Solferino und Königgrätz hätten gezeigt, daß die geistige Knechtschaft ein sehr schlechter Kitt sei. Wenn die Regierung nicht auf eine dritte Niederlage spekulire, so müsse sie sich nach einem anderen Patent für staatlichen Kitt umsehen. Die Frage stehe einfach so: Konkordat oder Verfassung? Oestreich schwebe in der Gefahr eines dreifachen Bankerotts: des finanziellen, des politischen und des geistigen. Der letztere sei der schlimmste; denn er ziehe die zwei anderen nach sich, und eben dieser werde durch das Konkordat unwiderruflich besiegelt.

Trotz aller Gegenbemühungen des Klerus liefen aus allen Theilen des Kaiserstaats, selbst aus dem glaubenseifrigen und wohl disciplinirten Tirol, Adressen der Gemeinden gegen das Konkordat ein. In vielen derselben wurde hauptsächlich sein nachtheiliger Einfluß auf die Volksbildung hervorgehoben und gesagt, daß ein besserer Unterricht vor allem noth thue, damit „Oestreich in Wissen-

Digitized by Google

schaft und Industrie nicht hinter dem Ausland zurückbleibe und in den Stand gesetzt werde, die enormen Staatslasten zu tragen". Der Gemeinderath von Hermannstadt in Mähren erlaubte sich, bei dieser Gelegenheit die klerikale Unterrichtsmethode mit folgenden Worten einer Kritik zu unterziehen: „Bei der jährlich einmal stattfindenden Prüfung wissen wohl die bravsten Schüler, wie es im Himmel aussieht, kennen die hervorragendsten Engel, die Zahl der Heiligen, haben auch einen Begriff von der Hölle, vom Fegfeuer und von den Leiden der Verdammten; aber was in dem eigenen Kronland erzeugt wird, wie es billiger und besser erzeugt werden könnte, was exportirt und importirt wird, ja nur, wie viel Einwohner in dem Kronlande sind, und wie die Hauptstadt desselben heißt, davon wissen sie nichts. Können die Schüler den Katechismus und die biblische Geschichte papageienmäßig herplappern, so werden die Lehrer öffentlich belobt." Die mit mehr als 44,000 Unterschriften katholischer Männer Wiens versehene Volksadresse war in jeder Hinsicht eine gewichtige Petition zu nennen. Eine Adresse der Wiener Studenten an Dr. Mühlfeld protestirte gegen das „ultramontane Gängelband", erklärte, daß eine Vergleichung der östreichischen Universitäten mit der geringsten deutschen Universität zur Schmach der ersteren ausfalle, und mischte in den Ruf nach Reform der Volksschule den nach Reform der Hochschule.

Dies waren die Früchte, welche die Bischöfe mit ihrer unzeitigen Adresse einernteten. Im Abgeordnetenhaus war man über die weitere Behandlung der Sache verschiedener Ansicht. Die eine Partei verlangte die sofortige Aufhebung des Konkordats, und Mühlfeld stellte in diesem Sinne am 9. Oktober einen Antrag, die andere Partei wollte vorläufig nur die Gesetze über Schule und Ehe durchbringen, da hiemit der Kern des Konkordats beseitigt würde. Dieser Ansicht war die Majorität. Die Gesetzentwürfe über Ehe und Schule wurden daher am 23. und 29. Oktober von dem Abgeordnetenhaus angenommen. Sie giengen sofort an das Herrenhaus, wo freilich eine andere Atmosphäre herrschte. Meinte doch in der Debatte des konfessionellen Ausschusses Fürst Sanguško, daß „Gott seine Verpflichtungen gegen Oestreich brechen werde, wenn dieses seine Verpflichtungen gegen den Statthalter Christi breche", worauf Fürst Auersperg ihn fragte, ob er etwa von Gott einen persönlichen Auftrag habe, diese Drohung in seinem Namen

Digitized by Google

auszusprechen. Die Berathungen dieses Ausschusses dehnten sich über den Schluß des Jahres 1867 hinaus, und die Regierung war damit ganz einverstanden. Denn sie wollte nicht eher zu einer definitiven Entscheidung schreiten, bis die Verhandlungen mit Rom zu Ende sein würden. Zunächst handelte es sich darum, daß sie einmal begonnen werden. Die Aufgabe war eine sehr undankbare, da man sich auf eine glänzende Zurückweisung gefaßt machen mußte. Der östreichische Gesandte in Rom, Baron von Hübner, welcher im Jahre 1859 auf dem Gesandtschaftsposten in Paris so viel Kurzsichtigkeit gezeigt hatte, wurde zu Anfang Novembers abberufen und Graf Crivelli, bisher Gesandter in Madrid, mit dem Auftrag betraut, von Kardinal Antonelli sich eine Vorlesung über das Non possumus halten zu lassen. So wurde die Lösung der Frage dem nächsten Jahre vorbehalten, und am 31. December konnte man noch so gut als am 1. Juli schreiben: „Wir haben Verfassung und Amnestie, aber wir haben auch das Konkordat, und darum haben wir noch nichts."

Nur in einer Beziehung wurde ein positives Resultat erzielt. Auf die Drohung, daß eine Anzahl Lehrer zu ihrer weiteren Ausbildung nach Gotha, in den Bereich des norddeutschen Bundes, geschickt werde, gab Ritter von Hye am 3. November seine bedingungslose Erlaubniß zur Gründung einer Lehrerbildungsanstalt. Da dieselbe ein konfessionsloses, also für die Lehrer aller Bekenntnisse zugängliches Institut sein soll, so trat mit dieser Bewilligung das Ministerium in Widerspruch mit einem der Grundprincipien des Konkordats. Man konnte es vor der Hand für eine Abschlagszahlung ansehen.

Wie sich in Oestreich die Konkordatsfrage bis zum Schluß des Jahres hinschleppte, so in Preußen die Verhandlungen mit Dänemark wegen Zurückgabe der nördlichen Distrikte Schleswigs. Dort waren es die Bischöfe, welche einen allgemeinen Sturm veranlaßten und eine Versöhnung erschwerten, hier die französische Regierung und Presse. Was irgend mit dem Prager Frieden zusammenhieng und noch nicht glatt abgemacht war, hielt Frankreich für seine Domäne, in welcher es kaiserliche Befehle ertheilen dürfe. Man mußte von diesen Leuten eine Sprache hören, als ob sie nicht so eben, aus Furcht vor dem Sternenbanner Nordamerika's, einen schmachvollen Rückzug bewerkstelligt hätten, sondern noch in frischer Siegesglorie

Digitized by Google

wie zur Zeit des Tilsiter Friedens 1807 daständen. Der Abgeordnete Morin sprach am 22. Juni im gesetzgebenden Körper von der bedauerlichen Verzögerung, welche in der Ausführung des Artikels V. des Prager Friedens eingetreten sei, und drang darauf, daß die übernommenen Verpflichtungen von Preußen schnell und ehrlich erfüllt werden, indem es die dänische Bevölkerung in Nordschleswig abstimmen lasse und eine Grenzlinie von Flensburg bis an die Nordsee ziehe. Das Tagblatt La France rief sogar am 27. Juni im Tone des Imperators aus: „Wir sind Europa! Nichts, was den Frieden, die Ordnung und das Gleichgewicht Europa's interessirt, könnte uns fremd bleiben". Zugleich veröffentlichte es einen Brief der Abgeordneten Morin und Piccioni, worin zu einer Subskription zu Gunsten der Dänen, welche aus Schleswig nach Dänemark geflohen waren, aufgefordert wurde. Die Regierung ließ die Sache geschehen, offenbar um, wenn sie einen Schritt in der Sache that, sagen zu können, sie sei von der öffentlichen Meinung dazu gedrängt worden. Es war dasselbe Spiel, das sie im Jahre 1863 für die Polen und gegen Rußland eingehalten hatte.

Man ist es von Dänemark gewohnt, daß es, sobald es, wie vor dem Wiener Frieden 1864, den Ernst sieht, sich voller Angst davonschleicht, daß es aber, sobald die Chancen wieder günstiger sind, auch wieder bellt und bäfft, daß es nicht auszuhalten ist. Die französische Protektion wirkte hier Wunder. Die Frechheit und Anmaßung, welche dieses Dänenvolk auszeichnen, kamen wieder in die vollste Blüte. Eine dänische Flugschrift sprach von den Deutschen nicht anders als von einem „auszurottenden Unkraut", und eine der ersten Zeitungen, das Dagblad, schrieb: „Preußen mißhandelt die dänischen Schleswiger wie der nichtsnutzige Schulknabe, welcher, der Ruthe des Lehrers fern, einem kleinen Vogel Krallen und Flügel ausreißt". Das sollte sich ein Staat, welcher über die Wehrkraft von nahezu 40 Millionen gebietet, von einem Lande mit 1½ Einwohnern sagen lassen, solchen Leuten noch das halbe Schleswig, von der Königsau bis Flensburg, darunter das mit theurem Blut errungene Sundewitt (Düppel) und die Insel Alsen, zurückgeben und die Tausende von Deutschen, welche in Tondern, Lygumkloster, Apenrade, Hadersleben und anderen Orten wohnen, der sprichwörtlichen Brutalität des dänischen Volkes und seiner Beamten über-

Digitized by Google

lassen. Dies war unmöglich. Man hatte vom Jahre 1850 an zu schlimme Erfahrungen hierin gemacht, als daß man, vollends zu einer Zeit, wo die deutsche Nation sich zusammenschloß und als gebietende Macht da stand, den Dänen auch nur eine einzige Familie anvertrauen wollte. Von einer Linie Flensburg, von einer Abtretung der strategischen Punkte Düppel und Alsen konnte keine Rede sein. Ob hier der Mehrzahl nach Dänen wohnten oder nicht, war ganz gleichgiltig; diese Punkte sind für die Vertheidgung des mittleren und südlichen Schleswigs zu wichtig, als daß man sie in die Hände der Dänen überantworten könnte, welche sie als Operationsbasis für künftige Einfälle in Schleswig benützen würden. Aber auch die Abtretung einiger nördlichen Distrikte ist nur dann möglich, wenn hinsichtlich der in denselben wohnenden Deutschen solche Bestimmungen getroffen werden, daß dieselben bei irgend welcher Beeinträchtigung von Seiten des dänischen Pöbels ihren gesetzlichen Rückhalt in Preußen haben. Gieng Dänemark auf diese und andere Bedingungen nicht ein, so blieb der Artikel V. des Prager Friedens unausgeführt, weil nicht ausführbar, und Oestreich, welches in dieser Sache allein ein Recht der Einsprache hatte, machte sicherlich keine Einwendung dagegen. Eine andere Lösung gibt es nicht; gegen jeden anderen Modus empört sich das deutsche Nationalgefühl.

Zum Glück war die Sache in guten Händen. Preußen wollte nicht mehr die alten Fehler machen, sondern aus diesen sich eine Lehre für die Zukunft ziehen. Wer entschlossen ist, kein Dorf deutscher Erde an Frankreich herzugeben, der gibt fürwahr an Dänemark auch kein Viertelsdorf her. Verhandlungen waren bereits im Gang. In einer Depesche der preußischen Regierung an ihren Gesandten in Kopenhagen, welche zur Mittheilung an den dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt war, erklärte jene ausdrücklich, daß, bevor die Unterhandlungen über die Abtretung eines Theils von Nordschleswig eröffnet werden könnten, zwei Vorfragen erledigt sein müßten. Preußen verlange von Dänemark die nöthigen Garantien für den Schutz der in jenem Territorium wohnenden Deutschen und die Uebernahme eines verhältnißmäßigen Antheils an der Schuldenlast der Herzogthümer. Darauf erwiderte der dänische Minister von Frijs in einer Depesche vom 1. Juni an den dänischen Gesandten von Quade in Berlin, daß „die dänische Regierung die geforderten Garantien nicht leisten könne, daß sie

Digitized by Google

dieselben für überflüssig, ja bedenklich, und die bestehenden Gesetze und Verträge für vollkommen ausreichend halte". Mit dieser Ansicht war die preußische Regierung durchaus nicht einverstanden und ließ durch ihren Gesandten dem dänischen Minister eine neue Note vom 18. Juni übergeben, worin sie auf der präcisen Erledigung der beiden Vorfragen beharrte und den Minister daran erinnerte, daß „das gute Einvernehmen zwischen Dänemark und den Herzogthümern neuerdings bekanntlich gerade dadurch gestört worden sei, weil die dänische Regierung nach der Umgestaltung der älteren Verfassung der Monarchie nicht mehr im Stande war, den deutschen Unterthanen denselben Schutz ihrer Nationalität und Sprache zu gewähren, dessen sie sich ehemals erfreut hätten. Nicht dazu habe der Prager Friedensvertrag Preußen verpflichtet, daß es deutsche Gemeinden wider ihren Willen und mit dem Verlust jedes Rechts auf ihre nationalen Eigenthümlichkeiten an ein fremdes Land abtrete und sie Gefahren preisgebe, deren Befürchtung in Erinnerung an die Vergangenheit unter ihnen selbst laut genug hervortrete. Die Regierung möge sich also erklären, ob sie zur Sicherung dieser nationalen Eigenthümlichkeiten Bürgschaften geben wolle, und welcher Art, in individueller, lokaler und kommunaler Beziehung, diese Garantien sein würden. Von der Beantwortung dieser Fragen „hänge der Umfang der beabsichtigten Abstimmung oder Abtretung ab". Die Erwiderung des dänischen Kabinets, welche gegen den 20. Juli in Berlin eintraf, ließ sich auf eine Beantwortung der Vorfragen, namentlich der ersten, nicht ein, sondern verlangte zunächst eine nähere Erklärung über die Natur und Tragweite der von Preußen verlangten Bedingungen. Es war ihm, da es sicher sein konnte, keine andere Auskunft als früher zu erhalten, offenbar nur darum zu thun, die Sache einige Zeit in der Schwebe zu erhalten, den Zeitpunkt, wo es ganz bestimmte Erklärungen abzugeben habe, möglichst hinauszuziehen und zunächst abzuwarten, was der „hohe Verbündete" für Geschäfte mache.

Fast gleichzeitig mit dieser dänischen Antwort traf in Berlin eine französische Depesche ein, welche der Botschaftssekretär Lefebre, der die Stelle des abwesenden Herrn Benedetti vertrat, dem Grafen Bismarck vorlesen sollte. Da sich dieser damals nicht in Berlin befand, sondern auf seiner Dotationsbesitzung Varzin in Hinterpommern, um in dieser ländlichen Zurückgezogenheit sein angegriffenes

Digitized by Google

Nervensystem wiederherzustellen, so hatte Unterstaatssekretär Thile die Mittheilung am 23. Juli entgegenzunehmen. In dieser Depesche betonte der französische Minister, Marquis de Moustier, das Recht Frankreichs, sich in die schleswig'sche Sache zu mischen, insofern der vielbesprochene Artikel V. des Prager Friedensvertrages, „daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollten", nicht auf Oestreichs, sondern auf Frankreichs Einwirkung hin entstanden sei. In Folge dessen erlaube sich der Minister die Bemerkung zu machen, daß es Dänemark unmöglich sei, die von Preußen geforderten Garantien hinsichtlich des Schutzes der abzutretenden deutschen Bevölkerung zu geben. Diese Garantien würden der Keim ewigen Haders zwischen Preußen und Dänemark sein, da ersteres dadurch Gelegenheit bekäme, sich fortwährend in die inneren Angelegenheiten des letzteren zu mischen.

So zurückhaltend und versöhnlich auch diese Depesche gehalten war, so enthielt sie doch eine Einmischung in bester Form. Das deutsche Nationalgefühl, für keinen Luftzug so empfindlich wie für den westlichen, sträubte sich auf das entschiedenste gegen diesen neuen Versuch Frankreichs, ein europäisches Aufsichtsrecht und ganz speciell eine Kontrole der strikten Einhaltung des Prager Friedens für sich in Anspruch zu nehmen. In Versammlungen und in der Presse wurde gefragt, ob dies eine neue Auflage der luxemburgischen Angelegenheit sein solle. Man vertraute zu der preußischen Regierung, daß sie dieses Interventionsgelüste so zurückweisen werde, wie dasselbe es verdiene, und dem französischen Kabinet es überlasse, mit der Abweisung anzufangen, was es wolle. Dabei verhehlte man sich nicht, daß die Lage eine sehr ernste sei, und einige sprachen schon von einem Herbstfeldzug, wozu die französischen Heißsporne den Kaiser antrieben, indem sie ihm das Wort eines Abgeordneten: „innere Freiheit oder Krieg!" zu Gemüth führten. Eine Nachgiebigkeit wie in der Luxemburger Frage sei hier um so weniger möglich, da es sich hier nicht um das, wenn auch deutsche, Gebiet eines fremden Souveräns, nicht um ein bloßes Besatzungsrecht handle, sondern um einen integrirenden Theil des norddeutschen Bundes. Daß dadurch die Unterhandlungen mit Dänemark sehr erschwert werden, indem dieses auf seinem Eigensinn

Digitized by Google

nur noch mehr beharren werde, und Preußen jetzt noch weniger bieten könne, um dem Verdacht, einem äußeren Drucke gewichen zu sein, zu entgehen, liege auf der Hand.

Auch in dieser Sache stand Frankreich ganz allein. Oestreich, welchem allein Preußen das Recht der Einsprache vindicirte, hatte durchaus keinen Grund, den Dänen gefällig zu sein und sich mit Preußen auf's neue zu verfeinden. England, welches im Jahre 1864 eine so zärtliche Zuneigung für Dänemark kundgab, sah endlich die Untugenden dieses enfant gâté ein, und Lord Stanley erklärte im Unterhaus, das Ministerium habe jede Meinungsäußerung über Nordschleswig in Berlin vermieden, eine Erklärung, welche ganz so aussieht, wie wenn ihr eine Aufforderung Frankreichs vorangegangen wäre, sich an dem Protest zu Gunsten Dänemarks zu betheiligen.

Die Sache war zu wichtig, als daß sie durch den Vertreter des Ministerpräsidenten hätte erledigt werden können. Daher erließ der Letztere eine Instruktion an den französischen Botschafter in Paris, den Grafen von der Goltz, in welcher die Einmischung Frankreichs, beziehungsweise seine Theilnahme bei den Verhandlungen über die Ausführung des Artikels V. des Prager Friedens in der entschiedensten Weise zurückgewiesen wurde. Die Mittheilung dieser Erklärung an den Marquis von Moustier erregte zunächst scheinbare Ueberraschung über die Empfindlichkeit der preußischen Politik; sodann aber zwang sie dem französischen Kabinet die Alternative auf, entweder auf die Einmischung in die schleswigsche Angelegenheit zu verzichten oder eine Kriegsfrage daraus zu machen. Das letztere wollte man so wenig als bei der Verweigerung der Kompensationen oder bei der Störung des Luxemburger Handels. Somit blieb nur der Rückzug übrig, welcher denn auch in dem kleinen Moniteur vom 27. Juli mit den Worten angetreten wurde: „Es ist dem Berliner Kabinet keine Note übergeben worden, weder über die schleswigsche Angelegenheit noch über eine andere Frage". Diese officielle Ableugnung, welche auf das unkundige Pariser Publikum berechnet war, enthielt freilich einen Schein von Wahrheit, nur verschwieg sie gerade die Wahrheit selbst. Denn eine Note war es nicht, was Herr Lefebre am 23. Juli dem Herrn von Thile mittheilte, sondern eine Depesche (zwischen welchen beiden Benennungen in der diplomatischen Welt unterschieden wird),

Digitized by Google

und übergeben hat er sie auch nicht, sondern nur vorgelesen und keine Abschrift davon zurückgelassen.

Zu diesem raschen Rückzug soll der weitere Umstand beigetragen haben, daß es zu dem Prager Frieden noch eine geheime Vertragsbestimmung gebe, wonach die preußische Regierung mit der Abstimmung in Nordschleswig bis zum Jahre 1870 warten könne, und daß Graf Bismarck es für gut gefunden habe, das französische Kabinet in dieses Geheimniß einzuweihen. Aber während der Moniteur zum Rückzug blies, bliesen andere zum Angriff. Schon der Umstand, daß gerade damals der französische Handelsminister Behic eine Reise nach Dänemark und Schweden machte, war ganz geeignet, neuen Verdacht zu erregen und einen Widerspruch zwischen Worten und Thatsachen zu konstatiren. Noch mehr Staub wurde aufgeworfen durch die Demonstrationen, welche am 12. August und den folgenden Tagen in Kopenhagen gemacht wurden. Dort waren an diesem Tage in Folge einer Einladung eines dänischen Comités, der Abgeordnete Morin und über ein Dutzend französischer Journalisten, freilich keine Sterne erster Größe, angekommen, um ein Fest der Verbrüderung zwischen Frankreich und Dänemark zu feiern. Die Stadt war beflaggt und die Kanonen donnerten. Ließ der Bürgermeister der Stadt „das Gedächtniß der ersten Helden der Welt, die tapfere Nation, das sieggekrönte, stolze, schöne Frankreich und seinen großen Kaiser" leben, so sprachen die Franzosen von dem „muthigen Dänemark, das nie sterbe, weil es an sein Recht glaube". Wenn man auch solche Großsprechereien verlachen und verachten konnte, so unterhielten sie jedenfalls das Feuer der politischen Aufregung, und man fragte sich, warum denn die französische Regierung, wenn es ihr mit dem Frieden so ernst sei, diesen beständigen Hetzereien der Presse nicht ein Ende mache, was ihr ja bei anderen Fragen so gut gelinge.

Doch was bedeutete diese Journalistenreise gegen die Reise am 17. und 18. August! Kaiser Napoleon giengen die Verhältnisse in Deutschland, wie sie sich durch die Allianz- und Zollverträge zu Gunsten einer preußischen Machtvergrößerung entwickelten, nicht nach Wunsch. Mit seinen Einsprüchen und Einmischungen hatte er bisher wenig Glück gehabt, daher er sich, um desto entschiedener auftreten zu können, sehr nach der Bundesgenossenschaft einer anderen Großmacht sehnte. Wer paßte für diesen Zweck besser als Oestreich,

Digitized by Google

der von Preußen besiegte und aus Deutschland verdrängte Kaiserstaat? Um aber eben diesen Verdacht einer Konspiration von sich abzuwälzen und die Reise als eine ganz harmlose hinzustellen, wurde ihr der officielle Charakter eines Kondolationsbesuches gegeben. Der Schatten des unglücklichen Max, statt sich zürnend zwischen Haus Habsburg und Haus Bonaparte zu werfen, mußte im Gegentheil dazu dienen, die alten Feinde zu einer idyllischen Versöhnungsscene zusammenzubringen. Ueberall sprach man davon, daß Napoleon dem Bruder des Kaisers von Mexiko, im Gefühl der Mitschuld an dessen Schicksal, einen Besuch zumachen wünsche, hob den rein persönlichen Charakter dieser Zusammenkunft hervor und gab dem preußischen Gesandten die beruhigendsten Erklärungen. Einen Besuch, welcher in Trauer gehüllt und mit büßendem Herzen sich anmeldete, konnte Franz Josef unmöglich abweisen, abgesehen davon, daß es ihm nach so vielen Schlägen eine Genugthuung gewähren mochte, vor Europa zu zeigen, daß Oestreich immer noch eine gesuchte Partie sei. Als Ort der Zusammenkunft wurde das romantische Salzburg festgesetzt, und so reiste das französische Kaiserpaar am 17. August über Karlsruhe, Stuttgart, Ulm nach Augsburg, wo übernachtet wurde, und am 18. August über München nach Salzburg, wo es Abends fünf Uhr ankam und von den östreichischen Majestäten empfangen wurde. Napoleon hatte den Marschall Fleury, keinen seiner Staatsmänner bei sich; aber der östreichische Gesandte am Tuilerienhof, Fürst Metternich, welcher für eine französisch-östreichische Allianz begeistert ist, hatte die Reise mitgemacht. Von östreichischen Celebritäten war der Reichskanzler von Beust und der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy anwesend.

Daß „die Häupter zweier großen Reiche sich nicht mehrere Tage lang in inniger Vertraulichkeit vereint finden konnten, ohne sich gegenseitig über Fragen von allgemeinem Interesse ihre Eindrücke mitzutheilen und ihre Gedanken auszutauschen", sagt uns das französische Rundschreiben vom 25. August und fügt noch bei: „Die Unterhaltungen zwischen Napoleon und Franz Josef hatten nicht die Beschaffenheit, welche gewisse Neuigkeitskrämer ihnen beilegen. Sie erneuerten gegenseitig die Versicherungen ihrer friedliebenden Politik und beschränkten sich in ihren Gesprächen auf allgemeine Gegenstände. Weit entfernt, die Salzburger Zusammen-

Digitized by Google

kunft als einen Gegenstand der Beunruhigung und Befürchtung für andere Höfe zu betrachten, hat man darin nur einen neuen Beweggrund zum Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens zu sehen". Man muß es diesem Rundschreiben des Herrn von Moustier nachsagen, daß es nicht zu viel aus der Schule schwatzte. Auch aus Oestreich erfuhr man nicht viel. Selbst das östreichische Rothbuch, welches im Februar 1868 den Delegationen vorgelegt wurde, enthielt nichts weiter als die Notiz, daß bei dieser Zusammenkunft „für das in der orientalischen Frage zu beobachtende Vorgehen gewisse Grundzüge vereinbart worden seien".

So viel wußte man auch ohne Rundschreiben und Rothbuch. Daß die mehrstündigen Konferenzen, welche Napoleon mit Freiherrn von Beust hatte, nicht bloß auf „allgemeine Gegenstände" sich bezogen, sondern daß neben einer Revue sämtlicher europäischen Fragen jeder von beiden Theilen das ihn hauptsächlich Interessirende und Beunruhigende hervorhob, Oestreich den Orient, Frankreich Deutschland, speciell Süddeutschland, lag auf der Hand. Da man wußte, wie aufmerksam Frankreich das Verhältniß zwischen Süd- und Norddeutschland beobachtete, wie es jede weitere Annäherung zu hintertreiben suchte, gegen die gegenseitige Absendung von Militärbevollmächtigten agitirte, der Wiederherstellung des Zollvereins entgegenarbeitete, die süddeutschen Staaten zu veranlassen suchte, unter sich allein einen süddeutschen Zollverein zu gründen, zuletzt wenigstens darauf drang, daß von dem neuen Zollverein die parlamentarische Form ferngehalten werde, damit nicht aus diesem Zollparlament ein deutsches Parlament hervorgehe, so bedurfte es gerade keiner besonderen Kühnheit, um zu behaupten, daß die süddeutsche Frage von Frankreich gründlich auf's Tapet gebracht worden sei. Denn da die Allianz- und Zollverträge von den süddeutschen Landtagen noch nicht genehmigt waren, so war das Terrain durchaus noch nicht so ungünstig, daß nicht das Projekt einer engeren Vereinigung der Südstaaten und ihrer Allianz mit Oestreich mit den Staatsmännern an der Donau besprochen werden konnte. Die Verwirklichung dieses Projekts war freilich ohne einen furchtbarn Krieg mit dem norddeutschen Bund nicht möglich, und in einem solchen, wenn es ihn bei der Abneigung Ungarns und bei dem absoluten Mangel an Geld und Kredit je führen konnte, riskirte Oestreich seine ganze Existenz.

Digitized by Google

Weder in Wien noch in den Provinzialstädten war man daher von diesem Besuch und der drohenden Allianz sonderlich entzückt. Die Neue Freie Presse sprach von dem „düsteren Verhängniß, welches über jeder Verbindung, welche Oestreich und Frankreich mit einander eingehen, walte", und wies zum Beweis hiefür auf Marie Antoinette, auf die Kaiserin Marie Luise und ihren Sohn und auf Kaiser Max hin. Ein Grazer Blatt schrieb: „Hat sich Oestreich mit Frankreich über seine deutsche Mission geeint, dann hat es eine Kluft gezogen nicht nur zwischen sich und Deutschland, sondern auch zwischen der Richtung seiner eigenen Politik und den Deutschen in seinem eigenen Reiche, dann ist das Ausgleichswerk in Oestreich in Frage gestellt, dann müssen in die Reihe jener Nationen, welche die Opposition der Regierung in der äußeren Politik bilden, auch die Millionen Deutsche in Oestreich eintreten, welche bisher der Aktion fern geblieben sind." Die „Presse" vom 28. August erklärte, daß ein süddeutscher Bund unter östreichischer Führung ein Luftgebilde sei, und daß die angeblich östreichisch-französische Collektivnote an das Berliner Kabinet sich als ein wohlgemeinter Rathschlag an Dänemark entpuppe, nicht allzu hartnäckig auf der Herausgabe von Düppel und Alsen zu beharren. „Die Interessen Oestreichs, welches mit großen und noch ungelösten inneren Fragen und mit Finanzkalamitäten schwierigster Art in diesem Augenblick zu kämpfen hat, verbieten es dieser Macht, für die Suprematie Frankreichs in Europa jetzt einen Krieg zu führen, wenn auch immerhin eine Anzahl einflußreicher Persönlichkeiten in Wien den Wunsch hegen mag, ihre Revanche für Königgrätz zu nehmen. Die Verhältnisse sind aber mächtiger als die Menschen, und Herr von Beust ist klug genug, um zu wissen, daß die Kriegserklärung Oestreichs und Frankreichs an Preußen ganz Deutschland, die deutschen Provinzen Oestreichs nicht ausgenommen, um die Fahnen Preußens scharen würde."

Die preußischen Blätter und einige süddeutsche äußerten sich voll Mißtrauen und Leidenschaft über diese Salzburger „Verschwörung". Die Kreuzzeitung schrieb: „In Paris lassen wir uns die Recepte nicht vorschreiben für Deutschlands Wohlbefinden, und wenn Oestreich gewillt ist, nach französischen Noten zu singen, so wird es in Deutschland nur wenig Accompagnement finden. Was geht es die Tuilerien an, wie Nord und Süd sich mit einander

Digitized by Google

vertragen? Was hat Louis Napoleon sich darum zu kümmern, wie Deutschland seine militärischen Verhältnisse ordnen, seine Zolleinrichtungen treffen will? Es gibt der Hundsfötter nur wenig in Deutschland, welche das Heil ihres Vaterlandes oder vielmehr ihr eigenes von Paris erhoffen. Man wird sie zu Boden schlagen, wenn es Zeit ist, den Verrath zu lohnen. Wir verlangen nicht, der Präceptor eines anderen Staates zu sein, aber wir lassen uns auch nicht disciplíniren. Und ob man auch in Salzburg beschlossen hat, die „„östreichisch-französische Auffassung irgend einer Frage nicht durchkreuzen zu lassen,"" wir sind nicht gemeint, diese europäische Diktatur anzuerkennen. Gunst oder Abgunst — wir werden unsren eigenen Willen behalten. Und wir wissen, was wir wollen." Hiezu bemerkte die Kölner Zeitung, sie könne nicht glauben, daß es möglich sei, die Rheinbundsschmach zu erneuern, und setzt hinzu: „Die süddeutschen Fürsten haben bis jetzt keine Lust gezeigt, ein Experiment zu versuchen, das die Wohnungsmieten in Hietzing in die Höhe treiben könnte."

Die Haltung Süddeutschlands, das denn doch bei der Besprechung solcher Plane auch ein Wort mitzureden hatte, war größtentheils durchaus korrekt. Napoleon wurde auf der Reise nach Salzburg in Kehl von badischen Militär- und Civilbehörden empfangen, in Ulm von König Karl, welcher von Friedrichshafen herbeikam, begrüßt, was nicht länger als eine Viertelstunde dauerte, und auf dem Weg von Augsburg nach München von König Ludwig II. geleitet, der von da wieder nach seinem Schlosse Berg eilte. Auch der Bevölkerung kann nichts zur Last gelegt werden. Kaum ein Dutzend Personen, wie sie in allen Residenzen für solche Zwecke zu haben sind, riefen im Stuttgarter Bahnhof dem scheidenden Kaiser ein vive l'empereur! nach, und als sich dies bei der Ankunft in Augsburg wiederholte, entstand von anderer Seite ein solches Zischen und Lärmen, daß fernerhin alle Hochrufe unterblieben und Napoleon merken konnte, wie auch in Baiern, dessen frühere Geschichte so viele französische Allianzen aufzuzählen hat, die Rheinbundszeiten vorüber seien. Davon daß die süddeutschen Fürsten sich in Salzburg wie zu einem Erfurter Kongreß einfanden, war keine Rede. Fürst Hohenlohe soll eine Kabinetsfrage daraus gemacht haben. Auch kein Minister erschien. Nur der Großherzog von Hessen, welcher an dem Herrn von Dalwigk nicht den besten Rathgeber hat,

Digitized by Google

wußte es so einzurichten, daß er gerade zu jener Zeit bei seinem Schwiegervater, dem alten König Ludwig von Baiern, auf Leopoldskron bei Salzburg einen Besuch machte und so mit den allerhöchsten Herrschaften in Berührung kam.

Hinsichtlich Süddeutschlands hatte Napoleon sicherlich ein schlechtes Geschäft gemacht. Fürsten und Volk waren ihm entgegen, und Oestreich konnte sich in solche Plane nicht einlassen. Wollte er die Sache verfolgen, so stand er nach wie vor ohne Allianzen da. Mit dieser Gewißheit reiste das Kaiserpaar, nachdem es sich an Theatern und Koncerten und an dem Anblick der großartigen Alpenwelt ergetzt und erfrischt hatte, am 23. August Vormittags 8 Uhr von Salzburg ab, um am nämlichen Tage Straßburg, am nächsten Tage Paris zu erreichen. Kaum hatte es ein wenig ausgeruht, so machte es am 26. August eine kleine Rundreise nach dem nördlichen Frankreich, wo es die Städte Arras, Lille und Amiens besuchte. In ersterer Stadt versicherte der Bürgermeister den Kaiser, daß Frankreich durch die Vergrößerungen seiner Nachbarstaaten nicht im mindesten an Macht und Einfluß verloren habe und der Friede deßhalb nicht gefährdet sei, worauf Napoleon erwiderte: „Mit Recht haben Sie Vertrauen in die Zukunft. Nur schwache Regierungen suchen in auswärtigen Verwicklungen eine Ablenkung aus inneren Wirren." Dem Bürgermeister zu Lille gab er unter anderem zur Antwort: „Seit 14 Jahren haben sich viele meiner Hoffnungen verwirklicht, große Fortschritte wurden erzielt. Inzwischen schienen schwarze Punkte unsern Horizont verfinstern zu wollen. Aber wie mich das Glück nicht verblendet, so werden mich vorübergehende Unglücksfälle nicht entmuthigen." Offenbar wollte der Kaiser durch die erste dieser beiden Reden der Oppositionspartei, welche ihn vor die Alternative „Krieg oder Revolution!" stellte, erklären, daß er das eine nicht brauche und das andere nicht fürchte, während er mit den „schwarzen Punkten" eingestand, daß der Einfluß Frankreichs vermindert sei und man günstigere Konjunkturen abwarten müsse, um die alte Suprematie wieder herzustellen. Die letzte Wendung dieser Rede begeisterte Herrn Paul de Cassagnac zu einem widerlichen Kriegsgeschrei, das er im „Pays" gegen Preußen ausstieß: „Sie sind stolz auf ihre Militärorganisation, auf ihr erstes und zweites Aufgebot. Sie sehen aber nicht, daß sie nur eine Armee von 200000 Soldaten haben, und daß der Rest, aus dem sie so viel Geschrei

Digitized by Google

machen, aus Schustern und Bierbrauern besteht. Unsere Zuaven, unsere Garde und unsere Chasseurs brauchen nur in die erste Menschenmauer ein Loch zu brechen; alles Uebrige verschwindet alsdann wie im Jahre 1806. Die Rede von Lille zeigt, daß nun der letzte Schritt rückwärts unabänderlich gethan ist. Sie sollen also schweigen, diese Biertrinker und Sauerkrautesser!"

Auf diese und ähnliche Prahlereien und Hetzereien der französischen Presse erließ die Kreuzzeitung vom 1. Oktober einen Artikel, wie noch wenige über den Rhein geschickt worden sind. „Wir fürchten uns nicht, aber wir rühmen uns auch nicht. Wir werden niemand angreifen, vor niemandes Angriff aber uns scheuen. Nirgends werden wir Frankreich in den Weg treten, seine inneren Verlegenheiten durchaus nicht vermehren. Wir werden uns niemals einmischen in eine Frage, die der Entscheidung Frankreichs anheim steht; allein und frei möge es seinen Gang ordnen. Aber auch wir den unsrigen! Wir sind nicht gemeint, Herrn Drouyn de Lhuys zu bitten, daß Preußen Großmacht bleiben dürfe. Es fällt uns nicht ein, den kaiserlichen Vetter um Belehrung zu ersuchen über die Grenzpflicht des Rheinstromes. Alles das denken wir allein zu besorgen, und wir würden uns jede Intervention mit höflichstem Danke verbitten. Wir hoffen, dies werde genügen; Frankreich wird einsichtiger sein als die kriegstollen Journale von Paris. Wenn aber doch nicht, nun dann: Fuß beim Maal! und zu jedem Wettgang bereit, trotz aller Turkos und Fächerkanonen. Dem groben Klotz ein grober Keil!"

Diese Antwort erregte Aufsehen in Paris, und man mußte sich gestehen, daß die Zeiten sich doch sehr geändert haben. Noch weit mehr Aufsehen erregten einige officielle Kundgebungen, wovon die eine aus Karlsruhe, die zwei anderen aus Berlin kamen. Es handelte sich um Süddeutschland und sein Verhältniß zum norddeutschen Bunde. Dieses beruht, so weit es sich um die diplomatische Beurtheilung handelt, auf dem Artikel IV. des Prager Friedens. Derselbe lautet: „Der Kaiser von Oestreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gibt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Betheiligung des östreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Se. Majestät das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründen wird, und erklärt sich damit

Digitized by Google

einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bund der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt, und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird." Daraus erhellt nur so viel, daß Oestreich sehr gut daran thut, wenn es sich in die fernere Entwicklung Deutschlands, auch in das Verhältniß zwischen Nord und Süd nicht im geringsten mehr mischt, und daß die süddeutschen Staaten berechtigt waren, einen Südbund zu schließen, welcher dann unter irgend einer Form eine „nationale Verbindung" mit dem norddeutschen Bund aufrecht hielt. Für diesen Fall war ihm jene „internationale unabhängige Existenz" ebenso gesichert wie jedem anderen Staate, und es wurde daher in den Kammerverhandlungen mit einigem Selbstgefühl von der „europäischen Stellung" des Landes gesprochen. Wenn aber diese Staaten einen solchen Verein nicht eingehen wollen, wie dies thatsächlich bewiesen ist, was dann? Sie haben ja eine unabhängige, souveräne Existenz, können also thun, was sie wollen. Auch haben sie durch den Allianzvertrag und durch die Uebertragung des Oberbefehls an den König von Preußen bereits Gebrauch von dieser neuen Freiheit gemacht. Dadurch sind die Bestimmungen des Prager Friedens bereits überholt, und wenn irgend einer der vier süddeutschen Staaten oder alle vier ihrer Souveränetät sich noch weiter entkleiden und geradezu in den norddeutschen Bund eintreten und denselben dadurch zum deutschen Bund umwandeln wollen, wem steht irgend ein Recht zu, sie zu hindern? und auf welchen Vertrag hin? Ihrem freiwilligen Eintritt kann rechtlich niemand etwas entgegenstellen; nur dazu gezwungen werden dürfen sie nicht. Was soll also dieser ganze Artikel für Süddeutschland? Er soll Preußen verhindern, einen äußeren Zwang auf dasselbe auszuüben; er soll demselben seinen freien Entschluß sichern. Wie aber dieser ausfällt, hierin ist Süddeutschland durch keinen Vertrag, durch keine Macht auf Erden beschränkt. Dies ist lediglich Sache des norddeutschen Bundes einerseits und der vier Südstaaten, sowohl aller zusammen als auch jedes einzelnen, andererseits.

Wenn schon Oestreich nicht das geringste Recht der Einsprache hat, wie steht es vollends mit Frankreich, mit dem doch fürwahr der Prager Friede nicht geschlossen worden ist? Und selbst dann, hätte es eben gerade so viel Recht wie Oestreich, nämlich gar

Digitized by Google

keines. Wenn es aber beständig erklärt, daß es, gemäß den Bestimmungen des Prager Friedens, den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund, die Aufnahme einer preußischen Besatzung in Rastadt nicht dulden würde, worauf basirt denn diese diktatorische Erklärung? Wie gesagt, der Prager Friede geht Frankreich nichts an. Das einzige Recht, auf welches es sich berufen kann, ist das Kriegsrecht. So gut es den Vereinigten Staaten von Amerika erklären kann, daß es den Eintritt Mexikos in die Union als Kriegsfall ansehen würde, ebenso gut kann es den Vereinigten Staaten von Deutschland oder dem norddeutschen Bund sagen, daß es den Eintritt eines süddeutschen Staates in denselben mit einer Kriegserklärung beantworten werde. Dies und nur dies ist sein Recht, und es ist das nämliche, wie es jeder Raubritter des Mittelalters gehabt hat. Es ist nur zu wünschen, daß es ihm, falls es von diesem Recht Gebrauch machen sollte, gerade so geht, wie den thüringischen Raubrittern unter Kaiser Rudolf, dem ersten Habsburger.

Eine mannhafte Antwort auf ein solch anmaßendes Benehmen gab der Großherzog von Baden bei Eröffnung der Ständeversammlung am 5. September. Weit über die Grenzen Badens, ja Deutschlands hinaus drangen die patriotischen Worte dieses Fürsten: „Mein Entschluß steht fest, der nationalen Einigung mit dem norddeutschen Bunde unausgesetzt nachzustreben, und gerne werde Ich und wird mit Mir Mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in denselben unzertrennlich verbunden sind. Sie werden reichlich aufgewogen durch die volle Theilnahme an dem nationalen Leben und die erhöhte Sicherheit für die freudig fortschreitende innere Staatsentwicklung, deren Selbständigkeit zu wahren stets Pflicht Meiner Regierung sein wird. Ist auch die Form der nationalen Einigung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde noch nicht gefunden, so sind doch schon bedeutungsvolle Schritte zu diesem Ziele gethan. Dank den Allianzverträgen der süddeutschen Staaten mit Preußen ist die erste und dringendste nationale Forderung erfüllt: Abwehr jedes Angriffs von außen mit den geeinigten Kräften aller unter einheitlicher Führung. In dem Zollparlament begrüße Ich, wenn auch seine Wirksamkeit eine beschränkte ist, doch freudig eine reguläre Vertretung des gesamten deutschen Volkes." Die englischen Journale begrüßten diese Rede mit Begeisterung, und die französische „Liberté" bemerkte, „es

Digitized by Google

lasse sich daraus mit Bestimmtheit entnehmen, daß an dem Tage, an welchem Frankreich in die deutschen Angelegenheiten sich mischen würde, es mit 40 Millionen zu thun bekäme, und daß es dabei die Rolle des Mannes spielen würde, der sich, um sich vor dem Regen zu schützen, ins Wasser geworfen habe. Das europäische Gleichgewicht habe Frankreich bei der italienischen Frage zuerst gebrochen und könne auf diesen Vorgang hin die Einheit Deutschlands nicht zu verhindern suchen."

Der badischen Thronrede entsprach die von der zweiten Kammer mit allen gegen 5 Stimmen angenommene Adresse vom 16. September, in welcher gesagt wurde: „Wir hegen die zuversichtliche Erwartung, „daß die dauernde organische Verbindung mit dem norddeutschen Bund unter der Führung des mächtigsten deutschen Staates bald gefunden und damit die Wiedergeburt Deutschlands in einer Weise vollzogen sein wird, welche unserm Vaterlande die lange vermißte Machtstellung verleiht."

Wenn hier Fürst und Volk unter gemeinsamer, für jedermann sichtbarer Flagge dem vollständigen Eintritt in den norddeutschen Bund zusteuern, so herrschte in dem benachbarten Hessen nicht die gleiche Einmüthigkeit. Und doch hätte man, wenn in irgend einem der vier Südstaaten, gerade hier am meisten Hinneigung zu Norddeutschland suchen sollen, da der nördliche Theil des Großherzogthums schon zum norddeutschen Bund gehört. Auch fehlt es nicht an Solchen, welche den Eintritt der beiden andern Provinzen, Starkenburg und Rheinhessen, nur als die natürliche Konsequenz von dem Eintritt Oberhessens ansehen. Als daher am 3. Juni die norddeutsche Bundesverfassung der hessischen zweiten Kammer zur Annahme vorgelegt wurde, stellte der Abgeordnete Goldmann den Antrag, daß das ganze Großherzogthum in den norddeutschen Bund eintreten solle. Aber obgleich der größte Theil der Kammer dem Antrag beistimmte, wie er denn auch mit einer Mehrheit von 32 gegen 15 Stimmen angenommen wurde, so erklärte doch die Regierung, daß es an der Militärkonvention, an dem Schutz- und Trutzbündniß, an dem Zollvereinsvertrag, an der Abtretung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen gerade genug sei. Sie könne doch der preußischen Regierung nicht zumuthen, über einen kaum geschlossenen Vertrag hinwegzugehen und so das gute Einvernehmen mit befreundeten Nachbarstaaten um einer relativ unbedeutenden Ausdehnung des norddeut-

Digitized by Google

schen Bundesgebiets willen zu trüben. Von dieser zarten Sorge geleitet, halte sie den gegenwärtigen Moment für ungeeignet, dem Antrag Folge zu geben und den sofortigen Eintritt in den norddeutschen Bund in Erwägung zu ziehen.'

Wie unberechtigt diese Rücksichtnahme der hessischen Regierung auf Preußens Stellung zum vierten Artikel des Prager Friedens war, wie sich ihr kategorisches Nichtwollen hinter schönen Phrasen zu verstecken suchte, welche in Paris sicherlich besser gefielen als in Berlin, konnte man aus dem Rundschreiben des Grafen Bismarck vom 7. September sehen, worin er die preußischen Gesandten an den auswärtigen Höfen gerade über diesen Punkt instruirte. Das Aktenstück, welches den fremden Regierungen vorzulesen war, gehört zu den feinsten Erzeugnissen der Diplomatie. Es geht davon aus, wie die östreichischen und französischen Erklärungen, daß in Salzburg die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht in offensiver Weise besprochen worden seien, die preußische Regierung sehr befriedigt hätten. Unter dem Scheine, als ob er dies mit der Unschuld eines Kindes glaube, sagt dann Graf Bismarck mit einer Art Ironie, daß ein solches Verhalten das einzig mögliche sei, da die Nord- und Süddeutschen ihre Sachen ganz unter sich abmachen, jene auf diese nicht den mindesten Druck ausüben, ihren nationalen Wünschen aber stets Gehör schenken werden. „Die Aufnahme, welche jene Nachrichten und Voraussetzungen (über die Salzburger Besprechungen) in ganz Deutschland fanden, hat von neuem gezeigt, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken erträgt, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt oder nach anderen Rücksichten geleitet zu sehen, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen. Wir haben es uns von Anfang zur Aufgabe gemacht, den Strom der nationalen Entwicklung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke. Wir haben alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte, und haben nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Dies Bestreben wird uns, wie wir hoffen dürfen, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten mit gleicher Sorgfalt alles vermieden wird, was bei dem deutschen Volke eine Beunruhigung hinsichtlich fremder Plane, deren Gegenstand es sein könnte, und in Folge dessen eine gerechte Erregung des Gefühls nationaler Würde und

Digitized by Google

Unabhängigkeit hervorrufen könnte. Wir werden dieser Haltung (keinen moralischen Druck auf die Entschließungen der süddeutschen Regierungen zu üben) auch ferner treu bleiben. Der norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen."

Dies war freilich eine andere Sprache als jenes Versteckenspielen des Herrn von Dalwigk. In Paris merkte man recht wohl, wie die eigentliche Adresse des Rundschreibens laute. Alle Journale beschäftigten sich mit demselben. Die officiöse France fragte, ob denn Frankreich dieser Einigung Deutschlands nicht Einhalt thun müsse oder wenigstens eine Entschädigung verlange. Die Presse rief aus: „Wagt den Main zu überschreiten und wir werden sehen!" Die Opinion nationale hielt eine solche Verspottung Frankreichs für unerträglich und forderte den Krieg. Die Situation tröstete sich nur damit, daß Preußen „am Vorabend von Jena stehe." Die Debats waren vernünftig genug, die Sache auf den einfachen Satz zurückzuführen: „Mahomet kommt nicht zum Berg, sondern der Berg kommt zu Mahomet" und sich in dieses Zusammenfinden von Nord- und Süddeutschland mit philosophischem Bewußtsein zu schicken. Von den englischen Blättern äußerte Daily News: „Seit dem Prager Frieden ist nichts aus dem preußischen Kabinet hervorgegangen, das mehr einer Großmacht würdig gewesen wäre, die ruhig dasteht in dem Bewußtsein ihrer Stärke und ebensoweit entfernt ist, zu beleidigen als sich beleidigen zu lassen. Das Rundschreiben hat den doppelten Vorzug entschlossener Freimüthigkeit und stolzer Zurückhaltung, aber die Freimüthigkeit ist höflich und wohlbedacht und die Zurückhaltung ist frei von Dunkelheit. Die Sprache Bismarcks erscheint zahm gegen die Reden badischer Abgeordneter, aber in ihrer Zurückhaltung liegt die Beredsamkeit des unerschütterlichen Entschlusses." Auch die italienischen Blätter nahmen Notiz davon. Die Turiner Zeitung sagte: „Nie, seit Napoleon I., hörte man in Europa eine solche Sprache, doch mit dem Unterschied, daß die Sprache, deren sich der große Eroberer bediente, wie Unter-

Digitized by Google

werfung der Völker klang, während die des Hauptes der preußischen Regierung den Grundsätzen der Nationalität Ausdruck verleiht und früher oder später das größte aller Güter, die Freiheit, in Aussicht stellt." Die Mailänder Perseveranza kam zu folgendem Geständniß: „Deutschland konstituirt sich ungleich kräftiger als Italien. Die Einheit verursacht dort weit nicht soviel Gejammer und Geschrei wie bei uns. Die Unabhängigkeit des deutschen Geistes vom französischen wird hinreichen, Deutschland von jener furchtbar raschen Centralisation auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung zu bewahren, welche uns durch die Abhängigkeit unsres Geistes vom französischen aufgenöthigt wurde. Auch ist dort die radikale Partei unterlegen und beseitigt worden, man hat nicht ihre Hilfe gebraucht und verlangt, wie dies bei uns der Fall war. Die konservativen Elemente sind so noch in frischer Kraft vorhanden, und bevor sie verbraucht sind, wird der Staat fertig und für alle Dauer gegründet sein."

Zu seiner dauernden Gründung geschah alles, was geschehen konnte. Die Verbindung, welche Preußen mit seinen norddeutschen Verbündeten geschlossen hatte, wurde von Monat zu Monat enger, der gemeinsamen Einrichtungen wurden es immer mehr. Vom 1. Juli an übernahm Preußen das Postwesen aller derjenigen Staaten, in welchen bisher der Fürst von Thurn und Taxis dasselbe als Monopol gehabt hatte. Das Monopol wurde gegen Entschädigung vertragsmäßig aufgehoben. Mit sämtlichen kleineren Bundesstaaten schloß es im August und September Militärkonventionen ab, wonach jene theils von der Stellung eines eigenen Kontingents ganz absehen und ihre militärische Bundesleistung einfach an Preußen übertragen, theils, wie die sieben thüringischen Staaten, ihre besonderen Kontingente als Bestandtheile des norddeutschen Bundesheeres aufrecht erhalten, dabei aber die vollständige Verschmelzung ihrer Kontingente mit den preußischen Truppen anbahnen und dem König von Preußen die Ernennung sämtlicher Officiere überlassen. Bis zum 1. Oktober waren all diese neuen Militärorganisationen fertig, und die norddeutschen Truppen hatten an diesem Tage dem König von Preußen den Fahneneid zu schwören. Den Zuwachs an Truppen, welchen Preußen durch die neuen Formationen in den annektirten Provinzen und den Kleinstaaten des norddeutschen Bundes in diesem Jahre erhalten hat, schätzt man

Digitized by Google

auf 170,000 oder 180,000 Mann, welche sofort zum Ausrücken bereit sind. Auch eine Art Civilkonvention, wonach die Verwaltung des Fürstenthums Waldeck-Pyrmont, vorerst auf die Dauer von 10 Jahren, an Preußen übergehen sollte, wurde in dem Vertrag vom 18. Juli mit dem Fürsten jenes Ländchens geschlossen. Die neue Verwaltung sollte am 1. Januar 1868 beginnen, begann aber thatsächlich am 1. Oktober 1867.

Die Eröffnung des norddeutschen Reichstags, welcher auf Grund der neuen Verfassung am 31. August neu gewählt wurde, gab Anlaß zu weiteren Erklärungen. Weitaus die bedeutendste unter den Wahlen war die im zweiten schleswig'schen Wahldistrikt Flensburg-Apenrade. Hier hatten die Dänen bei der Reichstagswahl vom 12. Februar den dänischen Landmann Ahlmann durchgesetzt. Auf ihre Behauptung hin, daß das Dänenthum südlich bis Flensburg reiche, und daß die Abtretung bis dahin sich erstrecken müsse, galt es nun, ihnen in offener Wahlschlacht zu zeigen, daß hier die Deutschen die Mehrzahl haben. Der frühere Sieg war bloß durch die Uneinigkeit der Deutschen errungen worden, wovon die einen einen preußisch gesinnten, die anderen einen augustenburgischen Kandidaten aufgestellt hatten, während die Dänen fest zusammenhielten. Es wurden daher die Schleswiger an ihre nationale Pflicht erinnert und das Beispiel der Provinz Posen ihnen vorgehalten, wo einem polnischen Kandidaten gegenüber die liberale und die Regierungspartei der Deutschen ihre Streitigkeiten ruhen lassen und als eine einzige deutsche Partei auch nur einen Kandidaten aufstellen. Die Schleswiger nahmen sich das gute Beispiel zu Herzen und setzten mit einer Mehrheit von beinahe 1000 Stimmen die Wahl des deutschen Kandidaten, Regierungsrath Kraus, gegen Ahlmann durch.

Die Thronrede vom 10. September war mehr eine geschäftliche als eine politische zu nennen. Kein Wort über auswärtige Angelegenheiten, aber der Ausdruck der Genugthuung, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes auf verfassungsmäßigem Wege in allen Bundesstaaten Gesetz geworden sei. Mehrere Gesetzentwürfe, hauptsächlich materiellen, auf den Verkehr des bürgerlichen Lebens bezüglichen Inhalts (Freizügigkeit, Paßwesen, Maß- und Gewichtsordnung, Postwesen, Errichtung von Bundeskonsulaten) wurden dem Reichstag zur Berathung angekündigt. Obenan stand die Aufforderung zur Gutheißung eines wichtigen Schrittes für die „Ordnung der natio-

Digitized by Google

nalen Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten", zu der Genehmigung des neuen Zollvereinsvertrags, woraus das Zollparlament hervorgehen sollte.

Hatte der König nach dem Rundschreiben vom 7. September keinen Grund, schon nach drei Tagen sich aufs neue über die Entwicklung der deutschen Verhältnisse zu äußern, so lag viel daran, daß der Reichstag das Votum von 30 Millionen Deutscher in die Wagschale lege, seinerseits gleichfalls eine Antwort auf Salzburg und die französischen Anmaßungen gebe und dadurch das innige Zusammengehen zwischen Reichstag und Bundesregierung in dieser Frage konstatire. In der Antwortsadresse, welche in der Sitzung vom 24. Sept. mit 157 gegen 58 Stimmen angenommen wurde, erklärte der Reichstag: „Wir unsererseits dürfen das große Werk erst dann für vollendet erachten, wenn der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund auf Grund des Artikels 79 der Verfassung des norddeutschen Bundes erfolgt sein wird. Mit Freuden begrüßen wir deßhalb jede Maßregel Eurer Majestät, welche uns diesem ersehnten Ziele in freier Vereinbarung aller Theile näher führt. Die unwiderstehliche Macht nationaler Zusammengehörigkeit und die Harmonie aller materiellen und geistigen Interessen schließt jeden Rückschritt auf dem betretenen Wege aus. Das deutsche Volk, von dem Wunsche beseelt, mit allen Völkern in Frieden zu leben, hat nur das Verlangen, seine eigenen Angelegenheiten in voller Unabhängigkeit zu ordnen. Entschlossen, jeden Versuch fremder Einmischung in ruhigem Selbstvertrauen zurückzuweisen, wird Deutschland dieses unbestreitbare Recht unter allen Umständen zur thatsächlichen Geltung bringen."

Die Angriffe, welche die Adresse von demokratischer und partikularistischer Seite erfuhr, gaben dem Grafen Bismarck Gelegenheit, seinen nationaldeutschen Standpunkt nach mancher Seite hin noch klarer zu beleuchten. Derselbe stand dem Reichstag zum erstenmal in seiner neuen Würde als Bundeskanzler gegenüber, welche Auszeichnung ihm der König durch Erlaß vom 1. Juli verliehen hatte. Auf die Bemerkung des Leipziger Abgeordneten Bebel, daß man immer nur von Errungenschaften rede, nie von den Verlusten, von Luxemburg und Nordschleswig kein Wort spreche, entgegnete Graf Bismarck, daß „nach der Auflösung des deutschen Bundes Preußen gegen den Willen des Landessouveräns kein zweifel-

Digitized by Google

loses Recht mehr auf die Besatzung in Luxemburg gehabt habe, so wenig wie es ein solches ohne einen neuen Vertrag mit dem Großherzog von Hessen in Mainz gehabt hätte oder in Widerspruch mit dem Großherzog von Baden in Rastadt ausüben könnte." Mit dem letzteren Beispiel war klar genug gesagt, daß eine preußische Besatzung in Rastadt nur eine Verständigung mit der badischen Regierung bedürfe, und daß keine andere, zumal nicht eine auswärtige, darein zu reden haben würde. Ueber Nordschleswig bemerkte er, „die Schwierigkeit liege darin, daß mit den Dänen auch Deutsche wieder an Dänemank kommen werden. Wenn sich alle Dänen auf einem Fleck versammelt befänden, so würde es eine sehr thörichte Politik sein, wenn man der Sache nicht durch einen kurzen Strich ein Ende machte. Doch wäre Preußen in manche Lage nicht gekommen, wenn die Haltung der Schleswig-Holsteiner selbst nicht eine solche gewesen wäre, daß sie aus Partikularismus vergessen hätten, daß sie Deutsche seien." Auf die Frage eines hessischen Abgeordneten, wie es denn mit jener Aeußerung des Herrn von Dalwigk stehe, daß er, wenn er den Eintritt des ganzen Großherzogthums Hessen in den norddeutschen Bund betriebe, der preußischen Regierung jetzt nur Verlegenheiten bereiten würde, erwiderte Graf Bismarck, „er habe dem hessischen Minister mit keinem Worte Anlaß zu dieser Aeußerung gegeben." Damit war angedeutet, daß dem Eintritt auch eines einzelnen süddeutschen Staates von preußischer Seite nichts im Wege stehe, wie dies auch im Artikel 79 der norddeutschen Bundesverfassung ausdrücklich bestimmt ist. Ueber die Adresse selbst sagte der Bundeskanzler: „Wir sehen sie nicht so an, als ob sie die Regierungen zu einer rascheren Aktion, als diese selbst für räthlich halten, drängen wolle. Unser Standpunkt ist in dem Rundschreiben vom 7. Sept. dargelegt. Aus diesem Standpunkt hervorzutreten, sind wir nicht gesonnen. Aber wir sind auch überzeugt, daß, wenn die deutsche Nation, Süden und Norden, die Einheit wollen, keine deutsche Regierung, kein deutscher Staatsmann stark genug, kein deutscher Staatsmann muthig oder, ich möchte vielmehr sagen, kleinmüthig genug sein wird, um dies hindern zu wollen."

Die Adresse des Reichstags wurde dem König am 3. Oktober auf der Burg Hohenzollern, welche, aufs glänzendste restaurirt, an diesem Tage eingeweiht wurde, vom Präsidenten Simson überreicht.

Digitized by Google

Der König von Preußen hatte mit seiner Gemahlin und dem Kronprinzen einige Tage auf der reizenden Besitzung seines Schwiegersohnes, des Großherzogs von Baden, auf der Insel Mainau zugebracht und dort am 1. Oktober den Besuch des württembergischen Königspaares empfangen. Zur Erwiderung dieses Besuches fuhren die preußischen Majestäten am Vormittag des 2. Oktober nach Friedrichshafen, und von da reisten sie Nachmittags nach ihrer Stammburg Hohenzollern ab. Unterwegs wurden sie bei der Durchfahrt durch Geislingen mit Böllerschüssen und von der zahlreich versammelten Bürgerschaft mit lautem Hochrufen empfangen, auch in dem mehr skeptischen Tübingen dem König und dem Kronprinzen von dem zahlreichen Publikum ein mehrmaliges Hoch ausgebracht. Präsident Simson begleitete die Uebergabe der Adresse mit folgender Ansprache: „Diese Stätte weist auf den ersten Anfang des preußischen Königshauses hin; von diesem Felsen aus trug ein Geschlecht großer Fürsten die Segnungen seiner Regierung nordwärts bis an die beiden Meere; dort erblühte unter ihrem Scepter aus Ruinen neues Leben, dort wurde der Grund des neuen deutschen Staates gelegt, und nun dringt heute in diese edlen Räume die Stimme von 30 Millionen Deutscher, eines verfassungsmäßig zu einem Staatskörper geeinigten Volkes.“ Nach dreitägigem Aufenthalt reiste der König, die Königin und der Kronprinz von Preußen am 6. Okt. über Augsburg, wohin König Ludwig II. von Baiern zur Begrüßung herbeieilte, nach Nürnberg und am folgenden Tage von da nach Weimar und später nach Berlin zurück.

Dies war keine Salzburger Reise. Fürsten und Volk in Süddeutschland kamen dem mächtigsten deutschen König mit freudigem Vertrauen entgegen. Wenn auch die nationale Einigung mit dem norddeutschen Bund noch nicht von allen Seiten gefordert wird, so ist doch Süddeutschland durch die Allianz- und Zollvereinsverträge mit unauflöslichen Banden an jenen Bund geknüpft und entschlossen, im Verein mit dem Norden jedem Versuch fremder Einmischung als ein einiges Volk entgegenzutreten. Es war nun eben damals die Sache Süddeutschlands, seine Stimme für diese Verträge, welche den einzelnen Landtagen zur Annahme vorzulegen waren, zu erheben. In diesem Sinne, aber auch im Sinne der Reichstagsadresse waren die sieben Resolutionen abgefaßt, welche etwa 50 freisinnige, die Einigung Deutschlands anstrebende Männer aus den

Digitized by Google

vier süddeutschen Staaten am 4. August bei einer Zusammenkunft in Stuttgart beriethen und annahmen. In dem Programm dieser Versammlung wurde die Wiedervereinigung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland als die unentbehrliche Lebensbedingung des deutschen Volkes bezeichnet, jede fremde Einmischung in seine Selbstgestaltung zurückgewiesen, die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen und dem norddeutschen Bund als erster Schritt zur Schaffung einer nationalen Armee und zur Sicherung der politischen Einheit gegen außen gutgeheißen, die Zolleinigung als die nothwendige Reform der bisher höchst unvollkommenen Zollvereinsverfassung freudig begrüßt, der Wunsch nach weiterer Theilnahme an den durch die norddeutsche Bundesverfassung gewährten Rechten ausgesprochen und auf die bevorstehenden Wahlen zum Zollparlament als in diesem Geiste zu vollziehende hingewiesen. An diese Versammlung schloß sich die Landesversammlung der deutschen Partei in Württemberg an, welche am 27. Sept. gleichfalls in Stuttgart tagte und außer speciell württembergischen Dingen obige Resolutionen in ihre Anträge aufnahm.

Die Frage über die Annahme der Verträge mit Preußen hielt den ganzen Oktober hindurch Süddeutschland in Athem. In Hessen war der Zollvereinsvertrag schon am 17. August von der zweiten Kammer mit 31 gegen 5 Stimmen und darauf auch von der ersten Kammer genehmigt worden. In Baiern, wo der Verfassung gemäß das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen der Zustimmung des Landtags nicht bedurfte, wurden die beiden Kammern auf den 28. September einberufen. Viele Abgeordnete hatten in ihren Wahlbezirken Versammlungen im Sinne des Stuttgarter Programms gehalten. Als einer der eifrigsten Vertheidiger desselben und als einer der populärsten Redner galt Dr. Völk von Augsburg, welcher in dieser Stadt in einer Versammlung der Fortschrittspartei am 6. Oktober den Anschluß an den Norden empfahl. „Ich weiß, daß man der norddeutschen Bundesverfassung den Vorwurf des Mangels freiheitlicher Entwicklung und der Tödtung partikularer Eigenthümlichkeiten macht. Sie ist auch wahrlich kein Ideal, sie hat der Fehler sehr viele; aber sie ist der Anfang eines großen Lebens der deutschen Nation, und wenn wir eine Probe darüber machen wollen, was sie werth ist, so fragen wir bei den Fremden an, dort an der Themse und an der Seine, namentlich in Frankreich, wo der lüsterne

Digitized by Google

Feind sitzt. Dort werden wir erfahren, was die norddeutsche Verfassung und der norddeutsche Bund werth ist, wenn wir finden, wie man sich fürchtet Angesichts des Zusammenschließens von 30 Millionen Deutscher. Wer dabei nicht ein freudiges Zucken im eigenen Herzen empfindet, der ist nicht werth, ein Deutscher zu sein."

So offenherzig wie Herr Völk konnte sich der Präsident des bairischen Ministeriums, Fürst Hohenlohe, nicht auslassen. Er hatte nach allen Seiten hin Rücksichten zu nehmen und sollte die Kunst ausüben, das Schifflein vorwärts zu bringen, ohne daß die Passagiere es merkten. Seine schlimmsten Feinde sind die Feudalen und Ultramontanen, welche im Reichsrath ihr Lager aufgeschlagen haben und den Augenblick erlauern, wo sie den Minister stürzen und seine Stelle einnehmen können. Diesen Leuten war der vorige Bundestag noch viel zu liberal, viel zu centralisirend, und nun sollten sie an dem norddeutschen Bund, welcher vor mittelstaatlichem und reichsräthlichem Partikularismus so wenig Respekt zeigt, Geschmack finden. Nicht nach Preußen, sondern nach Oestreich war ihr Blick gewendet, von welcher Richtung die bairische Politik sich sobald nicht wird losmachen können. Erst die neuesten Enthüllungen des östreichischen Rothbuchs gaben Belege hiezu. Es wird darin ein Brief des Freiherrn von Beust veröffentlicht, welchen derselbe am 19. April an den östreichischen Gesandten in Berlin, Graf Wimpffen, über die Mission des Grafen Taufkirchen geschrieben hat. Diesen Diplomaten schickte Fürst Hohenlohe im April, zur Zeit der Luxemburger Frage, nach Berlin und Wien, um zwischen Preußen und Oestreich eine Allianz anzubahnen und Süddeutschland in ein intimeres Verhältniß zu Oestreich zu bringen. Nach der Darstellung des Herrn von Beust habe sich Graf Bismarck sehr günstig über eine enge Allianz Preußens mit Oestreich ausgesprochen und den Grafen Taufkirchen ermächtigt, in Wien Anerbietungen zu machen. Dieser habe von einer Garantie der deutsch-östreichischen Provinzen, von einer völkerrechtlichen Allianz Oestreichs mit Nord- und Süddeutschland als einem Uebergang zu bleibenden, engeren Vertragsverhältnissen gesprochen, welche, für Oestreich wie für Deutschland gleich vortheilhaft, den früheren Staatenbund ersetzen könnten. Da aber der bairische Unterhändler zu festen Anerbietungen nicht ermächtigt war und keine greifbaren Vortheile für Oestreich mitbrachte, so habe Herr von Beust den Allianzantrag abgelehnt. Denn er habe sich

Digitized by Google

sagen müssen, daß durch dieses Bündniß Oestreich in einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden könnte, im Fall einer Niederlage dessen Rache zu fürchten hätte, im Fall eines Sieges von dem verbündeten Preußen doch nichts als einen schönen Dank bekäme, eine Aussicht, welche doch nicht so lockend sei, daß nicht strenge Neutralität für Oestreich sich als das zweckmäßigste empfehle. Da aber auch Frankreichs Anerbietungen damals zurückgewiesen wurden, so war man damals in Paris mit der östreichischen Politik nicht zufrieden, wohl auch nicht mit der Veröffentlichung dieser Verhandlungen.

Damit war für den Fürsten Hohenlohe angezeigt, daß die Vermittlerrolle, welche auch die Fröbel'sche „Süddeutsche Presse" der bairischen Politik aufdringen möchte, nicht immer Rosen bringe. Er hielt es daher für gerathen, am 8. Oktober, als er der Abgeordnetenkammer den Zollvereinsvertrag vorlegte, sich über die Richtung der bairischen Politik näher auszusprechen. Nachdem er die verschiedenen Möglichkeiten, welche für die Allianzbedürfnisse Baierns und ganz Süddeutschlands in Frage kommen, angeführt und beleuchtet hatte, sagte er: „Wir wollen nicht den Eintritt Baierns in den norddeutschen Bund, kein Verfassungsbündniß der süddeutschen Staaten unter der Führung Oestreichs, keinen südwestdeutschen Bundesstaat, der für sich abgeschlossen wäre oder sich gar an eine nichtdeutsche Macht anlehnte, wir wollen ebensowenig eine Großmachtspolitik und glauben nicht, daß Baiern in einer Vermittlerrolle das Endziel seiner Politik zu suchen hat. Das ist es, was wir nicht wollen. Was wir aber wollen, und was wir auch ferner anstreben werden, ist die nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde und damit die Einigung des zur Zeit getrennten Deutschlands in der Form eines Staatenbundes. Es wäre weder korrekt noch zweckmäßig noch in friedlicher Weise durchführbar, daß einzelne Staaten südlich des Mains mit Norddeutschland in nähere Verbindung träten. Das nationale Band, das zwischen uns und dem norddeutschen Bund geschaffen werden soll (dieser Staatenbund zwischen dem norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten unter dem Präsidium Preußens und dabei Allianz mit Oestreich), muß den ganzen Süden umfassen. Nur in dieser Form ist es zuläßig und zur Zeit erreichbar."

Dieses neue Programm, welches dem vom 19. Januar sehr

Digitized by Google

ähnlich ist, ließ in seinen negativen Theilen an Klarheit nichts zu wünschen übrig, um so mehr aber in seinen positiven. Denn unter diesem „Staatenbund" werden wenige sich etwas Praktisches denken können, davon gar nicht zu reden, daß damit schwerlich das nationale Ziel Deutschlands bezeichnet ist. Daher haben vielleicht diejenigen Recht, welche sagen, Fürst Hohenlohe sei im Grund mit der nationalen Forderung einverstanden; da er aber auf die vielen seine Stellung bedrohenden Widerstandskräfte Rücksicht nehmen zu müssen glaube, so sei er genöthigt, sein politisches Programm in einem mystischen Halbdunkel zu verhüllen. Die Behauptung, daß der Eintritt eines einzelnen süddeutschen Staates in den norddeutschen Bund unzuläßig sei, erschien für Solche sehr auffallend, welche den Artikel 79 der Bundesverfassung, die badische Thronrede, das Rundschreiben Bismarcks und die Adresse des Reichstags gelesen hatten. Bedenklicher aber war die Nachricht, daß die bairische Kammer der Reichsräthe, durch die Niederlagen von 1866 noch nicht gewitzigt, als könnte sie dadurch Rache dafür nehmen, den Zollvertrag verwerfen wolle und auf den Austritt Baierns aus dem Zollverein hinarbeite. Und aus Stuttgart mußte man sogar hören, daß von der Kommission der Abgeordnetenkammer die eine Hälfte die Annahme, die andere die Verwerfung des Zollvereinsvertrages beantrage, daß dagegen das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen in ernstlicher Gefahr sei, da die Kommission mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen habe, den Antrag zu stellen, demselben die verfassungsmäßige Zustimmung zu versagen. Alles schien hier aus den Fugen gehen zu wollen. Man glaubte Salzburg näher zu sein als je.

Schon am 8. Oktober, als der norddeutsche Reichstag die Zollvereinsverträge zu berathen hatte, deutete der Abgeordnete Braun darauf hin, daß, falls in Württemberg das Schutz- und Trutzbündniß von der Kammer verworfen werde, der Reichstag sich veranlaßt fühlen könnte, bei der erst später erfolgenden Schlußberathung der Erneuerung des Zollvereins mit Württemberg nicht zuzustimmen. Denn, sagte er, „wenn sie nicht mit uns zusammenhalten wollen zu Schutz und Trutz, so fühlen wir uns auch nicht veranlaßt, mit ihnen zusammen zu halten in Handel und Wandel. Ohne den Schutz der Wehrkraft nach außen kann Handel und Wandel nicht aufblühen, da sie der nächsten Zukunft nicht sicher sind." Bei der Schlußberathung am 26. Oktober, an welchem Tage Nachmittags der Reichs-

Digitized by Google

tag geschlossen wurde, stellte Braun den von 125 Mitgliedern unterstützten Antrag, daß der Reichstag nur denjenigen süddeutschen Staaten gegenüber die Zollvereinsverträge genehmigen wolle, welche die Rechtsverbindlichkeit der Allianzverträge nicht in Frage stellen. Graf Bismarck erklärte sich mit diesem Antrag einverstanden, zweifelte aber nicht daran, daß die Allianzverträge ehrlich gehalten werden, da die Ratifikationen von den süddeutschen Fürsten uneingeschränkt und ohne Klausel erfolgt seien und diese Fürsten sich gewiß jeder Zeit zu ihren Worten bekennen werden. Auch fügte er hinzu, daß man doch ja nicht glauben solle, „diese Verträge seien für den Süden nur eine Last, eine Pflicht zur Heeresfolge, nur für den Norden ein Nutzen. Die Pflicht der Heeresfolge liege ja auch dem Norden ob. Der Süden, wenn er in Händel verwickelt werde, erhalte von dem Norden eine weit bessere Unterstützung, als er selbst zu bieten vermöge. Es sei keine Kleinigkeit, in Zeitläuften, wie sie jetzt in Europa seien, wo das Schwert unter Umständen hart in die Wagschale fallen könne, wenn da ein kleiner, an sich europäisch nicht wehrfähiger Staat auf die fast unbegrenzte Ziffer von Bajonetten sich berufen könne, welche der norddeutsche Bund ihm zur Seite stelle." Der Antrag Brauns wurde mit 177 gegen 26 Stimmen angenommen. Zugleich ertheilte die preußische Regierung ihren Gesandten in Baiern und Württemberg den Auftrag, „die Zollvereinsverträge von 1865 am 31. Oktober zu kündigen, wenn bis dahin der neue Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867 in München nicht sicher gestellt und nicht jeder Zweifel an der Aufrechthaltung des von der württembergischen Regierung geschlossenen und von dem König von Württemberg ohne allen Vorbehalt ratificirten Bündnisses vom 13. August 1866 beseitigt werde."

Nirgends stimmte man mit den Anschauungen des norddeutschen Reichstags so sehr überein als in Karlsruhe. Um so weniger gefiel dort das Programm des Fürsten von Hohenlohe. Daher richtete in der zweiten Kammer der Abgeordnete Wundt am 14. Oktober eine Interpellation an die Regierung, ob politische Verhandlungen zwischen den süddeutschen Regierungen über ihr Verhältniß zum norddeutschen Bund stattgefunden, ob bei denselben eine Verbindung jener mit diesem in der Form eines Staatenbundes und gleichzeitige Allianz jener Staaten mit Oestreich beabsichtigt sei, und ob die Behauptung Hohenlohes, daß der Eintritt eines einzelnen süddeutschen Staates

Digitized by Google

in den norddeutschen Bund unausführbar sei, auf bestimmte, aus diplomatischen Verhandlungen hervorgegangene Gründe sich stütze. Der Minister des Auswärtigen, Herr von Freydorf, antwortete, daß allerdings, in Folge einer Note des Fürsten von Hohenlohe vom 6. Mai, Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten über Bildung eines weiteren Bundes mit dem norddeutschen Bund stattgefunden haben, daß man sich bis jetzt wohl über Einleitung von Verhandlungen mit dem norddeutschen Bund und über die Idee eines weiteren Bundes, aber noch nicht über die Grundlagen der Verfassung dieses Bundes verständigt habe. Für das Verhältniß dieses weiteren Bundes zu Oestreich sei die Stellung maßgebend, welche Preußen und der norddeutsche Bund zu Oestreich einnehmen und einzunehmen gedenken, daher sich die Regierung über diesen Punkt noch gar nicht geäußert habe. Ueber den Eintritt eines einzelnen süddeutschen Staates in den norddeutschen Bund habe Fürst Hohenlohe nicht weiter als seine persönliche Ueberzeugung aussprechen können, welche wohl auf einer besonderen Auslegung des Artikels IV des Prager Friedens und auf allgemeinen politischen Anschauungen über die Lage der Dinge in Mitteleuropa, aber nicht auf irgend welchen politischen Verhandlungen, diplomatischen Aktenstücken und Aeußerungen betheiligter oder fremder Mächte beruhe. Die badische Regierung habe hierüber eine andere Ansicht; sie suche die nationale Einigung des Landes mit dem Norden anzubahnen, werde sich jedoch glücklich schätzen, wenn diese Einigung in Gemeinschaft mit den drei süddeutschen Nachbarstaaten erfolgen könne.

Diese Berathung wurde in der Sitzung vom 18. Oktober, in welcher der Allianzvertrag mit Preußen auf der Tagesordnung stand, fortgesetzt. Herr von Freydorf erklärte, „daß, falls der weitere Bund zwischen Nord- und Süddeutschland zu Stande käme, das deutsche Volk nur in einem gemeinsamen Parlament, nicht in den acht Kammern der süddeutschen Staaten seine nationale Vertretung erhalten könne. Die badische Regierung habe den übrigen süddeutschen Staaten diesen Vorschlag gemacht und hoffe damit durchzudringen. Ein anderes Projekt könne der norddeutsche Bund gar nicht annehmen. Man werde demselben doch nicht zumuthen wollen, daß er seine gesetzgeberischen Arbeiten von den acht süddeutschen Kammern abhängig machen solle." Der Allianzvertrag wurde mit allen Stimmen gegen die des ultramontanen Abgeordneten Lindau ge-

Digitized by Google

nehmigt und am 19. Oktober der Zollvereinsvertrag einstimmig angenommen, worauf die erste Kammer am 23. Oktober beiden Verträgen ihre Zustimmung gab.

Auch in der bairischen Abgeordnetenkammer, welche am 21. und 22. Oktober über den Zollvereinsvertrag debattirte, zeigte sich eine günstige Stimmung. Zwar meinte der ultramontane Dr. Ruland, Bibliothekar in Würzburg, der vorliegende Vertrag sei das dritte Glied in der Sklavenkette, durch welche Baiern an Preußen geschlossen werden solle. Eine Kündigung des Zollvereins sei nicht zu fürchten, und wenn je, so werde man es in Baiern auch ohne denselben aushalten können; die Leute hätten sich doch auch ganz wohl befunden, als der deutsche Zollverein noch gar nicht bestanden habe. Und Ministerialrath Dr. Weis sagte nicht minder naiv, die immense Majorität des Landes wolle nichts von einer Unterordnung Baierns unter Preußen wissen, nur eine winzig kleine Anzahl neige dazu hin, und diesem allgemeinen Gefühle des bairischen Volkes werde Preußen, auf ein Votum dieses Hauses hin, gewiß Rechnung tragen und günstigere Bedingungen stellen. Aber solche Stimmen waren denn doch sehr vereinzelt. Dr. Barth entgegnete ihnen, wenn Baiern jetzt Nein sage, so werde es die nächsten sechs Monate in den Tag hineinleben, und dann werde es wiederkommen und bitten: „Um Gotteswillen laßt uns doch wieder in den Zollverein hinein!" Der Abgeordnete Brater sprach mit Entrüstung von einer französischen Partei in Baiern, deren Fahne nicht bloß von den Ultramontanen, sondern in den einflußreichsten Kreisen mit schamloser Offenheit aufgesteckt worden sei. Die Ideen des ersten Napoleonischen Kaiserreiches seien noch in sehr vielen Kreisen lebendig. Um so dringender sei eine rasche Einigung mit dem Norden, damit es jener vaterlandsverrätherischen Partei, selbst wenn sie ans Ruder des Ministeriums käme, nie mehr gelinge, ihre Rheinbundtendenzen zu verwirklichen.

Mit 117 gegen 17 Stimmen wurde am 22. Oktober der Zollvereinsvertrag von der Abgeordnetenkammer genehmigt, worauf aus allen Theilen des Landes von den Gemeindekollegien, den Handels- und Gewerbekammern Dankadressen an das Abgeordnetenhaus erlassen wurden, was mit der von Herrn Weis angeführten „immensen Majorität" nicht recht in Einklang zu bringen war. Günstigere Aussichten hatte diese Partei in der Kammer der Reichsräthe, deren

Digitized by Google

Kommission mit 9 gegen 1 Stimme auf Ablehnung antrug. Und doch sagte man auch von diesen, daß es ihnen in dieser Sache selbst nicht Ernst und nur darum zu thun sei, das ihnen verhaßte Ministerium Hohenlohe zu stürzen. Sei dieser Zweck erreicht, so würden sie wohl selbst wieder, durch die Macht der Umstände genöthigt, die Strömung des Zollvereins zu erreichen suchen. Eine andere Frage war freilich, ob sie mit ihrer Opposition ihren Zweck erreichen. Damit sie sich in dieser Beziehung nicht gar zu süßen Illusionen hingeben, that ihnen der König zu wissen, daß er, falls sie den Zollvereinsvertrag verwerfen, das Ministerium doch nicht ändern werde. Am 26. Oktober fand die Reichsrathssitzung statt. Die Aufregung im Lande war ungeheuer; man mußte auf Unruhen in den größeren Städten gefaßt sein, wenn eine Verwerfung erfolgte. In München wurden militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen. Man sprach von einem Staatsstreich, von Aufhebung oder wenigstens Purificirung der Reichsrathskammer, von der Unmöglichkeit, sich in den allerwichtigsten Angelegenheiten von ein paar Dutzend adeliger Herren ein Veto zurufen zu lassen, darunter von solchen, welche, wie der „Fränkische Kurier" schrieb, nicht einmal die bei der Reichsrathswürde vorgeschriebene Steuer mehr bezahlen können, somit diese Würde gesetzmäßig verloren haben.

Eine Menge von Telegrammen war eingelaufen, alle des Inhalts, daß der Reichsrath das „nationale Unglück" einer Kündigung des Zollvereins durch sein Votum abwenden solle. Es war wenig Aussicht dazu. Der Referent und zweite Präsident der Kammer, Freiherr von Thüngen, welchen man schon als den Nachfolger Hohenlohes bezeichnete, sprach sich entschieden gegen den Vertrag aus und ergieng sich in hohen Worten über die Machtverhältnisse Baierns, welches stark genug sei, um sich nicht in fremdem Fahrwasser bewegen zu müssen. Freiherr von Zu-Rhein faßte die Kündigung des Zollvereins ganz ernsthaft ins Auge, sprach von anderen Absatzwegen, welche dann Baiern suchen müsse, und glaubte diese, als ob die Richtung der Donau eigens hierfür hergestellt sei, nirgends sicherer, nirgends zukunftsvoller zu finden als in dem Orient. Als dieses Wort ertönte und ein neuer Handelskreuzzug in die Länder der Palmen und der Cedern in Aussicht stand, wurde es manchem bairischen Ritter bange. Es fand daher der Vermittlungsantrag des Fürsten von Löwenstein-Wertheim starken Anklang. Derselbe

Digitized by Google

schlug vor, „die Kammer solle dem vorliegenden Vertrage ihre Zustimmung nur unter der ausdrücklichen Bedingung ertheilen, daß das dem Staate Baiern in dem bisherigen Zollvereinsvertrag zustehende Recht der Zustimmung oder Verwerfung in allen das Zollwesen und die innere Besteurung betreffenden Fragen auch in den neuen Verträgen Ausdruck finde," das heißt, daß das unsinnige, von Preußen mit Recht verworfene liberum Veto für Baiern wenigstens wieder eingeführt werde. Von diesem Ausweg, welcher die Selbständigkeit der bairischen „Nation" retten sollte, war alles entzückt. Niemand fürchtete sich mehr vor Preußen. Man war entschlossen, wenn es sein müsse, noch einige weitere Verträge mit Preußen einzugehen, natürlich nie ohne das liberum Veto. Selbst Fürst Hohenlohe erklärte, daß er als Reichsrath kein Bedenken trage, dem Antrag zuzustimmen, als Minister freilich noch keine bindende Erklärung abgeben könne. Man wunderte sich über den ersten Theil seiner Aeußerung, fand sich aber bald veranlaßt, über etwas anderes sich zu wundern.

Denn soweit mußte sich doch Fürst Hohenlohe klar sein, daß er sich nicht der Hoffnung hingab, Preußen werde in ein Veto Baierns willigen. Damit wäre ja die ganze handelspolitische Reform wieder in Frage gestellt. Wenn er nun dennoch auf den Löwensteinschen Antrag eingieng, so glaubte jedermann den Zweck des Manövers vollständig zu durchschauen, sobald er hörte, daß noch am Abend des nämlichen 26. Oktobers Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen nach Berlin abgereist seien, um an Ort und Stelle wegen des Veto persönlich zu verhandeln. Der letztere konnte ja nicht besser belehrt und bekehrt werden, als wenn er mit dem Kabinet des Grafen Bismarck Bekanntschaft machte. Die beiden Herren kamen am 27. Oktober in Berlin an und wurden Nachmittags vom Grafen Bismarck empfangen, hatten am 28. Oktober eine längere Audienz beim König im Beisein Bismarcks, welcher vorher Vortrag gehabt, und reisten Abends nach München zurück. Ihre ganze Errungenschaft reducirte sich auf das Versprechen des Grafen Bismarck, daß Preußen von dem durch § 12 ihm bewilligten Veto (welches den Fall betrifft, daß es sich für die bestehenden Vorschriften und Einrichtungen ausspricht) nur dann Gebrauch machen werde, wenn durch die verlangten Abänderungen das Gedeihen oder die Einnahmen des Zollvereins gefährdet würden. Im

Digitized by Google

übrigen wurde ihnen in der höflichsten Form auf das bestimmteste gesagt, daß weder Baiern besonders noch den süddeutschen Staaten zusammen ein Veto zugestanden, daß überhaupt eine Modifikation der Bundesverfassung nicht mehr zugelassen werden könne, und daß, falls die Reichsrathskammer auf der Ablehnung des Vertrags beharre, dieser sofort gekündigt werde, in Folge dessen sechs Monate darauf, vom 1. Mai an, Baiern vom Zollverein ausgeschlossen sei. Ob es dann bei einem etwaigen späteren Wiedereintreten noch sechs Stimmen im Zollbundesrath erhalten hätte, ist sehr zu bezweifeln.

Aus den bedeutendsten Städten des Landes waren Deputationen in München angekommen und besprachen sich am 30. Okt. mit dem Fürsten Hohenlohe und dem Freiherrn von Thüngen. Das Abgeordnetenhaus, welches am 30. Okt. über den Reichsrathsbeschluß sich zu äußern hatte, beharrte ohne alle Debatte, mit allen gegen 12 Stimmen, auf seinem Beschluß und fügte noch den Zusatz hinzu, die Regierung möge dahin wirken, daß Preußen von seinem Veto nicht in einer den wirthschaftlichen Interessen Baierns nachtheiligen Weise Gebrauch mache. Nun kam alles auf die Reichsrathssitzung vom 31. Okt. an, deren Resultat sich um so weniger voraussagen ließ, als der Verfassung gemäß zur Annahme des Vertrags eine Majorität von zwei Drittheilen erforderlich war. Es machte einen starken Eindruck, als der Präsident erklärte, daß 78 Telegramme eingelaufen seien, welche alle die Bitte enthielten, die hohe Kammer möchte dem Vertrage zustimmen, und daß sich 13 Deputationen, welche er empfangen habe, in diesem Sinne ausgesprochen. Mit Rücksicht auf diese Kundgebungen und die Anschauungen, welche er von Berlin mitgebracht hatte, beantragte Freiherr von Thüngen im Namen der Kommission (mit 9 gegen 1 Stimme) Zustimmung zu dem Beschluß des Abgeordnetenhauses. „Er bringe dem Frieden und der Eintracht seine Ueberzeugung zum Opfer." Mit 35 gegen 13 Stimmen wurde dieser Antrag angenommen. Zu den Verneinenden gehörten die zwei Bischöfe und der Erzbischof und, was sehr auffiel, drei Prinzen des königlichen Hauses. Fürwahr nicht deßwegen hatte der König den Prinzen sagen lassen, sie möchten sich alle in der Sitzung einfinden!

So hatte das nationale Princip in dem größten Staate Süddeutschlands gesiegt. Aber jeder patriotisch gesinnte Mann mußte sich die Frage vorlegen, ob dies ein gesunder, ein erträglicher Zu-

Digitized by Google

stand sei, wenn ein Halbhundert Reichsräthe, die niemand als ihren Stand repräsentiren, über so tiefwurzelnde Lebensinteressen des gesamten Staates mit kavaliermäßiger Elasticität sich hinwegsetzen und durch die Majorität von ein paar Stimmen die sich bewegende Erde zum Stillstehen verurtheilen können. Denn wenn zu jenen 13 Stimmen nur noch 4 hinzugekommen wären, so wären die zwei Drittheile nicht zu Stande gekommen und der Antrag verworfen worden. Man knüpfte daran die Hoffnung, daß sich die Einsicht Bahn brechen werde, es sei Zeit, diese ersten Kammern in den kleinen Staaten entweder geradezu aufzuheben oder wenigstens ihnen eine mehr volksthümliche Unterlage zu geben.

Mit diesem so mühevoll errungenen Sieg war auch der Kampf in Württemberg entschieden. Nur lagen hier die Verhältnisse ganz anders. Nicht von der ersten, sondern von der zweiten Kammer mußte man in Stuttgart eine Ablehnung fürchten und zwar nicht in dem Grade für den Zollvereinsvertrag wie für das Schutz- und Trutzbündniß vom 13. August 1866. Auch dieses hatte, wurde in Württemberg behauptet, nur dann Geltung, wenn es von den Kammern genehmigt war. Und doch war es, wie Graf Bismarck in der Reichstagssitzung vom 26. Okt. bemerkt hatte, von König Karl und seinen Ministern ohne allen Vorbehalt geschlossen und unterzeichnet. Der König von Württemberg erklärte daher auch bei verschiedenen Gelegenheiten seinen festen Entschluß, an den durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen unter allen Umständen festzuhalten. Von der Vertragstreue dieses Fürsten ließ sich ein solches Wort erwarten. Eine Weigerung der Kammer hätte nichts anderes als eine Auflösung derselben, möglichenfalls eine mehrmalige zur Folge gehabt. Aber auch die Presse, der Schwäbische Merkur voran, sprach sich entschieden für Annahme der Verträge aus, und in gleichem Sinne lauteten die vielen Adressen der Handels- und Gewerbekammern und der Gemeindekollegien, vor allen der von Stuttgart selbst. Die Verwerfung der Verträge wurde als ein verwegenes Spiel mit der Wohlfahrt des Landes, als das Signal zu einer bodenlosen Verwirrung, zu einem Stillstand aller auf den deutschen Markt berechneten Unternehmungen, zu einem verderblichen Rückschlag auf den Kredit des Staates und der Privaten, zu einem Sinken aller mobilen und immobilen Werthe bezeichnet.

Die Abgeordnetenkammer hatte am 29. Okt. über das Schutz-

Digitized by Google

und Trutzbündniß oder den Allianzvertrag zu berathen. Dies war der nämliche Tag, an welchem Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen von Berlin zurückkamen. Daher wurde von den Gegnern des Vertrags der Antrag gestellt, die Debatte noch einige Tage zu verschieben, bis man von dem neuen Beschlusse der bairischen Reichsräthe in Kenntniß gesetzt sei. Der Minister des Auswärtigen, Freiherr von Varnbüler, mußte diese Partei darauf aufmerksam machen, wie es der Würde dieses Hauses doch so wenig gezieme, seine Verhandlungen von den Beschlüssen der bairischen Reichsräthe abhängig zu machen. Der Antrag auf Vertagung wurde denn auch mit 49 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Sah man diese 37 Stimmen näher an, so waren es die Stimmen von Adeligen, Ultramontanen, Radikalen und Mitgliedern der früheren Fortschrittspartei. Daß die letzteren ein „Schutz- und Trutzbündniß" mit den bairischen Reichsräthen eingehen und Hand in Hand mit diesen gegen den norddeutschen Bund Sturm laufen wollten, war jedenfalls ein mehr interessantes als erquickliches Schauspiel. Die dreitägigen Verhandlungen über die beiden Verträge machten einen sehr ungünstigen Eindruck, da der freie historische Blick bei den meisten Rednern vermißt wurde und der schwäbische Partikularismus in einem gar zu engen Kreise sich bewegte und über die gewöhnlichen Phrasen nicht hinauskam. Es hängt dies zwar einigermaßen mit dem schwäbischen Naturell zusammen, aber nur einigermaßen; denn Württemberg hat bekanntlich manche „Landtage" aufzuweisen, welche die Blicke von ganz Deutschland auf sich gezogen haben. Diese Kammer war unter bundestäglichen Verhältnissen gewählt und konnte sich schlechterdings in die Folgen von Königgrätz nicht finden. Es wäre wohl das Beste gewesen, sie gleich nach dem Friedensvertrag mit Preußen aufzulösen und eine andere wählen zu lassen. Davor warnten andere und meinten, daß eine Neuwahl die Reihen der Volks- oder „Beobachter"partei vielleicht noch verstärkt hätte. Auffallend war es jedenfalls, zu sehen, daß Männer, welche ihrer Lebtag für die Einheit und Größe Deutschlands geschwärmt hatten, gerade jetzt, wo ihr Traum der Verwirklichung so nahe war, von diesem Deutschland sich abwandten, lieber den alten Barbarossa noch länger schlafen ließen, und zwar nur weil das neue Deutschland, durch den Ausschluß Oestreichs, nicht so groß war, als sie wünschten, und weil die Organisation desselben nicht vorher die Kom-

Digitized by Google

missions- und Kammersitzungen des württembergischen Abgeordnetenhauses durchgemacht hatte. Es that einem für manchen Kämpfer, mit dem man früher viele Sympathie gefühlt hatte, wehe, ihn dem großen, erreichbaren Ganzen den Rücken kehren und mit zerrissenem Herzen dem unerreichbaren nachstreben zu sehen. Aut Caesar aut nihil! (entweder alles oder nichts) ist zwar ein schönes, großes Diktum. Aber wo ist dieser Cäsar, der mit Muth und Geist dieses kurze Programm durchzuführen weiß? Am Nesenbach, scheint es, nicht. Man hat sich daher bei dieser Kammer jenes Wortes erinnert, welches König Ludwig XVIII von Frankreich von der im Jahre 1815 neugewählten französischen Kammer gebraucht hat. Er nannte sie, weil er glaubte, eine solche sei unter den damaligen Umständen nicht zu finden, la chambre introuvable.

Mit einer Mehrheit von 5 gegen 3 Stimmen beantragte die Kommission, welche den Allianzvertrag zu berathen gehabt hatte, die Verwerfung desselben und erklärte zugleich, daß zu seiner Annahme verfassungsmäßig eine Mehrheit von zwei Drittheilen erforderlich sei, weil durch die Uebertragung des Oberbefehls an den König von Preußen die Existenz Württembergs als eines selbständigen Staates aufgegeben, also eine Aenderung der Verfassung vorgeschlagen sei. Machte die Kammer diese Erklärung zu der ihrigen, so war das Schicksal des Allianzvertrags entschieden; denn nach obiger Abstimmung zu schließen, ließ sich eine Majorität von zwei Drittheilen schlechterdings nicht herausbringen. Uebrigens ließ sich erwarten, daß die Mehrzahl der Kammer diese Erklärung und den Beweis hiefür als unhaltbar ansehe und bezeichne.

Die heftigste Opposition führte der Abgeordnete Mohl, welcher in seiner Broschüre, „Mahnruf" betitelt, den Ruin Süddeutschlands von der Annahme dieser Verträge ableitete. Es sei besser für uns, sagte er, wenn Süddeutschland neutral bleibe, anstatt der Prügelknabe für Preußen zu sein. Für Preußen sich zermalmen zu lassen, das sei eine Zumuthung eines Ministers. Preußen habe Deutschland zerrissen und zerstört. Er behaupte, daß wir gar keinen Feind haben als Preußen. Wir sollen unsere Lage erkennen, uns in die europäischen Händel nicht mischen und uns bloß unserer Haut wehren, wenn wir angegriffen werden. Dazu bedürfe es nicht des preußischen Militärsystems mit seinem Präsenzstande. Vor einer Kündigung des Zollvereins fürchte er sich nicht, bemerke vielmehr,

Digitized by Google

daß, wenn wir auch mit Baiern isolirt sein sollten, der Aufschwung unserer Industrie eben aus der Zeit des bairischen Zollverbands datire und in jetziger Zeit sich noch verfünffachen würde, wozu dann noch der Handelsanschluß an Oestreich komme. Es war für den Minister von Varnbüler, welcher, wie seine Kollegen vom Justiz- und Kriegsministerium, Staatsrath von Mittnacht und General von Wagner, aufs entschiedenste für den Vertrag einstand, ein Leichtes, solche Behauptungen aus dem Feld zu schlagen, den militärischen Anschluß an Preußen als die einzige Möglichkeit hinzustellen und an der Hand der Geschichte „der Staaten, deren Neutralität garantirt sei, wie Schweiz, Krakau, Belgien, neuerdings Luxemburg, zu zeigen, wie es wohl in gefahrvollen Zeiten denjenigen Kleinstaaten ergienge, deren Neutralität von niemand garantirt sei.“ Darauf hatte schon der Schwäbische Merkur in einem trefflichen Artikel vom 24. Okt. hingewiesen, worin es hieß: „Ein neutrales Württemberg würde im Kriege der Schauplatz der Zerstörung und Aussaugung, seine militärische Kraft würde der gepreßte Bundesgenosse des rascheſten der Nachbarn, und das Land im folgenden Frieden, wer auch der Sieger sei, das willkommenste Ausgleichungsobjekt werden. Würde Frankreich siegen, so wäre Südwestdeutschland der Austausch für das linke Rheinufer; siegt Preußen, so würde Württemberg, welches das Schutz- und Trutzbündniß verworfen hat, das Schicksal Hannovers theilen. Ist dem deutschen Volke vor seiner völligen Einigung ein nationaler Krieg beschieden, so wolle ein gütiges Geschick wenigstens den Fluch vergangener Zeiten uns ersparen, daß deutsche Kraft im Dienste des Auslandes gegen das Vaterland kämpfen müsse! Dieses gütige Geschick ist sichtlich mit uns, wenn wir unsere nationale Pflicht thun und zu Deutschland stehen!“

In der Sitzung vom 30. Okt. wurde der Antrag der Minderheit, daß einfache Stimmenmehrheit zur Genehmigung ausreichend sei, mit 53 gegen 37 und darauf der zweite Antrag, den Allianzvertrag zu genehmigen, mit 57 gegen 33 Stimmen angenommen.

Die Annahme des Zollvereinsvertrags, welcher am 31. Okt. auf der Tagesordnung stand, bedurfte eine Mehrheit von zwei Drittheilen. Die eine Hälfte der Kommission beantragte seine Verwerfung, die andere seine Annahme. Daß die bairischen Reichsräthe an eben diesem Tage ihn angenommen hatten, wurde unter

Digitized by Google

den Abgeordneten bekannt und veranlaßte mehrere derselben, von einer weiteren Opposition abzustehen, da ja Württemberg sonst so erbarmenswerth isolirt, als eine Oase in der Wüste oder vielleicht auch als eine Wüste in der Oase dagestanden wäre. Minister von Varnbüler führte in einer längeren Rede die Kammer in die Genesis dieses Vertrags, schilderte seine persönlichen Verhandlungen mit der preußischen Regierung im August 1866 und im Juni 1867, bezeichnete das Veto als etwas ganz Nutzloses, das man indessen gehabt habe, ohne jemals irgend einen wirksamen Gebrauch davon machen zu können, wie man dies am besten bei dem französischen Handelsvertrag gesehen habe, sprach von der vernichtenden Isolirtheit, in welche das württembergische Verkehrswesen durch neue Zollgrenzen käme, und sagte dem Abgeordneten Mohl, daß er, so oft es sich um einen Fortschritt in wirthschaftlichen Dingen handle, in eine merkwürdige Schwarzseherei verfalle. Nicht vom württembergisch-bairischen Zollverband, sondern von dem im Jahre 1833 mit Preußen geschlossenen Zollvereinsvertrag datire der ungeheure Aufschwung unserer Industrie. Und doch habe Mohl ebendamals in einer 42 Bogen langen Eingabe an den König Wilhelm von Württemberg auseinandergesetzt, daß das Land ruinirt sei, wenn der Zollvereinsvertrag mit Preußen ausgeführt werde.

Die Abgeordnetenkammer gieng von der Ansicht aus, daß Herr Mohl im Jahre 1867 kein besserer Prophet sein werde als im Jahre 1833, und beschloß mit einer Mehrheit von 73 gegen 16 Stimmen die Annahme des Zollvereinsvertrags. Auch die erste Kammer genehmigte in ihrer Sitzung vom 4. November die Verträge, ja zwei Mitglieder derselben sprachen den Wunsch aus, daß „die Regierung die erforderlichen Einleitungen treffen möchte, um den möglichst baldigen Eintritt Württembergs in den norddeutschen Bund herbeizuführen.“ Dieser Ausgang einer langen und schweren Krisis wurde in Norddeutschland mit großer Freude als ein Sieg der nationalen Sache und als eine gute Vorbedeutung für die weitere Entwicklung der deutschen Verhältnisse begrüßt und dabei den Königen von Württemberg und Baiern und der loyalen Haltung ihrer Regierungen verdientes Lob gespendet.

Aber nicht bloß auf Süddeutschland waren zu Ende Oktobers die Blicke der politischen Welt gerichtet; auch andere Ereignisse zogen die Aufmerksamkeit auf sich. Zuerst begleitete man den Kaiser Franz

Digitized by Google

Josef auf seiner Reise nach Paris, wo er am 23. Okt. ankam, nachdem er am 22. in Dos eine kurze Zusammenkunft mit dem König von Preußen und dem Großherzog von Baden gehabt hatte. Da Freiherr von Beust und Graf Andrassy in seinem Gefolge waren, so konnten diplomatische Verhandlungen nicht ausbleiben. Man sah daher auch in dieser Beziehung diese Reise als die Vervollständigung der Salzburger Zusammenkunft an. Der Aufenthalt des östreichischen Kaisers in Frankreich dauerte bis zum 4. November. Auf der Rückreise machte er am 5. und 6. November an den Höfen von Karlsruhe, Stuttgart und München Besuche, welchen man nach der Annahme der Verträge keine politische Bedeutung zuschrieb. Von Paris aus machte Freiherr von Beust einen Abstecher nach London, wo er vom 1.—3. Nov. sich aufhielt und vorzugsweise mit Lord Stanley verkehrte. Die Unterhandlungen bezogen sich hauptsächlich auf die orientalische Politik, in welcher man seitdem England, Frankreich und Oestreich gemeinschaftlich auftreten sieht. Die kandiotischen Griechen haben bisher wenig Nutzen von dieser Verbindung gehabt. In einem türkischen Ministerrath vom 5. Sept. wurde der Beschluß gefaßt, Omer Pascha den Auftrag zu geben, die militärischen Operationen bis zum 20. Okt. einzustellen, eine allgemeine Amnestie zu verkündigen, den fremden Freiwilligen und denjenigen Eingeborenen, welche nicht unter türkischer Herrschaft stehen wollen, ungehinderten Abzug zu gestatten, auf eine Abtretung der Insel aber nicht einzugehen. Was sollte aber aus den Kandioten werden, welche nicht auswandern wollten? Sollten diese einfach unter den alten Despotismus des türkischen Pascha zurückkehren? Ihre Führer erklärten einstimmig, daß sie auf ihrem Verlangen, die Insel mit Griechenland zu vereinigen, beharren. Der Waffenstillstand gieng vorüber, und der Kampf begann im November so heftig als je. Die Unterstützungen von Seiten Griechenlands dauerten fort. Die am 27. Okt. in Petersburg vollzogene Vermählung des Königs Georgios von Griechenland mit einer Nichte des Kaisers von Rußland, der Großfürstin Olga, ist für die Haltung des griechischen Monarchen nicht ohne Bedeutung.

Doch wichtiger als die Entscheidung der kandiotischen Frage ist für Oestreich die Entwicklung der Verhältnisse an der Donau. Vielfach war schon davon die Rede, daß Serbien das benachbarte Bosnien, Herzegowina, Montenegro und das zu Oestreich gehörige

Digitized by Google

serbische Gebiet mit sich vereinigen und im Nordosten der Türkei ein starkes, unabhängiges Reich gründen wolle, das sich der Protektion Rußlands zu erfreuen habe. Serbien und die Türkei rüsteten sich. Fragten die Konsuln der drei verbündeten Mächte das erstere nach dem Grund seiner Rüstungen, so wies es mit unschuldiger Miene auf die Anhäufung der türkischen Truppen an seinen Grenzen hin. Die Berufung der russischen Gesandten in Konstantinopel und Paris zu einem Diplomatenkongreß in Petersburg, welche gegen das Ende des Jahres stattfand, wurde schon als Kriegsvorbereitung gedeutet. Aber so lange Rußland seine Armee nicht reorganisirt, die Gewehre nicht in Hinterlader umgewandelt, die Eisenbahnen nicht bis an die türkische Grenze fortgeführt hat, ist ihm eine ernstliche Inangriffnahme der orientalischen Frage durchaus unmöglich, zumal gegenüber der geschlossenen Phalanx der drei Großmächte England, Frankreich und Oestreich, welche ihm diesmal wohl noch übler mitspielen würden, als dies im Krimkrieg der Fall gewesen war. Nur ein im westlichen Europa entbrennender großer Krieg könnte und würde Rußland aus seiner lauernden Stellung heraustreiben. Ueber die enge Verbindung Oestreichs und Frankreichs konnte es seit dem vom 1. November aus Paris datirten Rundschreiben des Freiherrn von Beust an die östreichischen Gesandten keinen Zweifel mehr hegen. In demselben war die volle Uebereinstimmung der beiden Staaten in Bezug auf alle großen, schwebenden politischen Fragen konstatirt. Diese Harmonie sei die natürliche Folge der Lage und der Ereignisse, ohne daß ihr eine Allianz zu Grunde liege. Von nun an werden sie im Orient alle ihre Schritte nur gemeinsam thun. In die Entwicklung des norddeutschen Bundes werde sich Oestreich nicht einmischen, und in den italienischen Wirren begleiten seine besten Wünsche die französische Regierung in ihrem Bestreben, einen Modus aufzufinden, welcher die Interessen der Kirche und Italiens zugleich zu wahren vermöchte.

Gerade in der letzten Frage ist es aber leichter, seine „besten Wünsche" auszudrücken, als zwei so widerstrebende Interessen zu vereinigen. So lange es sich um östreichische Provinzen, um kleinstaatliche Existenzen und um das türkische Regiment in Neapel handelte, sprang Italien von Glück zu Glück und machte Riesenschritte in seiner Konsolidirung. Es war schwer zu sagen, ob ihm seine

Digitized by Google

Siege oder seine Niederlagen mehr Gewinn brachten. Aber so fieberhaft auch sein Verlangen ist, den letzten Rest von „Ausland im Inland“ mit sich zu vereinigen oder wenigstens mit engen Banden an sich zu ketten, so ist doch in diesem letzten Aufzug des italienischen Drama's die Abwicklung des Stückes so voll von neuen Verwicklungen, daß sich manche eher auf einen neuen Anfang als auf einen Schlußakt gefaßt machten. Preußen hat zwar Süddeutschland auch noch nicht in seinen Bund aufgenommen, aber die Verträge sind geschlossen und genehmigt, und im Jahre 1866 werden die Vertreter von 38 Millionen Deutscher zu einem Parlament sich vereinigen, wenn dieses auch noch den speciellen Namen „Zollparlament“ führt; Italien aber steht vor Rom und dem Kirchenstaat ohne irgend welchen Erfolg, wie vor einem uneinnehmbaren Kapitol, dessen Erklimmen nur dann möglich wäre, wenn nicht, statt jener heiligen Gänse vom Jahr 390, zwei französische Brigaden mit ihren „Wunder thuenden“ Chassepots auf der Wache ständen.

Das ganze Jahr hindurch mühte sich Italien mit Finanzplanen und Ministerwechseln ab. Meist mit hoher Politik sich befassend und in einem ewigen Parteiwesen sich herumtreibend, versäumte die Kammer die Pflege und Förderung der wirthschaftlichen Interessen, ließ die praktischen Ziele zu sehr aus dem Auge und beschwor dadurch ein nationales Unglück herauf. Der Tod Cavours stellte sich gerade in diesem Jahre als ein unersetzlicher Verlust heraus, daher auch die italienische Presse auf Preußen als einen Musterstaat hinwies und es um seinen großen Staatsmann beneidete. Von den Nachfolgern Cavours hat keiner die Würde des Landes so sehr gewahrt wie Ricasoli, keiner den lehensherrlichen Prätentionen Napoleons einen so unbeugsamen Nacken entgegengesetzt wie er. Dieser schmachvollen Unterordnung unter die Napoleonische Regierung, welche mit Viktor Emanuel und seinen Ministern wie mit französischen Präfekten sprechen wollte, suchte er ein Ende zu machen und eine innige Allianz mit Deutschland an ihre Stelle treten zu lassen. Aber ebendeßwegen fiel er, obgleich er die Mehrheit der Kammer für sich hatte, als er bei Neugestaltung seines Ministeriums die gewünschten Männer nicht bekommen konnte. Die französische Luftströmung war zu stark. Napoleon konnte dem stolzen Minister nie verzeihen, daß dieser am 5. Juli 1866, als Franz Josef Venetien an Napoleon abtrat, um seine siegreichen italienischen Truppen gegen die unauf-

Digitized by Google

haltsam vordringenden Preußen verwenden zu können, das von Frankreich dargebotene venetianische Geschenk zurückwies und dem Bündniß mit Preußen treu blieb. Dadurch errangen die Preußen größere Erfolge, als den Staatsmännern an der Seine lieb war. Am 4. April bot Ricasoli seine Entlassung an. Sie wurde von Viktor Emanuel, der sich den französischen Einflüsterungen nie wird verschließen können, angenommen, und Ratazzi, der Mann der französischen Allianz, am 10. April zum Ministerpräsidenten ernannt. Da diese Intrigue gerade zur Zeit der Luxemburger Frage ausgespielt wurde, so glaubten die patriotischen Männer Italiens ihre Landsleute schon in den Reihen der französischen Truppen gegen Preußen marschiren zu sehen. Zwar erklärte Ratazzi in der Kammer, bei einem etwaigen Kriege zwischen Preußen und Frankreich werde sich Italien, um sich gegen keinen der beiden Bundesgenossen einer Undankbarkeit schuldig zu machen, neutral halten; es sei Zeit, an die Ordnung der innern Angelegenheiten zu denken und die Finanzzustände zu berücksichtigen. Allein gerade ihm glaubte man das erstere am wenigsten, zumal wenn man das fortwährende Hinundherreisen hochgestellter Persönlichkeiten zwischen Paris und Florenz bemerkt.

Mit den Finanzen sah es in Italien nicht besser aus als bei seinem früheren Antipoden, Oestreich. Eine Zinsenreduktion oder ein Staatsbankerott steht schon längst vor der Thüre, und es ist zuletzt nur Sache der Courtoisie, welcher von beiden Staaten zuerst damit anfängt. Um diesem drohenden Uebel vorzubeugen, wohl eher um das Eintreten desselben noch länger hinauszuziehen, wurde von dem Finanzminister Ferrara die Einziehung der Kirchen- und Klostergüter vorgeschlagen. Dieselben, im Werthe von 600 Millionen Franks, sollten partienweise verkauft werden und das Geld in die Staatskasse fließen, welche dafür die Unterhaltung des Klerus übernimmt. Der Gesetzentwurf über die Liquidation des Kirchenvermögens wurde von der Abgeordnetenkammer am 28. Juli mit 204 gegen 48 Stimmen angenommen und im August vom Senat genehmigt. Der Verkauf begann am 1. September, wo zuerst für 150 Millionen Güter der Versteigerung ausgesetzt wurden. Daß bei einer solchen Masse verkäuflicher Güter manches unter dem realen Werth, einiges zu Spottpreisen hergegeben werden mußte, hängt mit den Gesetzen des Handels zusammen. Es war bei den römischen und böhmischen Proskriptionen, wo die Krassus und die

Digitized by Google

Wallenstein ihre Geschäfte machten, gerade so. Der Papst versäumte nicht, in einer Ansprache an das Konsistorium vom 20. September gegen dieses Dekret der italienischen Regierung, „welches die Kirchenschändung in Italien durch den Raub der geistlichen Güter kröne, zu protestiren, es feierlich zu verdammen und Kirchenstrafen gegen die Räuber in Aussicht zu stellen." Allein man hatte sich in Italien in den letzten Jahren zu sehr an solch klerikalen Donner gewöhnt, als daß man das Gewitter noch gefürchtet hätte.

Weit ernster faßte man die Sendung des Generals Dümont auf, welcher von dem französischen Kriegsminister Niel im Juli nach Rom gesandt wurde, um die in das päpstliche Heer eingereihten französischen Freiwilligen, die Legion von Antibes, zu inspiciren. Die Legion war 1200 Mann stark, und in kurzer Zeit desertirten davon über 300 Mann. Dümont sollte die Gründe hievon untersuchen und den Legionären erklären, daß sie, wenn auch im päpstlichen Dienst, doch nie aufhören, französische Soldaten zu sein. Am 17. Juli hielt Dümont in französischer Generalsuniform eine Musterung über die Legion auf einem der öffentlichen Plätze Roms und richtete eine längere Rede an sie. Bald darauf wurde auch der Brief bekannt, welchen vom 21. Juni datirt, Niel an den Oberst der Antibeslegion gerichtet hatte. In demselben sprach er von der Legion als einem integrirenden Bestandtheil der französischen Armee, welcher aus Gründen der Politik, von jener entfernt, seine Garnison in Rom habe. Ein Sturm des Unwillens erhob sich in Italien gegen diese Verletzung der Konvention vom 15. September 1864, welche der französischen Occupation zu Ende des Jahres 1866 ein Ende gemacht und den Schutz des päpstlichen Gebietes dem Königreich Italien überlassen hatte. Welcher Unterschied war zwischen der früheren Occupation und der Aufstellung dieser Antibeslegion? Thatsächlich keiner. Das Princip der Nichtintervention, welches jener Septemberkonvention zu Grunde lag, war ein Halbjahr nach dem Abzug der Franzosen bereits wieder aufgehoben. Jetzt erst merkten die Italiener, daß Napoleon seinen Macchiavelli zu gut studirt habe, um nicht zu wissen, daß eine starke Macht nur dazu Verträge mit einer schwächeren schließe, um diese zur Haltung derselben zu zwingen, selbst aber sie zu umgehen. Was half es, daß Ratazzi in einer Note an das französische Kabinet über diesen Vorfall sich beschwerte? Weder seine Noten, noch die Vorstellungen seines Gesandten Nigra

Digitized by Google

wurden in Paris hoch angeschlagen. Die ganze Sache wurde auf den Kriegsminister Niel abgeladen; von seiner Entlassung, welche allein eine Genugthuung gewesen wäre, war natürlich keine Rede.

Die Männer, welche ein freies Italien erstrebten, seufzten tief unter dem französischem Joch. Der Haß gegen Frankreich wuchs, aufs neue sah man nach Deutschland, aufs neue nach Rom. Ohne den Besitz Roms, sagte man, hat Italien keine Ruhe; diese weltliche Herrschaft des Papstes bleibt für Italien eine offene Wunde; erst mit dem Besitz Roms ist Italien eine selbständige Macht. Diese Stimmung kam niemand gelegener als Garibaldi. Dieser glühende Feind des Papstthums und Napoleons hatte schon im Frühjahr seine einsame Insel Kaprera verlassen und ganz Oberitalien bereist, überall gegen seine Feinde losdonnernd und zur Befreiung Roms auffordernd. In Verona hatte er sogar, als ob er, wie in den grauen Zeiten des Alterthums, die Würde eines Oberfeldherrn, Oberrichters und Oberpriesters in seiner Person vereinigte, die Taufe eines Kindes im modernen Stil vorgenommen. Gegen den Herbst hin war jedermann überzeugt, daß er entschlossen sei, seinen Ruf von 1862 „Rom oder den Tod!" zu erneuern. Eine Menge von Freiwilligen zeigte sich an der Grenze des päpstlichen Gebietes und harrte seiner Befehle. Garibaldi besuchte den Friedenskongreß zu Genf, welcher vom 9. bis 12. September dauerte, wurde bei seiner Ankunft am 8. September mit beispiellosem Enthusiasmus empfangen und von einem Redner als „ein zweiter Jesus Christus, als dessen lebendiges Abbild unter uns" begrüßt. Diese Versammlung, welche den allgemeinen Völkerfrieden durch einen allgemeinen Umsturz erzwingen, eine politische, sociale und religiöse Revolution in Europa organisiren wollte und zur Durchführung derselben ein permanentes Centralkomite niedersetzte, gab Garibaldi Gelegenheit, die stärksten Reden für die Demokratie und gegen das Papstthum zu halten. Auch andere blieben nicht zurück, nannten Napoleon geradezu einen „Mörder" und stellten den Antrag, „den Namen Napoleons I. als des größten Verbrechers des Jahrhunderts zu brandmarken." Dies war denn doch den Genfern zu toll, und eine Volksversammlung, an welcher gegen 1000 Bürger theilnahmen, protestirte gegen die Theorien und Tendenzen des Kongresses, mit welchen das Genfer Volk keine Gemeinschaft haben wolle. In der Sitzung vom 12. September erhoben die Genfer, um die Abstim-

Digitized by Google

mung und den Beschluß über die vorgeschlagenen Resolutionen zu verhindern, einen solchen Tumult, daß der Präsident die Versammlung für geschlossen erklären mußte.

Kaum war Garibaldi wieder auf italienischem Boden, so setzte er seine in Genf unterbrochenen Reden fort. In Belgirate äußerte er: „Italien sollte neben den gebildetsten Nationen Europas stehen, allein es ist dies nicht im Stande, und zwar wegen der schwarzen Race, die es so viele Jahrhunderte hindurch unterdrückt hielt. Wir müssen nach Rom gehen und dieses Vipernest ausheben und den schwarzen Fleck mit siedender Lauge wegbrühen. Ja, wir müssen saubere Wäsche machen; denn diese schwarze Race ist schlimmer als die Cholera." Darauf begab er sich auf zwei Tage nach Florenz, reiste über Arezzo nach der päpstlichen Grenze ab, um das Kommando der Freiwilligen zu übernehmen, und übernachtete in Asinalunga. Am andern Morgen, am 24. September, war auf Befehl der italienischen Regierung sein Haus von Bewaffneten umstellt und er für einen Gefangenen erklärt. Schon am 21. September hatte Ratazzi eine Erklärung gegen den Freischarenzug erlassen, worin er sagte: „In einem freien Staate darf kein Bürger sich über das Gesetz erheben, sich selbst an die Stelle der großen Gewalten der Nation setzen und nach seinem Gutdünken Italien in dem schweren Werke seiner Organisation stören und mitten in die ernstesten Verwicklungen hineinreißen. Sollte einer versuchen, der Vertragstreue abtrünnig zu werden, und jene Grenze verletzen, von der uns unser Ehrenwort fern halten muß, so wird das Ministerium dies in keiner Weise dulden und überläßt den Zuwiderhandelnden die Verantwortlichkeit für die durch sie hervorgerufenen Handlungen." Garibaldi wurde in einem Extrazug nach der Festung Alessandria gebracht, aber schon am 27. September von dort ohne Bedingung entlassen, worauf er noch am nämlichen Tage auf einem Dampfer nach Kaprera abreiste, wo er von sechs Kriegsschiffen bewacht wurde.

Die französische Regierung hatte in Toulon bereits Vorbereitungen zur Einschiffung von Truppen getroffen, um eine zweite römische Expedition zu veranstalten. Sie verlangte von Italien, daß es sein in der Septemberkonvention gegebenes Versprechen halten solle, weder selbst einen Angriff auf das päpstliche Gebiet zu machen, noch von andern einen solchen zu dulden. Sollte es das Freischarenwesen nicht energisch bekämpfen, über dasselbe nicht Herr

Digitized by Google

werden oder gar sich von ihm nach Rom fortreißen lassen, so war Frankreich entschlossen, seinerseits den Vertrag aufrecht zu halten, den Papst und sein Gebiet zu beschützen, selbst wenn es zu einer Belagerung und Bestürmung Roms, wie im Jahre 1849, kommen sollte. So weit durfte es die italienische Regierung nicht kommen lassen. Eine zweite römische Expedition warf neue Schmach über das Land, rief möglicherweise einen Bürgerkrieg hervor und machte die Versöhnung mit dem Papstthum noch schwerer. Nur zwei Wege, um in den Besitz Roms zu gelangen, blieben der italienischen Regierung auch nach der Septemberkonvention übrig: wenn die Römer selbst aus freien Stücken ihrem Papst-König den Gehorsam aufkündigten und den Anschluß an Italien proklamirten, oder wenn es ihr gelang, die Kurie zu solchen Maßregeln zu überreden, wodurch der allmähliche Anschluß des Kirchenstaates an das Königreich eingeleitet würde. Von diesen zwei Fällen steht nichts in der Konvention. Man kann sich fast keine andere Lösung als durch einen derselben denken. Allein Aussicht auf diese Weise zum Ziele zu gelangen, hat Italien bis jetzt nicht die geringste. An der Hartnäckigkeit der Kurie scheiterte bisher jeder Versuch, die italienischen und päpstlichen Interessen zu versöhnen, und wenn die Freischaren auf eine Erhebung der Römer rechneten, so haben sie sich in ihnen gründlich getäuscht. Die Masse des römischen Volkes hat für politische Freiheiten keinen Sinn und will ihr behagliches Leben unter der geistlichen Leitung nicht mit der Steuerlast, der Papiergeldwirthschaft und dem Militärwesen des Königreichs Italien vertauschen.

Doch war der Freischarenzug durch die Gefangennehmung Garibaldis nicht beseitigt. Unter Anführung seines Sohnes Menotti, Nicoteras und anderer überschritten die Freischaren am 30. Sept. die Grenzen des Kirchenstaates und zwar zu gleicher Zeit die nördlichen und südlichen. In mannigfachen Täuschungen befangen rechneten sie darauf, vor Ankunft der Franzosen in Rom zu sein, das italienische Militär durch die Gewalt der nationalen Idee nachzuziehen, in Rom einen Volksbeschluß zu Gunsten des Anschlusses zu veranlassen und dann Napoleon die Wahl zu lassen, ob er dieses fait accompli anerkennen oder einen Krieg mit ganz Italien, den unpopulärsten von allen, beginnen und sein eigenes Werk wieder stürzen wolle. Von all diesen Voraussetzungen trat keine ein. Mit dem Ueberfall

Digitized by Google

von Acquapendente am 30. September begann die Invasion. Mehrere Grenzorte wurden genommen, um nach ein paar Tagen wieder verloren zu werden. Ueberall wo die päpstlichen Truppen den Garibaldinern entgegentraten, wie bei der Erstürmung Bagnoreas am 5. Oktober, zogen die letzteren den Kürzern. Es fehlte bei ihnen an einheitlicher Führung, an Waffen und Munition. Auch die Disciplin ließ vieles zu wünschen übrig, daher sich die Bewohner der Grenzorte von ihnen abwandten. Es waren Leute dabei, welche kaum dem Knabenalter entwachsen waren; die Begeisterung konnte hier den Mangel an Uebung nicht ersetzen. Eine aus Emigrirten gebildete „römische Legion" unter Major Ghirelli setzte in Orte bereits eine provisorische Regierung ein. In Rom nahm in Folge der Aufstandsproklamationen einerseits und der Androhung des Belagerungszustandes andererseits die Unruhe und die Besorgniß von Tag zu Tag zu, so daß endlich am 18. Oktober dem Senator (Bürgermeister) von Rom eine mit 12000 Unterschriften versehene Adresse übergeben wurde, worin die Bürgerschaft die Bitte aussprach, der Senator möchte beim Papst die Intervention der regelmäßigen Armee des Königreichs Italien beantragen. Da aber an dem nämlichen Tage der französische Geschäftsträger dem Papst den unfehlbaren Schutz Frankreichs zusicherte, wurde die Adresse nicht beachtet. Die päpstlichen Zuaven rückten vor, vertrieben am 18. und 19. Oktober die Garibaldiner aus Nerola und Vallecorsa und zwangen sie über die Grenze zurückzugehen. Das Gebiet des Kirchenstaates war am 20. Oktober von den Freischaren geräumt, der Telegraph brachte diese Nachricht wie einen Triumph der italienischen Regierung nach Paris, und Napoleon gab den Befehl, die Einschiffung der Truppen in Toulon einzustellen.

Alles schien wieder im guten Geleise zu sein. Und doch fieng die Sache jetzt erst recht an. In Florenz war man schwankend. Gern hätte man sich in den Besitz von Rom setzen lassen oder gesetzt, um dem unleidlichen Zustand einmal ein Ende zu machen. Aber dies bedeutete einen Bruch mit Frankreich, und wer wollte diesen? Der als Napoleonische Kreatur verschrieene Ratazzi war es, welcher Hand in Hand mit der Aktionspartei Rom nehmen und Frankreich den äußersten Widerstand entgegensetzen wollte. Uneingedenk seiner Erklärung vom 21. September unterhandelte er mit den Anführern der Freischaren, um nicht nur seinem Gegner von

Digitized by Google

1862, Garibaldi, ſondern ſich ſelbſt ein zweites Aspromonte zu bereiten. Als es aber darauf ankam, daß ein Manifeſt an die Nation erlaſſen und die Reſerven einberufen würden, ſo ſchreckte der König vor dieſem äußerſten Schritt und ſeinen unermeßlichen Folgen zurück. Ratazzi nahm am 19. Oktober ſeine Entlaſſung, und am 20. wurde Cialdini, der Sieger von Caſtelfidardo, berufen und mit der Bildung eines neuen Miniſteriums beauftragt. Da aber auch dieſer, wie Ratazzi, auf die Linke ſich ſtützen wollte und eine ſolche Politik bei den Beziehungen zu Frankreich im damaligen Augenblick unmöglich war, ſo erklärte er am 26. Oktober dem König, daß er auf die Bildung eines Miniſteriums verzichten müſſe. Darauf wandte ſich der König an General Menabrea, und dieſer brachte am 27. Oktober ein neues Miniſterium zuſammen.

In der Zwiſchenzeit, vom 19. bis 27. Oktober, gab es im Königreich Italien faktiſch keine Regierung, und dies benützte Garibaldi. Dieſem war es, noch unter dem Miniſterium des aktionsfreundlichen Ratazzi, trotz der ſechs Kriegsſchiffe gelungen, von Kaprera zu entrinnen und am 19. Oktober in der Nähe von Livorno zu landen. Am 21. erſchien er in Florenz und ſprach öffentlich zum Volk. Auch in Rom wurde es unruhiger. Das dortige Nationalkomite rief die Einwohner zum Aufſtand auf. Das päpſtliche Militär fieng an, die Thore Roms durch Schanzen und Gräben zu verſperren. Am 22. wurden mehrere Vorpoſten von den Aufſtändiſchen überfallen und durch eine Pulvermine die Hälfte der Zuavenkaſerne in die Luft geſprengt, wodurch 20 Zuaven getödtet wurden. Zugleich fuhr eine Schar von 75 Mann unter der Führung Cairoli's den Tiber hinab und ſetzte ſich auf dem Monte Parioli feſt. Am andern Tag wurde der Hügel von den Päpſtlichen erſtürmt, faſt die ganze Schar vernichtet, Cairoli fiel. Darauf wurde Rom am 25. in Belagerungszuſtand erklärt und die Ablieferung aller Waffen anbefohlen. Da kaum 2000 Mann in der Stadt lagen und dieſe durch den aufregenden Dienſt der letzten Tage ſehr erſchöpft waren, ſo fürchtete man, für den Fall eines kecken Handſtreichs, ſehr für die Sicherheit der Stadt. Denn ſchon war Garibaldi bei ſeinen Rothhemden. Er hatte am 23. Florenz mit einem Extrazug verlaſſen, ſich mit ſeinem Sohne Menotti vereinigt und gleich am 24. Viterbo an ſechs Punkten ſtürmen laſſen. Der Sturm wurde abgeſchlagen. Darauf zog er mit etwa 4000 Mann gegen Monterotondo

Digitized by Google

und erstürmte es am 26. Die Besatzung von nur 400 Mann hatte sich tapfer gewehrt und kapitulirte. Er war nur noch wenige Meilen von Rom entfernt. Einige seiner Scharen drangen bis in die Nähe der Stadt vor. Im Süden, von Tivoli bis Frosinone, wurden von Nicotera und seinen Leuten in allen Städten die päpstlichen Wappen abgerissen und die Vereinigung mit Italien proklamirt. Dagegen erließ der König und das Ministerium Menabrea am 27. Oktober eine Proklamation an die Italiener, worin der Freischarenzug verdammt und Achtung der Verträge gefordert wurde.

Es war die höchste Zeit. Denn schon schwamm die französische Flotte im Mittelmeer. Auf die Nachricht von dem Vordringen der Freischaren gab Napoleon am 26. Befehl zur Einschiffung. Am 28. war die Flotte im Hafen von Civitavecchia. Heftige Stürme verhinderten die sofortige Ausschiffung, was die Besorgnisse in Rom erhöhte. Endlich, am 30., waren die Truppen ausgeschifft. Es waren zwei Brigaden unter den Generalen Dümont und Polhès. Kommandirender General war de Failly. Abends zogen die ersten Bataillone in Rom ein, zur Freude der Kardinäle, zum Schmerz der nationalen Partei. Die verhaßte Fremdherrschaft hatte man nun aufs neue wieder; um mehrere Jahre sah man sich zurückgeworfen. Aber auch die italienische Regierung ließ, in einem Rundschreiben vom 30. die ganze Sachlage enthüllend, ihre Truppen in die Grenzorte des Kirchenstaats einmarschiren, überall die päpstlichen Wappen wieder aufrichten und daneben die Fahne Italiens, als ob die Versöhnung und Verschmelzung schon vollzogen sei, flattern. Die ungeheure Aufregung Italiens zwang sie dazu; nur so konnte sie weiteren Unruhen vorbeugen; zugleich wollte sie sich „in dieselbe Stellung setzen wie die andere kontrahirende Partei, um auf dem Fuße einer vollständigen Gleichheit neue Unterhandlungen beginnen zu können."

Garibaldi stand nun mitten zwischen der französischen und italienischen Intervention. So lange er es nur mit den päpstlichen Truppen zu thun hatte, konnte er auf ein Gelingen seines Planes hoffen. Seit der Ankunft der Franzosen war es Wahnsinn, daran zu denken. Boten um Boten kamen von Florenz und forderten ihn zur Niederlegung der Waffen und zur Umkehr auf. Aber noch am 1. November erließ er in Monterotondo einen Tagesbefehl, worin es hieß: „Will man uns zwingen, unsere Waffen aus Gehorsam

Digitized by Google

gegen den 2. December 1852 niederzulegen, dann will ich die Welt daran erinnern, daß ich hier allein, römischer General, mit Vollmacht der einzigen gesetzmäßigen Regierung der römischen Republik, durch allgemeine Abstimmung erwählt, das Recht habe, mich auf diesem Boden meiner Jurisdiction in Waffen zu behaupten." Es mußte ihm entsetzlich schwer werden, vor Napoleon zurückzuweichen und den Boden, welchen er *sein* nannte, dessen Generalen zu überlassen. Mit etwa 8000 Mann hielt er die Gegend von Monterotondo und Mentana, welche Orte er hatte verbarrikadiren lassen, besetzt. Sein Plan war, scheint es, am 3. November nach Tivoli zu ziehen, dort mit den Scharen Nicotera's und Orsini's sich zu vereinigen und sich dann in die Abruzzen zu werfen, von wo aus er das südliche Italien in Aufstand bringen konnte. Aber während er am 3. November über Mentana nach Tivoli marschiren wollte, zogen 3000 Mann päpstlicher Truppen unter dem Befehl des Kriegsministers Generals Kanzler, eines geborenen Badensers, und eine Reserve von 2000 Mann von der französischen Brigade Polhès heran, um Monterotondo wieder zu nehmen. Um 12 Uhr stießen sie bei Mentana auf die Vorposten Garibaldi's. Bald entbrannte ein heftiger Kampf. Die Garibaldiner wurden zurückgedrängt, sammelten sich wieder, nahmen mit zwei starken Kolonnen die Päpstlichen in die Flanken, diese wichen und waren verloren, wenn nicht die französischen Truppen dem Hilferuf des römischen Generals sofort entsprachen. Aber dies geschah. Die Franzosen rückten in die vordere Linie und schossen mit ihren Chassepot die armen Garibaldiner zu Hunderten nieder. Ein Theil zog sich in das Schloß von Mentana zurück und behauptete dieses und die übrigen verbarrikadirten Häuser bis zum andern Morgen, wo ihnen von den Franzosen freier Abzug zugestanden wurde. Von den Garibaldinern lagen 1000 Mann todt oder verwundet auf dem Schlachtfeld, 1400 wurden gefangen genommen; die Franzosen gaben ihre Verluste auf 2 Todte und 36 Verwundete, die der Päpstlichen auf 30 Todte und 103 Verwundete an.

Garibaldi war während des Sturms auf Mentana mit ein paar tausend Mann nach Corresе abgezogen und legte dort die Waffen nieder. Am andern Tag bestieg er mit seinen Freunden einen Extrazug, um nach Florenz zu reisen. Auf der Station Figline wurde er auf Befehl der Regierung verhaftet und nach La Spezzia

Digitized by Google

in das Fort Varignano gebracht. Man sprach von einem politischen Prozeß, der gegen ihn anhängig gemacht werden sollte. Da aber nicht bloß ehemalige Minister, sondern noch höher gestellte Personen dabei zu figuriren gehabt hätten, so wurde an der Verwirklichung dieses Planes sehr gezweifelt, wie denn auch Viktor Emanuel bald eine allgemeine Amnestie erließ. Für die Unthätigkeit eines Gefängnißlebens waren die Gesundheitsumstände Garibaldi's nicht geschaffen. Dies gab der Regierung eine willkommene Gelegenheit, ihn am 26. November wieder nach Kaprera zu entlassen. Denn die Gefangenhaltung des Mannes, welchen Italien als seinen Helden und Befreier, wenn auch als einen Phantasten ansieht, hatte, zumal bei der sonstigen Haltung der Regierung so böses Blut gemacht, daß es, besonders in Turin und Mailand, an Verwünschungen des Ehrenkönigs Viktor Emanuel nicht fehlte. Auch war diesem nicht die Genugthuung gegönnt, seine Truppen zugleich mit den französischen den Kirchenstaat besetzen zu lassen und so wenigstens den Schein der Ebenbürtigkeit zu wahren. Denn kaum erfuhr das französische Kabinet, daß die italienischen Truppen am 30. Oktober im Kirchenstaat eingerückt seien, so erhielt die französische Gesandtschaft von Herrn von Moustier eine Depesche vom 1. November, worin „diese Handlungsweise als eine mit dem Völkerrecht im Widerspruch stehende" bezeichnet wurde. Es blieb der italienischen Regierung, nachdem sie einmal so weit nachgegeben hatte, nichts anderes übrig, als ihre Truppen am 4. November in die Grenzen des Königreichs zurückzuziehen und den Kirchenstaat ausschließlich den Franzosen zu überlassen, welche ihr dadurch das Geständniß abpressen wollten, daß sie dort nichts zu schaffen habe.

So waren denn die Franzosen wieder in Rom. Aber wie sollten sie wieder herauskommen? Die französischen Staatsmänner wußten recht gut, daß diese römische Expedition nur bei den französischen Klerikalen beliebt, bei den andern Parteien im höchsten Grade unpopulär sei, daß von den andern Großmächten besonders England und Rußland diese Verletzung des von Frankreich selbst so sehr hervorgehobenen Nichtinterventionsprincips, diese Unterstützung der weltlichen Macht des Papstes verdammen, und daß der einzige Bundesgenosse, welchen Frankreich habe, durch diese Expedition und die sich daran knüpfende Occupation zum unversöhnlichen Feinde gemacht werde. Auch war ihnen wohl bekannt, daß die Klerikalen

Digitized by Google

mit diesem Schritte noch nicht einmal zufrieden waren, daß sie bereits von der Zurückgabe der Marken und der Romagna an den Papst, ja von der genauen Ausführung des Friedens von Zürich (1858) sprachen, wonach Neapel und Sicilien dem Könige Franz II., die Fürstenthümer den östreichischen Erzherzogen zurückgegeben werden sollten. Eines so verhängnißvollen Sieges sich bewußt kam die französische Regierung auf den Gedanken, eine Konferenz zu berufen und die Verlegenheiten, welche sie sich durch ihr rasches Zugreifen bereitet hatte, von Europa sich abnehmen zu lassen, wie ja auch bei dem Luxemburger Handel die Garantie Europa's an die Stelle der preußischen Besatzung getreten war. Aber abgesehen davon, daß die anderen Mächte gar keinen Beruf in sich fühlten, den Kaiser Napoleon von seinen Verlegenheiten zu erlösen, daß namentlich Deutschland mit großem Behagen zusehen konnte, wie er sich ganz Italien zum erbittertsten Gegner mache, fragte es sich für die Theilnehmer an der Konferenz, auf welcher Grundlage dieselbe zusammenkommen solle. Am 9. November giengen die Einladungen von Paris ab. Von einem bestimmten Programm war keine Rede; man sollte sich zu freien Besprechungen vereinigen. Auf diese unsichere Aussicht hin war nur Oestreich und Spanien zur Theilnahme bereit und mit herzlicher Freude Hessen-Darmstadt. Die übrigen Mächte zeigten mehr Sprödigkeit. Graf Derby äußerte am 20. Nov. im englischen Oberhaus: „Bevor die Einladung zur Konferenz angenommen werden konnte, mußten verschiedene Punkte in Erwägung gezogen werden. Zuerst ob die beiden Hauptbetheiligten, der Papst und Italien, die Beschlüsse der Konferenz als bindend anerkennen würden. Denn wenn diese beiden sich den Berathungen und deren Beschlüssen entzögen, so wäre die Konferenz doch offenbar eine Vergeudung diplomatischer Thatkraft und Geschicklichkeit. Sodann ob billig Aussicht zur Vereinbarung einer praktischen Grundlage für die Konferenz vorhanden sei, da in Ermanglung einer solchen aus den Berathungen eine wahre Sündflut von Wirren entstehen dürfte. So lange diese beiden Fragen nicht ihre befriedigende Lösung gefunden, kann ich in der Betheiligung an einer Konferenz so unbestimmten Charakters keinen Nutzen erblicken." Dies war auch die Ansicht Preußen und Rußlands.

Auch die deutschen Mittelstaaten hatten Einladungen zur Konferenz erhalten. Sachsen war bundestreu genug, die Einladung an

Digitized by Google

das Präsidium des norddeutschen Bundes zu verweisen; Baiern, Württemberg und Baden erklärten ihre Bereitwilligkeit zur Theilnahme unter den von Preußen aufgestellten Bedingungen. Um so auffallender war die bedingungslose Annahme Hessen-Darmstadts, zumal es ja mit einem Theile seines Gebietes zum norddeutschen Bunde gehört. Es zog sich dadurch nicht bloß einen geharnischten Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu, worin von „vollständigem Mangel an Einsicht dessen, was politisch schicklich ist, und von Mißachtung der nationalen Idee" die Rede war, sondern auch, und dies wog noch schwerer, eine Note des Grafen Bismarck vom 24. November, worin gefragt wurde, ob „dieses Verfahren und die Konsequenzen desselben sich mit dem Wortlaut der Bundesverfassung in Einklang bringen lassen."

Die meisten Mächte erklärten sich, „im Princip" damit einverstanden, die italienische Frage auf einer Konferenz zu erledigen, hielten aber eine Konferenz für unmöglich, wenn nicht Italien und der Papst sich über ihre Stellung zu derselben bestimmt ausgesprochen und diese beiden nebst Frankreich sich über die Grundlagen der Berathung verständigt hätten. Da aber Graf Menabrea in seiner Antwort vom 19. November erklärte, daß, von allem anderen abgesehen, die Besetzung Roms durch die Franzosen vor Beginn der Konferenz aufgehoben werden müsse, worauf Frankreich nicht eingieng, und da die Kurie in dieser Konferenz nur eine Gelegenheit zu einem Ideenaustausch sah, wobei sie vor ganz Europa alles das zurückfordern werde, was ihr seit dem Jahre 1860 genommen worden sei, so war zum großen Leidwesen der französischen Regierung nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß die Konferenz zu Stande komme. Hatte Frankreich ohne irgend jemand zu fragen, in Italien intervenirt, so behielt es neben der Ehre der Occupation auch die Verantwortung dafür. Und nicht bloß außerhalb Frankreichs, sondern in Frankreich selbst erfuhr die zweite römische Expedition bitteren Tadel. Gelegenheit hiezu gab die Eröffnung der Kammern am 18. November. Napoleon sagte in seiner Thronrede, daß der Septembervertrag mit Italien fortbestehe, so lange er nicht durch einen neuen internationalen Akt ersetzt sei, kündigte einen Gesetzentwurf über die Verbesserung der militärischen Einrichtungen an und versicherte, daß Frankreich sich in die deutschen Angelegenheiten nicht mischen werde, „so lange unsere Interessen und unsere

Digitized by Google

Würde nicht bedroht sind," eine Klausel von so elastischer Natur, daß mit derselben ebensowohl der Frieden erhalten werden, als jeden Augenblick der Krieg losbrechen kann.

Zunächst kam in den Kammern die italienische Frage zur Besprechung. Im Senat, wo die Erzbischöfe so salbungsvoll sprachen, als ob sie in der Kirche unter ihren Gläubigen ständen, hatte die Regierung keinen harten Stand. Auf die Rede des Ministers Moustier am 30. November wurde zur Tagesordnung übergegangen. Dagegen griff in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 2. Dec. Jules Favre, welcher eine Interpellation gestellt hatte, die italienische Politik der Regierung aufs heftigste an. „Sonst war Frankreich in der Wahrung seiner Unterschrift nicht so eifrig. Es ließ trotz des Vertrags von 1852 Dänemark von Preußen vernichten (!). Vor einer gebieterischen Geberde der Vereinigten Staaten haben Sie den Vertrag mit Maximilian zerrissen. Als Ihnen zwischen Abfall und Schande die Wahl blieb, wählten Sie den ersteren. Sie haben Maximilian im Stich gelassen. Ich tadle Sie nicht darum; aber ich verlange, daß Sie mit dem Septembervertrag dasselbe thun, wenn es nicht heißen soll, daß Sie die Verträge nur gegen die Schwachen geltend machen, gegen den Starken aber fallen lassen. Wohin führt diese Politik? Wir können nicht vorwärts und nicht zurück. Wenn wir den Papst fortwährend und wirksam beschützen wollen, müssen wir jährlich 50000 Mann und 100 Millionen darauf verwenden und werden zum Hasse der Völker, wie es ehemals die Oestreicher waren. Und das für dieselbe Macht, welche in der berüchtigten Encyklika vom 8. December 1864 die finstersten Grundsätze der Verdammung und der Ausschließung verkündet und dem ganzen Wesen unserer Zeit den Krieg erklärt! Ich weiß wohl, daß die Regierung diese Encyklika durch den Staatsrath hat zerreißen lassen. Ja, aber sie hat die Fetzen derselben zusammengesucht, um daraus die Patronen der Chassepotgewehre zu machen." Jules Simon, welcher am 3. December sprach, äußerte über die so sehr betonte Nothwendigkeit der Unabhängigkeit des Papstes: „Der souveräne Papst ist gar nicht unabhängig, er ist ein Schützling Frankreichs, geschützt und gehalten durch französische Waffen seit 1849; denn die französischen Truppen blieben als Legion von Antibes selbst nach dem formellen Abzug der kaiserlichen Truppen."

In der Sitzung vom 4. Dec. klagte der Minister Moustier

Digitized by Google

das abgetretene Miniſterium Ratazzi offen an, ſeit Beginn der Bewegung Frankreich getäuſcht und Garibaldi vorgeſchoben zu haben, um im geeigneten Augenblick ſtatt dieſes republikaniſchen Führers ſich ſelbſt an die Spitze der Bewegung zu ſtellen. „Wir betrachteten den Vertrag als verletzt, ſobald die italieniſchen Truppen in das päpſtliche Gebiet einrückten. Da machte mir der italieniſche Geſandte mündlich eine Mittheilung von der höchſten Wichtigkeit: er ſchlug eine europäiſche Konferenz und für den Augenblick die gemeinſchaftliche Beſetzung Roms durch Frankreich und Italien vor. Wir nahmen von dem erſten Vorſchlag Akt und wieſen den zweiten zurück. Ich kann dieſen zweiten Vorſchlag nicht anders als in folgender Weiſe charakteriſiren: man trug uns nicht nur die Rolle des Gefoppten, ſondern auch die des Verräthers an. Wir wieſen mit Entrüſtung dieſe Mitſchuld zurück, welche man uns mit einer Art Bonhomie zumuthete, die den Schimpf noch verdoppelte. Tritt die Konferenz nicht zuſammen, ſo fallen wir unter die Herrſchaft des Septembervertrags zurück und ſagen zu Italien: wollt ihr ihn diesmal ausführen und ſtärkere Garantien geben als früher? Nur in dieſem Fall werden wir ein zweitesmal das Papſtthum in die Hände eurer Loyalität zurückgeben.“ Darauf folgte Thiers, welcher in ſeiner bekannten Weiſe davon ſprach, daß Frankreich die Einheit Italiens nicht hätte zugeben, nach der Losreißung der Lombardei die weiteren Annexionen nicht hätte dulden ſollen. Italien verfahre mit der größten Rückſichtsloſigkeit, gebe den entthronten Fürſten nicht einmal ihr Privatvermögen zurück. „Gewiß, Herr von Bismarck geht nicht achtungsvoll mit den kleinen Staaten um, aber er hat wenigſtens die private Redlichkeit und hat den Fürſten von Hannover und Naſſau ihr perſönliches Vermögen zurückerſtattet. Zwiſchen Garibaldi und dem Haus Savoyen beſteht eine Uebereinſtimmung der Inſtinkte. Garibaldi zieht aus, um für das Haus Savoyen Königreiche zu erobern. Glückt es ihm nicht, ſo verhaftet man ihn und ſchickt ihn nach Kaprera. Glückt es ihm, ſo ſagt man ihm: „„Deine Beute gehört uns.““ Da es ſich um den Fürſten handelt, welcher das Oberhaupt der katholiſchen Kirche iſt, ſo iſt es keine gewöhnliche Intervention. Wenn ihr das Papſtthum wieder in die Hände der Italiener gebt, ſo werden dieſe es achten, ſo lange ihr unbeſchäftigt ſeid; ſo bald ihr aber mit einer anderen Macht zu thun habt, ſo werden ſie ſich Roms bemächtigen.“

Digitized by Google

Noch entschiedener als diese beiden Herren sprach sich in der Sitzung vom 5. December Staatsminister Rouher aus: „Wir erklären, daß Italien sich niemals Roms bemächtigen wird. Niemals wird Frankreich eine solche Gewaltthat gegen seine Ehre, gegen seine Katholicität ertragen. Es wird von Italien die strenge und energische Ausführung des Septembervertrags verlangen; wo nicht, so wird es selbst dafür eintreten. Wenn ich von Rom sprach, so meine ich damit das gegenwärtige päpstliche Gebiet in seiner ganzen Integrität." Nach dieser Rede wurde über die Interpellation Favres mit 237 gegen 17 Stimmen einfache Tagesordnung beschlossen.

Auch die deutschen Angelegenheiten kamen wieder zur Sprache. In der Sitzung vom 9. December fragte Thiers: „Soll man jetzt Deutschland, das die größte Revolution der Neuzeit vollbracht, alles nach seinem Gutdünken thun lassen? Was soll da aus Frankreich werden, wenn man zu jedermann sagt: thut, was euch beliebt!" Diese kleinliche, selbstsüchtige und eifersüchtige Politik bekämpfte Gueroult und hob hervor, die französische Regiernng habe es durch ihre Politik dahin gebracht, daß sie ganz isolirt stehe, den Regierungen und den Völkern gleich verhaßt." Darauf wußte Rouher nichts anderes als Phrasen, wie sie in der Thronrede standen, anzuführen. „Bezüglich Deutschlands sei die Politik Frankreichs eine Politik der Beruhigung und der Beschwichtigung gewesen. Die Regierung nehme offen die vollendeten Thatsachen hin, so lange nicht seine Interessen und seine Würde mit ins Spiel kommen."

Was Frankreich nach Vollendung seiner Heeresorganisation unter seinen Interessen und seiner Würde zu verstehen gesonnen sei, ließ sich aus den Debatten über das neue Militärgesetz entnehmen, welche im gesetzgebenden Körper am 19. December ihren Anfang nahmen. Gressier, der Berichterstatter der Kommission, sagte in der Sitzung vom 21. December: „Wenn das Gleichgewicht (d. h. das Uebergewicht Frankreichs) gestört ist, muß man es wieder herstellen. Es wird aber weder durch die Uebereinstimmung der Völker noch durch die Anstrengungen der Diplomatie wieder hergestellt werden, sondern durch das einzige Mittel, welches heute noch die Differenzen zwischen Nationen regeln kann, durch den Krieg." Darauf sagte die Linke, daß dadurch der wirkliche Zweck des Gesetzes enthüllt sei, einen großen Krieg vorzubereiten. Was auch Rouher

Digitized by Google

zur Verhüllung der geheimsten Gedanken Napoleons sagen mochte, niemand glaubte ihm, um so weniger, als am 23. December der Kriegsminister Marschall Niel eine sehr herausfordernde Sprache führte.

Es handelte sich um einen Antrag der Linken, an die Stelle des durch Konskription gebildeten stehenden Heeres die allgemeine Wehrpflicht mit möglichst kurzer Dienstzeit einzuführen. Niel bekämpfte diesen Antrag und sagte: „in Preußen sei dieses System allerdings den französischen Revolutionären nachgeahmt und allmählich zu einer gewaltigen Kriegsmaschine ausgebildet worden. Nirgends aber, in der Vergangenheit wie in der Gegenwart könne man ein drückenderes Militärgesetz finden als das preußische. Wenn man das System der allgemeinen Volksbewaffnung in Frankreich einführen und dabei auf den militärischen Geist verzichten wolle, so verzichte man auch gleichzeitig auf die Disciplin. Und wie will man unter solchen Bedingungen Frankreich der Gefahr aussetzen, eines Tages gegen eine Nation (Preußen) zu marschiren, die geschickt und von langer Zeit her organisirt ist, in welcher vielfache Uebungen stattfinden, in welcher der militärische Geist in einem Grade, wie wir ihn vielleicht nie erreichen werden, vorherrscht, und in welcher die Hierarchie des Rangs, ohne daß die Bevölkerung daran Anstoß nimmt, mit der Hierarchie der Geburt zusammenfällt? Daran denken Sie nicht, oder wenn Sie auf das französische Volk das System der allgemeinen Wehrpflicht anwenden wollen, so müssen Sie dasselbe vollkommen nach preußischem Muster organisiren, und dann, aber nur dann können beide Nationen, ohne Nachtheil für die eine von ihnen, sich auf dem so schwierigen Schlachtenboden gegenübertreten. Seit meiner Uebernahme des Amtes ist die Armee so ziemlich schlagfertig gemacht. Die ganze Infanterie wird bis zum nächsten Frühjahr mit ausgezeichneten Gewehren versehen sein; die Zeughäuser und die Magazine sind gefüllt, die Festungen sind bereits in einem besseren Zustand, und alle Tage wird daran gearbeitet. Das französische Volk ist von jeher stolz gewesen, und die Armee ist sein Ebenbild. Es hat gallisches Blut in den Adern und vermag nicht lange eine Gefahr, von der es bedroht ist, zu ertragen. Es geht lieber dieser Gefahr entgegen. Das französische Volk lebt nicht gerne in der Ungewißheit und sieht seinen Handel und seine Industrie nicht gerne dahinsiechen; lieber

Digitized by Google

will es sofort den Krieg. Gibt man ihm nun eine militärische Organisation, welche ihm alle Sicherheit gewährt, so läßt es die Sorgen fahren. Es fürchtet seine Nachbarn nicht, träumt selbst von keinen Eroberungen und überläßt sich im Frieden seinen gewohnten Beschäftigungen. Durch die Einführung des neuen Militärgesetzes werden diese Resultate erreicht, daher er durch dasselbe für die Aufrechthaltung des Friedens gearbeitet zu haben glaube. Frankreich brauche eine ständige Armee von 400000 Mann, eine ebenso starke Reserve und mobile Nationalgarde, so daß man im geeigneten Augenblicke über 1,200,000 Mann verfügen könne. Nicht erst in 6 bis 7 Jahren werde dieses Gesetz seine Wirkung auf die Wehrkraft der Nation äußern, sondern schon im nächsten Jahre werden 600,000 Mann mobiler Nationalgarde vorhanden sein. Mit einer Armee von 600,000 Mann und ebenso vielen Nationalgarden könne man vorläufig schon allen Eventualitäten begegnen. Enfin, nous sommes prêts."

Dem Kriegsminister entgegnete Jules Favre: „Niel fordre die Erhöhung des Effektivbestandes und sage doch, Frankreich bedrohe niemand und werde von niemand bedroht. Er aber sage, Frankreich bedrohe und werde bedroht. Die politische Lage Frankreichs, die Verfassung des Kaiserreichs, welches den Souverän zum ausschließlichen Herrn über Krieg und Frieden mache, habe ganz Europa in jene unbestimmte Unruhe versetzt, aus welcher die allseitige Vermehrung der Streitkräfte hervorgegangen sei. Die mexikanische Expedition sei Schuld an den Ereignissen in Schleswig-Holstein und in Böhmen. Frankreich habe keinen Alliirten mehr als die Priesterherrschaft und die weltliche Macht des Papstes. Man solle der Regierung nicht so viel Macht in die Hand geben und an die Allmacht des ersten Kaiserreichs denken, die mit der Occupation des Landes durch die fremden Mächte geendigt habe."

Während dieses französischen Säbelgerasseis war es auch in der italienischen Abgeordnetenkammer, welche am 5. December wieder zusammentrat, scharf hergegangen. Gerade an diesem Tage hatte Rouher sein gebieterisches Jamais ausgesprochen und zugleich als Zweck der römischen Expedition angeführt, daß Frankreich die Revolution habe aufhalten wollen, für welche drei Etappen festgestellt gewesen seien: Rom, Florenz und Paris. Italien wurde zwar von der englischen Times getröstet, welche sagte, so ein Jamais sei von

Digitized by Google

einem Staatsmann nicht so böse gemeint; man wisse ja, daß die Minister gar häufig selbst etwas ausführen helfen, was sie ein Jahr vorher als unmöglich bezeichnet haben. Doch wäre den Italienern eine englische Flotte vor Civitavecchia ein wirksamerer Trost gewesen. Die Abgeordneten gaben dieser antifranzösischen Stimmung einen lebhaften Ausdruck. Selbst der konservative Ministerpräsident Menabrea konnte sich dieser nationalen Strömung nicht entziehen. Gleich in der ersten Sitzung vom 5. December hielt er eine längere Rede über die Vorgänge, welche den Sturz Ratazzi's und die Neubildung des Ministeriums herbeiführten, und sagte unter anderem: „Zwischen den südlichen Provinzen Italiens und den anderen besteht ein kleiner Staat, in welchem die berühmteste Stadt der Welt liegt. Dieser kleine Staat ist ein schweres Hinderniß für uns. Wäre seine Regierung besser, so wären die Uebelstände geringer. Aber Rom ist der Mittelpunkt der Verschwörungen gegen die Einheit Italiens. Es ist natürlich, daß ganz Italien lebhaft gegen Rom protestirt. Was würden wohl die Franzosen thun, wenn Paris in der Gewalt der Engländer wäre? In unserem Jahrhundert ist alles, was ein Volk hemmen kann, ein Hinderniß, das beseitigt werden muß. Allein Rom ist zugleich die Stadt, wo das Haupt der Kirche seinen Sitz hat, das sicher nicht so schwach ist, wie wohl mancher meint, und wohl weniger schwach in einem Lande, wo das katholische Gefühl das vorherrschende ist. Unsere Pflicht ist es, das Haupt der Religion zu achten. Nicht durch Gewalt geht man nach Rom; man muß moralische Mittel anwenden. Das Nationalparlament hat dies in der Sitzung vom März 1861 anerkannt. Diejenigen, welche mit den Waffen in der Hand nach Rom gehen wollen, verletzen das Parlamentsdekret. Je stärker wir sein werden, desto näher werden wir Rom kommen." Ueber das, was nun zunächst zu thun sei, sagte er am 17. December: „Der Septembervertrag ist nicht null und nichtig, sondern nur suspendirt wegen der Einmischung Frankreichs. Ebenso ist aber auch die halbjährige Zahlung der päpstlichen Schuld (welche Italien zugleich mit der Annexion der päpstlichen Provinzen übernommen hatte) eingestellt. Die italienische Regierung wird sich bemühen, den Septembervertrag wieder in Kraft zu setzen und sodann über neue Bedingungen zu verhandeln und zwar, wie sie hofft, über bessere. Zunächst handelt es sich darum, ein doppeltes Ziel zu erlangen: den Abzug

Digitized by Google

der französischen Truppen und die Herstellung eines modus vivendi mit Rom."

Eine mehrtägige Debatte über das Verhältniß Italiens zu Frankreich und zum Kirchenstaat fand statt, in welcher die Mitglieder der Rechten und der Linken sich darin einig zeigten, daß beide erklärten, der italienische Staat bedürfe zu seiner Vervollständigung Roms, darin uneinig, daß die Rechte nur durch moralische Mittel, die freilich schwer definirbar sind, in den Besitz von Rom gelangen wollte, während die Linke auch die Gewalt nicht scheute und durch die „Wunder von Mentana" so erbittert gegen Frankreich war, daß sie den Septembervertrag nicht mehr anerkennen und die diplomatischen Beziehungen mit Frankreich abbrechen wollte. Da aber dadurch die Schmach der französischen Soldatenherrschaft ins endlose verlängert würde, so mußte man der Rechten beistimmen, wenn sie, weil im Augenblick schlechterdings nichts anderes zu erreichen war, den Septembervertrag in irgend einer Form erneuern wollte, um nur die Franzosen wieder aus dem Lande hinaus zu bekommen. Ueber die weltliche Herrschaft des Papstes und über Frankreich drückten sich beide Parteien gleich stark aus. Der Justizminister Mari sagte am 13. December: „Wer wünscht nicht den Fall der weltlichen Gewalt des Papstes? Wer ist nicht überzeugt, daß die Religion bei unsern Gegnern nur ein Vorwand ist? Unsere Ansicht ist nicht neu. Es ist schon lange, daß Dante gesagt hat, die römische Kirche sei, indem sie die beiden Gewalten vermischte, in den Koth gesunken." Crispi, der Hauptführer der Linken, erklärte am 16. December, schon die Legion von Antibes sei eine Verletzung des Septembervertrages gewesen, und die italienische Regierung hätte, wenigstens nach der Sendung des Generals Dümont, denselben aufkündigen sollen. „Im übrigen kann uns wenig daran liegen, ob die französischen Truppen in Civitavecchia oder in Toulon liegen, sobald Frankreich erklärt, einzuschreiten, wenn die weltliche Macht des Papstes bedroht ist. Auf die Länge ist es doch nicht möglich, daß die Söhne Voltaires sich hergeben, die Küster der Pfaffen zu machen. Lassen wir die Rouher, die Berryer, die Moustier, die Thiers Allianz mit der Soutane und den Legitimisten machen; der Tag der neuen Marseillaise ist nicht fern."

Allgemein erwartete man einen Kammerbeschluß, wodurch die Politik des Ministeriums gebilligt würde, zumal schon bei der Wahl

Digitized by Google

eines Präsidenten der Abgeordnetenkammer am 6. December der Regierungskandidat Lanza mit einer Mehrheit von 40 Stimmen über Ratazzi, welchen die Linke vorschlug, gesiegt hatte. Als aber Menabrea ein förmliches Vertrauensvotum und die Annahme folgender Tagesordnung verlangte: „Die Kammer, indem sie Akt nimmt von der Erklärung des Ministeriums, daß es das nationale Programm, welches Rom zur Hauptstadt Italiens verlangt, unverletzt aufrecht halten werde, beklagt, daß man dasselbe mit Mitteln ausführen wollte, welche im Widerspruch mit den Gesetzen und den Parlamentsbeschlüssen sind, und überzeugt, daß in der Achtung des Gesetzes die Bürgschaft für die Freiheit und Einheit des Landes besteht, billigt sie die Haltung des Ministeriums und geht zur Tagesordnung über," so verwarf die Kammer, offenbar um ihrem Haß gegen Frankreich Ausdruck zu geben, am 22. December diesen Antrag mit 201 gegen 199 Stimmen. Bei der Verkündigung des Resultats der Abstimmung erhob sich von den Plätzen der Opposition und den dichtgedrängten Tribünen der enthusiastische Ruf: Viva Roma, la capitale d'Italia! Dies war die Antwort Italiens auf das Jamais des Herrn Rouher. Sofort gab das Ministerium am 23. December seine Entlassung ein. Der König nahm sie an, beauftragte aber zugleich Menabrea, ein neues Kabinet zu bilden, und die Kammer wurde bis zum 3. Januar vertagt.

Durch die französischen und italienischen Kammerverhandlungen traten die Gegensätze zwischen Frankreich und Italien aufs schärfste hervor. Sagte jenes, Rom sei für Italien nicht nöthig, Italien habe gar kein Recht auf Rom, es werde sich niemals Roms bemächtigen dürfen, so erwiderte dieses, es könne Rom gar nicht entbehren, es habe eben so viel Recht auf Rom als Frankreich auf Paris und werde niemals auf Rom verzichten. Es ist allerdings wahr, daß das Königreich Italien den Eindruck eines geschlossenen Ganzen so lange nicht machen wird, bis es den Kirchenstaat sich einverleibt und Rom, welches seit mehr als zwei Jahrtausenden im Inland und Ausland als das Centrum der italienischen Nationalität gilt, zu seiner Hauptstadt gemacht hat. Erst dann werden alle Theile Italiens von dem Bewußtsein der Einheit durchdrungen, die inneren Eifersüchteleien ausgeglichen, das Königreich zu einer selbständigen Großmacht erhoben sein. Andererseits aber kann man nicht verhehlen, daß im Katholicismus selbst eine Aenderung vorgehen

Digitized by Google

muß, bevor er sich in die Abschaffung der weltlichen Herrschaft des Papstes wird finden können. Denn wenn der Papst in der Hauptstadt des italienischen Königs und nicht mehr in seiner eigenen residirt, so ist es mit seiner Souveränetät gerade so aus, wie im vierzehnten Jahrhundert mit derjenigen der Päpste zu Avignon. Deutschland hat es unter Kaiser Ludwig dem Baier sehr zu empfinden gehabt, was es heißt, wenn der Papst in der Machtsphäre des französischen Königs ist. Der Papst ist dann kaum etwas mehr als der erste Landesbischof, und ob mit einem solchen fremde Souveräne Konkordate schließen, ob sie ihre Bischöfe von ihm ernennen und andere Beschränkungen ihrer eigenen Herrschergewalt noch ferner sich von ihm gefallen lassen wollen, ist noch nicht ausgemacht. Nicht bloß der Kirchenstaat, sondern auch die Stellung des Papstes als des gebietenden Oberhauptes der katholischen Kirche steht bei dieser scheinbar bloß italienischen Frage auf dem Spiel. Selbst Napoleon I., welcher doch gewiß das Zeug hatte, um solche Verhältnisse richtig zu beurtheilen, sprach sich zu einer Zeit, wo sein Blick noch nicht durch seine grenzenlose Herrschsucht getrübt war, als erster Konsul für die Zweckmäßigkeit eines Kirchenstaates aus. „Bildet man sich ein," sagte er, „daß, wenn der Papst in Paris wäre, Spanier und Deutsche seinen Entscheidungen Gehorsam leisten würden? Es ist ein Glück, daß er in diesem alten Rom residirt, fern von deutschen Kaisern, von französischen und spanischen Königen, zwischen den katholischen Souveränen die Wagschale haltend, sich immer dem Stärksten ein wenig zuneigend, aber sogleich wieder aufrecht, wenn der Stärkste den Unterdrücker spielen will. Die Jahrhunderte haben dies geschaffen, und sie haben es recht geschaffen." Mit dieser Sprache des ersten Konsuls kontrastirt freilich das Dekret des Kaisers, datirt von Schönbrunn den 16. Mai 1809, gewaltig. Denn in diesem wurde das Aufhören der weltlichen Macht des Papstes ausgesprochen und der Kirchenstaat theils mit dem Königreich Italien theils mit Frankreich vereinigt.

Bei dieser Sachlage ist es einleuchtend, warum die Kurie dem Königreich Italien beständig ihr Non possumus entgegenhält. Die Gegensätze sind unversöhnlich. Jeder hat von seinem Standpunkt aus Recht. Italien hat jedenfalls unklug daran gethan, den seinigen mit Gewalt dem Gegner aufdringen zu wollen. Auch hier zeigte sich jener krankhafte Zug der neuesten Zeit, alles im Sturm-

Digitized by Google

schritt, mit fieberhafter Hast durchführen und Fragen, an deren Lösung sich sonst ein Jahrhundert abgearbeitet hat, in Monaten abwickeln zu wollen. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß durch die Ungeschicktheit der Schauspieler zuweilen mehr verdorben, als gewonnen, eher ein Rückschritt als ein Fortschritt erzielt wird. In letzterem Falle ist Italien. Es hätte sich Preußen zum Muster nehmen und die Art und Weise, wie dieses die süddeutschen Staaten an sich gezogen hat, nachahmen sollen. Auch könnte es nicht schaden, wenn Italien in seinen Finanzen eine so gute Ordnung hätte wie Preußen. Denn es macht doch einen gar zu schlechten Eindruck, wenn der Finanzminister das Deficit vom Jahre 1868 auf 203 Millionen Franks anschlägt. Und dies ist nur das Deficit des Finanzministers. Wie wird nun erst, zumal nach der Theurung der letzten Monate, das wirkliche Deficit lauten! Wenn Italien sich aufs Sparen legte, die Unterrichtszwecke, Handel, Industrie und Gewerbe förderte und Rom einstweilen seinem Schicksal überließe, so fragt es sich doch, ob dieses isolirte Rom nicht gerne Beziehungen mit Italien eröffnen und nach und nach innige Verbindungen mit demselben anknüpfen würde, denen die förmliche Einverleibung wie das Fallen der reifen Frucht folgen würde. Dieser Weg ist zwar langsamer, aber er führt vielleicht Italien doch schneller nach Rom.

Man hat auch noch von einer anderen Lösung gesprochen, wodurch Italien nicht gegen, sondern mit dem Willen Frankreichs in Rom einzöge. Ein italienisches Blatt schrieb zu Ende Novembers: „Der Aussage des Generals Lamarmora zufolge dreht sich die ganze römische Frage zwischen den Regierungen von Frankreich und Italien um die Frage einer Allianz, welche Frankreich für gewisse Eventualitäten von Italien verlangt. Der Preis der Unterzeichnung einer solchen Allianz wäre Rom." Daß lediglich politische, nicht religiöse Gründe es sind, welche Napoleon zur Beschützung des Kirchenstaats bestimmen, ist bei einem Manne von einer solchen Vergangenheit wohl vorauszusetzen. Es können also Fälle eintreten, daß Napoleon aus politischen Gründen den Italienern den Kirchenstaat geradezu anbietet, trotz aller Reden der Herren Moustier und Rouher. Diese Eventualitäten liegen am Rhein, und die Reden des Marschalls Niel und des Berichterstatters Greffier in der französischen Deputirtenkammer waren allerdings von der Art, daß sie eher wie eine Kriegstrompete als wie die Stimme einer Friedenstaube

Digitized by Google

klangen. Diese kolossale Anhäufung von Mannschaft und Kriegsmaterial, diese herausfordernden Redensarten, dieses Pochen auf Kriegsbereitschaft könnte auf die Absicht hindeuten, durch einen Krieg auf Leben und Tod die Frage zu entscheiden, ob von nun an Deutschland oder Frankreich die erste Rolle in Europa spiele. Daß dabei Niel die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verwirft und die Konskription nebst dem Loskaufsystem beibehält, dadurch also der wohlhabenden und gebildeten Klasse die Befreiung von dem Dienst im stehenden Heere erleichtert, könnte auffallend erscheinen, wenn man nicht wüßte, daß sich die Regierung vor dieser allgemeinen Wehrpflicht, vor dem „Volk in Waffen" fürchtet und lieber sogenannte Berufssoldaten heranzieht, welche durch Sold und Pensionen angelockt aus dem Militärdienst ein Gewerbe machen. Diese Sorte von Truppen hat alle Tugenden und alle Fehler der alten Prätorianer, und die in den deutschen Heeren befindliche Intelligenz wird ihnen gewachsen sein. Auch darf man sich durch die hohen Zahlen des französischen Kriegsministers (400000 Mann stehendes Heer, 400000 Reserve, 400000 mobile Nationalgarde) nicht schrecken lassen; denn die Kriegsstärke des norddeutschen Heeres ist auf 972434 Mann und auf 214 Batterien mit 1272 bespannten Geschützen berechnet, wozu, den Allianzverträgen gemäß, noch etwa 200000 Mann süddeutscher Truppen kommen, womit die Summe von 1,200,000 französischer Truppen so ziemlich erreicht sein wird. Auch wir sind bereit; nur hängen wir es nicht gerade an die große Glocke.

Kaiser Napoleon wird sich mit einem Krieg gegen Deutschland nicht sehr beeilen; es müßten denn äußerst zwingende Gründe vorhanden sein, die von außen her einwirken oder im Innern seines Landes selbst auftauchen. Die Rüstungen selbst brauchen durchaus nicht als Zeichen der Kriegslust des französischen Kabinets gedeutet zu werden. Bei der Schlagfertigkeit des jetzigen Deutschlands konnte Frankreich nicht wohl anders als gleichfalls seine Armee reorganisiren, Hinterlader anschaffen und Lücken im Material ausfüllen. Was die Sache auffallend macht, ist das viele Geschrei, das die Franzosen in der Kammer und in der Presse davon machen, während man in anderen Staaten sich auch auf Rüstungen versteht, dabei aber schweigen kann. Wenn aber das Unwahrscheinliche doch einträte, daß Frankreich mit mehr als einer halben Million Men-

Digitized by Google

schen der weiteren Entwicklung Deutschlands sich hemmend in den Weg werfen wollte, und der Versucher an Italien heranträte, den Kirchenstaat ihm anböte unter der Bedingung, daß es mit Frankreich gegen Deutschland marschirte, was dann? Hierauf ist keine Antwort zu geben, weil die leitenden Persönlichkeiten jenseits der Alpen, trotz des Bündnisses von 1866, weit weniger berechenbar sind als diesseits derselben. Nur soviel ist zu sagen, daß Italien, mit oder ohne Kirchenstaat, keine selbständige Großmacht ist, bis es sich von dem französischen Einfluß losgemacht hat. Dieses Ziel kann es nur durch ein Bündniß mit Deutschland erreichen, und ein gemeinschaftlicher glücklicher Feldzug gegen Frankreich kann ihm dann auch den Kirchenstaat geben. Dazu gehört aber, daß Italien seine unzuverläßige Politik aufgibt und eine Haltung annimmt, bei welcher Deutschland nicht zu fürchten hat, daß mitten in der Aktion wieder eine Schwenkung zu Frankreich eintrete. Diesem Mißtrauen hat die berühmte Instruktion des Grafen Bismarck an den preußischen Gesandten in Florenz, Herr von Usedom, (vom Oktober) Ausdruck gegeben. Was darin über den „König Viktor Emanuel und die seinem Herzen näherstehenden Politiker" gesagt ist, berechtigt allerdings sehr zu Argwohn und macht Vorsicht zur Pflicht. „Eine Macht wie Preußen kann in ihrer gegenwärtigen Stellung nur mit vollkommen sicheren Unterlagen, mit klarer Uebersicht über den Stand des Schachbrettes Stellung nehmen."

An solcher Uebersicht fehlte es im preußischen Staatshaushalt nicht. Schon die Thronrede vom 15. November, womit der König die preußischen Kammern eröffnete, gab Zeugniß hiefür. Auch die Kammerverhandlungen gaben mehrfach Gelegenheit, in alte und neue Verhältnisse mehr Klarheit zu bringen. Die Verträge mit den depossedirten Fürsten, von denen König Georg von Hannover 16 Millionen, Herzog Adolf von Nassau 3,891000 Thaler erhalten sollte, kamen erst im Jahre 1868 zur Berathung. Dagegen hatte die Sitzung vom 9. December einen interessanten Stoff zu debattiren. Der Abgeordnete von Bennigsen hatte beantragt, „die Regierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten auf den Etat des norddeutschen Bundes übernommen und daß die innerhalb des norddeutschen Bundes bestehenden preußischen Gesandtschafts- und Konsulatsposten aufgehoben werden." Das Ziel dieses Antrags war

Digitized by Google

Aufhebung des Gesandtschaftswesens der kleinen Staaten und Verwandlung der preußischen Gesandtschaften in norddeutsche Bundesgesandtschaften.

Darauf erklärte Graf Bismarck: „Die Regierung hält den ersten Theil des Antrags principiell für zweifellos richtig; der jetzige Zustand ist nur ein provisorischer, nur ein Uebergangsstadium, aus welchem eine strengere Koncentration der Vertretung des Bundes nach außen hin, für die Fragen der großen Politik wenigstens, hervorgehen muß. Wir streben nach dem einheitlichen Ziele, doch müssen wir mit Schonung unserer Bundesgenossen verfahren. Die Einheitsbestrebungen von 1848 und 1849, welche sich an den Namen von Radowitz knüpfen, sind wesentlich mit dadurch gescheitert, daß die dynastische Empfindlichkeit nicht geschont und gleich von vornherein der Wegfall des Vertretungsrechtes zu Gunsten der Centralgewalt gefordert war. Wenn das Präsidium eine Vertretung des Bundes bis jetzt noch nicht hat eintreten lassen, so ist dies nicht auf die Befürchtung zurückzuführen, daß die Anerkennung nicht erfolgen möchte. Es ist zu einer solchen Befürchtung um so weniger Veranlassung gegeben, als die Bundesflagge bereits allseitig anerkannt worden ist. Wir haben nur unsere Bundesgenossen schonen wollen. So lange sie auf das Vertretungsrecht nicht freiwillig verzichten, muß eine Theilung der Repräsentation nach außen in der Weise eintreten, daß in der großen Politik, wie gegenwärtig in der Konferenzfrage, der Bund einheitlich vertreten ist und die Gesandtschaften der Einzelstaaten sich mehr mit den speciellen Angelegenheiten ihrer Staatsangehörigen zu beschäftigen haben. Warten wir das Uebrige ab, bis es als reife Frucht ganz von selbst abfällt. Ich darf übrigens mittheilen, daß wir im Bundesrathe vertrauliche Besprechungen über die auswärtige Vertretung gepflogen haben, die so weit gediehen sind, daß ich bei dem König mündlich bereits die Genehmigung zur Ernennung von Bundesbotschaftern und Bundesgesandten habe nachsuchen können, welche Genehmigung mir auch bereits ertheilt worden ist. Gegen den zweiten Theil des Antrags muß ich mich entschieden erklären; denn die preußischen Gesandten bei den Bundesregierungen sind nöthig, um auf diese Regierungen in vorkommenden Fällen einwirken zu können." Den ersten Theil des Bennigsen'schen Antrags nahm hierauf die Kammer an, den zweiten verwarf sie. In Folge dessen wurden die preußischen Kon-

Digitized by Google

sulate in Aegypten, Bosnien, Smyrna, Trapezunt, Beirut, Jerusalem, Moskau, New-York und Japan sofort in Bundeskonsulate umgewandelt, und mit dem Anfang des folgenden Jahres überreichten die preußischen Gesandten an den auswärtigen Höfen, (zu welchen jedoch die süddeutschen nicht gerechnet wurden, daher es hier unterblieb), ihre Beglaubigungsschreiben als Vertreter des norddeutschen Bundes, und umgekehrt ließen sich die auswärtigen Gesandten in Berlin durch besondere Schreiben auch beim norddeutschen Bund beglaubigen. Kein einziger Staat, auch nicht Frankreich, zeigte dabei irgend welche Zurückhaltung oder stellte eine Bedingung.

Auf materiellem Gebiet schloß sich den Zollvereinsverträgen die Erneuerung des deutsch-östreichischen Postvereins oder vielmehr der Abschluß neuer Postverträge zwischen den deutschen Staaten und Oestreich würdig an. Seit Mitte Oktobers hatten sich Vertreter der Regierungen von Preußen als Bundespräsidialmacht und von Oestreich, Baiern, Württemberg und Baden in Berlin zu einer Postkonferenz versammelt, und am 27. Nov. wurde der Vertrag unterzeichnet. „Das einfache Groschenporto", schreibt ein süddeutsches Blatt, für den Briefverkehr auch auf den weitesten Strecken des großen deutsch-östreichischen Staatengebietes, die Ermäßigung der Bezüge der Post für die Spedition von Zeitungen und die dadurch bewirkte Verwohlfeilerung dieses wichtigen Bildungsmittels sind Gegenstände, an denen bald jedermann ohne Unterschied der Partei und geographischen Lage mit Vergnügen die wohlthätigen Folgen der politischen Umwälzung des Jahres 1866 erkennen wird." Dagegen fand der Streit mit Dänemark wegen der nördlichen Distrikte Schleswigs in diesem Jahre nicht seine Erledigung. Der dänische Gesandte, Herr von Quaade, wurde im Oktober von seinem Kabinet beauftragt, die Verhandlungen in Berlin zu beginnen. Zunächst handelte es sich bekanntlich um die von Preußen geforderten Garantien zum Schutz der deutschen Bevölkerung. Die Eröffnungen der preußischen Regierung schienen dem Gesandten so bedenklich, daß er im November nach Kopenhagen zurückreiste, um sich neue Instruktionen zu holen. Mit diesen kam er erst im Februar wieder zurück, und es müßte seltsam zugehen, wenn er nicht diese Reise noch mehrmals zu machen hätte, um endlich irgend ein, vielleicht auch gar kein Resultat zu erringen.

In denjenigen Staaten, deren Geschichte im Jahre 1867 nicht

Digitized by Google

in den Vordergrund getreten ist und auch hier nur kurz angedeutet werden kann, ziehen sich gewisse Zustände vom Anfang bis zum Ende ohne Lösung hin, so in England die Verschwörung der Fenier. Dieses Wort, welches nun zum Parteinamen geworden ist, ist altceltisch und lautete ursprünglich Fiona oder Fena, was die Blonden, die Weißen bedeutet. Damit wurde ein Haupttheil der alten Bewohner Irlands bezeichnet, die in Irland eingewanderten Schotten, ein in den irischen Traditionen hochgefeierter Stamm. Bei dieser Verschwörung, welche in den Vereinigten Staaten nicht gerade ungern gesehen, wenn nicht unterstützt wird, handelt es sich um die Losreißung Irlands von Großbritannien und um die Errichtung einer irischen Republik, wie in den von den fenischen Agenten in London verbreiteten Proklamationen offen gesagt wurde. Dadurch daß die Fenier ihre Thätigkeit nicht auf Irland beschränkten, sondern die volkreichsten Städte Englands zu ihrem Terrain ausersahen, vor Mord und Brand nicht zurückschreckten und zur Rettung ihres gefangenen Häuptlings Burke die Pulverexplosion von Clerkenwell am 13. December in Scene setzten, hatte die Sache etwas Beängstigendes. Doch kann dieses Fenierwesen mit bloßen Polizeimaßregeln nicht unterdrückt werden; hier gilt es, dem Uebel an die Wurzel zu gehen. Wenn die Bevölkerung Irlands seit dem Jahre 1851 bis jetzt von 6,515794 auf 5,300000 herabgesunken ist, so muß nicht bloß im Staate Dänemark, sondern auch in der Verwaltung Englands etwas faul sein. Zwei Uebelstände hauptsächlich sind es, welche dieses Irland bis auf den heutigen Tag noch wie eine eroberte Provinz erscheinen lassen, und an denen es moralisch und physisch zu Grunde geht: fast alles Land ist in den Händen weniger englischen Lords, die Iren sind bloß die Pächter, und während die Konfession der Einwohner fast durchgängig katholisch ist, müssen diese außer ihrer eigenen Kirche auch noch die reich ausgestattete englische Hochkirche unterhalten. Wer wird sich damit befreunden können? Selbst Engländer, wie Stuart Mill, geben jetzt zu, daß eine Aussöhnung Irlands mit England nicht möglich sei, wenn England nicht selbst Hand anlege an eine „wirkliche Revolution der ökonomischen und socialen Zustände Irlands. Die Schwierigkeit, Irland zu regieren, liegt hauptsächlich in unserer Unfähigkeit, die Bedürfnisse und den Charakter einer anderen Nation zu verstehen", welche Unfähigkeit in der bekannten Selbstsucht,

Digitized by Google

Hartherzigkeit, ja Grausamkeit Englands eine sehr solide Basis hat. Daß die Thronrede, womit das Parlament am 19. Nov. eröffnet wurde, nur von Strenge gegen das Fenierthum, kein Wort von Verbesserung der irischen Zustände spricht, erscheint wie ein aktenmäßiges Beweisstück für diese Unfähigkeit. Diese Thronrede kündigte zugleich die Expedition nach Abessinien an, durch welche der dortige Herrscher gezwungen werden soll, die widerrechtlich gefangenen Engländer, gegen 18 Personen, darunter der Konsul Cameron, frei zu geben.

Von Spanien wird unter der Regierung der Königin Isabella nie viel Gutes zu berichten sein. Marschall Narvaez, welcher an der Spitze des Ministeriums steht, hält dort ein strenges Regiment und erließ im März ein drakonisches Preßgesetz. Im August erhob sich einer jener Militäraufstände, an denen die neueste Geschichte Spaniens so reich ist. Wie in Frankreich die Journalisten und Deputirten, so sind es in Spanien die Generale, welche die revolutionären Proklamationen unterzeichnen. Längs der Pyrenäen, in Katalonien, Aragonien und den baskischen Provinzen, hatte sich der Aufstand „gegen die Tyrannei" entzündet; Barcelona war ein Hauptherd desselben. Aber Narvaez wurde Meister, seine Truppen drängten die Aufständischen über die Pyrenäen, und mit dem Uebertritt des Generals Contreras über die französische Grenze am 31. August konnte die Sache für beendigt angesehen werden. Der verbannte General Prim, welcher in Brüssel verweilte und von dort aus die Revolutionsfäden leitete, kam in Perpignan an der spanischen Grenze gerade recht an, um zu sehen, daß man keinen Führer mehr brauche, worauf er nach Genf abreiste, um in den donnernden Reden des Friedenskongresses einen Ersatz für seine Täuschungen zu finden.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika dauert der Streit zwischen dem Präsidenten Johnson, der denn doch seine Vergangenheit nicht gut verleugnen kann, und dem Kongreß wohl bis zum Schluß seiner Amtsführung fort. Gegenstand des Zwiespalts sind die in dem letzten Bürgerkrieg besiegten Südstaaten. Johnson will diese ohne weiteres wieder in ihre alten Rechte einsetzen und sie wieder zum Kongreß zulassen; dieser verlangt von ihnen bestimmte Garantien und besonders die, daß die Südstaaten den Negern vollständige bürgerliche Rechte zuerkennen. Durch den

Digitized by Google

Kongreß ist zwar die Sklaverei aufgehoben, aber die Ertheilung der bürgerlichen Rechte ist Sache der Gesetzgebung der einzelnen Staaten, und von diesen hat sich bis jetzt nur Kentucky dazu bequemt. Am 7. Januar beschloß das Abgeordnetenhaus, Johnson wegen Mißbrauchs seiner Gewalt in Anklagestand zu versetzen. Die Untersuchung hat der Senat unter Vorsitz des Oberrichters zu führen, und zu einem giltigen Beschluß gehört eine Majorität von zwei Drittheilen der Stimmen. Für diesmal kam es noch nicht zu einem Prozeß. Dagegen kam am 20. Februar das Ultimatum des Kongresses in Beziehung auf die Reorganisation des Südens zu Stande, wonach in den zehn Rebellenstaaten eine provisorische Militärverwaltung eingesetzt werden sollte. Zu dieser „Wiederherstellungsakte" wurde am 16. Juli noch ein Zusatz angenommen, wodurch Grant, der General der Bundesarmee, die Vollmacht erhielt, Civilbeamte ihrer Stellen zu entsetzen. Gegen jeden Beschluß dieser Art legte Johnson sein Veto ein. Den ihm entgegenarbeitenden Kriegsminister Stanton suspendirte er am 12. August und übertrug sein Amt provisorisch dem General Grant, gegen welchen Gewaltstreich hinwiederum der Kongreß protestirte. Auch mit Grant begannen sehr ernste Zerwürfnisse, zumal dieser bei der nächsten Präsidentenwahl als Hauptkandidat auftritt. Von weiterem Interesse war die Abtretung des russischen Nordamerika an die Vereinigten Staaten gegen Bezahlung von 7 Millionen Dollars, welchen Kauf der Senat am 1. April genehmigte. Das abgetretene Gebiet umfaßt 17500 Quadratmeilen mit etwa 100,000 Einwohnern, wovon kaum 700 Russen, die übrigen meist Indianer und Eskimo sind. Die politische Welt interessirte sich für diesen Handel namentlich aus zwei Gründen: weil man glaubte, daß nun die Vereinigten Staaten noch um so begehrlicher nach dem britischen Nordamerika sehen werden, und weil man vermuthete, die Freundschaft zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten sei so groß, daß die letzteren bei der Lösung der orientalischen Frage dem ersteren mit ihrer Flotte vor Konstantinopel zur Seite stehen werden. Aus Südamerika, wo Brasilien, La Plata und Uruguay mit der Republik Paraguay oder vielmehr mit seinem Diktator und Regenten Lopez einen sehr ungleichen Kampf führen, laufen sehr spärliche Nachrichten ein. Der Krieg dauert seit anderthalb Jahren, und man sieht seinem Ende

Digitized by Google

noch nicht entgegen, zumal das dortige Klima den Heeren noch längere Ferien auferlegt als der alte Bundestag seinen Gesandten.

Zieht man am Schlusse dieser politischen Revüe die Bilanz des Jahres 1867 und fragt man, ob Europa und speciell Deutschland in seinem Geschäftsbetrieb vorwärts oder rückwärts gekommen ist, so sind neben einigen verlorenen und höchst zweifelhaften Posten mehrere sehr günstige Spekulationen zu verzeichnen. Von den vier Staaten, deren geschichtliche Entwicklung hauptsächlich die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, sind die beiden romanischen, Frankreich und Italien, hinter Deutschland und Oestreich sehr zurückgeblieben. Italien ist um volle vier Jahre, vor die Zeit des Septembervertrags von 1864, zurückgeworfen, und bereits spricht man, was freilich Schwarzseherei und klerikaler Wunsch ist, von der Auflösung des Königreichs in eine nördliche und südliche Hälfte. Frankreich hat sich in Italien in die Stellung versetzt, welche früher Oestreich eingenommen hat, während Preußen dort jetzt die frühere Stellung Frankreichs einnimmt. Die Sicherung der Dynastie scheint in Frankreich der einzige Staatszweck zu sein. Bevormundung der Kammern und der Presse, ungeheure Vermehrung des Militärs, brutales Auftreten der Polizei sollen diesem Zwecke dienen. Wie sieht es mit der Freiheit eines Landes aus, wenn, wie dies bei den Verhaftungen auf dem Montmartrekirchhof am 2. Nov. der Fall war, ein protestantischer Geistlicher von der Polizei deßwegen verhaftet wird, „weil derselben der Ausdruck seines Gesichts eine Mißbilligung ihres Verfahrens anzudeuten schien!" Dazu das quälende Bewußtsein, daß es mit seiner Suprematie in Europa zu Ende ist, und das ewige Jammern und Drohen deßhalb! Von irgendwelchem Fortschritt ist auch hier nichts zu bemerken. Man sieht nur „schwarze Punkte."

In Oestreich hat das Jahr mit Einsetzung eines dreifachen Ministeriums geschlossen. Dem ungarischen folgte das cisleithanische unter dem Ministerpräsidenten Fürst Karl von Auersperg, welches Namen vom besten Klang, wie Giskra, Herbst, Hasner, Berger, Brestel aufzuweisen hat. Zwischen und über beiden steht das Reichsministerium, in welchem Beust das Auswärtige, Beke die Finanzen, Kuhn das Kriegswesen zu leiten hat. Die Delegationen der beiden Reichshälften sind einberufen und haben die gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen. Selbst mit den konfessionellen Fragen

Digitized by Google

scheint es vorwärts zu gehen. Graf Crivelli hat zwar immer noch nicht seine feierliche Audienz beim Papste gehabt, somit auch am Konkordat noch nichts ändern können; aber das Herrenhaus wird den Beschluß des Abgeordnetenhauses über Ehe und Schule genehmigen, der Kaiser bestätigen, und damit ist eine starke Bresche in das Konkordat geschossen. Dies sind unverkennbare Zeichen von Fortschritt. Oestreich hat kaum irgend einmal eine so freisinnige Physiognomie gehabt wie eben jetzt. Aber abgesehen von der Frage der Haltbarkeit liegt die Schwierigkeit in Ungarn. Dieses hat sich so vollständig loszumachen gewußt, daß es sogar auf eigene Rechnung Anleihen macht. Von den gemeinsamen Reichslasten will es 30 Procent übernehmen. Die deutsch-slavischen Länder müssen nun sehen, wie sie mit den übrigen 70 Procent ins Reine kommen. Von den Staatsschulden will es diejenigen, welche seit 1848, also ohne Zustimmung des ungarischen Landtags gemacht worden sind, vornweg nicht anerkennen. So ist die Reichseinheit auf das den Ungarn zusagende Minimum herabgedrückt und der anderen Reichshälfte von den gemeinsamen Reichslasten und von der Staatsschuld ein Maximum aufgebürdet, das diese nicht zu tragen vermag. Und doch brauchen die Ungarn Oestreich zum mindesten ebenso sehr als dieses sie. Sagen sie doch selbst, daß sie die volle Unabhängigkeit von Oestreich gar nicht wünschen, da diese sie zu ruinirenden Militärauslagen zwingen würde, um gegen die Nachbarn geschützt zu sein. Sie wollen nur ihre eigene Verfassung, ihre Autonomie; ihr Stützpunkt bleibt Oestreich, dessen Heere und Steuern ihnen eine Erleichterung gewähren sollen. So wird auf die deutsch-östreichische Gutmüthigkeit, welche sie als Schwachköpfigkeit verlachen, spekulirt. Der Magyare Szechenyi rief einst aus: „Was doch diese Deutschen für unbeholfene und unpraktische Leute sind! Doch dies ist ein Glück für uns. Denn wären sie anders, so hätten sie uns längst vernichtet."

Daraus erklärt sich die Furcht, welche sie vor einer näheren Verbindung mit Deutschland, vor einem Bündniß mit Preußen haben. Hierüber sagte Franz Deak: „Wollten wir uns mit einer fremden Großmacht verbinden, so fürchte ich, daß wir dadurch nur die Gefahr der Absorption über unser Vaterland heraufbeschwören würden." Allerdings würden die im Germanisiren geübten Norddeutschen in einigen Jahrzehnten ein anderes Resultat in Ungarn

Digitized by Google

hervorbringen als Metternich und seine Nachfolger. Der frühere Insurgentengeneral Perczel bezeichnete es daher als eine Lebensfrage Ungarns, daß Preußen seine Macht nicht bis an die Leitha ausdehne. Und andere erklären es offen, daß das wiederhergestellte Kaiserthum ein wesentlicher Faktor des europäischen Friedens sei, da ohne die Verwilligung der Landtage in Wien und Pesth und ohne das Einverständniß der Delegationen beider Theile kein Geld und kein Soldat erhoben werden könne. Ohne Ungarn vermöge Oestreich nichts. Das neue Ungarn aber habe bei keinem Krieg etwas zu gewinnen; der Friede sei für dasselbe eine Existenzfrage. Wie lange aber wird bei solcher Ungleichheit der Verhältnisse dieses friedliche Nebeneinanderwohnen, dieses ungestörte Ineinandergreifen des Räderwerks einer so komplicirten Maschine dauern? Wie lange wird es Cisleithanien behagen, dreimal so viele Steuern zu zahlen, als die Herren Magyaren, nur damit ja kein Konflikt entstehe, das neue Deutschland sich nicht einmische, vielleicht bis an die Leitha vordringe, oder vielleicht noch ein bischen weiter? Inwieweit Oestreich wegen seiner staatlichen Einrichtungen zu beglückwünschen ist, muß also noch abgewartet werden.

Solcher Erfolge, wie sie Preußen im ablaufenden Jahr aufzuweisen hat, kann sich kein anderer Staat rühmen. Der norddeutsche Bund wurde gegründet und in der Verfassung desselben der preußischen Regierung die oberste Leitung der Bundesangelegenheiten, darunter die des gesamten Militärwesens, der Kriegsmarine, der Verkehrsmittel und der diplomatischen Vertretung übertragen; die Allianz- und Zollvereinsverträge wurden von den süddeutschen Volksvertretungen genehmigt und dadurch für den Kriegsfall der Oberbefehl des Königs von Preußen bis zum Bodensee und den Tiroler Alpen ausgedehnt, Süddeutschland durch die Macht der materiellen Fragen aufs engste mit dem Norden verbunden; die Errichtung eines Zollparlaments für 38 Millionen Deutsche wurde festgesetzt, was den Vertretern der vielerlei Stämme des großen Vaterlandes im Norden und Süden Gelegenheit geben wird, ihren Partikularismus abzustreifen und sich als Deutsche zu fühlen. Im Einklang mit den Allianzverträgen hat auch Süddeutschland angefangen, sein Heerwesen zu reorganisiren und den Volksvertretungen neue Militärgesetzentwürfe vorzulegen, die sich möglichst an die preußischen Einrichtungen anschließen und im Beginn des Jahres 1868

Digitized by Google

mit einigen Aenderungen genehmigt wurden. Das lebendige Mitgefühl mit der Noth der armen Ostpreußen, deren Väter im Frühjahr 1813 den Reigen angeführt haben, ist ein schönes Zeugniß von dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme.

Auch in Preußen, wo, wie in Süddeutschland, ein schwer zu überwindender Partikularismus sitzt, der selbst dem Grafen Bismarck zuweilen zu schaffen macht, gewöhnt man sich immer mehr an die Umwandlung Preußens in Deutschland, was wohl das beste Mittel ist, um die inneren Gegner zu entwaffnen. Diese Umwandlung zeigt sich am stärksten am Grafen Bismarck selbst. Als in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 11. December die Administrativkonvention Preußens mit Waldeck verhandelt wurde, und ein Redner behauptete, die Waldecker verlieren auf diese Weise ihr Vaterland, da sie keine eigentlichen Waldecker mehr und auch keine Preußen seien, so erwiderte Graf Bismarck: „Die Waldecker werden nicht vaterlandslos; sie behalten den Ehrennamen „Deutsche", und einen besseren Ehrennamen hat keiner von uns in Anspruch zu nehmen." Und auf die Einwendung, daß durch diesen Vertrag dem preußischen Volk eine Last von etwa 100000 Thaler jährlich auferlegt werde, entgegnete er: „Ich höre immer nur von Lasten reden. Dies hörte ich auch in Frankfurt am Bundestage. So oft es sich um nationale Einrichtungen handelte, hieß es: dies legt uns Lasten auf. Dies ist die Sprache des Partikularismus. Wie? sollten wir für unsere staatliche und nationale Freiheit kein Opfer bringen können? In Amerika schlägt der Deutsche sich jetzt mit Stolz auf die Brust und sagt: ich bin ein Deutscher! während er sonst beschämt das Auge niederschlug. Die staatliche Ehre und Freiheit sollte uns doch über alles gehen."

Digitized by Google

Chronik
der
Ereigniſſe des Jahres 1867.

Tage		Seite
	Januar.	
3	Auflöſung der deutſch-ſlaviſchen Landtage in Oeſtreich und Ausſchreiben der Wahlen zu einem außerordentlichen Reichsrath	86
5	Kaiſer Maximilian kehrt von Orizaba nach Mexiko zurück	102
7	Das Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten beſchließt, den Präſidenten Johnſon in Anklageſtand zu verſetzen	182
10	Unterredung Maximilians mit Marſchall Bazaine	102
14	Bazaine ſpricht ſich in einer Junta zu Mexiko für die ſofortige Abdankung Maximilians aus	102
14	Antrag der Linken in der bairiſchen Abgeordnetenkammer auf engen Anſchluß an Preußen	10
19	Programm des Fürſten von Hohenlohe	10
19	Napoleons Brief an Staatsminiſter Rouher über Adreßdebatte, Interpellationsrecht und Preßgeſetz	13
29	Griechenland beſchließt die Vermehrung ſeiner Armee auf die Drohungen der Türkei hin	69
	Februar.	
5	Stuttgarter Militärkonferenzen	11
7	Freiherr von Beuſt Miniſterpräſident in Oeſtreich	86
8	Die franzöſiſchen Truppen räumen die Hauptſtadt Mexiko	103
9	Schluß der Konferenzen der norddeutſchen Bevollmächtigten	5
12	Wahlen für den norddeutſchen Reichstag	5
14	Thronrede Napoleons	15
14	Die Türken von den Kandioten zurückgeſchlagen	70
19	Maximilian marſchirt nach Queretaro	104
20	Das Ultimatum des amerikaniſchen Kongreſſes wegen der Reorganiganiſation der Südſtaaten	182
24	Eröffnung des norddeutſchen Reichstags durch den König v. Preußen	5
	März.	
4	Graf Bismarck übergibt dem Reichstag den Verfaſſungsentwurf des norddeutſchen Bundes	17
9	Beginn der Generaldiskuſſion über den Verfaſſungsentwurf im Reichstag	18
11	Die franzöſiſchen Truppen räumen Veracruz und ſchiffen ſich ein	104
14	Thiers' Rede im geſetzgebenden Körper über das Verhältniß Frankreichs zu Deutſchland	27
15	Das ungariſche Miniſterium wird von Kaiſer Franz Joſef im Schloſſe zu Ofen beeidigt	86
15	Die Reden Garnier Pagès' und Emil Olliviers im geſetzgebenden Körper	29

Digitized by Google

Tage		Seite
16	Die Reden Latours und Roubers	30
18	Die Reden Jules Favres und Graniers von Caſſagnac	31
18	Beginn der Specialdebatte über den Verfaſſungsentwurf im norddeutſchen Reichstag	31
18	Graf Bismarck über Polen	32
18	Graf Bismarck über die nördlichen Diſtrikte Schleswigs	32
18	Graf Bismarck über die Allianzverträge mit den ſüddeutſchen Staaten	33
19	Der preußiſche Staatsanzeiger veröffentlicht den Allianzvertrag zwiſchen Preußen und Baiern	33
22	Der Vertrag zwiſchen Frankreich und Holland wegen Abtretung Luxemburgs iſt aufgeſetzt	44
25	Der preuß. Geſandte im Haag proteſtirt gegen den Luxemburger Handel	45
30	Der König von Holland läßt die Gerüchte über eine Abtretung Luxemburgs im „Luxemburger Kourier“ dementiren	45
30	Der norddeutſche Reichstag beſchließt, daß die Abgeordneten Diäten erhalten ſollen	62

April.

1	Der Senat der Vereinigten Staaten genehmigt den Ankauf des ruſſiſchen Nordamerika	182
1	Eröffnung der Weltinduſtrieausſtellung in Paris	64
1	Bennigſens Interpellation im norddeutſchen Reichstag über die Luxemburger Frage und die Antwort des Grafen Bismarck	39
2	Puebla von Porfirio Diaz erſtürmt	106
4	Entlaſſung des Miniſteriums Ricaſoli	154
7	Militärkonvention zwiſchen Preußen und Heſſen	47
10	Ratazzi zum Miniſterpräſidenten ernannt	154
10	Ende der Specialdebatte über den Verfaſſungsentwurf im norddeutſchen Reichstag	60
11	Schutz- und Trutzbündniß zwiſchen Preußen und Heſſen	47
15	Schlußberathung über den Verfaſſungsentwurf im nordd. Reichstag	61
15	Der norddeutſche Reichstag beſchließt, daß die Abgeordneten keine Diäten erhalten ſollen	62
16	Der Reichstag gibt im Militärweſen nicht nach	63
16	Annahme des Verfaſſungsentwurfes	63
17	Der Reichstag wird v. König v. Preußen mit einer Thronrede geſchloſſen	63
19	Schreiben des Freiherrn von Beuſt an den öſtreichiſchen Geſandten in Berlin über die Miſſion des Grafen Taufkirchen	137
23	Omer Paſcha von den Kandioten zurückgeſchlagen	70
30	Die beurlaubten franz. Officiere und Unterofficiere werden einberufen	48

Mai.

3	Der ſächſiſche Landtag nimmt die norddeutſche Bundesverfaſſung an	64
6	Note des Fürſten von Hohenlohe an die drei ſüddeutſchen Staaten wegen Bildung eines weiteren Bundes mit dem norddeutſchen Bund	141

Digitized by Google

Tage		Seite
7	Beginn der Londoner Konferenz zur Beilegung des Luxemburger Streites	56
8	Unterredung zwischen Graf Bismarck und Benedetti	59
8	Der preußische Landtag nimmt die norddeutsche Bundesverfassung an	64
11	Unterzeichnung des Londoner Vertrags	57
15	Maximilian, in Queretaro eingeschlossen, ergibt sich an Escobedo	106
22	Eröffnung des deutsch-slavischen Reichsraths	89
28	Graf Bismarck ladet die süddeutschen Minister zu einer Konferenz in Zollvereinsangelegenheiten ein	73

Juni.

1	Ankunft des Kaisers von Rußland in Paris	66
1	Die dänische Regierung will Preußen keine Garantien zum Schutz der abzutretenden Deutschen geben	115
3	Die hessische zweite Kammer verlangt den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund	128
3	Ministerkonferenzen in Berlin in Zollvereinsangelegenheiten	73
4	Württemberg und Baden stimmen dem Zollvereinsantrag sogleich zu	75
5	Ankunft des Königs von Preußen in Paris	79
6	Attentat des Polen Berezowski auf Kaiser Alexander	80
7	Hessen-Darmstadt nimmt den Zollvereinsantrag an	75
8	Franz Josef wird als König von Ungarn gekrönt	86
11	Kaiser Alexander reist von Paris ab	81
13	Maximilian vor dem Kriegsgericht	104
14	Der König von Preußen reist von Paris ab	81
14	Lord Stanley's Auslegung der Kollektivgarantie	59
14	Das Kriegsgericht spricht über Maximilian das Todesurtheil aus	105
15	Escobedo bestätigt das Todesurtheil	105
15	Kollektivnote der vier Mächte an die Pforte	70
16	Zusammenkunft Kaiser Alexanders mit dem König von Preußen in Berlin	81
17	Graf Taufkirchen von der bairischen Regierung zu neuen Unterhandlungen nach Berlin geschickt	78
18	Baiern nimmt den Zollvereinsantrag und das Zollparlament an	79
18	Eine preuß. Note an Dänemark beharrt auf den verlangten Garantien	116
19	Maximilian nebst Miramon und Mejia erschossen	105
19	Der kaiserliche General Marquez entflieht aus dem belagerten Mexiko	105
21	Mexiko ergibt sich an Porfirio Diaz	105
21	Schreiben des Kriegsmin. Niel an den Oberst der Antibeslegion in Rom	155
22	Der franz. Abg. Morin nimmt sich im gesetzgeb. Körper Dänemarks an	114
26	Eröffnung der Zollkonferenzen in Berlin	79
27	Veracruz von den Republikanern besetzt	106
27	Die France ruft aus: Wir sind Europa!	114
30	Freiherr von Beust zum Reichskanzler ernannt	107
30	Der Sultan in Paris	93
30	Franz Josef erhält in München die Nachricht von der Erschießung Maximilians	92

Digitized by Google

Tage	Juli.	Seite
1	Napoleons Rede bei der Austheilung der Ausstellungspreise	93
1	Preußen übernimmt das Thurn und Taxis'sche Postwesen in ganz Norddeutschland	131
1	Graf Bismarck zum Bundeskanzler ernannt	133
4	Die Nachricht von der Erschießung Maximilians wird von Washington aus bestätigt	93
5	Der Moniteur spricht sich über Juarez sehr stark aus	93
5	Graf Derby über den Unterschied einer Separat- und Kollektivgarantie	59
8	Abschluß des neuen Zollvertrags zwischen dem norddeutschen Bund und Süddeutschland	79
10	Mühlfeld stellt im östreichischen Abgeordnetenhaus einen Antrag bezüglich eines neuen Religionsedikts	108
11	Herbst und 70 Genossen beantragen im östreichischen Abgeordnetenhaus, neue Gesetzentwürfe über Ehe und Schule abzufassen	108
15	Präsident Juarez zieht in Mexiko ein	106
16	General Grant erhält vom Kongreß Vollmacht zur Absetzung von Civilbeamten in den Südstaaten der Union	182
17	General Dumont inspicirt die Antibeslegion in Rom	155
18	Vertrag zwischen Preußen und Waldeck wegen Uebernahme der Verwaltung des Fürstenthums	132
20	Der Herbst'sche Antrag wird vom östreichischen Abgeordnetenhaus angenommen	108
20	Das dänische Kabinet will nähere Aufklärung über die Garantien	116
23	Der französische Botschaftssekretär Lefebre liest dem preußischen Unterstaatssekretär von Thile eine Depesche vor	117
27	Der kleine Moniteur leugnet die Existenz einer französischen „Note" hinsichtlich Nordschleswigs	118
28	Die italienische Abgeordnetenkammer beschließt die Einziehung der Kirchen- und Klostergüter	154
31	Die Kaiserin Charlotte wird von Miramar nach dem belgischen Schloß Tervuren gebracht	106
	August.	
4	Versammlung d. nationaldeutschen Partei Süddeutschlands in Stuttgart	136
12	Kriegsminister Stanton wird vom Präsidenten Johnson suspendirt und sein Amt provisorisch dem General Grant übertragen	182
12	Französische Journalisten in Kopenhagen	119
17	Die hessische zweite Kammer nimmt den Zollvereinsvertrag an	136
17	Das französische Kaiserpaar reist bis Augsburg	120
18	Das französische Kaiserpaar kommt in Salzburg an	120
23	Abreise des französischen Kaiserpaares von Salzburg	124
25	Das französische Rundschreiben über die Salzburger Zusammenkunft	120
26	Napoleons Reden in Arras und Lille	124
28	Die „Presse" bekämpft entschieden ein Bündniß mit Frankreich	122

Digitized by Google

Tage		Seite
31	Ende des spanischen Militäraufstands	131
31	Wahlen zum norddeutschen Reichstag und Sieg des deutschen Kandidaten über den dänischen im Distrikt Flensburg-Apenrade	132
	September.	
1	Beginn des Verkaufs der italienischen Kirchengüter	154
5	Die badische Thronrede	127
7	Rundschreiben des Grafen Bismarck über die Beziehungen des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland	129
8	Garibaldi's Ankunft in Genf	156
9	Beginn des Friedenskongresses in Genf	156
10	Thronrede zur Eröffnung des norddeutschen Reichstags	132
11	Berezowski kommt in Toulon unter die Galerensträflinge	81
12	Die Genfer erheben sich gegen den Friedenskongreß	156
16	Antwortsadresse der badischen zweiten Kammer	128
20	Protest des Papstes gegen die Einziehung der Kirchengüter	155
21	Ratazzi's Erklärung gegen den Freischarenzug	157
24	Garibaldi in Asinalunga gefangen genommen	157
24	Antwortsadresse des norddeutschen Reichstags	133
27	Landesversammlung der deutschen Partei in Stuttgart	136
30	Die Freischaren betreten den Kirchenstaat u. überfallen Acquapendente	158
	Oktober.	
1	Die Kreuzzeitung: dem groben Klotz ein grober Keil!	125
1	Die neuen Militärorganisationen der norddeutschen Staaten sind fertig	131
1	Sämtliche norddeutsche Truppen schwören dem König von Preußen den Fahneneid	131
1	Preußen übernimmt die Verwaltung des Fürstenthums Waldeck	
1	Das württembergische Königspaar macht der preußischen Königsfamilie einen Besuch auf der Insel Mainau	132 135
2	Das preußische Königspaar und der Kronprinz besuchen die württembergischen Majestäten in Friedrichshafen u. reisen nach Hohenzollern	135
2	Adresse der 25 Bischöfe an den Kaiser von Oestreich	109
3	Einweihung der restaurirten Burg Hohenzollern	135
3	Präsident Simson übergibt dem König von Preußen die Antwortsadresse des Reichstags auf der Burg Hohenzollern	135
4	Antwort des Kultministers an den Wiener Gemeinderath wegen der Lehrerbildungsanstalt	110
4	Vom Wiener Gemeinderath wird eine Adresse an den Kaiser beschlossen wegen des Angriffs der Bischöfe	110
5	Die päpstlichen Truppen erstürmen Bagnorea	159
6	Abreise der preußischen Königsfamilie von Hohenzollern	135
6	Zusammenkunft der preußischen Königsfamilie mit König Ludwig II. von Baiern in Augsburg	135
6	Rede des Dr. Völk in Augsburg über die norddeutsche Bundesverfassung	136

Digitized by Google

Tage		Seite
7	Abreise der preußischen Königsfamilie von Nürnberg nach Weimar	135
8	Fürst Hohenlohe in der bairischen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß Süddeutschlands zum norddeutschen Bund	138
8	Der Reichstagsabgeordnete Braun über die Verträge mit Württemberg	139
9	Mühlfeld beantragt im östreichischen Abgeordnetenhaus die sofortige Aufhebung des Konkordats	112
14	Interpellation des badischen Abgeordneten Wundt und Antwort des Ministers von Freydorf	140
16	Handschreiben des Kaisers Franz Josef an Kardinal Rauscher . .	111
18	Der Allianzvertrag von der badischen zweiten Kammer genehmigt .	141
18	Ueberreichung einer Adresse an den Senator von Rom	159
18	Die päpstlichen Zuaven erstürmen Nerola	159
19	Der Zollvereinsvertrag von der badischen zweiten Kammer einstimmig genehmigt	142
19	Die päpstlichen Zuaven vertreiben die Garibaldiner aus Vallecorsa	159
19	Ratazzi nimmt seine Entlassung	160
19	Garibaldi entrinnt von Kaprera und landet bei Livorno	160
20	Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Kandia von Seiten d. Türken	151
20	Der Kirchenstaat ist von Freischaren geräumt, die Einschiffung der französischen Truppen in Toulon eingestellt	159
20	General Cialdini wird beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden	160
21	Garibaldi in Florenz	160
21	Debatte in der bairischen Abgeordnetenkammer über den Zollvereinsvertrag	142
22	Annahme des Zollvereinsvertrages in der bairischen Abgeordnetenkammer	142
22	Die Zuavenkaserne in Rom zur Hälfte in die Luft gesprengt . .	160
22	Die Schar Cairoli's setzt sich auf einem Hügel in Rom fest . .	160
22	Zusammenkunft des Kaisers v. Oestreich mit dem König v. Preußen und dem Großherzog von Baden in Oos	151
23	Der Kaiser von Oestreich kommt in Paris an	150
23	Der Allianz- u. Zollvereinsvertrag von der badischen ersten Kammer genehmigt	142
23	Das östreichische Abgeordnetenhaus nimmt den Gesetzentwurf über die Ehe an	112
23	Cairoli und seine Schar von den päpstlichen Truppen vernichtet .	160
23	Garibaldi begibt sich von Florenz an die päpstliche Grenze . . .	160
24	Garibaldi's Sturm auf Viterbo wird abgeschlagen	160
24	Der Schwäbische Merkur über die Neutralität Württembergs . .	149
25	Rom in Belagerungszustand erklärt	160
26	Garibaldi erstürmt Monterotondo	161
26	Napoleon gibt Befehl zur Einschiffung der Truppen	161
26	Cialdini verzichtet auf die Bildung eines Ministeriums	160
26	Beschluß des norddeutschen Reichstags über die süddeutschen Allianz- und Zollvereinsverträge	140

Digitized by Google

Tage		Seite
26	Schluß des norddeutschen Reichstags	139
26	Der Löwenstein'sche Vermittlungsantrag bei der Debatte der bairischen Reichsrathskammer über den Zollvereinsvertrag	143
26	Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen reisen nach Berlin	144
27	Fürst Hohenlohe und Thüngen verhandeln mit Graf Bismarck	144
27	General Graf Menabrea bildet ein Ministerium	160
27	Vermählung des griechischen Königs Georgios mit der Großfürstin Olga in Petersburg	151
27	Proklamation Viktor Emanuels an die Italiener	161
28	Die französische Flotte im Hafen von Civitavecchia	161
28	Hohenlohe und Thüngen haben Audienz bei dem König v. Preußen	144
29	Das östreichische Abgeordnetenhaus nimmt den Gesetzentwurf über Trennung der Schule von der Kirche an	112
29	Debatte in der württembergischen Abgeordnetenkammer über den Allianzvertrag	146
30	Annahme des Allianzvertrags in der württemberg. Abgeordnetenkammer	149
30	Deputationen bei Hohenlohe u. Thüngen wegen des Zollvereinsvertrags	145
30	Das bairische Abgeordnetenhaus beharrt auf seinem Beschluß	145
30	Einzug der Franzosen in Rom	161
30	Rundschreiben der italienischen Regierung	161
30	Die italienischen Truppen rücken im Kirchenstaat ein	161
31	Die bairische Reichsrathskammer nimmt den Zollvereinsvertrag an	145
31	Die württemberg. Abgeordnetenkammer nimmt d. Zollvereinsvertrag an	150

November.

1	Freiherr von Beust in London	151
1	Rundschreiben des Freiherrn von Beust	152
1	Garibaldi's Tagesbefehl von Monterotondo	161
1	Moustier protestirt gegen das Einrücken der italienischen Truppen in den Kirchenstaat	163
2	Die Pariser Polizei nimmt Verhaftungen vor auf d. Montmartrekirchhof	183
3	Die Gründung einer Lehrerbildungsanstalt in Wien wird genehmigt	113
3	Treffen bei Mentana	162
4	Garibaldi in Figline gefangen genommen und nach dem Fort Varignano gebracht	162
4	Die italienischen Truppen räumen den Kirchenstaat	163
4	Die württembergische erste Kammer genehmigt die Verträge	150
5	Kaiser Franz Josef in Stuttgart	151
6	Kaiser Franz Josef in München	151
9	Frankreich ladet die fremden Mächte zu einer Konferenz ein	164
15	Die preußische Thronrede	165
18	Die französische Thronrede	165
19	Die englische Thronrede	181
19	Menabrea verlangt die Räumung Roms als die Bedingung der Theilnahme Italiens an der Konferenz	165

Digitized by Google

Tage		Seite
20	Graf Derby über die Vorbedingungen einer Konferenz	164
24	Note des Grafen Bismarck an Heſſen-Darmſtadt in Angelegenheiten der Konferenz	165
26	Die Leiche Maximilians in Veracruz dem Viceadmiral Tegetthoff übergeben	106
26	Garibaldi wird freigelaſſen und geht nach Kaprera	162
27	Neuer Poſtvertrag zwiſchen dem norddeutſchen Bund, Süddeutſchland und Oeſtreich	179
30	Der franzöſiſche Senat geht über die italieniſche Frage zur Tagesordnung über	166

December.

2	Jüles Favre bekämpft im geſetzgebenden Körper die franzöſiſche Intervention in Italien	166
3	Jüles Simon ſpricht von der ſcheinbaren Souveränetät des Papſtes	166
4	Mouſtier und Thiers vertheidigen die franzöſiſche Intervention . .	167
5	Rouher ruft Italien ein Jamais! entgegen	168
5	Menabrea's Rede in der italieniſchen Abgeordnetenkammer über das Verhältniß Italiens zu Rom	171
6	Der miniſterielle Kandidat Lanza wird von der italieniſchen Abgeordnetenkammer zu ihrem Präſidenten ernannt	173
9	Thiers' Rede über Deutſchland	168
9	Bennigſens Antrag in der preußiſchen Abgeordnetenkammer über das Geſandtſchaftsweſen	177
9	Graf Bismarck über das Geſandtſchaftsweſen der kleinen Staaten, über Bundeskonſulate und Bundesgeſandte	178
11	Verhandlungen im preußiſchen Abgeordnetenhaus über den Vertrag Preußens mit Waldeck	186
13	Pulverexploſion in Clerkenwell	180
13	Rede des Juſtizminiſters Mari gegen die weltliche Herrſchaft des Papſtes	172
16	Crispi's Rede gegen die Intervention Frankreichs	172
17	Menabrea's Rede über den Septembervertrag	171
19	Debatte im geſetzgebenden Körper über das Militärgeſetz	168
21	Berichterſtatter Greſſier über das ſogenannte Gleichgewicht . . .	168
22	Die italieniſche Kammer verwirft das von Menabrea verlangte Vertrauensvotum	173
23	Menabrea gibt ſeine Entlaſſung und wird wieder berufen . . .	173
23	Rede des Kriegsminiſters Niel	169
23	Entgegnung Jüles Favre's	170

Druck von J. Dräger's Buchdruckerei (C. Feicht) in Berlin.

Digitized by Google

Heft I.

der

Politiſchen Geſchichte

der

Gegenwart

von

Wilhelm Müller

enthaltend:

Das Jahr 1867

iſt für den Preis von 18 Sgr. durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Digitized by Google

Politiſche Geſchichte

der

Gegenwart

von

Wilhelm Müller,
Profeſſor.

II

Das Jahr 1868.

Berlin.

Verlag von Julius Springer.
1869.

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorrede.

Die „politische Geschichte der Gegenwart" erscheint hier in ihrem zweiten Jahrgang. Wenn dieser auch an glänzenden, weit hinaus in die Augen fallenden Ereignissen nicht so reich ist wie der vorige, so ist er doch reich an Bestrebungen und Versuchen, auf der Grundlage der neuesten Thatsachen die staatlichen Neugestaltungen weiter zu führen und mit den modernen Anschauungen in Einklang zu bringen. Staatliche Umwälzungen und kriegerische Verwicklungen gab es allerdings wenige und nur solche, welche das deutsche Interesse nicht in erster Linie berührten. Hieher gehören die abessinische Expedition, der türkisch-griechische Konflikt wegen Kandia's, der Krieg in Paraguay und die spanische Revolution. Daß aber Europa nicht zur Ruhe, nicht zum Gefühl und Genuß derselben komme, dafür sorgte ja, um von anderem abzusehen, das Geschmetter der französischen Kriegstrompeten, die diplomatische Unruhe des Grafen Beust und die Lügen, welche aus dem welfischen Lager hervorgiengen. Dieser bewaffnete Friede, welcher für die Förderung der großen Kulturzwecke nicht günstig wirkt, ist ein charakteristisches Zeichen unserer Zeit, dessen Verständniß zur näheren Kenntniß von Personen und Zuständen viel beiträgt. Diese Personen hatten aber auch mit der Lösung der inneren Fragen vollauf zu thun. Die ungemeine Thätigkeit des norddeutschen Reichstags auf praktischem und wirthschaftlichem Gebiete und der Verlauf des ersten Zollparlaments, die konfessionelle Aufregung in Oestreich und die mehr oder minder geschickte Balancirkunst der Männer des ungarischen Ausgleichs, die Parlamentskämpfe in England und der Sturz des dortigen Kabinets, die Präsidentenwahl in der Union,

Digitized by Google

die päpstlichen Allokutionen und Bullen haben die Aufmerksamkeit aller Denkenden in hohem Grade auf sich gezogen.

Keine Frage aber ist von so eminent eingreifender Bedeutung wie die süddeutsche. Von ihrer glücklichen Lösung hängt die glückliche Gestaltung des neuen Deutschlands ab. Es ist daher der Entwicklung derselben, der Schilderung von Land und Leuten in dieser Schrift ein besonderer Raum gegönnt. Hier hilft es nichts, in seinen Reden für oder gegen den Anschluß an den norddeutschen Bund von seiner Gefühlspolitik sich leiten zu lassen. Nur wer mit den realen Faktoren rechnet, die Geschichte und die thatsächlichen Verhältnisse zur Grundlage seiner Berechnungen macht, wird sich hinsichtlich der Erfüllung seiner Wünsche keinen großen Täuschungen hingeben. Nicht um das, was der Einzelne will, handelt es sich, sondern um das, was nach geschichtlichen Gesetzen möglich und nothwendig ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat der Verfasser die Ereignisse des Jahres 1868 in zusammenhängender Erzählung zur Darstellung gebracht und sich dabei bestrebt, durch Auswahl und Anordnung des überreich zuströmenden Stoffes die gebildeten Kreise für diese historisch-politische Revue zu gewinnen. Er hat es sich zur besonderen Pflicht gemacht, die deutschen Verhältnisse in den Vordergrund zu stellen und die außerdeutschen hauptsächlich im Licht des deutschen Interesses zu betrachten. Die Anordnung des ersten Jahrgangs ist beibehalten und außer einem ausführlichen Inhaltsverzeichniß auch eine kalenderförmige Chronik beigefügt. Daß er bei Erwähnung des Usedom'schen Briefes auch die neuesten Enthüllungen über die diplomatischen Vorgänge des Jahres 1866 angeführt hat, werden ihm, hofft er, die Leser nicht verdenken.

Tübingen den 6. April 1869.

W. Müller.

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichniß.

(Wo dem Datum keine Jahreszahl beigefügt ist, ist das Jahr 1868 gemeint.)

	Seite
Die Lage der europäischen Staaten	1
Die süddeutsche Frage	1
Frankreichs Eifersucht	2
Die europäische Bedeutung dieser Frage	2
Wird ihre Lösung langsam oder rasch erfolgen?	3
Varnbüler am 11. December 1867 gegen den Anschluß	4
Hoffnungen auf das Zollparlament	4
Die nächsten Wünsche gehen auf eine Kompetenzerweiterung	5
Erklärung der badischen Kammermitglieder in diesem Sinne (20. Dec. 1867)	6
Polemik des württ. Staatsanzeigers (7 Jan.)	6
Antwort der Karlsruher Zeitung	7
Kreuzzeitung und Nordd. A. Zeitung auf Seiten Badens	7
Die süddeutschen Regierungen wünschen Ausdehnung der Freizügigkeit auf Süddeutschland, wollen aber den Vertragsweg einschlagen	8
Preußen äußert Bedenken gegen den Vertragsweg und verweist auf das Zollparlament (20. April)	9
Nothwendigkeit der Reorganisation des süddeutschen Heerwesens	9
Einführung der preußischen Heeresverfassung	9
Bairische Eigenthümlichkeiten	9
Berathung des Kriegsdienstgesetzes in der württ. Kammer	10
Berathung über die Zahl der auszuhebenden Rekruten	11
Annahme d. Kriegsdienstgesetzes (16. Febr.)	12
Schluß des Landtags und Thronrede (20. Febr.)	12
Militärische Verhältnisse in Hessen	13
Der Großherzog und Herr v. Dalwigk	13
Ein Militärkonflikt mit Preußen	14
Baden führt die preußische Heeresverfassung vollständig durch	14
Nationale Haltung der Thronrede (15. Febr.)	15
Der preußische General v. Beyer wird badischer Kriegsminister (24. Febr.)	16
Ausbildung der badischen Kadetten in den preußischen Kriegsschulen	16
Die badischen Staatsangehörigen sollen ihrer Kriegsdienstpflicht im nordd. Bund genügen können	17
Stimmenzahl der südd. Staaten im Zollbundesrath u. Zollparlament	17
Tod des badischen Staatsministers Mathy (4. Febr.)	18
Das Ministerium Jolly (13. Febr.)	18
Ergebniß der bad. Zollparlamentswahlen (18. Febr.)	18
Ergebniß der hess. Zollparlamentswahlen (19. März)	19
Schlechte Aussichten in Baiern	19

Digitized by Google

	Seite
Die „Süddeutsche Presse" gegen Kompetenzerweiterung (21. Jan.)	29
Ergebniß der bair. Zollparlamentswahlen (10. Febr.)	20
Die Traunsteiner Vorgänge (28. März)	21
Ursachen derselben	21
Konflikt der „Münchner Nachrichten" mit d. Erzbischof	22
Die klerikale Partei in Württemberg	22
Die Beobachters- oder Volkspartei	23
Das Demokratische im schwäbischen Volkscharakter	23
Die Regierungspartei	23
Die deutsche Partei	24
Die Fusion der drei ersten Parteien	24
Paßt das allgemeine Wahlrecht für das württ. Volk?	25
Gehässigkeiten der Wahlreden und Wahlprogramme	26
Wähler-Versammlung in Ludwigsburg (1. März)	27
Ein Stuttgarter Wahlplakat	28
Das Amtsblatt von Urach	28
Erfolglose Thätigkeit d. deutschen Partei	29
Ergebniß der württ. Zollparlamentswahlen (24. März)	30
Jubel des „Beobachters" (26. März)	30
Befriedigung des Staatsanzeigers (31. März)	30
Die deutsche Partei fühlt sich nicht entmuthigt	31
Die französischen Blätter sind mit den süddeutschen Wahlen sehr zufrieden	31
Kriegs- und Friedenspartei in Frankreich	32
Stellung des Kaisers zur Kriegsfrage	32
Reorganisation des franz. Heeres	33
Debatten im gesetzgebenden Körper über das Militärgesetz	34
Die Einrichtung der Mobilgarde ist nicht populär	35
Annahme des Militärgesetzes im gesetzgebenden Körper (14. Jan.)	35
Debatten im Senat über das Militärgesetz (27. Jan.)	35
Annahme des Militärgesetzes im Senat (29. Jan.)	36
Berathung des Kontingentgesetzes im gesetzgebenden Körper (4. März)	36
Annahme des Kontingentgesetzes (9. März)	37
Kriegsrüstungen	37
Der „Constitutionnel" über die Entwaffnungsfrage	37
Das französ. Kriegsbudget und die Anleihe	38
Die Steuerlast des französ. Volkes	38
Die Haußmann'sche Finanzwirthschaft	38
Preß- und Vereinsgesetz	39
Persönliche Regierung und Servilität der Kammern	39
Bund der Regierung mit d. Ultramontanismus	40
Sainte Beuve über die Unterrichtsfreiheit (20. Mai)	40
Die Regierung ist für Handelsfreiheit	40
Ollivier's Rede über d. Kriegsfrage (15. Mai)	41
Wahre Ursache der Handelsstockung	41
Das konstitutionelle Oestreich	42
Die neuen Staatsgrundgesetze (31. Dec. 1867)	42
Das Doktorenministerium (30. Dec. 1867)	43
Reichsrath, Reichstag u. Delegationen	43
Die konfessionellen Gesetzentwürfe u. d. Konkordat	44
Generaldebatte im Herrenhaus über die konfessionellen Gesetzentwürfe (19.—21. März)	44
Rede des Grafen Anton Auersperg	45
Sieg der liberalen Partei. Jubel in Wien und in den Provinzen	46
Annahme des Ehegesetzes im Herrenhaus (23. März)	46
Liberale Verordnungen der Minister	46
Annahme des Schulgesetzes im Herrenhaus (31. März)	47
Annahme des interkonfessionellen Gesetzes im Herrenhaus (14. Mai)	48

Digitized by Google

Seite

Der Kaiser unterzeichnet die konfessionellen Gesetze (25. Mai) . . 48
Leichenbegängniß des Dr. Mühlfeld 48
Unterhandlungen mit Rom durch Crivelli 49
Sendung des Erzbischofs Hajnald . 49
Baron Meysenburg hat eine Audienz beim Papste (1. Juni) 49
Protestation des päpstlichen Nuntius (2. Juni) 50
Die päpstliche Allokution (22. Juni) 50
Stellung der römischen Kurie zur modernen Bildung 52
Antwort des Reichskanzlers (3. Juli) 53
Protest des Wiener Gemeinderaths gegen die päpstliche Allokution (30. Juni) 54
Eine Volksversammlung will gänzliche Lossagung von Rom (13. Juli) 54
Renitenz der Bischöfe 54
Instruktion des Kardinals Rauscher an seinen Klerus 55
Instruktion des Erzbischofs von Olmütz 56
Instruktion des Erzbischofs von Prag 56
Erbitterung der Presse u. des Abgeordnetenhauses 57
Interpellation des Dr. Sturm an das Ministerium (17. Juni) . . 57
Antwort des Fürsten Auersperg (24. Juni) 57
Die Regierung schreitet endlich gegen den Bischof von Linz ein . . . 58
Erlaß des Justizministers wegen Herausgabe der Eheprozeßakten (28. Aug.) 58
Die Immunität der Bischöfe ist nicht haltbar (20. Jan. 1869) . . . 59
Graf Trautmannsdorff Botschafter in Rom (21. Nov.) 59
Die östreichische Schuldenlast . . . 59
Die Minister erklären sich gegen den Staatsbankerott und machen eine Kabinetsfrage daraus 60
Ein reaktionäres Ministerium steht schon parat 60

Seite

Finanzdebatte im Abgeordnetenhause (3.—6. Juni) 61
48 Cityfirmen Londons protestiren gegen die Couponsteuer (14. Mai) 61
Antwort des Reichskanzlers an diese Firmen (8. Juni) 61
War die Couponsteuer absolut nothwendig? 62
Die Lage Italiens 63
Korrespondenz zwischen Florenz u. Paris wegen der Occupation Roms 63
Fortwährendes Deficit 64
Annahme der Mahlsteuer im Abgeordnetenhaus (21. Mai) . . . 64
Vermählung des Kronprinzen (23. April) 64
Der Kronprinz von Preußen in Italien 64
Französische Eifersucht 65
Französische Gesinnung des Königs und Lamarmora's 66
Interpellation Lamarmora's wegen d. Berichts des preuß. Generalstabs über den Krieg v. 1866 (21. Juli) 66
Lamarmora liest den Usedom'schen Brief vor 66
Dies hat neue Enthüllungen über das Jahr 1866 zur Folge 67
Die Unterhandlungen von 1866 zwischen Oestreich, Italien u. Frankreich 67
Die Unterhandlungen von 1866 zwischen Preußen und Italien wegen eines gemeinschaftlichen Kriegsplanes 69
Der Usedom'sche Brief vom 17. Juni 1866 70
Lamarmora's Perfidie 71
Napoleon's Rathschläge an Lamarmora 72
Stefano Jacini schwatzt aus der Schule 72
Zweck der Veröffentlichung des Usedom'schen Briefes 72
Erklärung des preuß. Staatsanzeigers über den Usedom'schen Brief (31. Juli u. 11. Aug.) . . . 74

Digitized by Google

Seit

Rom und der Kirchenstaat . . 75
Strenge Kirchenzucht (Damenhüte) 75
Das 20. ökumenische Koncil (8. Dec. 1869) 76
Veröffentlichung der Bulle zur Einberufung des Koncils (29. Juni) 76
Päpstliches Schreiben an die Protestanten und an die orientalischen Bischöfe (13 u. 23. Sept.) . . 77
Was ist von dem Koncil zu erwarten? 77
Englands diplomatische Stellung zu Rom 78
Besorgnisse Englands vor der deutschen Konkurrenz, einer Folge der deutschen Volksbildung 78
Zum Schulzwang kann sich England nicht entschließen 79
Die abessinische Expedition u. ihre Ursachen 79
Schwierige Stellung d. Königs Theodor 80
Das englische Ultimatum 80
Ausrüstung des Expeditionscorps unter Napier 80
In Aegypten u. in Europa vermuthet man eine dauernde Besitznahme Abessiniens 81
Lord Stanley's Schreiben bestreitet diese Vermuthung (9. Dec. 1867) 81
Landung Napier's in Abessinien (3. Jan.) 81
Schwieriger Marsch nach Magdala 81
Theodor kommt in Magdala an (29. März) 82
Die Engländer stehen vor Magdala 82
Gefecht vor Magdala (10. April) 82
Vergebliche Unterhandlungen Theodor's mit Napier (11. April) . . 83
Auslieferung der Gefangenen (11. u. 12. April) 83
Eroberung von Magdala und Tod Theodors (13. April) 83
Abmarsch d. Engländer von Magdala (17. April) 84
Einschiffung der Engländer (1. Juni) 84

Seite

Disraeli's Rede im Unterhaus über d. abessinische Expedition (27. April) 84
Die abessinische u. die mexikanische Expedition 85
In Frankreich ist man auf diese Expedition übel zu sprechen . . 85
Der Fenianismus u. das Attentat auf d. Prinzen Alfred (13. März) 86
Disraeli wird des Grafen Derby Nachfolger (25. Febr.) . . . 86
Gladstone an der Spitze der liberalen Opposition 86
Die irische Staatskirche 87
Die agrarischen Verhältnisse in Irland 87
Vorschläge zur Lösung der Frage über die irische Staatskirche . . 88
Gladstone bringt im Unterhaus drei die irische Kirche betreffende Resolutionen ein (23. März) . . . 88
Lord Stanley stellt hiezu ein Amendement (27. März) 89
Das Haus entscheidet sich für Berathung d. Resolutionen (3. April) 89
Annahme der ersten Resolution (1. Mai) 89
Disraeli denkt zwar ans Abdanken, schiebt es aber hinaus 90
Annahme der 2. und 3. Resolution (7. Mai) 90
Adresse des Unterhauses an die Königin und ihre Antwort (12. Mai) 90
Adresse der anglikanischen Bischöfe an die Königin gegen die Resolutionen (14. Mai) 90
Annahme der Suspensionsbill im Unterhaus (16. Juni) 91
Verwerfung der Suspensionsbill im Oberhaus (30. Juni) 91
Vertagung d. Parlaments (31. Juli) 91
Auflösung d. Parlaments (9. Nov.) 91
Sieg der Liberalen bei den Parlamentswahlen (16. Nov.) . . . 91
Disraeli reicht seine Entlassung ein (2. Dec.) 92

Digitized by Google

Seite

Das Ministerium Gladstone (3. Dec.) 92
Vorläufiger Zusammentritt des neuen Parlaments (10. Dec.) 92
Die eigentliche Eröffnung (16. Febr. 1869) 92
Das Stimmrecht der Frauen . . . 92
Folgen des Ministerwechsels für Deutschland 92
Lord Stanley's Wahlrede (13. Nov.) 93
Hat Deutschland Fortschritte in seinem Einigungsprozeß gemacht? 95
Die norddeutschen Bundesgesandten 96
Stellung Deutschlands gegenüber dem Ausland 96
Naturalisationsvertrag zwischen dem norddeutschen Bunde u. d. Union (22. Febr.) 96
Aeußerungen d. New-Yorker Blätter über das Verhältniß der Union zu Deutschland 97
Anbahnung eines völkerrechtlichen Vertrags über die Freiheit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten 97
Feier der Ankunft des ersten norddeutschen Generalkonsuls in New-York (17. Okt.) 98
Unterredung zwischen Graf Bismarck und Karl Schurz (28. Jan.) . . 98
Stellung der Union in einem deutsch-französ. Kriege 99
Die Unterhandlungen Preußens mit Dänemark wegen Nordschleswig . 99
Die 12 Garantiepunkte 100
Dänemark verwirft d. preuß. Grenzlinie (9. März) 100
Reise des dänischen Kriegsministers Raaslöff nach Paris 100
Raaslöff reist zum zweitenmal nach Paris 101
Die dänische Thronrede über Nordschleswig (5. Okt.) 101
Die Kreuzzeitung schenkt reinen Wein ein 101
Nimmt Dänemark das Angebotene nicht an, so wird es wohl gar nichts bekommen 102
Befestigung von Kiel, Alsen u. Düppel 102
Graf Bismarck und das System „Mühler-Eulenburg" 103
Eine Vereinfachung des Parlamentsapparats wird gewünscht . . . 104
Ein verantwortliches Bundesministerium wird gewünscht . . . 104
Annahme des Lasker'schen Antrags auf Redefreiheit (8. Jan.) . . 105
Verwerfung des Antrags auf Redefreiheit im Herrenhaus (15. Febr.) 105
Debatte über den Entschädigungsvertrag m. d. Depossedirten (1. Febr.) 105
Das Abgeordnetenhaus ist mit dem Vertrag nicht einverstanden . . 106
Graf Bismarck macht aus der Annahme eine Kabinetsfrage . . . 107
Annahme des Vertrags 108
Debatte über den hannöverschen Provincialfond im Abgeordnetenhaus (4. Febr.) 108
Konflikt zwischen Graf Bismarck u. den Konservativen 109
Annahme des Kommissionsantrags (7. Febr.) 109
Annahme der Gesetzentwürfe über die Entschädigung der Depossedirten und über den hannöverschen Provincialfond i. Herrenhaus (18. Febr.) 110
Schluß des preuß. Landtags (29. Febr.) 110
Verwaltung des hannöverschen Provincialfond (24. Okt.) 110
Beibehaltung der 6 Landdrosteien in Hannover (9. Dec.) 110
Welfische Demonstration bei der Feier d. silb. Hochzeit in Hietzing (18. Febr.) 110
Die Welfenlegion in Holland u. in d. Schweiz 111
Die Welfenlegion erhält in Wien Pässe nach Frankreich 112
Das Welfenblatt „Situation" u. seine Lügen 113
Französische Zweideutigkeiten . . . 114

Digitized by Google

Seite

Aeußerungen der preuß. u. östreich. Blätter über die Ausstellung der 500 Pässe 115
Beust wird wegen der Pässe interpellirt (20 Febr.) 116
Der Wiener Polizeidirektor erhält einen hannöv. Orden 116
Wie steht es jetzt mit d. Entschädigung des Königs Georg? . . . 116
Interpellation d. preuß. Ministeriums (26. Febr.) 117
Das Vermögen des Königs Georg wird mit Beschlag belegt (3. März) 117
Protest des Königs Georg . . . 118
Aufruf an die Kurhessen (25. Febr.) 118
Denkschrift des Kurfürsten von Hessen 119
Protest des Herzogs Karl v. Braunschweig (18. März) 119
Herzog Adolf v. Nassau in Frankfurt 119
Berufung d. Zollbundesraths (2. März) 119
Berufung des nordd. Bundesraths (7. März) 120
Eröffnung des nordd. Reichstags (23. März) 120
Wirthschaftliche Thätigkeit des Reichstags 120
Der Antrag Waldeck's auf Gewährung von Diäten wird abgelehnt (18. Apr.) 121
Der Antrag Lasker's auf Ausdehnung der Redefreiheit auf die Einzellandtage wird angenommen (18. April) 121
Der Guerard'sche Antrag auf Redefreiheit wird im preuß. Abgeordnetenhaus angenommen (20. Nov.) 122
Der Guerard'sche Antrag auf Redefreiheit wird im Herrenhaus verworfen (17. Dec.) 123
Der Miquel'sche Antrag im Reichstag wegen Verwaltung des Bundesschuldenwesens 123
Seine Annahme führt einen Konflikt mit d. Ministerium herbei (22. April) 124
Die Flotte muß es büßen 125
Die Sache wird wieder ausgeglichen (15. Juni) 125

Seite

Längerer Urlaub des Grafen Bismarck (16. Juni) 126
Moltke über Deutschlands künftige Machtstellung (15. Juni) . . . 126
Französische und englische Urtheile . 127
Schluß des Reichstags (20. Juni) . 127
Was hat man von dem Zollparlament zu erwarten? 127
Thronrede bei Eröffnung des Zollparlaments (27. April) 128
Begrüßungsworte d. Alterspräsidenten 129
Wahl des Präsidenten und der zwei Vicepräsidenten (28. April) . . 129
Debatte über die bairischen Wahlen (29. April) 130
Debatte über die württ. Wahlen (1. Mai) 130
Von Mittnacht und von Varnbüler 131
Lasker's Vertheidigung der deutschen Partei in Württemberg . 131
Adreßdebatte (7. Mai) 133
Der Metz'sche Adreßentwurf . . . 133
Stellung der süddeutschen Fraktion zur Adresse 133
Anträge auf einfache und auf motivirte Tagesordnung 134
Rede des Referenten v. Bennigsen . 135
Rede des Korreferenten v. Thüngen 136
Die Donauzeitung über Thüngen's Rede 137
Blankenburg's Rede für einfache Tagesordnung 137
Bluntschli's Rede gegen einfache Tagesordnung 137
Annahme des Aretin'schen Antrages auf einfache Tagesordnung . . 138
Jubel von Hietzing bis Paris . . . 138
Entmuthigung d. südd. Nationalliberalen 139
Süddeutsche Treibjagd auf nationale Gedanken 139
Demokratische Volksvers. (14. Mai) 139
Der Bambergersche Antrag auf Abhilfe d. Beschwerden d. hessischen Weinproducenten (18. Mai) . . 140

Digitized by Google

Seite

Die Mohl'sche „Wirthsagitation" . . 140
Graf Bismarck u. d. großh. hessische Herr Kollege sind verschiedener Ansicht über d. Kompetenz d. Zollparlaments 141
Probst warnt vor der Lawine . . 142
Graf Bismarck gibt zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet 142
Jetzt ist's aus mit d. Freundschaft der südd. Fraktion und der Feudalen 143
Die Debatte wird eine hochpolitische 143
Die Rede d. Dr. Völk von Augsburg 144
Dr. Völk wird in Berlin, Augsburg und Konstanz gefeiert 147
Annahme d. Bambe ger'schen Antrags 147
Debatten über die wirthschaftl. Gegenstände 148
Annahme d. östreichischen Handelsvertrags (11. Mai) 148
Annahme einer Tabaksteuer, aber nicht im Sinn der Regierungen (16. Mai) 148
Verwerfung einer Petroleumsteuer (20. Mai) 149
Schluß d. Zollparlaments u. Thronrede (23. Mai) 149
Festlichkeiten zu Ehren d. Zollparlaments 150
Rechenschaftsbericht der süddeutschen Fraktion (22. Mai) 150
Zweck des Rechenschaftsberichts und Möglichkeit seiner Erreichung . . 151
Eine „Gardelieutenants-Phrase" . . 152
Der Militärprediger Lukas . . . 153
Ultramontane Schamlosigkeiten . . 153
Hietzinger Brandschrift 153
Das Bellen der Chauvinisten . . . 155
Antwort d. Kreuzzeitung (20. Mai) . 155
Europäische Inspektionsreise d. Prinzen Napoleon 156
Preußen geht in der Abrüstung voran 156
Der König v. Preußen in Hannover, Worms und Bonn 157
Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser von Rußland in Schwalbach und Berlin . . 157

Seite

Das Journal von St. Petersburg über die Stellung Rußlands in einem deutsch-französ. Kriege (28. Okt.) 157
Napoleon veröffentlicht die 3 Karten (28. Okt.) 158
Denunciation gegen das preußische Kabinet 158
Zweck derselben ist Störung der preußisch-russischen Freundschaft . 159
Die Deutschen in d. Ostseeprovinzen 159
Der König von Preußen in Schleswig-Holstein 160
Rede des Königs von Preußen in Kiel (14. Sept.) 161
Die Pariser Börse geräth in Schrecken 161
Urtheile der franz. u. englischen Blätter 161
Kais. Napoleon in Chalons (11. Sept.) 162
Er weiß nicht mehr, wie er reden soll 162
Oestreich und die Forderungen der Czechen 163
Reise Franz Josef's n. Prag (21. Juni) 163
Das Wiener Schützenfest (26. Juli) 164
Die süddeutsch. Redner beim Festbankett u. in d. Volksversammlung (2. Aug.) 164
Europ. Arbeiter-Verbrüderungsfest . 165
Der Kaiser in d. Schießhalle (30. Juli) 165
Giskra und Zelinka beim Festbankett (26. Juli) 165
Beust's Rede b. Festbankett (6. Aug.) 166
Das Schützenfest erregt das Mißtrauen der nichtdeutschen Oestreicher . . 166
Die „Ungarische Monatsschrift" über die Schützenfest-Politik 167
Eröffnung der 17 cisleithanischen Landtage (22. Aug.) 167
Der böhmische Landtag und die czechischen Abgeordneten . . . 167
Die czechischen Excesse (4. Okt.) . . 168
Belagerungszustand in Prag (10. Okt.) 168
Der galizische Landtag 168
Rücktritt des Ministerpräsidenten Fürst Auersperg (26. Sept.) 169

Digitized by Google

Seite

Der tiroler Landtag 170
Die Ansprüche der Nationalitäten . 170
Berufung des Reichsraths (17. Oct.) 170
Wehrgesetzentwurf 170
Debatte im ungar. Unterhaus über den Entwurf (1. Aug.) 171
Annahme des Entwurfs (7. Aug.) . 172
Beust's Reden im Wehrausschuß des cisleithanischen Abgeordnetenhauses (26. u. 28. Okt.) 172
Kabinetsfrage 173
Annahme des Entwurfs im Abgeordnetenhaus (13. Nov.) . . . 173
Annahme des Entwurfs im Herrenhaus (28. Nov.) 174
Annahme des Kriegsbudgets in den Delegationen (30. Nov. u. 2. Dec.) 174
Beust läßt d. Dispositionsfond u. die kleinen Gesandtschaften nicht fahren (25. Nov.) 174
Rede des Reichskriegsministers Kuhn über Krakau u. Rußland (2. Dec.) 174
Schluß der Delegationen in Pesth (5. Dec.) 175
Graf Beust (5. Dec.) 175
Die Honvedarmee 175
Die kroatischen Abgeordneten im ungarischen Reichstag (24. Nov.) . 175
Ein kroatischer Minister im dreieinigen Königreich (9. Dec.) 175
Ungarn und seine Nebenländer . . 176
Bevölkerung und Nationalitäten . . 176
Gefahr für Ungarn 176
Die Deakpartei und die Linke . . 177
Des Grafen Beust oriental. Politik 177
Rede d. Sultans bei Eröffnung d. Staatsraths (11. Mai) 177
Rede des Sultan auf die Dankadresse seiner christl. Unterthanen (23. Mai) 178
Agitation für ein Großserbien . . 178
Die Familien Karageorgiewitsch und Obrenowitsch 179
Ermordung des Fürsten Michael (10. Juni) 179
Die Skuptschina proklamirt Milan

Seite

Obrenowitsch als Fürsten von Serbien (2. Juli) 180
Prozeß u. Hinrichtung der Mörder (28. Juli) 180
Verhaftung des Exfürsten Alexander Karageorgiewitsch (8. Aug.) . . 180
Die rumänische Frage 181
Minister Bratiano 181
Die rumän. Gespenster d. Grafen Beust 182
Preußen soll mit den Westmächten entzweit werden 182
Preußens Erklärung und Bratiano's Entlassung (28. Nov.) 182
Preußen soll mit Ungarn verfeindet werden 183
Aeußerung d. Nordd. A. Ztg. (21. Nov.) 183
Antipreußischer Artikel im Pesti Naplo (12. Dec.) 184
Die Sache erscheint verdächtig . . 184
Die ungarischen Blätter protestiren . 185
Rußland macht Polen zu einer Provinz (29. Febr.) 186
Errichtung einer römisch-katholischen Synode in Petersburg 186
Einführung d. russ. Sprache in Polen als Unterrichtssprache (10. Febr.) 186
Verordnung d. Statthalters Popatow in Lithauen (9. Juli) 187
Vorgänge in den Ostseeprovinzen . 187
Rußland ist für die orientalische Frage noch nicht gerüstet . . . 188
Die Russen erobern Samarkand und Buchara 188
Spanien unter Isabella . . . 189
Absolutistisch-klerikales System . . 189
Zahl der Klöster 190
Vernachläßigung d. Volksschulunterrichts 190
Das Sinken der spanischen Macht . 190
Isabella's Jugend 191
Louis Philipp u. die spanische Heirat 191
Isabella's Vermählung mit Franz v. Assis (10. Okt. 1846) 192
Die ausschweifende Isabella u. der arme Franz 192

Digitized by Google

Seite

Isabella erhält vom Papst die goldene Rose 192
Einzelne Aufstände 193
Tod d. Ministerpräsidenten Marschall Narvaez (23. April) 193
Das Ministerium Gonzalez Bravo . 193
Verhaftung und Deportation der Generale (12. Juli) 194
Ausweisung des Herzogs v. Montpensier (16. Juli) 194
Graf und Gräfin von Girgenti . . 195
Projekt einer französisch-spanischen Allianz 195
San Sebastian und Biarritz . . . 195
Ausbruch der Revolution in Cadiz (18. Sept) 195
Napoleon thut auf einmal spröde . 196
Das Ministerium Concha (22. Sept.) 196
Entscheidendes Treffen bei Alcolea (28. Sept.) 196
Sieg d. Revolution in ganz Spanien 197
Isabella will nicht sola nach Madrid 197
Die letzte Bourbon und d. letzte Stuart 198
Isabella reist nach Pau u. nach Paris (30. Sept. und 6. Nov.) . . . 198
Einsetzung einer provisorischen Regiegierung unter Serrano (8. Okt.) 199
Aufhebung d. Jesuitenordens (13. Okt.) 199
Die definitive Entscheidung wird den Kortes überlassen 200
Republikanischer Aufstand in Cadiz (13. Dec.) 200
Aufstand in Cuba 200
Die Thronkandidaten 201
Die spanische Revolution ist ein Ableiter für Deutschland 202
Der Constitutionnel erklärt d. Ueberschreitung der Mainlinie für einen Kriegsfall (7. Sept.) 202
Regierungsfeindliche Kundgebungen a. d. Kirchhof Montmartre (2. Nov.) 202
Gambetta's Rede bei Vertheidigung der Verhafteten 202
Aengstliche Vorsichtsmaßregeln (3. Dec.) 203

Seite

Lavalette Minister des Auswärtigen (17. Dec.) 204
Lavalette's Rundschreiben v. 16. Sept. 1866 204
Griechisch-türkischer Konflikt wegen Kandia's 205
Aeußerung des griechischen Ministers Delyannis 205
Expedition Petropulaki's nach Kandia (20. Nov.) 205
Das türkische Ultimatum (10. Dec.) 206
Griechenland verwirft d. Ultimatum (16. Dec.) 206
Die Enosis im Hafen v. Syra (14. Dec.) 206
Preußen schlägt eine Specialkonferenz vor (19. Dec.) 206
Eröffnung der Konferenz in Paris (9. Jan. 1869) 207
Griechenland nimmt das Konferenzprotokoll an (6. Febr. 1869) . . 207
Schlußsitzung d. Konferenz (17. Febr. 1869) 207
Präsident Johnson u. d. Kongreß in den Vereinigten Staaten . 208
Johnson wird in Anklagestand versetzt (24. Febr.) 208
Johnson wird freigesprochen (16. Mai) 208
Wiederherstellung der staatlichen Ordnung 209
Die letzte Präsidentenbotschaft (9. Dec.) 209
Die Alabama-Angelegenheit . . . 209
Kämpfe mit den Indianern . . . 209
Die Präsidentenwahl (3. Nov.) . . 210
Grant und Colfax 210
Der Krieg in Südamerika . . . 211
Mecklenburg tritt in den Zollverein (11. Aug.) 211
Militärkonvention zwischen Preußen u. Mecklenburg-Schwerin (24. Juli) 211
Kirchliche und politische Verhältnisse in Baden 212
Tod des Erzbischofs von Freiburg (14. April) 212
Die Offenburger Versammlung (8. Nov.) 212

Digitized by Google

Seite

Rede des Ministers Freydorf bei d. Verfassungsfest (21. Aug.) . . 212
Baden will an einer ständigen Militärkommission nicht theilnehmen . 213
Bairisch-württemb. Konvention wegen Ulm (22. Juli) 213
Münchener Konferenz wegen der Festungsliquidation 213
Oestreich will sich einmischen . . . 213
Eigenthümliche Zusammensetzung der württ. Abgeordnetenkammer . . 213
Programm des „Beobachters" für d. Landtagswahlen 214
Der Staatsanzeiger kündigt ihm die Freundschaft auf 214
Die Landtagswahlen (8. Juli) . . 214
Jetzt ist man froh an den Priviligirten 214
Eröffnung des Landtags u. Thronrede (4. Dec.) 215
Adreßdebatte (17. u. 19. Dec.) . . 215
Was will die Linke? 216
Rede des Abgeordneten Römer . . 216
Erklärung d. Ministers v. Varnbüler 217
Das Sick'sche Amendement . . . 217
Die Adresse wird verworfen . . . 218
Vertagung des Landtags (23. Dec.) 218
Eröffnung des preußischen Landtags (4. Nov.) 218
Justizminister Leonhardt über die Reorganisation des Justizwesens (30. Nov.) 219
Justizmin. Leonhardt über d. Hilfsrichter (1. Dec.) 219
Was sagt man dazu in Süddeutschland? 220
Rückkehr d. Grafen Bismarck (2. Dec.) 221
Das Ministerium d. auswärtigen Angelegenheiten soll auf d. Etat des nordd. Bundes übernommen werden 221
Erklärung d. Gr. Bismarck hierüber u. üb. d. östreich. Liberalismus (9. Dec.) 221
Vorlage d. Verordnung über d. Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg u. d. Kurfürsten v. Hessen (6. Nov.) 221
Der Finanzminister will „den Kurfürsten mit Beschlag belegen" . . 222
Debatte über d. Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg (29. Jan. 1869) 222
Rede d. Grafen Bismarck 223
Debatte über d. Beschlagnahme des Vermögens d. Kurfürsten v. Hessen (30. Jan. 1869) 224
Rede des Grafen Bismarck . . . 224
Annahme der Kommissionsanträge . 225
Die französ. Blätter sind auffallend kleinlaut 225
Verschiedene Species von Reptilien . 226

Digitized by Google

Das Jahr 1868 hat mit mancher ungelösten Frage begonnen. Gab es doch keinen europäischen Staat von einiger Bedeutung, der nicht vor einer inneren Krisis oder vor einer äußeren Verwicklung stand. Deutschland, mit seinem inneren Ausbau und mit der süddeutschen Frage beschäftigt, schien durch die Unvernunft und die Anmaßung Frankreichs in einen Krieg verwickelt zu werden und nur durch das Eintreten eines unerwarteten Ereignisses desselben enthoben worden zu sein. Oestreich mußte seine ganze Lebenskraft einsetzen, um der erdrückenden Wucht des Konkordats, seiner Finanzwirthschaft und der Verschiedenheit seiner Nationalitäten nicht zu erliegen. Kaum besser als hier stand es mit den Finanzen in Italien, das zudem den Tag von Mentana und die Erneuerung der französischen Occupation Roms als ein nationales Unglück zu beklagen hatte. England richtete seine Gedanken nach dem fernen Abessinien und nach dem nahen Irland, wo vielhundertjähriges Unrecht zu sühnen war. Rußland befand sich seit der Aufhebung der Leibeigenschaft in einem Uebergangsstadium, das seiner Agrikultur nicht sehr günstig war, betrat die absolutistischen Wege der Vernichtung fremder Nationalitäten und Konfessionen und sah im Orient manches, was nicht nach seinem Wunsche war. Die Türkei bekam zu der kandiotischen Frage auch noch eine rumänische und ward fast zu einer Kriegserklärung an Griechenland genöthigt. Nur Isabella von Spanien, unschuldig wie immer führte ein harmloses Leben, gab sich frommen Uebungen und edlen Freundschaften hin und bedeckte ihre Blößen mit der goldenen Rose.

Von all diesen Fragen hat keine die Aufmerksamkeit Europa's so sehr auf sich gezogen als die süddeutsche. Sie hat bis jetzt noch keine vollständige Lösung gefunden, wenngleich der Anfang dazu, durch Ab-

Digitized by Google

schluß der Allianz- und Zollvereinsverträge, gemacht ist. Wer eine rasche Abwicklung dieser Sache erwartete, hat sich getäuscht. Wenn nicht kriegerische Ereignisse hinzukommen und den Anschließungsprozeß in rascheren Fluß bringen, werden noch manche Jahre vergehen, bis der neue Bundesstaat, der von der Königsau bis zum Königssee, von Memel bis an die Thore von Basel reicht, fertig und eben damit das neue Deutschland constituirt ist. Und wenn es sonst niemand einfiele, dieser neuen Gestaltung hemmend sich in den Weg zu stellen, so würde doch Frankreich und, die Möglichkeit hiezu vorausgesetzt, auch Oestreich einen Radschuh einzulegen suchen. Denn sobald diese Frage gelöst, sobald durch den Anschluß der vier süddeutschen Staaten an den norddeutschen Bund ein Bundesstaat von 38 Millionen gegründet ist, so hat, ohne alle Frage, dieses Deutschland den ersten Rang in Europa. Man sage nicht, Frankreich habe bei gleicher Bevölkerung und stärkerer Seemacht eine gleich starke Stellung, wenn nicht einen unleugbaren Vorzug. Die Bevölkerung ist in Deutschland eine ganz andere, und nicht die Zahl der Köpfe, sondern die Summe von Intelligenz entscheidet. Diese ist durchschnittlich in Deutschland eine weit höhere, und unter die nach preußischem System organisirten deutschen Heereskörper vertheilt, wird sie auch auf dem Schlachtfelde dem deutschen Namen eine Gasse machen. Das beste Zeugniß für die Richtigkeit dieser Anschauungen sind die ungeheuren Kriegsrüstungen Frankreichs und das Ansinnen der östreichischen Regierung, trotz der notorischen Finanzcalamität eine Kriegsstärke von 800,000 Mann votiren zu lassen. Frankreich, das seit Ludwig XIV. dreimal die Suprematie über Europa errungen hat, möchte dieselbe nicht nur um jeden Preis behaupten, sondern auch keine andere Macht, wenn auch nur annähernd sich an seine Seite stellen lassen. Es wird daher alles aufbieten, daß der Anschluß Süddeutschlands so lange als möglich hinausgeschoben und dadurch Preußen die Möglichkeit genommen wird, über dessen Streitkräfte ebenso unbedingt wie über die thüringischen und andere zu disponiren, wobei es noch die stille Hoffnung hegt, daß irgendwelche Zufälle zum mindesten die Neutralität Süddeutschlands herbeiführen werden. Wenn sämtliche vier süddeutsche Staaten zu gleicher Zeit freiwillig ihre Bereitwilligkeit, sich an den norddeutschen Bund anzuschließen, ankündigen würden, so würde Frankreich schwerlich einen Krieg anfangen; wenn aber dieser

Digitized by Google

Anschluß gezwungen erfolgte oder nur von einem dieser Staaten angekündigt würde, so hätten wir eben damit ohne Zweifel den Kriegsfall. Und dann wären die 800,000 Mann Oestreicher und Ungarn nicht bloß der Parade wegen da. Was Oestreich veranlaßt, den süddeutschen Staaten eine möglichst langdauernde sogenannte Selbständigkeit zu wünschen und auf dieses Ziel hinzuarbeiten, sind nicht bloß hundertjährige Traditionen, welche diesen Staat gerade an Süddeutschland knüpfen, und welche in Nikolsburg und Prag mit einem Federstrich zwar auszustreichen, aber nicht zu verwischen waren, sondern die Besorgniß hauptsächlich, daß dann der Schmerzensschrei von Italien an der Donau sich wiederhole. Ein großes, starkes Deutschland wird, wenn es auch keine Cavour'sche Politik befolgt, für die Deutschen in dem großentheils slavischen Cisleithanien einen unwiderstehlichen Reiz haben.

So hängen sich Folgen von unermeßlicher Tragweite an dieses ruhige, stille Gewässer, das vom Fichtelgebirge in der Richtung nach Mainz sich hinzieht. Und doch ist dieser gefürchtete Anschluß so sicher als etwas. Er ist nur eine Frage der Zeit. Nur darum handelt es sich, ob seinetwegen jetzt ein Krieg von europäischen Dimensionen provocirt und bei den unberechenbaren Zufälligkeiten desselben altes wie neues aufs Spiel gesetzt oder ob ruhig gewartet werden soll, bis die reifende Frucht vom Baume fällt. Wir werden keinen Krieg, der uns aufgedrungen wird, scheuen, er komme, woher er wolle; denn ein „Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen niemals ein Echo." Etwas anderes aber ist es, ob wir in heißer patriotischer Ungeduld ihn herbeiziehen und, was in Jahren doch kommen muß, schon in Monaten erzwingen sollen, ohne auf die augenblicklichen Verluste an Menschen und Nationalwohlstand zu achten. Diese Frage ist nicht mit bloßem Säbelgerassel, sondern mit dem scharfen Blick des erfahrenen Staatsmanns zu entscheiden. So lange dieser Staatsmann Graf Bismarck heißt, ist diese Sache in den besten Händen.

Eine Zeitlang glaubte man, der andere Weg, der Weg des freiwilligen Anschlusses der vier süddeutschen Regierungen, werde, wenn nicht augenblicklich, so doch in naher Zeit eingeschlagen und die nächsten Einleitungen hiezu getroffen. Im Oktober des Jahres 1867 waren die Allianz- und Zollvereinsverträge von den Kammern in Baiern, Württemberg und Baden, in Hessen schon im

Digitized by Google

Auguſt, angenommen worden. In den zwei letzten Staaten hatte ihre Annahme wenig Widerſpruch gefunden. In der bairiſchen Kammer waren es die Herren Reichsräthe, in der württembergiſchen die zahlreiche Schar der großdeutſchen und demokratiſchen Partei, welche die Verträge aufs lebhafteſte bekämpfte. Der Eifer und die Wärme, mit der die Könige Ludwig und Karl für die Verträge eintraten, die Entſchiedenheit, mit der ihre Miniſter in der Kammer ſie vertheidigten, auf Preußen als den einzigen Hort Süddeutſchlands hinwieſen und die Zuſammengehörigkeit des Südens und des Nordens betonten, eröffnete den Freunden des neuen Deutſchlands eine ſehr angenehme Perſpektive. Aber noch im nämlichen Jahre, in der Sitzung der württembergiſchen Abgeordnetenkammer vom 11. December, äußerte Miniſter von Varnbüler bei der Berathung des Budgets des Auswärtigen, ohne zu einer ſolchen Erklärung irgendwie gedrängt zu ſein, „es ſei entſchiedene Anſicht der Regierung, daß, nachdem ſie die beiden Verträge mit Preußen abgeſchloſſen und damit ihre nationale Pflicht erfüllt habe, kein Grund ſei, über dieſe Grenzlinie hinauszugehen.“ Darauf rechnete er der Kammer vor, wieviel Mehrausgaben der Anſchluß an den norddeutſchen Bund dem Lande verurſachen, welch bedeutende Rechte und Befugniſſe er ihm entreißen würde, und ſchloß mit der Verſicherung, daß er, ſelbſt wenn die Kammer den Anſchluß verlangte, dem König hievon abrathen würde.

Dies war ein „bis hieher und nicht weiter!“ ſo unumwunden ausgedrückt, als es nur möglich war. Daraus war erſichtlich, daß es der Regierung mit der loyalen Haltung der Verträge entſchieden Ernſt ſei, daß ſie aber in allem übrigen Herr im eigenen Hauſe ſein, ſich weder von der Präſidialmacht etwas vorſchreiben noch von dem Reichstag ſich majoriſiren laſſen wolle und in dieſer ſehr freien, ſelbſtändigen Stellung ſich äußerſt behaglich fühle. So auffallend aber auch dieſe Erklärung manchem vorkam, ſo brauchte doch deßhalb niemand zu verzagen. Denn auch die Miniſter ſind, wie andere Menſchenkinder, den Wandlungen ausgeſetzt; die Logik der Thatſachen iſt ſchärfer, unerbittlicher als die Logik der Regierungen. Stand ja doch die Berufung des Zollparlaments in naher Ausſicht, welches, auf Grund des Zollvereinsvertrags vom 8. Juli 1867, zum erſtenmal ſich verſammeln und die, wenn auch partielle, Einheit von Nord- und Süddeutſchland repräſentiren ſollte. Zwar war die

Digitized by Google

Kompetenz desselben eine sehr beschränkte. Die Versammlung war zu rein wirthschaftlichen, durchaus nicht zu politischen Zwecken berufen, und auch in wirthschaftlicher Beziehung waren als Berathungsgegenstände außer dem gesamten Zollwesen, der Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks und den zur Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenzen erforderlichen Maßregeln keine weiteren bestimmt. Aber es war schwer, wenn nicht geradezu unmöglich, die Politik von den Berathungen über wirthschaftliche Gegenstände fern zu halten, vollends in einem Staatskörper, welchem an Bedeutung keine andere Versammlung in Europa als das englische Parlament an die Seite zu stellen ist. Sodann schien es sehr wahrscheinlich, daß eben die wirthschaftlichen Interessen der einzelnen Länder die Regierungen in kurzem dazu veranlassen werden, in einer neuen Uebereinkunft eine Kompetenzerweiterung des Zollparlaments zu beschließen und die meisten der in Artikel 4 der norddeutschen Bundesverfassung aufgezählten Punkte seinen Berathungen zu unterstellen. Denn Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, Maß-, Münz- und Gewichtssystem, Papiergeld, Bankwesen, Erfindungspatente und dergleichen sind offenbar Punkte von ungemein wirthschaftlicher Bedeutung, welche eben so sehr wie die oben angeführten eine gemeinsame Gesetzgebung und Feststellung bedürfen. Ohne diese werden die Bürger der süddeutschen Staaten gegenüber von denen des norddeutschen Bundes sehr zurückstehen und im Nachtheil sein. Denn während für diese im norddeutschen Reichstag ein gleichmäßiges Verfahren für ein Gebiet von 30 Millionen Menschen festgesetzt wird, ist in allen diesen Fragen jeder der vier süddeutschen Staaten auf sich allein beschränkt. Sollen sie jener Wohlthaten theilhaftig und hierin ihren norddeutschen Brüdern gleichgestellt werden, so bleibt ihren Regierungen nichts anderes übrig, als die Gesetze, so wie sie vom Reichstag beschlossen worden sind, anzunehmen, ohne an ihrer Berathung theilgenommen zu haben. Durch das Zugeständniß der Kompetenzerweiterung dagegen kämen die süddeutschen Staaten in die den Verhältnissen ganz entsprechende Lage, daß sie bei Abfassung von Gesetzen, deren Annahme in ihrem Interesse liegt, durch ihre Abgesandten im Bundesrath und im Parlament ihre Stimme abzugeben hätten und ihre süddeutschen Interessen mit Erfolg vertreten lassen könnten.

Digitized by Google

Solche Erwägungen bewegten das deutsche Herz in den letzten Monaten des alten und den ersten Monaten des neuen Jahres. Von dem alsbaldigen Anschluß Süddeutschlands an den norddeutschen Bund wurde zunächst abgesehen, das Zollparlament als Abschlagszahlung genommen und an dasselbe die Erwartung geknüpft, daß es, in Folge der Initiative der für dieses Institut sich interessirenden Regierungen, innerhalb weniger Jahre seine Kompetenz erweitern und unter dem Drange des nationalen Willens allmählich sich zum deutschen Parlamente umgestalten werde. Von dieser Ansicht giengen mehrere Mitglieder der beiden badischen Kammern, darunter sämtliche Minister, aus, als sie in einer Erklärung vom 20. December 1867 als Aufgabe des Zollparlaments unter anderem hervorhoben: „die Wege zu suchen, auf denen theils die Ausbildung theils die erforderliche Erweiterung der Kompetenzen der Zollunion und daher des Zollparlaments am ehesten zu erreichen ist, insbesondere mit Bezug auf Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungsverhältnisse" und die anderen obengenannten Punkte. Dagegen erhob sich der württembergische Staatsanzeiger vom 7. Januar 1868 und erklärte in einem Artikel „Vom Lande," daß nach dem Wortlaut des Vertrages etwaige Aenderungen an seinen Bestimmungen nur mit Uebereinstimmung sämtlicher kontrahirenden Staaten, also auf dem Vertragsweg und nicht durch das Organ des Zollparlaments herbeizuführen sein würden. Es sei daher auffallend, daß badische Ständemitglieder kein Bedenken getragen haben, die Zollparlaments-Abgeordneten ohne weiteres zu einem Verhalten verpflichten zu wollen, welches nichts geringeres in sich schlöße als die Verletzung der eingegangenen Vertragsverbindlichkeiten. Im höchsten Grade überraschend sei aber jedenfalls die Betheiligung bei dieser Kundgebung von Seiten eines Ministeriums, von welchem zwei Mitglieder bei den Verhandlungen am 4. Juni und 8. Juli thätig gewesen seien. „Damit soll nicht gesagt sein," hieß es am Schluß, „daß, weil nach dem Zollvertrag die gemeinsame Regelung der in der badischen Erklärung aufgeführten Gegenstände innerhalb der Zollunion und des Zollparlaments unzuläßig ist, eine übereinstimmende Regelung solcher Angelegenheiten zwischen den süddeutschen Staaten und dem norddeutschen Bunde überhaupt nicht zuzugeben sei. Im Gegentheil, auch wir wünschen eine gemeinsame Ordnung derselben und würden dies für eine ganz schöne Konsequenz des

Digitized by Google

nationalen Gedanken halten, ja wir stehen nicht an, es für eine durchaus berechtigte Forderung desselben zu erklären. Wir glauben aber, daß sich für die Realisirung jenes Wunsches noch andere Mittel und Wege als die Zollunion, und andere Formen als mit den Verträgen im Widerspruch stehende Beschlüsse des Zollparlaments, darbieten, und können zum Beleg hiefür auf die soeben erfolgte Regelung des Postwesens hinweisen, welche im Wege freier Vereinbarung der süddeutschen Staaten und dem Nordbund erzielt und überall mit Befriedigung aufgenommen worden ist."

Auf diese Zurechtweisung erwiderte die Karlsruher Zeitung, das Organ der badischen Regierung: „Man kann, wenn man überhaupt eine Einigung, auch nur auf dem Gebiet nationaler Interessen, eine Ausdehnung der Befugnisse des Zollbundesraths und des Zollparlaments anstrebt, die Aufgabe der badischen Abgeordneten und des Zollparlaments nicht bescheidener und zurückhaltender stellen als durch die Zumuthung, „die Wege zu suchen, auf denen dieses Ziel am ehesten zu erreichen ist." Daß dieses Ziel, da, wo vom Völkerrecht oder Staatsrecht der Vertragsweg vorgezeichnet ist, auf anderem Wege erreicht werden wolle, steht nirgends und wird in dem Artikel des Staatsanzeigers nur durch die handgreiflichsten Sophismen in die badische Erklärung hinein demonstrirt. Daß sich andere nationalgesinnte Leute von dem Zollparlament einen heilsamen Druck auch auf Widerwillige versprechen, hat diese Erklärung nicht zu verantworten."

Dieser Streit, welcher auf alte Eifersüchteleien zwischen Württemberg und Baden zurückzuführen ist und die Ansicht und den guten Willen der beiderseitigen Regierungen, wie er sich nachher in den Zollparlamentswahlen kundgab, wiederspiegelte, erregte auch in Norddeutschland großes Aufsehen. Die bedeutendsten Blätter intervenirten und stellten sich auf die Partei Badens. So die Kreuzzeitung und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Jene sagte: „Was uns anlangt, so haben wir von Württemberg nichts weiteres zu fordern, als daß es die mit uns eingegangenen Verträge halte. Glaubt es sich im übrigen von einer Weiterentwicklung des Zollvereins streng fern halten zu müssen —, wir haben keine Neigung und verspüren keine Lust, ihm diesen Glauben zu nehmen. Suchen dagegen Regierung und Volk von Baden eine nähere Einigung mit uns anzubahnen, nun, so werden wir uns über das, was wir in

Digitized by Google

diesem Falle thun wollen, wahrlich nicht erst bei dem württembergischen Staatsanzeiger Raths erholen. Im allgemeinen stehen wir in dieser Sache so, daß wir niemand treiben, niemand drängen, niemand zwingen, auch niemand abweisen werden. Wir warten die Entwicklung ruhig ab." Noch deutlicher drückte sich das andere Blatt, das Organ des Grafen Bismarck, aus: „Gewiß kann der Zollvertrag als solcher und die in demselben festgesetzte Kompetenz für Zollbundesrath und Zollparlament nicht anders als durch Uebereinstimmung der Betheiligten abgeändert werden. Allein für diejenigen Südstaaten, welche eine Erweiterung der Zollparlaments-Kompetenz wollen, handelt es sich von dem Augenblick an, wo dieselbe zwischen dem norddeutschen Bunde und ihnen zu Stande gekommen, nicht mehr um ein Zollparlament. Das Zollparlament wird allerdings bestehen bleiben zur Erhaltung der Zolleinigung mit dem Südstaate, der eine weitere Einigung zurückweist; die Abgeordneten der anderen Südstaaten aber würden, wenn geschehen, was hier vorausgesetzt, sobald nach Erledigung der Zollfragen die Abgeordneten jenes Staates das Zollparlament verlassen, mit den Abgeordneten des norddeutschen Bundes gemeinsam diejenigen Angelegenheiten weiter berathen, welche unter ihnen für gemeinsam erklärt sind."

Auch bei einer anderen Gelegenheit zeigte sich, daß der Vertragsweg nicht von allen Seiten gewünscht werde. Die vier süddeutschen Regierungen stellten bei der norddeutschen Präsidialmacht den Antrag, daß die im norddeutschen Bunde geltende Freizügigkeit auch auf Süddeutschland ausgedehnt und die Sache auf dem Wege des Vertrags zwischen der parlamentarischen Reichsgewalt des norddeutschen Bundes einerseits und den vier Regierungen und acht Ständekammern andererseits festgestellt werde. Man wunderte sich über das Betreten dieser langwierigen Procedur, da der nächste Weg, der in und durch das Zollparlament führte, so nahe lag. Auch fragte man sich, wie es denn gehalten werden sollte, wenn von dem norddeutschen Reichstag Aenderungen in dem Freizügigkeitsgesetz vorgenommen würden. Sollte die Giltigkeit derselben jedesmal von der Zustimmung der vier süddeutschen Regierungen und acht Ständekammern abhängig gemacht werden? Wäre dies nicht wieder die nämliche Kalamität, die man soeben im Zollverein überwunden und durch Schaffung eines gemeinsamen Organs, des Zollbundesraths

Digitized by Google

und Zollparlaments, glücklich beseitigt hatte? An diesen praktischen Erwägungen scheiterte der Antrag. In der Ausschußsitzung des Bundesraths vom 20. April äußerte Preußen Bedenken gegen den Vertragsweg, weil die praktische Herstellung der Freizügigkeit ohne gemeinsames Organ nicht durchführbar sei. „Wolle der Bund auf die Verträge eingehen, so müsse er entweder auf die dauernde Uebereinstimmung seiner Gesetzgebung mit derjenigen der süddeutschen Staaten verzichten oder die Fortbildung seiner Gesetzgebung von der Zustimmung der letzteren abhängig machen. Im ersteren Falle würde die Rechtsgleichheit sehr bald zu einer nur formellen Gegenseitigkeit herabsinken. Die Nothwendigkeit der Zustimmung der vier süddeutschen Regierungen und acht Kammern zu jeder Abänderung eines hieher gehörigen Gesetzes würde einen Zustand erneuern, der sich unter der früheren Verfassung des Zollvereins zur Genüge als unhaltbar erwiesen und auf jenem Gebiete die wirksamste Abhilfe dadurch gefunden habe, daß an die Stelle vertragsmäßiger Regelung die gemeinsame Gesetzgebung getreten sei." Dies war die zweite Antwort, welche der Artikel „Vom Lande" im württembergischen Staatsanzeiger erhalten hat. Wer hatte nun Recht? Württemberg oder Baden? Die neue Parole lautete offenbar: „Zollparlament oder gar nichts!" Es führte kein anderer Weg nach Rom.

Wenn auf wirthschaftlichem Gebiete seit dem Abschluß der Verträge ein gewisser Stillstand sich bemerklich gemacht hat, so sind auf dem militärischen die Zeichen des Fortschritts nicht zu verkennen. Sollte den Allianzverträgen Genüge geleistet werden, so war eine gründliche Reorganisation des süddeutschen Heerwesens eine absolute Nothwendigkeit. Die preußische Heeresverfassung wurde denn auch nach ihren wesentlichen Zügen (Aufhebung der Stellvertretung, allgemeine Wehrpflicht, Institut der einjährigen Freiwilligen, Kriegsdienstpflicht im aktiven Heer mit 3 Dienstjahren, in der Kriegsreserve mit 4, in der Landwehr mit 4—5) in den süddeutschen Staaten eingeführt, wenn gleich da und dort nicht ohne große Kämpfe und versuchte Störungen. In Baiern wurde, nach mehrfachen Differenzen zwischen der Kammer der Abgeordneten und der Reichsräthe, durch die Zustimmung der letzteren zu den Beschlüssen der ersteren am 27. Januar eine Uebereinstimmung in dem Wehrgesetz-Entwurf erzielt. In der Bewaffnungsfrage konnte Baiern sich nicht

Digitized by Google

entschließen, seine „Selbständigkeit" aufzugeben. In der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 9. Januar erwiderte auf die Interpellation des Abgeordneten Jordan der Kriegsminister von Prankh, daß ein absolut unabweisbares Bedürfniß für die unbedingte Gleichheit der Bewaffnung doch nur innerhalb der einzelnen größeren Armeekörper anzunehmen sei, und daß daher mit den zur Zeit bekannten Rückladungsgewehren, worunter die neue Konstruktion Werder's alle Beachtung verdiene, fortwährend Versuche gemacht werden. So ist denn Baiern bis auf den heutigen Tag der einzige süddeutsche Staat, welcher das preußische Zündnadelgewehr nicht eingeführt hat und bei dem nächsten Kriege die Franzosen nach seiner besonderen Façon todt schießt.

In Württemberg kamen bei der Berathung des Kriegsdienstgesetzes, wie immer, ganz eigenthümliche Fälle zu Tag. Die neue Organisation war der energischen und einsichtsvollen Leitung des Kriegsministers von Wagner und des Generalstabchef, Oberst von Suckow, übertragen. Aber bei dem Preußenhaß, welchen die Kammeradresse vom Oktober 1866 athmete, war zu erwarten, daß die zahlreiche demokratische und großdeutsche Partei dieser sogenannten Verpreußung des Militärs jeden Schritt breit Landes streitig machen werde. Der Kriegsminister war auf die Unterstützung der deutschen Partei angewiesen, die es der ministeriellen Partei allein möglich machte, den freilich sehr beschnittenen Entwurf durchzusetzen. Bei der eminenten Gründlichkeit, mit welcher sich die württembergische Abgeordnetenkammer bei jeder Frage in's Zeug wirft, konnte es nicht fehlen, daß bei Berathung dieses Entwurfs die deutsche Frage auf's neue vorgenommen, die „Zertrümmerung Deutschlands durch Preußen" in allen Tonarten bejammert und von Laien die detailirtesten Fachkenntnisse über Militärsystem, Präsenzzeit und Bewaffnung zur Schau getragen wurden. Es gewährte eine eigenthümliche Erscheinung, von der demokratischen Partei, welche seit Jahren die Aufhebung der Stellvertretung, dieses Privilegiums der Reichen, angestrebt hatte, nun auf einmal die Stellvertretung vertheidigt und empfohlen zu sehen. Nachdem diese beseitigt war, sollte wieder alles gleich sein, sollte auch das Institut der einjährigen Freiwilligen als ein „Privilegium der Reichen", nicht eingeführt werden. Doch drangen diese Stimmen nicht durch. Von einer Präsenzzeit von 3 Jahren war in diesen Räumen natürlich keine

Digitized by Google

Rede. Es dauerte lange Zeit, bis nur eine zweijährige genehmigt wurde, und als dies in der Sitzung vom 30. Januar glücklich erreicht war, wurde in der Sitzung vom 14. Februar, bei Berathung des Militäretat, das Geld nur für eine durchschnittliche Präsenz von 1¾ Jahren bewilligt. Dies hatte zur Folge, daß das Losen beibehalten und aus den durch eine höhere Losnumer Befreiten eine Ersatzreserve gebildet werden mußte.

Der bekannte preußenfeindliche Abgeordnete Mohl meinte es mit der Ehre der württembergischen Fahne so gut, daß er bei der Infanterie eine Präsenz von 8 Monaten, bei der Reiterei von 1½ Jahren, bei den übrigen Waffen von 1 Jahr beantragte. Und damit stand er nicht isolirt, sondern sein Antrag erhielt 12 Stimmen. Die zweijährige Präsenz, welche mit 52 gegen 38 Stimmen durchgieng, war ihm ein Greuel. „Es handelt sich darum, daß wir alle diese Opfer bringen für Fremde. Ich beschwöre die Kammer, sie möge dieses Gesetz nicht annehmen; denn ich bin überzeugt, Sie würden es noch auf dem Todtenbette bereuen." Auf's glücklichste wurde er von dem Abgeordneten Hopf sekundirt, welcher sagte: „Dieses Gesetz macht halb Württemberg zu einer Kaserne. Anstatt des Eies hat man einen Skorpion, statt des Brotes einen Stein, statt des Fisches eine Schlange geboten. Ich beschwöre Sie bei dem Blute Ihrer Kinder, bei den Thränen der Väter, ich beschwöre Sie, verwerfen Sie dieses verwerflichste aller Gesetze!"

Der Vorschlag der Regierung, für die nächsten 3 Jahre je 5800 Rekruten auszuheben, erregte einen neuen Sturm. In der Sitzung vom 6. Februar theilte der Kriegsminister eine Zusammenstellung der militärischen Leistungen der süddeutschen Staaten mit, wonach auf Württemberg die Stellung von 32,000 Mann kommen würde, während die Regierung sich auf die Forderung von 27,000 Mann beschränke. Eine abermalige Verminderung wäre gleich der Dekretirung der Auflösung unserer Heeresformation. Für die Landwehr seien statt 12,000 Mann nur 6000 verlangt. Die Friedenspräsenz betrage bei uns statt 18,000 Mann nur 14,000. Mit dieser Erhöhung der Rekrutenzahl war der Abgeordnete Mohl so wenig als mit der Erhöhung der Präsenzzeit einverstanden. „Württemberg werden diese Opfer angesonnen, damit der König von Preußen Krieg führen könne; im Frieden müssen wir verbluten, um zu der Macht und Größe Preußens beizutragen. Preußen sei

Digitized by Google

allerdings heute bedroht, weil es 1866 den Bruderkrieg begonnen habe. Aber es sei nicht Pflicht Württembergs, das Land durch die angesonnenen Opfer zu erdrücken, den letzten Mann und den letzten Heller für den König von Preußen herzugeben." Was die Anschaffung von Zündnadelgewehren, beziehungsweise die Umwandlung der Miniégewehre in solche betrifft, so meinte Mohl, man hätte die Berathung über die neue Handfeuerwaffe der Kammer anheimstellen sollen, die wohl ein anderes als das Zündnadelgewehr ausgewählt hätte. Auch die Absendung der Officiere nach Berlin, um sie die dortigen trefflichen Einrichtungen kennen lernen und an den Uebungen theilnehmen zu lassen, war nicht nach Mohl's Geschmack. Bei der Exigenz von 12,000 Fl. für die höhere Ausbildung von Officieren äußerte er: „er wünsche nicht, daß eine Kolonie württembergischer Officiere nach Berlin verpflanzt und die Verpreußung weiter fortgesetzt, der preußische Geist unserem Militär inokulirt werde."

Unter fortwährenden Kämpfen und Abschwächungen wurde das Kriegsdienstgesetz zu Ende berathen, von der ersten Kammer, die sich hier ein wesentliches Verdienst erwarb, manches wieder verbessert und endlich am 16. Februar das ganze Gesetz, wie es aus den Beschlüssen der beiden Kammern hervorgegangen, mit 48 gegen 36 Stimmen angenommen. Unter den Verneinenden befanden sich, außer der demokratischen und großdeutschen Partei, 3 katholische ritterschaftliche Abgeordnete und 1 katholischer Dekan. Die Kammer war ihrem Ende nahe. Ihre sechsjährige Wahlperiode war abgelaufen. Im Jahre 1862 noch unter König Wilhelm unter dem reaktionären Ministerium Linden gewählt, hatte sie sich in die neue durch den Tag von Königgrätz begründete Zeit nicht finden können und kam aus der Ideologie und den Anachronismen nicht hinaus. Ob die neu zu wählende Kammer den Geist der Zeit besser zu erfassen vermöge, mußte abgewartet werden. Da sie nach dem allgemeinen Stimmrecht und mit direkter Wahl gewählt werden sollte, so versprachen sich diejenigen, welche den Charakter des schwäbischen Volkes kannten, wenig Ersprießliches und prophezeiten damals schon eine Stärkung des demokratischen Elements in der Kammer. Am 20. Februar wurde der Landtag vom König Karl geschlossen. Die Thronrede begann mit den Worten: „Seitdem ich das letzte Mal in Ihre Mitte getreten, sind bedeutungsvolle Ereignisse über unser

Digitized by Google

Vaterland gekommen. Ein Band, das seit einem Jahrtausend die deutschen Stämme umschlungen hat, ist gelöst. Das schöne Reich, welches bis dahin seine Geschicke mit uns getheilt, ist von uns geschieden, und Deutschland hat sich neu gestaltet. Was Ich gethan, um Württemberg in diesem neugestalteten Deutschland für Krieg und Frieden die ihm gebührende Stellung zu sichern, haben Sie gut geheißen."

Anders lagen die Verhältnisse in Hessen. Hier machte der Umstand, daß die rechts vom Main gelegene Provinz Oberhessen ein Glied des norddeutschen Bundesstaates war, es wünschenswerth, daß nicht bloß das oberhessische, sondern das ganze hessische Militär in den norddeutschen Heeresverband aufgenommen wurde. Dies war durch die zwischen Preußen und Hessen abgeschlossene Militärkonvention vom 7. April 1867 geschehen. In derselben wurde bestimmt, daß die hessischen Truppen als eine geschlossene Division dem elften preußischen Armeecorps zugetheilt, nach preußischem Muster umgestaltet und unter den Oberbefehl des Königs von Preußen gestellt werden. Das Letztere findet bei den 3 anderen süddeutschen Staaten bekanntlich bloß für den Kriegsfall statt, während in Hessen auch in Friedenszeiten. Kommandant der hessischen Division war Prinz Ludwig, Neffe des kinderlosen Großherzogs und präsumtiver Thronerbe. Durch seine Vermählung mit der englischen Prinzessin Alice ist er Schwager des preußischen Kronprinzen. Sobald er zur Regierung gelangt, wird die hessische Politik ohne Zweifel eine sehr bedeutende Schwenkung nach Norden machen. Aber eben deßwegen hatte er eine sehr exponirte Stellung. Die Abneigung des Großherzogs gegen Preußen, seine Sympathie für Oestreich, sein krampfhaftes Festhalten an der „Selbständigkeit" seiner Division ist ja bekannt. War er doch der einzige regierende deutsche Fürst, der im August des Jahres 1867 bei der Zusammenkunft des Kaisers Napoleon mit Franz Joseph in Salzburg sich einfand. Für diese Neigungen und Abneigungen hat der Großherzog einen sehr ergebenen, durch Dick und Dünn mit ihm gehenden Minister an Herrn v. Dalwigk. Dieser ist noch aus der alten Bamberger Schule, wo man große Zwecke mit kleinen Mitteln verfolgte, in der Kunst sich übte, in den Augen der Welt größer dazustehen, als man wirklich war, und den Großmächten, namentlich Preußen gelegentlich einen Puff gab. Von einer so langjährigen Gewohnheit bleibt

Digitized by Google

natürlich gern etwas haften, zumal wenn angeborenes Talent sich dazugesellt, und so hat Herr v. Dalwigk einmal über das anderemal das Unglück, in der hessischen Politik gerade das zu treffen, was das Ungeschickteste ist.

Während Prinz Ludwig sich streng an die Militärkonvention hielt, geschah von den Ministern alles, was der pünktlichen Einhaltung derselben Schwierigkeiten bereiten konnte. Unter diesen Umständen gieng endlich dem Prinzen die Geduld aus, und er legte seine Stelle als Kommandant der hessischen Division am 6. April nieder. Der Großherzog nahm das Demissionsgesuch nicht an, der Prinz aber erschien nicht mehr beim Rapport. Da der König von Preußen der Militärkonvention gemäß den hessischen Divisionär zu ernennen hat, so mußte der Großherzog sich darauf gefaßt machen, daß der König diese Stelle einem preußischen General übertrage. Grund genug für ihn, den Rückzug in aller Form anzutreten. Officiere wurden nach Berlin geschickt, welche um schön Wetter bitten sollten, und von dort kam der preußische General-Adjutant v. Bonin, um den Konflikt auf eine Art zu beseitigen, daß eine Wiederkehr nicht mehr möglich war. Der Kriegsminister von Grolmann wurde unter Beförderung zum Generallieutenant pensionirt, mehrere gar zu eifrige Beamte seines Departements temporär in den Ruhestand versetzt und das Kriegsministerium, welches neben dem preußischen wenig Lebensfähigkeit mehr hatte, in eine einfache Militär-Intendantur umgestaltet, deren Leitung der Major Dornseif nebst zwei Referenten übernahm. Nun trug Prinz Ludwig kein Bedenken, das Divisionskommando wieder zu versehen.

In keinem der süddeutschen Staaten ging alles so glatt ab wie in Baden. Wie dieser kleine Staat in früheren Jahren an der Spitze der nationalen Politik stand und den Männern von 1848 schon manches Jahr vorher die Wege zeigte, die sie zum Heile Deutschlands einschlagen sollten, so zeichnete er sich auch jetzt wieder durch seine nationale Haltung aus. Er fand sich rasch in die neuen Verhältnisse von 1866 und begriff trotz des Artikels IV. des Prager Friedens, daß Baden weder für sich allein, noch im Anschluß an die 3 anderen Südstaaten eine selbständige Existenz behaupten und eine selbständige Politik befolgen könne, daß eine selbständige badische Armee eine Lächerlichkeit sei, zu nichts anderm bestimmt, als von dem zudringlichsten seiner Nachbarn samt dem ganzen

Digitized by Google

Lande verspeist zu werden. Demgemäß suchte Baden, noch ehe der von ihm gewünschte Anschluß an den norddeutschen Bund erfolgte, seinem Militärwesen eine durchaus preußische Organisation zu geben, so daß sein Heereskörper von einer preußischen Division kaum zu unterscheiden war und die Einreihung desselben in den preußischen Heeresverband jeden Augenblick ohne irgend welche Schwierigkeiten erfolgen konnte. Wenn sie noch nicht thatsächlich eintrat, so waren bis jetzt die nämlichen politischen Hindernisse schuld wie an der noch nicht möglich gewordenen Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund.

Der badische Entwurf eines Kontingentgesetzes bestimmte, daß die Friedensstärke der badischen Truppen 14,000 Mann, also ein Procent der Bevölkerung betragen, die Formation der Truppen der der norddeutschen Bundesarmee sich möglichst anschließen und hienach die Kriegsstärke bemessen werden, die Zahl der jährlich auszuhebenden Wehrpflichtigen 4700 Mann nicht übersteigen, die Präsenzzeit auf 3 Jahre festgesetzt, die Landwehr mit etwa 8000 Mann vorgesehen werden und dieses Gesetz mit dem Schluß des Jahres 1870 seine Kraft verlieren sollte. Nach zweitägiger Debatte wurden diese Anträge in der Sitzung der zweiten Kammer vom 21. Januar angenommen. Damit hatte Baden, obgleich es um 3—400,000 Menschen ärmer ist als Württemberg, ganz andere Ziffern als dieses aufgestellt. Regierung, Kammer und Volk waren in dem Streben nach den nationalen Zielen und in der Wahl der richtigen Mittel mit einander einverstanden. Dies zeigte sich in der Rede, mit welcher der Großherzog am 15. Februar die Ständeversammlung schloß. Auf die „größeren und mächtigeren Aufgaben der nationalen Politik" übergehend äußerte er: „Ich danke Ihnen für die patriotische Einsicht und die muthige Opferbereitschaft, mit welcher Sie durch die Militärgesetze die Wehrkraft des Landes im nationalen Sinne erhöhten und durch die Bewilligung reichlicherer Mittel die Bestreitung des größeren Aufwandes ermöglichten, ohne den wohlbegründeten Kredit des Landes zu erschüttern. Ich weiß, mein Volk wird in richtiger Würdigung der großen Aufgabe, für welche die Opfer gebracht werden müssen, sie willig tragen. Es wird sich des Bewußtseins freuen, in redlicher Erfüllung des durch Sie gutgeheißenen Allianzvertrages den Gliedern des norddeutschen Bundes ebenbürtig zur Seite treten zu können. Es wird erkennen,

Digitized by Google

daß in diesen Opfern die Bürgschaft liegt für die Erreichung des nationalen Zieles in friedlicher Entwicklung. Die Ausdehnung und Neubildung des Zollvereins auf parlamentarischer Grundlage ist ein erfreulicher Anfang der Einigung Deutschlands auf dem Gebiete der materiellen Interessen. In rascher Arbeit streben wir nach einem großen Ziele: ein im Innern freies und kräftiges Staatswesen, ergänzt und getragen durch die innige, nationale Verbindung mit den übrigen deutschen Staaten."

Zur Durchführung der neuen Armeereorganisation und zur Leitung der dazu nothwendigen Einrichtungen berief der Großherzog, da es sich ja um Einführung eines preußischen Systems handelte, einen preußischen Officier. Er ernannte durch Dekret vom 24. Februar den preußischen General von Beyer, welcher sich im Jahre 1866 in Kassel als Militär und Diplomat ausgezeichnet, früher im preußischen Kriegsministerium 12 Jahre lang eine hohe Stellung bekleidet und neuerdings einige Zeit als Militärbevollmächtigter in Karlsruhe verweilt hatte, zum Kriegsminister. Derselbe verließ deßhalb die preußische Armee und trat in die badische als Generallieutenant und Generaladjutant des Großherzogs ein. Diese Wahl wurde als die zweckmäßigste bezeichnet, welche im Interesse des Landes getroffen werden konnte. Daß sie in Paris Aufsehen und Mißvergnügen verursachte, war natürlich. Sie ist hoffentlich bloß ein Vorbote.

Nun gieng es rasch an die Organisation des badischen Heeres. Im Zusammenhang damit stehen zwei Schritte, welche für die „innige, nationale Verbindung Badens mit dem norddeutschen Bund" von der größten Wichtigkeit sind. Der erste ist die Aufhebung der Kadettenschule und die Verordnung, daß, wie schon bisher badische Officiersaspiranten in den Kriegsschulen von Kassel und Engers ihre Studien gemacht und am Schlusse des Kurses das Officiersexamen daselbst abgelegt haben, so von nun an, nach einer zwischen Preußen und Baden abgeschlossenen Uebereinkunft, jährlich etwa 50 badische Jünglinge in dem preußischen Kadettencorps ausgebildet werden. „Die badischen Officiere, Unterofficiere und Officiersaspiranten sind in Folge dessen mit Angehörigen der sächsischen, hessischen und anderer deutschen Kontingente in preußischen Unterrichts- und Bildungs-Anstalten vereinigt. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die intensive Tüchtigkeit aller Kontingente des deutschen Heeres wird dadurch

Digitized by Google

gehoben und die richtige Verwerthung der großen Opfer, welche das Heer erheischt, wesentlich gesichert." Der zweite Schritt betrifft das Gesuch der badischen Regierung, daß die badischen Staatsangehörigen ihrer Kriegsdienstpflicht im norddeutschen Bunde, die Angehörigen dieses ihr in Baden genügen können. Dieses Gesuch, welches so deutlich zeigt, wie sehr man sich in Baden eins weiß mit dem norddeutschen Bunde, ist bis zum Schluß des Jahres 1868 im Bundesrath und Reichstag noch nicht berathen worden.

Der Fortschritt der militärischen Einigung des Südens und Nordens ist auf dem militärischen Gebiete unverkennbar. Auf dem politischen, soweit es von diesem zu trennen ist, und auf dem wirthschaftlichen Gebiete war zunächst das Zollparlament derjenige Sichtpunkt, dem alle diejenigen, welche eine wenigstens theilweise Lösung der süddeutschen Frage erwarteten, mit freudigen Segeln entgegensteuerten. Hier kam vorerst alles auf den Ausfall der Zollparlamentswahlen an. Neben den 297 Mitgliedern des norddeutschen Reichstags sollte das Zollparlament aus 85 Mitgliedern der süddeutschen Staaten bestehen. Nach der auch für den Reichstag geltenden Bestimmung, daß auf 100,000 Seelen ein Abgeordneter kommt, hatte Baiern 48, Württemberg 17, Baden 14, Südhessen 6 Abgeordnete zu wählen. Aehnlich ist das Verhältniß im Zollbundesrath, in welchem die Bevollmächtigten von 25 Regierungen mit zusammen 58 Stimmen ihren Sitz haben. Von diesen Stimmen hat die Präsidialmacht Preußen 17, Baiern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3. Die politische Entscheidung lag natürlich nicht im Zollbundesrath, sondern im Zollparlament, in welchem der Wille des deutschen Volkes zum Ausdruck kommen sollte. Man war daher auf die süddeutschen Wahlen ungemein gespannt. Denn ein Majoritätsvotum, nicht des Zollparlaments, sondern der Süddeutschen im Zollparlament, in Sachen der politischen und wirthschaftlichen Einigung war trotz der auf den Vertragsweg hinweisenden Regierungen von ungemeiner Wichtigkeit. Fielen aber die Wahlen in partikularistischem Sinne aus, so hatte man sich auf eine Stagnation, wenn nicht gar einen Rückschritt gefaßt zu machen.

Wegen Badens war man außer Sorgen. Die Wahl war hier auf den 18. Februar anberaumt. Nicht günstig hiefür war ein zwei Wochen vorher eingetretenes Ereigniß. Karl Mathy, dieser

Digitized by Google

scharfsinnige Denker und rastlose Kämpfer für Deutschlands Größe, war am 4. Februar gestorben. „In entscheidungsvoller Stunde," schreibt ein badisches Blatt, „hat unser Land einen eisernen Charakter, eine sichere feste Hand und einen klaren, in den Prüfungen des Lebens hart geschulten Geist verloren." Gerade jetzt, wo es sich darum handelte, daß Baden durch ihn, den eingeweihtesten Vertreter seiner nationalen Politik, im Bundesrath des Zollparlaments Stellung nehme, war sein Verlust nicht bloß für Baden, nein für ganz Deutschland, kaum zu ersetzen. An staatsmännischem Blick und Willenskraft dem Grafen Bismarck nicht unähnlich, war er der rechte Mann, der seinem Geistesverwandten im Namen Süddeutschlands die Hand reichte. Wie sehr seine hohe Bedeutung auch an maßgebender Stelle gewürdigt wurde, zeigte sich auch darin, daß bei seinem Leichenbegängniß am 5. Februar der Großherzog nicht etwa seinen Adjutanten und seinen Wagen schickte, sondern dem Sarge an der Spitze des Trauerzugs durch die Straßen, in welchen die Verkaufsläden geschlossen waren, folgte. Die Neugestaltung des Gesamtministeriums nebst dem Vorsitz in demselben wurde durch ein Schreiben des Großherzogs vom 13. Februar dem Präsidenten des Ministeriums des Innern, Dr. Jolly übertragen.

Ob das Resultat der Zollparlamentswahlen ein anderes gewesen wäre, wenn Mathy's kräftige Hand das Steuerruder geführt hätte, ob das Arbeiten jener klerikalen Partei, welche im Dunkeln ihre Truppen rüstete und zum Ueberfall organisirte, auch seinem wachsamen Auge entgangen wäre, darüber läßt sich nichts Zuverlässiges mehr sagen. Gewiß ist, daß die ultramontane Partei die zu zwei Drittheilen katholische Bevölkerung Badens im Stillen auf's eifrigste bearbeitet hatte, die dreijährige Präsenzzeit und die Steuererhöhung als Agitationsmittel benützte und mit ihren Machinationen an den protestantischen Ultra's Bundesgenossen fand. Mehrere Ultramontane der äußersten Richtung wurden, sogar in Bezirken, die sonst eine Domäne des Liberalismus waren, gewählt, und wenn sie auch unter den 14 Abgeordneten nicht die Mehrheit bildeten, so hatten sie doch in 6 Wahlkreisen gesiegt und von den 191,628 Stimmen, die im ganzen abgegeben wurden, 89,787 erhalten, während 100,607 Stimmen auf die Männer der nationalen Partei fielen. In Norddeutschland war man von diesem Resultat weit mehr überrascht als von dem in den 3 anderen Staaten, und daß

Digitized by Google

dasselbe für die Opportunität der Aufnahme Badens in den norddeutschen Bund nicht ohne Folgen war, war klar.

Anders gieng es in Hessen, auf dessen Wahlen die nationale Partei keine zu große Hoffnungen gesetzt hatte. Hier fand die Wahl am 19. März statt. Am erbittertsten wurde in Mainz gestritten, wo der nationalliberale Ludwig Bamberger dem radikalen Dr. Dumont gegenüberstand und über ihn siegte. Es half nichts, daß der ganze Anhang des Bischofs Ketteler in Mainz für Dumont in die Schranken trat, nichts daß die radikalen Reichstags-Abgeordneten Liebknecht und Bebel aus ihrer Heimat herbeieilten und in Hessen Gastvorstellungen gaben. Die vereinigten Ultramontanen und Radikalen brachten für ihre Kandidaten nicht mehr als 10,327 Stimmen zusammen und konnten keinen einzigen derselben durchsetzen. Die Zahl der Wähler betrug 75,075 im ganzen, und von diesen erhielten die nationalliberalen Kandidaten 51,241 Stimmen. Es wurden 4 Abgeordnete dieser Richtung gewählt, und die beiden andern sprachen sich mit aller Bestimmtheit für Erweiterung der Zollvereinsverfassung und der Kompetenz des Zollparlaments, sowie für „Beseitigung des durch die Mainlinie bezeichneten haltlosen Zustandes durch eine engere Verbindung von Nord- und Süddeutschland" aus.

Daß in Baiern, wo die Zollparlamentswahlen schon auf den 10. Februar festgesetzt waren, keine nationalliberale Mehrheit aus der Urne hervorgehen werde, war für jeden, der die Kreise Oberbaiern, Niederbaiern, Oberpfalz und Unterfranken auch nur flüchtig kannte, schon vor dem Wahltag so viel als gewiß. Die Stimme, welche dort ein Ultramontaner in einem „offenen Sendschreiben an die Ultramontanen Baierns und Süddeutschlands" vernehmen ließ, war eine Stimme in der Wüste. Wo eine fanatische Geistlichkeit mit solchen Mitteln agitirt und in der krassen Unwissenheit, beziehungsweise Roheit des Volkes, ein solch günstiges Terrain für ihre Hetzereien findet, wie dies in den bezeichneten Gegenden der Fall ist, da hört Vernunft und Sitte auf, und das dickste Mittelalter ist vergebens aus der Geschichte verbannt. Die Regierung nahm zu der Tagesfrage ihre bestimmte Stellung. Ein Artikel der „Süddeutschen Presse" vom 21. Januar äußerte sich ähnlich wie der württembergische Staatsanzeiger: „Die Erweiterungen der Kompetenzen des Zollparlaments können nur durch die freie Vereinbarung der betheiligten Regierungen herbeigeführt werden. Die bairische Regierung hält

Digitized by Google

das nationale Ziel fest vor Augen und bedarf keiner Agitationen, um an ihre deutsche Aufgabe erinnert zu werden. Ebensowenig wird sie aber in der Lage sein, aus den zum Theil ungestümen Agitationen, welche für Erweiterung der Kompetenzen des Zollparlaments zur Zeit ins Werk gesetzt werden, die Direktiven in Bezug auf Angelegenheiten zu entnehmen, in welchen nach dem zweifellosen Inhalt der Verträge nur ihr selbst die Initiative zukommen kann. Fürst Hohenlohe hat in seinen Reden vom 8. und 21. Oktober v. J. bestimmt erklärt, „daß er den Eintritt Baierns in den norddeutschen Bund nicht wolle; er hat die föderative Grundlage im Gegensatz zur einheitlichen Gestaltung Deutschlands deutlich hervorgehoben und ein Uebergreifen des Zollparlaments in die seiner Kompetenz nicht unterstellten politischen Angelegenheiten als unzulässig bezeichnet."

Dieser Ansicht huldigte eine sehr zahlreiche, die sogenannte Mittelpartei. Ohne gegen Preußen irgend welche Feindseligkeit zu hegen, wünschte sie doch nicht gar zu sehr unter dessen Hegemonie gestellt zu sein, wollte von der staatlichen Selbständigkeit möglichst viel gewahrt wissen, die Verträge zwar loyal halten, aber vorerst bei Leibe nicht über dieselben hinausgehen. Dies ließ sich von der ultramontan-feudalen Partei nicht sagen. Sie hatte im Oktober v. J. nur nothgedrungen im Reichsrath den Zollvereinsvertrag genehmigt, mehrere ihn, trotz aller Deputationen und Adressen und trotz der gewichtigen Majorität des Abgeordnetenhauses, verworfen, und wenn sie nun auch nicht die Verträge für hinfällig erklärten, so waren ihnen diese doch unbequem genug. Dies waren die echten Bajuvarier, stolze Recken, welche den Lauf der Geschichte von ihren Ahnenschlössern aus regeln zu können meinten, finstere Römlinge, welche den Namen Deutschland nicht kannten und nur dann ihre Heimat liebten, wenn diese ihrem Krummstab gehorchte und den Syllabus über das Evangelium setzte. Von 376,496 Stimmen, die im ganzen abgegeben wurden, erhielten die 22 Kandidaten, welche diese Partei durchsetzte, 178,660. Die Mittelpartei und die nationalliberale setzten je 13 Abgeordnete durch, wovon die ersteren 100,517, die letzteren 97,319 Stimmen erhielten. Daraus ergibt sich, daß die ultramontane Partei mit ihrem Preußenhaß und ihrer Hinneigung zu Oestreich, allenfalls auch zu Frankreich, nicht die absolute Majorität im Lande hat, und daß die nationale und die Mittelpartei

Digitized by Google

zusammen ihr überlegen sind. Würden diese die nämliche Rührigkeit wie jene zeigen, so könnten sie eine noch weit bedeutendere Stimmenzahl aufweisen.

Ein häßliches Nachspiel zu diesen Wahlen bildeten jene Aufruhrscenen in Traunstein (und anderen Orten), wo die auf den 28. März zur Kontroleversammlung einberufenen Reservisten und Landwehrmänner den Eid verweigerten unter dem Rufe: „Wir sind Baiern! Wir schwören dem preußischen König nicht, wir wollen keine Preußen werden, wir wollen nicht lutherisch werden!“ Nachdem im Rathhaussaal die Aufruhrakte verlesen war, erfolgte, nach dem Berichte eines Augenzeugen, „eine Scene, die schwer zu beschreiben sein dürfte. Ein Toben und Heulen von diesen 3—400 Burschen, wie von einer Schar Teufel, dann eine grenzenlose Verwirrung, nun flogen Steine, Krüge, kurz feste Gegenstände aller Art gegen die tagende Kommission. Ein Gensdarm wurde ergriffen, das Gewehr ihm entrissen und zum Fenster hinabgeworfen, hierauf alle Beamten und Officiere zur Thüre hinaus und zur Stiege hinabgedrängt. Nun gieng's an's Demoliren. Fenster, Thüren, Tische, Stühle, Ofentheile flogen hinab auf die Straße, zur größten Gefahr der eben aus dem Thore heraustretenden Beamten; dort wurden diese Sachen von der unten harrenden siegestrunkenen Rotte gänzlich zerstört und die Bruchstücke zum Fenstereinwerfen benützt.“ Der Gensdarmeriebrigadier wurde mit Schnee und Koth beworfen, dem Revierförster Kracher ein tödtlicher Streich versetzt. Von München wurde Militär requirirt, und 2 Kompagnien, der Mann mit 40 scharfen Patronen versehen, wurden per Extrazug nach Traunstein abgesandt. Darauf wurden die Renitenten, welche hauptsächlich in der Gemeinde Chieming ihren Sitz hatten, verhaftet, am 28. März eine neue Kontroleversammlung vorgenommen und vom Kriegsministerium angeordnet, daß die Aufrührer unter Begleitung eines Kommando's zu Waffenübungen nach Ingolstadt abgeführt werden sollten. Nachdem sie dort vom 2.—28. Mai in den militärischen Uebungen ausgebildet, in ihren Pflichten unterrichtet und gründlich disciplinirt waren, wurden sie entlassen und giengen in aller Ordnung heim.

Fragte man nach der Ursache dieser so auffallenden Thatsache, so wurde auf einzelne Geistliche hingewiesen, welche von der Kanzel und im Beichtstuhl den Preußenhaß entschieden genährt, Preußen als ein lutherisches Land angefeindet, Religions- und Stammeshaß in der durch Unwissenheit ausgezeichneten Landbevölkerung angefacht

Digitized by Google

hätten. Ein Münchner Blatt, „die Neuesten Nachrichten," wurde durch die Freimüthigkeit, mit der es die wie auf Kommando gerade in den bigottesten Gegenden sich entwickelnden Tumulte besprach und auf ihren wahren Grund zurückführte, in einen Prozeß mit dem Erzbischof von München verwickelt. Dieser sah, wie dies immer die Taktik dieser Herren ist, in den Enthüllungen des genannten Blattes nichts als „Schmähungen und Verleumdungen gegen die katholische Kirche, den katholischen Klerus und das katholische Volk." Darauf entgegnete die Redaktion: „wir protestiren gegen diese Unterstellung: wir haben bekämpft und werden mit unbeugsamem Muthe bekämpfen die Herrschbegier, die Unduldsamkeit eines Theiles des Klerus, die Hetzereien, die planmäßigen Lügen und Verleumdungen der Führer der ultramontanen Partei und ihrer Presse, die mit Naturnothwendigkeit zu solchen Vorgängen führen mußten, wie wir sie in Traunstein zu beklagen haben; wir üben damit eine hohe sittliche Pflicht, in der uns weder der Erzbischof von München, so hohe Achtung wir auch seinem Amte schenken, noch der Volksbote, so tiefe Verachtung wir auch vor ihm hegen, irre machen wird." Gegen solche Scenen der Landbevölkerung und gegen solches Gebahren der Geistlichkeit kann eine erleuchtete Regierung mit nichts anderem antworten als mit möglichster Beschränkung des klerikalen Einflusses und mit möglichster Freimachung und Förderung des Volksschulwesens. Bildung und Disciplin sind zwei Hebel, welche, richtig angesetzt, die ganze schwarze Brigade eines gregorianischen Klerus in die Luft zu schnellen vermögen.

Die allgemeinste Aufmerksamkeit erregten die württembergischen Zollparlamentswahlen, welche am spätesten, erst am 24. März vorgenommen wurden. In diesem Lande waren ganz eigenthümliche Verhältnisse, welche ein Resultat zu Stande brachten, über das man in Frankreich frohlockte, in Preußen die Achseln zuckte. Das Land hat 1,780,000 Einwohner, wovon ein Drittheil katholisch ist. Eben wegen dieses Zahlenverhältnisses kann hier der Ultramontanismus nie eine Macht werden, wenn er gleich von Zeit zu Zeit einen Anlauf nimmt, in Konkordatsangelegenheiten Geschäfte macht und die Aufsicht über die Bildung der angehenden Kleriker an sich zu reißen sucht. Der Sitz dieser Richtung ist Oberschwaben, ein früher zum Theil östreichischer Landstrich zwischen Donau und Bodensee, wo auch nach 60jähriger Lostrennung immer noch habs-

Digitized by Google

burgische Traditionen im Umlauf sind und der adelige Grundherr Hand in Hand mit der „hochwürdigen" Geistlichkeit geht. Stärker als die klerikale Partei ist die demokratische. Sie hat im „Beobachter" ihr officielles Organ. Anfangs schien es, als ob sie sich an den Wahlen gar nicht betheiligen wolle. Denn in der Landesversammlung vom 6. Januar wurde beschlossen, daß sich die Volkspartei der Wahlen zum Zollparlament enthalten und das württembergische Volk von der Theilnahme an denselben abmahnen solle. Aber schon damals erklärten hervorragende Männer dieser Partei mit diesem Beschluß sich nicht einverstanden, nannten es weit tapferer, wenn man „den Löwen in seiner Höhle aufsuche," und je näher der Termin herankam, desto allgemeiner wurde der Abfall. Das Ende war, daß sich die demokratische Partei aufs entschiedenste an den Wahlen betheiligte. Sie fand ein sehr günstiges Terrain; denn das württembergische Volk ist vermöge seines Naturells gerade für demokratische Einflüsterungen sehr empfänglich. Seit Jahrhunderten gewohnt, ein partikularistisches Schneckenhausleben zu führen, hat der schwäbische Volksstamm das Fremde möglichst fern von sich gehalten, das historisch Ueberlieferte, das „gute alte Recht" oft mit mehr Zähigkeit als Klugheit bewahrt, mehr mit Theorien als mit der Praxis sich beschäftigt, einem größeren Ganzen, das seinen Willen irgendwie beschränkte, nur widerwillig sich untergeordnet, auf die äußere Form gar wenig gehalten, diejenigen, welche damit glänzten, welche die Fertigkeit, mündlich und schriftlich sich gut und präcis auszudrücken, besaßen, mit wegwerfendem Lächeln behandelt und es als eine Großthat, als Charaktersache angesehen, allem, was nicht seinem ureignen Kopfe entsprungen war, Opposition zu machen. So sehr man früher in Württemberg über den deutschen Bund schimpfte, eine straffere Centralgewalt, eine deutsche Armee, eine deutsche Marine, eine deutsche Diplomatie und sonst noch sehr viel Deutsches verlangte, so sehr schimpfte man jetzt über den norddeutschen Bund, der alles dies brachte, aber freilich nicht am Neckar, sondern an der Spree ausgedacht und gegründet war, und hieng sein Herz an einen Südbund, über den sich so schön träumen und theoretisiren ließ. Konnte es bei den Zollparlamentswahlen ein günstigeres Feld für die Demokratie geben als dieses Württemberg?

Die liberale oder Regierungspartei, welche unter anderen auch zwei Minister, von Varnbüler und von Mittnacht, als Kandidaten

Digitized by Google

aufstellte, hatte, wie sich dies besonders später bei den Landtagswahlen zeigte, keinen so bedeutenden Einfluß auf das Volk, mußte bei mehreren Wahlkreisen von eigenen Kandidaturen abstehen und sich damit begnügen, den gemeinsamen Gegner zu bekämpfen; doch war immerhin die Bereitschaft des ganzen Regierungsapparats ein gewichtiger Faktor. Das Halten der Verträge, im übrigen Mainlinie und volle Souveräntät, dies war hier die Losung.

Der gemeinsame Gegner dieser drei Parteien war die im Herbst 1866 gegründete, aus demokratischen und liberalen Elementen hervorgegangene deutsche Partei. Ihr gehören sehr viele Beamte, viele Officiere und ein großer Theil der protestantischen Geistlichkeit an. Welchen Halt sie aber auch schon im Bürger- und Bauernstand habe, sollte sich eben bei diesen Wahlen zeigen. Ihr Programm war als Ziel der Anschluß an den norddeutschen Bund, zunächst Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments. Da die anderen drei Parteien das nähere wie das weitere Ziel verabscheuten, so war ihr gemeinsames Feldgeschrei: „es darf kein Preuße (wie man kurzweg die Nationalliberalen nannte) gewählt werden!" Um dieses Ziel zu erreichen, war schlechterdings nothwendig, daß von den drei Parteien, den Ultramontanen, Demokraten und Konservativen, nicht jede für sich handelte, nicht jede in jedem Wahlkreis ihren eigenen Kandidaten aufstellte, sondern daß sie bei Aufstellung der Kandidaten nur auf die nationale, nicht auf die politische und konfessionelle Färbung sahen. So kam jene Fusion der drei Parteien, jener vielbesprochene Kompromiß zu Stande, welcher lebhaft an ein ähnliches Faktum in der Geschichte erinnerte, an den Bund der belgischen Liberalen und Klerikalen zum Zweck der gemeinsamen Bekämpfung der holländischen Herrschaft, aus welchem Bund im August 1830 die belgische Revolution hervorgieng. Daß die Ultramontanen von den Demokraten, diese von den Konservativen unterstützt wurden, war freilich auffallend; aber der gemeinschaftliche Haß, der Blick auf das gemeinsame Ziel half über solche Bedenklichkeiten weg. Die Rollen wurden ausgetheilt und in jedem der 17 Wahlkreise derjenige als Kandidat aufgestellt, welcher gerade dort am meisten Chancen hatte, gleichviel ob er in näherer Beziehung zum Ministerium, zum Beobachter oder zu Rom stand. Dadurch war der Sieg sehr erleichtert; denn jetzt handelte es sich um eine Partie, bei welcher 3 gegen 1 standen. Wer seine lieben, guten Württemberger kannte,

Digitized by Google

der wußte, woran er war, und sagte sich noch vor dem 24. März, daß die Erwählung eines nationalliberalen Kandidaten höchstens in Stuttgart möglich sei, wo eine Menge von Gebildeten jeden Standes, von Beamten, von Industriellen und Arbeitern sich beisammen finde. Der Ausschuß des württembergischen Handelsvereins und der des Arbeiterbildungsvereins hatten in richtiger Würdigung ihrer speciellen Interessen in dieser Frage sich zur deutschen Partei geschlagen und die Kandidaten derselben empfohlen.

Die Wahlagitation wurde mit einer Leidenschaftlichkeit betrieben, welche an die schönsten Tage des Jahres 1848 erinnerte. Das allgemeine Wahlrecht zeigte sich als eine Neuerung von höchst zweifelhaftem Werth. Allerdings in Norddeutschland hatte es sich bei dem Correktiv der Diätenlosigkeit nicht schlecht erprobt. Waren aber in Süddeutschland und speciell in Württemberg die Verhältnisse die nämlichen? Hat nicht der Norden den großen Vorzug, daß es dort, außer in den großen Städten, gar keine demokratische Partei gibt, jedenfalls keine solche, welche auf den Trümmern des Thrones eine Föderativrepublik errichten will und von den „Vereinigten Staaten Europas" spricht, daß dort das Ansehen und die Gewalt der Regierung noch auf der solidesten Basis ruht, daß die Person des Fürsten noch in der vollen Glorie dasteht, und daß der einzelne Wähler, welcher entweder Soldat ist oder war, noch so viel Militärdisciplin, noch so viel Gehorsam gegen seinen alten Kriegsherrn besitzt, daß er ihm durch seine Abstimmung keinen Mann in das Parlament schickt, der die Monarchie wie die Feudallasten ablösen will? Es ist fast ausschließlich das eine Wort „Disciplin," was den Unterschied zwischen Norden und Süden bezeichnet. Dabei ist nicht zu vergessen, daß das Bewußtsein, einem großen Staat anzugehören und mit demselben nach höheren staatlichen Zielen zu streben, bei solchen Wahlen ein ganz anderer Wegweiser ist als die Idee des Welfenthums bis ans Ende der Dinge.

Die Wahlreden brachten einen Unverstand, einen Mangel an Deutschthum, einen Preußenhaß, eine Menge von Unwahrheiten an den Tag, daß man sich mit Ekel davon abwenden mußte. Als das wirksamste Mittel, das Volk gegen die nationalliberalen Kandidaten einzunehmen, galt der Popanz der Erhöhung der Steuern und der unbedingten Verfügung des Königs von Preußen über die württembergischen Soldaten, die er, wenn Württemberg in den

Digitized by Google

Norddund eintrete, allenfalls aus dem schönen Stuttgart mit seinen herrlichen Biergärten nach Danzig oder Königsberg verlegen könne. Natürlich wer mit solchen Illustrationen vor die schwäbischen Bauern trat, der hatte es leicht, sie zu gewinnen. Wenn auch die Kandidaten der deutschen Partei, namentlich Eduard Pfeiffer, die Fehler dieser Steuer-Rechnung nachwiesen und, Satz für Satz durchgehend, auf den Schluß kamen, daß die Steuern in Norddeutschland im ganzen keineswegs viel höher (etliche 20 Kreuzer auf den Kopf), vielfach sogar niedriger seien als bei uns, wie dies besonders bei der Besteuerung des Weins und Biers, welche Getränke in Württemberg in so großer Menge producirt und konsumirt werden, der Fall sei, so blieb doch von dem ersten Eindruck immer etwas haften. Die Hauptargumente, welche diese Kandidaten für den Anschluß in's Feld führen konnten, waren mehr ideeller Natur, und wer hatte dafür Sinn?

Dies benützten die Kandidaten der 3 vereinigten Parteien und ihre Freunde. Hier sagte ein Nationalökonom: „Dies der Inhalt der militärischen Führung Preußens. Und nun frage ich: Ist es noch ein Bundesstaat und nicht vielmehr das reinste die bundesgenössischen Völker und Regierungen zu Heloten herabsetzende, aussaugende Vasallenverhältniß, das man mit dem Eintritt in den jetzigen norddeutschen Bund anstrebt? Ich antworte: lieber einfache Mediatisirung und Eintritt in das preußische Abgeordnetenhaus als solchen Eintritt. Ich will keines von beiden." Dort war, im Beobachter vom 25. März, über den Allianzvertrag folgendes gesagt: „In nicht ferner Zeit wird sich ergeben, daß alles vergebliche Arbeit ist, was zu weiterer Ausführung des in einem Moment auskunftsloser Verlegenheit von bekannter Opportunitätshascherei eingegangenen Schutz- und Trutzvertrags geschieht. Wenn die nächste Ständeversammlung in dem Sinne gewählt wird und handelt, welcher sich jetzt eben, wahrlich nicht aus den Reden der meisten Herren Bewerber, aber in den Handlungen der meisten Wähler zum Zollparlament ausdrückt, so muß dieser für unser Land verderbliche und die ganze Zukunftsentwickelung Deutschlands kreuzende Kabinetsvertrag wieder gekündigt und all der preußische Geist, welchen Herr von Wagner und Herr von Suckow unserem Heer einzutrichtern sich die ersinnlichste Mühe gaben, wieder ausgetrieben werden." An einem anderen Orte sagte ein Redner: „Der süddeutsche Weinbau

Digitized by Google

solle ruinirt werden, damit Preußen billige französische Weine trinken könne. Die Tabaksteuer drohe in einer Weise, daß auf jeden Morgen 44 Fl. Steuer kommen. Preußen wolle die Biersteuer gemeinsam machen, damit es seine hohe Branntweinsteuer behalten könne. Durch den Anschluß an den norddeutschen Bund gehe man der allgemeinen Verarmung und der Junkerherrschaft entgegen; die Einheit Deutschlands werde erreicht, so daß Einem alles gehöre. Auch bei uns werde es so kommen, daß in jedem Ort sich ein Baron ein Schlößchen baue, und die Bauern sich jeden Morgen nach dem Befinden des Herrn Barons erkundigen müssen. Einig werde man sein mit einer Kette zusammengeschlossen; mucksen dürfe man sich nicht mehr, sonst komme der Belagerungszustand durch den König von Preußen." Herr von Neurath sagte in seinem Programm: „Die Treue gegen das gegebene Wort verpflichtet uns meines Erachtens, diese Verträge so lange redlich zu erfüllen, als wir sie nicht auf eine völkerrechtliche zuläßige Art zu lösen oder zu ändern vermögen." Dazu bemerkte eine Stuttgarter Zeitschrift: „Was heißt eine völkerrechtlich zuläßige Art? Auch ein etwa in Verbindung mit den Franzosen zu erringender Sieg über Deutschland wäre eine völkerrechtlich zuläßige Art und könnte zur ersehnten Lösung helfen." In dem Dorfe Heiningen, wo Professor Römer eine Wahlrede hielt, sagte der Führer der dortigen Volkspartei offen: „Wir wollen mit den Franzosen gegen Preußen gehen." In einer Wählerversammlung zu Ludwigsburg am 1. März warnte der Wahlkandidat vor einem Anschluß an Norddeutschland, „weil wir Süddeutsche sonst auch noch Beiträge zur deutschen Flotte zu bezahlen hätten." Ihm erwiderten in einem Sendschreiben einige Arbeiter: „Der Gedanke drängt sich wohl jedem von selbst auf, daß eine Steuer, für eine deutsche Flotte erhoben, welche berufen ist, deutschen Handel und Industrie, deutsche Häfen und deutsche Küsten zu bewachen und deutschem Namen und deutscher Ehre auch auf dem Meere und in überseeischen Ländern Achtung zu verschaffen, uns jedenfalls mehr Nutzen gewährt, als eine solche, von welcher in kleineren Staaten ein Heer von Gesandten an fremden Höfen unterhalten wird, welche doch niemals im Stande sind, die Rechte sowie die Personen ihrer Staatsangehörigen zu vertreten oder vor Unbill und Gewalt zu schützen." Sehr drastisch wurde jener Gegner der deutschen Flotte von einem Gesinnungsgenossen mit den Worten

Digitized by Google

unterstützt: „Es sei eine bekannte Sache, daß die großen Fische die kleinen fressen, daher wolle er vor dem preußischen Teiche warnen, in welchem wir unfehlbar gefressen würden. Ein Vertrag mit Preußen sei überhaupt nichts anderes als ein Vertrag zwischen der Katze und Maus. Sehr lobenswerth sei die Kürze der preußischen Verfassung, die sehr leicht zu behalten sei, weil sie nur 3 Paragraphen enthalte. Der erste derselben heiße „zahlen", der zweite „Soldat werden", der dritte „das Maul halten." Ein Stuttgarter Plakat lautete: „Ein Eintritt in den Norddbund bedeutet für Württemberg: 1. Das Zahlen von fast 6 Millionen Gulden jährlich mehr als jetzt für Militär sowie an direkten und indirekten oder Verbrauchssteuern, 2. das Aufgeben unserer verfassungsmäßigen Rechte, 3. Vernichtung der Rede- und Preßfreiheit, 4. Ruin des Volkswohlstandes durch die ungeheuren Lasten, welche ein Militärstaat immer dem Volk aufbürdet, 5. drei Jahre Präsenzzeit für die Söhne unseres Landes, 6. das Zugrunderichten der Industrie, der Gewerbe und des Handels; denn der Militärstaat verlangt in erster Linie Soldaten und abermals Soldaten, Geld und abermals Geld, 7. eine fortwährende Kriegsdrohung und in Folge derselben Mißtrauen der Geschäftswelt, Stockung in allen Geschäften und Arbeitslosigkeit, 8. Verderben für die arbeitenden Klassen; denn die für den enormen Militäraufwand nothwendigen Ausgaben sucht Preußen durch Verbrauchssteuern (Schlacht- und Mahlsteuer, Weinsteuer, Biersteuer, Branntweinsteuer, Salzsteuer, Tabaksteuer, Erdölsteuer ꝛc.) zu decken, und diese Steuern berühren gerade auf das allerempfindlichste die Arbeiter und ihre Familien."

Man sollte glauben, diese Ergüsse des schwäbischen Partikularismus seien stark genug. Aber sie waren noch nicht unübertrefflich. Dies bewies die Beilage zu Nr. 22 des Amtsblattes von Urach, einem Städtchen, das durch eine Ironie des Zufalls zu demjenigen Wahlkreise gehört, in welche Minister von Varnbüler als Kandidat auftrat. In diesem Blatt hieß es: „Sehet hin nach Ost- und Westpreußen! die dortigen Gaue durchschreitet der Hungertod mit wuchtigen Schritten, allenthalben Spuren seiner schrecklichen Thätigkeit zurücklassend. Dieser schreckliche Patron hat es in Ostpreußen so weit gebracht, daß man die Gefängnisse öffnen und Straf- und Untersuchungsgefangene entlassen mußte. „Dorthin, liebe Brüder, laßt uns ziehen, wo Diebe und Vagabunden an allen Wegen

Digitized by Google

blühen!" Sollen wir darin ein Strafgericht Gottes sehen? Wer hätte es gedacht, wer hätte es für möglich gehalten? Dasselbe Preußen, dessen Heerschaaren vor kaum 1½ Jahren in stolzem Siegesmuth einen Theil unseres Landes besetzten, dasselbe Preußen, das damals Württemberg für seine Bundestreue mit 8 Millionen Gulden strafte, dasselbe Preußen überschwemmt unser ganzes Land seit Monaten mit Bettelbriefen; helfet, helfet! rufen sie, wir verhungern. Von Volksfreiheit, von Volksrechten, von Geltung der Volksabgeordneten ist uns aus dem norddeutschen Bund noch nichts zu Ohren gekommen. Wer regiert im norddeutschen Bund? Gilt dort allein nur das, was das Volk durch seine Abgeordneten sagt? mit nichten; im norddeutschen Bund gilt nur ein Wille, nur einer regiert dort, und wie regiert der? er hat es uns selbst gesagt — mit Blut und Eisen. Ja mit Blut und Eisen ist seine Thätigkeit in die Geschichte des deutschen Volkes eingegraben. Was hat der Eintritt in den norddeutschen Bund für Folgen? was ist die Quintessenz der norddeutschen Bundesverfassung? Bei der Ludwigsburger Wählerversammlung hat es ein Redner gesagt: 1. Zahlen, 2. Soldat sein, 3. Maulhalten. Was ist uns von Preußen bisher gutes zugeflossen? Hoff'scher Malzextrakt, Brustsyrup, Brustbonbons, eau de lob und andere haarerzeugende, haarvertreibende, haarsträubende, Schwindsucht, Brüche und andere Leibschäden heilende Mittel; lauter Schwindel, Schwindel, Schwindel! Was wird uns außer diesem künftig noch von Preußen zufließen? Steuerzettel, Steuerzettel und noch einmal Steuerzettel! Wir sind am Schluß; nun wählet ihr Männer von Stadt und Amt Urach! Herr von Varnbüler steht auf unserer Fahne, nicht weil, sondern obgleich er Minister der Verkehrsanstalten Württembergs ist." Der Letztere mag sich wenig geschmeichelt gefühlt haben, auf ein solches Programm hin die Stimmen der Männer von Stadt und Amt Urach zu erhalten.

Die Kandidaten der deutschen Partei thaten in jeder Beziehung ihre Pflicht. Auch wo sie die Erfolglosigkeit ihres Auftretens so ziemlich voraussehen konnten, ließen sie sich die Mühe nicht verdrießen, immer und immer wieder an das nationale Bewußtsein der Wähler zu appelliren, Unwahrheiten bloß zu stellen, den wahren Sachverhalt darzulegen. Sie hatten eine schwierige Aufgabe, wenn sie gleich an manchen Orten weit mehr Theilnahme und Zustimmung fanden, als sie geglaubt hatten. Aber trotzdem war die Logik

Digitized by Google

der Thatsachen unerbittlich. Bei der Abstimmung am 24. März wurde kein einziger von den nationalen Kandidaten gewählt, überall nur solche, welche entweder Preußen absolut feindlich gegenüberstanden und ihm die Verträge bei der nächsten Gelegenheit vor die Füße werfen wollten, oder solche, welche zwar die Verträge respectirten, aber die Freundschaft mit Preußen nicht zu einem höheren Wärmegrad bringen und eine Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments nicht zugeben wollten. Welcher Jubel in dem Lager der Demokratie! Der Beobachter vom 26. März schrieb mit großen Lettern: „Am 24. März 1868 hat das württembergische Volk ein bewußtes klares Nein ausgesprochen gegen die Vergewaltigung Deutschlands durch Preußen. Wie Donnerkeile krachts nieder auf das Gebäude von Lug und Trug, an dem seit Jahr und Tag sich abmüht, was sich deutsche Partei zu nennen erfrecht. Umsonst haben sie jeden Abfall von der Freiheit, umsonst Verrath am Vaterland begangen. Das Volk hat gerichtet. Gegen ihre Thaten wie gegen ihre Plane hat es sein Veto eingelegt. Von nun an handelt es sich nur noch um die Exekution." Mit einer solchen Sprache konnte der Staatsanzeiger nicht einverstanden sein, so sehr ihn auch das Resultat befriedigte. In seiner Numer vom 31. März schrieb er: „Das Ergebniß der Wahlen in das Zollparlament liegt nahezu abgeschlossen vor uns; dasselbe zeigt die vollste Uebereinstimmung darüber, daß diejenige Grenze, welche der Vertrag vom 8. Juli v. J. dem Zollparlament gezogen hat, nicht überschritten werden solle. Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß diese Auffassung nicht auch diejenige der Mehrheit der Zollparlamentsabgeordneten jenseits des Mains sei. Wir wären durch dieses Wahlresultat weit mehr befriedigt, wenn nicht in der Heftigkeit der Wahlagitation da und dort Aeußerungen der Feindseligkeiten gegen Preußen und den Nordbund hervorgetreten wären, welche wir beklagen." Mit diesem „da und dort" hat sich freilich der Staatsanzeiger sehr euphemistisch ausgedrückt, da solche Aeußerungen bekanntlich fast überall hervorgetreten sind.

Doch fühlte sich die deutsche Partei nichts weniger als von einem Donnerkeil getroffen. Sie hatte von etwa 200,000 Abstimmenden 46,000 Stimmen erhalten, ihre vereinigten Gegner 154,000. Eine Partei, welche in einem so besonders genaturten Lande wie Württemberg nach 1½ jähriger Existenz 46,000 Wähler hinter sich hat, ist eine Partei, welcher zwar nicht die Gegenwart, wohl aber

Digitized by Google

die Zukunft angehört. Diese Zuversicht kam bei mehreren Gelegenheiten zum Ausdruck. Bei einem Bankett in Ulm sagte der unterlegene Kandidat: „einem dreifach geeinigten Gegner gegenüber könne das Resultat nicht überraschen. Aufgabe der nationalen Partei sei es aber, sich durch diesen ersten Mißerfolg nicht abschrecken zu lassen, sondern mit doppelter Energie an der Aufgabe, die man sich gestellt habe, zu arbeiten, namentlich die Partei durch's ganze Land besser zu organisiren, als dies bisher der Fall gewesen, damit der nächste Kampf sie besser gerüstet finde." Auch die preußischen Blätter, welche über die Art und Weise der württembergischen Wahlagitation und über den Staatsanzeiger sich anfangs ziemlich erbost äußerten, kamen bald wieder zu einer ruhigeren Anschauung. Die von der preußischen Regierung geleitete „Provinzialcorrespondenz" sagte in einem Artikel über die süddeutschen Zollparlamentswahlen: „Die süddeutschen Abgeordneten und die süddeutsche Bevölkerung werde sich bald durch die That überzeugen, daß es sich zwischen dem deutschen Norden und Süden nicht um Herrschen und Dienen, nicht um das Aufgeben heiliger Güter handelt, sondern um ein einiges Streben nach einer freiheitlichen Entwicklung aller Kräfte und Gaben des deutschen Volkes zu gemeinsamer Wohlfahrt, Ehre, Würde und Macht."

Nirgends erregte das Resultat dieser Wahlen größere Freude als in Frankreich. Die Pariser Presse war sehr entzückt über ein Ergebniß, „welches alle unsere Hoffnungen übertrifft". „Es sei die definitive Verurtheilung aller Plane der Absorption Süddeutschlands durch Preußen, die Billigung und Weihe der Ansichten und Ziele der französischen Regierung; dieses Resultat müsse nothwendig zu der von Frankreich stets gewünschten Bildung eines unabhängigen süddeutschen Bundes führen." Das Historische und Statistische dieses Wahldrama's machte der französischen Presse wenig zu schaffen. Hatte doch der Moniteur die Naivetät, seinen Lesern mitzutheilen, daß in Württemberg lauter ministerielle Kandidaten gewählt worden seien. Wem die antinationale Bedeutung dieser Wahlen noch nicht zum Bewußtsein gekommen war, der durfte nur die französischen Zeitungen jener Tage lesen. War es doch immer so: man braucht nach der Thatsache gar nicht zu fragen, sondern nur auf den Eindruck zu sehen, den sie in den französischen Blättern hervorruft. Sind sie voll Gift und Galle, so hat die

Digitized by Google

nationale Sache irgendwie in Deutschland einen Sieg errungen; hört man sie frohlocken, so hat sicherlich die liebe deutsche Uneinigkeit und Stammeseiferſüchtelei wieder einmal die Oberhand gewonnen.

Auch im übrigen bietet die Geſchichte Frankreichs im Jahre 1868 nicht viele glänzende Seiten dar. Beſtändige Hetzereien gegen Deutſchland, im Innern fortwährender Polizeikrieg mit Oppoſitionsblättern, mit Studenten, mit Beſuchern der Kirchhöfe und mit Unterzeichnern einer Denkmalsliſte: dies ſind die Heldenthaten des zweiten Kaiſerreichs. Die Trophäen Preußens ließen das verwöhnte Frankreich nicht ſchlafen. Daß Frankreich nicht mehr die erſte, tonangebende Macht in Europa ſei, daß ein anderer Staat und vollends dieſes wegen ſeiner früheren Unbedeutendheit gering geſchätzte, wegen Leipzig, Paris und Waterloo gehaßte Preußen ihm den Rang ſtreitig mache, war ein Gedanke, welchen die Männer aller Parteien unerträglich fanden. Nur wenige Franzoſen beſaßen genug Ehrenhaftigkeit und Redlichkeit, daß ſie den einfachen Satz wiederholten: „was dem einen recht iſt, iſt dem anderen billig.“ Daher ſchwankte Frankreich das ganze Jahr hindurch zwiſchen Krieg und Frieden, und mehr als einmal glaubte man, dem erſteren ſchon ganz nahe zu ſein. Im Rathe des Kaiſers bekämpfte ſich eine Kriegs- und eine Friedenspartei. Jene hatte zum Sprecher den Kriegsminiſter Marſchall Niel, dieſe den Staatsminiſter Rouher. Ihre Kämpfe fanden in der Preſſe ein leidenſchaftliches Echo. Der Kaiſer, in ſeiner olympiſchen Höhe ſchweigſam wie eine Sphinx, läßt beide Theile zu Wort kommen, beide Theile ihren Standpunkt vertheidigen und findet ſchließlich, daß zwiſchen Wollen und Können eine Kluft ſich befindet, die nur durch einen Salto mortale überſchritten werden kann. Und wer wollte, wenn er das ſechzigſte Jahr paſſirt, in ſeiner Jugend etwas raſch gelebt und Frau und Kind zu Hauſe hat, noch ſo viel Elaſticität des Körpers und des Geiſtes beſitzen, um dieſen gefährlichen Sprung zu wagen? Hatte ſchon der „große Oheim,“ welcher doch ein Feldherr erſter Klaſſe war und über Völker aller Himmelsgegenden gebot, an dieſem Deutſchland ſich verblutet, wie ſollte es ihm, dem Neffen, gehen? Und wenn er dennoch losbrach, auf den unwiderſtehlichen Anlauf ſeiner Soldaten vertrauend, war nicht zu fürchten, daß die gefürchtete Einheit Deutſchlands dann erſt mit einem Schlag zur Wahrheit werde,

Digitized by Google

daß Rußland den Freund und Verwandten nicht im Stiche lassen, daß Italien Mentana's, die Vereinigten Staaten von Amerika Mexiko's sich erinnern werden, daß England zum mindesten wegen Antwerpens besorgt sei? Was half dann Oestreich, dessen östliche Hälfte keinen Angriffskrieg gegen Deutschland führen will, während die westliche theils nach dem slavischen Rußland, theils nach den deutschen Brüdern ihre Blicke richtet? Unter diesen Umständen blieb für den Kaiser, wenn er nicht riskiren wollte, seinem Sohne einen umgestürzten Thron und die Verbannung zu hinterlassen, nichts anderes übrig, als zwischen den Parteien des Landes mit Anstand zu balanciren, seinem Volke mit der einen Hand ein bischen Freiheit, mit er anderen einige Polizei-Ukase zu geben und so in seiner inneren und äußeren Politik mit Geschick zu laviren. Wenn die Chancen nicht günstiger wurden, war an keinen Krieg zu denken, und günstiger wurden sie jedenfalls im Jahre 1868 nicht.

Einstweilen aber sollte die Heereskraft Frankreichs, welche durch die mexikanische Expedition etwas Noth gelitten hatte und überhaupt nicht mehr auf der Höhe der Zeit stand, auf einen respektablen Fuß gesetzt werden. Man wollte die Bataillone vermehren und die bewährten preußischen Militäreinrichtungen nachahmen, ohne sich dem Spott der Nachäfferei auszusetzen und ohne die Eigenthümlichkeiten des eigenen Landes und der eigenen Regierung zu verletzen. Dadurch sollte bewirkt werden, daß auswärtige Ereignisse das Land nicht mehr so unvorbereitet treffen wie im Jahre 1866, und daß Frankreich dem weiteren Umsichgreifen seiner östlichen Nachbarn nicht mehr Gewehr bei Fuß zusehen müsse, sondern mit neuen Wundern seiner unübertrefflichen Chassepot entgegentreten könne. „Wir werden den Krieg dadurch am ehesten unmöglich machen, daß wir Frankreich in den Stand setzen, eine imposante Kriegsmacht zu entfalten," lautete der Refrain aller Reden des Marschall Niel, wenn er die Gegner seines Kriegsbudgets aus dem Feld schlagen wollte.

Die schon im vorigen Jahre begonnene Heeresorganisation wurde in diesem vollendet. Sie ist ein Mittelding zwischen dem System der allgemeinen Wehrpflicht und dem der bisherigen Konskription. Die Dienstzeit ist auf 9 Jahre festgesetzt, jährlich werden 100,000 Mann ausgehoben, die Stellvertretung ist aufgehoben, das aktive Heer, einschließlich der Reserve, beträgt 800,000 Mann, die

Digitized by Google

mobile Nationalgarde, welche als eine Art Landwehr den Zweck hat, in einem Kriegsfall die aktive Armee in den Festungen zu ersetzen, 400,000. Diese Bestimmungen giengen nicht ohne harte Kämpfe im gesetzgebenden Körper und im Senat durch. In jenem wurde ein Amendement eingebracht, das eine achtjährige Dienstzeit und für den Dienstpflichtigen das Recht, sich nach Ablauf der ersten sechs Jahre seiner Dienstzeit zu verheiraten, verlangte. Rouher rechnete den Abgeordneten vor, daß durch die Annahme dieses Vorschlages der projektirten Stärke der Landarmee 60,000, der Marine 24,000 Mann entzogen und so durch das neue Gesetz die Effektivstärke nicht viel bedeutender würde als bisher. Das Interesse der Würde und Sicherheit des Landes erfordere eine active Armee von 800,000 Mann. Die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Effektivstandes, welcher sich auf 659,000 Mann belaufe, habe sich im Krimkrieg und im italienischen Feldzug gezeigt. Man habe damals nur 109,000 Mann nach Italien abgeben können. Vergleiche man die Heeresstärke Italiens, Oestreichs, Rußlands, Norddeutschlands, so ergebe sich für Frankreich die gebieterische Nothwendigkeit dieser militärischen Reorganisation. In der Sitzung vom 27. December wurde der Antrag auf achtjährige Dienstzeit mit 177 gegen 81 Stimmen verworfen und damit die neunjährige Dienstzeit, die Hauptbestimmung des neuen Entwurfs, angenommen. Dagegen wurde in der folgenden Sitzung der andere Theil des Antrags, welcher nach sechsjähriger Dienstzeit das Heiraten erlaubt wissen wollte, mit 237 gegen 11 Stimmen angenommen, obgleich Niel den Antrag sehr bekämpfte und hervorhob, daß verheiratete Soldaten im Kriege nicht besonders brauchbar seien. Bei der mobilen Nationalgarde, über welche der Moniteur vom 29. März den vom Kaiser genehmigten Bericht des Kriegsministers veröffentlichte, wurde in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 2. Januar die Stellvertretung verworfen. Die Oppositionsblätter waren mit diesem Beschluß, der einen demokratischen Charakter zeigte, einverstanden. Wenn aber Marschall Niel in seinem Bericht die freiwilligen Schützengesellschaften mit dieser mobilen Nationalgarde, die er auf 500,000 Mann schätzte, verbinden und unter die Ordres des Kriegsministeriums bringen wollte, so hatte er sich getäuscht. Dieselben lösten sich auf dies hin auf, da sie ihre bisherige selbständige Stellung nicht der blinden Centralisationssucht der Regierung opfern wollten. Eine

Digitized by Google

zweite Täuschung des Kriegsministers war es, wenn er darauf rechnete, daß diese Einrichtung der Mobilgarde vom Volk begeistert aufgenommen werde. Dies war nirgends der Fall. Dagegen fanden gerade bei der Einschreibung der mobilen Nationalgarden an mehreren Orten sehr bedenkliche Unruhen statt. In Nantes (12. März), Toulouse, Neuilly, Bordeaux, Dijon, Grenoble rottete sich das Volk zusammen, durchzog mit rothen Fahnen unter Absingen der Marseillaise, die Straßen, rief: „Es lebe die Republik! Nieder mit den Mobilen! Nieder mit dem Kaiser!" verwundete die einschreitenden Gensdarmen und konnte nur durch Aufbieten von Militär zur Ruhe gebracht werden. Solche Symptome von Ungehorsam gegen die Regierung, von Mangel an Kriegslust und an Patriotismus stimmten schlecht zu den officiellen Berichten des Moniteur.

Das ganze Militärgesetz wurde vom gesetzgebenden Körper am 14. Januar mit 200 gegen 60 Stimmen angenommen. Sofort kam es im Senat zur Debatte. Hier hielt der Senator Brenier am 27. Januar eine von Feindseligkeit gegen Preußen strotzende Rede. Er sprach für die unbedingte Wiederherstellung des französischen Uebergewichts in Europa, hielt die bisherigen Rüstungen noch nicht für hinreichend und erklärte, man müsse fort und fort rüsten, alle lebenskräftigen Elemente des Landes aufbieten, um Europa Achtung, wenn nicht gar Schrecken einzuflößen. Aehnlich drückte sich am 28. Januar der Viceadmiral Bouet-Villaumez aus, nannte die Geschichte der Nationen eine Geschichte ihrer Armeen, dieses Militärgesetz das Schwert Frankreichs und gab dem französischen Militärsystem den Vorzug vor dem preußischen, weil das Hereinziehen aller Elemente des Volkes die preußische Armee nicht so ausdauernd mache wie die französische. Auch der Kriegsminister sprach mit großer Zuversicht: „Mit einer Armee, die wie die unsrige organisirt ist, mit einer mobilen Nationalgarde von 500,000 Mann, und wenn ich dabei bedenke, daß Paris, daß Lyon befestigt ist, daß wir Langres, Belfort und alle die für unsere Vertheidigung so wichtigen Plätze, wie Metz mit seinem schönen verschanzten Lager, Straßburg, Lille und so viele andere besitzen, glaube ich, daß unser Land vollständig auf den Frieden vertrauen kann, und nichts von den schlimmen Gedanken unserer Nachbarn zu befürchten braucht." Gegen das Geschmetter dieser Kriegstrompete konnte die Friedenshymne Michel Chevalier's sich kaum Gehör verschaffen. Er ermahnte

Digitized by Google

Frankreich, auf die Schiedsrichterrolle in Europa, die niemand auf die Dauer zu spielen stark genug sei, zu verzichten. Es solle allerdings keine andere Macht als über ihm stehend anerkennen, aber auch keinen Krieg führen, um selbst über anderen Mächten zu stehen. Allen anderen ebenbürtig zu sein, sei schon eine große Stellung. Anstatt durch einen gewaltigen Armeebestand in Europa glänzen zu wollen, solle es seine Armee verringern und dadurch der Welt ein gutes Beispiel geben. Niemand bedrohe Frankreich. Der Kaiser möge seinen Wahlspruch von Bordeaux „das Kaiserreich ist der Friede" wieder auf die Fahne schreiben, und es werde für die Größe des Landes und die Befestigung seiner Einrichtungen dadurch mehr geschehen als durch ein Gesetz, dessen innerer Werth, selbst nach dem Urtheile vieler Militärs, noch sehr fraglich sei und weder in den Salons noch in den Hütten Begeisterung errege." Diese verständigen Worte fanden so wenig Anklang, daß das Militärgesetz vom Senat am 29. Januar mit 125 Stimmen gegen die eine Chevaliers angenommen wurde.

Auch das Kontingentgesetz, welches am 4. März im gesetzgebenden Körper zur Berathung kam, stieß auf Opposition. Gegenüber der Forderung der Regierung, daß jährlich 100,000 Mann ausgehoben werden sollten, stellte der Abgeordnete Picard den Antrag, nur 80,000 auszuheben. Er fand es höchst auffallend, daß der Bericht der Kommission 800,000 Mann für nothwendig erkläre zur Aufrechthaltung der Sicherheit und Selbständigkeit Frankreichs, und bat sich wegen der alarmirenden Darstellung des Berichts eine Erklärung von den Ministern aus. Auf dies hin erklärte Rouher: „Ich habe die Genugthuung, dem gesetzgebenden Körper zu erklären, daß die diplomatischen Beziehungen Frankreichs zu den europäischen Mächten der Regierung die feste Ueberzeugung geben, daß der Friede nicht gestört werden wird. Unsere Beziehungen zu den verschiedenen Mächten sind die freundschaftlichsten, die friedlichsten, und die Wolken, die vor einigen Monaten den Horizont zu begrenzen schienen, sind in unseren Augen völlig verschwunden." Natürlich entgegnete die Opposition, daß diese freundschaftlichen Beziehungen kaum für die Nothwendigkeit von 80,000 Mann, geschweige von 100,000 sprechen. Daher ergriff Niel das Wort und sagte, sein Kollege Rouher habe bloß von den gegenwärtigen Umständen gesprochen; er könne aber nicht sagen, wie es in 5 bis 6 Jahren aus-

Digitized by Google

sehe. Wenn die letzten Kontingente nur 80,000 Mann stark gewesen wären, so hätten wir im vergangenen Sommer 140,000 Mann weniger unter den Waffen gehabt, und meine persönliche Ueberzeugung ist, daß wir dann (bei der luxemburger Frage) im vollen Kriege uns heute befänden. Wenn Sie also den Frieden aufrecht erhalten wollen, so ist es nothwendig, das Jahreskontingent auf der Höhe von 100,000 Mann zu halten." Bei der Abstimmung wurde der Antrag Picards mit 220 gegen 29 Stimmen verworfen und das Kontingentgesetz am 9. März mit 230 gegen 12 Stimmen angenommen.

Niemand glaubte an die Richtigkeit des Satzes, daß durch eine erhöhte Kriegsbereitschaft der Friede am ehesten erhalten werde. Vielmehr war allgemein die Ansicht, daß durch dieselbe die Regierung sich um so leichter zu einem leichtsinnigen Kriege hinreißen lasse. Wie kriegerisch klangen die Worte des Marschalls Niel, wenn er vor der Budgetkommission erklärte, Frankreich müsse beständig 20 Divisionen, also 200,000 Mann auf dem Kriegsfuß haben, so daß dieselben jeden Tag nach der Grenze abgehen können! Wer so spricht, der denkt nicht an den Frieden, und wenn er meint, daß andere, vollends in Frankreich, daran denken, so weiß er nicht, was er spricht. Nebenher gieng die Ausrüstung der östlichen Festungen, besonders Straßburgs und Metz', die Einrichtung mehrerer befestigten Lager, darunter das von St. Maur in der Nähe von Paris, die fieberhaft rasche Anfertigung der Chassepot, die Einübung sämtlicher Regimenter in dieser neuen Waffe, die Organisation der mobilen Nationalgarde, wo wieder für die östlichen Departements zuerst die Bataillonschefs und Hauptleute ernannt wurden. Kein Wunder, daß die Frage, ob die nächsten Tage Krieg oder Frieden bringen werden, die officiöse Presse im Frühjahr ganz besonders beschäftigte, und neben wenig Vernünftigem und Anständigem viel Gehässiges gegen Deutschland zu Tag kam. Die Geschäftswelt seufzte tief unter der Unsicherheit solcher Verhältnisse. Die Entwaffnungsfrage wurde aufgestellt. Aber diese war die Vorläuferin der Kriege von 1859 und von 1866. Der „Constitutionel" vom 9. April veröffentlichte hierüber einen aus dem Kabinet des Kaisers stammenden Artikel. Es hieß darin: „Wer soll das Beispiel zu einer so wünschenswerthen Entwaffnung geben? Gibt es einen Franzosen, der, ein Freund der Sicherheit und Größe seines Landes, es wagen möchte, ihm diese vertrauensvolle Initiative anzurathen? Und wenn

Digitized by Google

Fremde uns dazu einzuladen versucht sein sollten, könnten wir dann nicht, in anderem Sinne, das alte Wort aus der Schlacht von Fontenay wieder hervorholen und sagen: „Meine Herren, zuerst ist an Ihnen die Reihe?"

Nicht genug, daß diese Kriegsbereitschaft Handel und Industrie lähmte: sie mußte auch den tiefverschuldeten Staat zu neuen Anleihen führen. Das Kriegsbudget für das Jahr 1869 war von der Regierung nur für das Landheer, alle außerordentlichen Ausgaben nicht mitgerechnet, auf 380 Millionen Franks oder 101⅓ Millionen Thaler berechnet, während das Kriegsbudget des norddeutschen Bundes für 1868 sich nur auf 66 Millionen Thaler belief. Einer Anleihe war nicht auszuweichen. Sie wurde auf 440 Millionen Franks festgesetzt, welche Summe in wenigen Tagen gedeckt war. Nur war dies kein Beweis dafür, daß das Land mit den Kriegsrüstungen und Kriegsgedanken der Regierung einverstanden war, sondern nur dafür, daß der Bürger sein Geld immer noch am liebsten dem Staat anvertraute. Die Gesamtlasten des französischen Volkes beliefen sich, nach der Darstellung des Nationalökonomen Horn, für die Jahre 1862 bis 1866 auf die enorme Summe von 3200 Millionen Franks, welche aus der Tasche der Steuerpflichtigen bezahlt werden mußten und zwar 2200 Millionen an die Staatskasse, der Rest an die 89 Departements- und die 35,000 Gemeindekassen. Diese Enthüllungen waren der Regierung, welche bei der Vorlage des Budgets nie offen und ehrlich zu Werke gieng und statt der möglichst großen Durchsichtigkeit die höchste Unklarheit und Finsterniß liebte, höchst unbequem. Sie rächte sich dadurch, daß sie ihm verbot, seine Vorträge im Amphitheater der Medicinerschule fortzusetzen. Dies nahm das Publikum natürlich nicht für eine Widerlegung, sondern für ein Eingeständniß ihrer heillosen Finanzwirthschaft. Besonders interessant war der vertrauliche Bericht, in welchem der Seinepräfect Haußmann dem Kaiser Rechenschaft von seiner bisherigen Verwaltung gegeben hat. Dieser Mann, welcher ganze Straßen niederreißen, prachtvolle Bauten an ihrer Stelle aufführen ließ, vor dessen Zerstörungs- und Bauwuth kein öffentlicher Platz, kein Kirchhof mehr sicher ist, hat im Jahre 1853 sein Amt angetreten und seit dieser Zeit die Summe von 1865 Millionen Franks ausgegeben. Davon sind bloß 865 Millionen, also nicht einmal die Hälfte, im Wege des ordentlichen Budgets der Stadt Paris aufgetrieben, das Uebrige durch außerordentliche Zuschüsse

Digitized by Google

beschafft worden. Auf die eigentlichen öffentlichen Bauten und Expropriationen waren von dieser Summe 884 Millionen verwandt.

Eine Regierung, welche eine solche Wirthschaft führt, kann sich natürlich mit der Freiheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes nicht befreunden. Dies sah man deutlich an den Entwürfen eines neuen Preß- und Vereinsgesetzes. Das erstere war zwar besser als das frühere, sofern es die Presse der unbedingten Administrativgewalt entzog und durch ein den Justizbehörden anvertrautes Regressivsystem regelte. Aber dieses System, welches das Geschwornengericht ausschloß, war sehr streng und enthielt die vier Strafen der Geldstrafe, der Suspension, der Unterdrückung, des Verlusts der Wahlberechtigung: Das Vereinsgesetz enthielt solch unerhörte Beschränkungen des Versammlungsrechts, daß man bei der Durchlesung seiner einzelnen Artikel ganz vergißt, daß hier von dem großen Frankreich, das an der Spitze der Civilisation marschirt, die Rede ist, und sich in einen Kleinkindergarten versetzt glaubt, wo die Kinder alle möglichen Freiheiten haben, aber für jede statutenwidrige Ausübung derselben tüchtig Prügel bekommen. Die Regierung mochte vorschlagen, was sie wollte; sowohl im Senat als im gesetzgebenden Körper gieng alles durch. Jener, von der Regierung ernannt und reich dotirt, ist die reine Drahtpuppe derselben; dieser geht zwar aus dem allgemeinen Stimmrecht hervor; wer aber die Allmacht der Präfekten und Unterpräfekten, die Abhängigkeit der Gemeindevorsteher von diesen und die gänzliche Unwissenheit des Landvolks in Frankreich, seine Unfreiheit in allen politischen und konfessionellen Dingen kennt, der wird sich eher wundern, daß in Bezirken mit vorherrschender Landbevölkerung ein Oppositionskandidat möglich ist, als daß lauter Regierungskandidaten gewählt werden. Diese beiden parlamentarischen Staatskörper haben nur eine Scheinexistenz, haben unter dem zweiten Kaiserreich so wenig etwas zu sagen als unter dem ersten, wenngleich Napoleon III. ihnen mehr Redefreiheit gestattete als der in allem tyrannisch auftretende Oheim. In keiner Sache von irgend einer Bedeutung, selbst nicht in der enormen Verschleuderung der Staatsgelder, wagten sie einen Widerstand zu leisten. Sie waren zu einer würdelosen Versammlung, die an den Senat der römischen Kaiserzeit erinnerte, herabgesunken. Nur der eine Wille des Kaisers gilt. Es ist ein rein persönliches Regiment, welches wir in Frankreich finden, von jedem anderen Absolutismus

Digitized by Google

nur durch die Form, wonach die parlamentarischen Körper über die kaiserlichen Beschlüsse ihre Redeübungen halten dürfen, verschieden, dem Wesen nach durchaus nicht.

Eine solche Regierung wird sich hauptsächlich auf die Gedankenlosigkeit der Massen stützen, und da auf letztere die katholische Geistlichkeit den größten Einfluß hat, so sehen wir die französische Regierung in innigem Bund mit dieser. Wenn jene, zur Verzweiflung der Italiener, den Papst in dem Reste seines Kirchenstaates beschützt, so ist dies zum Theile die Folge eines Kompromisses zwischen ihr und den Ultramontanen. Denn bei den Wahlen zum gesetzgebenden Körper kann sie nur dann auf ein günstiges Resultat rechnen, wenn die Bischöfe und die niedere Geistlichkeit auf ihrer Seite stehen und Polizeidienste für sie verrichten. Diese Dienste werden sich aber genau nach dem Grad von Wärme richten, mit welchem der Kaiser für den weltlichen Besitz des Papstes in die Schranken tritt. Daher ist die Begeisterung der Regierung für Unterrichtsfreiheit nicht stark, und der gelehrte Sainte Beuve, welcher in der Senatssitzung vom 20. Mai der Wissenschaft ihr Recht wahrte, die auf unumstößlicher Beobachtung fußenden Thatsachen als Wahrheiten zu verkündigen, hat zu tauben Ohren gepredigt in einer Versammlung, welche die Lehrsätze des Syllabus für bequemer findet als die Konsequenzen der Wissenschaft.

Nur in einem Punkte zeigte sich die Regierung an der Spitze des Fortschritts und im Einklang mit dem Interesse des Landes. Sie war es, welche bei den Angriffen, die der englisch-französische Handelsvertrag trotz seiner günstigen Ergebnisse, trotz der ungeheuren Zunahme der Ausfuhr französischer Handelsartikel, im gesetzgebenden Körper erfuhr, auf Seite des Freihandelssystems stand und dieses durch Rouher und den Handelsminister Forcade la Roquette vertheidigte. Der alte Thiers, welcher in volkswirthschaftlichen Sachen eine ähnliche Rolle spielt wie der württembergische Abgeordnete Mohl und da den Ruin sieht, wo andere eine gute Ernte hoffen, kämpfte als Schutzzöllner vergebens gegen die Zahlen an, welche das Verhältniß von Ausfuhr zur Einfuhr so günstig darstellten. Der Handelsminister mußte ihm freilich zugeben, daß die französische Industrie in den letzten Jahren theilweise gelitten habe und seit zwei Jahren eine allgemeine Stockung eingetreten sei. Mit Recht aber sagte er, die Ursache dieser Er-

Digitized by Google

scheinung sei nicht in der Handelsfreiheit, sondern in der politischen Lage Europa's zu suchen. Dies gab dem Abgeordneten Ollivier Gelegenheit, in seiner Rede vom 15. Mai die wirthschaftliche Frage in das politische Gebiet hinüberzuspielen. „Was ich der Regierung vorwerfe," sagte er, „das ist, nicht begriffen zu haben, daß die nothwendige Folge der Handelsfreiheit das Bedürfniß des Friedens sein mußte. Anstatt mit Entschiedenheit diese Lage anzunehmen, und dies ist gerade die berechtigte Beschwerde der Industrie, anstatt den größten Theil der Ressourcen des Budgets zur Entwicklung der inneren Wohlfahrt zu verwenden, anstatt eine Politik des Friedens und der Entwaffnung zu ergreifen, verfolgt die Regierung eine Politik, die nicht der Krieg, die aber auch nicht der Friede ist. Es gibt nur zwei Wege, aus dieser Lage herauszukommen. Der erste ist der Krieg. Viele Leute glauben, der Krieg sei nothwendig, es sei eine Ehrensache zwischen Frankreich und Deutschland zu erledigen. Dies wird gesagt, geschrieben und verbreitet. Aber meiner Ansicht nach wäre der Krieg ein Unglück. Ich spreche nicht im Namen der Brüderlichkeit, im Namen der Gefühle, welche mit der Politik nichts zu schaffen haben; ich spreche im Namen der Interessen. Die Erfahrung hat jenes Wort Montesquieu's bestätigt: „Die Männer des Krieges sind es, die Europa ruiniren werden." Der Krieg hat niemals irgend etwas gethan, nie eine Frage gelöst. Vergeblich würdet ihr siegreich sein, vergebens hättet ihr Deutschland zurückgedrängt, den Rhein erobert. Nach dem Siege würdet ihr weniger leicht entwaffnen können als vor dem Kriege. Ihr würdet noch genöthigt sein, eure Armeen zu vergrößern, und das Mißbehagen der Welt würde nicht aufhören. Der Krieg ist somit meiner Ansicht nach eine unpraktische, verderbliche Lösung, ein tastender Ausweg. Die wahre Lösung ist der Friede, aber der Friede mit der Entwaffnung, der Friede mit der Freiheit, ohne welche der Friede weder glorreich noch sicher ist.

Ollivier hat das Richtige gesagt und angedeutet. Gegen eine Handelsstockung, wie sie seit zwei Jahren herrscht, helfen Handelsverträge gar wenig. Sie können lindern, nicht heilen. Die Krankheit besteht lediglich in der Furcht, die Regierung möchte sich, mit Hintansetzung der volkswirthschaftlichen Interessen, aus Eifersucht auf Preußens Erfolge, zu einem Kriege hinreißen lassen, welcher, die politische und finanzielle Wohlfahrt des Landes, vielleicht seine In-

Digitized by Google

tegrität auf's Spiel setzt und den Staat neuen Umwälzungen preisgibt. Diese Furcht wird dem Lande schwerlich benommen, so lange seine Politik von der Willkür eines Mannes abhängt, welcher seit dem Staatsstreich unbeschränkt über dasselbe herrscht und als das erste Gebot seiner Politik das Interesse seiner Familie ansieht. Daher geht auch das Streben aller aufgeklärten Politiker in Frankreich darauf aus, die Allmacht des persönlichen Regiments zu untergraben und der Nation die Selbstbestimmung über ihre wichtigsten Angelegenheiten wieder zu gewinnen. Ein solcher Kampf erscheint freilich hoffnungslos, so lange dieses persönliche Regiment die Armeen auf seiner Seite hat und nicht, falls es in einen auswärtigen Krieg sich stürzen sollte, ein zweites Waterloo erhält.

Was in Frankreich ohne eine gewaltsame Erschütterung nicht zu erringen ist, war in Oestreich, freilich eben nach einer solchen, vollendete Thatsache. Der absolute Kaiserstaat an der Donau war in das konstitutionelle Fahrwasser eingelaufen. Was Solferino nicht hatte bewirken können, hatte Königgrätz vermocht. Eine Verzichtleistung auf die Gestaltung Deutschlands und auf die wirksame Bekämpfung Preußens durch die Bundesgenossenschaft der deutschen Mittel- und Kleinstaaten war ein anderes Ding als das Aufgeben der italienischen Stellung. Der Schlag von 1866 war von der Art, daß er nur durch radikale Mittel geheilt werden konnte; das bisherige Pflastern hatte sich als nutzlos erwiesen. Hatte die Regierung nicht den Willen und den Muth zu solchen Mitteln, so war das Auseinanderfallen der Monarchie nur noch eine Frage der Zeit. Eine solche Aussicht war doch gar zu ungemüthlich. Noch einmal wurden alle Segel ausgespannt, noch einmal das Schiff flott gemacht, Kapitän und Steuermann gewechselt.

Die Bedingungen, unter welchen Oestreich eine hoffnungsreiche Fahrt in die Zukunft antreten konnte, waren der Ausgleich mit Ungarn, die Herstellung des Konstitutionalismus in Cisleithanien, den deutschslavischen Provinzen, die Vernichtung oder wenigstens Unschädlichmachung des Konkordats und die Regelung seiner Finanzen. Die erste jener Bedingungen war schon im Jahre 1867 erfüllt: Ungarn erhielt seine Verfassung und sein eigenes Ministerium, die Krönung zu Ofen gieng vor sich. Auch der zweite Punkt war erledigt: die Februarverfassung wurde revidirt und die neuen Staatsgrundgesetze am 31. December 1867 veröffentlicht.

Digitized by Google

Durch sie wurden die wichtigsten Rechte und Freiheiten dem Volk und seinen Vertretern gewährleistet: Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, Zugänglichkeit aller öffentlichen Aemter für die Befähigten, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, volle Glaubens- und Gewissensfreihet, Freiheit der Wissenschaft, unbeschränktes Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht der Volksvertretung u. s. w. Wie für die östliche Reichshälfte, so wurde auch für die westliche, für Cisleithanien, am 30. December ein verantwortliches Ministerium ernannt, welches die hervorragendsten Namen des Abgeordnetenhauses in sich schloß. Ministerpräsident ward Fürst Carlos Auersperg, Vicepräsident und zugleich Minister der Landesvertheidigung und Landespolizei Graf Taaffe; das Innere übernahm Dr. Giskra, die Justiz Dr. Herbst, die Finanzen Dr. Brestel, den Kultus und Unterricht Dr. Hasner, den Handel Plener, das Ackerbauwesen Graf Potocki, Minister ohne Portefeuille ward Dr. Berger. Dieses „Doktorenministerium," welches einen so wohlthätigen Gegensatz gegen das Belcredi'sche „Dreigrafenministerium" bildet, hat mit dem „Reichsrath" (Herrenhaus und Abgeordnetenhaus) zu verhandeln, wie das unter der Präsidentschaft des Grafen Andrassy stehende ungarische Ministerium mit dem „Reichstag." Für die den beiden Reichshälften gemeinsamen Angelegenheiten hatte der Kaiser am 24. December die drei Reichsminister ernannt, den Freiherrn von Beust für die auswärtigen Angelegenheiten, Becke für die Finanzen, John für das Heerwesen. Letzterer, welcher von seinem nicht durchführbaren Wehrgesetzentwurf nicht lassen wollte, schied am 19. Januar aus und erhielt den Feldmarschallieutenant Kuhn zum Nachfolger. Die Reichsminister haben mit den vom Reichsrath und Reichstag zu wählenden Delegationen von je 60 Mitgliedern die gemeinsamen Angelegenheiten abzumachen. Diese Delegationen sollten sich abwechselnd in Wien und Ofen versammeln. Daß die Ungarn gemeinsame Angelegenheiten und in Folge dessen die Delegationen annahmen, hatte man den Bemühungen der bei dem Ausgleich hauptsächlich betheiligten Deakpartei zu verdanken. Die Linke in Ungarn macht kein Hehl daraus, daß sie diese Gemeinsamkeit von sich wälzen und die reine Personalunion einführen möchte.

Diese sehr verwickelte Verfassungsmaschine trat mit dem Jahre 1868 in Thätigkeit. Es erfordert viel Patriotismus und staatsmännischen Geist, wenn die geregelte Thätigkeit derselben erhalten

Digitized by Google

bleiben soll. Denn wenn auch nur eines der vielen Glieder seinen Dienst nicht mehr thut, so macht sich die Disharmonie des Ganzen fühlbarer als vorher. Die nächste wichtige Aufgabe für Cisleithanien lag auf konfessionellem Gebiet. Durch die Sanktionirung der Staatsgrundgesetze war eigentlich das Konkordat schon umgestoßen. Es kam darauf an, die speziellen Konsequenzen aus denselben zu ziehen. Verhandlungen mit Rom, das konnte man sich zum voraus sagen, führten zu keinem Ziele. Auf den Antrag des Abgeordneten Herbst hatte daher der Reichstag einen „konfessionellen Ausschuß" niedergesetzt, welcher die für ein gesundes Staatsleben nothwendigsten Bestimmungen feststellen sollte, um das Konkordat, dessen Aufhebung von Rom nicht zu erlangen war, von Staatswegen vorerst in seinen entscheidenden Punkten aufzuheben. Drei Gesetzentwürfe wurden von dem Ausschuß ausgearbeitet, welche die Ehe, die Schule und die interkonfessionellen Verhältnisse zum Gegenstand hatten. Durch das neue Ehegesetz sollte das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuchs wiederhergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den Geistlichen abgenommen und den weltlichen Gerichten zurückgegeben und die fakultative Civilehe eingeführt werden; das Schulgesetz entzog die Leitung des Unterrichtswesens der Geistlichkeit (mit Ausnahme des Religionsunterrichts) und übergab sie dem Staate; das interkonfessionelle Gesetz sollte das Religionsbekenntniß der Kinder bei gemischten Ehen, den Uebertritt zu einer andern Konfession, die Funktionen des Seelsorgers und der Kirchenangehörigen, ihre Beiträge und Leistungen, die Art und Weise der Begräbnisse, sowie die Observanzen bei Feier- und Festtagen regeln. Dies waren gerade die drei Punkte, von welchen der innere Friede und die geistige Zukunft Oestreichs abhieng.

Die zwei ersten Gesetze waren schon im Jahre 1867 vom Abgeordnetenhaus mit großer Majorität angenommen. Im April 1868 wurde auch das interkonfessionelle Gesetz von demselben genehmigt. Es fragte sich nun, was das Herrenhaus dazu sage. Hier sitzen die Bischöfe und viele andere vornehme Herren, die nur mit ihrem Pedal im 19. Jahrhundert stehen, mit ihren hochwürdigen und hochwohlgeborenen Häuptern dagegen in die Zeit der Innocense hineinreichen. Die Generaldebatte dauerte drei Tage, vom 19. bis 21. März. Die Majorität der Kommission beantragte Annahme des Gesetzentwurfs, die Minorität Verwerfung, Graf Mens-

Digitized by Google

dorff die Vertagung der Berathung bis zur Austragung der mit dem päpstlichen Stuhle schwebenden Verhandlungen. Thatsächlich kam dieser Antrag dem Verwerfungsantrag gleich. Der Unterrichtsminister Hasner erklärte, die Regierung stehe auf dem Standpunkt des Majoritätsvotums; sie sei josephinisch und betrachte das vorliegende Gesetz als eine unabweisbare Nothwendigkeit; das Konkordat sei in allen Staatszweigen ein Hinderniß. Der Justizminister Herbst wies den Zusammenhang dieses Gesetzes mit den bereits sanktionirten Staatsgrundgesetzen nach, sprach dem Konkordat den Charakter eines völkerrechtlichen Vertrags ab und versicherte, daß ein Ministerium, welches dieses nicht abzuschaffen vermöge, auch keine konstitutionellen Grundsätze durchzuführen im Stande sei. Graf Anton Auersperg (der Dichter Anastasius Grün) nannte das Konkordat ein geschriebenes Canossa und charakterisirte die zwei letzten Jahrzehnte mit scharfen Zügen: „Nach meiner Meinung leben wir seit den Jahren 1848 und 1849 prinzipiell in einem konstitutionellen Staate. Das damalige parlamentarische Leben ist nur unterbrochen worden durch das bekannte Jahrzehnt von 1851—1861. Der Abschluß dieser Periode heißt Solferino. Und wieder ist, um den ererbten Uebelständen ein Ende zu machen, mit dem 1. Januar des Jahres 1861 das parlamentarische Leben in Oestreich feierlichst inaugurirt worden. Allein es wurde nach Verlauf weniger Jahre und ohne irgend einen Anlaß septembrisirt durch die Sistirungs-Männer. Der Abschluß dieser Periode heißt Königgrätz. Wir sind nun neuerdings in einer mit Hoffnung begrüßten Zeit des wiedererwachten Verfassungslebens. Man sieht aus den angeführten Beispielen, daß jeder Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des östreichischen Volkes sich in furchtbarer Steigerung gerächt hat. Sollte das jetzige parlamentarische und konstitutionelle Leben wieder eine neue Unterbrechung erfahren, sollten Staatsmänner, die in den früheren Unglücksperioden das Staatsruder führten, nochmals den Muth haben, das Wagniß zu bestehen und in diese Rechte hemmend und beschränkend einzugreifen, dann würde der Abschluß dieser Periode voraussichtlich wohl einen Namen haben, den auszusprechen meine Seele schaudert."

Die Reden der klerikalen Gegner waren höchst unbedeutend. Kardinal Schwarzenberg und Professor Arndts forderten das Herrenhaus auf, sich um den Kaiser zu scharen und eine Mauer um ihn

Digitized by Google

zu bilden, um die Zumuthung eines Vertragsbruches von ihm abzuwehren. Aber auch diese unparlamentarische Hereinziehung der Person des Kaisers in die Debatte half nichts. Der Mensdorff'sche Vertagungsantrag wurde bei der Abstimmung am 21. März mit 65 gegen 43 Stimmen, der Minoritätsantrag mit 69 gegen 34 abgelehnt und beschlossen, sofort auf die Specialdebatte einzugehen. Da Kardinal Rauscher nebst 13 Bischöfen in einer Zuschrift an den Präsidenten erklärte, daß sie sich an den weiteren Verhandlungen der dem Konkordat offenbar widerstreitenden Gesetzentwürfe über Ehe und Schule nicht betheiligen könnten und die Mitglieder der feudalen Partei theils gleichfalls nicht erschienen, theils mit orientalischem Fatalismus das Unvermeidliche über sich ergehen ließen, so wurde der Gesetzentwurf am 23. März ohne wesentliche Diskussionen angenommen.

Die Klerikalen hatten immer behauptet, daß die Masse des Volkes am Konkordat festhalte. Am Abend des 21. März, am Schluß der Generaldebatte, durch deren Resultat die Prinzipienfrage schon zur Entscheidung gebracht, der Entwurf grundsätzlich schon angenommen war, hatten sie schwerlich den Muth, ihre Behauptung aufrecht zu halten. Denn nach dem Schluß der Sitzung zeigte die Bevölkerung von Wien, welche seit drei Tagen in namenloser Aufregung und Spannung gewesen war, für diejenigen Männer, welche das Konkordat am entschiedensten bekämpft hatten, für Auersperg, Hasner, Giskra, eine solche Begeisterung, welche den Ministern ein glänzendes Zeugniß dafür war, daß sie den vom Volke gewünschten Weg wandeln. Die ganze Stadt wurde freiwillig illuminirt, den Ministern ein Hoch ausgebracht, und in den nächsten Tagen trafen von allen Seiten Meldungen über gleiche Freudendemonstrationen in den Provinzen und Zustimmungsadressen an das Herrenhaus ein. „Die Geisterbastille Oestreichs ist erstürmt," rief ein geistvoller Mann aus. Der Kaiser konnte nun sehen, welche Partei das Volk hinter sich habe.

Auch nach anderen Seiten hin giengen die Minister angriffsweise vor. Auf dem Verordnungswege wurde manches weggeräumt, was seit Jahrzehnten Oestreich fast auf die gleiche Linie mit Spanien gestellt hat. Ein Erlaß des Ministers des Innern, Dr. Giskra, vom 20. Februar an die Statthalter von Oberöstreich und Steiermark machte auf die Agitationen der Geistlichkeit gegen die Staats-

Digitized by Google

grundgesetze aufmerksam und beauftragte die Statthalter, den Klerus vor solchen Umtrieben zu warnen und den Bischöfen mitzutheilen, daß die Regierung die Friedensstörer den Gesetzen überweisen werde. Auch ließ er alle Beamte auf die Verfassung beeidigen und ersetzte den ultramontanen Statthalter Toggenburg von Tirol durch den ehemaligen Minister von Lasser. Der Kultusminister Hasner hob die Jesuitengymnasien zu Feldkirch, Ragusa und Freinberg auf, gestattete der Stadt Wien die Errichtung eines Pädagogiums, erklärte die Erziehungsreserve bei der Schließung gemischter Ehen für ungiltig, gestattete die unbeschränkte Errichtung von Privatschulen, sobald nur der Unternehmer seine Tauglichkeit hiezu nachgewiesen hatte, und hob die katholische Zwangstaufe in allen öffentlichen Anstalten auf.

Am 31. März wurde von dem Herrenhaus auch der Entwurf des neuen Schulgesetzes genehmigt, welches der Kultusminister als die „einfache Negation der Omnipotenz der Kirche auf dem Gebiete des Unterrichtswesens" bezeichnete. Bei der Vertheidigung des Entwurfs sagte Professor Rokitansky: „Wer wollte leugnen, daß unsere realistische Civilisation ihre Mängel habe? Die Rücksichtslosigkeit in der Konkurrenz, die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen, der Hochmuth und die Eitelkeit, die namentlich seit der konkordatlichen Zeit so liebevoll gepflegte Heuchelei! Hier hätte die Kirche manches durch Milde zu bessern. Dies wäre ein angemessener und dankenswerther Wirkungskreis für dieselbe. Es hat ihr aber seit jeher mehr beliebt, den geistigen Fortschritten, namentlich der empirischen Forschung und der exakten Wissenschaften, und ihren unerbittlichen Folgerungen, theils stetig theils in periodischen Ausbrüchen von Entrüstung entgegenzutreten. Ich frage, was wir denn eigentlich lehren und lernen sollen, damit wir unsren unveräußerlichen Drang nach Wissen befriedigen können? Man erlaubt uns, zu lesen, um die Bibel nicht lesen zu dürfen, zu rechnen, bis zur Zinsenrechnung allenfalls, zu studiren eine geistlose Grammatik, eine parteiisch geschriebene Geschichte, eine Philosophie, die von Dogmen ausgeht, um wieder zu Dogmen zu gelangen. Die Stellung, welche die Kirche gegenüber der freien Forschung und Lehre, namentlich auf realistischem Gebiet, einnimmt, ist in der Befürchtung begründet, daß dadurch der dogmatische Glaube beeinträchtigt werden könnte. In der That, wenn man näher zusieht, ist die Befürchtung nicht

Digitized by Google

unbegründet. Die Kirche ist bereits in manches Gedränge mit der Wissenschaft gerathen und wird es noch, wenn sie noch weitere Entdeckungen auf dogmatischem Gebiete machen und die Anerkennung derselben dem Verstande der Generation zumuthen wollte."

Als am 14. Mai auch das interkonfessionelle Gesetz vom Herrenhaus genehmigt wurde, mußte es sich zeigen, ob diejenigen Recht hatten, welche behaupteten, das Ministerium sei unmächtig gegenüber der widerstrebenden klerikalen und Hofpartei, der ganze Kampf gegen das Konkordat sei eine parlamentarische Spiegelfechterei, der Kaiser werde niemals diese das Konkordat durchbrechenden Gesetze sanktioniren, ihre Durchführung werde sich als eine Unmöglichkeit erweisen. Der Kaiser nahm sich keine lange Bedenkzeit. Schon am 25. Mai fiel die Entscheidung. Der Kaiser hielt eine Ansprache an den Ministerrath und hob darin hervor, wie seine Dynastie immer eine Beschützerin der katholischen Kirche gewesen sei, wie es auch sein fester Wille sei, die Kirche in ihrer Freiheit zu schützen, wie er aber die Wünsche der Bevölkerung nicht unerfüllt lassen könne. Darauf unterschrieb er nach einander die drei Gesetze und legte die Feder hin mit den Worten: „Es ist der schwerste Augenblick meines Lebens." Wenn der Kaiser diese Worte gesprochen hat und sie der Ausdruck seiner tiefsten Ueberzeugung sind, so ist daraus ersichtlich, mit welch starken Banden er an diese katholische Kirche gebunden war. Denn man hätte meinen sollen, die Unterzeichnung der Nikolsburger Präliminarien, welche den vollständigen Rückzug Oestreichs aus Deutschland und die Hingabe des letzteren an Preußen bedeutete, sei ein noch weit schwererer Akt gewesen. Mit dieser Unterschrift gab er ein unermeßliches Terrain verloren, mit der Unterzeichnung der drei Gesetzentwürfe aber gewann er unendlich viel. Erst jetzt war er das alleinige Oberhaupt seines Staates; bisher hatte er diese Würde mit dem Papste zu theilen gehabt.

Das Reichsgesetzblatt vom 26. Mai veröffentlichte die drei mit der kaiserlichen Sanktion versehenen konfessionellen Gesetze und zerstreute dadurch alle Besorgnisse der letzten Tage. Durch ein merkwürdiges Spiel des Zufalls fand am nämlichen Tage das Leichenbegängniß Dr. Mühlfeld's statt, welcher im Jahre 1862 durch sein Religionsedikt den ersten Anstoß zur Revision des Konkordats gegeben und seitdem mit unermüdlichem Eifer für die Befreiung des

Digitized by Google

Staates von den klerikalen Fesseln gekämpft hat. An den Kämpfen des Abgeordnetenhauses im Jahre 1867 hatte er den entschiedensten Antheil genommen und mit beredten Worten nachgewiesen, daß, wenn Oestreich aus einem absoluten Staat in einen verfassungsmäßigen Rechtsstaat verwandelt werden sollte, das Konkordat zu allererst zu beseitigen sei. Diese Bedeutung des Mannes machte sein Leichenbegängniß zu einer öffentlichen Feier.

Anders sah man die Sache in Rom an. Die Unterhandlungen, welche der kaiserliche Bevollmächtigte Crivelli im December 1867 hatte eröffnen sollen, hatten nicht zu dem geringsten Resultat geführt. Seine Wahl war eine ganz verfehlte. Er als ein Freund des Konkordats sollte die Kurie von der Verderblichkeit desselben überzeugen. Mit dem Beginn seines Debüt beeilte er sich so wenig, daß volle sechs Wochen nach seiner Ankunft noch nicht einmal seine feierliche Auffahrt im Vatikan berichtet werden konnte. Sein rascher Tod befreite die Regierung von der Verlegenheit, ihn abzuberufen und damit ihren eigenen Mißgriff einzugestehen. Wenige Wochen vorher hatte er die Antwort des Papstes auf die Vorschläge der östreichischen Regierung zur Revision des Konkordats eingeschickt. Sie traf am 27. März in Wien ein und lautete, wie man sich denken konnte, in allen Punkten ablehnend. Auch sprach man von einem eigenhändigen Schreiben, das der Papst in jener Zeit an Kaiser Franz Josef gerichtet habe. Dieser sandte, nachdem das Herrenhaus den Gesetzentwürfen zugestimmt hatte, den Erzbischof Haynald nach Rom, um dem Papste die politisch-religiösen Verhältnisse des neuen Oestreichs zu schildern und ihm die Mittheilung zu machen, daß der Kaiser, wenn er nicht die größten Gefahren über seine Dynastie und die Kirche heraufbeschwören wolle, nicht anders könne als die drei Entwürfe unterzeichnen. Nachdem die Sanktion erfolgt war, schickte der Kaiser den Baron Meysenburg als vertraulichen Gesandten ab. Dieser hatte am 1. Juni eine Audienz beim Papste, überreichte ihm ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers, stellte ihm noch einmal die Unvereinbarkeit des Konkordats mit der neuen Verfassung vor, zeigte ihm die immer noch respektable Stellung, welche die Kirche in Oestreich einnehme, und suchte ihn von extremen Maßregeln abzuhalten.

Aber jedes Wort war hier verloren. Wie schlecht kannten diese östreichischen Diplomaten dieses starrköpfige Rom, wenn sie mein-

Digitized by Google

ten, dasselbe werde auch nur die geringste Rücksicht auf Oestreich nehmen, werde auch nur ein bischen Dankbarkeit für eine Dynastie zeigen, welche die Vertheidigung Roms beinahe bis zu ihrem eigenen Sturz fortgesetzt hat. In Rom kennt man nur Rom; alles Andere kennt man entweder gar nicht oder nur als Vasall. Zwar die Protestation, welche der päpstliche Nuntius, Monsignore Falcinelli, am 2. Juni dem Reichskanzler überreichte, hatte nicht viel zu bedeuten. Man faßte sich gegenseitig sehr kurz, aber präcis. Der Nuntius sagte: „Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz den Protest zu überreichen, welchen der heilige Stuhl im Namen der Christenheit gegen die neuen Maßregeln richtet, die in Oestreich gegen die legitime Autorität der katholischen Kirche ergriffen wurden." Darauf erwiderte Freiherr von Beust: „Im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs nehme ich den Akt entgegen, den Sie mir im Namen der römischen Kurie übergeben. Ich versichere Eurer Eminenz nochmals, daß Seine Majestät der Kaiser und König in Uebereinstimmung mit seiner Regierung stets von dem Gefühle beseelt war, seine religiösen Meinungen in Einklang mit dem Willen seiner Völker zu bringen." Damit war der ganze diplomatische Akt abgespielt. Noch eine Verbeugung und man schied. Es war ein allerliebstes Geplänkel. Aber wer ein feines Gehör hatte, vernahm bereits das dumpfe Rollen der schweren Artillerie.

Da war sie schon. Nur waren es keine gezogenen Kanonen, sondern alte Kartaunen aus irgend einer Rüstkammer früherer Jahrhunderte. Am 22. Juni versammelte der Papst ein geheimes Konsistorium und hielt an dasselbe zwei Ansprachen oder Allokutionen. In der einen kündigte er die Veröffentlichung einer Bulle zur Einberufung eines allgemeinen Koncils an, welches am 8. December 1869 abgehalten werden sollte. Die andere Allokution hatte die konfessionellen Verhältnisse Oestreichs zum Gegenstand und lautete nach ihren wesentlichen Zügen folgendermaßen: „Am 21. December des vorigen Jahres wurde von der östreichischen Regierung ein wahrhaft unseliges Gesetz als Staatsgrundgesetz gegeben, das in allen Theilen des Reiches, auch den rein katholischen, volle Giltigkeit haben soll. Durch dieses Gesetz wird eine unbedingte Freiheit aller Meinungen und Preßerzeugnisse, des Glaubens, des Gewissens und der Lehre festgestellt, wird den Bürgern jedes

Digitized by Google

Kultus die Erlaubniß ertheilt, Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu errichten, werden alle wie immer gearteten Religionsgenossenschaften einander gleichgestellt und vom Staate anerkannt. Ebendieselbe Regierung erließ am 25. Mai ein Gesetz, das alle Völker jenes Reiches, auch die katholischen, verpflichtet und befiehlt: die Kinder aus gemischten Ehen folgen der Religion des Vaters, wenn sie männlich, der der Mutter, wenn sie weiblich sind; Kinder unter sieben Jahren müssen am Abfall der Eltern vom rechten Glauben theilnehmen. Durch dasselbe Gesetz wird außerdem alle verbindliche Kraft jenen Versprechungen genommen, welche die katholische Kirche mit Grund und vollstem Recht begehrt und vorschreibt, bevor eine Mischehe eingegangen wird; die Apostasie von der katholischen wie von der christlichen Religion wird zum bürgerlichen Rechte erhoben, alle Autorität der Kirche über die Friedhöfe beseitigt und den Katholiken auferlegt, auf ihren Gottesäckern die Leichen der Ketzer zu beerdigen, wenn letztere keine eigenen Friedhöfe haben. Am nämlichen Tage scheute sich dieselbe Regierung nicht, auch ein Ehegesetz zu veröffentlichen, das die durch das Konkordat erlassenen Gesetze vollständig aufhebt und die alten östreichischen Gesetze, die mit dem Kirchengesetze im schroffsten Widerspruch stehen, wieder einführt; deßgleichen wird die höchst verwerfliche sogenannte Civilehe eingeführt und für den Fall angeordnet, daß die Kirchenbehörde die Eheschließung verweigert aus einem Grunde, der von der bürgerlichen Gewalt nicht als giltig und gesetzlich anerkannt wird. Mit eben diesem Gesetze hat auch jene Regierung alle Autorität und Gerichtsbarkeit der Kirche in Ehesachen, sowie die Ehegerichte derselben aufgehoben. Ebenso hat sie ein Gesetz über die Schulen veröffentlicht, durch welches aller Einfluß der Kirche beseitigt und verfügt wird, daß die oberste Leitung des Unterrichts- und Erziehungswesens, sowie die Aufsicht und Ueberwachung der Schulen allein dem Staate zustehe und nur der Religionsunterricht in den Volksschulen den verschiedenen Kultusbehörden überlassen sei, daß weiter jede Religionsgesellschaft ohne Unterschied eigene Schulen für die Kinder ihres Glaubensbekenntnisses errichten könne, unter der Bedingung, daß auch diese Schulen der obersten Staatsaufsicht unterliegen und die Lehrbücher von den Civilbehörden geprüft werden, mit Ausnahme jener Bücher, welche dem Religionsunterricht dienen und von der Kirchenbehörde zu prüfen sind. Ihr seht mit-

Digitized by Google

hin, ehrwürdige Brüder, wie verwerflich und verdammenswerth jene von der östreichischen Regierung erlassenen abscheulichen Gesetze sind, welche die Lehre der katholischen Kirche, ihre ehrwürdigen Rechte, ihre Autorität und göttliche Konstitution, sowie die Gewalt Unserer und dieses apostolischen Stuhles, unsere Konvention, ja das Naturrecht selbst aufs höchste verletzen. Kraft Unserer apostolischen Autorität verwerfen und verdammen Wir die angeführten Gesetze im allgemeinen und im besonderen alles, was in diesen wie in anderen Dingen gegen die Rechte der Kirche von der östreichischen Regierung oder von untergeordneten Behörden verordnet, gethan oder wie immer verfügt worden ist; kraft derselben Autorität erklären Wir diese Gesetze samt ihren Folgerungen als durchaus nichtig und immerdar ungiltig. Die Urheber derselben aber, besonders die sich Katholiken zu sein rühmen, und alle, welche besagte Gesetze vorzuschlagen, zu beschließen, zu approbiren und auszuführen sich unterfiengen, ermahnen und beschwören Wir, der Censuren und gerichtlichen Strafen zu gedenken, welche nach den apostolischen Konstitutionen und den Dekreten der ökumenischen Koncilien diejenigen, welche die Rechte der Kirche verletzen, ipso facto auf sich laden. Inzwischen aber spenden Wir verdientes Lob Unsren ehrwürdigen Brüdern, den Erzbischöfen und Bischöfen Oestreichs, welche mit bischöflicher Kraft nicht abgelassen haben, in Wort und Schrift die Sache der Kirche und Unsere Uebereinkunft unerschrocken zu wahren und zu vertheidigen und die Herde an ihre Pflicht zu mahnen. Und gar sehr wünschen Wir, daß Unsere ehrwürdigen Brüder, die Erzbischöfe und Bischöfe von Ungarn, das herrliche Beispiel ihrer Amtsbrüder nachahmen und mit dem gleichen lebendigen Eifer auf die Wahrung der Rechte der Kirche und auf die Vertheidigung dieser Uebereinkunft alle Mühe verwenden mögen."

Also alles das, was die neuere Zeit in konfessionellen Dingen als das allein Richtige und Verständige ansieht, namentlich das, was eine auf dem Princip der Gerechtigkeit und der Liebe gegründete Toleranz und eine aus der ganzen wissenschaftlichen Bildung hervorgehende Humanität als das nothwendige Gebot des 19. Jahrhunderts aufstellten, sollte verdammenswerth, die darauf sich beziehenden Gesetze abscheulich und die Männer, welche an denselben arbeiteten, dem Fluch der Kirche verfallen sein! Dies war eine Sprache, wie man sie schon längst nicht mehr gehört hatte. Was

Digitized by Google

ist aber von einer Kirche zu halten, die sich in einen solchen Gegensatz zu der ganzen modernen Bildung setzt? Wie ist dieser Gegensatz zu lösen? Ist es denkbar, daß die Welt sich nach den Dogmen und Befehlen der Kirche richtet, oder andererseits diese in jene sich zu schicken versteht? Da das eine nicht denkbar und das andere nicht wahrscheinlich ist, so wird das ohnmächtige Non possumus so lange fortdauern, bis die oberste Leitung dieser Kirche in ihrer jetzigen Form eine andere wird. Denn was aus solchen Institutionen wird, welche den Geist ihrer Zeit so ganz gegen sich haben, das lehrt die Geschichte.

Die Antwort auf dieses päpstliche Aktenstück konnte der östreichischen Regierung nicht schwer fallen. Nach Inhalt und Form waren der Blößen zu viele, als daß nicht die Widerlegung sich von selbst darbot. Nur die Person, an welche das Antwortschreiben zu richten war, konnte wegen des Heiligenscheines, welcher nach alter Tradition ihr Haupt zu umfließen scheint, die Form des Schreibens etwas erschweren. Der Reichskanzler von Beust sagte in seiner Note vom 3. Juli, daß es kein Land in Europa gebe, wo die katholische Kirche noch eine so privilegirte Stellung behaupte wie in Oestreich trotz der Gesetze vom 25. Mai. Dieser Umstand hätte doch verdient, meinte er, daß man ihm Rechnung trage, und daß man nicht die kaiserliche Regierung mit derselben Verwerfung belege, womit man Regierungen belegt habe, die ganz anders mit der Kirche und der katholischen Religion in Opposition stehen. Diese Gesetze garantiren ausdrücklich der Kirche das Eigenthum der Güter, welche sie in Oestreich besitze. Der heilige Stuhl dehne seine Vorstellungen über Gegenstände aus, welche die Regierung in keiner Weise als seiner Autorität unterworfen betrachten könne. Die Bevölkerung Oestreichs werde einen Trost darin finden, sich zu erinnern, daß mehr als ein sehr katholisches Land gleichen gesetzlichen Bestimmungen gehorche und doch in Frieden mit der Kirche lebe, und daß in Europa besonders ein großes und mächtiges Reich bestehe, dessen Richtung auf den Fortschritt und die Freiheit sich immer mit einer sehr ausgesprochenen Anhänglichkeit an den katholischen Glauben verbunden habe, und welches, nach ganz ebenso verabscheuungswürdigen Gesetzen regiert, sich dennoch bis in die neueste Zeit der nachsichtigen Sympathien des heiligen Stuhles erfreut habe. Schmerzlich überrascht habe auch der Auf-

Digitized by Google

ruf an die ungarischen Bischöfe. Derselbe sei aber auch nicht im Interesse des römischen Hofes. Denn der Schein eines fremden Druckes würde bei dieser Nation einen den Wünschen des heiligen Stuhles ganz entgegengesetzten Erfolg haben, und man würde gegen den legitimen Einfluß des römischen Hofes sich einen Sturm erheben sehen, eben so stark wie der, welcher diesseits der Leitha losgebrochen sei.

Von allen Seiten liefen Kundgebungen von Gemeindevertretungen, Vereinen und Volksversammlungen gegen die päpstliche Allokution ein. Der Wiener Gemeinderath, welcher schon im vorigen Jahre eine tüchtige Gesinnung gezeigt hatte, nahm am 30. Juni einen Protest an, worin er in der Allokution eine „unberechtigte Einmischung in die Gesetzgebung und Regierung eines freien, unabhängigen, konstitutionellen Staates erkannte und mit Zuversicht erwartete, daß die Regierung diesem Uebergriffe mit der unerläßlich nöthigen Energie und allen durch Recht und Gesetz gebotenen Mitteln entschieden und thatkräftig begegne." Der Wiener Verein zur Wahrung der Volksrechte drückte sich noch schärfer aus und brachte in einer Volksversammlung am 13. Juli eine Resolution ein, welche lautete: „Das Volk hält zur Wahrung der Würde und Ehre des Staates für geboten, daß die diplomatischen Beziehungen mit Rom abgebrochen, das Konkordat für null und nichtig erklärt und alle Processe wegen Beleidigung des Papstes niedergeschlagen werden." Die feudal-klerikalen Blätter wie das „Vaterland" jubelten natürlich über eine Allokution, welche nicht bloß die konfessionellen Gesetze, sondern den ganzen Rechtsboden, auf dem das heutige Oestreich gegründet ist, verdammte, und dieses rief aus: „Null und nichtig, nichtig und null! Möget ihr es vorläufig auch nicht anerkennen, — vivant sequentes" (d. h. es lebe ein neues, feudal-klerikales Ministerium)!

Die schlimmste Folge der Allokution zeigte sich in dem Verhalten der Bischöfe. Hier mußte sich erproben, ob mit der Sanktionirung der drei konfessionellen Gesetze schon alles abgethan sei, oder ob noch weitere Breschen in das Konkordat geschossen und dieses selbst endlich abgeschafft werden solle. In der Mitte stehend zwischen dem Papst, welcher ihnen Renitenz gegen die Gesetze zur Pflicht machte, und der Staatsregierung, welche die Befolgung derselben von ihnen verlangte, konnten sie, wenn sie nicht als Re-

Digitized by Google

bellen gegen ihre Regierung auftreten wollten, nichts anderes thun als derselben gehorchen, zumal ihnen in Glaubenssachen nicht die geringste Zumuthung gemacht wurde. Es war für sie allerdings ein unangenehmer Konflikt. Derselbe hat sich aber in der Weltgeschichte, die von Anmaßungen und Friedensstörungen der Päpste so viel zu erzählen weiß, schon so oft wiederholt, daß nachgerade jeder gebildete Mensch wissen sollte, was in solchen Fällen zu thun ist. Aber mit wenigen Ausnahmen, unter welche die Handlungsweise des Erzbischofs von Görz zu rechnen ist, wußten die östreichischen Bischöfe wenig Bescheid im neuen Staatsrecht. Schon am 30. März hatten 14 Bischöfe ein gemeinschaftliches Schreiben an den Ministerpräsidenten Fürst Auersperg gerichtet, worin sie die Besorgniß ausdrückten, daß nach dem ersten Artikel des Staatsgrundgesetzes die Kirche des Rechts beraubt würde, in eigenen Angelegenheiten selbständig zu entscheiden. In seiner Antwort vom 5. April verwies sie der Minister auf die Reichsrathsverhandlungen, gieng daher auf eine Erörterung der Frage gar nicht ein und erklärte zuletzt, „so wenig die Regierung daran denke, die Grenzen der Staatsgewalt zu mißachten, so wenig könne sie die Hand dazu bieten, daß dies von anderer Seite geschehe."

Was geschah nun von dieser anderen Seite? In ihren Hirtenbriefen und Instruktionen an den Klerus hielten die Bischöfe an dem einseitig kirchlichen Standpunkt fest und behaupteten, die neuen Staatsgrundgesetze hätten das Konkordat nicht aufheben oder auch nur alteriren können; deßhalb sei jeder gute Katholik in seinem Gewissen verpflichtet, von den Ermächtigungen, welche ihm die neuen konfessionellen Gesetze verleihen, keinen Gebrauch zu machen, sondern sich nach wie vor an die Kirchenvorschriften zu halten, welche aus dem Konkordat geflossen sind. Und wie lauteten diese Instruktionen? Kardinal Rauscher, Fürst-Erzbischof von Wien, welcher nebst Thun und Bach hauptsächlich an dem Abschluß des Konkordats schuldig ist, schrieb: „Die in der Civilehe Lebenden sind öffentliche Sünder und zwar im strengsten Sinne des Wortes. Mütter, die in der Civilehe geboren haben, sind nicht gleich Ehefrauen einzusegnen. Bei Eintragung von Kindern aus solchen Verbindungen sind im Taufbuch die Rubriken „ehelich" und „unehelich" unausgefüllt zu lassen und in der Rubrik „Anmerkungen" ersichtlich zu machen, daß die Eltern in einer bloß bürgerlichen

Digitized by Google

Ehe leben. Den in der Civilehe Lebenden kann die Absolution nur dann ertheilt werden, wenn sie bereit sind, sich von dem traurigen Verhältniß loszumachen oder es in eine echte Ehe umzuwandeln. Hievon kann eine Ausnahme nicht eintreten, auch nicht bei Schwerkranken, auch nicht auf dem Todtenbette. Ist es nicht möglich, den Kranken zur Sinnesänderung zu bestimmen, und geht er in diesem Seelenzustand hinüber, so tritt die Nothwendigkeit ein, ihn ohne kirchliche Feierlichkeiten und ohne priesterliche Einsegnung zu bestatten."

Ebenso apostolisch drückte sich der Erzbischof von Olmütz, Landgraf von Fürstenberg, über das Begräbniß aus: „Sollte es sich fügen, daß ein Begräbniß auf katholischem Friedhof (abgesehen von dem Stück, welches zu diesem Zwecke abgetrennt und speciell hergerichtet ist) rücksichtlich solcher Personen gefordert würde, so wird der Pfarrer sich unter Berufung auf das Kirchengesetz bis zu Ende widersetzen, den Abschluß des Friedhofes bewerkstelligen und die Schlüssel an sich nehmen. Wäre die betreffende Leiche doch auf den katholischen Kirchhof gebracht und dieser durch das Begräbniß derselben entweiht, so wird der Klerus sich bis zu erfolgter Wiedereinweihung gänzlich fernhalten vom Kirchhof, die heiligen Gebräuche bloß in der Kirche oder im Hause des Verstorbenen vornehmen, die Leiche bloß bis zum Eingang des Friedhofs begleiten, dann mit den Kirchendienern umkehren." Der Kardinal Fürst-Erzbischof von Prag, Fürst Schwarzenberg, gieng wo möglich noch etwas weiter und sagte: „Nicht nur Civilehen, sondern auch solche Ehen sind ungiltig, die von einem Geistlichen anderer Konfession geschlossen wurden; dagegen sind Ehen, welche, trotz der ihnen nach dem bürgerlichen Gesetzbuch entgegenstehenden Hindernisse, von katholischen Geistlichen eigenmächtig abgeschlossen worden sind, giltig. Wenn die durch bürgerliche Gerichte von Tisch und Bett Geschiedenen nicht auch durch die geistlichen Gerichte geschieden sind, so können sie keine Absolution erhalten. Die in Civilehe lebenden Wöchnerinnen sind beim ersten Kirchgang als Theilhaberinnen wilder Ehen zu behandeln; solche Personen dürfen bei Taufen und Firmungen nicht Pathen sein."

Was für ein Pfuhl von Kirchentyrannei, von Pharisäismus und Roheit öffnet sich bei der Lesung dieser Instruktionen! Wie muß es um ein Volk stehen, das solche Leiter hat, und wie lange

Digitized by Google

wird es brauchen, bis die Kinder dieser Knechtschaft zu Kindern der Freiheit werden! Die Erbitterung in der Presse und in Abgeordnetenkreisen war auch ungeheuer. Jeder ehrenhafte Mensch schämte sich, daß in seinem Staate solche Menschen und eine solche Sprache möglich seien und geduldet werden. Er hätte am liebsten seiner Regierung jenes Wort Napoleons zugerufen, welcher, als König Friedrich von Württemberg über die Renitenz seiner Landstände klagte, die lakonische Antwort gab: Chassez les bougres! Die Presse äußerte: „Wenn die Regierung sich dies bieten läßt, so existirt das Wort Gesetz in Oestreich nicht mehr, und wir begreifen nicht, wie ein gewissenhafter Richter, wenn so frecher Frevel der Hochgestellten ungestraft bleibt, sodann noch irgend einen ungebildeten, mangelhaft erzogenen armen Teufel wegen einer noch so groben Gesetzesübertretung zur Strafe ziehen kann." Und ein andermal: „Das wüste Treiben der Bischöfe, als ob es gar keinen östreichischen Staat gebe, muß ein Ende nehmen, und wenn der Papst sich durch seine Allokutionen offen auf ihre Seite stellt, so hat er es nur sich selbst zuzuschreiben, wenn das Lutherfest in Worms für östreichische Völker zum Wegweiser wird, Friede und Freiheit in der „Begründung einer von Rom unabhängigen Nationalkirche zu suchen."

Im Abgeordnetenhause richtete am 17. Juni Dr. Sturm eine Interpellation an das Ministerium und fragte, „in welcher Weise die Regierung den sanktionirten konfessionellen Gesetzen Achtung und Gehorsam zu verschaffen gedenke gegenüber solchen Anfeindungen, wie sie die Instruktion des Bischofs von Brünn enthalte." Fürst Auersperg erwiderte am 24. Juni: „Die Regierung bereitet eben die nöthigen Ausführungsverordnungen vor, welche die Anordnung zur Durchführung der erwähnten Gesetze enthalten. Sollte diesen Anordnungen und Gesetzen die gebührende Achtung und allseitige Befolgung verweigert werden, so wird die Regierung überhaupt vorkehren, was geeignet und nothwendig ist, um ihnen die ungeschmälerte Geltung und Achtung zu verschaffen."

Daß die Regierung gegen die renitenten Bischöfe nicht eingeschritten ist, ist gleichwohl sehr auffallend. Denn es handelt sich hier nicht, wie von einer Seite bemerkt wurde, um „erlaubte und sehr erklärliche dogmatische Interpretationen der Gesetze", sondern um eine förmliche und direkte Aufreizung des Volkes gegen die Regierung, die um so mehr Beachtung verdient hätte, als sie von

Digitized by Google

einem Stande ausgieng, welcher den größten Einfluß auf das niedere Volk hat und diesen Einfluß so lange behaupten wird, als das Licht der neuen Aera nicht in diese unteren Schichten dringt. Nur gegen einen dieser geistlichen Herren, gegen den Bischof Rudigier von Linz, dessen Hirtenbrief der Regierung die Absicht der Entchristlichung der Jugend und der Förderung unsittlicher Verhältnisse zuschrieb, schritt das Oberlandesgericht ein und belegte das Aktenstück mit Beschlag. Als es sich dann darum handelte, daß, in Folge der Aufhebung der geistlichen Ehegerichtsbarkeit, die Eheproceßakten von den geistlichen Gerichten den weltlichen ausgeliefert werden sollten, kamen noch andere Straffälle vor. Auf das Konkordat und auf das Tridentiner Koncil sich stützend, weigerten sich mehrere Bischöfe, Folge zu leisten. Darauf erließ der Justizminister am 28. August an die Oberlandesgerichte die Weisung, die erforderlichen Zwangsmittel zu ergreifen, um in den Besitz der Akten zu gelangen, sei es, daß dieselben in Geldstrafen oder gleich in gewaltsamer Wegnahme derselben bestehen. Mit der Erklärung, daß sie nur der Gewalt weichen, gaben nun die meisten Bischöfe nach; der Erzbischof von Olmütz, welcher ein Einkommen von mindestens 200,000 fl. jährlich hat, ließ sich nach einander eine Geldstrafe von 2000, von 5000, von 10,000 fl. ansetzen und gab die Akten erst heraus, als ihm zu den ersten Strafsummen noch die von 20,000 fl. auferlegt wurde. Solche Konflikte, solche Versuche, das Ansehen der Regierung zu lähmen und jedem gemäßigten Fortschritt einen maßlosen Rückschritt entgegenzusetzen, werden fortdauern, so lange das Konkordat, wenn auch zum Theil noch, besteht und nicht förmlich aufgehoben wird. Die bedeutendsten Journale sprachen sich offen für diese Ansicht aus. Die „Neue freie Presse" sprach von der „Haltlosigkeit der Transaktion, welche die staatliche Gesetzgebung mit der Kirche dadurch geschlossen zu haben vermeinte, daß sie das unglückselige Konkordat nur stutzte, statt es zu fällen. Die Dimensionen, welche der konfessionelle Kampf in Oestreich heute zeigt, sind der Fluch der nur halb vollbrachten That; sie könnten kaum größer sein, wenn die That ganz vollzogen worden wäre." Die Regierung wird sich gewöhnen müssen, gegen renitente Bischöfe geradeso einzuschreiten, wie gegen andere renitente Christenkinder. Zwar berufen sich jene auf Artikel XIV des Konkordats, wonach ihnen das Recht der Immunität, das Recht nicht

Digitized by Google

unter der Strafgewalt des Staates zu stehen, zugesichert sei. Aber in dem Rekurs des Bischofs Rudigier von Linz an den obersten Gerichtshof entschied dieser am 20. Januar 1869 gegen den Bischof, da der angeführte Artikel durchaus keine Immunität begründe und, selbst diesen Fall angenommen, durch die Staatsgrundgesetze (Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz) aufgehoben sei.

Das Streben der östreichischen Regierung, sich von dem Gängelbande der päpstlichen Kurie möglichst loszumachen, zeigte sich auch darin, daß sich das auswärtige Amt endlich entschloß, mit diesen Erbstücken aus der alten ultramontanen Schule aufzuräumen und den Baron Meysenburg, welcher seinem Vorgänger Crivelli in römischen Sympathien und Energielosigkeit nichts nachgab, abzuberufen. Statt seiner wurde am 21. November Graf Trautmannsdorff zum Botschafter am päpstlichen Hofe ernannt, ein Mann, von welchem es hieß, daß er für die konstitutionellen Grundsätze der inneren und äußeren Politik Oestreichs mit Ueberzeugung eintreten werde. Oestreich hat es allerdings sehr nöthig, sich eine mehr nationale Diplomatie heranzuziehen. Denn was haben die Buol, die Rechberg, die Bach, die Hübner, die Metternich in dem letzten Jahrzehnt durch ihre Kurzsichtigkeit so viel von sich reden gemacht!

Nicht weniger wichtig, wenngleich weit weniger aufregend als die konfessionelle Frage war für Oestreich die Lösung der Finanzfrage. Sie vollständig zu lösen, möchte eine schwierige Kunst sein, denn man hat es hier ja mit einer chronischen Krankheit zu thun. In diesem ganzen Jahrhundert haben die Staatseinnahmen in Oestreich nur einmal, im Jahre 1816, hingereicht, um die Ausgaben zu decken. Sonst schloß man immer mit einem Deficit, das sich zwischen der Summe von 100 bis 200 Millionen Gulden bewegte. Trotz des Staatsbankerotts vom Jahre 1811 hatte man nach zwanzig Jahren schon wieder über 1000 Millionen fl. Schulden. War man einmal so weit, so wuchs die Lawine in beschleunigter Progression ins Ungeheure, und der December 1867 wies eine Schuldenlast von 3,025,315,896 fl., was eine Zinsenlast von 127,718,147 fl. ausmacht. Die indirekten Steuern wurden zu großem Theil von diesen Zinsen, die direkten von den Militärausgaben verschlungen. Wenn es in diesem Tempo fortgieng, so stand man wieder vor 1811. Und zwar lag diese Last,

Digitized by Google

da die Ungarn bei dem Ausgleich nur 30 Procent der gemeinsamen Reichslasten übernahmen, größtentheils auf den Schultern Cisleithaniens. Dazu waren noch bedeutende Staatsausgaben in Aussicht: die Kriegsstärke der Armee sollte auf 800,000 Mann gebracht, die ganze Armee mit Hinterladern versehen und kostspielige Festungsbauten vorgenommen werden. Man sprach daher schon lange in und außerhalb Oestreich von der Nothwendigkeit eingreifender Finanzmaßregeln, unter welchen auch die eines neuen Bankerotts in Vorschlag kam. Im Abgeordnetenhaus, wo es derjenigen Partei, aus welcher das Ministerium hervorgegangen war, an dem rechten Zusammenhang und der nöthigen Fühlung mit letzterem fehlte, (woran übrigens die Minister selbst schuld zu sein schienen), war man entschlossen, mit der modernen Lastenerleichterung oder Seisachtheia, wie sie der Athener Solon nannte, viel radikaler vorzugehen als das Ministerium. Es war offen von Verwerfung der Regierungsvorlagen die Rede. Dafür wirkte hauptsächlich der Abgeordnete Skene, ein durch Armeelieferungen reich gewordener Spekulant, welcher den Staatsbankerott für ein sehr reelles Geschäft und für das beste Mittel hielt, um den östreichischen Finanzen gründlich aufzuhelfen.

Die Minister merkten endlich, welche Gefahr drohe, und begaben sich in den Klub der Linken, dessen Mitglieder sie als Abgeordnete immer noch waren. Hier erklärten sie mit aller Entschiedenheit, daß sie niemals auf den Bankerott eingehen, daß sie, falls die Majorität des Abgeordnetenhauses diesen Weg zur Heilung der Finanzen Oestreichs einschlagen wolle, von ihrem Posten abtreten werden. Damit sei der Reaktion Thür und Thor geöffnet und der Weg ins Ministerium auf's neue gebahnt. Dies war nichts weniger als ein bloßer Schreckschuß. Die feudal-klerikale Partei hatte für diesen Fall, wie schon während der Ehegesetzdebatte im Herrenhause, ihr Ministerium schon ganz hübsch beisammen. Namen wie: Thun, Blome, Clam-Martinitz, Windischgrätz, Schwarzenberg, waren stets bereit, den Staatswagen in der Weise eines Phaeton zu lenken, ohne übrigens auf das Schicksal dieses mythologischen Jünglings Ansprüche zu machen. Eine solche Aussicht veränderte die Stimmung in diesem Kreise von Abgeordneten gewaltig; von Ablehnung der Regierungsvorlagen war keine Rede mehr, höchstens von Amendements, gegen die allenfalls der Finanzminister nichts einzuwenden hatte.

Digitized by Google

Die Finanzdebatte dauerte im Abgeordnetenhause vom 3. bis 6. Juni. Die Majorität des Budgetausschusses beantragte unter Skene's Führung die zwangsweise Reduktion der Zinsen sämtlicher Staatsschulden auf vier Procent und eine Couponsteuer von 25 Procent. Die Minister Berger und Brestel traten diesem Antrag entschieden entgegen und vertheidigten ihre Vorlagen, wonach durch eine geringere Couponsteuer, durch eine Erhöhung der Gewerbe- und Einkommensteuer, durch den Erlös aus Staatsgütern u. s. w. das 50 bis 60 Millionen betragende Deficit des Jahres gedeckt werden werde. Für die nächste Session des Reichsraths versprach Brestel die Vorlage eines definitiven Steuerreformprojekts. Noch am letzten Tage, am 6. Juni, erhob sich der Ministerpräsident Fürst Auersperg, appellirte an den Patriotismus des Hauses, welches die Ehre des ganzen Staates zu vertreten habe, und erklärte, daß die Annahme der Majoritätsanträge den Rücktritt des Ministeriums zur Folge haben werde. Dies entschied. Diese Anträge wurden mit 113 gegen 46 Stimmen abgelehnt und der verbesserte Minoritätsantrag, dem sich die Regierung anschloß, mit großer Majorität in folgender Fassung angenommen: „Sämtliche Gattungen der fundirten allgemeinen Staatsschuld, ausgenommen die Lose von 1854 und 1860 und das Steueranlehen von 1864, werden in fünfprocentige einheitliche Schuld umgewandelt, die mit einer 16procentigen Steuer, welche nicht erhöht werden kann, belastet wird."

Das Schlimmste, der finanzielle und politische Ruin, war abgewandt. Daß aber auch dieser Beschluß, welcher den Staatsgläubigern eine immerhin namhafte Steuer auferlegte, besonders im Ausland, nicht gefiel, lag auf der Hand. Unter den verschiedenen Protesten, welche einliefen, ist der von 48 der angesehensten Cityfirmen Londons bemerkenswerth. Dieselben überreichten am 14. Mai dem östreichischen Botschafter Grafen Apponyi eine Vorstellung gegen die Zinsabschnittbesteuerung der auswärtigen Besitzer östreichischer Staatspapiere und bemerkten darin, daß diese Maßregel den Kredit Oestreichs an den europäischen Börsen sehr schädigen werde. Auf dies hin schickte Freiherr von Beust eine vom 8. Juni datirte Depesche an den Botschafter, welcher sie Lord Stanley vorlegte. Darin sagte er im wesentlichen, die Staatsgläubiger hätten sich indessen bei ihren hohen Zinsen gar nicht übel befunden und würden sich bei genauerer Erwägung der Verhältnisse gewiß nicht abgeneigt

Digitized by Google

zeigen, mit einem kleinen Opfer bei der Aufrechthaltung des Staates mitzuhelfen, statt denselben durch Erzwingung ihres Rechtes zu Grunde zu richten. „Jedermann weiß, daß der Zinsfuß nothwendigerweise jeder Zeit im umgekehrten Verhältniß zur Sicherheit des Kapitals steht, und so wußte jeder, der uns sein Geld anvertraute, von vorn herein, daß er bei einem Zinsenertrag von 7, 8 oder 9 Procent sein Kapital gewissen Chancen aussetzte, die er hätte vermeiden können, wenn er sich mit drei Procent von englischen Consols hätte begnügen wollen." Diese ironisch klingende Antwort konnte an das Billigkeitsgefühl der Gläubiger appelliren, aber nie eine rechtliche Geltung beanspruchen. Denn diese Maßregel, so nothwendig sie auch im Interesse des Staates sein mochte, war doch immerhin ein Staatsstreich. Wollte man einmal einen solchen machen, so konnte man ja auch die vielen Millionen, welche sich in todter Hand befinden, flüssig machen und so die Wirkungen des Staatsstreichs lokalisiren. Zwar waren der todten Hand ihre Besitzthümer neuerlich garantirt; aber die Inhaber achtprocentiger Obligationen waren nicht minder berechtigt, ihre volle 8 Procent ohne irgend welchen Abzug zu verlangen. Auch die Geistlichkeit hat sich indessen bei ihren hohen Einkünften gar nicht übel befunden und war gewiß nicht abgeneigt, zur Aufrechthaltung des Staates ein Opfer zu bringen, statt durch Vorenthaltung des Opfers den Staat und sich selbst zu Grunde zu richten. Und mußte sie sich nicht selbst sagen, daß die Ausdehnung ihrer Güter im umgekehrten Verhältniß zu deren Sicherheit stehe, daß ein Erzbischof von Olmütz sein Einkommen eher über unruhige Zeiten hinüberbringe, wenn er statt mit 200,000 fl., sich mit 10,000 fl. hätte begnügen wollen? Ein Blick auf die gewaltsamen Operationen, welche mit den Gütern der todten Hand in früherer und neuerer Zeit in Frankreich, in Italien und Spanien vorgenommen wurden, wird die Richtigkeit dieses Rechenexempels darthun. Ob der von der Regierung eingeschlagene Weg der richtige war, um das Gleichgewicht in den Finanzen herzustellen, und zwar nicht bloß für ein Jahr, sondern dauernd, oder ob dies bloß ein Vorspiel war und weit drastischere Mittel folgen werden, muß die nächste Zukunft zeigen.

Dieses drastische Mittel der Einziehung der Kirchengüter hatte Italien im Jahre 1867 versucht. Wenn trotzdem seine Finanzen nicht besser als die östreichischen standen, so waren andere Gründe

Digitized by Google

maßgebend. Die Liebhaberei des Königs für das Militär, dessen Stärke in keinem Verhältniß zu den Kräften des Landes steht, die Korruption der Beamten, welche Staats- und Privatkasse so gerne verwechseln, die Energielosigkeit des Gewerbes und der Industrie, welche hinter denjenigen Deutschlands und Frankreichs sehr zurückstehen, der Unfug im Parlament, wo man immer nur große Politik treibt und die Beschäftigung mit den materiellen Fragen für gar zu kleinlich hält: dies sind Schäden, welche einer kräftigen Aufraffung des Staates sich fortwährend hemmend in den Weg werfen. Fast alle italienischen Blätter betrachteten das Jahr 1867 für ein verlorenes Jahr und seufzten über die Hinterlassenschaft desselben, die Wiederbesetzung Roms durch die Franzosen und das Niemals des Ministers Rouher. „Ruhe und Eintracht" glaubte der König beim Neujahrsempfang dem Senat und der Abgeordnetenkammer anempfehlen zu müssen. Er hatte damit einen wunden Fleck berührt. Die Zerklüftung, die Schroffheit und das Gezänke der Parteien gieng in's Endlose; das Vaterland und dessen Wohl gieng in einem haltlosen Coteriewesen unter. Eine starke Regierung war unter solchen Verhältnissen eine Unmöglichkeit. Nur in einem Punkte schienen alle Parteien einig zu sein: in der Beanspruchung Roms und im Hasse gegen Frankreich. So viel man auch in Italien von einer nahen Verständigung mit Frankreich, von einer neuen Konvention zu reden wußte, so sprachen doch alle Thatsachen gegen die Verwirklichung dieses Lieblingswunsches. In Rom und in Civitavecchia wurden von den Franzosen bedeutende Befestigungsarbeiten vorgenommen, ungeheures Kriegsmaterial aufgespeichert, und als der italienische Gesandte in Paris, Ritter Nigra, am 24. Januar und am 28. Oktober dem Minister Moustier eine Depesche seiner Regierung vorlas, worin der Abzug der französischen Truppen aus Rom und dem Kirchenstaat oder wenigstens die Angabe eines bestimmten Termins für denselben gefordert war, so erhielt seine Regierung durch die Depesche vom 19. März und vom 31. Oktober eine sehr höfliche, aber nicht minder entschieden ablehnende Antwort. So lange diese französische Occupation dauert, ist Italien keine Großmacht, sondern nur ein Staat zweiten Ranges; wäre es ein solcher nicht, so müßte es um Roms willen, das einen Pfahl in seinem Fleische bildet, Frankreich den Krieg erklären, geradeso wie die Union dem

Digitized by Google

Kaiser Napoleon bedeutete, daß ein fremder Thron in Mexiko mit ihrer Ehre sich nicht vertrage.

Das Deficit vom Jahre 1866 bis 1868 betrug 630 Millionen Franks, und für das Jahr 1869 war ein Deficit von 240 Millionen in Aussicht genommen. Zwar konnte der Verkauf der Kirchengüter, deren Werth noch auf 1200 Millionen geschätzt wurde, im Laufe der nächsten Jahre noch manches decken. Dennoch sah sich der Finanzminister Cambray-Digny genöthigt, die Wiedereinführung der verhaßten Mahlsteuer zu beantragen, von welcher man sich eine Einnahme von etwa 70 Millionen versprach. Dieselbe wurde von der Abgeordnetenkammer am 21. Mai mit 219 gegen 152 Stimmen angenommen. Sie sollte am 1. Januar 1869 eingeführt werden. Die Regierung war aber ungeschickt genug, bis dahin ihre Controleanstalten noch nicht fertig zu haben. Dies erregte eine Widersetzlichkeit der Mühlenbesitzer und der Bauern im ganzen Königreich, besonders in der Emilia, gegen welche mit Aufbietung des Militärs eingeschritten werden mußte.

Die Vermählung des Kronprinzen, welche am 23. April in Turin gefeiert und von glänzenden Festen in dieser Stadt und in Florenz begleitet wurde, gab reichlichen Anlaß zu politischen Demonstrationen. Kronprinz Humbert vermählte sich mit Margarita von Savoyen, der Tochter des verstorbenen Herzogs von Genua (eines Bruders Viktor Emanuels) und einer sächsischen Prinzessin. Zu dieser Familienfeierlichkeit waren als Repräsentanten der beiden alliirten Staaten, Preußen und Frankreich, der Kronprinz von Preußen und der Prinz Napoleon, letzterer zugleich auch als Schwiegersohn des Königs von Italien, eingeladen. An der Aufnahme, welche diese beiden Prinzen bei der italienischen Bevölkerung fanden, konnte man den Grad von Zuneigung oder Abneigung Italiens gegen die Regierung, welche sie vertraten, deutlich abnehmen. Prinz Napoleon wurde kaum beachtet, nirgends mit Zuruf empfangen, mit größter Kälte und Gleichgiltigkeit aufgenommen; man glaubte schon viel zu thun, wenn man sich nicht unartig gegen ihn benahm; selbst am Hofe wurde er zurückgesetzt. Daher reiste er auch gleich nach den Vermählungsfeierlichkeiten in Turin ab und begab sich über Mailand in die Schweiz. Friedrich Wilhelm dagegen, ein durch edle Männlichkeit, durch persönliche Liebenswürdig-

Digitized by Google

keit und ausgedehntes gediegenes Wissen allgemein geachteter Prinz, war von seinem Eintritt in die italienischen Staaten bis zu seinem Austritt aus denselben überall, wohin er kam, in Verona, Mailand, Turin, Florenz, Genua, der Gegenstand der lebhaftesten Kundgebungen. Militär- und Civilbehörden und eine unendliche Menschenmenge begrüßten ihn an den Bahnhöfen mit dem Rufe: evviva la Prussia! Sadova! Grazie! Wo er sich nur mit der königlichen Familie öffentlich zeigte, wurde ihm unmittelbar nach dem König und dem neuvermählten Paar ein Hoch ausgebracht. Man verehrte in ihm den redlichen Verbündeten von 1866, der seine Allianz nicht zur Aufzwingung einer erniedrigenden Vasallenschaft benützen will; man bewunderte in ihm den Begründer eines nationalen Deutschlands, welcher den beutegierigen Nachbar hübsch von sich fern zu halten wußte und sich auf das Italia fara da se besser verstand als Italien. Die demokratischen Blätter, seit Mentana voll Haß gegen Napoleon, waren über die grelle Verschiedenheit, welche sich in der Aufnahme der beiden Prinzen zeigte, ganz entzückt. Ein Korrespondent eines solchen Blattes schrieb über das Wettrennen von Turin: „Das Händeklatschen und Lebehochrufen war ehrenvoll für das junge Ehepaar, wahrhaft stürmisch aber für den Kronprinzen von Preußen, der diesen Transalpinern mehr und mehr die Köpfe verrückt. Ich wette, wenn man sie befragte, so würden sie den Eintritt in den norddeutschen Bund verlangen." Um so erbitterter waren die französischen Blätter, welche von einer italienischen Regierung, die in den letzten Zügen liege, von einer künstlich gemachten Nationalität, deren Fetzen unter dem Elend und dem Bankerott auseinander gehen, sprachen. Die vielen Hoch auf Sadowa machten in Paris einen sehr unangenehmen Eindruck. Man konnte vielfach hören: „Die Italiener zeigen mehr Dankbarkeit für Sadowa als für Solferino." Auf diesen Vorwurf antworteten zwei in Paris lebende Römer, ehemalige Kämpfer von Mentana, in einem Briefe an den Courrier Français, worin sie sagten: „Sadowa hat für uns nicht, wie Solferino, ein Mentana zur Folge gehabt. Die preußische Fahne weht nicht auf italienischem Boden, um unserem Volke ein ihm gehöriges Gebiet vorzuenthalten. Darum gehören unsre Sympathien mehr Preußen als der französischen Regierung, die wir indessen von deren großmüthigem Volk wohl zu unterscheiden wissen.

Man würde übrigens sehr irren, wenn man, von diesen Kund-

Digitized by Google

gebungen des Volkes ausgehend, glaubte, der französische Einfluß am Hofe zu Florenz sei unbedeutend. Der König selbst, welcher bei dem Abschluß des preußisch-italienischen Bündnisses keinen Schritt ohne Napoleonische Erlaubniß gethan hat, wird sich in letzter Instanz immer für Frankreich entscheiden, er müßte denn durch höchst unzweideutige Demonstrationen des Volkes und der Armee davon abgebracht werden. Denn eben darin besteht seine sonst nicht übermäßige politische Stärke, daß er sich den jeweiligen Strömungen des Volksgeistes anzubequemen weiß. Unter seinen Staatsmännern und Generalen gibt es entschiedene Anhänger der französischen Allianz. Unter diesen ist kaum einer fanatischer als der ehemalige Kriegsminister General Lamarmora, dessen Name jedesmal an der Spitze einer Minister-Kandidatenliste steht; wenn die französische Partei sich der Hoffnung hingibt, das Ministerium Menabrea zu stürzen. Dieser General, welcher bei nicht bedeutenden Leistungen eine unbegrenzte Eitelkeit besitzt, hat bekanntlich durch seine Kriegführung im Jahre 1866 die Ruhmesblätter der italienischen Geschichte nicht vermehrt. Um so mehr fühlte er sich beleidigt, als er in dem Bericht des preußischen Generalstabs, den er nur in der höchst ungenauen französischen Uebersetzung las, einige Stellen fand, welche zwar gegen ihn und sein Heer keinen Tadel aussprachen, aber auch kein begeistertes Lob spendeten. Er richtete deßhalb in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 21. Juli eine Interpellation an den Ministerpräsidenten Menabrea. Dieser erwiderte, daß zu einer solchen gar kein Grund vorliege, da die fraglichen Stellen im deutschen Text ziemlich anders lauten und der preußische Gesandte, Graf Usedom, ihm bereits eine Depesche seiner Regierung mitgetheilt habe, welche jenem Bericht allen amtlichen Charakter abspreche, Sympathien für das italienische Heer äußere und die übelwollende Auslegung dieses Berichts zurückweise. Auf dies hin zog zwar Lamarmora seine Interpellation zurück, fuhr aber mit Vorwürfen gegen Preußen fort: „Preußen hatte versprochen in Uebereinstimmung mit uns zu handeln, hielt aber sein Versprechen nicht. Erst am 19. Juni (1866) erhielt ich von Herrn v. Usedom einen Brief vom 17. datirt, welcher einen gemeinschaftlichen Kriegsplan entwarf. Aber die Ausführung des Planes war unmöglich, nachdem wir unsern Kriegsplan festgestellt hatten. Der Brief war zu spät ein-

Digitized by Google

getroffen, erst unmittelbar vor Beginn der Feindseligkeiten. Uebrigens schrieb er uns unsere Pflicht in befehlendem Tone vor."

Einen so schlechten Dienst Lamarmora durch Mittheilung des Usedom'schen Schreibens vom 17. Juni sich selbst geleistet hat, einen so unschätzbaren der Geschichtschreibung. Denn seine Darstellung der Verhältnisse, welche durch und durch falsch war, rief mehrere Gegenschriften, worunter besonders die des Generals Cialdini, hervor, und nun erst wurde klar, warum Lamarmora im Juni 1866 auf das Festungsviereck losgieng, warum seine Armee bei Custozza geschlagen werden mußte, und warum er nach dieser Niederlage so lange in Unthätigkeit verharrte. Zugleich brachte eine Schrift des Italieners Stefano Jacini, welcher unter Lamarmora's Verwaltung Minister der öffentlichen Arbeiten gewesen war, neue Enthüllungen über die Entstehung des preußisch-italienischen Bündnisses, und ein Aufsatz des polnisch-französischen Schriftstellers Klaczko, welcher in der Revue des deux Mondes erschien, sowie andere Journalartikel interessante Illustrationen über das damalige Verhältniß Oestreichs zu Frankreich.

Aus diesen Enthüllungen, welche die Geschichtschreibung des Jahres 1866 wesentlich modificiren, erfuhr man der Hauptsache nach folgendes: Bei den Verhandlungen über den Abschluß des preußisch-italienischen Bündnisses, über deren Gang Napoleon von Seite des italienischen Kabinets vollständig instruirt wurde, suchte der italienische Unterhändler zu Berlin, General Govone, vergebens die Stipulation durchzusetzen, daß mit Venetien auch das Trentino dem Königreich Italien einverleibt werden müsse. Da das Trentino zum deutschen Bund gehörte, so war Graf Bismarck zu diesem Zugeständniß nicht zu bewegen, wie er sich ja auch geweigert hat, an den seufzenden Napoleon auch nur einen Fuß breit deutschen Landes als Kompensation abzutreten. Dagegen unterhandelte Oestreich schon im Mai mit Napoleon wegen der Abtretung Venetiens. Als Ersatz dafür wurde Oestreich ein Stück preußischen Gebiets, wahrscheinlich Schlesien, zugesichert. Dadurch wäre aber das Gleichgewicht zu Gunsten Oestreichs verändert worden, und Napoleon bedang sich daher eine Entschädigung aus. Nach den Kompensationsforderungen, die er im August 1866 in Berlin gemacht hat, ist anzunehmen, daß die Entschädigung in der Rheinpfalz, in Rheinhessen und in Luxemburg zu suchen war. Peußen wäre im besten Falle, ganz in im Geist des Napoleonischen Briefes vom 11. Juni, mit Schleswig-

Digitized by Google

Holstein und mit Mecklenburg abgefunden worden. So war es natürlich, daß im Mai 1866 ein östreichischer Minister an eine hochgestellte Person schreiben konnte: „Unsere Flanke ist gedeckt; wir haben uns mit Frankreich arrangirt." Die Stellung Frankreichs war dabei so perfid als nur immer möglich. Nachdem es durch Begünstigung des italienischen Bündnisses, das ohne seine Einwilligung eine Unmöglichkeit war, Preußen zum Kriege angefeuert hatte, sollte diesem die Beute desselben durch einen schlauen Länderschacher so gut als schon entzogen sein, und nicht das geschmähte Preußen, sondern Oestreich scheint wegen etwaiger Preisgebung deutschen Gebietes an Frankreich nicht gar zu spröde gewesen zu sein. Galt es doch, dem verhaßtesten Gegner seine „Großmannssucht" zu verleiden.

Diesen Verabredungen gemäß bot Oestreich dem italienischen Kabinet am 5. Mai 1866, also 4 Wochen nach Abschluß des preußisch-italienischen Bündnisses und etwa 6 Wochen vor dem Ausbruch des Krieges, freiwillig die Abtretung Venetiens an, und zwar ohne alle Entschädigung, nur unter der einzigen Bedingung, daß Italien in dem bevorstehenden preußisch-östreichischen Kriege neutral bleibe. Und doch hatte Oestreich 6 Monate vorher, als Italien einen Unterhändler nach Wien schickte und für die Abtretung Venetiens sehr bedeutende finanzielle, wirthschaftliche und politische Vortheile anbot, eine abschlägige Antwort gegeben und erklärt, das militärische Ehrgefühl erlaube eine solche Lösung nicht. Nun wurde Italien das so sehnsüchtig erstrebte Venetien auf dem Präsentirteller angeboten. Es war, wie Jacini sagt, ein terribile momento für Italien, eine Versuchung der peinlichsten Art. In einem Saale des Palazzo vecchio in Florenz war in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai eine lange Berathung der italienischen Staatsmänner. Ehe der Morgen graute, konnten sie im Besitz Venetiens sein, ohne Schwertstreich, ohne ein neues Nizza, ohne der schwindsüchtigen Staatskasse auch nur einen Tropfen Blut abzuzapfen: ein einfaches Telegramm genügte. Aber ein zweites Telegramm wäre von Berlin gekommen, und dies hätte, kurz wie die Telegramme sind, gelautet: „Niederträchtiger Verräther!" Dies bedachten die italienischen Staatsmänner. Ebenso bedachten sie, vielleicht auch noch ein bischen mehr, daß, wenn durch die Neutralität Italiens Oestreich in den Stand gesetzt sei, mit allen seinen Kräften sich auf Preußen zu werfen,

Digitized by Google

dasselbe zu bewältigen und seinen Doppeladler aufs neue in Deutschland zu entfalten, Italiens Stellung nicht sehr gesichert und das eben beschenkte Königreich in kurzem in der Gefahr sei, mehr zu verlieren, als es erhalten habe. So war denn die Antwort eine abschlägige, Italien glänzte mit seiner Vertragstreue und begann einen Krieg, in welchem sich Oestreich gegenüber dem französischen Kabinet verpflichtet hatte, daß es, wenn auch siegreich, den Mincio nicht überschreiten, die Lombardei unberührt lassen werde. Ja, der Krieg mochte ausfallen, wie er wollte, so war Italien der Besitz Venetiens so viel als gewiß; denn gerade nach einem Siege konnte es Oestreich unbeschadet seiner militärischen Ehre abtreten. Daher sagte Lamarmora, er rücke ins Feld, Venetien in der Tasche.

Diese Gewißheit hatte auf Italiens Kriegführung einen lähmenmenden Einfluß. Wozu brauchte es noch große Anstrengungen, wenn es die Beute schon in der Tasche hatte? Das alte Uebel der Allianzen, daß ein Theil für den anderen nicht viel thun will, zeigte sich auch hier. War nicht alles, was Italien über den Rayon von Venetien hinaus unternahm, nutzlos? Hieß dies nicht travailler pour le roi de Prusse, in des Wortes doppelter Bedeutung? Diesen Bedenklichkeiten und partikularistischen Erwägungen gegenüber drang Preußen seit Abschluß der Allianz auf einen gemeinschaftlichen Kriegsplan. Denn der Krieg sollte nicht in der Weise der deutschen Reichsarmee, wo jedes Kontingent nur auf seinen Vortheil sah, sondern im großen Stil geführt werden, ähnlich wie im Jahre 1800, wo der Konsul Napoleon von Italien, der General Moreau vom Rhein aus gegen Oestreich vordrang und Wien der Vereinigungspunkt der beiden Armeen sein sollte. Der als Militärschriftsteller bekannte Herr von Bernhardi legte am 6. Juni Lamarmora die Plane des preußischen Generalstabs vor und bezeichnete ihm Bologna als die Operationsbasis des italienischen Hauptheeres, das von hier aus, mit Umgehung des Festungsvierecks, in das Innere von Oestreich vordringen müsse. Aber, obgleich die Generale Cialdini, Fanti und Durando auf Seiten Bernhardi's und Usedom's standen, so machte doch Lamarmora nicht die geringste Anstalt, auf diesen Plan einzugehen. Vielmehr verriethen alle seine Maßregeln den Entschluß, den alten Schlendrian fortzusetzen und im Stil des 17. Jahrhunderts die schönste Zeit mit der Belagerung der Festungen zu vergeuden.

Digitized by Google

Es war Gefahr im Verzug. Die Preußen waren bereits in Hannover, Kassel und Sachsen eingerückt. Der Krieg war ausgebrochen. Da sandte der preußische Gesandte in Florenz, Graf Usedom, „Seiner Exellenz dem General Lamarmora, Präsident des Ministerraths und Minister der auswärtigen Angelegenheiten" einen Brief vom 17. Juni mit „folgenden Bemerkungen": „Das Kriegssystem für den nächsten Feldzug, welches Preußen Italien vorschlägt, ist das eines gründlichen Krieges (guerra a fondo.) Wenn das Los der Waffen ihnen günstig ist, werden die beiden Verbündeten sich nicht bei zwischenliegenden Hindernissen aufhalten; sie werden vielmehr suchen, ihren Feind in seine letzten Verschanzungen und bis zu seinen letzten Hilfsquellen zu drängen. Man wird sich nicht damit beschäftigen dürfen, das Festungsviereck zu belagern; man wird es vorziehen, es zu durchschneiden oder zu umgehen, um die feindliche Armee im offenen Felde zu schlagen. Es ist kaum ein Zweifel, daß, besonders in Anbetracht der numerischen Verhältnisse, die italienische Armee sich in kurzer Zeit im Besitz des venetianischen Landes befinde, ausgenommen Venedig, Verona und Mantua, deren Garnisonen allerdings durch Beobachtungscorps von beträchtlicher Stärke paralysirt werden sollten. Es wird aber darauf ankommen, daß Italien sich nicht begnügt, bis zu den nördlichen Grenzen Venetiens vorzudringen; es muß sich vielmehr den Weg gegen die Donau freimachen, es muß sich mit Preußen im Mittelpunkt der östreichischen Monarchie begegnen, mit einem Wort, es muß auf Wien marschiren. Um sich den dauernden Besitz Venetiens zu sichern, muß vor allem die östreichische Macht ins Herz getroffen sein. Dieser Marsch könnte unter dem strategischen Gesichtspunkt gefährlich scheinen; die Ausdehnung der Operationslinie könnte zu lang, die Hilfsquellen zu entfernt scheinen. Allein in dem Maße als man sich der preußischen Armee nähert, vermindert sich die Gefahr und wird der schließliche Sieg immer wahrscheinlicher. Andererseits existirt ein untrügliches Hilfsmittel, um beiden Armeen das wirksamste Zusammenhandeln auf einem Gebiete zu sichern: dieses Gebiet ist Ungarn. Die preußische Regierung hat neuerdings die ungarische Frage mit Sorgfalt studiren lassen; sie hat die Ueberzeugung gewonnen, daß dieses Land, von Italien und Preußen unterstützt, ihnen seinerseits als Vereinigungspunkt und als strategische Stütze dienen wird. Richte man z. B. gegen die Ostküste des

Digitized by Google

adriatischen Meeres eine starke Expedition, welche die Hauptarmee um nichts schwächen würde, weil man sie größtentheils aus den Reihen der Freiwilligen nehmen und sie unter die Befehle des Generals Garibaldi stellen würde. Allen Mittheilungen zufolge, welche die preußische Regierung erhalten, würde dieselbe unter den Slaven und Ungarn den herzlichsten Empfang finden; sie würde die Flanke der auf Wien rückenden Armee decken und derselben die Mitwirkung und die Hilfsquellen dieser weiten Gebiete eröffnen. Andererseits werden die kroatischen und östreichischen Regimenter gar bald sich weigern, gegen Heere sich zu schlagen, welche in ihren eigenen Ländern als Freunde aufgenommen wurden. Von Norden und von den Grenzen preußisch Schlesiens könnte ein fliegendes Corps, möglichst aus nationalen Elementen zusammengesetzt, in Ungarn eindringen und würde sich hier vereinigen mit den italienischen Truppen und den nationalen Streitkräften, welche sich inzwischen rasch gebildet hätten. Oestreich würde allmählich verlieren, was wir gewonnen hätten, und die Schläge, welche ihm beigebracht, würden es nicht an den Enden, sondern im Herzen treffen. Aus allen diesen Gründen legt die preußische Regierung der ungarischen Angelegenheit und der kombinirten Aktion auf diesem Gebiet mit seinem italienischen Verbündeten einen so hohen Werth bei."

Was that nun Lamarmora auf dieses Schreiben? Er schob es ein, sagte keinem seiner Kollegen etwas davon, nahm von den preußischen Rathschlägen gar keine Notiz, folgte seinem starrsinnigen Kopf und den französischen Einflüsterungen, gieng auf das Festungsviereck los, ließ sich schlagen, ließ den größten Theil der östreichischen Truppen von Verona nach der Donau gegen Preußens Heere abmarschiren und zeigte eine Unthätigkeit und Ungeschicklichkeit, welche eine entschiedene Zurechtweisung, nicht eine so milde Beurtheilung wie in dem Bericht des preußischen Generalstabs, verdient hätte. Und zwei Jahre darauf, am 21. Juli 1868, als er längst nicht mehr im Ministerium war, zieht er den Usedom'schen Brief, welcher in das Staatsarchiv und nicht in das Privatarchiv des Herrn Lamarmora gehörte, wieder aus der Tasche und liest ihn, eine Indiskretion ohne Gleichen begehend, der Abgeordnetenkammer vor, welche jetzt erst erkannte, welche Heldenrolle Preußen ihrem Vaterlande zugedacht habe, und welche Bedientenrolle es unter Lamarmora habe spielen müssen. Dabei nimmt er es mit der Wahrheit nicht

Digitized by Google

sehr genau: die Nichtbeachtung der Moltke-Usedom'schen Rathschläge sucht er hauptsächlich dadurch zu rechtfertigen, daß er sagt, dieselben seien ihm zu spät gekommen. Daß aber Bernhardi sie ihm schon am 6. Juni und andere noch früher mittheilten, davon sagt er freilich nichts, er hätte ja sonst auch beichten müssen, warum er diesen Plan, der jedenfalls zu ganz anderen Erfolgen geführt hätte als zu der Uebernahme Venetiens aus den Händen eines französischen Generals, wie den Entwurf eines Dilettanten bei Seite gelegt habe. Dieses Warum führt in das Kabinet Napoleons. Dieser und kein anderer war es, welcher, nachdem sein erster Plan, Preußen durch die Neutralität Italiens zu isoliren, mißlungen war, alles aufbot, um Preußen aus seiner italienischen Allianz möglichst wenig Gewinn ziehen zu lassen. Daher wurde dem bereitwilligen Vasallen Lamarmora von Paris aus erklärt, der Moltke'sche Plan sei wohl im Interesse Preußens, aber nicht in dem Italiens. Dieses solle sich mit Venetien begnügen und bedenken, daß die Erhaltung eines starken Oestreichs innerhalb seiner natürlichen Grenzen seinem Vortheile weit mehr entspreche, als die wenn auch nur theilweise Zertrümmerung Oestreichs und die Herstellung eines deutschen Reiches, das unter Preußens Führung von der Ostsee bis Triest gebiete. Eine energische militärische Aktion sei also ganz überflüssig; es handle sich vielmehr für Italien mehr um ein militärisches Duell mit Oestreich als um einen ernsthaften Krieg. Der damalige Kollege Lamarmora's, Stefano Jacini, schwatzt gründlich aus der Schule, wenn er sagt: „Wenn Italien sofortige militärische Erfolge hätte erreichen und eine imponirende Haltung hätte einnehmen können, so hätte Preußen noch härtere Friedensbedingungen Oestreich auferlegen und die Resultate weit überschreiten können, welche der geheime Vertrag mit Italien stipulirte, wobei sich jedoch immer fragte, ob alle diese Resultate dann auch den künftigen Interessen Italiens entsprechend gewesen wären." Napoleon hatte in Florenz sehr gelehrige Schüler gefunden. Daß Viktor Emanuel einer der ersten unter denselben ist, weiß man schon längst.

Aber nicht bloß die Nichtbeachtung der preußischen Rathschläge, sondern auch die Interpellation und die Veröffentlichung des Usedom'schen Briefes deutet auf den Pferdefuß an der Seine hin. Zwei Zwecke sollten dadurch erreicht werden: die Lockerung der preußisch-italienischen Allianz und eine unheilbare Verbitterung Oestreichs

Digitized by Google

gegen Preußen. Es war freilich eine für Napoleon sehr unangenehme Wahrnehmung, daß gelegentlich der Vermählungsfeierlichkeiten in Turin und Florenz das italienische Volk und besonders die liberale Partei sich so offen und so entschieden zur preußischen Allianz bekannte. Eine solche Volksstimmung konnte er nicht brauchen. Daher sollte Lamarmora die Saite der militärischen Empfindlichkeit anschlagen und über den anmaßenden, wegwerfenden Ton des preußischen Generalstabs sich beklagen. Zugleich hoffte Napoleon, daß die auf Ungarn sich beziehenden Stellen in dem Usedom'schen Briefe etwaige freundschaftliche Anwandlungen Oestreichs für Preußen auf lange Zeit dämpfen werden. Von solchen Anwandlungen war übrigens bis jetzt noch nichts zu bemerken, und daß, wenn einmal der Krieg ausbricht, der Feind alle erlaubten Mittel, wozu auch eine Insurgirung Ungarns gehört, benützt, um seinen Zweck so rasch und so gründlich als möglich zu erreichen, ist, auch ohne die Erinnerung an das Napoleonische: »c'est la guerre!« für jeden klar. Zudem hatte ja Oestreich bereits Proben von der Verbindung Preußens mit der ungarischen Aktionspartei, da im Jahre 1866 in Schlesien eine ungarische Legion gebildet wurde. Eine stärkere Gereiztheit war in den leitenden Kreisen zu Wien wohl zu bemerken, und ein Gespräch zwischen Freiherrn von Beust und dem preußischen Gesandten zu Wien soll diese Enthüllungen zum Gegenstand gehabt haben. Auch die großdeutsche Partei in Süddeutschland versäumte nicht die Gelegenheit, aus dem Usedom'schen Brief politisches Kapital zu machen.

Wenn hier die Napoleonische Saat nicht gerade auf einen schlechten Boden fiel, so schlug in Italien die Berechnung gänzlich fehl. Von einer Verletzung der militärischen Ehre erblickte man hier nichts, wohl aber war man einig in dem Urtheil über die Staatsmänner, welche ihrer Aufgabe so wenig gewachsen waren, und über die Generale, welche die Ehre des Landes ihrem Eigensinn und ihren französischen Sympathien zum Opfer gebracht hatten. Man hielt hier an der preußischen Allianz fester als je. Natürlich konnte das preußische Kabinet zu all dem vielen Staub, der durch Lamarmora's Perfidie aufgeworfen war, nicht schweigen. Irgend eine Erklärung über die officielle oder nichtofficielle Haltung des Schreibens war es seiner Stellung in Florenz und in Wien schuldig, zumal es Leute gab, welche glaubten, daß das Schreiben unmittelbar

Digitized by Google

aus dem Bismarck'schen Kabinet hervorgegangen sei. Der preußische Staatsanzeiger vom 31. Juli 1868 erklärte daher, daß das Usedom'sche Schreiben von der Regierung „weder ermächtigt noch genehmigt gewesen, vielmehr erst zehn Tage später in Berlin bekannt geworden sei (eine Erklärung, welche auch Graf Bismarck abgab). Hieraus ergebe sich, daß der Text der Note keine sichere Unterlage für Schlußfolgerungen über die politischen Absichten der Regierung geben könne." Als aber das italienische Blatt „Opinione" in dieser Erklärung „eine feierliche, dem General Lamarmora gewährte Genugthuung" erblickte, so drückte sich der Staatsanzeiger vom 11. August etwas deutlicher aus und sagte: „nichts habe ihm ferner gelegen als der Gedanke, das Verfahren des Generals Lamarmora billigen oder beschönigen zu wollen. Das Verhalten dieses Staatsmannes begegne in allen amtlichen und außeramtlichen Kreisen Preußens derselben Verurtheilung wie in der öffentlichen Meinung Italiens. Die frühere Erklärung des Staatsanzeigers habe nur den Zweck gehabt, die Verantwortlichkeit für den „Text" der bekannten Note des Grafen Usedom von der Regierung abzulehnen, weil einige in diesem Aktenstücke enthaltenen Redewendungen nach Form und Inhalt mit den Auffassungen der Regierung nicht übereinstimmten. Der Feldzugsplan, welchen jene Note empfohlen habe, sei von dem Augenblicke an, wo der Ausbruch des Krieges wahrscheinlich geworden, bereits Gegenstand der Besprechung von preußischen und italienischen Militärs gewesen und habe zur Zeit der Uebergabe der Note für keinen der Betheiligten etwas neues sein können." Es war also ein letzter Versuch, den Graf Usedom machte, eine letzte Pression, die er auf Lamarmora ausübte, aber auf eigene Faust und auf eigene Verantwortung. Da er mit den Intentionen seiner Regierung vollständig bekannt war, so war er in einem Moment, wo die Existenz seines Staates auf dem Spiele stand, zu einem solchen Schritte sehr berechtigt. In Anerkennung dessen ließ daher auch die preußische Regierung den Grafen Usedom auf seinem Posten. Lamarmora aber hat sich, so lange noch ein Schatten von einer preußisch-italienischen Allianz übrig ist, unmöglich gemacht. Sollte je der König schwach genug sein, noch einmal ein Ministerium Lamarmora zu ernennen, so ist es für Deutschland Zeit sein Pulver trocken zu halten.

Gegenüber dieser vulkanischen Unruhe, welche in den parla-

Digitized by Google

mentarischen Kreisen Italiens zur Gewohnheit geworden ist, zeigte die Regierung des Papstes einen olympischen Gleichmuth. Sein Gebiet war durch die Ereignisse von 1859 und 1860 sehr zusammengeschmolzen. Es umfaßt nur noch 720,000 Einwohner. Von diesen befinden sich in der ewigen Stadt 217,378, worunter 29 Kardinäle, 28 Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe, 1372 Prälaten und Priester, 799 Seminaristen, 2947 Mönche und 2191 Nonnen. Dies macht zusammen 7366 Personen geistlichen Standes, so daß je auf 29 Weltkinder ein Kind des Lichts kommt, sei es ein Männlein oder ein Fräulein. Wenn von der Anzahl der Geistlichen auf die Anzahl der Seligen geschlossen werden dürfte, so müßte Rom ein irdisches Elysium sein. Wie es damit steht darüber haben vor und nach Luther manche ein Separatvotum abgegeben. Daß aber an dem Heile der Seelen von allen Seiten gearbeitet wird, das sieht man an jener Verordnung des Kardinalvikars Patrizi, worin er die Frauen ermahnt, „nicht der gegenwärtigen Mode der kleinen Hüte zu folgen, welche den Haarwuchs des Kopfes fast ganz unbedeckt lassen und so allerwärts, besonders aber in der Kirche, den Männern ein Aergerniß geben. Diejenigen Frauen, welche diesen Rath nicht befolgen und doch in dieser Tracht in die Kirche treten wollen, würden daher an der Kirchenthüre von einem Sittenwächter zurückgewiesen werden." Wer es mit den Damenhüten so genau nahm und gegen alle Regeln der Mathematik den Satz aufstellte: „je kleiner der Hut, desto schwerer durch die Kirchenthüre, je größer, desto leichter," der ließ natürlich bei andern Verbrechen, wie Fluchen und Sonntagsentheiligung, nicht mit sich spassen. Da hieß es: „Die Handwerksmeister, die Handelsherren und Geschäftsvorstände, überhaupt alle diejenigen, welche Dienstleute unter sich haben, haben alle die sofort zu entlassen, welche einen Fluch ausstießen oder den Namen Gottes, der Jungfrau und der Heiligen vergeblich aussprachen. Außerdem sind die Geistlichen besonders beauftragt, die Flucher anzuzeigen. Die öffentliche Gewalt hat die alsbaldige Verhaftung des Fluchers vorzunehmen und dies sowohl im Fall sie sich selbst an Ort und Stelle befand, als wenn ihr der Fall durch zwei glaubwürdige Personen angezeigt wurde. Die Entheiligung des Sonntags und der Festtage wird mit Gefängniß und Geldbuße bestraft." Was in anderen Staaten, welche auch noch etwas auf Religion und Moral halten und das Fluchen geradeso verabscheuen wie das

Digitized by Google

Kardinalskollegium, dem Urtheil der öffentlichen Meinung und Sitte überlassen wird, das nimmt im Kirchenstaat gleich einen inquisitorischen Charakter an. Man hört die Ketten rasseln, man sieht die Zangen und Halseisen, man hat in seiner Nase schon einen „brenzelichen" Geruch, wie wenn eben ein Scheiterhaufen angezündet würde.

Ob man diesen Geruch durch Einberufung des ökumenischen Koncils wegbringt, steht dahin. Die christliche Welt hat seit ihrem Bestehen 19 ökumenische Koncilien gesehen, wovon das erste im Jahr 325 in Nicäa, das letzte von 1553—1564 in Trient versammelt war. Ueber den Werth derselben ist nicht viel zu sagen. Von Förderung der geistigen Freiheit hat man hier wenig gehört, desto mehr vom Aufbau einer allmächtigen Hierarchie. Der unmittelbare Vorgänger, das tridentinische Koncil war eigentlich nichts anderes als ein Bannstrahl gegen die deutsche Reformation. Was wird nun aus diesem 20. ökumenischen Koncil, für Kirche und Gemeinde Ersprießliches hervorgehen? 305 Jahre sind seit dem letzten Koncil verflossen, und nun hält Papst Pius IX. die Zeit für geeignet, der Welt aufs neue dieses Schauspiel zu geben. Fast an der Schwelle seines Lebens angekommen, will er nach so mannigfachen Schicksalen die bedeutendsten Kirchenfürsten und Kirchengelehrten der katholischen Christenheit um sich versammeln und dieses Koncil als einen riesigen Gedenkstein an sein Pontifikat zurücklassen. Am nämlichen Tage, an welchem er eine Allokution an das geheime Konsistorium gegen die kirchlichen Angelegenheiten Oestreichs hielt, am 22. Juni, kündigte er diesen geistlichen Würdeträgern auch die Veröffentlichung einer Bulle zur Einberufung eines allgemeinen Koncils an. Die Bulle ließ nicht lange auf sich warten. Am 29. Juni wurde sie im Vorhof der Basilika des heiligen Petrus unter Trompetenschall von der Kanzel aus verkündigt. Es war ein langes Aktenstück. Im Eingang war von dem göttlichen Ursprung der Kirche die Rede, von den Pflichten der Bischöfe und von den Verdiensten, welche sich von jeher die Päpste um die bürgerliche und religiöse Gesellschaft erworben haben. Dann wurde ein Bild der modernen Gesellschaft entworfen, worin die Angriffe auf Kirche und Geistlichkeit angeführt wurden, die Aufhebung der religiösen Orden, die Verbreitung „gottloser Bücher aller Art und pestilenzischer Blätter," die Erziehung der unglücklichen Jugend,

Digitized by Google

welche der Geistlichkeit entrissen und Lehrern des Irrthums und des Lasters übergeben werde. „Dieses ökumenische Koncil, welches am 8. December 1869 in Rom eröffnet werden wird, wird das Amt haben, mit der größten Sorgfalt die Sachen zu prüfen, zu studiren und zu bestimmen, welche insbesondere in diesen so schwierigen Zeiten den größten Ruhm Gottes, die Unantastbarkeit des Glaubens und die Disciplin der Geistlichkeit, sowie ihre heilsame und dauerhafte Belehrung, die Beobachtung der geistlichen Gesetze, die Verbesserung der Sitten und die christliche Erziehung der Jugend, sowie den allgemeinen Frieden und die Eintracht zum Gegenstand haben."

Nicht genug, daß dies sehr viele Berathungsgegenstände für eine so vielköpfige Versammlung wie ein Koncil sind, so erließ der Papst am 13. September auch noch ein Schreiben an alle Protestanten und andere Exkatholiken, worin er höchst zuversichtlich und salbungsvoll von der einzigen „heiligen, katholischen, apostolischen Kirche, welche Christus Jesus selbst hier auf Erden auf Petrus erbaut habe, spricht und die anderen Religionsgesellschaften auffordert, „sie mögen nicht aufhören, die brünstigsten Gebete dem Gott der Erbarmungen darzubringen, daß er die Wand der Trennung zertrümmern, die Finsterniß der Irrthümer verscheuchen und sie in den Schoß der heiligen Mutter-Kirche zurückführen möge, in welcher ihre Vorfahren die heilsame Weide des Lebens hatten, und in welcher allein die ganze Lehre Jesu Christi bewahrt und überliefert wird und die Geheimnisse der himmlischen Gnade ausgespendet werden." Ein ähnliches Schreiben vom 23. September war an die orientalischen Bischöfe gerichtet. Man sieht, die päpstliche Kurie hat nichts vergessen; sie erinnert sich mit Schmerzen jener schönen Zeit, wo ganz Deutschland, England und Skandinavien ihre Domänen waren, und sie ist bereit, diese verlorenen Schäflein mit Freuden wieder bei sich aufzunehmen; aber freilich, sie hat auch nichts gelernt; sonst hätte sie nicht ein Schreiben erlassen, welches zum mindesten das Lächeln der ganzen nichtkatholischen Welt verursachen mußte. Was zur Zeit des Koncils von Trient vergebens versucht wurde, wird drei Jahrhunderte nachher, bei dem heutigen Stande der wissenschaftlichen Bildung, doch nicht vollends noch mehr Chancen für sich haben. Selbst das Blatt der Jesuiten, die Unita cattolica, theilt diese Ansicht, wenn auch aus anderen Gründen: „Da wir die Natur der Ketzerei zu gut kennen und

Digitized by Google

wissen, daß dieselbe (wenigstens in ihren Häuptern) stets eine Tochter der Verdorbenheit des Herzens ist, so hegen wir keine große Hoffnung, daß die Wünsche Pius IX. ganz oder theilweise erfüllt werden." Die Vorbereitungen zu dem Koncil werden aufs eifrigste getroffen. Schon im December 1868 reisten aus Deutschland und anderen Ländern, auf die Einladung des Papstes, Bischöfe und Professoren nach Rom, um als eine Art Ausschuß die dem Koncil zu machenden Vorlagen zu berathen. Wenn man von dem Texte der Bulle vom 29. Juni ausgeht, so ist gegründete Aussicht vorhanden, daß das 20. ökumenische Koncil die Grundsätze des von der ganzen modernen Gesellschaft gerichteten Syllabus wird zu sanktioniren haben. Ohne Zweifel wird die Welt auch mit einem neuen Dogma beschenkt werden.

Mit solch idealen Fragen kirchlicher Natur beschäftigte sich das abtrünnige England nicht. Obgleich es in seiner bischöflichen Kirche noch manches papistische Schnörkelwerk hat, so hat es doch bis auf die neuere Zeit eine fast kindische Furcht vor allem Papismus gezeigt und erst in den letzten Jahrzehnten angefangen, den Ansprüchen der Katholiken gerecht zu werden. Die Beziehungen zur päpstlichen Kurie waren trotz des katholischen Irlands so gleichgiltig als möglich. Noch jetzt unterhält England keinen Gesandten in Rom und läßt seine diplomatischen Geschäfte durch eine officielle Privatperson besorgen. Dagegen wurde die Frage über Volksbildung, welche eine politische und industrielle Bedeutung hat, sehr lebhaft besprochen. Der Präsident der Handelskammer von Nottingham, Mundella, hielt am 6. Januar einen Vortrag, worin er nachwies, „daß in den letzten Jahren das Ausland sich Englands bester Erfindungen bemächtigt und mit diesen Maschinen bessere Erzeugnisse erzielt habe als England selbst, und dies aus dem einfachen Grunde, weil auf dem Festland aus den Gewerbeschulen ein Arbeiter hervorgehe, der die neuen Vortheile auszubeuten wisse. In England existire nichts derart, und selbst wenn man ähnliche Anstalten einrichte, müsse die große Masse des Volkes erst ihrer Unwissenheit entrissen werden. Deutschland, wo er ein Polytechnikum und mehrere Fabriken besucht habe, sei ein junger Riese in der Wiege. Verglichen mit der deutschen Konkurrenz fürchte er von Frankreich gar nichts. Deutschland werde Englands größter und Hauptkonkurrent für die Zukunft sein. England behaupte gegenwärtig das Feld nur noch mit seinem mächtigen Kapital und seinem alten indu-

Digitized by Google

striellen Ansehen." Ein hervorragendes Mitglied der liberalen Partei, welche sich diese Frage besonders angelegen sein läßt, Bruce, sprach bei einer Preisvertheilung von den industriellen Fortschritten Deutschlands im Vergleich mit denen Englands und rief aus: „Welches von allen Völkern drängt uns auf industriellem Gebiete am allerstärksten, hat uns thatsächlich den Rang abgelaufen? Das deutsche Volk ist es, das seit ungefähr 200 Jahren den Schulzwang bei sich eingeführt hat. Es verlohnt sich wohl, über die Frage des Schulzwangs reiflich nachzudenken." Auch die vom Parlament niedergesetzte Kommission, welche seit drei Jahren an der Aufgabe arbeitete, in den verschiedenen Ländern Europas und Amerikas Studien zur Verbesserung des Schulwesens zu machen, spendete dem deutschen und zwar dem preußischen Schulwesen das meiste und unbedingteste Lob. Die dortigen Elementarschulen seien gut und wohlfeil, die Lehrmethode vortrefflich, das ganze Unterrichtssystem den Bedürfnissen des Volkes angemessen. Wenn es sich aber um Einführung des Schulzwanges handelte, wodurch allein diese Erfolge in Deutschland erzielt worden sind, so sprach sich nicht nur eine Konferenz von Geistlichen und Bischöfen, gerade so wie ihre katholischen Kollegen im südlichen Europa, ganz entschieden gegen denselben aus, sondern auch liberale Parlamentsmitglieder waren der Ansicht, man dürfe dem Parlamente keine Zwangsmaßregeln anempfehlen, da wenigstens 50 Procent der Bevölkerung Widerstand leisten würden. Man beschloß daher, auf Umwegen das erwünschte Ziel, wenn auch nicht das ganze, zu erreichen, etwa so, daß den vielen tausend Familien, welche von öffentlicher Unterstützung leben, diese fernerhin nur unter der Bedingung gewährt werde, daß sie ihre Kinder regelmäßig an dem Schulunterrichte theilnehmen lassen.

In diese friedlichen Bestrebungen ragte wie eine romantische Episode die Kriegsexpedition nach Abessinien, das Erbe des vergangenen Jahres, herein. Die Ursachen derselben waren von älterem Datum. Schon vor Jahren hatte König Theodor den englischen Konsul Cameron und andere englische Beamte und Missionäre gefangen genommen und theils in Debra Tabor theils in Magdala festgehalten. Während es früher den Anschein hatte, daß er, der die Einwanderung europäischer Handwerker beförderte und Missionäre aus England und der Schweiz zuließ, ein Reformator seines

Digitized by Google

Landes sein werde, zeigte sich in den letzten Jahren, daß die Grausamkeit und der Blutdurst, diese charakteristischen Eigenschaften afrikanischer Fürsten, jeden Augenblick bereit sei, die gar zu dünne Schichte europäischen Firnisses zu durchbrechen. Sein Plan, ganz Abessiniens sich zu bemächtigen und unter seiner kraftvollen Leitung dieses Land zu seiner alten Größe zu erheben, war gescheitert. Alle Fürsten Abessiniens standen gegen ihn in Waffen, und nur da herrschte er, wo er mit seinem Heere stand. Er wäre schon vor der englischen Expedition verloren gewesen, wenn diese Fürsten, statt nur ihr eigenes Gebiet gegen ihn zu vertheidigen, zu einem gemeinschaftlichen Zuge gegen ihn sich hätten vereinigen können. Doch hatten diese Zustände für die Engländer das Gute, daß sie eine sehr getheilte Macht zu bekämpfen hatten, und daß die anderen Fürsten sie eher unterstützten, als ihnen Hindernisse in den Weg legten.

An friedlichen Maßregeln hatten es die Engländer nicht fehlen lassen, und Mangel an Geduld hatten sie auch nicht gezeigt. Am 4. Oktober 1866 hatte die Königin, am 16. April 1867 der auswärtige Minister an Theodor geschrieben und das Verlangen der Freilassung der Gefangenen an ihn gestellt. Diese beiden Schreiben ließ Theodor unbeantwortet. Daher schickte ihm Lord Stanley am 9. September 1867 ein Ultimatum, worin er ihn von dem Beschluß der englischen Regierung in Kenntniß setzte, die Befreiung der Gefangenen durch Waffengewalt zu erzwingen. Doch wurde dieses Ultimatum, welches durch einen der Gefangenen, den syrischen Agenten Rassam, vermittelt werden sollte, nicht überliefert, weil letzterer das Los der Gefangenen dadurch nur zu verschlechtern fürchtete. So folgte unmittelbar auf das Ultimatum die Ausführung. Das Expeditionscorps wurde in Bombay gebildet, 4000 Mann Engländer und 8000 Indier für genügend erfunden. Die ersteren waren mit Hinterladern (Sniderbüchsen) bewaffnet, welche sich in diesem Kriege zuerst erproben sollten. Mit Artillerie, namentlich mit neuen Gebirgsbatterien, war das Corps gut versehen. Zur Fortschaffung derselben hatte man aus allen Ländern des Mittelmeeres gegen 12,000 Maulthiere herbeigeschafft, für das größere Geschütz 20 Elephanten aus Indien mitgebracht. Der Oberbefehl wurde dem Generallieutenant Sir Robert Napier übertragen, welcher sich indessen als Truppenkommandant und Ingenieurchef in Indien und China sehr ausgezeichnet hatte. Die englische Nation sah der Er-

Digitized by Google

pedition mit Zuversicht entgegen; denn so groß auch die Schwierigkeiten, welche mehr in dem gebirgigen Terrain als in der Widerstandskraft des Feindes bestanden, sein mochten, so war doch zu erwarten, daß europäische Kriegsmittel und Willenskraft sie leicht besiegen werden. Man hatte nicht versäumt, Archäologen, Geographen, Naturforscher und Dolmetscher mitzunehmen. Die türkische und ägyptische Regierung leisteten dem Unternehmen jeden Vorschub. Die letztere war freilich durch den Gedanken beunruhigt, England möchte sich zu seinem südlichen Nachbar aufwerfen und wenigstens den Küstenstrich am rothen Meer besetzt halten. Zur Verscheuchung dieser Besorgniß schickte Lord Stanley an den englischen Konsul in Cairo eine Depesche vom 9. December. „Sie können dem Vicekönig von Aegypten die Versicherung geben, daß Ihrer Majestät Regierung die Absicht ferne liegt, Abessinien dauernd zu besetzen." Allerdings das ganze Land wohl schwerlich, aber vielleicht einen Theil, vielleicht einige günstige Hafenplätze, um nach Vollendung des Suezkanals, wann der direkte Weg nach Indien über das rothe Meer führte, dort ebenso seine militärischen und maritimen Stationen zu haben, wie sie England im mittelländischen Meere an Gibraltar und Malta besitzt! Niemand glaubte daher an die Uneigennützigkeit der Engländer, und ihr bisheriges eigennütziges Verfahren berechtigte hiezu. Jedermann war überzeugt, daß es sich hier um eine Sicherung der Verbindung mit Indien, um eine an die Adresse der Indier gerichtete Entfaltung der englischen Kriegsmacht handle. Der ganze Orient, so fuhr man in seinem Räsonnement fort, sollte erkennen, daß das alte: civis romanus sum! noch heute seine Geltung habe, daß England bis in die fernsten Erdtheile seine Interessen zu schützen wisse.

Der Vortrab des englischen Heeres landete im Oktober 1867 an der Westküste der Annesleybai, im Hafen von Zulla, und am 3. Januar 1868 kam auch Sir Robert Napier dort an. Von hier gieng der Marsch nach Senafe, wo Napier am 31. Januar eintraf. Zwischen diesem Orte und Zulla wurde ein Feldtelegraph und zum Erstaunen der Einwohner auf einer Strecke Weges auch eine Eisenbahn angelegt. Von Senafe führte der Weg über Adigirat und Antalo, von wo aus der schwierigste Theil des Marsches begann, da der Weg von Antalo nach Magdala über Gebirgspässe von 10,000 Fuß Höhe und zuletzt über die tiefen Schluchten des Ta-

Digitized by Google

kassie, Dschita und Beschilo führt. Wenn die Bevölkerung sich hier schwierig zeigte, so konnten den Engländern große Verluste beigebracht werden. Die Thätigkeit des sprach- und terrainkundigen deutschen Gelehrten Munzinger kam ihnen sehr zu Statten. Die Schwierigkeiten wurden glücklich überwunden, und am 10. April, am Charfreitag, passirte ein Theil des Heeres die 3600 Fuß tiefe Schlucht des Beschilo. Oestlich von dieser erhebt sich isolirt das Gebirge von Magdala bis zu 9000 Fuß Höhe. In der auf demselben angelegten Felsenfestung war Theodor am 29. März angekommen. Er hatte im Oktober Debra Tabor verlassen, die dort eingekerkerten Europäer und alle europäischen Angestellten mitgenommen, hatte einen größeren Weg als die Engländer zurückzulegen und konnte mitten durch eine aufständische Bevölkerung mit seiner unbehilflichen Artillerie auf einem so schwierigen Terrain nur langsam vorrücken. Wenn die Engländer von Senafe aus ihren Marsch beschleunigt hätten, so hätten sie vor ihm Magdala erreichen und die dortigen Gefangenen vor seiner Ankunft befreien können. Dieser Plan wurde in Erwägung gezogen, aber nicht zweckmäßig gefunden, da zu befürchten war, daß nach Befreiung der Gefangenen von Magdala Theodor diejenigen, welche er mit sich führte, seiner Wuth zum Opfer bringen werde. Freilich war auch das Gelingen des anderen Planes höchst zweifelhaft und zu befürchten, daß durch einen Angriff auf Magdala das Leben sämtlicher Gefangenen preisgegeben werde. Jedenfalls hieng ihr Leben nicht von der Macht der Engländer, sondern von der zufälligen Stimmung Theodors ab. So unberechenbar auch seine Gedanken und Leidenschaften waren, so lag doch der Entschluß, im schlimmsten Fall sich mit den Gefangenen dem Tode zu weihen, sehr nahe. Daß es anders kam, hatten die Engländer hauptsächlich seiner fast kindischen Weise, die Unterhandlungen zu führen, zu verdanken.

Auf die Nachricht, daß der Vortrab der Engländer die Beschiloschlucht passirt habe und mit einem Theil der von den Maulthieren getragenen Bagage gegen Magdala anrücke, beschloß Theodor, einen raschen Angriff zu machen, die Abtheilung abzuschneiden, die Bagage zu erbeuten und dadurch den Muth und die Kampflust der Seinigen zu erhöhen. Er griff also am 10. April zwischen 4 und 5 Uhr Abends mit 5000 Musketieren und 1000 Speerträgern an. Seine Leute rannten den steilen Abhang hinab

Digitized by Google

und stürzten sich mit lautem Geschrei auf den Feind, während von der Anhöhe aus 7 Kanonen vergeblich die Engländer zu treffen suchten. Die Abessinier wurden von dem Feuer der englischen Stahlkanonen empfangen, und durch die Schüsse der Sniderbüchsen wie Gras unter der Sichel niedergemäht. In kurzer Zeit lagen 800 Abessinier todt und 1500 verwundet auf dem Schlachtfeld. Die übrigen eilten den Berg wieder hinauf, von den Engländern mit Raketen verfolgt; viele suchten das Weite. Die Engländer, welche 1600 Mann im Gefecht gehabt hatten, hatten 20 Verwundete und keinen Todten.

Mit dieser Niederlage war Theodors Muth gebrochen. Er hätte besser daran gethan, sich auf die Defensive zu beschränken und seine ganze Kraft darauf zu verwenden, daß er die Stürme der Engländer auf Magdala möglichst lange abschlage und sie ihren Sieg theuer bezahlen lasse. Nun aber dachte er, da sein Heer zu großem Theil vernichtet und versprengt war, nur noch an Aussöhnung mit den Engländern, um wenigstens sein Königreich zu retten. Daher schickte er am Morgen des 11. April den Lieutenant Prideaux, den Missionär Flad nebst einem seiner Beamten an Napier und ließ durch sie die Freilassung sämtlicher Gefangenen anbieten, falls die Engländer ihm bei der Wiedereroberung seines Reiches behilflich seien. Die Antwort war, daß er sofort alle Europäer auszuliefern, Magdala zu übergeben und sich selbst bedingungslos der Königin Victoria unterwerfen müsse, wofür ihm ehrenhafte Behandlung versprochen wurde. Auf solche Bedingungen wollte er nicht eingehen und versuchte schon an diesem Tage, sich mit einer Pistole den Tod zu geben, woran ihn die Soldaten verhinderten. Darauf beschloß er, alle Gefangenen ohne weitere Bedingung den Engländern auszuliefern, was auch am 11. und 12. April ausgeführt wurde. Männer, Frauen und Kinder, 60 an der Zahl, kamen mit ihrem Gepäck den Berg herab und wurden im englischen Lager mit Jubel aufgenommen. Aber seine Hoffnung, durch diese Auslieferung günstigere Bedingungen zu erhalten, wurde nicht erfüllt. Am 13. April, am Ostermontag, erklärte er seinen Leuten, daß er sich nicht ergeben werde, sondern lieber bei der Vertheidigung Magdalas fallen wolle. Wer sein Leben retten wolle, könne gehen. Die Meisten giengen, nur 16 seiner treuesten Anhänger hielten bei ihm aus. Die Engländer näherten sich der Festung, eröffneten um 2 Uhr die Be-

Digitized by Google

schießung und giengen um 4 Uhr zum Sturm über. Bald war das erste Thor, hinter welchem Theodor und seine Leute postirt waren, genommen, gleich darauf auch das zweite, hinter welches Theodor sich zurückgezogen hatte, und um 4 Uhr 15 Minuten wehte die Fahne Englands vom Gipfel der Festung herab. Fünf Minuten vorher hatte Theodor in einer hinter dem zweiten Thor gelegenen Hütte mit einer Pistole, die er in den Mund abfeuerte, den Schädel sich zerschmettert. Seine Gemahlin Toronetsch und ihr Sohn fielen in die Hände der Engländer. Die erstere starb auf dem Rückzug des Heeres, letzterer wurde nach England gebracht.

Was an der Felsenfestung zerstörbar war, wurde am 17. April in Brand gesteckt. An diesem und dem folgenden Tage wurde der Rückmarsch angetreten und das Land einem neuen Chaos von Aufständen und Häuptlingskriegen preisgegeben. Die Kriegsbeute war nicht bedeutend. Einige Kostbarkeiten und Kuriositäten wurden von Napier der Königin durch Oberst Milward überschickt, der sie am 18. Juni in Windsor übergab. Darunter waren zwei Kronen, einige Staatsgewänder und das Siegel Theodors. Die Truppen kehrten wieder nach Zulla zurück und schifften sich dort am 1. Juni ein. Die befreiten Gefangenen, von welchen manche ihre Heimat seit Jahren nicht mehr gesehen hatten, eilten über Suez nach Europa zurück. Die Expedition war damit zu Ende. Sie hatte ihren Zweck vollständig erreicht und durch strenge Einhaltung des Zieles, durch Vermeidung aller Nebenwege und Sonderinteressen einen fast beispiellosen Akt von Hochherzigkeit und Uneigennützigkeit vor der ungläubigen und erstaunten Welt ausgeführt. Ob die Sache so glatt und so ideal abgelaufen wäre, wenn ein Mann wie Palmerston die Zügel der Regierung geführt hätte, muß dahingestellt bleiben. Aber auch die damalige Regierung scheint starke Anwandlungen von Versuchung durchgemacht zu haben. Wenigstens schreibt man Disraeli das Wort zu: „Wenn wir eine Majorität im Unterhaus gehabt hätten, so hätten wir anders gehandelt.“ Mit um so größerer Genugthuung trat er am 27. April im Unterhaus auf, beglückwünschte dasselbe wegen des glücklichen Erfolgs dieser Expedition, und nachdem er dem Heerführer und den Truppen für ihre Beweise von Einsicht, Ausdauer und Tapferkeit die gebührende Anerkennung gezollt hatte, fuhr er fort: „In Bezug auf diesen Feldzug lassen Sie mich sagen, daß Sie, wenn Sie seinen eigen-

Digitized by Google

thümlichen Charakter, den Marsch von 400 Meilen in unbekanntes Land, die Vorsicht, Geduld und vor allem die Festigkeit des Befehlshabers in Erwägung ziehen, kaum ein anderes Ereigniß in der Geschichte finden werden, mit dem es zu vergleichen wäre als Kortez' Zug durch Mexiko. Ein großer Unterschied aber waltet zwischen der abessinischen und jener mexikanischen Expedition des Kortez ob: daß wir in Abessinien nicht einrückten, um die Unschuldigen zu plündern, sondern von unserem Gefühle der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit, der Religion, der Civilisation angetrieben, und daß wir jetzt im Begriffe sind, das Land in einer Weise zu räumen, welche die Reinheit unserer Beweggründe vor der ganzen Welt beweisen wird."

Was mag man in den Tuilerien bei diesen Worten Disraeli's gesagt oder gedacht haben! Denn wer diesen sarkastischen Engländer kennt, dem wird es schwer sein, zu glauben, daß er bei dieser Vergleichung mit Mexiko den alten Ferdinand Kortez vom Jahr 1520 und nicht Kaiser Napoleon III. und seinen Marschall Bazaine gemeint habe. Dann erst erhält die Parallele die richtige Beleuchtung, freilich auch einen bedeutenden Zuwachs an Schärfe. Die französische Presse war auf die ganze Expedition sehr übel zu sprechen. Man sah es in Paris sehr ungern, daß dadurch der englische Einfluß im Orient vermehrt werde. Der einzige Trost war der Gedanke, daß Abessinien für die Engländer zu einem Mexiko werden möchte. Nun kam Ende Aprils die Nachricht von der Einnahme Magdala's und vollends bald darauf die von der Einschiffung der Truppen. Jetzt blieb den Franzosen, im Gedanken an ihre ungeheuren Verluste in Mexiko an Menschen, an Geld, an politischer Ehre und Geltung, nichts mehr übrig, als mit dem „Constitutionnel" über die Katastrophe des Königs Theodor in salbungsvollen Betrachtungen sich zu ergehen und diese Vorgänge „ausnehmend tragisch und Mitgefühl erweckend" zu nennen. Wenn sie unbefangen über die Sache nachdenken wollten, so konnten sie finden, daß der Unterschied hinsichtlich des so verschiedenen Ausgangs der mexikanischen und der abessinischen Expedition darauf beruht, daß in Frankreich ein rein persönliches Regiment geführt wird, der Wille einer einzigen Person mit einer Art absoluter Allmacht sich geltend macht, während in England die Regierung für jeden ihrer

Digitized by Google

Schritte dem Parlament verantwortlich ist und dieses eine sehr eifersüchtige und strenge Controle führt.

Im übrigen hatte England, trotz aller Kämpfe im Parlament, um das Ministerium und um die Parlamentsstellen, ein ruhiges Jahr. Der Fenianismus hatte sich bei den Demonstrationen des vorigen Jahres die Finger verbrannt und beschränkte sich daher auf kleinere Unternehmungen, wie Plünderungen von Waffenläden. Als ein Nachzügler dieser unheimlichen Verschwörung war jenes Attentat zu betrachten, welches am 13. März in Port Jackson in Australien ein Fenier, Namens O'Farrel, auf den zweiten Sohn der Königin Viktoria, auf den Herzog Alfred von Edinburg, machte. Die durch einen Pistolenschuß beigebrachte Wunde war glücklicherweise nicht lebensgefährlich. Das Parlament trat nach kurzer Vertagung am 13. Februar wieder zusammen. Am 25. Februar reichte Graf Derby aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung als erster Lord des Schatzes oder Premierminister ein, worauf Disraeli, bisher Kanzler der Schatzkammer, mit der Bildung des neuen Kabinets beauftragt wurde. Da die bisherigen Minister auch unter Disraeli ihre Posten behielten, so war das neue Kabinet eine Fortsetzung des vorigen, zumal Lord Stanley, Derby's Sohn, die auswärtigen Angelegenheiten zu leiten fortfuhr, nur mit dem Unterschied, daß statt der Ritterlichkeit und der aristokratischen Würde, womit Graf Derby seine Amtsführung umgab, eine ungemeine Nüchternheit und kalte Verständigkeit eintrat. Der neue Premier war von plebejischer Abkunft, von portugiesisch-jüdischem Blut, seines Handwerks ein Schriftsteller, und es war eine Ironie des Schicksals, daß gerade die Tories ihn zu ihrem Leiter sich auswählen mußten.

Doch dauerte die Regierung dieses ersten bürgerlichen Premierministers von England nicht lange. Die liberale Partei hatte sich vorgenommen, mit der irischen Frage gründlich aufzuräumen. Sie hatte an Gladstone, der aus ziemlich konservativen Anfängen zu seinem jetzigen Liberalismus vorgeschritten ist, im Jahre 1845 Colonialminister und zweimal Schatzkanzler war, einen sehr tüchtigen Führer. Wie nothwendig es war, daß das Parlament mit den irischen Zuständen sich näher beschäftigte, zeigt schon der Umstand, daß seit 3 Jahren die Habeascorpusakte dort aufgehoben war, die Besatzungen verstärkt werden mußten und die politischen Prozesse kein Ende nahmen. Das irische Volk hatte nur zu viel Grund zur

Digitized by Google

Unzufriedenheit. Die furchtbaren Schläge, welche Cromwell demselben beigebracht hat, haben bis auf den heutigen Tag deutliche Spuren zurückgelassen. Zu den schreiendsten Mißständen gehört die Stellung der irischen Staatskirche. Während man sonst unter Staatskirche diejenige Kirche versteht, zu welcher die Majorität der Einwohner eines Landes sich bekennt, heißen die Engländer diejenige Kirche in Irland die Staatskirche, welche das in England vorherrschende, das anglikanische Bekenntniß hat. Zu dieser anglikanischen Kirche gehören höchstens 700,000 Einwohner von Irland; die Zahl der Katholiken aber beträgt 4½ Million, die der Presbyterianer (protestantische Dissenters) gegen 600,000. Also nicht mehr als ⅛ der ganzen Bevölkerung Irlands sind Anglikaner, und doch heißt ihre Kirche die Staatskirche, zählt 2 Erzbischöfe nnd 12 Bischöfe und hat ein Einkommen von mehr als 400,000 Pfund Sterling. Die 4½ Million Katholiken sind es, welche dieser anglikanischen Kirche den Zehnten geben und daneben noch ihre eigene Kirche durch freiwillige Beiträge unterhalten müssen. Vom Staat erhalten die Katholiken nichts als die Summe von 26,360 Pfund Sterling zur Unterhaltung eines katholischen Priesterseminars, das Mainooth-College, die Presbyterianer jährlich einen Zuschuß von 39,000 Pfund Sterling. Dies sind Zustände, welche nur in einem Lande möglich sind, das man immer noch als ein erobertes betrachtet. Hier kann schlechterdings nicht anders geholfen werden als durch Gleichstellung der Kulte in religiöser, politischer und finanzieller Beziehung.

Ein anderer, nicht geringerer Mißstand, dessen Beseitigung späteren Jahrzehnten vorbehalten sein mag, betrifft die agrarischen Verhältnisse. Daß der größere Theil des irischen Grundbesitzes in den Händen einiger eingewanderten englischen und schottischen Familien sich befindet, der irische Bauer größtentheils nur Pächter oder Taglöhner ist, ist eine Abnormität. Sie hat ihren Grund in den massenhaften Güterkonfiskationen, welche unter der Regierung der Königin Elisabeth, Jakobs I., Cromwell's und Wilhelms III. vorgenommen wurden. Auch diese Frage wird bereits aufs schärfste besprochen. Der Nationalökonom Stuart Mill erklärte in einer Broschüre geradezu, daß die ganze civilisirte Welt mit Ausnahme Englands den Forderungen der Irländer Recht gebe, welche dahin gehen, daß der Bebauer des Landes zum Besitzer desselben gemacht

Digitized by Google

werden müsse. Wer das Land säe, solle auch ernten dürfen. Es sei ebenso unnatürlich als unmoralisch, daß ein Eigenthümer, der nicht säe, sich das Recht anmaße, denjenigen, der dies für ihn besorge, von seinem Boden zu verweisen. Die Gesetzgebung über die Pachtverhältnisse sei eine ganz unrechtmäßige und müsse radikal umgeändert werden, wenn anders England im ruhigen und dauernden Besitze Irlands bleiben wolle. Da hier aber ohne die stärksten Eingriffe in das Eigenthumsrecht von Privatpersonen nicht zu helfen ist, so ist diese agrarische Frage weit schwieriger zu lösen als die kirchliche.

Zur Lösung der letzteren gab es verschiedene Wege. Die Tories schlugen vor, die anglikanische Kirche als staatliche Institution aufzuheben, aber als selbständige Körperschaft im Besitz ihrer Einkünfte zu lassen, den katholischen Klerus dagegen aus der Staatskasse zu bezahlen. Diesem Antrag steht entgegen, daß es ein großer Luxus wäre, einer Minoritätskirche ein so reiches Einkommen zu lassen, um dadurch der Staatskasse eine so große Ausgabe zu verursachen. Einen anderen Vorschlag machte Lord Russel: „Die Einkünfte der Staatskirche, je nachdem sie durch Erledigung der Pfründen verfügbar würden, unter den verschiedenen Konfessionen zu vertheilen, so daß nach und nach die bisherigen Einkünfte der Staatskirche unter die 3 in Irland vertretenen Konfessionen (Katholiken, Anglikaner, Presbyterianer) nach ihren numerischen Verhältnissen vertheilt würden und auf die Katholiken $^6/_8$, auf die beiden andern je $^1/_8$ kämen." Mit diesem weder unbilligen noch unpraktischen Vorschlag ist Gladstone nicht einverstanden und verfolgt, scheint es, den Plan, sämtliche Einkünfte der Staatskirche einzuziehen und sie ausschließlich für Irland, jedoch nicht für kirchliche, sondern für andere Bildungszwecke (Schulen) zu verwenden. Da nun einstweilen Gladstone Premierminister geworden ist und in dem neu gewählten Parlament über eine Mehrheit von mehr als 100 Stimmen verfügt, so ist er trotz der Abneigung des Oberhauses Herr der Lage, und es wird sich bald zeigen, auf welchem Wege er den Stiefkindern Englands gerecht werden will.

Vorerst brachte Gladstone am 23. März, nachdem sich Disraeli kaum auf seinem hohen Posten eingewöhnt hatte, drei die irische Kirche betreffende Resolutionen im Hause der Gemeinen ein: 1) daß

Digitized by Google

es nach der Ansicht dieses Hauses nothwendig ist, daß die Staatskirche von Irland als Staatskirche zu bestehen aufhöre, während allen persönlichen Verhältnissen und allen einzelnen Eigenthumsrechten gebührend Rechnung getragen werde; 2) daß es den vorstehenden Erwägungen entsprechend angemessen ist, die Schaffung neuer persönlichen Interessen durch die Ausübung irgend eines öffentlichen Patronats zu verhindern und die Thätigkeit der Kirchenkommission für Irland bis zur endgiltigen Entscheidung des Parlaments auf solche Gegenstände zu beschränken, die von dringendster Nothwendigkeit sind oder die Rechte Einzelner berühren; 3) daß Ihrer Majestät eine ergebene Adresse überreicht werde mit der demüthigen Bitte, daß im Hinblick auf die vorbenannten Zwecke Ihre Majestät geruhen möge, Ihren Antheil (d. i. das Patronat der Regierung) an den Einkünften der Erzbisthümer, Bisthümer und anderer kirchlichen Würden und Pfründen in Irland dem Parlament zur Verfügung zu stellen." Hiezu ließ Disraeli durch seinen Kollegen Lord Stanley am 27. März ein Amendement ankündigen, wodurch die ganze Sache auf die lange Bank geschoben werden sollte. Es lautete: „Das Haus gibt zu, daß wesentliche Abänderungen in den Temporalien der irischen Staatskirche nach Schluß der schwebenden Untersuchung angezeigt erscheinen dürften, ist jedoch der Ansicht, daß jeder die Abschaffung oder Säkularisirung besagter Kirche bezweckende Vorschlag der Entscheidung eines neuen Parlaments vorbehalten werden solle."

Am 30. März wurde die irische Debatte im Unterhause eröffnet und endigte am 3. April mit einem glänzenden Sieg der Opposition. Lord Stanleys Amendement wurde mit 330 gegen 270 Stimmen verworfen, Gladstone's Antrag, daß das Haus sich sofort als Comité über die irische Frage konstituiren solle, mit 328 gegen 272 Stimmen angenommen. Somit blieb das Ministerium bei der ersten Abstimmung mit 60, bei der zweiten mit 56 Stimmen in der Minderheit. Die Geschäftsordnung des Unterhauses verlangte nun, daß Gladstone seine drei Resolutionen dem Hause einzeln zur Berathung und Abstimmung vorlege. Die erste Resolution, daß die irische Staatskirche als solche zu bestehen aufhören solle, wurde am 1. Mai mit 330 gegen 265 Stimmen angenommen. Das Ministerium war mit 65 Stimmen in der Minderheit geblieben. Nach parlamentarischem Brauch hatte es,

Digitized by Google

da es in einer so wichtigen Frage das Vertrauen der Mehrheit des Unterhauses nicht mehr besaß, keine andere Wahl, als abzudanken oder das Parlament aufzulösen und durch Ausschreibung von Neuwahlen an die Stimme des Landes zu appelliren. Dem ehrgeizigen Disraeli, welcher mit kindischer Freude an seinem Portefeuille hieng, war es möglich, diese beiden Klippen zu umschiffen und trotz aller Vorwürfe und allen Hohnes, der ihm im Unterhause wegen seines unkonstitutionellen Benehmens gemacht wurde, sich im Amt zu erhalten und all seine Niederlagen zu überleben. Er hielt es zwar nach dieser Abstimmung für nöthig, „die Lage des Kabinets in Ueberlegung zu ziehen", und begab sich zur Königin nach Osborne. Am 4. Mai kündigte er dem Unterhaus an, daß die Königin die Entlassung des Kabinets verworfen und ihn ermächtigt habe, das Parlament aufzulösen. Er werde die Auflösung dann vornehmen, wenn durch sie das reformirte Parlament einberufen werden könne, was im Herbst möglich sein werde. Gladstone protestirte gegen das Benehmen des Ministers, der bei seiner Unterredung mit der Königin nur seine eigene Stellung im Auge gehabt habe, und erklärte, daß die Opposition die vorliegenden Resolutionen durchführen werde, um dem nächsten Parlament den Weg zur Aktion zu bahnen. Die 2. und 3. Resolution wurden am 7. Mai vom Unterhause angenommen. Damit war der erste Akt der irischen Kirchenfrage erledigt. Auf dies hin wurde im Sinne der dritten Resolution eine Adresse an die Königin gerichtet, welche sie am 12. Mai dahin beantwortete, im Vertrauen auf die Weisheit des Parlaments wünsche sie, daß ihre königliche Prärogative der Gesetzgebung in Betreff der irischen Kirche kein Hinderniß in den Weg legen solle. Diese Antwort wurde von der Opposition freudig aufgenommen. Daß die anglikanischen Bischöfe Irlands, die Nutznießer dieser angefochtenen reichen Kirchengüter, gegen die Gladstone'schen Resolutionen waren und der Königin am 14. Mai eine Adresse gegen die Aufhebung der irischen Staatskirche überreichten, darüber wunderte sich niemand. Wenn sie sich aber eine bedeutende Wirkung von derselben versprachen, so hatten sie sich sehr getäuscht. Sie konnten dies schon aus der Antwort der Königin entnehmen, welche lautete: „Ich habe eine Kommission zur Untersuchung der irischen Kirchenzustände ernannt, und das Parlament wird, sobald dasselbe über die Untersuchungsergebnisse unterrichtet ist, unzweifel-

Digitized by Google

haft die geeigneten Maßnahmen zur Aufrechthaltung der wahren Religion unter meinem Volke treffen." Also wie in Oestreich, so verstanden auch in Irland die Bischöfe die Kunst, Privatinteressen und Religion mit einander zu verwechseln und von Gefahr der Kirche, von Herabsetzung der Religion zu reden, wenn man ihnen die Flügel auf eine anständige Art beschnitt.

Am nämlichen 14. Mai brachte Gladstone seine auf die Resolutionen gegründete Suspensionsbill ein, wonach in der irischen Staatskirche bis zum 1. August 1869 keine neuen Ernennungen stattfinden sollten, und das Haus beschloß die erste Lesung derselben. Am 22. Mai und 16. Juni wurde die Bill in zweiter und dritter Lesung angenommen. Anders war ihr Schicksal im Oberhaus. Nachdem sie die erste Lesung am 16. Juni glücklich passirt hatte, erklärte sich das Oberhaus am 30. Juni morgens 3 Uhr mit 192 gegen 97 Stimmen gegen die zweite Lesung, verwarf also den Beschluß des Unterhauses. Vergebens erhob sich für sie Lord Russell, setzte die Ungerechtigkeit gegen das irische Volk, welche in der protestantischen Staatskirche der Insel verkörpert sei, ans Licht und verwies die konservative Partei des Oberhauses auf die Katholiken-Emancipation, die Aufhebung der Kornzölle, die Reformgesetze, welche auch sämtlich anfangs im Oberhause verworfen wurden, aber nachher, als sie im Unterhause von stets anwachsenden Majoritäten aufs neue bestätigt wurden, angenommen werden mußten. Das Oberhaus machte es wie alle Versammlungen, welche einen Brennpunkt der feudalen und klerikalen Interessen bilden. Auch das preußische Abgeordnetenhaus hat mit seinem Oberhaus manchen Kampf zu bestehen. Hier helfen nur energische Machtschritte, wie sie bei der Reformbill vom Jahr 1832 Graf Grey zu thun entschlossen war.

Am 31. Juli wurde die Vertagung des Parlaments ausgesprochen und in der vom Lordkanzler vorgelesenen Schlußrede bemerkt, daß es die Absicht der Regierung sei, „das gegenwärtige Parlament in kürzester Frist aufzulösen, um das Volk in Stand zu setzen, die Früchte des ausgedehnteren Volksvertretungssystems, welches die Weisheit des Parlaments hergestellt habe, zu genießen." Die Auflösung fand denn auch am 9. November statt, und am 16. begannen die Wahlen unter ungeheurer Betheiligung der Wähler. Dabei machte man die Wahrnehmung, daß die Reformbill von 1867

Digitized by Google

dem Wahlrecht eine weit größere Ausdehnung verschafft hat, als von den Begründern der Reformbill angenommen wurde. Die Zahl der Wähler hatte sich um 1,200,000 vermehrt, so daß nun ihre Gesamtzahl 2,447,365 beträgt. Wie bei den deutschen Zollparlamentswahlen Aufrechthaltung des bestehenden Zustandes oder engerer Anschluß an den norddeutschen Bund das Feldgeschrei war, so hier Aufrechthaltung der irischen Staatskirche oder Aufhebung derselben. Eine eminente Mehrheit von Wählern erklärte sich gegen Disraeli's irische Politik und für die liberale Partei. Gladstone und seine Anhänger erhielten durch diese Wahlen eine Mehrheit von etwa 118 Mitgliedern. Nun half kein Widerstreben mehr. Disraeli reichte am 2. December seine Entlassung ein, und die Königin beauftragte am 3. December Gladstone mit der Bildung eines neuen Kabinets. Nach mehrtägigen Verhandlungen war das aus 16 Mitgliedern bestehende Ministerium vollständig gebildet. Darunter befand sich eine erkleckliche Anzahl von whigistischen Lords. Das interessanteste und entschieden populärste Mitglied desselben ist der Quäker John Bright, Präsident des Handelsamts. Am 9. December traten die neuen Minister ihr Amt förmlich an. Der Zusammentritt des neuen Parlaments fand am 10. December statt. Doch mußten, bevor die Session durch eine königliche Thronrede eröffnet werden konnte, verschiedene häusliche Geschäfte des Parlaments bereitigt werden: Wiederwahl des Sprechers Davison und die Beeidigung der neuen Mitglieder, worauf am 15. eine Vertagung eintrat. Die eigentliche Eröffnung ist auf den 16. Februar 1869 angekündigt. Eine eigenthümliche Episode in dieser Wahlbewegung bildete der Anspruch einiger tausend Frauen, namentlich in Manchester, das gleiche Wahlrecht wie die Männer zu haben und demgemäß in die Wahllisten sich einschreiben lassen zu dürfen. Die gleiche Erscheinung, welche einer vollständigen Emancipation der Frauen gleichkäme, findet sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Lordoberrichter war ungalant genug, am 9. November sich dahin zu entscheiden, daß die Frauen das Stimmrecht nicht besitzen.

Ob dieser Ministerwechsel, welcher für die Durchführung der liberalen Ideen in England von der größten Wichtigkeit ist, auch für Deutschlands Interessen günstig sein werde, ob England unter diesem Ministerium bei einem etwaigen Zerwürfniß oder gar Krieg

Digitized by Google

zwischen Preußen und Frankreich auf deutscher oder auf französischer oder auf gar keiner Seite stehen werde, darüber sind verschiedene Vermuthungen aufgestellt worden. Die preußenfeindliche Partei hat natürlich nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, daß derjenige Mann, welcher Lord Stanley in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten abgelöst hat, seinen Antecedentien gemäß eine wesentlich andere Politik befolgen werde. Allerdings hat sich Lord Clarendon indessen als persönlicher Freund Napoleons und als Gönner der östreichischen Politik gezeigt. Dies war aber bekanntlich vor dem Jahre 1866, und einem englischen Politiker zuzumuthen, daß er bei dem Umschwung der Staaten das Beispiel des Vogels Strauß nachahmen solle, kann nur solchen passiren, welche das, was sie gern haben, auch gern glauben. Bei der großen Theilnahme, welche das englische Volk den neuesten Veränderungen in Deutschland gezollt hat, ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn der Satz aufgestellt wird, daß ein englischer Minister, welcher in einem deutsch-französischen Kriege sich auf Frankreichs Seite neigte, durch den Unwillen des Landes sofort zum Rücktritt gezwungen würde. Denn daß England von Deutschland nichts zu fürchten hat, das weiß in England jedes Kind; daß aber England von einem Napoleonischen Frankreich, vollends von einem siegreichen, nichts zu fürchten hat, weder unmittelbar noch mittelbar wie in Belgien, das bezweifelt dort jedes Kind. Und so ist anzunehmen, daß, mag der auswärtige Minister Lord Stanley oder Lord Clarendon heißen, England immer dieselbe Gesinnung gegen Deutschland hegen werde, wie sie Lord Stanley am 13. November in seiner Ansprache an seine Wähler zu Kings Lynn kundgegeben hat. Er äußerte darin unter anderem: „In der gegenseitigen Eifersucht und wachsamen gegnerischen Haltung zweier großen Militärstaaten liegt einige Ursache zur Unruhe und Besorgniß. Unzweifelhaft sind die riesigen Rüstungen, welche auf dem Festlande überall vorgenommen werden, an und für sich schon Quellen von Gefahren; allein soweit ich die Sache übersehen kann, und es stehen mir in dieser Beziehung manche Hilfsmittel zu Gebot, ist das vorherrschende Gefühl kein Verlangen nach Krieg, sondern eher Furcht, in einen Krieg hinein zu gerathen. Da es nun keineswegs leicht ist, Leute gegen ihren Willen an einander zu bringen, und da fast alle Streitigkeiten beizulegen sind, so lange die handelnden Parteien beide den Wunsch hegen, zu einer Uebereinkunft zu gelangen, so

Digitized by Google

verzweifle ich nicht daran, daß jenes Gewitter, das nun schon seit 2 Jahren Europa bedroht, nicht noch vorüberziehen sollte. Betrachten wir die Stellung der beiden Hauptbetheiligten: was kann Preußen in einem Kriege gewinnen? Absolut nichts. Früher oder später ist ihm die Vereinigung von ganz Deutschland unter seiner Führung gewiß. Dieselbe ist, so zu sagen, sein natürliches Erbe, und Preußen braucht nur zu warten, bis es fällig wird. Man könnte nun allerdings fragen: würde Frankreich diese Vereinigung zugeben? und die Antwort wäre vielleicht: heute nicht und auch morgen nicht, wenn der erwähnte Zeitpunkt so bald eintreten sollte. Ich glaube indessen, daß die französischen Staatsmänner mehr und mehr zur Einsicht kommen, daß ein solches Endresultat unvermeidlich, daß es nutzlos ist, gegen den natürlichen Lauf der Dinge sich anzustemmen, und daß schließlich eine Nation von 40 Millionen Seelen mit mächtigen, natürlichen und künstlichen Hilfsquellen und einem unleugbaren lebhaften Patriotismus und entschiedenem Gemeingeist zu stark ist, um etwas von der Vergrößerung seines Nachbars befürchten zu müssen. Allerdings gibt es in Frankreich eine Klasse, die für Krieg eingenommen ist, aber ich glaube, diese Klasse ist viel kleiner, als man hier zu Lande gewöhnlich annimmt. Einige wenige Leute können, wenn sie sich darauf verlegen, ein gewaltiges Geräusch machen, aber der gewöhnliche Franzose der Gegenwart mit seinem Fleiß, seiner Mäßigkeit, seiner Vorliebe für kleine Ersparnisse und seiner Abneigung gegen den Militärdienst, die zumal unter der ackerbauenden Bevölkerung das am entschiedensten hervortretende Gefühl ist, wird sich doch zweimal bedenken, ehe er sich der alten nationalen Leidenschaft für kriegerischen Ruhm überläßt. Meine Ueberzeugung ist, daß, wenn man ein oder zwei Jahre lang Streitursachen aus dem Wege gehen kann, Ueberdruß und Erschöpfung wenigstens eine theilweise Entwaffnung herbeiführen werden, und daß dann wieder der ruhige Zustand früherer Jahre eintritt." Zum Schluß empfahl er den „Inselbewohnern eine isolirte Politik" und beglückwünschte sie, unter allen Umständen einen so treuen und tüchtigen Alliirten zu haben, „den Kanal".

Eines so natürlichen Verbündeten kann sich Deutschland nicht rühmen. Es ist daher auch nicht in dem glücklichen Falle, eine isolirte Politik treiben zu können. Mitten in Europa liegend, empfindet es alle Wellenschläge der europäischen Politik. Die Vor-

Digitized by Google

gänge vom Jahre 1866 und die glückliche Neugestaltung Deutschlands im Jahre 1867 wirkten so aufregend auf die Nerven unserer Nachbarn, daß weder in Rumänien noch in Spanien, weder in Italien noch in Griechenland eine brennende Frage auftauchte, ohne daß man die preußisch-uniformirten Regisseurs dabei sah und die blanken preußischen Thaler klingen hörte. Kein Wunder, sagte man, wenn die Rechnung mit einem Deficit von 5 Millionen schloß, eine Summe, welche die an die Großartigkeit der Zahlen gewöhnten Franzosen und Italiener gerne sich gefallen ließen. In nichts erkennt man so sehr den Umschwnng der Verhältnisse, die gründliche Besserung der internationalen Lage, als in dem achtungsvollen Urtheil des Auslands über Deutschland und in der warmen Zustimmung mißvergnügter Emigranten von 1848 zu den Schöpfungen der Neuzeit. Haben auch die beiden letzten Jahre nicht alles gebracht, was man von ihnen erwartet hat, hat insbesondere das Jahr 1868 nicht diejenigen Erfolge aufzuweisen, welche ein durch glänzende Bülletins verwöhntes Publikum zu seiner weiteren Unterhaltung verlangte, so ist es doch grundfalsch, wenn man von Rückschritten spricht, ja schon, wenn man behaupten will, daß der Einigungsprozeß nicht vorwärts gehe. Man kann nicht jedes Jahr eine Schlacht von Königgrätz schlagen, nicht jedes Jahr 5 Millionen Deutsche annektiren, nicht jedes Jahr einen norddeutschen Bund und ein Zollparlament schaffen. Dies sind Thaten von welthistorischer Bedeutung, auf welche begreiflicherweise eine Periode der stillen Sammlung folgt. Auf das Essen, folgt bekanntlich das Verdauen. Gerade für die Einheitsbestrebungen liegt darin, daß das Militär von Hessen, von Baden, ja selbst von Württemberg im Jahre 1868 nach preußischem Muster organisirt worden ist, ein Moment, das möglicherweise schwerer in die Wagschale fällt als die Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments. Und wie stark sind denn neuerdings diejenigen Fraktionen in den süddeutschen Kammern, welche gegen die „Vergewaltigung durch Preußen" und für die Nothwendigkeit eines Südbunds plädiren? Man lese die Adressedebatten in der württembergischen Abgeordnetenkammer vom December 1868 und vergleiche sie mit der Adressedebatte vom Oktober 1866, und man hat dann die Antwort in hübsch abgerundeten Zahlen, sehr faßlich für jedes Begriffsvermögen. Die Frage

Digitized by Google

über Fortschritt oder Rückschritt oder auch nur Stagnation wird ebendamit entschieden sein.

Der norddeutsche Bund begann das Jahr 1868 mit der Ernennung von Bundestagsgesandten. Am 1. Januar (zum Theil auch früher oder später) überreichten die preußischen Gesandten in Petersburg, Wien, Florenz, Paris und London ihre Beglaubigungsschreiben als Bundesgesandte. Mit der Annahme derselben, die nirgends auf Widerstand stieß, war der norddeutsche Bund von diesen Höfen formell anerkannt. Das traurige Schauspiel, in welchem die diplomatischen Vertreter einer und derselben Nation im Auslande gegen einander intriguirten, wird jetzt, wo eine starke Macht diese Nation repräsentirt, seinen letzten Akt ausgespielt haben, es müßte denn sein, daß man in Darmstadt gesonnen wäre, unter der Aufschrift „selbständige europäische Politik von zwei Drittheilen eines deutschen Großherzogthums" nachträglich den Stoff zu einer Posse zu liefern. Die Stellung des norddeutschen Bundes gegenüber dem Ausland war nach allen Seiten eine achtunggebietende, würdevolle. Der deutsche Name war geachtet, der deutsche Staatsbürger fand in den fernsten Welttheilen gute Aufnahme und, wenn es nöthig war, Schutz. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in Nordamerika nahmen an Intimität sichtbar zu. Die Thätigkeit des amerikanischen Gesandten in Berlin, des als Geschichtschreiber bekannten Bancroft, trug zu diesem Resultate nicht wenig bei. Derselbe schloß am 22. Februar mit einem Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes den Naturalisationsvertrag, vorerst auf 10 Jahre, ab, wonach ein in Amerika naturalisirter Norddeutscher nach fünfjährigem Aufenthalt in Amerika von den norddeutschen Bundesregierungen als amerikanischer Bürger angesehen wird, also bei seiner etwaigen Rückkehr nach Deutschland nicht zur Erfüllung seiner Militärpflicht angehalten werden kann. Ausgenommen sind die Verbrecher und Deserteure. Dieser Vertrag wurde auch von den süddeutschen Höfen, an welche sich Bancroft im Frühjahr begab, angenommen. Die Vortheile derselben sind, obgleich er auf Gegenseitigkeit gegründet ist, fast ausschließlich auf Seiten Amerika's. Dieses hatte sich bisher besonders über das Verfahren Englands zu beklagen. Hier wurde angenommen, daß das britische Unterthanenverhältniß trotz der Naturalisation nicht verloren gehen könne, und demgemäß wurden Unterthanen der englischen Krone, welche in Amerika längst naturalisirt

Digitized by Google

waren, wegen ihrer auf amerikanischem Boden vollzogenen Handlungen, falls sie nach England kamen, angeklagt, verhaftet und verurtheilt. Wenn aber die Tausende und Hunderttausende von ausgewanderten Irländern oder Deutschen in das alte Vaterland nicht zurückkehren können, ohne verhaftet und zur Kriegspflicht herangezogen zu werden, wie steht es dann mit der Achtung vor dem gewaltigen Sternenbanner? In einem Lande, das in dem Grade wie Amerika auf Einwanderung angewiesen ist, ist diese Frage von der höchsten Bedeutung. Um so größer war die Freude über das Entgegenkommen des norddeutschen Bundes. Die New-Yorker Blätter brachten begeisterte Artikel, um nachzuweisen, daß Amerika zu keinem andern Lande sich so hingezogen, eine solche Stammes- und Interessen-Verwandtschaft in sich fühle wie zu Deutschland. In dem Kriege mit den konföderirten Staaten seien der Union von Deutschland aus keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden, und statt der Kundgebungen der Schadenfreude, wie sie England und Frankreich gezeigt hätten, seien aus Deutschland nur Beweise herzlicher Sympathien gekommen. Zugleich sei nirgends der feste Glaube an den Fortbestand der Republik klarer und thatkräftiger hervorgetreten als in Deutschland; nirgends hätten ihre Schuldverschreibungen eine bereitwilligere Aufnahme gefunden. Deutschland sei mit Abschließung des Naturalisationsvertrages allen anderen Völkern vorangegangen; sein Beispiel werde England und Frankreich zur Nachfolge nöthigen.

Dieser Vertrag wurde als die Morgengabe des zwischen Deutschland und der Union geschlossenen Bundes bezeichnet und ein zweiter Antrag, welcher gleichfalls von Deutschland ausgieng, mit gleichem Beifall begrüßt. Der norddeutsche Reichstag hatte beschlossen, an den Bundeskanzler die Aufforderung zu richten, er möchte darauf hinwirken, daß bei dem gegenwärtigen friedlichen Einvernehmen mit den auswärtigen Mächten Verhandlungen eingeleitet werden, welche zum Zweck haben, durch Uebereinkunft von Staat zu Staat die Freiheit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatze des Völkerrechts zu erheben. Es ist zu hoffen, daß diese Frage, welche die Unterdrückung einer privilegirten Seeräuberei zum Gegenstand hat, die europäischen Kabinette bald beschäftigen und diejenigen, welche so viel von Civilisation zu reden wissen, rasch für sich einnehmen wird. Unter solchen

Digitized by Google

Umständen konnte es nicht fehlen, daß Präsident Johnson den Baron Gerolt, welcher ihm am 24. Januar sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter des norddeutschen Bundes überreichte, der wärmsten Sympathien Amerikas versicherte, und daß die Ankunft des ersten norddeutschen Generalkonsuls in New-York, Hr. Rösing aus Bremen, am 17. Oktober aufs glänzendste gefeiert wurde. Durch alle Toaste klang die Vergleichung der politischen Verhältnisse Deutschlands und der Union, das Lob der wackeren Deutschen, welche an der Entwicklung der Union so thätigen Antheil genommen, durch ihre Tapferkeit und Aufopferung den Sieg der Union herbeigeführt hätten. Auch blieb in den maßgebenden Kreisen der Union nicht unbemerkt, welch intime Beziehungen Graf Bismarck zu dem amerikanischen Gesandten Bankroft unterhalte, und welche Aufmerksamkeiten er dem amerikanischen Bürger Karl Schurz erwiesen habe. Letzterer, der bekannte Befreier des Dichters Kinkel, deßhalb steckbrieflich verfolgt, dem Manteuffel'schen System glücklich entronnen, im amerikanischen Krieg zum General avancirt, hatte bei seinem vorübergehenden Aufenthalt in Berlin am 28. Januar eine lange Unterredung mit Graf Bismarck, wo diese beiden, durch ihre Offenheit ausgezeichneten Staatsmänner über europäische und amerikanische Politik „frisch von der Leber weg sprachen." Von dieser Unterredung ist einiges in die Oeffentlichkeit gedrungen, und Schurz selbst hat einem amerikanischen Blatte Bericht darüber erstattet. Darin macht er über Graf Bismarck die richtige Bemerkung, daß er sein Augenmerk weniger auf die durchgehende Konsequenz gewisser Grundsätze gerichtet habe als vielmehr auf die Berechnung und Anwendung von Kräften für große, klar definirte Zwecke. So konservativ auch seine Grundsätze seien, so habe er doch einen Bund mit den ungarischen Freischärlern zur Bekämpfung Oestreichs nicht verschmäht und das allgemeine, direkte Wahlrecht eingeführt. Seine alten Freunde, die feudalen Junker, seien längst nicht mehr mit ihm zufrieden. Auch den Vertretern des alten starren preußischen Bureaukratismus werde es nachgerade unheimlich, wenn sie sehen und hören müssen, daß sein sarkastischer Witz auch die „Geheimrathswirthschaft" nicht mehr schone, und daß er gerne auch mit preußischen „Eigenthümlichkeiten" gründlich aufräumen würde, um seine nationalen Ziele rascher und sicherer zu erreichen.

Bei der Besprechung der amerikanischen Verhältnisse äußerte Schurz,

Digitized by Google

daß die Erhebung des Generals Grant auf den Präsidentenstuhl die engen Beziehungen Amerika's zu Deutschland sehr fördern würde. Da diese durch die Abstimmung vom 4. November entschieden, Schurz selbst im Staate Missuri zum Senator gewählt worden ist, so mag bei dem ungemeinen Einfluß dieser beiden Männer, bei der steigenden Bedeutung des deutschen Elements in der Union, das eben jetzt in Schurz seinen Führer verehrt, aus dieser friedlichen Aussaat manch schöne Frucht erwachsen. Man hat früher so viel von einer Annäherung Amerika's an Rußland gesprochen. Sie ist allerdings eine Thatsache und hatte ihren Grund darin, daß Amerika das Bedürfniß gefühlt hat, in Europa einen mächtigen Bundesgenossen zu haben. Das alte Preußen eignete sich schlecht hiezu; so griff man nach Rußland. Aber die Amerikaner selbst sagen, daß diese Verbindung sehr in den Hintergrund trete gegen den allernatürlichsten Bund Amerika's mit Deutschland. Wie viel daran ist, kann sich vielleicht bald zeigen. Sollte Frankreich die Frechheit haben, um seiner Eifersucht und seines Hochmuths willen uns einen frevelhaften Krieg aufzunöthigen, so werden wir ihn mit der gleichen Ausdauer, wenn es sein muß, zu führen wissen, wie die Union gegen die Rebellen, und die Union wird sich dann erinnern, daß Deutsche es waren, welche sie auf dem Schlachtfelde vor dem Untergang erretteten, wird sich auch des Kaiserthrones erinnern, welchen Napoleon, auf diesen Untergang spekulirend, in Mexiko errichtet hat, und die Millionen Deutsche, welche naturalisirte Bürger der Union sind, werden ihre Pflichten gegen die alte Heimat nie vergessen. Graf Bismarck ist ein Mann, welcher auf mehrere Jahre hinaus die Ereignisse anmarschiren sieht, zu ihrer Benützung oder Bekämpfung bei Zeiten seine Rüstungen vornimmt und seine Allianzen einfädelt: auch jetzt vertraut Deutschland, daß, wenn französisches Raubgesindel an den Küsten der Nord- und Ostsee seine habgierigen Finger ausstrecken sollte, der jungen deutschen Flotte ein mächtiger Bundesgenosse zur Seite stehe.

Daß in einem solchen Falle Dänemark auf Frankreichs Seite stehen würde, braucht kaum erwähnt zu werden und ist in den Traditionen dieses kleinen Staates begründet. Die Unterhandlungen, welche es, dem Artikel V. des Prager Friedens gemäß, wegen Zurückgabe Nordschleswigs mit Preußen angeknüpft hat, sind im Jahre 1868 nicht weiter gediehen als im Jahre 1867. Dem dänischen

Digitized by Google

Gesandten Quaade wurde in der Person des Professors Larsen ein technischer Beirath zur Seite gestellt, und diese beiden hatten in Berlin mit dem preußischen Bevollmächtigten Lothar Bucher zu unterhandeln. Alles was bis jetzt hierüber in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, ist folgendes: Dänemark hatte an den von Preußen aufgestellten 12 Garantiepunkten allerhand auszusetzen gewußt, namentlich hinsichtlich der Regelung der Kirchen- und Schulsprache und des Rechts der abzutretenden deutschen Bevölkerung, ihre Klagen an den Thron des Königs von Preußen bringen zu dürfen, falls sie sich in ihrer Nationalität gekränkt fühlen sollte. Auch hatte es gewünscht, daß Preußen endlich sich offen erkläre, bis zu welchem Punkte südlich von der Königsau die Abtretung stattfinden solle. Preußen gieng in seiner Artigkeit auf diese Herzenswünsche seines nördlichen, bisweilen unartigen Nachbarn ein. Prof. Larsen brachte zwei Depeschen nach Kopenhagen, in welchen Preußen seine Ansicht über die Garantiepunkte aufs allerdeutlichste präcisirte und, für den Fall der Einigung hierüber, die Abtretung des Amts Hadersleben bis zu Gjenner Bucht anbot. Als Antwort kam eine dänische Depesche vom 9. März, worin diese Grenzlinie als unannehmbar bezeichnet wurde und Dänemark sich bereit erklärte, die Garantiepunkte anzunehmen, falls Preußen diejenige Grenzlinie gewähre, welche durch eine freie Abstimmung Nordschleswigs als der Wunsch der Bevölkerung bezeichnet würde. Auf diese Weise hofft Dänemark die Abtretung Schleswigs bis Flensburg erlangen zu können. Da aber innerhalb dieses Rahmens auch Düppel und Alsen, diese glorreich eroberten Punkte, welche Dänemark nach der Abtretung sogleich zu neuen Ausfallsthoren gegen Deutschland umschaffen würde, liegen, so kann sich Preußen auf eine solche Abstimmung unter keinen Umständen einlassen.

Bald nachdem diese Depesche abgegeben war, machte der dänische Kriegsminister Raaslöff, mitten in der Session des dänischen Reichstags im angenehmen Monat April, in Begleitung einiger Officiere eine sogenannte Erholungsreise nach Paris. Da von ihm bekannt war, wie grimmig er Deutschland hasse, und wie er alles aufbiete, um Dänemark so rasch als möglich wieder kriegsbereit zu machen, so wußte man wohl, was man von der Erklärung der dänischen und französischen Blätter, er habe durchaus keine politische Mission, zu halten habe. Die Kreuzzeitung berichtete, sowohl Frankreich als Dänemark hätten in Amerika eine große Quantität von Remington-

Digitized by Google

gewehren bestellt, und Raaslöff habe den Auftrag gehabt, von der französischen Regierung die Einwilligung zu erhalten, daß die amerikanische Fabrik den dänischen Truppen zuerst die Gewehre liefere. Sie setzt hinzu: „War der Zweck der Reise diese Bewaffnungsangelegenheit, so wird die gemeinschaftliche Aufgabe für die Remingtons nicht unberührt geblieben sein." Kaum hatte man die Nachricht von der Rückreise des Kriegsministers erhalten, so meldete ein Telegramm vom 20. April aus Kopenhagen, daß derselbe, von einem Beamten des Marineministeriums begleitet, zum zweitenmal nach Paris reise. Dies war denn doch geradezu herausfordernd. Von einer Erholungsreise wagte kein Blatt mehr zu reden.

Ganz entschieden abweisend, wenn auch in freundliche Formen gehüllt, lautete die dänische Thronrede vom 5. Oktober bei der Eröffnung des Reichstags: „Die Verhandlungen über den Artikel V. des Prager Friedensvertrages sind resultatlos geblieben. Unsere Ansicht über die durch die Gerechtigkeit und das Interesse des Landes geforderte Lösung hat sich nicht geändert. Wir halten es für unsere erste Pflicht, nicht zu einem Arrangement mitzuhelfen, das den Volkswünschen nicht entspricht und uns in eine schwierige Lage zu einer Macht versetzen würde, mit welcher wir eine aufrichtige Freundschaft zu unterhalten wünschen. Wir sind überzeugt, daß Preußen diese Erwägungen billigt, und wir glauben, daß die Lösung der die Theilung Schleswigs betreffenden Frage gelingen wird." Mit dieser Auslassung war die französische Presse vollkommen einverstanden und gerieth wieder in heftiges Bellen gegen Preußen. Die Kreuzzeitung schenkte klaren Wein ein und sprach sich „zu Nutz und Frommen der französischen Presse und des dänischen Reichstags" dahin aus: „Nie und nimmer wird und kann Preußen freiwillig auf die Position Düppel-Alsen, also auch auf Flensburg nicht, verzichten. Niemals ist an einen solchen Verzicht unsererseits gedacht worden; niemals, hoffen wir, wird derselbe ernstlich von der dänischen Regierung gefordert werden. Sollte er aber doch gefordert werden, nun denn, so wird sichs um einen Kampf handeln auf Leben und Tod."

Ein anderes ist nicht möglich. Jahrhunderte lang ist die Ehre Deutschlands in den schleswig'schen Gauen geschädigt worden; es ist endlich einmal Zeit, daß auch hier eine neue Aera beginne. Das preußische Anerbieten, das Amt Hadersleben bis zur Gjenner Bucht unter Annahme der 12 Garantiepunkte abzutreten, ist das äußerste,

Digitized by Google

was geboten werden kann. Nimmt Dänemark dies nicht an, so wird es ihm gehen, wie bei der Londoner Konferenz von 1864, wo es die solidesten Anträge Preußens von der Hand wies, um zuletzt gar nichts zu bekommen. Nicht nur, daß hinter Dänemark das aufhetzende, protegirende Frankreich steht, also jede Concession an Dänemark als eine Concession an Frankreich aufgefaßt wird, ein Umstand, wodurch dem deutschen Ehrgefühl jede Abtretung fast zur Unmöglichkeit wird, sondern Dänemark ist bekanntlich derjenige Staat, welcher, wenn man ihm den Finger bietet, gleich die ganze Hand will und jede deutsche Nachgiebigkeit zu weiteren Ansprüchen ausbeutet. Die Fassung des Artikels V. des Prager Friedens ist eine sehr unbestimmte. Nirgends ist von dem Zeitpunkt der Abtretung, nirgends von der Ausdehnung der „nördlichen Distrikte Schleswigs" etwas gesagt. Es bleibt also kaum etwas anderes übrig, als daß Preußen der dänischen Regierung eine bestimmte Frist setze, bis zu welcher sie sich über das preußische Anerbieten mit Ja oder Nein zu erklären habe. Lautet die Antwort verneinend, so werden die Unterhandlungen abgebrochen, Schleswig bleibt „ungetheilt bis zur Königsau" und Dänemark ist selbst daran schuld, wenn der genannte Artikel nicht zur Ausführung kommt. Deutschland müßte sich zu einem solchen Ausgang Glück wünschen. Wenn auch nur eine einzige deutsche Familie in jene Abtretung inbegriffen wäre, so müßte Deutschland sich fragen, ob es ihre Ausstoßung unter das Dänenvolk auf sein Gewissen nehmen könne. Niemals wird Deutschland vor diesem häßlichen Volke Ruhe haben, bis seine Fahne auf der Stelle aufgepflanzt ist, wo einst Kaiser Otto der Große seinen Speer in das Meer warf. Einstweilen wird an der Befestigung von Kiel mit aller Macht gearbeitet, Stadt und Hafen sollen zu einer Festung ersten Ranges werden; die Stellung von Alsen und Düppel wird neu befestigt; was die Geschützkunst zu leisten vermag, wird zum Schutze dieser Punkte angewandt; die Vermehrung der Flotte geht rüstig vor sich, und an der Panzerfregatte „Wilhelm" hat Preußen das Vollkommenste dieser Art erworben. Diese in aller Stille ausgeführten Arbeiten sind die beste Antwort auf das dänisch-französische Gebrüll.

Mehr noch als von diesen äußeren Verhandlungen und Verwicklungen wurde Deutschland von inneren Fragen in Anspruch genommen, zum Theil solchen, durch welche selbst wieder äußere Fragen

Digitized by Google

geschaffen wurden. Der Verdauungsprozeß des preußischen Staates nahm seinen naturgemäßen, geregelten Verlauf. Die neuen Provinzen lernten, mit Ausnahme der früher so ungemein günstig gestellten Stadt Frankfurt, den Werth ihrer Einfügung in ein größeres Staatswesen immer mehr schätzen. Gab es auch unter den Kreisen der ehemaligen Hofleute und Hoflieferanten, so wie der äußersten Demokratie Unzufriedene, welche die alten Zustände, jeder für seine Zwecke, zurückwünschten, so fanden doch solche Stimmen unter der Masse des Volkes wenig Anklang. Die Resultate wären noch weit größer, wenn nicht von preußischer Seite einige Fehler gemacht würden. Die Bismarck'sche Politik zeichnet sich offenbar durch das aus, was ein neuerer Aesthetiker „Großheit der Gedanken" oder „Stil" heißt. Sein staatsmännischer Blick erweitert sich mit den erreichten Zielen. Wie der Staat selbst jetzt erst zu einer Großmacht herangewachsen ist, so erblickt man auch in seinem Lenker die staatsmännische Reife. Er hält sich nicht mehr ausschließlich an die alten Parteien und Mittel; sie waren ihm recht, um das neue Preußen zu begründen; sie sind es nicht mehr, um ein neues Deutschland aufzubauen. Aber neben dieser schwungvollen Politik macht sich eine kleinliche Büreaukratie noch immer breit. Was man in nationalliberalen Kreisen das System „Mühler-Eulenburg" nennt, hängt wie ein Bleigewicht an der neuen Staatsmaschine. Hier soll das alte preußische System, und wenn es sich auch noch so sehr abgenutzt hat, bis zum Flügge'schen Lesebuch und zum Knaben Veit hinaus, in die neuen Provinzen wie ein befruchtendes Kanalsystem übergeleitet werden, während es weit besser wäre, man gebe auch in dem alten Preußen dem Knaben Veit und was sich daran hängt den Abschiedsbrief. Es muß sich hier nach und nach ein freierer, weniger bevormundender Geist entwickeln; der Geist der Selbstverwaltung muß mehr Spielraum erhalten, Provinzen, Kreise und Gemeinden müssen ihre speciellen Angelegenheiten mit mehr Selbständigkeit betreiben können; der Staat wird sich dabei nicht schlecht stellen, und zu thun wird ihm doch noch viel übrig bleiben.

Auch an dem parlamentarischen Wesen wurden Ausstellungen gemacht. Man nannte es eine luxuriöse Einrichtung, daß jedes Jahr etwa 7 Monate lang die Parlamente zu tagen haben und zwar dreierlei, der Reichstag, das Zollparlament und der preußische Landtag mit Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Allzu weitläufige

Digitized by Google

Behandlung der Berathungsgegenstände, Abspannung der Wähler, der Gewählten und des Publikums müssen die natürlichen Folgen hievon sein. Als Mittel zur Beseitigung dieses Mißstandes wurde vorgeschlagen, den Reichstag als Grundlage des ganzen parlamentarischen Systems aufzustellen. Wie derselbe durch den Hinzutritt der 85 süddeutschen Abgeordneten zum Zollparlament sich erweitere, so solle er durch den Austritt der nichtpreußischen Reichstagsmitglieder zum preußischen Landtag sich verkleinern. Dieser wäre eine Art engerer Reichstag, wie das Zollparlament ein weiterer. Der preußische Landtag würde auf diese Weise, da der Reichstag 297 Mitglieder und darunter 62 Nichtpreußen umfaßt, aus 235 Abgeordneten bestehen. Diese Vereinfachung würde bedeutende Vortheile gewähren: in das parlamentarische Wesen käme eine wohlthuende Einheit, die Geschäfte würden rascher abgemacht, die Sessionen kürzer dauern. Der Ausführung dieser Maßregel stehen freilich hauptsächlich zwei Hindernisse im Wege: neben dem engeren Reichstag gäbe es für ein Herrenhaus keinen Platz mehr, und wenn der König denselben auflöst, wie steht es dann mit dem Reichstag? Dann wäre ja faktisch auch dieser aufgelöst, und doch wäre dies nicht beabsichtigt. Es ist schwierig, über diese zwei Hindernisse hinwegzukommen. Ein anderer Tadel trifft das verantwortliche Bundesministerium, welches in der Person des allein verantwortlichen Bundeskanzlers besteht. Derselbe soll für die Geschäftsführung der andern preußischen Minister, welche die übrigen Bundesangelegenheiten (Kriegswesen, Finanzen, Verkehrswesen u. s. w.) besorgen, verantwortlich sein und kann doch unmöglich all diese verschiedenen Departements leiten. Der Wunsch, welcher schon bei der Berathung des Entwurfs der norddeutschen Bundesverfassung geäußert wurde, daß für die einzelnen Ressorts verantwortliche Chefs ernannt und so ein eigentliches Reichsministerium, den Bundeskanzler an der Spitze, aufgestellt werden möchte, wird daher von Reichstag zu Reichstag wiederholt. Wie vollends die Sachen giengen, wenn der Bundeskanzler nimmer Graf Bismarck hieße, wenn diese kolossale Arbeitskraft, diese reiche Erfahrung, diese ungemeine Gewandtheit, diese seltene Schärfe und Freiheit des Blicks dem norddeutschen Bund nicht mehr zu gut kämen, ist schwer vorauszusagen. Es sind daher Manche der Meinung, daß es vorsichtig wäre, das Haus bei Zeiten zu bestellen. Denn der ganze Mini-

Digitized by Google

sterial- und Parlaments-Apparat ist auf die Länge unhaltbar. Freilich nicht in dem Sinn, wie die Welfen und Demokraten meinen, welche bei jedem Kriegsgeschrei der Cassagnac's in eine Opiumbetäubung versetzt werden und den ganzen Bund schon zusammenbrechen sehen. Unhaltbar nur insofern, als dadurch die jetzigen Zustände als provisorische bezeichnet werden, welche dem definitiven Zustande ebenso sehr wie der ganze norddeutsche Bund entgegensehen. Die Unfertigkeit der gegenwärtigen Formen hängt offenbar mit der Unfertigkeit des jetzigen Deutschlands zusammen. So lange man den Anschluß der süddeutschen Staaten als einen nahe bevorstehenden betrachten durfte, war man mit der Einrichtung eines Provisoriums ganz einverstanden; seitdem aber durch das Resultat der Zollparlamentswahlen die „Krönung des Gebäudes" in unbestimmte Ferne gerückt ist, fragt es sich, ob, trotzdem daß das neue Deutschland noch nicht vollständig konstituirt ist, nicht an die endgiltige Feststellung der Bundesministerien und Parlamente Hand angelegt werden solle.

Das preußische Abgeordnetenhaus, welches am 15. November 1867 einberufen worden war, nahm nach kurzer Vertagung (vom 21. December bis 6. Januar) am 7. Januar seine Geschäfte wieder auf. Der Antrag Laskers auf „Deklaration" des Artikels 84 der Verfassungsurkunde über die parlamentarische Redefreiheit kam am 8. Januar zur zweiten Berathung und wurde mit 174 gegen 144 Stimmen angenommen. Das Herrenhaus verwarf in seiner Sitzung vom 15. Februar sowohl den auf das Recht der Redefreiheit abzielenden Antrag Laskers als auch den von Freikonservativen gestellten Vermittlungsantrag, den Artikel 84 im Sinne von Artikel 30 der norddeutschen Bundesverfassung umzuändern. Sehr wichtig war die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Februar. Es handelte sich um die Zustimmung des Hauses zu dem mit König Georg von Hannover und Herzog Adolf von Nassau abgeschlossenen Entschädigungsvertrag. Der Vertrag mit Georg, bei welchem der hannöversche Abgeordnete Windthorst die Verhandlungen geführt hatte, datirte vom 29. September 1867. Die Entschädigungssumme für beide Fürsten betrug gegen 25 Millionen Thaler, für Georg 16, für Adolf gegen 9. Das Abgeordnetenhaus äußerte ein gerechtes Erstaunen über die Höhe dieser Summe und zeigte Lust, den Vertrag zu verwerfen. Es wußte ja, daß König Georg über die baren

Digitized by Google

Revenüen von wenigstens 6—7 Millionen Thalern zu verfügen habe, eine Summe, welche sich durch verschiedene mitgenommene Werthobjekte, namentlich die sogenannte Silberkammer, auf 11 Millionen Thaler erhöht, und daß er in dem Vertrag mit Preußen die enorme Entschädigungssumme zwar annehme, aber eine Verzichtleistung auf seine Thronrechte mit keiner Silbe erwähne. Und doch war die förmliche Abdankung und die Uebertragung seiner Rechte auf das Haus Hohenzollern das einzig denkbare, aber auch durchaus nothwendige Aequivalent für die Ueberlassung einer solchen Summe. War auch in dem Vertrag festgesetzt, daß das Kapital vorläufig in der Hand der Krone Preußen deponirt bleiben und dem König Georg nur die Zinsen davon ausbezahlt werden sollten, weil man das Kapital seinen Erben und Agnaten sichern und ihm für den Fall des Ausbruchs eines europäischen Krieges nicht die Mittel zur Ausrüstung und Unterhaltung einer feindlichen Armee in die Hände geben wollte, so ließen sich doch schon mit diesen Zinsen viele Feindseligkeiten treiben, zumal wenn noch ein so kräftiger Grundstock als eigenes Vermögen zur Seite stand. Bedachte man außerdem noch den Fatalismus des Königs, der noch in der Verbannung an das „Welfenthum bis ans Ende der Dinge" wie an ein apostolisches Dogma glaubt, und den Fanatismus seiner Umgebung, welche in Deutschland und Frankreich die schamlosesten Preßorgane hielt und ihre Hoffnung auf das Ausland mit einem Cynismus verkündigte, der an die entwürdigendsten Thatsachen aus den Zeiten Ludwigs XIV. und Napoleons I. erinnert, so konnte man allerdings fragen, ob Preußen nicht zu großmüthig, ob seine Großmuth nicht falsch angebracht sei.

Dieser Ansicht waren mehrere Mitglieder der nationalliberalen Partei, wie Miquel, Lasker, Twesten. Der erstere, ein Hannoveraner, fand den Vertrag weder juristisch noch politisch begründet. Das letztere nicht, im Hinblick auf die Ereignisse, die sich ebendamals in Hietzing und bei der Welfenlegion vorbereiteten, jenes nicht, weil von einer Entschädigung des welfischen Hauses für seine Ansprüche an das Domanialvermögen keine Rede sein könne. „Denn das Domanium war geknüpft an den hannöverschen Staat, und mit der Einverleibung dieses Staates in Preußen ist das Domanium eben an Preußen übergegangen, und der König Georg hat als nicht mehr herrschender König keinen Anspruch mehr auf dasselbe. Die

Digitized by Google

Revenüen aus diesem Domanium betrugen 600,000 Thaler, wovon König Georg sämtliche Schlösser, das Theater und anderes zu unterhalten, mit einem Worte, alle Anstandsausgaben, die auf 300,000 Thaler anzuschlagen sind, zu bestreiten hatte. Wollte man den König Georg nach seiner Entthronung finanziell gerade so stellen, wie er früher gestellt war, so kann ich nur sagen, daß er in dem vorliegenden Vertrage mehr als das Doppelte zu viel erhält."

Solchen Aeußerungen gegenüber hatte Graf Bismarck kein leichtes Spiel. Nur seine Persönlichkeit, seine Unentbehrlichkeit war es, die ihm zum Siege verhalf, nicht die Sache, die er verfocht. Er äußerte: „Wir haben Hannover wegen seiner Gemeinschädlichkeit in Preußen einverleibt, wir haben dies aber nur als eine von dem Wohle Preußens und Deutschlands gebotene Expropriation betrachtet; eine Abfindung des früheren Besitzers war daher geboten. Diese Abfindung konnte in Geld, sie konnte auch in der Art erfolgen, wie sie Heinrich dem Löwen gegenüber eingetreten war. Als wir von Nikolsburg zurückgekommen waren, wurde noch berathschlagt, ob man dem König Georg nicht die Grafschaft Calenberg mit Hannover und die Anwartschaft auf Braunschweig, dem Kurfürsten von Hessen nicht die Grafschaft Hanau lassen sollte. Wir haben entschieden, daß es nicht geschehen sollte. Wenn wir aber anders entschieden hätten, so würden Sie doch gewiß das Ganze als ein sehr günstiges Resultat für einen siebentägigen Feldzug gehalten haben. Jetzt hat man das vergessen; man reißt einen einzelnen Punkt aus der Gesamtpolitik heraus und tadelt uns. Das ist leicht. Hätten wir die Depossedirten damals mit Domänen oder mit derselben Summe in Geld entschädigt, so würden Sie auch nichts dagegen gehabt haben. Hätten wir damals Baiern und den anderen süddeutschen Staaten die Pflicht auferlegt, die Depossedirten zu entschädigen, so würden wir damit freilich ein schlechtes Geschäft gemacht haben, aber Sie würden es damals doch gewiß als ein gutes und vielleicht auch als ein humoristisches betrachtet haben. Die Regierung will die Gefühle versöhnen; wie viel eine solche Versöhnung an Geld werth ist, kann niemand sagen; ob wir sie erreichen, steht dahin; wenn wir sie aber auch nur einigermaßen erreichen gegenüber allen den Interessen, welche für die welfische Dynastie vorhanden sind, so ist der Werth nicht hoch genug anzuschlagen." Als dann der Ministerpräsident erklärte, daß das Ministerium, falls die Vorlage

Digitized by Google

verworfen werde, abtrete, so stimmten die Nationalliberalen dafür, jedoch, wie Twesten bemerkte, mit der offenen Erklärung, daß sie es nur unter der Pression der vollendeten Thatsache und in der Erwägung thun, daß eine Abdankung des Grafen Bismarck ein nationales Unglück wäre. Der Gesetzentwurf wurde nach den Vorschlägen der Kommission mit 254 gegen 113 Stimmen angenommen.

Eine eigenthümliche Beleuchtung des Parteiwesens gewährte die Debatte über den hannöverschen Provincialfond vom 4.—7. Februar. Auf die Bitte des hannöverschen Provinciallandtags wollte die Regierung der Provinz Hannover ein Kapital von über 12 Millionen Thalern überweisen, dessen Zinsen diese für bestimmte Zwecke zu verwenden habe. Es war dies ein sehr löblicher Anfang zur Decentralisation, eine Uebertragung verschiedener Verwaltungszweige von Seiten des Ministeriums an die Provinz und den Provinciallandtag. Man war dies Hannover um so mehr schuldig, weil es als eine reiche Provinz zu Preußen hinzukam, deren Staatsvermögen auf etwa 300 Millionen Thaler anzuschlagen ist, so daß dort auf den Kopf 6 Thaler Staatsvermögen kommt, während in den alten Provinzen nur $2^1/_6$ Thaler. Der nach dem Amendement Kardorff modificirte Kommissionsantrag reducirte das Kapital von 12 Millionen auf eine Jahresrente von 500,000 Thalern, welche zur Bestreitung der Kosten des Provinciallandtags, zur Unterhaltung und Unterstützung der Landesbibliotheken, Kunstsammlungen, Irren- und anderen derartigen wohlthätigen Anstalten, und zum Bau von Land- und Vicinalstraßen verwendet werden sollten. Wenn man die welfischen Agitationen bedenkt, so muß man dem Antrag eine ganz besonders politische Bedeutung zusprechen. Graf Bismarck erklärte daher am 4. Februar: „Die Regierung wollte den Hannoveranern den Uebergang aus alten Gewohnheiten erleichtern und dann eine größere Decentralisation anbahnen, und es war und ist darum auch unsere Absicht, dem hessischen und hannöverschen Vorgange im nächsten Jahre weitere Vorlagen auch für die anderen Provinzen folgen zu lassen. Maßgebend für unseren Entschluß waren unsere Freunde in der Provinz, welche die welfische Brücke hinter sich verbrannt hatten. Diese Männer mußten uns eine Bürgschaft dafür sein, daß das, was sie uns riethen, mit dem Interesse des preußischen Staates zusammenfalle."

Digitized by Google

Gerade die konservative Partei, unter der Leitung des ehemaligen Finanzministers Bodelschwingh, war es, welche aus partikularistischen Interessen dem Antrag sich widersetzte. Hannover sollte schlechterdings nicht, auch nicht der Zeit nach, einen Vorzug haben. Das konservative Mitglied Diest stellte geradezu einen Antrag auf Verwerfung. Dies veranlaßte den Grafen Bismarck, sich ganz speciell an diese Partei zu wenden und ihr ins Gedächtniß zurückzurufen, daß sie nur gewählt worden sei, weil sie die Unterstützung der Regierung im allgemeinen als ihr Programm aufgestellt habe. „Er verlange von ihr nicht, daß sie der Regierung blindlings folge; aber wenn diese in großen Fragen, wie die vorliegende, nicht auf eine Mehrheit rechnen könne, so laufe sie Gefahr, in anderen Parteien Stärkung zu suchen und ein Coalitionsministerium bilden zu müssen, was gerade für die konservative Partei den größten Schaden bringen müßte." Diese Erinnerung an ihre Existenz „von Ministers Gnaden" war den Herren sehr unangenehm. Die Abgeordneten Diest, Vinke und Brauchitsch machten einen gewaltigen Lärm von ihrem Gewissen und ihrer Ueberzeugung, mußten aber sowohl von dem Ministerpräsidenten als von den Nationalliberalen noch manches scharfe Wort vernehmen. Der Kommissionsantrag wurde am 7. Februar mit 200 Stimmen gegen 168 angenommen, unter Stimmenthaltung auf der äußersten Rechten, was dem Einflusse eines Hofballs vom 6. Februar zugeschrieben wurde.

Der Bruch zwischen dem Ministerpräsidenten und der konservativen Partei war ein eklatanter. Diese Herren waren noch auf dem Standpunkt des Manteuffel'schen Systems, während Bismarck einen höheren Flug angenommen hatte und recht wohl erkannte, daß für den neuen deutschen Geist die alten Schläuche nicht mehr passen. Ohne die Unterstützung der Freikonservativen und Nationalliberalen würde er auf Durchführung seiner schöpferischen Plane verzichten müssen. Auf diese wird er sich immer mehr zu stützen haben, während mit der feudalen Junkerpartei nur noch ein äußeres Band ihn verbindet. Dies zeigte sich auch darin, daß er, über die Renitenz seiner alten Freunde erbittert, am 6. Februar auf unbestimmte Zeit Urlaub nahm und für dieselben längere Zeit nicht zu Hause war. Sie suchten zwar wieder einzulenken, und bei dem am Ende der Session gehaltenen Abschiedsessen der konservativen Partei erinnerte Bodelschwingh die Partei an ihre Pflicht, das

Digitized by Google

Ministerium zu unterstützen, und Brauchitsch, welcher die Wunde am offensten dargelegt hatte, brachte ein Hoch auf den Grafen Bismarck aus. Aber das Geheimniß war einmal verrathen. Solange im Ministerium selbst so verschiedenartige Elemente beisammen sitzen, Graf Eulenburg, Mühler und Selchow die Kollegen Bismarcks sind, kann von einem einheitlichen Ministerium und von einer vollständigen Parteidisciplin keine Rede sein. Finanzminister von der Heydt führte einstweilen, in Abwesenheit des Grafen Bismarck, den Vorsitz im Staatsministerium. Im Herrenhause kamen die beiden Gesetzentwürfe über die Entschädigung der Depossedirten und über den hannöverschen Provincialfond am 18. Februar zur Berathung. Beide wurden angenommen, der letztere sogar mit einer Mehrheit von 127 gegen 14 Stimmen.*) Am 29. Februar wurde der Landtag vom König geschlossen. Die Thronrede gab dem Gefühle der Befriedigung über die Freigebigkeit und rücksichtsvolle Haltung des Landtags offenen Ausdruck. In dem hannöverschen Provincial-Landtage wurde sodann die Verwaltung des hannöverschen Provincialfonds am 23. und 24. Oktober geordnet, ein Landesdirektor (Rudolf von Bennigsen) und zwei Landesräthe an die Spitze der Verwaltung gestellt und ein ständischer Ausschuß von 12 Personen zur Kontrole gewählt. Die staatliche Verwaltung dieser Provinz, welche indessen in 6 Landdrosteien eingetheilt war, wurde in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. December definitiv dahin geregelt, daß diese 6 Landdrosteien fortbestehen und nicht, wie die Regierung beabsichtigte, drei „Regierungen" daraus gebildet werden sollten.

Wie sehr diejenigen Recht hatten, welche sagten, daß König Georg die Annahme der Entschädigungssumme keineswegs als eine thatsächliche Verzichtleistung auf den Thron von Hannover auffasse, beweisen die Vorgänge vom 18. Februar. An diesem Tage feierte er seine silberne Hochzeit. Diese Familienfeier wurde zu einer politischen Demonstration benützt und eine großartige Wallfahrt „getreuer Hannoveraner" nach Hietzing arrangirt, deren Kosten großen-

*) Auch die Spielbankfrage wurde geregelt. Das Abgeordnetenhaus genehmigte am 26. Februar den Gesetzentwurf, wonach die Spielbanken von Ems, Wiesbaden und Homburg spätestens am 31. December 1872 aufgehoben, an Sonn- und Festtagen die Banken geschlossen werden sollten. Im norddeutschen Bundesgebiet ist dann nur noch die Spielbank in dem hessischen Nauheim übrig.

Digitized by Google

theils aus seiner Kasse bezahlt wurden. Gegen 1200 Männer und Frauen trafen mit ihren weißgelben Abzeichen in Wien ein, veranstalteten einen Festzug nach Hietzing und brachten dem Königspaar ihre Grüße und eine Menge von Geschenken, darunter sehr viele Rückenkissen und Würste, mit. Der König lud alle zu einem Banket ein, an welchem nur Hannoveraner theilnehmen durften und jeder Eindringling von dem kräftigen Hofmarschall Graf von Wedell eigenhändig an die Luft gesetzt wurde. Bei diesem Banket überließ sich der König in seinem Toast den ausschweifendsten Phantasien hinsichtlich seiner Restituirung, sprach die entschiedene Ueberzeugung aus, daß er als freier und unabhängiger König wieder nach Hannover zurückkehren werde, und trank auf die Wiederherstellung des Welfenreiches und Welfenthrones." Nach anderen Nachrichten soll er sich weit stärker, als die Zeitungen meldeten, ausgedrückt und die Leute direkt aufgefordert haben, mit ihm auf die Losreißung Hannovers von Preußen hinzuarbeiten.

Diese Ergüsse einer starkgläubigen Seele konnte man sich allenfalls noch gefallen lassen; aber was drei Wochen vorher mit der Welfenlegion vorgieng, überstieg auch eine deutsche Geduld. Seit der Annexion Hannovers und namentlich seit Mai 1867 verließen viele Hannoveraner, theils solche, welche bereits unter König Georg gedient hatten, theils solche, welche jetzt erst in das preußische Militär eintreten sollten, von welfischen Agenten bearbeitet, ihr Vaterland und begaben sich in das benachbarte Holland. In dieser unmittelbaren Nähe konnte Preußen diese Fanatiker des Welfenthums nicht dulden. Es machte Vorstellungen bei der holländischen Regierung, und die Hannoveraner wurden ausgewiesen. Nun wandten sie sich nach der Schweiz, immer neue Flüchtlinge an sich ziehend. Dort fanden sie gar wenig Sympathien. Der Schweizer liebt das Herumlungern solcher Leute nicht und kann sich für ein Ding wie das Welfenthum nicht begeistern. Da wurde vom Grafen von Platen-Hallermund, welcher die politischen Geschäfte des Königs Georg leitet, in Paris angefragt, ob die Leute nicht nach Frankreich übersiedeln dürften. Dort waren sie willkommene Gäste. Konnte man ja, wenn der längst erwartete Krieg mit Deutschland losgieng, nun mit einer deutschen Legion aufwarten, welche durch ihr bloßes Erscheinen ganz Hannover zu einer zweiten Vendée machen sollte. Der Minister des Innern telegraphirte daher an den Präfekten in

Digitized by Google

Straßburg, er ſolle die Hannoveraner der Protektion der franzöſiſchen Regierung vergewiſſern. Nun mußten den Flüchtlingen für ihre Reiſe nach Frankreich Päſſe ausgeſtellt werden. Auch hiefür wußte Graf Platen Rath. Er begab ſich auf das Hietzinger Polizeibüreau und verlangte 500 öſtreichiſche Päſſe für ebenſo viele Leute, welche auf einer Liſte aufgezeichnet waren. Da aber dieſe Leute der Polizei gänzlich unbekannt waren, und da ſie in den Päſſen als Einwohner von Hietzing bezeichnet werden ſollten, obgleich der größte Theil derſelben niemals Oeſtreich, geſchweige Hietzing betreten hatte, ſo nahm die Hietzinger Polizei Anſtand, ein ſolches Falſum zu begehen. Darauf probirte es Graf Platen mit der Wiener Polizeidirektion, und dieſe genügte dem völkerrechtlichen Grundſatz, daß in Friedenszeiten eine Regierung nur berechtigt iſt, ihren eigenen Unterthanen Päſſe zur Reiſe in das Ausland auszuſtellen, damit, daß ſie die 500 Hannoveraner in den Päſſen als gute Hietzinger Kinder bezeichnete. Wußte die öſtreichiſche Regierung um dieſen Betrug? Oder machte der Wiener Polizeidirektor, in Erwartung, daß die Sache nicht ſo ſchlimm beurtheilt werden werde, auf eigene Fauſt ein lukratives Geſchäft?

In den erſten Tagen des Februar verließen die Welfenlegionäre Zürich, wo ſie ihr Hauptquartier aufgeſchlagen hatten, und trafen in Straßburg ein. Es ſollen etwa 13 Officiere und 673 Unterofficiere und Soldaten geweſen ſein. In einem ſolchen Falle iſt es üblich, daß die militäriſche Organiſation einer ſolchen Truppe aufgelöst, Officiere und Unterofficiere von ihrer Mannſchaft getrennt werden und letztere in kleineren Abtheilungen im Innern des Landes untergebracht wird. Die franzöſiſchen officiöſen Blätter verſäumten auch nicht, zu verkündigen, die Officiere ſeien nach Bourges beordert, die Mannſchaft in Lothringen und der Champagne vertheilt. Zuverläßigere Nachrichten berichtigten dieſe Angaben dahin, daß in Bourges kein einziger hannöverſcher Officier ſich befinde, und daß die Mannſchaft, in Abtheilungen von 100 bis 200 Mann in lauter elſäßiſchen Orten, unmittelbar an der deutſchen Grenze, vertheilt ſei. Das unredliche Spiel, welches Frankreich in all ſeinen Beziehungen zu Deutſchland ſchon ſeit Jahren treibt, bekam dadurch neuen Stoff. Es brauchte lange Verhandlungen zwiſchen Berlin und Paris, bis endlich dieſe Welfenlegion vom Elſaß nach Lothringen und von da noch etwas weiter weſtlich gebracht wurde. Nach

Digitized by Google

einem Bericht der preußischen Botschaft in Paris vom 11. December sind es gegen 1400 Legionäre. Sie sind nach Regimentern vertheilt, so daß diejenigen, welche zu einem Regiment gehört haben, auch in einer Stadt zusammenliegen. So liegt in Amiens das Jägerregiment, in Orleans das Leibregiment. Bei den Soldaten sind nur Korporale, die Officiere sind neuerdings in Paris und treffen nur von Zeit zu Zeit bei den Legionären ein, um eine Ansprache an sie zu halten und ihnen die Löhnung zu bringen. Bei gutem Wetter werden die Legionäre von ihren Korporalen exercirt, jedoch ohne Waffen. Die ganze Unterhaltung dieser Legion, der Officiere wie der Mannschaft, bestreitet der Hietzinger Hof, welcher hiefür zum mindesten 300,000 Thaler aufzuwenden hat. Daneben bezahlte er in Paris ein eigenes Blatt, die „Situation", welches mit den Legionären darin wetteiferte, mit cynischer Aufrichtigkeit seine Hoffnung auf baldige militärische Einmischung Frankreichs auszudrücken. Dieses Blatt, welches den Preußenhaß bis zur Verrücktheit trieb, hatte natürlich fast gar keine Abonnenten und konnte somit auch seinen Zweck, das Publikum für das Welfenevangelium zu interessiren, nicht erreichen. Es mußte daher in der Numer vom 6. April sein nahes Verscheiden ankündigen. Aber diese publicistische Campagne, welche etwa ein Jahr dauerte, kostete den Hietzinger Hof gegen 400,000 Franks. Eine der schönsten Lügen der Situation war, daß sie im März eine Adresse veröffentlichte, worin angeblich 840,000 Hannoveraner die Hilfe Frankreichs zur Herstellung des Welfenreiches anflehten. Da nun nach der Volkszählung von 1861 in Hannover unter 1,888,000 Seelen 943,581 männliche Einwohner sind und unter diesen 411,000, welche noch nicht das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben, so bleiben noch 532,581 Erwachsene männlichen Geschlechts übrig. Welcher politischen Ansicht die Majorität dieser letzteren ist, hat sich bei den Wahlen zum Reichstag und Landtag, die bekanntlich in Hannover nicht partikularistisch ausgefallen sind, deutlich genug gezeigt. Wo bleiben also die 840,000 Hannoveraner, welche händeringend den Tuilerienhof anflehen? Diese Zahl würde selbst dann nicht erreicht, wenn auf König Georg, statt auf den Stifter der christlichen Religion, jene Weissagung des Psalmisten gemünzt wäre, welche lautet: „Aus dem Munde der Unmündigen und Säuglinge hast Du Lob zugerichtet."

Digitized by Google

Die französische Regierung kam aus ihren Zweideutigkeiten nicht heraus. Der König von Preußen erließ für die hannöverschen Legionäre eine Amnestie, falls sie bis zum 1. Juli in ihre Heimat zurückkehren würden. Für diesen Fall war die preußische Botschaft in Paris angewiesen, denjenigen, welche sich bei ihr melden, das Geld zur Heimreise auszubezahlen. Allein nicht nur durfte der Moniteur diesem Erlaß seine Spalten nicht öffnen oder sonst irgendwie Notiz davon nehmen, sondern die anderen Regierungsorgane durften sogar die „Ausdauer" der Legionäre rühmend erwähnen. Auch legten die Polizeibehörden in Nancy und anderen Städten den Flüchtlingen, welche in ihre Heimat zurückkehren wollten, alle möglichen Hindernisse in den Weg und gaben ihnen ihr Mißfallen hierüber offen zu erkennen. Von ihren Kameraden und Officieren vollends hatten Solche die äußersten Widerwärtigkeiten und Chikanen, förmliche Ausstoßung aus der ruhmvollen Welfenlegion zu erwarten. Einer beobachtete den anderen mit dem größten Mißtrauen, sogar die Briefe, welche sie nach Hause schrieben, sollten den Unterofficieren zur Censur vorgelegt werden, und selten kam einer über die Grenze, welcher die Wahrheit sagte, „daß sie alle mit lauter Lüge und Schmeichelei aus dem Lande gelockt worden seien." Dennoch wagten es über hundert, sich bei der preußischen Gesandtschaft zu melden. Daselbst wurde auch, angeblich von 757 Legionären unterschrieben, am 21. Mai eine „Erklärung an den König von Preußen" übergeben, worin die Amnestie zurückgewiesen und der König von Preußen gebeten wurde, „die Summen, welche Sr. Maj. Agenten damit ausgeben, um uns zur Heimkehr zu veranlassen, auf Verminderung der Steuern, die auf unsren Landsleuten lasten, zu verwenden." Die preußische Gesandtschaft ließ durch Th. Delarue, vereideten Handschriften-Sachverständigen des kaiserlichen Appellhofs zu Paris, diese 757 Unterschriften etwas näher ansehen. Derselbe brachte heraus, daß die meisten Unterschriften falsch waren, daß höchstens 150 Personen mit eigener Hand unterschrieben hatten, und daß von eben diesen auch die anderen Unterschriften, mit oder ohne Wissen und Willen der Unterzeichneten, besorgt worden waren. Auf dieses Zeugniß hin nahm die preußische Regierung von dieser Erklärung keine Notiz und ließ die Amnestie in ihrer vollen Ausdehnung gelten. Kaiser Napoleon aber, der mit der Beherbergung dieser preußen-

Digitized by Google

feindlichen Legion, die immer noch militärisch organisirt ist und einexercirt wird, dem preußischen Kabinet trotz aller schönen Redensarten wieder einmal den Pferdefuß zeigt, sollte bedenken, daß einer der Hauptgründe, weßwegen 1792 Frankreich an Oestreich den Krieg erklärt hat, das Treiben der französischen Emigranten in Trier, Koblenz und anderen Orten und die nachsichtige Behandlung derselben von Seiten der dortigen Regenten gewesen ist. Er könnte sich auch fragen, was er und seine Leibjournale für einen entsetzlichen Lärm machen würden, wenn heute eine Truppe von 1400 Orleanisten und Legitimisten in der Rheinprovinz sich aufhielte, zum Sprung nach Frankreich stets bereit und „der Protektion der preußischen Regierung vergewissert." Es ist immer das alte Lied. Diese französischen Schreier wissen recht wohl, was man ihnen schuldig ist, aber nichts von dem, was ihnen die internationale Pflicht vorschreibt.

Auch die östreichische Regierung war nicht von Schuld freizusprechen. Die Nordd. A. Zeitung erinnerte an die beiden Strömungen, welche in der auswärtigen Politik Oestreichs zu bemerken seien. Auf der Oberfläche erscheine Sympathie und freundliche Gesinnung für die neuere Entwicklung der deutschen Angelegenheiten; aber aus den unteren Schichten dieser Gewässer trete das Gegentheil hervor; hier sei „Revanche" für Königgrätz die Losung. Aus diesem Kreise entstamme die Billigung der Ausstellung von 500 Pässen für die hannöverschen Legionäre. Dies sei eine wohlerwogene und völkerrechtswidrige Berücksichtigung und Förderung der kriegerischen Plane des Königs Georg. Daß dadurch die Herstellung eines guten Einvernehmens zwischen Oestreich und Norddeutschland erschwert werde, liege auf der Hand. Auch die heimischen Journale drückten sich scharf genug über diese Vorgänge aus. So schrieb die „Presse": „Die Angelegenheit mit den Pässen geht denn doch über das Maß des Erlaubten hinaus. Rücksicht fordert Gegenrücksicht, und schon der einfache Takt würde es erfordern, daß von Seiten unserer hannöverschen Gäste alles vermieden würde, was uns diplomatische Verlegenheiten bereiten kann. Oestreich hat die neue Ordnung der Dinge in Deutschland acceptirt, und wenn die den Hannoveranern ertheilte Gastfreundschaft mit einer vernünftigen Politik Oestreichs nicht im Einklang zu bringen wäre, dann müßte eben für Abhilfe gesorgt werden. Das fehlte uns bei unsren zahl-

Digitized by Google

reichen Verwicklungen gerade noch, daß uns von Seiten auswärtiger Prätendenten, so respektabel sie auch sein mögen, noch Verlegenheiten bereitet werden."

In der Sitzung der Reichsrathsdelegation vom 20. Februar wurde der Reichskanzler vom Delegirten Schindler hierüber interpellirt, und Graf Andrassy schilderte jenem die Stimmung der ungarischen Delegation, welche den legitimen König von Hannover nicht in Hietzing, sondern in Berlin sehe und es daher für sehr unschicklich finde, daß König Georg die preußischen Staatsbürger gegen ihren rechtmäßigen König und Herrn aufreize. Dies sei, meinte Andrassy, kein günstiger Zwischenfall, wenn es sich um die Berathung des Kriegsbudgets handle. Von Seiten der preußischen Regierung kamen natürlich auch diplomatische Anfragen an den Reichskanzler. Die Antwort desselben an den Delegirten Schindler lautete sehr beruhigend. Daß die Regierung von der Paßangelegenheit irgend etwas gewußt habe, stellte er entschieden in Abrede. Hinsichtlich der Politik der östreichischen Regierung gegen Preußen und ihres Verhaltens zum Hietzinger Hof äußerte er: „Wenn Oestreich wirklich damit umgienge, gegen Preußen eine feindliche Koalition zu Stande zu bringen, so würde es nicht damit anfangen, mit einigen Leuten in der Schweiz und entlassenen hannöverschen Soldaten zu konspiriren, von denen kompromittirende Vorgänge aller Art sich leicht voraussehen ließen. Die Regierung wird nicht geschehen lassen, daß das seit Jahr und Tag mühsam aufgeführte Gebäude einer auf Frieden und Versöhnung beruhenden Politik, die nicht nur den Frieden sucht, sondern auch bietet, und als solche vor Europa Anerkennung gefunden hat, uns durch unberufene und unerlaubte Thätigkeit gestört werde." Eindringliche Vorstellungen waren bereits am 13. Februar dem Grafen Platen in einer besonderen Depesche gemacht worden und ihm ins Gedächtniß zurückgerufen, welche Versprechungen als Grundlage der dem König Georg gewährten Gastfreundschaft von Seiten des Hietzinger Hofes gemacht worden seien. Der Wiener Polizeidirector erhielt einen scharfen Verweis. Wenn er aber gleichzeitig die Erlaubniß erhielt, einen hannöverschen Orden annehmen zu dürfen, so mußte man fragen, wo die Wahrheit, wo die Dichtung anfange.

Wie stand es aber nach all diesen Vorgängen mit der Entschädigungssumme von 16 Millionen Thalern, welche das preußische

Digitized by Google

Abgeordnetenhaus am 1. Februar mit so großem Widerstreben dem König Georg bewilligt hatte? Sollten ihm die Zinsen dieses großen Kapitals wirklich ausbezahlt werden, damit er mit diesem Gelde Zeitungsschreiber bezahle und ganz Europa zum Kriege gegen Preußen hetze, damit er seine Legionäre in Frankreich unterhalte und für den ersten Kanonenschuß bereit habe? In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Februar richtete daher von Kardorff eine Interpellation an das Ministerium, welche von allen Fraktionen des Hauses unterzeichnet war, und fragte an, ob die Regierung, nach der Rede des Königs Georg in Hietzing und nach dem Auftreten seiner Legionäre in Frankreich, die Absicht habe, dem König Georg die Vortheile des mit ihm abgeschlossenen Vertrags zu gewähren. Der Finanzminister las eine, wie es scheint, von Graf Bismarck aufgesetzte Erklärung ab, worin es unter anderem hieß: „Es ist der Versuch gemacht worden, durch befreundete Höfe den König Georg zu vermögen, sich dem Vertrage vom 29. Sept. v. J. entsprechend zu verhalten. Von Seiten der Höfe ist diese Einwirkung bereitwillig zugesagt worden, und wir sind es ihnen schuldig, das Ergebniß abzuwarten. Sollte ein befriedigendes Ergebniß nicht oder nicht rechtzeitig erfolgen, so würde die Regierung lediglich nach der von der Sicherheit des Staatsgebiets und der Ruhe der Bewohner gebotenen Rücksicht handeln. Der Landtag wird unser Verfahren dann zu würdigen haben; wir würden uns dann lediglich an den König Georg persönlich halten und sein gesamtes Vermögen zur Deckung der für die erhöhte Bewachung nöthigen Ausgaben mit Beschlag belegen; die Regierung wird es aber vorziehen, auch dann lediglich auf dem Wege der Gesetzgebung zu handeln, und wenn der Landtag nicht versammelt sein sollte, so wird sie hoffen, ihre Anordnungen von demselben bei seinem nächsten Wiederzusammentritt genehmigt zu sehen."

Dieser Erklärung folgte die That auf dem Fuße. In einer Eingabe vom 2. März schlug das Staatsministerium dem Könige vor, durch einen Akt der Gesetzgebung das gesamte Vermögen des Königs Georg für die Sicherheit des preußischen Staates und die Abwehr vorbereiteter Angriffe und aller Konsequenzen derselben haftbar zu machen und dasselbe zu diesem Behufe zu sequestriren. Auf dies hin erließ der König am 2. März unter Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Landtags eine allerhöchste Verord-

Digitized by Google

nung, wodurch das Vermögen des Königs Georg mit Beschlag belegt wurde. Dagegen erhob der Hietzinger Hof, wenige Tage darauf, einen Protest in echt welfischer Sprache. Es hieß darin: „König Georg hält fest und entschieden an seinem Rechte auf die hannöversche Königskrone, welches nicht er selbst sich erworben hat, sondern welches ihm und seinem Hause verliehen worden ist von Gott. Ja, wir sprechen es mit aller Ueberzeugung aus, daß er selbst auch dann nicht einen Titel von diesem seinem göttlichen Rechte fahren lassen würde, wenn das hannöversche Volk minder treu, minder ausdauernd an seinem angestammten Königshause hienge. Vertrauend auf dieses sein göttliches Recht, vertrauend zugleich auf die Treue seines Volkes, hegt Georg V. nicht bloß die Hoffnung seiner Restitution, sondern ist von dem sicheren Eintreten derselben so überzeugt wie von seinem eigenen Dasein. Das ist der feste Boden, auf welchem er steht, und welchen er niemals verlassen wird noch kann. Die Forderung, dieser Ueberzeugung am 18. Februar nicht Ausdruck zu geben, wäre für den König zu erfüllen so unmöglich gewesen, wie etwa diejenige, nicht zu athmen. Dabei erinnern wir daran, daß das Aussprechen dieser Hoffnung und Ueberzeugung nicht ein Novum, sondern konform ist mit allen bisherigen Aussprüchen Sr. Majestät."

Dieses Beispiel eines politischen Fanatismus wirkte ansteckend. Der Kurfürst von Hessen, welcher sein Domicil in Prag aufgeschlagen hatte, hatte von hessischen Frauen und Jungfrauen einen kostbaren gestickten Teppich erhalten. In seinem Dankschreiben sprach er die bestimmte Zuversicht aus, „daß die gewaltsame Trennung von seinem Volke nicht von langer Dauer sein und Hessens Schild und Wappen bald wieder werde aufgerichtet werden." Bald darauf erhielten kurhessische Staats- und Kirchendiener und Bürgermeister einen mit dem Poststempel „Leipzig 25. Februar" versandten „Aufruf an die Kurhessen," der mit folgenden Worten begann: „Kurhessen! Es kann nicht lange mehr währen, und der zweite Akt des großen Trauerspiels, welches die Politik des Grafen Bismarck über unser großes deutsches Vaterland und insonderheit über unsere hessische Heimat heraufbeschworen hat, wird beginnen." Später ließ er durch den Hofrath Pernice eine politische Denkschrift ausarbeiten und im September an die Höfe Europa's, auch an den preußischen, sowie an die bedeutendsten Staatsmänner und sonstigen politischen

Digitized by Google

und staatsrechtlichen Autoritäten versenden. Sie führte den Titel: „Denkschrift Sr. K. H. des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. von Hessen betreffend die Auflösung des deutschen Bundes und die Usurpation des Kurfürstenthums durch die Krone Preußen im Jahre 1866." In dieser Denkschrift hieß es: „es liege im Rechtsinteresse, der traditionellen Eroberungspolitik der nordischen Macht ein gebieterisches Halt zuzurufen. Nicht ein unter dem Danaergeschenk des Preußenthums zusammengezwungenes Reich, sondern eine freie, auf freier Föderation beruhende Verbindung der deutschen Stämme sei eine die Sicherheit Deutschlands garantirende Staatenform. Die Existenz kleiner Staaten sei ein Element der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts." In Folge dessen protestirte er gegen die ihm widerfahrene Vergewaltigung und erklärte, er rechne auf die Sympathie der maßgebenden Mächte. Ja sogar der vergessene und verschollene Herzog Karl von Braunschweig, welcher am 7. September 1830, unter dem frischen Eindruck der französischen Juli-Revolution, von seinem erbitterten Volke verjagt worden war und seitdem als Verbannter ein Leben voll von Extravaganzen in England und Frankreich geführt hat, erhob als Welfe einen Protest für seine Rechte auf Hannover und datirte seine Bannbulle von Paris den „18. März im Jahre des Herrn 1868 und im 53. Jahre Unserer Regierung." Man glaubte, einen Bajazzo über die Bühne springen zu sehen. Nur der Herzog Adolf von Nassau hielt sich fern von diesen Feindseligkeiten der Depossedirten. Er hatte als Entschädigung die Summe von 8,892,110 Thlrn. 1 Sgr. 6 Pf. erhalten, mietete sich eine komfortable Wohnung in dem preußischen Frankfurt am Main und scheint zu der Einsicht gekommen zu sein, daß der Güter höchstes ein kleines Herzogthum nicht sei.

Bald nach dem Schluß des preußischen Landtags wurde die zweite Session des norddeutschen Reichstags eröffnet. Es war ursprünglich beabsichtigt, demselben das Zollparlament als das größere, das ganze Deutschland umfassende vorangehen zu lassen, und bereits am 2. März war der Bundesrath des Zollvereins im Bundeskanzleramte zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten, um vom Grafen Bismarck eine Vorlage über die Berathungsgegenstände entgegenzunehmen. Da aber die Vornahme der Zollparlamentswahlen in Hessen und in Württemberg verzögert worden war, so war die Ausführung dieses patriotischen Gedankens unmöglich. So

Digitized by Google

wurde denn der Reichstag auf den 23. März einberufen, und das Zollparlament, das die süddeutschen Partikularisten gerne von jenem möglichst ferne gehalten, als etwas mit jenem gar nicht Zusammengehöriges hingestellt hätten, gerade mitten in den Reichstag hineinversetzt, als ob es nur eine Fortsetzung desselben wäre. Er wurde auf den 27. April berufen.

Der Bundesrath des Reichstags kam am 7. März zusammen, und nachdem derselbe einen großen Theil der Gesetzentwürfe berathen hatte, wurde der Reichstag am 23. März von dem König eröffnet. Die Thronrede war eine vorzugsweise geschäftsmäßige und kündigte verschiedene, für die wirthschaftlichen Interessen höchst werthvolle Vorlagen an. Der Reichstag tagte am 23. März bis 20. Juni, wurde jedoch vom 27. April bis 23. Mai von dem Zollparlament unterbrochen. Nachdem in der vorigen Session die Freizügigkeit zum Gesetz erhoben worden war, galt es in dieser, einige nothwendige Ergänzungen zu derselben einzuführen. Demgemäß wurde die polizeiliche Beschränkung der Befugniß zur Eheschließung, welche die freie Niederlassung hinderte und die Moralität gefährdete, aufgehoben. Eine zweite Ergänzung, Einführung der Gewerbefreiheit, konnte, nicht gehörig vorberathen, in diesem Jahre nicht ins Leben geführt werden. Dafür wurde einstweilen das Lasker'sche „Nothgewerbegesetz" angenommen, durch welches das ganze Zunft- und Prüfungswesen im ganzen Bundesgebiet abgeschafft wurde. Auch wurde die Schuldhaft aufgehoben, ein Gesetz über Maß- und Gewichtsordnung nach dem metrischen Decimalsystem, eines über die gerechtere Vertheilung der Quartierlasten im Frieden und der Vertrag mit der Union über die Staatsangehörigkeit angenommen, und das bereits vom preußischen Landtag angenommene Gesetz über die Beschränkung und Schließung der öffentlichen Spielbanken auf das ganze Gebiet des norddeutschen Bundes ausgedehnt. Damit waren die Spielbanken in Nauheim, Pyrmont und Wildungen gemeint, deren Verträge erst 1877, 1873 und 1885 ablaufen sollten.

Von politischer Wichtigkeit waren die Debatten über die Diäten, über die Redefreiheit und über die Errichtung einer Bundesschuldenverwaltung. Der Antrag Waldecks auf Abänderung des Artikels 32 der Bundesverfassung (Gewährung von Diäten) gelangte am 2. April zur Vorberathung. Waldeck benützte hiebei den Umstand, daß vor den Osterferien der Reichstag sehr schwach besucht, eine

Digitized by Google

Zeitlang nicht einmal beschlußfähig war; dies werde, wenn Diäten gezahlt werden, anders sein. Zugleich protestirte er und seine demokratischen Freunde aufs neue gegen die Diätenlosigkeit als eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts. Allein diese Frage war im Jahre 1867 bei der Gründung der Bundesverfassung so gründlich berathen worden, und die Regierung hatte damals mit solcher Entschiedenheit auf die Diätenlosigkeit als den „Regulator" des allgemeinen Wahlrechts gedrungen, daß der Antragsteller selbst nicht hoffen konnte, etwas anderes als eine temporäre Spaltung der nationalliberalen Partei zu erzielen. Der Bundeskanzler entgegnete ihm: „Ich will Sie nur auf den Eindruck verweisen, den es auf die verbündeten Regierungen wohl machen muß, wenn Sie den mühsam zu Stande gekommenen Kompromiß schon nach 12 Monaten wieder umstoßen wollen. Sie haben nachgegeben, wir haben nachgegeben; die Verfassung ist eben durchaus das Produkt eines Kompromisses. Und nun kommen Sie und wollen das durch ein Kompromiß zu Stande Gekommene wieder ändern. Was würden Sie wohl dazu sagen, wenn die Regierungen kämen und ihre Rechte z. B. auf die Dauer des Budgets erweitern wollten, wenn sie jetzt wieder Beschränkung der Redefreiheit beantragten? Rütteln Sie nicht am Fundament der Verfassung! Dieselbe hat noch nicht solche Wurzeln geschlagen, daß sie bereits Abänderungen ertragen könnte." Der Antrag wurde mit 97 gegen 92 Stimmen und in der Schlußberathung vom 18. April mit 104 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Mehr Glück schien Lasker mit seinem Antrag zu haben. Um dem endlosen Konflikt über die Redefreiheit der preußischen Volksvertretung ein Ende zu machen, beantragte er beim Reichstag, daß die im Reichstag schon bestehende Redefreiheit auf sämtliche Einzellandtage des norddeutschen Bundes ausgedehnt, die Nichtverfolgbarkeit der Mitglieder dieser Landtage wegen der von ihnen gehaltenen Landtagsreden als Gesetz angenommen werden solle. Es mußte sich hier zeigen, ob der Reichstag die höhere Instanz sei, vor dessen Votum alle Landtage, auch das preußische Herrenhaus sich zu beugen habe. Zunächst wurde der Reichstag von dem Bundesrath im Stich gelassen, welcher die Kompetenz des ersteren in dieser Frage bestritt. Als sodann der Antrag am 3. April im Reichstag zur Vorberathung kam, so zeigte sich die konservative Fraktion entschieden feindselig. Sie mußte aber mitanhören, wie der Bundeskanzler

Digitized by Google

trotz allem, was er in früheren Landtagen gegen die Redefreiheit gesagt hatte, nun mit einem gewissen Humor darauf eingieng. „Meine Stellung zur Sache kennen Sie; ich halte die absolute Redefreiheit für ein Uebel; aber es ist ein Uebel, welches ich in den Kauf nehme um den Preis des inneren Friedens in einem großen Lande. Mag man denn gegen einen Minister in Gottes Namen reden, wie man will; wem das nicht paßt, nun der braucht ja nicht Minister zu bleiben; aber die außerhalb der Versammlung Stehenden möchte ich geschützt wissen. Auch wird sich den Bundesgenossen die Sache im Wege der Gesetzgebung nicht aufdrängen lassen. Was aber Preußen betrifft, so werde ich jedenfalls dafür sorgen, daß nur nach dem Sinne des Antrags gehandelt werde." Derselbe wurde mit 119 gegen 65 Stimmen angenommen und gieng auch bei der Schlußberathung am 18. April ohne Anstand durch.

In Folge dessen mußte der Antrag aufs neue dem preußischen Landtag vorgelegt werden, welcher am 4. November wieder zusammentrat. Im Abgeordnetenhaus beantragte von Guerard, ein Mitglied der freikonservativen Partei, den Artikel 84 der preußischen Verfassung dahin abzuändern, daß dessen jetziger Wortlaut gestrichen und, zur vollen Sicherung der Redefreiheit, die Bestimmung der norddeutschen Bundesverfassung an die Stelle desselben gesetzt werde. In dieser lautet der Artikel 30 so: „Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disciplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden." Es ist freilich geradezu eine Lächerlichkeit, dem Reichstag ein ebenso vernünftiges als liberales Recht zuzugestehen, aber nicht dem Abgeordnetenhause. Der Guerard'sche Antrag kam am 20. November zur Debatte und wurde mit großer Majorität angenommen. Die Regierung hatte ihre Schuldigkeit gethan. Dafür hatte Graf Bismarck gesorgt. Der sonst durchaus nicht als liberal verschrieene Minister des Innern, Graf Eulenburg, wandte sich an die konservative Partei und sagte: „Es würde der Regierung zur Beruhigung gereichen, wenn auch diejenigen Mitglieder dieses Hauses, welche in dieser Frage bisher für die Regierung waren, jetzt auf den Standpunkt der Regierung überträten. Die Regierung liefert in dieser Frage den Beweis, daß ihr kein Opfer zu schwer, wenn es sich darum handelt, im Einklange mit

Digitized by Google

der Landesvertretung zu gehen; sie hofft dabei, daß Sitte und Selbstbeschränkung es zu ungebührlichen Ausschreitungen nicht kommen lassen werden."

Was sagte nun das Herrenhaus dazu? Dasselbe berieth am 17. December den Guerard'schen Antrag. Graf Bismarck sprach unter anderem: „Ich habe für nöthig gehalten, mich über den Widerspruch auszusprechen, der zwischen meinen früheren Aeußerungen in diesen Räumen und meiner Abstimmung obwaltet, und diesen Widerspruch in der Weise zu motiviren, daß ich als Minister in einem Verfassungsstaate mich nicht für berechtigt halte, an meiner eigenen persönlichen Ueberzeugung festzuhalten, daß ich vielmehr die Uebereinstimmung der Gewalten und die Herstellung derselben für einen Zweck halte, den zu fördern ich nicht nur berechtigt, sondern in meiner Stellung auch verpflichtet bin. Ich halte es daher für geboten, Ueberzeugungen, von denen ich einen praktischen und wesentlichen Nachtheil bei deren Fallenlassen für das Gemeinwesen nicht erachte, eben fallen zu lassen, im Interesse der Einigkeit, im Interesse des Kompromisses." Trotz dieser echt konstitutionellen Rede des Ministerpräsidenten, in dessen Sinn auch der Minister des Innern sprach, wurde der Antrag mit 73 gegen 41 Stimmen verworfen. Auch der frühere Ministerpräsident Manteuffel bekämpfte denselben. Es waren die alten Angriffe, die alten Redewendungen, daß man die Redefreiheit nicht zur Redefrechheit mißbrauchen dürfe und in unruhigen Zeiten mit jener nicht auskommen könne. Dieser Beschluß des Herrenhauses gab den östreichischen Blättern eine willkommene Gelegenheit, die schwarzen Punkte im preußischen Staatsleben zu besprechen: „Eine parlamentarische Versammlung ohne Redefreiheit sei gar kein Parlament. Das Herrenhaus repräsentire den nackten Absolutismus. Mit einer solchen Regierung habe das Preußenthum nicht die geringste Aussicht, südlich vom Main moralische Eroberungen zu machen." Sie hatten Recht, nur in dem einen nicht, daß sie Herrenhaus und Regierung identificirten. Jenes heißt Junkerthum, diese Graf Bismarck. Damit ist genug gesagt.

Weniger im Einklang mit dem Bundeskanzler befand sich der Reichstag in der Frage über die Verwaltung des Schuldenwesens des norddeutschen Bundes. Die Prüfung der Rechnungen des Bundeshaushalts war für die Jahre 1867 — 1869 der preußischen

Digitized by Google

Oberrechnungskammer provisorisch übertragen. Um dem Reichstag die volle Gewalt über die Beamten dieser Kategorie zu übertragen, brachte Miquel zu dem über die Verwaltung des Schuldenwesens vorgelegten Gesetzentwurf ein Amendement, den §. 17, ein, wonach bei etwaigen Mängeln in dieser Verwaltung „die daraus hergeleiteten Ansprüche sowohl vom Reichstag als vom Bundesrath selbständig gegen die nach §. 7 dieses Gesetzes verantwortlichen Beamten verfolgt werden können. Der Reichstag kann nöthigenfalls mit der gerichtlichen Geltendmachung derselben die von ihm gewählten Mitglieder der Bundesschuldenkommission beauftragen." Am 22. April wurde der Antrag Miquels im Reichstag berathen. Wie schon in der Kommissionssitzung, so sprach auch hier Graf Bismarck gegen denselben, sowie auch der Bundesrath sich einstimmig dagegen erklärt hatte. Die Sache hieng mit einer nach einem Gesetz vom 9. November 1867 aufzunehmenden Marineanleihe von 10 Millionen Thalern zusammen. Wurde der Antrag angenommen, so wurde vom Bundesrath der ganze Gesetzentwurf, also auch die Anleihe zurückgezogen. Graf Bismarck sagte dies so deutlich als nur möglich: „Sie setzen die Regierungen in die Alternative, sagen zu müssen: keine Flotte oder ein Konflikt. Die Verantwortlichkeit für diese Situation würde denjenigen zufallen, die den gegenwärtigen Antrag gestellt haben. Zum Schluß erkläre ich nochmals auf das bestimmteste, daß keine Aussicht auf das Zustandekommen des vorliegenden Gesetzes vorhanden ist, wenn der Antrag angenommen wird. Ich ziehe dann das Gesetz zurück."

Wollte der Reichstag oder vielmehr diejenige Partei, welche für den Miquel'schen Antrag war, darauf beharren, so gab es entweder mit dem Bundeskanzler und den Regierungen einen Konflikt um Machterweiterung, wie es vor 1866 im preußischen Abgeordnetenhause solche gegeben hatte, oder hatte die deutsche Flotte die Zurückziehung der Anleihe aufs schwerste zu büßen. Principiell mußte man der nationalliberalen Partei Recht geben, wenn sie dem Reichstag das Recht vindicirte, die Bundesschuldenbeamten von sich aus civilrechtlich zu belangen; ob aber dieser §. 17 praktisch einen so hohen Werth hatte, und ob es gerade in jener Zeit, nach dem so überaus entgegenkommenden Verhalten des Bundeskanzlers, passend war, die Sache auf die Spitze zu treiben, ist eine andere Frage. Entschiedene Freunde der nationalliberalen Partei in Preußen haben diese

Digitized by Google

Frage verneint und ihre Bejahung als den Ausdruck eines juridischen Doktrinarismus bezeichnet.

Bei der Abstimmung erhielt der Miquel'sche Antrag 131 gegen 114 Stimmen. Sofort wurde der Gesetzentwurf von dem Bundeskanzler zurückgezogen, die Marineanleihe nicht ausgegeben und die gemessensten Befehle ertheilt, die Marineausgaben auf das Aeußerste zu beschränken. Gegen 1000 Matrosen und Arbeiter wurden entlassen, Fahrzeuge, welche zu handelspolitischen Zwecken eine Fahrt nach Ostasien machen sollten, abgerüstet, andere, welche schon auf der See waren, zurückgerufen, Hafenbefestigungen und der Bau von neuen Schiffen eingestellt. Es war ein grausamer Ernst. Wenn der Bundeskanzler durch diesen der Marine beigebrachten Schlag eine Pression auf den Reichstag ausüben wollte, so hätte er kein wirksameres Mittel ersinnen können. Die Marine hatte eben einen neuen Aufschwung genommen. Man war eben auf dem besten Wege, wenigstens eine Seemacht zweiten Rangs zu werden, und nun sollten diesem frisch pulsirenden Leben auf einmal um eines Kanzleikonflikts willen die Adern unterbunden werden, sollte der norddeutsche Bund in die Ohnmacht des seligen Bundestags zurückfallen, wo sogar Schweden und das kleine Dänemark dem gewaltigen Deutschland zur See Respekt einflößten! Und dies alles zu einer Zeit, wo die fieberhafte Empfindlichkeit Frankreichs jeden Tag eine Kriegsfrage bringen konnte! Und dies alles um eines Paragraphen willen! Dies war nicht die Absicht des Reichstags, daher er auf den ihm von der Regierung vorgeschlagenen Kompromiß gerne einging. Ihr Vorschlag war, die Verwaltung der Bundesschulden der durch Bundesraths- und Reichstagsmitglieder zu verstärkenden preußischen Rechnungskammer als dem „Oberrechnungshof des norddeutschen Bundes" bis auf weiteres zu überlassen. Dieser Antrag wurde am 15. Juni vom Reichstag berathen und mit 151 gegen 41 Stimmen angenommen. Die entschiedensten Nationalliberalen erklärten sich für diese Vorlage, da die Entwicklung der Flotte unter keinen Umständen stillstehen und Existenzfragen des Vaterlandes nicht dazu benützt werden dürfen, um durch sie eine Vermehrung der Freiheit zu erlangen. Die Lösung der grundsätzlichen Frage wurde späterer Zeit vorbehalten und wird durch Errichtung eines Bundesministeriums, wenigstens verantwortlicher Bundesminister für die Finanzen und den Krieg, erfolgen.

Digitized by Google

Nun war der grollende Achilleus wieder versöhnt, und mit leichterem Herzen konnte er am 16. Juni Berlin verlassen, um in der Einsamkeit seines pommerschen Gutes Varzin seine durch übermäßige geistige Anstrengung überreizten Nerven zu stärken und für neue Gefahren des Vaterlandes sich zu erhalten. In seiner Abwesenheit vertrat ihn in der laufenden allgemeinen Bundesverwaltung der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, in dem Vorsitz des Bundesrathes der sächsische Minister Friesen, im Ministerium des Auswärtigen Herr von Thiele. Die Nachricht von seiner angegriffenen Gesundheit erregte überall, wo man sich für das neue Deutschland interessirte, namentlich auch in England, die lebhafteste Theilnahme, und die besten Wünsche begleiteten den Mann, dessen Name an die Rekonstituirung Deutschlands geknüpft ist, und der uns länger erhalten bleiben möge als Italien der unersetzliche Cavour.

An der Debatte vom 15. Juni betheiligte sich auch der berühmte Strateg, General von Moltke. Indem er den Reichstag aufforderte, der Regierungsvorlage seine Zustimmung zu geben, zeigte er ihm zugleich auch die hohen Ziele, welchen die Bundesanleihe dienen sollte. „Welcher verständige Mensch würde nicht wünschen, daß die enormen Ausgaben, welche in ganz Europa für Militärzwecke gemacht werden, für Friedenszwecke verwendet werden könnten! Auf dem Wege der internationalen Verhandlung wird dies nimmermehr zu Stande kommen. Der Krieg ist ja nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Ich sehe für den Zweck nur *eine* Möglichkeit, und das ist, daß im Herzen von Europa sich eine Macht bildet, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann. Ebendeßwegen glaube ich, daß, wenn dieses segensreiche Werk jemals zu Stande kommen soll, es von Deutschland ausgehen wird, aber erst dann, wenn Deutschland stark genug ist, das heißt, wenn es geeinigt sein wird. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir die Einigung Deutschlands brauchen, um ein großes Heer und eine Flotte zu haben, sondern umgekehrt, daß wir Heer und Flotte brauchen, um zu jener Einigung zu gelangen, die dann hoffentlich einmal zu einer Herabsetzung dieser großen Ausgabe führen wird. Unsere Nachbarn wissen alle recht gut, auch die, welche so thun, als ob sie es nicht wüßten, daß wir sie nicht angreifen wollen,

Digitized by Google

aber sie sollen auch wissen, daß wir uns nicht angreifen lassen wollen. Aber dazu brauchen wir Armee und Flotte."

Wie sehr mußte diese Rede, welche Deutschland das Schiedsrichteramt in Europa zuwies, in Frankreich mißfallen, wo man auf eben dieses Amt ein Erbrecht zu haben glaubte! Und wie pharisäisch äußerte sich die „Patrie" darüber, daß „die angeblich friedlichen Neigungen der deutschen Kriegspartei mit der Zurückhaltung und Mäßigung Frankreichs sehr kontrastiren." Ueberhaupt trat damals die Moltke-Angst in Frankreich wahrhaft epidemisch auf. Das lächerliche Gerücht, Moltke sei im Monat April auf den Wällen der Festung Metz verhaftet worden, wie er eben zeichnete und Notizen machte, und sei dort festgehalten worden, bis auf Anfrage in Paris seine Freilassung angeordnet worden sei, wurde von vielen Leuten so hartnäckig geglaubt, daß das französische Kriegsministerium es ausdrücklich Lügen strafen mußte. Anders wurde die Rede in England beurtheilt. Der „Spectator" sagte: „Das von Moltke angekündigte Programm, das darin offen erklärte Streben nach dem ersten Platze in Europa zeige eine Wucht und Größe, die England bewundern müsse, selbst wenn seine Interessen diesem Ziele widerstreben sollten. Nach den abgetretenen Phrasen vom europäischen Gleichgewicht, von Frankreichs Empfindlichkeiten und Großbritanniens Handelsinteressen wende man sich mit wahrer Erleichterung einer Rede zu, in welcher der zweite Mann in der stärksten europäischen Regierung keine Ansicht, keinen Wunsch, keine Politik, sondern die entschiedene Absicht an den Tag lege, den ersten Rang in Europa an sich zu nehmen und den Frieden zu wahren. Groß wie dieser Plan sei und zum Ideal geschaffen, sei er auch nicht ohne Aussichten auf Verwirklichung, zumal wenn England ihm nicht entgegentrete, für welches sich als die sicherste Politik Freundschaft mit diesem Staate empfehle."

Am 20. Juni wurde der Reichstag durch den König geschlossen. Derselbe war, wie schon angeführt, durch das Zollparlament unterbrochen. Nach dem Ausfall der süddeutschen Wahlen dachte niemand mehr an eine baldige Umwandlung desselben zu einem deutschen Parlament, obgleich sein ganzer Bau darauf angelegt war, wenige mehr an eine Kompetenzerweiterung desselben, obgleich diese vielfach im Interesse des Südens wäre; man dachte vielmehr in Süddeutschland nur noch daran, welche Rolle wohl diese Herren, die

Digitized by Google

auf das Programm des Partikularismus, zu großem Theil auf das des heftigsten Preußenhasses gewählt worden waren, in einer Versammlung spielen werden, welche in ihrer übergroßen Majorität nicht bloß einen prononcirten preußischen Patriotismus, sondern auch ein warmes Herz für Deutschland und zwar für das ganze Deutschland hat und in ihren Reihen die intelligentesten, schlagfertigsten Redner zählt. Man war begierig, wie viele von diesen Herren, welche daheim so scharfsinnig und beredt in Invektiven waren, es auch nur wagen würden, die Tribüne zu betreten, begierig, welchen Ton sie in diesem Falle anschlagen würden, und prophezeite ihnen samt und sonders, daß sie, sobald sie die Eigenthümlichkeiten ihrer süddeutschen Logik dem Parlamente zu dociren anfangen würden, eine glänzende Niederlage erleiden werden. War auch alle Politik ausgeschlossen von einem Parlament, das vertragsmäßig auf die Berathung des Zollwesens, der Besteuerung des einheimischen Zuckers, Salzes und Tabaks und der Maßregeln zur Sicherung der Zollgrenze beschränkt war, so war doch vorauszusehen, daß in einem Parlament von nahezu 400 Personen diese leidige Politik, kaum zu der einen Thüre hinausgewiesen, zur andern wieder hereinkommen werde. Wer wollte da Gensdarmes genug sein, um dieses queckfilberartige Geschöpf gleich beim Schopf zu fassen!

Das Zollparlament wurde am 27. April vom König eröffnet. Die Thronrede, welche, wie es hieß, von Delbrück verfaßt war, zeichnete in großen Zügen die Entwicklung des Zollvereins bis zum 8. Juli 1867, führte die Regierungsvorlagen an und schloß mit den Worten: „Halten Sie das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge, vermitteln Sie von diesem Gesichtspunkte aus die Einzelinteressen, und ein Erfolg, der Ihnen den Dank der Nation gewinnt, wird Ihre Anstrengungen krönen. Die freundschaftlichen Beziehungen, welche die deutschen Regierungen mit allen auswärtigen Mächten unterhalten, berechtigen zu dem Vertrauen, daß der Entwicklung nationaler Wohlfahrt, deren Pflege heute die Vertreter der deutschen Stämme vereinigt, die Segnungen des Friedens gesichert bleiben, zu deren Beschützung die deutschen Staaten sich unter einander verbündet haben und mit Gottes Beistand jederzeit auf die geeinte Kraft des deutschen Volkes werden zählen können." Diese Rede war so maßvoll gehalten, daß auch die giftigsten Feinde Preußens nichts daran auszusetzen fanden. Selbst die französische Presse

Digitized by Google

äußerte sich mit Befriedigung darüber, und nur wenigen kam es in den Sinn, die an die Allianzverträge erinnernden Schlußworte als eine Drohung aufzufassen. Weniger gefielen in Frankreich die Begrüßungsworte des Alterspräsidenten Frankenberg-Ludwigsdorf, eines 83jährigen Veteranen, welcher unmittelbar nach der Thronrede in der ersten Sitzung des Zollparlaments erklärte: „Wir werden die Vorlagen mit Gründlichkeit prüfen und unabläßig bemüht sein, dieselben mit aller Willenskraft nach einem Ziele hin zu fördern, und dieses eine Ziel heißt: Das einige Deutschland."

Das Zollparlament versammelte sich in dem Sitzungssaale des preußischen Abgeordnetenhauses am Dönhofsplatze. Es schritt am 28. April zu seiner Konstituirung. Zunächst wurde die Präsidentenwahl vorgenommen. Es war natürlich, daß Simson, der Präsident des Reichstags, welcher schon in Frankfurt und Erfurt als tüchtigen Dirigenten sich gezeigt hatte, auch zum Präsidenten des Zollparlaments gewählt wurde. Von 309 Stimmen erhielt er 273. Bei der Wahl der beiden Vicepräsidenten maßen sich zuerst die gegnerischen Kräfte. Man wollte diese Ehrenstellen den Süddeutschen überlassen und hatte für die Stelle des ersten Vicepräsidenten den bairischen Ministerpräsidenten, Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst, im Auge. Derselbe erhielt 238 Stimmen, während sein Landsmann, der bairische Freiherr von Thüngen, welcher im Oktober 1867 der Annahme des Zollvereinsvertrags sich so lange widersetzt hatte den Fürsten Hohenlohe stürzen und unter dem Schirme Oestreichs sich selbst an seine Stelle setzen wollte, nur 59 Stimmen bekam. Derselbe war der Führer der „süddeutschen Fraktion", welche sich in diesen Tagen konstituirte und alles umfaßte, was sich zum norddeutschen Bund feindlich verhielt. Für die Stelle des zweiten Vicepräsidenten schlugen die Nationalen den früheren badischen Minister Roggenbach, die preußischen Freikonservativen den Herzog von Ujest (zugleich Fürst von Hohenlohe-Oehringen) vor. Jener erhielt 138, dieser 104 Stimmen. Die süddeutsche Fraktion gab dem württembergischen Exminister Freiherrn von Neurath, dem Gesinnungsgenossen Thüngens, 51 Stimmen, Thüngen 3. Da somit die absolute Majorität nicht erreicht war, so mußte zur engeren Wahl geschritten werden, und nun wurde der Herzog von Ujest mit 152 Stimmen gewählt. Obgleich dieser an entschiedenem Preußenthum Roggenbach keinenfalls nachsteht, so gab ihm doch

Digitized by Google

die süddeutsche Fraktion ihre Stimme lieber als dem von den Nationalen vorgeschlagenen Roggenbach. Derselbe hatte nur 137 Stimmen erhalten, und Neurath konnte sich rühmen, daß sieben Schwaben ihm treu geblieben seien.

Die Verhandlungen vom 29. April, bei welchen die bairischen Wahlen zur Sprache kamen, liefen ziemlich glatt ab. Während das Wahlgesetz für den norddeutschen Reichstag, welches für diese Wahlen maßgebend war, bestimmt, daß jeder unbescholtene Staatsbürger, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und keine öffentliche Unterstützung erhält, Wähler ist, knüpfte das bairische Wahlgesetz das Wahlrecht an die Staatsangehörigkeit und an die Bezahlung einer direkten Steuer von 20 Kreuzern. Der Antrag Miquels, an den Vorsitzenden des Zollbundesrathes die Aufforderung zu richten, daß er die bairische Regierung veranlasse, sich hinsichtlich des Wahlgesetzes streng nach den Vorschriften vom 8. Juli 1867 zu richten, wurde angenommen. Anders war es mit den württembergischen Wahlen. Gegen diese lagen zwei Klagschriften vor. Die eine war von 18 Einwohnern Stuttgarts, Mitgliedern der deutschen Partei, im Auftrag einer größeren Anzahl von Gesinnungsgenossen, die andere von Stuttgarter Arbeitern abgefaßt. Die hauptsächlichste Beschwerde gieng dahin, daß die württembergische Regierung die Aufnahme in die Wahlliste von dem Nachweis eines eigenen Hausstandes abhängig gemacht habe, so daß die unverheirateten Arbeiter und die Dienstboten von der Wahl ganz ausgeschlossen gewesen seien, sowie dahin, daß Regierungsbeamte da und dort ihre Amtsgewalt zur Wahlbeeinflussung mißbraucht haben. Diese beiden Punkte hätten sicherlich nicht die Beachtung gefunden, welche ihnen bei der Debatte am 1. Mai geschenkt wurde, wenn nicht, wie oben bei der Darstellung der Zollparlamentswahlen gezeigt wurde, die Regierungspartei, statt, wie in Baiern, sich neutral zu halten, mit der demokratischen und ultramontanen sich verbunden, und wenn nicht die siegestrunkenen Wühler jene häßlichen, großmauligen Programme, voll von Verleumdung, voll des brutalsten Hasses und Hohnes, in die Welt geschleudert hätten. Was auch der württembergische Abgeordnete Staatsrath von Mittnacht zur Rechtfertigung der Regierung sagen mochte, wie mußte diese Regierung, wie mußten sämtliche 17 württembergische Zollparlamentsabgeordnete, wie mußte das ganze Land vor dieser Versammlung, vor ganz Deutschland dastehen, wenn

Digitized by Google

der Abgeordnete Braun die beiden Wahlprogramme von Stuttgart und von Urach vorlas, auf welche hin Knosp und Minister von Varnbüler gewählt waren! Und was war dagegen einzuwenden, wenn er sagte: „Es handelt sich darum, daß man Tausende von Arbeitern, die an dem Orte dauernd wohnen, von der Ausübung ihres Wahlrechts ausgeschlossen hat, bloß weil sie zufällig nicht verheiratet sind, und daß diese Männer nicht verheiratet sind, daran ist in der Regel das württembergische Verehelichungsrecht schuld, welches Polizeibeschränkungen einem angeborenen Rechte eines jeden Menschen in den Weg stellt, wie sie in der ganzen civilisirten Welt unerhört sind. Zuerst also legt man dem Arbeiter ein Zwangscölibat gegen seinen Willen mit Gewalt auf, und dann straft man ihn dafür dadurch, daß man ihn vom Wahlrecht ausschließt."

Noch einmal erhob sich von Mittnacht und nach ihm Minister von Varnbüler, um ihre Regierung gegen den Vorwurf des Mißbrauchs der Amtsgewalt zu vertheidigen. Jener äußerte, er sei durch das, was er hier gehört, nicht überrascht; denn „in den Blättern der deutschen Partei lasen wir es bereits im voraus, daß die württembergischen Minister hier von Braun zum Gabelfrühstück verspeist werden würden." Sowohl von Mittnacht als von Varnbüler sagten im Verlauf ihrer Rede allerhand über die deutsche Partei in Württemberg, welche über den Vertrag vom 8. Juli, den sie für nicht weiter als für ein Blättchen Papier halte, hinwegzugehen beabsichtige. Zu diesem Zweck habe sie Tag für Tag ihr Vaterland, ihre schöne Heimat besudelt, mit Hohn und Spott übergossen. Aber die Schwaben hätten etwas Philisterhaftes an sich und glauben, Verträge seien dazu da, gehalten zu werden. Deßhalb habe sich gegen diese Partei das ganze Land gekehrt. Die Verbindung der Parteien sei gegründet auf die Entrüstung gegen die kleine, aber um so anmaßendere Partei. Bei den Schwaben bestehe kein Haß gegen das preußische Volk, aber eine gründliche Abkehrung von dieser Partei.

Da kein Mitglied dieser angegriffenen Partei in das Zollparlament gewählt war, so konnte sie auch auf diese Vorwürfe nicht antworten, was Angesichts der schwäbischen Wahlprogramme nicht sehr schwierig gewesen wäre. Deßwegen nahm sich eins der beredtesten und geistreichsten Mitglieder des Reichstags, Lasker, der

Digitized by Google

Abwesenden an und sagte unter anderem: „Wer die württembergischen Verhältnisse nicht kennt, wird offenbar meinen, die deutsche Partei, welche übrigens zusammenfällt mit derjenigen Partei, welche Schritt für Schritt gemeinschaftlich mit Preußen zu gehen denkt, sei so eine Anzahl von hergelaufenen Menschen. Es sind aber 45000 Wähler, die sich zu dieser Partei bekennen, und alle domicilirt, wie Sie wissen, nach württembergischem Recht. Es ist die Blüte der württembergischen Intelligenz. (Widerspruch rechts). Meine Herren! (nach rechts) auch Sie gehören zu dieser Blüte. Aber auch Sie werden mir zugestehen, daß auf der anderen Seite Männer von derselben gesellschaftlichen Stellung waren, die sowohl durch Reichthum wie durch Bildung und Wissenschaft ebenso glänzen — gerade so wie Sie! Gewiß ist es, daß, wenn sie das Glück gehabt hätten, an einer Stelle zu siegen, sie vielleicht auch einen so bedeutenden Redner wie Herrn von Mittnacht in diese Versammlung geschickt hätten. Jedenfalls waren es 45000 Wähler, der fünfte oder vierte Theil aller Wähler des Landes. Wer sich darauf beruft, daß man über seine Heimat mit Schonung sprechen soll, der muß es auch thun für den fünften Theil des Landes. Und ich klage in dieser Versammlung den Herrn Abgeordneten von Varnbüler an, daß er die deutsche Partei verführt hat, deutsche Partei zu werden. Denn er oder auch seine Anhänger sind es gewesen, die im Jahre 1867 das Programm aufgestellt haben: Anschluß Württembergs an den norddeutschen Bund. Daß er nun allerdings, größeren und begabteren Geistes, schnell von einem Programm zum andern überzugehen weiß, die andern braven 45000 Württemberger diese Geschicklichkeit nicht haben, liegt in der Natur. Es können eben nicht alle Diplomaten sein; es können nicht alle übermäßig gewandt sein." Der Antrag des Grafen Bethusy-Huc, darauf hinzuwirken, „daß hinfort im Königreich Württemberg eine dem Sinn des Vertrags vom 8. Juli 1867 und des Reichswahlgesetzes, sowie der Praxis der meisten anderen zollverbündeten Staaten homogenere Ausführung der Wahlen veranstaltet werde," wurde mit 162 gegen 105 Stimmen angenommen. Die Minorität bestand aus den preußischen Feudalen und der süddeutschen Fraktion mit ihrem unvermeidlichen socialdemokratischen Finale: Schraps, Bebel und Liebknecht.

Die Freundschaft dieser beiden Parteien, welche die preußischen

Digitized by Google

Ultra's mit württembergischen Demokraten zusammenführte, wurde immer wärmer. Man besuchte sich gegenseitig in den Fraktionssitzungen und tauschte seine Ansichten über die schwebenden Fragen aus. Sie erreichte ihren Höhepunkt bei der Adreßdebatte am 7. Mai. Der hessische Abgeordnete Metz nebst elf anderen Süddeutschen hatte den Antrag auf eine Adresse an den König gestellt und 80 Nationalliberale hatten sie unterschrieben. Die wichtigsten Sätze des von Metz verfaßten Entwurfes lauteten: „Eine naturgemäße Entwicklung hat zur Vertretung der gesamten deutschen Nation bezüglich ihrer wirthschaftlichen Interessen geführt. Die seit Jahrzehnten vom deutschen Volke erstrebte und seiner Zeit von sämtlichen deutschen Regierungen als unabweisbares Bedürfniß anerkannte nationale Vertretung für alle Zweige des öffentlichen Lebens kann unserem Volke auf die Dauer nicht vorenthalten werden. Die Liebe zum deutschen Vaterlande wird die inneren Hindernisse zu beseitigen wissen. Die nationale Ehre wird das ganze Volk ohne Unterschied der Parteien zusammenführen, falls von außen versucht werden sollte, dem Drange des deutschen Volkes nach größerer politischer Einigung entgegenzutreten. Wir vertrauen, daß es Ew. Majestät vergönnt sein werde, getragen durch die vereinte Kraft der deutschen Nation und im Einverständniß mit Ew. Majestät hohen Verbündeten den Ausbau des gemeinsamen Werkes zu vollenden, dessen Abschluß Sicherheit, Macht und Frieden nach außen, wie materielle Wohlfahrt und gesetzliche Freiheit nach innen verbürgt." Oestreichs war in dem Entwurfe aufs wohlwollendste gedacht. Gelegentlich des mit demselben geschlossenen Handelsvertrages hieß es: „Wir legen auf die freundlichen Beziehungen zu dem durch Stammesverwandtschaft und mannigfache Bande eng mit uns verbundenen Nachbarlande einen hohen Werth."

Gegen diesen Adreßentwurf, dessen Fassung vom nationalen Standpunkte nicht im mindesten zu beanstanden war, erhob sich die süddeutsche Fraktion voll Feuer und Flamme. Und natürlich! Hatte sie denn einen nationalen Standpunkt? Wie konnte man glauben, daß Männer, welche auf das Programm des kleinstaatlichen Partikularismus, Ultramontanismus und der Demokratie gewählt worden waren, einer Adresse zustimmen werden, welche nicht nur auf Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments in wirthschaftlichen Dingen, sondern geradezu auf Vereinigung des Nordens und des

Digitized by Google

Südens zu einem deutschen Bundesstaat, auf Umwandlung des Zollparlaments zum deutschen Vollparlament angelegt war? Wer dies glaubte, kannte seine Pappenheimer schlecht. Diese erklärten in der ersten Aufwallung, daß sie, wenn die Adresse angenommen würde, ihr Mandat niederlegen und in Masse mit Ostentation aus dem Parlamentssaale austreten werden. Später wollten sie sich damit begnügen, an der Debatte keinen Antheil zu nehmen, und nur die Heißsporne unter den württembergischen Radikalen schienen ihre republikanische Würde in Scene setzen zu wollen. Diese Fraktion wollte überhaupt von einer Adresse nichts wissen und stellte daher den Antrag auf einfache Tagesordnung. Dagegen hatte die bairische Fortschrittspartei mit den Freikonservativen und der deutschen Fortschrittspartei auf den Antrag einer motivirten Tagesordnung sich vereinigt, wofür Roggenbach und Ujest folgende Fassung (die deutsche Fortschrittspartei eine ähnliche) vorschlugen: „In Erwägung, daß die Neugestaltung des Zollvereins durch die Berufung der Vertreter des deutschen Volkes zu gemeinsamer Gesetzgebungsthätigkeit das Unterpfand stetiger Fortentwicklung der nationalen Institution gewährt und den berechtigten Nationalansprüchen auf wirksame Einigung der Staatskräfte befriedigende Erfüllung sichert; in Erwägung, daß einmüthiges Zusammenwirken für die Aufgaben des Zollparlaments dieses Ziel am meisten zu fördern geeignet ist, wird über den Adreßantrag die Tagesordnung beantragt." Wer nicht jeder Weiterentwicklung des durch die Verträge zwischen Nord und Süd geschaffenen Verhältnisses principiell entgegen war, konnte diese sparsam zugemessenen Sonnenblicke der motivirten Tagesordnung füglich annehmen. Aber ebendeßwegen konnte es die süddeutsche Fraktion nicht. In einer Frage des Anschlusses trat ein Votum der Reichstagsmitglieder, für welche der Artikel 79 der Bundesverfassung und das Bismarck'sche Rundschreiben vom 7. September 1867 maßgebend waren, sehr zurück gegen die Abstimmung der süddeutschen Abgeordneten. Wenn die Majorität derselben, deren es im ganzen 85 sind, für die Adresse war, so konnte man sie, die nicht zu bezweifelnde Zustimmung des Reichtagsmajorität vorausgesetzt, ohne allen Anstand als den Ausdruck des Nationalwillens ganz Deutschlands ansehen; wenn aber, wie es hier der Fall war, nur eine süddeutsche Minorität von 12 für die Adresse, von höchstens 20 für motivirte Tagesordnung, die anderen alle dagegen waren, so war

Digitized by Google

der Beschluß des Zollparlaments von einer Majorität des Reichstags der Majorität der Süddeutschen, von einem der paciscirenden Theile dem anderen octroyirt, und die Annahme des einen oder des anderen Entwurfes hatte nicht den geringsten praktischen Werth. Und doch hatte diese Adreßdebatte selbst wieder einen praktischen Werth, wenn es auch nur der eine war, daß die süddeutsche Fraktion, welche bisher all ihre Kraft auf die Negation verwandt hatte, endlich einmal mit der Sprache herausrücken und offen Farbe bekennen mußte. Denn zu Referenten über die Adresse hatte das Zollparlament am 1. Mai von Bennigsen und von Thüngen bestellt, wovon jener die Annahme, dieser die Ablehnung der Adresse beantragte. Was Thüngen, der Vorstand der süddeutschen Fraktion, auf der Tribüne sprach, das war doch gewiß nichts anderes als das offene Programm derselben. Möglicherweise hatten sie aber auch zwei Programme, welche gleichfalls, wie Nord- und Süddeutschland, der Main auseinanderhielt: eines für Süddeutschland, wenn sie unter sich oder zu ihren Wählern sprachen, das andere für Berlin, wenn sie Herrn Braun oder Herrn Lasker gegenüberstanden.

Bei überfüllten Zuhörertribünen begann die Adreßdebatte vom 7. Mai. Der Präsident schlug vor, zunächst die beiden Referenten, dann einen Redner für und einen gegen die einfache Tagesordnung zu hören und dann abzustimmen. Der Antrag Reichenspergers und von Mittnachts, die beiden Referenten nicht zu hören, wurde von einer überwiegenden Majorität abgelehnt, da es doch gegen allen parlamentarischen Brauch gewesen wäre, Referenten zu bestellen und, wenn es zum Referat kommen sollte, das Wort ihnen zu entziehen. So konnte endlich Bennigsen seine Rede beginnen. Er hob zunächst die politische Nothwendigkeit hervor, der Thronrede eine Aeußerung des Zollparlaments entgegenzustellen, und suchte den Süddeutschen die Besorgniß zu benehmen, daß durch die Annahme der Adresse der natürlichen Entwicklung einer Einigung des Südens mit dem Norden vorgegriffen werde. Die Adresse spreche ja weder von einem bestimmten Weg noch von einer bestimmten Form oder Zeit, sondern gebe nur dem Ausdruck, was im Grunde sie alle beseelen müsse, daß sie, wenn auch zunächst für einen engbegrenzten Zweck berufen, doch zugleich eine nationale Aufgabe zu erfüllen haben. Er schloß mit den Worten: „Wenn die Einigung Deutschlands jemals gelingen soll, so kann es jetzt den Deutschen gelingen. Wir alle, die

Digitized by Google

wir berufen sind, an dieser Aufgabe mitzuwirken, mögen uns der schweren Verantwortung bewußt sein. Lassen Sie uns die Hoffnung hegen, daß das Jahr 1866 zum letztenmal Tausende von Sühnopfern im Kampfe Deutscher gegen Deutsche gefordert hat, daß dieses Menschenalter in friedlicher Entwicklung Deutschlands Macht, Freiheit und Einheit wiederherstelle. Diesem Gefühl gibt die Adresse Ausdruck. Sie hält es der Gesamtvertretung einer großen Nation für würdig, bestimmte und feste Position für die politischen Aufgaben Deutschlands zu nehmen. Mögen die Discussionen immer von dem Gedanken durchweht sein, daß es im Interesse des Vaterlandes unsere Pflicht ist, alles Verletzende, Trennende, alles Feindselige zurücktreten zu lassen und alles Gemeinsame, alles Einigende hervorzuheben!" Dieser Rede gegenüber erklärte der Korreferent von Thüngen, daß die Süddeutschen die bestehenden Verträge streng halten, aber nicht über dieselben hinausgehen wollen und daher jede nicht in dem Rahmen derselben sich bewegende Verhandlung als eine Mandatsüberschreitung ansehen. „Die Majorität des süddeutschen Volkes, sagte er, die eigentliche Volksmasse ist offenbar dem Eintritt in den norddeutschen Bund abhold. Dies kommt daher, daß die süddeutschen Volksstämme von jeher mit großer Anhänglichkeit an ihren Institutionen und Dynastien gehängt haben, und die Masse bei uns, wie überall, nur Gefühlspolitik treibt. Anders ist unsre Stellung, die der Denkenden des Volks. Wir treiben nicht die Politik des Gefühls, wir treiben die des Verstandes. Wir lassen uns nicht durch die momentane Strömung treiben, wir blicken in die Zukunft. Wir wissen und fühlen genau, daß jeder Schlag, der Preußen von außen her versetzt würde, sich durch ganz Deutschland fühlbar machen müßte, bei uns noch schwerer als bei Ihnen. Deßhalb stehen wir fest auf dem Boden der Verträge. Sollte Preußen vom Auslande angegriffen werden, so werden wir an Ihrer Seite kämpfen und bluten. Wir wollen Ihnen gerne die Bruderhand reichen; aber stören Sie nicht das Wachsthum dieser noch zarten Pflanze der Freundschaft dadurch, daß Sie uns auf Wege drängen, die wir nicht als die unsrigen betrachten können. Glauben Sie aber, daß wir es mit Deutschland und mit dem Zusammengehen Süddeutschlands mit Norddeutschland nicht schlechter meinen als Sie." Mit dieser Rede ihres Führers waren nicht alle Mitglieder der süddeutschen Fraktion einverstanden. Natürlich!

Digitized by Google

Herr von Thüngen mußte auf der allen Pfeilen bloßgestellten Tribüne das Berliner Programm entfalten, während seine todesmuthige Schar, die schweigsam auf ihren Bänken saß, mit urgermanischer Tapferkeit an dem süddeutschen Programm festhielt und eine Faust im Sack machte. Der ultramontane Abgeordnete Bucher schrieb an die bairische „Donauzeitung": Thüngens Rede sei ihnen „überaus kläglich" vorgekommen; seine Gesinnungsgenossen seien dabei „wie auf Kohlen gesessen". Dazu bemerkte die Redaktion: „Die Rede ist eine schilfrohrige Wackelmännerei, über die wir uns schämen."

Darauf folgten die beiden Redner, welche für und gegen den Antrag auf einfache Tagesordnung zu sprechen hatten. Sie waren aus der Menge der sich zum Wort Meldenden durchs Los bestimmt, und das Los wählte von Blankenburg von der preußischen Feudalpartei und Bluntschli von der badischen Nationalpartei. Jener erklärte, daß man die Süddeutschen nicht in den norddeutschen Bund hinein majorisiren dürfe. Die Adresse spreche von nationalen Gedanken. Aber jeder verstehe wieder etwas anderes darunter. Man solle endlich mit den Redensarten aufhören. „Als die neue Bundesflagge sich auf den Meeren zeigte, das machte Eindruck; da sagte man im Ausland: jetzt werden die Deutschen endlich praktisch. Darum fort an unsere Arbeit und weg mit allem Schwindel!" Gegen diese kavaliermäßige Behandlung einer heiligen, nationalen Sache stach die Rede Bluntschli's sehr ab: „Es ist für die Mitglieder aus Süddeutschland beinahe unmöglich, diejenigen Fragen völlig schweigend zu übergehen, um deren willen sie hieher geschickt sind. Denn die Wahlkämpfe in Süden hatten sehr wesentlich und vorzugsweise eine politische Bedeutung, und wenn man immer sagt, dieses Parlament sei wesentlich als eine große Kommission in Zollangelegenheiteu berufen, so kann ich nie und nimmermehr zugeben, daß wir 380 Mitglieder sämtlich Sachverständige in Zollangelegenheiten sind. Im Süden sind einige Wahlen sehr wesentlich mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen Fragen gemacht worden; aber der eigentliche Wahlkampf in allen süddeutschen Staaten war durchaus politischer Natur, und unter den einen und andern sind sehr viele, denen der Stempel des Sachverständigen in Zollangelegenheiten nicht auf die Stirne geschrieben steht; ich gehöre selbst dazu." Nach einer Bemerkung gegen Thüngen, der von einem süddeutschen Volke

Digitized by Google

gesprochen habe, während es nur ein deutsches Volk gebe, und nach einer Schilderung der Parteiverhältnisse in den vier Südstaaten schloß er mit den Worten: „Es gibt also zwei Parteien im Süden. Die eine ist dem Anschluß mehr oder weniger zugeneigt, die andere will nichts davon wissen. Ja es gibt zur Stunde noch manche, die gar nicht zufrieden sind, daß sie hieher haben kommen müssen, die gar nicht einverstanden sind mit den Verträgen, um deren Ausbau es sich handelt. Diese Partei wünscht die einfache Tagesordnung samt und sonders; Sie können es mir glauben, sie werden alle dafür stimmen. Also steht die Sachlage wahrhaft so: wenn Sie für die einfache Tagesordnung stimmen, so stimmen Sie sämtlich denjenigen Herren bei, die am wenigsten von einer Fortbildung unserer Gemeinschaft wissen wollen. Und wenn Sie gegen die einfache Tagesordnung stimmen, dann stimmen Sie mit allen denen in Hessen, Baden und Baiern, die für die Adresse gewirkt und die motivirte Tagesordnung eingebracht haben, mit denen, die von Herzen und ganz Ihre Freunde sind. Jetzt stimmen Sie ab!"

Der Antrag Aretin's und Genossen (aus der süddeutschen Fraktion) auf einfache Tagesordnung wurde mit 186 gegen 150 Stimmen, also nur mit einer Majorität von 36, genehmigt und damit die ganze Adreßfrage erledigt. Mit der süddeutschen Fraktion stimmten die Socialisten, die preußischen Feudalen und die deutsche Fortschrittspartei, obgleich diese einen besonderen Antrag auf motivirte Tagesordnung eingebracht hatte. Dies war freilich eine noch seltsamere Coalition als die der drei württembergischen Parteien bei den Zollparlamentswahlen. Ob sie haltbar sei, darnach fragte man nicht. Vorerst gab man sich dem Jubel über den Sieg in der „Entscheidungsschlacht" hin. Auf der ganzen Linie von Wien und Hietzing bis nach Paris erhob man ein Triumphgeschrei über die Niederlage der Nationalen, denen auf dem Boden des Zollparlaments kein Weizen erblühe. Sie mögen im Reichstag herrschen, hieß es, und ihrem Herrn und Meister sich zu Füßen werfen; aber da wo die Süddeutschen seien, da herrsche Freiheit, Männerwürde, da geben diese den Ausschlag. Die „France" spendete den Süddeutschen großes Lob: „ihre Haltung ist ebenso gerecht als würdig, sie vertheidigen das Recht, sie lassen sich von einem edlen Gefühle des Patriotismus leiten, sie haben für sich die Logik und die Vernunft."

Digitized by Google

Ein anderes französisches Blatt sagte sehr bezeichnend: „Der Widerstand des Südens gegen das Aufgehen in Preußen ist hinreichend, um allen Empfindlichkeiten Frankreichs über die Veränderungen des Jahres 1866 Genugthuung zu geben." Doch war den chauvinistischen Blättern die Aeußerung des Herrn von Thüngen über die Solidarität der norddeutschen und süddeutschen Waffen unbequem, und sie bemerkten etwas verstimmt: „Mehr verlangt Graf Bismarck gar nicht." Um so kleinmüthiger war die kleine Schar der nationalgesinnten Männer aus Baden, Baiern und Hessen. Sie hatten zuerst große Hoffnungen auf dieses Zollparlament gesetzt, nach den Wahlen hatten sie dieselben bedeutend herabgestimmt, nach dieser Adreßdebatte blieb ihnen fast gar keine mehr übrig, sie sprachen von baldiger Abreise, da sie es nicht länger mit ansehen könnten, daß unter Tabak und Lumpen jeder nationale Gedanke muthwillig erstickt werde. Doch fragte es sich, ob denn diese Alleinherrschaft der süddeutschen Fraktion so fest begründet sei. Sie war es, so lange die preußischen Feudalen und Fortschrittsmänner es mit ihnen hielten, allen Patriotismus, alles nationale Bewußtsein bei Seite setzten und für ihre einzige Aufgabe hielten, ihre gemeinschaftlichen Gegner, die Nationalliberalen, nach dem östreichischen Wahlspruch unitis viribus niederzuhalten.

Daß auf diese Weise der süddeutschen Fraktion der Kamm schwoll, daß sie übermüthig wurde „bis zum Exceß", war sehr begreiflich. Als sie sich aber als die von Napoleon's, von Hietzings und Beust's Gnaden eingesetzten Zollparlamentsgensdarmen geberdeten, eine förmliche Treibjagd auf nationale Gedanken organisirten und, so oft ein Strahl von Politik durch die Reden über Zollfragen hindurchschimmerte, dem Redner zuriefen: „zur Sache! Wein, Wein! oder: Roheisen, Leinwand!" je nachdem man gerade an einer Tarifposition stand; als sie es sogar nicht dulden wollten, daß der Vorsitzende des Zollbundesraths aufgefordert werde, mit Oestreich Verhandlungen über gemeinsame Maßregeln gegen die Rinderpest einzuleiten, weil dies Sache der Polizei, nicht eines Steuervereins sei; als ihre Verbindung mit „Schraps, Bebel und Liebknecht" immer intimer wurde, und der demokratische Flügel dieser Fraktion in der Volksversammlung vom 14. Mai mit der äußersten Demokratie von Berlin, gegen welche Waldeck und Schulze wahre Bismarckianer waren, kokettirte, die Freiheit Süddeutschlands gegen den

Digitized by Google

„Militarismus und Cäsarismus" des Nordbundes pries und sich schöne Tage für die Saat der Freiheit versprach, wenn die norddeutsche und süddeutsche Demokratie zusammenhielten: da brach endlich das Eis.

Es war der 18. Mai. Bei der Schlußberathung über den Handelsvertrag mit Oestreich stellte Bamberger den Antrag: „den Bundesrath des Zollvereins zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Beschwerden abgeholfen werde, zu welchen im Großherzogthum Hessen das Zusammentreffen der herabgesetzten Weinzölle mit dem bestehenden System der indirekten Steuern Anlaß gibt." Er begründete seinen Antrag damit, daß er auf die durch diesen Handelsvertrag bestimmte Herabsetzung der Eingangszölle auf östreichische Weine hinwies, welche Erleichterung dem deutsch-französischen Handelsvertrag gemäß, der Frankreich den meistbegünstigten Nationen gleichstellt, auch den französischen Weinen zu gut komme. Durch diese Konkurrenz kommen die hessischen Weinproducenten in Nachtheil, da die inneren hessischen Weinsteuern mehr betragen als der Eingangszoll. So klar es war, daß, wenn durch die Beschlüsse des Zollparlaments in irgend einem der Zollvereinsländer eine Inkonvenienz geschaffen wird, jenes nicht bloß das Recht, sondern geradezu die Pflicht hat, dafür zu sorgen, daß der Stein des Anstoßes entfernt, die provinzielle Gesetzgebung mit der gemeinsamen in Einklang gebracht und so der volle Strom der Verkehrsfreiheit nicht zu einem vernichtenden, sondern zu einem befruchtenden gemacht werde, so war es doch den süddeutschen Partikularisten ebenso klar, daß es sich hier um einen eminent frevelhaften Eingriff in die Selbständigkeit der inneren Regierung handle. Mohl erklärte, an der Inkompetenz des Zollparlaments in dieser Frage könne gar kein Zweifel sein, und bat, man möge die Versammlung mit dieser „Wirthsagitation" verschonen. Damit war der süddeutschen Fraktion die Losung gegeben. Bamberger entgegnete, die politischen und Steuerzustände Hessens seien von der Art, daß die Hessen ein Gegenstand des Spottes oder des Mitleids zu sein genugsam verdienen. Es könne nur besser werden, wenn auch der südliche Theil des Landes in den norddeutschen Bund eintrete. Von Metz unterstützt, wies er die Kompetenz des Zollparlaments nach. Dies war dem Bundesrath und hessischen Legationsrath Hoffmann, welcher sich mit der Dalwigk'schen Politik aufs innigste befreundet hat, zu

Digitized by Google

viel, und er erwiderte: „Wenn der Antragsteller zur Begründung seines Antrags nur zu sagen wußte, die Versammlung solle handeln wie jedes moralische Wesen, das verpflichtet sei, einen Schaden, den es angerichtet habe, wieder gut zu machen, so muß ich darauf antworten: leider hat der Zollvereinsvertrag dergleichen Principien der Moral nicht in sich aufgenommen. Nach den Bestimmungen desselben ist das Zollparlament nicht berufen, die Konsequenzen für die innere Besteuerung zu ziehen, die aus der Ermäßigung des Eingangszolls zu ziehen sind. Ich halte das hohe Haus nicht für kompetent, über solche Anträge zu beschließen, und bitte, den Antrag abzulehnen." Diese Rede eines Mitglieds des Zollbundesraths brachte „das hohe Haus" auf den Gedanken, daß damit das Votum des Zollbundesraths selbst ausgedrückt sei. Wie sehr erstaunte es daher, als der Vorsitzende dieses Zollbundesraths, Graf Bismarck, welcher sich indessen an den Debatten gar nicht betheiligt und den Verhandlungen sich fern gehalten hatte, auftrat und sagte: „Ich bin natürlich ebensowenig, wie mein großherzoglich hessischer Herr Kollege in der Lage, mich über den mir soeben erst bekannt gewordenen Antrag im Namen des Bundesraths auszusprechen. Nachdem aber von einem Mitgliede des Bundesraths die Kompetenz des Zollparlaments und Bundesraths angezweifelt worden ist, ist es mir ein Bedürfniß, zu konstatiren, daß dies eben die persönliche Ansicht dieses Mitgliedes ist, und daß mein Eindruck prima facie der entgegengesetzte von dem meines großherzoglich hessischen Kollegen ist." So etwas konnte sich Angesichts der Schadenfreude der Nationalliberalen und der Entrüstung der süddeutschen Partikularisten der großherzoglich hessische Herr Kollege nicht gefallen lassen. Er ergriff daher noch einmal das Wort und erklärte, nicht im Namen des Zollbundesraths, sondern im Namen der hessischen Regierung habe er gesprochen, und er bleibe dabei, daß die inneren Steuern, soweit sie nicht gemeinschaftlich seien, der Landesgesetzgebung unterliegen. Nachdem ihm noch Graf Bismarck entgegnet hatte, „daß es sich nicht um die Frage handle, ob die hessische Gesetzgebung im Widerspruch mit dem Zollvereinsvertrag stehe, sondern darum, ob die legislativen Organe des Zollvereins berechtigt seien, mit der Frage, ob dieses der Fall sei, sich zu beschäftigen", hielt man die Sache für abgemacht, und die süddeutsche Fraktion fühlte sich ordentlich erleichtert, daß diese „Wirthsagitation" zu Ende war, bei

Digitized by Google

welcher sie immer ein politisches Losplatzen der Herren Bamberger und Metz hatte befürchten müssen.

Da zeigte es sich, daß das Bisherige nur so eine Art Vorspiel oder Prolog gewesen war, daß das eigentliche Stück, in hochdramatischem Stil einherschreitend, erst beginne, und daß das Verdienst, es in Scene gesetzt zu haben, keinem Geringeren gebühre als dem württembergischen Abgeordneten und Rechtskonsulenten Probst, einem Mitglied der süddeutschen Fraktion. Nachdem er sich gegen die Kompetenz der Versammlung ausgesprochen hatte, fuhr er fort: „Der Grund, der uns Süddeutsche zu unserem Verhalten bewog, war die Ueberzeugung, daß durch ein Hineinziehen des politischen Antagonismus in unsre Diskussionen die materiellen Interessen, die wir hier zu vertreten haben, leiden müßten. Wir wollen Frieden, Frieden nicht nur in diesem Hause, auch Frieden nach außen. Es schien gerathen, die Lawine, die seit lange am Gipfel des Berges droht, nicht durch Erschütterung von hier aus ins Rollen zu bringen und die Segnungen des Friedens von neuem zu gefährden." Da erhob sich Graf Bismarck: „Sie alle, auch die Herren aus Süddeutschland, werden uns das Zeugniß geben, daß ich und meine Herren Kollegen alles unterlassen haben, was die Vermuthung hervorrufen könnte, als ob wir auf Süddeutschland irgendwie, sei es durch Pression, sei es durch Ueberredung, einwirken, eine Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments anstreben wollten. Führen Sie Ihr (süddeutsches) Programm aus, so lange es Ihnen gefällt, von uns werden Sie mit keiner Bitte, mit keinem Wunsche angegangen werden, dasselbe aufzugeben. Ich erinnere Sie dabei nur an die Circulardepesche vom 7. September vorigen Jahres. Daraus ersehen Sie, daß die preußische Regierung die Selbständigkeit der süddeutschen Regierungen in keiner Weise gefährdet, und selbst wenn Sie den Wunsch aussprächen, diese Ihre Selbständigkeit aufzugeben (Sie nennen es so, ich nicht — sich dem norddeutschen Bunde zu nähern, will ich lieber sagen), so müßten Sie diesen Wunsch schon so motiviren, daß er auf beiden Seiten dieselbe günstige Beurtheilung fände. Sie halten uns für viel empressirter, als wir es sind. Ich habe das Wort ergriffen, um Sie vollständig hierüber zu beruhigen. So lange Sie nicht erkennen, daß Ihrer Selbständigkeit im höchsten und weitesten Sinne am besten durch den Anschluß gedient ist, und so lange nicht diejenige Majorität

Digitized by Google

der Süddeutschen, die überhaupt staatliche Einrichtungen will, erklärt, es sei Ihr Wille, sich dem norddeutschen Bunde anzuschließen, so lange deliberiren Sie in Ruhe über die Gegenstände des Zollvereins. Aber wenn ich mich so gegen das Bestreben jeder Kompetenzerweiterung verwahre, so muß ich mich auch jedem Streben, die vertragsmäßige Kompetenz des Zollparlaments zu vermindern, entgegentreten. Ob ein solches Streben hier vorliegt, lasse ich noch unentschieden. Dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet."

Diese Rede rief allgemeinen Beifall hervor, und nachdem einmal die politischen Schleusen geöffnet waren, wurde gründlich nachgeholt, was bei der Adreßdebatte durch eine unnatürliche Coalition unmöglich geworden war. Diese Coalition selbst gieng vollständig in die Brüche. Denn nicht bloß Nationalliberale, sondern auch Feudale wie Wagener, Fortschrittsmänner wie Löwe und Waldeck, traten denjenigen Süddeutschen, welche ihr Mandat mit Protestiren und Negiren ausführen zu können glaubten, energisch entgegen. Die Abgeordneten Bebel, Windthorst, Roßhirt, Bissing, v. Neurath versuchten vergebens, ihren negativen Standpunkt zu vertheidigen und ihm ein patriotisches Mäntelchen umzuhängen; sie sahen sich so ziemlich verlassen. Lasker entgegnete ihnen, daß man im Norden den Staat ausbauen werde, von welchem allein die deutsche Einheit ausgehen könne. Die Süddeutschen werde man so lange gehen lassen, bis die Noth der Umstände sie zwinge, sich zu nähern und um Aufnahme zu bitten. Er könne den Herrn Probst nicht als den Rechtskonsulenten der Süddeutschen, sondern nur als den der württembergischen Mitglieder dieses Hauses anerkennen, und müsse sich über die Auslegung des Zollvereinsvertrags von Seiten des Herrn Bundesrath Hoffmann wundern; so könne nur jemand sprechen, der von internationalen Verträgen nie etwas gehört oder nicht reiflich darüber nachgedacht habe. Löwe erinnerte daran, daß die Herren aus dem Süden in den dreißiger Jahren geradeso gegen den Zollverein Protest erhoben hätten. „Wir haben hier nicht bloß einen Tarif festzustellen, sondern auch für die weitere Entwicklung des Zollparlaments und der Zollvereinsverträge pflichtgemäß zu sorgen. Gelangen wir an einzelne Punkte der Verträge, die uns nicht zusagen, so haben wir sie zu konstatiren, und bei Er-

Digitized by Google

neuerung der Zollvereinsverträge ist der Zeitpunkt, unsere Vorschläge geltend zu machen. Wenn Ihnen dann dieselben nicht gefallen, so mögen Sie allein weiter wirthschaften." Waldeck erklärte, er sei auch ein Freund des Friedens; aber derselbe werde dadurch nicht gestört werden, daß man die unglückliche Doppelstellung des hessischen Volkes beseitige. Von einer auswärtigen Einmischung solle man nicht reden, es wäre denn, um zu sagen, daß man sie nicht dulden wolle. Wagener konstatirte, daß der Zollverein und seine gesetzlichen Organe trotz aller Proteste sich erweitern und wachsen werde, wie sich dies aus der Geschichte seiner bisherigen Entwicklung ergebe, gieng dann auf die politische Seite der Frage über und sagte: „Eine Einheit ist in Deutschland nur dann möglich, wenn man die Eigenartigkeit und Selbständigkeit der einzelnen Stämme achtet. Aber freilich zum Gegentheil der Einheit darf die Eigenartigkeit niemals ausarten." Und gegen Probst sich wendend, sprach er: „Ein Friede, den ich nur damit erkaufen kann, daß ich mir meine deutsche Zunge abbeißen soll, den mag ich nicht. Wir befinden uns vollkommen in der Lage, Stärke und Kraft nach allen Seiten, auch wenn wir recht laut sprechen, einen ehrenvollen Frieden zu erhalten."

Die Palme unter den Rednern gewann Dr. Völk aus Augsburg, einer der bedeutendsten Männer des bairischen Abgeordnetenhauses, welcher im Zollparlament den Wahlbezirk Kempten-Immenstadt vertrat. In versöhnlicher, gemüthlicher Weise sprach er von dem Kampfe der verschiedenen Parteien und betonte die Nothwendigkeit eines baldigen Anschlusses, damit man nicht später unter weit ungünstigeren Bedingungen eintreten müsse. Er protestirte zuerst gegen den Ausdruck: „Wir Süddeutsche", welchen die Mitglieder der süddeutschen Fraktion gebrauchten, als ob sie mit ihrer antinationalen Gesinnung ganz Süddeutschland verträten, und sagte dann unter anderem: „Wenn redliche und ehrliche Männer sich begegnen, und wenn sie ernst über die deutsche Zukunft, über das, was uns allen am Herzen liegt, redlich zu Rathe gehen, dann werden vor einer derartigen Erwägung die größten Vorurtheile schwinden, und wenn die deutsche Nation jene Einigung noch nicht erreicht hat, die sie haben muß, damit sie eine glorreiche Zukunft haben kann, so ist dies nicht auf Kosten innerer Widersprüche zu setzen, vielmehr auf Kosten der Unkenntniß der Verhältnisse im Norden wie im Süden,

Digitized by Google

auf Kosten der Vorurtheile, die man da und dort hat, und wenn eine solche Debatte nur einiges dazu beiträgt, derartige Vorurtheile zu zerstören, so hat sie einen sicheren Baustein zum Dom der deutschen Einheit geliefert. Sehen Sie, selbst die Süddeutschen jener Gattung, welche hier gesprochen, haben nichts von jener Schärfe, mit welcher die Dinge im Süden angesehen werden, hier hereingetragen; ja es ist sogar vorgekommen, daß wegen der Milde der Auffassung harte Vorwürfe droben an der Isar laut geworden sind (Thüngen). Ob sie vielleicht wegen einer sanften und milden Rede (Neurath), welche Sie heute gehört haben, nicht auch am Nesenbach kommen werden, das weiß ich noch nicht ganz gewiß. Wenn nun behauptet worden ist, daß wir Süddeutsche zu warten hätten, bis man im Norden mit dem nordischen Staate fertig sei, und daß uns dann erst der Eintritt gleichsam zugesprochen oder gewährt werden könne, so bin ich in der Lage, gerade darin eine große Gefahr für die süddeutschen Staaten und ihre Selbständigkeit zu erblicken. Unser Interesse liegt nicht darin, einem festkonstituirten, gleichsam einem inkrustirten Staate uns anzuschließen, sondern ich dächte, es wäre vernünftiger, „wenn wir bei Zeiten die Stelle suchen würden, welche uns die Gelegenheit und die Macht gäbe, selbst an dem Staate mitzubauen, um dann vielleicht doch auch manches Gelaß für unsere eigene Bequemlichkeit dort anzubringen, welches die norddeutschen Baumeister, wenn sie nur für sich handeln, möglicherweise doch vergessen könnten. Das gerade ist das Schöne, und deßhalb halte ich dafür, daß die Zukunft unserer Nation eine so schöne werden muß, daß das spröde norddeutsche Element mit dem etwas weicheren, gemüthlicher angeflogenen süddeutschen Element nach und nach zusammenrinnen muß. Man hat auch gesagt: „Wir Schwaben" — ich bestreite den Herren aus Schwaben, daß sie allein die Berechtigung haben, zu sagen: „Wir Schwaben"; wir Schwaben in Baiern sind auch noch da, und wir sind gerade so gut Schwaben wie die anderen. Sie sehen also, daß, wenn ich auch nur von Baiern rede, ich mit dem Worte „wir Schwaben" immerhin von 30—40,000 Schwaben meiner politischen Richtung sprechen kann, und daß das nicht ausschließlich schwäbisch ist, was hier nach einigen Exemplaren so genannt wird. Die Rücksicht auf Oestreich darf uns nicht abhalten, so weit es hier an uns ist, fest zu unserer Aufgabe zu stehen. Das deutsche Element in

Digitized by Google

Oestreich hat dadurch, daß das übrige Deutschland sich zu einem Staatsleben zusammenschließt, nicht verloren, sondern gewonnen. Es ist nicht an dem, daß die Deutschen in Oestreich jetzt schlimmer daran wären, als sie unter dem Bundestage waren. Man weiß nicht, wie das Schicksal spielt, aber das behaupte ich: je mehr wir unsren deutschen Staat ausbilden und fertig machen, desto sicherer ist die Ueberzeugung bei den Oestreichern, daß sie im Falle der Noth eine heimische Stätte haben und ein Herz, wo sie mit Freuden als Brüder aufgenommen werden. Mit der Zerstörung der Eigenthümlichkeiten der einzelnen deutschen Provinzen hat es keine Noth; das ist so stark, daß es schon oft unser Unglück gewesen ist, wenn ich auch zugeben muß, daß diese Mannigfaltigkeit eine Quelle der besten Erzeugnisse deutschen Geistes gewesen ist. Aber das eine thun und das andere nicht lassen, diese Eigenthümlichkeiten zu schonen und dennoch über der Besonderheit das gemeinsame Staatsleben nicht zu vergessen, das ist, glaube ich, an dem wir zu halten haben, und ich bekenne frei und offen, es ist dies im Sinne und Interesse unsrer Einzelstaaten auch das Konservativste. Schließt man sich mit seinem Einzelstaat an das Ganze an, fügt man sich verfassungs- und vertragsmäßig in das größere Staatswesen ein, so glaube ich, hat man ein Schirmdach gewonnen, über das der Starke seine Hand hält. Bleibt man aber draußen, so ist man dem Wind und Wetter, dem Hin- und Herzetteln aller Art preisgegeben, und wenn der Starke findet, daß ewige Unsicherheit und Schwanken bei uns herrscht, so möchte er sich vielleicht einmal veranlaßt fühlen, mit dieser Wirthschaft bei gelegener Zeit ein Ende zu machen. Das ist die Gefahr der Kleinstaaten, und deßwegen nenne ich es konservativ, in das deutsche Staatswesen einzutreten. Denn sind wir erst dort, haben wir erst durch vertragsmäßige Bande das, was von unsrer Selbständigkeit berechtigt ist, erhalten und gerettet, so muß dem großen Staate die Ehre verbieten, daß er dem kleineren seiner Zeit den Garaus macht. Was die Aussichten auf unsere Zukunft sind, ich weiß es nicht; wie weit das Zollparlament mit seiner Kompetenz noch auswachsen wird, ich weiß es nicht. Sei dem, wie ihm wolle, wir haben dafür zu sorgen, daß das deutsche Einigungswerk nicht stocke. Die Anschauung im Volke zu verbreiten, es sei nunmehr alles abgethan, war gewiß in keiner Weise das Zollparlament berufen; ja schon seine Existenz hat gezeigt,

Digitized by Google

daß man in Deutschland vorwärts kommt, vorwärts will. Ich bin der Ueberzeugung, daß die deutsche Nation und zwar in allen ihren Bestandtheilen eine so entwicklungsfähige, eine so große, so edle, so zukunftsreiche ist, daß sie ihrer Größe entgegengeht, und es hat mich deßhalb das Wort eines geistreichen Mitgliedes dieses Hauses, das er letzthin zu mir sprach, außerordentlich gefreut, um so mehr, als er meiner Parteirichtung nicht angehört. Er sagte: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland, und wenn auch noch einzelne sich mit Schneebällen werfen, das wird nicht mehr lange dauern, der fortschreitende Frühling wird dafür sorgen, daß zum Schneeballen bald das Material ausgeht.“ Auch ich will schließen mit den Worten: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland.“

Der 18. Mai war der größte Tag, welchen das Zollparlament erlebt hat. Völks Rede wirkte so zündend und zugleich erwärmend und versöhnend, daß alles sich in Aufregung befand, ungeheurer Beifall ihm gezollt wurde, viele auf ihn zueilten, ihn beglückwünschten und ihm die Hand drückten. Er war von nun an der Held des Tages und wurde vom Hofe und vom Volke mit Aufmerksamkeit und Freundlichkeit überschüttet. Seine Mitbürger in Augsburg, seine Wähler in Kempten-Immenstadt blickten mit Stolz auf ihn, holten ihn, als er, nach seiner Reise nach Hamburg und Kiel, am 9. Juni nach Augsburg zurückkehrte, am Bahnhof ab, geleiteten ihn im Triumph in die Stadt und hielten ihm zu Ehren Abends ein Bankett, an welchem gegen tausend Menschen, auch Gäste aus Württemberg, theilnahmen. Ja sein Name war so gefeiert, daß er von Gesinnungsgenossen in Baden eingeladen wurde, nach Konstanz zu kommen und dort am 15. August eine Art Verbrüderungsfest der nationalen Partei in Süddeutschland gefeiert wurde. Der Conciliumssaal in Konstanz reichte für die Menge von Personen, welche aus Baiern, Württemberg und Baden herbeigekommen waren, um Völk reden zu hören, kaum aus.

Der Bamberger'sche Antrag wurde mit überwiegender Majorität angenommen. Die Coalition war gesprengt, die Feudalen und Fortschrittsmänner hatten wieder ihr Staatsbewußtsein gefunden, alle erkannten, daß es sich um die Vertheidigung von 1866, um den Ausbau des glorreich Angefangenen handle, und die süddeutsche Fraktion, wie mit kalt Wasser übergossen, zog sich in ihren Schmollwinkel zurück, nur von wenigen theilnehmenden Freunden, wie

Digitized by Google

Schraps, Bebel und Liebknecht, getröstet und in ihrer wahren Größe anerkannt.

Gegen diese politischen Debatten, welche die Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich zogen, traten natürlich die detailirten Berathungen über die wirthschaftlichen Verhältnisse, obgleich sie die eigentliche und, wie manche wollten, die ausschließliche Aufgabe des Zollparlaments waren, sehr in den Hintergrund. Gleich beim Beginn der Versammlung hatte sich eine „freihändlerische freie Kommission" gebildet, deren Zweck die Vorberathung der Zollvorlagen vom freihändlerischen Standpunkte aus war. Es zeigte sich bald, daß diese Parteirichtung die Oberhand hatte, und daß die Schutzzöllner auf allen Punkten geschlagen wurden. Die wichtigste Vorlage war die des östreichischen Handelsvertrags, wonach der Eingangszoll für mehrere namhafte Artikel, wie Roheisen, Leinengarn und Wein, bedeutend ermäßigt wurde. Nach längerer Debatte wurde der Vertrag am 11. Mai mit 246 gegen 17 Stimmen angenommen. Daran knüpfte sich eine Reform der Zollordnung und die Annahme des Vertrags mit dem Kirchenstaat und Spanien. Da aber die Tarifermäßigung des östreichischen Handelsvertrags in den Einnahmen des Zollvereins einen Ausfall von etwa $1^1/_2$ Millionen Thalern bewirkte, so wollten die Regierungen denselben durch höhere Besteuerung des Tabaks und Einführung einer Petroleumsteuer ausgeglichen sehen. Aber das Parlament, welches davon ausgieng, daß solche durch Tarifherabsetzungen entstandene Ausfälle durch den gesteigerten Consum zu großem Theil wieder eingebracht werden, was in diesem Falle sicherlich bei der Einführung der östreichischen Weine stattfand, war nicht geneigt, auf die Vorschläge der Regierungen einzugehen. Während diese den Morgen inländischen Tabaks mit 12 Thalern, den Centner des eingeführten mit 6 besteuern wollten, beschloß das Parlament am 16. Mai, daß der Morgen Tabak eine Produktionssteuer von 6 Thalern, der Centner des importirten, wie bisher, eine Steuer von 4 Thalern bezahlen solle. Um so mehr bestanden die Regierungen auf der Einführung einer Petroleumsteuer von 15 Silbergroschen pro Centner, welche nach ihren Berechnungen eine Einnahme von 600,000 Thalern, in Wahrheit aber, bei der kolossal zunehmenden Einfuhr dieses Artikels, immerhin eine Einnahme von einer Million Thalern gemacht hätte. Dies gab dem bairischen Abgeordneten Marquard Barth Gelegenheit zu einer sehr glänzenden

Digitized by Google

Rede, worin er sich über die Aufgabe und Entwicklung des Zollparlaments äußerte und die Eigenthümlichkeit hervorhob, daß dasselbe bloß über Zölle oder indirekte Abgaben zu beschließen habe, aber über ihre Verwendung weder ein Votum habe noch eine Controle ausüben dürfe. Andere wiesen darauf hin, welchen Eindruck es auf das deutsche Volk machen müsse, wie seine nationale Begeisterung nothwendig erkalten müsse, wenn es heiße, das erste Zollparlament habe den Weinzoll herabgesetzt, Perlen und Korallen freigegeben, aber das Licht des armen Mannes besteuert, während andere Länder, welche der Einnahmen weit mehr oder ebenso sehr bedürftig seien, Oestreich, Frankreich, Italien, Rußland, von einer Petroleumsteuer nichts wissen. Ihre Einführung wurde daher am 20. Mai mit 190 gegen 99 Stimmen verworfen, worauf Graf Bismarck das Gesetz über die Tarifreform, welche um den Preis dieser Steuer hätte erkauft werden sollen, am 23. Mai zurückzog. Hatte aber auch die preußische Regierung durch die Abstimmung über die Vorlagen der Tabaks- und Petroleumsbesteuerung eine Niederlage erlitten, so konnte es ihr doch andererseits wieder erwünscht sein, von der Volksvertretung zu dem freihändlerischen Princip und einer rationellen Umgestaltung des Tarifs, wozu sie mehr als die süddeutschen Regierungen sich hinneigte, immer mehr hingedrängt zu werden.

Die erste Session des Zollparlaments, in welcher der Bundeskanzler an Delbrück einen ebenso gewandten als sachkundigen Vertreter gefunden hatte, wurde am 23. Mai vom König geschlossen. Die Thronrede betonte, daß diese Versammlung in der Gesamtheit des deutschen Volkes das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit stärken werde. Zum Schluß sagte der König: „Ich betrachte es als Ehrenpflicht, vor den zu diesem Parlamente erwählten Vertretern des deutschen Volkes zu bekunden, daß Ich die Mir übertragenen Rechte als ein heiliges, von der deutschen Nation und ihren Fürsten Mir anvertrautes Gut in gewissenhafter Achtung der geschlossenen Verträge und der geschichtlichen Berechtigungen, auf welchen unser vaterländisches Gemeinwesen beruht, handhaben und verwerthen werde. Nicht die Macht, welche Gott in Meine Hand gelegt hat, sondern die Rechte, über welche Ich mit Meinen Bundesgenossen und den verfassungsmäßigen Vertretungen ihrer Unterthanen in

Digitized by Google

freien Verträgen übereingekommen bin, werden Mir jetzt und in Zukunft zur Richtschnur Meiner Politik dienen."

Es folgten Feste auf Feste; manche waren schon vorangegangen, so am 21. Mai das Fest in der neuen Börse, welches Mitglieder der Kaufmannschaft für die Mitglieder des Zollbundesraths und des Zollparlaments veranstalteten. Graf Bismarck rief auf demselben den Süddeutschen zu: „Mögen Sie im Glauben an die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß Sie Bruderherzen und Bruderhände hier finden für jegliche Lage des Lebens, möge jedes erneuerte Zusammensein dieses Verhältniß stärken!" Unmittelbar darauf brachte Fürst Hohenlohe einen Toast aus auf die Vereinigung der deutschen Stämme und sprach von dem deutschen Geiste, „welchem eine Mission zu Theil geworden, edler, herrlicher und höher als andere sogenannte civilisatorische Missionen." Auch Völk und Marquard Barth sprachen dort treffliche Worte. Der letztere brachte, auch auf die Gefahr hin, von dem bairischen „Volksboten" und der „Donauzeitung" deßhalb mit Vorwürfen und Hohn überschüttet zu werden, einen Toast auf den Grafen Bismarck aus mit den Worten: „Wir haben erkannt, daß, wie jede Zeit ihren Mann hatte, so die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts für Deutschland ihren Mann hat. Wie man dies auch auslegen mag, ich erblicke in diesem Manne den Grafen Bismarck." Am 22. Mai war das Berliner Bürgerfest im Tivoli zu Ehren der Süddeutschen, am 23. das Gartenfest des Kronprinzen in Potsdam, am 24. und 25. die Fahrt nach Kiel und Hamburg, wobei die Mitglieder des Zollparlaments und Zollbundesraths Gelegenheit hatten, den stattlichen Anfang der deutschen Marine und die ungeheuren Mittel der mächtigen Handelsstadt an der Elbemündung zu bewundern. Von der süddeutschen Fraktion nahmen sehr wenige Antheil an dieser Fahrt. Bei den Unbefangenen unter den Süddeutschen machte sie, zumal ihnen überall mit Herzlichkeit und Liebenswürdigkeit entgegengekommen wurde, einen unverwischbaren Eindruck, unter dessen Einfluß sie, bei der Rückkehr in ihre Heimat, für den Gedanken der Zusammengehörigkeit von Fels und Meer, von Süd und Nord Propaganda machten.

Andere Gedanken hegten die Mitglieder der süddeutschen Fraktion. Kaum waren die letzten Festlichkeiten verrauscht, so veröffentlichten sie einen „Rechenschaftsbericht an ihre Wähler", wel-

Digitized by Google

cher von Berlin den 22. Mai datirt, von dem württembergischen Abgeordneten Professor Schäffle, wie man sagt, abgefaßt und von 31 Mitgliedern unterzeichnet war. Nachdem sie in diesem Bericht ihre volkswirthschaftliche Thätigkeit im Parlament kurz beleuchtet hatten, giengen sie zu der Hauptsache, zu einer Darlegung ihrer Anschauungen über die norddeutschen Verhältnisse über und warfen die Frage auf, was diesen gegenüber Süddeutschland zu thun habe. Sie fanden, daß „die überwiegende Bevorzugung der Militärzwecke im Nordbunde insbesondere die Pflege der geistigen und materiellen Interessen beeinträchtige und ohne finanzielle Erleichterung des preußischen Volkes zu einer steigenden Belastung seiner Bundesgenossen führe. Der Eintritt in den norddeutschen Bund werde weder die Einigung der gesamten Nation, noch die konstitutionelle Freiheit, noch die besonderen Interessen Süddeutschlands fördern, vielmehr sei gegenüber der Verfassung Norddeutschlands in der einen wie in der anderen Rücksicht die fernere Erhaltung der Selbständigkeit der süddeutschen Staaten geboten. Diese sei mit den nationalen Pflichten in Einklang zu setzen. Der Weg hiezu sei nur in einer entschieden freisinnigen Politik und in der festen Verbindung der süddeutschen Staaten zu finden. Es sei aber für diese Staaten, für Regierungen und Volk, dringend nöthig, aus haltloser Vereinzelung herauszutreten, über gemeinsames Handeln, insbesondere in der Richtung auf militärischen Schutz des Südens sich zu verständigen. Diese Sammlung der staatlichen Kräfte Süddeutschlands werde zwischen den Großmächten vermittelnd wirken, dem europäischen Frieden und den materiellen Interessen dienen und den süddeutschen Staaten die kräftige Erfüllung ihrer vertragsmäßigen Pflichten gegen Norddeutschland ermöglichen, ohne sie der Gefahr des Aufgehens in Preußen auszusetzen. Diese enge Verbindung der süddeutschen Staaten sei zur Zeit der einzige Weg, um unter Vermeidung der ernstlich drohenden Gefahren dem endlichen Ziele eines einzigen und freien Deutschlands entgegenzuführen."

Also keine weitere Verbindung mit dem norddeutschen Bund, Gründung eines Südbunds, Organisation einer süddeutschen Armee, diplomatische und, wenn's sein muß, vielleicht auch militärische Vermittlung zwischen den Großmächten, Erhaltung und Sicherung des europäischen Friedens! Mit einem Wort die alte „Trias", welche sich Preußen und Oestreich als gleichberechtigtes Glied zur Seite

Digitized by Google

stellen und vermittelnd zwischen ihnen auftreten wollte. Da aber die nördlichen Mittel- und Kleinstaaten sich schon in dem Zauberkreise Preußens befinden, so wird aus der Trias der bescheidene Südbund, bei welchem nicht bloß der Name schuld ist, daß man unwillkürlich an den schmachvollen „Rheinbund" sich erinnert. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Unterzeichner sich ja hüten, das Wort „Südbund" zu gebrauchen, sondern nur von „enger Verbindung", von „Sammlung" reden. Auch wird dem Kundigen nicht entgehen, welch merkwürdige Aehnlichkeit dieses 31er Elaborat mit so vielen Adressen und Resolutionen der württembergischen Kammern und Landesversammlungen hat, in welchen in den letzten Jahren so viel von der Selbständigkeit der Mittel- und Kleinstaaten und von der Nothwendigkeit ihrer engen Verbindung die Rede war. Wie es damals bei bloßen Phrasen blieb, so sicherlich auch diesmal, da dieses Südbundsprojekt von allen betheiligten Regierungen desavouirt ist und zu seiner Realisirung nicht weniger nöthig wäre, als der Sturz sämtlicher Ministerien in Süddeutschland und die Einsetzung von Ministern, welche der süddeutschen Fraktion angehören. Es wäre interessant zu sehen, wie die württembergischen Demokraten in Verbindung mit den Hochtories wie v. Thüngen, v. Aretin, Graf Arco, und mit den Ultramontanen wie Bucher, Sepp, Wild, in Süddeutschland eine „entschieden freisinnige Politik" begründen. Um die geistige Verbindung der Mitglieder dieser Fraktion zu erhalten, wurde von denselben vor ihrer Abreise aus Berlin ein Comité gebildet, das aus dem Freiherrn von Thüngen für Baiern, Probst aus Stuttgart und dem Freiherrn von Stotzingen aus Baden besteht.

Der Rechenschaftsbericht hatte eine anständige Form, enthielt sich der Schimpfereien und ließ das Ausland aus dem Spiel. Was aber von anderer Seite, zum Theil wohl durch diese Opposition ermuthigt, bald darauf geboten wurde, übertraf noch jene Aeußerungen, welche man bei den württembergischen Zollparlamentswahlen zu hören bekommen hatte. Nichts zu sagen von der Entrüstung des württembergischen „Beobachters", welcher in seiner Numer vom 23. Mai den berliner Volkstribunen zurief: „Ist es soweit gekommen, daß „die Vertreter des deutschen Volkes", die im Zollparlament sitzen, sich von der Phrase: „ein Appell an die Furcht wird in deutschen Herzen nie Wiederhall finden" von einer Garde-

Digitized by Google

lieutenants-Phrase imponiren lassen?" Nichts zu sagen von dem Zollparlamentsmitglied aus Regensburg, dem Militärprediger Lukas, welcher in seinem Berichte an das „Straubinger Blatt" das Parlament eine „würdelose Geschichte", eine „Judenschule" nannte! Was soll man aber dazu sagen, wenn ein ultramontanes Blatt in Baden die Schamlosigkeit so weit trieb, daß es seinen Lesern geradezu sagte: „Wir können keine Mußpreußen werden, die herzigen kleinen Französlein leidens nicht", oder wenn die bairische „Donauzeitung" schreibt: „Wir rüsten gegen Frankreich, das heißt, gegen die einzige Macht, welche uns noch retten kann. Wir rüsten, um für Preußen die Erlaubniß zu erkämpfen, uns verschlingen zu dürfen. Jeder Mann, den wir ausrüsten, stärkt unsern Feind. Je weniger wir aber rüsten würden, um so schwächer wäre unser einziger Feind, nämlich Preußen", oder wenn der bairische „Volksbote" in einem Leitartikel sagt: „Wir wollen nicht Knechte und Vasallen werden weder der Franzosen noch der Preußen. Aber das wird man nicht verwehren können, daß viele in den Franzosen ihre einzigen Schützer gegen preußische Vergewaltigung, ihre einzigen Helfer in der Noth, ihre Retter vor der Annexion und ihre dereinstigen Befreier von dem unerträglichen Joche des brutalen Preußenthums ersehen."

Doch alles dies wurde von einer Hietzinger Brandschrift noch übertroffen, als deren Verfasser man den bekannten Onno Klopp nannte. Der Titel der Broschüre enthielt die Frage: „Wer ist der wahre Erbfeind von Deutschland?" Die Antwort lautete: „Preußen". Zur näheren Charakteristik dieses Machwerks mögen folgende Sätze dienen: „Der Beginn des preußischen Staates ist Felonie und Kirchenraub. An jede einzelne Erwerbung der Dynastie Hohenzollern für ihren Staat knüpft sich eine Reihe von Verbrechen. König Friedrich II. wurde der Fluch zunächst seines eigenen Volkes und mittelbar aller Völker Europa's. Der Staat der Hohenzollern hat niemals einen Schwertstreich für Deutschland gethan. Es ist unwahr und unrecht zu sagen, daß ein unwiderstehlicher Einheitsdrang im deutschen Volke lebe. Die Vernichtung des Systems der Dynastie Hohenzollern, weil es feindlich ist gegen den friedlichen Bestand der Völker neben einander, feindlich gegen ihre Volksentwicklung und ihren Wohlstand, feindlich gegen jedes Rechtsgefühl — liegt im Interesse der menschlichen Civilisation, im

Digitized by Google

Interesse der Selbsterhaltung zunächst der Deutschen und der Franzosen. Frankreich hat seinen Fehler von 1866 dadurch wieder gut zu machen, daß es möglichst rasch zur Kriegserklärung schreitet. Dieser Krieg ist ein Defensivkrieg; denn gegen die Militärmacht der Hohenzollern ist jeder Krieg in derselben Art ein defensiver wie der Kampf des Menschen gegen das Raubthier. In diesem seinem Kampfe wird Frankreich seine Bundesgenossen finden an allen denjenigen Deutschen, die mit uns den wahren Erbfeind alles deutschen Wesens erblicken in dem Princip der Dynastie Hohenzollern. Wir haben mit Frankreich das gemeinsame Interesse der Zurückwerfung der Dynastie Hohenzollern jenseits der Elbe. Nur die französische Nation ist im Stande, aufzutreten als die Schützerin und Vertheidigerin des Rechts auf Erden, zunächst für sich selbst, zugleich aber auch für die anderen „Völker." Als Bundesgenossen Frankreichs werden die depossedirten Fürsten genannt, welche als „europäische Souveräne" völlig frei sind, „in der Wahl ihrer Bündnisse zu den Zwecken des Kriegs und des Friedens", und von den „Unterthanen" dieser Souveräne, welche freilich einstweilen preußische Unterthanen oder gar „Preußen" geworden sind, wird angenommen, daß sie vor Begierde brennen, ihren ehemaligen Herren in den modernen Kreuzzug zu folgen.

Kein Wort zur Widerlegung! kein weiteres Wort für eine solche Niederträchtigkeit! Sie hiemit an den Pranger gestellt zu haben, genüge vollkommen! Nur noch die eine Bemerkung, daß diese Broschüre auf den Tisch des Richters zu legen ist, wenn es sich um die Beschlagnahme des Vermögens dieser „europäischen Souveräne" handelt! Und nur noch die eine Frage: Was würde in Frankreich geschehen, wenn ein Franzose in irgend einem Blatt die Preußen ins Land hereinriefe, um Napoleon zu stürzen und die depossedirten Orleans wieder auf den Thron zu setzen? Würde man nicht den einstimmigen Ruf hören: à la lanterne?

Aber was Frankreich innerhalb seiner eigenen Grenzen nicht gerne sieht, sieht es um so lieber außerhalb derselben. Seit Jahrhunderten hat es diese Praxis geübt. Zur Zeit der Reformation hat es die Hugenotten mit den schändlichsten Mitteln bekämpft und zugleich die deutschen Protestanten gegen das katholische Habsburg unterstützt; Napoleon III. hat mit allen Verschwörern von ganz Europa konspirirt und zugleich die heimischen Verschwörer nach Cayenne

Digitized by Google

geschickt. So waren auch jetzt diese Kundgebungen elender Verräther in Frankreich sehr willkommen, wenn auch die Urheber derselben sicherlich gründlich verachtet wurden. Die französische Presse wurde nicht müde, jeden Vorgang in Deutschland, der auf eine nähere Verbindung von Nord und Süd hinzielte, mit Argusaugen zu überwachen und in der anmaßendsten Weise zu kritisiren. Die Parlamentsdebatte vom 18. Mai und der Toast des Fürsten von Hohenlohe brachten sie in sehr üble Laune. Die Vergnügungsfahrt nach Kiel war in ihren Augen eine Provokation, die wenig Gutes für den Weltfrieden ahnen lasse. Nicht bloß der „Pays", das Blatt Cassagnacs, und die „Liberté," die Girardin zum Eigenthümer hat, sondern auch minder chauvinistische Journale äußerten sich fast täglich in diesem Sinne, hetzten das Land zum Krieg gegen Preußen, dessen Stellung für Frankreich unerträglich sei, und sprachen „von den so leicht verletzbaren berechtigten nationalen Empfindlichkeiten Frankreichs", mit einem Aufwand von Entrüstung, als ob dieselben den Hauptartikel in dem europäischen Völkerrecht ausmachten. In einem Artikel vom 20. Mai antwortete die Kreuzzeitung: „Den Chauvinisten dort sagen wir, daß, wie Art. 79 der norddeutschen Verfassung ohne Rücksicht auf Frankreich beschlossen worden ist, und wie Graf Bismarck dessen Erfüllung in seinem Rundschreiben vom 7. Sept. v. J. ohne Rücksicht auf Frankreich zugesagt hat, daß so auch die Adresse (vom 7. Mai) ohne alle Rücksicht auf Frankreich würde angenommen sein, wenn die konservative Fraktion des Zollparlaments geglaubt hätte, der deutschen Sache dadurch im Interesse des Rechts und der Ehre einen Dienst zu erweisen. Gegen jede fremde Einmischung ist Deutschland geeinigt. Sollte jedoch hier oder da ein Verräther sich zeigen, er würde alsbald verschwinden auf Nimmerwiedersehen. Man wird uns nicht finden, so lange die Helden der Ilias leichtbeweglich ihre Vorgefechte ausströmen über scheltlustige Lippen. Aber man wird uns finden ganz und fest und treu, wenn es doch Ernst würde und um die deutsche Ehre und Freiheit auf dem überrheinischen Blachfeld müßte gerungen werden. Dann aber werden wir in Thaten reden." Diese Sprache war für französische Nerven zu stark, wirkte aber auf einige Zeit besänftigend. Sogar der Ministerrath in Paris soll sich mit dem gesalzenen Artikel beschäftigt haben. Und doch war er nichts anderes als eine Illustration

Digitized by Google

zu dem Sprichwort: „wie man in den Wald hineinschreit, schreit es wieder heraus.“ Hatte doch kurz vorher die französische Presse von einer „Mainzer Frage“ gesprochen, die in ähnlicher Weise wie die Luxemburger Frage gelöst werden müsse, ohne zu bedenken, daß dies mit der Kriegsfrage durchaus identisch wäre.

Auf diese Weise mußten die Beziehungen der Kabinette von Paris und Berlin zu einander trotz aller Friedensversicherungen gespannt bleiben. Ein überraschender Besuch war der des Prinzen Napoleon. Derselbe reiste über Frankfurt und Kassel nach Berlin, wo er am 4. März eintraf und bis zum 14. verweilte. Die Heimreise gieng über Dresden, Leipzig, Gotha, Weimar. Man brachte diese Reise, welche man einen Besuch des norddeutschen Bundes nennen konnte, mit allen möglichen politischen Projekten in Verbindung und sprach von Kongreßvorbereitungen und Allianzanbahnungen. Politische Zwecke hatte sie ohne Zweifel, aber schwerlich einen anderen als den der persönlichen Orientirung. Zur Aufrechthaltung des europäischen Gleichgewichts besuchte der Prinz im Juni auch die süddeutschen Höfe, kam am 5. Juni nach Wien, machte einen Abstecher nach Prag, und reiste über Pesth und Bukarest nach Konstantinopel. Am 31. August erschien er wieder plötzlich mit seiner Yacht in Hamburg, fuhr nach Altona und Lübeck und konnte nun seinem kaiserlichen Vetter von seiner europäischen Inspektionsreise umfassenden Bericht abstatten.

Ein Zeugniß dafür, was die leitenden Kreise in Preußen von dem französischen Kriegsgeschrei hielten, war die Ordre vom 16. April, welche auf den 1. Mai für das norddeutsche Herr bedeutende Beurlaubungen (etwa 15,000 Mann) verfügte, die freilich zunächst ihren Grund in finanziellen Verhältnissen hatten. Später, als die Entwaffnungsfrage auftauchte, erklärte Cassagnac in seinem „Pays“, Preußen solle mit dem Abrüsten beginnen; dann werde Frankreich an den Frieden glauben und dem Beispiel folgen können. Darauf erschien am 2. Sept. die Ankündigung, daß in Preußen die Einberufung der Rekruten, welche gewöhnlich im Oktober stattfinde, auf volle 3 Monate, bis in den Januar, hinausgeschoben sei, und daß die Reserven sofort nach Beendigung der Manöver entlassen werden. Dadurch wurde die Friedensstärke der Armee um den dritten Theil vermindert. Preußen hatte also mit der Abrüstung

Digitized by Google

thatsächlich begonnen. Wer aber diesem Beispiele nicht folgte, war Frankreich.

Die Reisen des Königs von Preußen und sein Zusammentreffen mit anderen Monarchen gaben der französischen Presse neuen Stoff zu Hetzereien. Am 22. Juni traf er in Hannover ein, am 25. in Worms, um der Enthüllung des Lutherdenkmals beizuwohnen. Die protestantischen Fürsten Süddeutschlands, der König von Württemberg, der Prinz Wilhelm von Baden für den erkrankten Großherzog, der Großherzog von Hessen, nahmen daran theil, und auch der Großherzog von Weimar gesellte sich ihnen bei. Dadurch bekam das religiöse Fest zugleich einen politischen Charakter. Die herbeiströmende Menge wollte nicht bloß das Bild Luthers sehen, sondern auch den König von Preußen als Präsidenten des norddeutschen Bundes und Beschützer von Deutschland, als „Schirmherrn der evangelischen Kirche in und außer Deutschland", wie sich einer der Festredner ausdrückte, begrüßen. Auch die Feier des Bonner Universitäts-Jubiläums, welche am 3. August stattfand, und welcher der König, die Königin und der Kronprinz beiwohnten, hatte erhebende, hochpatriotische Momente. Der Kaiser von Rußland, welcher die Kur in Kissingen gebrauchte, kam mit dem König am 12. August zu flüchtiger Begrüßung in Schwalbach zusammen, auf längere Zeit, vom 27. bis 29. Sept., in Berlin auf seiner Rückreise. Der Verkehr zwischen beiden Familien war von solcher Intimität, daß nicht daran zu zweifeln war, daß, wenn die preußisch-russische Allianz noch nicht existire, sie beim ersten Kanonenschuß eine vollendete Thatsache sei. Preußens linke Flanke ist durch Rußland gedeckt; das weiß man in Paris und Wien und besinnt sich deßhalb. Und damit ja kein Zweifel hierüber obwalte, erklärte das officielle „Journal de St. Petersbourg" in einem Artikel vom 28. Oktober: „Niemand kann annehmen, daß, wenn eine französische Armee sich am Rhein festsetzte, die Deutschen auf den Kampf verzichten würden. Dieser würde also fortdauern, und seine Wirkungen und Verwicklungen würden schnell genug eintreten. Die Erregung im Großherzogthum Posen würde sich sofort auf das Königreich Polen ausdehnen. Die russische Armee würde dann wenigstens in aktiver Weise die Erhaltung der Ordnung zu überwachen haben. Man glaube im Ausland nicht, daß die Russen für die Deutschen unendliche Zärtlichkeit empfinden, und es ist wohl möglich, daß gegen-

Digitized by Google

wärtig zwischen zwei anderen Völkern wärmere Sympathien bestehen. An dem Tage aber, wo die französischen Adler siegreich in Deutschland vordringen würden, da würden auch die Erinnerungen des ersten Kaiserreichs im vergrößerten Maßstabe erwachen, und sie würden alle anderen Eindrücke beherrschen. Die erregten Völker wären bereit zum Kampf, und die Regierungen hätten schnell zu beschließen, wie weit es zuläßig wäre, daß eine Großmacht ihr Uebergewicht an die Stelle desjenigen setze, welches sie zu zerstören übernommen habe."

Dieser, wie man sagt, von dem russischen Reichskanzler Fürsten von Gortschakow inspirirte Artikel war eine Antwort für die französische Kriegspartei und für jenen kaiserlich französischen Schwindel mit den drei Karten, welche gleichfalls am 28. Oktober veröffentlicht, aber schon vorher mehrfach besprochen wurden. Dieselben stellten die Lage Frankreichs unter der Restauration, unter der Julimonarchie und unter dem zweiten Kaiserreich dar und sollten beweisen, daß durch die Auflösung des deutschen und durch die Gründung des norddeutschen Bundes das europäische Gleichgewicht nicht auf Kosten Frankreichs gestört worden sei. Sie enthielten aber auch eine versteckte Drohung gegen Deutschland, falls dieses den durch den Prager Frieden geschaffenen Zustand im Sinne einer Vereinigung von Nord- und Süddeutschland verändern wollte. Jener russische Artikel war um so bemerkenswerther, als man daraus sah, daß die gegen das preußische Kabinet gerichtete Denunciation nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat. Der hessische Minister von Dalwigk wurde nämlich beschuldigt, daß er, bei seiner Rückkehr von einer Reise in die russischen Ostseeprovinzen, eine Audienz bei dem Kaiser Alexander, welche in Jugenheim stattfand, dazu benützt habe, um demselben auf Grund seiner persönlichen Wahrnehmungen die Mittheilung zu machen, der livländische Adel sei von dem Grafen Bismarck dahin bearbeitet worden, daß er von nun an seine Blicke nicht mehr nach St. Petersburg, sondern nach Deutschland zu richten habe. Daher datire sich, sagte man, das strengere Verfahren, welches neuerdings von Petersburg gegen die Deutschen in den Ostseeprovinzen beobachtet werde. Auf diesen und andere derartige Vorgänge hin sah sich der Adel von Livland, Esthland, Kurland und Oesel veranlaßt, durch abgesandte Vertreter dem Generalgouverneur des baltischen Gouverne-

Digitized by Google

ments zu erklären, daß „der Adel zwar den historischen Eigenthümlichkeiten seiner Provinzen zugethan, aber vollständig bereit sei, in der unlösbaren Vereinigung mit Rußland zu leben und zu sterben, und daß er dem Kaiser und dem allen russischen Unterthanen gemeinsamen Vaterlande unwandelbar treu sein werde." Der Zweck dieser Denunciation wäre natürlich kein anderer gewesen, als der, das intime Verhältniß zwischen Preußen und Rußland aufs gründlichste zu stören, Preußen dadurch seines zuverläßigsten Alliirten zu berauben und so die Möglichkeit anzubahnen, daß dem isolirten Preußen durch einen französisch-östreichischen Angriff ein zweites Olmütz, wenn nicht gar ein neues Jena beigebracht werde, worauf die deutschen Mittel- und Kleinstaaten unter dem Schirm des Doppeladlers sich wieder dem alten, süßen Bundestags-Traumleben mit unbeschränkter Souveränetät hingeben würden. Ob nun Herr von Dalwigk das preußische Kabinet unmittelbar oder mittelbar bei Kaiser Alexander in der angegebenen Weise denuncirt hat, muß dahingestellt bleiben. Da er in der „Darmstädter Zeitung" die Sache abgeleugnet hat, so dürfen auch solche nicht mehr daran glauben, welche seine politische Gesinnung und Handlungsweise kennen. Es ist übrigens zu konstatiren, daß er das Unglück gehabt hat, gerade unter diesen mit seinem Dementi sehr viele Ungläubige zu finden.

Die Sache fand aber Nachahmer. Die welfische Propaganda bemächtigte sich dieses Agitationsmittels gegen Preußen und verbreitete in den von ihr gedungenen Journalen die Nachricht, daß Preußen, seines deutschen Berufes eingedenk, die russischen Ostseeprovinzen zu erwerben suche. Schon ein Blick auf die Karte, auf diesen schmalen Küstenstreif mit dem gewaltigen russischen Hinterland, zeigt das Unsinnige dieses Gerüchts, das dem wohlberechnenden preußischen Kabinet eine so abenteuerliche Politik zuschreibt. Man vergleiche doch auch die Zahlen, und man wird leicht einsehen, daß es in diesen deutschen Ostseeprovinzen Rußlands bei weitem nicht so deutsch aussieht, als gewöhnlich angenommen wird. In Kurland, Livland, Esthland sind zusammen nicht mehr als etwa 136,700 Deutsche, und zwar in Kurland 47,868 Deutsche neben 2313 Finnen, 464,000 Lithauern, 28,374 Slaven und 28,259 Orientalen (wozu auch die Juden gerechnet sind); in Livland 65,124 Deutsche, 427,296 Esthen, 368,370 Lithauer, 45,878 Slaven, 1222

Digitized by Google

Orientalen; in Esthland 23,358 Deutsche (worunter über 5000 Schweden), 274,800 Esthen, 8917 Russen, 44 Orientalen. Ist das eine Bevölkerung, bei welcher sich für den norddeutschen Bund Geschäfte machen lassen? Wenn dieser je den Plan hätte, die im Laufe der Jahrhunderte vom deutschen Leib abgerissenen Glieder demselben wieder einzufügen, so würde er sich sicherlich nach einer anderen Seite zuerst wenden.

Auch Schleswig-Holstein erhielt einen Besuch vom König von Preußen. Die Erwerbung dieser Herzogthümer war wohl für die Großmachtstellung Preußens die werthvollste unter allen. Durch sie ist Preußen die Möglichkeit geboten, zu einer bedeutenden Seemacht sich aufzuschwingen. Schleswig-Holstein hat sich in seine neuen Verhältnisse bald gefunden und den augustenburgischen Partikularismus abgeschüttelt. Der König kam am 14. Sept. nach Kiel, am 15. nach Flensburg, am 17. nach Sonderburg auf der Insel Alsen, nach Apenrade und Tondern, am 19. nach Altona und am 20. nach Hamburg. Er fand überall eine sehr begeisterte Aufnahme, so daß seine Erwartungen weit übertroffen wurden. Die Dänischgesinnten im Norden glaubten, die Anwesenheit des Königs zu allerhand Demonstrationen benützen zu können. Krüger und Ahlmann wollten ihm in Flensburg eine Adresse überreichen. Aber sie erhielten keine Audienz, sondern wurden von dem Hofmarschall an den Oberpräsidenten Scheel-Plessen verwiesen. Dagegen wurde eine Deputation der Stadt Hadersleben, der nördlichsten Stadt Schleswigs, welche der König mit richtigem Takt bei den noch schwebenden preußisch-dänischen Verhandlungen nicht besuchte, und eine Deputation des landwirthschaftlichen Vereins des Kreises Hadersleben vom König in Flensburg empfangen. In Apenrade war der Zudrang des Volkes aus den benachbarten Dörfern und Städten, besonders aus Hadersleben und sogar aus Christiansfeld, ungemein groß. Ein dortiger Hausbesitzer drückte in wenigen Zeilen den Wunsch von Tausenden aus. Er gab seinem dekorirten Hause die Inschrift: „Ueb' immer Treu und Redlichkeit Bis an dein kühles Grab Und trete keinen Finger breit Von Schleswig-Holstein ab!" Die bedeutendste Scene war in Kiel, dem bisherigen Hauptsitz des schleswig-holsteinischen Partikularismus. Dort war der Empfang am glänzendsten. Es war, als ob die alten Augustenburger durch eine äußere Kundgebung recht deutlich zeigen wollten, daß sie mit

Digitized by Google

ihrem preußischen Unterthanenverhältniß nun vollständig ausgesöhnt seien. Bei der Vorstellung der dortigen Behörden sprach der Rektor der Universität, Kirchenrath Lüdemann, in seiner Anrede an den König davon, daß es diesem vergönnt gewesen sei, mit seinem Königreich zugleich das gesamte Deutschland zu einer Macht zu erheben, die auch den mächtigsten Nachbarn das Schwert in der Scheide halte, und knüpfte daran den Wunsch, daß der theuer erkaufte Friede erhalten bleiben möge. Darauf erwiderte der König: „Was Ihren Wunsch für die Erhaltung des Friedens betrifft, so kann diesen wohl niemand lebhafter theilen als ich; denn es ist für einen Souverän etwas sehr Schweres und vor Gott Verantwortliches, wenn er sich gezwungen sieht, das folgenschwere Wort „Krieg" auszusprechen, und doch gibt es Verhältnisse, wo er sich einer solchen Verantwortlichkeit nicht entziehen kann, nicht entziehen darf. Sie selbst sind in diesem Lande Zeugen gewesen, daß die Nothwendigkeit zu einem Kriege an einen Fürsten, wie an eine Nation herantreten kann; ja daß wir uns heute vertrauend und mit gutem Willen einander gegenüberstehen, ist erst durch Krieg ermöglicht worden. Uebrigens sehe ich in ganz Europa keine Veranlassung zu einer Störung des Friedens und sage das zu Ihrer Beruhigung. Was Sie aber noch mehr beruhigen wird, das ist der Blick auf die mit Ihnen hier versammelten Repräsentanten meiner Armee und meiner Marine, dieser Kraft des Vaterlandes, welche bewiesen hat, daß sie sich nicht scheut, einen ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen."

In Paris war man außer sich über diesen Schlußsatz. An der Börse herrschte die größte Entmuthigung. Man hielt die Lage für so bedenklich, daß, in Abwesenheit des Kaisers, die Minister des Aeußern, des Innern und der Finanzen zusammenkamen und über den Sinn der Worte sich beriethen. Sie wurden darüber einig, daß diese Rede nur auf das Jahr 1866 sich beziehe, aber auf die gegenwärtigen Zustände keine Anwendung finde. Diese Auslegung wurde dem Polizeikommissär an der Börse in einer besonderen Note mitgetheilt, worauf sich die Rente wieder ein wenig erholte. Mehrere Blätter legten der Rede einen friedlichen Sinn bei, einige blieben sich getreu und warfen dem König vor, „daß er sich die Rolle eines europäischen Schiedsrichters anmaße". Dagegen äußerten sich die englischen Blätter voll Anerkennung.

Digitized by Google

Daily-News schrieb: „Stolzere Worte hat nie ein deutscher Fürst gesprochen.“ Die Morning-Post bemerkte: „Es ist beruhigend zu wissen, daß Recht durch Macht gewahrt werden kann. Die Preußen sind stolz, und sie sind es nicht ohne Grund. Die Idee vom einigen deutschen Vaterland ist der Verwirklichung nahe, und sie ist das Werk ihrer Hände, aber ihr Stolz und ihr Ehrgeiz erscheint im Lichte des Patriotismus.“ Alle aber waren darin einig, daß die nationale Einheit eine Privatangelegenheit Deutschlands sei, daß Deutschland, wenn sich das Ausland nicht in dieselbe mische, nie den Krieg beginnen werde, und daß auch eine kriegerisch klingende Rede des Königs von Preußen mehr Friedensbürgschaft sei als alle Friedensversicherungen des Kaisers Napoleon. Der Letztere hatte es nachgerade dahin gebracht, daß ihm in ganz Europa kein Mensch mehr glaubte. Denn alles, was er öffentlich sagte, war so voll von Hintergedanken und Hinterthüren, und so wenig stimmten seine Thaten mit seinen friedlichen Worten überein, daß sogar auch diese in kriegerischem Sinne gedeutet wurden. Einen eigenthümlichen Gegensatz zu der Kieler Rede bildete die Rede Napoleons in Chalons am 11. Sept. Nachdem er sich einige Tage im dortigen Lager aufgehalten hatte, sagte er bei seiner Abreise zu den Generalen, die ihn an den Bahnhof begleiteten: „Ich war sehr glücklich während der acht Tage, die ich unter Ihnen zugebracht. Ich sage Ihnen nichts weiter, weil die Zeitungen nicht verfehlen würden, aus meinen noch so gemäßigten Worten Kriegsaussichten abzuleiten. Ich beschränke mich darauf, Ihnen meine Befriedigung über Ihren Eifer, Ihre Ergebenheit auszudrücken.“ Es konnte nicht fehlen, daß der kriegswüthige Cassagnac im „Pays“ darüber bemerkte: „Die Worte des Kaisers sind voll von Beschränkungen; ist also sein Entschluß gefaßt? Wir hoffen es für die Interessen und die Ehre Frankreichs.“ Dagegen sagte der Figaro sehr richtig: „Wenn der Kaiser gesagt hätte: es wird keinen Krieg geben, weil wir keinen vernünftigen Grund dazu haben, so würden die Blätter in dieser freimüthigen Erklärung kein kriegerisches Anzeichen gesehen haben.“ Freilich so lange alle Reden Napoleons, des Staatsministers Rouher und des Kriegsministers Niel den obligaten Zusatz haben: „So lange die Interessen und die Ehre Frankreichs nicht verletzt sind“, kann bei diesen so dehnbaren Begriffen, bei diesem so empfindlichen und reizbaren Ehrgefühl niemand an Frieden glauben. Sie

Digitized by Google

mögen nur das eine Wort aussprechen: „Wir mischen uns in die deutschen Angelegenheiten nicht; Deutschland hat das Recht so gut wie wir, seine staatlichen Verhältnisse nach seinem eigenen Geschmack zu gestalten", und sie werden sehen, wie kein Mensch mehr an Krieg denkt, und was für lustige Sprünge die Börse und die ganze Geschäftswelt macht. Aber gerade dies ist der wunde Fleck der Politik Napoleons. Und eben als er von Chalons abreiste, hatte er offenbar Böses im Sinne. Er begab sich nach Fontainebleau, holte dort die Kaiserin und seinen Sohn ab und reiste mit ihnen in das Seebad Biarritz, das bekanntlich hart an der spanischen Grenze liegt.

Wie zu Frankreich, so waren auch zu Oestreich die Beziehungen Preußens fortwährend gespannt. Nicht bloß die süddeutsche Frage, auch die orientalische gab Anlaß hiezu oder wurde wenigstens als solcher benützt. Vorerst waren freilich die inneren Fragen noch die überwiegenden. Der Streit mit den Bischöfen war noch nicht beigelegt, das Konkordat immer noch nicht abgeschafft, wenn auch an den wichtigsten Stellen durchbrochen, und die Czechen verlangten immer ungestümer für Böhmen die gleiche Stellung zum Kaiserstaat, welche im Jahr 1867 Ungarn eingeräumt worden war. Jede Gelegenheit wurde benützt, um in diesem Sinne Demonstrationen zu machen. Die Grundsteinlegung zum czechischen Nationaltheater am 16. Mai wurde zu einem nationalen Fest, bei welchem man sich immer mehr in einen Czechenschwindel hineinsteigerte. Von der Decemberverfassung wollte kein Czeche mehr etwas wissen; wer sich dafür interessirte, wurde mit dem Namen Landesverräther gebrandmarkt. Die Krönung des Kaisers als König von Böhmen wurde wieder in den Vordergrund der czechischen Forderungen gestellt und viel von dem alten „böhmischen Recht" gesprochen. Diesen Anmaßungen und dem versuchten Terrorismus gegenüber nahmen die Deutschen in Böhmen eine feste Defensivstellung ein, welche sich besonders auf dem nächsten Landtage zu erproben hatte. Zur Anbahnung besserer Zustände sollte die Reise Franz Josef's dienen. Derselbe kam, in Begleitung des Ministerpräsidenten Fürst Auersperg, am 21. Juni in Prag an. Er fand dort, trotz der Umtriebe der Ultraczechen, eine günstige Aufnahme. Der Reichskanzler von Beust reiste auf besondere Berufung nach und hatte mit den Führern der Czechen, mit Pallacky und Rieger,

Digitized by Google

Besprechungen. Sie führten zu keinem Resultat. Die Czechen verlangten zu viel, die Regierung bot zu wenig. Sie konnte nicht anders. Denn was sie heute den Czechen bewilligte, verlangten morgen die Polen, übermorgen die Serben, die Rumänen, die Slowenen, die Italiener und wie sie alle heißen, diese vielerlei Nationalitäten des östreichischen Kaiserstaates.

Eine sonderbare Episode in diesem Ernst des staatlichen Ringens bildete die Feier des deutschen Schützenfestes in Wien, welches am 26. Juli seinen Anfang nahm. Dasselbe wurde, wie schon längst in allen Zeitungen verkündigt war, zu einem Rendezvous für alle, welche mit der neuen Gestaltung Deutschlands unzufrieden waren, also namentlich für alle Großdeutsche und Demokraten. Die „Presse" protestirte zwar zum voraus dagegen, daß man „das Fest zum Schauplatz turbulenter gegen Norddeutschland gerichteter Scenen machen und so dem Festschießen einen prononcirt süddeutschen Typus aufdrängen wolle." Allein was halfen alle Proteste, wenn die Begeisterung des Festzugs und des Festbankets sich einmal entzündet hatte, wenn der Redefluß eines Schützenfestes einmal im Zuge war? Was erwartet wurde, traf ein. Die nichtöstreichischen Gäste waren größtentheils aus der Schweiz und aus Süddeutschland, ein namhaftes Kontingent aus Württemberg, und gerade die Letzteren erhoben lauten Protest gegen „die Zerreißung Deutschlands, gegen die gewaltsame Ausscheidung Deutschöstreichs". Gleich beim Empfang der Württemberger erwiderte einer derselben auf die Begrüßungsworte des Festcomité's: „Oestreich und Schwaben hat Gott vereint, und kein Mensch soll sie trennen. Das Jahr 1866 konnte keine Kluft zwischen Oestreich und Süddeutschland reißen; dazu ist jede Macht, auch die Blut- und Eisenpolitik zu schwach." Ein Frankfurter meinte: „unsere einzige Hoffnung ruht auf dem sich verjüngenden Oestreich, auf dem verfassungsmäßigen Rechtsstaat; denn bei uns im Norden ist alles jetzt hohl und todt." Zwischen den obligaten Festlichkeiten wurde am 2. August auch eine Volksversammlung in Sperl's Sommerlokal veranstaltet, in welcher Freese, Mayer und Trabert vor ein paar tausend Zuhörern das Programm der Volkspartei entwickelten. Karl Mayer aus Stuttgart erklärte, das südwestliche Deutschland sei viel schlimmer daran als Oestreich. Denn jenes sei durch den Zollvertrag, welcher nichts anderes als ein Gelderpressungsvertrag für die Bedürfnisse des

Digitized by Google

preußischen Militarismus sei, und durch das hinter dem Rücken des Volkes von den Ministern geschlossene Schutz- und Trutzbündniß an Preußen gebunden. Das was man in Süddeutschland wolle, sei ein Milizheer wie in der Schweiz und eine parlamentarische Verbindung des Südens. Zur Begründung des Südbundes solle Oestreich Hilfe bieten. Aber die Masse von Arbeitern, welche dieser Versammlung anwohnten, war von socialistischem Geiste beseelt und schwärmte für einen süddeutschen Bund so wenig als für einen norddeutschen. Einer ihrer Führer sagte: „Ich bin Europäer, kein Deutscher, folglich bin ich gegen Norddeutschland und Süddeutschland. Nur durch die Vereinigten Staaten Europa's kann die Freiheit begründet werden." Mit diesem Hereinziehen des social-demokratischen Elements war der süddeutschen Volkspartei, welche auf politische Ziele lossteuerte und in dem Socialismus nur die Uebertragung des rohesten Cäsarismus auf das wirthschaftliche Gebiet erkannte, schlecht gedient. Es entstand in der Versammlung eine ungeheure Verwirrung, und nur mit Mühe konnte die Abstimmung über die vorgelegten Resolutionen vorgenommen werden. Die Sache hatte aber noch ihr Nachspiel. Die gute Stadt Wien war von den Socialisten ausersehen, ein allgemeines europäisches Arbeiter-Verbrüderungsfest in den nächsten Wochen in ihren Mauern zu sehen. Von den belgischen, schweizerischen und deutschen Arbeitervereinen waren Zusagen einer zahlreichen Betheiligung eingetroffen, und in den östreichischen Provinzen reisten Agenten herum und boten den Arbeitern Geld zur Reise an. Dies erregte den Verdacht, daß die intellektuellen Urheber in höheren Regionen als in Arbeitervereinen zu suchen seien, daß die Feudalen und Klerikalen einen so offenen Skandal in Wien in Scene gesetzt zu sehen wünschen, um dem Kaiser an demselben die Folgen seiner liberalen Regierung zur Anschauung zu bringen. Aber die Regierung gieng nicht in die Falle und untersagte die Abhaltung des Festes.

Auch der Kaiser kam am 30. Juli zu einem kurzen Besuch in die Schießhalle. In wehmüthiger Erinnerung sagte er zu einem ihm vorgestellten Frankfurter Herrn: „Ich denke gern an Frankfurt zurück, es ist eine gute deutsche Stadt." Auch die Minister ließen sich hören, zunächst der Minister des Innern, Giskra, und der Bürgermeister Zelinka beim Festbanket am 26. Juli. Sie betonten

Digitized by Google

die Fortschritte Oestreichs auf der Bahn der Freiheit, die ungeheure Macht deutscher Kultur, welche ein einigendes Band für alle deutschen Stämme sei, und die Zusammengehörigkeit Deutsch-Oestreichs und des übrigen Deutschlands trotz politischer Trennung. Bei dem Festbanket vom 6. August brachte auch der Reichskanzler von Beust einen Toast aus. Er sprach: „Friede und Versöhnung muß unsere Parole sein. Oestreich weist die Politik der Wiedervergeltung von sich. Es will ruhig und friedlich seine geistigen und materiellen Interessen pflegen. Es will sich nicht in Angelegenheiten mischen, welche es nicht unmittelbar berühren. Wenn man von dem deutschen Elemente in Oestreich und seinen Beziehungen zu den deutschen Stammesgenossen spricht, so darf man nicht vergessen, daß nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationalitäten in Oestreich eine gedeihliche Entwicklung möglich ist. Nur dann wird Oestreich seine große kulturhistorische Mission erfüllen können." Nach einer anderen Lesart soll er noch gesagt haben: „Als Oestreicher wünsche er, daß Oestreich stets Fühlung mit Deutschland behalte, und er sei überzeugt, daß keine Partei in Deutschland und keine Nationalität in der östreichischen Gesamtmonarchie diesen Wunsch zurückweisen werde."

Es war hohe Zeit, daß die Phraseologie deutscher Ueberschwenglichkeit, welche sich auf Schützenfesten so gerne breit macht und diesmal aus Feindseligkeit gegen Preußen ein übriges that, in das besonnene Fahrwasser einer realen Politik übergeleitet wurde. Denn was für innere und äußere Verwicklungen mußten Oestreich bevorstehen, wenn als der Kern des deutschen Schützenfestes sich die Ansicht oder auch nur der Verdacht herausschälte, daß Oestreich, wenn auch nicht an eine Restituirung seiner deutschen Machtstellung, so doch an eine engere Verbindung mit Süddeutschland oder auch nur an eine Einmischung in dessen Verhältniß zum norddeutschen Bund ernstlich denke! Dagegen würden nicht bloß alle nationalen Elemente in Nord- und Süddeutschland, sondern ebenso entschieden die Czechen, die Polen, kurz alle Nichtdeutsche in Cisleithanien protestiren, welche sämtlich in einer Stärkung des deutschen Elements in Oestreich nur eine Schwächung ihrer eigenen Nationalität zu erblicken hätten. Und vollends die Ungarn! Diesen gewährte auch die Beust'sche Rede keine Beruhigung, wohl weil sie sie nicht für sich, sondern im Zusammenhang mit anderen seiner Reden und

Digitized by Google

Handlungen auffaßten. Die „Ungarische Monatsschrift" schrieb hierüber: „Wir konstatiren vor allem die Thatsache, daß alle Parteien in Ungarn ohne Unterschied (mit Ausnahme einer kleinen klerikalen Fraktion) in Folge des Schützenfestes zu Wien gegen die wachsende süddeutsche Agitation durch ihre respektiven Organe protestirt haben. Man will in Ungarn, daß die Einheit Deutschlands, wenn auch unter preußischer Führung, zur Wahrheit werde. Man protestirt gegen die Idee eines süddeutschen Bundes, insofern dadurch der Dualismus in Deutschland von neuem emporkommen könnte. Man will die Aufrechthaltung der 1867er Ausgleichgesetze und somit vorläufig die Realunion mit Oestreich, weil man eine stärkere Fühlung mit Galizien, Dalmatien und anderen Provinzen Oestreichs beibehalten möchte, um im Fall einer eventuellen Lostrennung Deutsch-Oestreichs ein Ostreich mit dem Schwerpunkt in Ofen zu begründen. Der Erbfeind Ungarns ist die römische Kaiserpolitik Habsburgs. Diesen Gegner auf ewig zu vernichten, geht allen anderen Interessen vor; folglich ist heute eine Allianz mit Preußen möglich, da nur das deutsche und das ungarische Königthum diesem Gegner mit vereinter Kraft gewachsen sind. Will man Ungarn befriedigen, so müssen auch die Wiener Herren ihre Schiffe verbrennen. Baron Beust liebäugelt mit Süddeutschland, mit Frankreich, mit Polen; er will es allen gut machen und gibt sich das Ansehen eines bankerottirten Kaufmanns, der aber noch ein Schiff auf der See hat. Wir Ungarn betrachten uns aber nicht als bankerottirte Helden von Sadowa, sondern als ein junges, im Wachsen begriffenes Volk, welches eben bei Sadowa sein Glück gemacht hat. Preußens Sieg war Ungarns Glück. Preußens Fall wäre Ungarns Untergang. Wir respektiren ungeheuer die Intelligenz des Baron Beust; aber er ist uns Ungarn schrecklich ungelegen." In der nämlichen Weise drückte sich „Naplo", das Organ der Deakpartei, in einem langen Artikel gegen den großdeutschen Charakter des Schützenfestes aus.

Die Eröffnung der 17 Landtage der im Reichsrath vertretenen Länder, welche am 22. August stattfand, gab das Signal zu neuen Angriffen auf die kaum erst ins Leben getretene Verfassung. Im böhmischen Landtag gaben 81 czechische Mitglieder eine Deklaration ab, worin sie sich von der bestehenden Verfassung lossagten. Sie hielten sich fern vom Landtag und suchten dadurch seine Beschluß-

Digitized by Google

fähigkeit zu hindern. Als sie trotz wiederholter Aufforderung ihre Sitze nicht einnahmen, wurde ihr Mandat für erloschen erklärt, ihre Deklaration zurückgewiesen und es als Anmaßung bezeichnet, daß die Czechen sich für berechtigt halten, im Namen Böhmens zu sprechen, in welchem zwei gleichberechtigte Volksstämme wohnen. Darauf hob der Landtag den unter dem Ministerium Belcredi eingeführten Sprachzwang, wonach die Kinder deutscher Eltern gezwungen werden sollten, die czechische Sprache zu erlernen, wieder auf. Dieser Zwang basirte auf einem im Jahre 1616 erlassenen Sprachedikt, welches jeden Deutschen mit Verbannung belegte, der nicht innerhalb eines Jahres die czechische Sprache erlerne und nicht öffentlich nur diese spreche. Durch dieses Vorgehen des Landtags, in welchem mehrere Feudale, welche es früher mit der czechischen Partei gehalten hatten, auf deutscher Seite standen, wurden die Fanatiker derselben aufs äußerste erbittert und machten sich am 4. Oktober in der Organisation eines rohen Pöbelexcesses Luft. Die Scenen wiederholten sich, die Deutschen waren in Prag ihres Lebens nicht mehr sicher. Hier konnte nur entschiedenes Eingreifen helfen. Das Ministerium setzte den nachlässigen Statthalter und den lauen Landesmilitärkommandanten ab und legte alle Civil- und Militärgewalt in die Hand eines energischen Mannes, des Feldmarschall-Lieutenant von Koller. Zugleich wurden durch eine Verordnung des Gesamtministeriums vom 10. Oktober für Prag und die Vorstädte die Verfassungsbestimmungen über Preßfreiheit und das Vereins- und Versammlungsrecht suspendirt und ein gemäßigter Belagerungszustand eingeführt. In einer Proklamation vom 12. Oktober erklärte Koller, daß er jeder Ausschreitung des Volkes mit Waffengewalt begegnen werde. Diese Sprache verstanden die Czechen. Sie hatten am 12. Juni 1848 und den folgenden Tagen unter Windischgräz sehr umfassende praktische Studien hierin gemacht.

Wie die Czechen, machten es auch die Polen in Galizien. Kaum hatte sich der polnische Landtag versammelt, so stellte Dr. Smolka den Antrag, den cisleithanischen Reichsrath nicht mehr zu beschicken, und Dr. Zyblikiewicz beantragte die Niedersetzung einer Art von autonomer galizischer Enquete-Kommission, um die December-Verfassung vom polnischen Standpunkt aus prüfen zu lassen. Der Ausschuß, welcher diese Anträge zu prüfen hatte, schlug dem

Digitized by Google

Landtag vor, eine Adresse zu votiren und den Inhalt der Anträge in dieselbe aufzunehmen. Die Adresse, welche die Staatsgrundgesetze, als mit der Landesindividualität Galiziens unvereinbar, zurückwies, eine eigene Verfassung und eine eigene verantwortliche Regierung unter dem Vorsitz eines eigenen Kanzlers oder Ministers verlangte, wurde vom Landtag angenommen, und man wollte sie dem Kaiser, welcher eben damals mit seiner Gemahlin eine Reise nach Galizien machen wollte, in Lemberg persönlich überreichen. Nun drängte sich aber den Ministern die Frage auf, ob sie dem Kaiser rathen könnten, eine Reise zu so ausgesprochenen Sonderbündlern zu machen. Die Frage mußte verneint werden, das Reiseprojekt wurde aufgegeben und die Entlassung des galizischen Statthalters, Graf Goluchowski, welcher das Interesse der Regierung nicht genug gewahrt hatte, vom Kaiser angenommen. Fast zur nämlichen Zeit reichte auch der Ministerpräsident Fürst Auersperg seine Entlassung ein, wie er dies schon am 24. Juni gethan hatte. Differenzen mit dem Freiherrn von Beust, namentlich die Berufung desselben bei der Kaiserreise nach Prag und seine Unterhandlungen mit den czechischen Führern, während Auersperg sich doch gleichfalls in Prag befand, scheinen schon damals den Entschluß hervorgerufen und neuere Umstände ihn unwiderruflich gemacht zu haben. Die Entlassung wurde am 26. Sept. vom Kaiser angenommen und Graf Taaffe beauftragt, die Stelle eines Ministerpräsidenten provisorisch zu bekleiden. Auersperg war ein Mann von liberalen Gesinnungen und aufrichtiger Loyalität; als „erster Kavalier des Reiches" bildete er zugleich auf eine sehr wünschenswerthe Weise die Vermittlung zwischen dem Bürgerministerium und demjenigen Theile der hohen Aristokratie, welcher dem Verfassungsstaat nicht unbedingt feindselig entgegentrat. Daß ein solcher Mann sich von Freiherrn von Beust nicht ins Schlepptau nehmen oder bei Seite schieben ließ, war sehr natürlich. Die liberalen Elemente bedauerten daher seinen Rücktritt sehr.

Der bekannte Satz: „Auf den Bergen wohnt die Freiheit" hat wie jede Regel eine Ausnahme, und diese Ausnahme betrifft Tirol. Die Majorität des dortigen Landtags glaubte, daß die vom Kaiser sanktionirten konfessionellen Gesetze die gläubigen Tiroler nichts angehen, und handelte in solchen Dingen ganz im Sinne des ultramontanen Reichsrathsabgeordneten Pater Greuter. Dem

Digitized by Google

Landtag wurde von der Regierung das Schulaufsichtsgesetz zur Berathung übergeben. Der Ausschuß arbeitete dasselbe vollständig um, merzte alle freisinnigen Bestimmungen aus und sicherte der Geistlichkeit ihre ausschließliche Herrschaft in Sachen der Schule. Der so umgeänderte Entwurf wurde, trotz der Erklärung des Statthalters von Lasser, daß die Regierung denselben niemals genehmigen werde, am 9. Oktober von der Mehrheit angenommen. Darauf wurde der Landtag von dem Statthalter geschlossen.

Wohin man nur sah, fast auf allen 17 Landtagen zeigte sich der häßlichste Partikularismus, Kampf der einen Nationalität gegen die andere, Beanspruchung einer möglichst unbeschränkten Autonomie. Kaum war die eine Verlegenheit beseitigt, so tauchte eine andere auf. Von einem Nachgeben der Regierung konnte keine Rede sein. Was mit Belcredi's Entlassung beseitigt war, durfte nicht auf einem anderen Wege wieder eingeführt werden. Oestreich hatte an dem Dualismus von Cis- und Transleithanien gerade genug; es brauchte sich nicht noch ein halbes Dutzend selbständiger Königreiche in Cisleithanien selbst zu schaffen. Oder was war die Folge, wenn es den Polen eine besondere Verfassung gab? Wurde dann nicht Galizien das kleine Piemont, welches den Schmerzensschrei der unterdrückten polnischen Brüder in Rußland und Preußen vernahm? Dies war aber nichts anders als der sofortige Krieg mit Rußland, welches ein freies Polen nicht neben sich dulden konnte. All diese Verwicklungen machten den Ministern viele Sorgen, und sie konnten es kaum erwarten, bis sie einen Theil derselben auf die Schultern des Reichsraths wälzen konnten. Derselbe kam am 17. Oktober wieder zusammen.

Seine wichtigste Arbeit war die Berathung des neuen Wehrgesetzentwurfes. Die Regierung schlug für die nächsten 10 Jahre: eine Kriegsdienstzeit von 12 Jahren (3 Jahre in der Linie, 7 in der Reserve, 2 in der Landwehr), die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, ein Militärbudget von 80 Millionen fl. per Jahr, eine jährliche Rekrutenaushebung von 56,548 Mann in Cisleithanien und von 40,772 Mann in Ungarn und eine Kriegsstärke von 800,000 Mann vor. Die 80 oder 81 Millionen Gulden sollten die Bedürfnisse des Heeres und der Flotte decken, wobei ein Friedensstand des Landheers von etwa 255,000 Mann zu Grunde gelegt wurde. Für einen Staat, welcher 3 Milliarden Schulden

Digitized by Google

hatte und soeben den Staatsgläubigern die Zinsen reduciren mußte, war dies freilich eine schwere Last, und es fragte sich, was Reichstag und Reichsrath, und was die Delegationen dazu sagen. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß Oestreich nach dem Tage von Königgrätz sehr darauf bedacht sein mußte, sein Heer in ähnlicher Weise zu reorganisiren, wie dies Preußen schon vorher, Frankreich eben in diesem Jahre gethan hatte, um bei irgend welchen Eventualitäten eine gewichtige Stimme in die Kriegsdebatte werfen zu können. Nicht in diesen 800,000 Mann liegt das Gefährliche für die Ruhe Europa's, sondern in der Politik, welche in maßgebenden Kreisen herrscht. Das Liebäugeln mit Frankreich, welches Freiherr von Beust so gut durchzuführen versteht, kann in Deutschland nur Mißtrauen erregen. Sollte das Mißtrauen gegründet sein, so ist nur eines gut, daß Oestreich ohne Ungarns Einwilligung keinen Krieg führen kann.

Da die Ungarn nur 30 Procent von der Normalsumme von 80 Millionen zu bezahlen hatten, so legte die Regierung den Wehrgesetzentwurf dem ungarischen Reichstag zuerst vor. Er kam im dortigen Unterhaus am 1. August zur Debatte und wurde von den Führern der äußersten Linken lebhaft angegriffen. Madaraß sagte, Ungarn müsse sowohl über sein Geld wie über sein Blut selbständig verfügen können. Ungarn brauche kein großes stehendes Heer, welches stets nur eine wirksame Waffe gegen die Freiheit des Volkes sei und dessen Wohlstand durch unerträgliche Steuern unmöglich mache, sondern es bedürfe nur einer Honvedarmee zu seiner Vertheidigung. Auch General Klapka verlangte „eine eigene ungarische Armee, welche die sicherste Bürgschaft der Selbständigkeit Ungarns sein würde, eine viel sicherere als die von Seiten der verbündeten östreichischen Armee", und hoffte, daß Ungarn nach Ablauf der 10 Jahre stark genug sei, die Durchführung des Dualismus auch im Heerwesen zu erzwingen. Der Honvedgeneral Moriz Perczel hatte zwar auch manches an dem Entwurf auszusetzen, sprach sich aber doch im ganzen dafür aus, weil er die Hauptsache, die Errichtung einer Honvedarmee, enthalte. Zur Vertheidigung des Entwurfes hob der Unterrichtsminister Baron Eötvös hervor, daß Ungarn allein nicht stark genug sei, um sich zu vertheidigen, und bei einem europäischen Konflikt leicht die Beute raubluſtiger Nachbarn werden könnte, und der Ministerpräsident Graf Andrassy

Digitized by Google

erklärte, der österreichisch-ungarische Staat müsse eine Armee aus einem Gusse haben, geradeso wie die übrigen Staaten. Was eine wohlorganisirte, wenn auch kleine Armee leisten könne, habe sich im Jahr 1866 im Mainfeldzug gezeigt. Der Entwurf wurde sodann am 7. August unverändert angenommen.

Am 20. Oktober wurde er dem Abgeordnetenhaus des cisleithanischen Reichsraths übergeben. Schon in den Sitzungen des Ausschusses, welchem die Vorberathung des Entwurfs oblag, zeigte Freiherr von Beust, wie viel ihm an dessen Annahme liege. Er hatte sich als Abgeordneter von Reichenberg in diesen Ausschuß wählen lassen und hielt in demselben am 26. Oktober eine Rede über die auswärtigen Beziehungen Oestreichs, als deren wesentlicher Inhalt folgendes bekannt geworden ist: „Die Beziehungen Oestreichs zu England und Frankreich seien die herzlichsten und freundschaftlichsten. Leider könne er ein Gleiches nicht von den beiden anderen Großmächten rühmen; denn obwohl auch diese äußerlich ein gutes Verhältniß zu Oestreich aufrecht erhielten, so sei doch die Haltung Rußlands mindestens kalt zu nennen, und seitdem Preußen im vorigen Jahre unannehmbare Allianz-Anerbietungen gemacht, warte Oestreich vergebens auf Beweise dafür, daß es der preußischen Regierung wirklich um die Herstellung eines innigeren Freundschaftsverhältnisses mit Oestreich zu thun sei. Daß Oestreich keine Hintergedanken, keine Rachegefühle gegen Preußen hege, habe es hinlänglich an den Tag gelegt. Aber es dürfe sich auch nicht den Sonderinteressen des einen oder des anderen Staates dienstbar machen, sondern müsse sich vor allem die eigenen Interessen vor Augen stellen und deßhalb sich die Möglichkeit offen halten, je nach den gegebenen Umständen seine Allianzen frei zu wählen." Da diese Worte im In- und Ausland einen beunruhigenden Eindruck machten, so ergriff Freiherr von Beust in der nächsten Sitzung des Wehrausschusses am 28. Oktober noch einmal das Wort und sagte, „die Regierung wolle Oestreich nicht deßhalb möglichst wehrkräftig machen, um bei dem möglicherweise ausbrechenden Konflikt zwischen zwei großen Gegnern (Preußen und Frankreich) sich auf die Seite des einen zu stellen, sondern um in der Lage zu sein, eine dritte Macht (Rußland) von der Ausnützung dieses Kampfes für seine Specialinteressen im Orient abzuhalten. Die achtunggebietende Heeresmacht Oestreichs solle verhindern, daß aus dem lokalisirten Kampf

Digitized by Google

zwischen zwei Gegnern ein allgemeiner europäischer Krieg sich entwickle."

Dem Ministerium lag alles daran, daß das Abgeordnetenhaus noch vor dem Zusammentritt der Delegationen den Wehrgesetzentwurf annehme, und es erklärte daher, daß es nicht bloß aus der Annahme, sondern schon aus der Verzögerung derselben eine Kabinetsfrage mache. Den Grund dieser Erklärung suchte man darin, daß, wie es hieß, dem Ministerium von hoher Seite die Durchsetzung dieses Wehrgesetzes als eine Bedingung seiner Fortexistenz nahe gelegt worden sei. Gelinge es ihm nicht, so hätte man es von dieser Seite für regierungsunfähig, für untauglich gehalten, einen großen Staat zu leiten und hohe Aufgaben durchzuführen. Dann hätte man einen Ministerwechsel, wahrscheinlich sogar einen Systemwechsel gehabt, und diejenigen Herren, welche durch ihre Geburt ein Privilegium auf Ministerien zu haben glauben, die Thun und Clam-Martinitz, wären wieder ans Ruder gekommen. Dieselben seien sogar so rücksichtsvoll und zuvorkommend gewesen, daß sie während dieser Krisis sich bereits in Wien befanden, um gleich bei der Hand zu sein. Unter solchen Umständen hatte das Abgeordnetenhaus keine Wahl. Am 10. November begann es die Debatten über das Wehrgesetz. Fast alle Redner betonten die Nothwendigkeit einer Friedenspolitik. Minister Dr. Berger sprach so, daß man sagte, seine Rede sei auch an die Adresse des Freiherrn von Beust gerichtet. Er hob hervor, daß Oestreich keinerlei Allianz eingehen dürfe; denn eine solche bedeute den Krieg, und nur eine volle Neutralität Oestreichs, gestützt auf eine große Armee, könne den Frieden Europas erhalten. Die einzige und die größte Rache gegen Preußen könne nur darin bestehen, daß Oestreich als ein freier, reicher und geistig entwickelter Staat sich erhebe. Am 13. November wurde das Wehrgesetz, mit einem Kriegsstand von 800,000 Mann auf 10 Jahre, mit großer Majorität angenommen. Es war auffallend, daß die vierzig Abgeordneten, welche dagegen stimmten, Deutsche waren und zwar nach Abstammung und Gesinnung. Ihr Votum beruhte auf ihrem Mißtrauen gegen Freiherrn von Beust, von welchem sie glaubten, daß er der Versuchung, im Bunde mit Frankreich sich an Preußen zu rächen, um so weniger werde widerstehen können, je größer die Militärkräfte seien, über die der Kaiser zu verfügen habe. Auch war bemerkenswerth, daß die Polen zu den eifrigsten Verfechtern des

Digitized by Google

Wehrgesetzes gehörten. Man hatte von ihnen erwartet, daß sie den Reichsrath gar nicht beschicken werden. Aber nach Vertagung der Kaiserreise änderten sie plötzlich ihre Position gegenüber der Regierung, wie man sagt, in Folge einer Aufforderung des ungarischen Ministerpräsidenten, im Reichsrath zu erscheinen und das Wehrgesetz zu vertheidigen, wogegen er sich verpflichtete, bei der Regierung ihre Sache zu vertreten. Sie folgten dem Winke um so lieber, da sie mit der verstärkten Heeresmacht Oestreichs Rußland und Preußen bekämpfen zu können hofften, welches letztere sie, wie die Czechen, hauptsächlich deßwegen haßten, weil es durch seine Bildung und seine Ausdauer sie von Stellung zu Stellung verdrängte. Seine Germanisirungskunst hatte es in Posen so glänzend bewährt, daß Oestreich im südlichen Tirol schon längst hätte ein Beispiel daran nehmen können. Auch das Herrenhaus sprach sich, gleichfalls die Friedenspolitik und die Defensiv-Aufgabe des Heeres hervorhebend, am 28. November fast einstimmig für die Annahme des Wehrgesetzes aus.

Die Delegationen der östreichisch-ungarischen Monarchie, was neuerdings der officielle Titel des Kaiserstaats wurde, wurden am 16. November in Pesth eröffnet. Die ungarische Delegation nahm am 30. November, die östreichische am 2. December das Kriegsbudget mit unbedeutenden Veränderungen an. In der östreichischen Delegation wehrte sich Freiherr von Beust sehr, als am 25. November der Antrag gestellt wurde, die Auslagen für die geheimen Fonds herabzusetzen, sie nicht ausschließlich dem Minister des Auswärtigen zu überlassen, sondern auch den Landesministern einen Theil zur Verwendung zu übergeben und die Gesandtschaften in Sachsen und Württemberg (auch in Hamburg und Portugal) in Geschäftsträgerposten umzuwandeln. Die Versammlung verwarf diese Anträge, und der Minister behielt seine Dispositionsgelder, um hauptsächlich die auswärtige Presse in seinem Sinne zu bearbeiten, und behielt in Dresden und Stuttgart seine Gesandten als Agenten in Sachen der kleinstaatlichen Politik. Von welch tiefem Mißtrauen Oestreich gegen Rußland erfüllt ist, sah man aus einer Aeußerung des Reichskriegsministers Kuhn. In der östreichischen Delegation handelte es sich am 2. December um den Ausbau der Befestigungswerke von Krakau. Bei dieser Position waren eigenthümlicherweise gerade die Polen nicht sehr willfährig. Kuhn vertheidigte die Exigenz

Digitized by Google

und sagte: „Wir dürfen nichts versäumen, was die Sicherung Galiziens und der ganzen Ostgrenze anbahnt; denn wir stehen vielleicht am Vorabend sehr wichtiger Ereignisse, und ich muß bei dieser Gelegenheit auf den möglichst baldigen Ausbau der Bahnen, welche Ungarn mit Galizien verbinden sollen, das größte Gewicht legen. Auch in Rußland versucht man die Bahnen der östreichischen Grenze so nahe als möglich zu bringen; es mag wahr sein, daß dies für den Handel geschieht; aber Handelsbahnen sind auch Kriegsbahnen." Nachdem nun sämtliche Theile der weitläufigen Parlamentsmaschine hinsichtlich des Wehrgesetzentwurfs ihre Schuldigkeit gethan hatten, wurden die Delegationen am 5. December geschlossen. Am nämlichen Tage erhielt Freiherr von Beust ein allerhöchstes Handschreiben, worin ihm der Kaiser mittheilte, daß er ihn „zum Beweise seines besonderen Wohlwollens in den erblichen Grafenstand erhebe."

Die Ungarn konnten mit dieser Session zufrieden sein. Sie hatten wieder neue Eroberungen gemacht. Um den Preis des gemeinsamen Heeres und der 800,000 Mann hatten sie ihren Lieblingswunsch erfüllt gesehen: sie hatten nun ihre Honvedarmee, eine nationale Landwehr von 70 Bataillonen, und zum Kommandanten derselben ernannte der Kaiser den Erzherzog Josef, einen Sohn des so populären Erzherzog-Palatins Josef. Zur Darbringung ihres Dankes hatte eine Deputation des Honved-Central-Ausschusses am 7. December eine Audienz beim Kaiser und versicherte ihn, „daß uns in der Treue gegen das Vaterland und den Thron und in der Anhänglichkeit gegen die Gesetze niemand übertreffen wird." Von größter Wichtigkeit war ein zweites: was sie so sehr erstrebten, die politische Vereinigung Kroatiens mit Ungarn, war eine Thatsache. Nach langem Sträuben hatten endlich die Kroaten, welche es anfangs lieber mit Cisleithanien gehalten oder eine selbständige Stellung eingenommen hätten, den Wünschen des Kaisers und der Ungarn nachgegeben. In der Sitzung des ungarischen Landtags vom 24. November erschienen, nach vollzogenem Ausgleich, zum erstenmal die kroatischen Abgeordneten, nahmen ihre Sitze ein und wählten sofort aus ihrer Mitte die auf sie entfallenden Mitglieder der ungarischen Delegation. In der Schlußsitzung vom 9. December theilte dann der Präsident des Unterhauses mit, daß der König von Ungarn den kroatischen Abgeordneten Coloman Bedekowich zum Minister ohne Portefeuille für das dreieinige Königreich ernannt habe.

Digitized by Google

So hatte Ungarn alle ehemaligen Länder der ungarischen Krone wieder unter seinen Scepter gebracht und bildete einen Staat von 14,830,154 Einwohnern, wovon 10,684,354 auf Ungarn, 952,223 auf Kroatien und Slavonien, 2,074,457 auf Siebenbürgen, 1,119,120 auf die Militärgrenze kommen. In diesem dreieinigen Königreich sieht es nun freilich, was die Nationalitätenfrage betrifft, bunt genug aus; denn Ungarn zählt 4,333,987 Magyaren, 1,221,714 Deutsche, 1,613,944 Czechen, 423,873 Ruthenen, 52,374 Slowenen, 120,092 Kroaten, 397,954 Serben, 1,171,676 Rumänen, 62,200 Zigeuner, 393,105 Juden; Kroatien und Slavonien: 537,880 Kroaten, 271,477 Serben, 24,470 Deutsche; Siebenbürgen: 1,104,322 Rumänen, 517,577 Magyaren, 200,364 Deutsche, außerdem noch eine Anzahl Juden und Zigeuner; die Militärgrenze: 540,922 Kroaten, 324,385 Serben, 140,826 Rumänen, 38,400 Deutsche. Nach Nationen zusammengezählt, sind in dem dreieinigen Königreich Ungarn: 4,851,554 Magyaren, 1,484,948 Deutsche, 3,859,103 Slaven (worunter 993,716 Serben), 2,416,824 Rumänen. Die beiden letzten Zahlen, die der serbischen und rumänischen Bewohner, sind sehr wichtig, wenn einmal die orientalische Frage in Fluß kommt, die christlichen Staaten von der Türkei sich lostrennen und nach Nationalitäten sich gruppiren. Denn dann wird man an der unteren Donau sich erinnern, daß in Ungarn gegen 1 Million Serben und gegen 2½ Millionen Rumänen wohnen, und wird, wie zum Theil schon jetzt, von einem Zusammenfassen aller Glieder eines und desselben Stammes, von einem Großserbien und Großrumänien sprechen. Dies ist für Ungarn um so gefährlicher, als, wie diese Zahlen zeigen, die Magyaren den drei anderen Nationalitäten gegenüber nicht die Majorität haben; denn wenn diese zusammenhalten, so können sie 7,760,875 Deutsche, Slaven und Rumänen den 4,851,554 Magyaren gegenüberstellen. Die besonnenen Staatsmänner in Ungarn wissen daher recht wohl, warum sie sich von Oestreich nicht lossagen wollen, warum sie auch eine Personalunion nicht anrathen, sondern in einer Realunion, wie sie seit 1867 hergestellt ist, das Heil Ungarns erblicken. Sollte diese Anlehnung an Oestreich einmal aufhören, so würde dieses vereinigte Königreich Ungarn selbst wieder ein kleines Oestreich werden, in welchem der Nationalitätenstreit aufs neue beginnen, der Zersetzungsprozeß seine weiteren Fortschritte machen würde. Die Vertreterin dieses Gedan-

Digitized by Google

kens einer Realunion mit Oestreich war die Deakpartei, welche im Ministerium und in allen Wahlen bisher die Oberhand gehabt und Ungarn zu diesem Ziele geführt hat. Voraussichtlich wird sie auch bei den Neuwahlen zum ungarischen Landtag, welche im März 1869 vor sich gehen werden, die Majorität erhalten, wenn auch nicht mehr eine so bedeutende, da die Linke alles aufbot, um ihrem Programme die Mehrheit zu verschaffen. Dieses lautete: „es ist vor allem die Aufgabe der Partei, dahin zu wirken, daß alle jene Gesetze, die mit der Unabhängigkeit des Landes im Widerspruche stehen, nämlich die Delegations-Institution und das gemeinsame Ministerium, beseitigt werden, und daß zu Stande komme das ungarische Heer, die Unabhängigkeit des Finanz- und Handelswesens und die diplomatische Anerkennung der gesetzlichen Unabhängigkeit des Landes." Kurz gefaßt, heißt dies Personalunion. An Stoff zu neuen Kämpfen fehlt es also nicht.

Neben den Beziehungen zu Deutschland war für Oestreich sein Verhältniß zum Orient von der größten Bedeutung. Daß die Donaufürstenthümer nicht zu selbständig, daß Rußlands Einfluß nicht überwiegend, daß die Lösung der orientalischen Frage von Jahr zu Jahr hinausgeschoben werde und der kranke Mann, in Folge der Konsultationen seiner englischen, französischen und östreichischen Aerzte, immer aufs neue wieder sich erhole, war die Aufgabe der orientalischen Politik des Grafen Beust. Auf diesem Felde hauptsächlich zeigte er das, was die Kreuzzeitung seine „Effekthascherei und Händelsucht" nennt, und sie macht ihm den Vorwurf, daß er „zahlreiche Versuche gemacht habe, England und Frankreich mit Argwohn gegen Preußen zu erfüllen und in der orientalischen Frage zu einer Koalition zu veranlassen." Trotz aller Friedensversicherungen auf Schützenfesten, in Ausschüssen, im Reichsrath, in den Delegationen bleibt daher die Kreuzzeitung dabei, „daß der Herr Reichskanzler eine kriegerische Politik treibe."

In der Türkei setzte zunächst der Sultan durch einen höchst freisinnigen Anlauf die Welt in Erstaunen. Bei der Eröffnung des Staatsraths, am 11. Mai, hielt er eine Rede und betonte darin die Nothwendigkeit eines Bruches mit den alten Gewohnheiten und einer aufrichtigen Annäherung an die europäische Civilisation. Ja er gieng sogar soweit, daß er den Satzungen des Korans einen hemmenden Einfluß auf die Entwicklung der öffentlichen Wohlfahrt

Digitized by Google

zuschrieb. Als in Folge dieser Rede die Vertreter seiner christlichen Unterthanen am 23. Mai ihm eine Dankadresse überreichten, so erwiderte er: „In meinen Augen besteht kein Unterschied zwischen Muselmann und Christ. Die Religion und die Rechte der Christen wurden schon bisher unverletzt erhalten; aber die Christen wurden noch nicht zu den ersten Staatsämtern berufen. Dies war das alte System; jetzt ist die Thüre zu allen Aemtern, auch zu dem des Großveziers, den Christen geöffnet. Das Verdienst allein wird die Ernennung zu den öffentlichen Aemtern bestimmen." Das goldene Zeitalter schien anbrechen zu wollen, wo Tiger und Lamm friedlich neben einander hausen. Aber mehr als in anderen europäischen Ländern ist in der Türkei zwischen Theorie und Praxis, zwischen Befehl und Ausführung eine tiefe, weite Kluft, zu deren Ueberspringung die Mittel- und Unterbehörden sich Bedenkzeit nehmen.

Die nächsten Verwicklungen schienen von Serbien zu kommen. Dieses Land, welches bei einer Bevölkerung von etwa 1,160,000 Einwohnern militärisch gut organisirt ist, war von derjenigen Partei, welche einen Umsturz in der Türkei herbeizuführen beabsichtigte, dazu ausersehen, auf diese den ersten Stoß zu führen. Man sprach von einem Großserbien, von der politischen Mission des Landes. Diese Idee gewann immer mehr Verbreitung. Es bildete sich eine extreme Partei, welche die benachbarten Länder Bosnien, Herzegowina, Bulgarien entweder durch Eroberung mit Serbien zu einem Königreich vereinigen oder ihnen die nämliche Stellung verschaffen wollte, welche Serbien und Rumänien inne haben. Die Vereinigung der ungarischen Serben mit diesem Großserbien wäre die natürliche Folge gewesen. Fürst Michael Obrenowitsch hielt sich fern von diesen Bestrebungen, war aber eben deßwegen der Gegenstand des Hasses dieser Partei. Nachdem er es im Jahr 1867 durchgesetzt hatte, daß die Türken auch die Festung Belgrad räumten und gar keine militärische Position mehr im Lande hatten, war sein Ehrgeiz und sein Patriotismus befriedigt. Er neigte zu Oestreich hin, und seine Feinde sagten ihm sogar böswillig nach, er habe mit den magyarischen Politikern geheime Abmachungen eingegangen, wonach Serbien und die übrigen Balkanländer an Ungarn annektirt werden sollten. Dazu kam sein Verhältniß zu der Familie Georg Czerny's, mit dem Beinamen Karageorgiewitsch (d. i. schwarzer Georg), welcher in den Jahren

Digitized by Google

1804 und 1805 das serbische Volk zur Freiheit aufgerufen und die Türken aus dem Lande gejagt hat. Dieser wurde auf Anstiften Milosch Obrenowitsch's, welcher sich gleichfalls wesentliche Verdienste um die Befreiung Serbiens erworben hatte, im Jahr 1817 ermordet. Darauf wurde Milosch von der Skuptschina (Nationalversammlung) zum erblichen Fürsten des Landes ernannt. Im Jahr 1839 wurde er zur Niederlegung seiner Würde gezwungen und dankte zu Gunsten seines ältesten Sohnes Milan ab. Dieser starb nach wenigen Wochen. Nun wurde der zweite Sohn, Michael, zum Fürsten gewählt, aber schon 1842 von einer Gegenpartei gestürzt. Der Sohn des schwarzen Georg, Alexander Karageorgiewitsch, hatte schon bei dieser Verschwörung die Hände im Spiel und wurde Michaels Nachfolger. Im Jahre 1858 sprach die Skuptschina seine Absetzung aus und berief wieder den alten Milosch, welcher sich indessen meist in Wien aufgehalten hatte. Derselbe kam, übernahm wieder die Regierung und führte sie bis zu seinem Tode im Jahre 1860. Ihm folgte zum zweitenmal sein Sohn Michael. Dessen Ehe mit der ungarischen Gräfin Julie Hunyady war kinderlos und seit 1865 getrennt. Sein nächster männlicher Verwandter war der 13jährige Milan Obrenowitsch, ein Großneffe des alten Milosch. Dessen Bruder Ephraim hatte einen Sohn, Namens Milosch, welcher mit Maria Katartschi, einer Moldauerin, verheiratet war, die später, nach ihres Gatten Tod, als Maria Obrenowitsch bei dem Sturze Kusa's keine beneidenswerthe Rolle gespielt hat. Den Sohn dieser Ehe, Milan, bestimmte Fürst Michael „als den einzigen in männlicher Linie Erbfolgeberechtigten" zu seinem Nachfolger, gemäß dem von der Skuptschina zu Kragujewatz im September 1859 beschlossenen, von der Pforte übrigens nicht sanktionirten Erbfolgegesetz, durch welches die Fürstenwürde für erblich im Mannsstamm der Familie Obrenowitsch erklärt und bestimmt worden war, daß der letzte dieses Stammes berechtigt sei, einen geborenen Serben von ehrbarer Familie und griechischem Religionsbekenntniß zu adoptiren. Der junge Milan befand sich in Paris, wo er von dem Fürsten Michael einem Professor Huet zur Erziehung anvertraut worden war.

Am Nachmittag des 10. Juni gieng Fürst Michael mit seiner Base Anka Konstantinowitsch, deren Tochter Katharina, seinem Adjutanten Garaschanin und einem Diener, seiner Gewohnheit

Digitized by Google

gemäß im Park von Topschider, in der Nähe von Belgrad, spazieren. Aus dem Gebüsch kamen drei Personen, tödteten durch Revolverschüsse den Fürsten und seine Base und verwundeten die anderen. Zwei der Mörder, welche der Familie Radovanowitsch angehörten, wurden sogleich verhaftet und in den nächsten Tagen noch viele andere verdächtige Personen. Der Verdacht der Mitwissenschaft oder gar der Urheberschaft fiel sogleich auf Alexander Karageorgiewitsch, dessen beide Schwäger und sonstige Verwandte in Belgrad die Hauptpersonen der Verschwörung waren. Zunächst wurde eine aus drei Personen bestehende provisorische Regierung gebildet, die Wahlen zur Skuptschina auf den 21. Juni, die Einberufung derselben auf den 2. Juli festgesetzt, der Kriegszustand im ganzen Lande proklamirt und das Militär auf den Kriegsfuß gesetzt. Der junge Milan wurde in aller Stille von Paris nach Belgrad gebracht, und als am 2. Juli die Skuptschina sich versammelte, proklamirte sie einstimmig Milan Obrenowitsch IV. als Fürsten von Serbien und wählte eine Regentschaft von drei Mitgliedern auf drei Jahre. Die Familie Karageorgiewitsch wurde des Landes verwiesen und ihr Vermögen konfiscirt. Am 5. Juli wurde in der Kathedrale von Belgrad die Salbung des Fürsten Milan vorgenommen, und am 30. Juli der Bestallungsbrief der Pforte feierlich verkündigt.

Indessen wurde den Verhafteten der Prozeß gemacht, und ihre Aussagen stellten es außer Zweifel, daß Karageorgiewitsch und dessen Sekretär schon seit Jahresfrist mit den Mördern in Verbindung gestanden und darauf ausgegangen sei, zum zweitenmal der Nachfolger des Fürsten Michael zu werden. Auf dies hin verlangte die serbische Regierung von Ungarn die Auslieferung des Exfürsten und erließ zugleich eine gerichtliche Vorladung an denselben. Die der Theilnahme am Morde Ueberführten wurden am 27. Juli zum Tode verurtheilt und am 28. Juli sämtliche 14 erschossen. Karageorgiewitsch wurde am 8. August durch den Stadthauptmann in Pesth verhaftet, nebst zwei anderen Angeklagten auf einem östreichischen Dampfer in Begleitung der ungarischen Untersuchungskommission und einer Bedeckung von 12 Mann nach Semlin abgeführt, wo am 10. und 11. Oktober die Konfrontation des Exfürsten und einiger Belgrader Gefangenen auf dem Dampfer selbst vorgenommen wurde. Darauf wurde er wieder nach Pesth zurückgeführt und harrt dort noch des Urtheilsspruches der ungarischen

Digitized by Google

Behörde. Die serbische hat ihn am 27. Juli zu zwanzigjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

So hatte die Ermordung des Fürsten Michael in Folge der Entschlossenheit der serbischen Behörden, welche rasch die nöthigen Maßregeln ergriffen, für die Ruhe der Donauländer keine weiteren Folgen. Um so mehr fürchtete man dies von Rumänien. Hier regierte seit dem Jahre 1866 Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen als Fürst der Walachei und Moldau. Er bemühte sich, die Armee nach preußischem Muster zu reorganisiren, und daß ihn hiebei Preußen, an das er sich als Hohenzoller wandte, durch Zusendung von Officieren, Kanonen, Gewehren und dergleichen unterstützte, ist sehr begreiflich. Daß aber ein neuer Militärstaat, ein Miniatur des norddeutschen, an der unteren Donau sich erheben solle, hielt Graf Beust für sehr unnöthig, und er gab sich alle Mühe, die rumänische Regierung in Frankreich und England aufs gründlichste zu diskreditiren und auf die Mitschuld Preußens und Rußlands hinzuweisen. Verschiedene Ereignisse kamen ihm sehr gelegen. In Jassy, Galatz und Bakeu kamen zu verschiedenen Zeiten dieses Jahres Verfolgungen und Mißhandlungen der Juden vor, und bewaffnete Banden machten wiederholt Einfälle in Bulgarien und lieferten dem türkischen Militär kleine Scharmützel. Daß der Ministerpräsident Johann Bratiano diesen Unordnungen nicht vorbeugte, manches mit Gleichmuth duldete, manches mit wenig Erfolg ableugnete, brachte ihn, wenn sein Eifer für die Heeresreorganisation und seine Heimlichkeit in Sendungen von Waffen und Pulver damit in Verbindung gebracht wurde, in den allerschlimmsten Verdacht. Man traute ihm zu, daß er die Lunte an die orientalische Pulverkammer legen, bei dem Zusammenbrechen des türkischen Reiches rechts und links zugreifen und ein großrumänisches Reich gründen wolle, das die Wohnsitze der $2^1/_2$ Millionen Rumänen in den Ländern der ungarischen Krone in sich schlösse und nördlich bis an die Theiß reichte. In diesen Anklagen lag doch gar zu viel Schwindel. Der Minister Golesco sagte (im Oktober) in seiner Rechtfertigungsnote an die Pforte: „Die rumänische Regierung könne für die in Bulgarien einfallenden Banden, gegen welche die strengsten Maßregeln ergriffen seien, mit ebenso geringem Recht verantwortlich gemacht werden, wie die Regierung des Sultans für die bulgarischen Banden, welche sich auf ihrem

Digitized by Google

eigenen Gebiete, ungeachtet der Ueberwachung der türkischen Behörden, gebildet hätten, oder die Regierung Oestreichs wegen des Aufstandes in Bosnien, welches Zuzüge aus den östreichischen Ländern erhielt."

Diese Rechtfertigung fand keinen Glauben. Die östreichischen und auf ihre Eingebung auch die französischen Blätter enthielten täglich neue Denunciationen gegen die ehrgeizigen Absichten der rumänischen Regierung. Diese rumänische Frage wurde das Steckenpferd des Grafen Beust. Sie diente ihm trefflich bei der Verfolgung seiner deutschen Plane; denn eben durch die gründliche und raffinirte Ausbeutung derselben glaubte er zwei in seinem politischen Programm obenanstehende Zwecke leicht erreichen zu können: die Diskreditirung Preußens bei den Westmächten und die Lösung der preußisch-ungarischen Freundschaft. Den Minister Bratiano nannte er „einen an die Donau gesetzten preußischen Korporal", Rumänien „ein gefülltes Arsenal," und seine Organe wußten die schauerlichsten Dinge von der großrumänischen Bewegung, von der Theilnahme und den Absichten Preußens, von den großartigen Waffen- und Geldsendungen, von der Einreihung der „5000 preußischen Unterofficiere" in die rumänische Armee zu erzählen. Die Pforte wurde zu Rüstungen und zur Aufstellung einer stärkeren Truppenmasse veranlaßt. Es wurde schon von einer Revision des Pariser Vertrages oder wenigstens von einer authentischen Interpretation der die Donaufürstenthümer betreffenden Vertragsartikel gesprochen, wonach der Pforte oder den Nachbarstaaten ein bewaffnetes Einschreiten, eine Occupation der Fürstenthümer erleichtert werden sollte. Die Sachen standen zu Anfang Novembers so, daß eine orientalische Tripelallianz Oestreichs, Frankreichs und Englands, eine, wenn auch zunächst nur diplomatische, Intervention in Rumänien im Anzug war, wodurch Preußen und Rußland eine wenigstens diplomatische Niederlage bereitet werden sollte. Die Rechnung war ohne den Wirth gemacht. Preußen erklärte den Westmächten, daß es mit ihren Anschauungen in der rumänischen Frage übereinstimme, Rußland schloß sich dieser Erklärung an, und Fürst Karl sagte in seiner Thronrede vom 27. November bei Eröffnung des Landtags, „daß die Pariser Verträge und die Lage des Landes die strengste Neutralität zur Pflicht machen," entließ am 28. November das Ministerium Bratiano und berief ein neues, an dessen Spitze Cogolnitscheano stand. Es gab nun keine rumänische

Digitized by Google

Frage mehr. Doch waren mit diesem Druck, welchen das Ausland auf Rumänien übte, die beiden Kammern nicht einverstanden. Sie gaben dies dadurch sehr deutlich zu verstehen, daß sie die bedeutendsten Minister des zurückgetretenen Kabinets zu Präsidenten wählten, Golesko zum Präsidenten des Senats, Bratiano zu dem der Abgeordnetenkammer und zwar mit 66 gegen 18 Stimmen.

Mit der Diskreditirung Preußens bei den Westmächten war es dem Grafen Beust nicht gelungen. Die Erreichung seines anderen Zweckes, der Freundschaft zwischen Preußen und Ungarn ein für allemal ein Ende zu machen, lag ihm wohl noch mehr am Herzen. Auch in Ungarn gibt es eine Partei, welche, für den Fall daß es an die Theilung der türkischen Erbschaft geht, ihre besondere Plane hat und von einem „großen Donaustaat" spricht, dessen Ausdehnung sie sich, je nach der Phantasie ihrer Mitglieder, größer oder kleiner, am liebsten bis zu den Mündungen der Donau denkt. Diesen Antipoden der Partei Bratiano ist nichts so ärgerlich als die großrumänische Idee, nichts so sehr im Wege als ein militärisch wohl organisirtes Rumänien (und Serbien), vollends wenn dasselbe auf den Beistand Preußens und Rußlands zählen könnte. Daß aber Rußland sich für die Errichtung eines starken rumänischen Reiches erhitzen sollte, ist, da es damit ein Bollwerk gegen seine eigenen orientalischen Interessen gründen würde, schwer zu glauben. Eben deßwegen kann auch der künftige Alliirte Rußlands, Preußen, der Ausführung dieser Idee keinen Vorschub leisten, wenn es ihm auch angenehm sein mag, in dem von einem Hohenzollern regierten Rumänien für gewisse Fälle einen Stützpunkt seiner östlichen Politik zu haben. Jedenfalls aber liegt ihm Ungarn weit näher als Rumänien, ist ihm sein Verhältniß zu Ungarn eine Frage ersten Ranges, das zu Rumänien sehr sekundär; denn mit jenem hängt die glückliche Lösung der deutschen Einheitsfrage sehr wesentlich zusammen, mit diesem nicht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Grafen Bismarck, erklärte daher in einem Artikel vom 21. November: „Wir vermögen nicht zu entscheiden, ob die Ursachen der in Rumänien hervorgetretenen Wirren in den Fehlern der Regierung oder bei den Regierten liegen; jedenfalls sind sie ein Nachtheil für die europäische Gesamt-Wohlfahrt. Keinenfalls kann es aber der preußischen Politik entsprechen, von Rumänien aus den Frieden Europa's in Frage gestellt zu sehen. Nach der Neugestaltung

Digitized by Google

Oestreichs muß es vor allem Rumäniens Aufgabe sein, mit dem Nachbarlande Ungarn seine Beziehungen auf der Basis der freundschaftlichen Verhältnisse, auf welche die Geschichte und die realen Verhältnisse beider Länder hinweisen, zu kultiviren."

Die Einsichtigeren unter den Magyaren wußten recht wohl, woran sie waren; von den anderen stutzten manche und waren auch nach obiger Erklärung nicht ganz beruhigt. Um diese Stimmung zu befestigen, erschien am 12. December im „Pesti Naplo", einem Organ des Ministers Andrassy, ein Artikel über die preußische Politik, worin es hieß: „Man habe in Ungarn Sympathien für Preußen, die sich aber nur dann mehren und befestigen werden, wenn Preußen nicht über die Schranken des Prager Friedens hinausgehe. Im Fall daß aus dem Bruch desselben durch Preußen ein Krieg entstehen sollte, würde Ungarn seine Pflicht thun. Man solle in Preußen nicht auf die dem Ausgleich mit Oestreich feindliche ungarische Partei spekuliren; es gebe in Ungarn keine öffentliche Partei, die auf dem Wege der Revolution oder des Verraths ihr Ziel erreichen wolle. Die Armee heiße „östreichisch-ungarische Armee", und im Falle eines Krieges würden die Ungarn ihrer Fahne keinen Makel beibringen lassen." Dies hieß mit kurzen Worten: „Ungarn tritt wie ein Mann für die Aufrechthaltung der Mainlinie ein." Große Freude herrschte in Wien über diese brüderliche Kundgebung des ungarischen Blattes, in allen östreichischen Journalen war der Artikel zu lesen, nach allen Richtungen wurde sein Inhalt telegraphirt, selbst in dem Journal des Débats fand er Eingang, und auch in Frankreich freute man sich des neuen Bundesgenossen. Aber die Sache war doch etwas zu stark. Hintendrein kam der Skepticismus und fand, daß ein ungarisches Blatt unmöglich eine solche Politik verkündigen könne, daß der Artikel in einem entsetzlich schlechten Ungarisch geschrieben, also ursprünglich wohl deutsch verfaßt, von einer ungeschickten Hand ins Ungarische übersetzt und als echt ungarisches Produkt in dem Pesti Naplo eingeschmuggelt worden sei. Dieser desavouirte nun seinen eigenen Artikel, und an weiteren Protesten fehlte es nicht.

Deak selbst erklärte in einer Rede an eine Deputation, „die Erhaltung des Friedens sei der Wunsch von ganz Ungarn; der Prager Friede und die Mainlinie hätten geringeres Interesse für sie; einen Krieg um diese Dinge wolle man nicht." Das Organ

Digitized by Google

seiner Partei, der „Pesther Lloyd" schrieb: „Der ungarische Delegirte sei noch nicht geboren, welcher irgend einem Minister auch nur einen Groschen bewilligen würde, um damit die Mainlinie gegen den Einbruch der Preußen zu schützen. Nur die Frage des Bestandes der östreichisch-ungarischen Monarchie werde Ungarn zum Kriege bereit finden; Graf Beust müsse sich dem ebenso wie Andrassy fügen. Dies seien die Ansichten der Deakpartei und des ungarischen Volkes überhaupt." „Hazank", das Organ des linken Centrums, meinte, „es scheine, daß man in Wien die Idee der habsburgischen Hegemonie über Deutschland noch nicht aufgegeben habe." „Hon", das Organ der Linken, das verbreitetste ungarische Journal, das für eine selbständige ungarische Armee als die nothwendige Grundlage einer selbständigen ungarischen Politik in die Schranken tritt, schrieb: „Wir tragen unsere Sympathien der großen deutschen Nation entgegen." Auf diese Proteste entgegnete der „Kamerad," ein Wiener Journal und Organ des Reichskriegsministers Kuhn: „Seit dem Ausgleich Ungarns mit Oestreich im Jahre 1867 existirt kein ungarisches Interesse mehr, sondern ist die Großmachtsstellung und der Glanz der Monarchie die Hauptsache, wie die Verträge dies mit sich bringen. Ein solcher Vertrag ist der Prager Friede, und darnach darf Preußen nicht über die Mainlinie hinaus." Diese diktatorischen Worte veranlaßten den „Hon" zu folgenden Bemerkungen: „Wenn der Kriegsminister, welcher über 800,000 Soldaten verfügt, so spricht, so ist es von Ungarn lächerlich, von einer eigenen äußeren Politik zu träumen, da es keinen einzigen eigenen Soldaten und keine einzige Flinte besitzt. In Wien will man den Frieden nicht ernstlich. Oestreichs Großmachtsstellung, Oestreichs Einfluß in Deutschland wiederzugewinnen, das ist das Ziel, nach welchem man mit allen erdenklichen Mitteln strebt. Was wird aber die Folge sein, wenn die große gemeinsame Armee einen Sieg davonträgt? Daß wir eines Morgens mit der Reaktion erwachen, so wie es uns im Jahre 1791, in den Jahren 1848 und 1856 ergangen ist, wo es hieß: „Die Verfassung ist sistirt." Voll Mißtrauen gegen die Wiener Kabinetspolitik möchte sich die linke Partei vor einem solchen Erwachen durch die Errichtung einer selbständigen ungarischen Armee und einer selbständigen ungarischen Diplomatie schützen. Allerdings wäre dann erst Ungarn Herr seines eigenen Willens. Die Anlehnung an Deutschland wäre ihm

Digitized by Google

auch dann nothwendig oder vielmehr unabweisbares Bedürfniß; denn Deutschland allein könnte es vor der Gefahr bewahren, von den numerisch ihm weit überlegenen Slaven erdrückt zu werden. Was soll aber, wenn diese linke Partei ans Ruder käme, aus Oestreich, was aus dem Grafen Beust werden?

Man zählt in Oestreich 15 verschiedene Nationalitäten. Rußland hat noch mehr, aber mit dem großen Unterschiede, daß die slavische Nationalität die ungeheure Majorität bildet. Gegen diese kompakte slavische Masse kann keine andere Nationalität aufkommen; vielmehr ist ihr Einfluß auf alle anderen ein wahrhaft erdrückender und erstickender, und je mehr sie ihren großen Nationalitätsprozeß im russischen Reiche durchführt und nach Sprache und Konfession alles zu Russen macht, desto stärker ist auch die Attraktionskraft, welche sie auf die slavischen Stämme ihrer Nachbarländer ausübt, wie auf die Czechen in Böhmen, die Ruthenen in Galizien. Die Uniformirung des russischen Reiches machte in diesem Jahre große Fortschritte. Von einem Königreich Polen ist keine Rede mehr. Durch kaiserlichen Ukas vom 29. Februar wurde die noch bestehende besondere Regierungskommission für innere Angelegenheiten aufgehoben und die Verwaltung des Landes den betreffenden Behörden des Kaiserreiches übertragen, zahlreiche polnische Beamte entlassen und durch Russen ersetzt. Die Verbindung der römisch-katholischen Bischöfe mit Rom, die ohnedies schon seit Jahren unterbrochen war, sollte ganz aufgehoben und entbehrlich gemacht werden, zu welchem Zwecke in Petersburg von der Regierung eine römisch-katholische Synode errichtet wurde. Durch sie sollte die römisch-katholische Kirche regiert werden, und gegen alle Bischöfe und Geistlichen, welche dieser Neuerung widerstrebten, wurden die strengsten Maßregeln ergriffen. So wurde der Bischof Popiel von Plock, welcher sich weigerte, ein Mitglied seines Kapitels an die Synode abzusenden, verhaftet und ins Innere des Reiches abgeführt. Durch einen Ukas vom 10. Februar wurde die russische Sprache als Unterrichtssprache anbefohlen. In Folge dessen wurden alle Unterrichtsbücher und die Gebetbücher ins Russische übersetzt und bei dieser Gelegenheit einer strengen Censur unterworfen. Der Prokurator der heiligen Synode, Tolstoi, gab auf ergangene Anfrage den Bescheid, daß der Einführung der russischen Sprache beim römisch-katholischen Gottesdienste kein Hinderniß entgegenstehe. So wird der Kaiser von

Digitized by Google

Rußland, welcher als das geistliche Haupt der griechisch-russischen Kirche angesehen wird, zugleich auch Papst der in Rußland lebenden Katholiken. In Lithauen erließ der dortige Statthalter, der Kosakengeneral Potapow, eine Verordnung, datirt Wilna 9. Juli, welche den Gebrauch der polnischen Sprache bei hohen Geldstrafen in die möglichst engsten Schranken verweist. Sie lautet: „Es ist strengstens verboten, sich an allen öffentlichen Orten der polnischen Sprache zu bedienen, nämlich: in der Kirche, auf der Straße, in Hotels, in Einkehrhäusern, Comptoiren, Zuckerbäckereien, Kaffeehäusern, Restaurationen, Weinhandlungen, Bierhallen, Spazierorten, Gärten, in allen Läden, Druckereien, photographischen Anstalten und im allgemeinen an allen Orten, wo das Publikum sich ansammeln oder eintreten darf. Auch ist es nicht gestattet, in Privathäusern bei einer Versammlung von mehr als zwei Personen polnisch zu sprechen. Es wird bloß im häuslichen Umgange mit der nächsten Familie, nämlich zwischen Mann und Weib, zwischen Eltern und Kindern, aber bloß und allein im häuslichen Raume gestattet, sich der polnischen Sprache zu bedienen. Diese Verordnung soll pünktlichst beobachtet und die Geldstrafen dermaßen auferlegt werden, daß sie eine wahre Strafe für die Schuldigen seien." Diese Russificirung dehnt sich auch auf die deutschen Elemente in den Ostseeprovinzen aus. Die deutschen Civilgouverneure von Livland, Esthland und Kurland wurden entlassen und durch Russen ersetzt, die dortigen deutschen Amtsblätter in russische umgewandelt, die Oberbehörden angewiesen, sich nur der russischen Sprache als Geschäftssprache zu bedienen. Dem Kurator der Dorpater Universität wurde ein Gehilfe beigegeben, welcher den Auftrag hat, für die Einführung der russischen Sprache in den Schulen thätig zu sein. Die Leitung des Volksunterrichts, welche bisher der lutherischen Geistlichkeit übertragen war, soll dem Unterrichtsministerium unterstellt werden. Die sogenannte moskowitische Partei, von welcher diese Russificirungs-Wuth ausgeht, ist mit der Loyalität gegen den Kaiser, welche, wie oben angeführt, der deutsche Adel in einer Adresse versichert hat, nicht zufrieden; sie verlangt Aufgebung alles dessen, was dem Menschen heilig ist, der Sprache und Kultur, um in einer Masse aufzugehen, die vor fünf Jahren nicht viel mehr als Sklave war. Von der „faulen Kultur des Westens," von der „neuen Form der Civilisation durch Rußland" sprechend, über-

Digitized by Google

schütten diese Fanatiker alles Deutsche mit Hohn und fordern zugleich unbedingte Hingabe.

Auf die auswärtige Politik hat diese Stimmung noch keinen Einfluß. So sehr sich auch diese Partei durch die Ueberlegenheit und das nationale Selbstgefühl des Grafen Bismarck empfindlich berührt fühlt, bleibt ihr doch nichts anderes übrig als zu Preußen zu halten. Für die Durchführung ihrer orientalischen Plane ist ihr Oestreich ein Haupthinderniß, und dieses ohne Preußen zu bewältigen, traut sie sich nicht Kraft genug zu. Die für einen solchen Krieg nothwendigen Eisenbahnen und die Reorganisation und neue Bewaffnung des Heeres sind noch nicht vollendet, weßwegen Rußland es vorerst seinem Interesse zuträglich findet, die Lösung der orientalischen Frage zu vertagen. Es wird daher ohne äußere Nöthigung auch im Jahre 1869 nicht aus der Zurückhaltung heraustreten, die es sich seit der Beendigung des Krimkrieges (1856) auferlegt hat. Nach einer anderen Seite rastet seine kriegerische Thätigkeit nicht. In Mittelasien, an den Ufern des Jaxartes (Syr) und Oxus (Amu), welche Flüsse beide das südliche Turan durchströmen und in den Aralsee münden, schreiten seine Waffen von Jahr zu Jahr vor. Im Frühjahr drang von dem bereits in eine russische Gouvernementsstadt verwandelten Taschkend aus General Kaufmann mit einem Heere in die zwischen beiden Flüssen gelegene Landschaft Soghd (das alte Sogdiana) ein, warf die Truppen des Fürsten der Bucharen zurück und nahm Besitz von den beiden Städten Samarkand (dem alten Marakanda, wo der macedonische Alexander seinen Freund Klitus tödtete) und Buchara. Durch den Erfolg dieses Feldzuges sind die Russen Ostindien bedeutend näher gekommen. Nur Afghanistan trennt sie noch. Zu einem Zusammenstoß zwischen Russen und Engländern wird es aber am Fuße des Hindukusch Gebirges so bald nicht kommen. Ganz Asien wird Rußland nicht erobern wollen, und warum soll es sich wegen Ostindiens in einen Krieg mit England einlassen, der sicherlich auf Asien nicht beschränkt bliebe? Nach dieser Seite kann Rußland noch manche Fortschritte machen, ohne daß sich in Westeuropa auch nur eine Hand regt.

Näher als diese Kämpfe in Mittelasien lagen dem westlichen Europa die Ereignisse in Spanien. Doch ist Deutschland hiebei mehr nur mittelbar interessirt, etwa in der Weise, daß auf die Frage: welche Regierung in Spanien den Interessen Deutschlands

Digitized by Google

am dienlichsten sei, die Antwort gegeben würde, „diejenige, welche Napoleon am widerwärtigsten ist.“ Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, war der Sturz der Königin Isabella ein Ereigniß, worüber in Deutschland, außer der ultramontanen Partei und den Welfen mit ihren bezahlten Handlangern, kein Mensch zu trauern hatte. Was die Katastrophe von San Sebastian herbeiführte, waren ähnliche Gründe, wie die, welche die Stuarts im Jahre 1688 aus England über den Kanal nach Frankreich und die Bourbonen im Jahre 1830 aus Frankreich über den Kanal nach England führten. Diese beiden Königsgeschlechter haben zwei gemeinschaftliche Fehler: Hang zum Absolutismus und Hang zum Papismus. Königin Isabella von Spanien war hierin eine echte Bourbon. Sie hatte aber daran noch nicht genug, sondern fügte als dritten Fehler den einer schamlosen Immoralität hinzu. Der Spanier ist zwar nicht verwöhnt. Das 19. Jahrhundert hat ihm manches zugemuthet, und fast ohne Murren hat er manches über sich ergehen lassen. Ferdinand und Christine haben in Absolutismus und Bigotterie das Möglichste geleistet, und ihr Lebenswandel war auf eine nachsichtige Beurtheilung angewiesen. Aber Isabella trieb alles bis zum Extrem, hielt es nicht einmal für der Mühe werth, in politischen, religiösen und privaten Dingen auch nur den äußeren Schein, ein gewisses Dekorum zu wahren, sondern trat in allem mit einer Ungenirtheit auf, welche verletzen und herausfordern mußte. Spanien hatte zwar unter Isabella noch eine Verfassung und Kortes, aber wenn ihr die letzteren nicht zu Willen waren, so ließ sie die Abgeordneten zu Dutzenden aufgreifen und auf fernen Inseln oder an der afrikanischen Küste in Gewahrsam bringen. Auch ist Spanien ein bigott katholisches Land, in welchem der Protestantismus so wenig wie in Italien gedeihen wird; aber Isabella übertrug der Geistlichkeit das oberste Regiment in allen staatlichen Verhältnissen, gestattete ihr das große Wort in ihrem Kabinet und bildete mit ihrem Beichtvater Pater Claret und der „wunderthätigen“ Nonne Patrocinio ein Triumvirat, in welchem sie selbst die dritte Violine spielte. In den Händen dieser absolutistisch-klerikalen Partei war Isabella ebenso sicher verloren als die östreichische Konkordatswirthschaft in den Jahren 1859 und 1866. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß alle Staaten, welche dieser Partei das Ruder anvertrauen, einem sicheren Untergange

Digitized by Google

entgegengeführt werden. Abgesehen von der Inquisition und den Autodafé's sah es in dem heutigen Spanien nicht viel besser aus als unter Philipp II. Wie schwer muß es dieser Partei geworden sein, den Versuchungen der Wiedereinführung von Ketzerverbrennungen zu widerstehen! Wo aber das unbefugte Lesen der Bibel mit Galeerenstrafen geahndet wird, da ist man nicht mehr fern vom Scheiterhaufen. In allem, was mit Religion und Unterricht in Verbindung stand, herrschte noch das dickste Mittelalter. Unter einem solchen Himmel gediehen die Klöster am besten. Am Ende des Jahres 1867 gab es in Spanien 1634 Mönche und 14,814 Nonnen und 83 Priesterseminare; in Madrid allein waren 27 Klöster, welche in den besten Stadttheilen lagen. Aller Unterricht war in den Händen der Ultramontanen, die Beziehungen zu Rom waren so intim, daß man Spanien wie in alten Zeiten eine römische Provinz nennen konnte, und kaum irgendwoher mag der Petrespfennig so pünktlich und so reichlich eingetroffen sein als von Isabella und ihrem Königreich. War doch ihre Regierung so freigebig, daß sie dem päpstlichen Nuntius in Madrid einen jährlichen Gehalt von 12000 Thalern ausbezahlte! Dieser römische Tribut hätte für Anlegung von Schulen eine bessere Verwendung finden können. Im Jahre 1860 konnte nur der fünfte Theil der Einwohner Spaniens lesen und schreiben; die übrigen vier Fünftheile konnten weder das eine noch das andere. Diese Unwissenheit, glaubte man in den leitenden Kreisen, sei das stärkste Präservativ gegen die Ansteckung mit liberalen Ideen.

Wie ist doch dieses Spanien, das im 16. Jahrhundert die erste europäische Macht war, durch diese Habsburger und Bourbonen so entsetzlich herabgekommen! Seiner Bevölkerung nach, die, ohne die Inseln, auf etwa 17 Millionen geschätzt wird, nimmt es erst die achte Stelle unter den Staaten Europa's ein, während es vermöge seines Flächenraums (8984 Quadratmeilen) 30 bis 40 Millionen haben könnte. Noch weit geringer ist aber sein Rang, wenn man die geistige Kultur in die Wagschale legt. In diesem Fall wird Spanien mit Rußland und der Türkei die Nachhut bilden. Und Isabella hat während ihrer ganzen 25jährigen Regierung nie auch nur einen Versuch gemacht, das Land geistig zu heben. Die Männer, welche in dem langen Bürgerkrieg zwischen Christino's und Karlisten (1833—1839) auf Seiten der ersteren

Digitized by Google

ſtanden und in den Anhängern des Don Karlos den Abſolutismus und das Pfaffenthum vernichten und der liberalen Strömung, für welche ſich Chriſtine damals intereſſirte, eine Bahn machen zu können glaubten, mußten mit Ingrimm ſich geſtehen, daß all das viele Blut umſonſt verſpritzt ſei; denn welcher Unterſchied war noch zwiſchen Iſabella und Don Karlos, zwiſchen den Rathſchlägen der Nonne Patrocinio und denen des karliſtiſchen Beichtvaters?

Doch darf man, zumal einer Dame gegenüber, nicht unbillig ſein. Iſabella hat viel verſchuldet; aber an ihr iſt auch viel verſchuldet worden. Zunächſt hat man ſich zu erinnern, daß ihr Vater Ferdinand und ihre Mutter Chriſtine hieß, und daß das Sprichwort ſagt: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.“ Sodann war es höchſt unklug oder, wenn man will, unpädagogiſch, im Jahre 1843 die 13jährige Iſabella für volljährig zu erklären und ſie, die noch in eine ſtrenge Schule gehörte, zur regierenden Königin zu machen. Endlich die fatale Geſchichte mit ihrer Heirat! Die franzöſiſche Diplomatie bemächtigte ſich dieſer Angelegenheit, und der damalige König Louis Philipp verabredete mit der Königin-Mutter Chriſtine, mit der er aus verwandtſchaftlichen und anderen Gründen ſtets in gutem Verhältniß lebte, daß er von ſeinen Söhnen den Herzog von Aumale und den Herzog von Montpenſier mit ihren beiden Töchtern Iſabella und Luiſe vermählen wolle. Als der Plan bekannt wurde, war Lord Palmerſton Feuer und Flamme, und England proteſtirte, da dieſe Heirat Frankreich einen ungeheuren Machtzuwachs gegeben hätte. Louis Philipp mußte, wenn er es mit England nicht ganz verderben wollte, beſcheidener ſein und ſich damit begnügen, die Vermählung ſeines Sohnes Montpenſier mit der zweiten Prinzeſſin Luiſe zu Stande zu bringen. Dies konnten die Engländer nicht hindern, wenn ſie ihm auch die Freundſchaft aufkündigten. Für Louis Philipp aber kam nun alles darauf an, was für eine Perſönlichkeit für Iſabella ausgewählt werde. Diejenige war ihm die liebſte, welche körperlich und geiſtig die ſchwächſte war, bei welcher ſich hoffen ließ, daß die Ehe eine kinderloſe ſei. Denn dann hatte nach Iſabellens Tod ihre Schweſter Luiſe mit ihrem Gemahl Montpenſier die nächſte Anwartſchaft auf den Thron. Louis Philipp und ſein Miniſter Guizot ſtellten die gründlichſten Studien an, um einen ihre Wünſche befriedigenden Vermählungskandidaten ausfindig zu machen. Sie waren ſicher, daß

Digitized by Google

von allen Prinzen keiner in allen Beziehungen so vollständig für ihre Berechnungen passe als Isabella's Vetter, Franz von Assis, der Sohn des Infanten Franz de Paula. Christine wehrte sich, als man ihr gerade diesen für ihre Tochter vorschlug. Allein es half nichts; die Politik und das französische Interesse wollten es so; die Vermählung der beiden Prinzessinnen gieng zu gleicher Zeit, am 10. Oktober 1846, vor sich. Der arme Franz entsprach ganz den Erwartungen, die man in Paris von ihm hegte, aber nicht denen Isabella's. Sie hatte als 16jährige Tochter in das Unvermeidliche sich gefügt und die Ehe eingegangen; wer aber glaubte, daß sie nun ein Gesangbuch zur Hand nehmen und mit ihrem Gemahl fleischertödtende Lieder singen werde, der kannte ihre Natur doch gar zu schlecht. Der kräftige und geistig bedeutende Aumale hätte ihr imponirt; ihren Franz von Assis fand sie zum Sterben langweilig, unmännlich und willenlos wie kaum einen zweiten Mann. So kam die Kehrseite der Medaille ans Licht: Isabella vernachläßigte ihren Gemahl und hieng ihr Herz an schöne, liebenswürdige Officiere. Sie that dies in einem Grad, daß man berechtigt ist, die Legitimität ihrer sämtlichen Kinder zu bezweifeln. Ihren einzigen Sohn, den Infanten Alfonso, Prinzen von Asturien, welcher am 28. November 1857 geboren ist, hält in Spanien jedermann für einen Bastard und zwar für den Sohn des Marschalls Serrano, welcher als einer der schönsten Männer früher der ausgesprochene Günstling Isabella's war. Aber diese üppige Sinnlichkeit, welche im Bund mit ausschweifender Bigotterie nur noch häßlicher sich zeigte, brachte sie auf eine sehr abschüssige Bahn, und da sie auch hierin die Rücksichten auf den äußeren Anstand gänzlich bei Seite setzte, so gesellte sich zu dem Haß gegen ihr Regierungssystem noch die Verachtung ihrer eigenen Person. Sie wechselte vielfach mit ihren Günstlingen, zeigte sich immer weniger wählerisch und kam endlich an einen gewissen Marfori, der sich vom Choristen der italienischen Oper in Madrid zum Palastintendanten der Königin emporgeschwungen hat. Sie fand bald, daß er ihr unentbehrlich sei.

Unter solchen Umständen mußte es jedermann überraschend finden, daß Papst Pius IX. die von ihm geweihte goldene Rose der Königin Isabella überschickte. Im Jahre 1856 hatte Kaiserin Eugenie sie erhalten, und bis zum Jahre 1868 wurde niemand mehr dieser Ehre gewürdigt. In dem Begleitschreiben an Isabella

Digitized by Google

hieß es: „Wir wünschen Dir, geliebte Tochter, durch ein ewiges Zeichen unsre Liebe zu bezeigen für Deine dem heiligen Stuhle geleisteten Dienste und Deine großen Tugenden; die Rose ist mit Balsam und Muskat begossen, als Symbol des guten Geruches Christi, den alle, welche an der Spitze der Gesellschaft stehen, durch ihre Handlungen und Sitten ausströmen sollten." Man wußte nicht, über wen man mehr lächeln sollte, über Pius oder über Isabella.

Bei der Eröffnung der Kortes am 27. December 1867 nannte sie Napoleon III. ihren „Freund und Verbündeten", versicherte, daß sie bereit gewesen wäre, „außer ihrer moralischen Mitwirkung, die Hilfe ihrer Macht" zu leihen, um die weltliche Herrschaft des Papstes zu retten, und kündigte mehrere Gesetzentwürfe zur Befestigung der Reaktion und der kirchlichen Herrschaft über das Unterrichtswesen an. Allein die Revolution, einmal gegen sie entfesselt, ruhte nicht und wurde durch die Strenge ihres Systems noch mehr erbittert. Im März bildeten sich in Katalonien und Aragonien neue Banden, aus republikanischen und karlistischen Elementen zusammengesetzt, und verjagten die gegen sie ausgesandten königlichen Truppen. Isabella brauchte einen energischen Mann, um die Revolution nicht Herr werden zu lassen. Einen solchen hatte sie an dem Ministerpräsidenten Marschall Narvaez, Herzog von Valencia, welcher zu verschiedenen Zeiten an der Spitze des Ministeriums stand, aber durch seine reaktionäre Politik, welche sich das Napoleonische Regiment zum Vorbild nahm, selbst einen Theil der Konservativen sich entfremdete. Um nur eins anzuführen, im December 1866 ließ er eine Anzahl von Abgeordneten, darunter den Präsidenten der zweiten Kammer, wegen einer Adresse an die Königin nächtlich verhaften und nach den Colonien transportiren, ein Seitenstück zum 2. December 1851. Dieser Mann starb am 23. April. Der bisherige Minister des Innern, Gonzalez Bravo-Murillo, übernahm die Bildung des neuen Kabinets und kündigte am 24. April den Kortes an, „er werde die Politik Narvaez' fortsetzen, mit den Waffen werden sie die bewaffnete Revolution, mit den Gesetzen die unbewaffnete unterdrücken." Und mit was die Gesetze? möchte man fragen und erinnert sich dabei jenes Urtheils Baco's von Verulam, welcher von dem ersten Tudor, Heinrich VII. sagt, derselbe habe die Kunst verstanden, mit den Unterthanen durch

Digitized by Google

seine Gesetze, mit den Gesetzen durch seine Rechtsgelehrten fertig zu werden. Aber Gonzalez Bravo hatte eine weit schwierigere Stellung als Narvaez. Denn in Spanien ist man gewohnt, Generale an der Spitze des Kabinets, überhaupt als Träger der großen Politik zu sehen, nicht Advokaten und Schriftsteller wie in Frankreich. Es fehlte ihm also der nöthige Nimbus. Die Armee, welche in Spanien die Revolutionen macht, hatte keinen Respekt vor ihm, die Generale sahen voll Verachtung, Neid und Haß auf ihn und waren bei dem geringen Bildungsstand der Officiere sicher, dieselben nach Willkür für diese oder jene Politik begeistern zu können. Die Liberalen und Radikalen vereinigten sich, um gemeinschaftlich das Pfaffenregiment zu stürzen. Die Bewegung wuchs, gegen Ende Juli's hoffte man losschlagen zu können.

Gonzalez Bravo wollte zeigen, daß er auch mit Generalen fertig werden könne. Er ließ die hervorragendsten derselben, darunter Serrano und Dulce, am 7. Juli verhaften und am 12. Juli nach den kanarischen Inseln deportiren, außerdem ein paar hundert Officiere ausweisen und selbst dem Herzog von Montpensier, dessen Name den Revolutionären als Fahne dienen konnte, den Befehl zugehen, Spanien zu verlassen. Isabella selbst unterzeichnete den Ausweisungsbefehl, auf welchen hin ihre Schwester und ihr Schwager am 16. Juli in Cadiz sich einschifften und sich nach Lissabon begaben. Montpensier hatte sich stets sehr vorsichtig und als loyaler Unterthan seiner Frau Schwägerin benommen. Als er an Bord der spanischen Kriegsfregatte „Stadt Madrid" war und ihm der Kapitän des Schiffes anbot, den Generalkapitän von Andalusien, welcher die Infantin auf das Schiff geleitete, gefangen zu nehmen, nach den kanarischen Inseln zu segeln und die verbannten Generale zurückzuführen unter dem Rufe: „Montpensier und die Freiheit von Spanien!" wies er den Plan von sich und segelte nach Portugal. Aber trotz dieses schwunghaft betriebenen Exportes fühlte sich doch Isabella nicht mehr ganz sicher. Sie glaubte sich an ihren Freund und Verbündeten noch inniger anlehnen zu müssen und verabredete mit ihm eine Zusammenkunft auf den 18. und 19. September in den beiden Grenzorten Biarritz und San Sebastian. Napoleon hatte sich in neuerer Zeit auffallend freundlich gegen die ehemalige Souveränin seiner Gemahlin gezeigt. Ihre älteste Tochter Isabella, welche sich am 13. Mai

Digitized by Google

mit einem Bruder des Exkönigs von Neapel, mit dem Grafen Gaetan von Girgenti, vermählt hatte, hatte er nebst ihrem Gemahl am Tuilerienhof mit einer Auszeichnung empfangen, daß man in Italien schon für Neapel Besorgnisse hegte. Eine enge Allianz mit Isabella lag seinen Berechnungen nicht fern. Konnte ihm eine solche auch nicht gewähren, was er sich von einer Allianz mit der östreichisch-ungarischen Monarchie versprach, so brachte sie ihm doch einen Ausweg aus Rom. Sollte er den Krieg mit Deutschland beginnen, so konnte er seine Truppen, die den Papst beschützten, nicht entbehren. Und doch durfte er, wenn er es mit seinem Klerus, dessen Beistand er bei den Wahlen so dringend nöthig hatte, nicht verderben wollte, den Papst nicht ohne fremden Schutz lassen. Wer war nun geschickter, ihn für einen solchen Fall in Rom abzulösen als Isabella? Wie konnte sie ihren Dank für die goldene Rose besser bethätigen als dadurch, daß sie beim Abzug der Franzosen ein Truppencorps nach Rom schickte?

Die Ankunft der Majestäten war erfolgt. Isabella war mit ihrem ganzen Generalstab von Nonnen, Beichtvätern, Palastintendanten, Gemahl und Kindern und Ministern in San Sebastian angekommen, Napoleon mit der Kaiserin und seinem Sohne in Biarritz. Es war der 18. Sept. Man korrespondirte noch über die Art und Weise der Zusammenkunft. Da kam ein Telegramm und meldete, daß in Cadiz ein Aufstand ausgebrochen sei. Die verbannten Generale waren auf einem Handelsdampfer von den kanarischen Inseln zurückgekehrt, liefen am 18. Sept. im Hafen von Cadiz ein, worauf der Gegenadmiral Topete sich mit der ganzen Flotte an sie anschloß. General Prim, der Führer der Progressisten, hatte sich am 12. Sept. in England eingeschifft, landete am 17. in Gibraltar, traf dort mit den von den balnarischen Inseln abgeholten verbannten Generalen zusammen und begab sich mit diesen gleichfalls am 18. nach Cadiz. Hier wurden die Rollen ausgetheilt, um den Aufstand rasch nach allen Seeplätzen zu tragen und dann von allen Seiten gegen die Hauptstadt zu marschiren. In wenigen Tagen war ganz Andalusien für die Revolution gewonnen, Serrano kommandirte die Armee, welche gegen Madrid vorrückte, Prim hatte sich Katalonien und Barcelona, wo er viele Anhänger hatte, zum Schauplatz seiner Thätigkeit auserkoren. Von allen bedeutenden Städten waren zu Ende Septembers nur Madrid,

Digitized by Google

Barcelona und Valencia ruhig. Aber ihre Ruhe war eine so verdächtige, daß man annehmen mußte, sie sei von den Leitern der Bewegung anbefohlen. Wenigstens erließ das revolutionäre Comité in Madrid schon am 20. Sept. einen Aufruf, sich zum bevorstehenden Kampf bereit zu halten, fügte aber hinzu: „Wir werden Euch das Signal im geheimen und durch zuverläßige Freunde geben." Das gemeinschaftliche Programm lautete vorerst: Absetzung der bourbonischen Dynastie, Einsetzung einer provisorischen Regierung und Einberufung einer konstituirenden Versammlung, welche über das Schicksal der Monarchie entscheiden soll.

Dies waren schlechte Allianzaussichten. Sobald Napoleon das spanische Terrain nur ein wenig überschaut hatte, merkte er, daß hier nichts für ihn zu machen sei. Nun war nicht einmal mehr von einer öffentlichen Zusammenkunft die Rede, sondern heimlich in der Nacht soll Isabella in die Villa Eugenie nach Biarritz gekommen sein. Dort habe sie unter Thränen ihr Herz der mitfühlenden Kaiserin ausgeschüttet, diese habe wacker mitgeweint, nur Napoleon kein menschlich Rühren gezeigt und den beiden Damen gegenüber standhaft seine Position behauptet. Sie giengen ihn um eine bewaffnete Intervention an, konnten ihn aber zu nichts weiter bewegen, als daß er an der französischen Grenze strenge Maßregeln ergreifen und die in Perpignan sich aufhaltenden Spanier am 25. Sept. in die dortige Citadelle abführen ließ. Dagegen rieth er ihr, zu Gunsten ihres Sohnes abzudanken und dadurch der Revolution ihre Berechtigung zu entziehen. Da aber die Nonne Patrocinio, der Pater Claret und der Intendant Marfori dagegen waren und die Revolution bald zu bemeistern hofften, so machte sie von Napoleons Rath keinen Gebrauch. Sie war also auf ihre eigenen Streitkräfte angewiesen. Das Kabinet wurde gewechselt. Gonzalez Bravo dankte ab, übernahm für ein paar Tage wieder das Innere, begab sich aber bald in Sicherheit nach Bayonne. Ministerpräsident wurde am 22. Sept. Marschall Jose Concha, der Belagerungszustand proklamirt, dem Grafen Cheste der Oberbefehl in Katalonien, dem Marquis Novaliches in Andalusien übertragen. Der Letztere, an welchen sich Isabella's Schwiegersohn, der Graf von Girgenti, anschloß, befehligte die Armee, welche den vorrückenden Serrano zurückschlagen sollte. Bei Alcolea, in der Nähe von Cordova, kam es am 28. Sept. zum Treffen, Novaliches

Digitized by Google

wurde geschlagen und schwer verwundet, Graf Girgenti gefangen, aber entlassen. Nun verlangte Concha die Abdankung der Königin zu Gunsten des Prinzen von Asturien und die sofortige Einsetzung einer Regentschaft. Aber Isabella wollte auch jetzt nichts davon wissen, nahm seine Entlassung und übertrug dem Grafen Cheste, einem fanatischen Reaktionär, die oberste Leitung. Es gab nicht mehr viel zu leiten. In Madrid trat nach dem Treffen von Alcolea Militär und Volk am 29. Sept. zur Revolution über und eine provisorische Junta wurde eingesetzt; Barcelona entschied sich am 30. Sept. und zwang den Grafen Cheste zum Abzug. Am 3. Okt. hielt Serrano an der Spitze seiner siegreichen Armee, am 7. Oktober General Prim seinen Einzug in Madrid. Beide wurden vom Volk mit ungeheurem Enthusiasmus empfangen. Es folgten Feste und Festzüge, Proklamationen und andere Kundgebungen, wie sie mit diesem Aufwand von äußerer Schaustellung nur eine südliche Bevölkerung Wochen lang aushalten kann. Die Quintessenz aller Reden und Programme war die Souveränetät des spanischen Volkes, die Absetzung der Isabella von Bourbon und die Erklärung, daß alle Bourbonen unfähig seien, je wieder den Thron von Spanien zu besteigen. In den Ruf: „nieder mit den Bourbonen!“ mischte sich sehr häufig der andere: „nieder mit den Jesuiten! nieder mit dem Konkordat! nieder mit den Tyrannen Roms! es lebe das freie Rom!“ In mehreren Städten, wie in Barcelona, wurden die Jesuiten sofort aus der Stadt gewiesen.

Die Nachrichten, welche am 29. Sept. von allen Seiten einliefen, der Sieg der Revolution in Madrid, in Barcelona, in allen Städten Spaniens, mußten der Königin sagen, daß ein längeres Bleiben auf spanischem Boden nicht mehr räthlich sei. Sie war lange schwankend, bestellte dreimal den Eisenbahnwagen, um nach Madrid abzureisen, und kehrte dreimal auf dem Bahnhof wieder um. Mehrere Personen, darunter auch Concha, hatten ihr vor dem Gefecht von Alcolea gerathen, sich nach Madrid zu begeben, aber ohne Marfori mitzunehmen. Sobald sie davon hörte, gieng ihre Niedergeschlagenheit in heftigen Zorn über. Der als Finanzmann bekannte Salamanca gab ihr in San Sebastian den Rath, mit dem König und ihren Kindern nach Madrid zurückzukehren, aber sola (allein). „Wie? sola?“ erwiderte die Königin. „Ja,“ sagte jener. „Ich verstehe dich nicht, was will das heißen, sola?“

Digitized by Google

versetzte Isabella. „Allein, ohne Ihren Intendanten" antwortete Salamanca. Bei diesen Worten stürzte die Königin auf ihn zu, faßte ihn am Oberrock, schüttelte ihn, überhäufte ihn mit Schimpfwörtern und rief aus: „Ohne ihn reisen? sola? Elender! ohne ihn reisen? Niemals!" Sie gieng lieber in die Verbannung, opferte die Zukunft ihres ganzen Hauses, als daß sie einem Menschen den Abschied gab, dessen schamloses Benehmen alle Welt verdammen mußte. Bei dieser Gelegenheit erinnerte ein englisches Blatt „Daily Telegraph" daran, daß die zwischen den Stuart's und den Bourbonen gezogene Parallele sogar noch auf die letzten Regierungstage Isabella's passe. „Als Karl Eduard, der Enkel König Jakobs II., noch in Schottland war, hatte er eine Mätresse, Namens Mary Shan, welche er sich später nach Frankreich nachkommen ließ, wo sie bald einen ungemessenen und unheilvollen Einfluß auf ihn ausübte. In gerechter Besorgniß sandten seine englischen Freunde einen ihrer besten Männer zu ihm, um ihn zur Lösung eines Verhältnisses zu bewegen, das allen ehrlichen Anhängern seines Hauses ein Greuel war. Karl war nicht zu bewegen, von seiner Mätresse sich zu trennen, worüber der Abgesandte beim Abschied in die Worte ausbrach: „Was hat Ihre Familie verschuldet, daß sie in allen ihren Zweigen durch so viele Geschlechter schon von der Rache Gottes heimgesucht wird?" Bei seiner Rückkehr nach London berichtete er, wie er den Prinzen gefunden, worauf dessen tüchtigste Anhänger beschloßen, „nicht länger einem Menschen zu dienen, der sich selbst nicht dienen und lieber das Leben seiner treuesten Freunde aufs Spiel setzen, als sich von einem unwürdigen Weibe trennen wolle." So handelte der letzte Stuart, so die letzte Bourbon. Am 30. Sept. entschloß sie sich zur Abreise. Mit einem Extrazug fuhr sie über die Bidassoabrücke, hatte auf dem Bahnhof von Negresse eine Zusammenkunft von 20 Minuten mit der kaiserlichen Familie und fuhr dann weiter nach dem Schlosse Pau, das ihr Napoleon einstweilen als Aufenthaltsort angeboten hatte. Sie vertauschte es bald mit Paris, wo sie am 6. November ankam und ein Hotel sich mietete. Gleich nach ihrer Ankunft in Pau erließ sie eine Protestation gegen die Revolution, welche „die Familie beunruhige, die Heiligkeit des häuslichen Herdes zerstöre, die Tugend und die Vaterlandsliebe tödte." In Paris war man durchaus

Digitized by Google

durchaus nicht damit einverstanden, daß sie in diesem Protest von dem „erhabenen Verbündeten" sprach, in dessen Staaten sie die nöthige Sicherheit suche.

Kaum eine andere Revolution war so heiter und glatt abgelaufen. Die Schwierigkeiten begannen jetzt erst. Hatten sich zur Vertreibung Isabella's alle Parteien vereinigt, so war vorauszusehen, daß diese wieder auseinander gehen, sich vielleicht sogar bekämpfen würden, wenn es sich um die Einsetzung der neuen definitiven Regierungsform handle. Man mußte sich darauf gefaßt machen, daß Karlisten und Isabellisten, Republikaner und Demokraten, Progressisten und Liberale als besondere Parteien auftreten und als solche den Staat für ihre besondere Interessen ausbeuten werden. Den Tag nach der Ankunft Prim's und Topete's in Madrid, am 8. Oktober, fand die Bildung des Ministeriums statt, das heißt, der provisorischen Regierung, welche bis zum Zusammentritt der souveränen Kortes die Geschäfte führen sollte. Die provisorische Regierungsjunta von Madrid, welche aus den Wahlen vom 1. Okt. hervorgegangen war, hatte durch ein Dekret vom 3. Okt. dem Marschall Serrano die Bildung dieses Ministeriums übertragen. Serrano wurde Ministerpräsident, Prim übernahm das Kriegswesen, Topete die Marine; die übrigen Minister gehörten, wie Serrano und Topete, der liberalen Union, oder, wie Prim, den Progressisten, oder der demokratischen Partei an. Prim wurde wegen seiner dem Vaterlande geleisteten Dienste durch ein Dekret der provisorischen Regierung vom 7. November zum Generalkapitän der Armee ernannt. Am 20. Oktober erschien ein Manifest der Regierung an das Ausland in Form eines diplomatischen Rundschreibens und zugleich ein anderes an das spanische Volk. Mit dieser gesetzlichen Regierung vertrug sich die Existenz der Madrider revolutionären Junta und der Provincialjunten nicht, daher sich jene am 20. Okt. von selbst auflöste, diese theils freiwillig, theils auf ein Dekret der Regierung hin ihrem Beispiel folgten. Der Jesuitenorden wurde durch Dekret vom 13. Okt. aufgehoben und befohlen, daß binnen drei Tage alle seine Seminarien und Kollegien zu schließen seien, eine Menge von Klöstern aufgehoben, Glaubensfreiheit verkündigt, in der Stadt Mahon auf der Insel Minorka die erste protestantische Kirche eröffnet, in Barcelona und Madrid protestantischer Gottesdienst gehalten, und ein Wahlgesetz für die

Digitized by Google

konstituirenden Kortes am 10. November verkündigt, wonach alle Spanier, die 25 Jahre alt sind, mit Ausnahme der der bürgerlichen Rechte Beraubten und zu Leibesstrafen Verurtheilten, Wähler sein, je auf 45,000 Einwohner ein Abgeordneter kommen und die Gesamtzahl derselben 350 betragen sollte. Die definitive Regelung des Staates wurde den Kortes überlassen, deren Wahl auf den 15. Januar und die folgenden Tage, deren Einberufung auf den 18. Februar bestimmt wurde. Sie sollten dem Staate eine neue Verfassung geben und entscheiden, ob die Staatsform eine monarchische oder eine republikanische sein solle. Alles Interesse koncentrirte sich daher in dieser Entscheidung, und wenn auch anzunehmen war, daß die monarchischen Parteien die Majorität in den Kortes erhalten werden, so zeigte sich doch schon bei den im December vorgenommenen Gemeinderathswahlen, daß die Republikaner, deren Führer Orense und Castelar sind, in mehreren Provinzen sehr stark vertreten seien. Republikanische Kundgebungen fanden hauptsächlich und in namhafter Weise in Barcelona, Saragossa, Sevilla und Malaga statt. Der Herd derselben war Andalusien, wo es in einigen Städten, besonders in Cadiz und dem gegenüberliegenden Puerto Santa Maria zu blutigen Aufständen kam, welche von dem Kommandanten der andalusischen Armee, Caballero de Rodas, mit Energie unterdrückt wurden. Cadiz ergab sich am 13. December. Republikaner und Reaktionäre hatten sich hier verbunden, auch den Beistand von 700 befreiten Bagnogefangenen nicht verschmäht. Die Ursachen des Aufstandes lagen theils darin, daß nach einem Dekret vom 17. November das Institut der sogenannten Freiwilligen der Freiheit reorganisirt, das heißt, der Volksmasse die Waffen wieder genommen werden sollten, die man in der ersten Siegesfreude ihr unklug genug in die Hand gegeben hatte, theils darin, daß die Nationalwerkstätten, welche, wie in Paris im Jahr 1848, an allen Orten errichtet wurden, um dem Volke Arbeit und Brot zu verschaffen, geschlossen wurden, wodurch viele Tausende dem Hunger preisgegeben wurden. Aber die Regierung konnte nicht anders; denn weder sie noch die Gemeinden hatten Geldmittel. Der Finanzminister verlangte ein Anlehen von 2 Milliarden Realen (1 Real = $2^1/_2$ Silbergroschen), das in Revolutionszeiten weder im Inland noch im Ausland so schnell aufzutreiben war. Eine andere Verlegenheit für die Regierung war der Aufstand in Cuba,

Digitized by Google

welcher eine Lostrennung von Spanien und Errichtung einer Republik zum Zweck hatte, bald aber in einen Raubkrieg ausartete. Die Regierung schickte einige tausend Mann unter dem General Dulce dahin, und dieser scheint über die bewaffneten Banden Herr zu werden.

An Thronkandidaten, welche theils vorgeschlagen wurden, theils selbst sich vorschlugen, fehlte es nicht. Am meisten wurden genannt: Espartero, Don Fernando und sein Sohn, der König von Portugal, Montpensier und der Herzog von Aosta, zweiter Sohn Viktor Emanuels. Für den 76jährigen kinderlosen Espartero, welcher während der Minderjährigkeit Isabella's Regent von Spanien gewesen war (1841—1843), sind die Republikaner, im Gedanken, zuerst einen König mit republikanischen Einrichtungen, dann nach seinem Tode republikanische Einrichtungen ohne einen König anzunehmen. Aber der Alte hat keine Lust, sich noch eine solche Bürde aufzuladen. Die portugiesische Königsfamilie hat die Stimme derjenigen, welche die Herstellung einer iberischen Union beabsichtigen, wogegen ganz Portugal protestirt. Der Herzog von Aosta ist eine in Spanien ganz unbekannte Persönlichkeit. Am meisten Aussichten scheint Montpensier zu haben, obgleich seine Gemahlin Isabella's Schwester ist. Aber nicht die Gemahlin würde man auf den Thron erheben, sondern Montpensier, was denn doch ein Unterschied ist. Für diese Kandidatur sind Serrano und Topete mit ihrer ganzen Partei; gegen sie ist hauptsächlich Napoleon, welcher in den Orleans seine Todtengräber sieht und sie daher auch nicht zu Nachbarn haben will. Am liebsten wäre ihm Isabella's Abdankung und die Erhebung des Prinzen von Asturien. Ein sehr feuriger Liebhaber des spanischen Thrones ist der Infant Don Karlos, ein Enkel des im Jahr 1839 von Espartero bezwungenen und ins Exil vertriebenen Don Karlos. Am 3. Oktober überraschte er die europäischen Souveräne mit einem Briefe, worin er ihnen mittheilte, daß sein Vater Don Juan zu seinen Gunsten abgedankt und all seine Rechte auf die Krone Spaniens ihm übertragen habe. Das Seltsame ist nur das, daß der nämliche Vater Don Juan früher seine Thronrechte an Isabella verkauft hat. Es ist etwas Eigenthümliches um diesen Namen Don Juan!

Den bedeutendsten Einfluß hatte die spanische Revolution auf den Nachbarstaat Frankreich. Für Deutschland bildete sie eine Art

Digitized by Google

Ableiter. Während vorher die französischen Journale nichts anderes zu thun wußten, als Deklamationen gegen Preußen und die deutsche Einheit zu halten, und der Constitutionnel, das autorisirteste aller officiösen Blätter, am 7. Sept. geradezu erklärte, daß eine Ueberschreitung des Prager Friedens, das heißt, der Mainlinie den Kriegsfall bedeute, verstummten vom 18. Sept. an auf einige Zeit all diese chauvinistischen Stimmen und zeigten nur noch für Spanien Interesse. Für Napoleon war dieser Tag ein neuer Schlag. Er mußte es als eine persönliche Niederlage empfinden, daß der 18. Sept. störend zwischen das französisch-spanische Bündniß trat. Der Glaube an seinen politischen Instinkt, an seine feine Staatskunst erlitt einen neuen Stoß. Man merkte dies an den heftigen Angriffen, welche sein persönliches Regiment von verschiedenen Seiten erfuhr. Der Schriftsteller Rochefort verfolgte ihn in seiner „Laterne" mit beißendem Witz. Die Ungeschicklichkeit des Ministers des Innern, Pinard, machte ihm neue Widerwärtigkeiten. Die Kundgebungen, welche am 2. November, am Allerheiligentag, auf dem Kirchhof Montmartre an den Gräbern Cavaignac's und Baudin's stattfanden, und die Erklärung einiger Journale, daß sie Beiträge zur Errichtung eines Denkmals für Baudin annehmen, wofür sie sofort die Zeichnungslisten veröffentlichten, nahm der Minister sehr ernsthaft. Dieser Baudin war Abgeordneter der Nationalversammlung und fiel am 3. December 1851 auf der Barrikade rue de Faubourg St. Antoine im Kampf mit den Truppen Napoleons. Die Verherrlichung dieses Opfers des Staatsstreichs hielt der Minister für eine Beleidigung des Helden des Staatsstreichs, die Zeichnung für verfassungswidrig, weil das allgemeine Stimmrecht den Urheber des Staatsstreichs für unschuldig erklärt habe. Er verfolgte unnachsichtlich die Blätter, welche Zeichnungslisten brachten, und verwies die auf dem Kirchhof Verhafteten vor das Zuchtpolizeigericht, das sie am 14. November zu Gefängniß- und Geldstrafen verurtheilte. Aber der Advokat Gambetta, welcher einen der Angeklagten vertheidigte, griff bei dieser Gelegenheit das kaiserliche Regiment aufs schonungsloseste an. Auf den 2. December zurückgreifend, gieng er auf den Kern der Anklage ein, auf die Frage, ob die Regierung je einmal das Recht habe, unter dem Vorwand des öffentlichen Wohles die Gesetze zu verletzen und diejenigen, welche dieselben mit Gefahr ihres Lebens vertheidigen, als

Digitized by Google

Verbrecher zu behandeln. „Ist es nicht genug," rief er aus, „daß man die Republikaner aus der Republik vertreibt, will man sie auch aus der menschlichen Natur verjagen? Sie wissen, was am 2. December geschehen, Sie wissen, welche Störung dieser Akt in das Gewissen des Landes gebracht. Um jene Zeit bemächtigte sich Frankreichs ein unbedeutender Mensch ohne Halt mit Hilfe von Leuten, von denen man wiederholen kann, was Sallust von dem Schwarme sagt, welcher Katilina umgab, was Cäsar selbst von seinen Mitschuldigen wiederholt: der Auswurf der Bevölkerung. Die Anklage will nichts weniger als Ihnen das Urtheil entreißen, daß der 2. December eine sittliche That, und daß die Männer, die auf den Barrikaden gefallen, mit Recht getroffen worden seien. Dieser Prozeß des 2. December wird unaufhörlich plädirt werden, bis das allgemeine Rechtsbewußtsein seine äußerste Genugthuung bekommen haben wird."

Weitere Kundgebungen am Grabe Baudin's waren am Jahrestage seines Todes, am 3. December, zu erwarten. Minister Pinard traf die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln. Die Zugänge zu dem Kirchhof Montmartre waren von der Polizei besetzt, von Vormittags 10 Uhr an wurde niemand mehr in denselben eingelassen, selbst ein Leichenzug abgewiesen, in den nächsten Straßen jede auch noch so kleine Gruppe von Sprechenden mit der gewöhnlichen Brutalität auseinander getrieben, das Militär stand vollständig bereit zum Losschlagen, der Mann hatte für 5 Tage Sold erhalten; die ganze Besatzung von Paris und der Umgegend war konsignirt, in Vincennes standen 12 Batterien bereit, sogar in Chalons mußten die Truppen gerüstet sein und jeder Infanterist 40 Patronen haben, so daß die Officiere nicht anders glaubten, als es gehe an den Rhein. All diesen Militäraufwand machte dieses so stolz sich aufblähende zweite Kaiserreich aus Furcht vor einem Grabe. 62 Leute wurden verhaftet; sie standen in einem so jugendlichen Alter, daß man sie größtentheils sofort wieder entlassen mußte. Mit dieser großartigen Kundgebung der Regierung, welche an der Stelle der Volkskundgebung in Scene gesetzt war, hatte der Minister sich und das Kabinet allzusehr bloßgestellt. Seine Tage waren gezählt. Anders als Gambetta faßte Paul Cassagnac den 2. December auf. Er schrieb in seinem „Pays": „Kalter, regnerischer Tag des 2. December! wir grüßen dich und verherrlichen dich. Du warst das glänzende

Digitized by Google

Erwachen unsres Landes, die Auferstehung Frankreichs. Der Mann des 2. December hat uns zur Herrscherin eine Frau gegeben, welche der heilige Ludwig als seine Mutter anerkannt hätte, und welche Ludwig XVI. eingeladen hätte, das Schaffot mit ihm zu theilen. Frankreich ist glücklich, wie es nie gewesen."

Die erwartete Ministerveränderung ließ nicht lange auf sich warten. Durch Dekret vom 17. December wurde Pinard entlassen und an seine Stelle Forcade de la Roquette Minister des Innern, der Minister des Auswärtigen, Marquis von Moustier, zum Senator ernannt und Marquis von Lavalette mit seinem Ministerium betraut. Diese Wahl wurde allgemein als eine für den Frieden und für Deutschland günstige bezeichnet. Denn Lavalette war es, welcher im Jahre 1866, wo er die auswärtigen Angelegenheiten kurze Zeit leitete, in einem Rundschreiben vom 16. Sept. die Neugestaltung Deutschlands officiell anerkannte. Es heißt darin: „Das vergrößerte Preußen sichert die Unabhängigkeit Deutschlands. Frankreich darf daran keinen Anstoß nehmen, kann nicht das Werk der Assimilation, das sich eben vollzieht, bekämpfen oder bedauern und die Principien der Nationalität, welche es repräsentirt und den Völkern gegenüber bekennt, eifersüchtigen Gefühlen unterordnen. Wenn das nationale Gefühl Deutschlands befriedigt ist, wird seine Unruhe sich zerstreuen, seine Feindseligkeit erlöschen. Indem es Frankreich nachahmt, thut es einen Schritt, der es uns näher bringt, nicht von uns entfernt. Die Staatskunst muß sich über die engen und kleinlichen Vorurtheile eines früheren Zeitalters erheben. Der Kaiser glaubt nicht, daß die Größe eines Landes von der Schwächung seiner Nachbarn abhängt; er sieht ein wahrhaftiges Gleichgewicht nur in den befriedigten Wünschen der Nationen Europa's." Wenn der Kaiser mit diesem Rundschreiben wirklich einverstanden ist, so hat es mit dem Kriegsgeschrei seiner Pascha's gute Wege. Der nächste Grund dieser Ministerveränderung lag übrigens in dem griechisch-türkischen Konflikt. Moustier, welcher viele Sympathien für die Türkei hatte, war für die Vorstellungen des östreichischen Kabinets sehr zugänglich und wollte im Bund mit diesem gleich beim Beginn des Streites gegen Griechenland mit Energie einschreiten, während der Kaiser alles Aufsehen, alle Ueberstürzungen vermeiden wollte. Moustier war schon zu weit vorgegangen und wurde daher mitten in der griechisch-türkischen Krisis entlassen.

Digitized by Google

Es handelte sich bei dieser Krisis immer noch, wie schon seit 3 Jahren, um Kandia (Kreta). Trotz der Versprechungen des Großveziers Ali Pascha, welcher sich persönlich nach der Insel begab und den Aufständischen vollständige Amnestie, Gleichstellung mit der türkischen Bevölkerung und Steuernachlaß auf 10 Jahre anbot, blieben die Kandioten bei ihrem ursprünglichen Verlangen der Losreißung von der Türkei und Vereinigung mit Griechenland. Von letzterem Lande, wo man immer noch an der „großen Idee," an der Wiederherstellung eines byzantinischen Reiches, festhielt, bekamen sie fortwährend Zuzug an Freiwilligen, Schießbedarf und Lebensmittel. Die Küste von Kandia war zwar von türkischen Schiffen blokirt, aber dem griechischen Schiffe Enosis war es schon 15mal gelungen, diese Blokade zu durchbrechen. Als dem griechischen König Georg, welcher mit einer russischen Prinzessin vermählt ist, am 2. August ein Sohn geboren wurde, ein Ereigniß, das sich seit den Zeiten des Königs Kodrus (1068 v. Chr.) in Athen nicht mehr zugetragen hat, und als vollends bekannt wurde, daß der künftige Thronerbe Konstantin heiße, da war es den Griechen klar, daß Konstantinopel nicht mehr lange in den Händen der Türken sein werde. Der Aufstand in Kandia war im Oktober seinem Erlöschen nahe, die Aufständischen waren erschöpft, die griechische Hilfe konnte ihnen nicht mehr viel helfen. Da erklärte in den ersten Tagen des November der griechische Minister des Auswärtigen, Delyannis, auf eine an ihn gerichtete Interpellation, die Politik der griechischen Regiegierung mit Bezug auf Kandia sei stets die Annexion gewesen und werde es stets sein. Auf diese sehr undiplomatische Aeußerung folgte die Expedition des alten Mainotenhäuptlings Petropulaki, welcher sich am 20. November auf der Enosis einschiffte und mit etwa 900 seiner kriegs- und abenteuerlustigen Landsleute nach Kandia begab. Die Freiwilligen zogen mit fliegenden Fahnen unter den Fenstern der türkischen Gesandtschaft in Athen vorüber. Nach dreijähriger Langmuth raffte sich der Türke endlich auf und zeigte eine in neuerer Zeit selten gesehene Thatkraft. Ob er hierin der eigenen Eingebung folgte oder von jener Macht beeinflußt wurde, die in diesem Jahre eine so hartnäckige Neigung zu orientalischen Studien an den Tag gelegt hat, ist nicht genau konstatirt. Wie Bratiano ein an die Donau gesetzter preußischer Korporal genannt wurde, so konnte ja auch von einem an den Ilissus gesetzten Ko-

Digitized by Google

saken gesprochen werden. Zwischen Delyannis und dem türkischen Gesandten in Athen, Photiadis-Bey, wurden zu Anfang Decembers verschiedene Noten ausgetauscht, und als die Vorstellungen des letzteren nicht beachtet wurden, so übergab er am 12. December im Auftrag seiner Regierung das türkische Ultimatum vom 10. mit fünftägiger Frist, worin folgende Forderungen aufgestellt wurden: Zerstreuung der bestehenden und Verhinderung der Bildung neuer Banden, Entwaffnung der Korsarenschiffe oder Ausschließung derselben aus den griechischen Häfen, Gestattung der Einschiffung der ausgewanderten kandiotischen Familien, Entschädigung der Familien der ermordeten türkischen Officiere und Versprechen eines mit den bestehenden Verträgen und dem Völkerrecht im Einklang stehenden Verfahrens. Sollte dieses Ultimatum von der griechischen Regierung abgelehnt werden, so drohte die Pforte mit sofortigem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, mit Ausweisung aller griechischen Unterthanen aus der Türkei innerhalb 14 Tage (in Konstantinopel allein lebten 30,000 Griechen) und mit Ausschließung der griechischen Schiffe aus den türkischen Häfen. Die griechische Regierung verwarf am 16. December das Ultimatum, worauf ihrem Gesandten in Konstantinopel seine Pässe zugestellt wurden und Photiadis-Bey von Athen abreiste. Der Dampfer Enosis wurde bei seiner Rückkehr von Kandia von der türkischen Flotte, an deren Spitze der Admiral Hobbart Pascha stand, scharf verfolgt und rettete sich am 14. December in den Hafen von Syra. Der Hafen wurde von den Türken blokirt, und man mußte hier des Ausbruchs der Feindseligkeiten jeden Tag gewärtig sein. Beide Mächte rüsteten sich, so gut es bei dem Mangel an Geld möglich war. Die Gesandten der auswärtigen Mächte suchten zu beschwichtigen und die Pforte wenigstens zu einem Aufschub der gegen die griechischen Unterthanen und Schiffe beschlossenen Maßregeln zu bereden, wozu sich diese um so eher verstand, als ihr ganzer Küstenhandel sich in griechischen Händen befand und die Versorgung Konstantinopels in ernstliche Gefahr gerathen konnte.

Preußen gebührt das Verdienst, die total verfahrene Sache wieder in das rechte Geleise gelenkt zu haben. Nach einer Depesche des Grafen Bismarck vom 19. December schlug der preußische Geschäftsträger in Paris, Graf Solms, dem Marquis von Lavalette die Berufung der Unterzeichner des Pariser Friedens zu

Digitized by Google

einer Specialkonferenz vor. Alle Mächte waren damit einverstanden. Die Konferenz begann am 9. Januar in Paris unter dem Vorsitz Lavalette's und äußerte zunächst den Wunsch, daß der Status quo aufrecht erhalten und von der Türkei und von Griechenland alle Feindseligkeiten vermieden würden. Der griechische Gesandte in Paris, Rangabe, nahm nur an der ersten Sitzung theil, weil er nur mit berathender, der türkische Gesandte mit beschließender Stimme zugelassen wurde. Gegen diese Unbilligkeit, in welche Preußen und Rußland nur einwilligten, um das Friedenswerk nicht zu stören, protestirte er mit vollem Recht und hielt sich fern von allen weiteren Sitzungen. Die Konferenz unterzeichnete am 20. Januar eine Erklärung, in welche die drei ersten Punkte des türkischen Ultimatums aufgenommen waren, und lud durch einen besonderen Abgesandten, den Grafen Walewski, Griechenland ein, den von ihr einstimmig angenommenen Grundsätzen beizutreten. Dieser kam am 28. Januar in Athen an, worauf der französische Gesandte Baude sogleich die Erklärung der Konferenz übergab. Der König, vom Kaiser Alexander von Rußland durch einen eigenhändigen Brief zur Annahme dringend aufgefordert, nahm die Entlassung des Ministeriums Bulgaris am 2. Februar an und berief am 6. Febr. das Ministerium Zaimis, welches alsbald das Konferenzprotokoll annahm, ein Gutachten über die Rechte Griechenlands seinem Antwortschreiben beischloß und in einer Proklamation vom 6. Febr. dem griechischen Volke die Gründe seines Verfahrens auseinandersetzte. Die Zukunft Griechenlands sei durch die Annahme des Protokolls nicht gebunden, seine Hoffnungen nicht durchkreuzt. Sobald die griechische Antwort in Paris eintraf, fand am 17. Febr. die Schlußsitzung der Konferenz statt, worin ausdrücklich ausgesprochen wurde, daß der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Pforte und Griechenland entgegengesehen werde. Ob dadurch der Friede auch nur auf einige Zeit gesichert ist, ist freilich eine andere Frage. Sie könnte nur dann bejaht werden, wenn das oben angeführte Programm des Sultans aufs strengste durchgeführt und den nach Kandia zurückkehrenden Christen die Möglichkeit gegeben würde, ruhig und sicher leben zu können. Und auch dann bliebe noch die Frage der Nationalitäten übrig. Es ist nicht einzusehen, warum den hellenischen Stämmen das verwehrt sein sollte, was den Italienern gestattet worden ist unter theilweiser

Digitized by Google

Beihilfe Frankreichs und vollständiger Billigung Englands. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Diese Ansicht hat in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine starke Vertretung. Admiral Farragut, welcher mit einem amerikanischen Geschwader eine vieles Aufsehen erregende Rundreise im Mittelmeer machte, verhehlte seine Sympathien für die Kandioten nicht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß, wenn es zu einem großen orientalischen Zusammenstoß gekommen wäre, die Union den ruhigen Zuschauer gemacht hätte, zumal jetzt, wo die Johnson'schen Händel endlich beendigt sind. Dieselben nahmen das volle Jahr für sich in Anspruch. Man hatte vor den Veto des Präsidenten keine Ruhe. Kaum hatte zu Ende des Jahres 1867 der Kongreß den Antrag, Johnson in Anklagestand zu versetzen, verworfen, so gab letzterer Anlaß zu einem neuen Streit. Der vom Präsidenten am 12. August 1867 abgesetzte Kriegssekretär Stanton wurde vom Senat mit 35 gegen 6 Stimmen am 14. Januar wieder in sein Amt eingesetzt. Sofort übergab General Grant diesem die Schlüssel zu dem Kriegsbureau und zeigte dem Präsidenten an, daß mit der ihm zugegangenen officiellen Mittheilung über den Senatsbeschluß seine zeitweilige Leitung des Kriegsministeriums beendet sei. Darauf setzte Präsident Johnson den Kriegsminister Stanton aufs neue ab und übertrug seinen Posten dem General Thomas. Stanton ließ sich dadurch nicht irre machen und veranlaßte die zeitweilige Verhaftung des Generals Thomas, da dieser mit gewaltsamer Besitzergreifung des Kriegsministeriums drohte. Zugleich erklärte der Senat die abermalige Absetzung Stantons für ungesetzlich, und im Abgeordnetenhaus wurde ein Antrag auf Versetzung Johnson's in Anklagestand gestellt. Der Antrag kam am 22. Februar zur Debatte und wurde nach dreitägiger Berathung am 24. Februar mit 126 gegen 46 Stimmen angenommen. Zwölf Anklageartikel gegen den Präsidenten wurden am 4. März vom Abgeordnetenhaus dem Senat übergeben, und dieser konstituirte sich sofort am 5. März zum Zweck des Prozesses als oberster Gerichtshof unter dem Vorsitz des Oberrichters Chase. Am 6. März erließ der Senat eine Vorladung an den Präsidenten auf den 13. März. Nach Abmachung einiger Förmlichkeiten begannen die Debatten am 30. März. Sie schleppten sich in endlosen Verhandlungen hin. Der 16. Mai war der entscheidende Tag. Bei

Digitized by Google

der Abstimmung sprachen von 54 Senatoren 35 ein Schuldig, 19 ein Nichtschuldig aus. Da zur Verurtheilung des Präsidenten eine Zweidrittelsmehrheit gehört und zu dieser 1 Stimme fehlte, so war der Präsident freigesprochen und hatte nun die Gewißheit, bis zum 4. März 1869 im Amte bleiben zu können. Unter den 19 freisprechenden Stimmen waren 7 republikanische; man sprach daher viel von Bestechung, und das Abgeordnetenhaus beschloß eine Untersuchung anstellen zu lassen. Doch kam, wie vorauszusehen war, nichts dabei heraus.

Die republikanische Partei gieng in der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung ruhig weiter. Sie setzte den Beschluß durch, die Staaten Georgia, Nord- und Süd-Karolina, Alabama und Luisiana im Kongreß unter der Bedingung zuzulassen, daß sie sich den republikanischen Grundsätzen anschließen. Das Veto des Präsidenten wurde nicht beachtet. Mit wenigen Ausnahmen sind nun die Rebellenstaaten wieder vollberechtigt in die Union aufgenommen. Der Aufforderung, die große Schuldenlast durch Besteuerung der Staatsgläubiger etwas zu vermindern, hat der Kongreß bis jetzt mit mehr Muth als der östreichische Reichstag widerstanden. In seiner letzten Botschaft an den Kongreß, welche am 9. December überreicht wurde und neue Unzufriedenheit erregte, sprach auch Präsident Johnson von einer Herabsetzung des Zinsfußes. Während dieser Kongreßkämpfe dauerte der diplomatische Streit mit England wegen der Alabama-Angelegenheit und der blutige mit den Indianern fort. Jener scheint trotz der Thätigkeit des redseligen amerikanischen Gesandten Johnson in London nicht so bald beigelegt zu werden, da die Union es England nie verzeihen kann, daß dieses den Rebellen bei Ausrüstung des Korsarenschiffes Alabama und bei anderen Gelegenheiten Vorschub geleistet und sich so auf die Seite der Gegner gestellt hat. Diese Beleidigung kann nur durch eine Demüthigung Englands (und eine freiwillige ist nicht denkbar) ausgeglichen werden. Der Kampf mit den freien Indianerstämmen nahm, nachdem die Verhandlungen über die Einschränkung derselben auf ein bestimmtes Gebiet sich zerschlagen hatten, einen neuen Aufschwung. In Kansas sind Raub und Mord an der Tagesordnung. Die Sache wurde dadurch noch unheimlicher, daß die Indianer die nach dem Süden abzweigenden Eisenbahnzüge überfielen und gegen die Reisenden mit bestialischer Grausamkeit verfuhren. Ohne einen mit

Digitized by Google

aller Energie ausgeführten Feldzug wird die Union hier nicht Meister werden. Mit dem Wechsel in der Präsidentschaft wird es auch hier anders kommen. Die Wahl gieng am 3. November vor sich und hatte das Ergebniß, daß mit 206 Stimmen Grant zum Präsidenten, Colfax zum Vicepräsidenten der Union für die nächsten 4 Jahre (vom 4. März 1869 an gerechnet) gewählt wurde, während die demokratischen Kandidaten Seymour und Blair nur 88 Stimmen erhielten. Für jene hatten 25 Staaten, für diese nur 8 gestimmt. Außer den Staaten Texas, Mississippi und Ostvirginien, welche durch das vom Kongreß erlassene Wahlgesetz ausgeschlossen waren, haben alle Staaten mitgestimmt. Die republikanische Partei hatte eine Mehrheit zusammengebracht, wie sie kaum bei irgend einer Präsidentenwahl erreicht worden ist. Die je am ersten Dienstag des Novembers vorzunehmende Wahl ist nicht eine direkte, sondern es handelt sich hier, wie bei den Wahlen zum preußischen Landtag, um die Urwahlen zur Zusammensetzung des Kollegiums, welches die eigentliche Präsidentenwahl vornimmt. Aber eben auf die Zusammensetzung dieses Kollegiums kommt bei der definitiven Wahl alles an. Nachdem das Wahlkollegium aus jedem Staat seine Stimmen nach Washington berichtet hat, wird dort in Gegenwart beider Häuser die Zählung vorgenommen. Dieses Geschäft dauert bis Februar, worauf das Ergebniß öffentlich bekannt gemacht und der Präsident am 4. März auf sein Amt vereidigt wird. Präsident Grant ist am 27. April 1822 im Staat Ohio von Eltern schottischer Abkunft geboren, war zuerst Militär, dann Farmer, betrieb kurze Zeit mit seinem Vater einen Lederhandel und wurde im Jahre 1861 Oberst eines Freiwilligen-Regiments. Von da an spielte er eine hervorragende Rolle in dem amerikanischen Kriege. Präsident Lincoln ernannte ihn am 1. März 1864 auf Antrag des Abgeordnetenhauses zum Generallieutenant und Oberbefehlshaber aller Unionsheere, in welcher Eigenschaft er die Rebellenheere vernichtete. Zum Dank für seine Verdienste verlieh ihm der Kongreß am 28. Juli 1866 die höchste militärische Würde der Union, die Stelle eines Armeegenerals. Die Erhebung auf den Präsidentenstuhl war eine neue Anerkennung seiner Verdienste. Sein persönlicher Charakter verdient volles Vertrauen, seine Zurückhaltung und Schweigsamkeit sind sprichwörtlich; seine Menschenkenntniß und sein Verwaltungstalent haben ihm im Kriege viel genützt und werden ihm

Digitized by Google

auch auf dem neuen Posten zu Statten kommen. Colfax ist im Jahre 1823 in New-York geboren und hat sich vom Laufburschen in einem Ellenwaarengeschäft zum Kongreßmitglied und Sprecher des Hauses emporgeschwungen.

In Südamerika, dessen westliche Seite, vorzugsweise Peru und Ecuador, am 13. und 14. August von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht wurde, dauerte der Krieg zwischen Brasilien, Laplata, Uruguay einerseits und Paraguay andererseits schon im dritten Jahre fort. Die Brasilianer machten ein großes Aufheben, als ob sie eine große Waffenthat verrichtet hätten, und glaubten, die Entscheidung des Krieges herbeigeführt zu haben, als sie am 27. Juli die am Flusse Paraguay gelegene Festung Humaita besetzten. Allein die Festung war schon einige Tage vorher von den Paraguayanern wegen Mangels an Lebensmitteln vollständig geräumt, und Präsident Lopez hat sich eine neue Operationslinie weiter oben am Paraguay in der Nähe von Villeta angelegt, gegen welche die Verbündeten bis jetzt nichts ausgerichtet haben. Und sowohl Uruguay, wo am 19. Februar General Flores in einem blutigen Aufstand in Montevideo umkam, als Laplata, wo der neue Präsident Sarmiento in seiner Antrittsrede die Herstellung eines baldigen Friedens sehr betonte, scheinen bei längerer Dauer des Krieges keine zuverläßige Bundesgenossen Brasiliens zu sein.

Nirgends wurde das Wahlresultat vom 3. November freudiger begrüßt, als im norddeutschen Bund, dessen Verfassung der amerikanische Gesandte Bancroft in einem Schreiben an seine Regierung mit der Unionsverfassung verglichen hat. Wie die Vereinigten Staaten von ihrem jetzigen Präsidenten Grant hoffen, daß er sie auf friedlichem Wege einer großen Zukunft entgegenführe, so hat Deutschland das gleiche Vertrauen zum Grafen Bismarck. Es gelang demselben, die Aufhebung des Handelsvertrages zwischen Frankreich und Mecklenburg (28. Febr.) zu bewirken, wofür Frankreich einige Zollermäßigungen zugestanden wurden. Dadurch wurde es möglich, daß Mecklenburg am 11. August in den Zollverein eintrat. Eine Militärkonvention vom 24. Juli zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin bestimmte, daß die Officiere beider Länder einander durchaus gleichzustellen seien. Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz dagegen verharrt in ihrer partikularistischen Ohnmacht. In Süddeutschland blieb Baden der nationalen Fahne getreu. Der

Digitized by Google

Tod des 96jährigen Erzbischofs von Freiburg, Hermann von Vicari, am 14. April, veranlaßte einen Streit mit dem Wahlkapitel hinsichtlich der der Regierung vorzulegenden Wahlliste. In dieselbe wurden die heftigsten Ultramontanen aufgenommen, die Liste daher von der Regierung zurückgegeben und eine andere verlangt. Die Mehrheit des Kapitels neigte sich zu der Ansicht, daß die Regierung in ihrem Rechte sei, wenn sie verlange, Personen, die ihr nicht unangenehm seien, auf der Liste vorgeschlagen zu sehen. Aber diese versöhnliche Ansicht wurde von Rom aus, wo man im Vorgefühl des ökumenischen Koncils schon den Triumphator spielt, desavouirt. Dadurch wird der Streit, der in Folge der Exkommunikation des Bürgermeisters von Konstanz sich noch verbitterte, weiter hinausgezogen. Staatsminister Jolly zeigte hier die nöthige Energie und gegenüber der Offenburger Versammlung die nöthige Ruhe und Festigkeit. Diese Versammlung, aus nationalliberalen Elementen bestehend, fand am 8. November statt, nachdem kurz vorher die Stelle eines Justizministers dem Kreisgerichtsdirektor Obkircher übertragen worden war. Die Opposition, welche diese Versammlung dem Ministerium ankündigte, fand im übrigen Deutschland keine Billigung. Man fragte sich, ob die jetzige Zeit dazu angethan sei, eine Spaltung in dem nationalen Lager ertragen zu können, ob nicht die Feinde desselben die einzigen seien, welche einen Nutzen davon haben. Und wenn man sich die Beschwerdegründe näher ansah, so mußte man sich sagen, daß es sich hier um persönliche Interessen und Eifersüchteleien vorzugsweise handle, wofür man außerhalb der badischen Grenzpfähle kein Verständniß hat. Mehr konnte man sich für die Rede des Freiherrn von Freydorf, Ministers des Auswärtigen, begeistern, welcher als Abgeordneter der Stadt Durlach bei dem dortigen Verfassungsfeste am 21. August die Segnungen und Freiheiten der badischen Verfassung pries und am Schluß sagte: „Freiheiten und Errungenschaften sind auch von äußeren Ereignissen abhängig. Mit dem Staat selbst hört auch jedes von seiner Verfassung gewährleistete Recht auf. Die deutschen Mittelstaaten mit schwachen Kräften inmitten Europa's zwischen Großmächte hineingestellt, haben in ihrer eigenen Macht keine Bürgschaft ihres Fortbestandes. Diese Bürgschaft kann ihnen nur das ganze Deutschland bieten. Mein Trinkspruch gilt der Verwirklichung des § 1 der badischen Verfassung: „Das Großherzogthum bildet einen Theil des deutschen Bundes".

Digitized by Google

Also die künftige nationale Einigung Badens mit Deutschland, wie sie selbst durch die Nikolsburger und Prager Verträge vorgesehen ist, Baden als ein Stück von Deutschland, die badische Verfassung eingefügt in das deutsche Staatswesen — sie leben hoch!" Bei solcher Gesinnung konnte Baden keine Lust bezeugen, an der gemeinsamen süddeutschen „ständigen Militärkommission" theilzunehmen. Dieselbe war von Baiern, allerdings nicht in antinationalem Sinne, vorgeschlagen; aber es war Gefahr, daß sie in diesem Sinne ausgebeutet werde. Will man in Süddeutschland das Militärwesen in zweckmäßiger Weise einrichten und den Trutz- und Schutzbündnissen gerecht werden, so bleibt schlechterdings nichts anderes übrig, als in allen Militärfragen, also auch in Festungssachen Hand in Hand mit dem norddeutschen Bund zu gehen. Nur so bekommt man eine deutsche Armee zur kräftigen Offensive, nur so ein deutsches Defensivsystem. Aber Baiern wollte nicht einmal zu einer auch im Frieden geltenden organischen Verbindung des norddeutschen und süddeutschen Vertheidigungssystems die Hand bieten. Man sieht, von welchen Hindernissen die Politik des Fürsten Hohenlohe eingeengt ist. Es kam also nur zu einer bairisch-württembergischen Konvention vom 22. Juli in Betreff der Festung Ulm und zu Münchener Konferenzen der Bevollmächtigten der drei Südstaaten wegen der Festungsliquidation. Dieselben wurden in München am 23. September eröffnet und am 10. Oktober geschlossen. In diese Liquidationskommission, welche über die finanzielle Seite der süddeutschen Bundesfestungen Entscheidung zu treffen hatte, suchte Oestreich im November sich einzudrängen, wurde aber von Baiern auf Artikel VIII des Prager Friedens verwiesen, wo Oestreich das Recht zuerkannt ist, seinen matrikularmäßigen Antheil an dem beweglichen Bundeseigenthum an sich zu ziehen, vom unbeweglichen Bundeseigenthum aber, um das es sich bei dieser Kommission allein handelte, gar keine Rede ist.

Wie zu Anfang des Jahres, so zog auch in der Mitte und zu Ende desselben Württemberg die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die sechsjährige Landtagsperiode war im Februar abgelaufen, und es mußten auf weitere 6 Jahre die Volksabgeordneten gewählt werden. Die württembergische Abgeordnetenkammer besteht gesetzmäßig aus 93 Mitgliedern, nämlich 70 vom Volk gewählten Abgeordneten und 23 Privilegirten. Zu den letzteren gehören 13 Mit-

Digitized by Google

glieder des ritterschaftlichen Adels, 6 evangelische Prälaten, der Kanzler der Universität, der Bischof (welcher seinen Sitz nicht einnimmt), ein Domkapitular und ein katholischer Dekan. Bei dieser Zusammensetzung der zweiten Kammer war es in früheren Zeiten der Regierung bei dem alten Wahlsystem leicht möglich, eine ihr ganz ergebene Kammer zusammenzubringen; da aber bei den neuen Wahlen das allgemeine Wahlrecht und geheime Abstimmung zur Anwendung kam, so mußte sie sich nach dem, was oben bei den Zollparlamentswahlen gesagt worden ist, auf eine demokratische Mehrheit gefaßt machen. Was schon damals vorausgesagt wurde, daß der von der Regierungspartei mit den Demokraten und Ultramontanen zur gemeinschaftlichen Bekämpfung der deutschen Partei geschlossene Bund bei den Landtagswahlen auseinander gehen werde, trat ein. Denn mit dem Programm, das der „Beobachter" am 10. Juni kundgab: „Schaffung eines Südbundes mit Centralgewalt, Parlament und gemeinsamer, nach dem Muster der Schweizermiliz gebildeten Militärverfassung, Vernichtung der hiemit unvereinbaren Verträge, des Schutz- und Trutzbündnisses und des Zollvereinsvertrags, Abschaffung der ersten Kammer, Ausstoßung aller Privilegirten aus der Ständeversammlung" und mit seiner Forderung, daß kein Staatsdiener gewählt werden dürfe, konnte keine Regierung, sie mochte sich zu Preußen stellen, wie sie wollte, sich befreunden. Der Staatsanzeiger sagte daher am 18. Juni seinen Zollparlamentsfreunden die Freundschaft in aller Form auf, rieth dem Volk, keine Beobachters-Männer zu wählen und wollte die gemäßigten Mitglieder der deutschen Partei von der Wahl nicht ausgeschlossen wissen. Aber auch hier trat ein, was vorausgesagt wurde, daß das Volk schwer werde begreifen können, daß die Männer, welche am 24. März als so tauglich empfohlen wurden, nach einem Vierteljahr bereits nichts mehr nütze sein sollten. Die Wahl gieng am 8. Juli vor sich. Das Ergebniß war, daß die äußerste Linke 25 (darunter Karl Mayer, der Redacteur des Beobachters), das linke Centrum oder die Großdeutschen 20, die deutsche Partei 14, die Regierungspartei 8 Wahlkandidaten durchsetzte. Die vereinigte Linke hatte also unter den 70 Volksabgeordneten die Mehrheit, ihr Wunsch nach Ausstoßung aller Privilegirten wurde dringender. Andererseits mußte jeder, der es mit dem Staate Württemberg gut meinte, sich sagen, daß nun die Sachen so stehen, daß diese Privilegirten für die württembergische

Digitized by Google

Abgeordnetenkammer geradeso ein Korrektiv des allgemeinen Wahlrechts sei, wie die Diätenlosigkeit beim norddeutschen Reichstag. Die früher so sehr geschmähten Privilegirten kamen nun wieder zu Ehren.

Die Ständeversammlung wurde am 4. December vom König eröffnet. Die Thronrede war, ganz wie die im norddeutschen Reichstag, vorzugsweise eine geschäftliche. Mehrere längst ersehnte Gesetzentwürfe wurden angekündigt, nur nicht einer, über dessen Vorlage schon seit Jahren verhandelt wurde. Vielmehr sagte die Thronrede mit einem gewissen Humor: „Sie finden unter den Vorlagen bei Eröffnung dieses Landtags eine solche auf weitere Aenderungen der Verfassung noch nicht, aber auch diese höchst wichtige Frage wird bei versöhnlichem Sinn und aufrichtiger Hingebung an das wahre Wohl des Landes ihre zeitgemäße Lösung erhalten." In das gewöhnliche Deutsch übergetragen, hieß dies: „Es kommt ganz auf das Wohlverhalten der linken Partei an, ob eine Vorlage über Verfassungsänderung gemacht wird oder nicht." Bei der Präsidentenwahl wurde mit Mühe die Erwählung des ultramontandemokratischen Probst, welcher in der Zollparlamentssitzung vom 18. Mai sich so unklug bemerklich gemacht hatte, abgewandt. Derselbe hatte als Berichterstatter der Adreßkommission Gelegenheit, seine politischen Ansichten mit aller Offenheit und Entschiedenheit darzulegen. Der Abgeordnete Römer trug seine Bedenken gegen Erlassung einer Adresse vor, da voraussichtlich durch eine solche Adreßdebatte das Ausland aufs neue Hoffnung auf Einmischung erhalte, und beantragte daher, gar keine zu erlassen; aber die Linke wollte durchaus über die deutsche Frage sich aussprechen, wurde auch von Mitgliedern der deutschen Partei unterstützt, und so wurde der Beschluß gefaßt, eine Adresse zu entwerfen und zu berathen.

Die Adreßdebatte begann am 17. December und wurde am 19. geschlossen. Der erste Theil der von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagenen Adresse berührte die inneren Fragen, besonders die Verfassungsreform, der zweite die deutsche Frage. Für diesen letzteren Theil hatte die deutsche Partei durch das Kommissionsmitglied Hölder, die liberale oder Regierungspartei durch Sarwey einen besonderen Adreßentwurf vorgeschlagen. Beide erhielten bei der Abstimmung nicht die nöthige Mehrheit, und die Kammer beschloß, auf die Berathung des von der Majorität der

Digitized by Google

Kommission eingebrachten Entwurfs einzugehen. Es handelte sich dabei wesentlich um zwei Punkte, um den Südbund und um die Verträge. Eigenthümlich war es, daß weder der Entwurf noch die Mehrzahl seiner Vertheidiger offen zu erklären wagten, sie wollen den Südbund und erkennen die Verträge nicht an, sondern sich mit allgemeinen Ausdrücken behalfen, unter denen sich jeder nach seinem Parteistandpunkte etwas anderes dachte. Nur die äußerste Linke verlangte einen Südbund mit starkem Parlament und Milizheer und sprach dem Allianzvertrag wegen mangelnder Zweidrittelsmajorität die rechtliche Giltigkeit ab; andere wollten eine bloße Vereinigung der süddeutschen Regierungen zum Zweck des Schutzes ihrer Selbständigkeit, gestanden die formelle Rechtsgiltigkeit der Verträge zu, wünschten aber ihre legitime Revision, ohne sagen zu können, wie dies, wenn der eine Theil nicht wolle, durchzuführen sei. Karl Mayer erklärte, er glaube, daß man, wenn man jetzt einen Südbund gründe, nicht einen Hemmschuh mache gegen eine künftige Republikanisirung Deutschlands auf dem Wege friedlicher Entwicklung. Wenn man ihn frage, wie er diesen friedlichen Weg sich denke, so drücke er die Ueberzeugung aus, daß in der Zukunft der Entwicklung eine Zeit kommen werde, wo die Monarchie sich geradeso werde ablösen lassen wie die Feudallasten. Für jetzt schlage seine Partei vor, daß Dynastien und Volk einen sie gegenseitig sichernden Bund schließen sollten.

Gegenüber diesen Anschauungen und Aeußerungen hielten die Mitglieder der deutschen Partei am nationalen Standpunkte fest, wiesen das Unpraktische und Undeutsche des Südbundprojektes nach und verlangten von der Regierung die Anbahnung einer innigeren Verbindung mit dem norddeutschen Bund. „Der Kommissionsbericht", sagte Römer, „schweigt ganz von den Verträgen, namentlich von dem Allianzvertrag, spricht aber von der Offenhaltung der Möglichkeit einer föderativen Gestaltung Deutschlands, und dies ist mir das Bedenklichste; denn wer wird irgend Zweifel haben, daß eine föderative Gestaltung von ganz Deutschland nur möglich ist, wenn der norddeutsche Bund und die preußische Monarchie zertrümmert ist? Wer das will, muß, wenn er überhaupt zurechnungsfähig ist, sich, um dieses Ergebniß zu erzielen, mit dem Auslande verbinden. Ein solches Bündniß mit dem Ausland wäre die größte Niederträchtigkeit und Thorheit; denn wenn der norddeutsche Bund, wenn Preu-

Digitized by Google

ßen vernichtet würde mit Hilfe des Auslands, so würde alles eher aus diesem Vernichtungskampfe hervorgehen als eine freie, föderative, alle deutschen Stämme umfassende Konstitution; es würden die schönsten Provinzen Deutschlands abgerissen und das übrige Deutschland in Knechtschaft vom Ausland erhalten. Im besten Fall würden sich die Franzosen mit Preußen abfinden auf Kosten Süddeutschlands." Der Schluß dieser Rede enthielt eine Herausforderung der Gegner: „Ich bitte Sie, meine Herren Gegner, mir zu sagen, wie kann Deutschland anders geeinigt werden, als auf dem Weg, den ich von jeher hier vertreten habe und heute wieder vertrete? Geben Sie mir darauf eine bestimmte Antwort und namentlich eine Antwort, die ein wirklich erreichbares Ziel darlegt. Ich kann getrost auf diese Antwort warten." In ähnlichem Sinne sprachen sich Hölder, Elben, Pfeifer aus.

Minister von Varnbüler erklärte geradezu, daß, wenn die Selbständigkeit Württembergs nicht zur leeren Phrase werden solle, man von diesem Südbunde, hinter welchem die süddeutsche Republik versteckt sei, nicht länger sprechen dürfe. Die Rechtsbeständigkeit der Verträge dürfe in keiner Weise in Frage gestellt, sie sollen nicht bloß treu, sondern auch in patriotischem Sinne erfüllt werden. Man habe deßhalb die Militärverfassung auf eine solche Weise zu verbessern sich bestrebt, um sich in die Lage zu setzen, wenn heute ein Krieg ausbrechen sollte, in ehrenvoller und ebenbürtiger Weise mit den württembergischen Fahnen ins Feld zu ziehen. Einen glücklichen Griff that Oberbürgermeister Sick von Stuttgart, Mitglied der Regierungspartei. Nachdem er in seiner Rede hervorgehoben hatte, daß wir hinsichtlich der allgemeinen Interessen mit dem Norden uns einigen können und wollen, daß ihm die Politik des Grollens mit Preußen und dem Norden nicht gefalle, daß der Politiker sich den Thatsachen nicht verschließen dürfe und seinen Standpunkt mit Berücksichtigung derselben nehmen müsse, stellte er im Verlauf der Debatte den Antrag, statt des allgemeinen Satzes über Erfüllung der nationalen Pflichten ganz bestimmt zu sagen: „Niemals wird sich das württembergische Volk der Pflicht entbinden, mit seiner Regierung Hand in Hand die nationalen Interessen zu pflegen und die nationalen Pflichten in Uebereinstimmung mit den Allianz- und Zollverträgen zu erfüllen." Ein solcher Satz, meinte er, sei nothwendig, um Klarheit in die Lage zu brin-

Digitized by Google

gen. Vergebens protestirten die Mitglieder der Linken, daß man immer und immer wieder mit diesen Verträgen torquirt werde, daß man ihrer Partei immer wieder die Pistole auf die Brust setze; auf den Allianzvertrag sei kein Gewicht zu legen; das Faktum entscheide; wenn ein Krieg entstehe, so müsse man dem folgen, welcher zuerst komme. Es half nichts; sie mußten dran. Sie mußten durch ihre Abstimmung zeigen, ob sie die Verträge anerkennen und im gegebenen Falle ausgeführt wissen wollen oder nicht. Der Sick'sche Antrag wurde mit 50 gegen 36 Stimmen genehmigt. Mit Nein stimmte der größte Theil der vereinigten Linken und die beiden katholischen Geistlichen. Darauf wurde die Adresse vollends durchberathen, und es kam noch die Endabstimmung. Die Adresse enthielt nun die ausdrückliche Anerkennung der Verträge, andererseits aber auch den verblümten Südbund, manchen versteckten Hieb gegen Preußen und ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium. Daher wurde der aus den Berathungen und Beschlüssen der Kammer hervorgegangene Adreßentwurf mit 49 gegen 38 Stimmen abgelehnt und dadurch beschlossen, daß die Majorität der Kammer nach dreitägiger Berathung nichts beschlossen haben wolle. Gegen die Adresse stimmte die deutsche und die Regierungspartei, sämtliche Ritter und Prälaten trotz der Anerkennung der Verträge und 7 Mitglieder der Linken wegen derselben; für die Adresse die vereinigte Linke (mit Ausschluß der 7) und die hochwürdige katholische Geistlichkeit. Der Sick'sche Antrag hatte entschieden. Er hatte die Niederlage der Linken herbeigeführt. Ist dies aber, mußte man sich fragen, ein gesunder Zustand, wenn diese Verträge alle Jahre neu diskutirt und allenfalls in Frage gestellt werden, wenn es von den Stimmzetteln einiger tausend schwäbischer Bauern und Weingärtner abhängen soll, ob und wann Deutschland zu seiner Ruhe, zu seiner Einheit kommt? Nachdem noch die Kommissionswahlen besorgt worden waren, wurde der Landtag am 23. December auf unbestimmte Zeit vertagt. Er wird voraussichtlich vor dem nächsten Winter nicht wieder zusammenberufen werden.

Zu gleicher Zeit mit dem württembergischen Landtag war auch der preußische versammelt. Doch wurde er schon am 4. November eröffnet. Die Thronrede enthielt die Ankündigung mehrerer Gesetzentwürfe und eines Deficits (5,200,000 Thaler), wegen dessen späterer nachhaltiger Deckung auf eine Vermehrung der Einnahmen

Digitized by Google

des norddeutschen Bundes verwiesen wurde. Politisch am bedeutsamsten war die die spanischen Angelegenheiten berührende Stelle: „Die Ereignisse auf der westlichen Halbinsel Europa's können uns zu keinen anderen Gefühlen veranlassen als zu dem Wunsche und zu dem Vertrauen, daß es der spanischen Nation gelingen werde, in der unabhängigen Gestaltung ihrer Verhältnisse die Bürgschaft ihres Gedeihens und ihrer Macht zu finden." Eine solche Sprache war gegenüber den legitimistischen Anschauungen und Rücksichten früherer Jahrzehnte geradezu ein Ereigniß. Ueber die Reorganisation des Justizwesens hielt der Justizminister Leonhardt am 30. November eine längere Rede, welche großen Beifall fand, und deren Schluß besonders bemerkenswerth ist: „Wenn eine solche sämtliche Gebiete der preußischen Monarchie umfassende Gesetzgebung ins Leben tritt und den Anforderungen entspricht, welche ich hervorgehoben habe, so wird sie auch geeignet sein, als eine Gesetzgebung für den norddeutschen Bund zu gelten, und mit demselben Momente, in welchem dieser nationale Akt für den norddeutschen Bund sich vollzieht, wird er auch vollzogen sein für ganz Deutschland, auch jenseits des Mains, und zwischen diesem Momente und der Ausführung in den süddeutschen Staaten wird, wie ich glaube, ein Zeitraum liegen, der nach Monaten berechnet werden kann." Der Inhalt dieser Rede entsprach ganz den Erwartungen, welche man von dem ehemaligen hannöverschen Justizminister hatte; denn gerade wegen seiner ungewöhnlich organisatorischen Befähigung hatte man ihn als Nachfolger des unbeliebten Grafen zur Lippe nach Berlin berufen. In der folgenden Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. December wurde beantragt, die Stellvertretung der Obertribunalräthe durch Richter, die nicht etatsmäßige Mitglieder des Obertribunals seien, für unzuläßig zu erklären und die für diese Vertretung geforderten 1000 Thaler nicht zu bewilligen. Nach den Erfahrungen, welche man unter dem Justizminister Graf zur Lippe mit der Willfährigkeit dieser Hilfsrichter gemacht hat, war ein solcher Antrag sehr am Platz. Justizminister Leonhardt entgegnete: „Wenn ich auch im Princip gegen Anstellung von Hilfsrichtern bin, so ist dies doch nicht entscheidend, wenn z. B. so und so viel Mitglieder des Obertribunals dem Präsidenten anzeigen, daß sie von dem und dem Tage an als Abgeordnete in dieses Haus eintreten werden. Ich habe als Justizminister die Verantwortlichkeit

Digitized by Google

für eine gerechte und prompte Justiz im Lande, und ich werde diese Pflicht mit aller Energie erfüllen. Die geforderten 1000 Thaler können Sie streichen, aber die Ernennung von Hilfsrichtern werden Sie dadurch nicht hindern. Ich werde Hilfsrichter ernennen, wenn es nöthig ist; ich werde denselben dann Diäten zahlen lassen und werde diese Diäten später von diesem Hause fordern. Das kann zu einem Konflikt führen; aber die Staatsregierung wird in der Lage sein, es darauf ankommen lassen zu müssen. Man irrt sich in Betreff meiner Person, wenn man mich und meine Verwaltung nach gewissen Zeitungsartikeln beurtheilt; ich erkläre es offen: ich habe keine liberalen Neigungen, und meine Art ist es auch nicht, mit politischen Parteien zu liebäugeln. Streicht das Haus den von der Regierung geforderten Betrag, so wird dieser nichts übrig bleiben, als, wenn auch ungern, gegenüber den Urlaubsgesuchen von Appellationsgerichtsmitgliedern zurückhaltend zu sein, und es würde insbesondere der Justizminister in der Lage sein, dem König vorzuschlagen, keine solche Appellationsgerichtsräthe in das Obertribunal zu berufen, welche sich in das Abgeordnetenhaus wählen lassen." Dies war sehr unkonstitutionell und sehr unzeitig gesprochen. Es ist wesentlich das Verdienst des Grafen Bismarck, daß das früher so schlechte Verhältniß zwischen Ministerium und Abgeordnetenhaus sich gebessert hat, und nun sollte durch den Kanzleieifer des Justizministers ein neuer Konflikt heraufbeschworen werden, der seinen dunklen Schatten weit über das Abgeordnetenhaus hinaus wirft. Wenn doch in diesen Kreisen auch bedacht würde, daß man solche Reden auch über dem Main drüben liest, und daß die große Menge der dortigen Partikularisten sich vergnügt die Hände reibt und sagt: „Seht! so geht man in Berlin mit dem Landtag um!" Es sollte den süddeutschen Freunden Preußens gerade von Preußen aus die Erfüllung ihrer nationalen Pflicht nicht noch erschwert werden; an Schwierigkeiten fehlt es ihnen bekanntlich ohnedies nicht. Der Antrag wurde nach einer sehr lebhaften Erwiderung Twesten's, Waldeck's und Virchow's mit 192 gegen 160 Stimmen angenommen, und der Justizminister sah sich genöthigt, in einer späteren Sitzung zu erklären, daß er keine Hilfsrichter anstellen, sondern beantragen werde, daß noch drei neue Rathsstellen geschaffen werden.

Zu dieser Nachgiebigkeit wird die Anwesenheit desjenigen

Digitized by Google

Mannes, dem durch das muthige Auftreten seines Kollegen ein schlechter Gefallen erwiesen worden ist, das Meiste beigetragen haben. Graf Bismarck kam am 2. December, nach 5½ monatlichem Aufenthalt auf seinem Gute Varzin, in Berlin an und übernahm mit frischen Kräften wieder sein Amt. Bei der Berathung des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten am 9. December wurde der Antrag gestellt, „die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom Jahre 1870 ab auf den Etat des norddeutschen Bundes übernommen werde." Darauf erklärte Graf Bismarck, daß die Bundesregierungen zu der Uebertragung des Etats der auswärtigen Angelegenheiten auf das Bundesbudget bereits ihre Zustimmung ertheilt haben, und daß schon dem nächsten Reichstage eine hierauf bezügliche Vorlage zugehen werde. Die Aufhebung der preußischen Gesandtschaften in den Bundesstaaten, auf welche von einigen Mitgliedern angetragen wurde, hielt er zwar auch für wünschenswerth, meinte aber, daß man die praktische Entwicklung, welche den geeigneten Augenblick bringen werde, abwarten solle. Der Abgeordnete Wölfel hielt die Anwesenheit eines preußischen Gesandten in Dresden für nothwendig, so lange Graf Beust dort einen östreichischen Bevollmächtigten beglaubige, der ihm dort bei seinen Racheplanen dienen solle. Nur unter der Aegide des Grafen Beust sei es dem Exkönig von Hannover und dem Exkurfürsten von Hessen möglich, in Paris gegen Preußen zu wühlen. Virchow entgegnete darauf, daß man diese Gesandtschaften nicht mehr brauche, sobald die Regierung ein liberaleres System, wie dies in Oestreich jetzt eingeführt sei, aufstelle. Ohne auf die Person seines östreichischen Kollegen näher einzugehen, sagte Graf Bismarck: „Gibt mir Virchow den Rath, es dem Liberalismus der östreichischen Regierung nachzuthun, so hat er damit doch gewiß nicht an eine Armee von 800,000 Mann mit einem eisernen Bestande auf 10 Jahre gedacht, auch wohl nicht an die östreichischen Verwaltungseinrichtungen, die ein Gegengift gegen die freiheitliche Kommunalverfassung sind. Mit dem Liberalismus der Regierungen geht es wie mit den Damen: die jüngste ist immer die schönste."

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. November überreichte der Finanzminister die königliche Verordnung vom 2. März, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Königs

Digitized by Google

Georg, zur nachträglichen Genehmigung und einen Gesetzentwurf, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Kurfürsten von Hessen, mit welchem am 17. Sept. 1866 ein Vertrag geschlossen worden war. Als Motiv zu letzterer Maßregel wurde von dem Minister angegeben, daß die von dem Kurfürsten an allen Höfen verbreitete Denkschrift Beleidigungen gegen den König von Preußen, die Staatsregierung und sonstige Beamte enthalte und nichts als Hoch- und Landesverrath athme. Deßhalb sei gegen den Kurfürsten ebenso einzuschreiten wie gegen König Georg. Die Denkschrift habe um so mehr überraschen müssen, als in dem Vertrage die kurfürstlichen Beamten ihres Eides entbunden worden seien. Aus jenem Vertrag habe man überhaupt schließen dürfen, daß der ehemalige Kurfürst die neue Ordnung der Dinge anerkennen werde. Plötzlich habe er seinen Standpunkt geändert. Man habe ihn verwarnen lassen und ihm die Sequestration seines Vermögens in Aussicht gestellt. Dies habe ihn nicht abgehalten, in der bezeichneten Weise vorzugehen. Die Regierung sehe sich daher veranlaßt, „den Kurfürsten mit Beschlag zu belegen" (wörtlich).

Die Kommission beantragte, die Beschlagnahme des Vermögens beider Fürsten zu genehmigen mit dem Vorbehalt, daß die Aufhebung der Beschlagnahme nur durch ein Gesetz erfolgen könne. Daß der Antrag im Abgeordnetenhaus durchgehen werde, daran war nicht zu zweifeln. Hatte ja dasselbe den mit König Georg geschlossenen Vertrag nur höchst ungern genehmigt, und wußte man ja, daß ohne das Andrängen verwandter Höfe, namentlich Englands, an hoher Stelle keine Neigung zum Abschluß des Vertrages vorhanden gewesen wäre. Mit der Beschlagnahme konnten also frühere Fehler wenigstens zum Theil wieder gut gemacht werden. Die Debatte hierüber fällt zwar in das Jahr 1869, mag aber hier noch ihre Stelle finden. Am 29. Januar beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus mit der Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg. Es war für den Abgeordneten Windthorst, welcher im Namen des Königs Georg den Vertrag mit Preußen geschlossen hat, sehr schwer, gegen die vorliegenden Thatsachen und gegen die Stimmung des Hauses anzukämpfen. Er suchte die welfischen Umtriebe so unschuldig als möglich, als eine Art königliche Spielereien und Naivetäten darzustellen, den Vertrag zu einem reinen Privatvertrag umzuwandeln und die ganze Angelegenheit auf das civil-

Digitized by Google

rechtliche Gebiet hinüberzuschieben. Sie gehöre vor die gewöhnlichen Gerichte, nicht vor die Landesvertretung. Was man jetzt wolle, sei Cabinetsjustiz in gesetzgeberischer, parlamentarischer Gestalt. Der Regierungskommissär Wollny bemerkte ihm, die Regierung sei in dieser Angelegenheit niemals auf privatrechtlichem Standpunkte gestanden, sondern habe den Vertrag lediglich aus politischen Gründen geschlossen. Alle Staatsrechtslehrer seien darüber einig, daß einem Fürsten gegenüber, der sich mit einem anderen Staate im Kriegszustande befinde — und der König befinde sich ja, seiner eigenen Erklärung nach, mit Preußen noch im Kriegszustand —, Seitens des letzteren mindestens die Beschlagnahme seines Vermögens gestattet sei. Graf Bismarck hob in seiner Entgegnung die politische und nationale Seite der Sache hervor, gab zuerst einige statistische Notizen über die Welfenlegion, die oben mitgetheilt worden sind, und fuhr dann fort: „Der Abschluß des Vertrags bildet ein Glied in der Kette der Friedensbestrebungen der Staatsregierung seit 1866. Wir nahmen dabei Rücksicht auf die früheren Unterthanen des Königs Georg, auf die befreundeten verwandten Höfe. Wir haben gefragt: was braucht ein königlicher Herzog von Cumberland, um in England standesgemäß leben zu können? Man hat uns gesagt: 100,000 bis 120,000 Pf. St., und hienach haben wir uns gerichtet. Dafür, daß wir dies gethan, finden wir von betreffender Seite auch heute noch alle Anerkennung, obgleich der Vertrag nicht in Kraft getreten. Daß König Georg seinen stillen Hoffnungen entsagen sollte, erwarteten wir hiebei nicht; aber erwarten durften wir, daß er der lächerlichen Rolle eines Prätendenten mit Legionären u. s. w. entsagen würde. Es sind nun aber die Legionäre da, alle schlechten Elemente werden herangezogen, Bestechungen werden ausgeübt, um nur zu treiben, zu hetzen und den Glauben an friedliche Zustände nicht aufkommen zu lassen, alles nur zu dem Zweck, um mit Hilfe des Auslands gegen das eigene Vaterland einige kleine Throne wieder aufzurichten. Es ist unsere Schuldigkeit, diesem Treiben ein Ende zu machen; dieses Treiben zu dulden, ist einer großen Nation unwürdig. Oder soll man die Degenspitze, die gegen uns gerichtet ist, erst dann zurückschlagen, nachdem sie unsre Brust getroffen hat? Wir müssen diesem frevelhaften Spiel mit den heiligsten Interessen der Nation, mit der Ruhe und Ehre des Vaterlandes, diesem frevel-

Digitized by Google

haften erbärmlichen Spiel, dem die Ruhe Europa's nichts gilt gegenüber einem kleinlichen dynastischen Interesse, ein Ziel setzen. Das ist unsre Schuldigkeit, uns, Deutschland, Europa gegenüber." Der Vorschlag der Kommission wurde mit 256 gegen 70 Stimmen angenommen. Ein großer Theil der hannöverschen Abgeordneten hatte sich der Abstimmung enthalten.

Die Sache des Kurfürsten wurde am 30. Januar verhandelt. Die Behauptung, daß die Vermögensbeschlagnahme eine zu strenge Maßregel gegen ihn sei, ist nicht richtig. Etwas anderes wäre es, wenn es sich um Konfiskation handelte. Jene kann jederzeit zurückgenommen werden, sobald der Kurfürst der preußischen Regierung die nöthigen Garantien für sein ferneres Verhalten gibt. In der Sache stehen sich beide, König Georg und der Kurfürst, ganz gleich; nur in der Art, wie sie es treiben, sind sie verschieden, was zum Theil mit ihren Finanzen zusammenhängt. Beide haben mit Preußen einen Vertrag geschlossen und in Folge dessen Gelder und Nutznießungen zugesichert erhalten. Nahmen sie diese an, so erklärten sie damit thatsächlich, daß der Kriegszustand zu Ende sei und der Friedenszustand anfange. Wollten sie das Recht zur Fortsetzung des Kriegszustandes haben, so durften sie nur die Gelder u. s. w. samt dem ganzen Vertrag nicht annehmen; aber dies annehmen und doch den Kriegszustand fortsetzen und von Preußen noch verlangen, daß es das Geld dazu liefere, das gieng nicht. Das wäre von Preußen nimmer Großmuth, das wäre geradezu Tollheit und Pflichtvergessenheit. Wie Georg durch seine Reden und durch die Unterhaltung seiner Legion, so hat sich der Kurfürst durch seine Denkschrift von dem Vertrag völlig losgesagt. Er fand in der Kammer wenige Vertheidiger. Der ultramontane Abgeordnete Mallinckrodt wußte nichts anderes vorzubringen, als daß er es ja nicht so bunt getrieben habe wie König Georg, und daß man, da man nichts von einer hessischen Legion gehört habe, von einer Nothwehr, in welcher Preußen sich befinde, nicht sprechen könne. Graf Bismarck erwiderte ihm, daß „er den Begriff staatlicher Nothwehr nicht auf einen thatsächlich erfolgten Angriff einschränken könne; die Regierung eines großen Landes müsse für dessen Ruhe und Sicherheit sorgen." Darauf schilderte er die Zustände des verflossenen Jahres, in welchem durch die Verleumdung der preußischen Politik der Friede eine Zeit lang bedroht schien. Je näher

Digitized by Google

die Kriegsgefahr herantrat, desto heftiger seien die Anstrengungen und Angriffe des Königs Georg und des Kurfürsten, welche von den Geheimnissen der Kabinette wohl unterrichtet waren, geworden. Die Spannung der Situation habe nachgelassen von dem Augenblicke an, wo der Ministerwechsel in den Donaufürstenthümern eingetreten sei. Durch anderweitige Ereignisse sei die Aufmerksamkeit auch nach anderen Richtungen gelenkt worden. Der Schluß der Rede lautete: „Vergegenwärtigen Sie sich den Eindruck, den es in Spanien, in Rußland, in England, in Frankreich, in Ungarn und Dänemark machen würde, wenn irgend jemand erklärte, er wolle seine partikularistischen Gelüste, seine Privatinteressen, seine Parteiinteressen mit ausländischer Hilfe durchführen, er setze seine ganze Hoffnung darauf, daß die Fluren seines Vaterlandes zertreten würden von siegreichen ausländischen Heeren. Was kümmern ihn die rauchenden Trümmer seines Vaterlandes, wenn er nur obendrauf steht? Nehmen Sie an, daß es in den Ländern, die ich genannt habe, bis in das kleine Dänemark hinein, Leute gebe, welche die Stirn und die Frechheit hätten, sich zu dieser Theorie zu bekennen; sie würden ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute. Bei uns ist das nicht so. Hier ersticken sie nicht; sie tragen die Stirn hoch; sie finden Vertheidiger bis in diese Räume hinein. Ueberall wo Fäulniß ist, stellt sich ein Leben ein, das man nicht mit reinen Glacéhandschuhen anfassen kann. Dem gegenüber werfen Sie uns nicht das Spionirwesen vor. Ich bin nicht zum Spion geboren, es ist dies meine Natur nicht. Wir müssen aber diese Reptilien in ihre Höhlen verfolgen und sehen, was sie machen. Dafür verdienen wir Ihren Dank." Der Kommissionsantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Das Herrenhaus beschäftigte sich am 13. Februar mit beiden Vorlagen. Auch hier hielt Graf Bismarck eine längere Rede und gab darin interessante Rückblicke auf die Situation des Jahres 1866, besonders bezüglich des Verhältnisses Preußens zu Hannover. Das Herrenhaus nahm beide Vorlagen fast mit Einstimmigkeit an.

Den französischen Journalen wurde es sehr schwer, über diese Vermögensbeschlagnahme nicht den gewöhnlichen Kriegslärm anzuschlagen. Als die officiöse „France" sich einen leisen Tadel erlaubte, richtete der Avenir national die Frage an sie, was sie über das Dekret vom 17. Februar 1852 denke. Mit diesem Dekret hat

Digitized by Google

der Prinz-Präsident der französischen Republik, Napoleon, die Güter der Familie Orleans konfiscirt, nicht weil sie gegen Frankreich intriguirte und wühlte, sondern weil er fürchtete, daß sie mit solchen Geldmitteln es thun könnte. Der Avenir national hätte noch weiter fragen können, was denn Napoleon I., der in Frankreich vielbewunderte und vielgepriesene Mann, den Kurfürsten von Hannover und von Hessen im Jahre 1806 als Entschädigungssumme angeboten habe, um von den anderen vertriebenen Fürsten gar nicht zu reden. Mit Napoleonischer Großmuth hat sich Deutschland noch immer messen können.

Es ist zu wünschen, daß es dem Grafen Bismarck gelinge, die Reptilien aufzufinden und unschädlich zu machen. Aber die königlich welfischen und kurfürstlich hessischen sind nicht die einzigen Reptilien in Deutschland. Es gibt auch noch andere Species dieser edlen Gattung, welche sich gleichfalls zur Lebensaufgabe machen, ja es als höchstes staatliches Ziel aufstellen, das Bismarck'sche Einigungswerk zu verpfuschen. Als ob es sich um das Privatinteresse eines einzelnen Mannes, nicht um das Wichtigste und Heiligste, um das Einigungswerk der deutschen Nation, zu deren Führer sich jener Mann emporgeschwungen hat, handelte!

Digitized by Google

Chronik

der

Ereignisse des Jahres 1868.

Tag	Januar.	Seite
1	Die norddeutschen Bundesgesandten überreichen ihr Beglaubigungsschreiben	96
2	Der gesetzgebende Körper verwirft die Stellvertretung in der Mobilgarde	34
3	Napier landet im Hafen von Zulla	81
6	Englische Aeußerungen über deutsche und englische Volksbildung	78
6	Die württemb. Volkspartei beschließt, an den Zollparlamentswahlen sich nicht zu betheiligen	23
7	Der württemb. Staatsanzeiger gegen die Kompetenzerweiterung des Zollparlaments	6
7	Das preuß. Abgeordnetenhaus tritt nach der Vertagung wieder zusammen	105
8	Annahme des Lasker'schen Antrags auf Redefreiheit	105
9	Aeußerung des bairischen Kriegsministers über die Gewehrfrage	10
14	Annahme des Militärgesetzes im gesetzgebenden Körper	35
14	Der vom Präsidenten Johnson abgesetzte Kriegsminister Stanton wird vom Senat wieder eingesetzt	208
19	Feldmarschall-Lieutenant Kuhn wird Reichskriegsminister	43
21	Die badische Kammer nimmt das Kontingentgesetz an	15
21	Die „Süddeutsche Presse" gegen die Kompetenzerweiterung des Zollparlaments	19
24	Italienische Depesche nach Paris wegen der Occupation Roms	63
24	Der norddeutsche Bundesgesandte überreicht dem Präsidenten Johnson sein Beglaubigungsschreiben	98
27	Debatte über das französische Militärgesetz im Senat (Brenier)	35
27	Uebereinstimmung der bairischen Kammern im Wehrgesetzentwurf	9
28	Marschall Niel u. Michel Chevalier im Senat über d. Militärgesetz	35
28	Unterredung zwischen Graf Bismarck und Karl Schurz	98
29	Annahme des französ. Militärgesetzes im Senat	36
30	In d. württ. Abgeordnetenkamer wird zweijährige Präsenz beschlossen	11
31	Ankunft Napier's in Senafe	81
	Februar.	
1	Annahme des Gesetzentwurfs über die Entschädigung des Königs Georg und des Herzogs von Nassau im Abgeordnetenhaus	105
4	Debatte im preuß. Abgeordnetenhaus über d. hannöv. Provincialfond	108
4	Graf Bismarck's Erklärung über den hannöverschen Provincialfond	108
4	Tod des badischen Staatsministers Mathy	18
5	Theilnahme des Großherzogs bei Mathy's Beerdigung	18
6	Berathung der württ. Abgeordnetenkammer über die Rekrutenzahl	11
6	Graf Bismarck's Urlaub in Folge des Konflikts mit d. Konservativen	109
7	Annahme des Kommissionsantrags über den hannöv. Provincialfond im preuß. Abgeordnetenhaus	109

Digitized by Google

Tag		Seite
10	Die russische Sprache wird in Polen als Unterrichtssprache eingeführt	186
10	Resultat der bairischen Zollparlamentswahlen	20
13	Jolly wird zum badischen Staatsminister ernannt	18
13	Depesche Beust's an den Grafen v. Platen wegen der Päße . . .	116
14	In der württemb. Abgeordnetenkammer wird das Geld für eine Präsenz von 1¾ Jahren bewilligt	11
15	Badische Thronrede	15
15	Das preuß. Herrenhaus verwirft den Antrag auf Redefreiheit . .	105
16	Annahme des Kriegsdienstgesetzes in der württemb. Kammer . . .	12
18	Die badischen Zollparlamentswahlen	18
18	Annahme der Gesetzentwürfe über d. Entschädigung d. Depossedirten und über den hannöverschen Provincialfond im Herrenhaus . .	110
18	König Georg feiert in Hietzing seine silberne Hochzeit	110
19	General Flores kommt in Montevideo bei einem Aufstand um . .	211
20	Beust wird wegen der Päße interpellirt	116
20	Schluß des württemb. Landtags und Thronrede	12
20	Giskra gegen die Agitationen der östreichischen Geistlichkeit	46
22	Naturalisationsvertrag zwischen d. norddeutschen Bund u. der Union	96
22	Debatte im Haus der Repräsentanten über d. Präsidenten Johnson	208
24	Das Haus der Repräsentanten nimmt den Antrag auf Versetzung Johnson's in Anklagestand an	208
24	Der preußische General Beyer wird badischer Kriegsminister . . .	16
25	Aufruf an die Kurhessen	118
25	Graf Derby nimmt seine Entlassung, Disraeli wird Premier-Minister	86
26	Annahme des Gesetzentwurfs im preußischen Abgeordnetenhaus über Aufhebung der Spielbanken	110
26	Im preuß. Abgeordnetenhaus wird das Ministerium wegen der Welfenagitation interpellirt	117
28	Aufhebung des Handelsvertrags zwischen Frankreich u. Mecklenburg	211
29	Schluß des preußischen Landtags	110
29	Aufhebung der besonderen Verwaltung des russischen Polens . . .	186

März.

1	Wähler-Versammlung für das Zollparlament in Ludwigsburg . .	27
2	Königliche Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg	117
2	Berufung des Zollbundesraths	119
4	Berathung des franz. Kontingentgesetzes im gesetzgebenden Körper .	36
4	Prinz Napoleon in Berlin	156
4	Das Haus der Repräsentanten übergibt dem Senat die Anklageschrift gegen Johnson	208
5	Der Senat konstituirt sich zum oberst. Gerichtshof in d. Prozeß Johnson's	208
6	Der Senat erläßt eine Vorladung gegen Johnson	208
7	Berufung des norddeutschen Bundesraths	126
9	Dänemark verwirft die preußische Grenzlinie	100

Digitized by Google

Tag		Seite
9	Annahme des franzöſ. Kontingentgeſetzes im geſetzgebenden Körper .	37
13	Attentat des Feniers O'Farrel auf den Prinzen Alfred	84
13	Beginn des Johnſon'ſchen Prozeſſes	208
14	Prinz Napoleon's Abreiſe aus Berlin	156
18	Proteſt des Herzogs Karl von Braunſchweig	119
19	Reſultat der heſſiſchen Zollparlamentswahlen	19
19	Generaldebatte im öſtreich. Herrenhaus über d. konfeſſionellen Geſetze	44
19	Franzöſiſche Depeſche nach Florenz wegen der Occupation Roms .	63
21	Schluß der Generaldebatte im öſtr. Herrenhaus, Sieg u. Illumination	46
23	Annahme des Ehegeſetzes im öſtr. Herrenhaus	46
23	Gladſtone bringt drei die iriſche Kirche betreffende Reſolutionen im Unterhaus ein	88
23	Eröffnung des norddeutſchen Reichstags	120
24	Reſultat der württemb. Zollparlamentswahlen	30
25	Der württemb. „Beobachter" über den Allianzvertrag	26
26	Siegesfreude des „Beobachters"	30
27	Eine ablehnende Antwort des Papſtes trifft in Wien ein	49
27	Lord Stanley's Amendement zu Gladſtone's Reſolutionen	89
28	Die Controle-Verſammlung in Traunſtein	21
29	Ankunft König Theodor's in Magdala	82
30	Schreiben der 14 Biſchöfe an Fürſt Auersperg	55
30	Eröffnung der iriſchen Debatte im Unterhauſe	89
30	Beginn der Debatten bei dem Johnſon'ſchen Proceß	208
31	Befriedigung des württemb. Staatsanzeigers über das Reſultat der Zollparlamentswahlen	30
31	Annahme des Schulgeſetzes im öſtr. Herrenhaus	47

April.

2	Waldeck's Antrag im Reichstag auf Gewährung von Diäten . . .	121
3	Lasker's Antrag im Reichstag auf Ausdehnung der Redefreiheit auf die Einzellandtage	121
3	Das Unterhaus verwirft Stanley's Amendement und beſchließt Berathung der Gladſtone'ſchen Reſolutionen	89
5	Antwort des Fürſten Auersperg an die 14 Biſchöfe	55
6	Prinz Ludwig von Heſſen legt ſeine Stelle als Kommandant der heſſiſchen Diviſion nieder	14
6	Das welfiſche Blatt „Situation" geht ein	113
9	Der Conſtitutionnel über die Entwaffnungsfrage	37
10	Theodor's Truppen werden vor Magdala von d. Engländern geſchlagen	82
11	Theodor unterhandelt mit Napier	83
12	Theodor liefert die Gefangenen an die Engländer aus	83
13	Magdala wird von den Engländern erſtürmt, Theodor erſchießt ſich	83
14	Neue Controle-Verſammlung in Traunſtein	21
14	Tod des Erzbiſchofs von Freiburg	212
16	Ordre wegen Beurlaubungen in der norddeutſchen Armee	156

Digitized by Google

Tag		Seite
17	Abmarsch der Engländer von Magdala	84
18	Verwerfung des Waldeck'schen Antrags auf Gewährung von Diäten im Reichstag	121
18	Annahme des Lasker'schen Antrages auf Ausdehnung d. Redefreiheit	122
20	Preußen verweist hinsichtlich der Ausdehnung der Freizügigkeit auf Süddeutschland auf das Zollparlament	9
20	Der dän. Kriegsmin. Raaslöff macht eine zweite Reise nach Paris	101
22	Annahme des Miquel'schen Antrags im Reichstage wegen Verwaltung des Bundesschuldenwesens	124
23	Vermählung des italienischen Kronprinzen mit Margarita v. Savoyen	64
23	Tod des spanischen Ministerpräsidenten, Marschall Narvaez	193
24	Das spanische Ministerium Gonzalez Bravo	193
27	Disraeli's Rede im Unterhaus über die abessinische Expedition	84
27	Eröffnung des Zollparlaments	128
28	Die Präsidentenwahl im Zollparlament	129
29	Debatte im Zollparlament über die bairischen Wahlen	130

Mai.

1	Debatte im Zollparlament über die württemb. Wahlen	130
1	Beurlaubungen in der norddeutschen Armee	156
1	Annahme der ersten Gladstone'schen Resolution im Unterhaus	89
2	Vierwöchiger Strafdienst der Traunsteiner in Ingolstadt	21
4	Disraeli kündigt das Resultat seines Gesprächs mit der Königin an	90
7	Annahme der 2. u. 3. Gladstone'schen Resolution im Unterhaus	90
7	Adreßdebatte im Zollparlament	133
11	Rede des Sultans bei Eröffnung des Staatsraths	177
11	Das Zollparlament genehmigt den östreichischen Handelsvertrag	148
12	Antwort der Königin von England auf die Adresse des Unterhauses	90
13	Vermählung der span. Prinzessin Isabella mit d. Grafen v. Girgenti	194
14	Annahme des interkonfessionellen Gesetzes im östr. Herrenhaus	48
14	48 Cityfirmen Londons protestiren gegen d. östr. Couponsteuer	61
14	Adresse der anglikanischen Bischöfe Irlands an die Königin gegen die Gladstone'schen Resolutionen	90
14	Gladstone's Suspensionsbill in erster Lesung v. Unterhaus angenommen	91
14	Demokratische Volksversammlung in Berlin	139
15	Ollivier's Rede im gesetzgebenden Körper über die Kriegsfrage	41
16	Das Zollparlament beschließt die Tabacksteuer nicht im Sinn der Regierungen	148
16	Grundsteinlegung zum czechischen Nationaltheater in Prag	163
16	Freisprechung des Präsidenten Johnson	208
18	Der Bambergersche Antrag im Zollparlament führt eine hochpolitische Debatte herbei	140
20	Das Zollparlament verwirft die Petroleumsteuer	149
20	Die Kreuzzeitung antwortet den Chauvinisten	155
20	Sainte Beuve im französischen Senat über die Unterrichtsfreiheit	40

Digitized by Google

Tag		Seite
21	Annahme der Mahlsteuer im italienischen Abgeordnetenhaus . . .	64
21	Gefälschte Erklärung der 757 Legionäre an d. König von Preußen	114
21	Börsenfest zu Ehren des Zollparlaments	150
22	Berliner Bürgerfest im Tivoli zu Ehren der Süddeutschen . . .	150
22	Rechenschaftsbericht der süddeutschen Fraktion	151
22	Gladstone's Suspensionsbill in zweiter Lesung v. Unterhaus angenommen	91
23	Antwort d. Sultans auf die Dankadresse seiner christl. Unterthanen	178
23	Der württ. „Beobachter" über die „Gardelieutenants-Phrase" . . .	152
23	Graf Bismarck zieht das Gesetz über die Tarifreform zurück . . .	149
23	Schluß des Zollparlaments	149
23	Gartenfest des Kronprinzen v. Preußen zu Ehren d. Zollparlaments	150
24	Fahrt nach Kiel und Hamburg	150
25	Der Kaiser v. Oestreich unterzeichnet die drei konfessionellen Gesetze .	48
26	Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die kaiserliche Sanktion	48
26	Dr. Mühlfeld's Leichenbegängniß	48

Juni.

1	Die Engländer schiffen sich wieder in Zulla ein	84
2	Protestation des päpstlichen Nuntius	50
3	Finanzdebatte im östreichischen Abgeordnetenhaus	61
5	Prinz Napoleon in Wien	156
6	Annahme der Finanzvorschläge im östreichischen Abgeordnetenhaus .	61
8	Antwort Beust's an die 48 Cityfirmen Londons wegen der Couponsteuer	61
9	Bankett in Augsburg zu Ehren des heimkehrenden Dr. Völk	147
10	Ermordung des Fürsten Michael von Serbien	179
10	Programm des württemb. „Beobachters" für die Landtagswahlen	214
15	Die Verwaltung der norddeutschen Bundesschulden wird dem „Oberrechnungshof des norddeutschen Bundes" überlassen	125
15	Moltke's Rede über Deutschlands künftige Machtstellung	126
16	Graf Bismarck reist nach Varzin auf 5½ Monate	126
16	Gladstone's Suspensionsbill in dritter Lesung vom Unterhaus angenommen	91
16	Gladstone's Suspensionsbill in erster Lesung im Oberhaus . . .	91
17	Sturm interpellirt das östreichische Ministerium wegen der Instruktionen der Bischöfe	57
18	Der württembergische Staatsanzeiger kündigt dem „Beobachter" die Freundschaft auf	214
20	Schluß des norddeutschen Reichstags	127
21	Reise des Kaisers Franz Josef nach Prag	163
21	Die serbischen Wahlen zur Skuptschina	180
22	Der König von Preußen in Hannover	157
22	Die päpstliche Allokution	50
22	Der Papst kündigt im Konsistorium eine Bulle zur Einberufung eines ökumenischen Koncils an	76
24	Antwort des Fürsten Auersperg auf die Sturm'sche Interpellation .	57

Digitized by Google

Tag		Seite
24	Fürst Auersperg gibt seine Entlassung ein, nimmt sie aber wieder zurück	169
25	Der König von Preußen und die süddeutschen Fürsten bei der Enthüllung des Lutherdenkmals in Worms	157
29	Verkündigung der Bulle zur Einberufung des ökumenischen Concils auf den 8. December 1869	76
30	Protest des Wiener Gemeinderaths gegen die päpstliche Allokution	54
30	Gladstone's Suspensionsbill vom Oberhaus in zweiter Lesung verworfen	91

Juli.

1	Amnestie des Königs von Preußen für die Welfen-Legionäre	114
2	Eröffnung der serbischen Skuptschina u. Proklamation des Fürsten Milan	180
3	Antwort des Reichskanzlers auf die päpstliche Allokution	53
5	Salbung des Fürsten Milan von Serbien	180
7	Verhaftung der spanischen Generale	194
8	Die württembergischen Landtagswahlen	214
9	Popatow's Verordnung über den Gebrauch der polnischen Sprache in Lithauen	187
12	Deportation der spanischen Generale	194
13	Eine Wiener Volksversammlung will vollständige Lossagung von Rom	54
16	Montpensier schifft sich nach Lissabon ein	194
21	Lamormora interpellirt das Ministerium wegen des Berichts des preußischen Generalstabs über den Krieg von 1866	66
21	Lamormora liest den Usedom'schen Brief vor	71
22	Bairisch-württembergische Konvention wegen der Festung Ulm	213
24	Militärkonvention zwischen Preußen und Mecklenburg-Schwerin	211
26	Beginn des Schützenfestes in Wien	164
26	Giskra und Zelinka beim Festbankett der Schützen	165
27	Die Brasilianer besetzen die Festung Humaita	211
27	Verurtheilung der Mörder des Fürsten Michael	180
28	Erschießung der Mörder des Fürsten Michael	180
30	Verkündigung des Bestallungsbriefes der Pforte für Milan	180
30	Kaiser Franz Josef in der Schießhalle der Schützen	165
31	Der preußische Staatsanzeiger über den Usedom'schen Brief	74
31	Vertagung des englischen Parlaments	91

August.

1	Debatte über den Wehrgesetzentwurf im ungarischen Unterhaus	171
2	Die Volksversammlung im Sperl zu Wien	164
2	Die Geburt des griechischen Prinzen Konstantin	205
3	Bonner Universitätsjubiläum	157
6	Beust's Rede bei dem Festbankett der Schützen	166
7	Annahme des Wehrgesetzentwurfes im ungarischen Unterhaus	172
8	Verhaftung des Fürsten Karageorgiewitsch in Pesth	180
11	Mecklenburg tritt in den Zollverein ein	211
11	Der preußische Staatsanzeiger über den Usedom'schen Brief	74

Digitized by Google

Tag		Seite
12	Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Kaiser von Rußland in Schwalbach	157
15	Konstanzer Fest zu Ehren des Dr. Völk	147
21	Rede des Ministers Freydorf bei dem Verfassungsfest in Durlach	212
22	Eröffnung der 17 östreichischen Landtage	167
28	Erlaß des östreichischen Justizministers an die Oberlandesgerichte wegen Herausgabe der Eheprozeßakten	58
31	Prinz Napoleon in Hamburg	156

September.

2	Ordre wegen späterer Einberufung der preußischen Rekruten	156
7	Der Constitutionnel erklärt die Ueberschreitung der Mainlinie für einen Kriegsfall	202
11	Kaiser Napoleon in Chalons	162
12	Einschiffung Prim's in England	195
13	Päpstliches Schreiben an die Protestanten und Einladung zum Koncil	77
14	Rede des Königs von Preußen in Kiel	161
15	Der König von Preußen in Flensburg	160
17	Der König von Preußen auf der Insel Alsen	160
17	Prim landet in Gibraltar	195
18	Die spanische Revolution bricht in Cadiz aus	195
19	Der König von Preußen in Altona	160
20	Der König von Preußen in Hamburg	160
20	Aufruf des Revolutions-Comité's in Madrid	196
22	Marschall Concha Ministerpräsident in Spanien	196
23	Eröffnung der Münchener Konferenzen	213
23	Päpstliches Schreiben an die orientalischen Bischöfe	77
25	Napoleon läßt die Spanier in Perpignan festhalten	196
26	Fürst Auersperg's Entlassung wird angenommen	169
27	Ankunft des Kaisers von Rußland in Berlin	157
28	Entscheidendes Treffen bei Alcolea	196
29	Madrid erklärt sich für die Revolution	197
29	Abreise des Kaisers von Rußland aus Berlin	157
30	Barcelona erklärt sich für die Revolution	197
30	Isabella reist nach Frankreich ab	198

Oktober.

1	Wahl der provisorischen Regierungsjunta in Madrid	199
3	Serrano's Einzug in Madrid	197
3	Serrano wird die Bildung des Ministeriums übertragen	199
3	Schreiben des Infanten Don Karlos	201
4	Pöbelexcesse in Prag	168
5	Dänische Thronrede über Nordschleswig	101
7	Prim's Einzug in Madrid	197
8	Einsetzung einer provisorischen Regierung in Spanien	199

Digitized by Google

Tag		Seite
9	Der tiroler Landtag wird geschlossen	170
10	Konfrontation des Fürsten Karageorgiewitsch mit den Belgrader Gefangenen	180
10	Schluß der Münchener Konferenzen	213
10	Das Ministerium verhängt den Belagerungszustand über Prag	168
12	Proklamation des militärischen Statthalters Koller in Prag	168
13	Aufhebung des Jesuitenordens in Spanien	199
17	Der östreichische Reichsrath versammelt sich	170
17	Die Feier der Ankunft des ersten norddeutschen Generalkonsuls in New-York	98
20	Wehrgesetzentwurf im cisleithanischen Abgeordnetenhaus	172
20	Manifest der provisorischen Regierung in Spanien	199
20	Auflösung der revolutionären Junta in Madrid	199
24	Der hannöversche Provinciallandtag beschließt über die Verwaltung des hannöverschen Provincialfonds	110
26	Beust's Rede im Wehrausschuß über die auswärtige Lage	172
28	Napoleon veröffentlicht die drei Karten	158
28	Das Journal von St. Petersburg über Rußlands Betheiligung an einem deutsch-französischen Kriege	157
28	Beust's zweite Rede im Wehrausschuß	172
28	Italienische Depesche nach Paris wegen der Occupation Roms	63
31	Französische Depesche nach Florenz wegen der Occupation Roms	63

November.

2	Kundgebungen in Paris auf dem Kirchhof Montmartre	202
3	Präsidentenwahl in der Union	210
4	Eröffnung des preußischen Landtags	218
6	Dem preußischen Abgeordnetenhaus wird die königliche Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens der Depossedirten übergeben	221
6	Isabella kommt in Paris an	198
7	Prim wird zum Generalkapitän der spanischen Armee ernannt	199
9	Auflösung des englischen Parlaments	91
10	Debatten im östreichischen Abgeordnetenhaus über das Wehrgesetz	173
10	Verkündigung eines Wahlgesetzes für die konstituirenden Kortes	200
12	Ein Artikel im „Pesti Naplo" über Preußen und Ungarn	184
13	Lord Stanley's Wahlrede	93
13	Annahme des Wehrgesetzes im östreichischen Abgeordnetenhaus	173
14	Verurtheilung der auf dem Kirchhof Montmartre Verhafteten	202
16	Beginn der englischen Parlamentswahlen	91
16	Eröffnung der Delegationen in Pesth	174
17	Die Reorganisation der Freiwilligen gibt Veranlassung zu einem republikanischen Aufstand in Andalusien	200
20	Annahme des Guerard'schen Antrags auf Redefreiheit im preußischen Abgeordnetenhaus	122

Digitized by Google

Tag		Seite
20	Petropulaki schifft sich mit 900 Mann nach Candia ein	205
21	Graf Trautmannsdorf östreichischer Botschafter in Rom	59
21	Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung über Rumänien	183
24	Die kroatischen Abgeordneten erscheinen im ungarischen Unterhaus .	175
25	Beust behält die geheimen Fonds und die kleinen Gesandtschaften .	174
27	Eröffnung des rumänischen Landtags	182
28	Entlassung des rumänischen Ministeriums Bratiano	182
28	Das östreichische Herrenhaus nimmt das Wehrgesetz an	174
30	Die ungarische Delegation nimmt das Kriegsbudget an	174
30	Rede des preußischen Justizministers Leonhardt über die Reorganisation des Justizwesens	219

December.

1	Antrag im preußischen Abgeordnetenhaus wegen der Hilfsrichter und Rede des Justizministers Leonhardt	219
2	Rückkehr des Grafen Bismarck nach Berlin	221
2	Disraeli reicht seine Entlassung ein	92
2	Die östreichische Delegation nimmt das Kriegsbudget an	174
2	Kuhn's Rede über die Befestigung von Krakau und über Rußland .	174
2	Cassagnac's Verherrlichung des zweiten December	203
3	Gladstone wird mit der Bildung des neuen Kabinets beauftragt . .	92
3	Vorsichtsmaßregeln wegen des Baudin's-Kultus	203
4	Eröffnung des württembergischen Landtags	215
5	Schluß der Delegationen	175
5	Freiherr von Beust wird in den Grafenstand erhoben	175
7	Deputation des Honved-Central-Ausschusses bei Kaiser Franz Josef	175
9	Das neue englische Ministerium tritt sein Amt an	92
9	Das preußische Abgeordnetenhaus beschließt das Fortbestehen der sechs hannöverschen Landdrosteien	110
9	Ein kroatischer Minister für das dreieinige Königreich	175
9	Letzte Botschaft des Präsidenten Johnson an den Kongreß	209
9	Antrag im preußischen Abgeordnetenhaus, das auswärtige Ministerium auf den Etat des norddeutschen Bundes zu übernehmen, und Erwiderung des Grafen Bismarck	221
10	Vorläufiger Zusammentritt des neuen englischen Parlaments . . .	92
10	Das türkische Ultimatum	206
12	Uebergabe des türkischen Ultimatum in Athen	206
13	Die Republikaner in Cadiz ergeben sich	200
14	Die Enosis rettet sich in den Hafen von Syra	206
15	Vertagung des neuen englischen Parlaments bis zum 15. Februar .	92
17	Verwerfung des Guerard'schen Antrags auf Redefreiheit im preußischen Herrenhaus	123
17	Lavalette übernimmt das Ministerium des Auswärtigen	204

Digitized by Google

Tag		Seite
17	Beginn der Adreßdebatte in der württembergischen Abgeordnetenkammer	215
19	Depesche des Grafen Bismarck mit dem Vorschlag einer Pariser Specialkonferenz	206
19	Die Adresse wird in der württembergischen Abgeordnetenkammer verworfen	218
23	Vertagung des württembergischen Landtags	218

Berichtigungen.

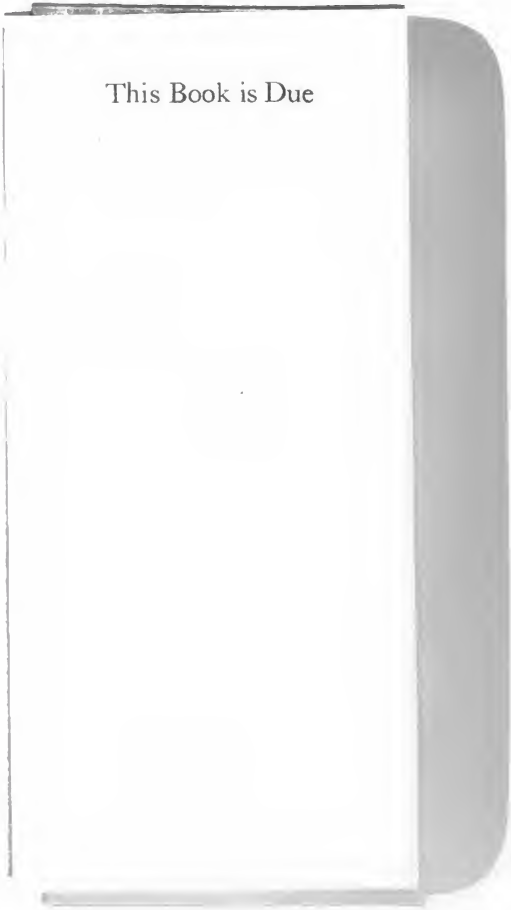
Seite 21 Zeile 12 von unten ist zu lesen: „14. April", statt: „28. März".
„ 46 „ 13 „ oben ist „nach Gesetzentwurf" noch beizufügen: „über die Ehe".
„ 96 „ 4 „ oben ist zu lesen: „Bundesgesandten", statt des anachronistischen „Bundestagsgesandten".

Druck von J. Dräger's Buchdruckerei (C. Feicht) in Berlin.

Digitized by Google

Princeton University Library
32101 059975423

Digitized by Google



This Book is Due

Digitized by Google

image
not
available

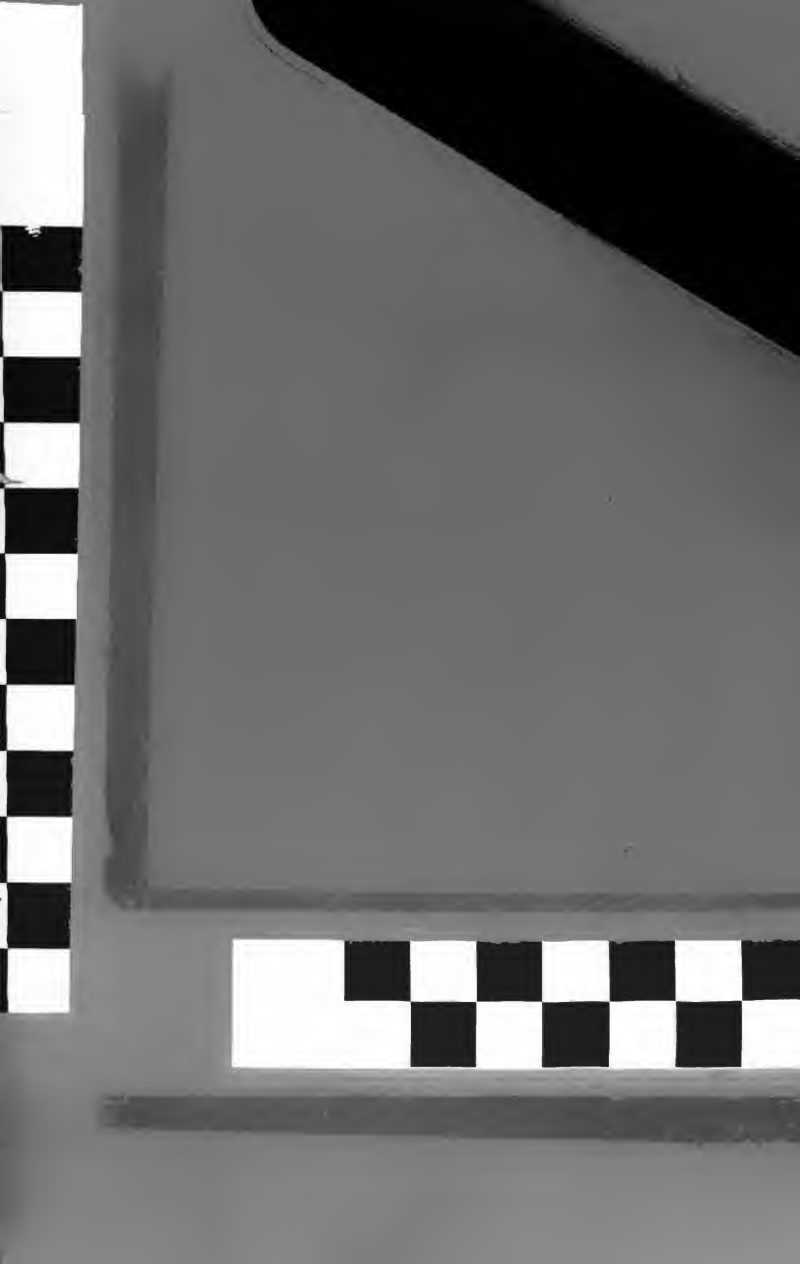


image
not
available

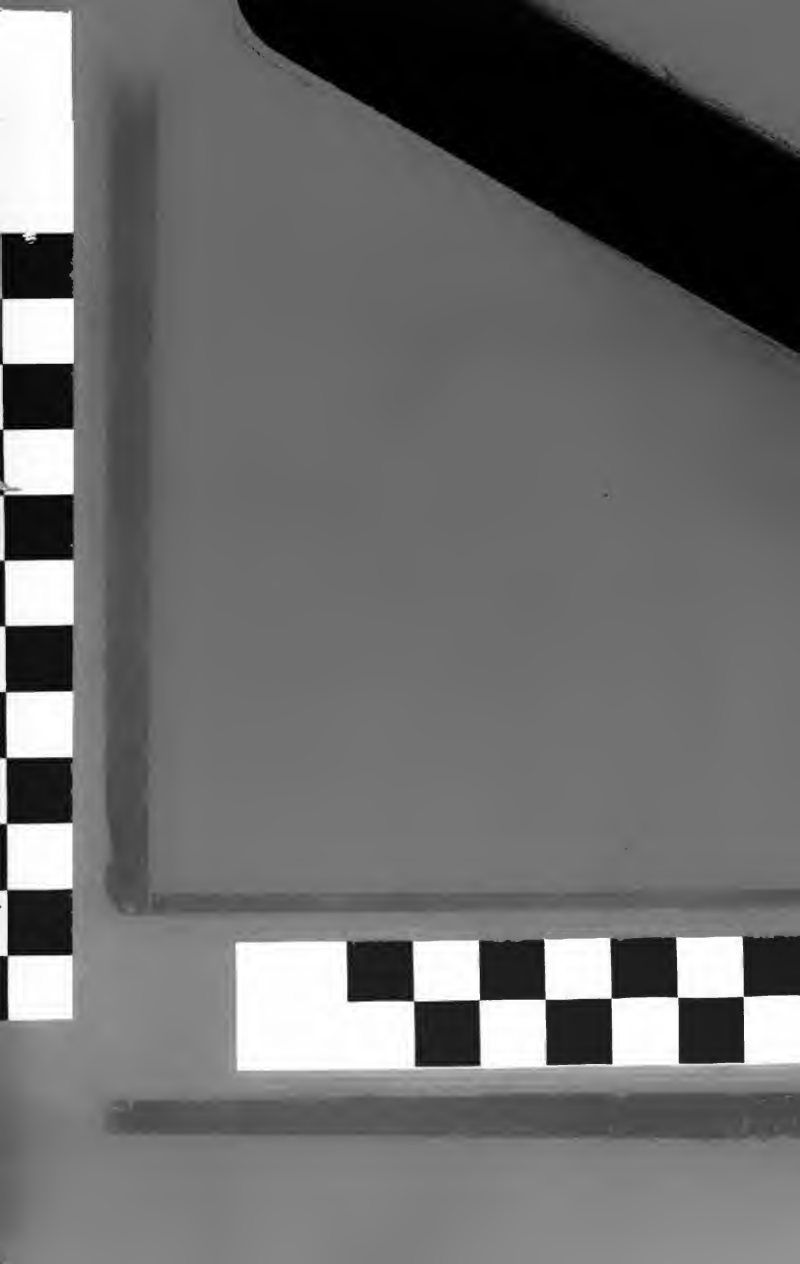


image
not
available

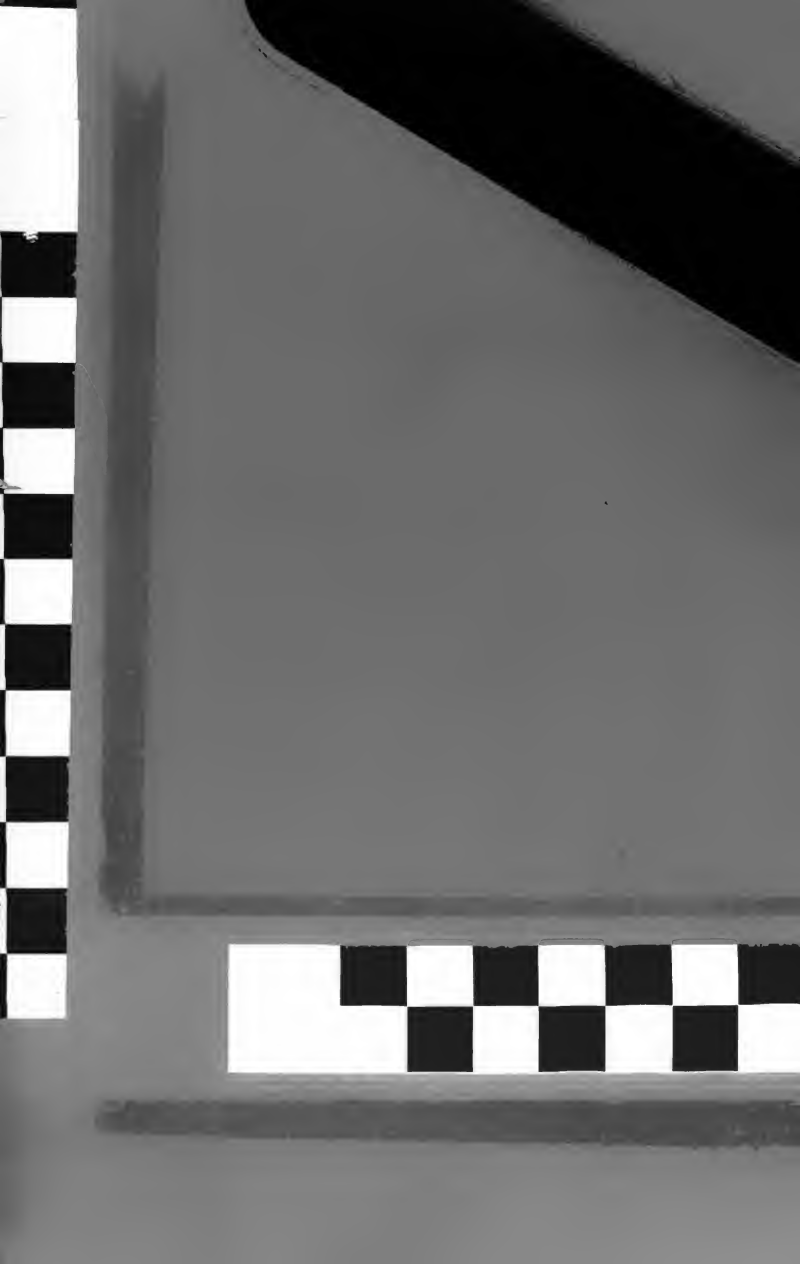


image
not
available

image
not
available